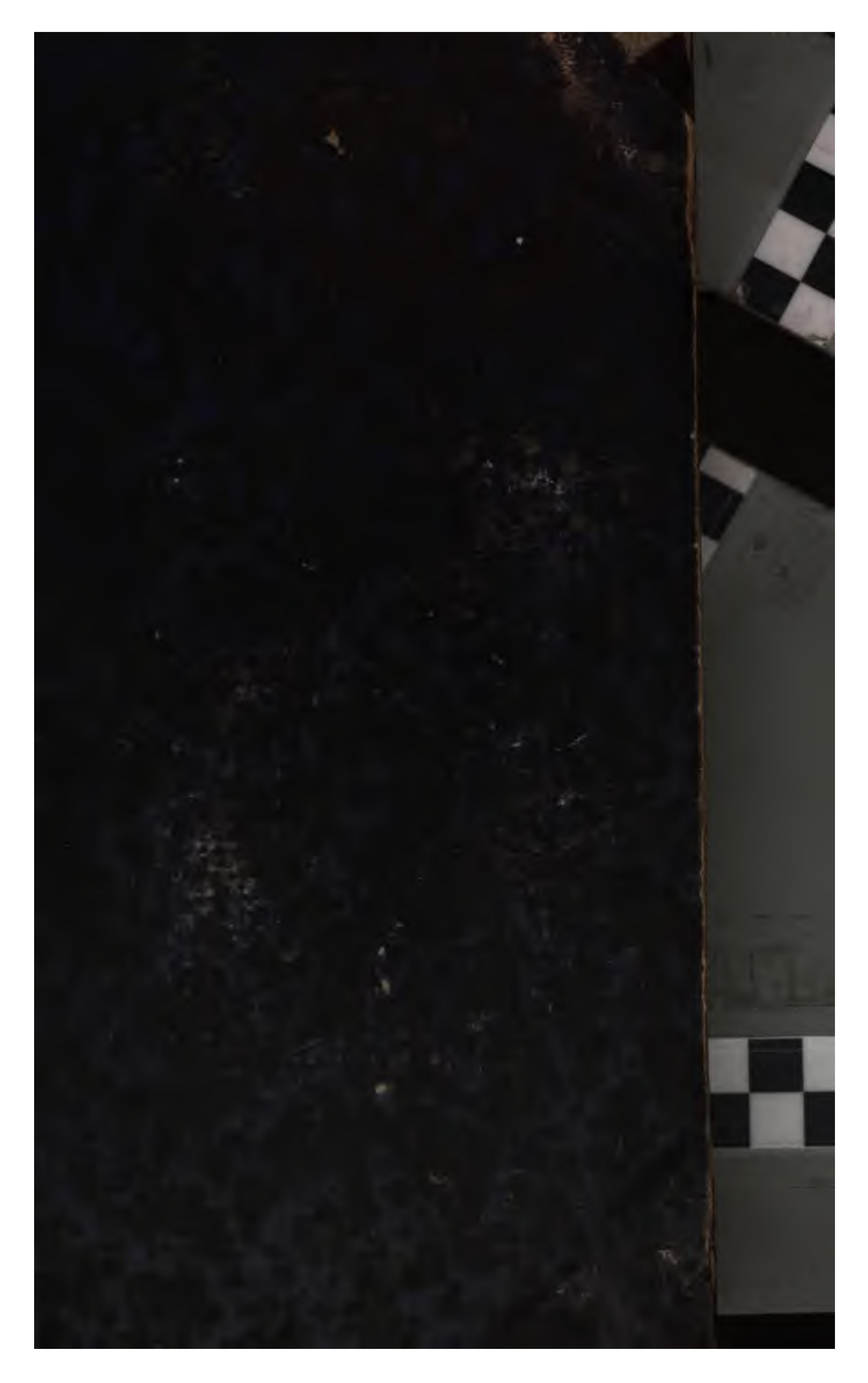
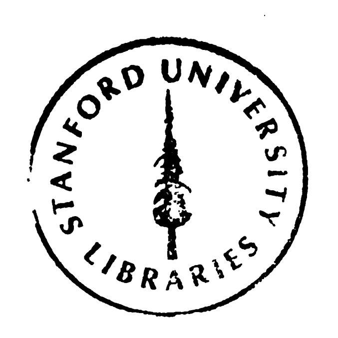
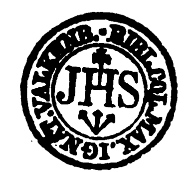



STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES





Hermann v. Mallinckrodt.





v. Mallinckrodt



Hermann v. Mallinckrodt.

Die Geschichte seines Lebens

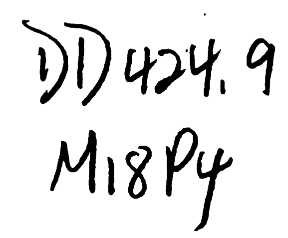
dargestellt von

Otto Pfülf S. J.

Mit v. Mallinckrodts Bildniß in Lichtdruck und zehn anderen Abbildungen.

Freiburg im Breisgau.
Herder'sche Verlagshandlung.
1892.
Zweigniederlassungen in Straßburg, München und St. Louis, Mo.
Wien I, Wollzeile 33: B. Herder, Verlag.





„Und ich wollte ja mit jedermann in Frieden leben, aber Gerechtigkeit muß doch gelten!"

Hermann v. Mallinckrodt auf dem Todesbett.

„Ich verspüre immer eine gewisse Neigung, den Leuten zu zeigen, daß die Ultramontanen lustige Gesellen sind."

Hermann v. Mallinckrodt an seinen Bruder, 17. Mai 1854.

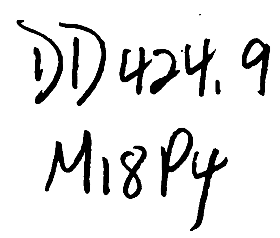
Buchdruckerei der Herder'schen Verlagshandlung in Freiburg.

Vorwort.

Es sind bereits mehr denn 18 Jahre, daß der große Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht durch allzufrühen Tod der christlichen Welt entrissen wurde. Kein Denkmal hat sich seitdem für ihn erhoben, keine Stiftung hat seinen Namen verewigt, die Vorhersagungen sind nicht eingetroffen, daß berufene Hände sich beeilen würden, sein geistiges Abbild der Nachwelt zu erhalten. Aber das katholische Volk Deutschlands hat mit fast königlichen Ehren seine Leiche umgeben, hat um ihn getrauert, wie nur selten ein Volk um einen seiner Helden getrauert hat. Alle treuen Glieder der Kirche nah und fern haben diesen Schmerz getheilt; selbst die heftigsten seiner Gegner hatten nur Worte der Hochachtung und Bewunderung. Dies rechtfertigt den Versuch, der in den vorliegenden Blättern gemacht ist, das Andenken seiner großen Persönlichkeit dem katholischen Volke zu bewahren. Ist doch aus Mangel an dem entschlossenen Geschichtschreiber oft schon den deutschen Katholiken das Bild und selbst die Erinnerung an ihre Edelsten und Bravsten wieder entschwunden.

Schon in den ersten Tagen der Trauer um den großen Todten war es in dem Kreise meiner Ordensbrüder ein gern gehegter Wunsch, daß dem, der so heldenmüthig für die Rechte und die Freiheit der Kirche gestritten, ein eingehenderes Lebensbild gewidmet werden sollte. Manche Hemmnisse traten der Ausführung dieses Wunsches entgegen, der jedoch der Verzögerung ungeachtet nie aufgegeben wurde. Zuletzt hatte mein kranker Ordensgenosse P. W. Plenkers einen längern Aufenthalt in Westfalen zur Sammlung von Materialien benutzt, die geeignet schienen, als Ausgangspunkt für eine biographische Arbeit zu dienen. Er ruhte im Grabe, als mir der überraschende Auftrag wurde, das von jenem Gesammelte zu einer Lebensbeschreibung Hermann v. Mallinckrodts zu verarbeiten. Diese Aufgabe mir selbst anzumaßen würde ich nicht gewagt haben, dem zugetheilten Auftrag habe ich mich unterzogen.

Es gelang auch, mehr als anfangs erwartet werden durfte, das noch höchst dürftige und lückenhafte Material zu verhältnißmäßiger Vollständigkeit zu bringen. Briefe von Mallinckrodts Hand wurden in mehr denn dreifach



„Und ich wollte ja mit jedermann in Frieden leben, aber Gerechtigkeit muß doch gelten!"

Hermann v. Mallinckrodt auf dem Todesbett.

„Ich verspüre immer eine gewisse Neigung, den Leuten zu zeigen, daß die Ultramontanen lustige Gesellen sind."

Hermann v. Mallinckrodt an seinen Bruder, 17. Mai 1854.

Buchdruckerei der Herder'schen Verlagshandlung in Freiburg.

Vorwort.

Es sind bereits mehr denn 18 Jahre, daß der große Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht durch allzufrühen Tod der christlichen Welt entrissen wurde. Kein Denkmal hat sich seitdem für ihn erhoben, keine Stiftung hat seinen Namen verewigt, die Vorhersagungen sind nicht eingetroffen, daß berufene Hände sich beeilen würden, sein geistiges Abbild der Nachwelt zu erhalten. Aber das katholische Volk Deutschlands hat mit fast königlichen Ehren seine Leiche umgeben, hat um ihn getrauert, wie nur selten ein Volk um einen seiner Helden getrauert hat. Alle treuen Glieder der Kirche nah und fern haben diesen Schmerz getheilt; selbst die heftigsten seiner Gegner hatten nur Worte der Hochachtung und Bewunderung. Dies rechtfertigt den Versuch, der in den vorliegenden Blättern gemacht ist, das Andenken seiner großen Persönlichkeit dem katholischen Volke zu bewahren. Ist doch aus Mangel an dem entschlossenen Geschichtschreiber oft schon den deutschen Katholiken das Bild und selbst die Erinnerung an ihre Edelsten und Bravsten wieder entschwunden.

Schon in den ersten Tagen der Trauer um den großen Todten war es in dem Kreise meiner Ordensbrüder ein gern gehegter Wunsch, daß dem, der so heldenmüthig für die Rechte und die Freiheit der Kirche gestritten, ein eingehenderes Lebensbild gewidmet werden sollte. Manche Hemmnisse traten der Ausführung dieses Wunsches entgegen, der jedoch der Verzögerung ungeachtet nie aufgegeben wurde. Zuletzt hatte mein kranker Ordensgenosse P. W. Plenkers einen längern Aufenthalt in Westfalen zur Sammlung von Materialien benutzt, die geeignet schienen, als Ausgangspunkt für eine biographische Arbeit zu dienen. Er ruhte im Grabe, als mir der überraschende Auftrag wurde, das von jenem Gesammelte zu einer Lebensbeschreibung Hermann v. Mallinckrodts zu verarbeiten. Diese Aufgabe mir selbst anzumaßen würde ich nicht gewagt haben, dem zugetheilten Auftrag habe ich mich unterzogen.

Es gelang auch, mehr als anfangs erwartet werden durfte, das noch höchst dürftige und lückenhafte Material zu verhältnißmäßiger Vollständigkeit zu bringen. Briefe von Mallinckrodts Hand wurden in mehr denn dreifach

verstärkter Zahl gewonnen, manche werthvolle handschriftliche Notiz konnte hinzugezogen, manches in Druckwerken verschiedenster Art Zerstreute gesammelt werden. Ueberdies hatte der Verfasser es sich zur Pflicht gemacht, mit Mallinckrodts ältesten und nächststehenden Freunden, insbesondere mit mehreren seiner hervorragendsten Fractionsgenossen sich persönlich zu besprechen und ihre guten Winke und Mittheilungen zu erbitten.

Selbstverständlich sind für diese erste umfassende Arbeit über Hermann v. Mallinckrodt auch die kleineren Darstellungen seines Lebens, die bis jetzt erschienen waren, ausgenutzt worden. Die werthvollste derselben, ebenso schön wie zuverlässig, ist das Lebensbild, das die „Germania" 1874, Nr. 133 gebracht hat, aus der Feder des Kreisgerichtsraths A. Hüffer in Paderborn, der als Schwager Mallinckrodt persönlich nahe stand. Geschmackvoll und zutreffend, nur leider zu kurz sind die Artikel des Prälaten Dr. Hülskamp über Hermann v. Mallinckrodt im „Literarischen Handweiser" 1874, Nr. 153, in der „Allgemeinen Deutschen Biographie", Bd. XX. S. 143 und in Wetzer und Welte's „Kirchenlexikon", 2. Aufl. Bd. VIII. Recht nutzbar für meine Arbeit waren die beiden Schriften, die Dr. C. Mertens in selbstloser Verehrung dem Andenken des großen Todten gewidmet hat: „Hermann v. Mallinckrodt, Erinnerungen aus seinem Leben zu Nordborchen", Paderborn 1874, und „Die Todtenklage um Hermann v. Mallinckrodt", Paderborn 1880. Die erstere ist eine kurze, aber im ganzen verläßliche Schilderung der beiden letzten Lebensjahre Mallinckrodts mit manchen anderen guten Mittheilungen; die letztere ist ein großes Buch, in welchem, was von Nachrufen, Beileidsschreiben und Berichten über Trauerfeierlichkeiten in Blättern des In- und Auslandes Bedeutenderes sich vorfand, zusammengestellt wurde. Trotz des vielfach Schiefen und Unrichtigen, was in diesen Berichten und Nachrufen sich findet, ist doch die Sammlung für den Geschichtschreiber Mallinckrodts von Werth, wie sie auch für alle Zeiten ein imposantes Zeugniß für die geistige Bedeutung des Gefeierten bleiben wird. Auch „Dr. W. T. Berger, Hermann v. Mallinckrodt, der Vorkämpfer für Wahrheit, Recht und Freiheit, dem katholischen Volke dargestellt", Paderborn 1874, womit ein bekannter Publicist sich einst gerade zur rechten Stunde den Dank des katholischen Volkes verdient hat, bot einige willkommene Mittheilungen.

Was so aus gedruckten und ungedruckten Quellen gewonnen wurde, sollte thunlichst vollständig und wahrheitsgetreu wiedergegeben, Mallinckrodts eigene Worte und Thaten — ohne stets im einzelnen Kritik oder Vertheidigung zu üben — zu einem Gesammtbilde ineinandergeflochten werden. Schönes war über Hermann v. Mallinckrodt genug gesprochen und geschrieben worden, besser und formvollendeter als der Verfasser zu thun es sich zutrauen würde. Die Aufgabe eines Geschichtschreibers seines Lebens blieb noch zu lösen.

Das vorliegende Werk ist ein Versuch, dieser Lösung nahe zu kommen. Dasselbe war in seinen Grundzügen entworfen und in der Ausführung begonnen, als Fürst Bismarck unerwartet aus seinem Amtskreise schied; es lag seit Monaten beendet, als Windthorst dem katholischen Deutschland entrissen wurde. Manche angesehene Männer, die in diesen Blättern genannt waren, sind seitdem vom Schauplatze geschwunden. Keines dieser Ereignisse hat auf Herausgabe oder Inhalt dieses Werkes irgend welchen Einfluß geübt. Es waren Umstände rein persönlicher Natur, welche die Herausgabe bis jetzt verzögert haben, und jeder andere Zweck als der, welchen die Aufgabe eines Biographen in sich schließt, ist dem Verfasser fern gelegen.

Eben dieser genau begrenzte Zweck hat auch nach anderer Seite hin dem Werke gewisse Schranken gezogen. Hermann v. Mallinckrodts vielseitiges Wirken im Parlament sollte nur insofern zur Darstellung kommen, als dadurch seine Persönlichkeit, seine Art der Auffassung, seine Rede- und Kampfesweise ins Licht gesetzt wurden. Eine Geschichte der preußischen Verfassung und Gesetzgebung, eine Monographie über die „katholische Fraction“ oder den „Culturkampf“ war nicht die Aufgabe.

Bei dem überwältigenden Eindruck, den Mallinckrodts ideale Gestalt hinterlassen hat, ist kaum zu erwarten, daß eine auch weit vollendetere Schilderung seines Lebens als die vorliegende völlig befriedigen, auch nur annähernd jenem außerordentlichen Eindruck entsprechen werde. Allein so lebhaft das Bewußtsein dieser Schwierigkeit den Verfasser durchdrungen hielt, die Geschichte der Person Hermann v. Mallinckrodts konnte nicht ganz losgelöst werden von dem kleinen Beiwerk, den untergeordneten und nebensächlichen Zügen, die einmal zum menschlichen Leben gehören und die man kennen muß, um einen Mann ganz zu kennen.

Dazu kommt, daß als Hauptquelle dieses Werkes Mallinckrodts vertraute Briefe gedient haben und mit Vorliebe auch da zu Grunde gelegt wurden, wo dies nicht durch besondere Zeichen kenntlich gemacht ist. Diese Briefe sind meist das Erzeugniß des Augenblicks, im Drang der Arbeit hingeworfen, an die Nächststehenden gerichtet, nicht selten auch in der Form weniger sorgfältig. Der Schreiber dieser Briefe konnte nicht ahnen, daß sie je durch fremde Hand an die Oeffentlichkeit gelangen würden. Dabei tragen sie nicht allzuselten das Gepräge einer gewissen Derbheit und Kernhaftigkeit, mit welchen der tiefer fühlende deutsche Mann — bewußt oder unbewußt — im Verkehr mit den Seinigen die weicheren Empfindungen der Seele oft zu verhüllen sucht.

Solche, die sich je darüber klar geworden sind, was die Aufgabe dessen sei, der das Leben eines ihm persönlich Fernstehenden zu schreiben hat, werden es nicht unbillig beurtheilen, wenn unter Umständen, wie sie theilweise angedeutet wurden, der Verfasser vielleicht allzuweit hinter der Größe seiner Aufgabe zurückgeblieben zu sein scheint.

Vorwort.

Bei der langwierigen Sammlung des Materials ist meinen Bitten und Anfragen von mancher Seite freundlich Folge geleistet worden. Vor allem waren es einige unter vielen Titeln ehrwürdige Männer, theils von Jugend auf mit Mallinckrodt befreundet, theils durch die parlamentarische Laufbahn näher mit ihm bekannt, die in liebenswürdigster Weise und selbst mit dem Opfer persönlicher Mühewaltung dem jüngern Manne hilfreich und förderlich gewesen sind und denen ich mich in vorzüglichem Maße verpflichtet fühle. Manche derer, denen ich Förderung danke, sind inzwischen bereits aus dem Leben geschieden. Der Namen sind zu viele, um hier aller im einzelnen dankend zu erwähnen. Selbstredend war ich auch für die Vorlagen der beigegebenen Abbildungen auf fremde Güte angewiesen. Allen, die an dem Zustandekommen dieses Werkes ein freundliches Interesse bethätigt, besonders jenen, die das in ihren Händen befindliche briefliche Material so großmüthig zur Verfügung gestellt haben, sei demnach von Herzen Dank und Gottes Lohn!

Die willkommenste Anerkennung für mancherlei Mühe und Unannehmlichkeit, welchen der Verfasser für die Vollendung dieses Lebensbildes sich hat unterziehen müssen, wäre die gütige Mittheilung von Ergänzungen, sachlichen Berichtigungen, etwa auch die Ueberlassung von weiteren Briefen Mallinckrodts zum Zweck der Abschrift. In der einen oder andern Weise würden solche schätzenswerthe Mittheilungen noch in der Zukunft zur Verwerthung kommen können.

Exaeten bei Baaksem in Holland, den 27. September 1892.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichniß.

Inhaltsverzeichniß.

Seite

Viertes Buch.

Wiederaufnahme der parlamentarischen Thätigkeit.

(1867—1870.)

Fünftes Buch.

Hermann v. Mallinckrodt im „Culturkampf“.

Sechstes Buch.

Die Vollendung.

Berichtigungen.

S. 3 v. o. 6. Zeile lies: de la Treille statt Traille.
S. 36 v. o. 16. Zeile lies: Arndts statt Arndt.
S. 53 v. u. 11. Zeile und S. 54 v. o. 12. Zeile lies: Mantl statt Mantel.
S. 82 v. o. 12. Zeile lies: des General-Superintendenten Hahn in Schlesien statt: des Superintendenten Hahn.

Verzeichniß der Abbildungen.



Erstes Buch.

Hermann v. Mallinckrodts Vorbereitung und nächste Umgebung.

(1821—1852.)

I. Elternhaus und Jugendjahre (1821—1843).

Der letzte regierende Reichsstädtisch-Dortmund'sche Consul perpetuus, der 1788 zu Grabe getragen wurde, war ein Mallinckrodt. Er war ohne näherstehende Seitenverwandte, und seine beiden älteren Söhne starben ohne männliche Nachkommen. Der jüngste, Detmar Christian Karl, trat 1795 in den preußischen Staatsdienst und war bereits Kriegs- und Domänenrath, als die Errichtung des Königreichs Westfalen ihn zum Beamten dieses Staates, zum Steuerdirector des Fulda-Departements machte. Kurz vor der Schlacht bei Leipzig zog er sich, wohl wegen vaterländischer Gesinnung, den Groll der fremden Machthaber zu und wurde von König Jerome zum Tode verurtheilt[1]. Doch entrann er glücklich der Gefahr, und 1816 erhob ihn der König von Preußen zum Regierungsdirector. Er vermählte sich jetzt mit Bernhardine v. Hartmann aus Nordborchen. In Minden, wo er seit 1818 Regierungs-Vicepräsident war, wurden ihm seine Kinder Pauline und Georg und 5. Februar 1821 der zweite Sohn, Hermann Joseph, geboren. Das Jahr 1823 brachte die Versetzung nach Aachen, und dies verblieb der Sitz der Familie, bis 1839 der Vater sich in den Ruhestand zurückzog.

Das wenige, was über Detmar v. Mallinckrodt noch erhalten, zeigt ihn als einen Mann von ausnehmend ernster Lebensanschauung und noblem Sinn. Er galt als vorzüglicher Finanzmann. Wiewohl er den Eindruck großer Strenge machte, war er doch nicht ohne Empfänglichkeit für die gemüthvollen Seiten des Lebens, und auf gesellschaftliches Auftreten legte er hohen Werth.

[1] Nach einer in der Familie vererbten Ueberlieferung.

Bei Hermann war des Vaters Andenken stets in Liebe und Ehre. Des Vaters Bild wie des Vaters Grab sind noch Jahrzehnte später Gegenstand seiner Sorge; auf dessen Lebensgewohnheiten und Aeußerungen finden sich zuweilen Anspielungen in seinen Briefen, stets in jenem gemüthlich scherzhaften Tone, der von dem einst obwaltenden herzlichen Verhältniß lebendiges Zeugniß gibt.

Die Mutter, Bernhardine, war eine seltene Frau, die mit glänzenden Gaben der Geselligkeit echt häuslichen Sinn und aufrichtige Frömmigkeit verband. „Die ausgezeichnet gute, kluge und fromme Mutter", so nennt sie Pauline v. Mallinckrodt mit dem geläuterten Blick der erfahrenen Ordensoberin noch nach 40 Jahren. Ein Erbstück von ihr war besonders folgenreich für die Zukunft ihrer Kinder. Es war dies das innige Zusammenhalten der verschiedenen Glieder der v. Hartmann'schen Familie. Jedes Jahr, wenn die Zeit der Staatsferien gekommen, versammelte sich der ganze Hartmann-Mallinckrodt'sche Familienkreis auf dem elterlichen Gute in Nordborchen. Auch Hermanns früheste Jugenderinnerungen führen dahin zurück. „Die Erinnerungen der Vergangenheit", schrieb er 1871 an seine Tante, „treten mir lebhaft wieder vor das Auge — bis zu dem Tage hinauf, wo ich als Knabe dich zum erstenmal sah und du als jüngste Tante uns Kinder bei unserer Ankunft in Borchen mit besonderer Freundlichkeit empfingest."

Die Uebersiedelung nach Aachen war für die Mallinckrodt'schen Kinder von weittragender Bedeutung. Die Eltern lebten in gemischter Ehe, der Vater war Protestant, die Mutter Katholikin — ein Verhältniß, das, auch wo es edle und hochsinnige Menschen miteinander verbindet, unter dem Bande innigster Lebensgemeinschaft einen Stachel zu verbergen pflegt, der verletzend und selbst tödtlich werden kann für das Lebensglück der Gatten, aber leichter noch für den religiösen Sinn der Kinder. Gemäß den Forderungen, wie sie bei solchen Ehen die katholische Kirche stellen muß, hatte der Gatte die katholische Erziehung sämmtlicher Kinder zugesagt und hielt als Ehrenmann an seinem Versprechen fest; dafür war die Mutter aufs äußerste bemüht, seine Anschauungen zu schonen und all seinen Wünschen entgegenzukommen. Die Zartheit und Schwierigkeit dieser gegenseitigen Stellung der Gatten war jedenfalls nicht geeignet, eine entschiedene kirchliche Ueberzeugung und damit eine feste Grundlage der Religion überhaupt in den Kindern zu fördern. Die Stütze, deren es dazu bedurfte in Ermangelung der natürlichen Stütze im Schoße der Familie, bot ihnen die treue katholische Stadt Aachen: treffliche Lehrer, gediegene Freunde und eine echt katholische Umgebung.

Bedeutungsvoll war es vor allem, daß Pauline, die älteste, die so bald schon an den Geschwistern Mutterstelle vertreten sollte, ihre geistige Ausbildung in der eben aufblühenden Erziehungsanstalt von St. Leonhard empfing, welche gerade in diesen Jahren für manches edle Leben und, man

darf sagen, für die gesammte Kirche Deutschlands eine Quelle des Segens geworden war. Ihre Lehrerin war hier die durch ihre frommen sinnigen Lieder bekannte Convertitin Luise Hensel, von der sie selbst gesteht (1850), daß sie „die Keime alles Glückes in ihre Seele niedergelegt habe". Als Freundin stand während dieser Zeit die um zwei Jahre ältere Adelheid v. Leerodt ihr besonders nahe. Es ist die spätere Frau v. Maillot de la Traille in Speier, dort als Engel der Armen und leuchtendes Beispiel aller christlichen Tugend bekannt und allgemein verehrt.

Unter solchen Einflüssen war Paulinens Geistesrichtung schon in frühester Jugend eine ernste, der Besuch und die Unterstützung Armer und Nothleidender ward ihr schon früh zum Bedürfniß des Herzens, Glaube und Frömmigkeit zogen ihre Seele mächtig an.

Von den anderen Geschwistern ist aus dieser frühen Zeit kaum etwas bekannt. Einmal stürzte der kleine Hermann von einem hohen Treppengeländer herab und wäre wahrscheinlich verunglückt, hätte nicht ein Bekannter der Familie ihn eben noch mit starken Armen auffangen können. Die ihn als Kind gesehen, stimmen überein, daß der kleine Hermann eine ungemein frische, anmuthige Kindergestalt gewesen sei.

„Wohl habe ich", so schreibt über ihn Frau v. Maillot 1883, „schon in jenen frühen Tagen den vollen Eindruck seiner Begabung empfangen; das Bild des achtjährigen, blondlockigen, rothwangigen Hermann in seiner sprudelnden Lebendigkeit steht lebhaft vor meiner Seele; an kleinen muthwilligen Streichen hat es wohl nicht gefehlt, aber soviel ist gewiß, niemand konnte dem kleinen Wildfang zürnen, denn er hatte etwas so Offenes, Treuherziges und Gutes in seinem Wesen, daß jeder bereit war, für ihn einzutreten und seine Partei zu nehmen."

Ein anderes Zeugniß, das ihm die alten Bekannten übereinstimmend geben, ist, daß er schon als Kind sehr munter und fröhlich war. Aber früh mußte auch an ihn des Lebens Ernst herantreten.

Sommer 1834 war die Mutter in Begleitung ihrer Tochter Pauline und deren Freundin Adelheid v. Leerodt zur Erholung ihrer angestrengten Kräfte ins Bad Schwalbach gereist. Aber statt der Gesundheit wartete ihrer dort der Tod. Sie erkrankte am Nervenfieber, und die aufopferndste Pflege von seiten der beiden Mädchen vermochte das theure Leben nicht zu retten. Gerade ihr Tod zeigte noch, wieviel die Kinder an ihr verloren. Klar bis zum Ende, benutzte sie die letzte Kraft, die zurückbleibende Tochter für die Zukunft auszurüsten. Noch in den letzten Stunden empfahl sie Pauline das treue, liebevolle Walten im Familienkreise unter Vater und Geschwistern und gab ihr eingehende Rathschläge über die Beaufsichtigung des Hauswesens und — als echte Hausfrau vom alten Schlage — über die Ordnung des Leinwandschrankes. „Mein Geist wird stets unter euch sein", das war

ihr letzter Trost, dann wurde sie schwächer und schwächer, und bald weinten die beiden Mädchen an der Leiche. Noch 19 Jahre nachher schrieb bei der Wiederkehr des Sterbetages (17. August 1853) Frau v. Maillot in ihr Tagebuch:

„Nur mit den Gefühlen innigster Verehrung und kindlicher Anhänglichkeit kann ich dieser mütterlichen Freundin gedenken, welche der Jugendgefährtin ihrer Pauline eine so sorgsame und liebevolle Theilnahme zuwandte. Klar und entschieden in ihren Ansichten, rasch und kräftig im Handeln, bei weichem Gemüth und frommem Sinn, war sie die Seele des Hauses, die pflichtgetreueste Mutter, die ihre Kinder mit Wort und That zum Guten antrieb und ermunterte, war dabei eine Zierde der Gesellschaft, welche die geistreiche, lebendige Frau noch lange in der Erinnerung feierte. In ihrem Hause verlebte ich die glücklichsten Jugendstunden. Dort fand ich meine Mathilde [1], die längst zum Engel verklärte Jugendfreundin, dort meine Pauline, mit der mich stets Schwesterliebe verbindet, obgleich unsere Lebenswege weit auseinander gehen. Siebzehn Jahre liegen zwischen der traurigen Stunde, welche die liebenswürdige Frau dem Kreise ihrer Lieben entriß, und dem heutigen Abend; aber meinem Gedächtniß ist der Augenblick unvergeßlich, wo Pauline und ich in Schwalbach vor dem Sterbebett knieten und der umflorte Blick der Kranken sich noch einmal liebend auf die Tochter richtete. Draußen erklangen fröhliche Harmonien zur Begrüßung neuer Badegäste, in unserer Mitte aber waltete der Todesengel, und ein reiches, schönes Leben ging zur Ruhe ein."

Pauline war jetzt 17 Jahre alt; sie sollte den Haushalt führen für den Vater, der es liebte, ein Haus zu machen und gesellschaftlichen Anforderungen seiner Stellung zu genügen; sie sollte, und das war die schwerere Aufgabe, die Erziehung der jüngeren Geschwister leiten. Es waren zwei kräftig aufblühende, muthwillige Knaben, von denen der jüngere, Hermann, erst 11 Jahre zählte. Die Schwester Bertha war noch jünger. Das 17jährige Mädchen hat, ihrer Aufgabe gemäß, vor allem ihre eigenthümliche Stellung gegenüber dem protestantischen Vater richtig erfaßt. Pflichttreu und hingebend, tactvoll und fest, wo dies nothwendig war, wußte sie seine Zufriedenheit in hohem Maße sich zu erwerben. Sie nahm theil an dem bewegten, geselligen Leben Aachens, sie besuchte die Bälle und empfing Gesellschaft im eigenen Hause; ihr Herz stand nicht danach. „Gott sieht mein Herz, Er weiß, warum ich's thue", sprach sie manchmal zu ihren Freundinnen, die, wie Klara Fey [2], in der Wahl frommer Zurückgezogenheit größere Freiheit besaßen. Dafür aber ließ ihr der Vater beträchtlichen Spielraum im Gutesthun, und nahm es gutmüthig hin, wenn in der Rechnung auch sehr ansehnliche Posten für die Armen Platz fanden.

Auf die jüngeren Geschwister übte sie großen Einfluß. Wohl spielten ihr die Knaben manchen tollen Streich, aber es wurde immer wieder mit

[1] Mathilde v. Hartmann, Paulinens Verwandte.

[2] Die Stifterin der Genossenschaft vom „Armen Kinde Jesu".

der Güte beigelegt, die dem Schwesterherzen eigen ist. Das Ansehen wußte „die Alte“ — das war und blieb ihr Name, solange die Geschwister lebten — dennoch aufrecht zu erhalten. Nur ein einziges Mal soll sie die Brüder bei dem Vater verklagt haben, dessen Ernst und Strenge sie wohl kannte. Etwas erregt trat sie in sein Arbeitszimmer. „Papa, komm doch einmal, die Jungen treiben es zu toll.“ — „Ja, was thun sie denn?“ fragte der Vater. — „Sie spucken in einem fort gegen die Decke.“ Der ernste Vater kam und schaute eine Zeitlang lautlos auf das Schauspiel, das sich ihm darbot: die zwei hübschen, munteren Knaben, die mit der größten Anstrengung, aber nicht geringerer Herzensfreude bemüht waren, so ihre eigenthümlichen Wurfgeschosse in die Höhe zu senden, daß sie die Decke des Zimmers trafen. Diesem Anblick, dessen Komik durch das Entsetzen der ältern Schwester noch erhöht war, konnte der alte Herr nicht lange widerstehen. Die Laune faßte auch ihn, und mit seinen Jungen um die Wette begann auch er an dem neuen Sport auf Kosten der Zimmerdecke sich zu betheiligen. So hatte diese Anklage keine schlimmen Folgen.

Die Knaben sollten vor allem etwas Tüchtiges lernen. Der Vater sparte keine Kosten, damit sie in jeder Beziehung auf das sorgfältigste unterrichtet würden. Neben dem Besuch der Elementarschule und des Gymnasiums ließ er ihnen von ausgezeichneten Lehrern Privatstunden in den verschiedenen Fächern ertheilen. Auch was für ihr gesellschaftliches Auftreten wichtig war, wurde nicht versäumt. Sie lernten fremde Sprachen. Hermann sprach und schrieb auch später noch ziemlich geläufig das Französische und las Englisch ohne Schwierigkeit. Als sie älter und kräftiger wurden, kam dazu der Unterricht in körperlichen Uebungen, Fechten, Reiten, Tanzen u. s. w., worin Hermann stets sehr gewandt war. Auch der Sinn für Musik fand seine Pflege. „Ich habe den Chor aus der Weißen Dame als Kind von 15 Jahren oft gehört,“ erzählte er noch Sommer 1872, als er bei einem kleinen Feste mit diesem Chor begrüßt wurde, „und ich entsinne mich noch des lebhaften Eindruckes, den er auf mich machte.“ Da die katholische Mutter vor der Zeit gestorben war, ließ der Vater den Kindern auch in ihrer Religion noch besondern Privatunterricht ertheilen durch den damaligen Consistorialrath, spätern Propst und nachmaligen Weihbischof Dr. A. G. Claessen. Von jeher zeichnete Hermann durch ehernen Fleiß und gutes Betragen sich aus; man war nicht anders gewohnt, als daß er sehr gute Zeugnisse nach Hause brachte, aber es war nichts Außergewöhnliches, was an seiner Begabung hervortrat. Wiederholt begann er zu kränkeln, als Gymnasiast sogar für längere Zeit, doch ohne daß ihn dies in den Studien zurückgebracht hätte. Er war von jedermann gut gelitten, besonders aber — wie das auch später in seinem Mannesalter oft sich zeigte — beliebt bei den Dienstboten.

Die gesellschaftliche Stellung des Vaters und der dadurch bedingte gesellige Verkehr konnte natürlich auch auf die Knaben nicht ohne Einfluß bleiben. Noch in Hermanns späteren Briefen werden Graf Nellessen und zahlreiche andere als alte Aachener Bekannte genannt. Einer der frühesten und, wie es scheint, vertrautesten Spielkameraden der beiden Brüder war der kleine Joseph Steenaerts[1], der 1870 die alte Freundschaft mit Hermann wieder auffrischte und bei den Brüdern damals noch in guter Erinnerung war. In dauernd freundschaftlicher Beziehung jedoch standen die Geschwister einerseits zu den beiden Brüdern Lingens, andererseits zur Familie v. Sartorius, der auch Adelheid v. Leerodt, als Tochter der Frau v. Sartorius aus erster Ehe, angehörte. Bei Lingens verbrachten Georg und Hermann mit Vorliebe die freien Stunden am Mittwoch und Samstag Nachmittag. Es geschah dies so fleißig, daß eines Tages der Herr Präsident zu Herrn Lingens sen. kam und sich ganz im Vertrauen erkundigte, wie es denn damit sei, ob die Knaben wirklich die Zeit hier zubrächten, oder ob etwa der Besuch bei Lingens nur ein Vorwand zum freien Herumstreifen sei.

Nicht minder nahe standen auch die Knaben der Familie v. Sartorius. Noch im spätern Leben hatte bei ihnen Herr v. Sartorius etwas wie das Ansehen eines Patriarchen. 1864 besuchte Hermann noch einmal Frau v. Maillot als alte Freundin in Speier.

„In dem gereiften Manne", erzählt diese später, „fand ich den biederen, treuherzigen Hermann früherer Jahre wieder. Wir beredeten die heiteren Jugenderinnerungen, die fröhlichen Weihnachtsabende der Kindheit. Er citirte manche lustige Familienscene, führte den Papa Sartorius redend ein, wußte überhaupt so anregend und fesselnd zu erzählen, daß dieser Abend sich zur schönen Lebenserinnerung gestaltete."

„Aber", meint dazu die Schwester dieser Berichterstatterin, Madame v. Sartorius (aus der Congregation des heiligen Herzens), „etwas später, als Hermann etwa 16 Jahre alt war, machte sich sein Witz zuweilen etwas stark geltend. Wir Mädchen hatten Angst vor ihm, weil er sich gern über uns lustig machte. Indes mußten wir bald zu dem heranwachsenden jungen Manne hinaufsehen und erkannten, wie in ihm große Herzensgüte mit durchdringendem Geiste verpaart."

Wie die Häuser dieser befreundeten Familien, so war das eigene elterliche Haus für die heranwachsenden Jünglinge die erste Schule gesellschaftlichen Auftretens. Besonders an den Sonntag-Abenden im Winter versammelte sich stets eine größere Zahl von Familien: da wurde zum Klavier getanzt und gemeinsam der Thee eingenommen, und da nahmen auch die Herren Studiosen theil. Noch einen andern Vortheil brachte der geistigen Entwicklung der Heranwachsenden dieser gesellige Verkehr: er brachte sie schon

[1] Er starb 1. Juni 1888 als Pfarrer von Nettesheim und Definitor des Dekanates Neuß.

früh in Verbindung mit bedeutenden und selbst hervorragenden Menschen. Ganz abgesehen von Pauline und ihrem sehr ausgewählten Kreis von näheren Bekannten, war da als Präsident Graf Arnim-Boitzenburg, durch sein kurzes Ministerium 1848, mehr noch durch die hervorragende Rolle, die er später im preußischen Herrenhaus gespielt, der Geschichte angehörig, eine einnehmende, durch und durch aristokratische Erscheinung, vorzüglicher Redner und eleganter Cavalier. Da waren zwei Referendare, die häufig im Mallinckrodt'schen Hause verkehrten: Karl Friedrich v. Savigny, der älteste Sohn des berühmten Ministers, durch die ihm eigene Feinheit des Auftretens schon damals gekennzeichnet, und dessen intimer Freund, Otto v. Bismarck-Schönhausen.

Unter solchen Verhältnissen und Anregungen war der kleine Hermann zum kräftigen Jüngling herangereift. Die erste heilige Communion hatte er in der Gymnasialkirche nach sehr ernster Vorbereitung empfangen. Am 31. August 1835 hatte ihm im hohen Dome der Weihbischof von Köln, Karl Adalbert, Bischof von Samaria, die heilige Firmung gespendet. Herbst 1838 vollendete er mit 17 Jahren seine Gymnasialstudien und bezog nun für die nächsten vier Semester die Universität Berlin, um Cameralia und Jura zu studiren. Eben docirte daselbst noch als gefeierter Lehrer der nachmalige Minister v. Savigny. Hier traf er auch wieder mit seinem Bruder Georg, seinem ältern Freunde Joseph Lingens, mit dem spätern Professor Clemens und anderen Gleichgesinnten zusammen. In der erregten Zeit der Kölner Wirren war es natürlich, daß die katholischen Freunde sich enger zusammenschlossen. Sie bildeten ein Kränzchen, und ein Abend in der Woche wurde abwechselnd bei einem der Mitglieder gemeinsam zugebracht. Auch die großen kirchlichen Tagesfragen beschäftigten die jungen Geister, und mit lebhaftem Interesse machte Hermann hier zum erstenmal bei Joseph Lingens die Bekanntschaft der „Historisch-politischen Blätter“. Er war nämlich Zeuge gewesen, wie Lingens mit Erfolg den kirchlichen Standpunkt vertheidigte, und es war ihm manches dabei zutreffend und neu erschienen. „Woher hast du das?“ fragte er alsbald den Freund, und nun lernte auch er die Quelle kennen.

Die Brüder Mallinckrodt waren bei den übrigen sehr wohl gelitten und bekannt wegen ihres guten Herzens wie wegen ihrer tollen Streiche. Einmal war ein Mitglied des Kränzchens, ein Sohn des Baumeisters N. von Aachen, an typhösem Fieber bedenklich erkrankt. Sofort brachten die Brüder Mallinckrodt bei den Freunden in Vorschlag, die Pflege, namentlich die Nachtwachen, abwechselnd zu übernehmen, und wirklich that dies einer um den andern, um dem Kranken während der Nacht fortwährend die Eisaufschläge zu erneuern. Ein anderes Mal glaubten die Freunde beim Heimgehen am Abend wahrzunehmen, daß in der Spree ein Mensch am Ertrinken sei. Noch waren sie über die Sache nicht einig, als schon die beiden Mallinckrodt

einen Kahn losmachten und in der Finsterniß auf dem Wasser umherfuhren, ohne jedoch etwas zu entdecken.

Immerhin war durch dieses Kränzchen Hermanns geselliger Verkehr nicht so eingeschränkt, daß er nicht auch mit jungen Männern anderer Richtung in nähere Beziehung getreten wäre. Auch unter den Familien Berlins zählte er manches befreundete Haus. Vor allem war es damals der Geheime Justizrath von und zur Mühlen und seine würdige Gattin (geb. Schmedding), sehr gute Menschen und treue, feste Katholiken, in deren Familienkreis Hermann heimisch war, und denen er sein Leben lang eine herzliche Anhänglichkeit bewahrte.

Ueberhaupt war Hermann nichts weniger als menschenscheu. Er liebte die Geselligkeit, und wo er verkehrte, fehlte es ihm nicht an Freunden.

Auch das kirchliche Leben der katholischen Gemeinde Berlins konnte nicht ohne Eindruck bleiben auf ein für alles Gute offenes Herz. Er fand da eine Gemeinde, weithin zerstreut lebend unter Andersgläubigen, von äußeren Hilfsmitteln entblößt, auf ein einziges Gotteshaus angewiesen, aber so stark und reich an innerem Geist des Glaubens und der hingebenden Liebe, daß man nicht Anstand genommen hat, sie in jener Zeit mit der Gemeinde der ersten Christen in Jerusalem zu vergleichen.

Unterdessen war der Vater in den Ruhestand zurückgetreten und in sein wohnliches Haus in Paderborn übergesiedelt. Haus und Besitzungen in Dortmund hatte er schon früher veräußert und dafür, etwa um die Zeit, da Hermann zur Welt kam, das Gut Böddeken, das in malerisch schöner Umgebung 3½ Stunden von Paderborn entfernt liegt, vom Staate käuflich erworben. Den Sommer verbrachte nun die Familie auf diesem Gute, den Winter in Paderborn. Hermann war es nur in geringem Maße vergönnt, sich dieses schönen, häuslichen Stilllebens mitzufreuen. Herbst 1840 bezog er die Universität Bonn, um dort die vier letzten Semester der Wissenschaft obzuliegen. Hier war gerade jetzt der alte Ernst Moritz Arndt durch den neuen König seiner Professur wiedergegeben worden, Böcking vertrat die Anschauungen der historischen Rechtsschule, Walter gab dem Studium des canonischen Rechtes neuen Aufschwung.

Hermann war in Bonn bereits angekündigt und wurde von verschiedenen Freunden erwartet. Trotz der strengen Verordnungen gegen Burschenschaften und Corps, trotz Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 14. December 1834 und der königlichen Cabinetsordre vom 1. Februar 1838 hatten an dieser Universität die gesetzlich verbotenen Corps bereits das Uebergewicht erlangt. Außer den schon älteren vier Verbindungen hatten sich vor kurzem auch die beiden bisherigen „Kameelkneipen“ als Corps aufgethan, die der „Kölner“ am 18. Januar 1838 als „Hanseaten“ und, durch mißliche Verwicklungen gezwungen, 10. August des gleichen Jahres auch die „Trierer“



Hermann von Mallinckrodt in seinen Studentenjahren.



er für Unterstützungen. Die Liebenswürdigkeit seines Umgangs ist seinen alten Freunden noch in guter Erinnerung, nur daß er im Stande war, in der unverfrorensten Weise nicht nur „Füchsen", sondern auch „älteren Herren" den Marsch zu machen, wenn ihm etwas in ihrem Benehmen nicht gefiel. Zum Streit scheint es aber deshalb nie gekommen zu sein, weil, wie einer seiner einstigen Corpsbrüder meint, er gewöhnlich Recht hatte und seine gute Klinge bekannt war.

Schon mit dem Antritt seines zweiten Semesters in Bonn, Herbst 1841, wurde er zum dritten Chargirten, d. h. zum Kassier der Palatia erwählt, was er nun während der zwei übrigen Semester seiner Studentenzeit blieb. Aber bei der Uebernahme fand er die Corpskasse in höchst verwahrlostem Zustande, Schulden genug und keinen Pfennig baar, um zahlen zu können. Der alte Detmar v. Mallinckrodt war Finanzmann; Hermann hatte etwas von seinem Vater geerbt und vielleicht auch gelernt. Jetzt zum erstenmal, aber noch öfter in seinem spätern Leben konnte er dies bewähren. Nach etwa zwei Monaten war die Kasse wieder flott und alles geregelt.

Die Zahl der Burschen, Renoncen u. s. w. betrug in jenem Semester über fünfzig, und alle waren im Stande, ihren Beitrag zu zahlen. Es handelte sich nur darum, diesen auch wirklich einzutreiben, was immerhin seine eigene Schwierigkeit hatte und früher mehrfach nicht erreicht worden war. Es kam jetzt darauf an, daß dies dem neuen Kassier gelang. Hermann scheint es nun verstanden zu haben, auf eine möglichst unbefangene Weise herauszubringen, wie und wann die Corpsbrüder ihre Geldbezüge erhielten, und dementsprechend rückte er ihnen auf das Zimmer. „Wie v. Mallinckrodt immer dahinterkam," erzählt einer seiner Corpsbrüder, „wann die Debenten ihren Wechsel bekamen, ist seinen Freunden noch heute ein Räthsel. Thatsache ist aber, daß der Briefträger kaum das Zimmer verlassen hatte, und v. Mallinckrodt stand schon vor dem Unglücklichen und forderte mit der größten Ernsthaftigkeit Zahlung der Rückstände, die er auch regelmäßig erhielt." Scherzweise beschuldigten ihn die anderen, er unterhalte mit dem Briefträger geheimes Einverständniß und beziehe von ihm seine Nachrichten. Dagegen wehrte er sich aber natürlich auf das entschiedenste.

Besondere Bedeutung für sein Corps hatte er als vorzüglicher Schläger, wohl der beste damals in Bonn, so daß noch lange, nachdem er die Universität verlassen hatte, dort von ihm die Rede war. „Er schlug stets ohne alle Malice," schreibt ein Corpsbruder, „aber seine Hiebe wurden mit solcher Sicherheit geführt, daß jedesmal, wenn er den Gegner berührte, Blut floß." Seine Freunde erinnern sich nicht, daß er jemals wegen einer Beleidigung loszugehen Veranlassung gehabt hätte, und glauben, daß trotz seines Rufes als Schläger die Zahl seiner Mensuren nicht übermäßig groß gewesen sei.

Eine derselben hat indessen eine gewisse Berühmtheit in der damaligen Bonner Studentenwelt erlangt.

Es traf sich, daß Mallinckrodt mit dem Rhenanen Siegerich Arndt, stud. med., dem Sohne des Dichters Ernst Moritz Arndt, sich schlagen mußte und ihn durch eine sehr große Quart abführte, d. h. ihm „eine blutige“ hieb, die vom Ohre bis zum Munde klaffte, so daß der Betroffene zeitlebens entstellt war und einen schiefen Mund behielt. Die Sache wurde ruchbar und erregte solches Aufsehen, daß v. Mallinckrodt wegen lebensgefährlicher Körperverletzung vor den Universitätsrichter Herrn v. Salomon (von den Studenten „Bierrichter“ und „Salamander“ genannt) geladen wurde. Auch der alte Ernst Moritz mußte in amtlicher Eigenschaft — da ihn die Universität für das Jahr 1841/42 als Rector gewählt hatte — der Verhandlung beiwohnen. Wie man in Studentenkreisen damals und noch später sich erzählte, nahm sich nun dieser entschieden des Angeklagten an. „Mein Sohn Siegerich“, soll er erklärt haben, „ist ein Leichtsinn, der andere junge Herr scheint mir ein ruhiger junger Mann. Ich beantrage für meinen Sohn 14 Tage Carcer, für den andern Herrn Freisprechung.“

Allein auch diese Salomonische Vertheidigung durch den alten Dichter-Patrioten konnte Salomons Verdict nicht mehr abwenden, und Hermann v. Mallinckrodt „saß durch Salamanders Urtheilsspruch 14 Tage hinter den eisernen Gardinen über dem Koblenzer Thor“.

Einer der Corpsbrüder, ein jetzt hochangesehener, trefflicher Katholik, nennt Hermann „den besten Schläger und solidesten Studenten, der damals in Bonn gewesen“. Ein anderer schließt seinen Bericht: „Wir alle geben unserem verstorbenen lieben Corpsbruder gern das Zeugniß, daß v. Mallinckrodt während unseres Zusammenseins in Bonn zuverlässig der tüchtigste und geachtetste Student in Bonn war.“

Obgleich Hermann nachmals in Hinsicht des Duells durchaus den kirchlichen Standpunkt vertrat, war ihm doch die Erinnerung an seine Studentenzeit eine ungetrübte. Noch als gefeiertes Mitglied der „katholischen Fraction“ freut er sich später, auf einer Reise in Lübeck unverhofft einigen seiner ehemaligen Corpsbrüder zu begegnen, und 1862 wird zu Ehren eines „alten Universitätsbekannten“, der eben auf der Durchreise ist, im Mallinckrodt'schen Hause ein Diner veranstaltet. 1858 wurde er denn auch von der Palatia zum 20jährigen Stiftungsfeste eingeladen, das in Remagen gefeiert werden sollte. Man schickte ihm „ein Verzeichniß alter Leute, welche schon zugesagt hatten, der ‚Hahn‘ (Franz v. Gärtner) an der Spitze“, und, schreibt er seinem Bruder, — „das kitzelte mich sehr“. Indessen fuhr er auch damals, wiewohl er sich um jene Zeit auf eine Erholungsreise begab, an Remagen vorbei, und nach Ausweis der Corpschroniken ist er nie zu einem Stiftungsfeste gekommen. Als er während der Culturkampfsjahre wieder

einmal eingeladen wurde, lehnte er ab mit dem Bemerken, die Zeiten seien jetzt zu ernst[1].

Herbst 1842 hatte Hermann die Universitätsstudien beendet und trat nun in die juristische Praxis ein, zunächst als Auscultator am „Land- und Stadtgericht" in Paderborn. Aber fürs erste war noch das Einjährig-Freiwilligen-Jahr abzudienen. Als großer Pferdeliebhaber entschied er sich für das in Paderborn garnisonirte 6. Ulanenregiment, während sein älterer Bruder Georg den Dienst bei der Infanterie vorgezogen hatte. Hermann, ein kräftig gebauter Mann von großer Körpergewandtheit, voll Muth und Umsicht zugleich, war gern Soldat und behielt sein Interesse und eine Art Vorliebe für die Waffe sein Leben lang. Wenn er in fremden Ländern reiste, hatte er stets große Aufmerksamkeit für die Haltung der Truppen, und es finden sich hierüber in seinen Briefen interessante Bemerkungen. In der Weihnachtsmesse in St. Peters Dom 1857, da er von dem erhöhten Orte, an dem er Stellung genommen, fast die ganze päpstliche Armee in dieser Riesenkirche zu seinen Füßen versammelt sieht, wandelt ihn die Zerstreuung an, er wäre wohl ein tüchtiger Feldherr geworden.

„Das Militär macht dem Preußen," so schreibt er bei einer Reise durch Oesterreich Sommer 1843, also nicht lange nach vollendetem Einjährigendienst, „selbst wenn er von so vielen und großen Mängeln in der eigenen Armee durchdrungen ist, einen recht unangenehmen Eindruck. Unwillkürlich liest man auf jedem der ernsten, immer gleichen Soldatengesichter 10 oder 14 Jahre Dienstzeit, und was nachher? . . . Aus jedem Griffe schaut die Langweile des Soldaten; ehe so ein Mann das Gewehr anfaßt und sich umdreht, hat der Preuße geladen und ihn todt geschossen. Jeden Augenblick kommt so ein Corporal mit Seitengewehr und Stock vorüber. Ist es eine Invalidenarmee, die drei Beine zum Marschiren gebraucht? . . . Um den Krieger zu beschäftigen, scheint man zum Wachehalten seine Zuflucht genommen zu haben. Unzählbar ist die Menge von Posten; vor dem Theater (zu Prag) standen drei Kürassiere zu Pferd, an jeder Kasse ein Grenadier und acht Mann vor dem Parterre."

„Apropos," so schreibt er 1857 aus Neapel, „um Mariä Empfängniß, dem Jahrestag des Attentats auf den König, haben wir der Feldmesse der gesammten Garnison und demnächst, in günstigster Aufstellung unseres Wagens gegenüber dem General Falangieri, deren Parademarsch assistirt. . . . Ich aber fand, daß der Parademarsch der italienischen Regimenter positiv schlecht und der der Schweizer Truppen nach unseren Ansprüchen kaum mittelmäßig war."

---

[1] Die verschiedenen Mittheilungen führen sich zurück auf die große Güte des Herrn Dr. Tersteffen, Kreisphysikus in Büren, des Herrn Sanitätsraths Dr. Schäfer in Bonn, des Herrn Justizraths E. Schenk in Köln und durch deren gütige Vermittlung auf die Angaben noch mehrerer anderer Herren; theilweise beruhen sie auf den Corpschroniken von 1878 und 1883. Die C.-C.-Acten sind nur von 1848 an noch vorhanden.

Kaum besser lautet sein Urtheil über die französische Truppe: „Was ich in Paris versäumt, habe ich dort (in Rom) nachgeholt, nämlich dem Exercitium der Franzosen zuzusehen. Es ist interessant durch die gänzlich andere Haltung, als wir sie gewohnt sind. Von Accuratesse und Exactitude keine Spur. Parademarsch à la Neapolitani und in summa eine Bummelhaltung, wie Dir daraus anschaulich werden wird, daß der Gemeine, dem sein Hauptmann einen Auftrag gibt, ganz gemüthlich die Hände mit dem Käppi auf dem Rücken hält und so oder in beliebiger anderer Stellung einen Klaff auslegt. Ich werde deshalb nicht bezweifeln, daß die Franzosen tüchtige Soldaten sind, aber ich begreife auch, weshalb sie niemand halten kann, sobald das Laufen anfängt."

Auch auf die Militärmusik der Franzosen ist er schlecht zu sprechen.

Indessen hatte er im eigenen Lande noch mehr Gelegenheit, seine Hinneigung zur Truppe zu bekunden. 11. Juli 1845 erhielt der Unterofficier im 15. Landwehrregiment Hermann v. Mallinckrodt das Patent als Secondelieutenant im 6. Landwehr-Ulanenregiment und machte nach wie vor die Landwehrübungen und Manövers mit. Als ihm December 1849 angezeigt wurde, man habe ihn (aus wohlwollender Absicht seines Präsidiums) für den Fall des Krieges zum Intendanturdienst vorgemerkt, erklärte er dies als seinen Wünschen nicht entsprechend, da er es vorziehe, als Combattant zu dienen, zumal ja ein Beamtenmangel nicht vorliege. In ganz ähnlichem Geiste schrieb er noch 15. Mai 1866 in Bezug auf einen jungen Mann, an dem er großes Interesse nahm: „Ich würde Anstand genommen haben, ihn zum baldigen Eintritt (bei der Truppe) mit Rücksicht auf den Krieg zu bereden; allein meine Meinung ging dahin, daß derjenige, der Soldat werden will, mit seinem Eintritt nicht warten muß, bis der Krieg vorbei ist; und wenn es losgeht, so sehe ich auch nicht ein, wozu N. noch bis zum Herbste warten will." Als ihm dann Frühjahr 1853 die wiederholte Anfrage gestellt wurde, ob er wünsche, kraft der durch königliche Cabinetsordre vom 29. April 1852 gewährten Vergünstigung vom ersten Aufgebot ins zweite versetzt zu werden, erwiederte er, man möge „nach Maßgabe des dienstlichen Verhältnisses über ihn verfügen, da persönliche Verhältnisse nach keiner Seite hin bestimmenden Ausschlag geben". Anfang 1854 wiederholte sich die Anfrage, da im ersten Aufgebot nur solche sein sollten, auf deren Eintreffen bei der Fahne im Fall einer Einberufung mit Sicherheit gerechnet werden könne, er hingegen in seiner Stellung als Beamter möglicherweise zurückgehalten werden könnte. Auch jetzt die gleiche Antwort: Seine persönlichen Verhältnisse werden durch die Frage nicht berührt, er stellt die Disposition über ihn der Militärbehörde anheim; für die dienstlichen Verhältnisse aber kann er für die Zukunft nichts voraussagen, „da dieselben durch die jedesmaligen Verhältnisse und das Urtheil der vorgesetzten Instanzen bedingt sind".

Erst März 1855 beantragte er, in Anbetracht der ihm durch den Civildienst auferlegten Fesseln und da ein Officiersmangel jetzt nicht mehr bestehe, die Versetzung zum zweiten Aufgebot. Diese erfolgte denn auch, aber nicht ohne öffentliche Anerkennung der bei der Truppe erwiesenen Tüchtigkeit und der unter der Waffe geleisteten Dienste. 3. November desselben Jahres übersandte ihm der Major und Bataillonscommandant v. Knobelsdorf die 16. Januar 1842 gestiftete Dienstauszeichnung für Landwehr, welche auf Antrag des Bataillons 12. October der König ihm verliehen hatte.

Doch dies alles lag damals noch in weiter Ferne. Einstweilen war er noch ein junger „deutscher Lanzenknecht", wie er sich scherzweise nannte, und machte als solcher auch einmal eine kleine Urlaubsreise nach Aachen, die alten Bekannten wiederzusehen, und der blühende junge Soldat mit seinem liebenswürdigen, gemüthlichen Wesen hinterließ dort allenthalben den günstigsten Eindruck.

Noch während seines letzten Semesters an der Universität hatte ein harter Schlag ihn getroffen; April 1842 war sein Vater gestorben, und es war klar, daß es für ihn bald auf Erden keine Heimat mehr geben würde.

2. Die Geschwister Mallinckrodt.

„Ihr seid ein einig Volk von Brüdern, Geschwister Mallinckrodt", so dankte Hermann Juli 1853 scherzhaft für die ihm bei einem Mißgeschick erwiesene Theilnahme, für das „Wettern" seines Georg und seiner „Bertha sanfte Klagelieder". Es war dies ein ebenso wahres als schönes Wort.

„Ich erinnere dich daran," konnte er 1858 an seine Schwägerin Bernhardine v. Mallinckrodt schreiben, „daß der frühe Verlust meines Vaters und meiner Mutter auf uns vier Geschwister eine starke, enger aneinander schließende und bindende Kraft ausgeübt hat; jetzt sind der Geschwister sechs, und oft haben wir uns allerdings schon unserer starken und innigen Einigung gefreut."

Es herrschte unter diesen vier seltenen Menschen, zu deren Kreis zwei andere[1] bald hinzutreten sollten, eine so volle Uebereinstimmung des Herzens, ein so innig schönes, durch nichts getrübtes Verhältniß ihr ganzes Leben hindurch, daß wohl selten die Idee des Schöpfers, der den Zug der Geschwisterliebe gütig und weise zugleich dem Menschenherzen eingepflanzt hat, reiner und voller zum Ausdruck gekommen ist. Die jährlichen Familienconferenzen, der „Congreß" oder „Familienkrakehl", waren selbstverständlich von dem v. Hartmann'schen Hause auch auf das Haus Mallinckrodt über-

[1] Bernhardine v. Hartmann seit 20. Mai 1845 als Gemahlin Georgs, Alfred Hüffer als Gatte Bertha's seit 12. October 1848.

gegangen, und es wird häufig in Briefen darauf Bezug genommen. Ein lebhafter, ungemein herzlicher, brieflicher Verkehr verband überdies alle sechs Geschwister untereinander bis zum Ende ihres Lebens. Wo immer ein Besuch oder auch nur ein kurzes Begegnen auf der Reise zu ermöglichen war, wurden Pläne geschmiedet und alles zur Erreichung aufgeboten.

„Laß uns häufiger Briefe wechseln," mahnt er z. B. November 1850, da beide ins Feld gerückt waren, seinen Bruder Georg, „auf daß wir uns nicht im Truppengewirre verlieren." „Von Paderborn und Böddeken", heißt es Januar 1851, „habe ich ziemlich lange nichts gehört . . . und hoffe ich sehr, in nicht zu ferner Zeit mal hinüber zu kommen. Eine fast einjährige Abwesenheit von dort ist lange nicht dagewesen, und es muß der Gefahr vorgebeugt werden, daß ich mich der Heimat entfremde." „Nun, Kinders," schreibt Hermann 15. September 1852, „nur immerhin losgeschossen — so sage ich mir, und bilde mir dabei ein, daß ich seit dem Congreß noch nicht geschrieben habe. Das Wichtigste, was zu berathen wäre, ist nun offenbar die Frage: Wann und wo kommen wir denn wieder einmal zusammen? Zusammen müssen wir doch! Auf der Burg Hohenzollern [1] aber wächst nur Essig, seit der Minister durch Umsturz des Organisationsplanes mir die Trauben sauer gemacht hat. Also quid faciamus nos? Legen wir die Hände in den Schoß? Bei Leibe nicht! O nein, o nein! wo anders sei das Stelldichein! Die sach- und allerseits ehehaftengemäßen Vorschläge erwarte ich spätestens vier Wochen vor Weihnachten." „Ich hoffe auf einen stillvergnügten und friedlichen Winter," schreibt er aus Bayern im August 1866, nachdem er selbst längst Ehemann und Familienvater; „je weiter wir aber voneinander, um so wünschenswerther ist häufiger brieflicher Verkehr."

Sorgen, Freuden und Leiden des einen der Geschwister erregen stets lebhafte Theilnahme von seiten der anderen; die besonderen Freunde des einen werden ganz selbstverständlich sofort auch die Freunde und selbst die Gäste in der Familie der anderen. Da Hermann 1853 noch als Junggeselle mit dem Gedanken umgeht, sich ein Gut zu kaufen, schickt jedes der Geschwister seinen guten Rath, und er dankt gerührt „für den allseitigen Enthusiasmus".

„Ihr wißt meinen Ausspruch," schreibt er, „wenn meine Geschwister sagen, ich solle die und die heiraten, so heirate ich sie unbesehens. Aehnlich geht es mit den Gutskäufen. Ich gebe Euch da auch ausgedehnte Vollmacht und erkläre ziemlich von vornherein mein Einverständniß."

Da es sich Anfang 1851 für ihn um die Annahme einer neuen Stelle handelt, schreibt er an Pauline:

„Ich bin gewohnt, meine Geschwister und namentlich die ‚Alte' für so pfiffig zu halten, daß sie im Stande sind, einen guten und gesunden Rath zu geben. Solchen Rathes bedarf ich in diesem Augenblick, wo ich mich dem Rubikon nähere, und die Würfel meines Geschickes rollen." . . . „Nun wünsche ich, liebe Alte," so

[1] Eine Reise nach Süddeutschland und ein Besuch dieser Burg, die eben Friedrich Wilhelm IV. in alter Pracht wiederhergestellt hatte, war geplant gewesen.

schließt der lange Brief, „daß Du die Sache reiflich in Erwägung ziehest und mir dann recht bald einen motivirten Rath gibst. Außerdem wünsche ich, daß dieser Brief Hüffers und Georgs (sonst natürlich niemand) mitgetheilt werde, damit auch diese Familien die Sache erwägen und eine jede mir ihr geschwisterliches Sentiment baldigst zugehen läßt. Ich glaubte bisher, eine solche namentliche Abstimmung würde höchstens bei einer Verlobung eintreten, allein dieselbe wird mir auch jetzt sehr interessant sein. Ich bitte deshalb nochmals darum."

Drei Wochen später schreibt er an seine Schwester Bertha, Alfred Hüffers Gattin:

„Grüß Gott, liebe Frau Schwester! Ich habe mit einer gewissen Rührung Eure Neugierde erfahren und will selbige daher nicht länger auf die Folter spannen. Es thut mir leid, es sagen zu müssen, daß Alfred durchgefallen ist mit seinem möglichst wohlmotivirten Rathe. Mein Entschluß war schon ziemlich bestimmt gefaßt, als die geschwisterlichen Vota mit wirklich sehr dankenswerther Schnelligkeit einliefen. Das Sentiment der Alten kömmt meiner Meinung am nächsten." —

„Ich verharre fest und treu,
Der Geschwister Mallinckrodt Nummer 3":

so schließt ein Brief Mai 1855, und gewiß war diese „Nummer 3" es, die nicht am wenigsten zu dem innigen Zusammenhalten der Geschwister beigetragen hat. Die Geschwisterliebe war ihm jedoch mehr als eine unwillkürliche Empfindung.

„In Wiedenbrück (damals der Wohnort der Familie Hüffer) beabsichtige ich Georg, Dine, Mariechen [1] und meinetwegen auch Meinolphus [2] anzutreffen und dort Weihnachten zu feiern," meldet er scherzend December 1851, „was um so geeigneter erscheint, als Bertha's Haus für Georg und mich wohl nicht viel anderes als Stroh zu bieten haben wird, wir also auf die natürlichste Art Krippchen spielen können. Von gegenseitigen Geschenken würde ich gänzlich abstrahiren, da nunmehr die Zeit gekommen sein dürfte, wo die Herren Eltern den Kindern Platz machen und die Braten-Onkels eine Flasche vom echten Alten trinken, weshalb ich meinen 48er, falls noch ein Fünkchen leben möchte, in Wiedenbrück zu begrüßen hoffe. Nach den Feiertagen, oder meinetwegen am zweiten Feiertag, würde ich dann vorschlagen, hinwiederum von Hüffers begleitet nach Böddeken (dem Gute Georgs) via Paderborn zu reisen, und so würde ein süßes Hin- und Herwiegen in Geschwisterliebe und Gastfreundschaft stattfinden können, welches namentlich dann einen erhebenden Eindruck macht, wenn es durch die Feier heiliger Tage getragen wird und so in christlicher Verklärung sich einen himmlischen Beigeschmack sichert."

Es war 24. Februar 1873, in der 49. Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses. Man verhandelte den Gesetzentwurf über die Erbschaftssteuer, in dem namentlich die Kinder der Geschwister hart betroffen wurden.

[1] Tochter Georgs v. Mallinckrodt, jetzt Freifrau von Droste-Hülshoff auf Stapel.
[2] Georgs Sohn, der noch im Kindesalter starb.

Die Commission hatte Ablehnung des Gesetzes vorgeschlagen. Hermann v. Mallinckrodt, der gefeierte Centrumsführer, dessen Stimme man seit lange fast nur noch gewohnt war in kirchlich-politischen Fragen zu hören, erhob sich, den Commissionsvorschlag zu unterstützen. Er war nicht mehr der jugendliche Einjährige, der junge Mann mit dem Kindesherzen, dem „die drei Parzen in Gestalt seiner Schwestern einen ganz angenehmen Lebensfaden spinnen und es gewiß nicht schuld sind, wo mal Knoten drin kommen“, dem die Trennung von den Schwestern „gleich das Leben langweilig“ erscheinen läßt. Längst waren seine Haare gebleicht, sein Antlitz tief gefurcht; seit Jahren ruhte Bertha im Grab, Pauline war im Kloster, die eigene heißgeliebte Gattin hatte er ein Jahr zuvor bestattet, und noch ein Jahr, und man sollte ihn selbst zu Grabe tragen. Er erhob sich, um vor dem ganzen Lande ein tiefempfundenes Wort zu sprechen über die Geschwisterliebe:

„Meine Herren! Ich will nur mit wenigen Worten Sie bitten, mit möglichst großer Majorität die Vorschläge der Commission anzunehmen . . . Ich vertheidige die Vorschläge der Commission mit besonderer Lebhaftigkeit, und die hat ihren Grund darin, daß es mir vorkommt, als wenn man heutzutage geneigt wäre, das Familienband mit einer weit größern Kälte zu behandeln, als man das Band meinetwegen einer Actiengesellschaft oder dergleichen Beziehungen betrachtet . . . Es kommt darauf an, wenn die Steuer gut sein soll, daß man bei Feststellung der Steuerpflicht und des Procentsatzes zarte Rücksicht auf das Maß nimmt, in welchem die Familienbande, da wo die Besteuerung eintritt, noch mehr oder weniger eng sind . . . Das Verhältniß der Geschwister und der Geschwisterkinder liegt aber zweifellos in dem Kreise der nähern Verwandtschaft.“

Mehrere Anträge waren gegen den Commissionsantrag eingebracht, alle wurden abgelehnt; was Mallinckrodt verfochten hatte, drang siegreich durch.

Freilich wird da die Geschwisterliebe leicht, wo so treffliche und liebenswürdige Menschen im Schoße einer einzigen Familie vereinigt sind und diese Vereinigung selbst in einem höhern, religiösen Geiste erfassen.

An der Spitze des kleinen Bundesstaates stand während der Jugendzeit „die Alte“, die Mutter ihrer Geschwister. Sie ist es, die im Charakter wie im Aeußern mit Hermann am meisten Aehnlichkeit hatte und mit ihm von den Geschwistern auch am eingreifendsten nach außen gewirkt hat. Die ihr im Leben nahe getreten sind, geben Zeugniß von dem feinen Tact, der wohlthuenden Liebenswürdigkeit, der schon fast über das Irdische emporgehobenen Geistesruhe und Heiterkeit, die sie auszeichneten. Die Geschwister, die unter ihrer pflegenden Hand aufgeblüht, die Werke der Liebe und Andacht, die unter ihren Schritten emporgesproßt sind, bezeugen nicht minder bestimmt, wes Ursprungs die außergewöhnliche Kraft der Seele war, die schon als zartes Mädchen sie belebte. Längst hatte sie ihr Herz Gott geweiht; der Entschluß, ihr ganzes Leben im besondern Dienste Gottes und des Nächsten

zuzubringen, stand fest, nur harrte sie noch des Winkes von oben, um den rechten Weg zu finden.

Schon zu des Vaters Lebzeiten hatte sie eine Anzahl blinder Kinder um sich gesammelt und sich dem Unterricht und der Erziehung derselben gewidmet. Ihre Freundin, die vortreffliche Räthin Schmidt, und deren Gatte, der gelehrte und erfahrene Arzt, standen ihr dabei hilfreich zur Seite. Auch nach des Vaters Tod blieb Pauline in Paderborn, wo sie sich zwei kleine, bescheiden eingerichtete Zimmer im ehemaligen Kapuzinerkloster gemiethet hatte, diesem Wirkungskreise getreu. Aber sie war eifrig darauf bedacht, eine Ordensgenossenschaft zu finden, welche das Werk der Blindenerziehung aus ihren Händen nehmen würde, damit sie, über das Schicksal ihrer kleinen Blinden beruhigt, frei dem Zuge ihres Herzens folgen könnte. Bereits hatte sie zugesagt, bei der Gründung der klösterlichen Erziehungsanstalt für junge Mädchen, durch welche die Insel Nonnenwerth ihrem frommen Zwecke wiedergegeben werden sollte, zugleich mit ihrer Freundin Luise Hensel als Lehrerin sich zu betheiligen. Allein da alle Unterhandlungen zur Uebernahme der Blindenanstalt durch eine klösterliche Genossenschaft fehlschlugen, entschloß sie sich zuletzt auf Rath ihres väterlichen Freundes, des Weihbischofs Claessen von Köln, das von ihr begonnene Werk auch für die Zukunft in der Hand zu behalten. Eben jetzt sollte die v. Vinke'sche Provinzial-Blindenanstalt ins Leben treten, Paulinens Privat-Blindenanstalt sollte erweitert den katholischen Zweig derselben bilden.

Schon 21. August 1849 war in ihr der Entschluß zur Reife gediehen, durch Stiftung einer eigenen religiösen Genossenschaft dem Werke festen Bestand und das Unterpfand des Segens von oben zu geben. Anfang 1850 vereinigten sich mehrere erwählte Seelen zu diesem Werke. 22. April schrieb sie an Luise Hensel:

„Siehe, ich bin die Magd des Herrn; mir geschehe nach seinem Wort — in diesem Sinne hatte ich mich zu einer zeitweisen Anwesenheit in Nonnenwerth entschlossen, wenn Gott sie von mir verlangte; in diesem Sinne trenne ich mich jetzt von dem Gedanken an Sie, verehrte Luise, und an die Anstalt von Nonnenwerth, und gehöre mit verdoppelter Liebe meinen armen Blinden und den Zwecken, für die der Bischof uns bestimmt. Die Genossenschaft soll in den Schulen verwandt werden, weshalb wir bereits mit der Regierung in Unterhandlung stehen."

Am 4. November 1850 legte Pauline mit drei Schwestern die ersten Gelübde in die Hand des Bischofs ab. Dieser wie seine Nachfolger auf dem bischöflichen Stuhle von Paderborn zeigten der jungen Stiftung große Gewogenheit, und auch von seiten der Regierung fand dieselbe freundliches Entgegenkommen. Eine Anzahl von Schulen wurden der Genossenschaft anvertraut. 21. Juli 1853 besuchte Friedrich Wilhelm IV. in Person die Provinzial-Blindenanstalt und gab den Ordensfrauen große Zeichen der Huld

und Anerkennung. 1868 kam auch die Königin Augusta, um im Mutterhause von Paderborn die hochverdiente Oberin, die ihr zum Empfang entgegeneilte, gerührt und huldvoll zu umarmen. Nach 20 Jahren hatte die Genossenschaft der „Schwestern der christlichen Liebe" sich bereits weit verbreitet. In Westfalen allein zählte sie 1872 etwa zwölf Unterrichtsanstalten, mehrere auch im Rheinland, ein Pensionat mit Schule in Konstanz, mehrere Schulen im Sigmaringen'schen und die Leitung einer Privatstiftung in Dresden. Die rasche Verbreitung gerade dieser Genossenschaft war es, die November 1872 im preußischen Abgeordnetenhause, da Hermann v. Mallinckrodt seinen Antrag zum Schutze der Schulschwestern einbrachte und gegen ihre Vertreibung aus der Schule seine Stimme erhob, der Cultusminister Dr. Falk ihm entgegenhielt, um damit dem Lande zu beweisen, daß es sich bei der Wirksamkeit der Schulschwestern um Macht, um Ausdehnung des Machtinteresses handle. Man nahm ihnen damals die Schulen in Deutschland, und die Schwestern mußten ins Ausland ziehen; erst nach Belgien, dann auch nach Böhmen. April 1873 sandte Pauline die ersten Schwestern nach Nordamerika, im Mai reiste sie selbst dahin, 1874 öffnete sich ihr Chile. October 1879 bis September 1880 machte sie dann ihre große Fahrt über Chile, New-Orleans und Wilkesbarre; kaum zurückgekehrt, trat sie die Rundreise an durch ihre belgischen, deutschen, böhmischen Niederlassungen. Einmal noch vorher war der Name der heldenmüthigen Frau in aller Munde, als sie durch ihre Entschlossenheit der Leiche des verehrten Oberhirten Konrad Martin von Paderborn die ehrenvolle Bestattung auf heimischer Erde verschaffte, die Grabesruhe im hohen Dome, aus dem man ihn lebend vertrieben hatte. 30. April 1881 schloß sie zu Paderborn ihr an Tugenden und Verdiensten reiches Leben.

Trotz der vollen Hingabe an ihren klösterlichen Beruf war Pauline der Verbindung mit den Geschwistern nicht völlig entzogen. Schon die örtliche Nähe, mehr aber noch das mütterliche Verhältniß, in dem sie zu denselben stand, machten dies unmöglich. Sie kam wohl auch zuweilen zum Besuch nach Böddeken heraus, wichtige Fragen wurden ihr stets vorgelegt, wichtige Briefe der Geschwister ihr zugeschickt. Sie selbst hinwieder liebte es, in wichtigen Angelegenheiten ihrer Verwaltung den Rath ihrer Brüder zu erbitten. In besonders regem Verkehr stand sie mit Hermann, der 20 Jahre lang ihr Vermögen für sie verwaltete, ihr häufig auch in anderen geschäftlichen Angelegenheiten hilfreich zur Seite stand, aber auch in Angelegenheiten der Seele sich mit ihr austauschte und manchen guten Rath von ihr empfing. Häufig, wenn er an die übrigen Geschwister gemeinsam einen Brief richtete, heißt es dabei: „An Pauline habe ich besonders geschrieben", oder: „Was die würdige Mutter angeht, so lohnt es sich, der allein zu schreiben." Es blieb dieses schöne Vertrauensverhältniß ungetrübt bis zum Tode. Nur eines

mochte Hermann an ihr nicht wohl leiden. Das war etwas übermäßig Demüthiges und Anspruchsloses in ihrer Sprache gegenüber den Geschwistern. Wiederholt macht er sich in aller Gutmüthigkeit darüber lustig. „Mit innigster Verehrung und Liebe", schließt er 15. September 1852 den Brief an die Geschwister und macht dazu die Anmerkung: „Wie Pauline einen Brief schließt, den ich soeben erhalten habe. Ich schwanke zwischen Spaß und Rührung." Ein anderes Mal, 1853, schließt er: „Indem ich à la Pauline meinen herzlichen Dank für die Weihnachtsaufnahme wiederhole." Schon 1846 steht mit großen Lettern über einem Brief aus Erfurt:

„Motto: ‚Ich danke Euch, lieber Bruder und verehrte Schwägerin, auch viel tausendmal für die freundliche Aufnahme, welche mir so wohlwollend bei Euch zu theil geworden ist. Meine Dankbarkeit ist unsterblich.' — Aus dem Tagebuch der Pauline v. Mallinckrodt."

Indessen gab es doch etwas, worüber Pauline und die Brüder sich schwer verständigen konnten. Mit dem den Ordensstiftern so nothwendigen, ganz übernatürlichen und außergewöhnlichen Gottvertrauen ließ Pauline sich auf Unternehmungen ein und übernahm Verpflichtungen, für die ihre materiellen Hilfsquellen in keiner Weise ausreichen konnten, wenn nicht durch ganz besondere Fügungen Gott zu Hilfe kam. Solche wollten aber die Brüder, Georg, der umsichtige Gutsherr und Hausvater, und Hermann, der erfahrene Beamte, doch nicht allzu viel in Rechnung gezogen haben, und sahen mit Bedauern und Sorge die etwas verwirrte Finanzlage der „würdigen Mutter". Endlich kam es bei der Familienconferenz Neujahr 1856/57 zum ernsten Austrage.

„Ich freue mich," schreibt Hermann 25. Januar an Georg, „daß Du und Pauline Euch verständigt habt. Mir deucht, der Neujahrskrakehl ist für alle, insbesondere aber auch für Pauline, so übel nicht gewesen. Jedenfalls ist sie sehr eifrig auf Regelung ihrer Finanzen bedacht. Das Manco pro 1856 hat sich auf 800 Reichsthaler ergeben, was eigentlich noch ziemlich wenig ist. Auf (wiederholtes) lebhaftes Bitten habe ich nach einigem Zögern den Betrag angewiesen, wofür Pauline ungemein dankbar ist. Ich komme mir in solcher Rolle etwas lächerlich vor; indessen mitunter ist ein bischen Komödienspielen gar so nutzlos nicht."

Indessen die Besserung der würdigen Mutter hielt nicht lange an. Juni 1858 schreibt Hermann an den Bruder:

„Sodann erhielt ich einen Brief de dato Bodensee und Freiburg von Pauline, die sehr zufrieden schreibt." Aber bald schon folgte der nähere Commentar: „Von Pauline habe ich kürzlich auch einen Brief erhalten. Ich dachte wohl, daß es mit dem finanziellen Resultat der Reise ziemlich faul aussehen werde; die Alte vermied das Eingehen auf dieses Kapitel. Inzwischen hat sie mit der Direction der Provinzial-Hilfskasse auch schon ausgeheckt, daß diese ihr das Paderborner Pensionatsbaukapital auf Amortisation ohne Hypothek hergeben will. Sie ist köstlich,

die Alte! aber sie schnurrt sich doch. Ich gedenke ihr morgen die Frage nach der Quelle, aus welcher Zinsen und Amortisationsraten fließen werden, vorzulegen; es soll aber ganz freundlich geschehen."

So blieb bei allem die Liebe stets gewahrt.

Gleich an Innigkeit, aber doch ganz anderer Art war das Verhältniß Hermanns zur jüngern Schwester Bertha. War Pauline „die Alte", so ist Bertha auch noch, da sie zur Beschaffung der Aussteuer „auf den Handel reist", für ihn „das Kind". Eine überaus anmuthige Erscheinung, ein munteres, harmloses und liebenswürdiges Wesen, das namentlich den Mund am rechten Fleck hatte, voll Geist und nicht ohne Schalkhaftigkeit, besaß sie Hermanns Zärtlichkeit in vorzüglichem Maße. Sie ist es hinwiederum, die aus der Familie am fleißigsten an ihn schreibt und, selbst da sie fieberkrank auf dem Sopha liegt, dem fernen Bruder ihre Grüße sendet. „Bertha, ja die macht eine ehrenvolle Ausnahme", rühmt er dann auch, wenn er die anderen wegen ihrer Schreibfaulheit auszankt.

„Nachdem ich", heißt es in einem Briefe an sie, Pfingstsonntag 1855, „gebührendermaßen dem Heiligen Geiste ein Heilig, Heilig, Heilig gesungen, auch aus meinem Fenster hinaus auf die sonnigen Straßen und auf die schönstgeputzte Menschenwelt ein wenig hinabgelugt habe, will ich mich zu meiner besondern Welt und namentlich zu Dir und den Deinigen als einem darin hervorragenden Gegenstand wenden."

„Der letzte italienische Brief", schreibt er ihr am Ende einer langen Reise 6. Januar 1858 aus Venedig, „muß — so habe ich mir gesagt — an Deine Adresse gehen, meine liebe Bertha! Du umschwebst mich im Federhut und der Mantille mit weißem Tibetgrunde, und während ich schreibe, tönt vom Marcusplatz die Abendmusik zu mir herauf. . . . Der Ofen brennt, die Cigarre dampft, ich sitze im Schlafrock und bin behaglich. Das ist aber auch nur eine der wechselnden Reisesituationen, die dazu dienen mag, auch Dich um so lebhafter um 15 Jahre zurückzuversetzen, als noch das Mädchen mit ihrem Bruder die Welt durchzog, als wir abends an der Piazetta am Dogenpalast mit der Barke anlegten, einige Male die wogende Menge kreuzten und im Vollmondlicht auf den Kanal und Hafen schauend unsere Früchte aßen. — Da mir vorgestern Abend nach meiner Ankunft ein außergewöhnlich großes Vielliebchen in die Hände fiel, gedachte ich zuerst, es aufzuheben und für Dich mitzubringen; nachher aber habe ich es gegessen, halb für Dich, halb für mich; dann habe ich es mir abgewonnen, und wenn ich nun nach Hause komme, so magst Du wählen zwischen einer Ansicht von Venedig und vom Comersee, welchen letztern ich erst jetzt in befriedigender Ausführung aufgethan habe."

Rührend verräth sich diese Zärtlichkeit für „das Kind", indem er September 1854 an seine Schwägerin schreibt:

„Ich verlange schon lange nach Euren Photographien, und dieses Verlangen ist um so lebhafter, seit ich das wohlgelungene Conterfei von Bertha habe, welches mich manchmal zwingt, ihm zuzunicken."

Seit Ende 1848 war Bertha vermählt mit Alfred Hüffer, der durch Alter, Laufbahn und Gesinnung Hermann nahe stand und schon von Berlin her mit ihm befreundet war. Ein ideal angelegter, echt poetischer Geist, ist er bekannt als der ritterliche Freund Luise Hensels, der poetische Vertraute des Sängers von „Dreizehnlinden". An Biederkeit der Gesinnung und männlicher Frömmigkeit war er der Familie würdig, die ihn jetzt als Bruder aufnahm. Die längste Zeit hat er im preußischen Abgeordnetenhause an der Seite Hermann v. Mallinckrodts gekämpft. Anfangs Appellationsgerichtsassessor in Paderborn, wurde er Frühjahr 1852 als Kreisrichter nach Wiedenbrück versetzt, wo er bis 1860 blieb und sich als Vorsteher des St. Vincenzvereins auch um die Armen großes Verdienst erwarb. Hier war es auch, wo Luise Hensel zu diesen „braven, frommen Leuten" in ein herzliches Freundschaftsverhältniß trat. Später lebte er als Kreisgerichtsrath in Paderborn, wo er auch nach seinem Rücktritt aus dem Staatsdienst verblieb und sich durch allseitige Förderung des Guten um die Kirche, um seine westfälische Heimat, wie um die Stadt Paderborn große Verdienste erwarb. Etwas von der Zärtlichkeit für Bertha übertrug sich nun auch auf den Schwager. Hermann hatte ihn wirklich wie einen Bruder lieb und kann seinen „Alfredl" kaum nennen, ohne irgend eine Neckerei daran zu knüpfen.

Die Herzlichkeit dieser Gesinnung wurde von seiten des Schwagers aufrichtig erwiedert. Sie waren Gesinnungsgenossen in des Wortes voller Bedeutung, betrachteten sich als Brüder, und nie ist eine Trübung in diesem Verhältniß eingetreten, auch nachdem Bertha längst durch den Tod den beiden entrissen war; ja es war, als ob durch diesen Tod das Band noch enger geschlungen werde.

Das innige Herzenseinverständniß zwischen dem Bruder und der jüngern Schwester, das auch im spätern Leben und nachdem beide ihr eigenes Heim gegründet, noch fortgrünt, hat stets etwas eigenthümlich Zartes und Anmuthendes, zumal wenn es bei bedeutenden Menschen hervortritt. Allein weit rührender ist es und weit seltener, und fast immer das Zeugniß edler Herzen, ein solch inniges Band zwischen zwei Brüdern zu finden auch da, wo sie, zu ernsten Männern gereift, jeder als Haupt einer großen Familie, mitten in den Stürmen und Kämpfen des Lebens stehen. Ein solch herzliches Verhältniß findet sich zwischen Hermann und Georg v. Mallinckrodt von der Elementarschule in Aachen an bis zu Hermanns Todbett in Berlin. „Mein in alten Zeiten des öftern vice versa durchgewämmster, herzlieber Bruder", schreibt Hermann noch 8. Juni 1871 an Georg. Es weht ein Hauch der Innigkeit in diesen Briefen, und spricht daraus der Ausdruck einer so vollen Uebereinstimmung, ja Gleichheit, nicht nur der Gesinnung, sondern auch der Interessen, daß es wirklich an das Wort erinnert: „ein zweites Ich".

Georg stand an Ritterlichkeit des Sinnes und Festigkeit des Charakters, vielleicht auch an geistiger Begabung dem jüngern Bruder in nichts nach.

Was sie unterschied, war nur die verschiedene Laufbahn. Während Hermann an den Regierungscollegien oder im Parlament seine reichen Kräfte den öffentlichen Angelegenheiten widmete und so vor der Welt im großen bekannt wurde, lebte Georg als Rittergutsbesitzer der Bewirthschaftung und Hebung seines Gutes. Das Muster eines westfälischen Landedelmannes, war er der Mittelpunkt der Verehrung und Hochachtung im kleinern Kreise von Freunden und Verwandten; aber er hat auch bei allen gemeinnützigen Bestrebungen und Unternehmungen in der Umgebung seines Gutes wie im ganzen Kreis sich in hohem Maße die Achtung seiner Standesgenossen wie den Anspruch auf die Dankbarkeit der Bevölkerung verdient. Sein Rittergut Böddeken war eines der 1803 aufgehobenen Klöster. Die Vergangenheit dieses Hauses führt zurück bis in die Tage Karls des Großen. Einst ehrte es den hl. Meinulph als seinen Stifter und barg dessen Gebeine als kostbare Reliquien. Seit 1408 war es bis zu seiner Aufhebung im Besitz der Regularcanoniker vom hl. Augustin. Gleich anfangs lebte hier unter diesen Gobelinus Persona, einer der drei berühmten Westfalen, die eine Geschichte des Konstanzer Concils hinterlassen haben. Bei der Aufhebung waren die Reliquien des hl. Meinulph, die Gebeine nebst dem wunderbaren Glöcklein, das der Heilige als Diakonus beim Dienen der heiligen Messe gebraucht haben soll, nach Paderborn übertragen worden. Das Kloster selbst war Staatsdomäne bis 1822, wo es der protestantische Vicepräsident v. Mallinckrodt käuflich an sich brachte. Als Erbgut ging es dann auf den ältesten Sohn über, der die Bemühungen des Vaters fortsetzte, die tiefgreifenden Spuren der Vernachlässigung und Verwüstung, denen seit der Säcularisation alle Gebäude preisgegeben waren, allmählich verschwinden zu machen. Etwa 10 Minuten von dem Gute entfernt steht die uralte St. Meinulphuslinde an dem Ort, wo der frommen Sage nach der Heilige geboren war. In ihrer Nähe hatte eine Kapelle gestanden zu Ehren dieses ersten Heiligen des Paderborner Landes. Aber wie die Klosterkirche von Böddeken, so war auch diese dem Volke ringsumher theure und geheiligte Kapelle durch die preußische Regierung bis auf geringe Ueberreste zerstört worden. Georg v. Mallinckrodt faßte den Entschluß, das Heiligthum wieder erstehen zu lassen — ein Werk der Frömmigkeit von seiten des Besitzers und zugleich der Sühne für den an der Kirche von der Staatsgewalt verübten Raub. Unter Leitung des Dombaumeisters V. Statz aus Köln wurde genau auf den alten Fundamenten, nur mit schöneren Formen, im Stile der reinsten Gotik die Kapelle wieder aufgebaut und kunstvoll ausgemalt. 23. August 1857 vollzog der Bischof Konrad Martin von Paderborn in feierlichster Weise die Einweihung. Die fromme Verehrung des Volkes für den hl. Meinulphus wieder zu beleben, war für Georg v. Mallinckrodt eine Herzensangelegenheit. Als besonderes Mittel dazu dienten die Andachten, die er an den Sonntag-Nach-

mittagen im Mai vor der Kapelle abhalten ließ, zu denen bald das Volk in Schaaren von allen Seiten herbeiströmte.

Schon diese eine Thatsache zeigt, daß unter Georg v. Mallinckrodt ein durch und durch christlicher Sinn auf Böddeken waltete. Hier war es auch, wo in schöner Waldeseinsamkeit unter treulieben Menschen Hermann die glücklichsten Stunden seines Lebens verbrachte. Konnte er nicht da sein, so mußten häufige Briefe den Ersatz bieten, in denen die Brüder Leid und Freud theilten und ideale wie materielle Interessen miteinander beriethen, meist mit jenem Anflug von Munterkeit und Laune, der verräth, wie wohlthuend dieser Verkehr den Herzen ist. Bald will er den Besuch zu einem Familienfest in Dortmund so eingerichtet wissen, „daß wir Gelegenheit zu gemeinsamen schnodderigen Bemerkungen behalten"; dann lacht er ihn aus beim Marsch der Truppen 1850, daß jener als Infanterist „Fußreisen mit dem Knappsack macht", während er als „Besitzer von vier Pferden" durch die Welt reitet. Ein anderes Mal ermuntert er ihn, den Spuren der Familiengeschichte nachzugehen, und bezeichnet ihm eine Anzahl lokalgeschichtlicher Werke, die er durchstudiren möge:

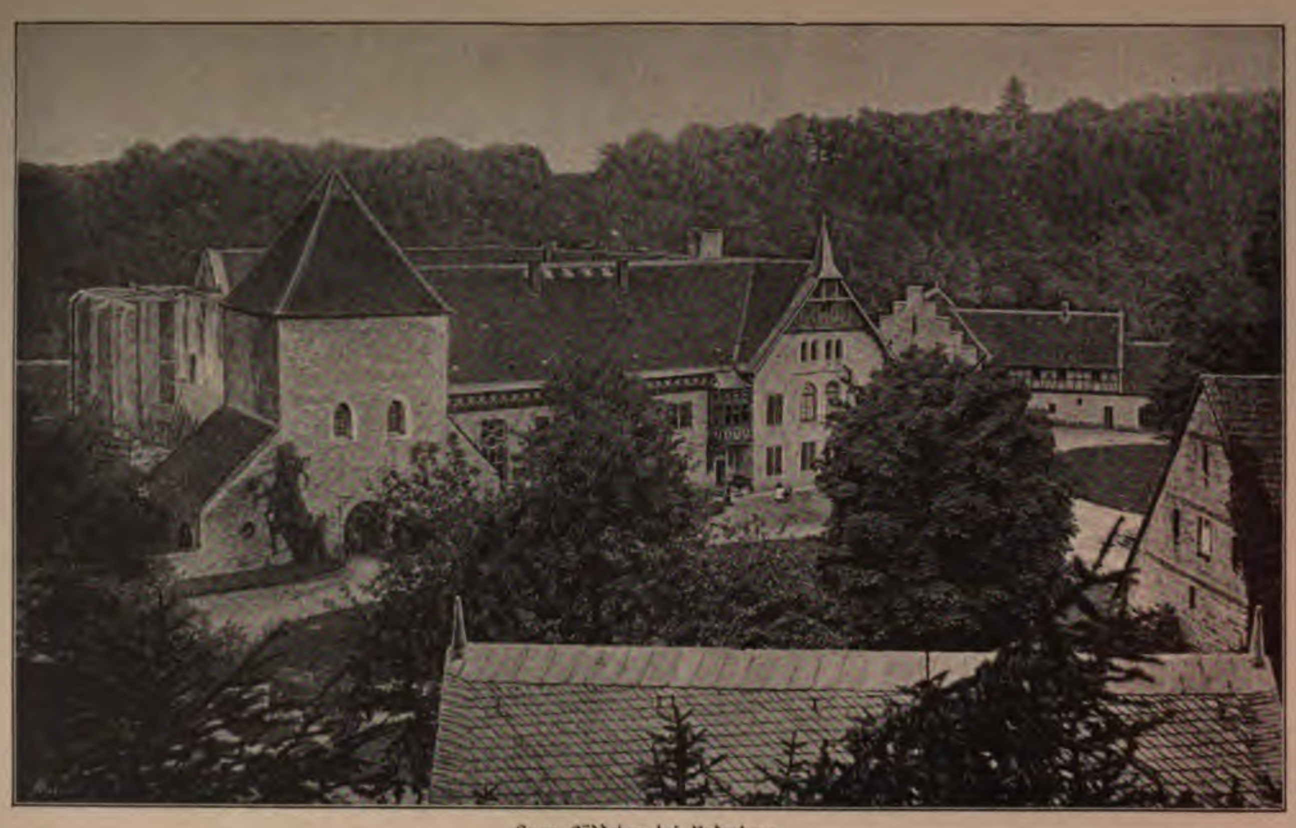
„Du bist ja Vereinsmitglied für Geschichte und Alterthümer Westfalens und hast noch so wenig für die Unsterblichkeit gethan!" In einem folgenden Briefe, da er wieder von der Geschichte des Geschlechtes v. Mallinckrodt spricht, unterbricht er sich:

„. . . jedoch: ‚Was hilft's, ob der Väter Thaten stolz zu sein?
Spannst du nicht selbst den Bogen, ist er nicht dein!'

Deshalb sehe auch ich mich vor allem unter den Lebenden nach den Bogenspannern um, und bin befriedigt zu hören, daß Du jüngst in Münster wenigstens einen Rindviehpreis heruntergeschossen hast."

Georg v. Mallinckrodts Gattin, „Dinchen", oder wie Hermann sie lieber nannte, „Dine", seine „angeheiratete Schwester", stand gleichfalls zu ihm in überaus naher und herzlicher Beziehung. Bei dem glücklichen Familienleben, das auf Böddeken herrschte, waren Georg und Dine für Hermann eigentlich nur eine Person, denen Liebe und Scherz stets gemeinsam galt. Bald sind sie ihm das „Klutentretervolk", das gerade jetzt in süßem Schlummer liegt und vielleicht von Hermann träumt. Dann wieder zieht er nach gemachtem Vorschlage zu einem Wiedersehen „die Stirn in ernste Falten in Erwartung dessen, was auf der Weisheit Wort das lustige Völklein der Landleute, quos pia vallis habet, quos pia silva tegit [1], wohl zu erwiedern gedenken möchte". Oder er „gedenkt seiner Lieben daheim, wie sie händeringend bei dem wasserköpfigen Kuhkinde stehen, oder über Begründung einer Ent-

[1] Dies aus der Inschrift am Thorhause von Böddeken:
Hic tibi devotos foveas Meinulphe clientes,
Quos pia vallis habet, quos pia silva tegit,
Hic tibi perpetuo resonent sacra munera laudum . . .



Haus Böddeken bei Paderborn.
(Nach einer Photographie aus dem Verlage von H. Zickermann in Hamburg.)



schädigungsklage wegen todtgekitzelter Pferde grübeln, während doch das edle Streitroß ganz einfach an kurzem Athem gestorben ist, wie alle Menschen und Thiere pflegen". „Uebermorgen erwarten wir den König," schreibt er 17. Juli 1853 aus Erfurt; „vielleicht, daß ich ihm eine Empfehlung an Pauline mitgebe. Von Euch wird wohl nicht die Rede sein. Ihr seid Kaffern." Einmal weiß er sie jedoch auch zu loben:

„Am 6. April 1851 haben Herr und Frau v. Mallinckrodt ein Werk vollbracht, welches mit Recht das Staunen der Mit- und Nachwelt hervorruft. Vorbelobte beide Eheleute nämlich haben einen hitzigen Anlauf genommen, und ist es ihnen alsdann auch wirklich und glücklich gelungen, sich selbst zu übertreffen. Man muß gestehen, so etwas sei noch gar nicht dagewesen. Auch soll unter dem Volke das Gerede sein, als wäre es nicht mit rechten Dingen zugegangen. Andere dagegen vermeinen, es fehle auf dem Rittergute noch an Mobiliar und hoffe man, durch schmeichelhafte Reden und zuckersüße Schreiben nicht nur den Bruder, sondern auch des Bruders fahrende Habe herzulocken. Wie dem aber sei, der Brief war artig, und der Bruder kommt zunächst um Ostern."

Die herzliche Liebe zu seinem „lieben Schwesterchen", der hingebenden, gemüthvollen Hausfrau auf Böddeken, deren „Briefchen ihm immer viele Freude machen", und zu seinem „Senior familiae", dem „Erbpächter", erstreckte sich natürlich alsbald auch auf deren Kinder, und allmählich darf kaum mehr ein Brief abgehen, der nicht auch für diese Gruß und Scherz gebracht hätte. Dies war der erwählte Familienkreis, aus dem Hermann v. Mallinckrodt hervorgegangen ist, in dessen trauter Runde er stets wieder Lebensfrische geschöpft, die Kraft gestählt hat. Längst hatte er sein eigenes Heim, eine liebenswürdige und geliebte Gattin und fröhliche Kinder, als es ihm immer noch Herzensbedürfniß war, mit den Geschwistern zu verkehren, und seine größte Erquickung, sie wieder zu sehen.

---

3. Reise — Romantik (1843).

Solange Hermann noch in Paderborn als Einjähriger diente, hatten die Geschwister auch nach des Vaters Tod in der frühern Behausung im Bußdorfe gemeinsam weitergelebt. Jetzt aber mußte er doch nach längstens einem Jahre Paderborn verlassen, und über das Haus sollte anderweit verfügt werden. Am 1. Juli 1843 wurde die Haushaltung aufgelöst. Aber die Geschwister waren übereingekommen, den Abschluß des gemeinsamen Lebens durch eine schöne, große Reise zu feiern. Alle, die dazu frei waren, nahmen theil; leider mußte Georg zurückbleiben. Die drei übrigen aber hielten es mit ihrer Reise ziemlich ernst: nicht nur eine Zeit des Vergnügens, sondern

auch eine Gelegenheit der Belehrung und geistigen Ausbildung wollten sie darin sehen. Alle drei führten daher auch über das, was sie sahen und erlebten, ihr Tagebuch. Dasjenige Bertha's und Hermanns ist noch erhalten, und bei der Uebereinstimmung der beiden Geschwister in ihrem Denken und Fühlen ergänzen sich die beiden Berichte oft ganz glücklich. Hermanns Reisetagebuch ist das einzige Schriftstück seiner Hand, das aus jener Zeit erhalten ist, und diese Reise erscheint — vielleicht nur infolge hiervon — als die einzige Gelegenheit, wo bei seinem praktischen, auf die Wirklichkeiten des Lebens gerichteten Sinn die Romantik etwas in den Vordergrund tritt.

Die kleine Reisegesellschaft theilte sich eigentlich in zwei Gruppen: Pauline, das mehr ernste und gesetzte Element, wollte auf dieser Reise „die barmherzige Schwesterei" studiren. Ihr war es vor allem darum zu thun, im Hinblick auf ihren künftigen klösterlichen Beruf die Wohlthätigkeitsanstalten, Krankenhäuser, Blindeninstitute, Irrenhäuser u. dgl. mit ihrer Einrichtung und Verwaltung genau kennen zu lernen. In einigem Gegensatz zu ihr, „der Alten", stand das muthwillige junge Volk: „Hermann und ich", wie es so oft in Bertha's Tagebuch heißt. Alle Abenteuer und Streiche begingen diese beiden gemeinsam, während Pauline ihren ernsten Bestrebungen nachging.

Müde von der Unruhe und Erregung, welche die Räumung des Hauses und die Auflösung der alten Ordnung für alle Geschwister mit sich gebracht, machten sie sich mit den ersten Tagen des Juli auf die Wanderschaft. Aber schon das nächste Reiseziel, „das Nest Hörter", verdarb den Schwestern den Muth. Wie gerne wären sie wieder zurückgekehrt nach dem „lieben, lieben Paderborn" und hätten sie „die Reise an den Nagel gehangen"! Aber Hermann blieb fest und suchte durch Kaffee und Witze die Reiselust der Gesellschaft wieder zu beleben. „Der Blick vom Ziegenberge auf den Gebirgskessel zur Linken, auf die Stadt im Schutze des Rauschenberges, die friedliche, stille Weser, den großen, bescheidenen Sitz der alten Bebauer des Sollings, der Lehrer und Erzieher des weiten Landes, die Abtei Corvey, auf das reiche Weserthal mit der Feste Fürstenberg, welche zur Rechten das Gemälde schloß", begann die Zaghaften wieder mit dem Wanderleben auszusöhnen. Die liebevolle Aufnahme bei der befreundeten Familie des Geheimen Raths v. Metternich auf Wehrden brachte vollends den rechten Reisehumor zurück.

Bis Braunschweig ging es dann leidlich gut. Die Porzellanfabrik Fürstenberg, das Correctionshaus zu Bevern, das Braunschweigische Schloß, das „zu schön für das kleine Ländchen", das Museum, die Blindenanstalt — alles wurde genau besichtigt und lange Betrachtungen darüber in die Tagebücher eingetragen. Es gab kaum etwas, das sich der Beobachtung des 20jährigen Reisenden entzog: Militärwesen, Landwirthschaft, Domänenverwaltung, Volkscharakter, alles hielt ihn beschäftigt.

Sonntag Morgen gegen 8 Uhr sollte es unter gewaltigem Regenschauer bei trüber Reiseaussicht in dem mühsam aufgetriebenen Wagen eben von Braunschweig weiter gehen, als der Amtmann von Wolfenbüttel, dem sein Postwagen unversehens davongefahren war, bittend an den Wagen herantrat, ihm auch ein Plätzchen einzuräumen. Natürlich nahm man ihn auf, und „der vom Postwagen angeführte, petitionirende, obscure und vielsprechende Amtmann“ wußte bald die Reisegesellschaft ganz zu gewinnen; bei Hermann „stieg er in der Achtung“, Bertha fand, daß er „sich angenehm entfaltete“, und er wurde zum interessanten Führer durchs schöne Ilsethal. Auch ein Maler schloß sich unterwegs der kleinen Schaar an; man besuchte Schloß Wernigerode, genoß die Aussicht auf den Brocken „mit den ihn umfliegenden Hexenmänteln“, auf den Hohenstein und die Wodansburg; Hermann schwelgte in romantischen Empfindungen, aber — da kam ein furchtbares Gewitter, „Wodan schleuderte Blitz und Hagel“, und die Gesellschaft kam „katzenaß“ gegen 3 Uhr in die Herberge zurück. Kaum hatten die Regenschauer nachgelassen, als die Geschwister Mallinckrodt auch schon wieder auf dem Marsche waren, das Bodethal zu durchziehen, dessen Eindruck alles bisher Gesehene verdunkelte und selbst der stark entnüchterten Bertha einige Begeisterung ablockte.

„Wir weilten“, schreibt Hermann, „einen Augenblick auf einem engen Felsenvorsprung, ganz dem tiefen melancholisch-seligen Eindruck hingegeben, den der einsame Ort, die Riesenwände schwarzen, undurchdringlichen Gesteins, der stürmische, tobende Lauf der felsbezwingenden Bode dem Gemüthe unauslöschlich eingruben. Nach mühsamem Steigen wurde die halbe Höhe der ‚Roßtrappe‘ erreicht, von wo der Blick in die Tiefe schweifte, wo das Gefühl nicht mehr wie unten, einem Gefangenen gleich, ohne Thatkraft, den Eindruck von außen empfing und tief in sich verschloß, sondern die kühnen Formen der Natur mit dem eigenen Geiste zu durchdringen suchte und das Herz zu starkem, trotzigem Muth unwiderstehlich erhob.“

Pauline machte den Vorschlag, noch einen ganzen Tag hier im Bodethale zu verweilen, dessen großartige Natur selbst Bertha „sprachlos“ gemacht hatte, um in aller Muße den Spuren der schönen Ida, der Königstochter vom Kronensumpfe, nachzugehen, von der die Sage des Volkes und der Amtmann von Wolfenbüttel so viel zu erzählen wußten; aber trotz aller Romantik widersetzte sich das junge Volk, im Drange weiter zu wandern.

Um Mitternacht brach man auf, und „beim Pochen der Hämmer, Sprühen der Oefen und Brausen des Bergstroms verließen die Wanderer die Blume des norddeutschen Landes, um durch die weite öde Ebene rasch dem Havelufer zuzueilen“. Eine bequeme Mondnachtfahrt brachte die Reisenden dann von Halberstadt weiter nach Magdeburg, das man in Augenschein nahm, und von hier wurde bald Potsdam erreicht. Hermann hatte unterwegs unverdrossen landwirthschaftliche Beobachtungen gemacht und aufgezeichnet,

Bertha aber meinte: „Dem Himmel sei Dank, daß es von Magdeburg bis Berlin eine Eisenbahn gibt, sonst würde die öde, dürre Strecke die ganze Reise verderben." In Potsdam wurde nun vorläufig das Hauptquartier aufgeschlagen und von da aus nach allen Seiten hin Ausflüge gemacht, besonders aber Berlin fleißig besucht. Vor allem die großen Anstalten der Wohlthätigkeit übten dort ihre Anziehung und wurden genau in Augenschein genommen, nebenbei aber auch Museen, Theater und Concert nicht ganz vernachlässigt. Hermann fand „zu seiner großen Freude eine Menge alte Universitätsfreunde und Bekannte, in deren Gesellschaft er einige recht gemüthliche Abende zubrachte". Auch bei befreundeten Familien, wie der des trefflichen Geheimen Raths Aulike (später Director der katholischen Abtheilung im Cultusministerium), fanden die Geschwister herzlichen Willkomm.

Im Abscheu gegen „die Potsdamer Welt" (Stadt und Gebäude) stimmte die Reisegesellschaft überein, aber in Berlin wollte es Bertha „trotz Hermanns unerhörtem Schimpfen" ganz gut gefallen. Die Abneigung gegen Berlin ist Hermann auch später stets eigen geblieben, nicht nur gegen die Stadt, weit mehr noch gegen den „Berliner Ton" und die Berliner „Bildung". Wenn er einmal von einem Kreise sagte: „Da herrscht Berliner Ton", so war es gewöhnlich mit seiner Freundschaft aus. Noch 20 Jahre später blieb er einmal beim Weggehen aus der Wohnung eines Freundes, der von Münster dauernd nach Berlin berufen war, sinnend vor dessen kleinem Söhnlein stehen, und mit erhobenem Finger und drohender Miene sagte er zu dem Kleinen: „Wurm! Wurm! werd mir kein Berliner, sondern bleib mir ein echter Westfale!"

22. Juli ging es über Halle und Leipzig, wo auch „Auerbachs Keller" besucht wurde, nach Dresden, das Hermann schon früher lieb gewonnen hatte und das für immer seine Lieblingsstadt blieb. „Dresden, meine Lieblingsstadt auch noch beim vierten Besuch", schrieb er 12. Mai 1856, und auch später noch kehrte er wiederholt dahin zurück.

Hier war es auch, wo er jetzt zum erstenmal ein Parlament betrat. „Der Besuch der Landtagssitzung war nicht ohne Interesse", bemerkte er. Sehr mißerbaut war er hingegen vom Besuch der Kirche. Freilich die Musik fesselte ihn sehr. Es war die Zeit, da Richard Wagner als beliebter Hofkapellmeister in Dresden seine ersten Triumphe feierte. Eben jetzt, Juli 1843, war das „Liebesmahl der Apostel" in der Frauenkirche zum erstenmal aufgeführt worden, und es ist bekannt, mit welchem Interesse und welcher Liebe der Meister damals den Gesang in der katholischen Kirche leitete. Aber gerade dies zog Folgen nach sich, die Hermann in lebhafte Entrüstung versetzten. Er schreibt:

„Schaaren von Fremden, namentlich Russen, Polen und Engländer, welche nicht selten ein oder mehrere Jahre in Dresden zubringen, wogten über die Terrasse zur katholischen Kirche, deren Außenseite in hohem Grade schön und eigenthümlich ist,

während das Innere bei der äußerst einfachen Decoration außer den im allgemeinen hübschen Verhältnissen wenig bietet. Die musikalischen Leistungen der Kapelle sind ausgezeichnet, erfreuen sich aber zu zahlreicher Bewunderer, welche eine strenge Kirchenpolizei nöthig machen; nur schade, daß sie so unter aller Würde und so unpassend gehandhabt wird. Während seitwärts Arm in Arm die Paare wandern oder dumme Jungens alten Närrinnen Händchen küssen, auch wohl musikalische Genies nicht umhin können, mit lauter Stimme das Orchester zu begleiten, während am Hochaltar das Opfer dargebracht wird, jagen die Schranzen der Gewalt und Dummheit die Menge gläubigen und ungläubigen Volkes aus den Mittel- und Seitengängen des Hauptschiffes in die Seitenhallen, wo man weder ungestört sein, noch der Messe folgen kann, weil die Dresdener Glockenzeichen noch nicht universelle Berühmtheit erlangt haben. Kurz gesagt, es ist ein Skandal, mon cher roi de Saxe, daß bei einer solchen Wirthschaft eine heilige Messe gelesen wird."

Auch sonst gab es in Dresden manche Beschwerde. Das Hotel de Saxe, wo zur Befriedigung der Geschwister Mallinckrodt der Wirth ein Dortmunder, war mit Fremden so überfüllt, daß sie „arme Wesen den fünften Himmel erklettern mußten". Dabei war die Sorge der Polizei so umfassend, daß die Reisenden sogar ins Fremdenbuch einschreiben mußten, zu welchem Thor sie hereingekommen seien, was für die Geschwister eine besondere Schwierigkeit hatte, da sie überhaupt durch kein Thor eingegangen waren.

„Der Paß wird von so vorsichtigen Behörden natürlich auf jedem Schritt und Tritt gefordert. Wird ja schon auf der Eisenbahn niemand ohne solchen zugelassen. Glücklich, daß unser Paß auf Specialbefehl Sr. Majestät lautet!"

Dagegen sahen sie im Theater mit Wohlgefallen die beiden Devrient auftreten, den Dresdener und den Berliner, und staunten die aufgehäuften Schätze des Grünen Gewölbes an, die aber Hermann mit Langweile erfüllten.

„Alle die gewaltigen Schätze an Gold, Silber, Perlen und Edelsteinen haben mich", schreibt er, „kaum mehr gerührt als das Bewußtsein, daß derartige Dinge noch viel mehr und schöner in der Erde stecken. Der Geschmack, welcher sich solche Schätze anschafft, kommt mir entsetzlich dürftig und bemitleidenswerth vor, verächtlich aber und noch viel mehr, wenn die Mittel dazu nicht aus der eigenen Tasche genommen werden."

Aber um so mehr begeisterte die Rüstkammer, wo „der deutsche Ruhm so mächtige Vertreter findet", und die Raffael'schen Madonnen, denen er in der Gemäldegalerie seine besondere Aufmerksamkeit zuwandte. Indes heißt es in Bertha's Tagebuch: „Hermann und ich pflegen die Herrlichkeiten der Städte ziemlich rasch zu absolviren und machen gern, während die arme Pauline sich in Anstalten herumtreiben muß, Excursionen zur Verdauung des Gesehenen." So ging es denn hinaus über Berg und Thal, und „ein Regenschauer war nicht im Stande, unser Vergnügen zu stören". Aber ungemüthlich wurde es doch für die kleine Gesellschaft, als sie am Morgen

des 26. Juli unter Sturm und strömendem Regen den Elbedampfer besteigen mußte zu einer Vergnügungsreise durch die Sächsische Schweiz. Zwei Tage später steuerten sie auf der „Bohemia“ Prag entgegen. Die Fahrt war entzückend schön.

„Wuchtige Felsgestalten, deren Fuß bald auf freundlichem Anger ruhte, bald schäumend vom Strome bespült wurde, deren Haupt zur Erinnerung an geschwundene Größe oder geschehene Thaten bald mit den Trümmern der Schreckensburg, bald mit einer bescheidenen Kapelle oder einfachem Kreuze geschmückt erschien, wechselten mit waldigen Abhängen und kleinen Dörfchen.“

Dabei gab es lustige Gesellschaft, und man war so heiter, daß selbst Bertha, der sonst der Bruder großen Hang zum Schlafen vorzuwerfen pflegte, mithalf, noch einen Theil der Nacht zu „verlachen“. Gegen Morgen aber wurde bei Brandeis wegen niedrigen Wassers die ganze Sippschaft auf Stellwagen geladen und nach langsamer Fahrt um 6 Uhr auf der Mauth in Prag abgesetzt.

„Mauth und immer wieder Mauth“, schimpft Hermann, „in jeder großen Provinzialstadt! dazu Paß mit Paß-Recepisse, dies mit Aufenthaltskarte, diese wieder bei Herausgabe des Passes mit Passirschein vertauscht; — wenn das ganze Land ein Diebsnest wäre, so wäre keine größere Controle denkbar, falls man nicht jeden Fremden festsetzen will, bis er wieder abreist. Und doch scheinen die Oesterreicher ein so friedliches Volk zu sein, das sich mit seinen Musikbanden und ähnlichen Vergnügungen gerne genügen läßt.“

Zwei- und dreifach wurde das Gepäck visitirt und revidirt, und die Mallinckrodt-Geschwister wurden so spät entlassen, daß sie drei Hotels bereits ganz besetzt fanden und sich bequemen mußten, im „Goldenen Engel“ einzukehren, einem Gasthof, „wo vom Morgen bis zum Abend gescheuert, es aber nie reiner wird, wo der dunstigen Luft halber wie gegen Cholera geräuchert wird, und wo man bei Tisch fast auf der Straße sitzt, so viel Obstfrauen und kleine Buben bieten ihre Waaren feil“.

Prag, meinte Hermann, biete zwar sehr Sehenswerthes, aber 2½ Tage genügten vollständig, alles anzusehen; und so ging es denn 30. Juli im Briefeilwagen gegen Wien los. Die „Gesellschaft bestand aus einem hölzernen, vernagelten Grafen, einem dummen, gutmüthigen Wiener, einem witzigen und einem guten, beide nicht schlauen Berlinern; man schlief sehr viel und widmete die übrige Zeit Betrachtungen über die Lande, welche sie gerade durchflogen“. „Einen Tag und zwei Nächte ging es in ununterbrochener Hast, aber vielgestörtem Schlaf fort bis Wien, wo die Familie Mallinckrodt nach manchem Seufzer über die wirklich schmierigen und zerlumpten Postillons, die über Stock und Stein auf den schlecht gehaltenen Chausseen jagten, gegen 6 Uhr einlief und sich den ganzen Tag etwas in Verzweiflung vorsagte: ‚Wir

wären in Wien.'" So schrieb Bertha; Hermann aber war von Anfang an von Wien sehr angenehm berührt; es „überraschte ihn das liebenswürdigste Pflaster von der Welt", und das Innere der Stadt war „das gerade Gegentheil von Berlin". Die jüngeren Glieder der Gesellschaft begannen sogleich, sich in der Stadt herumzutummeln, indes „die gute Pauline, die auf der Reise ein großes Wort geführt hatte", während Bertha fast immer schlief, jetzt bis zum Mittag ausschlafen mußte. Schon bald kam aber auch in dem schönen Wien ein „verzweifelter Regentag", und „das brachte uns", schreibt Bertha, „auf den glücklichen Gedanken, als würdige Glieder der Familie Hartmann fortan Karten mitzuführen".

Zu sehen und zu lernen gab es hier genug in den großartigen Wohlthätigkeitsanstalten der Kaiserstadt, wie in den Museen und Theatern. Aber es war eines, was Hermann vor allem fesselte:

„Die Krone von Wien ist für den Cameralisten das Technische Cabinet im Polytechnischen Institut. Kaiser Ferdinand hat das Cabinet als Kronprinz gegründet, das einzige Deutschlands. — Ueberall wurden den Gemälden, Sculpturen, alten Waffen, den Geräthen aus Pompeji und Herculanum, den ägyptischen Mumien große Hallen geweiht, um dadurch die Geschichtskenntniß zu erweitern, den Geschmack zu verbessern, und ‚der Kunst selbst wegen', wie viele sagen, aber wenige verstehen; selbst Schatz- und Kunstkammern, angefüllt mit thörichten Kunststücken müßiger Drechsler u. dgl. Aber die materiellen Künste der Gegenwart, die Erfindungen, welche die Welt in 50 Jahren weiter gebracht haben, als alle Gemälde und Statuen zusammen seit Phidias' Zeiten, würdigt niemand der Beachtung; an Sammlung denkt niemand, dem Publikum fehlt die Gelegenheit zum Unterricht, und mancher hat keine Ahnung von den einfachsten Einrichtungen, die im eigenen Hause täglich zur Anwendung kommen. Das schlägt alles in unsere Pädagogik: babylonische und assyrische Geschichte, während niemand weiß, was ein Deutscher Bund ist; Griechisch und Hebräisch, um Homer zu lesen, während niemand die Sprache lehrt, durch welche das Buch der Natur, das große Weltgebetbuch entziffert wird." [1]

Das Cabinet enthielt eine reiche Sammlung sämmtlicher Rohstoffe, welche im österreichischen Staate entweder producirt oder verarbeitet werden, die stufenmäßige Bearbeitung dieser Stoffe bis zum fertigen Fabrikat, Modelle der dazu erforderlichen Maschinen und Werkzeuge, Ackergeräthe, Brücken, Brunnenbohrer, Schiffe u. s. w. In den Tagebüchern der beiden Geschwister sind ganze Seiten angefüllt mit Beobachtungen und Zeichnungen der verschiedenen Maschinen und Fabrikationsprocesse, ein Zeichen, mit welchem Interesse alles besichtigt wurde.

[1] Später, bei gereifterer Lebensanschauung, dürfte Hermann v. Mallinckrodt diese Sätze schwerlich unbedingt unterschrieben haben; sie sind aber bezeichnend für seinen durchaus nüchternen, auf die Anforderungen des Lebens gerichteten Sinn. Ueberhaupt darf man bei diesen Aufzeichnungen nicht außer acht lassen, in welchem Alter und bei welcher Gelegenheit Hermann v. Mallinckrodt sie niedergeschrieben hat.

Schon 8. August hatten sie von Wien weiterreisen wollen, allein „die freundliche Aufmerksamkeit und angenehme Gesellschaft“ der Familie Caris hielt sie noch zwei Tage länger daselbst zurück. „Marie — so hieß die junge Frau — war von so unwiderstehlicher Liebenswürdigkeit, daß Hermann, bis dahin eine unbesiegbare Veste, mehrmals erklärte, es sei ein Glück, oder auch ein Unglück, daß sie schon verheiratet wäre.“ In Gemeinschaft mit dieser befreundeten Familie wurde am Abend des 9. August im „Schwan“ noch ein Abschieds-Souper gehalten, und die Schwestern benutzten die günstige Gelegenheit erhöhter Stimmung, um hier dem widerstrebenden Hermann das Versprechen abzuringen, mit ihnen die Reise bis Venedig auszudehnen. Folgenden Morgens ging's zu Schiff Donau aufwärts gegen Linz. Die Reisegesellschaft war angenehm, und auch Pauline kam im Disput mit einem Wiener Geistlichen lebhaft ins Feuer. Bertha und Hermann rückten nach, als das Gespräch allmählich von Richard Löwenherz, an dessen Gefängniß Dürnstein man vorbeifuhr, zu einer Kritik der österreichischen Zustände überging. „Wie patriotisch wird man im Auslande, zumal in Oesterreich!“ meint Bertha. In der That verräth sich in den Aufzeichnungen beider Geschwister ein sehr lebhaftes deutsches und preußisches Hochgefühl. Bertha entrüstet sich, daß die in Wien lebende Tochter des deutschen Helden Andreas Hofer die Briefe an die alte Mutter adressire: „à Madame de Hofer, née Ladurner à Passeyer“, oder daß „der österreichische Kaiser bei der Huldigung, die ein deutsches Volk leistet, den ganzen Festzug in spanischem Costüm aufziehen läßt“, während „unser König (Friedrich Wilhelm IV.) im offenen Wagen, Schritt für Schritt durch das ihn liebende und ihm zujauchzende Volk“ dahingefahren sei. „Gott sei Dank!“ meint sie nach einem längern Excurs, „daß unser König alles anders macht“, und fügt dann stolz hinzu:

„Rühmend darf's der Preuße sagen, höher muß das Herz ihm schlagen.“

Auch Hermann, dessen Echo in allem Bertha ist, zeigt sich als entschiedenen Patrioten. „Das ist der Uebergang von Süd zu Nord,“ schreibt er etwas später, nach der Fahrt über den St. Gotthard, „da empfängt das deutsche Land der Heimkehrenden herzlichen Gruß“; und bald darauf in Straßburg: „Der schöne, fruchtbare Elsaß, die deutsche Sprache seiner Bewohner regen mächtig die Lust zum Kampfe und Wiedererringen an.“ Ueberhaupt war er niemals Frankreich hold, und die Napoleon'sche Politik war später wenig geeignet, ihn günstiger zu stimmen. „Ich war nie Franzosenfreund,“ erklärte er öffentlich auf der Katholikenversammlung zu Paderborn (16. December 1867), „und Sie, meine Herren, gewiß auch nicht.“ Auch an den österreichischen Zuständen fand er schon damals und mehr noch später vieles, was ihm mißfiel und ihn die Verhältnisse im eigenen Lande vorziehen ließ. Es war indes ein Ereigniß für ihn, als zwei Tage später die

Reise ihnen Gelegenheit bot, den Fürsten Metternich zu sehen, den leitenden Staatsmann Oesterreichs, der eben mit Gemahlin und Kindern von Ischl nach Wien zurückkehrte. Die Geschwister standen in seiner unmittelbaren Nähe und konnten ihn in Muße betrachten.

„Dort war Fürst Metternich", schreibt Hermann, „und gab uns lange Gelegenheit, seine geistreichen, vom Denken mehr als vom Alter durchfurchten Züge und seine noch kräftige Gestalt dem Gedächtniß einzuprägen. Der Gesichtsausdruck entspricht dem Wirken des Mannes."

Bis dahin war die Reise munter von statten gegangen. Die Schwierigkeiten mit Paß und Mittagessen in Linz und die schlechte Fahrstraße von da nach Gmunden waren bald vergessen über der freundlichen Lage dieses Städtchens, den gemüthlichen Bewohnern, dem reinlichen Gasthof und der fröhlichen Gesellschaft der „schwarzen Dame mit Bruder und dem beiläufigen jungen Mann", die sich mit ihnen im „Goldenen Schiff" zusammenfanden. Pläne wurden geschmiedet für den folgenden Tag, und noch nach dem Abendtisch machte Hermann „in der Herzensfreude" mit dem jungen Wiener eine Mondscheinpromenade nach dem nahen Calvarienberg. Aber am Morgen — überall Nebelgebilde! Wohl wagte man noch einen kleinen Spaziergang, aber es wurde trüber und trüber, der Regen ließ nicht lange auf sich warten. Dennoch bestieg man das Dampfboot, das die Reisenden über den Traunsee bringen sollte. „Die kleine Gesellschaft verschanzte sich auf dem Verdecke so gut es ging mit Regenschirmen und Stühlen, um die schöne Umgebung und herrliche Farbe des Sees selbst noch beim Gießen des Regens fröhlich zu genießen." Im Stellwagen erreichte man Ischl, und von da ging es folgenden Morgens der Traun entlang und dann im kleinen Kahne über den „schwarzgrünen Hallstätter See" nach dem 1300 Einwohner zählenden Städtchen Hallstatt, „welches zum Theil am Eingang eines kleinen Thales gelegen, größtentheils aber an den steilen Abhang des Rupertsberges dergestalt angenistet ist, daß der Kamin des einen Hauses beinahe die Lehne für die Thürtreppe des andern bilden könnte, daß das festliche Gepränge der Frohnleichnamsprocession, selbst in dem dürftigen Dorfe zu großartig für die engen Stege, zu würdiger Entfaltung sich das unsichere Element des Sees dienstbar machen muß". Die eigenthümliche Begeisterung und Vorliebe für das Frohnleichnamsfest, die Hermann sein Leben lang beibehielt, zeigt sich schon hier in den frühesten Aufzeichnungen von seiner Hand und dies bei Gelegenheit einer Vergnügungsreise.

Von Ischl führte die Reise weiter gegen Salzburg; der Kutscher aber, welcher die Beförderung übernommen hatte, hielt es für angezeigt, nachdem er seit morgens 6 Uhr gefahren war, in dem Uferstädtchen St. Gilgen etwas Rast zu machen. Es war hoch am Mittag und eine drückende Hitze. Aber Hermann schaute auf den „lieblichen Schafberg im Hintergrund" und

gedachte der besondern Empfehlung dieses schönen Punktes durch einen bekannten Herrn in der Heimat, und da — „war die Lust zum Besteigen desselben unwiderstehlich erwacht". Pauline weigerte sich, mitzugehen, der Kutscher aber gerieth in großen Zorn: 5 Stunden Aufenthalt, das gehe nicht, — er werde ohne Passagiere mit der Bagage weiterfahren, — er werde ihnen den Proceß anhängig machen — er wolle auf seinem Accord bestehen. Aber bei Hermann war er an den Unrechten gekommen. Auf den Proceß wollte dieser es schon ankommen lassen, für heute aber unter allen Umständen den Schafberg besteigen. Ein Führer war zur Hand, Bertha entschlossen, mitzugehen. „Hermann und ich beschlossen, die Partie bis zum Gipfel des Berges und zurück in drei, höchstens vier Stunden zurückzulegen." „Der krummbeinige Führer trabte voran," erzählt der Bruder, „und wir folgten, als gälte es Batterien zu erstürmen . . . nicht lange, so pochte Bertha's Puls wie ein Eisenhammer." Schon nach $^{3}/_{4}$ Stunden mußte die Schwester ganz erschöpft zurückbleiben. Todmüde und mit heftigem Kopfweh schleppte sie sich allein zwei Stunden lang den Weg zurück, bis sie wieder Pauline erreichte, welcher sie mit den Worten zuvorkam: „Bitte, lach mich nicht aus!"

Aber auch durch diese Niederlage seiner Bertha hatte Hermann sich nicht irre machen lassen. „Nur um so freier flatterte unser Panier: ‚Der gerade Weg ist der beste', und rasch ging's bis zur untersten Sennhütte. Da lag die Spitze 2000 Fuß höher im schönsten Sonnenlicht vor uns." Bis zum Fuß der Felsen, die vielleicht 100 Fuß hoch oben starrten, schien saftige Weide sich hinanzuziehen, nur hie und da von Gestrüpp unterbrochen. Die Felsen selbst schienen leicht zu ersteigen, und man hatte dabei die Spitze des Berges stets als Wegweiser vor sich. Freilich wäre der Führer lieber seine gewohnten Pfade gegangen, er selbst hatte die directe Erklimmung der Spitze nie versucht, noch waren ihm Beispiele davon bekannt. Hermann blieb dabei, den geraden Weg zu nehmen.

„Aber das Steigen wurde immer schwieriger, die Flasche mußte oft Stärkung geben, der Alpstock wurde unentbehrlich; früher nicht bemerkte Klüfte mußten mühsam umgangen werden, durch waldige Abhänge hindurch, wo hundertjährige Fichten, vom Blitze gefällt, seit zwei Jahrzehnten moderten, da der Bergstrom sie nicht erreichte . . .; bald wurde bergan gekrochen, bald der Weg über niedriges, in die Tiefe wachsendes Fichtengestrüpp gesucht, wo dem Fuß nicht mehr die sichere Erde, sondern oft nur brechende Zweige zur Stütze dienten. Endlich war nach $1^{1}/_{2}$ Stunden der Fels gewonnen, aber damit nicht das Ziel; denn er hing schroff hinab, nur an wenigen Stellen sehr dürftig mit Erde und kleinem Gewächs bedeckt. Dort schien das Ersteigen thunlich. — Aber der erste Versuch mißlang; denn nach kurzem Steigen zeigte sich die Unmöglichkeit, höher zu klimmen; durch den Begleiter wurde der Rückzug erleichtert."

Der Führer schien in Todesängsten zu sein. „Aber bedenken Sie doch," rief er ein über das andere Mal dem waghalsigen Hermann zu, „ein Fehl-

tritt kostet Ihnen den Hals, und dann komme ich ja in die größte Untersuchung." Aber Hermann ließ sich nicht schrecken. Ein zweites Mal versuchte man es, den Felsen zu erklimmen, aber auch dieser Versuch scheiterte. Schon wollte er traurig und mißmuthig den Heimweg antreten, aber siehe da — zufällig ging er einige Schritte zur Seite und blickte um einen kleinen Vorsprung:

„Da, juchhe! konnten wir weiter. Nach 3½ Stunden war die Spitze erreicht. Von dort beherrschte das Auge weithin das Gebirgsland bis zu den fernsten Gletschern, die leider ihr Haupt zu hoch in die Wolken reckten, um deutlich ihre Umrisse erkennen zu lassen; nur die Eisfelder des Thorsteins zeigten ihre volle Pracht; im Thale glänzten ruhig und heiter der schöne St. Gilgen, der kleinere Mondsee und der . . . Attersee, nach Norden breiteten sich unbegrenzt die Ebenen Bayerns und Oberösterreichs aus. . . . Mühsam war der Weg bergab."

Die Wanderer waren froh, die nächste Sennhütte zu erreichen, wo sie etwas Ruhe genossen und die freundliche, niedliche Sennerin ihnen mit Milch und Brod die Kräfte erneuerte. Dann ging's „frisch und rasch" ins Thal hinab. „Völlig aufgelöst und stark angegriffen traf er nach sechsstündigem Marsch wieder bei den Schwestern ein." Der erzürnte Kutscher war inzwischen theils durch Pauline, theils durch den Friedensrichter des Ortes besänftigt worden, und dies brachte die zwei muthwilligen Geschwister um „das Vergnügen, einen kleinen Proceß im Auslande zu führen, worauf Bertha sich schon gefreut hatte". Noch am gleichen Abend erreichte die kleine Gesellschaft das schöne Salzburg, und die beiden folgenden Tage wurden mit herrlichen Ausflügen verbracht. Aber seit seinem Abenteuer mit dem Schafberg litt Hermann an Zahnschmerzen und war seine romantische Stimmung stark abgekühlt. „Ich entsinne mich keiner schönern Ansicht," schreibt er über Salzburg, „aber dennoch wird man leider nicht überrascht, ja kaum befriedigt, dank dem ungeheuern Geschrei, was reisende Kaffern und Damen über alles erheben, was sie nicht gerade vom Fenster ihres heimatlichen Hauses sehen können." Auch die Grabesstille auf der Fahrt nach St. Bartholomä inmitten der schwarzen, ragenden Felsmassen behagte ihm nicht: „Es war wohl schön, aber doch etwas zu finster." Am Ufer des Königssees hatten sie zwei frühere Reisegefährten, liebenswürdige, interessante Turiner, die kurz zuvor von einer Orientfahrt zurückgekehrt waren und vieles über Aegypten, Palästina und die Türkei zu erzählen wußten, wieder angetroffen. Mit ihnen ging es nach St. Bartholomä und von da hinauf zur Eiskapelle, einem der unteren Gletscher des Großen Watzmann, wo der Schnee vom abfließenden Wasser zu einer tiefen Grotte ausgehöhlt ist.

„Meine Wonne," schreibt Bertha, „Hermann am heißesten Augusttag (16. August) mit Schnee bombardiren zu können, war unbeschreiblich groß. Eine schaurige Kälte

schlug uns aus der Kapelle entgegen, und ziemlich hastig wurde der Rückzug angetreten, Pauline von dem schwarzen Giovanni Juva, ich von unserm lieben Hermann unterstützt.“ „Der Abend brachte“, fährt sie fort, „für uns neben dem innigsten Mitleid ‚ungeheure Heiterkeit‘; denn das Foliantentagebuch unserer Alten, was sie — ihrer Art und Weise nach, alles bei sich zu führen — mit auf den Königssee geschleppt hatte, war in einen verkehrten Wagen gerathen, lieferte einer lustigen Gesellschaft zweifellos hinreichenden Lachstoff und war für Pauline verloren.“

Indessen wurde Hermanns Zahnweh, „die Trophäe des Schafberges“, immer schlimmer; es zeigte sich, daß er überhaupt von einer starken Erkältung befallen sei. Der beabsichtigte Besuch der Halleiner Salzwerke mußte unterbleiben, und er sah sich $2^1/_2$ Tage ans Krankenzimmer gefesselt zur Geduldprobe für die beiden Schwestern, die ohne ihren Cavalier nichts anfangen konnten, noch auch von dem leidenden Bruder sich entfernen wollten. Endlich „segneten sie von Herzen die Abreise“ und waren 20. August in München, das ihnen einen behaglichen, freundlichen Eindruck machte. Bei Windischmann, Arndt und Schlotthauer fanden sie sehr freundliche Aufnahme; Görres trafen sie nicht zu Hause. Pauline studirte sattsam die „barmherzige Schwesterei“, Hermann trieb im „Hirsch“ eifrig Politik mit seinem Tischnachbar, einem ehemaligen Director im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten in Petersburg; die Sehenswürdigkeiten wurden gemeinsam in Augenschein genommen und in den Tagebüchern verzeichnet und kritisirt. Am 27. August ging es weiter ins Tirol, dem „Hauptaugenmerk der Reise“. Hier in den Bergen, „wo die Tiroler schönen Sieg und schönern Ruhm erstritten“, da war es Hermann wohl. Das große Ereigniß dieser Reise war der Besuch bei Maria Mörl in Kaltern, wo Empfehlungen aus München und Innsbruck zu der dicht bei dem Kloster der Schulschwestern gelegenen Wohnung der 28jährigen Jungfrau ihnen Zulaß erwirkten.

„Beim Eintritt in das kleine, mit einem schönen Madonnengemälde und einigem anderm frommen Schmuck einfach gezierte Zimmer kniete auf dem reinlichen Bette eine weiße Gestalt mit langem, lockerem Haare, die gefalteten Hände herabhangend, den Kopf etwas seitwärts gelegt und emporgerichtet, das Auge geschlossen, der ganze Körper etwas nach vorn geneigt. So kniete sie tief in Betrachtung versunken, von keinem Geräusch gestört, unbeweglich von 12—3 Uhr, nur leiser Athem und wenige schluchzende Töne bezeugten das Leben; dann sank plötzlich das Haupt zur Brust hinab, das Gesicht wurde vom Haar bedeckt und abermals alles regungslos. Bald darauf erinnerte der Beichtvater mit leiser, kaum bemerkbarer Stimme, daß die dritte Stunde geschlagen, und mit einer schnellen, ungemein leichten Bewegung lag sie im Bette, die Arme dem Gekreuzigten gleich ausgestreckt, die Züge bleich und leichenähnlich, die Hände krampfhaft geschlossen, so daß man die nur wenig stark ausgedrückten Wundmale an denselben nur kaum bemerken konnte. In diesem Zustande verließen wir sie nach 3 Uhr, um etwas vor 5 Uhr den Besuch zu wiederholen. Wir fanden sie nun wieder im Bette knieend. Sobald sie von ihrem Seelsorger

mit wenigen Worten zu sich gerufen worden, lag sie nach schnellen Uebergängen mit dem freundlichsten Gesichte da, sah wohl und kräftig aus und grüßte uns freundlich, als sie hörte, daß wir die Fremden seien, denen sie am Morgen erlaubt, sie zu besuchen. Obgleich nicht redend, nahm sie theil am Gespräch und zeigte ein durchaus kindlich-heiteres Gemüth; sobald sie bemerkte, daß jemand sein Auge auf ihre Hand richtete, suchte sie dieselbe, welche schon durch den Aermel weit bedeckt war, zu verbergen. Doch nicht lange ließen ihre Gedanken sich durch die Umgebung fesseln; abermals rief man sie an, und als wir Abschied nahmen, gab sie jedem mit der größten Freundlichkeit ein kleines Bildchen als Andenken, das sie aus einem kleinen Vorrath auswählte. Kaum hatte ich es genommen, als die Vesperglocke läutete und sie im Gebet versunken war, knieend, die gefalteten Hände erhoben, die schönen, dunklen Augen in tiefster Andacht nach oben gerichtet. So kniete sie, einer Verklärten gleich, ein würdiges Madonnenbild, als wir sie verließen.

Maria's Zustand dauerte so bereits mehr als zehn Jahre; sie genießt nichts als etwas Früchte und Wein, spricht mit niemand als ihren geistlichen Oberen, dem Beichtvater Capistran, Pfarrer und Bischof, folgt in ihren Betrachtungen der Ordnung des Kirchenjahres, so daß jeden Freitag, natürlich mit mancherlei Modificationen, der Zustand wiederkehrt, in welchem wir sie sahen, und sie wird dabei von ihrem Seelsorger geleitet, dem Guardian des Franziskanerklosters, einem im ganzen Lande hochgeachteten und verehrten und, wie er mir erschien, einem frommen, aber ruhigen, besonnenen, höchst würdigen Mann. Ueber das innere Leben der Maria konnte er sich nicht näher aussprechen, weil dieses Gebiet mit dem des Beichtgeheimnisses in zu naher Berührung steht. Völlig schwebend hat er sein Beichtkind nie gesehen, wohl nur noch mit den Zehen das Bett berührend. Er ist von der höhern Weihe des frommen Mädchens durchdrungen, und wer sie gesehen, ihn kennen gelernt und das Zeugniß des Landes gehört hat, wird auch in Demuth huldigen; denn das Wunderbare von dieser Erscheinung wegzuzweifeln, möchte man sich vergeblich bemühen. Der Zustand der Maria v. Mörl ist keine Heiligkeit, aber ihre bewährte Frömmigkeit auch keine Krankheit. Diese ist nicht die einzige Erscheinung der Art in dem kindlich-frommen, aber keineswegs abergläubischen und bigotten Tirol."

Bald ging es nun von Bozen weiter über Trient auf Venedig zu. Noch 1½stündige Fahrt in enger, dumpfiger Gondel, und die große Venezia war erreicht, die thurmreich und kühn überall in die See hinausblickt.

„Alte, schwarze Paläste, schmutzige Häuser, für deren Erhaltung nichts zu geschehen scheint, werden vom Wasser bespült und machen den erwarteten Eindruck, aber überraschend ist die Aussicht auf den Hafen; . . . ihm zur Seite steht würdig der Marcusplatz, der einzige, ohnegleichen. Er knüpft das Interesse fast mehr an Venedig, als der schwankende Boden, worauf es ruht. Venedigs Bild kann dem Gedächtniß nie entschwinden, wie sehr man sich auch freuen mag, es nicht Heimat zu nennen."

Die Geschwister wohnten im Hotel de l'Europe, und man wies ihnen Zimmer an, die einst die Gemächer des hl. Laurentius Justiniani, des ersten Patriarchen von Venedig, gewesen sein sollen. Sonntag 10. September verließen sie wieder „das trinkgeldfressende Venedig".

Noch eine lange, genußreiche Wanderschaft stand ihnen bevor. Ueber Padua, Vicenza, Verona, dem südlichen Ufer des Garda-Sees entlang ging es nach Mailand, das Hermann durch seine Größe wie seine Schönheiten überraschte. Der Comer See und der Lago Maggiore wurden besucht und an ihren Ufern verweilt, und manches Blatt der Tagebücher füllte sich mit der Beschreibung der wundervollen Naturscenen. Der Weg über den Gotthard führte dann zurück in die Schweiz, wo am Vierwaldstätter See wieder Rast gemacht und der Rigikulm gemeinsam erstiegen wurde. Dann konnte Hermann sich freuen an der Lieblichkeit des Züricher Sees, der „einzig unter allen durch den Reiz seiner Umgebung", „wo das Erhabene der Anmuth Platz gemacht". Weniger zusagend war ihm der Wasserfall von Schaffhausen. Bei diesem „Aufruhr des Elementes, das der Mensch so wenig durchdringen und übersehen kann", wollte ihm ein „richtiger Genuß, ein Bewundern des Erhaben-Schönen" nicht recht gelingen. Der Mann der Ordnung und Autorität, der angehende Regierungsmann, fühlte in dem Naturphänomen etwas Revolutionäres heraus, was ihn abstieß. Der schöne, fruchtbare Elsaß heimelte ihn dafür wieder an, nur in Straßburg ließ ihm etwas einen trüben Eindruck zurück: „das Theater, fränkisch, echt französisch, betäubender Lärm des Publikums und zwar Staunen erregendes, aber deshalb nicht minder verderbliches, fluchwürdiges Spiel 7—14jähriger Kinder".

Bald brachte das Dampfboot die Reisenden wieder in längstbekannte Gaue, nach Mannheim, Mainz und durch die jetzt so bescheidenen, kleinen, aber mit der höchsten Sorgfalt bebauten und gepflegten Höhen des Rheinufers nach Koblenz und Köln. Sie hüllten sich in Sack und Mäntel ein und fuhren nachts Westfalen zu.

---

4. Lehr- und Wanderjahre (1843—1850).

Einförmiger gestaltete sich jetzt das Dasein für den jungen Referendar. Noch ein Jahr blieb er in Paderborn, wo er im selben Hause wie sein Freund Hüffer sich ein Zimmer gemiethet hatte. Dann siedelte er 30. October 1844 nach Münster über, um bei der dortigen Regierung ins Verwaltungsfach einzutreten. Nur die Besuche beim Bruder auf Böddeken, dessen Vermählung mit der von den Geschwistern Mallinckrodt einer Schwester gleichgeachteten Cousine Bernhardine v. Hartmann und die Verlobung Bertha's mit Freund Hüffer brachten einigen Wechsel in das angehende Beamtenleben. Mai 1846 kam sogar Bertha als Braut nach Münster, um in der Anmuth und Liebenswürdigkeit ihrer Jugend den Verwandten des Bräutigams sich vorzustellen. Hermann hatte Ursache, mit Stolz auf die Schwester hinzu-

blicken, und berichtet mit Genugthuung über die gute Aufnahme, die sie allenthalben fand. An Unterhaltung fehlte es ihm übrigens auch sonst in Münster nicht, wo sein Onkel, der Ober-Justizrath Matthias v. Hartmann, und dessen vorzügliche Gattin, geborene v. Bruchhausen, die „Tante Nette", einen ausgedehnten Freundeskreis besaßen, wo auch von Zeit zu Zeit Corpsbrüder den jungen Referendar heimsuchten, um alte Erinnerungen aufzufrischen und von den Schicksalen der befreundeten Philister zu erzählen. Etwas studentischer Ton verräth sich dann auch um diese Zeit noch in Hermanns Briefen neben übersprudelndem Humor. Vereinzelte Male kam es auch wohl zu einem kleinen Zusammenstoß mit den Schwestern, indem Hermann von dem Grundsatze ausging, daß „Schimpfen stets besser sei als Nutzen", weil „nur der Krieg zum dauernden Frieden führt, wie die Geschwister Mallinckrodt sattsam erprobt haben". Aber Hermann säumte dann auch nicht, „Material zu liefern, um die schadhaften Wegestellen für den zarten Kutschwagen geschwister- und schwägerlicher Harmonie vollständig fahrbar zu erhalten", im Vertrauen, daß man „bei der Uebung das Material schon allmählich in die Geleise manövriren" werde.

Der Juli 1846 führte den jungen Beamten nach Tecklenburg, wo er unter dem Landrath Freiherrn v. Grüter einige Monate lang arbeitete und von seiten des Landraths sehr freundliches Entgegenkommen fand. Gleich am Tage nach seiner Ankunft ging er mit zur Generalversammlung des Landwirthschaftlichen Vereins und der großen Thierschau zu Ledde. Es bot sich dabei vollauf Gelegenheit, sein Verständniß landwirthschaftlicher Fragen an den Tag zu legen; er entwarf mit dem Landrath das Festprogramm und figurirte beim Pferderennen als Kampfrichter. Hier ist es auch zum ersten- und letztenmal in seinen Briefen, daß er des Tanzens Erwähnung thut, aber in einer Weise, die zeigt, daß sich bei ihm die Freude daran bereits sehr gekühlt hatte: „Ich entschloß mich erst spät zum Tanzen und schwenkte dann mit der beauté von Tecklenburg, einem ganz netten Mädchen, 1½stündigen Cotillon, dann ging's zurück."

In Tecklenburg gefiel es ihm gut. Der Fuchs, den ihm Bruder Georg aus dem Böddeker Stall zur Verfügung gestellt, gewährte nebenbei noch besonderes Vergnügen. Aber die Freude währte nicht lang. Noch ein fröhlicher Besuch auf Böddeken im October, und dann rückte der Referendar in dem thurmreichen Erfurt ein, dieser „hübschen, gemüthlichen Stadt", um dort in der Domänenverwaltung Erfahrungen zu sammeln. Durch schlechte Rathschläge einiger „Post-Schwitiers" brachte ihm die Reise dahin mancherlei Abenteuer. Sie kostete ihm „zweimal 24 Stunden, immer per Schnellpost", während er im Postwagen Schmidts Medicinalwesenreform studirte und zur Abwechslung mit einem rathsbedürftigen Franzosen sich im Französischsprechen übte. Bald war dann eine schöne Wohnung gemiethet; 5 Fenster in der

Bel-Etage eines Hauses mit 14 Fenstern Front, in der Angerstraße, ganz nahe bei einer der katholischen Kirchen. Aeußerst anspruchslos in allen sonstigen Gewohnheiten, hielt Hermann in seinem ganzen Leben viel auf eine schöne Wohnung, die er sich gerne etwas kosten ließ. Auch jetzt brüstete er sich gegenüber den Geschwistern: „Aus nichts wird was, oder der ‚grand seigneur' in der Fremde." Im „Kaiser", dem ersten Gasthof der Stadt, aß er zu Mittag, wo er mit einigen Officieren und Referendaren — der jüngern Hautevolée der Stadt — zusammenkam. Die ersten Tage ging es noch lustig her. Alte Bekanntschaften wurden erneuert, Besuche, Soupers und Ananasbowle lösten sich ab — „westfälischer Durst verläugnet sich nie" — einige Abende wurde im Theater tüchtig gelacht, aber, schreibt er an die Geschwister: „jetzt beabsichtige ich, wieder fromm und solide zu werden".

Mit großem Eifer warf er sich auf die Studien, und selbst an den Sonntagen gönnte er sich kaum Rast. „Jetzt um 10 Uhr abends", schrieb er am ersten Sonntage des Jahres 1847, „bin ich von des Tages Last und Arbeit doch gerade wie an Werkeltagen wieder so müde, daß ich mich außer Stand sehe, einen vernünftigen, ernsthaften Brief zu schreiben."

„Der Mensch ist auf der Welt," heißt es in demselben Briefe, „um im Schweiße seines Angesichtes sein Brod zu essen. Wer sich also tüchtig plagt und recht thätig ist, der folgt seinem Beruf, erfüllt seine Pflicht und muß deshalb nothwendig zufrieden und froh sein. Wer die Hände in den Schoß legt, nicht weiß, was er will und soll, der fühlt in seinem Innern bald laut, bald weniger bewußt den Vorwurf, daß er seiner Aufgabe nicht entspricht, und dieses Gefühl ist die Unzufriedenheit, die Langweile. Einen solchen Menschen haben die Stimmungen. Frei und frank ist nur der Thätige, Strebsame. Er — bildet sich wenigstens ein, die Natur zu beherrschen, er hat sein Ziel in Aug' und Sinn, merkt nicht die Länge des Weges, nicht, ob es schneit oder stürmt, und bleibt geistig und körperlich gesund. Indem er sich vergessen, hat er sich am besten bedacht."

In den gesellschaftlichen Kreisen Erfurts war der Ankömmling, dank seinen Familienverbindungen, nicht ganz ohne Anknüpfungspunkte. Die freiherrliche Familie v. Münchhausen kam ihm von Anfang an mit großer Liebenswürdigkeit entgegen, und im Regierungspräsidenten Du Vignau (seit 1859 v. Vignau) fand er einen alten Freund seines Vaters, der ihm bald zum wärmsten und aufrichtigsten Gönner wurde für die Zeit seines Lebens. Es war derselbe Du Vignau, unter dem als Vice-Regierungspräsidenten zu Münster Wilhelm Emanuel v. Ketteler einst seine Beamtencarrière begonnen, und der demselben drei Jahre später die erbetene Entlassung in so wohlwollender und ehrender Weise ertheilt hatte[1]. Es kann nur dieser Präsident gewesen sein, dessen Mallinckrodt später in einer seiner berühmtesten

[1] Vgl. Dr. Raich, Briefe von und an Wilh. Eman. Frhr. v. Ketteler, S. 6.

Kammerreden (25. April 1874) mit soviel Wärme und Anerkennung gedacht hat.

„Ich war noch ein junger Referendarius," erzählte er, „aus dieser Zeit erinnere ich mich, daß ein sehr geschäftsgewandter und tüchtiger Präsident, wenn die jungen Mitglieder des Collegiums so leichthin geneigt waren, Principien zu discutiren, regelmäßig sagte: ‚Meine Herren, nun lassen Sie die Principien einmal zur Seite und greifen Sie den Fall concret. Ich habe mich im Laufe meines Lebens oft überzeugt, daß das eine sehr richtige, eine sehr staatskluge Maxime war.'"

Würdig stand diesem charaktervollen Beamten und edeldenkendem Protestanten seine geistvolle Gattin Auguste zur Seite, und auch sie ward zeitlebens Hermann eine wahrhaft mütterliche Freundin. Schon Anfang November konnte er scherzend an seinen Bruder schreiben: „Nächstens werde ich mir die Ehre geben, mit der Frau Präsidentin Kosmos zu studiren. Was sägst Du nu? Mein Glück ist gemacht."

Einen ersten Kampf veranlaßte dem Neuangekommenen sein alter Hut.

„Es fehlt nicht viel," schreibt er an seine Schwester, „dann fahre ich mit meinem 2½jährigen breitränderigen Hut zur Cour nach Weimar und Gotha. Vorgestern wollte ich mir einen neuen Hut bestellen; der Herr Hutfabrikant war etwas dicke und sagte auf meine Vorrede, daß ich einen ähnlichen Hut mit zweckmäßiger Façon wünsche: ‚So Herren, wie Sie, dürfen solche Hüte nicht tragen.' Auf meine Antwort, daß ich dennoch eine so fürchterliche Absicht hege, und es sich also einfach darum handle, ob er das Institut machen wolle oder nicht, lautete die Erwiederung: ‚Nein'. Und der zornglühende Herr Baron ging und kehrte nicht wieder, trotz der Versicherung der Frau Fabrikantin, daß es so übel nicht gemeint sei. — Der Vortheil von der Affaire liegt auf der Hand, ich spare meinen Hut. — Siehst Du, so geht es dem Peter in der Fremde."

Die Umgebung der Stadt, namentlich der „Steiger" mit seinen unzähligen Gartenhäuschen, wo die Schaaren der luftsüchtigen Städter um ihre Kaffeetische sich schaarten, und sprechlustige Dritte auch dann und wann eintreten durften und ihren Diener machen, gefiel ihm immer besser. Auch seine Berufsarbeiten boten ihm keine besondere Schwierigkeit.

„Man pflegt hier", schrieb er zwei Monate nach seiner Ankunft, „fünf bis sechs Monate auf Domänen zu rechnen. Ich rechne davon aber zwei bis drei Monate ab und behaupte sodann die Qualification, soviel steht fest. Was dann aber die Gegenpartei behaupten wird, ist mir zur Zeit noch unbekannt." Und schon drei Wochen vorher hatte er gemeint, „man kann zuweilen sehr schnell klug werden, denn wem Gott ein Amt gibt, der bekommt auch bald den Verstand. Auf die Art muß ich denn manchmal viel besser wissen, was für eine Domänenwirthschaft gut ist, als wie der Herr Oberamtmann. Schließlich sagt der gottselige Thomas von Kempen: ‚Dann wirst du dich mehr freuen über beobachtetes Stillschweigen, als über vieles Geschwätz'."

Ein Uebel war, daß er unter der jüngern Gesellschaft zusagende Elemente vermißte und sich oft recht einsam fühlte. In Bezug auf die Damenwelt hätte er dies leichter entbehrt. „Viel Schönes scheint es hier nicht zu geben," schrieb er schon bald; „also auf eine Schwägerin immer noch keine Aussicht. Die große Mehrzahl ist ‚dickköpfig'." Aber zuweilen lauten die Andeutungen in seinen Briefen etwas ernster.

„Ich studire hier", schreibt er 7. November an „sein Herzblättchen" Bertha, „die Erhebung des Menschen über den Gesellschaftstrieb; ein solches Studiren ist die nothwendige Bedingung einer vergnügten Existenz in Orten, wo man, wenigstens bisher, keine Leute gefunden hat, die besonders zusagen. Da thut man am besten, entfernte Geistesverwandte und deren Producte, etwa die ‚Diätetik der Seele', in den Arm zu nehmen und liebend zu umfangen. Die Buchdruckerkunst ist dermalen der Gärtner, der den Baum des Lebens pflegt, an dessen Früchten man sich zeitweise erquicken und neue Kraft sammeln kann zum Fürbaßmarsch."

Aber auch zu eigenem reifern Nachdenken bot dem für Geselligkeit angelegten, nichts weniger als leuteschenen jungen Mann die so schwer empfundene Vereinsamung manche Gelegenheit. Mehr als sonst kehren um diese Zeit in seinen Briefen ernste Reflexionen wieder.

„Wer glücklich ist, bedarf keinen Trost," hält er seiner muntern Bertha vor, „er bedarf vielmehr dann und wann einer Entbehrung, eines kleinen Kummers, damit er sein Glück schätzen lerne und es sich sorgsam mit dankbarem Gemüthe bewahre. Und hast Du dies erst recht eingesehen, so hast Du doppelten Gewinn; denn dann wirst Du Dich auch über kleines Ungemach nicht mehr grämen, sondern gewissermaßen Dich selbst darüber freuen; dies aber ist die wahre Weisheit." „Geht man zu einem andern Thor hinaus," schreibt er ein anderes Mal, „so stößt man bald auf eine werdende Eisenbahn, wo die kleinen Menschen sich quälen, den Berg wegzutragen; das schaut just aus wie der babylonische Thurmbau. — Bei so etwas kann ich mich mitunter für mich ganz allein amüsiren. Und das ist sehr gut; denn sonst dürfte die Freude so ungeheuer weit nicht her sein."

Doch bald konnte er sich im Kreis der Geschwister für diese Entbehrungen entschädigen. Den Frühling 1847 verbrachte er auf Böddeken bei seinem Bruder. Es war eben die Zeit des „Ersten vereinigten Landtags", eine Zeit großer politischer Erregung und des Vorgefühls wichtiger politischer Umwälzungen. Von ihrem Vater, dem Präsidenten, war auf beide Brüder das lebhafteste Interesse für alle Vorgänge der äußern und innern Politik übergegangen, und auch den Verhandlungen des vereinigten Landtags folgten sie jetzt mit Spannung. So resultatlos derselbe in politischer Hinsicht auch verlief, so gab doch eine Episode in den Verhandlungen für Hermann Veranlassung zu großer Unruhe, aber auch Gelegenheit, einen Muth und eine Ueberzeugungstreue an den Tag zu legen, durch welche der Irrweg seiner Studentenjahre glänzend gesühnt wurde. Bei der Berathung über Ausschließung

bescholtener Personen von ständischen Versammlungen waren im ersten Paragraphen des Gesetzentwurfs alle solche Personen als „bescholten" erklärt worden, welche wegen nichtpolitischer Verbrechen zu dem Verluste der Ehrenrechte verurtheilt seien. Nun lagen aber aus jüngster Zeit mehrere Verurtheilungen vor, durch welche Landwehrofficiere, lediglich weil sie aus religiösen Bedenken das Duell verweigert hatten, der Ehrenrechte verlustig erklärt worden waren. Der Abgeordnete v. Beckerath verwies auf die „Motive" eines ihm bekannt gewordenen ehrengerichtlichen Erkenntnisses:

„daß schon durch eine Ansicht, die der Officier ausgesprochen, die dahin ging, daß das Duell nicht als eine für den Officiersstand nothwendige und zu achtende Institution, sondern als ein Standesvorurtheil zu betrachten sei, — daß schon durch diese Ansicht der Betreffende sich mit einem Grundpfeiler des Officiersstandes in Widerspruch gesetzt und die Basis desselben verlassen habe, obgleich, wie es ausdrücklich darin weiter heißt, diese Ansicht keineswegs aus Feigheit oder aus unehrenhafter Gesinnung, sondern lediglich aus den ‚Zeitideen' bei ihm hervorgehen, obgleich, wie ferner gesagt wird, dem Officiere das Anerkenntniß wissenschaftlicher Bildung, erprobter Charakterfestigkeit und gut moralischer Führung nicht versagt werden könne".

Es drohte daher, wenn der Gesetzesparagraph unveränderte Annahme fand, fast dem gesammten treuen katholischen Adel, d. h. allen, welche bei der Linie oder Landwehr dienten, die Beraubung eines ihrer wichtigsten Standesvorrechte, der Theilnahme an den ständischen Versammlungen. Der Paragraph fand denn auch lebhaften Widerstand, und es entspann sich eine mehrtägige principielle Debatte über das Duell. Von mancher Seite wurde in sehr schroffer, von anderer in maßvoller, aber um so mehr bestechender Weise die Nothwendigkeit des Duells für den Officiersstand betont. Ganz eigenthümlicher Art waren die Ausführungen des Kriegsministers, welche darin gipfelten, daß in Bezug auf den Linienofficier das Duell eine Gegenleistung sei für Gehalt, Ehre und Altersversorgung, die sein Stand ihm bringe, für den Landwehrofficier, bei dem allerdings von Gegenleistung nur sehr schwer die Rede sein konnte, eine patriotische Pflicht, „ein Opfer, das er auf dem Altare des Vaterlandes niederlegen" müsse, ähnlich wie der Kaufmann, der zur Zeit des Krieges durch Waffenverkäufe an den Feind reich werden könne, auch ohne Gegenleistung aus bloßem Patriotismus auf den Gewinn verzichten müsse. Seit 11. Juli 1844 war Hermann v. Mallinckrodt Landwehrofficier, in Bonn war er der gefeiertste Schläger gewesen, seine Waffengewandtheit, seine Unerschrockenheit, seine strenge Ehrenhaftigkeit waren allgemein bekannt. Aber er hatte inzwischen Zeit und Gelegenheit gehabt, über das Duell sich zu unterrichten, und war zu der Erkenntniß gekommen, daß es nicht erlaubt sei. Hatte der Kriegsminister in einer seiner Reden schon diese Ansicht allein als mit dem Officiersstande unverträglich erklärt, so fühlte Hermann sich gedrungen, demgegenüber für seine Ueber-

zeugung sich freie Bahn zu schaffen. 27. Mai 1847 sandte er folgende Eingabe an den Ehrenrath seines Landwehrbataillons, die um so mehr als Wagniß erscheint, da ihre Hauptpartien nichts anderes sind als geschickte Widerlegungen der Reden des Kriegsministers.

An Einen hochlöblichen Ehrenrath des 2. Bataillons 15. Landwehr-Regiments zu Händen des Herrn Hauptmann Winnenberg, Hochwohlgeboren, Paderborn.

Hochlöblicher Ehrenrath!

In der Sitzung des vereinigten Landtages vom 1. Mai d. J. ist von mehreren Rednern die Ansicht ausgesprochen worden, daß der Zweikampf als die unentbehrliche Grundlage eines ehrenhaften, tüchtigen Officiersstandes so entschieden zu den Standespflichten zähle, daß die Verweigerung desselben, einerlei aus welchen Gründen, mit der Stellung des Officiers unvereinbar sei.

Se. Excellenz der Herr Kriegsminister, General der Infanterie v. Boyen, haben diese Ansicht im allgemeinen gebilligt und insbesondere geäußert, „es sei genügend vorgesehen, daß ein Mann, der entgegengesetzte Ueberzeugungen hege, nicht warte, bis ein solcher Fall vorkomme, sondern erkläre, er könne mit diesem Gesetze nicht einverstanden sein und wolle ausscheiden".

Seit mehreren Jahren habe ich die auf religiösem und sittlichem Bewußtsein, sowie auf unzweideutigen Aussprüchen meiner Kirche beruhende Ueberzeugung gewonnen, daß das Duell mit Religion und Sittlichkeit in unlösbarem Widerspruch stehe. Da hieraus die Gewissenspflicht erwächst, in etwa vorkommenden Fällen den Zweikampf zu weigern, so mußten die erwähnten Aeußerungen Sr. Excellenz des Herrn Kriegsministers mich auffordern, mit Sorgfalt zu prüfen, ob es nun auch Ehrenpflicht für mich sei, die Entlassung aus dem Officiersstande zu erbitten.

Die Frage ist von mir verneint worden, weil ich nicht anzuerkennen vermag, daß das Duell in der That ein Gesetz — eine Pflicht — des Officiersstandes sei, oder auch nur allgemein dafür gehalten werde.

Zunächst glaube ich in der Behauptung nicht zu irren, daß der Officiersstand, als die Gesammtheit der militärischen Staatsdiener einer bestimmten Ordnung, keine anderen Pflichten habe, als die ihm vom Staate ausdrücklich oder stillschweigend auferlegten; daß aber eine vom Gesetz unter allen Umständen, und namentlich auch im Officiersstande verbotene, eine zudem durch die Sittengesetze einer vollberechtigten Kirche entschieden verurtheilte Handlung unmöglich zu den ausdrücklich oder stillschweigend auferlegten Pflichten zählen könne.

Was sodann die in dem Officiersstande selbst herrschenden Ansichten betrifft, so hegen gewiß alle die e i n e Ueberzeugung, daß nächst unverbrüchlicher Treue gegen Se. Majestät den König, nächst opferwilliger Liebe zum Vaterlande, Entschlossenheit und fleckenlose Ehre zu den unentbehrlichsten Eigenschaften des Officiers gehören; ob jedoch ehrenhafte Gesinnung und Muth sich unter Umständen nothwendig durch den Zweikampf bethätigen müssen, darüber sind die Meinungen sehr verschieden. Es fehlt nicht an Beweisen, daß ein beträchtlicher Theil unserer Officiere grundsätzliche Verweigerung des Duells, wie mit durchaus ehrenhafter Gesinnung und entschlossenem Charakter, so auch mit der Stellung des Militärs sehr wohl verträglich findet. Ist dieses aber der Fall, dann dürfte die entgegengesetzte Denkweise eines andern, vielleicht zahlreichern Theiles der Officiere, unbeschadet der ihr gebührenden Achtung, keinen Anspruch darauf machen können, daß sie als allgemeine Standesansicht anerkannt und von dem einzelnen, solange er dem Stande angehört, befolgt werde.

Nach der öffentlichen Erklärung Sr. Excellenz des Herrn Kriegsministers habe ich die Verpflichtung gefühlt, Einem hochlöblichen Ehrenrathe meine abweichende Ueberzeugung und Handlungsweise darzulegen, um dieselbe auf diesem Wege zur Kenntniß des hochlöblichen Bataillons-Commandos zu bringen und, falls über die Verträglichkeit meiner Stellung mit der gehorsamst ausgesprochenen Gesinnung Bedenken walten möchten, die ehrengerichtliche Entscheidung des Officiercorps, welchem anzugehören ich die Ehre habe, herbeizuführen.

Böddeken, den 25. Mai 1847. v. Mallinckrodt II.,
Sec.-Lieutenant von der Cavallerie.

Nach nicht ganz drei Wochen erfolgte hierauf die Antwort:

15. Landwehr-Regiment, 2. Bataillon (Paderborn), Nr. 928. Paderborn, den 16. Juni 1847.

An den Königl. Sec.-Lieutenant von der Cavallerie des 2. Bataillons (Paderborn) 15. Landwehr-Regiments, Hermann v. Mallinckrodt II., Hochwohlgeboren, zu Böddeken.

Euer Hochwohlgeboren haben an den Ehrenrath des Bataillons unterm 25. vorigen Monats eine schriftliche Erklärung abgegeben, die im wesentlichen sich entschieden dahin ausspricht, daß Sie unter keinen Umständen sich der Ueblichkeit, erfahrene Beleidigungen durch ein Duell zur Erledigung zu bringen, unterwerfen würden, indem Sie ein solches mit Ihrem sittlichen und religiösen Gefühl nicht für vereinbar halten. Der Ehrenrath hat dieselbe mir vorgelegt, und diesseits ist sie auf dem Dienstwege dem Königl. Divisionscommando zugegangen.

Von demselben ist mir aufgegeben worden, Ihnen zu eröffnen: daß nach der Ansicht des Herrn Divisionscommandeurs in der abgegebenen Erklärung zwar vorläufig keine Veranlassung zu einem ehrengerichtlichen Verfahren gegen Sie gefunden werden kann, daß ein solches aber unvermeidlich eintreten müßte und nachtheilige Folgen für Sie haben würde, wenn in vorkommenden Fällen Sie eine erfahrene Beleidigung auf sich sitzen lassen und das Mittel ignoriren wollten, durch welches im Officiersstande fast aller europäischen Armeen derartige unerfreuliche Conflicte zur Erledigung gebracht werden und bei uns unter Beachtung der bestehenden Vorschriften des gesetzlichen Schutzes nicht entbehren.

Sollten Sie unabänderlich bei Ihrer ausgesprochenen Ansicht beharren, so kann Ihnen nur anheimgestellt werden, um die Entlassung aus dem Allerhöchsten Dienst einzukommen und die Beweggründe dafür kurz und einfach in Ihrer Bitte an das Bataillon anzugeben, welches dieselben in der Gesuchsliste aufnehmen und im Instanzenwege zur Entscheidung Sr. Majestät bringen wird.

Bevor jedoch diese letztere Maßregel zur Ausführung kommt, soll Ihnen eine Bedenkzeit von vier Wochen gestattet werden.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich demnach ergebenst, Ihre desfallsige Eingabe mir eventuell spätestens bis zum 15. Juli d. J. einzureichen.

Scheringer,
Major und Bataillonscommandeur.

Die Antwort war unerwartet günstig ausgefallen, und Hermann, der ohnehin große Liebe zum Soldatenstande hatte, sah keinen Grund, aus dem Officierscorps auszuscheiden, solange hierzu nicht eine strenge Nothwendigkeit vorlag. Aber in seiner Antwort wollte er doch noch einmal betonen, daß er seine Anschauung ganz und voll aufrecht erhalte. Sie lautet:

Böddeken, den 28. Juni 1847.

Sr. Hochwohlgeboren dem Königl. Major und Bataillonscommandeur,
Herrn Scheringer, Paderborn.

Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich, auf die hohe Mittheilung vom 16. d. M. ganz gehorsamst zu erwiedern, daß ich aus den in meiner ehrerbietigen Eingabe vom 25. Mai angedeuteten Gründen mich nicht bewogen finden kann, Se. Majestät um Entlassung aus dem Landwehrverhältnisse zu bitten.

Die Entscheidung des Herrn Divisionscommandeurs, Excellenz, wonach gegenwärtig zu einem ehrengerichtlichen Verfahren keine Veranlassung vorliegt, beruhigt mich um so vollkommener, als wohl unbedenklich die Competenz des Ehrengerichtes begründet gewesen sein würde, wenn die schriftlich ausgesprochene Gesinnung an und für sich mit dem richtigen Ehrgefühl oder den Verhältnissen des Officiersstandes unverträglich wäre.

Was den möglichen Fall eines künftigen Conflictes betrifft, so erlaube ich mir ehrerbietigst zu bemerken, daß ich unter Officieren die Wirksamkeit des Ehrengerichtes nach Maßgabe der §§ 10—15 der Allerhöchsten Verordnung vom 20. Juli 1843 (Ges.-Samml. pro 1844, S. 310) als das gesetzliche und überall ausreichende Mittel zur Erledigung der Sache betrachte. Unangenehme Berührungen mit anderen Personen würden bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung unverkennbar mißlicher sein, gleichwohl vertraue ich, daß das Officierscorps meine Ehre für völlig unbefleckt erklären werde, wenn alsdann mein Benehmen nicht noch andere Vorwürfe treffen als der, daß ich nach gewissenhafter Ueberzeugung einer Sitte die Anerkennung versagt habe, welche zwar weit verbreitet ist, aber selbst nach einer neuerlich officiell gethanen Aeußerung des Herrn Kriegsministers auf Vorurtheil beruht.

v. Mallinckrodt II.

Die gewöhnliche Carrière eines Referendars hatte Hermann jetzt bald durchlaufen, aber seine Erfahrungen in der Praxis hatten ihn zu der Ueberzeugung gebracht, daß für den künftigen Verwaltungsbeamten, sei es als Landrath, sei es als Domänenverwalter, ein genaueres Bekanntsein mit der Landwirthschaft von nicht zu unterschätzendem Werthe sei. Wiewohl er sich sagen konnte, daß er hierin so viel oder mehr verstehe als die meisten seiner gleichalterigen Berufsgenossen, beschloß er, sich in einer eigenen Schule noch dafür auszubilden. Als die hervorragendste Anstalt dieser Art in Deutschland galt damals die höhere land- und forstwirthschaftliche Akademie zu Hohenheim im württembergischen Neckarkreis, südlich von Stuttgart. 1817 vom König von Württemberg gegründet und mit 800 Morgen Staatsgut ausgestattet, war sie ein Jahr später wirklich ins Leben getreten und zog bald Schüler aus allen europäischen Staaten herbei. Eine Reihe besonderer Lehranstalten, wie für Ackerbau, Gartenbau, Wiesenbau, Obstbau, waren ihr eingegliedert, Musterviehhaltungen und ausgedehnte Culturanlagen, dabei die vorzüglichste Modellsammlung landwirthschaftlicher Geräthe und Werkzeuge in ganz Deutschland bildeten ihren besondern Ruhm. Als Director stand seit 1846 an der Spitze dieser Anstalt der Oekonomierath Dr. H. W. Pabst,

inder und Verbesserer mehrerer landwirthschaftlicher Geräthe und einer Gründer der „Versammlungen deutscher Land- und Forstwirthe", der „Landwirthschaftlichen Erfahrungen von Hohenheim" 1855 auch in einem eigenen Werke niedergelegt hat. Hier gedachte Hermann wenigstens für einen Cursus von mehreren Monaten den Studien obzuliegen. Dr. Pabst, der vor seiner Berufung nach Hohenheim in Hessen und Preußen, zuletzt als Referent für Landescultur im preußischen Ministerium thätig gewesen war, bot für seinen Entschluß den Anknüpfungspunkt. Anfang Juli 1848 machte sich dann Hermann auf die Reise nach Stuttgart. Es war eben mitten in den Bewegungen des Jahres 1848. Seit 18. Mai tagte in der Paulskirche zu Frankfurt das erste freigewählte Parlament Deutschlands, zu dem das „Volk von Dichtern und Denkern" seinen Geistesadel, den Generalstab seiner Wissenschaft und die Auslese der Idealisten seiner Gelehrtenwelt aufgeboten hatte. Hermann durfte nicht vorüberziehen nach dem Süden, ohne das Parlament besucht, — ohne Radowitz gesehen zu haben.

Der Generalmajor und Bundesgesandte Joseph Maria v. Radowitz [1] war einer jener Geistesverwandten gewesen, mit deren schriftstellerischen Er-

---

[1] Joseph Maria v. Radowitz war 6. Februar 1797 zu Blankenburg am Harz geboren, kam in frühester Kindheit nach Altenburg, wo er theils im elterlichen Hause, theils in den Schulen die erste Ausbildung erhielt. Der Vater entstammte einer ungarischen Familie niedern Adels, doch hatte schon der Großvater sich dauernd in Deutschland niedergelassen, der Vater in Göttingen die Rechte studirt, von dem ihm persönlich wohlwollenden Herzog Karl von Braunschweig den Titel eines Rathes erhalten und sich mit einer Deutschen, der verwittweten Frau v. Einsiedel, geborene v. Könitz aus Saalfeld, vermählt. Joseph, das einzige Kind, wurde anfangs von der protestantischen Mutter in ihrer Religion aufgezogen, lebte aber von seinem 14. Jahre an als entschiedener Katholik. In französischen und westfälischen Schulen für den Kriegsdienst ausgebildet, hatte er sich durch glänzende Prüfungen, namentlich auch als vorzüglicher Mathematiker hervorgethan und war 1812 zum westfälischen Artillerieofficier ernannt worden. Infolge seiner bei mehreren Gelegenheiten bewiesenen Tapferkeit wurde er auf dem Schlachtfelde von Napoleon I. selbst mit dem Bande der Ehrenlegion geschmückt. Während der Schlacht bei Leipzig commandirte er eine Batterie, ward verwundet und gefangen. Nach der Auflösung des Königreichs Westfalen in kurhessische Dienste getreten, machte er gleichfalls als Officier der Artillerie die Feldzüge gegen Frankreich mit. Noch ein achtzehnjähriger Jüngling, erhielt er 1815 die Anstellung als erster Lehrer der Mathematik und Kriegswissenschaften im Cadettencorps zu Kassel und verwendete jetzt die Zeit, welche der Lehrberuf ihm übrig ließ, zu eingehenden philosophischen und historischen Studien.

Seit 1817 war er Hauptmann im Generalstab, bald auch Adjutant beim Kurprinzen. Allein ein Rath, den er in schwieriger Lage der Kurfürstin ertheilt gegenüber dem skandalösen Vorgehen ihres Gatten in der Sache Emilie Ortlepp, bezw. v. Reichenbach, machte ihn in Hessen unmöglich. Vor der Ungnade seines Herrn sich zurückziehend, trat er Herbst 1823 unter dem Bruder derselben Kurfürstin, Friedrich Wilhelm III., in preußische Dienste gleichfalls als Hauptmann im Generalstab und als Erzieher

zeugnissen Hermann in seiner Einsamkeit in Erfurt sich beschäftigt hatte. In einer Zeit, da politische und religiöse Parteiungen in Deutschland hochgingen, wie kaum je zuvor, hatte dieser große, jetzt fast vergessene Mann seine „Gespräche aus der Gegenwart über Staat und Kirche" erscheinen lassen. Noch im Jahre ihres Erscheinens, 1846, erlebten sie die dritte Auflage, und noch 1851, nachdem die darin ausgesprochenen Ideen chimärisch geworden und die angedeuteten Pläne gescheitert waren, mußte Radowitz eine neue Auflage folgen lassen. Der Eindruck und der Enthusiasmus, den in weiten Kreisen dies Buch hervorrief, war ein ungewöhnlicher, und auch die beiden Mallinckrodt waren davon ergriffen. Schon der Mann selbst, der seltene Geist, der heldenmüthige Soldat, der muthige, überzeugungstreue Katholik, der nahe Freund seines Königs, mit seiner Brust voll hoher Orden und seiner fast romanhaften Vergangenheit war geeignet, für ihn einzunehmen, seine Schrift aber brachte geistreich, klar und edel das zum Ausdruck, wofür auch Hermann v. Mallinckrodt lebte und schwärmte. In fünf Personen verkörpert, treten in dem Buche die religiösen und politischen Parteien miteinander in Conflict; Waldstein, der kirchlich gesinnte Katholik, der für das Staatsleben die historische Rechtsansicht vertheidigt und den christlich-germanischen Staat mit altständischer, vorwiegend aristokratischer Verfassung aufrichten will, bleibt der Sieger. Großes gewährt er dem Adel, aber Größeres *verlangt* er von ihm, so daß dieser erst noch moralisch wie materiell gehoben werden müsse, um seinen erhabenen Pflichten gegen König und Nation ganz und voll zu entsprechen. Ein einziger Satz dieser Schrift hätte hingereicht, um sie bei Hermann unvergessen zu machen: „Wir Deutsche sind ein *Rechtsvolk*, und was dort (d. i. auf dem Rechtsgebiete) Heilsames geschieht, wiegt mehr als alle materiellen Fortschritte." Als nun 11. April 1848 die Wahl für das Frankfurter Parlament ausgeschrieben worden war,

---

des Prinzen Albrecht. Schon bei einer vorübergehenden Sendung nach Berlin 1821 hatte er die Aufmerksamkeit des damaligen Kronprinzen auf sich gelenkt, dem er seit dem Sommeraufenthalt in Sanssouci 1824 näher trat, so daß bald das Band einer innigen Freundschaft die beiden Männer aneinander kettete. Auch beim König wohl gelitten, beim Prinzen August hoch angesehen, ward er bereits 1828 zum Major, 1830 zum Chef des Generalstabes der Artillerie befördert. Seit 1836 war er preußischer Militärbevollmächtigter in Frankfurt a. M., seit 1842 zugleich preußischer Gesandter in Karlsruhe, 1847 ging er in außerordentlicher Sendung nach Paris und Wien. Seine geistige Ueberlegenheit, wie die hinreißende Macht seiner Persönlichkeit verschafften sich überall Anerkennung; aber seine stark aristokratische und mehr noch seine entschieden kirchliche Richtung erregten ihm eine Gegnerschaft, die um so heftiger war, je mehr man die hochausgezeichneten Kräfte kannte, die sein umfassendes Wissen und seine außergewöhnliche Geistesschärfe ihm verliehen. Mit seiner Wahl zum Frankfurter Parlament begann der Höhepunkt seiner Thätigkeit und seiner Bedeutung für die politische Entwicklung von Gesammtdeutschland, mit seiner Thätigkeit daselbst der Höhepunkt seines Ruhmes.

boten die beiden Mallinckrodt mit ihren Gesinnungsgenossen alles auf, die Wahl des gefeierten Staatsmanns und Generals für Rüthen, Georgs Wahlkreis, durchzusetzen. Unter den 120 Urwählern, die 1. Mai aus der Urne hervorgegangen waren und für den 10. Mai in Rüthen sich sammelten, befand sich auch Georg v. Mallinckrodt. Er war es auch, der in der Vorwahl am Nachmittag des 9. Mai sehr warm für die Wahl des Generals geworben und den Wahlmännern wiederholt ganze Stellen aus den „Gesprächen der Gegenwart" vorgelesen hatte. Schon im ersten Wahlgang siegte Radowitz mit 90 von 120 Stimmen. Die Art, wie Hermann v. Mallinckrodt im spätern Leben von Radowitz zu sprechen pflegte, und die Anschauungen, die er vertrat, zeigten, wie tief und dauernd das Buch auch auf ihn gewirkt hatte.

Jetzt wollte er dem Vielbewunderten zum erstenmal persönlich begegnen. Sonntag 9. Juli traf er in aller Frühe in Frankfurt ein und begann gleich Montag das Parlament zu besuchen. Aber hier hatte er es nicht glücklich getroffen; denn die Debatte über den Waffenstillstand mit Dänemark und der bevorstehende Empfang des Reichsverwesers verdrängte gerade jetzt alles übrige. . . . „Der Hannes[1] kam: eine windige, gewinnende Erscheinung, der Ausdruck des Wohlwollens und ruhiger, verständiger Besonnenheit, hohe Stirne, der Oberkopf kahl, die Gesundheit nach Maßgabe des Alters kräftig." Hermann war etwas mißvergnügt; derartige Ceremonien, wie die Empfangsfeierlichkeiten für den Reichsverweser, hatten für ihn längst kein Interesse mehr.

„Anziehender für mich", berichtet er 13. Juli an seinen Bruder, „war der gestrige (12. Juli) Besuch der katholischen Versammlung. Schlüter (der Abgeordnete für Paderborn) führte mich ein. In schönem Kranze saßen Radowitz, v. Bally, die Bischöfe von Ermland und Münster, Dieringer, Deiters, Döllinger, Arndts, Staatsrath Linde, Reichensperger, Osterrath aus Danzig, Professor Edel, Dekan Vogel, Justizrath Adams aus Koblenz, Landgerichtsrath Blömer aus Aachen, Junkmann 2c. Leider fehlten nur Diepenbrock (krank), Phillips und Lasaulx. Man debattirte über die Schule. Radowitz präsidirte. Seine Ueberlegenheit trat auch hier in dem auserlesenen Kreise glänzend hervor. Keiner durfte rechts oder links, oder der Herr Präsident hatte ihn beim Oehrchen; keine Conversation, sondern Vortrag, Rede, Debatte. — Ich hatte Radowitz zweimal verfehlt, weil er außerordentlich in Anspruch genommen und selten anders als zwischen 8 und 9 Uhr Morgens zu finden ist; ich sah unsern Mann daher zum erstenmal. Meine Größe, ziemlich breite, volle Figur, so stark, daß weder Taille noch Bauch vorhanden scheint, keine vollkommen gerade Haltung; blauer Ueberrock, unterster Knopf zu; schwarze Hose ohne Strippen, etwas faltig und nachlässig; Schritt langsam und leise, an einen pensionirten Militär erinnernd; Hand klein und weiß, Kopf rund; schwärzlich graues Haar, kurz geschnitten, nicht anliegend, nicht gelockt, eine kleine Glatze. Das Gesicht voll, ohne jedoch irgend speckig zu sein; sehr reine, weiß-gelbliche Haut; einzelne Falten, ohne daß das Gesicht gerade runzelig erschiene, kleiner, struppiger Schnurrbart; Stirn ziemlich hoch, sehr

[1] Der zum Reichsverweser gewählte Erzherzog Johann.

feine, gerade Nase, kleiner Mund, scharfes, feines Profil; Augen eher klein als groß; dunkel, ungemein klar und durchdringend, wegen der letztern Eigenschaft bei erster Beobachtung nicht eben anziehend, Zutrauen erweckend, sondern im Gegentheil eher etwas unheimlich, zur Vorsicht mahnend. Das Organ, rein und wohlklingend, mehr Tenor als Baß. Die Miene ernst, aber beim Sprechen freundlich. — Ich wünsche, daß es Dir gelinge, aus diesem Material ein naturgetreues Bild zu construiren.

„Nachdem ich Radowitz gesehen und gehört, nachdem ich erkannt, daß er, gleich dem großen Gestirn des Tages, alle übrigen Lichtkörper in Schatten stellt, nachdem ich die Notabilitäten aller Parteien gesehen und theilweise gehört und nun den Bodelschwingh'schen Ausspruch begriffen, trug ich Bedenken, dem Mann auf die Bude zu rücken. Indessen zwang Dein und Stolbergs[1] Auftrag mich heute morgen um 8 Uhr hin. Auf die Anmeldung: ‚v. Mallinckrodt aus Rüthen‘ öffneten sich alle Thore. Ich wurde sehr freundlich empfangen. Er sprach sich darüber aus, wie er nicht allein eine äußere, sondern auch eine innere Pflicht erfüllt zu haben glaube durch die Annahme der so unerwarteten Wahl. — Eine übersichtliche Musterung der hiesigen Parteien und Kräfte führte ihn auf die möglichen Allianzen, auf die erlaubte mit dem gläubigen Protestantismus, auf die seines Erachtens unerlaubte mit dem Radikalismus. Sein Streben ist, zunächst die positiv katholischen Kräfte zu einer festen, nach allen Richtungen hin mit sich selbst klaren und einigen Masse zu sammeln und zu läutern und demnächst zwischen dieser Fraction und dem gläubigen Protestantismus, auf Grund einer durchaus offenen und aufrichtigen Darlegung der beiderseitigen gemeinschaftlichen Interessen sowohl wie der principiellen Differenzen, eine Coalition zu stande zu bringen. Wenn nachher der Radikalismus in einzelnen Fragen, wenngleich aus ganz anderen Gründen, eine gleiche Richtung verfolgt (z. B. beim Associationsrechte) und dadurch die Erreichung unserer Wünsche fördert, so ist das zwar ein sehr glückliches zufälliges Ereigniß, aber ein Ereigniß, zu dessen Herbeiführung man keine auch nur moment(an)e Verbindung mit dem Radikalismus eingehen darf. — Radowitz sprach sich über das absolut richtige, sowie über das gegenwärtig allein mögliche und nothwendige Verhältniß der Kirche zum Staate aus und las mir die betreffenden Stellen aus einem Aufsatze vor, der eben zur Verständigung mit den gläubigen Protestanten beitragen sollte und dies obige Verhältniß zum Gegenstand hatte. Eine Bemerkung, welche im wesentlichen ungefähr dahin ging, daß man sehr Unrecht habe, über den fortschreitenden Unglauben im Protestantismus (abgesehen von der gleichen Erscheinung im Katholicismus) zu jubeln, weil das schwerlich der Weg sei, auf dem die Leutchen zu unserer Kirche zurückkehren würden, hat mich etwas stutzen machen. Indessen mag doch auch wohl sein, daß ich nicht ganz richtig verstanden habe. Die Ungläubigen kommen allerdings nicht durch den Unglauben zu uns. Wohl aber dürften die Gläubigen durch den Unglauben ihrer Brüder zur Rückkehr zu uns bewogen werden. Das Gespräch wandte sich dann mehr der politischen Stellung Preußens, der Haltung seiner Abgeordneten, der Abneigung der Südwestdeutschen, der Nothwendigkeit zu, die gebührende Stellung sich zu vindiciren. Radowitz nahm wegen seiner eigenthümlichen Lage Anstand, in dieser Hinsicht vorzutreten, während ich hervorhob, daß es auf der andern Seite doch vielleicht auch sehr erwünscht und folgenreich für ihn sein müsse, wenn er als der meist verleumdete Mann in Preußen mit einer Philippika gegen den südlichen Dünkel hervortrete, um durch glänzende Vertheidigung Preußens, durch Hervorhebung seiner gewaltigen Opfer und Opferwilligkeit den alten Provinzen in das Herz zu greifen und sie zu seinen Schuldnern zu machen.

[1] Graf Joseph Stolberg auf Westheim.

„Da schon ein Graf abgewiesen war, ein anderer aber antichambrirte, so mußte ich mich schieben. Auf meine Einladung in Deinem und Stolbergs Namen, welche ich mit Uebergabe Deiner Adresse verband, sagte mir Radowitz, daß er nicht nur auf kürzere Zeit die dortige Gegend einmal zu besuchen wünsche, sondern stark damit umgehe, sich für die Zukunft ganz dort niederzulassen. Er habe sein Augenmerk besonders auf Arnsberg gerichtet und beabsichtige, dort seine literarische Thätigkeit durch eine Geschichte der letzten acht Jahre fortzusetzen. Ich habe Radowitz Auskunft über die Arnsberger Verhältnisse, über Wohnungsangelegenheiten, Unterrichtsverhältnisse 2c. versprochen und gedenke deswegen an Gelshorn und andere zu schreiben; ein Urtheil über das Paderborner Gymnasium wäre dabei gleichfalls erwünscht. Wenn Du Gelegenheit suchst, mit Radowitz in Correspondenz zu treten, so würde dieselbe sich hier insofern bieten, als Du füglich ganz meine Stelle vertreten könntest. An Oberlandesgerichtsrath Schmidt hat Radowitz schon oft geschrieben und meinte er auch, derselbe habe seine Mittheilungen (welche den Schlüssel zu manchen Erscheinungen geben dürften, indem sie manches enthielten, was nicht durch die Zeitungen bekannt werde) durch das Kreisblatt publicirt. Ich erinnere demgemäß an den beabsichtigten Tritt. — Aus dem Wahlbezirk hat Radowitz bereits verschiedene Zuschriften erhalten, welche, wie es scheint, meist von Geistlichen ausgehen; so eine Petition gegen die Civilehe. Radowitz hat darauf geantwortet und deducirt, daß man sich dieser Consequenz unmöglich entziehen könne, wenn man einmal Trennung wolle. — Vor einigen Stunden sprach ich lange mit Junkmann über Radowitz. Er meint, letzterer habe einen zu mathematischen, dabei zu wenig schöpferischen Verstand. Ich kann die langen Folgerungen daraus hier nicht mittheilen."

Noch am Abend desselben Tages (13. Juli) schrieb Hermann diesen langen Bericht an Georg, und Freitag wohnte er abermals der Parlamentssitzung bei. Am Morgen des 15. war er in Stuttgart, wo er sich Zeit ließ, Wolfgang Menzel die Aufwartung zu machen, dann aber auch, „den Leibmarstall des Königs und den Beschälermarstall mit vieler Muße in Augenschein zu nehmen". Endlich nach Tisch brach er auf nach dem neuen Bestimmungsort, der „Garbe" bei Hohenheim.

Am folgenden Tage war Sonntag, und der Neuangekommene legte über eine Stunde Weges zu Fuß zurück, um im katholischen Orte Neuhausen, „der, gleich einer Oase in der Wüste, inmitten evangelischer Umgebungen liegt", die heilige Messe zu hören. Dann ging es ans Studium, und das um so eifriger, da er wegen verspäteter Ankunft manches nachzuholen hatte. Außer dem regelmäßigen Cursus über Rindvieh- und Pferdezucht ließ er sich über Schafzucht und Wollkunde ein Privatissimum lesen, und die Hohenheimer Schäferei mit ihren fünf Stämmen bot zu Demonstrationen gute Gelegenheit. Bei Dr. Pabst hörte er Betriebs- und Taxationslehre. Dazu kamen noch Vorlesungen über eine Gutsveranschlagung und über Pflanzenphysiologie, einige Uebungen im Bonitiren und ähnliche praktische Unterweisungen.

Was Hermann hier anstrebte, war, eine Grundlage zu gewinnen für fernern Selbstunterricht, und schon nach einem Monate äußerte er die Ueberzeugung, daß er seinen Zweck vollständig erreichen werde. Land und Leute gefielen ihm wohl. „Der erste Eindruck der Schwaben war ihm trotz ihrer

Heckerei ein angenehmer." „Mein Lebenslauf", schreibt er, „ist sehr einförmig und solide, dabei aber sehr zufrieden. Je mehr sich Gelegenheit bietet, die Jugend zu beobachten und abends nach Hause wackeln und ulken zu hören, um so geringer ist die Lust, es ihnen gleich zu thun." Als Lectüre hatte er sich von seiner Bertha die „Jungfer Emmerich" mitgenommen, und seine Erholung war es, Samstag Abend nach Stuttgart zu wandern zur Kirche und zum Beichtstuhl, dann aber auch ein wenig zum Leibmarstall des Königs, wo einige „Orientalen" ihm gewaltig gut gefielen, so daß er in Versuchung war, der Pferdeversteigerung am 16. August als Mitbieter beizuwohnen. Mit dem Director Dr. Pabst verstand er sich gut, und für die Zeit ihres Lebens erhielten sich zwischen den beiden Männern freundliche Beziehungen.

Unterdessen ging es laut her in der politischen Welt, und Hermann folgte allen Ereignissen mit gespannter Aufmerksamkeit. Die Verfügung des Reichskriegsministers v. Peucker hatte auf den 6. August für alle Truppentheile der deutschen Staaten eine Huldigung für den Reichsverweser und das Anlegen der schwarz-roth-goldenen Farben angeordnet. In Preußen wurde dies mit Entrüstung zurückgewiesen und mit einer furibunden Flugschrift vom 23. Juli „Die deutsche Centralgewalt und die preußische Armee" beantwortet. Hermann freute sich herzlich über dieses „plötzliche Aufwallen des Stockpreußenthums". Nicht als ob er in dem gleichen Geiste Preußen über Deutschland und selbst im Gegensatz zu Deutschland geschätzt hätte und der Einigung Deutschlands abhold gewesen wäre, aber er freute sich, „daß die Nationalversammlungs-Souveränität in Frankfurt mit einemmal niedergeschmettert war," von der er eine wahre Einigung nicht erwartete. Er hoffte aber für die Zukunft „eine wahre freie Einigung, welche dem Reiche nur die zur Einheit wirklich unentbehrlichen Befugnisse überträgt, dagegen alles andere dem Einzelstaat überläßt".

Zu Bertha's Hochzeit kehrte der Bruder noch im Herbste 1848 in die Heimat zurück und arbeitete nun in Böddeken eifrig an seinen Aufgaben für das Assessor-Examen, das für das nächste Jahr bevorstand. Unter verschiedenen Thematen, die gestellt waren, hatte er sich für folgendes entschieden:

„Unter den großen Aufgaben, deren Lösung von der nahen Zukunft erhofft werden muß, nimmt die Herstellung eines wahrhaft paritätischen Preußens einen der ersten Plätze ein. Aus den Verhältnissen des Staates zur Kirche soll der Begriff des jus circa sacra entwickelt, der Inhalt desselben in seinen wichtigeren Beziehungen auseinandergesetzt und die darauf bezügliche Gesetzgebung in ihren wesentlichsten Bestimmungen vorgelegt und beurtheilt werden."

Dies war die Arbeit, die ihn jetzt mehrere Monate lang angestrengt beschäftigt hielt, oft 14 Stunden an einem Tage. Die juristischen Autoren, die er darüber zur Hand nahm, befriedigten ihn nicht, und er entschloß sich,

ganz selbständig die Frage zu bearbeiten. Nur die einschlägigen Erklärungen des Concils von Trient bildeten seine Leitsterne. „Bald mußte er dies, bald jenes wieder umstoßen", berichtet sein erster Biograph aus Freundesmund, „weil es sich bei tieferem Denken nicht haltbar erwies. Nach und nach bekam er Licht in die Sache, das Gefundene bewährte sich nach allen Seiten." Er schrieb die Arbeit nieder; sie war nicht lang geworden, aber durchwegs sachlich. Erst jetzt griff er auch zu den alten katholischen Canonisten; sie stimmten zu seinen Anschauungen. Der Censor der Arbeit sprach sein Urtheil dahin aus, die Auffassung sei viel zu günstig für die Kirche, indes sei die Arbeit ausgezeichnet, der Examinand möge sie drucken lassen. Dies geschah niemals, wie er überhaupt schwer und selten sich entschloß, etwas in den Druck zu geben. Aber er selbst gestand nachmals einem Freunde, er habe von den hier entwickelten Grundsätzen später nie etwas zurücknehmen, sondern sie nur weiter ausführen müssen.

Um dieselbe Zeit, da er durch diese Arbeit gleichsam das Fundament legte zu der hohen Bedeutung, die er inmitten eines Kampfes des Staates gegen die Kirche erlangen sollte, errang er auch die ersten Erfolge auf der Rednerbühne. Die Bewegungen des Jahres 1848 hatten das stille Paderborn nicht unberührt gelassen. Auch dort gab es Demagogen und Parteiungen und Gefahren für die bestehende Ordnung. Die treuen Katholiken schaarten sich zusammen im Piusverein, der in diesem Jahre nach dem Muster und im Anschluß an den gleichnamigen Mainzer Verein ins Leben trat, um mit geeinten Kräften der drohenden Sturmflut Widerstand entgegenzusetzen. Hermann, wie sein Schwager Hüffer, nahm an dem Gedeihen des Vereins lebhaften Antheil. Beide machten sich durch eine Reihe von Vorträgen um denselben verdient. Neben diesem religiösen Verein, welcher Fragen der Politik grundsätzlich ausschloß, war aber auch eine politische Vereinigung conservativer Richtung ins Leben gerufen worden. Sie hieß der „Constitutionelle Verein"; aber so verfänglich der Name damals klingen konnte, so sammelten sich doch hier alle staatstreuen Conservativen. An der Spitze stand als Präsident der alte Justizrath Mantel, ihm zur Seite als Vicepräsident Hermanns Schwager Hüffer.

Die Brüder Mallinckrodt, als entschiedene Katholiken, Mitglieder des grundbesitzenden Adels und Beamtensöhne, waren in der Königstreue und Achtung des bestehenden Rechtes aufgewachsen und bis ins Mark hinein von conservativster Gesinnung, an der sie mit westfälischer Zähigkeit ihr Leben lang festhielten. Für sie hatten die Wirren der Revolutionszeit nicht einmal eine Versuchung gebracht, sondern nur eine Aufforderung, muthig einzustehen für ihren König und für die Ordnung. In nächster Nähe bei Paderborn wohnend, nahmen sie an allem theil, was in der Stadt vor sich ging, und wie die Versammlungen des Piusvereins, so bildeten die des „Constitutionellen Vereins" den ersten Schauplatz für Hermanns öffentliche,

besonders rednerische Thätigkeit. Namentlich eine dieser Versammlungen des Winters 1848/49 ist Augenzeugen in lebhafter Erinnerung geblieben.

Die Vertagung der renitenten preußischen Nationalversammlung, der von Schulze und Genossen beantragte Beschluß der Steuerverweigerung und die endliche Auflösung der revolutionären „Reichsversammlung" waren vorhergegangen, und das feste Auftreten des Ministeriums Brandenburg begann eben, den conservativen Kreisen neuen Muth einzuflößen. Der „Constitutionelle Verein" in Paderborn hatte sich versammelt zu Berathungen über die politische Lage; aber auch die Demokraten waren dazu erschienen, in der Hoffnung, diese Versammlung zu einer Demonstration gegen die Regierung zu gebrauchen. Lebhaft geriethen die Geister aneinander. In heftiger Erregung trat der Anführer der Demagogen, Referendar Caspari, vor den Vorsitzenden der Versammlung, den alten Justizrath Mantel, die geballte Faust ihm vors Gesicht haltend. In diesem Augenblick griff Hermann v. Mallinckrodt ein. Mit scharfen, wuchtigen Worten trieb er sie zu Paaren. Sie hätten gar keine Berechtigung, an dieser Versammlung theilzunehmen, sie seien Steuerverweigerer und Feinde der öffentlichen Ordnung. Auf eine so derbe Apostrophe war Caspari nicht gefaßt; die Sache aufs äußerste zu treiben wagte er nicht und erklärte jetzt im Ton der Entrüstung: „Hier ist unseres Verbleibens nicht", und mit 20—30 Gesinnungsgenossen zog er ab. Das war es gerade, was man gewollt hatte, und Hermann hatte seinen ersten Sieg erfochten, einen allerdings etwas eigenthümlichen rhetorischen Erfolg.

Seit Februar 1849 weilte Mallinckrodt wieder in Berlin für die letzte Vorbereitung aufs Assessor-Examen. Er traf die Stadt im Belagerungszustande, und es dauerte nicht lange, daß auch er durch den Polizeicommissar „auf Ordre von Wrangel über Nothwendigkeit des Aufenthaltes und Subsistenzmittel in äußerst zarten Formen examinirt wurde". „Wenn ich das andere Examen ebenso brillant bestehe", meinte er, „wird es schon gehen." Er studirte sehr fleißig, ging abends fast niemals aus, traf nur zu Mittag im Gasthaus mit einigen conservativen „Generalstäblern" und anderen dergleichen Leuten zusammen, mit denen er nach Tisch „ein wenig zu bummeln pflegte". Einige Genugthuung gewährte es ihm, daß Mittwoch und Sonnabend vor seinem Fenster Strohmarkt war. Da trieb er Landwirthschaft, indem er Stroh, Wagen und Pferde in Augenschein nahm. Bei Dr. Förstemann hörte er nochmals Staatswissenschaften und repetirte privatim mit einem Collegen römisches Recht.

Auch in dieser Zeit ernsten Studiums ließ er übrigens die politischen Ereignisse des In- und Auslandes keinen Augenblick außer Sicht.

„Ich habe eben allerhand Zeitungen gelesen", schreibt er 18. Februar, „und bin dadurch sehr lächerlich gestimmt. Es sieht wieder so bunt überall aus, daß der Verstand stille steht. Und wenn das der Fall, dann weiß ich künftiger deutscher Lanzenknecht ohne Frau und Kind nichts Besseres als Lachen."

Die „finanzielle Arbeit" fürs Examen wurde im Lauf des April „schnell abgemurxt" und in den ersten Tagen des Mai zugleich mit der andern abgegeben; aber an Störungen sollte es jetzt nicht fehlen. Auf den 8.—10. Mai war nach Breslau „die zweite Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands", d. h. die zweite allgemeine deutsche Katholikenversammlung, angesagt, und Hermann v. Mallinckrodt sollte, neben dem Grafen Joseph Stolberg und Professor Frinks, den Piusverein von Paderborn daselbst vertreten.

Im October 1848 hatte die erste derartige Versammlung in Mainz getagt, berufen von dem dortigen Piusverein. Als nämlich mit dem beginnenden Frühling jenes Jahres vor den Wogen der Revolution der alte Polizeistaat zusammengebrochen war, da schien es auch einsichtsvollen Katholiken an der Zeit, alle Kräfte zu vereinigen, damit nicht, nachdem die Fürstenmacht sich ohnmächtig erwiesen, die neue Freiheit von den religionsfeindlichen Parteien zu noch größerer Knechtung, ja offener Verfolgung der Kirche ausgebeutet werde. Man wollte alles aufbieten, daß die neu errungenen Freiheiten der Versammlung und Vereinigung, der Rede wie der Presse, zu Gunsten der Religion und Kirche erhalten würden. „Freiheit der Kirche" war das Losungswort. Sie zu erringen und zu behaupten, faßten einige gleichgesinnte Freunde den Plan, nach dem Vorbild ähnlicher Vereine in Irland, England und Frankreich einen Verein zum Schutz der kirchlichen Freiheit zu gründen.

Im März 1848, gerade in den Tagen der höchsten politischen Erregung, traten 24 Männer zur Vorberathung zusammen, und die Satzungen wurden festgestellt. Kurze Zeit darauf trat unter dem Namen „Piusverein" das Werk ins Leben. Adam Franz Lennig, der verdiente Mainzer Dompropst, stellte sich als erster Präsident an die Spitze. Noch in demselben Jahre hatten ähnliche Vereine zu gleichem Zwecke sich über ganz Deutschland verbreitet. Bei der Jubelfeier des Kölner Domes, Mitte August des gleichen Jahres, zu der viele hervorragende Katholiken aus allen Gauen Deutschlands zusammentrafen, war dann der Gedanke aufgetaucht, eine Versammlung von Abgeordneten aller bis jetzt bestehenden katholischen Vereine für kirchliche Freiheit zu veranlassen, zum Zweck gegenseitiger Verständigung und einheitlichen Vorangehens. Schon Anfang October war dieser Gedanke zur That geworden, und die erste Generalversammlung der Katholiken Deutschlands mit der glänzenden sechsstündigen öffentlichen Sitzung vom 4. October, zu welcher 23 angesehene katholische Mitglieder des Frankfurter Parlaments gekommen waren, machte einen großen und erhebenden Eindruck. Fast mehr noch als die Versammlung der Bischöfe zu Köln im Mai und die großartigere zu Würzburg 14. November desselben Jahres war ein solches öffentliches Glaubensbekenntniß aus dem Munde angesehener Laien, der Anblick dieses heldenhaften Laienheeres, das aus der Blüte deutschen Geistesadels der Kirche sich zur Verfügung stellte, geeignet, die Katholiken aufzumuntern und mit sich fortzureißen.

Der große Eindruck, welchen die erste derartige Versammlung hervorgerufen hatte, drängte zu baldiger Wiederholung, und nachdem Wien wegen der Revolutionsstürme als Versammlungsort unmöglich geworden war, hatte man die Abgeordneten nach Breslau geladen. Allein auch dort war offene Empörung ausgebrochen, und es war zu blutigen Straßenkämpfen gekommen. Am selben Tage, da Hermann mit den übrigen rheinischen und westfälischen Abgeordneten, die gemeinsam gereist waren, in der Stadt anlangte, war über dieselbe der Belagerungszustand verhängt worden. Das freie Versammlungsrecht hatte damit ein Ende; allein die Militär- und Polizeibehörden gestatteten gern die Abhaltung der Katholikenversammlung. „Wäre ganz Breslau ein katholischer Verein," äußerten verschiedene Mitglieder der Behörde, „so gäbe es keinen Belagerungszustand." Indes die allgemeine Erregung und Unsicherheit, und auch die rasche Wiederholung einer Versammlung, für die keine andere Aufgabe zu lösen war als die erst vor sechs Monaten zu Mainz geleistete eines glänzenden, öffentlichen Bekenntnisses, wirkten zusammen, die Bedeutung dieser Versammlung etwas herabzudrücken. Mallinckrodt sprach nicht, wurde auch in keinen der vier Ausschüsse gewählt, indem der Grundsatz aufgestellt worden war, bei der Wahl solchen den Vorzug zu geben, welche bereits in derartigen Ausschüssen gesessen. Die Begeisterung, mit welcher in der General-Schlußversammlung gesprochen wurde, wirkte auch auf ihn, und er anerkannte die hellen Lichtpunkte in den Verhandlungen überhaupt; aber er fand doch im vertrauten Austausch mit seinem Bruder, daß sie „zu Zeiten verdammt langstilig gewesen sei, so daß man wohl von dem kurzen Sinn der langen Rederei sprechen könne". Er vermißte „die eigentlichen Thaten". Das haben auch andere gefühlt, und die nächste Generalversammlung ein Jahr später brachte die Gründung des Bonifatiusvereins.

Und doch war für Hermann die Theilnahme an dieser Versammlung ein wichtiges Ereigniß; denn er traf hier mit zwei Männern zusammen und wirkte mit ihnen Hand in Hand, die auf sein Leben einen weitgehenden Einfluß geübt haben: Graf Joseph v. Stolberg und Wilderich v. Ketteler. Stolberg war ihm von früher bekannt; über Ketteler schrieb er an seinen Bruder: „Ich habe wieder ein sehr liebenswürdiges Mitglied des Münster'schen Adels kennen gelernt." Seine Rede gefiel ihm von allen am besten. Nicht lange, und beide Männer verband eine auf Achtung und Gesinnungsgleichheit gegründete innige Freundschaft. Mallinckrodt pflegte später von Ketteler zu sagen, „er verdanke ihm vieles, ja seine ganze moralische Festigkeit". Radowitz, Joseph Stolberg und Wilderich v. Ketteler sind in der That die einzigen Männer, von denen sich sagen läßt, daß sie auf diesen ungewöhnlich selbständigen Geist und gleichsam aus Erz gegossenen Charakter einen nachhaltigen Einfluß geübt hatten.

Kaum nach Berlin zurückgekehrt, sah er sich durch das Anrücken des Paderborner Bataillons vom 15. Regiment in angenehme Aufregung versetzt. Die Paderborner Demagogen hatten versucht, es zur Unbotmäßigkeit zu treiben. Man erwartete bereits den Ausbruch offener Widersetzlichkeit. Aber im Augenblick der Entscheidung hatte doch die militärische Disciplin gesiegt.

„Ueber einen bekehrten Sünder ist mehr Freude als über 99 Gerechte: wie darf man sich dann erst freuen, wenn sich ein ganzes Bataillon Sünder bekehrt", schrieb er an seinen Bruder. „Ich kann versichern, daß mich das Paderborner Bataillon in den letzten acht Tagen mehr in Anspruch genommen hat, als die ganze übrige Welt."

Eben wollte er wieder ernstlich seine Arbeiten beginnen, da kam plötzlich eine Anfrage der Regierung von Erfurt, ob er bereit sei, für die nächste Zeit eine Kreisverwaltung zu übernehmen, die man ihm anzutragen gesonnen sei. Umgehend, wie gewünscht wurde, antwortete Hermann. Eben sei er an seiner letzten Arbeit und erwarte nach deren Beendigung in baldiger Frist seinen Termin für das Assessor-Examen; sei jedoch die Erfurter Regierung der Meinung, daß eine Nichtberücksichtigung dieser Umstände im öffentlichen Interesse liege, so würde er die Uebernahme jenes Amtes als Pflicht betrachten. Bald kam ein vertraulicher Brief du Vignau's. Es handle sich um den Kreis Mühlhausen, die Verwaltung werde mindestens vier Wochen, höchst wahrscheinlich längere Frist umfassen, er glaube, die Examencommission werde diese Vertretung des Landraths als Arbeit gelten lassen, der Oberpräsident habe versprochen, einen desfallsigen Antrag unbedingt zu unterstützen, er, der Präsident, rathe, anzunehmen, sobald der Ruf ergehe.

Die Sache gefiel Hermann gewaltig gut. „Wem Gott ein Amt gibt," schrieb er, „dem gibt er auch Verstand." Mühlhausen war die hübscheste Stadt im Regierungsbezirk, der halbe Kreis eichsfeldisch und somit katholisch; aufs Landrathwerden hatte er es ohnehin von jeher abgesehen. Wenn man ihm eine Arbeit dafür nachließ, war kaum Zeitverlust damit verbunden; zum mündlichen Termine konnte er ja immerhin nach Berlin reisen. Freilich „wie die Leute sind," schrieb er, „weiß ich nicht; man sagt, demokratisch. Thut aber nichts, es liegen Kürassiere da, und die werden wohl nicht solche Hundsfötter sein wie die Badenser". „Ich spiele eigentlich lieber den Landrath in Thüringen," war das Schlußurtheil, „als wie hier den dummen Jungen." — Allein die Sache hing noch an einer Erklärung des Mühlhauser Landrathes, v. Wintzingerode, um dessen Vertretung es sich handelte, und inzwischen schrieb Hermann: „Hier stehe ich und schneide Schinken." — Am Ende ging Wintzingerode nicht, und Hermann blieb.

Unterdessen drängten seine Freunde, sein Bruder, sein Schwager, seine Schwestern, er solle doch endlich seinen Termin nehmen und sein Examen machen. Er selbst glaubte, er sei genügend vorbereitet. Die schriftlichen

Arbeiten waren fertig, und „wegen des mündlichen Verfahrens", hatte er schon 19. Mai geschrieben, „bin ich so leichtsinnig wie eine Bachstelze". Und doch verging Woche um Woche, und er konnte sich nicht entschließen. Es war eine eigene Art von Unentschlossenheit da, wo er gleichsam selbst über sein Geschick entscheiden sollte, während er doch sonst so leicht und rasch mit den äußeren Schickungen sich abfinden und zu ihnen Stellung nehmen konnte. Endlich 16. Juli waren die Würfel gefallen, das Examen glücklich bestanden, und bald vereinigte ihn das traute Böddeken wieder mit seinen Lieben, in deren Mitte er von seinen Anstrengungen sich ausrasten konnte.

October 1849 rückte Hermann v. Mallinckrodt in seiner Geburtsstadt Minden ein als Assessor an der dortigen Regierung. Eines hatte er hier gut getroffen, was er in Erfurt früher schmerzlich entbehrte, er fand mehrere ihm zusagende persönliche Freunde. Vor allem war ihm der Forstreferendar, Freiherr v. Proff-Irnich, der „lange Proff", ein „Gesinnungsgenosse und ein recht angenehmer Stubennachbar"; dann war es der Regierungsassessor Joseph Linhoff, den er von früher her kannte, und der auch auf Böddeken mit seiner Familie bekannt geworden war, mit dem er zusammenwohnte und mit dem ihn bis zum Ende seines Lebens eine goldene Freundschaft verband. Minden war Hermann später eine unsympathische Stadt, und wenn er sich nach einem Regierungssitze umsah, war für ihn Minden stets ausgeschlossen; aber die Mindener Freunde standen bei ihm hoch im Werth, und noch manchesmal später reiste er auf einen oder zwei Tage dahin, die alten Freunde wiederzusehen, und ließ keine Gelegenheit vorübergehen, ihnen seine Grüße zu schicken.

Seine amtliche Thätigkeit in Minden begann mit strammer Arbeit und dienstlichen Unannehmlichkeiten. Vom Regierungscollegium meinte er gleich anfangs: „Es gibt recht nette, mittelnette und gar nicht nette Persönlichkeiten dabei; einstweilen vertrage ich mich mit allen." Der wenigst nette unter allen erschien ihm leider sein eigener Chef, der, wie es scheint, allgemein nicht sehr beliebte Oberregierungsrath v. H . . . Schon in den ersten Wochen wurden dem jungen Assessor nacheinander drei verschiedene Decernate übertragen und dann bald wieder abgenommen; dann sollte er das Steuerdepartement (Grund-, Gewerbe- und Klassensteuer) übernehmen, das in schlechter Ordnung sich befand. Aber der Dirigent zeigte sich darüber ganz unglücklich, daß ein so wichtiges Departement in die Hände eines ganz jungen, unerfahrenen Assessors komme. Er lamentirte öffentlich, „das könne dem Staat viele tausend Thaler Schaden bringen, wie nichts". Die anderen Beamten machten sich dann ein Vergnügen daraus, seine Jeremiaden Hermann wieder zu erzählen. Für den jungen, seiner Tüchtigkeit sich bewußten Beamten war dies natürlich in hohem Grade verletzend. Die geringschätzige Behandlung, die er von dem Vorgesetzten erfuhr, hatte ihn von der ersten

Begegnung an gereizt. Es dauerte nur 14 Tage, so wurde ihm das Steuerdepartement wieder abgenommen und dafür die Domänenverwaltung übertragen — bereits das fünfte Decernat in sieben Wochen. „Die Wirthschaft ist zu verrückt, um nicht darüber zu lachen", meinte er dazu. Uebrigens hatte er sich von Anfang an v. H . . . gegenüber sein festes Programm gemacht.

„Ich habe schon den festen Vorsatz gemacht," schrieb er fünf Wochen nach seiner Ankunft, „einstweilen alle Grimassen vergnügt zu ignoriren. Im übrigen steht soviel fest: viel gute Worte bekommt der edle Herr von mir nicht zu hören, und unter seinen Pantoffel lassen wir uns erst recht nicht bringen. Das Exempel: Hermann v. Mallinckrodt : v. H . . . = ? flößt mir einstweilen viel Neugierde ein. Zunächst wird es eine Geduld- und Selbstbeherrschungsprobe für mich werden; wenn die aber nicht bestanden wird, eine Gelegenheit, mal wieder ganz Hermann, d. h. recht ungenirt zu sein und zu sprechen."

Einstweilen tröstete er sich damit, „daß das Hineinmischen in alle Fächer und die damit verbundene Auffrischung der während des langen Interims vergessenen administrativen Vorschriften und Gewohnheiten eine erwünschte Vorschule für seine Zukunft sei". Die Sonntage, vertheilt „zwischen Gebet, Spazierengehen und Schreiben" an seine Lieben, waren ihm stets wieder wohlthuend; hie und da gab es einen Besuch bei den Verwandten und Freunden in Münster, eine Zeitlang war ihm auch „Sardi", sein Lieblingspferd, aus dem Böddeler Stall zur Verfügung gestellt. Beim Präsidenten v. Bodelschwingh wußte er sich in Gunst, und der der Familie befreundete Geheime Regierungsrath Delius in Berlin theilte ihm vertraulich mit, daß er auch „beim Minister v. Manteuffel aufs beste angeschrieben stehe". — Da kam, mitten in seinem Verdruß über seinen Oberregierungsrath H . . ., ein inhaltschwerer Brief seines alten Gönners, des Präsidenten du Vignau von Erfurt.

„Kinders," schrieb Hermann 16. October nach Hause, „es ist lächerlich, wie die Zeiten sich ändern können. Vorgestern alles so so la la; gestern das schlechteste Diner, was ich in meinem Leben gesehen habe: unter aller Würde und Beschreibung schlecht! — Und heute! heute! Ich erinnere mir nicht, solche Freude gehabt zu haben; ja ich wußte nicht, daß ich mich so freuen könnte. Worüber? Ein — Geheimniß. — Ich will es aber doch andeuten. Vielleicht brauche ich nächstens meine Bilder und meinen Pokal und meine Wasserstiefeln und Stulpen dazu und ein Pferd und noch ein Pferd und einen Kutscher und einen Wagen und einen warmen Pelz und ein neues Federmesser, und gar keine Zinsen mehr, weil ich soviel Geld verdiene, und alles — vor Winter. Ha, wie will ich triumphiren, wenn sie mich zum — führen! Ich will nichts gesagt haben, aber so viel werdet ihr wohl merken, daß es sich um keine Frau und um keine Bürgermeisterei handelt, sondern um ein Schnippchen, das hiesiger hochlöblicher Regierung geschlagen zu werden beabsichtigt."

Du Vignau hatte geschrieben, die Landrathsstelle in Worbis sei frei. Wenn Hermann es in Erfurt beantrage, so werde die Regierung ihn vor-

schlagen, der Dirigent im Ministerium, Herr v. Puttkamer, habe bereits die Genehmigung des Antrags zugesagt. Nicht leicht hätte Hermann ein angenehmerer Vorschlag werden können. Landrath werden war ja das Ziel seiner Wünsche. „Was nützt ein simples Mitglied des Collegii eigentlich der Welt?“ schrieb er einmal an seinen Bruder; „ist die meiste Arbeit nicht Subalternarbeit, die jeder Schreiber verrichten kann, der auf Brod studirt hat?“ „Ihr wißt alle,“ heißt es ein anderes Mal, „daß meine Passion von jeher aufs Landleben, und wo das nicht, doch in kleine Städte hinwies und auf einen Landrath losging. . . . Am Ende ist bei meiner Schwärmerei für Landräthe auch wohl etwas Illusion.“ Aber doch meint er, daß ihre Wirksamkeit gegenüber der eines Regierungsrathes in sehr günstigem Lichte erscheine, ihr Leben schien ihm auch nach seinem Geschmack viel angenehmer als das eines Bürgermeisters, „weil es beweglicher ist und sich mehr zwischen Kornfeldern als zwischen Häusern bewegt“. Schon jetzt hatten ihm „die neueren Erfahrungen“ die früheren Ansichten über das Regierungswesen bestätigt: „es ist einmal nicht nach meinem Geschmack“.

Worbis war ihm nun gerade recht: eine kleine Stadt, der Kreis, das untere Eichsfeld umfassend, fast ganz katholisch, dabei im Regierungsbezirk Erfurt, unter dem ihm sehr wohlwollenden Präsidenten, in fruchtbarer und hübscher Gegend. Seine Aussichten waren dabei äußerst sichere und „die Umstände so“, daß, wie Hermann schrieb, „man eigentlich nicht daran zweifeln kann“.

Einen Monat später theilte du Vignau ihm mit, daß der Plan gescheitert sei. Gegenüber der Bewerbung Mallinckrodts und der Empfehlung durch die Erfurter Regierung hatte der Oberpräsident kurzweg erklärt, das gehe nicht. „Gegen die Person habe ich nichts, und wenn er wo anders Landrath werden kann, will ich es unterstützen, aber im katholischen Eichsfeld dürfen wir keinen katholischen Landrath haben.“

5. Erfurt (1850—1853).

Die Hoffnung, durch das Frankfurter Parlament zu einer Einigung Deutschlands zu gelangen, hatte sich bald als nichtig erwiesen. Friedrich Wilhelm IV., getreu den Bestrebungen seiner Jugend und der dem deutschen Volke am 18. März 1848 gemachten Zusage, wollte jetzt in seiner Weise die Neubegründung des Reiches in die Hand nehmen. Mitte Mai 1849 waren die Mandate der preußischen Abgeordneten in Frankfurt für erloschen erklärt, 26. Mai ein Bündniß zwischen Preußen, Hannover und Sachsen abgeschlossen worden, zu dem alle übrigen deutschen Staaten eingeladen wurden,

und für das ein provisorisches „Bundesschiedsgericht“ in Erfurt errichtet ward. Im Juni traten dann die genannten Staaten zum „Verwaltungsrathe“ zusammen, wenige Tage nachher ward der zu Frankfurt neugeschaffenen Centralgewalt von seiten Preußens die Anerkennung förmlich entzogen. Die „Verbündeten Staaten“ hatten bereits auf Grund der Frankfurter Vorlage den Entwurf zu einer neuen Verfassung Deutschlands veröffentlicht und durch eine Denkschrift erläutert. Es handelte sich um die Durchführung der Idee des Generals v. Radowitz: einen engern Deutschen Bundesstaat mit gemeinschaftlichem Parlament und einheitlicher Centralgewalt, unter dauernder Hegemonie Preußens und völkerrechtlichem Bündniß mit Oesterreich, wenn auch mit dessen formellem Ausschluß vom deutschen Bund. Zur Berathung des Verfassungsentwurfes sollte sich zu Erfurt ein Reichstag versammeln, zusammengesetzt aus einem „Staatenhause“ zur Vertretung der verbündeten Regierungen, und einem „Volkshause“ zur Repräsentation des Volkes.

19. October 1849 wurde die allgemeine Wahl für das Volkshaus ausgeschrieben und nach mannigfachen Verwicklungen mit Oesterreich und anderen deutschen Bundesstaaten am 21. Januar der Reichstag auf den 20. März 1850 nach Erfurt einberufen. Viele kleinere deutsche Staaten hatten sich unterdessen Preußen angeschlossen; eine mächtige Partei im Reiche, auch aus dem Lager der Demokraten, welcher Radowitz in seiner Bundesverfassung möglichst entgegengekommen war, bot jetzt alles auf, das Unternehmen zu stützen. So waren im Frühjahre 1850 die Augen von ganz Deutschland, ja von Europa mit Spannung auf die Hauptstadt Thüringens gerichtet, und es sammelten sich da die hervorragendsten Elemente nicht nur Preußens, sondern des nördlichen Deutschlands.

„Wer die Versammlung in den beiden Häusern des Parlamentes aufmerksam beschaute,“ schrieb ein Jahr später General Radowitz [1], der leitende Geist bei jenen Vorgängen, „der sagte sich sofort, daß hier eine Anzahl Männer vereinigt worden sei, wie sie die betreffenden deutschen Länder nicht besser aufzuweisen hatten. Persönliches Ansehen, großer Grundbesitz, anerkannte Intelligenz, hoher Staatsdienst, parlamentarische Berühmtheit, alles dies hatte reichliche Bestandtheile geliefert. . . . Es war eine Notablenversammlung im eigentlichen Sinne des Wortes.“

Um dieselbe Zeit, da diese Abgeordneten zur Reise nach Thüringen sich bereit machten, war an Hermann v. Mallinckrodt durch den Erfurter Präsidenten du Vignau der Ruf ergangen, die Stelle des dortigen Oberbürgermeisters für einige Zeit commissarisch zu verwalten. Er kam Hermann sehr unerwartet, aber er war kurz entschlossen. „Wenn ein Christ so etwas nicht gesucht hat“, sagte er in vertraulicher Unterredung zu seinem Freunde Linhoff,

[1] Gesammelte Schriften II. S. 250.

„und nichts dazu gethan hat, so soll er ruhig annehmen; man weiß nicht, was dadurch Gutes geschehen kann."

Bald war er in Erfurt an der Spitze seines Collegiums. Seine gesellschaftliche Stellung war von Anfang an eine glänzende. Allenthalben empfing man ihn aufs zuvorkommendste. Man war der Person wohlwollend und trug zugleich dem Amte Rechnung. Radowitz, dem großen Licht des Tages, war er bereits persönlich nahe getreten, in der Präsidentenfamilie war er der ausgesprochene Liebling. Augenblicklich herrschte ein buntes geselliges Leben. „Es ist in gewisser Weise ein Eiertanz," meinte Hermann, „tanzen muß man; ich darf mich nicht aus der Gesellschaft zurückziehen, und lebe ich einmal drin, so kann ich auch zwischen viel und wenig keine Grenzen mehr ziehen." Dreimal in der Woche waren bei Radowitz die Salons geöffnet, wo die geistreiche, liebenswürdige Convertitin, Gräfin Maria v. Voß, Radowitz' ebenbürtige Gattin, die Honneurs des Hauses machte. An ihr erwarb sich Mallinckrodt eine große Gönnerin für die Zeit seines Lebens. Du Vignau empfing einmal die Woche größere, stets sehr ausgewählte Gesellschaft, und hier war es, wo Hermann die wichtigsten und einflußreichsten Bekanntschaften machte. Hier traf er unter anderen Julius Stahl, damals auf der Höhe seines Ruhmes, der ihm „außerordentlich gefiel", Brüggemann, in dem er „zu seiner Freude einen vollständigen politischen Gesinnungsgenossen gefunden", v. Müffling, den Generalfeldmarschall und Präsidenten des Staatsrathes, endlich v. Duesberg, den spätern Oberpräsidenten von Westfalen, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der damaligen preußischen Beamtenwelt, der auch auf sein eigenes Leben einen wichtigen Einfluß üben sollte. Mit v. Duesberg und dem ehemaligen Minister und Vorsitzenden des Verwaltungsrathes v. Bodelschwingh fuhr der junge Bürgermeister auch einmal hinüber nach Weimar ins Theater. Auch mit Bismarck-Schönhausen, der auf dem Erfurter Parlament stark in den Vordergrund trat, muß Mallinckrodt damals mehrfach in Verkehr getreten sein, um so mehr, da er in den politischen Anschauungen zu jener Zeit ziemlich mit ihm übereinstimmte und ihn von Aachen her bereits kannte.

„Ultramontane" waren nur elf zum Erfurter Parlament gekommen, zu wenige, um auch nur einen selbständigen Antrag stellen zu können, da die preußische Regierung sich bemüht hatte, solche Abgeordnete durchzusetzen, welche den Unionsbestrebungen günstig seien. Die Ultramontanen waren aber — zum Schmerze des Generals v. Radowitz — entschieden Großdeutsche. Ihr Gesinnungsgenosse war in jeder Hinsicht Hermann v. Mallinckrodt, und schon in den ersten Tagen des Parlamentes einigte er sich mit ihnen: den beiden Reichensperger, Dr. Buß, Braun, Ritter, Junkmann, Bauerband, Florencourt, Rohden u. s. w., zu einer Art von Fractionsessen zum Ausdruck der Freundschaft und Gesinnungsgleichheit.

Außerdem hatte Hermann in der neuen Heimat einen werthen alten Freund wiedergefunden, den Garde-Landwehr-Lieutenant v. Brederlow, der ihm auch Gelegenheit verschaffte, auf Officierspferden auszureiten, bis er aus dem Böddeker Stall seinen „Sardi" wiedererhalten hatte. Neben v. Brederlow und nach dessen Abzug fand er in dem Forstmeister v. Wedell, einem Bruder des Oberpräsidenten, einen angenehmen, ihm zusagenden Umgang.

Bei alledem war er über und über beschäftigt. Erfurt war damals eine Stadt von nahezu 27 000 Einwohnern, abgesehen von der mehrere tausend Mann starken Garnison. Die Bevölkerung war überwiegend gewerbe- und handeltreibend, hatte jedoch bei einer Feldmark von 11 000 Morgen ziemlich viel Ackerbau. Die Stadt war arm; neben fast 1000 Almosenempfängern aus öffentlichen Mitteln zählte man vielleicht drei oder vier eigentlich reiche Personen, der mittlere Bürgersstand konnte sich einer gediegenen Wohlhabenheit durchaus nicht rühmen. Auch als Corporation war die Stadt in finanziell bedrängter Lage. Schon belief sich die Gesammtcommunalsteuer auf etwa 200 % der Klassensteuer, und doch mußte nothwendig die Steuerkraft noch viel höher angespannt werden, um dringenden Bedürfnissen abzuhelfen. Das sehr ausgedehnte Pflaster war großentheils sehr schlecht, das interessante alte Rathhaus wegen angeblicher Baufälligkeit schon zum dritten Theile abgetragen, und es fehlten die Mittel, den seit zehn Jahren bereits beschlossenen Neubau auszuführen.

Die zahlreichen öffentlichen Stiftungen brachten umfangreiche Kassenverwaltungen mit sich, und abgesehen davon war der Gesammtorganismus der Verwaltung nach der neuen Gemeindeordnung ein sehr complicirter. In den Angelegenheiten der Staatsverwaltung (Polizei, Hoheitssachen, Staatssteuer u. s. w.) hatte der Bürgermeister allein die Entscheidung, aber für Gemeindeangelegenheiten aller Art entschied der Gemeindevorstand, ein Collegium, das aus vier besoldeten und sechs unbesoldeten Schöffen bestand und dessen Dirigent der Bürgermeister war. Dazu kam für einzelne Zweige eine Menge Commissionen und Deputationen (z. B. für Armenpflege, Schule, Einquartierung u. s. w.). Schon beim Antritt seines Amtes, da man der Rathsherren noch weniger zählte, waren es über 40 magistratualische Beamte, die er zu vereidigen hatte, und die Zahl seiner Untergebenen, wenn man die Bezirksvorsteher, Stiftungsbeamten, städtischen Schullehrer, Nachtwächter u. s. w. mitrechnete, war Legion. Er kam sich denn auch vor „wie ein Präsident".

Zwei Umstände erschwerten noch die Verwaltung — abgesehen von dem Mißtrauen, mit welchem man in der Lutherstadt mit $^4/_5$ protestantischer Bevölkerung auf den ultramontanen Bürgermeister, den „Jesuiten in Erfurt", wie ein demokratisches Blatt ihn nannte, hinzublicken geneigt war. Die Stadt war keine eigentliche Immediatstadt, d. h. bildete keinen Kreis für

sich, sondern gehörte, streng genommen, zum Kreise Erfurt. In manchen Punkten erhielt sie sich aber eximirt, in anderen stand sie wirklich unter dem Landrath und nahm daher eine Art von Zwitterstellung ein. Außerdem aber hatte der frühere Oberbürgermeister die Verwaltung nicht in guter Ordnung hinterlassen. Nach Mallinckrodts eigenem Urtheil war er ein fleißiger, rascher und geschickter Arbeiter, der sich aber selbst zu viel aufgepackt hatte, so daß zum Dirigiren, wozu es auch etwas an Energie fehlte, nicht mehr die rechte Zeit blieb. Gerade das aber erschwerte Hermann den Anfang. Um Ordnung zu schaffen, mußte er den übrigen Beamten mehr Arbeit aufbürden, als sie bis dahin gehabt, und das war — „unangenehm".

Man begreift, daß unter solchen Umständen Hermann manchmal wünschte, der Tag möchte 36 statt 24 Stunden haben. Zwei Regeln hatte er sich von Anfang an für die Arbeit vorgeschrieben: „Zuerst dirigiren und in alles die Nase stecken, dann, wenn Zeit bleibt — gleich den anderen arbeiten"; ferner „es nicht machen wie die neuen Besen, sondern die Zahnhaare allmählich wachsen lassen".

Zwischen 5 und 6 Uhr morgens stand er auf, von 8 oder 9 Uhr arbeitete er bis 1½ Uhr auf dem Bureau, nachmittags war er abermals von 4 Uhr an auf dem Rathhaus meistens durch Sitzungen zur Begutachtung von Steuerreclamationen u. dgl., oder von Schulprüfungen und anderen öffentlichen Veranlassungen in Anspruch genommen. Erst 7 oder 8 Uhr abends kam er vom Rathhaus zurück. In den geselligen Tagen der Parlamentszeit ging es dann gleich um 8 Uhr in die Gesellschaften, nach dieser Zeit ritt er wohl abends spät mit dem Sardi, den er „sehr liebte und hochschätzte und deshalb auch mit Disteln und zuweilen mit einem Zuckerklümpchen erfreute", hinaus ins Weite, wo er dann auch zuweilen unterwegs das Abendbrod nahm.

„Die hiesige Stellung ist nicht leicht," urtheilte er selbst nach den Erfahrungen eines vollen Jahres, „wenn man seine ganze Pflicht thun will. Auch ohne jedes eigene Decernat beschäftigt die Direction allein im vollsten Maße, und gerade das Dirigiren, das fortwährende Im-Kopf-haben von hunderterlei Dingen, das nothwendige ‚sich ein bestimmtes Urtheil bilden' über jede wichtigere oder zweifelhafte eingehende Sache, die häufige Unterbrechung bei der Arbeit und das sofortige Wiedersammeln und Concentriren der Gedanken, das prüfende Durchlesen bezw. Corrigiren der Verfügungen, das richtige Nehmen der verschiedenartigen Persönlichkeiten u. s. w. — das sind Dinge, die auf den oberflächlichen Blick viel gemüthlicher aussehen, als sie sind; es ist eine Art, zu arbeiten, die ohne Zweifel viel mehr Interesse bietet als die Bearbeitung eines bestimmten Zweiges, die aber auch sicher aufreibender ist und weit häufiger zum Aergern Anlaß gibt, wie irgend eine andere."

Dafür hatte er dann so viel Einkommen, daß er von seinem Verdienste gerade leben konnte „und dann noch genug behielt, um für Sardi Hafer

zu kaufen". Seine Zinsen gingen dagegen auf die Bank „als überflüssiges Fett". Den vollen Bürgermeistergehalt, der für seinen Vorgänger 1800 Thaler betragen hatte, erhielt er jedoch nicht.

Besonders wichtig, aber auch schwierig war es, mit all den vielen in Betracht kommenden Persönlichkeiten in guten Beziehungen zu bleiben und immer alle gewünschten Rücksichten zu nehmen: auf den Commandeur, das Gericht, den Landrath, die Steuerdirection u. s. w.

„Man muß leise auftreten," seufzte er; „denn gerade und offen zu sein, eine bestimmte Richtung und Meinung zu verfolgen, mit vielen Andersstrebenden in Berührung bleiben und es mit keinem verderben — das ist wahrlich ein Kunststück. Ich begreife selbst nicht, woher es mir bis jetzt (nach einem Jahr) so gut gelungen ist."

Nur einen unversöhnlichen Gegner und Kritiker hatte er an dem Demagogen Krachrügge[1], dem Herausgeber eines demokratischen Blattes, dessen Angriffe er in seinen Briefen wiederholt erwähnt. Nicht wegen dieser persönlichen Befehdung, sondern wegen demagogischer Umtriebe schritt indes das Rathscollegium energisch gegen jenen ein und suspendirte ihm das Bürgerrecht, wodurch er von der Stadtverordnetenversammlung für einige Zeit ausgeschlossen wurde.

Hermann war froh, als 29. April 1850 der Reichstag „vertagt", d. h. wie es offenkundig war, thatsächlich aufgelöst wurde. Er selbst war ein entschiedener Gegner der sogen. Unionspolitik, und noch entschiedener wußte er sich im Gegensatz zu der Gothaischen Partei, deren Sieg in Erfurt das Scheitern des Radowitz'schen Planes unvermeidlich nach sich zog. „Morgen wird der Parlamentsspaß wohl zu Ende gehen," schrieb er, „ich mache drei Kreuze dahinter und spreche: Krüzche fieß 2c.! Es wird nachher viel gemüthlicher werden."

Nach dem am 22. Mai erfolgten Attentat auf Friedrich Wilhelm IV. und der auffallenden Rettung des Königs verfaßte Mallinckrodt die Glückwunschadresse namens der Gemeindebehörde der Stadt Erfurt. Radowitz, des Königs Freund, machte ihm das Compliment, es sei die beste von allen, die der König bekommen habe. Sie lautete:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

Wir empfinden mit Schmerz, daß die Schmach des Königsmordes nicht den Frevler allein trifft, in welchem der unselige Entschluß gereift ist. Die Zeit und das Geschlecht, welches die Mörder zeugt, sind nicht frei von der Mitschuld des Verbrechens.

[1] Kaufmann Kraggrüge (dies scheint die richtige Schreibweise) aus Erfurt wird in einem halbamtlichen Schreiben des Pariser Polizeipräfecten Carlier 24. October 1850 als Chef eines dem Londoner Centralcomité untergeordneten revolutionären Lokalcomités in Deutschland bezeichnet.

Deshalb erkennen wir mit um so demüthigerem Danke die Gnade des gütigen Gottes, der Ew. Majestät zu wiederholtem Male Ihrem Volke erhalten hat. Deshalb aber auch fühlen wir uns gedrungen, die Unthat, soviel an uns ist, zu sühnen durch das erneuerte Gelöbniß unwandelbarer Treue in Freud und Leid. —

Mögen Ew. Majestät aus diesen tiefgefühlten Worten der Gemeindebehörden die wahre Gesinnung der Bürgerschaft Ihrer alten Stadt Erfurt erkennen.

Gottes Schutz sei mit Eurer Majestät.

Ew. Majestät

treugehorsamster

Magistrat und Verordnete der Stadt Erfurt.

Ein großer Tag für Hermann v. Mallinckrodt war das Frohnleichnamsfest 1850. Seit lange war dies sein Lieblingsfest gewesen, und in gar manchem Jahr kommt er in seinen Briefen auf dasselbe zurück.

„Es ist schwer zu sagen," schreibt er z. B. 15. Juni 1854 von Stralsund aus an seine Schwester Bertha, „weshalb ich noch um $^1/_2$12 Uhr abends einen Brief anfange, ohne doch eigentlich zu wissen, was ich schreiben will. Aber, meine liebe Schwester, heute ist bekanntlich Frohnleichnam, und das ist nun einmal mein Hauptfest. Während in unserer kleinen Kirche der Pastor nebst Küster und Meßjungen, zwei Fahnenträgern und einigen Blumen streuenden Kindern an den Wänden herumprocessionirt und die Gemeinde, welche keinen Platz hat, um von ihren Plätzen zu gehen, die Begleitung singt, — während dessen sehe ich im Geiste die ganze Christenheit auf den Beinen, manche Dorfgemeinde, die sich durch den Segen der Felder hindurchwindet, manche Stadt, die à la Aachen den ganzen Reichthum ihres Geschmackes entfaltet. Daneben sehe ich am Markte zu Habelschwerdt die Pauken tragenden Greise und von dem Hallstätter See her höre ich den Gesang der Gemeinde, die mit langsamem Ruderschlag ihren Processionsweg zieht, und um die Stephanskirche sehe ich den Kaiser schreiten. Da denke ich mir, ein solcher Paradetag machte unserm Herrgott doch wohl einige Freude und veranlaßte ihn, im stillen eine gnädige Cabinetsordre zu dictiren. . . ."

Ein Jahr vorher, eben zu vorübergehendem Besuch in Schlesien in der Grafschaft Glatz, ließ er sich's nicht nehmen, mit brennender Kerze an der Procession theilzunehmen.

„Heute habe ich einen wahrhaft fröhlichen Tag," schrieb er an diesem Feste von Berlin aus, noch kaum drei Jahre vor seinem Tode, 8. Juni 1871; „zunächst empfinde ich für das Frohnleichnamsfest eine ganz besondere Sympathie. Es weckt die Erinnerung an alle die zahlreichen Orte, wo ich demselben unter den verschiedensten Verhältnissen beigewohnt habe, und führt meinen an Wechsel reichen Lebensgang lebhaft vor Augen, verklärt denselben aber zugleich durch das überall hineinscheinende Licht der imposanten katholischen Einheit. Unter dem Einflusse dieser Stimmung war das Fest auch heute in der Hedwigskirche für mich ergreifend schön."

Nun war er Bürgermeister einer Stadt, in welcher, seitdem das Frohnleichnamsfest in Deutschland gefeiert wird, diese Procession in Uebung war und, abgesehen vielleicht von 3—4 der stürmischsten Jahre, selbst durch die

Wirren der kirchlich-politischen Revolution des 16. Jahrhunderts nicht verdrängt werden konnte, deren katholisches Volk in den Jahren 1576—1582 selbst gegen das ausdrückliche Verbot des neugläubigen Magistrats die volksthümliche liebe Feier abgehalten hatte und sich von jeher rühmte, es an Pracht und Aufwand hierbei trotz der ungünstigen Verhältnisse fast jeder andern Stadt in Deutschland zuvorzuthun. Es verstand sich jetzt für Mallinckrodt von selbst, daß er an der Spitze des Rathes, „in würdiger Haltung und Loblieder singend", der alten schönen Rathsfahne folgte, die unmittelbar hinter dem „Himmel" und dem heiligsten Sacrament einhergetragen wurde. Er beschreibt den Geschwistern diesen „Himmel", der „die Wappen aller Suffraganbisthümer von Kurmainz trägt und aus jenen Zeiten stammt, als noch Metz, Straßburg und Konstanz zum heiligen Römischen Reiche gehörten", und die Rathsfahne mit dem Bild der Jungfrau und dem „Sancta Maria, ora pro nobis" und 18 schönen Bildern von Aposteln, Evangelisten rc. Ja er wollte den Geschwistern daheim ein Bild des Domes und dessen Umgebung einschicken, damit sie sich die Procession dazu denken könnten.

Schon in dem gleichen Briefe erwähnte Hermann der im Schwange gehenden Kriegsgerüchte, die ihn besonders betrafen, nicht nur als dienstpflichtigen Landwehrmann, sondern noch mehr als Bürgermeister einer Stadt, die im Falle eines Krieges mit den übrigen deutschen Staaten zunächst bedroht schien. „Sollte man uns belagern," schreibt er sorgenvoll, „so wird es Löscharbeit genug geben. Lauter hölzerne Häuser und nirgends Brandmauern!" Die Leute meinten, es käme wohl nicht so weit; Hermann aber schrieb: „Ich für meinen Theil meine darüber gar nichts als höchstens: Der Mensch in seiner Dämeligkeit denkt, aber der Herrgott lenkt, und nachher wundern sich die Leute und sagen: Wer hätte dies auch denken sollen? — Vom Rasiren der Glacis ist übrigens noch nicht die Rede!"

Indes für jetzt verzog sich noch einmal die Gefahr. Im Monat September konnten die Geschwister noch ein Rendezvous für das Bad Hofgeismar verabreden. Um dieselbe Zeit war die Landrathsstelle in Heiligenstadt frei geworden, wieder ein katholischer Kreis im Eichsfelde, und die Sache war zu schön, als daß Hermann sich nicht hätte darum bewerben sollen. Von seinem Mitbewerber behauptete man in Erfurt, am Sitz der Regierung, daß derselbe zu einer solchen Stellung absolut unfähig sei. Aber das Ministerium gab jenem den Vorzug. Als zehn Monate später der Oberpräsident das Land bereiste, überzeugte er sich, „daß der jüngst creirte Heiligenstädter Landrath nächstens wieder über Bord geworfen werden müsse. Aber, wie dem sei," fügt Hermann hinzu, „der Satz bleibt Glaubensartikel, daß kein Katholik hin darf". Schon war der November gekommen und noch kein Krieg, und Hermann träumte schon von den Weihnachtsferien, die er mit seinen Geschwistern in Böddeken feiern wollte. Da kam 6. November der Befehl zur

Mobilmachung des ganzen preußischen Heeres mit Einschluß der Landwehr, und auch der Landwehrlieutenant Hermann v. Mallinckrodt erhielt sofort seine Einberufung. Schon 2. November waren 7000 Preußen in Kassel eingerückt, in Thüringen standen bereits von Erfurt an staffelförmig gegen die kurhessische Grenze hin 30 000 Mann. Auf der Gegenseite hatte ein vereinigtes österreichisch-bayerisches Corps an der kurhessischen Grenze Stellung genommen, auf eine unblutige Lösung der Frage war keine Hoffnung mehr. In Erfurt schüttelte man den Kopf — vom Commandanten an bis tief unten —, daß der Bürgermeister der zunächst mit Belagerung bedrohten Stadt nicht auf dem Posten bleiben, sondern Lieutenant werden solle. Er aber schrieb an seinen Bruder: „Da stehe ich nun, ein alter deutscher Lanzenknecht, der bald keine Heimat mehr hat als auf dem Sattel seines Sardi, und der jetzt fast in Verlegenheit darüber ist, wo er seine paar Lumpen, die er Eigenthum nennt, in Verwahr geben soll."

Trotz seines Abrathens legte der Magistrat sofort gegen seine Einberufung Verwahrung ein und wandte sich, als diese abgewiesen wurde, an das Oberpräsidium und das Generalcommando, blieb aber völlig ohne Antwort. Unterdessen hatte sich Hermann mit drei Pferden beritten gemacht, der Präsidentenkutscher hatte ihm einen braven Burschen von den Höhen des Thüringer Waldes als Bedienten ausgemittelt. 28. November ritt der Lieutenant v. Mallinckrodt nach mehrtägigem, sehr angestrengtem Marsch als designirter Regimentsadjutant auf seinem Sardi in Eisleben ein, wo das Regiment sich sammeln und formiren sollte. Auch Georg v. Mallinckrodt war als Landwehr-Infanterie-Lieutenant eingerückt und befand sich auf dem Wege nach Kassel.

Hermann war nicht gegen Kurhessen, sondern gegen Sachsen bestimmt. Auf der Grenze zwischen Halle und Leipzig bezog das Regiment Quartiere, über etwa 1½ Quadratstunden vertheilt, in 18 kleinen Dörfchen. Das Stabsquartier war in Altscherbitz, noch diesseits der Grenze; Hermann war mit seinem Commandeur einquartiert bei dem sächsischen Staatsminister a. D. v. Carlowitz, der eben erst auf dem Erfurter Reichstag als Commissarius des Verwaltungsrathes im Staatenhause eine große Rolle gespielt hatte. Die Unterbrechung von der angestrengten Verwaltungsarbeit that Hermann wohl, er war immer gern Soldat, und diesmal hatte er es besonders gut getroffen. Sie kamen fast immer durch hübsche Gegenden, die Quartiere waren gut, die Kameradschaft, wie er wiederholt hervorhebt, angenehm. Mit seinem Commandeur vertrug er sich trefflich. „Er gehört nicht zu den Leuten, unter denen ich meine Freunde suchen, bezw. finden kann," meinte er, „allein es läßt sich sehr gut mit ihm fertig werden." Bei Excellenz v. Carlowitz war die Verpflegung vorzüglich. „Was die Wirthe selbst betrifft," schreibt Hermann, „so sind Mann und Frau zwar extrem freundlich, aber es ist

Hoston, und es fehlt so sehr die Herzlichkeit, Gemüthlichkeit und biedere Einfachheit, daß es uns außerordentlich willkommen ist, nicht en famille, sondern allein verpflegt zu werden." Wer es damals den beiden Männern, ihm und Carlowitz, vorausgesagt hätte, daß sie einige Jahre später im preußischen Abgeordnetenhause als unversöhnliche Gegner sich gegenüberstehen und manche grimmige Fehde miteinander auskämpfen sollten!

Für jetzt hielt sich Hermann nicht nur hier, sondern auch bei den Kameraden und in anderen Quartieren vom Politisiren thunlichst fern. Er wußte, daß er doch niemand finden würde, der seinen politischen Standpunkt theilte. Zeitunglesen hatte er, seit er Soldat war, aufgegeben. Seine Anschauung war die, daß die damalige Frankfurter Bundesversammlung durchaus nicht als alleinberechtigtes Centralorgan für Deutschland anzusehen sei; andererseits aber war es ihm wie fast allen anderen Leuten klar, daß Preußen von Rechts wegen in Kurhessen nichts weiteres zu suchen habe, als etwa die Etappenstraßen. Im übrigen wünschte er mit seinem Bruder, „daß der Kelch eines deutschen Krieges an ihnen vorübergehe", und er hoffte es zuversichtlich.

Eben jetzt entrüstete ihn die Nachricht, daß die Polizei Müller, den Redacteur der „Deutschen Volkshalle", ausgewiesen habe. Es war dies ein in den letzten Jahren, anfangs unter dem Namen der „Rheinischen Volkshalle" ins Leben getretenes katholisches Blatt, welches das Hauptorgan der Katholiken Deutschlands zu bilden bestimmt war. Hermann hatte sich von Anfang an für dieses hochnothwendige katholische Unternehmen lebhaft interessirt. Obgleich durchaus nicht in allem, am wenigsten hinsichtlich der deutschen Frage, mit dem Redacteur einverstanden, stellte er ihm doch das Zeugniß aus, daß „das Blatt im ganzen eine ruhige und würdige Haltung bewahrt habe, würdiger und wahrheitsliebender als irgend ein anderes der ministeriellen und antiministeriellen Blätter".

Die Stellung als Adjutant brachte Hermann etwas mehr Beschäftigung.

„Vermöge meiner Adjutantur", schreibt er scherzend an seine Schwester, „bin ich gewissermaßen Vice-Regimentscommandeur, schieße — wenn es sich gerade so fügt, auf eigene Faust Regimentsbefehle los, verfüge über x Ordonnanzen, bin Besitzer von vier Pferden, während mein Bruder Fußreisen mit dem Knappsack macht, lasse mich ‚Herr Adjutant' hier und ‚Herr Adjutant' da nennen, mir als der rechten Hand des Commandeurs von den Rittmeistern die Cour machen — mit einem Worte, ich spiele den vergnügten Lanzenknecht und befinde mich dabei ganz wohl."

Für die freien Stunden hatte er sich eine kleine Bibliothek mitgenommen, „um nicht ohne alle geistige Nahrung zu bleiben". Sie bestand aus fünf Stücken: Thomas von Kempen, dem Cöthener Gebetbuch, einer neuen Karte von Deutschland, dem „Kleinen Cavalleristen" und der Amaranth.

Eine eigenthümliche Ueberraschung wartete seiner am Weihnachtstage, den er diesmal fern von seinen Lieben auf Kriegsfuß feiern mußte. Eine gütige Hand hatte ihm eine Weihnachtsbescherung bereitet und einen Tisch mit Geschenken gefüllt. Und wer? — Sein Trainknecht, „den das Schicksal von der Höhe des Thüringer Waldes heruntergeholt hatte und mitten im Winter ohne Mantel und Handschuhe, Pferde und Stiefel putzend durch die Welt jagte in der mißachteten Stellung eines Troßbuben". Er hatte dazu das Geldgeschenk verwendet, das einige Tage zuvor Hermann ihm gegeben, damit er sich eine Weihnachtsfreude mache. „Ist das nicht rührend zart und würdig, von einem ausgezeichneten Poeten besungen zu werden?" schrieb Hermann; „ja wahrlich, je mehr ich den Spaß betrachte, um so besser gefällt mir der Streich."

Gerade jetzt reclamirte der Magistrat von Erfurt aufs neue seinen verlorenen Bürgermeister, und du Vignau unterstützte ihn nach Kräften und meinte, daß Hermanns Rückkehr höchst nothwendig sei. Aber noch war nicht klar, welchen Ausgang die politischen Verwicklungen nehmen würden, und der Regimentscommandant erklärte, daß ihm v. Mallinckrodts Abgang wenigstens „sehr empfindlich" sein würde. So schwebte er denn wieder einmal zwischen Wolken und Erde und wußte platterdings gar nicht, was über kurz oder lang aus ihm werden würde. „Ich bin aber darüber auch so wenig besorgt, resp. darauf so wenig neugierig," schreibt er, „daß ich wirklich fast geneigt wäre, mich darob anzustaunen."

Am Sylvestertag brach das Regiment auf, einen Tagmarsch gegen Osten in die Gegend hinter Delitzsch. „Heisa, du fröhliches Wanderleben, damit ein paar bunte Strahlen die Einförmigkeit der Existenz unterbrechen!" Eben war man angekommen und wollte sich das Officierscorps zur Feier des Sylvesterabends versammeln, da traf neue Marschordre ein über Dessau nach der weiland herzoglichen Residenz Zerbst, die dem Regiment zum Winterquartier bestimmt war. Am Neujahrstag 1851 ging es wieder auf den Marsch, 3. Januar war das Quartier bezogen. Die Stadt war „hübsch, bot zum Reiten sehr gute Umgebung, treffliche Reitbahn, schöne Promenaden und passable Kneipen". Zu thun gab es für Hermann nicht übermäßig viel, aber doch zur Genüge. Es waren „so kleine Lappereien, Rapport, Paradebefehle 2c." Er fand die jetzige Existenz weit „fauler und bequemer" als seine Bürgermeisterei. Aber er fand dabei auch Gelegenheit, etwas Gutes zu thun.

Allgemein im Lande herrschte Widerwille gegen Krieg mit Oesterreich, wenn man auch „den Bayern gern einmal das Collet versohlt hätte". In Altscherbitz und Umgebung war das Terrain für das Exerciren der Cavallerie äußerst ungünstig. Das lange Stillliegen in den Quartieren bei voller Ungewißheit dessen, was kommen sollte, wirkte in mehrfacher Hinsicht ungünstig auf die Truppen; die Leute begannen auszureißen. Den nächsten Tag,

nachdem das Regiment in Zerbst eingerückt war, that daher Mallinckrodt sofort Schritte, damit der Seelsorge für die katholischen Soldaten vorgesehen werde. In Zerbst selbst war kein katholischer Priester; nur von Dessau her kam von Zeit zu Zeit der dortige Pfarrer, um nach den wenigen Katholiken zu sehen. Sogleich wurde dieser auf den nächsten Sonntag herüberbestellt und dann durch Mallinckrodt zu häufigeren Besuchen veranlaßt, „damit die Eichsfelder Confratres nicht ganz verkommen. So hat es denn auch in der Art sein Gutes, daß ich an die Elbe verschlagen bin", setzt Hermann hinzu. Gern und mit Lebhaftigkeit erzählte er im spätern Leben geistlichen Freunden gegenüber, wie heilsam und wohlthuend der Feldgottesdienst damals auf seine Leute gewirkt habe. Er hatte seinen Zweck völlig erreicht.

Doch das Winterquartier währte nicht allzu lange.

„Gestern", schreibt er am 24. Januar vom Marschquartier Thurland in Anhalt-Dessau aus, „den ganzen Tag bis 8 Uhr abends geschrieben und gerechnet, und den Rittmeistern richtig rechnen gelehrt, von 8—12 Uhr ein Abschieds-Ananas-Bowle geleert und den Schmerz des Scheidens durch Salamanderreiben und Gesang gemildert, von 12—2½ Uhr wieder gearbeitet, bis 5½ Uhr geschlafen, bis 9 Uhr gearbeitet und gepackt, von 9—4 Uhr 8 Stunden weit bis hierher weiter marschirt — das waren die Wehen bei der Auflösung des 31. Regimentes und die Sterbeseufzer eines Adjutanten, der am Ende dieser Leiden in einer Bauernstube mit dem Schlafe ringt, um seiner Schwester ein Lebenszeichen zu geben. Wenn Ihr nun aber glaubt, ich wäre auf dem Wege nach Haus, so seid Ihr arg in den Bohnen."

Es sollte aus den Resten zweier nicht unansehnlicher Reiterregimenter das combinirte 31./32. Landwehr-Cavallerie-Regiment zu 402 Köpfen formirt und ihm Eisleben als Standquartier angewiesen werden. Zu den drei Lieutenants, die dabei ausharren mußten, gehörten, als der drittjüngste von allen, auch Hermann. Aber dem Erfurter Magistrat wurde es jetzt doch mit der Fernhaltung seines Bürgermeisters zu arg, und endlich nach wiederholter Reclamation wurde der Lieutenant freigegeben. Anfangs der zweiten Woche des Februar 1851, drei Monate nachdem er eingerückt war, reiste Hermann von Eisleben über Halle-Minden-Bielefeld nach Böddeken, um nach mehr als einem Jahre die alte Heimat wiederzusehen, wozu der Magistrat einige Tage Urlaub gewährt hatte.

Bald stand Hermann am alten Posten, hatte wieder eine schöne Wohnung gemiethet, den größern und schönern Theil des bisherigen Quartiers des Feldmarschalls v. Müffling, und fand in stillen Stunden Trost und Anregung in den geistlichen Schriften des Père Grou, der „fast täglich in seiner Achtung stieg". „Seine Anleitungen passen vollständig in meinen Kram", schrieb er seiner Schwester Pauline. Gerade jetzt sollte eine ernste Lebensfrage an ihn herantreten. Nach Einführung der neuen Gemeindeordnung war der neue Gemeinderath gewählt worden und in entschiedenster

Mehrheit conservativ ausgefallen. Eine seiner ersten Thaten sollte sein, sich definitiv einen Bürgermeister zu wählen. Es schien ausgemacht, daß Mallinckrodt gewählt werde, obschon er wiederholt erklärte, daß er es nicht wünsche. Kein anderer Candidat wurde außer ihm genannt, und daß er es ablehnen würde, hatte er nie gesagt. Es galt jetzt, sich zu entscheiden, und er richtete an die Geschwister die Bitte, jedes einzelne derselben möchte ihm seine Ansicht und seinen Rath darüber mittheilen.

Die Stellung hatte manche Schattenseiten, aber vieles sprach auch dafür. Die Landrathsaussichten waren sehr in die Ferne gerückt. „Die Landräthe hängen ohnehin nicht da wie Würste am Metzgerladen", meinte er. Lehnte er ab, so blieb ihm nur übrig, bei irgend einer entfernten Regierung als Assessor mit jährlichen 400 Thalern langsam zum Regierungsrath heranzureifen, und lieber als Regierungsrath war er doch noch Bürgermeister. Freilich eine Betrachtung drängte sich ihm auf.

„Der Ultramontane in der alten Lutherstadt zwischen Leuten aus allen Parteien, zwischen Treubund, Gotha, Altpreußen, Union, Bureaukraten, Constitutionellen, und wie sie alle Namen tragen, — allein — bekannt mit den meisten, näher bekannt mit wenigen, befreundet mit niemand, der Ultramontane, den Krachrügge als den ‚Jesuiten in Erfurt' bezeichnet hat, den der Oberpräsident nicht in katholischen Kreisen will, als Haupt, wenn auch als gewähltes Haupt der Stadt! Wie lange wird das dauern? Wenn die politische Bewegung hinter die religiöse wieder zurücktritt, wie dann? Dann wird man statt ‚Hosianna' ‚Kreuziget ihn' rufen. Und bis dahin bin ich einem Einsiedler zu vergleichen, einem geistigen Einsiedler mitten in dem Gewoge anderer Geister."

Indes riethen alle Geschwister zu, besonders Pauline, und er schrieb zurück:

„Mein Weg ist dieser: Gute Worte werden niemand gegeben, im Gegentheil werde ich eher noch vor mir und meiner Ultramontanität warnen. Wählt man mich doch, so nehme ich unter Vorbehalt des jederzeitigen Rücktrittes an; und wenn der Vorbehalt nicht gefällt, mag man einen andern wählen. Wählt man mich aber nicht, so werde ich zwar einen Augenblick nicht recht wissen, wohin, aber doch voraussichtlich viel leichter und freier aufathmen und mich des Durchgefallenseins viel aufrichtiger freuen, als Publicus glauben dürfte."

„Meine Gewohnheit, auch an dem Wahrscheinlichsten zu zweifeln, ist mir diesmal wieder recht gut zu statten gekommen", hatte Hermann zwei Jahre früher einmal geschrieben, und sie kam ihm auch jetzt wieder zu statten. Am 11. April war die Bürgermeisterwahl, und Hermann wurde nicht gewählt. Schon seit Mitte März waren andere Namen aufs Tapet gekommen, „vor und hinter den Coulissen" hatte ein mit großer Anstrengung geführter Kampf sich entsponnen, und Hermann hatte „rechten Trödel" an den Nachrichten davon, die zuweilen an sein Ohr schlugen. Aber was jetzt anfangen? Nach Minden zurückkehren, wo er hergekommen war, wollte er nicht, nach

Köln sich versetzen lassen, wie man ihm rieth, um eine katholische Frau zu suchen, auch nicht, und in Erfurt zur Regierung überzutreten, gefiel ihm gleichfalls nicht.

Zunächst galt es auszuhalten, bis der Nachfolger eintraf, und man konnte noch nicht absehen, wie lange das dauern werde. Zu seiner Freude konnte er inzwischen wenigstens für die Ostertage nach Böddeken. Unterdessen wandte er sich an Linhoff, damals Oberpräsidialrath in Münster, ob in Arnsberg oder Münster eine Stelle für ihn frei sei, dann mit ähnlicher Anfrage auch an einen andern Freund. Beide antworteten verneinend. Während er nun großen Reiseplänen nachging: für Belgien, England und Frankreich, und bereits anfing, die Uebung im Französischen wieder aufzufrischen, kam ihm vertraulich die Nachricht zu, daß seine Versetzung nach Oppeln im Ministerium bereits beschlossen gewesen, dann aber rückgängig gemacht worden sei. Demnächst kam Merseburg in Frage.

Am 29. Mai reiste er mit dem Vorsitzenden des Gemeinderathes zur Enthüllung des Denkmals für Friedrich II.[1] als Deputation nach Berlin, um dort „drei Tage mit Landtagsdiäten herumzubummeln". Noch immer verzögerte sich die Bestätigung seines Nachfolgers, während eben jetzt in der Stadtverwaltung die Schwierigkeiten sich häuften, infolge unüberlegter Schritte des Gemeinderathes. Endlich im Anfang Juli kam wirklich die Ernennung für Merseburg und acht Tage später die dringende Aufforderung, seine Uebersiedelung dahin zu beschleunigen. Am 17. Juli traf die Bestätigung des neugewählten Oberbürgermeisters ein. Eine Woche vorher hatte der Magistrat von Erfurt Hermann v. Mallinckrodt in ehrender Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt zum Ehrenbürger ernannt. Tags darauf kam seine Berufung als Assessor — nicht nach Merseburg, sondern an die Regierung in Erfurt, um hier sofort das Communaldepartement zu übernehmen. Am 19. Juli erfolgte denn auch der Eintritt in das Regierungscollegium und die Uebernahme des neuen Decernates. Da indessen der neue Oberbürgermeister noch immer nicht eintreffen wollte, so blieb dem Assessor mit 400 Thalern nichts anderes übrig, als für einige Zeit des Amtes eines Bürgermeisters und eines Regierungsrathes zugleich zu walten.

Mit dem neuen Departement hatte es übrigens seinen eigenen Haken. Minister Westphalen hatte hinsichtlich der Kreistage, um Schwierigkeiten vorzubeugen, eine interimistische Verordnung erlassen, wodurch die neue Gesetzgebung in etwa suspendirt war. Mit großem Jubel hatte die Kreuzzeitungspartei dies in reactionärem Sinne ausgebeutet und als eine rechtsgiltige Abänderung des von der Kammer votirten Gesetzes hingestellt; darüber war ein großer Wirrwarr entstanden, und es war Gefahr, daß auch Minister

[1] Das prachtvolle Reiterstandbild von Rauch, enthüllt 31. Mai 1851.

Westphalen von der Kreuzzeitungspartei mit fortgerissen werde. Mallinckrodt seinerseits war damals nichts weniger als für den Constitutionalismus eingenommen; aber nachdem er den Verfassungseid einmal geschworen hatte, hielt er mit äußerster Strenge daran fest. Sollte Minister Westphalen im Sinne der Kreuzzeitung operiren wollen, so sah Hermann darin eine Verletzung von Verfassung, Gesetz und Eid, und sobald ihm seine Bestimmung für das Communaldepartement bekannt geworden war, ließ er dem Oberpräsidenten v. Wedell durch dessen Bruder, den Forstmeister, mittheilen, „sobald der Minister auf die Bahn ginge, welche die Kreuzzeitung diesmal abstecken wolle, so würde er die Mithilfe gegen seinen Eid halten und nicht mitspielen". Der Oberpräsident war im Grunde der gleichen Ansicht, und so hatte diese Ankündigung für den jungen Assessor keine weiteren üblen Folgen. Im Gegentheil äußerte eben jetzt der Oberpräsident wohlwollende Absichten in Bezug auf seine Person.

Der Bürgermeister war also wieder zum simpeln Assessor geworden, und für mehr denn ein Jahr begann jetzt das einförmige Leben, wie es die Thätigkeit in einem Regierungscollegium mit sich bringt. Weihnachten gab es wieder einen Besuch in Böddeken und nicht nur da, sondern auch bei den verschiedenen Freunden und Verwandten in Minden, Bielefeld, Münster und Wiedenbrück, alles nur wie im Fluge.

„Ich erinnere mich kaum, von einer Reise so lebendige Eindrücke mitgebracht zu haben," schrieb er nachher; „es mag in dem Besuch bei allen Verwandten und in der Schnelligkeit der Bewegung wesentlich mit liegen. Die sehr verschiedenen Personen der Familie habe ich vor mir, wie man etwa 1848 die berühmten Kammerhelden auf einem Bilde zu sehen bekam. Der andere Grund des angenehmen Eindrucks liegt ohne Zweifel darin, daß alle sich in gutem Wohlsein antreffen ließen und daß der Verkehr ein friedlicher und höchst freundlicher war."

Vierzehn Tage nach der Rückkehr wurde er als Nothstandscommissär in den Kreis Schleusingen abgesendet, wo man Hungersnoth und Hungertyphus befürchtete. Vier bis fünf Tage kroch er dort allein bei reich und arm in den Häusern und Kellern herum, schrieb zwölf Bogen Bericht darüber und reiste dem Oberpräsidenten nach, um ihm noch persönlich die Lage zu schildern. Aber er ließ auch auf seine Kosten gleich 14 große Pumpernickel kommen, um sie an Arme zu vertheilen, und er meinte, er müsse sich wegen seiner Brodankäufe bald „einen Gewerbeschein lösen". Im ganzen war er von seiner Thätigkeit sehr wenig befriedigt.

„Es ist überhaupt mit solchen Nothständen und Commissorien schlimm Ding," schreibt er. „Vor ein brennendes Haus kann man wohl ein Spritze fahren, tüchtig drauf halten und schließlich sagen: Ich habe es gelöscht oder wenigstens den Nachbarn geschützt. Aber mit leeren Händen in einem Kreis von 37 000 Menschen soviel Gelegenheit zum Arbeiten und Kochen geben, daß keiner müßig ist und niemand

hungert — wer kann's? Hier und da bald dies, bald das, bald Worte, bald Werke — jetzt den Mund gewischt und jetzt wieder die leere Hand gezeigt, mit den Achseln gezuckt, den Kopf geschüttelt, ‚Wir wollen sehen' gesagt, ‚was sich machen läßt', dann losgeschrieben und beantragt, ohne zu wissen, was genehmigt wird, und endlich dieses ganz und jenes halb, und das dritte gar nicht, und vielleicht die Hauptsache von vornherein vergessen — das beste bleibt, daß es so ganz schlimm jetzt noch nicht ist, d. h. es ist noch niemand verhungert, und es wird auch wohl nicht geschehen."

Kurz nach seiner Rückkehr trennte er sich von seinem Sardi, der in den Böddeker Stall zurückwanderte, während Hermann sich einen neuen Fuchs anschaffte, aber nur, um auch ihn im September wieder zu verkaufen. Außerordentliche Freude bereitete ihm im April der Besuch seines Bruders Georg, nicht nur deshalb, weil der Bruder im geraden Gegensatz zu ihm selbst nur schwer und selten zum Reisen sich entschloß, sondern weit mehr noch, weil Georg jetzt seinen Erfurter Freundeskreis kennen lernte und so in den Stand gesetzt wurde, künftig an den Erfurter Ereignissen wenigstens einigen Antheil zu nehmen. Denn dem Bruder über alles Mittheilung zu machen und mit ihm, „seinem Senior", alles zu besprechen, was ihn selbst betraf, war einmal für Hermann Bedürfniß.

Er hatte wohl Ursache, mit dem Erfurter Bekanntenkreis zufrieden zu sein. Da war neben der befreundeten Familie v. Münchhausen und den gräflichen Familien v. Keller, v. Voß und v. Hertzberg vor allem bis zum Herbst 1852 der General v. Radowitz mit seiner edlen Gemahlin. „Wer könnte wohl dieser herrlichen Frau nahe sein," schrieb etwas später Auguste du Vignau an Mallinckrodt ganz in seinem Sinne, „ohne nicht das Glück ihres Umganges zu empfinden!" Da war in dem um das Eichsfeld hochverdienten, Hermann persönlich befreundeten Propste Roche ein vortrefflicher Seelsorger, da war Hermanns College, der geistvolle, gelehrte und liebenswürdige Regierungsrath Wilhelm Volk, noch Protestant, aber seit 10 Jahren ein machtvoller Apologet der katholischen Kirche und unter dem Namen Ludwig Clarus ein fruchtbarer kirchlicher Schriftsteller, durch und durch ein Geistesverwandter und Gesinnungsgenosse Mallinckrodts. Da war vor allem das Freundeshaus des Präsidenten du Vignau.

Als im Frühling 1851 beide Ehegatten du Vignau ihr Testament niederschrieben, bestimmten sie in wechselseitigem Einverständniß Hermann v. Mallinckrodt zum Vormund ihrer Söhne, so unbedingt war ihr Vertrauen zu diesem Mann, der doch durch sein verhältnißmäßig jugendliches Alter von 30 Jahren, sein entschiedenes katholisches Religionsbekenntniß und seine bescheidene Assessorstellung sich in einem gewissen Abstande zu ihnen befand. Es ist schwer, zu sagen, wer von beiden Gatten „ihrem klugen, tapfern Herrn v. Mallinckrodt" mehr gewogen war. Als nach Mallinckrodts Versetzung im Jahre 1854 die Präsidentin zum Geburtstag ihres Mannes ein kleines Diner veranstalten

wollte, verbat er sich das ausdrücklich. „Man hat ja jetzt keinen Menschen hier," sagte er, „mit dem man froh sein möchte, seitdem Mallinckrodt fort ist." Nicht nur an seinen persönlichen Schicksalen, auch an denen seiner Geschwister nahmen beide fortwährend lebhaften Antheil. Natürlich predigte ihm die Präsidentin mündlich, wie später in ihren Briefen, immer wieder das Heiraten. „Ich sehe, Sie lachen", setzt sie einmal hinzu, „und sagen: ‚Wieder die alte Geschichte!'" Er hinwieder unterstützte die Präsidentin bei ihren Wohlthätigkeitszwecken, auch noch Jahre nach seiner Versetzung sendet er ihr als Vorsteherin des Frauenvereins seine Almosen für die Armen, kauft Loose aus den von ihr veranstalteten Lotterien, sendet ihr oder dem Präsidenten interessante Schriften, theilt ihnen seine Reisepläne mit. Dann meint sie wieder darauf, das müsse erst noch in Erfurt mündlich ausführlicher besprochen werden . . . „damit Sie doch — Ihren eigenen Plänen zuletzt folgen; denn viel rathen lassen Sie sich nicht". Ein anderes Mal schreibt sie ihm: „Zwar hätte ich gewünscht, Sie wären uns wiedergegeben, aber Sie sollen sich nun einmal tüchtig in der Welt umsehen, und ein Mann, wie Sie, ist überall zu Hause, wo er Gutes wirken kann."

Auguste v. Vignau war jedenfalls eine ungewöhnliche Frau, und in vielem begegnete sie sich mit Hermanns Anschauungen.

„Ich glaube," schreibt sie ihm einmal über Frankfurt a. O., wo sie sehr wohl bekannt war, „es mag viel Berliner Ton nachgeahmt werden, und das ist das Allertraurigste"; und ein anderes Mal: „Mit dieser Sendung erhalten Sie zugleich mit meinem herzlichen Dank Ihren ‚Möhler' (die Symbolik) zurück. Ich glaube, daß es nothwendig wäre, ein jeder angehende Christ nähme Kenntniß von dem Buche. Es hat mich über vieles sehr belehrt, und ich bin entzückt über die Klarheit und Milde des Schreibers. Auch glaube ich, alles verstanden zu haben. Um näher einzugehen darauf, mein lieber Herr v. Mallinckrodt, und manches darüber zu sprechen, dazu würde ich lieber eine mündliche Unterhaltung als eine schriftliche wünschen."

„Mein Mann hat Ihnen bei der Rückgabe Ihrer Schrift meinen herzlichen Dank ausgesprochen", schreibt sie ihm 1854 über ein anderes Buch, „ich habe sie zweimal ordentlich durchlesen, und es ist meinem Verstande vollständig klar geworden, was ich schon vorher lebhaft gefühlt. Auch war es mir durchaus nicht schwer, den Standpunkt zu finden, den ich übrigens durchaus nicht specifisch katholisch, sondern für rein kirchlich halte. — Während wir evangelischen Christen jetzt schmerzlich eine Kirchengewalt vermissen, die unsere rein religiösen Interessen ins Auge faßt, und diese mit Hilfe des Gouvernements anzustreben suchen (das sich ja selbst stärkt, wenn es die religiösen Interessen des Volkes fördert), sucht man den katholischen Christen diese Gewalt zu rauben. Ich finde darin weder Gerechtigkeit noch Klugheit! — Aber was sind denn überhaupt alle menschlichen Beschlüsse!" [1]

---

[1] Es war unmöglich, irgend welche Spur aufzufinden, um welche Schrift es sich hier handeln könnte, und in welcher Beziehung Mallinckrodt zu derselben stehe.

Präsident v. Vignau, für dessen Beamtentüchtigkeit seine langjährige Stellung an der Spitze der Regierungsgeschäfte in Münster und Erfurt, der ihm 1859 in Anerkennung seiner Verdienste verliehene Adel, wie seine Thätigkeit im preußischen Abgeordnetenhaus genugsam Zeugniß gaben, war ausgezeichnet durch eine bei einem solchen Beamten seltene Unabhängigkeit des Urtheils, wie durch Unbefangenheit und Noblesse in der Würdigung fremder Ueberzeugungen. Als z. B. 1855 sein Untergebener, der Regierungsrath Wilhelm Volk, mit seiner Gattin zur katholischen Kirche übergetreten war, wurde er infolge dieses Schrittes vom Oberpräsidenten v. Bodelschwingh der Illoyalität bezichtigt und zwei Jahre später mit der Hälfte des Gehaltes unter sehr unfreundlichen Formen in den Ruhestand verwiesen. Du Vignau's Benehmen gegen den fleißigen und tüchtigen Beamten, der 30 Jahre lang unermüdet dem Staate gedient hatte, blieb dagegen unverändert das gleiche. Der Präsident selbst theilt Mallinckrodt in einem Briefe die Conversion des Volk'schen Ehepaares mit unter dem Bemerken, die Urtheile über diesen Schritt seien „sehr verschieden"; „mir", fügt er bei, „sollen die Leute so lieb bleiben, als sie es bisher gewesen sind". 1855 wendet er sich an Mallinckrodt mit einer Bitte: „Wie die Zeitungen melden, ist seitens der ‚katholischen Fraction' ein auf die Zukunft berechneter Rechenschaftsbericht herausgegeben. Hier habe ich solchen noch nicht erlangen können. Darf er auch den räudigen Schafen zugänglich sein, so würde ich Sie um dessen Mittheilung bitten." Umgehend übersandte ihm Hermann die gewünschte Broschüre, „Die Lage der Katholiken in Preußen am Schlusse der dritten Legislaturperiode", und einen Monat später antwortete der Präsident: „Für die übersandte Schrift meinen Dank. Der Inhalt tritt niemand zu nahe, und billig ist das Verlangen nach specieller sachlicher Erörterung der Ansprüche, welche man erheben zu können meint."

Die freundschaftlichen Beziehungen der protestantischen Präsidentenfamilie zu Katholiken wie Volk, Mallinckrodt und Frau v. Radowitz erregten in hohem Grade Bedenken bei einigen Erfurter Predigern, und bei der Wahl für das Abgeordnetenhaus 1855 wurde von ihrer Seite gegen die Wiederwahl des Präsidenten agitirt, „weil er die Katholiken zu sehr begünstige". Der Präsident ließ sich dadurch weder einschüchtern noch sehr in den Harnisch bringen; gerade diese Wahl brachte ihm einen großen Triumph, weil sie von der Achtung und dem Vertrauen Zeugniß gab, die er allgemein genoß. Die Präsidentin konnte sich aber nicht versagen, in ihrem Briefe an Mallinckrodt die Sorge der Prediger um ihren Mann mehr von der heitern Seite aufzufassen.

Abgesehen von dem fast allgemeinen persönlichen Wohlwollen, dem Hermann in Erfurt begegnete, hatte er das Glück, in der Person des Pionierlieutenants v. Griesheim nicht nur einen zusagenden Zimmernachbarn, sondern wirklich einen vertrauten Freund zu finden in des Wortes vollem Sinn,

„einen Menschen," wie er an seinen Bruder schreibt, „den ich allen Ernstes schätze". Mit ihnen wohnte noch ein Herr v. Waldow [1], den beide gleichfalls sehr gerne hatten, und der „die glückliche Familie Griesheim-Mallinckrodt zur noch glücklichern Familie Griesheim-Waldow-Mallinckrodt" heranwachsen ließ. War Griesheim einmal abwesend oder lag er krank im Lazareth, so war dies stets für Hermann sehr empfindlich.

„Ich bin vollständig Strohwittwer", schrieb er einmal, „meine Frau, der Pionier, bleibt noch 14 Tage aus, während deren ich noch viel Muße haben werde, um in Monologen-ohne-Worte zu machen. Dann aber wird bald darauf das Schicksal meinen Flügeladjutanten ganz von mir nehmen und mich einsam und allein den Winterabenden überantworten. Das ist die Tücke der Versetzungen und die Vergänglichkeit eines Beamtentrios!"

Als er selbst 8. Januar 1852 nach mehrwöchentlicher Reise in Erfurt wieder einrückte, wurde er von Griesheim „mit Laubgewinden und Weihnachtsbäumchen" empfangen, wofür er sich dann revanchirte mit Kuchen und Käse. Mittags floß zur Bewillkommnung im „Kaiser" einiger Sekt, und am Morgen des folgenden Tages erschien die Musikbande der Pioniere und machte Kaffeemusik.

Allein schon im Frühjahr 1852 wurde Waldow versetzt, und im Herbste mußte auch Griesheim die thüringische Hauptstadt verlassen. „Meine Aussichten für den Winter", schreibt Hermann am 7. November, „sind nicht gerade sehr heiter, weil mir nach Griesheims Abgang niemand mehr bleibt, der sich zu einem vertrautern Umgang qualificirt, und das ist in der That ein großer Uebelstand." Auch Griesheim empfand die Trennung, und als er hörte, Hermann wolle die Weihnachtstage in Böddeken verbringen, machte er diesem den Vorschlag, ihm bei seinem Bruder eine Einladung zum Besuche daselbst zu erwirken. Der Freund ging mit Freuden darauf ein und empfahl ihn der Familie aufs allerwärmste: „Er wird in das Familienrendezvous keinen Mißton bringen." Wirklich erwarb sich der junge Cavalier bei seinem Besuche ein lebhaftes Interesse bei allen Geschwistern.

Als Griesheim später, 1857, in ein schweres Gemüthsleiden verfiel, war es Hermann v. Mallinckrodt, der gleich einem Bruder um den alten Freund sich annahm. Mit dem Vater, wie mit den Aerzten des Kranken, trat er sofort in Verbindung, reiste, nachdem schon ein früherer Besuch vorausgegangen, ein zweites Mal von Frankfurt a. O. erst nach Köln, um bei Griesheims Kameraden im Officierscorps sich eingehend über den Zustand zu unterrichten, dann in Begleitung eines befreundeten Arztes in die Heilanstalt nach Endenich, um sich genau sowohl von dem Befinden des Kranken, als von der Art der Behandlung zu überzeugen. Es bestand große Hoffnung

[1] Oberforstmeister a. D. v. Waldow auf Dannenwalde in Mecklenburg.

auf Heilung, und gleich hier verabredete Hermann mit den Aerzten, daß er bei der Entlassung des Kranken diesen in Empfang nehmen und nach Böddeken bringen wolle, um so „die Brücke aus der Anstalt ins gewöhnliche Leben zu schlagen und den Aufenthalt in dieser thunlichst abzukürzen". Griesheims Vater schrieb ihm voll Dankbarkeit für seine aufopfernde Liebe. Wirklich genas Griesheim wieder, kam von einer Reise in Thüringen sehr vergnügt zurück, und die Kameraden hielten ihn für völlig hergestellt, als an Stelle der frühern Schwermuth wirkliche Geisteskrankheit eintrat. Gleich darauf starb sein Vater, und wieder war es Hermann, der die Sorge für den Freund mitübernahm. Noch im October 1858 reiste er eigens nach Erfurt zu Griesheims Schwester, um mit ihr über den kranken Bruder Rücksprache zu nehmen.

Die Vereinsamung nach Griesheims Abgang im Herbste 1852 war für Hermann um so empfindlicher, da er gerade jetzt „auffallend wenig" zu thun hatte und die mit den Geschwistern verabredete Zusammenkunft auf der eben im Neubau fast vollendeten Burg Hohenzollern nicht zu stande gekommen war. Ein Mondscheinabend in Reinhardsbrunn und folgenden Tages eine Wanderung durch das Gebirge auf den Gipfelpunkt des Thüringer Waldes, den Inselsberg, reizten in ihm die Lust zu einem mehrtägigen Marsch durch das Eichsfeld, wo er sehr neugierig war, Land und Leute einigermaßen kennen zu lernen. Allein der Präsident wollte nicht gern davon hören. Dazu kam noch Wohnungswechsel, Pferdeverkauf und im November Unwohlsein, so daß ihm die Glieder „wehe thaten und schlotterten". Auch der einzige Lichtpunkt, der sich bot, sagte ihm nicht absonderlich zu. Die Landrathsstelle des protestantischen Kreises Nordhausen war frei, und am 9. November schlug das Erfurter Regierungscollegium den Assessor v. Mallinckrodt für diese Stelle vor, obwohl derselbe sich nicht darum beworben hatte. Der Oberpräsident war durch mehrfache Versprechungen verbunden, diesen Vorschlag eifrig zu unterstützen. Trat nichts Außergewöhnliches dazwischen, so war die Landrathsstelle sicher, und, was immer zu wünschen blieb, Landrath war doch immer besser als Assessor beim Regierungscollegium.

Zweites Buch.

Hermann v. Mallinckrodt in der ersten Periode seiner parlamentarischen Thätigkeit.

(1852—1863.)

I. Parlamentarische Anfänge (1852—1853).

Es war ein erregter Wahlgang, der für das Abgeordnetenhaus 1852. Wohl war die Verfassung schon 5. December 1848 vom König bewilligt, dann in der zweiten Session des preußischen Abgeordnetenhauses einer eingehenden Revision unterzogen und 31. Januar 1850 feierlich verkündigt und beschworen worden. Aber es war die Frage, ob dies ein bloßer Buchstabe bleiben oder Wirklichkeit werden sollte, ob es Bestand haben werde gegenüber der Minenarbeit der „kleinen, aber mächtigen Partei". Weit mehr noch war es die Frage für die Katholiken, die in den Jahren des Sturmes treu für den König eingestanden und für die Ordnung und Autorität gekämpft hatten, ob jetzt, da die Gefahr vorüber schien, alles das, was sie inzwischen mühsam, aber ehrlich errungen, wieder verloren sein oder schwinden sollte vor der wahrheitswidrigen und ungeschichtlichen Theorie des „evangelischen Staates".

In der That konnten seit dem Zusammentritt des Frankfurter Parlaments die preußischen Katholiken von Errungenschaften sprechen.

Damals, als vor den Anstürmen der Revolution auch die ungerechten und unweisen Fesseln gefallen waren, mit denen der Staat die Lebenskraft der Kirche unterbunden hielt, und eine neue Zeit und eine neue Ordnung der Dinge anzubrechen schien, und die Geistesgrößen Deutschlands in der alten Kaiserstadt versammelt waren, um über die Grundrechte des deutschen Volkes zu berathen, hatte ein großer und ehrwürdiger Kirchenfürst, der Cardinal Diepenbrock, gemahnt, dabei das erste Grundrecht der katholischen Bürger, die Freiheit und die Rechte der Kirche, nicht zu vergessen. Auf seine Anregung hatten sich zu Frankfurt die katholischen Mitglieder der verschiedensten politischen Richtung zu einem katholischen Club vereinigt, in

welchem Radowitz und als Stellvertreter August Reichensperger den Vorsitz führte. Was hier für ganz Deutschland ersprießlich nicht erreicht werden konnte, suchten wenistens die Abgeordneten Preußens für ihre katholischen Provinzen zu retten. Die Beschlüsse des Frankfurter katholischen Clubs fanden in Berlin ihre Verfechter. Freilich mißlang der Versuch einer ähnlichen Vereinigung der Katholiken auf der preußischen Nationalversammlung in Berlin, da hier die politische Aufregung die religiöse Frage ganz zurückdrängte und selbst unter den Katholiken, ja katholischen Geistlichen die politischen Anschauungen sich aufs schroffste entgegenstanden. Aber als im April 1849 die bisherige Zweite Kammer aufgelöst und für den Herbst eine Neuwahl mit neuem Wahlgesetz ausgeschrieben wurde, erschien neben sonstigen gediegenen und fähigen Elementen auch eine Anzahl von sehr achtbaren katholischen Laien in der Kammer, die nicht gesonnen waren, etwas von den Rechten ihrer Kirche leichten Kaufes aufzugeben. Ohne daß sie eine förmliche Fraction gebildet hätten, handelten sie doch im Einverständniß und versammelten sich zur Berathung wie gemeinsamen Erholung in ihrem eigenen Lokale. An der Spitze der kleinen Schaar stand Peter Reichensperger, zugleich einer der hervorragendsten Redner des preußischen Abgeordnetenhauses überhaupt. Sein Bruder August war noch durch das Frankfurter Parlament fern gehalten. Eine Reihe anerkannt tüchtiger Männer, wie Osterrath, Rohden, Linhoff und andere, standen ihm zur Seite. Ihrer Fähigkeit und Bemühung und dem besondern Umstande, daß sie in der Mitte zwischen zwei tödtlich sich bekämpfenden Parteien oft die Entscheidung in der Hand hatten, gelang es, bei der Revision der 5. December 1848 octroyirten Verfassung zum guten Theile das zur Geltung zu bringen, was man in Frankfurt auf katholischer Seite angestrebt hatte.

Allein in Bezug auf die Schule wurde das Wünschenswerthe nicht erreicht. Es richteten deshalb 18 Mitglieder aus beiden Kammern des Landtages, an deren Spitze der Herzog von Ratibor, die Bitte an den Cultusminister, daß doch wenigstens für die Bearbeitung aller das katholische Elementarschulwesen betreffenden Angelegenheiten ein katholischer Rath in der Unterrichtsabtheilung des Ministeriums angestellt werde. Aber ihr Gesuch blieb ohne jede Antwort, auch dann, als einen Monat später eine zweite Anfrage an den Minister gerichtet worden war. Jetzt wandten sich die katholischen Abgeordneten mit einer Immediateingabe an den König, die dann endlich vom Minister kühl und selbst schroff beantwortet wurde. War schon dies für die Katholiken nicht sehr Vertrauen erweckend, so kamen bald noch bedenklichere Anzeichen zum Vorschein, als ob es der Regierung mit den gewährten und beschworenen Freiheiten der katholischen Kirche nicht ernst sei, als ob sie Schritt für Schritt ungeschehen machen wolle, was auf verfassungsmäßigem Wege den Katholiken gewährt worden war.

Es waren Bücher und Schriften veröffentlicht worden, welche auf die öffentliche Meinung einzuwirken bestimmt schienen. So das unter Benutzung der preußischen Ministerialacte herausgegebene Buch des Professors O. Mejer über die Propaganda, welches behauptete, man dürfe in einem überwiegend protestantischen Staate den Katholiken nicht gerecht werden, weil die Gewährung ihres Rechtes zur Verkümmerung des Rechtes der Protestanten führen werde; oder die Schrift des Superintendenten Eichler in Raudten, die beweisen wollte, kein wohlgeordneter protestantischer Staat dürfe in seiner Mitte die katholische Kirche nach ihren Gesetzen leben lassen; dann wieder die Zuschrift des protestantischen Oberkirchenrathes an die Geistlichkeit der Provinz Preußen „gegen das Treiben der Jesuiten“ und ein sehr aufreizendes Ausschreiben des Superintendenten Hahn. Nun verlautete auch, daß die Regierung in diesem Sinne Schritte zu thun beabsichtige. Eine Woche vor jener unhöflichen Abfertigung des Herzogs von Ratibor durch den Minister war (22. Mai 1852) ein Erlaß an alle Oberpräsidenten ergangen, unterschrieben von den Ministern des Cultus (v. Raumer) und des Innern (v. Westphalen), worin für die unter den Katholiken üblichen Volksmissionen „fortwährende genaue Beaufsichtigung“ der Predigten wie des Verhaltens der Missionäre eingeschärft wurde. Die Abhaltung solcher Missionen sollte für katholische Gemeinden, welche mitten in rein evangelischen Provinzen zerstreut liegen, überhaupt verboten sein, im übrigen wurde amtliches Einschreiten und Ausweisung der Missionäre überall da gewünscht, „wo irgend eine bedenkliche und zu anderweitigen, die öffentliche Ruhe gefährdenden Auftritten führende Aufregung“ hervorgerufen werde. Das übrige war für die Beamten zwischen den Zeilen zu lesen. Richtete sich schon dieser Erlaß direct gegen das Wirken der Jesuiten, die nach ihrer Vertreibung aus der Schweiz (1847) begonnen hatten, an vielen Orten Deutschlands Volksmissionen abzuhalten, so folgte bald ein zweiter Vorstoß gegen diese, indem durch eine Verfügung vom 16. Juli, allerdings zunächst nur für den einzelnen Fall, doch in einer auf alle Fälle ausdehnbaren Weise, der Besuch des Collegium Germanicum in Rom für preußische Unterthanen untersagt wurde. Es handelte sich jedoch hier nicht um eine vereinzelte Gehässigkeit gegen einen besonders mißliebigen religiösen Orden, sondern um ein erstes Attentat auf den Artikel 12 der vor zwei Jahren feierlich beschworenen Verfassung: „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet.“

Ein Sturm der Erregung ging daher durch die katholischen Kreise, als diese Erlasse bekannt wurden, und man sah sich nach Männern um, die Muth und Fähigkeit genug hatten, im Hause der Abgeordneten die Stimme des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Wirklich ging eine über-

raschend große Zahl entschiedener Katholiken diesmal aus der Wahlurne hervor. In Paderborn war Hermann v. Mallinckrodt als Candidat aufgestellt worden, allein er unterlag.

„Daß man mich in Paderborn auf den Wahlzettel gebracht hat," schreibt er, „hat mir wohl einiges Vergnügen gemacht, allein das schließt nicht aus, daß ich mich als Besiegter viel behaglicher fühle, als dies beim Siege der Fall sein würde. Es muß ein miserabler Spaß sein, als Mitglied der ultramontanen Minorität und obendrein als Verwaltungsbeamter in der Kammer zu sitzen. Was das Stimmen betrifft, so wird Schmidt [1] im wesentlichen ebenso und in der Grundsteuerfrage vielleicht noch günstiger für die Provinz stimmen als ich, und was das übrige angeht, so wird es nach dem Ausfalle der Wahlen der Partei schwerlich an rüstigen Kämpen fehlen."

Körperlich unwohl und mit den Landrathsaussichten für Nordhausen eben jetzt in der Schwebe, mußte ein Kammermandat in diesem Augenblick ihm ungelegen sein. Ohnehin hatte gerade bei diesem Wahlkampf die Wahlbeeinflussung von seiten der Regierung ihn stark angewidert und ihm die Lust verdorben. In seinem ganzen Regierungsbezirk waren nur Regierungscandidaten durchgegangen: ein Präsident, ein Geheimer Regierungsrath, vier Landräthe und ein Bürgermeister. „Im Streben nach unabhängigen und in kirchlicher Beziehung vorurtheilsfreien Leuten" hatte Hermann selbst in Erfurt die katholischen Gesinnungsgenossen vermocht, einen eigenen Candidaten aufzustellen. Es war ein Oberstlieutenant a. D., Gemeinderath und designirter Schöffe, evangelischer Kirchenrath und vollständig conservativ, hatte also nichts, was die Regierung irgend hätte beunruhigen können.

„Trotzdem", schreibt er, „ist ein wahrhaft leidenschaftlicher Krieg geführt und nicht einmal überall mit lobenswerthen Waffen gekämpft worden", nur deshalb, weil der Oberpräsident einen andern Candidaten gutgeheißen hatte. Der Oberstlieutenant erhielt etwas über 120 Stimmen. Dazu schreibt Hermann: „Es soll mich gar nicht wundern, wenn ich gelegentlich als Oppositionsmann angezeigt werde. Item aber — ich denke, wenn man Wahlmann ist, muß man auch das Recht zum Wählen haben. — Uebrigens danke ich meinem Schöpfer, daß die Geschichte vorbei ist."

Aber noch war sie nicht vorbei. Es mußten an mehreren Orten Nachwahlen stattfinden, und wenige Tage nachdem er die obigen Worte niedergeschrieben, kam ein Brief von dem ihm befreundeten Oberpräsidialrath Linhoff in Münster, der im Auftrag seines Oberpräsidenten, des Staatsministers a. D. Dr. v. Duesberg, über die Bereitwilligkeit zur Annahme des Mandats für Beckum-Ahaus bei ihm anfragte. Zugleich wies ihn Linhoff aber darauf hin, zu überlegen, in welche Verlegenheiten er etwa als katholischer Verwaltungsbeamter wegen seiner Abstimmungen gerathen könne.

[1] Kreisgerichtsrath Schmidt war in Paderborn gewählt worden.

Es waren nämlich diese Wahlen von einem ganz ähnlichen Interesse, wie für die Katholiken, so auch für die königl. Staatsregierung. Für das Ministerium war es eine Frage der Selbsterhaltung, in der Kammer eine conservative Majorität zu schaffen, und zwar wo möglich eine den Leitern des Ministeriums unbedingt ergebene. Die Oberpräsidenten waren daher beauftragt, in den einzelnen Wahlkreisen geeignete Candidaten aufzustellen und ihre Wahl zu betreiben. Duesberg hatte in Erfurt bei du Vignau Hermann v. Mallinckrodt kennen gelernt und einen sehr vortheilhaften Eindruck von ihm gewonnen. Streng conservativ und regierungsfreundlich aus Ueberzeugung, dabei schon als Verwaltungsbeamter zu einer gewissen Reserve genöthigt, war dieser als Candidat ebenso annehmbar für die Regierung, wie er es war als geborener Westfale und entschiedener Katholik für seinen Wahlkreis. Hermann antwortete auf die Anfrage wie folgt:

Erfurt, den 11. November 1852.

Mein lieber Linhoff!

Sie werden der Versicherung, daß es mir ein recht behagliches Gefühl war, in Paderborn nicht durchgekommen, sondern durchgefallen zu sein, gern Glauben schenken.

Ich suche und verlange durchaus nach keinem Sitze in der Kammer, aber gerade weil ich das nicht thue und weil ich fühle, welche schwere Verantwortung und Last an das Mandat geknüpft sind, darum erkläre ich ganz unumwunden, daß ich ein solches, wo es von gesinnungsgleichen Wählern geboten wird, nicht ablehnen werde. Dabei erkenne ich vollständig, daß ein katholischer Verwaltungsbeamter wegen seiner Abstimmung leicht in Verlegenheit gerathen kann, finde auch in diesem Umstande einen gewichtigen Grund für die Wahlmänner, derartige Wahlen thunlichst zu vermeiden; für den Gewählten aber — falls ihn nicht seine Verhältnisse zur Ablehnung der Wahl zwingen und berechtigen — folgt daraus nur die Verpflichtung, um so gewissenhafter zu handeln und bei Beobachtung jeder Rücksicht in der Form, in der Sache selbst jede Rücksicht auf die eigene Person auszuschließen. Weiterer Aeußerung werden Sie nicht bedürfen, lieber Freund, da Sie im übrigen meine Ansichten längst kennen.

Dem Herrn Oberpräsidenten v. Duesberg bitte ich mich unter Versicherung meiner aufrichtigen Verehrung zu empfehlen.

Mit herzlichem Gruße — Gott befohlen!

Ihr treu ergebener

v. Mallinckrodt.

Am 29. November 1852 wurde durch den Ministerpräsidenten v. Manteuffel die Session des Landtages eröffnet, mit welcher die dritte Legislaturperiode begann. Am Abend des folgenden Tages traten 63 katholische Mitglieder der „Zweiten Kammer" unter Führung der beiden Reichensperger zu einer eigenen geschlossenen Partei unter dem Namen „Katholische Fraction" zusammen zur Wahrung der Rechte und Freiheiten der Kirche. Unter ihnen war Hermann v. Mallinckrodt. Ein besonderes Programm wurde nicht aufgestellt, aber Vorberathungen und Geschäftsführung innerhalb der Fraction

durch Statuten geregelt und für die Leitung der Geschäfte ein Vorstand von sieben Mitgliedern erwählt, unter welchen sich neben den beiden Reichensperger, Osterrath und Rohden auch Wilderich v. Ketteler, Graf Joseph Stolberg und Freiherr v. Waldbott-Bornheim-Bassenheim befanden.

„In Anbetracht, daß alle menschlichen Bestrebungen ohne den Gnadenbeistand Gottes nichts vermögen," berichtete dazu die ‚Deutsche Volkshalle', „der Herr des Himmels aber auch durch schwache Werkzeuge Großes wirken kann, ist man übereingekommen, daß alle Samstage von einem der geistlichen Abgeordneten zur Ehre der allerseligsten Jungfrau das heilige Opfer dargebracht werden soll, dem die übrigen katholischen Abgeordneten beiwohnen werden, um die Fürbitte derjenigen, welche die Hilfe der Christenheit und die Schutzpatronin aller christlichen Kämpfer ist, anzuflehen."

Das katholische Volk konnte mit Befriedigung hinblicken auf den Verein von Männern, der vor dem ganzen Lande seine heiligsten Interessen vertreten sollte. Der Kern der Fraction bestand aus der „großdeutschen Partei" des Frankfurter und Erfurter Parlamentes und den muthigen katholischen Kämpen aus den beiden ersten Legislaturperioden des preußischen Landtages. An diese hatten sich andere Männer angeschlossen, hervorragend als tüchtige Beamte, als unabhängige Charaktere, als angesehene Vertreter der katholischen Aristokratie. Die beiden Reichensperger, schon seit dem Frankfurter Vorparlament in der Oeffentlichkeit hervorgetreten, besaßen neben literarischem und gelehrtem Rufe bereits eine ruhmreiche politische Vergangenheit und parlamentarische Erfahrung, zugleich mit der Gabe hervorragender Beredsamkeit, die sie jeder Partei hätte zur Zierde gereichen lassen. Auch Osterrath und Rohden waren bereits als tüchtige Parlamentarier bewährt, wie anerkannt als fähige Beamte. Freiherr v. Waldbott-Bornheim-Bassenheim hatte sich als Vorsitzender des rheinischen Provinziallandtages in ausgezeichneter Weise hervorgethan, einerseits durch die gewandte und tactvolle Art der Geschäftsleitung, andererseits durch die Festigkeit, mit welcher er beim letzten Provinziallandtag, ungeachtet aller Abmahnungen des Regierungscommissarius, die kirchliche Frage auf die Tagesordnung gebracht hatte. Graf Stolberg und Freiherr v. Ketteler waren theils als Abgeordnete in der Kammer, theils durch ihre Thätigkeit für den Piusverein und auf den Generalversammlungen des katholischen Vereins Deutschlands weithin bekannt und ihre Namen allen deutschen Katholiken werth und theuer geworden.

Richtig hat es in der Sitzung vom 12. Februar 1853 Freiherr v. Waldbott festgestellt, daß diese Fraction „zusammengedrängt wurde durch den Willen ihrer Wähler", und daß die, welche sie hierherschickten, zwei Fünftel der Bevölkerung der Monarchie waren, welche die schwebende Frage über die Freiheit ihrer Kirche für eine wahre Lebensfrage des Vaterlandes hielten. Diese Fraction sei eigentlich nichts anderes „als eine Versammlung

von Menschen, die jede, nach den einzelnen Lebensstellungen manchem fremde, Frage besprechen, dann aber in allen nicht specifisch katholischen Fragen, als worüber sich jeder klar ist, es jedem überlassen, nach der Ueberzeugung, die er gewonnen, sein Ja oder Nein in die Wagschale zu legen". Trotzdem erhob sich ein Sturm der Entrüstung gegen diese Gründung einer confessionellen Fraction in der Kammer und gegen das, was man sophistisch eine Vermischung der Religion mit der Politik nannte, und jahrelang wurde kein Kunstgriff unversucht gelassen, die Fraction zu sprengen.

Abgesehen von bloßen Namenskatholiken, blieben manche sonst aufrichtige Mitglieder der katholischen Kirche der Fraction fern und begnügten sich, in specifisch religiösen Fragen mit ihr zu stimmen. Katholische Männer von angesehener Stellung, wie der Geheime Justiz- und Appellationsgerichtsrath Blömer, Abgeordneter für Malmedy, und Franz Egon, Graf von Fürstenberg-Stammheim, ließen sich sogar verleiten, im Leiborgan des Ministeriums Briefe zu veröffentlichen, worin sie die Bildung der Fraction, „die confessionelle Sonderstellung der katholischen Mitglieder der Zweiten Kammer dem ganzen übrigen nicht katholischen Theil dieser Kammer gegenüber" mißbilligten und beklagten, und die Vertheilung der katholischen Abgeordneten unter die übrigen Fractionen wünschten. Es fehlte nicht an tendenziösen Nachrichten von innerem Zwiespalt und baldiger Auflösung der Fraction, die von Zeit zu Zeit immer wieder sich erneuerten. Auch das Ansehen der römischen Curie wurde zu Hilfe genommen und Gerüchte ausgestreut über Mißbilligung oder Warnung, die von dort ausgegangen sei. Aussichten auf Errichtung einer Apostolischen Nuntiatur in Berlin, welche in nächster Zeit verwirklicht werden sollten und deren Verwirklichung angeblich nur von der Klugheit und Mäßigung der preußischen Katholiken abhängen sollte, wurden trügerisch eröffnet. Auch die Regierung zeigte sich über die Errichtung der Fraction sehr wenig befriedigt, eine Deputation der Fraction an den Ministerpräsidenten v. Manteuffel fand kühlen Empfang und war völlig ohne Ergebniß.

Hermann v. Mallinckrodt war sich über seine Lage völlig klar. „Was das Ministerium dazu sagt?" schrieb er schon 8. December 1852, „ich werde wohl keinen Pour-le-Mérite erbeuten"; und noch am gleichen Tage: „Was das Ministerium von uns denkt, weiß ich nicht; daß ich aber nicht Landrath in Nordhausen werde, das glaube ich zu wissen und freue mich dessen." In der gleichen Erkenntniß bot ihm schon jetzt der Geheime Regierungsrath Delius zu einer Versetzung als Steuerdepartementsrath nach Koblenz seine Hilfe an „mit Rücksicht auf die Politiklosigkeit solcher Stellung". Doch das sagte Hermann nicht zu.

Einstweilen war er zu sehr von der Gegenwart in Anspruch genommen, um sich über die Zukunft viele Sorgen zu machen. Zwar fand er die Kammersitzungen „meist höchst langweilig". In der „Abtheilung" war es

besser; am meisten aber spannten aus verschiedenen Gründen die Fractionssitzungen. Das Feierlich-Komischste dünkte dabei den angehenden Parlamentarier, wenn Gesandtschaften der anderen Fractionen erschienen, um dies oder jenes anzutragen. Im ganzen war er vom Morgen bis zum Abend fast ununterbrochen in Thätigkeit und fand nicht die mindeste Muße. „Wenn auf 7stündige Kammersitzungen 3—4stündige Fractionssitzungen folgen, so ist die Müdigkeit begreiflich."

Da er eine passende Wohnung noch nicht hatte finden können, wohnte er anfangs in Meinhardts Hotel; aber es war vom ersten Tag an ausgemacht, daß er die Wohnung nehmen werde zugleich mit einem lieben Jugendfreunde, den er gleichfalls als Abgeordneten hier wiedergefunden hatte, Dr. Joseph Lingens aus Aachen, „Lingens, an dem wir allgemein unser Wohlgefallen haben".

Die Schwierigkeiten, mit denen die neue Fraction zu ringen hatte, waren beträchtlich, und die Hauptschwierigkeiten waren im Innern. Nur dann konnte sie als Partei eine Macht ausüben, wenn sie einig blieb. In diesem Falle aber hatte sie manchmal das Heft in der Hand, und beiden Hauptparteien mußte daran liegen, sie zu gewinnen oder doch nicht vollends ins Lager des Gegners zu treiben.

„Die Stellung unserer Fraction in der Kammer", schreibt Hermann, „ist theils wegen der Zahl und mehr noch wegen der Stimmverhältnisse der anderen Parteien von Gewicht. Wir haben uns zunächst ein ganz selbständiges Auftreten, unabhängig vom Ministerium, von der Rechten und der Linken zur Aufgabe gestellt, dabei aber jedes Opponiren, um zu opponiren seiner selbst willen, — abgewiesen."

Aber diese Einigkeit herzustellen und zu erhalten war schwer. Die Fraction enthielt sehr verschiedene Elemente. Zwar fanden sich da ganz überwiegend conservative Elemente, allein im allgemeinen zeigten die rheinischen Abgeordneten im Durchschnitt etwas mehr Hinlehnung zu liberalen Ideen, als den Westfalen lieb war, die Trierer sogar etwas Neigung zur Opposition, Rohden nahm unter den Westfalen selbst eine Sonderstellung ein und hatte, wie man sagte, sein eigenes Fractiönchen. Das Schlimmste an der Sache war das gegenseitige Mißtrauen, indem die streng Conservativen geneigt waren, in den Liberaleren fast schon halbe Revolutionäre, umgekehrt jene, in den Conservativen der eigenen Partei selbstsüchtige Junker und eingefleischte Reactionäre zu sehen. So gab es bei politischen Fragen manchen Familienkrakehl, und es bedurfte beständig großer Mäßigung und Rücksicht von seiten der leitenden Persönlichkeiten. Wenn die Geister zu lebhaft wurden, dann traten die geistlichen Herren Trost, Krabbe oder Thissen auf und predigten sie zur Ruhe.

Dazu kam, daß an die einzelnen fast beständig Versuchungen zum Abfall herantraten.

„Wir haben manchmal das Heft in der Hand," so schildert Hermann im December 1852 ihre Lage, „man keilt rechts und keilt links und wünscht namentlich auf der rechten Seite den Keil in uns zu treiben und die Conservativsten zu gewinnen. Wir wissen aber, l'union fait la force, und wir wollen zunächst auf den eigenen Beinen stehen, unbekümmert um Rechte und Linke und um die Minister. Dazu kommt, daß wir zwar überwiegend conservative Elemente haben, und daß die bedeutenden Persönlichkeiten bis auf Rohden, der aber versöhnlicher Natur ist, sämmtlich dazu gehören, daß aber auch oppositionelle Elemente vorhanden sind, die von uns mit großer Schonung und Rücksicht behandelt werden, soweit es sich um mehr formelle als materielle Dinge handelt. Dies erfordert um so mehr, daß wir um der Einheit und festern Consolidation willen unsern eigenen Weg gehen und so das Mißtrauen zu vertilgen streben, welches uns von der oppositionellen Seite entgegentritt. Indem wir daher Bündnisse abweisen, trachten wir doch nach gutem Einvernehmen mit beiden Seiten des Hauses und nach allseitiger Billigkeit. Das Ziel einer selbständigen, würdigen und festen Haltung ist hoch, deshalb aber auch schwer zu erreichen; und so sehr wir alle das ‚Piepmeiern' hassen, so mag doch mitunter ein Schein gegen uns sein, wenigstens für den Anfang, solange die Principien nicht klar zu Tage liegen."

„Wer da nicht wie Stilites hartnäckig seinen Standpunkt festhält," schreibt er ein Jahr später aus Berlin, „der versäuft im Wogendrange." Und wie ein Seufzer liest es sich in seinen Briefen wiederholt: „Man theilt mit gewaltigen Armen — den Strom verschiedenartiger Einflüsse, und — Gott hat Erbarmen." Hermann v. Mallinckrodt hatte ein Mittel gefunden, fest zu bleiben: „Ich meinerseits halte mich hier am täglichen Kirchgange," schreibt er 3. Februar 1853 an seinen Schwager; „das ist das Mittel, um sich von persönlichen Wünschen, Rücksichten u. s. w. frei zu erhalten, und dies ist wieder der einzige Standpunkt, welcher wahre Selbständigkeit möglich macht." Dr. Lingens erinnerte sich denn auch noch viele Jahre nach Mallinckrodts Tod an ihre gemeinsamen Gänge zur Hedwigskirche am Morgen im kalten Winter. Der protestantischen Hausfrau fielen diese nicht wenig auf, und eines Morgens, da es sehr kalt war, fragte sie die Herren, ob denn so früh schon Sitzung sei, daß sie bei dieser Kälte ausgingen. Sie war über die Maßen erstaunt, als sie hörte, daß die Herren jeden Morgen zur Kirche gingen, was sie selbst am Sonntag zu thun nicht in regelmäßiger Uebung hatte, und als ihr dabei die beiden Herren einen kleinen Unterricht über die Pflicht der Gottesverehrung ertheilten. Am folgenden Sonntag erschien die gute Frau in außergewöhnlichem Staat, im seidenen Kleid und erzählte den Herren, heute sei sie auch in der Kirche gewesen. Auch traf Lingens damals Mallinckrodt oft beschäftigt mit einem kleinen Büchlein, das ihm große Freude zu bereiten schien. Es war Overbergs Katechismus. „Ich kann mich gar nicht satt lesen daran," sagte er manchmal zu seinem Freunde, „wie kurz und verständlich und lehrreich das ist."

Die parlamentarische Thätigkeit bot Hermann von Anfang an ein lebhaftes Interesse, und jeder Bewegung, sei es der eigenen, sei es anderer Fractionen, folgte er mit gespannter Aufmerksamkeit. Auch die Art der Geschäftsordnung fesselte seinen Blick, und so kam es, daß er schon nach wenigen Jahren in Fragen der Geschäftsordnung, die geschickt zu lösen oft außerordentlich schwierig ist, häufig eingriff und ein bedeutendes Wort mitzureden gewohnt war. Namentlich soll es Dr. Simson, der so viele Jahre lang das Präsidium im Reichstag führte, gern gesehen haben, wenn Mallinckrodt zu diesen Fragen das Wort ergriff. Wiederholt warnte Hermann Außenstehende vor übereilter Beurtheilung der parlamentarischen Haltung der Fraction. „Das alles mag Dir zeigen," schrieb er unter anderm einmal nach längeren Mittheilungen, „daß der Fernstehende in seinen Beurtheilungen sehr vorsichtig sein muß. Um die Bewegung eines Rades zu begreifen, muß man das ganze Uhrwerk sehen." Dagegen verhielt er sich auch kühl gegenüber übertriebenen Lobpreisungen seiner Fraction, wie die erste Freude und Begeisterung des katholischen Volkes sie manchmal zu Tage förderte.

„Auf die poetischen Ergüsse Ihres berühmten Micus" [1], schrieb er Februar 1853 an einen Kaplan in Paderborn, „bin ich nicht sonderlich gespannt. Ueberhaupt sollte nicht so gewaltig viel Lärmens von der katholischen Fraction gemacht werden. Ihre Thaten sind bis jetzt sehr bescheiden, und am allerwenigsten geben wir Veranlassung, als Helden angesehen zu werden, es sei denn, daß Tabakrauchen auch schon Heldenmuth verräth."

Bald kam auch für Hermann die Zeit zu thätigem Eingreifen. Die Frage, welche in dieser an weittragenden Kämpfen und Gegensätzen reichen Session unstreitig die größte Bedeutung beanspruchte und die nachhaltigste Bewegung hervorrief, war die katholische Frage, deren auch noch in der Rede, womit der Landtag geschlossen wurde, ein besonderer Passus ausdrücklich gedachte. Die brennendste unter den Beschwerden der Katholiken war der neuerliche Angriff auf die kaum zugestandene Freiheit der Kirche durch die v. Raumer'schen Erlasse, welchen man laut als einen Rechtsfrevel und einen Verfassungsbruch bezeichnete, und der recht eigentlich zur Bildung der katholischen Fraction geführt hatte. In sehr geschickter Weise war der Antrag der Fraction auf Zurückziehung dieser Erlasse von Peter Reichensperger entworfen worden. Es wurde der Kammer vorgeschlagen, Se. Majestät zu *bitten*, zur Aufhebung der fraglichen Erlasse den Befehl zu geben. Reichensperger hatte auch durchgesetzt, daß der durch seine streng conservative, preußisch-patriotische Gesinnung bekannte, in aristokratischen Kreisen hochangesehene Freiherr v. Waldbott-Bornheim-Bassenheim, schon zweimal als

[1] Gymnasiallehrer in Paderborn.

erster Vicepräsident der zweiten Kammer gewählt, an erster Stelle den Antrag unterzeichnen und so demselben seinen Namen geben sollte. Außer der katholischen Fraction hatten 12 Polen und mehrere Katholiken aus anderen Parteien unterschrieben, so daß man im ganzen 88 Unterschriften zählte. Anfangs Januar ward der Antrag eingebracht, 10. Januar fand eine Versammlung protestantischer Abgeordneter aller Parteien statt, um dem gegenüber über die Stellungnahme zu berathen, 11. Januar erfolgte die Wahl einer Vierzehner-Commission, oder wie man damals sagte, des „Centralausschusses“ zur Prüfung des Antrages. Unter den drei Katholiken, die in die Commission gewählt wurden, war neben Peter Reichensperger auch Hermann v. Mallinckrodt. Der Wahl war ein großes Abtheilungsgefecht vorausgegangen, wobei Hermann in seiner Abtheilung während vierstündiger Debatte so stark im Feuer gewesen war, daß er noch den ganzen folgenden Tag die Müdigkeit fühlte. Die sieben Abtheilungen nämlich, in welche die preußische Zweite Kammer vom Tage ihres Zusammentrittes an sich zu ordnen pflegt, hatten in jenen ersten Zeiten des preußischen Parlamentarismus eine weit größere Bedeutung als jetzt. Sie erledigten damals die Wahlprüfungen ihrer Mitglieder und hatten dafür auch einen eigenen Referenten, welcher die Resultate vor das Haus brachte; sie nahmen Stellung zu den einzelnen Anträgen und wählten ganz selbständig die Mitglieder der Commissionen, hatten demgemäß auch ihre eigenen Berathungen und Debatten. „Nach dreimaliger Wahl bin ich dann auch durch gottesgerichtliches Loos in den Centralausschuß gerathen“, schrieb Hermann am folgenden Tage. Gleich nach der sehr hitzigen Debatte faßte ihn einer seiner Gegner von der Rechten in den Arm und gab ihm freundschaftliche Erklärungen darüber, daß er es eigentlich gar nicht übel mit den Katholiken meine. „Aber“, sagte er, „ich will Ihnen nur bekennen: vor den Jesuiten habe ich heillose Angst.“

Trotzdem war es schon jetzt sicher, daß die Jesuiten nicht vertrieben würden; auf der andern Seite bestand aber auch keine Aussicht, daß der Antrag siegen würde. Viele sonst ehrenwerthe Männer gaben in vertraulichen Unterredungen zu verstehen, daß sie die Beschwerde der Katholiken für begründet erachteten und die betreffenden Rescripte beklagten, daß aber ihre Stellung der Regierung gegenüber ihnen verbiete, den Antrag zu unterstützen; andere wiesen auf die Erregung hin, welche ein Sieg des katholischen Antrages bei der protestantischen Bevölkerung zur Folge haben würde, und auf die Gefahren für die Verhältnisse ihrer eigenen Fractionen. Das Ministerium seinerseits trat einen gedeckten Rückzug an. Das ministerielle Organ führte 16. Januar 1853 die Aufregung der katholischen Bevölkerung über die Erlasse auf Mißverständniß derselben zurück und bezeichnete außerdem jene lediglich als geheime Instructionen, die nur durch die Untreue eines Beamten bekannt geworden seien. In der Commission gab der Minister die be-

ruhigendsten Erklärungen ab, noch günstiger als wie sie in den gedruckten Commissionsbericht aufgenommen wurden, „die in dem Berichte nur beschränkt sind, weil man besorgte, es möchten zu weitgehende Folgerungen aus denselben gezogen werden". Man einigte sich sofort von beiden Seiten in principieller Hinsicht, so daß hinsichtlich der Selbständigkeit der Kirche einerseits und der möglichen Geltendmachung der polizeilichen Befugnisse der Staatsgewalt andererseits keine Meinungsverschiedenheit mehr bestand. Der Minister erklärte die Erlasse in einem so harmlosen Sinne, daß auch die Katholiken in solcher Auffassung dieselben als begründet und materiell richtig anerkannten.

„Was bleibt dann als specieller Streitgegenstand anders übrig," so faßt Hermann den Stand der Dinge zusammen, „als des Kaisers Bart, d. h. als ein Streit über deutsche Sprachlehre, darüber, ob in den fraglichen Erlassen das drin steht, was wir herausgelesen haben, oder ob es nicht drinsteht? Daß dergleichen aber nicht drinstehen sollte und dürfte, darüber sind alle einig. Man kann demnach mit Ovid sagen: ‚Die Berge kreißen, um eine Maus zu gebären.' Ob aber, wenn die Berge nicht gekreißt hätten, auch nur eine Maus zum Vorschein gekommen und selbige nicht zum Elephanten herangewachsen wäre — das ist eine andere Frage. Jedenfalls mögen die Katholischen sich jetzt mit der Gewißheit beruhigen, daß es bei der Maus bleibt. Ob wir mit dem Waldbott'schen Antrage durchfallen — und dies Schicksal ist ganz unausbleiblich —, thut so wenig zur Sache, daß ich im Gegentheil lieber durchfalle als durchkomme. Materiell sind die Erlasse bereits todt, zumal auch erklärt ist, es werde kein Paß zum Besuch des Collegii Germanici geweigert werden, sobald durch ein Zeugniß des Bischofs dessen Zustimmung dargethan sei. Bliebe uns auch formell der Sieg, so würde dadurch auf der Gegenseite eine uns nachtheilige heftige Gegenwirkung hervorgerufen, während man sich sonst im sanften Traume des Sieges freuen wird. Ebendeshalb brauchen die Katholiken sich über unsere formelle Niederlage auch gar nicht zu ereifern, und ich wünsche lebhaft, daß es nicht geschehe. Von diesem Standpunkt aus stellt sich somit die bevorstehende Debatte nur als eine Gelegenheit dar, allerhand auszusprechen und dem Herzen Luft zu machen. Gleichwohl wird je nach Umständen die Sache damit nicht abgethan sein, sondern von den katholischen Mitgliedern der Ersten Kammer wieder aufgenommen werden, um zu zeigen, wie enorm empfindlich wir in derartigen Dingen sind."

Der 12. Februar brachte endlich die große Waldbottschlacht. Hermann, obgleich er schon vorher wiederholt und nicht unrühmlich im Plenum gesprochen hatte, war diesmal nicht unter den Rednern. Aber neben den beiden Reichensperger traten seine nächsten Freunde, v. Ketteler, Stolberg und Lingens auf die Rednerbühne. Die Sitzung hatte von morgens 10 Uhr bis abends 6¾ Uhr gedauert, als mit 175 gegen 123 Stimmen der Antrag Waldbott abgelehnt wurde. Mit den Katholiken hatte die liberale Partei gestimmt und durch ihre besten Redner sie unterstützt.

Trotz der Niederlage war die Debatte ein moralischer Sieg und kam der katholischen Fraction eben sehr zu statten; denn bedenkliche Zwiste, in die Mallinckrodt ganz besonders verwickelt war, hatten die Geister aufgeregt.

„Zuletzt hat aber", schreibt er, „unsere friedfertige und doch feste Ruhe einen, wie mir scheint, ziemlich eclatanten Sieg über die Erregtheit der andern Seite davongetragen, indem die Häupter der Mitte sich erhoben und die Krakehler scharf auf den Mund schlugen. Seit der Einstimmigkeit in der Kammerperiodicitätsfrage und der achtstündigen Waldbottschlacht scheint aber die Sonne des Friedens wieder, und der Himmel wird schon weiterhelfen."

Die nächste praktische Folgerung, die Hermann aus dieser Debatte zog, war, daß er vier Wochen später, mit Darangabe seiner verschiedenartigen für die Osterferien schon gefaßten Reisepläne, nach Dortmund reiste, wo eben eine Volksmission bevorstand. Er wollte selbst einmal einer Jesuitenmission beiwohnen und namentlich auch P. Roh predigen hören, nachdem diese Missionen soviel von sich reden gemacht und selbst Herrn v. Gerlach, dem Bannerträger der Kreuzzeitungspartei, als Berichterstatter über den Waldbott'schen Antrag so hohes Lob abgenöthigt hatten.

Inmitten der Erregung über den Waldbott'schen Antrag war noch eine andere katholische Frage in Fluß gekommen, die auf Jahre hinaus die Fraction und namentlich auch Hermann viel beschäftigen sollte. Der Artikel 15 der Verfassung vom 31. Januar 1850 hatte festgesetzt: „Die evangelische und römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt im Besitze und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds." Um die Ausführung dieses Artikels bei der protestantischen Landeskirche möglich zu machen, wurde ein „Evangelischer Oberkirchenrath" bald nach Erlaß der Verfassung eingesetzt und Anfang 1851 aus Staatsmitteln dotirt. Dieser veröffentlichte kurz darauf eine umfassende Denkschrift, worin mit völliger Verkennung des historischen wie des rechtlichen Bodens, auf welchem in Preußen die beiden Confessionen nebeneinander bestehen, der Nachweis versucht wurde, daß der preußische Staat auch jetzt noch ein eigentlich „evangelischer Staat", die Landeskirche mit Königshaus und Staat unzertrennlich verwachsen, daß eine völlige Trennung undenkbar sei". Den Katholiken in den altpreußischen Staaten sei unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. nur an einzelnen Orten katholischer Gottesdienst gestattet gewesen, und erst durch das allgemeine Landrecht, die Bundesacte von 1815 und das königl. Patent von 1847 seien ihnen weitere Berechtigungen eingeräumt worden. In den neu hinzugekommenen katholischen Landestheilen habe man allerdings die katholische Kirche in ihren vorgefundenen Rechten aufrecht erhalten. Die evangelische Landeskirche hingegen sei ein integrirender Theil der gesammten Staats- und Landesverfassung. Bei dieser Kirche träten

nun in erheblichem Umfange Bedürfnisse hervor, die in der Denkschrift des nähern dargelegt werden. Man verlangte Abhilfe von der Regierung mit der Behauptung, daß dieselbe rechtlich zu einer solchen verpflichtet sei. Während für die katholische Kirche und ihre Bedürfnisse reichlich gesorgt sei — was ziffernmäßig nachgewiesen werden sollte —, erheische die Lage der evangelischen Landeskirche, um auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen, mindestens eine Vermehrung des jährlichen Zuschusses um 274 000 Thaler.

Die Regierung ging bereitwilligst ein auf das, was ihr so als rechtliche Leistung zugemuthet wurde. Gerade in der Zeit, welche der Waldbottdebatte unmittelbar vorherging, erschien der Voranschlag des Etats für 1853, in welchem 50 000 Thaler Zuschuß für die Landeskirche mehr angesetzt waren, zugleich auch eine Denkschrift des Ministeriums, in welcher von den verlangten 274 000 Thalern 210 000 als wirklich dringendes Bedürfniß anerkannt, für die fehlenden 64 000 auf die Zukunft vertröstet, und als Anfang der neuen Leistung die für das kommende Jahr angesetzten 50 000 Thaler zugestanden wurden. Die einzelnen Posten wie die Motivirung der Leistungen als einer Rechtspflicht des preußischen Staates waren aus der Schrift des Oberkirchenrathes einfach herübergenommen. Diese Rechtspflicht war wesentlich darauf zurückzuführen, daß mit dem Vermögen der in der Reformationszeit aufgehobenen Bisthümer auf den preußischen Landesherrn auch die kirchenregimentliche Autorität der Bischöfe und damit zugleich die Pflichten der Bischöfe zur Fürsorge und Erhaltung der Kirche übergegangen seien. Mit denselben Gründen der Denkschrift wurden dann auch in der Budgetcommission von den Vertretern der Regierung die neuen Posten im Etat vertheidigt.

Um der Sache mehr Nachdruck zu geben, wurde im gleichen Sinne, wenn auch in allgemeinerer Fassung, von den Abgeordneten Nöldechen und Stolberg-Wernigerode ein mit 94 Unterschriften versehener Antrag eingereicht, welcher gestützt auf die gleichen Gründe von der Staatsregierung verlangte, sie solle Mittel flüssig machen, um durch successive Erhöhung der Staatszuschüsse den Bedürfnissen der evangelischen Kirche abzuhelfen.

Diese Vorgänge und Erörterungen mußten wie ein Hohn klingen gegenüber den notorischen Rechtsbeeinträchtigungen, über welche die katholische Kirche in Preußen zu klagen hatte, und angesichts der großen Summen, die ohne jeden rechtlichen Anspruch alljährlich aus der gemeinsamen Staatskasse specifisch evangelischen Kirchenzwecken im In- und Ausland zuflossen. Wenn man auch von dem vergangenen Unrecht der Säcularisationen ganz absah und dieselben als zu Recht bestehend und unabänderlich voraussetzte, so war noch vieles von dem, was die Säcularisationsacte ausdrücklich der Kirche gelassen und völkerrechtliche Verträge ihr zugesichert hatten, ihr entzogen worden. Und doch war dieser Gnadenrest kärglich genug gewesen und betrug noch nicht den hundertsten Theil dessen, was der Kirche geraubt worden war.

Die Bulle De salute animarum vom August 1821, in der, wie auch in der darauffolgenden königl. Cabinetsordre, der König die Verpflichtung zur Dotirung der preußischen Bisthümer anerkannt hatte, war in wichtigen Punkten unausgeführt geblieben. Auch noch lange nach jenen Säcularisationen und selbst nach der Bulle De salute waren in den dreißiger Jahren ohne alles Recht sämmtliche Klöster in Westpreußen und Posen aufgehoben, das Vermögen zum Theil ohne weiteres eingezogen, zum Theil dafür eine jährliche Summe als bleibende Passivrente ausgeworfen worden, um für Kirchen- und Schulwesen (auch für evangelisches) verwendet zu werden. Aehnliche, theilweise noch umfangreichere dringende Bedürfnisse, wie bei der evangelischen Landeskirche, fanden sich auch auf Seite der Katholiken, denen freiwillige Zuschüsse von seiten der gemeinsamen Staatskasse nur in höchst kümmerlicher Weise gewährt wurden. Dazu kamen die Klagen über das Mißverhältniß in Ansehung der katholischen Seelsorge bei Staatsgefängnissen, Wohlthätigkeitsanstalten, Knappschaftsschulen, Militär u. s. w., endlich die schreiende Disparität im gesammten Schulwesen.

Die Katholiken, welche im paritätischen Preußen, wie es sich einmal historisch und rechtlich ausgewachsen hatte, den Protestanten als Staatsbürger gleichberechtigt gegenüberstanden, anerkannten nicht die Theorie vom „evangelischen Staate“. Sie verlangten, daß vor Bewilligung freier Zuschüsse den Rechtspflichten genügt werde. Rechtspflichten des Staates gegenüber der evangelischen Kirche, die seit der Reformation ihren Besitz theils ungestört behalten, theils reichliche Wiedererstattung für das Entzogene empfangen hatte, gab es nicht, wohl aber gegenüber der katholischen Kirche. Wollte man aber doch einmal aus der gemeinsamen Staatskasse freiwillige Zuschüsse machen, so verlangte man von katholischer Seite, daß gleichmäßig die Bedürfnisse beider Kirchen berücksichtigt würden. Fast gleichzeitig mit dem Voranschlag für den Etat von 1853 und der Denkschrift des Ministeriums war von katholischer Seite eine „Beleuchtung der Denkschrift des evangelischen Oberkirchenrathes betreffend die Vermehrung der Dotation der evangelischen Kirche in Preußen vom Standpunkte des Rechts und der Parität“ erschienen, und dem Antrage Nöldechen stellte die katholische Fraction einen selbständigen, ausführlich begründeten Antrag entgegen mit 92 Unterschriften, der von dem Antragsteller, Regierungsrath Otto aus Düsseldorf, den Namen trägt. Der Antrag verlangte, daß die 1821 feierlich übernommene Rechtspflicht des Staates zur Ausstattung der Bisthümer endlich ganz erfüllt werde, daß eine Nachweisung und Sonderung der Rechtsansprüche der beiden Kirchen und der Erfüllung derselben durch den Staat demnächst vorgelegt, endlich daß bei freiwilligen Zuschüssen zu Cultuszwecken Parität und Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse beider Kirchen gehandhabt werden solle.

Nach einer Reihe von Wochen erschienen nun, wahrscheinlich von seiten des evangelischen Oberkirchenrathes, „Bemerkungen zum Antrag Otto und

Genossen", welche unter eine ausgewählte Zahl von protestantischen Abgeordneten vertheilt wurden. Die katholische Fraction antwortete darauf mit „Glossen zu den Bemerkungen", die an alle Abgeordneten beider Kammern verabreicht wurden. Darüber war aber das Ende der Session nahe gekommen, der Antrag Otto kam nicht mehr zur Berathung. Doch fand sich bei Berathung des Cultusetats Gelegenheit, wenigstens das Princip des Otto'schen Antrages zur Geltung zu bringen und in glänzenden Reden auf die katholischen Forderungen hinzuweisen. Allein alle Amendements Otto's und Reichenspergers wurden abgelehnt, die 50 000 Thaler neuer Zuschüsse mit 190 gegen 100 Stimmen bewilligt und überdies noch mehrere kleinere Summen für Dotirung protestantischer Pfarreien zugestanden. Es waren großartige, von der katholischen Fraction glänzend geführte Debatten, und auch in der Ersten Kammer hatten elf Mitglieder die Bewilligung der neuen Zuschüsse verweigert und ihre Weigerung vortrefflich begründet.

Mallinckrodt, der in den nächstfolgenden Jahren gerade in dieser Frage sich die größten Verdienste erworben hat, ergriff in der Debatte niemals das Wort. Erst bei der Besprechung des Unterrichtsetats, bei dem dritten großen Vorstoß der katholischen Phalanx, kämpfte er an Otto's Seite. Otto als Correferent zum Unterrichtsetat hatte in seinem Bericht eine „Welt von Disparität" aufgedeckt, zugleich eine vielfache, widerrechtliche Entwendung katholischer Schulfonds zu fremden Zwecken. Von zwanzig Anträgen, in die Otto seine Resultate zusammengefaßt hatte, kam nur der erste, der über die Universität Breslau, zur Verhandlung. Das übrige wurde für die nächste Session verspart. Hierzu ergriff in der 67. Sitzung am 7. Mai auch Hermann das Wort zu langer und denkwürdiger Rede, der ersten, die er in einer das kirchliche Gebiet berührenden Frage gehalten hat. Es handelte sich um Anstellung eines katholischen Geschichtsprofessors an der Universität Breslau. Gleich zu Anfang übte der Redner eine zwar rein sachliche, aber schonungslose und scharfe Kritik der vom Minister vorher gethanen Aeußerungen, so daß die Kühnheit des jungen Assessors gegenüber dem Staatsminister etwas Erstaunen erweckt. Dann bekämpfte er die Anschauung, welche das confessionelle Element aus dem höhern Unterricht ganz verdrängt haben möchte, weil nach ihm, wer den confessionellen Standpunkt verlasse, auch den positiven verlasse und mit dem Indifferentismus schon der erste Schritt zur Negation gethan sei. Eine Stelle dieser Rede hat Hermann damals eine gewisse Berühmtheit verschafft, indem sie nicht nur im Parlament mit Gelächter aufgenommen, sondern auch in der Presse als Gegenstand des Witzes behandelt wurde:

„Man kann nicht sagen," so führte er aus, „daß die Lebensanschauung, wenn jemand in das höhere Lebensalter tritt, mit einemmal eine über den Confessionen schwebende, ganz universelle würde. Der confessionelle Boden ist die Basis, auf der jeder steht und von der er das gesammte Leben überschaut. Es gibt allerdings

Verhältnisse, die nicht confessioneller Natur sind, allein durch den Hinweis auf dieselben wird nichts gegen meine Behauptung bewiesen. . . . Sie werden mir auch andererseits zugeben, daß Steine meißeln nicht confessionell ist. Wenn Sie aber die Gebäude ansehen, die aus den Steinen entstanden sind, so tritt gar häufig doch der confessionelle Charakter sehr lebhaft hervor. Sehen Sie die verschiedenen Städte nach ihrer äußern Erscheinung an, so werden Sie nicht selten daraus entnehmen können, ob die Bewohner derselben der oder jener Confession, der oder jener geistigen Richtung angehören oder angehört haben. Um auf ein naheliegendes Beispiel hinzudeuten, was hat denn Potsdam für einen Charakter seiner Bauart nach? Tragen nicht viele Gebäude das Gepräge der ungläubigen Richtung, welche zur Zeit ihrer Erbauung herrschend war? Ich dächte, das trete bei jedem Blick hervor. Sehen Sie doch nur, wenn Sie über die Brücke gehen, das Schloß und dessen Umgebung an . . ."

Die letzten Sätze waren durch Hohnlachen wiederholt unterbrochen worden und das Wort von den „ungläubigen Bauten" machte die Runde durch die Zeitungen und wurde aufgezählt unter den „Abnormitäten" und „seltsamen Kundgebungen", welche diese Session zu Tage gefördert habe. Und doch hatte Hermann v. Mallinckrodt wahr geredet.

Mit der Erledigung des Unterrichtsetats hatte die katholische Fraction ihre Hauptaufgabe für dieses Jahr beendet. Aber im Hinblick auf Belehrung des katholischen Volkes und in Voraussicht ähnlicher Kämpfe für die Zukunft ließ sie den stenographischen Bericht von der Waldbottschlacht nebst den wichtigsten Documenten, auch dem Antrag Otto's und Röldechens und der Denkschrift des Ministeriums über die weiteren Zuschüsse für die evangelische Kirche in besonderem Abdruck erscheinen. Beigegeben war eine „Statistische Uebersicht der Kirchen- und Schulverhältnisse des Delegaturbezirks der Provinzen Brandenburg und Pommern pro 1852", welche eine schreiende Nothlage der Katholiken in diesen Provinzen zur Anschauung brachte. Dieser Bericht[1], in Paderborn erschienen, war für die katholische Sache von Wichtigkeit, indem er Anfang und Anstoß war zu einer Reihe ähnlicher Schriften, die jetzt Jahr für Jahr, zuerst vom Regierungsrath Otto in Düsseldorf, später von A. Reichensperger, zur Aufklärung des Volkes über die Kammerverhandlungen der verflossenen Sessionen veröffentlicht wurden. Von wem der Gedanke zu dieser Schrift zuerst ausging, ist ungewiß; sicher aber, daß Hermann v. Mallinckrodt der Sache nahe stand, indem das Schlußwort von 9 Octavseiten, das die Resultate der Waldbott'schen Debatte zusammenfaßt, aus seiner Feder stammt. Abgesehen von einigen öffentlichen Erklärungen ist es der einzige schriftstellerische Versuch, der von ihm bekannt ist. So groß seine Gewandtheit war im Reden, von Publicistik und Schrift-

[1] Die Ministerialerlasse vom 22. Mai und 16. Juli 1852 in der Zweiten Kammer. Paderborn, F. Schöningh, 1853.

stellerei hielt eine eigenthümliche Scheu ihn zurück. Selbst wenn er später in den Zeiten des Culturkampfes gern etwas in die Blätter gebracht sehen wollte, schrieb er es meistens nicht selbst, sondern wandte sich an Publicisten von Profession.

„Ich glaube, der Geist möchte zwar willig, aber das Fleisch sehr schwach sein," schrieb er in Bezug hierauf an seinen Schwager (Februar 1858). „Ich bin mir vollständig bewußt, daß ich zum Schriftstellern nicht geboren bin, am allerwenigsten, wenn es sich darum handelt, aus isolirter Stellung in irgend einem Winkel der Welt heraus Leuchtkugeln in die wissensdurstige Welt zu werfen. Ich weiß zu gut, was ich nicht weiß."

Auch in anderer Hinsicht ist das Schlußwort jenes Berichtes bemerkenswerth, vor allem wegen der günstigen Auffassung der damaligen Lage und Hoffnungen. Dankbar und freudig wird „die wesentlich vorurtheilsfreie Auffassung und Beurtheilung" hervorgehoben, welche bei nicht wenigen Abgeordneten evangelischen Bekenntnisses der Streitgegenstand gefunden habe im Gegensatz zu confessionellen Stimmungen, Besorgnissen und Antipathien, die allerdings noch bei anderen vorwiegen.

„Es liegt darin allein schon eine Art Ereigniß," schreibt der Verfasser, „denn es bekundet einen großen Fortschritt zu allgemeiner unbefangener Beurtheilung confessioneller Verhältnisse und berechtigt zu der Erwartung, daß es in der Folge nicht wieder der Theilung eines politischen Körpers in ein corpus Catholicorum und ein corpus Evangelicorum bedürfen wird, um den kirchlichen Rechten des einen und andern Theils Schutz zu sichern. Mehr aber noch als über diese erfreuliche Erscheinung haben die Katholiken Ursache, der Einmüthigkeit froh zu sein, welche sich in ihrer Mitte kundgegeben hat, wie weit auch sonst die Ansichten auseinanderweichen. Dieses hundertfache ‚Ja' der katholischen Landesvertreter in solcher Sache ist an und für sich schon von geschichtlicher Bedeutung. Es gibt Kunde, daß die Unterscheidung zwischen ultramontanen und aufgeklärten Katholiken bei uns aufgehört hat, eine Realität zu haben; es begründet das Vertrauen, daß der Standpunkt der ‚liberalen' Katholiken Frankreichs, Belgiens und Sardiniens für die Katholiken Preußens als ein glücklich überwundener angesehen werden darf; es hat ein lautes und weit hinausdringendes Zeugniß gegeben zu Ehren der am meisten und heftigsten angefeindeten Orden und Institute der heiligen Kirche; es wird endlich neu belebend und zu fernerem Mühen und Hoffen ermuthigend auf nahezu sieben Millionen Preußen zurückwirken.

„Unser vertrauensvolles Hoffen lehnt sich an den Geist und das Herz unseres Königs. Die Conflicte, welche aus den vorhandenen Gegensätzen hervorgehen, werden dort trotz aller Schwierigkeiten zuletzt befriedigende Lösung finden. Mit Vertrauen sehen daher die katholischen Unterthanen und deren Vertreter zunächst der Entscheidung entgegen, welche von höchster Stelle auf die noch unerledigte Beschwerde der preußischen Bischöfe ergehen wird, und mit Zuversicht hoffen sie, daß von dort aus die Mittel und Wege gefunden werden, welche geeignet sind, für die Zukunft ähnliche bedauerliche Verwicklungen zu vermeiden und die Aufrechthaltung jener

erleuchteten Grundsätze in der Behandlung katholisch-kirchlicher Angelegenheiten wieder sicherzustellen, welche nach dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelms IV. zum Heile des Landes befolgt worden sind."

So hatte er sich bis zum Ende der Session nach seiner Gewohnheit gewaltsam wieder herausgekämpft aus dem düstern Mißmuth, der ihn mitten in dem Drang der Verhandlungen 21. Februar hatte schreiben lassen: „Die Zukunft ist düster — warum sollte sie auch nicht düster sein? es scheint ja weder Sonne noch Mond hinein!"

Aber die confessionellen Beschwerden waren durchaus nicht die einzigen Fragen, welchen die katholische Fraction und mit ihr Hermann v. Mallinckrodt ihr Augenmerk widmeten. Bei allen Verhandlungen von einiger Bedeutung hat sie sich lebhaft bethätigt, und keine andere Fraction war in dieser ganzen Legislaturperiode in den Commissionen auch nur annähernd soviel betheiligt als gerade sie. Es waren noch drei Hauptfragen, welche in dieser Session Kammern und Volk in Spannung erhielten. Es handelte sich zunächst um eine mögliche Umgestaltung der Ersten und vielleicht auch der Zweiten Kammer, und um die Vorlagen des Ministeriums auf sechsjährige Legislaturperioden mit nur zweijähriger Einberufung der Kammern und einem Budget auf je zwei Jahre. Mit Hilfe der katholischen Fraction gelang es der liberalen Seite des Hauses, diese Vorlagen erst an eine Commission zu verweisen, dann sämmtliche zum Falle zu bringen. Mallinckrodt hat in diese Debatten nicht eingegriffen, wohl aber mit seiner Fraction im Sinne der Verfassung gestimmt. Um so reger war seine Betheiligung bei den anderen großen Angelegenheiten, die zur Verhandlung kamen.

Am meisten unter allen politischen Fragen der Session hatten die am 9. December 1852 aufs neue vorgelegten Gesetzentwürfe über Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen in den östlichen Provinzen und die den Betroffenen dafür zu gewährende Entschädigung die Parteien in Erregung versetzt. Das Gesetz war Nothwendigkeit geworden, nachdem die Verfassung alle „Privilegien" als aufgehoben erklärt hatte. Und doch verwarf es die Rechte als „Vermögensberaubung"; die Linke, weil sie keine Entschädigung leisten wollte; ein Theil der Rechten wiederum, weil die vorgeschlagene Entschädigung zu gering sei; die Städte, weil die neue Ordnung zu einer ungleichmäßigen Besteuerung zu ihren Ungunsten; die Ritterschaft, weil dieselbe für sie zu einer höhern Besteuerung führe als bisher. Mallinckrodt beschäftigte sich mehr mit den unmittelbar praktischen Folgen der Gesetzesvorlage, die er an sich billigte, und brachte ein Amendement ein, das einstweilen die harten Folgen und Verluste, die für die verschiedenen Kirchengemeinschaften daraus sich ergaben, bis zu weiterer Regelung abwenden sollten. Sein Amendement wurde 4. März abgelehnt, gab aber Anlaß zu einer hochinteressanten Debatte, in welcher er auch Gelegenheit fand, über das Verhältniß von Kirche

und Staat im paritätischen Preußen seine Ansicht zu entwickeln gegenüber der Theorie vom „evangelischen Staate". Bei dieser Debatte zeigte sich zum erstenmal ein Anklang von übereinstimmender Anschauung zwischen Mallinckrodt und dem ihm politisch damals noch fernstehenden v. Gerlach. Später sollte sich dies noch oft wiederholen, indem Hermanns Ausführungen bei Gerlach gewöhnlich günstige Aufnahme fanden. Auch diesmal wurde er von Gerlach warm unterstützt. Noch am gleichen Tage und in derselben Sache unterlag er mit einem Amendement zu Gunsten der überbürdeten westlichen Provinzen, in dem er verlangt hatte, daß ein Theil der Grundsteuern, die aus diesen Provinzen über das Verhältniß der übrigen Landestheile hinaus eingezogen würden, zu Provinzial- und Communalzwecken verwendet werden sollten. „Meine Herren," begann er seine Rede, „ich trete nicht mit der Gewißheit des Sieges hierher, sondern mit der der Niederlage, aber dies überhebt uns nicht der Verpflichtung, darauf zu dringen, daß unser Recht zur Anerkennung und zur Geltung komme."

Mußte er sich hier mit dem Ruhme begnügen, das Rechte angestrebt zu haben, ohne es zu erreichen, so lag das Feld seiner Erfolge und der Ehren, die er sich in dieser Session reichlich verdiente, auf dem Gebiete der vom Minister des Innern vorgelegten Gesetze über eine neue Kreis- und Provinzialordnung. Die nivellirende Gemeindeordnung von 1850 sollte aufgehoben werden; der Ministerpräsident v. Manteuffel selbst, der sie damals eingebracht und befürwortet hatte, bezeichnete sie jetzt als einen großen Irrthum, die Conservativen sahen sie an als gleichbedeutend mit der Revolution. Was jetzt Neues geboten wurde, war hauptsächlich die Einführung von kreisständischen Wahlkörpern für die Wahl der Abgeordneten zu den Provinzial-Landtagen, die Abstimmung auf den Landtagen nach Curien-Ständen und die Entscheidung des Königs, im Falle durch Uneinigkeit der Curien ein Beschluß des Provinzial-Landtags nicht zu stande kommen sollte. Während nun die conservative Rechte die neuen Vorlagen mit Jubel empfing und in ihrem Sinne Graf Stolberg-Wernigerode erklärte, die sechs östlichen Provinzen hätten auf dieselben gewartet „wie die Juden auf den Messias", wurden die Vorlagen von der liberalen Partei aufs heftigste bekämpft, und auch die katholische Fraction verhielt sich zu denselben ablehnend. In Bezug auf das Rheinland bestand kaum eine Meinungsverschiedenheit. Dort wünschten Abgeordnete und Volk Beibehaltung der Ordnung von 1850, und hier war auch Mallinckrodt nicht entgegen. Anders in Bezug auf Westfalen. Die protestantischen, bezw. liberalen Vertreter dieser Provinz, die „Constitutionellen par excellence", wie Mallinckrodt sie nennt, v. Vincke, Harkort und Genossen, wünschten Beibehaltung der Ordnung von 1850 um ihrer selbst und deren Uebereinstimmung mit ihren Parteibestrebungen willen. Die katholischen Abgeordneten fanden hingegen vieles daran zu tadeln, aber

die neuen Vorlagen des Ministers enthielten des Mißliebigen und Unbequemen noch mehr, und deshalb waren die meisten von ihnen geneigt, bei der alten Ordnung, als dem geringern Uebel, zu verbleiben. Mallinckrodt, Ketteler und Graf Joseph Stolberg dagegen verwarfen die Ordnung von 1850 grundsätzlich, sahen in der Vorlage des Ministers manche glückliche Ideen und Keime und hofften die Vorlagen im Lauf der Debatten so verbessern zu können, daß die Uebelstände beseitigt würden. Gelang dies nicht, so stand ihnen in der Schlußabstimmung noch immer frei, gegen die ganze Vorlage zu stimmen. Sie waren also entschlossen, hier dem Minister entgegenzukommen und mit der Regierung gemeinsam zu arbeiten. Damit setzten sie sich aber in Gegensatz zu der ganzen übrigen katholischen Fraction und zu allen übrigen westfälischen Abgeordneten und hatten in den Fractionssitzungen wie in den gesonderten Berathungen der Abgeordneten der Provinz und selbst in der Presse einen harten Stand.

„Theils die Vereinzelung," schrieb Hermann 2. Februar, „theils die erfolgten oder in Aussicht stehenden Zeitungsangriffe, theils aber, und namentlich, die Absicht, eine Position zu nehmen, von der aus die Vorlagen mit einiger Hoffnung auf Erfolg amendirt werden können, haben mich veranlaßt, auch in der Kammer das Wort zu begehren, und ich habe dann nach ernstlicher Prüfung und lediglich im Hinblick auf die Sache losgeschossen."

Dies waren die Umstände, unter denen er zum erstenmal im Plenum des Hauses auftrat in der 15. Sitzung 29. Januar 1853.

„Meine Herren! Ich befinde mich in der üblen Lage, daß ich mit meiner Ansicht sowohl unter meinen persönlichen Freunden, als unter den Abgeordneten aus meiner heimatlichen Provinz fast ganz vereinzelt stehe," so begann seine Rede, „meine Ueberzeugung steht indes fest, und ich finde gerade in der Vereinzelung für mich eine Aufforderung, meine Ansicht auszusprechen." Er verlangt unbedingte Abschaffung der Ordnung von 1850 für die östlichen Provinzen mit Berufung auf die Stimme der Bevölkerung, wie auf seine eigenen dort gesammelten Erfahrungen. Sie begreife in sich eine Läugnung des historischen Rechtes, vernichte den vorhandenen Rechtszustand, statt ihn zu entwickeln, und verwirre das Rechtsbewußtsein des Volkes, sie „bestärke die ebenso gefährliche als verkehrte Meinung, daß es eben nur eines Gesetzes bedürfe, um Recht zu machen".

Auf Westfalen übergehend prüft der Redner die Ordnung von 1850 auf ihren Inhalt. Sie ruht auf einer irrigen Grundlage. Man begegnet in ihr nirgends einer organischen, dem Leben entsprechenden, aus demselben hervorgegangenen Gestaltung. Der Staat ist aufgefaßt als eine Summe von Bezirken und Gemeinden, die Gemeinde als eine Summe von Individuen, und diese atomistische Zersplitterung in vereinzelte Individuen ist es, aus der hinwiederum die Vertretung der Gemeinde hervorgeht. Es ist dies aber

ein Fundament, das mit den Grundsätzen von 1789 in zu logischem Zusammenhange steht, als daß darauf die Staatsordnung mit Aussicht auf dauernden Erfolg gegründet werden könnte. Er wünscht allmähliche Beseitigung dieses geist- und leblosen Mechanismus durch einen gesunden Organismus, Wiedererweckung des corporativen Lebens in Innungen und kaufmännischen Corporationen u. s. w., das politische Zusammenschließen derjenigen, die ohnehin durch die Gleichartigkeit ihrer Stellung, ihres Berufes und ihrer Interessen in nächster Beziehung zu einander stehen. Die Gemeindeordnung soll daher mindestens so viel Licht und Luft gewähren, daß die vorhandenen Keime einer organischen Bildung sich entfalten und wachsen können. Dafür ist in der Ordnung von 1850 kein Raum, wohl aber gewähren die jetzigen Vorlagen der Regierung dafür die nothwendigen Ausgangspunkte durch ausdrückliche Scheidung von Stadt und Land und Gegenüberstellung von Gewerbe und Grundbesitz. Freilich enthalten sie noch große Mängel und Härten, berauben die „kleinen Leute" der Vertretung u. dgl., allein dies alles kann durch Mithilfe des Parlaments gebessert werden.

Die ganze Rede war eine klare, durchdachte und in ihrer Art fesselnde Darlegung der Sache, ohne Phrase, aber auch ohne rhetorischen Schwung, nur Klärung und Belehrung bezweckend, wie dies durchaus der Natur des Gegenstandes entsprach. Schon während er sprach, hatte der liberale Führer, der Abgeordnete v. Vincke, bekannt wegen seiner bösen Zunge und hier wie in vielem anderen der heftigste Gegner Mallinckrodts, über die etwas verlegene äußere Haltung des Redners spöttische Bemerkungen gemacht und beeilte sich auch, etwas höhnend auf die „naturwüchsige Rede" des Abgeordneten für Beckum zu antworten. Große Befriedigung hingegen hatte dieselbe beim Minister des Innern hervorgerufen, der schon bei der großen Debatte vom 1. Februar die ganze Auffassung Mallinckrodts adoptirte, ausgenommen nur dessen Zugeständniß für Beibehaltung der bestehenden Ordnung für die Rheinlande. Noch am Abend dieses Tages begegnete der Minister bei der Soiree im königl. Schloß dem Assessor v. Mallinckrodt und benützte dies, um ihn in der freundlichsten Weise zu versichern, daß seine Rede ihn „wahrhaft ergötzt habe".

„Man mag dahinter", so schrieb Mallinckrodt über seinen Standpunkt in dieser Sache an seinen Bruder, „aristokratische Motive suchen, aber mit Unrecht. Der eine Stand liegt mir genau ebenso sehr am Herzen wie der andere. Ich mißbillige jede einseitige Bevorzugung und rechne in dieser Beziehung auch auf Modificirung der Vorlagen, aber ich wünsche, daß alle zu Ehren kommen."

Mit der Aufhebung der Ordnung von 1850 traten nun aber die früheren Zustände, d. h. die Landgemeindeverfassungen in den sechs östlichen Provinzen, die Städteverfassung in Neupommern und Rügen, die Kreis- und Provinzialverfassungen in sämmtlichen Provinzen wieder in Kraft,

gerade wie sie vor der Verfassung bestanden hatten. Dadurch wäre nun ein jüdischer Rittergutsbesitzer des Rechtes der Theilnahme an den ständischen Versammlungen verlustig gegangen, während doch die Verfassung auch die Juden als gleichberechtigt mit den übrigen Unterthanen anerkannte. Durch einfache Abschaffung der Ordnung von 1850 machte man sich daher nach Mallinckrodts Auffassung einer Verletzung der Verfassung schuldig. „Ich beabsichtige", schreibt er an seinen Bruder, „morgen als Beschützer der verfassungsmäßigen, staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden zu debutiren. Ich bin des Erstaunens gewärtig und wundere mich selbst, — allein der Verfassungseid! Wenn mein Amendement fällt, stimme ich gegen die ganze Geschichte." Das Amendement, welches dahin ging, die Uebereinstimmung der neuen Maßnahme mit der Verfassung sicherzustellen, siegte am 4. Februar. „Ich bin bei diesem Antrage", erklärte er in der Kammer, „durch keinerlei andere Rücksicht, durch keinerlei Tendenz bestimmt worden als dadurch, daß ich die Verpflichtung habe, wie wir alle, die Zustimmung zu keinem Gesetze zu geben, welches mit der Verfassungsurkunde nicht im Einklang steht."

Seit dieser Zeit betheiligte sich Mallinckrodt immer lebhafter an den Verhandlungen im Plenum nicht nur durch Reden, sondern auch durch selbständige Anträge und Amendements. Oft blieb er Sieger, einmal befürwortete auch der Minister des Innern ein Amendement Mallinckrodt als wirkliche Verbesserung der vom Minister selbst eingebrachten Vorlage. Wiederholt erwarb er sich noch den Beifall und die Unterstützung v. Gerlachs, des Führers der äußersten Rechten, mußte sich aber freilich dafür auch gefallen lassen, durch den boshaften v. Vincke mit dem „Abgeordneten für Schievelbein" zusammengestellt und mit ihm gemeinsam kritisirt zu werden. Sein treuester Mitkämpfer in diesen Fragen war Wilderich v. Ketteler, der fast jedesmal die Amendements Mallinckrodts aufs wärmste unterstützte und gleicherweise in seinen Anträgen von ihm unterstützt wurde.

Sehr in die Augen fallend ist die große Kenntniß des Volks- und Gemeindelebens, die Mallinckrodt bei all diesen Verhandlungen an den Tag legte, wie z. B. bei Besprechung des Einzugs- und des Hausstandsgeldes und der gesammten städtischen Besteuerung, oder hinsichtlich der Beaufsichtigung der Städte durch den Landrath. Gerade diese seltene Sachkenntniß lenkte die Augen der Regierung auf ihn und machte ihn zu einem sehr nützlichen Mitgliede des Parlamentes, wie namentlich der Commissionen für diese Angelegenheiten. Als daher die übrigen Abgeordneten in die langersehnten Osterferien abziehen durften, mußte er zu weiteren Berathungen noch einen Tag länger in Berlin bleiben.

„Ich muß noch einen Tag länger hier bleiben," schreibt er an seinen Bruder, „um in Sachen der Gemeindeordnung mein diplomatisches Talent zu versuchen.

Denke Dir den Minister Westphalen als Landgraf von Thüringen, die vereinigten Herren v. Klützow und v. Holzbrink als Wolfram von Eschenbach, mich in Vertretung von etlichen Abgeordneten als Heinrich von Ofterdingen, das Ministerium als die Wartburg und die beiderseitigen heiseren und nicht heiseren Stimmen als Gesang — so hast Du die Wiederholung des berühmtesten Wettstreites, so auf deutscher Erde ausgefochten wurde."

In der 71. Sitzung (11. Mai 1853) erfocht Hermann einen letzten parlamentarischen Sieg, indem er unter lebhafter Unterstützung seines sonstigen Gegners v. Vincke ein Amendement wiederherstellte, welches das Herrenhaus ihm gestrichen, durch welches vorgesehen war, daß die größeren Städte nicht der Beaufsichtigung des Landrathes, sondern der entfernteren und weitherzigeren des Regierungscollegiums unterstellt werden sollten.

Mit Genugthuung konnte er auf die lange, bewegte Session zurückblicken, mit welcher er seine parlamentarische Laufbahn begonnen hatte. Der Zusammenstoß mit dem Cultusminister in der Paritätsfrage machte ihm ebenso wenig Sorge, wie sein offenes Hervorkehren des katholischen Standpunktes überhaupt. Auch in der Oeffentlichkeit war Hermann v. Mallinckrodt bekannt geworden, wenn auch noch nicht als hervorragender Redner, so doch als ungemein fähiger Parlamentarier und bedeutendes Mitglied der katholischen Partei. Als er unmittelbar nach Schluß der Session eine Erholungsreise nach seiner Art durch Pommern und Schlesien machte, schrieb man derselben sofort diplomatisch-ultramontane Zwecke zu, und in Erfurt hielten es die „Kreuzzeitüngler" für nothwendig, ihm zurückhaltend zu begegnen.

Um dieselbe Zeit wandte man sich an ihn um Rath und Beistand in einer die katholische Sache im gesammten Deutschland nahe berührenden Frage. Franz v. Florencourt stand eben im Begriff, die Redaction des ersten katholischen Blattes, der „Deutschen Volkshalle", zu übernehmen. Früher Chefredacteur des von der protestantischen mecklenburgischen Ritterschaft gegründeten „Norddeutschen Correspondenten", hatte er nach seinem Uebertritt zur katholischen Kirche vorübergehend auch an der Leitung der „Volkshalle" Antheil genommen und war dabei der enormen Schwierigkeiten des Unternehmens infolge von Parteizersplitterung und mangelhafter Organisation auf katholischer Seite lebhaft inne geworden. Jetzt für die Stelle des Chefredacteurs in Aussicht genommen, wandte er sich in seiner Noth auf Rath des Grafen Schmising-Kerssenbrock an Mallinckrodt, um dessen Meinung zu hören und für die eigenen Reformpläne dessen Unterstützung zu gewinnen. Von Mallinckrodts Hand finden sich am Briefe Florencourts einzelne Stellen besonders angezeichnet, manchmal auch mit Fragezeichen, z. B. wo politischen Opponenten im katholischen Lager niedrige Beweggründe unterschoben werden. Der gereizte Ton und der Ausdruck hohen und verletzten Selbstgefühles, die in den Ausführungen des damals sicher wohlmeinenden Convertiten zu Tage

treten, geben der ruhigen Besonnenheit und versöhnenden Haltung in Mallinckrodts Antwort einen besondern Werth; aber auch inhaltlich ist dieselbe von Bedeutung. In dem vom 4. Juni 1853 datirten Schreiben heißt es unter anderem:

„Die Verhältnisse der Katholiken haben eine innere und eine äußere Seite, und es fragt sich, welche zur Zeit die größere Pflege erfordert. Je nach der Antwort auf diese Frage bestimmt sich auch meine Ansicht in Bezug auf die Haltung des katholischen Blattes. Wenn im Hause alles geordnet, klar und einig wäre, dann würde offenbar die äußere Politik in den Vordergrund treten müssen, allein dann würde auch über deren Inhalt keine Meinungsverschiedenheit mehr sein, wir würden uns dann in einer ebenso einfachen Situation befinden, wie die der mecklenburgischen Ritterschaft bei Gründung des N. D. Correspondenten war, und es würden sich dann die Verhältnisse der Volkshalle auch sicherlich bald zu Ihrer und zu aller voller Zufriedenheit gestalten. Leider sind aber einstweilen unsere inneren Zustände noch die schwierigeren. Es gähren dort noch gar viele Meinungen durcheinander. Keine ist, wie mir scheint, zur Zeit vollständig reif und abgeklärt, und selbst die individuellen Ansichten lassen sich nicht durchweg nach rechts und links gruppiren; denn wenn auch die einen mehr Hinneigung zu den liberalen, die anderen mehr Verwandtschaft mit den sogen. conservativen Anschauungen erkennen lassen, so fallen doch weder die einen noch die anderen mit den gangbaren Theorien völlig zusammen, und der Grund hiervon scheint mir eben in der katholischen Basis zu liegen, welche allen, von denen ich hier spreche, gemeinsam ist, wenn sie auch vielfach irrig erfaßt und verstanden wird. Ich halte die liberalen Grundanschauungen für falsch, aber die conservativen Zielpunkte auch nicht für richtig. Es kömmt darauf an, das richtige Dritte, und zwar Positive zu finden. Bisher bewegen wir uns noch in Revolution und in deren Negation. Erstere ist durch die Mängel und Schwächen des vor ihr Bestehenden veranlaßt worden, und letztere versteht sich auf nichts anderes als auf das Zurückgehen zum Alten; wir drehen uns also im Kreise. Ich nehme nun an, daß die katholische als die vielseitigste, harmonischste, biegsamste und allein wahre Auffassung der Dinge auch zumeist geeignet sei, zu der Entwicklung desjenigen Systems zu führen, welches als das Gerippe der demnächstigen, neuen und dauernden Verhältnisse zu betrachten sein wird. Hierin finde ich deshalb auch die Hauptaufgabe der katholischen Partei. Dieselbe kann aber nicht gelöst werden, wenn die Partei sich nach links und rechts spaltet und so in zwei Parteien zerlegt, von denen dann jede wieder Gefahr liefe, von den vorhandenen verwandten und stärkeren Parteien verschlungen zu werden. Es schweben mir hierbei nicht allein, aber allerdings doch hauptsächlich die Kammerformationen vor Augen. Dieselben sind ein ziemlich treues Abbild der im Lande vorhandenen Verhältnisse, und insbesondere spiegelt auch die katholische Fraction die mannigfaltigen Ansichten der aufrichtig katholischen Bevölkerung richtig wieder. Ich fühle keinen Drang, mich über diese Wahrheit sonderlich zu freuen, muß sie aber doch anerkennen. Es ist nun auch mit der Fraction ähnlich gegangen, wie es mit der Volkshalle geht. Es mangelte vielfach an Uebereinstimmung und einheitlichem Zusammenwirken der Personen, daher die Partei als solche in allen nicht rein kirchlichen Angelegenheiten nur eine untergeordnete Geltung gewinnen konnte. Natürlich mußte dies von allen Mitgliedern mehr oder minder unangenehm empfunden werden und der Gedanke an eine Scheidung der widerstrebenden Theile wiederholt auftauchen. Indessen wir haben doch, und ich bin überzeugt, zu allseitigem Frommen, miteinander haus- und ausgehalten. Wir haben uns gegenseitig

geschliffen, jeder hat gelernt, die richtigen Grundprincipien sind aber von ihren Anhängern nicht nur nicht verlassen worden, sondern sie haben auch den Gegensätzen gegenüber an Terrain gewonnen und werden das hoffentlich in der Folge immer mehr thun. Aehnliches erwarte ich in Beziehung auf die ‚Volkshalle' und kann auch hier schon einigermaßen auf die Erfahrung verweisen. Erinnern Sie sich der ‚Rheinischen Volkshalle', der ‚Deutschen Volkshalle' unter dem Baudry'schen Einfluß und in ihrer spätern Haltung; in allen diesen Stadien läßt das Blatt sich ohne Zweifel sehr scharf kritisiren, allein es läßt sich auch das Fortschreiten zum Bessern nicht verkennen. Der Liberalismus, welcher namentlich die rheinischen Katholiken gefangen hielt, ist fortdauernd im Rückzuge und wird bei ruhigem Vorgehen von der andern Seite schließlich das Feld gänzlich räumen müssen, wie solches voraussichtlich auch nach und nach in der Fraction geschehen wird. Dahingegen könnte ein rücksichtsloses und scharfes Auftreten selbst die bisherigen Erfolge wieder in Frage stellen und die ganze Stellung der Katholiken gefährden, indem die Massen, welche bei den Wahlen, den Abonnements und Generalversammlungen den Ausschlag geben, das richtige Fahrwasser noch keineswegs erkannt haben. Alles zusammengenommen, scheint mir, befinden wir uns in einem Entwicklungsstadium, welches Zeit fordert und sich nicht mit einem Schlage beendigen läßt. Wenn Sie nun die Alternative stellen, entweder die Anhänger der beiden verschiedenen Grundrichtungen zu trennen und für jede Richtung ein besonderes Organ zu schaffen, oder aber der sogen. bessern Richtung die ausschließliche Beherrschung des gemeinschaftlichen Organs zu erringen, so erscheint mir das erstere nach dem obigen nicht wünschenswerth und außerdem auch kaum möglich; was dagegen das zweite betrifft, so hoffe ich allerdings auch auf die Erlangung eines Uebergewichtes, ohne deshalb jedoch das ausschließliche Zuwortekommen der einen Seite rathsam und auf die Dauer haltbar zu erachten.

„Unter diesen Gesichtspunkten stellt sich nun jedenfalls, das gestehe ich, die Lage des Redacteurs als eine sehr schwierige und mehr noch als eine häufig sehr unangenehme dar, und ich möchte deshalb auch kaum wagen, jemanden deren Annahme zu empfehlen; wenigstens würde ich dann von persönlichem Interesse ganz stillschweigen und lediglich das allgemeine und öffentliche Interesse herauskehren. Im letztern möchte ich aber allerdings lebhaft wünschen, daß das kurze, zu meinem großen Bedauern sehr bald wieder unterbrochene, unmittelbare Verhältniß, in welches Ew. Hochwohlgeboren in diesem Winter zur ‚Volkshalle' getreten waren, unter nach beiden Seiten haltbaren Bedingungen von neuem angeknüpft werde."

Es war nicht der letzte Brief, den Mallinckrodt in Angelegenheiten der „Volkshalle" zu schreiben hatte. Florencourt, in bestem, aber unerleuchtetem Eifer, vermehrte durch seine eigenen Mißgriffe die Schwierigkeiten seiner Stellung. So brachte er Ende Februar 1854 in einem Leitartikel so maßlose persönliche Angriffe gegen P. Reichensperger, daß die katholische Fraction eine offene Erklärung dagegen für geboten erachtete. Dieselbe war von Mallinckrodt verfaßt und von 41 Mitgliedern der Fraction unterschrieben[1]. Ihr Anfang lautete:

„Je größer die Mannigfaltigkeit individueller Ansichten ist, welche bei Erörterung der Tagesfragen auch unter Katholiken hervortritt, um so weniger erträgt

[1] Deutsche Volkshalle 1. März 1854. VI. Nr. 49.

die Gemeinsamkeit der über denselben stehenden Interessen Lieblosigkeit in gegenseitiger Beurtheilung der Beweggründe. Muß dies als leitender Grundsatz für die Beziehungen der katholischen Abgeordneten untereinander gelten, so ist dasselbe für deren Verhältnisse zur katholischen Presse zu wünschen. Mag dieselbe unser öffentliches Thun zur freien Besprechung ziehen, und mag die sachliche Kritik dem gemeinsamen Zwecke förderlich sein — eine persönliche Kritik aber trägt keinen Keim des Gedeihens in sich."

Unter nochmaligem Hinweis darauf, wie sehr jener Angriff der „Volkshalle" der christlichen Liebe ebenso wie der Klugheit zuwider gewesen, wird der besondern Hochachtung und dem Danke Ausdruck gegeben, zu welchem sowohl die Abgeordneten der Fraction, wie die Katholiken Deutschlands überhaupt Reichensperger für die Ueberzeugungstreue, den Muth und die Hingebung verpflichtet seien, welche er während der Dauer seines öffentlichen Wirkens im Dienste der gemeinsamen Sache so vielfach bewiesen habe. Es ehrt Florencourt, daß er sofort in der nächsten Nummer des Blattes unter Anerkennung des begangenen Fehlers einen schönen Widerruf und eine Ehrenerklärung für Reichensperger brachte. Allein bald kamen neue Händel und Verwicklungen, erst mit einzelnen katholischen Blättern, dann mit dem eigenen Verwaltungsrath und der Gesammtheit der Katholiken. In der damals alles beherrschenden Orientfrage, wo die Katholiken, Presse und Volk, wie ein Mann gegen Rußland Stellung nahmen, war es die „Volkshalle" allein, die mit der „Kreuzzeitung" leidenschaftlich für Rußland Partei nahm und dies als die „einzig correcte katholische Politik" ihren Lesern aufzwingen wollte. Es kam zum völligen Zerwürfniß mit dem Verwaltungsrath, und Florencourt mußte ausscheiden.

„In Sachen der ‚Volkshalle' und des Friedens", schreibt Hermann 15. Juni 1854, „habe ich eine lächerlich lange Correspondenz gepflogen. Auf allen Seiten beste Wünsche, leider nur das Ende Essig. Aber eines bleibt wahr, Florencourt hatte sich wirklich unmöglich gemacht, indem er von vornherein das Terrain, auf welchem er sich befand, falsch erkannt und falsch behandelt hat."

Schon für die Osterferien 1853 hatte der parlamentsmüde Assessor allerhand Reisepläne geschmiedet. In Koblenz wollte er seinen Freund Griesheim, in Speier eine alte Jugendbekannte, Adelheid v. Leerodt, jetzt Frau v. Maillot, in Aachen Lingens und die übrigen Freunde besuchen, und schon hatte er mit A. Reichensperger zu gemeinsamer Fahrt sich verabredet. Damals war nichts daraus geworden, um so mehr drängte es ihn jetzt am Schlusse der anstrengenden Session hinaus in die Weite. Im Flug ging es über Stettin, Stargard, Bromberg nach Danzig, von hier zur See nach Königsberg, Marienburg, Dirschau, Pelplin, Kulm, Posen und Trebnitz zum Grab der hl. Hedwig. Bald war er in Breslau, in dessen Nähe er einen Tag bei dem Grafen B. Stolberg, dem Bruder des Westheimers,

zubrachte. „In der Stadt war das Interessanteste der Besuch des künftigen Fürstbischofs", Dr. Heinrich Förster. „Er hat mir einen recht angenehmen Eindruck gemacht", schrieb Hermann über ihn. Auch Neiße, Glatz, Habelschwerdt, Schweidnitz und Görlitz wurden besucht, wobei er seinen Vetter, den Kreisgerichtsrath W. v. Hartmann, der den liebenswürdigen Gastfreund spielte, „beinahe als Licht tragenden Recruten in die Frohnleichnamsprocession mit einrangirt" hätte. Zum Schluß berührte er nochmals seine alte Lieblingsstadt Dresden, um dann wieder in Erfurt einzuziehen. Alles war in 14 Tagen abgemacht, und doch hatte er sich, wie er glaubte, in den meisten Orten genügend umgesehen, bald 2, bald 1 oder $1/2$ Tage, bald nur einige Stunden.

In Erfurt harrte seiner von allen Seiten der freundlichste Empfang, aber auch viele Arbeit. Mehrere Regierungsräthe waren krank, andere gingen auf Reisen. Gleich zu Anfang mußte er neben der eigenen Arbeit noch einen Collegen vertreten und überdies Geschäfte von einem Dritten übernehmen, und nach einigen Wochen kam noch mehr dazu.

„Hier geht es jetzt ziemlich heiß mit mir her, da ich außer meinem Decernat auf etwa sechs, bezw. zehn Wochen die Landeshoheits-, Landescultur-, Gewerbepolizei-, Juden- rc. Sachen, d. h. den größern Theil zweier anderer Decernate zu verarbeiten habe, was denn doch auf die Dauer recht lästig zu werden verspricht." — „Ich bin hier dermalen ziemlich vereinsamt, habe dafür aber mehr Ordnung und Pünktlichkeit in meine Existenz gebracht," so tröstete er sich indessen, „und stehe mich dabei, wie mir scheinen will, nicht übel. Ordnung ist der Weisheit Anfang."

Aber nicht lange blieb er in seiner Arbeit ungestört. Er war für August zum Königsmanöver einberufen und hatte auf Anfrage des Regiments zugesagt, zwei Pferde selbst zu stellen. Kaum jedoch waren wegen der Pferde die nöthigen Schritte geschehen, so reclamirte der Präsident gegen die Einberufung; Major Götze als Schwadronsführer aber wandte sich seinerseits an den kommandirenden General, und dieser bestand darauf, daß der Herr Lieutenant einrücken müsse. „Vermuthlich", schrieb Hermann 17. Juli, „wird der Präsident die Sache nun noch weiter treiben, so daß am Ende die Minister hohen Rath halten, und die Schlußentscheidung so spät kommt, daß das neutrale, arme Wurm schließlich auf einem Besenstiel in die seit anno 1850 verlassene Heldenbahn wieder einreiten muß." Die Entscheidung kam nicht bis zum 12. August, dem Tage, an welchem er wirklich einrücken mußte.

„Im Augenblick, wo ich mich meldete," erzählt er, „— ein spitzbartloser Lieutenant — da kam die durch Desordre verspätete Contreordre, und der Lieutenant verwandelte sich wieder in den Assessor, der heute zum Glück auch noch seinen Gaul mit einem nicht eben verschwindend kleinen Reuegeld an den 12. Husarenoberst verkauft hat."

Uebrigens hatte es du Vignau Mühe gekostet, den diesmal wirklich sehr schwer entbehrlichen Assessor frei zu bekommen, und es hatte einen langen und verwickelten „Krakehl" abgesetzt.

Damit war indessen die Unruhe noch nicht zu Ende. Mitten während seiner Pferdesorgen und des Streites über seine Einberufung berichtete die „Kreuzzeitung" plötzlich, der Assessor Hermann v. Mallinckrodt sei in gleicher Eigenschaft von Erfurt nach Stralsund versetzt, und da es zu Tage lag, daß es sich hier nur um eine Strafversetzung handeln konnte, so wurde dies schleunigst von den anderen Zeitungen nachgedruckt. Für Hermann war dies völlig neu; nie war ihm auch nur eine Andeutung geworden, ebenso wenig wußten davon seine zahlreichen Freunde und Gönner, wie es scheint, selbst sein Präsident. Sollte die Nachricht auf Wahrheit beruhen?

„Die Gegenwart ist spaßig genug," schrieb er 17. Juli, „ich komme mir fast vor wie jemand, der zum Viertheilen angespannt ist, an dem die Pferde aber noch nicht anziehen. . . . Es ist nur gut, daß mir die See neulich so gut gefallen hat, da kaufe ich mir am Ende (in Stralsund) ein Schött'chen." [1]

Gerade in diese Zeit allseitiger und peinlicher Ungewißheit traf der Besuch des Königs. Am Abend des 19. Juli fuhr Friedrich Wilhelm IV. in Erfurt ein. Mallinckrodt hatte seine Wohnung mit Laubgewinden, Blumen und Kerzen geziert, und auch noch bei du Vignau geholfen, das Präsidialpalais „aufzumuntern". Am Abend nahm er dann „die Präsidentin in den Arm und die Gräfin Keller nebst Fräulein v. Grolmann unter seine Flügel und bummelte mit dieser sehr anständigen und liebenswürdigen Gesellschaft bis nach 11 Uhr durch Illumination, Zapfenstreich, Mondschein u. s. w. herum". Auf seine eigene Vorstellung beim König war er nicht sehr gespannt, wohl aber erfüllte es ihn mit Freude und Interesse, daß die Majestät unmittelbar darauf in Paderborn Paulinens Kloster und Blindenanstalt zu besuchen beabsichtigte. Er freute sich sehr, vom Empfang bei Pauline Näheres zu hören, und hatte sich schon von Frau v. Rauschenplatt über die Vorbereitungen erzählen lassen. Allein, setzte er hinzu, da ihm nicht alles ganz gefiel, „ich denke, Pauline weiß es besser einzurichten".

Wochen verstrichen, und es verlautete nichts mehr über die Versetzung. „Von Stralsund", schreibt er 16. August, „schweigt die Geschichte noch immer; am Ende schweigt sie sich aus." Indessen begann er doch mit dem Gedanken der Versetzung sich abzufinden. „Ich gehe zwar ungern von hier weg," meinte er, „weil ich schon öfter und bis zu allerneuester Zeit erfahren habe, daß ich hier nicht wenige persönliche Freunde und keinen persönlichen Feind, wenn auch etliche sachliche Gegner habe; allein wenn's einmal sein soll, so ist es in Neuvorpommern doch nicht am schlechtesten, und es fehlt

[1] Plattdeutsch für kleine Hütte.

mir auch nicht an einigen Anknüpfungspunkten in der dortigen Gesellschaft." Ja, meinte er, „ich bin förmlich etwas neugierig auf die Burg des Lutherthums, an welcher weiland Wallenstein seine Zähne stumpf gebissen."

Aber es handelte sich um eine Strafversetzung, und das war es gerade, was seine Geschwister so sehr entrüstete. Er jedoch schrieb an seinen Bruder:

„Darüber, daß ich eventuell das Commando nach Stralsund nicht ausschlage, bin ich von Anfang an mit mir einig gewesen. Ob Gunst, ob Strafe, wer weiß? Komischerweise ist beides zugleich gerade nicht unmöglich, nur das erstere allein ist mir zur Zeit undenkbar. Und handelte es sich auch nur um das letztere allein, so werfe ich deshalb den Löffel nicht in den Brei und hüte mich, meine Stellung unter den Abgemeierten und Malcontenten zu nehmen. Das hieße, seine Wirksamkeit aufgeben; denn alsdann würde Publicus jedem Worte das Motiv des Aergers und verletzter Eitelkeit unterlegen, während man im umgekehrten Falle in dem Lichte einer Ueberzeugungstreue erscheint, welche sich durch Nackenschläge nicht irre machen läßt, und es erhält dann eine stellenweise Opposition, welche doch nicht systematische Opposition ist, verdoppelte Macht. So bin ich also meiner Sache das gemüthliche Aushalten schuldig."

Sein Privatvermögen hätte ihm bei seiner einfachen Lebensweise, dabei seiner großen Umsicht bei Vermögensverwaltung einen Rücktritt aus dem Beamtenstand wohl gestattet, wo er doch wegen seines entschiedenen katholischen Bekenntnisses rechts und links die Wege sich versperrt sah. Das Parlament und das katholische Vereinswesen boten ihm zu ersprießlicher Thätigkeit noch ein weites Feld.

„Aber", schrieb er noch im Juli, „für diesen Augenblick denke ich gar nicht an Abschied nehmen. Wenn aber die Stralsunder Beschäftigung in Verwaltung von Stiftungsfonds, z. B. Greifswalder Universitätsgüter u. dgl., bestehen sollte, dann könnten solche Gedanken sich wohl einstellen. Auf alle Fälle bitte ich scharf zu achten, wenn sich bei Euch irgendwo eine gute Gelegenheit zum Ankauf (eines Gutes) zeigt."

Es waren die Erkenntnisse über die widerrechtlich verwendeten katholischen Fonds, wie er sie aus den Arbeiten für den Landtag und dem Otto'schen Antrage geschöpft, die ihn jetzt beunruhigten.

Endlich klärte sich die Sache. Gegen Ausgang August traf das Versetzungsrescript ein, blieb aber einstweilen ohne officielle Mittheilung an den Betroffenen beim Präsidenten liegen. Indessen sollte er, sobald sein Nachfolger eintreffe, nach der üblichen Redensart „sofort" nach Stralsund abreisen.

„Wann der Zeitpunkt der Ankunft nun sein wird," schrieb er, „weiß ich noch nicht, und was das ‚sofort' betrifft, so hat es diesmal damit etwas Weile, nachdem die Berliner Kanzlei sich sechs Wochen Zeit genommen. Es wird hier wohl noch 10—14 Tage dauern, und dann rechne ich auf acht Tage in der Heimat, um nachher über Hamburg und Lübeck oder über Rostock zu reisen. Die Stralsunder mögen inzwischen Zwetschen lecken."

Es war unterdessen sicher geworden, daß es sich um eine Maßregelung handelte, die, wie Hermann berichtet wurde, vom Minister des Innern ihren Ausgang nahm, während der Minister v. Bodelschwingh ihm in der Sache anfangs günstig gewesen sei. Hermann fand es „ebenso dumm wie lächerlich" und befand sich „mittlerweile mit seinem Martyrerschein gar nicht unwohl".

2. Der Parlamentarier in Stralsund (1853—1855).

Nach einem kurzen Besuch in der Heimat, Ende September, war Hermann gegen Mitte October 1853 in Stralsund eingezogen. Doch da über kurz oder lang das Ausscheiden aus dem Staatsdienst nothwendig werden konnte, so war die ganze Familie mit wahrer Begeisterung auf den Gedanken eingegangen, daß er sich in Westfalen ein Gut kaufen sollte, um dort ein sicheres Heim zu gründen. Auch Hermann selbst war geneigt dazu und hatte sich anheischig gemacht, ohne weiteres das Gut zu kaufen, das ihm die Geschwister dafür heraussuchen würden. Er hielt die Vermögensanlage in Grund und Boden nach wie vor für das entschieden rathsamste. Einen Kauf über sein Vermögen, oder eine Speculation, die nicht sehr sicher war, wollte er nicht, auch nicht ein Gut, in das man noch viel hineinstecken müsse; dagegen wünschte er ein solches, das noch Gelegenheit zur Vergrößerung bis zu 300 oder 400 Morgen biete. Die Geschwister hatten alsbald ihr Augenmerk auf das Gut Küchen bei Ahlen im Münsterlande geworfen, welches in der Geschichte des Geschlechtes der Mallinckrodt eine so hervorragende Rolle [1] gespielt hatte, und wo das Kirchenbuch noch manche Ahnen verzeichnet hielt. Hermann hielt etwas auf Familienerinnerungen, war aber doch zu nüchtern, um bei der Anlage seines Vermögens dies bestimmend auf sich wirken zu lassen. „Die historischen Reminiscenzen", schrieb er, „sind zwar auch gern ihre tausend Thaler werth; ebenso ist die schöne Lage und die echt westfälische Lage etwas werth, allein schließlich ist mein Vermögen denn doch zu klein, um über den wahren Preis hinaus zahlen zu können."

[1] Um das Jahr 1500 war durch Vermählung eines Hermann v. Mallinckrodt mit einer Erbtochter Elseke (Elisabeth) v. Clodt dieses märkische Lehen zugleich mit einem Burgmannssitz auf dem Stromberg der Familie zugefallen, und hatten sich von da verschiedene Linien gebildet, die der Mallinckrodt auf Mallinckrodt und die auf Küchen. Die letztere Linie war die überlebende und hatte nach dem Aussterben derer auf Mallinckrodt nach einem langen Proceß mit den Herren von der Reck — (diese waren die Erben derer v. Vollmarstein, und das Haus Mallinckrodt war Vollmarstein'sches Mannslehen) — zu Anfang des 18. Jahrhunderts auch den Besitz des Hauses Mallinckrodt an der Ruhr wieder übernommen.



Hans Mallinckrodt an der Ruhr, ehemaliger Stammsitz des Geschlechtes von Mallinckrodt.
(Nach einem Farbendruck aus dem Verlag von Alexander Duncker in Berlin.)

Er bat also um „ruhige, sachliche Prüfung" und einstweilen um Auskunft über die Lage der Kirche zum Haus und die Ergebnisse der Kirchenbuchsstudien.

Bald sollten wieder andere Angelegenheiten in den Vordergrund treten. 28. November war unter auffallend schwacher Betheiligung der Landtag eröffnet worden, Hermann war zur rechten Zeit an der Stelle. Manchen lieben Kampfgenossen fand er diesmal nicht. Ketteler, Waldbott, Osterrath waren ausgeschieden, und Stolberg war ferne geblieben mit dem Entschluß, gleichfalls auszuscheiden. Dagegen brachte er diesmal seinen Schwager Hüffer als Parlamentsmitglied mit nach Berlin, und es fügte sich so, daß du Vignau, Hüffer und er in der siebenten Abtheilung sich zusammenfanden, du Vignau als Stellvertreter des Vorsitzenden und Hermann v. Mallinckrodt als Schriftführer der Abtheilung. Auch zum Schriftführer des Hauses erhielt er diesmal 110 Stimmen, jedoch ohne daß er gewählt worden wäre. Eine Hauptfreude war natürlich, daß er den Schwager bei sich hatte; Lingens fand sich auch wieder ein, ward sofort gut Freund und Schmollisbruder mit demselben, und bald hatten die drei gemeinsam mehrere Zimmer in der Taubenstraße 44 gemiethet. Hüffer hatte anfangs darauf bestanden, bei einer katholischen Wirthin Wohnung zu nehmen; allein da man sich überzeugte, daß die Person „verteufelt schmutzig war" und am Sonntag-Mittag arbeiten ließ, und auch die Umgebung nicht sonderlich gefiel, gingen die drei Freunde „schließlich bei einer Wirthin vor Anker, deren Glauben zwar unbekannt war, die aber ‚Jerusalem' hieß".

Die Regierung hatte umfangreiche Vorlagen eingebracht, so daß es, abgesehen von den Anträgen, die von seiten der Fractionen ausgingen, Commissionsarbeit in Fülle gab. Die politische Lage war insofern etwas geändert, als jetzt auch die äußerste Rechte, v. Gerlach und seine Freunde, mit der Verfassung sich auszusöhnen begonnen hatten und nicht mehr direct auf ihre Zerstörung ausgingen, andererseits aber auch die conservative Seite des Hauses stärker und einiger ihre Stellung nahm. Es war dabei ein eigenthümliches Verhängniß, daß die katholische Fraction, die der Gesinnung der Mehrheit nach conservativ und regierungsfreundlich war, fast mit Gewalt auf die Seite der Liberalen gedrängt wurde. Mallinckrodt trat in dieser Session noch mehr hervor als in der frühern, und wurde in den öffentlichen Blättern den Führern der katholischen Partei beigezählt. Er sprach 51mal im Plenum und gehörte vielen und gerade den wichtigsten Commissionen an.

Die erste Gelegenheit, sich hervorzuthun, bot die neue Städteordnung für Westfalen. 7. Januar kam die Regierungsvorlage darüber zur Berathung, dieselbe, die schon in der vorigen Session durchdebattirt worden war, nur bereichert durch die Zusätze der Ersten Kammer. Die Commission hatte diese Zusätze gutgeheißen, dagegen alle Verbesserungen, welche westfälische Abgeordnete im Interesse ihrer Provinz hatten anbringen wollen, abgelehnt. Schon bei

dieser ersten Berathung griff Hermann mehrmals in die Debatte ein und brachte ein Amendement siegreich zur Annahme. v. Vincke, sonst sein politischer Gegner, hatte ihn hier nachdrücklich unterstützt und das Mallinckrodt'sche Amendement als „unser", d. h. der Westfalen gemeinsames Amendement bezeichnet.

Um so entschiedener standen schon in der folgenden Sitzung die beiden Männer sich gegenüber. Es handelte sich um einen Vorschlag Mallinckrodts, der das Gesetz noch etwas deutlicher zu Gunsten der Entwicklung des corporativen Lebens gestalten sollte, wie er einen ähnlichen Vorschlag unter dem besondern Beifall des Ministers Westphalen schon in der vorigen Session gemacht hatte. Der Minister des Innern sprach auch dieses Mal wieder für das Amendement. Vincke aber hielt ihm entgegen, Mallinckrodt wolle etwas ganz anderes als der Minister, er wolle nur auf Schleichwegen günstige Bestimmungen für Bruderschaften und kirchliche Vereine schaffen. Hermann lehnte dies aufs entschiedenste ab: „Ich weiß mich nur auf politischem Boden und weiß mich in voller Uebereinstimmung mit der hohen Staatsregierung, was das Princip betrifft, und freue mich dessen aufrichtig." Schon erklärte der Präsident das Amendement Mallinckrodt für angenommen, als Vincke namentliche Abstimmung verlangte und nun Mallinckrodt mit einem Unterschied von wenigen Stimmen unterlag.

Mit der 10. Sitzung (11. Januar) sollte die Berathung über die westfälische Städteordnung zu Ende gehen und damit eine Reihe höchst interessanter Debatten, welchen das Haus wie die Minister mit gespannter Aufmerksamkeit gefolgt waren. Sie sollte enden mit einem glänzenden Sieg Mallinckrodts, der einer der rührigsten Theilnehmer in diesen Kämpfen gewesen war. Während nämlich in den östlichen Provinzen die größeren Städte unter der Aufsicht der Regierungscollegien standen, dachte man, gegenüber den Westfalen die Zügel der Aufsichtsbehörde bezüglich der Gemeindecorporationen noch straffer anzuziehen; bei ihnen sollten auch die größeren Städte direct unter Aufsicht des Landrathes stehen. Je näher die Aufsichtsbehörde der zu beaufsichtigenden Gemeinde, um so mehr war diese in ihrer freien Bewegung eingeengt, während es doch dringendes Bedürfniß schien, daß die Gemeinden in ihren eigenen Angelegenheiten möglichst freien Spielraum hätten. Auch machte Mallinckrodt darauf aufmerksam, daß zur Zeit die Landräthe ausschließlich aus dem Grundbesitz, den Rittergutsbesitzern, gewählt würden und sie daher zur Beaufsichtigung specifisch *städtischer* Angelegenheiten schwerlich mehr geeignet seien als die Regierungscollegien. Gegen diese schlichten und wahren Auseinandersetzungen, die Mallinckrodt im Sinne der Freiheit, wie in der vorigen Session, so auch jetzt wieder gemacht hatte, erhob sich der Unterstaatssecretär des Ministeriums des Innern, v. Manteuffel, der Bruder des Ministerpräsidenten, zugleich als Abgeordneter für Kottbus das Haupt der eigentlichen Rechten, der als der „Typus des

preußischen Regierungsbeamten“ angesehen wurde. Er beging die Geschmacklosigkeit, Mallinckrodts Rede als einen Angriff auf die Ehre der Landräthe hinzustellen. Seinerseits pries er die Landräthe als „diejenigen, welche den preußischen Staat gerettet und als die eigentlichen Träger der conservativen Gesinnung in Preußen zu bezeichnen seien“. Darüber brach nun ein Sturm der Entrüstung los, indem gerade die allzeit der Regierung fügsamen Landräthe bei der liberalen Seite des Hauses übel angeschrieben waren. Umsonst suchte v. Gerlach dem Unterstaatssecretär zu Hilfe zu eilen. Vincke goß die ganze Schale seines Spottes aus, und selbst der streng conservative Graf Ziethen erklärte in höchster Aufregung und mit Löwenstimme, daß seine conservative Gesinnung hinter der keines Landrathes zurückstehe. Mallinckrodt hatte geschwiegen und die Geister sich austoben lassen. Ausdrücklich verzichtete er sogar auf das Wort, das ihm als Antragsteller vor Schluß der Debatte zustand. Erst nach Schluß der Debatte meldete er sich zur persönlichen Bemerkung.

„Meine Herren! Der Herr Abgeordnete für Kottbus“, so antwortete der Assessor dem Unterstaatssecretär, „hat eben hervorgehoben, daß er die conservative Gesinnung der Landräthe nur gepriesen habe, um eine Parallele zu ziehen auf der einen Seite zwischen Landräthen, auf der andern Seite zwischen den Regierungscollegien. Ich bin Mitglied eines Regierungscollegiums. Ich erlaube mir, meine Bemerkung darauf zu beschränken, daß ich es gegenüber den Aeußerungen des Herrn Unterstaatssecretärs nicht der Mühe werth halte, gegen die Vorwürfe, welche den Regierungscollegien gemacht sind, etwas zu entgegnen, sondern ich überlasse das der Beurtheilung des hohen Hauses.“

Mit ungeheurer Majorität, indem fast alle Parteien gegen die Fraction Manteuffels sich vereinigten, siegte das Amendement Mallinckrodt.

Auf der liberalen Seite herrschte großer Jubel über diese Niederlage der Regierung, um so mehr, da sie von einem so standhaft conservativen Manne ihr beigebracht worden war. Harkort, einer der Führer der Liberalen, mit dem Mallinckrodt „sonst nur auf Grußcomment stand“, suchte ihn eigens auf, um ihm zu danken; und als wenige Tage später ein großes Diner zu Ehren des liberalen Kammerpräsidenten, des Grafen Schwerin, stattfand, dem auch der größere Theil der katholischen Fraction beiwohnte, feierte v. Vincke, der streitbare Wortführer der Liberalen, Mallinckrodt und mit ihm die katholische Fraction in einem eigenen Toaste —, obgleich Hermann es abgelehnt hatte, dem „liberalen“ Bankett anzuwohnen. Geistreich verknüpfte der Redner gerade diesen Umstand mit der Anerkennung der Verdienste Mallinckrodts im Parlament, indem er von Situationen sprach, in denen man sich fragen werde: „Ist denn kein Mallinckrodt da?“ Ein anderes mit Mallinckrodt näher bekanntes Mitglied der liberalen Seite, v. Bockum-Dolffs, war gleich nach jener erregten Scene in der Kammer zu ihm hin-

getreten und hatte ihm zugeflüstert: „Nun haben Sie doch die Brücke hinter sich abgebrochen."

Mallinckrodts Freude an diesem Erfolge war eine sehr mäßige. Er meinte, es sei ein „mehr grober als geistreicher Triumph" von seiner Seite gewesen, aber freilich, Manteuffel II habe „als schnodderiges Karnikel" angefangen. Ueberhaupt gewährten ihm die großen Niederlagen, welche in dieser Session die Regierung erlitt, keine sonderliche Genugthuung, obgleich er aus sachlichen Rücksichten oft wesentlich zu denselben beitragen mußte. Seine Versicherungen, daß es ihm Freude mache, wenn er mit der Regierung stimmen könne, kamen aus aufrichtigem Herzen. „Die westfälische Gemeindeordnung", schrieb er 10. Februar ganz vertraulich an seinen Bruder, „hat dem Minister eine Reihe von Schlappen bereitet, über welche ich weniger Freude habe, als die meisten anderen." Auch über den Minister des Innern persönlich, der als Mann der Reaction so verschrieen war und es noch heute ist, urtheilte er nicht ungünstig. „Er hat in seiner Erscheinung etwas recht Wohlwollendes und Verständiges", schrieb er 1852, „doch wäre ich geneigt, den Spruch zu thun: ‚er schiebt nicht, er wird geschoben'." Aber bei all dieser guten Gesinnung trieb ihn die Regierung selbst immer wieder auf die Seite der Opposition.

Stets bestimmte ihn nur die Sache, und wo diese in Frage kam, behauptete er mit derselben Entschiedenheit auch gegen die übrigen 30 Westfalen und gegen alle seine Freunde feste Stellung. So stand er z. B. am 7. und 8. Februar in Sachen der westfälischen Gemeindeordnung wiederholt mit seinen Anträgen vielen oder auch sämmtlichen übrigen Westfalen entgegen. Einen Fall erzählt er selbst:

„Hier geht es immer holter di polter gü, wie gewöhnlich. Bald Krieg mit diesen, bald Frieden mit jenen. Zuletzt war wieder Krieg mit den eigenen Landsleuten. Die Regierung hatte ex abrupto einen Vorschlag gemacht, der die Beseitigung der ‚Aemter' erleichterte. Darüber war die Provinz (d. h. die westfälischen Abgeordneten) zum Concil versammelt und entbrannte ein Kampf pro et contra. Die Gegner der Aemter waren in der Minderheit, und auch von diesen fiel schließlich einer nach dem andern um der lieben Einigkeit willen mit Bravo! ab, bis ich allein übrig war und von meinem Wahlspruch Gebrauch machte: etsi omnes, ego non."

Und wirklich vertrat er seine Ansicht in ruhiger, sachlicher Weise auch vor dem Plenum.

Meistens jedoch gingen in diesen Fragen die Westfalen einheitlich zusammen und siegten auch im Hause mit ihren sämmtlichen Amendements gegen die Regierung, ohne freilich verhindern zu können, daß die Erste Kammer alle diese Beschlüsse zurückwies. Auch in diesen Kämpfen sah Hermann sich veranlaßt, für das verfassungsmäßige Recht der Juden einzutreten. Die Regierung wollte sie von Gemeindeämtern ausgeschlossen wissen, und doch

war es, wie damals A. Reichensperger geltend machte, „zum Verzweifeln klar", daß dies gegen die Verfassung war. Aber gegenüber den mancherlei Erwägungen, die von liberaler Seite gegen die Regierung vorgebracht wurden, schloß Mallinckrodt seine Rede:

„Ich muß die Solidarität mit den Gründen, die von seiten derjenigen Herren vorgebracht worden sind, die sich für die Zulassung der Juden ausgesprochen haben, insoweit ablehnen, als die Gründe sich nicht darauf beschränken, daß die Verfassung uns die Hände bindet. Ich habe nur deshalb für die Zulassung gestimmt, weil ich eben gegenüber meiner Verfassungspflicht nicht anders handeln zu dürfen glaubte. Ich hoffe, daß nie ein Jude zum Vorsteher in einer Gemeinde Westfalens gewählt werden wird."

Mit der gleichen unbefangenen Rechtlichkeit, wie hier für die Juden, trat er 16. Februar für die „katholischen Dissidenten", die Deutschkatholiken auf, die eben in Berlin harten polizeilichen Maßregeln ausgesetzt waren.

„Ich glaube," meinte er, „ich werde nicht so leicht in den Verdacht der Parteigängerschaft für die katholischen Dissidenten kommen. Allein ein Recht auf gewissenhafte gesetzliche Behandlung von seiten der Behörde hat der Dissident ebenso, wie jeder andere, und ich glaube, die Polizeibehörde geht zu weit, wenn sie ganze Kategorien von Personen, die sich um dies oder ein anderes Bekenntniß sammeln, für verdächtig erklärt."

Indessen all diese Verhandlungen seinen Geist aufs äußerste in Anspruch nahmen, traten auch andere mächtige Eindrücke an ihn heran. Gerade während am 4. Januar die Abgeordneten zum erstenmal wieder zur Sitzung und zur Neuwahl ihres Präsidiums versammelt waren, bewegte sich ein feierlicher Leichenzug durch die Straßen der Stadt. Der König und die Prinzen des königlichen Hauses folgten dem Sarge. Es waren die irdischen Ueberreste des Generals v. Radowitz, der am ersten Weihnachtsfeiertag fromm und groß wie ein Heiliger in ein besseres Leben geschieden war. Als am 17. Januar der König mit dem gesammten Hof dem feierlichen Todtenamte in der Hedwigskirche beiwohnte, mag Mallinckrodt schwerlich gefehlt haben. Dann starb 8. Februar plötzlich der erste Vicepräsident der Zweiten Kammer, der Provinzialsteuerdirector v. Engelmann. In hitzigem Wahlkampf war er gegen den Candidaten der katholischen Fraction durchgesetzt worden als zähes Mitglied der Rechten, kaum vier Wochen zuvor. Seine Partei und fast das gesammte Ministerium gaben jetzt seiner Leiche das Ehrengeleite. Die Linke und die Polen waren fast ganz fern geblieben. Aber die katholische Fraction sandte einige Vertreter, an ihrer Spitze Mallinckrodt.

Aber es kamen auch Sorgen für die Lebenden. Graf Joseph Stolberg war entschlossen, sein Mandat für den Wahlkreis Brackel niederzulegen, und es war schwer, einen passenden Ersatzmann zu finden, da der Wahlkreis selbst wenig taugliche Männer bot. Man war übereingekommen, Georg

v. Mallinckrodt, Hermanns ältern Bruder, an dessen Stelle zu wählen, es handelte sich nur um seine Einwilligung. Für Hermann wäre es natürlich eine große Freude gewesen, den Bruder bei sich zu haben, mit dem er sich in allem so gut verstand. „Vernünftige Leute thun uns allerdings noth", schrieb er an Georg. Allein er sehe wohl ein, wie schwer es dem Bruder würde, Familie und Haushalt für so lange zu verlassen. „In Deine Entschließungen einzugreifen wage ich nicht recht," meinte er dann mit völliger Verläugnung der eigenen Wünsche, „die Sache hat sehr verschiedene Seiten und das Vergnügen ist nicht eben vorherrschend." Da Georg ablehnte, wurde nach mehreren Vorschlägen und Verhandlungen der Gerichtsrath Neukirch in Höxter gewählt, und damit war Hermann der weitern Sorge überhoben.

Auch an ihn selbst kam um diese Zeit eine ganz unerwartete Anfrage. Der Regierungspräsident von Hohenzollern-Sigmaringen machte ihm in einem Briefe die vertrauliche Mittheilung, daß die eine oder andere Oberamtsstelle mit 800 Thalern Gehalt, freier Wohnung und freien Reise- und Bureaukosten, vielleicht auch eine Assessorstelle bei der dortigen Regierung zur Besetzung kommen werde. Er erkundigte sich zugleich nach Hermanns Geneigtheit zur Annahme und ersuchte je nach Ausfall der Antwort um Vorschläge zu anderweitiger Besetzung.

Durch Staatsvertrag vom 7. December 1849 war jene Provinz an Preußen gekommen. Herr v. Sydow, ein ebenso tüchtiger als angesehener preußischer Beamter, hatte 1850 als Geheimer Legationsrath zu Berlin das „Fürstencollegium" eröffnet und war Mai 1853 als Regierungspräsident nach Sigmaringen gegangen. Seine Gemahlin, Marie Freiin v. Stein aus Frankfurt a. M., war einige Zeit vorher zur katholischen Kirche übergetreten. Da sie in Berlin mit der vortrefflichen Geheimräthin Schmidt, einer großen Gönnerin der Mallinckrodt'schen Familie und Hermanns insbesondere, nahe befreundet war, so scheint dieser schon in Berlin in gesellschaftliche Beziehungen zu der Familie v. Sydow getreten zu sein. Indessen waren diese Beziehungen jedenfalls noch ziemlich entfernte. Sydow, obgleich Protestant, was er bis zum Ende seines Lebens geblieben ist, glaubte es im ehrlich verstandenen Interesse Preußens, daß das kirchliche Leben in dem ihm anvertrauten Ländchen wieder mehr gekräftigt werde; die Erfahrungen von 1848 waren ihm frisch im Gedächtniß. Namentlich wünschte er auch den religiösen Sinn in den höheren Schichten und in Beamtenkreisen zu heben, in der Ueberzeugung, daß dies die festeste Bürgschaft der Königstreue sein werde. Seine Gattin hatte vor der Abreise nach Sigmaringen aufs sorgfältigste die verschiedenen Wohlthätigkeitsanstalten der Hauptstadt eingesehen und studirt, um dieselben nach Zeit und Umständen auch im neuen Ländchen einzuführen. Dem Präsidenten aber war es darum zu thun, fähige Beamte aus Preußen heranzuziehen, die mit entschieden

conservativer Gesinnung auch die Treue des kirchlichen Bekenntnisses verbänden. Gerade was der Oberpräsident der Provinz Sachsen an Mallinckrodt nicht gewollt hatte, den Katholiken Mallinckrodt, den wünschte Herr v. Sydow nach Sigmaringen, um ihn allmählich zum „Rath" für die dortige Regierung heranzuziehen.

Hermann war sehr unschlüssig. Er war eben damit für immer der Heimat fern, in ein fremdes Land festgebannt, und die Aussicht auf eine dereinstige Anstellung in Westfalen fiel für immer weg; auch das Mandat für die Kammer mußte vorerst niedergelegt werden. Aber er dachte sogleich daran, den Sohn einer befreundeten katholischen Familie Herrn v. Sydow zu empfehlen.

Als diese Frage Ende Januar 1854 ihn beschäftigte, stand indessen der wichtigste Theil der Kammerdebatten noch bevor, diejenigen, bei welchen Hermann den Kampf für die Freiheit und die Rechte der Kirche wieder aufnehmen sollte. Schon bevor der Cultusetat zur Verhandlung kam, hatte er zwei große Siege für die Kirche auf die Fahne zu schreiben. 16. Februar trat er einem der hervorragendsten Wortführer der liberalen Partei, dem Gerichtspräsidenten Dr. Wenzel, entgegen, welcher die Civilehe verlangt hatte als Abhilfe gegen Druck und Beschränkung der Gewissensfreiheit. Mallinckrodt meinte dagegen, der Staat habe auch nicht die mindeste Veranlassung, dahin zu wirken, daß Ehen abgeschlossen werden können, die von den betreffenden Kirchengesellschaften als zuläßig nicht anerkannt sind. Er verlangte mit aller Entschiedenheit Selbständigkeit der Kirche in der Ehegesetzgebung und fand hierbei warme Unterstützung durch v. Gerlach. Noch einmal begegnete er sich mit diesem (23. März), als er für eine fortdauernde Sistirung der Ablösung der Reallasten für Kirchen und Schulen sprach. Der Minister als Vertreter der Regierung, Mallinckrodt als der der katholischen Kirche, v. Gerlach als der der evangelischen Landeskirche setzten gemeinsam den Antrag siegreich durch. Dann kam mit der Verhandlung des Antrages Eberhard[1] (20. April) die erste große Schlacht, welche die katholische Fraction als solche zu schlagen hatte. Es handelte sich um eine gerechtere Regelung der Pfarrgehälter für die Kirchen auf der linken Rheinseite, bezw. um Abhilfe für mehrfache, schreiende Nothstände. 61 katholische Pfarreien in den Rheinlanden waren ohne alle Dotation, während von Regierungs wegen protestantische Prediger sofort besoldet und protestantische Pfarreien dotirt wurden, sobald irgendwo in den Rheinlanden eine kleine protestantische Gemeinde auch nur künstlich zusammengebracht war. In der Budgetcommission waren für solche protestantisch-kirchliche Zwecke, außer den bisherigen Posten, auch in dieser Session wieder 1312 Thaler jährlich neu bewilligt worden. Mal-

[1] Dr. Matthias Eberhard, der nachmalige Bischof von Trier.

linckrodt war bei dieser Frage mit unter den Hauptrednern. Der katholische Antrag siegte mit einer Stimme Mehrheit. Höchst interessant war bei dieser Gelegenheit Mallinckrodts Antwort auf v. Gerlachs ziemlich wohlwollende, aber von falschen Anschauungen durchtränkte Rede.

„Zum andern begreife ich zwar," meinte Mallinckrodt im Lauf dieser Antwort, „daß man den Vortheil fester innerer Organisation, wie die katholische Kirche ihn hat, auf der andern Seite schmerzlich entbehrt — dies hatte v. Gerlach als Vorkämpfer der Landeskirche selbst bekannt —, indessen kann ich nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß nach der formellen Seite hin gerade das Wesen der Reformation mit darin besteht, die Organisation, die damals schon gegeben und vorhanden war, zu zerreißen."

Bei dem Kampf um weitere jährliche 50 000 Thaler, die für protestantische Kirchenzwecke dieses Jahr unter dem Titel eines „Dispositionsfonds für den König" neu ins Budget gebracht worden waren, hatte sich Hermann zum Worte gemeldet. Aber durch Schluß der Discussion wurde den Katholiken die Rede abgeschnitten. Um so mehr fand er Gelegenheit, bei jener Verhandlung sich hervorzuthun, welche für die laufende Session den Schwerpunkt der katholischen Bestrebungen bildete. Regierungsrath Otto hatte seinen vorigjährigen Antrag wegen der im Besitze des Staates befindlichen katholischen Kirchen- und Schulfonds und Herstellung der verfassungsmäßigen Parität auf dem Gebiete des Unterrichtswesens wieder eingebracht. Alle katholischen Mitglieder des Hauses von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken (mit ganz vereinzelten und zufälligen Ausnahmen) hatten diesmal den Antrag unterzeichnet. Schon die Wahl für die vom Grafen Schwerin vorgeschlagene Commission (23. Februar) war ein ungeheurer Gewinn für die Katholiken. Denn unter den 14 Mitgliedern der Commission waren 9, die den Antrag selbst unterzeichnet hatten, darunter die bedeutendsten Mitglieder der katholischen Fraction, die 5 übrigen aber umfaßten die gewichtigsten Autoritäten aus dem preußischen Beamtenstande und der evangelischen Kirche, wie Bethmann-Hollweg, den Präsidenten des evangelischen Kirchentages, Nöldechen, den Vertreter der protestantischen Orthodoxie, den Generalsteuerdirector v. Kühne, die größte finanzielle Autorität der Kammer, Delius u. a. Zum Vorsitzenden der Commission wurde A. Reichensperger, zum Berichterstatter Mallinckrodt gewählt, welcher die Ehre dieser Wahl durch angestrengteste Arbeit erkaufen mußte. Schon war er Mitglied einer vielbeschäftigten Commission für die Berathung der Regierungsvorlage über eine Arbeiterunterstützungskasse; dann saß er als Mitglied der Einundzwanziger-Commission zur Prüfung der neuen Finanzvorlage unter den hervorragendsten Capacitäten aller Parteien, und jetzt handelte es sich darum, auch noch die Verhandlungen über den Otto'schen Antrag möglichst zu beschleunigen, damit derselbe unter allen Umständen noch in

dieser Session verhandelt und nicht wieder hinweggeschoben werde. 21. April war der Commissionsantrag von den Mitgliedern unterzeichnet, und in den zwei letzten Sitzungen des Jahres kam der wichtige Antrag zur Debatte.

Was man für jetzt hauptsächlich erreichen wollte, war, bei der Regierung wie bei allen rechtlich Denkenden im Lande es wieder ins Bewußtsein und zur Anerkennung zu bringen, daß die alten reichs- und völkerrechtlichen Bestimmungen, welche die Rechte der katholischen Kirche dem Staate gegenüber garantirten, noch in voller Rechtskraft fortbestehen, ungeachtet aller Ministerialrescripte und Cabinetsordres, in denen man sie nicht selten beiseite gesetzt oder verletzt hatte. Wurde dies erreicht, so ergab sich von selbst die Nothwendigkeit, die fraglichen Fonds der Gerechtigkeit gemäß wieder den Zwecken zuzuwenden, für die sie bestimmt waren. Man hoffte dann auch noch im Laufe der Zeit, selbständige Verwaltung dieser Fonds durch die Kirche und selbständige Leitung der fraglichen Anstalten zu erringen.

Die Verhandlungen, in welchen Mallinckrodt eine so hervorragende Rolle zu spielen berufen war, konnten für die gesammte Zukunft der katholischen Kirche in Preußen entscheidend werden. Die Debatten am 27. und 28. April nahmen einen glänzenden Verlauf. Eines der ausgezeichnetsten protestantischen Mitglieder der Kammer, der Generalsteuerdirector v. Kühne, hatte selbst den Antrag eingebracht, die Beschwerden der Katholiken dem Ministerium zur nähern Prüfung zu überweisen, doch so, daß dieses in der kommenden Session über die Ergebnisse der Prüfung der Kammer Bericht erstatten solle.

Hermann hatte den ganzen umfassenden Stoff klar und übersichtlich in zwei Gruppen vertheilt. Der Bericht besprach zuerst die einzelnen Fonds und ihre Verwendung, im zweiten Theile dann die Parität im allgemeinen. In den Reden, mit denen er an der Debatte sich betheiligte, mußte er natürlich der Regierung gegenüber wiederholt Front machen. Im Hinblick auf den Ausspruch, den der frühere Oberpräsident von Posen in einem amtlichen Berichte gethan, wo er die religiösen Orden der katholischen Kirche als „gemeinschädlich“ bezeichnet hatte, erwiederte z. B. der junge Assessor:

„Sie werden uns überhaupt nicht zumuthen, daß wir der Staatsgewalt ein maßgebendes Urtheil darüber einräumen, welche Institute der Kirche gemeinschädlich sind oder nicht. Wir könnten sonst dahin kommen, daß die ganze Kirche als gemeinschädlich bezeichnet würde.“

Der Cultusminister, der sich wie ein Aal mit schönen Redensarten durch die unangenehme Verhandlung hindurchzuwinden suchte, hatte die Unverfrorenheit gehabt, Beschwerden der Katholiken über Beeinträchtigung und Disparität, soweit er sie nicht glaubte abläugnen zu können, damit zu rechtfertigen, daß seit der Reformation „Staat und Kirche identificirt seien“, daher der preußische Staat für die evangelische Kirche sorgen müsse, wie

für sich selbst, während er der katholischen Kirche gegenüber nur die unabweisbaren Rechtsforderungen zu erfüllen habe. Das hatte aber sogar eines der protestantischen Kirchenhäupter, den Präsidenten des protestantischen Kirchentages, den spätern Cultusminister v. Bethmann-Hollweg, stark in den Harnisch gebracht, der „im Interesse der protestantischen Kirche wie der geschichtlichen Wahrheit" dies entschieden bestritt. Mallinckrodt aber antwortete darauf sehr gelassen:

„Ich glaube, meine Herren, ich als katholischer Laie bin nicht in der Lage, auf diese Frage näher einzugehen, nachdem schon der Präsident des evangelischen Kirchentages gegen die Aeußerungen des Herrn Cultusministers hier feierlichst Verwahrung eingelegt hat."

Mit steigender Wärme sprach dagegen Hermann in seiner zusammenfassenden Rede am Schluß der Debatte.

„Es ist begreiflich," äußerte er gegen Ende seiner Rede, „daß es den Gegnern schwer wird, die Gründe der erhobenen Beschwerden als gerechtfertigt anzuerkennen, und noch schwerer, dies der Staatsregierung gegenüber auszusprechen. Es sind nicht nur confessionelle vorgefaßte Meinungen und Besorgnisse, es kommen auch geschichtliche Erinnerungen hinzu, welche dieselben davon zurückhalten, und andere Rücksichten zarter Art. Nichtsdestoweniger rechnen die Katholiken darauf, daß die Macht des Rechtes und der Wahrheit in der Ueberzeugung der Gegner sich Bahn brechen wird. Geschieht es jetzt noch nicht, so wird doch die Zukunft den Erfolg bringen."

Schon vorher hatte er feierlich erklärt:

„Wir sind uns der Lauterkeit unseres Zweckes bewußt und haben gerade deshalb bei der Auswahl der Mittel auch nicht auf irgend welche Leidenschaft die Rechnung zu stellen. Wir rechnen lediglich auf den Gerechtigkeitssinn des Hauses."

Jetzt fuhr er fort „in seiner kräftigen und eindringlichen Weise", wie damals die „Augsburger Allgemeine Zeitung" berichtete:

„Dann gestatten Sie mir — da ich annehme, daß eine eingehende Specialdiscussion über die einzelnen Theile des Otto'schen Antrages nicht mehr Platz greifen wird — im Hinblick auf den Schluß der Session und auf die wetterschwangere Zeit, in der wir leben, noch eines: Freimuth und Treue sind einander nahe verwandt. In dem Bewußtsein des treuen Wollens und gewissenhaften Handelns entwickelt sich der freie Muth. Das Bewußtsein, offen und frei sein gutes Recht vertreten zu haben, gibt aber andererseits auch den Antrieb, mit um so größerer Hingabe seiner Pflichten zu warten. Wenn wir Katholiken deshalb mit allem Freimuth eben jetzt, wie früher des öftern, unsere Beschwerden vor das Forum der Landesvertretung gebracht haben, so mögen Sie, meine Herren, die einem andern Bekenntniß angehören, keine Besorgnisse hegen, als wenn daraus dem gemeinsamen Interesse des Vaterlandes Gefahren erwüchsen. Mögen Sie vielmehr darin eine neue Gewähr erblicken, daß wir, wenn es gilt, auch mit Muth und Treue die gemeinsamen Interessen des Landes, die gemeinsamen Interessen von Fürst und Volk vertreten werden."

Schweigend hatte man ihm bis zum Ende zugehört. Jetzt aber fiel sofort der Präsident der Kammer, Graf Schwerin, ein.

„So leid es mir thut," sagte er, „den beredten Worten des Herrn Berichterstatters gegenüber eine kurze Bemerkung machen zu müssen, so kann ich doch nicht umhin, zu erklären, daß wir uns hier nicht zu scheiden haben als Katholiken und Evangelische, und daß der Herr Abgeordnete in dem letzten Theile seines Vortrags wohl nicht ganz klar sich bewußt war, daß er nicht als Katholik, sondern als Berichterstatter einer Commission dieses Hauses, der Volksvertretung, spreche."

Diese Rüge des Präsidenten mochte sich Hermann gern gefallen lassen, sie wurde alsbald durch eine glänzende Abstimmung versüßt. Denn der Antrag Nöldechen-Kühne auf Ueberweisung der Beschwerden an das Staatsministerium zur Prüfung und Berichterstattung wurde von allen Parteien mit Ausnahme der nichtkatholischen Mitglieder der eigentlichen Rechten und der streng ministeriellen Fraction Hohenlohe angenommen. Es war der erste bedeutende Erfolg der katholischen Fraction, die Erstlingsfrucht der seit Jahren katholischerseits gemachten Anstrengungen.

Großer Jubel herrschte bei den Katholiken, aber auch gerechter Stolz bei Hermanns Geschwistern, daß ihr Bruder bei diesem ersten großen Sieg der Bannerträger gewesen war.

„Mit Eurem Lobe meiner oratorischen Leistungen seid Ihr sehr freigebig," antwortete er auf ihre beglückwünschenden Schreiben, „es freut mich, wenn sie Euch schmecken. Im übrigen mache ich mir über die zahlreichen Schwächen keine Illusionen und weiß ziemlich genau, daß das Ganze nicht weit her ist. Aber auch das ist wahr: es wird kein Fresser geboren, sondern er wird gemacht."

Während er so durch die Commissionen und Verhandlungen der Kammer über die Maßen in Anspruch genommen war, hatte ihm sein Bruder die Pläne zur neuen St. Meinolphuskapelle bei Böddeken zur Begutachtung zugeschickt, seine Schwester Pauline über große, weit aussehende Baupläne mit ihm verhandelt, wozu er als ihr Vermögensverwalter helfen mußte, die Mittel flüssig zu machen. Mit den Vorlagen für die Meinolphuskapelle war er nicht zufrieden, da sie nichts von einer Waldkapelle, sondern den Stil einer Kirche zur Schau trugen, und er empfahl seinem Bruder, den Baumeister Statz von Köln nach Böddeken einzuladen, damit dieser die Sache in die Hand nehme. So ist es denn auch zur größten Zufriedenheit der ganzen Familie geschehen. Pauline bemühte er sich nach Kräften zu unterstützen, selbst da, wo er persönlich mit ihren Plänen gar nicht ganz einverstanden war, und führte in ihrem Interesse eine ausgedehnte Correspondenz. Daran reihten sich Sorgen wegen seiner Equipirung; denn während noch die Kammer tagte, erhielt er seine Einberufung für die Landwehrübung zum 18. Mai.

Am 1. Mai brach er von Berlin nach Stralsund auf, und die erste Sorge war, eine passende Wohnung zu finden. Dies gelang über Erwarten;

bald hatte er sich sein schönes doppelfenstriges Zimmer gemiethet. Die Pflege im Hause war gut, und Hermann fühlte schon nach kurzem, daß sein angegriffener Magen „hier wieder auf den Strumpf kommen werde". Gegen sein hartnäckiges Rheuma brauchte er tüchtig die Seebäder, und das Klima behagte ihm wohl trotz seiner plötzlichen Wechsel von Wärme und Kälte. Ohnehin hatte er jetzt die Freude, ein doppeltes Frühjahr zu verleben, indem es in Stralsund eben anfing, wo es in Berlin aufhörte. Da er nach 14 Tagen schon wieder einrücken mußte, so verlohnte es sich kaum der Mühe, mit den Regierungsgeschäften recht anzufangen. Daher benützte er die Zeit vorerst, um sich in der Gegend etwas umzuschauen. Zunächst wurden die Marineanlagen auf dem Dänholm besichtigt, dann ein Tag den alten und neuen Bekannten in Greifswalde gewidmet. Ueberhaupt war, zumal nachdem die Sorge für die Equipirung eine glückliche Erledigung gefunden, Hermann „wieder auf das gewöhnliche Niveau heiterer Stimmung zurückgebracht".

„Die vierzehn Tage meines Hierseins", schrieb er um diese Zeit an seinen Bruder, „habe ich den Flotten gespielt und die Mitwelt zu zahlreichen Wetten aller Art und als Folge davon zu Maibowle verleitet, auch eine recht hübsche Fahrt nach Putbus und dem Jagdschloß gemacht. Ich verspüre immer eine gewisse Neigung, den Leuten zu zeigen, daß die Ultramontanen lustige Gesellen sind."

Aber trotzdem beschäftigte ihn eben jetzt ernstlich der Gedanke, und häufiger als sonst, „die Regierungskrippe zu verlassen und diese dürre Stallfütterung gegen frischen Weidegang zu vertauschen: ... Welche Veranlassung hat ein Westfale zur Mitregierung von Pommern? — Wem in Bödbeken", so fügte er hinzu, „sollten diese und ähnliche Betrachtungen nicht gefallen?!"

In der Nacht des 17. Mai reiste der Landwehrlieutenant nach Pasewalk zur vierzehntägigen Uebung. Sein Pferd machte ihm großes Vergnügen, aber das war auch alles.

„Die kleinen Städtchen hierzulande, sowie in Brandenburg, sind eigentlich schon von weitem, um des Geiers zu werden. Statt Promenaden, Scheunen vor den Thoren; innerhalb der Thore regelmäßige breite Straßen mit niedrigen Häusern, ganz schlechtem Pflaster und sehr wenig Leben, rundum flach und ziemlich kahl — was Langweiligeres lebt nicht."

Am wenigsten behagte ihm die „Pommersche Kameradschaft", so daß er allmählich daran dachte, „für das erste Landwehraufgebot zu danken" und sich, wozu er schon lange wäre berechtigt gewesen, ins zweite Aufgebot versetzen zu lassen. Da er indessen erst am 8. März dieses Jahres auf erneute Anfrage des Commandos die Disposition über sich der Behörde anheimgestellt hatte, verschob er diesen Schritt noch einmal bis ins nächste Jahr.

Auf Pfingsten war er wieder zu Hause und konnte die Landwehrübung ausschlafen; dann aber machte er Anstrengung, sich an regelmäßiges Frühaufstehen zu halten. Seine amtliche Stellung war nicht gerade übel. Er hatte die Bau- und Landesculturſachen zu bearbeiten. Schon in den ersten Tagen nach seiner Herüberkunft von Erfurt war er beim Präsidenten zum Diner geladen, und im ganzen beschreibt er die eigene Lage dahin: „Meine amtlichen Beziehungen sind so, daß ich mich selbst des öftern vor Uebermuth und Naseweisheit verwarnen muß; begreiflicherweise kommt die Warnung aber mitunter post festum.“ Daß er seine Zeit nicht nutzlos verlor, beweist die eingehende und sachkundige Darlegung der Verhältnisse dieses Regierungsbezirkes in der Kammer am 20. Februar 1856, wobei er sich auf seine eigenen Beobachtungen wie seine vielseitigen orientirenden Erkundigungen aus jener Zeit berufen konnte.

Das Klima behagte ihm allmählich nicht mehr so gut, er litt viel von der Kälte, dem schneidenden Nordwest und dem langen Winter; auch zeigte es sich, daß trotz der vielen Seebäder der Rheumatismus nicht aus den Gliedern weichen wollte.

„Jetzt heißt es: Landkarten heraus! Ich habe für den nächsten Sommer meine eigenen Stralsunder Hintergedanken“, so hatte Hermann noch von Erfurt aus 5. September 1853 an die Geschwister geschrieben. Diese Gedanken betrafen nichts Geringeres als eine Reise nach Schweden. Schon seine Bekanntschaft mit Regierungsrath Volk in Erfurt, der 1844 Schweden bereist und wirklich studirt hatte, und dessen herrliches Buch „Schweden einst und jetzt“ legten diesen Gedanken ihm nahe. Freilich wurde seine Geduld lange auf die Probe gestellt; Badereisen kränklicher Collegen, eine verwickelte Wiesenberieselungs-Streitsache und andere wichtige Arbeiten hielten ihn noch wochenlang fest. Endlich gegen die Neige des August wurde er frei, und nun ging's auf die See. Er hatte beabsichtigt, in Ystadt das Dampfschiff nach Stockholm zu nehmen, aber zu seinem großen Verdruß weigerte man ihm aus ganz ungerechtfertigten Quarantaine-Rücksichten die Aufnahme, und so mußte er sich entschließen, 64 deutsche Meilen weit per Extrapost zu reisen. Zwei deutschredende Schweden fanden sich mit ihm zusammen, und nachdem jeder sich eine Peitsche gekauft, machten sie sich auf den Weg durch die Provinzen Schonen, Småland, Ostgotland über Christianstad ꝛc. auf Norrköping und von hier „per Schraube“ nach Stockholm. Vom Standpunkt einer gelegentlichen Urlaubsreise betrachtet, war er mit seiner Fahrt ganz zufrieden, doch war sein Entzücken über das Gesehene mäßig. Er lobte es, daß Reisen in Schweden in allen Beziehungen recht billig, und daß man fast immer deutschredende Gesellschaft treffen könne, sonst aber, meinte er am Schlusse seiner Reise: „Wunder habe ich fast nirgends zu sehen bekommen, allein der Blick hat sich erweitert, und ich nehme einen

angenehmen Eindruck vom Lande Schweden und seinen Bewohnern mit." Von Stockholm dampfte er über den Mälar nach Upsala, dem classischen Boden der uralten und der mittlern schwedischen Geschichte, zu Thors und Odins Gräbern. In Upsala selbst hatte er die besondere Freude, beim Schwiegersohn Tegnérs zu Abend zu speisen. „Schöneres als die bis dahin gesehene Gegend bot die Rückfahrt von Stockholm durch den Götakanal, bezw. durch die Scheeren, den Roxen-, Wetter- und Wener-See." Den ihn ansprechendsten Punkt fand er in der Nähe der Trollhättafälle. Doch auch hier meinte er noch, der Wasserfall selbst werde über Gebühr gepriesen. Bis Gotenburg ergötzte er sich an der possirlichen Gesellschaft eines Engländers, der eben von Bomarsund zurückkam, wo er sechs Wochen lang an Bord eines Dampfers auf das Vergnügen gewartet hatte, der Beschießung beizuwohnen. Sein eigener Dampfer hatte zehn Kugeln davongetragen und konnte der Engländer daher auch nicht müde werden, die gute Vertheidigung und das gute Schießen der Russen herauszustreichen. Am Morgen des 5. September bestieg Hermann in Gotenburg den „Halland", um hinüberzufahren nach Kopenhagen. Die ersten Stunden an Bord benützte er, um an die Geschwister zu schreiben. Bis dahin war er fast täglich auf der See oder auf Seen herumgefahren und häufig auf bewegten Seen, und die Seekrankheit hatte ihn fast ganz unberührt gelassen. Jetzt aber kam eine härtere Probe: Kaum hatte der „Halland" die Anker gelichtet, so begann ein tüchtiger Seetanz. Die Gesellschaft an Bord gab sich den Anschein der Seefestigkeit, und die meisten spazierten, parlirten und schwatzten, bis die Schwankungen des Schiffes so stark wurden, daß man sich selbst durch Balanciren kaum mehr aufrecht halten konnte. Unterdessen saß Hermann vom ersten Schlag der Räder an fest an seinem Platz auf dem Deck, den linken Arm übers Geländer, die rechte Hand auf der Bank, die Füße gegen den Boden gestemmt, den Blick halb schweifend, halb die Bewegungen des Schiffes messend, indem das Athmen der Bewegung folgte. Er maß die Wogen und schätzte sie bis zu 20 Fuß vom Thal zur Höhe. Bald summte er vor sich hin: „Ihr Leutchen hört", bald declamirte er leise für sich die „Bürgschaft" und hatte dabei den größten Spaß, als nach und nach die Herren Spaziergänger mehr und minder erbärmlich zu „jöbbeln" anfingen. Er kam sich vor wie in einer Art von „Todtenkammer". Auf einmal purzelten auch die in der Nähe aufgeschichteten Bagagegegenstände um und zum Theil ihm auf die Füße. Die Matrosen packten sie wieder zusammen, er aber „war und blieb ebenso vergnügt, wie steif". Aber er athmete doch auf, als Kopenhagen endlich erreicht war. Die abgetakelte Flotte und die Strandbatterien nahmen hier sein Hauptinteresse in Anspruch, auch das Thorwaldsenmuseum wurde gemustert. Was ihm aber von der ganzen Stadt den tiefsten Eindruck machte, war „die sehr ansprechende katholische Kapelle".

Es war der erste Freitag im Monat, und unter den etwa dreißig bei der heiligen Messe Anwesenden zählte er zehn Communicanten. Befriedigt dampfte er wieder nach Schweden ab. 9. September war er wieder in Stralsund, nachdem er „zugenommen an Sonnenbrand, Hunger und Fülle der Gesundheit, wie auch an hartnäckiger Faulheit".

Seine Acten wollten ihm gar nicht mehr schmecken; neue, weitgehende Reisepläne beschäftigten ihn. Aber auch zum Briefschreiben konnte er nicht kommen, da gerade Birds[1] Novellen ihn fesselten. Er hatte die Lesung derselben unter dem Vorwand begonnen, sich im Englischen zu üben; denn wirklich war die Lust an Sprachstudien wieder frisch in ihm aufgewacht. Ohnehin war er schon in seinen jüngeren Jahren ein leidenschaftlicher Leser gewesen, und sein Buch hatte ihn in Böddeken manchmal bis tief in die Nacht hinein außer Betts gehalten. Um doch endlich einen Brief an die Geschwister zu stande zu bringen, machte er jetzt, 14. September, ein „schützendes Gelübde", den ganzen Tag nicht zu lesen. Aber der Brief war nicht bis zu Ende gekommen, und nun ging es ihm wie dem Eckensteher, der mit großer Ueberwindung an der „Goldenen Kugel" glücklich vorbeigekommen, dann aber zum Lohn seiner Tugend sich eines trinken wollte. Am 14. hatte er sein „Gelübde" treu gehalten, und für diese Enthaltsamkeit wollte er sich am Nachmittag des 15. entschädigen. Aber siehe, er konnte nicht mehr aufhören. „Um dem Ende der Versuchung thunlichst nahe zu kommen", las er fort bis beinahe 4 Uhr morgens. Dann legte er sich einen neuen „Fasttag" auf, und so wurde endlich am 16. der Brief zu Ende geschrieben und sollte nun den Uebergang zur Arbeit bilden. „Ihr seht," schrieb Hermann zu seiner Selbstanklage, „ich bin in diesem Genre noch der Alte."

Nun begann wieder sein ruhiges, fleißiges Beamtenleben, höchstens daß der Schwester Pauline Bau- und Geldsorgen ihn hie und da nebenbei etwas Nachdenken und Briefschreiben kosteten, oder ein landwirthschaftlicher Auftrag seines Bruders Georg ihn in Anspruch nahm. Die deutschen Verwicklungen infolge der Orientfrage beurtheilte er ziemlich kühl. Er glaubte nicht, daß es zu einer wirklich kriegerischen Verwicklung für Preußen kommen würde. „Der deutsche Krakehl", meinte er aber, „ist mir, wenn ich mich auch nicht im mindesten darüber verwundere, doch recht unbehaglich." Auch was man vom Kriegsschauplatz oder aus diplomatischen Kreisen sonst zu hören bekam, war ihm nicht immer „sehr erbaulich". Nach der Eröffnung der Kammer sehnte er sich nicht, aber die nahe Aussicht auf Berlin diente ihm „als Fernglas, durch welches hindurch Weihnachten und Ostern in den rosigsten Farben zu sehen sind" wegen des Besuchs bei den Geschwistern.

[1] Vermuthlich die Schriften der in Amerika verheirateten Engländerin Isabella Bird.

Am 30. November traten die Kammern wieder zusammen, dieses Jahr zum erstenmal vom König in Person eröffnet. Obwohl Hermann dieses Mal in großen Debatten weniger hervortrat, gehörte doch diese Session für ihn mit zu den anstrengendsten und mit Arbeit am meisten gesegneten.

Gleich anfangs wurde er zum Mitglied der Commission für Gemeindewesen gewählt, war Mitglied und Berichterstatter der Commission über den wichtigen Antrag Wenzel zur Verbesserung des Gefängnißwesens, ebenso für den Antrag Otto über die Beschwerden der Katholiken in Preußen. Gerade als Berichterstatter hat er sich von den verschiedensten Seiten hohes Lob verdient. Ueber seinen Bericht, betreffend anderweitige Einrichtung des Immobiliar-Feuerversicherungswesens in den Hohenzollern'schen Landen, äußerte sich ein Abgeordneter dieses Landes selbst, Abgeordneter Karl (Sigmaringen): „Der Commissionsbericht über die gegenwärtige Frage ist so ausführlich und gründlich, daß es überflüssig erscheinen dürfte, hier noch weiteres vorzutragen." Und als dann der Minister gegen den Commissionsantrag zu Felde rückte, aber nur ein einziges Moment für sich geltend machen konnte, erwiederte ihm Mallinckrodt einfach: „Ich darf mich zur Beseitigung dieses Argumentes darauf beschränken, auf die Gegenbemerkung hinzuweisen, die schon in dem Berichte gemacht ist." Und doch hatte er seine Arbeit so beschleunigt, daß der Bericht bereits am 14. December unterschrieben werden konnte, nachdem 30. November erst die Kammer eröffnet war. Noch mehr gerechtes Lob verdiente er sich bei Berathung des Antrages Wenzel, den der Justizminister selbst als einen höchst wichtigen bezeichnete, der die Aufmerksamkeit des Ministeriums wie des Abgeordnetenhauses in hohem Maße in Anspruch genommen habe. Mallinckrodts Bericht umfaßt auf $8^1/_2$ Druckseiten gr. 4^0 das gesammte Straf- und Gefängnißwesen und sucht das Hauptaugenmerk auf die sittliche Hebung und Besserung der Gefangenen hinzulenken, findet dabei auch Gelegenheit, das segensreiche Wirken katholischer Orden gerade auch für Sträflinge an Beispielen in Frankreich und an einzelnen Orten Deutschlands nachzuweisen. Der Abgeordnete v. Gräveniß bezeichnete diesen Bericht im Laufe der Verhandlungen als „ein leidenschaftsloses, aber ernstes Bild der Art und Weise, wie zur Zeit die Strafvollstreckung gehandhabt werden muß". Der Abgeordnete Steinbeck meinte, der Bericht habe „so ausführlich den Gegenstand beleuchtet", daß kaum etwas hinzuzufügen sei. Das Haupt der Polen, Graf Cieskowski, sprach seine „Anerkennung" aus für die „gediegene Arbeit", die der Berichterstatter geliefert habe.

Das Hauptinteresse für die katholische Fraction lag auch in diesem Jahre wieder im Antrag Otto und Genossen, und auch dieses Mal vertraute man die Berichterstattung Mallinckrodt an. Nebenbei aber betheiligte er sich fleißig auch an anderen Debatten, verdiente sich den Dank des

Präsidenten durch Bemerkungen zur Geschäftsordnung, stellte eine Reihe von Anträgen und sprach auch sonst noch häufig im Plenum, hauptsächlich in Fragen, welche direct in das Leben des Volkes eingriffen, die stets für ihn das größte Interesse hatten. So äußerte er sich mit großer Sachkenntniß über Pferdeaushebung, Jagdgesetze, Steuerwesen, Agrar- und Armengesetzgebung. In Bezug auf Mallinckrodts Amendement zum Jagdgesetz meinte v. Vincke, es habe gegenüber der Vorlage des Ministers wenigstens den Vorzug der Offenheit, einer „gewissen westfälischen Ehrlichkeit". A. Reichensperger mit seiner gewöhnlichen Schlagfertigkeit erwiederte alsbald, gerade um dieser „westfälischen Ehrlichkeit" willen möchte er gerne das Amendement seines Freundes unterstützen, dies sei eine Qualität, von welcher er, „beiläufig gesagt, wünschte, daß sie sich mehr und mehr über die ganze Monarchie erstrecken möchte".

Eben diese westfälische Ehrlichkeit führte aber Mallinckrodt dieses Jahr zu einer ziemlich schroffen Begegnung mit v. Gerlach. Bei der Verhandlung über Bewilligung von Repräsentationsgeldern für den Präsidenten des Abgeordnetenhauses hatte Gerlach die Bewilligung befürwortet, weil dadurch die Präsidentenwahl noch mehr zur Parteisache werde. Jetzt sei das Parteiwesen in der Kammer noch viel zu schwach, und sei zu wünschen, daß es zunähme. Dies mißfiel Mallinckrodt aufs äußerste.

„Ich theile nicht", erwiederte er, „die Ansichten des geehrten Herrn Vorredners, daß das Parteiwesen noch immer stärker werden müsse, und daß es ein großes Unglück sei, wenn es Leute in der Kammer gebe, die lediglich nach ihrer Ueberzeugung handeln, daß man die Abgeordneten einander gar nicht nähern, daß man die Ansichten nicht ausgleichen, sondern sich recht scharf begegnen lassen solle. Es ist nicht zu besorgen, solange das geehrte Mitglied in diesem Hause sitzt, daß eine gar zu große Annäherung der Parteien und Mitglieder eintritt, denn er trägt das Seinige redlich dazu bei, daß die schroffen Gegensätze bestehen bleiben und wo möglich verschärft werden. . ."

Wie er hier bei aller Friedensliebe einem hervorragenden Mitgliede der Kammer derb die Wahrheit sagte, so kam es auch, daß er trotz der edelsten Loyalität dennoch zuweilen den Ministern in der Kammer etwas scharf zu Leibe ging, bald „dem Finanzministerio" zum Bewußtsein bringt, „daß ihm seine eigenen Gründe mit Fug und Recht zurückgegeben werden können," bald den Cultusminister daran erinnert, daß die Kammer dem Staatsministerium als gleichberechtigter Factor gegenüberstehe, daß, wenn die Regierung den Katholiken den Rechtsschutz nicht leistet, den diese fordern können, die Verfassung einen weitern gesetzlichen Weg offen lasse, indem dann die Kammern da seien. Einmal aber, da er nicht die Regierung angegriffen, sondern im Gegentheil ihre Rechte vertheidigt hatte, wäre er beinahe in einen bösartigen Conflict gekommen. Die Kammer stand im Begriff, eine Petition, die schon

zweimal, aber jedesmal ohne Erfolg, dem Ministerium zur Erwägung überwiesen worden war, als eine Art von Mißtrauensvotum zum drittenmal an das Ministerium zu überweisen. Mallinckrodt betonte, ein Ausdruck der Mißbilligung gegenüber dem Ministerium sei nicht berechtigt.

„Die Kammer", führte er aus, „hat nach meiner Auffassung in Beziehung auf die Petitionen kein anderes Recht, als sie an das Ministerium abzugeben, damit sie das Ministerium prüfe und nach eigener Ueberzeugung darüber befinde. Das Ministerium ist in keiner Weise verpflichtet, seine Ueberzeugung vor der Ansicht zu beugen, die von der Kammer ausgesprochen ist."

Dagegen meinte er aber doch, daß man bei einer unbefangenen Prüfung der Rechtsfrage nothwendig zu der Ueberzeugung gelangen werde, daß die Ansicht, welche die Kammer festhielt, die richtige sei, und er zweifle nicht daran, „daß es der Staatsregierung möglich sei, bei einer ruhigen und eingehenden Prüfung auch zu dieser Ueberzeugung zu gelangen". Darin sah nun aber der anwesende Minister des Handels, v. d. Heydt, einen Angriff auf das ganze Ministerium, als ob dieses in den vorhergehenden Jahren nicht „ruhig und eingehend" geprüft habe, und stellte der Aeußerung Mallinckrodts eine so scharfe Verwahrung entgegen, daß der Präsident der Kammer, Graf Schwerin, obgleich sonst politischer Gegner Mallinckrodts, diesen sofort ernstlich in Schutz nahm. Der Sinn der Aeußerung sei gewesen, daß eine wiederholte ruhige Erwägung stattfinden werde, und ein Vorwurf gegen die Regierung sei dem Redner nach seiner Meinung fern gelegen.

„Ich glaube mich auf die Bemerkung beschränken zu dürfen," erklärte Mallinckrodt seinerseits, „daß ich die Absicht, irgendwie mich verletzend zu äußern, sei es gegenüber der Staatsregierung oder gegenüber irgend einer Seite des Hauses, ganz gewiß nicht gehabt habe, wie mir das denn überhaupt sehr ferne liegt."

Es war dieser versöhnliche und friedliche Sinn, der Mallinckrodt bei seiner Stellungnahme in der Kammer stets leitete, um so mehr zu schätzen, da es nicht an solchen Abgeordneten fehlte, welche gerade die schärfsten Waffen am liebsten gebrauchten, und heftige Scenen, die mit Duellforderungen selbst von der Tribüne aus endeten, damals fast in jeder Session sich wiederholten.

Die größte Bedeutung unter Mallinckrodts diesjährigen Kammerreden beansprucht die, welche er in den Verhandlungen über Abschaffung des Sundzolles, 18. April 1855, für die Rechte Dänemarks gehalten hat.

„Ich glaube," sagte er da unter anderm, „daß auch aus Unrecht im Laufe der Zeit Rechtszustände sich entwickeln können. Wollte man das nicht anerkennen, dann sähe es mit der Berechtigung unserer gesammten europäischen Verhältnisse sehr übel aus. Erkennt man es aber an, dann darf man sich auch nicht ohne weiteres über derartige in der Geschichte gegründete Verhältnisse hinwegsetzen. Die Politik hat gerade so gut Rücksichten des Rechtes zu nehmen, wie jeder Privatmann."

Auch in den eigentlich katholischen Fragen ergriff Mallinckrodt wiederholt das Wort, aber dieses Jahr waren die Erfolge der Fraction weniger günstig. Allerdings gelang es ihren Anstrengungen, A. Reichensperger als ersten Vicepräsidenten durchzusetzen. Allein der Antrag Otto unterlag bei der allgemeinen Abstimmung infolge des Fernbleibens einiger katholischer Mitglieder anderer Parteien. Wenige Stimmen hatten den Ausschlag gegeben. Der vorjährige Beschluß der Kammer war nämlich dahin gegangen, es sollten die Beschwerden der Katholiken vom Ministerium im einzelnen geprüft und das Ergebniß in der nächsten Session der Kammer vorgelegt werden. Das war indes nicht geschehen, und deshalb brachte 5. Febr. 1855 Otto eine Interpellation vor das Haus. Als nun das Ministerium die Interpellation mit der ebenso nichtssagenden als unwahren Behauptung erwiederte, die bisherige Verwendung der katholischen Fonds sei rechtlich begründet, und die Rücksichten der Parität gegen die Katholiken nicht vernachlässigt, brachte 19. Februar Otto einen neuen Antrag ein, demzufolge die Kammer erklären sollte, daß durch die Eröffnungen des Ministers dem vorigjährigen Kammerbeschluß nicht genügt sei. Leider unterlag jetzt der Antrag, und der einzige Erfolg war der moralische Eindruck, welchen die Debatten hervorriefen, daß man den Katholiken nicht gerecht werden *wolle* und eine Abrechnung *fürchte*. Und gerade hierzu hatte wieder Mallinckrodts kräftige Schlußrede namhaft beigetragen.

Man wird es begreifen, daß unter all diesen Arbeiten Hermann an seinen Bruder schreiben konnte: „In acht Wochen keine Zeit zum Schreiben — seltsam, aber ziemlich wahr. Ich bin wirklich ein geplagtes Thier gewesen." Um Weihnachten hatte er einen Tag in Erfurt und dann die Feiertage in Böddeken verbracht, und mit wahrer Sehnsucht erwartete er nach mehreren Monaten außergewöhnlicher Anstrengung eine Wiederholung dieses Besuches für die Osterferien. „Der Hauptspaß", schrieb er 25. März, „besteht wieder in der Perspective auf Böddeken, und je schlechter das Wetter jetzt noch bleibt, um so mehr hoffe ich auf sonnige Ostertage. Wenn sie nur nicht so kurz wären!" — Da kam drei Tage später ein Brief von seiner Schwester Pauline, die mit schwesterlichem Ernste ihn aufforderte, den ersten Theil seiner Ferien dazu zu benutzen, um in Paderborn geistliche Exercitien zu machen. Das war eine harte Nuß für einen übermüdeten Parlamentarier! Er selbst hätte so etwas einem andern in solchen Umständen nicht gerathen, aber in Bezug auf sich selbst wollte er einen dritten Unparteiischen entscheiden lassen und wandte sich deshalb an seinen Bruder Georg, der einfach über ihn bestimmen sollte.

„Enthusiasmirt hat er (der Brief Paulinens) mich nicht. Da aber wahrscheinlich in meinem Leben sich keine zweite solche Gelegenheit findet, es zudem Charwoche ist, und ich in den letzten Jahren die Charwoche allemal wirklich verbummelt habe, so wäre ich wohl geneigt, auf den Zopf, den mir Pauline so energisch

zwischen die Zähne hält, zu beißen. Ob Hüffer mit von der Partie ist, bezweifle ich und werde ihn auch nicht dazu bereden. Anders mit Dir. Aber auf eine Jesuitenzelle möchte ich mich doch nicht einsperren lassen, sondern mir scheint das gewöhnliche Absteigequartier das richtige zu sein, und ich denke mir dazu, daß Dine — und welch sonstiger Anhang mag die Mutter entscheiden — sich auch zum Besuch ihrer Eltern und einiger Predigten nach der Hauptstadt verfügen könnte, wo sich dann das Nützliche mit dem Angenehmen paaren dürfte. Uebrigens will ich mich einstweilen Deiner Bestimmung fügen. . . . Pauline schreibe ich, daß ich wahrscheinlich nach Paderborn käme, aber doch Deiner Bestimmung submittirt hätte."

Paulinens Wunsch wurde erfüllt. Zu den „Conferenzen für Herren", die P. Haßlacher in Paderborn angekündigt hatte, fanden Hermann und Georg v. Mallinckrodt und ihr Schwager Hüffer sich ein. Selbst die Jesuitenzelle ließen sie sich zuletzt gefallen und theilten sich brüderlich in zwei Zimmer des Paderborner Collegiums. Nur mit der Beobachtung des Stillschweigens gab es Schwierigkeiten, da Georg sich durchaus nicht darein finden konnte, Hermann aber es nicht über das Herz brachte, seinen Senior in solcher Lage im Stich zu lassen. Mit höchster Befriedigung schieden alle drei nach Beendigung der Exercitien aus ihrer Zurückgezogenheit, und Hermann bereute nicht, das Opfer der ersten Ferientage gebracht zu haben. Jedenfalls konnte er sich bald für dasselbe entschädigen; denn schon in den ersten Maitagen wurde die Kammer geschlossen, und er machte nun mit zwei ihm sehr zusagenden Fractionsgenossen, Otto und Plaßmann, eine kleine Erholungsreise über Kiel, Hamburg und Lübeck. In Lübeck verweilte er einen Tag länger, nachdem seine Reisegefährten bereits den Heimweg angetreten hatten, und fand äußerst herzliches Entgegenkommen von seiten einiger Corpsbrüder, die inzwischen zu Familienhäuptern avancirt waren: Landrichter Prins und Senator Ph. W. Plessing. Durch ihr gastfreundliches Benehmen und ihre verständige Durch- und Herausbildung gaben sie ihm Veranlassung, der Erneuerung alter Bekanntschaft sich wirklich zu freuen. „Es ist das ein ziemlich seltener Fall in der Welt", meinte er dazu. Er verbrachte mit ihnen und ihren Familien einen sehr vergnügten Tag, und bis nachts 2 Uhr saßen sie beisammen und „lebten den Erinnerungen der Jugend und dem Toback". Noch ein anderes wohlthuendes Intermezzo bereitete ihm der Zufall und sein bereits erworbenes „parlamentarisch-katholisches Renommée". Ganz unerwartet erhielt er eine Einladung in die ihm bis dahin völlig unbekannte erzkatholische Familie eines französischen Emigranten, welcher, mit einer Grevenerin verheiratet, theils in Lübeck, theils auf seinem Gute in Holstein lebte.

Bei der Rückkehr nach Stralsund galt es zunächst, den aufgelösten Hausstand neu zu begründen. Im Mittelpunkt der Stadt, gerade in dem Eckhaus der beiden belebtesten Straßen, fand sich über zwei Treppen ein

sechsfenstriger Salon, der seiner Liebhaberei für schöne Wohnungen eben zusagte. Derselbe bot einen weiten Blick über die See hinüber bis tief nach Rügen hinein, „wo es aber halt nichts zu sehen gibt"; aber auch nach zwei anderen Seiten hin eine hübsche Fernsicht. Um die Mitternachtsstunde konnte der neue Zimmerherr hier wohl ein Dutzend Sprosser ihre schönsten Lieder singen hören. Was ihn aber noch viel nachhaltiger freute, war, daß er einen andern Regierungsassessor als Stubennachbar hatte, und ein dritter gegenüber wohnte. Es wurde sofort zwischen den drei Collegen eine Art Telegraphie eingerichtet vermittelst Kinder- oder Diebspfeifen und Knallsignalen. Das friedliche Bild des gesammten Regierungsassessorates präsentirte sich von seiner vortheilhaftesten Seite zur Zeit der Theestunde. Da nämlich Hermanns Hauswirthe einen vortrefflichen Theetisch zu bereiten verstanden, so hielten die Herren Assessoren für die Theestunde offenes Haus „für den nähern Umgang". Abends von 9—10 Uhr war Empfangszeit. Da gesellten sich dann zu einem vorzüglichen Thee mit Rothwein und Arrak so viel Eier, Schinken, Wurst, Rauchfleisch und Käse, „daß man kaum hätte glauben sollen, daß die Besitzer solchen Theetisches in einem frauenlosen Zustande der Isolirung dahinlebten". Um seinen Salon noch vollends auszumöbliren, entschloß sich Hermann, die schönsten Stiche seiner Sammlung, auf die er großen Werth legte, zum Einrahmen zu befördern. Aber gerade da beschlich ihn die Ahnung, daß es wohl nicht lange so dauern werde.

Im übrigen begann jetzt wieder ein regelmäßiges und sehr arbeitsames Leben; denn mehrere Collegen waren auf Reisen, und da hieß es, sich verdoppeln. Nur die heilige Messe gönnte er sich jeden Morgen, und die ersten Stunden nach dem Mittagstisch mußten dienen „zur Pflege und Stählung des Leichnams". Da pflegte er nämlich Kegel zu spielen, und zwar mit der linken Hand — ein neues, eigens erfundenes System, den linksseitigen Rheumatismus zu verjagen. Die collegialischen und anderen persönlichen Beziehungen hatten sich für ihn längst sehr angenehm gestaltet, in- und außerhalb des Collegiums hatte er viele Personen gefunden, die ihm gefielen.

Eben war er wieder eingelebt und alles im schönsten Gange, da kam am 26. Mai sein „großer und dicker Ober-Regierungsrath" weniger gegangen als gestürzt mit einem — Versetzungsrescript nach — Frankfurt a. O. Was sollte das bedeuten? „Alles, was neu ist, ist lächerlich," schrieb Hermann unter dem ersten Eindruck an seine Geschwister, „also war auch diese Ueberraschung für mich lächerlich, und das ist bis jetzt der vorherrschende Eindruck, den sie mir macht."

Allerdings hatte in der Kammer am 21. Februar sein Freund Lingens an die Adresse der Regierung die Bemerkung gerichtet:

„Wir haben nun leider sehen müssen, daß in der letzten Zeit tüchtige Beamte, die Unabhängigkeit und in einzelnen Fällen eine andere Auffassung pflichtmäßig

dargelegt haben, wie diejenige der hohen Staatsregierung war, einer Ungunst nicht entgangen sind."

Auch hatte A. Reichensperger bei derselben Gelegenheit auf die in den Rheinlanden beim Volk eingewurzelte Ueberzeugung hingewiesen: „Es genüge, ein entschiedener und warmer Katholik zu sein, um auf Anstellung, auf Beförderung, wenigstens auf höhere Stellen, im Staatsdienst eine sehr geringe Aussicht zu haben."

14 Tage bevor die Versetzung eintraf, hatte Mallinckrodt selbst seinem Bruder geschrieben:

„Der Abschiedsbesuch beim Finanzminister (nach Schluß der Kammer) hat mir Gelegenheit geboten, ihm zu sagen, daß mir die fünfjährige Schule in den östlichen Provinzen ausreichend zu sein scheine, und ich bitte, mich den westlichen Provinzen wieder zuzuführen. Er hat erwiedert, er wolle daran denken. Und damit war dieses Kapitel abgethan, ohne daß ich oder er Lust gezeigt hätten, tiefer in die Materie einzudringen."

Aber in dieser Aeußerung gegen den Finanzminister konnte doch die Versetzung nicht ihren Grund haben, „da bekanntlich die Oder nicht der Rhein ist". Eine strafende Maßregel konnte es auch nicht sein, da seine äußere Lage sich dadurch nicht verschlimmerte. Er begnügte sich also mit der Voraussetzung, daß man wohl in Frankfurt einen Assessor gebraucht, in Stralsund einen übrig gehabt habe, und vermuthete sogar die Absicht, daß man ihm mit der Versetzung habe einen Gefallen erweisen wollen, und wie gewöhnlich suchte er der Sache die besten Seiten abzugewinnen. Daß die Collegen und namentlich auch der Präsident ihn ungern von Stralsund scheiden sahen, wußte er; auch hatte er selbst die dortigen Verhältnisse liebgewonnen. Aber „in summa summarum", meinte er, „läßt mich die ganze Sache eigentlich unberührt. Ich möchte beinahe sagen, sie beträfe nur den Körper". Die Stadt Frankfurt wurde zu den angenehmsten gerechnet unter den Regierungssitzen des Ostens. Ihre Verbindungen mit Berlin und Schlesien machte ihre Lage mit Rücksicht auf die westfälische Heimat günstiger als die von Stralsund. Dabei war es eine ganz neue Provinz für Hermann, mit ganz neuen Verhältnissen: märkischen Landschaften, Oderbruch u. dgl., und das machte die Neugierde rege; ein Bezirk, ungefähr so groß wie ganz Westfalen, eines der allergrößten Regierungscollegien, eine Regierung mit fünf Abtheilungen. „Es läßt sich", meinte er, „wirklich einstweilen von dieser Veränderung kaum etwas anderes sagen, als daß sie einiges Futter für die Wißbegierde bietet." „Der Regierungsbezirk ist groß, die Verhältnisse neu und also instructiv." Auch für die gesellschaftlichen Beziehungen boten sich Anhaltspunkte. Den Oberbürgermeister Pieper hatte er erst kürzlich in Berlin näher kennen gelernt, in der Familie des Oberregierungsrathes Rüdiger war er von früher her wohlbekannt, der Ober-

präsident war in der letzten Session Mitglied der Zweiten Kammer und hatte mit ihm derselben Abtheilung angehört. „Den Präsidenten Böttiche", schrieb er, „kenne ich zwar nur aus einer Kammerabtheilungs-Discussion, die ich in der Otto'schen Sache zu seiner unbestreitbaren Blamage mit ihm geführt habe. Indessen hat mir der Mann doch recht gut gefallen, und es wird schon mit ihm fertig zu werden sein." Das Ende der Erwägung war dann:

„Im äußersten Falle brauche ich ja nur Möbel anzuschaffen, wenn es mir dort gar nicht behagt. Aber auch ohne den letztern coup de despération bin ich des Vermuthens, daß durch diese Versetzung die Rückversetzung nach Hause eher näher als ferner gerückt ist, da sie jedenfalls gegen das Festwachsen an einem Orte sichert. Zudem war ich hier ja schon in Verlegenheit, wo ich des Sommers hinreisen sollte."

Wie gewöhnlich, war sein Eintreffen am neuen Bestimmungsort sehr dringlich gemacht; allein sein Präsident wollte ihn nicht vor dem 1. Juli ziehen lassen, und er selbst wünschte, abgesehen von einem längst geplanten kleinen Abstecher nach Stubbenkammer auf Rügen, erst noch eine Badekur in Stralsund zu machen, was bis jetzt wegen anhaltender Kälte noch nicht möglich gewesen war. Indessen traf er auf Drängen der Frankfurter Regierung bereits am 21. Juni 1855 beim dortigen Collegium ein, wo ihm auch die überraschende Nachricht wurde, daß die Herren Minister geruht hätten, seinen Gehalt um 100 Thaler, d. h. von 400 auf 500 Thaler, aufzubessern.

---

3. Arbeiten, Schicksale und Stimmungen.

(Frankfurt a. O. 1855—1857.)

In Frankfurt war vor allem das Steuerdepartement auf ein halbes Jahr zu übernehmen, da der betreffende Regierungsrath für diese Zeit beurlaubt war. Bald sah sich daher Hermann mit Klassensteuer-Reclamationen bis über die Ohren beladen; er meinte, ihre Zahl würde sich für das laufende Jahr wohl auf 6000 Stück belaufen. Eine kleine Abwechslung bot ihm die Beschäftigung mit der Geschichte seiner Familie während der freien Stunden. Die Küchener Ankaufspläne hatten zuerst seine Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dann hatte er zufällig gegen Schluß der Kammern in Berlin bei Professor Braun und dem Geheimen Oberregierungsrath Ellerts einige Bücher entdeckt, die ihm reiches Material boten und ihn zu weiteren Forschungen trieben. Er dachte auch, sich selbst einige neuere Werke dafür anzuschaffen; denn, meinte er, „man muß derartige lokalgeschichtliche Arbeiten

durch Kauf unterstützen". Auch seinen Bruder ermunterte er zu ähnlichen Studien, vor allem aber zum Anschaffen der entsprechenden Bücher.

Abgesehen von der ihm zusagenden Nebenbeschäftigung, gestalteten sich auch die gesellschaftlichen Verhältnisse für ihn immer angenehmer. Es mehrten sich die Familienbekanntschaften und die Theilnahme an kleinen, geselligen Zusammenkünften. Großes Entgegenkommen fand er namentlich von seiten seines Chefs, des Oberregierungsrathes Rüdiger, und dessen Familie. Bald dachte er auch wieder ans Reisen, um die Gegend zu sehen und durch Beobachtung zu lernen. Sein erstes Interesse galt dem Oderbruch, wo ein aus der Studienzeit ihm befreundeter Kreisrichter sich zum Führer angeboten hatte. Gegen Ende September, sobald die vielen Steuerreclamationen es nur zuließen, war er an Ort und Stelle, und nun wurden zwei Tage lang im Oderbruch eine Bauernwirthschaft nebst den Domänen Wollup und Lachsendorf „ziemlich gründlich" besichtigt: Hof- und Feldwirthschaft, Brennerei und Zuckerfabrik. Nach einem Rasttag wurde dann die Wanderung im Riesengebirge angetreten. Auf Blumerode, zwischen Liegnitz und Breslau, legte er sich vor Anker, und da wechselten einige Tage hindurch meilenweite Spazierfahrten mit mäßigen Spaziergängen; zuletzt ging's in Begleitung mehrerer befreundeter Familien über Striegau gen Freiburg, wo der gewissenhafte Christ „die Sonntagsmesse nebst der halben Predigt" hörte. Nach einem vergnügten Marsch zum Fürstenstein bei Salzbrunn trennte sich die Gesellschaft; Hermann fuhr mit seinem Wirthe nach Breslau, dann aber allein in einem „edlen Einspritz" bei Mondenschein bis Landeshut und weiter, bis er von Hirschberg aus den Heimweg antrat.

„Drei Tage haben völlig genügt," schreibt er, „mir soviel wie nöthig vom Riesengebirge zu zeigen. Ich habe ein paar Höhen von 2800 und 3000 Fuß bestiegen und ein paar magere Wasserfälle besucht und die Ebenen mehrfach durchkreuzt. ... Die deutschen Gebirge sind halt alle hübsch, und damit basta."

Als er am Morgen des 27. September heimkehrte, war eben der Tag der Wahl für das „Abgeordnetenhaus" — denn so hieß seit der letzten Session die bisherige „Zweite Kammer". Die Anstrengungen, die diesmal von seiten der Regierung gemacht wurden, um eine völlig gefügige Majorität zu erhalten, überboten alles bisher Dagewesene. Hermann fühlte sich dadurch angeekelt:

„Hier schämt man sich nicht, bei der Wahl so zu tanzen, wie ein Polizeidirector von nicht farbehaltiger Vergangenheit der ganzen hohen Gesellschaft aufspielt. Es freut mich nur, daß ich wenigstens das Recht habe, die Leute darob auszulachen."

Er erwartete, daß die große Mehrheit der Abgeordneten „bedientenmäßig ministeriell" ausfallen werde, aber er hoffte, daß wenigstens die

westlichen Provinzen, Rheinland und Westfalen, sich nicht gänzlich verläugnen, sich nicht „durch Polizeimaßregeln zu falschem Zeugniß über sich selbst bringen lassen" würden. Was ihn anging, so hielt er seine Wiederwahl durchaus nicht für gewiß; er wollte eine Flasche vom „Alten" darauf wetten, daß er unterliege. Aber völlig passiv sah er dem Ergebniß der Abstimmung entgegen. Für den Fall der Wahl wollte er annehmen, im Fall der Nichtwiederwahl aber sich freuen:

„Die neueste Beeinflussung der Wahlen durch die Regierung", schrieb er, „ist nicht geeignet, diesen Vorsatz zu ändern; im Gegentheil bringt sie mich wieder auf den Gedanken, daß eine ungnädige, gänzliche Abmeierung am Ende wohl so unangenehm noch gar nicht wäre."

In der That wurde er — zur großen Entrüstung von Schwester und Schwägerin — in seinem Wahlkreis nicht wiedergewählt, ein Geschick, das diesmal auch mehreren anderen bedeutenden Kammer-Capacitäten widerfahren war. Blieb es dabei, so boten sich rosige Aussichten für die Zukunft. Eben kehrte der Regierungsrath, dessen Departement er verwaltet hatte, zu seiner amtlichen Thätigkeit zurück; Hermann hatte nur noch bei der nächsten Sitzung der Bezirkscommission am 7. November 28 Reclamationen vorzutragen, und dann war nichts mehr zu thun. Ein Urlaub in Böddeken von 4—6 Wochen und „hübsche Zeit zu Privatstudien" war sicher, und dann stand von seiten des Finanzministeriums eine alsbaldige Versetzung, und zwar im wohlwollenden Sinne, also in die westlichen Provinzen, ziemlich fest. — Aber noch blieben die Nachwahlen abzuwarten. Lingens hatte ihn als Candidaten für die Aachener Nachwahl haben wollen, aber er lehnte ab, weil er schon vorher einem andern Wahlkreis zugesagt. Es war dies der Bezirk Borken-Recklinghausen-Ahaus. Man hatte von dort zweimal bei ihm angefragt; er hatte geantwortet, daß er nach einem Mandat gar kein Verlangen trage, hatte aufmerksam gemacht auf seine „bisherige Sonderpolitik", hatte aber für den Fall, daß man ihn doch wählen wolle, die Annahme zugesagt. Die Ablehnung wäre seiner persönlichen Stimmung zusagender gewesen, er wollte sich freuen, wenn er nicht wieder in Kammeractivität gebracht würde, allein bei nochmaliger Ueberlegung fand er zur Ablehnung „keinen ausreichenden und innerlich zu rechtfertigenden Grund".

Die Nachwahl kam, und Mallinckrodt wurde gewählt. „Wie der Hase diesen Winter in Berlin laufen wird?" schrieb er, — „ich habe noch keine Ahnung davon und bedaure nur, meinen Stubenkameraden (Hüffer) dort nicht vorzufinden." Ein kleines Vorspiel davon, wie der Hase muthmaßlich laufen würde, stellte sich ihm bald in Frankfurt selbst vor Augen.

„Verteufeltes Wetter auf Taille!" schrieb er 20. November an Georg. „Thut aber nichts. Wir sitzen im warmen Kämmerlein und lassen die Flocken draußen

ungestört ihr kindisches Spiel treiben. Nicht wahr, pyramidale Seelengröße? Wahrscheinlich ein Ableger von den mächtigen Eindrücken, welche ich auf der gestrigen Generalversammlung des landwirthschaftlichen Centralvereins (dem er in amtlicher Eigenschaft beiwohnen mußte) eingesogen habe. Die Verhandlungen waren hinreißend bis zum Lachen, als die Weisheit und Tapferkeit im ebenso einhelligen als zahmen Widerstand gegen jene verderbliche Cabinetsordre gipfelte, wodurch die Controlversammlung der Landwehr vom Sonntag auf die Wochentage verlegt worden ist. Ausgezeichnete Rechenmeister berechnen den daraus erwachsenden Landschaden auf eine halbe Million jährlich. Man proponirte, sämmtliche Centralvereine zu gemeinsamem Handeln aufzufordern, und war überzeugt, keiner werde zurückbleiben. Indessen schließlich ließ man es gut sein, alldiweil das doch zu sehr nach Opposition gegen die allerhöchste Willensmeinung aussehen könne. — Ein leckeres Festessen krönte mit fliegenden Pfropfen den denkwürdigen Tag. — Du siehst, wie mühsam ich meine Diäten verdiene und wie nützlich ich selbige verwende."

Als er am Abend des 27. November nach Berlin abreiste, hatte er eben berechnet, daß er in diesem Jahre nach Abzug der dem Parlament gewidmeten Zeit und einiger kleinen Urlaubszeiten „nach der untrüglichen Regel von Adam Riese" gerade $3^1/_2$ Monate im allerhöchsten Regierungsdienste werde gewirkt haben.

Schon am 28. abends vereinigten sich die verschiedenen Fractionen zu ihren Sitzungen, am 29. wurde der „Landtag" mit ungewöhnlichem Glanze vom König selbst eröffnet. Waren doch diesmal auch die früher reichsunmittelbaren „Standesherren" erschienen, um ihre Sitze im Herrenhause einzunehmen; waren doch die Wahlen in überwältigender Mehrheit ganz ministeriell ausgefallen, und überdies der anstößige Name der „Kammer" abgeschafft und durch „Herrenhaus" und „Haus der Abgeordneten" ersetzt. Ein blendender Glanz von Uniformen erfüllte den Weißen Saal: Minister, Generale, Officiere von mannigfachen Graden und Regimentern, Standesherren, Johanniterritter, Kammerherren und Landräthe bewegten sich in buntester Mischung durcheinander. Aber das „landräthliche Blau mit Silber" war das vorherrschende und wirkte geradezu überwältigend.

Die Kammer war durch die neue Wahl völlig verändert. Mit Ausnahme der „katholischen Fraction" waren vor den ministeriellen Wahlkünsten alle anderen Parteien in Trümmer gegangen, der Polen waren nur mehr fünf. Die Vorsitzenden sämmtlicher Abtheilungen gehörten der Rechten an, aus ihr wurden alle acht ordnungsmäßigen Commissionen gebildet, in die nur ausnahmsweise und vereinzelt besonders tüchtige Fachmänner aus anderen Parteien mit aufgenommen wurden. Trotzdem ward Mallinckrodt mit 178 Stimmen zum Schriftführer gewählt.

Während er aber zu Arbeit und Kampf im Parlamente sich rüstete, schien eine bedeutsame Wendung in seinem Geschick bevorzustehen. Die Stelle des Oberbürgermeisters in Münster war erledigt, der Oberpräsident von

Westfalen, Dr. v. Duesberg, wünschte Mallinckrodt für diese Stelle, Freunde arbeiteten für ihn und $^2/_3$ Stimmen Mehrheit waren bereits gesichert. Die Geschwister waren in freudigster Erregung, eine Frau hatten sie für den künftigen Bürgermeister auch schon herausgesucht, wegen des Ankaufs von Küchen hatte Hermann jetzt offene Schritte gethan, kurz, „die Wasser des Glückes schienen mächtig anzuschwellen“.

In Berlin hatte er sich alsbald in seiner alten Wohnung, Friedrichstraße Nr. 175, wieder eingemiethet. Die Fraction ließ sich nicht übel an, die Aussichten waren insofern günstig, als weniger Commissionsarbeiten, dagegen mehr Uebung im Kammerreden zu erwarten stand, angesichts der völlig dominirenden gouvernementalen Partei, die entschlossen schien, von ihrer Stärke Gebrauch zu machen.

Schon die ersten Sitzungen brachten lebhafte Debatten. Bei den Wahlprüfungen (3. December) besprach Graf Schwerin den von der Regierung hinsichtlich der Wahlen ausgeübten Druck ganz im Sinne Mallinckrodts und überhaupt aller ehrenhafter Politiker. Hatte doch in den Tagen der Wahlagitation ein hochgestellter conservativ-protestantischer Verwaltungsbeamter in vertrauten Briefen an Mallinckrodt wiederholt seinen Abscheu gegen das Unwürdige dieser Kampfesweise ausgesprochen und es geradezu „ekelerregend“ genannt. Peters, der Regierungspräsident von Minden, früher Polizeidirector in Königsberg, hatte einen offenen Brief an seine Verwaltungsbeamten erlassen, worin diese unter Androhung von Disciplinarstrafen angewiesen wurden, im Sinne der Regierung zu stimmen. Einen Erlaß in ähnlichem Sinne hatte der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Kleist-Retzow, an alle „Staatsdiener“ bis herab zum Feldhüter vertheilen lassen und selbst die Geistlichen zur politischen Wahlagitation heranzuziehen versucht. Auch von anderen Präsidenten waren ähnliche Circulare ausgegangen. Mallinckrodt erfuhr schon in Frankfurt aus „guter Quelle“, der Peters'sche offene Brief sei nur der treue Ausdruck der betreffenden Anweisung des Ministers, das Kleist-Retzow'sche Rescript habe dasselbe sogar schon etwas abgeschwächt. „Die Regierung ist doch wirklich zu unverschämt zu Werk gegangen,“ schrieb er 4. October an seinen Bruder, „. . . es erscheint doch auch den frömmsten etwas zu arg, und, was wichtiger ist, ich glaube, die Regierung schadet sich selbst dadurch mehr, als sie sich nützt.“ Schwerin sprach aus dem Munde aller unabhängig denkenden Männer, als er seine Beschwerden erhob, und A. Reichensperger unterstützte dieselben mit allem Nachdruck. Beamte mit Disciplinarstrafen bedrohen, weil sie von dem Rechte gebrauchten, das die Verfassung ihnen einräumte, und nach ihrer Ueberzeugung eine staatsbürgerliche Pflicht erfüllten, war denn doch ein Faustschlag gegen die Verfassung, das Grundgesetz des Staates. Der Minister, durch v. Gerlach gedeckt, suchte den Präsidenten Peters und sich selbst zu rechtfertigen, aber Schwerin brachte

jetzt (9. December) seine Beschwerde als selbständigen Antrag[1] ein. Derselbe ging dahin, das Staatsministerium möge eine Untersuchung darüber eintreten lassen, inwieweit durch Organe der Regierungsgewalt eine die Freiheit der letzten Abgeordnetenwahlen beeinträchtigende Einwirkung geübt worden sei, und von dem Resultate dieser Untersuchung demnächst dem Hause der Abgeordneten Mittheilung machen. Dazu wurde in den Motiven bemerkt, das verfassungsmäßige Recht des Landes und die Würde der Landesvertretung erheischten eine gewissenhafte Untersuchung jener Beschwerden, damit dadurch der Umfang des Uebels erkannt und der Wiederkehr desselben vorgebeugt werde. Der Antrag zählte 90 Unterschriften, unter ihnen die hervorragenden Mitglieder aller Parteien außer der „Rechten". Zahlreich vertreten waren die Katholiken, darunter neben den beiden Reichensperger und seinen Freunden Otto und Plaßmann natürlich auch der Regierungsassessor Hermann v. Mallinckrodt. Daß es ihm mit seiner Unterschrift ernst war, bewies die letzte Sitzung vor Weihnachten am 17. December, wo er die Wahl im Kreise Gumbinnen, in welchem der Landrath gewählt worden war, scharf angriff. Selbst als der Abgeordnete Dr. Wenzel seinen Antrag auf Ungiltigkeitserklärung dieser Wahl fallen ließ, griff Mallinckrodt ihn wieder auf, mußte sich dann aber von der dominirenden „Rechten" niederstimmen lassen.

Die Weihnachtsferien verbrachte Hermann wieder auf Böddeken in vergnügter, hoffnungsfreudiger Stimmung. Er selbst hatte zu einer großen Familienzusammenkunft den Anstoß gegeben, zu der auch Pauline für einen Tag von Paderborn herüberkam. Niemand ahnte, was inzwischen vor sich ging.

Mit Schrecken hatte Duesberg in den Zeitungen gelesen, daß auch Mallinckrodt — er als Regierungsassessor! — den oppositionellen Antrag auf Untersuchung der von der Regierung ausgegangenen Wahlbeeinflussungen unterschrieben habe. Er war zu wohl vertraut mit den Strömungen in den höchsten Regierungskreisen, um nicht alsbald zu erkennen, daß dieser Schritt verhängnißvoll sein konnte für die im übrigen schon gesicherte Bürgermeisterwahl. Was der Oberpräsident fürchtete, war entweder Nichtbestätigung — und wenn diese in aller Form erfolgte, war Mallinckrodts Carrière als Beamter für immer ruinirt; oder aber Lostrennung der Polizeiverwaltung in Münster vom Oberbürgermeisteramt, — und das wäre unvortheilhaft gewesen für die Stadt und unangenehm für den Oberpräsidenten selbst. In aufrichtig wohlwollender Gesinnung für Mallinckrodt entschloß sich daher Duesberg, die Sache zu einer formellen Nichtbestätigung nicht kommen zu lassen. Anfang Januar mußte Duesberg ohnehin zu den Sitzungen des Herrenhauses nach Berlin reisen, und einer seiner ersten Schritte war die

[1] Actenstücke Nr. 21.

vertrauliche Anfrage beim Minister des Innern. Die Antwort lautete: Nicht nur sei die Nichtbestätigung sicher, sondern man würde es als eine Demonstration der Stadt Münster gegen die Regierung ansehen, wenn unter den gegebenen Verhältnissen Mallinckrodt gewählt würde. Darauf rieth Duesberg, der bisher Mallinckrodts eifrigster Begünstiger gewesen war, im Interesse der Stadt wie des Candidaten selbst entschieden von der Wahl ab. Sofort wurde daher in Münster die Bürgermeisterwahl vertagt. „Auf den Münster'schen Postboten habt Ihr vergeblich gewartet," schrieb Hermann 23. Januar 1856 an die Geschwister, „die Wahl ist vertagt auf drei Wochen; ich bin wahltodt." Es wurden jetzt Unterhandlungen mit Osterrath angeknüpft, der als ebenso entschiedener Katholik wie als tüchtiger Beamter bekannt war. Osterrath war auch zur Uebernahme der Stellung bereit, vorausgesetzt, daß ihm mit der Uebernahme des Amtes nicht ein namhafter Verlust an Gehalt zugemuthet würde, indem er bisher als Staatsbeamter mehr Gehalt bezogen hatte als ein Oberbürgermeister von Münster. Dies, wie hauptsächlich der Umstand, daß er nicht Westfale war, ließ jedoch noch zuletzt von seiner Wahl Abstand nehmen. Endlich, 26. Februar, schrieb man von Münster aus der Augsburger Allgemeinen Zeitung: „Zum künftigen Bürgermeister unserer Stadt ist der hiesige Kreisgerichtsrath Offenberg, ein mit der Verwaltung und unseren städtischen Verhältnissen wohlbekannter Beamter, gewählt worden. Der Bestätigung desselben von Berlin aus sieht man hier mit Vertrauen entgegen." Thatsächlich hatte man auch bei diesem Candidaten nur mit genauer Noth der Bestätigung sich versichert.

Hermann hatte schon Mitte Januar durch einen sehr wohl unterrichteten Freund den Stand der Dinge erfahren. Die Enthüllung kam ihm unerwartet. „Hätten Sie mich", antwortete er dem Freunde, der ihm wegen seines Auftretens in der Kammer Vorwürfe gemacht, „einen ‚dummen Jungen' genannt, Sie hätten mir nichts Schlimmeres schreiben können." Als am 7. und 8. Februar der Antrag Schwerin zur Verhandlung kam und durch die Commission Uebergang zur Tagesordnung beantragt war, meldete auch Mallinckrodt sich zum Wort. Eine seiner interessantesten Reden stand unter diesen Umständen zu erwarten. Allein die alles beherrschende Mehrheit der Rechten führte einen raschen Schluß der Discussion herbei. Der Commissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde mit 202 gegen 92 Stimmen angenommen; Mallinckrodt mit vier anderen hatte sich der Abstimmung enthalten.

Das Scheitern seiner Hoffnung auf einen für ihn in mehrfacher Hinsicht einladenden Wirkungskreis nahm Hermann überaus ruhig auf. Er war an ein solches Geschick bereits gewöhnt.

„Mit Freuden vernahm ich jüngst von Ihrem Herrn Bruder," so schrieb ihm 26. Februar Graf Joseph Stolberg von Westheim, „daß Sie das Geschick Ihrer

Oberbürgermeister-Wahlangelegenheit mit der Würde eines Philosophen ertragen. So viel ist klarer als je, daß die Regierung nur mehr blinde Creaturen ertragen kann und jede Veranlassung benutzen wird, um alle selbständigen und ehrenhaften Elemente auszumerzen. Proficiat!"

Er selbst schrieb viel ruhiger, schon einen Monat früher, noch unter dem frischen Eindruck der unerwarteten Entscheidung:

„Ich muß discret sein, weil mein Wissen zum Theil confidentiell ist. Ich empfehle das Gleiche. Die Sache hat ihre zwei Seiten. Da keine eigentliche Wahl stattgefunden und auch gar keine entschiedene und ausdrückliche Erklärung betreffs der Bestätigung vorliegt, so habe ich meinerseits keinen Anlaß, irgend etwas wegen oder infolge dieser immerhin interessanten Wahlepisode zu thun. Georg wird raisonniren wollen; er mag's nun sparen."

Am 16. Februar machte er aller Erörterung dieser Sache ein Ende mit den Worten: „Die Bürgermeisterfrage gehört der Vergangenheit an."

Schon die Vorlagen der Regierung wie die verschiedenen katholischen Anträge ließen errathen, daß Hermann auch in dieser Session des Landtags eine wichtige Rolle zufallen werde. Eine Landgemeindeordnung für Westfalen, Gemeindeordnung für die sechs östlichen Provinzen und Gemeindeordnung für die Rheinlande waren eingebracht. Bereits in der siebenten Sitzung (17. December 1855) war Hermann stark ins Gefecht gekommen. Er hatte für die westfälische Städte- und Gemeindeordnung eine besondere, vorwiegend aus Westfalen bestehende Commission beantragt, statt daß nach dem Stand der Dinge eine Vierzehner-Commission, welcher nur zwei Westfalen angehörten, über die Gemeindeordnung aller Provinzen zusammen berathen sollte. Allein trotz schlagenden Gründen und gewandter Vertheidigung seines Antrages wurde er niedergestimmt. Für diese Niederlage entschädigte ihn ein Sieg über den Präsidenten in der elften Sitzung in einer Geschäftsordnungsfrage, bei welcher ihn Graf Schwerin, der vormalige langjährige Präsident, energisch unterstützte. Zu einer interessanten Debatte führte es, als 29. Januar Mallinckrodt das Amendement zur westfälischen Gemeindeordnung wieder einbrachte, wie er es ähnlich schon vor drei Jahren und abermals vor zwei Jahren gestellt hatte und das damals vom Minister des Innern als Verbesserung der Vorlage befürwortet worden war. Diesmal war der Minister entgegen. Mallinckrodt war es nur darum zu thun, das, was die Vorlage der Regierung selbst schon anstrebte, klar und unmißverständlich und so bestimmt auszudrücken, daß es den erhofften Nutzen auch wirklich stifte. Es sollten bei Eintheilung der stimmfähigen Bürger einer Gemeinde für die Wahl der Gemeindevertretung auch gewerbliche und andere Genossenschaften und Berufsklassen in Betracht kommen. Nicht bloß nach der Höhe der Besteuerung, sondern nach socialen Verwandtschaften und Gemeinsamkeit der Interessen sollten die Stimmgebenden sich gruppiren. Die

Gemeindevertretung hat die Aufgabe, die eigentlichen Interessen der Gemeinde wahrzunehmen. Diese selbst aber sind nur die Summe der einzelnen Sonderinteressen und diese ebenso verschiedenartig wie die Berufsstellungen und Lebensanschauungen der einzelnen Gemeindeglieder. Es gilt also, innerhalb der Gemeinde jene Gruppen richtig zu erkennen und abzugrenzen, bei welchen nach Bildung, Lebenslauf und Interesse eine Verwandtschaft vorhanden ist. Für solche Gruppen wird es ein Leichtes sein, die richtigen Vertreter ihrer Interessen aus ihrer eigenen Mitte zu bestimmen. Wahlversammlungen dagegen, in denen die Wahlbefähigten durch kein anderes Band miteinander verbunden sind als das der Wahlliste und einer gleichen Höhe der Besteuerung, werden eben, weil keine gemeinsamen städtischen Interessen sie verbinden, nothwendig dazu getrieben, von der Stadtpolitik zur Staatspolitik sich zu versteigen, allgemeine Parteiauffassungen in das Gemeindeleben hineinzuziehen, sich von politischen Schlagwörtern beherrschen und von einzelnen politischen Führern leiten zu lassen. Sind dann auch der Parteien vielleicht weniger, so ist die Parteiung nur um so heftiger, denn „die gefährlichste Parteiung liegt überall im Dualismus".

Vom höhern, staatsmännischen Gesichtspunkt aus hatte zuerst P. Reichensperger den Antrag Mallinckrodts empfohlen und darauf hingewiesen, welcher Baum aus dem kleinen Körnchen herauswachsen könne. Mallinckrodt selbst legte dann vom Standpunkte des Gemeindelebens seine Auffassung dar, als sofort v. Gerlach mit den kurzen Worten sich erhob:

„Ich freue mich sehr, dem Amendement des Herrn Abgeordneten v. Mallinckrodt aus vollem Herzen zustimmen zu können. Ich erblicke darin ebenfalls ein fruchtbares Senfkorn wahrer innerer Politik."

Als entschiedener Gegner erhob sich aber Graf Schwerin. Er wandte ein, die nach Mallinckrodts Vorschlag Gewählten würden doch nur die eigenen Standesinteressen, nicht aber das Gemeinwohl der Stadt suchen. Aber eben darauf beruhte ja der Vortheil der vorgeschlagenen Ordnung der Dinge, daß die verschiedenen Standesinteressen sich das Gleichgewicht halten und so jedes berücksichtigt werden sollte.

„Wenn der Herr Graf", antwortete Mallinckrodt, „mir eine einzige Stadt namhaft macht, wo während eines längern Zeitraums die Wähler und Gewählten mit Sachkenntniß und Aufopferung des eigenen Interesses sich lediglich durch die Rücksichten auf das Gemeinwohl haben leiten lassen, dann würde ich mich für geschlagen erklären. Bis dahin glaube ich die Welt so ansehen zu müssen, wie sie ist."

Aber Schwerin hatte auch gemeint, es müsse Mallinckrodt doch einiges Bedenken verursachen, daß er von einem Reactionär wie Gerlach so eifrig unterstützt werde. Deshalb fuhr der Redner weiter:

„Was die Frage anbetrifft, ob es mich nicht ängstlich mache, daß der Abgeordnete v. Gerlach denselben Antrag unterstützt, so habe ich darauf zu antworten:

Gar nicht! Ich werde jedem Mitglied in diesem Hause gern die Hand bieten zu einer gemeinschaftlichen Vertretung derjenigen Anträge, die ich überhaupt als wahr und gut erkenne. Es thut mir aufrichtig leid, daß sich der Herr Minister gegen den Antrag ausgesprochen hat."

Auch gegen einen andern Führer der Liberalen, den Abgeordneten v. Patow, der wieder die alte Anschuldigung berührt hatte, als sei es Mallinckrodt nur darum zu thun, den religiösen Genossenschaften Einfluß auf die Vertretung der Städte zu verschaffen, glaubte der Redner sich vertheidigen zu müssen. Er that es absichtlich in einer persönlichen Bemerkung, und als man ihm zurief, das sei nicht persönlich, fuhr er fort:

„Ich sehe darin eine Aeußerung, die mich vollständig zu einer persönlichen Bemerkung berechtigt, weil ich es für unehrlich, für unehrenhaft durch und durch halten würde, wenn ein Antragsteller bei der Motivirung seines Antrages, der solche Tendenzen einschlösse, diese nicht vollständig ausspräche. Die Tendenz ist mir fremd."

Ein kräftiges Bravo belohnte das ritterliche Wort.

Solange die Gemeindeordnungen für Westfalen und für Rheinland zur Verhandlung standen, gehörte Hermann zu den fleißigsten Sprechern. Abwehr unbilliger Lasten und ungebührlicher Bevormundung von den Gemeinden und gleiches Recht für alle, das war es, was ihn immer wieder das Wort ergreifen ließ, und zuweilen mit namhaftem Erfolg. So siegte eines seiner Amendements am 29. Februar mit großer Mehrheit, das der Minister des Innern als „sehr annehmbar" bezeichnete und dem ein Abgeordneter das Zeugniß gab, es würde in seiner „nähern Heimat allgemeinen Beifall finden", das auch der Berichterstatter der betreffenden Commission befürwortete. Sehr eifrig unterstützte Mallinckrodt die Bemühungen v. Auerswalds zu Gunsten der Rheinlande gegen die für jene Provinz unvortheilhafte neue Gemeindeordnung, und wies wiederholt darauf hin, wie unrecht es sei, daß die Staatseingesessenen einer Provinz „evident schlechter" gestellt seien als die einer andern in Bezug auf Rechte, welche präjudicirlich seien für die Theilnahme bei Bildung der Landesvertretung, entscheidend aber für die Theilnahme an der Gemeindevertretung.

Bezeichnend für Mallinckrodts sittlichen Standpunkt war die Art, wie er sich 30. April 1856 an der Verhandlung über die Einschränkung schlechter Häuser in Berlin betheiligte:

„Ich habe mir nicht das Wort erbeten," sagte er, „um den angeführten Gründen noch neue Gründe hinzuzufügen, sondern nur, um auch unsererseits für die Ueberzeugung Zeugniß zu geben, daß von seiten des Staates unter keinen Umständen dem Laster Concessionen ertheilt werden sollten, und daß es nicht dringend genug gewünscht werden kann, daß der Staat überall, sei es in belebten, sei es in abgelegenen Straßen, dergleichen Wirthschaftsbetrieben entgegentritt."

Als dann Graf Schwerin den Antrag einbrachte, derartige Häuser, soweit sie bereits bestanden, den Verordnungen gemäß nach entfernten Theilen der Stadt zu „verlegen", äußerte Mallinckrodt gegen einen solchen Antrag principielle Bedenken und scheute sich, demselben zuzustimmen, indem er meinte, es liege in einer solchen Verfügung „eine gewisse Gutheißung". Es bedurfte der Beredsamkeit v. Gerlachs und der ernsten Vorstellungen Schwerins, um ihm dies Bedenken zu nehmen.

Es war klar, daß eine solche Betheiligung an den verschiedenartigsten Fragen ohne viel Arbeit und Studium nicht möglich war, zumal auch die eigentlich katholischen Fragen große Anforderungen an ihn stellten. Wiederholt erwähnt er es in seinen Briefen, daß er sehr stark in Anspruch genommen sei. „Ich freue mich sehr auf die kurze Erholung", schrieb er vor den Osterferien, „und glaube, sie halberlei nöthig zu haben, werde aber leider doch noch ein Stück Arbeit in die Ferien mitnehmen müssen." Aber nach den Ferien wurde es noch schlimmer.

„Bisher hatte ich saure Tage, theils der Berichterstattung, theils der angreifenden Sitzungen halber," hieß es 6. April; „noch am heutigen Sonntage bin ich davon und von dem Einflusse mildester Frühlingswitterung ermüdet. Da es indessen morgen mit den langen Sitzungen wieder vorangeht, muß ich nun wohl schon über das schreiben, worauf Ihr neugierig seid." Und einige Tage später: „Die Kammer ist unerträglich — seit beinahe 14 Tagen tagtäglich von 10—3 Uhr rheinische Gemeindeordnung mit Krakehl auf Tod und Leben." Und bald darauf wieder: „In der Kammer ist es zumal seit Ostern sehr ledern. Tagtäglich fünfstündige Sitzung, morgen die sechzigste. Kann man dabei lustig sein?"

Für drei der katholischen Anträge war er in die Commission gewählt. Der Antrag Reichensperger auf Wiederherstellung einer vollständigen katholischen Universität in Münster fiel in der 62. Sitzung. Dagegen erfocht in der vorhergehenden Sitzung die katholische Fraction einen bedeutenden Sieg gerade infolge von Mallinckrodts Bemühungen. Osterrath hatte einen Antrag gestellt auf Untersuchung und Regelung der Zehntverwaltung in Schlesien, und Mallinckrodt war in der Commission zum Berichterstatter über diesen sehr schwierigen und verwickelten Gegenstand gewählt worden. Schon 28. Februar hatte er dem Bruder geschrieben: „Ich bin jetzt wieder in viel Arbeit verwickelt, namentlich muß ich schlesische Decemgeschichte studiren, um über dieses fatale Thema zu referiren." Er hatte sich zur Aufgabe gemacht, für die historische Seite der Frage nur protestantische Quellen zu benützen, „damit etwaige einseitige Neigungen" seinerseits durch entgegengesetzte Einflüsse solcher Quellen neutralisirt würden. Gerade das ehrliche Streben der katholischen Commissionsmitglieder und namentlich des Berichterstatters nach unbefangener und sachlicher Prüfung hatte es möglich gemacht, daß die in politischer wie confessioneller Hinsicht aus den ver-

schiedensten Elementen bestehende Commission in größter Harmonie zu einem gemeinsamen Resultate kam. 2. April wurde der Bericht unterschrieben; er umfaßt in engem Druck zwölf große Quartseiten. Ueberall fand die klare und gründliche Darlegung einer an sich so verwirrten Frage das größte Lob. Der liberale Gerichtspräsident Wenzel, eines der hervorragendsten Mitglieder des Hauses und oft Mallinckrodts Gegner, sprach seine Anerkennung aus für „die sehr gründliche und gelehrte Ausführung des Berichtes" und das gründliche Studium der einzelnen rechtshistorischen Fragen, das der Berichterstatter offenbar angestellt habe. Ein anderes liberales, gleichfalls sehr angesehenes Mitglied des Hauses stimmte dem völlig bei:

„Ich spreche auch nicht mein Bedauern aus," meinte er, „daß dieser Gegenstand erst jetzt, am Schlusse der Session, zur Sprache gekommen. Ich glaube, dies Bedauern muß wesentlich vermindert werden durch den ausführlichen und gründlichen Commissionsbericht, der uns vorliegt, und über dessen Lob alle Seiten des hohen Hauses einverstanden sein werden."

Der Cultusminister war sehr dagegen, daß in dieser Sache etwas beschlossen werde; man solle alles der Regierung überlassen, verlangte er, und Graf Hertzberg, Mitglied der Rechten, war dienstbereit genug, alsbald einen Antrag zu stellen, man möge die ganze Frage der Regierung zur Erwägung überweisen. Mallinckrodt war nicht in Verlegenheit, was darauf zu erwiedern. Seit fünf Jahren war in jeder Session die Sache zur Sprache gekommen, jährlich hatten die Petitionen um endliche Regelung des Zehntwesens sich gemehrt und waren von 2 auf 78 gestiegen. Es war klar, daß die Regierung nichts thun wollte. „Ich glaube wirklich," so schloß Mallinckrodt seine Rede gegen Hertzberg, „es entspricht der Stellung und schuldigen Selbstachtung des hohen Hauses nicht, daß man in einer solchen Weise vorgeht."

Wirklich wurde das Amendement Hertzbergs abgelehnt, ebenso wie ein anderer feindlicher Antrag des Abgeordneten v. Ambronn, und der von Mallinckrodt verfochtene Commissionsantrag siegte, trotz der sonst so erdrückenden ministeriellen Majorität. Ebenso siegte ein zweiter Antrag des Berichterstatters auf Beschleunigung einer definitiven Regelung der Zehntfrage. Erst bei einem dritten Antrage konnte er nicht mehr durchdringen.

Es war ein schöner Sieg; aber Mallinckrodt fühlte sich übermüdet und krank. „Die letzten Tage habe ich mich mit einer Erkältung herumgeschleppt, die mich noch nicht locker lassen will," schrieb er zwei Tage vor dieser großen Debatte; „aber: der Bien' muß. Nach dem Kammerschluß möchte ich wohl 48 Stunden schlafen. Solange ich in Berlin bin, weiß ich nicht, was Vergnügen für ein Ding ist." Aber noch waren seine Mühen nicht am Ende. Gleich für den folgenden Morgen nach seinem Siege stand der

„Antrag Otto und Graf Strachwitz“ auf der Tagesordnung über den Westpreußisch-Posen'schen Säcularisationsfonds. Otto, der gerade abwesend war, hatte Mallinckrodt ersucht, an seiner Stelle den Antrag zu vertreten. Das Recht unterlag vor der Ueberzahl der Stimmen, aber es fand an dem Stellvertreter des Antragstellers wenigstens einen beredten und mannhaften Vertheidiger. Gerlach, der Vorsitzende der betreffenden Commission, wie der Abgeordnete Becker, der Berichterstatter derselben, wiewohl sachliche Gegner, legten beide Mallinckrodts Ausführungen großes Gewicht bei. Dieselben waren in der That bedeutungsvoll für die Sache wie für den Mann.

„Wenn sonach die gegnerischen Rechtsgründe“, sprach er nach längerer Widerlegung, „nach meiner Auffassung nach keiner Seite hin Anspruch auf Anerkennung haben, so fragt es sich, inwieweit noch andere Gründe durchgreifend sein möchten, und da begegnet man allerdings so ziemlich auf allen Seiten der Gegner einem und demselben Grunde. Es ist ein Zweckmäßigkeits- und politischer Grund. Man vergegenwärtigt sich, wie in der Welt im Lauf der Zeiten unendlich viel Unrecht geschehen, wie die Geschichte aller Staaten von Unrecht voll sei. ‚Wie‘, heißt es, ‚kann man alles wieder gutmachen?‘ Wolle man alles Unrecht wieder gutmachen, was Preußen der katholischen Kirche durch Säcularisation angethan, so müsse man auch das Kurfürstenthum Köln wiederherstellen, man müsse den Deutschen Orden in Preußen restituiren u. dgl. mehr; denn es lasse sich nicht verkennen, daß dies alles Consequenzen unseres Standpunktes seien. Der Schluß aber, den man an diese Hinweisungen knüpft, geht dahin, daß man überhaupt nach keiner Seite hin derartiges Unrecht wieder gutzumachen habe. Nun meine Herren, Consequenz gegen Consequenz! Wenn unsere Consequenzen zur Auflösung des Staates führen, so führen die Ihrigen zur Auflösung der Moral und des Rechts. Wenn Sie den Satz aussprechen, daß man geschehenes Unrecht nicht mehr zu heilen, nicht mehr zu sühnen verpflichtet sein solle, so lösen Sie jedes sittliche Band, welches die Staaten zusammenhält. Was würden Sie sagen, wenn ein Privatmann, an den Sie eine Forderung haben, Ihnen mit der Ausrede begegnete: ‚Ja, die ist falsch, sie ist nicht rechtsbeständig; denn wenn ich sie bezahle, werde ich ein armer Mann‘? Meine Herren, was bei einem Privatmann nicht gilt, das gilt auch nicht bei dem Staat; denn Sie werden nicht gewillt sein, den Grundsatz aufrecht zu halten, der in früheren Zeiten wohl dann und wann aufgestellt sein mag, daß die Politik und das Recht feindselige Pole seien, die sich gegenseitig abstoßen. Sie dürfen aber auch in der That ohne Besorgniß sein vor der Consequenz unserer Absichten. Wir wünschen nicht, daß Kurköln wiederhergestellt wird, wir freuen uns, daß die Kirchenfürsten keine Kurfürsten mehr sind, und wir werden wahrlich auch nicht daran denken, die Deutschen Ordensritter wieder in den Besitz des Herzogthums Preußen einzusetzen. . . .“

Am 3. Mai war feierlicher Schluß der Landtagssession, aber schon abends zuvor hatte sich Hermann mit A. Reichensperger aus dem Staub gemacht zu einer kleinen Erholungsreise durch Franken. „Ich fühle das Bedürfniß,“ meinte Hermann, „zwischen Berlin und Frankfurt eine Kunst-

pause eintreten zu lassen.“ Erst weilten die beiden Kampfgenossen ein paar Stunden auf der Wartburg, wo sie auch „Schmollis tranken“, dann wurde Bamberg, Würzburg, Nürnberg besucht, „drei hübsche Städte, jede in ihrer Art“, und zum Schluß reiste Hermann allein nach Dresden, um von hier aus noch zwei Tage in der Sächsischen Schweiz zu „fußbummeln“. Am Morgen des 10. Mai traf er wieder in Frankfurt ein, wo er zunächst im Gasthof „sehr nobel“ seine Wohnung nahm, bis 1. Juni sein altes Quartier frei wurde.

Schon in Berlin hatte er vorausgesehen, daß man in Frankfurt keine rechte Arbeit für ihn haben würde, da alle Stellen genügend besetzt waren. Er wandte sich deshalb schon damals an den Personal-Decernenten, Geheimen Rath Horn, und bat ihn, wenn's ans Versetzen gehe, ihn doch in die Westprovinzen, in „die Heimat“, zurückzuversetzen. Nur nach Minden oder Köln wollte er nicht, denn gegen diese beiden Regierungssitze hatte er eine Abneigung — möglicherweise wegen der betreffenden Präsidenten. Horn zeigte persönlich alle Bereitwilligkeit und meinte, das Steuerdepartement werde wohl am ehesten die Möglichkeit zu einer solchen Versetzung bieten, konnte aber natürlich kein festes Versprechen geben. Wirklich war man in Frankfurt zweifelhaft, ob Mallinckrodt überhaupt noch zum dortigen Regierungscollegium gehöre, und wußte nicht recht, was mit ihm anfangen.

Für einen Mann, der so an ernste Thätigkeit gewohnt war, mußte es schwer fallen, einer befriedigenden Beschäftigung zu entbehren und mitten in einem großen Verwaltungsorganismus sich völlig überflüssig zu wissen. In seinen Briefen, die sonst Zeugniß geben von „dem gewöhnlichen Niveau heiterer Stimmung“, verrathen sich jetzt auch manche Schatten.

„Der junge Mann reift allmählich zum alten Manne und wird trocken und dürre,“ schrieb er 12. Mai, „man fängt schon allgemach an, das Verständniß für die Jugend zu verlieren. Das ist aber eigentlich nicht gut, Bruder. Die Poeten sind zwar gemeinhin verdrehte Subjecte, indessen etwas Poesie ist doch eine schmackhafte Sauce zur Prosa des Daseins.“

Eben, als er diese Worte niederschrieb, erhielt er die Einladung zu einem Ausflug und Besuch bei einem Großen der Nachbarschaft, aber, meinte er, „ich habe halt keine rechte Lust und werde erst überlegen“.

In Berlin, im Drang der Arbeit, hatte er alles noch viel leichter genommen. Als auf frohe Aussichten von verschiedenen Seiten Enttäuschung gefolgt war, schrieb er noch ganz munter an seinen Senior:

„Voilà der Lauf der Welt! Aber wenn auch — ich habe schon graue Haare zu viel, um mir noch mehr wachsen zu lassen. Die Sorgen schieb' ich unserm Herrgott zu, der am besten damit fertig zu werden versteht. Inzwischen freue ich mich wieder auf Ostern, das ja gar so fern nicht mehr ist.“

Endlich (1. Juni) wurde ihm die Vertretung eines Domänen-Departementsrathes übertragen, der für drei Monate ins Bad gereist war. Viel Arbeit stand in diesem Decernat nicht in Aussicht, aber Hermann hoffte, man würde ihm noch ein kleines Decernat aus der Abtheilung des Innern dazugeben. Mit dem neuen Präsidenten, den er in Frankfurt vorgefunden hatte, war er zufrieden. Er „macht einen guten Eindruck", urtheilte Hermann, „er scheint zugleich tüchtig und angenehm zu sein; also endlich mal wieder einen tüchtigen Vorgesetzten! kann man wohl ausrufen". Sein Interesse für Landwirthschaft kam ihm bei der Domänenbewirthschaftung wohl zu statten, und er ließ es sich nicht nehmen, Anfang August einmal einen Theil der Domänengüter während acht Tagen selbst in nähern Augenschein zu nehmen.

Ende August kam der Domänenrath aus dem Bade zurück, und am 1. September reiste Hermann in Urlaub nach Böddeken, den er sich in Voraussicht weiterer Beschäftigungslosigkeit zur rechten Zeit verschafft hatte. Im October gab es dann wohl noch einmal eine anstrengende dreitägige Bezirks-Commissionssitzung mit den erforderlichen Vorbereitungen, aber seit 24. October genoß er volle Muße. Da er Ende November doch wieder zum Landtage einrücken mußte, so war es nicht mehr der Mühe werth, ein eigenes Decernat für ihn zu schaffen. Man überließ ihm einige Präsidialia und damit basta: „Jetzt ist es mit dem Arbeiten aus, und es liegt mir nur gleich einem Pensionär die Sorge für angemessene, nützliche und angenehme Beschäftigung ob." Zum Glück hatte er noch immer das Interesse für familienhistorische Forschungen bewahrt, und sie waren es auch, die ihn jetzt am eifrigsten beschäftigten. „Die Historiographie", meinte er, „ist ein Bandwurm, der so leicht nicht stirbt."

Allein er konnte sich damit über die Leere und Zwecklosigkeit seines Frankfurter Daseins unmöglich hinwegtäuschen.

„Berlin liegt mir eigentlich noch gar nicht im Sinne," schrieb er kurz vor Wiedereröffnung der Session, „es hat fast keinen Reiz mehr für mich und wird hierin vielleicht nur durch Frankfurt insofern übertroffen, als ich mir sagen kann, daß ich genau für nichts und wieder nichts, also jedenfalls zweckloser hier bin als in Berlin."

Dabei fühlte er sich auch in geselliger Hinsicht in Frankfurt vereinsamt. Unter der jüngern Gesellschaft war wenig, was ihm zugesagt hätte. Das Tanzen hatte er völlig aufgegeben und entschuldigte sich, wenn Aufforderungen dazu an ihn ergingen, mit seinen Beinen, die zwar gut seien zum Laufen, aber nicht zum Tanzen. So führte er denn ein eingezogenes Stubenleben, das nur durch einsame Spaziergänge und kalte Bäder des öftern unterbrochen wurde. So viele seiner Bekannten waren, nur zu wenigen Familien scheint er in regern Verkehr, zu niemanden in nähere

Beziehung getreten zu sein. Der damalige katholische Pfarrer, Dr. Warnatsch [1], gefiel ihm wohl; er besuchte ihn auch jedesmal, bevor er zum Landtag nach Berlin reiste oder wenn er von da zurückkehrte; aber in ein näheres Verhältniß trat er auch zu ihm nicht. „Der hiesige Pastor", schrieb er schon Juni 1855, „hat vorhin eine vortreffliche Predigt gehalten und mich dadurch nicht weniger erfreut als erbaut." Ein anderes Mal, bei einem Erntedankfest, hatte der Seelsorger seiner Predigt die Erzählung von dem Traumgesicht eines Pfarrers zu Grunde gelegt, der, um Mitternacht in das Chor seiner Kirche versetzt, dort drei Geistergestalten erblickt hatte, die mit Dreschflegeln auf leeres Stroh schlugen. Auf seine Frage: Was drescht Ihr denn da? erhielt er die Antwort: „Wir dreschen den Reichen Tod, wir dreschen den Bauern Noth, wir dreschen den Armen Brod." Nach dem Gottesdienst erschien Hermann v. Mallinckrodt in der Priesterwohnung und schüttete seine Börse auf dem Tisch des Pfarrers aus, deren Inhalt ein beträchtlicher war. „Herr Pastor," sagte er, „nehmen Sie das, ich möchte auch einige Zeit auf Gottes Ackerfeld dreschen." Ueberhaupt war er wegen seiner Wohlthätigkeit in der Frankfurter katholischen Gemeinde bekannt. Er war selbst Mitglied des St. Vincentiusvereins und unterstützte die verschiedenen katholischen Vereine durch namhafte Geldbeiträge.

Mehr noch nützte er der Gemeinde durch das leuchtende Beispiel in Ausübung seiner kirchlichen Pflichten. Täglich wohnte er der Frühmesse bei, Sonntags war er im Amt und in der Predigt, alle vier Wochen sah man ihn am Tisch des Herrn. Auch sonst beschäftigten ihn religiöse und ernste Gedanken.

„Zunächst, liebe Geschwister," schrieb er Juni 1856, „möchte ich für den Fall, daß Ihr nicht schon damit zuvorgekommen seid, einen Gedanken anregen, den ich nach allen Seiten hin für gut halte — die Stiftung von Anniversarien bei Paulinens Kapelle. Ich habe mich zwar schon bemüht, dem seligen Onkel einen Ablaß zu verdienen, aber das bleibt doch unsicher, und besser ist besser. Sodann liegt in der Stiftung ein geziemender Dank für Pauline und eine erste Basis für feste Begründung des Kapellengottesdienstes."

Zugleich knüpfte er an diesen Vorschlag eine Erinnerung, des Vaters Grab wieder besser zu pflegen, und gibt Rathschläge, wie dies am besten geschehen könne nach seinen Beobachtungen auf dem Friedhof in Frankfurt.

Die neue Landtagssession sollte aber Hermann bald wieder völlig in Anspruch nehmen, so sehr, daß er selbst an seinen Weihnachtsferien zu zweifeln begann. „Weihnachten und Ehescheidungsgesetz, das sind die Fragen!" schrieb er schon am 9. December. Auch in dieser Session fand sich neben vieler Gegnerschaft wieder mancher Berührungspunkt mit v. Gerlach und auch manche Begegnung mit der Regierung.

---

[1] Nachmals Erzpriester in Großglogau.

„Ich bin zu meinem Bedauern nicht selten während meiner Kammermitgliedschaft in der Lage gewesen," erklärte Mallinckrodt 3. Februar 1857, „dem Herrn Cultusminister entgegentreten zu müssen, und ich habe dies insbesondere auch als Commissionsmitglied bei den Berathungen der Gesetzvorlagen 1853 thun müssen. Aber eben deshalb ist es mir auch eine angenehme Pflicht, im vorliegenden Falle der Staatsregierung und dem Herrn Cultusminister meinen Dank auszusprechen für den uns jetzt vorgelegten Entwurf. Ich möchte nur die Hoffnung daran knüpfen, daß dies ein Beispiel von günstiger Vorbedeutung sein möchte für die Regulirung auch den übrigen verwandten Gebieten angehöriger Verhältnisse, die noch auf Regulirung warten."

Als 1. April die schlesische Zehntfrage auf einen neuen Antrag Osteraths wieder zur Sprache kam, bemühte sich der diesmalige Berichterstatter, den im letzten Jahre von Mallinckrodt ausgearbeiteten Bericht als einseitig und confessionell gefärbt herabzusetzen. Dagegen erhob sich Osterrath, indem er die großen Vorzüge jenes Berichtes vor Augen stellte und daran erinnerte, daß Mallinckrodts vorigjähriger Bericht sowohl in der Commission wie vor dem hohen Hause den allgemeinsten Beifall geerntet habe. Mallinckrodt aber erklärte:

„Ich huldige dem Grundsatze, daß nur derjenige für sich Recht beanspruchen mag, welcher zugleich auch seinerseits gewillt ist, jedes andere Recht in vollem Maße anzuerkennen. Dies setzt hinwiederum einen entsprechenden Grad von Unparteilichkeit voraus, und ich meinerseits wache mit einiger Eifersucht darüber, mir den Ruf unparteiischen Strebens zu bewahren."

Erst dann ging er zu einer sachlichen Kritik des neuen Berichtes über, dessen Widersprüche und Inconsequenz er nachwies.

Er selbst war Berichterstatter der Commission über die verwickelte und schwierige Materie des westfälischen ehelichen Güterrechtes, was ihn wochenlang vollständig und ausschließlich in Anspruch nahm. Außerdem aber brachte die Session mehrere sehr anstrengende und aufregende Debatten. Die Finanzfrage, bezw. die neuen Steuervorlagen erregten so großes Interesse, daß sämmtliche Oppositionsparteien, durch die Rechte von den Commissionen fast gänzlich ausgeschlossen, unter v. Patows Vorsitze zu einer freiwilligen Specialcommission sich vereinigten, an deren Sitzungen alle übrigen Mitglieder der betreffenden Fractionen freiwillig theilnahmen. Auch Mallinckrodt interessirte sich lebhaft für die Fragen der Gebäudesteuer und Salzsteuer, aber in keiner dieser Fragen drang seine Ansicht durch. Seine ruhmvollsten Tage in dieser Session fielen zusammen mit der bedeutendsten und wichtigsten Debatte, der über das neue Ehescheidungsgesetz. Es bedeutete dies Gesetz allerdings für das evangelische Preußen einen Fortschritt zum Guten, indem die Ehescheidung erschwert wurde; den katholischen Preußen aber zwang es evangelisches Kirchenrecht und evangelische Grundsätze auf. Deshalb wurde

es, sofern es ein allgemeines Gesetz sein sollte, von den Katholiken mit aller Macht bekämpft, insbesondere von Reichensperger und Mallinckrodt „mit der ganzen Ueberlegenheit" — wie damals die „Augsburger Allgemeine Zeitung" schrieb —, „welche diesen Rednern ihre religiöse Stellung gerade in dieser Frage gibt". Dasselbe Blatt verglich „die klaren, nach allen Seiten hin sicheren und bestimmten Auseinandersetzungen" dieser „Parteiführer" mit den schwülstigen, mit Bibelstellen und allerhand anderem Apparat überladenen Reden der Rechten. Nach seinem Bericht wurde „selbst Reichensperger vom Reichthum des Stoffes, den er gewöhnlich geschickt zu beherrschen weiß, überwältigt, während Hermann v. Mallinckrodt den Gesetzentwurf von demselben katholischen Standpunkte aus beleuchtete in einer Rede, welche sich durch einen prunklosen, enggeschlossenen Gedankengang, der sich nie von der Sache entfernte, auszeichnete". Auch die Rede des ehemaligen Kreuzzeitungs-Redacteurs und Irvingianers Wagener „hielt der Entgegnung Mallinckrodts nicht Stich".

Es war eine glänzende, großartige Debatte, die während mehrerer Tage das ganze Land in Spannung erhielt, und welcher die ernste und würdige Haltung des Hauses und die glänzenden Leistungen der Redner noch mehr Ansehen verliehen. Selten hatten bis dahin Verhandlungen der preußischen Landesvertretung so aufklärend und bestimmend auf das Urtheil der Oeffentlichkeit eingewirkt. Die Regierung hatte große Anstrengungen gemacht, den Sieg des Gesetzes zu sichern, für das der König sich persönlich stark interessirte, aber der Kampf endete mit ihrer Niederlage. Es erregte ein ungeheures Aufsehen im Lande, als bekannt wurde, daß mit 173 gegen 134 Stimmen das Gesetz verworfen sei. Die Ehre des Tages war zum guten Theil auf seiten Mallinckrodts.

Aber noch sollte eine Sitzung kommen, die in ganz anderer Weise ihn in seinem Innersten berührte. Es war am 17. März 1857. Um den Berichterstattern der Presse ein genaueres Verfolgen der Reden zu ermöglichen, hatte man auf vielfaches Andringen der öffentlichen Blätter die Rednerbühne in die Ecke der rechten Seite des Hauses verlegt. Auf der Tagesordnung stand die Berathung des Cultusetats, und Regierungsrath Otto aus Düsseldorf eröffnete die Discussion. In heiterster Stimmung hatte er noch zu den Freunden gesagt, er werde die neue Tribüne einweihen. Ein schöner kräftiger Mann von blühendem Aussehen, in der ersten Hälfte der vierziger Lebensjahre, stand er da, um, wie oft zuvor, in ruhiger, sachlicher Weise die Rechtskränkungen und Uebelstände, unter denen die katholische Kirche in Preußen litt, vor den Vertretern des Volkes darzulegen. Da er aus dem äußersten Ende des Saales nicht überall verstanden werden konnte, erhob sich der Zuruf: „Lauter! lauter!" Der Redner verstärkte die Stimme, doch schon nach wenigen Worten stockte er, wiederholte den begonnenen Satz,

faßte mit der Hand nach dem Herzen. „Meine Herren", sagte er mit schwacher Stimme, „ich bedauere recht sehr, ich kann nicht fortfahren." Sein Gesicht entfärbte sich, und er brach zusammen. Mehrere Abgeordnete und die Minister eilten zur Stelle und trugen ihn auf eine Bank, dann von hier in das Zimmer der Minister. Drei Aerzte aus der Versammlung boten ihm Beistand. Der Präsident unterbrach die Sitzung erst auf zehn Minuten, um sie dann auf den folgenden Morgen zu vertagen. Während Pfarrer Thissen den Freund in den Armen hielt und ihm Stoßgebete zuflüsterte, ertheilte ein anderer der geistlichen Abgeordneten dem Sterbenden die letzte Oelung. Mitten unter den katholischen Abgeordneten, die knieend den Sterbenden umgaben, kniete der Cultusminister v. Raumer, der Otto so oft als Gegner gegenübergetreten war.

„Eines Bildes will ich erwähnen," schrieb Hermann einige Tage später an seinen Bruder: „der Minister v. Raumer knieend und in Thränen neben dem sterbenden Otto, während der Ertheilung der heiligen Oelung, und eines einmüthigen Actes von unserer Seite: der Committirung einer Deputation, um dem Cultusminister für seine Theilnahme zu danken — beides scheint mir bezeichnend für die Situation."

Hermann selbst war tief erschüttert. „Ich danke Dir", schrieb er dem Bruder, „für die Theilnahme an dem tragischen Tode Otto's, von dem ich vielleicht sagen kann, daß er mir der Liebste im hiesigen Kreise war." Otto's Gattin war Mitschülerin Paulinens und Freundin der beiden Schwestern Mallinckrodts, Otto selbst mit ihm verbrüdert durch Gemeinsamkeit der Bestrebungen und Anschauungen, wie durch manchen gemeinsam Seite an Seite miteinander ruhmvoll durchgefochtenen Kampf für die Rechte der Kirche.

Angenehme Unterbrechungen der aufregenden Landtagssitzungen hatten wieder die Besuche in Böddeken geboten. Zu Weihnachten nahm er A. Reichensperger mit, um ihm die St. Meinolphuskapelle zu zeigen, zugleich ihn mit seiner Familie bekannt zu machen. Auch ein gemeinsames Familien-Diner mit Wilderich v. Ketteler und Graf Joseph Stolberg wurde für diese Gelegenheit verabredet. „Reichensperger", schrieb er, „würde mit Stolberg jedenfalls recht gerne zusammentreffen; auf Ketteler hält er weniger, kennt ihn aber auch weniger und würde durch besseres Kennen auch wohl mehr auf ihn halten lernen." Für die Osterferien galt der erste Besuch dem lieben Erfurt. Dann aber hatte Hermann diesmal aus eigenem Antrieb seinem Bruder einen Vorschlag gemacht, ähnlich dem Paulinens, der ihm zwei Jahre früher so ungelegen gekommen war. „Ich gebe zu erwägen," schrieb er an Georg, „ob es nicht angemessen sein möchte, wenn wir uns in Paderborn zusammenfänden und dort bis zum Samstag blieben, um die Chartage etwas ernster zu nehmen, als in Böddeken zu geschehen pflegt. Doch ich submittire."

Inmitten der parlamentarischen Arbeiten hatte Mallinckrodt die Nachricht getroffen, daß ein Geschäftsmann, in dessen Verwaltung ein Theil von seinen und seiner Schwester Bertha Kapitalien sich befanden, wegen Kassendefecte arrestirt sei. Ein bedeutender Vermögensverlust schien sicher, so daß Hermann meinte, für 50 % wollte er seinen Anspruch wohl verkaufen. Indessen konnte ihm dies die Ruhe nicht rauben, es schien ihn kaum zu berühren.

„Das Schiff ‚Rückersfeld' ist gestrandet," meldet er seinem Bruder, „er sitzt im Kreisgefängniß und gesteht, x Reichsthaler Kassendefecte zu haben. Die Abwicklung wird für uns nicht ganz einfach sein." „Lieber Georg," schrieb er acht Tage später, „wer ist Mammon? was ist Mammon? Mammon ist ein Ding, an dem nicht nur Rost und Motten, sondern auch Rückersfelde fressen. Ich lasse mir aber durch solche Gethiere die Laune nicht verderben, sondern weiß verschiedene Trostgründe zu finden."

Hermann nahm nach seiner gewohnten entschlossenen Art die ganze Sache in die Hand, bald war die Lage geklärt, er hoffte, daß die Arrestfrage sich bald gütlich lösen werde. Der Verlust war lange nicht so hoch, als es anfangs geschienen. Hermann schätzte ihn auf 1100 Thaler, „was sich noch verwinden läßt", und „am liebsten" war ihm, daß er mit der Frau des unglücklichen Geschäftsmannes sich zu beiderseitiger Zufriedenheit benommen und verständigt hatte.

Bei der Rückkehr nach Frankfurt, das er nach manchen kleinen Querfahrten und Besuchsreisen 4. Juni erreichte, sah er sich von allen Seiten aufs freundlichste empfangen und hatte Mühe, allen Einladungen in befreundete Familien und allen geselligen Anforderungen nachzukommen. Die junge Gesellschaft hatte sich während seiner langen Abwesenheit in ganz wünschenswerther Weise ergänzt und vermehrt, im übrigen „spielte die Kegelbahn als tägliches Kaffeevergnügen die Hauptvioline". Sein körperliches Befinden war gut, und ebenso seine Stimmung. Zunächst war ihm auf sechs Wochen das ihm angenehmste Decernat, das der Communalsachen, übertragen, Ende Juli bis Ende August übernahm er dann das Polizeiwesen. Da er klar voraussah, er würde während der folgenden Monate in Frankfurt völlig überflüssig sein, war er entschlossen, für October, November und December unter Verzicht auf sein Gehalt um Urlaub einzukommen, der dann entweder auf Böddeken oder auf einer größern Reise zugebracht werden sollte. Nun war aber auf den 23. August dieses Jahres (1857) die feierliche Einweihung der St. Meinolphuskapelle bei Böddeken durch Bischof Konrad Martin von Paderborn anberaumt worden, und die Geschwister drängten Hermann, an der Feierlichkeit theilzunehmen. Die Amtsgeschäfte waren kein Hinderniß, denn sie waren für Hermanns Arbeitskraft ohnehin viel zu gering. Aber durch einen Urlaub im August fürchtete er den großen Winterurlaub zu gefährden. Allein von Bertha bearbeitet, mußte er doch zugeben, das Böddeker Fest allein werde eine nächtliche Eisenbahnfahrt lohnen,



Die St.-Meinolphus-Kapelle bei Böddeken.



„weniger um des momentanen Vergnügens, als um der künftigen Erinnerung willen, und um bei keiner Haupt- und Staatsaction im Thale St. Meinolphi zu fehlen". Auch sagte er sich, daß, im Falle er nicht komme, Georg ihm dies Ausbleiben im Leben nicht vergessen, sondern des öftern als Ursache mancher Uebel vorhalten werde. Ueberdies wußte er aus Erfahrung, daß bei solchen festlichen Gelegenheiten sein Bruder stets vor Aufregung ganz krank werde, und dann die Frau Schwester einer sichern Stütze bedürfe. Am 15. August war „die Schlacht der Zweifel" geschlagen und ein vierzehntägiger Urlaub eingeheimst.

„Ich hoffe", schrieb er, „auf der Frau Schwester Wohlbefinden und gute Laune, indem ich übergroße Anstrengung und Sorge ehrerbietigst widerrathe. Ich hoffe auf gutes Wetter und heitere Tage. Es ist komisch, sobald —

‚im Herzen das heimische Posthorn klingt,
der Muth in der Brust über die Acten springt,' —

würde der Dichter sagen."

Samstag Morgen, den 22. August, traf er in der Heimat ein. Am folgenden Tage war die erhebende Feier, und Hermann war anwesend, als Konrad Martin nach vollzogener Consecration mit Mitra und Stab, von zahlreicher Geistlichkeit umgeben, aus der Kapelle heraustrat und den zur Feier herbeigeströmten Volksschaaren die Bedeutung des neuerstandenen Heiligthums in begeisterter Rede ans Herz legte.

In Frankfurt erwarteten ihn bei der Rückkehr die Vorbereitungsstudien für die am 24. September zusammentretende Bezirkscommission, die ihm drei Tage lang Gelegenheit bot, sich gründlich heiser zu sprechen. Wenige Tage später, 30. September, hatte er sich den geplanten dreimonatlichen Urlaub, wenn auch einstweilen nur mündlich, dergestalt von Berlin mitgebracht, daß er schon folgenden Tages hätte abreisen können. Doch zog er es vor, erst noch seine verschiedenen Angelegenheiten zu ordnen.

Es war so mancherlei, was ihn während des diesjährigen Frankfurter Aufenthaltes beschäftigt hatte. Wegen des kranken Griesheim wurde eine umfassende Correspondenz geführt, sowohl mit den Aerzten wie mit dessen Verwandten, und es war lange fraglich, ob nicht wegen Griesheims Zustand der ganze Reiseplan für die Herbstmonate aufgegeben werden würde. Auch ein neuer Gutskauf war in Sicht. Nachdem man Februar 1856 von Küchen aus den Verkauf abgelehnt hatte, war Heddinghausen in Betracht gekommen. Hermann antwortete sehr nüchtern auf Georgs Berichte: „Mit Deinen Urtheilen bin ich, wie gewöhnlich in derartigen Dingen, völlig einverstanden und unterwerfe mich deshalb auch von vornherein Deinen ferneren Thaten, wobei ich nur den Gesichtspunkt festzuhalten bitte, daß der Kauf nur in dem Falle rathsam sein kann, wenn die Kaufsumme sich anständig verzinst."

Auch sonst war manches an dem Gute auszusetzen, und der Kauf kam nicht zu stande. Weit mehr aber beschäftigte Hermann v. Mallinckrodt um diese Zeit ein anderes Unternehmen, das vielleicht an seiner Bedächtigkeit im Gutskauf mit die Schuld trug.

Etwa vier Meilen von Frankfurt liegt die Festung Küstrin, die Hauptstadt der Neumark, damals mit 14 000 Einwohnern, unter denen eine Anzahl Katholiken sich befand. Heute kommen auf 15 000 Einwohner 780 Katholiken. Eigenen katholischen Gottesdienst hatte aber die Stadt nicht, sie war dafür in früherer Zeit angewiesen auf das Cistercienserkloster Neuzelle, das, acht Meilen von Küstrin entfernt, ehemals dem Gebiete von Sachsen zugehörte. Von hier kam alle Jahre einmal ein Priester nach Küstrin, um daselbst in einer Stube Gottesdienst zu halten und den Gläubigen die Gelegenheit zu bieten, den heiligen Sacramenten sich zu nahen. Nachdem 1815 Neuzelle sammt der ganzen sächsischen Niederlausitz preußisch geworden, war der Cistercienserconvent alsbald aufgehoben und das Klostervermögen in anderer Weise verwendet worden. Aber die Weltgeistlichen, die jetzt in Neuzelle an die Stelle traten, setzten die jährlichen Besuche in Küstrin fort. Hermann v. Mallinckrodt, von der Nothlage der Küstriner Katholiken aus eigener Anschauung unterrichtet, war entschlossen, alles einzusetzen, um hier Abhilfe zu schaffen.

„Den allernächsten point de vue", schrieb er 12. Juli 1857 an seiner Bruder, „bietet die Gründung eines Kirchensystems in Küstrin, in welcher Angelegenheit ich vorgestern nach Neuzelle gewesen bin, und Mittwoch mit dem Neuzeller Erzpriester und dem hiesigen Pfarrer nach Küstrin zu fahren beabsichtige. Ein zu zwei Dritteln verschuldetes Haus haben wir, aber auch nicht viel mehr. Wir werden ja sehen, wie der Hase läuft."

Ein Kirchenbau stand von vornherein fest. Graf Joseph Stolberg als Präsident des Bonifatiusvereins wurde alsbald brieflich ins Interesse gezogen. Dann benützte Hermann seine Reise zum Böddeker Fest, um mündlich mit ihm zu unterhandeln. Wahrscheinlich war schon bei einem Besuche Stolbergs bei Mallinckrodt in Frankfurt a. O. im October 1856 die Frage besprochen worden, indem damals Mallinckrodt bemerkte, daß sie „den Kreis der sie berührenden Dinge so ziemlich durchgesprochen" hätten. Es erhob sich bald das hübsche, gotische Kirchlein; das Hauptverdienst dafür gebührt den Bemühungen und Opfern Mallinckrodts. Während der Sorgen um den Bau begegnete es ihm in einem Zustand der Zerstreutheit, als er gerade dem Architekten den Plan und einer befreundeten Dame, Frau v. Schwarzkoppen, ein Bild zuschicken wollte, daß er die beiden Rollen verwechselte. Frau v. Schwarzkoppen war sehr überrascht, statt dessen, was Hermanns Brief ihr ankündigte, den Bauplan einer Kirche vor sich zu sehen, und mußte sich der zerstreute Assessor dafür einigen Hohn gefallen lassen.

Wichtiger noch war es aber, für den Unterhalt eines Priesters zu sorgen, der die Seelsorge in Küstrin übernehmen sollte. Hermann warb daher unter seinen Bekannten und Freunden, auch bei anderen gut katholischen und als wohlthätig bekannten Familien um jährliche Beiträge und zeichnete selbst einen bestimmten Jahresbeitrag. Zur Einbringung und Verwendung dieses Fonds wurde eine „Vereinigung" gestiftet mit festen Statuten unter dem Namen und Schutze des hl. Meinolphus. § 7 des Statuts, dessen Original jetzt im Archiv der katholischen Pfarrei in Küstrin niedergelegt ist, enthält die Bestimmung, „daß jährlich, solange die Mission Küstrin besteht, eine heilige Messe für das Heil der Seelen der Mitglieder der Einigung gelesen werde". Diese Einigung trat am Feste des hl. Joseph, 19. März 1858, ins Leben und hat von diesem Jahre an die Mission in Küstrin unterhalten, die erste und älteste der „auf Einigung" gegründeten Missionen in Deutschland.

Es ruhte unverkennbar der Segen auf dieser Stiftung. Schon nach zehn Jahren war so viel Kapital abgetragen, daß von da an jährlich nur mehr 100 Thaler an die Missionen zu zahlen war und von den Ueberschüssen Staatspapiere gekauft werden konnten. Am Jubelfeste Pius' IX. schenkte dann eines der Mitglieder der Einigung für die Dotation Küstrins eine Obligation von 1000 Franken. Als dann noch das Vermächtniß eines Katholiken der Diöcese Augsburg von 3000 Gulden vom Bonifatiusverein dieser Mission zugewendet wurde, konnte dieselbe definitiv fundirt werden. Anfang August 1871 theilte eines der Vorstandsmitglieder des Bonifatiusvereins Mallinckrodt das freudige Ereigniß mit in den Worten: „Ihr Werk ist jetzt vollendet!" Derselbe Geschäftsführer des Bonifatiusvereins dankte ihm jetzt auch namens der Mitglieder der Einigung und in seinem eigenen Namen für „die vielen Bemühungen, welchen er sich in dieser Angelegenheit unterzogen, und ohne welche sie heute nicht da ständen, wo sie jetzt stehen". „Ich bin überzeugt," schrieb er schon eingangs des Briefes, „daß Ihnen diese Nachricht eine nicht geringe Freude machen wird, und daß Sie darin eine kleine Belohnung für Ihre Anstrengungen, wovon die Acten so manche Beweise liefern, finden werden." Das gute Werk trug auch Früchte noch für andere Missionen, indem mehrere Mitglieder der Einigung, jetzt einmal mit diesem Werk christlicher Liebe vertraut geworden, alsbald ihre Beiträge anderen dürftigen Missionen zuwendeten. Für Hermann v. Mallinckrodt war es nur ein Glied in der Kette von vielen im Geiste wahren Christenthums vollbrachten Edelthaten.

---

4. Die italienische Reise (1857—1858).

Der Plan der großen Reise war, wie Mallinckrodt 13. August 1857 an seinen Bruder schreibt, „weniger aus Reiselust, als aus dem Gefühl entsprungen, daß er während gedachter Monate in Frankfurt völlig überflüssig sei“, dabei aus der Erwägung, daß diese Reise und besonders der Aufenthalt in Rom geographisch, historisch, politisch und religiös zugleich ihm nützlich sein würde. Eine Nebenerwägung war, daß der Reiseurlaub leicht die Brücke zum Uebergang in ein anderes Regierungscollegium, wo möglich im Westen, bilden könnte.

Seit seinen Knabenjahren war Hermann viel und gerne gereist. Jetzt als Mann trug er sich fast alle Jahre mit großen Reiseplänen. Dabei hielt er aber darauf, daß man in der „richtigen Verfassung“ sein müsse, „wenn man mit gutem Erfolg für Leib und Seele die Welt durchstreifen und Eindrücke sammeln will, die einen kleinen Schatz von Beobachtungen und Erinnerungen für die ganze Zukunft ausmachen“. 1851 war er schon fest entschlossen, und war der ganze Reiseplan entworfen, der nahezu halb Europa umfaßte und mit einer „Pilgerfahrt zur Hauptstadt der Welt und dem Grabe des hl. Petrus“ abschließen sollte. Aber auch der Plan einer Orientreise tauchte immer wieder auf. Rom und Jerusalem waren die beiden Pole für die Welt seiner Reiseträume. Es war ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß er an den Orient so häufig und so lebhaft erinnert wurde. Schon auf der gemeinsamen Fahrt mit den Geschwistern (1843) hatten die Erzählungen junger Italiener, die eben aus dem Orient zurückgekehrt, ihn mächtig angeregt. Auf der schwedischen Reise (1854) hatte er lange einen preußisch-türkischen Militär, Namens Wendt, der eben von Constantinopel kam und dahin zurückkehren wollte, zum Reisebegleiter. In Erfurt war 1853 für lange Zeit „sein Tischnachbar und Hauptverkehr Baurath Salzenberg, der ein halbes Jahr in Constantinopel gewesen war und ein Werk mit Zeichnungen über die Sophienkirche herausgegeben hatte. Dieser hatte ihm auch bereits geholfen, sich in Constantinopel etwas umzusehen.

„Ich stecke es nun bald auf,“ schrieb er Mai 1856 in Bezug auf das Reisen an seinen Bruder, „noch gelegentlich nach Rom und mal nach Frankreich, vielleicht auch mal eine Pilgerfahrt nach dem Heiligen Land, — dann denke ich, kann Reisefeierabend gemacht werden und man kann sich auf Promenaden in der Umgegend beschränken oder zur Erholung auf seine Güter reisen, wenn man deren hat.“

Gewöhnlich war er am meisten voller Pläne, wenn er gerade von einer Reise nach Hause kam. März 1857 war eine „Generalbummelei durch Westfalen und Rheinland, von Wehrden bis Aachen oder Antwerpen“ in Aussicht genommen mit einem „Ritt durch das Herzogthum Westfalen“;

im Mai war eine eingehende Bereisung von Holland und Belgien, im Juli eine solche von Steiermark geplant.

Am ausführlichsten aber sprach er sich über das aus, was er in Bezug auf das Reisen im Sinne trug, als er September 1854 eben von seiner „Wickingerfahrt" zurückgekehrt war.

„Die Hauptsache bleibt doch", schrieb er, „die Eröffnung des geschwisterlichen Geheimnisses, daß diese Reise (nach Schweden) nur eine Art von Probereise ist und ich mich seit länger mit etwas weiter reichenden Plänen trage. Im nächsten Sommer möchte ich nämlich die orientalisch-italienische Reise ins Werk setzen. Ich erwarte davon weniger besondern Genuß als vielmehr einen, freilich schwer definirbaren und schwer greifbaren Nutzen. Wenn man die Weltgeschichte nicht in ihren kleinen Zügen, sondern epochenweise ins Auge faßt, wenn man auf die werdenden und verschwindenden Völker, die Verwandlung der ältesten Culturſitze in Wüsteneien, auf die Bedeutung des Christenthums, das fortdauernde Ringen zwischen ihm und dem Heidenthum achtet, wenn man die Wahrheit nicht z. B. aus irgend einem beschränkten nationalen Standpunkte, sondern, ich möchte sagen, aus dem Gesichtspunkte Gottes anzusehen und zu verstehen wünscht, um danach demnächst auch richtige Zielpunkte für die Gegenwart aufzufinden, — dann muß man die Gegenden durchreisen, über die der befruchtende und der verwüstende Strom der Geschichte sich gewälzt hat. Ich erwarte von einer Reise längs der Donau über Constantinopel, ein Stück Kleinasien, Jerusalem, Griechenland und Italien eine gewisse Abrundung in Wissen und Glauben, in Kopf und Herz. Ich meine, es muß sich dadurch der Blick erweitern und heller werden vor den Augen. Nach England, Frankreich, Amerika u. dgl. trage ich gar kein Verlangen. Da ist überall die gewöhnliche europäische Cultur. Jedermann hat einen Ueberrock und einen Frack, wie man das alles zu Hause sehen kann. Man findet dort zwar die Gegenwart, aber keinen Maßstab für die Gegenwart, Christenthum, aber keinen generellen Maßstab für die Massenwirkung des Christenthums. Mir deucht, wenn ich die Reise gemacht hätte, möchte ich nun klüger oder nicht viel klüger wieder kommen, so hätte ich Ruhe. Ich machte, soweit es sich nicht um Specialzwecke handelte, das Reisebuch ein für allemal zu und setzte mich über andere Fragen ins reine und ins feste."

Da er sehr schnell zu reisen pflegte, so daß es selbst in Städten, wie Stockholm oder Kopenhagen, für ihn schon am zweiten Tage kaum noch etwas zu sehen gab, so glaubte er, daß drei bis vier Monate für die ganze Reise genügen würden. Aber nach langem Planen und öfterem Durchkreuzen seiner Pläne durch die Unmöglichkeit des Urlaubs stand es 30. September 1857 endlich fest, daß für diesmal die Fahrt nach dem Orient aufgegeben und die Reise auf Frankreich und Italien beschränkt werden sollte. Der größere Theil seines dreimonatlichen Urlaubs sollte darauf verwendet werden, anstatt eines beschäftigungslosen Daseins an der Frankfurter Regierung.

Am 4. October reiste er von Frankfurt der Heimat zu. 14 Tage später geleitete er seine Schwester, die Oberin Pauline, von Dortmund bis

Elberfeld, 27. October verließ er Köln, am 2. November hatte er Paris bereits sattsam gesehen und wartete auf geschickte Gelegenheit zur Weiterreise. Die Fahrt durch Belgien hatte er schön und interessant gefunden, mit der Grenze aber „schnitt es ab". Frankreich mochte ihm gar nicht gefallen. „Einstweilen bleibt es dabei," schrieb er 6. November auf der Weiterreise nach dem Süden, „daß ich mehr für die Zukunft als für die Gegenwart reise." „Paris ist bis jetzt der einzige Punkt, der einen blühenden Eindruck macht, sonst ist überall eher das Gegentheil der Fall." Er kürzte auch, soviel es anging, den Aufenthalt in den großen Städten ab, um „mehr vom Land zu sehen, mehr frische Luft zu athmen".

„Die schönste große Stadt meiner Bekanntschaft ist Paris, das muß man schon einräumen," meinte er; „aber zu sehen gibt es eigentlich nicht mehr als anderswo. Ich werde nicht so dumm sein, anatomische, zoologische und andere logische Museen, Schlösser, Friedhöfe u. dgl. zu besehen. Das ist alles eines wie das andere."

Nachdem er, pour passer le temps, auch einmal nach Versailles hinausgefahren war, wendete er sich nach Lyon. Von Chalon sur Saone aus machte er seinen Weg zu Wasser auf einem „schmudeligen Dampfer mit mehr unrasirten als rasirten, also vorherrschend schmudeligen Passagieren". In Lyon wollte er nur einen halben Tag bleiben. Er meinte, eine Spazierfahrt durch die Stadt würde für ihn genügen. Immerhin fand er daselbst mehr, als er erwartet hatte. Die ausgezeichneten Seidenfabriken interessirten ihn lebhaft, und ein Souper bei den Josephsschwestern „in stummer Gesellschaft einer auf 20 Fuß entfernten Nonne" machte ihm einigen Spaß. Dazu kam, daß mit der Annäherung an Lyon auch die landschaftlichen Schönheiten mehr hervortraten, die sich bis Avignon stets noch steigerten. „Avignon", meinte er, „läßt sich schwer ein Punkt im eigenen Vaterland an die Seite stellen, höchstens Salzburg." In Paris und Lyon hatte er seine Betrachtungen angestellt über die napoleonischen Bauten, ohne zu einem ganz bestimmten Urtheil zu gelangen. Aber unter allen Umständen fand er diese summarische Behandlung „großartig". Freilich die Kehrseite der Sache war auch großartig: 1000 Franken Jahresmiethe für jedes Fenster auf der Rue Imperiale in Lyon im ersten Stockwerk, 900, 800 u. s. w. in den folgenden Etagen. Sehr schlecht gefielen ihm die Zuaven. Er meinte, sie sähen aus wie die „Halsabschneider", und die Jungens in Aachen würden ihnen mit vollem Rechte „Hurris" nachrufen. Was ihn aber in Frankreich am trübsten berührte, war die stark hervortretende Irreligiosität der Männerwelt. Unter diesem Eindruck sprach er, eben im Begriff, den französischen Boden wieder zu verlassen, sein Gesammturtheil dahin aus: „Eine Betrachtung behielt bei dem allem nach wie vor Oberwasser — seid zufrieden und freut Euch des Lebens in valle S. Meinulphi."

Das Boot über Genua und Livorno hatte der Reisende verfehlt. Es blieb nichts übrig, als auf dem schon dicht besetzten Paketboot „Hellespont", das direct nach Civitavecchia fuhr, einen Platz zu kaufen. Am Morgen des 9. November stieg er von Marseille hinauf auf die Bergeshöhe zur Kapelle Notre Dame de la bonne Garde, um dort als angehender Seefahrer noch die heilige Messe zu hören. Am Abend nahm er seinen Platz an Bord des „Hellespont" auf einer Matratze im Salon, denn eine Koje war für ihn nicht mehr zu haben. Spiegelglatt ging die Fahrt gerade nicht, viele waren seekrank, Hermann blieb auch diesesmal verschont. Aber etwas „katzenjämmerlich" war ihm doch zu Muthe. Die ganze Zeit, zwei Nächte und einen Tag, hatte er sich fast beständig auf dem Deck behauptet und war jetzt froh, wieder ans feste Land zu kommen. Die Reise von Civitavecchia nach Rom ward in Begleitung eines englischen Malers auf dem Imperiale der Diligence glücklich zurückgelegt. Aber bei seiner Liebe fürs Landleben und seinem lebhaften Interesse für alles, was die Landbebauung betraf, waren seine ersten Eindrücke keine günstigen. Der Boden war schwer und tief, und wie Hermann glaubte, bei guter Cultur großer Production fähig, aber das meiste lag driesch mit wucherndem Unkraut oder in mageren Weideschlägen, und wo Getreide gestanden, bewies die Stoppel den dürftigen Ertrag. „‚Latifundia perdiderunt Italiam', der Satz klang mir immer von neuem in die Ohren", schreibt er unter dem frischen Eindruck gleich nach seiner Ankunft, „und ich warf die Frage auf, ob es nicht ebenso gut gewesen, ich hätte den Kirchenstaat nie gesehen." Trotz alledem war ihm der Weg in seiner Art interessant erschienen in seiner feierlichen Oede, wo zehn Meilen weit nicht Stadt noch Dorf zu passiren war. Schon war es dunkel geworden, als die beiden Reisenden bemerkten, daß sie an Mauern vorüberfuhren, und ehe sie noch mit sich einig waren, ob es Rom sei, machte ihr Wagen eine Hakenbiegung, und sie erblickten vor sich die Säulenhalle, welche den Platz vor der Peterskirche einfaßt. Sie hatten gewissermaßen den Vatican schon passirt, „den Vatican, der die Welt beherrscht". In Rom selbst „alles still, vollendet gutes Pflaster, mächtige Häuser, wenig Leben".

„Wie unendlich verschieden", schrieb er an den Bruder, „ist dieser Eintritt gegen den Eingang in die modernen Residenzen! Der Abstand war so mächtig, daß dieser Eindruck ungemachter und ungekünstelter Majestät mich mit der Oede des Weges aussöhnte und solche beinahe als nothwendig oder mindestens berechtigt erscheinen ließ."

Zunächst wurde jetzt im Hotel „d'Allemagne" vor Anker gegangen, andern Morgens sofort bei Spitthöver ein Plan der Stadt gekauft, mit Hilfe dessen der muthige Reisende sich über den Corso zum Monte Capitolino bugsirte, um dort in dem preußischen Gesandtschaftshotel die Adresse seines einzigen römischen Bekannten zu erfragen, des Dr. Brunn, Secretärs der

archäologischen Gesellschaft. Er traf ihn zu seiner unangenehmen Ueberraschung kaum in der Reconvalescenz von einer schweren Krankheit, und so hieß es denn für den römischen Aufenthalt sich allein durchzuschlagen. „Bei jeder offenen Kirche einkehrend," spazierte er dann mitten durch die Stadt, fand auch sein Hotel wieder, und es gelang ihm auch schon am ersten Tage, eine ihm zusagende Wohnung zu finden im Mittelpunkt der Stadt, im Hotel „Cesare" (einem Hotel garni), ganz nahe bei der Jesuitenkirche, was ihm für den täglichen Besuch der heiligen Messe in der Frühe sehr angenehm war. Am selben Abend noch wurde er im deutschen Künstlerverein eingeführt, wo er manche interessante Bekanntschaften machte. Die nächsten Tage wurden, soweit das schlechte Wetter es gestattete, „ganz auf apostolische Weise" die Straßen durchwandert und bald an dieser, bald an jener Ecke der Stadtplan studirt, und jeden Morgen „ein blindes Huhn von Vergangenheit und Gegenwart, Heiden- und Christenthum, Bildern und Sculpturen, Landschaften und engen Straßen genossen". Dabei wurde aber auch manche Stunde „in den Büchern geschmökert," damit die praktische Bummelei nicht der theoretischen Unterstützung zu sehr entbehre und auf Abwege gerathe. Sehen, verstehen, orientiren und verdauen war ihm für jetzt die Hauptsache. Wenn dabei weder Unbehaglichkeit noch Langeweile eintrat, vielmehr die Eindrücke im allgemeinen befriedigend waren, so wollte er sich damit gern begnügen. Um ein Schwelgen der Phantasie und des Gefühls war es ihm wenig zu thun.

Obwohl er niemand fand, an den er sich näher angeschlossen hätte, und obwohl er viel frieren mußte und in seinem Zimmer ein Kaminfeuer nöthig hatte, war ihm doch der Aufenthalt in Rom von Anfang an ein sehr behaglicher.

„Für das, was man unter materiellem, bezw. modernem Lebensgenuß versteht," schrieb er einige Wochen später, „ist sehr dürftig gesorgt. Die Küche ist zwar an sich gut, aber ich wüßte gar nicht, wie ich es anfangen sollte, um eine Mittags- und eine Abendmahlzeit zu bekommen. Für den Abend existiren absolut keine Restaurationen, und im eigenen Wirthshaus bekommt man nichts und in den Gesellschaften auch nichts. Um 7 Uhr abends schließen sich alle Thüren und Fenster, die Straßen werden leer, und die Laternenpfähle stehen nicht allzunahe. Von Theatern und Concerten verlautet überaus wenig. Man muß also entweder mit Conversation in der Gesellschaft fürlieb nehmen oder zu Hause gehen, und wenn der Morgen graut, ist an kein gemüthliches Kaffeestündchen zu denken, sondern man muß fröstelnd in den Cafés seinen Kaffee schlucken."

Auch sein Mittagsmahl war nichts weniger als luxuriös.

„Wenn ich nun so mit Behagen auf meine hiesige Existenz zurücksehe," hatte er schon vorher dem Bruder verrathen, „so drängt sich — was Dine höchst interessant sein wird — aber- und abermals Rindfleisch mit Sauerkraut als Haupt- und Leib-

gericht in den Vordergrund, sowie mir auch der Caffè nero, den man nebst Cigarro und Gazetta („Allgemeine“) verdauungshalber zu sich nimmt, nicht geringen Spaß macht.“

„Wie kömmt es nun,“ fragt er in einem seiner Briefe, „daß gleichwohl alle Leute, Gelehrte und Ungelehrte, Fromme und Freidenker, Engländer und Deutsche, Künstler und Nichtkünstler sich hier in außergewöhnlichem Grade befriedigt und behaglich fühlen? Für Menschen von meiner Situation und Sorte begreift sich die Sache; das vorherrschende Interesse ist das kirchliche. Die historischen, landschaftlichen, künstlerischen und archäologischen sowie die ethnographischen und socialen Zugaben bieten angenehme Abwechslung, und der Bärenhunger, mit dem man sich schon 12 Stunden vorher auf die Mahlzeit freut, entschädigt einigermaßen für den hungrigen Magen. Aber bei Leuten, wo das kirchliche Interesse gänzlich fehlt oder sogar ein gegnerisches ist, und wo auch die übrigen Interessen entweder schwächer oder doch nur vereinzelter vorhanden sind, und wo das Materielle eine etwas bedeutende Rolle spielt, da ist die Erklärung schwerer zu finden. Die meisten Fremden gehören zur letztern Sorte, namentlich wenn man die auffallende Einseitigkeit der Richtung mit in Anschlag bringt, welche selbst bei den bedeutenderen Persönlichkeiten die Regel bildet. Aber trotz alledem bleibt es dabei — jeder lobt den Aufenthalt.“

Schon in den ersten Tagen waren die Besuche abgemacht worden, zunächst beim preußischen Gesandten v. Thile, dann bei Cardinal Reisach. Der Empfang war allenthalben ein sehr freundlicher. Auch die Jesuiten suchte er mehrmals auf und einen Kapuziner. Daran schlossen sich die Bekanntschaften in der Künstlerwelt: Cornelius, Achtermann u. a. Besonderes Entgegenkommen bewies ihm Herr v. Cornelius, in dessen gastlichem Hause er auch „ein angenehmes Diner mitmachte, bei welchem Deutsch regierte“. Mehrmals wiederholte er seinen Besuch bei Cornelius und meinte scherzend, er habe dessen Gunst hauptsächlich „durch die schlaue Bemerkung gewonnen, daß seine Sachen studirt sein wollten“. „Eine Bemerkung,“ fügt er bei, „die eigentlich nur den Zweck hatte, mich aus der Affaire zu ziehen.“ Auch bei einer Abendgesellschaft bei Herrn v. Thile unterhielt er sich recht gut, doch im ganzen verkehrte er nur wenig.

Es kam ihm sehr zu statten, daß er seit Lyon sich mit Eifer auf das Italienische verlegt hatte. So konnte er sich zur Noth durchbuchstabiren; wo das Italienische nicht ausreichte, konnte er mit Französisch nachhelfen, und er fand dabei, daß die Italiener „ganz kluge Kerle“ seien. Einige Abwechslung brachte der Ausflug nach Tivoli 22.—24. November, wobei ihm sein Eseltreiber viel Vergnügen machte, der ihm Stücke aus Horaz und Virgil vordeclamirte. Er kam darüber ernstlich in Versuchung, für seinen Neffen und Pathenjungen, Georgs Aeltesten, von den Ruinen der Villa des Herrn Quintilius Varus bei Tibur einen Stein mitzubringen. Schließlich konnte er sich aber doch in diesem patriotisch-poetischen Schwunge nicht bis zur That erheben. Auf dem Rückweg bemerkte er einen jungen Franziskaner,

dem auf der Wanderung unwohl geworden war. Er nahm sich sofort des Kranken an und „spielte den Samaritan". An seiner Seite fuhr der junge Mönch auf Rom zu, wo Mallinckrodt ihn an der Pforte des capitolinischen Klosters ablieferte. Der Mönch wußte kaum, wie seine Dankbarkeit für so große Güte auszudrücken. Mallinckrodt mußte einen Apfel aus seinem Bettelsack annehmen, und mit Hilfe gefalteter Hände und frommen Gesichtes bedeutete ihm der Ordensmann, er wolle ihn recommandare alla Maria.

Bisher hatte der vielgereiste Mann sich stets enttäuscht gefunden, wenn er eines der berühmten Reiseziele erreicht und den eigenen Eindruck mit den im Schwange gehenden Urtheilen verglichen hatte. In Rom zum erstenmal sah er sich überwältigt.

„Rom ist keine Stadt," so schreibt er schon am zweiten Tage nach seiner Ankunft, „die sich in ein paar Tagen à la Paris durchsieht. Sie will nicht gesehen, sondern studirt und betrachtet sein. Sind anderswo die Verhältnisse des Raumes riesig, so ist hier vielmehr dasjenige riesig, was auf dem Raume steht. Und wo es auch nur ärmliche Reste sind, da wohnen doch riesige Erinnerungen und Gedanken in diesen Resten von 3000 Jahren. Es qualmt kein Schornstein in dieser Atmosphäre, aber es ziehen die Geister durch die Luft und es kommt darauf an, die Ruinen der Vergangenheit und den Gehalt der Gegenwart richtig zu erkennen."

Auch nach wochenlangem Studium und Betrachtung wurde es ihm schwer, ein bestimmtes Urtheil über Rom als Stadt zu fällen oder seine Eindrücke in bestimmte Worte zu fassen. Er glaubte, sich mehr in der Negation als in der Position, mehr in Umschreibung und Andeutung als in bestimmter Zeichnung bewegen zu müssen. Die Stadt bot nicht einen bestimmten, klar faßbaren Eindruck, sondern eine Welt von Eindrücken, nicht ein einziges, wenn auch noch so großartiges Bild, sondern das Bild verlor sich im Panorama. So oft der Beschauer den Standpunkt wechselte, ebenso oft wechselte die Landschaft.

„Es ist ein allgemeines Versteck- und Kriegenspielen von jung und alt, von schön und häßlich an Gestalt. Man kann sinnend drein schauen, aber der Mangel dominirender Gestalten (weil so vieles Gewaltige und Große) und die wechselnde Stellung der Einzelheiten hindern das feste Einprägen eines bestimmten Bildes und sind nicht geeignet, scharf einschneidende Effecte zu bewirken. ‚Dafür gestatten sie aber auch nicht,' urtheilte der Vielgewanderte, ‚daß die Gegend langweilig werde, mag man sie auch 365mal besehen.'"

Er sah in Rom vor sich „eine Einheit aus alter und neuer Zeit, eine Personification der Geschichte".

„Man braucht nicht zur Vergangenheit zu reisen," schrieb er dem Bruder, „die Vergangenheit lebt fort und bezeugt sich in der Gegenwart. Sie thut es zum Theil freilich nur durch Ruinen, deren Inschriften jedermann sagen, woher sie stammen und wozu sie dienten, die aber eben dadurch vielfach noch ihren Zweck

erfüllen, wie die Reihe der Triumphbogen oder die Säulen des Trajan und Antonin oder vollends die Reiterstatue des Marc Aurel. Zum andern Theile aber sind die Werke der Vergangenheit positive Trägerinnen der Gegenwart, so das Pantheon des Agrippa, das nur den Cultus gewechselt, so der Theil der Thermen des Diocletian, welcher die mächtige Kirche St. Maria degli Angeli bildet, und viele andere alte Stätten neuer Kirchen. Oder es ragen solche Werke durch die ganze Geschichte der Menschheit hindurch bis in den heutigen Tag hinein, wie die Obelisken, welche uns so gut wie den alten Römern von dem Zeitalter des Sesostris erzählen."

Aber „vor allem" war ihm Rom die heilige Stadt schon durch

„die Masse seiner altchristlichen Erinnerungen, seien es Reliquien, die auf Christus selbst und seine Apostel und zahlreichen Blutzeugen zurückweisen, oder seien es örtliche Erinnerungen. Die Menge derselben ist kaum zu erschöpfen, und im einzelnen treten sie theils durch ihre Bedeutsamkeit an und für sich, theils durch die Art ihres Cultus, namentlich aber durch die unmittelbare Beziehung, in welche sie, gewissermaßen unter Aufhebung des Zeitabstandes, den heutigen Beobachter zu jenen Ereignissen bringen, gleich sehr an das Gefühl wie an den Verstand heran".

In ersterer Hinsicht sprach ihn die Art des Aufbaues der Altäre über den Grabstätten einiger Heiligen und die Anbringung liegender Statuen, wie die der hl. Katharina, Cäcilia, des hl. Sebastian, besonders an. Auch das Colosseum, „das so viel Martyrerblut getrunken", übte auf den Rompilger einen besonders andachtsvollen Eindruck.

„Was die Kirchen anlangt," schreibt er, „deren es in einzelnen Gegenden mehr gibt, als Häuser da sind, so habe ich noch nirgends würdiger gehaltene Gotteshäuser gefunden. Alle, die ich gesehen, sind im Stile des 17. Jahrhunderts. Von Gotik keine Spur. Alle aber machen einen erwärmenden Eindruck, verbinden Reichthum und Pracht mit einer gewissen Einfachheit, strahlen beim Gottesdienst in Fülle von Licht, und wo immer Gottesdienst ist, fehlt es nicht an Publikum in andächtiger Haltung."

Uebrigens bemerkte er doch acht Tage später in einem Brief an die Geschwister:

„Es wird Euch ganz recht sein, wenn ich ernstlich versichere, daß in ganz Rom keine Kirche oder Kapelle ist, die sich architektonisch mit der ad S. Meinulphum messen kann, wieviel Marmor, Gold und Seide, Mosaiken und Fresken im übrigen auch verwendet sind . . .; und wenngleich Cornelius in eine Art von Verzückung fällt, wenn er an die Fresken des Michel Angelo in der Sixtina denkt, so neige ich doch stark zu der Ansicht, daß die Sixtina in summa summarum eine häßliche Kapelle sei. Denn wenn man einen ganz gewöhnlichen, etwas hohen Saal auch noch so schön anpinselt, so gibt das immer noch keine schöne Kapelle."

Den Gottesdienst fand er „zahlreich und würdig und nie unbesucht", nur fiel es ihm auf, daß man gar häufig, ohne von der Feier eine Ahnung zu bekommen, vorübergehen könne. Und manchmal, wenn er zufällig durch den schweren Vorhang eintrat, fühlte er sich durch irgend eine gottesdienstliche Feierlichkeit überrascht.

Ueber den „Senatus populusque Romanus“ war sein Urtheil von Anfang an ein nicht ungünstiges, und je länger er beobachtete, desto mehr fiel es zum Vortheil des Römervolkes aus, wenn es auch nie aufhörte, ein ruhiges und nüchternes zu sein.

„Um alles in ein Wort zu fassen,“ schrieb er, „so sage ich, daß in Rom geradeso wie anderswo mit Wasser gekocht wird. Wenn die Wewelsburger während der Predigt schlafen, so kann man hier die Eminenzen während des Amtes gähnen sehen. Damit nehme ich aber nichts zurück, was ich neulich von dem Gesammteindruck und der Gesammthaltung sagte. Man findet eben überall zum Kritisiren Gelegenheit, wenn man sie sucht, und die Wirklichkeit besteht nicht aus Phantasiegebilden. Ungeachtet aller nüchternen Einzelheiten kommt aber doch ein großartiges Ganzes heraus. Es ist mehr geistiger Gehalt in der Atmosphäre als anderswo, und wenn daneben die gewöhnlichste Alltäglichkeit in mannigfaltigster Weise hervortritt, ja ich möchte sagen, wenn der erste beste Junge ganz harmlos seinen Posten neben die Denksteine grauer Vorzeit setzt, so liegt darin vielleicht gerade der Grund, weshalb sich jedermann hier äußerst behaglich fühlt.“

Nach dem stillen, an ernstem Nachdenken und Betrachten so reichen Aufenthalt in der Hauptstadt der Christenheit sollte für Hermann der Ausflug nach Neapel in der ersten Woche des Decembers den mehr romantischen Theil der Reise bilden. Hierbei fand er, was er in Rom entweder nicht gesucht oder doch nicht gefunden hatte, angenehme, ansprechende Gesellschaft. Im Gasthof zu Terracina, eingekeilt zwischen Meer und wildem Fels, beim späten Diner begannen die Geister sich einander zu nähern. Da war ein gelehrter Franzose, Historiker von Fach, Herr Jules Bonnet[1] aus Paris, „der stets mit der Geschwindigkeit eines Mokkakäfers die gewähltesten Sentenzen zum besten gab“. Er kam, wie er sagte, um in Neapel die Archive zu einer Papstgeschichte des 16. Jahrhunderts zu benutzen. Daß er der Verherrlicher der italienischen Reformationshelden des 16. Jahrhunderts war, und daß das Werk, an dem er arbeitete, dem Andenken Aonio Paleario's galt, das hat wohl Mallinckrodt damals nicht geahnt. Jedenfalls war der Franzose ein gemüthlicher Gesellschafter und fand seinerseits an Mallinckrodt sein Wohlgefallen. Aber anziehender noch war für den deutschen Reisenden ein amerikanisches Ehepaar, Mr. Jonathan Waldburny aus New-York mit seiner liebenswürdigen und feingebildeten Gemahlin. Die neue Verbrüderung wurde nun freilich nicht leicht, denn Bonnet verstand kein Wort Englisch, Mr. Jonathan kein Wort Französisch, und auch die amerikanische Lady war im Französischen nicht stark. Zudem aber war Mr. Jonathan auf einem Ohre etwas taub. Hermann mußte in allem den Vermittler machen. Er

[1] Mallinckrodt hat den Vornamen nicht genannt, aber da Jules Bonnet sich um jene Zeit mit der Papstgeschichte des 16. Jahrhunderts besonders beschäftigt hat, ist die Vermuthung wohl eine berechtigte.

saß bei Tisch stets zwischen der Lady und dem Franzmann, sprach auf der rechten Seite englisch, so gut es gehen wollte, und auf der linken französisch, und durch die Lady wurde auch Mr. Jonathan auf dem Laufenden erhalten. Hermann meinte bald, daß er im Englischen Fortschritte mache, und wenn dieser praktische Unterricht 14 Tage so fortdauere, so würde er pretty well English speaking wieder nach Hause kommen.

Bei einer Ruhepause der lästigen Eilwagenfahrt, in der Gemächlichkeit des schön gelegenen Gasthofs war die neue Freundschaft geschlossen worden; gemeinsame Sorgen und Erlebnisse sollten bald den jungen Bund erproben und befestigen. Das nächste, was überstanden werden mußte, waren die Fährlichkeiten der dreifachen Douanenlinie. Die Mauthbeamten in allen Schattirungen, bald einzeln, bald in Gruppen, gingen das eine Mal sehr gnädig mit dem Gepäck um und verzichteten ganz auf das Oeffnen der Koffer, dann aber baten sie um ein Geschenk. Das andere Mal aber baten sie gleich anfangs um ein Handgeld, mit der Drohung, sonst aufs strengste zu visitiren, oder auch mit dem Versprechen, es leicht nehmen zu wollen. Da kamen sie nun dieses Mal an die Unrechten. Die kleine Gesellschaft hielt stramm zusammen. Es wurde kein Heller bezahlt, sondern den Beamten bedeutet, sie hätten lediglich zu thun, was ihres Amtes sei, für königliche Beamte ziemten sich dergleichen Forderungen nicht, sie hätten daher nichts zu erwarten. Der Erfolg war vollkommen, nichts wurde bezahlt, aber auch kein Schloß geöffnet.

Mit sechs Pferden bespannt rollte dann wieder der Wagen bergan, ein wohlarmirter Soldat obendrauf. Von Miglie zu Miglie unterbrach ein Gendarmerie-Wachthaus die Oede. Es war Nacht, aber heller Vollmond leuchtete. Es war eine Zeit, da das Reisen in jener Gegend keineswegs sicher war, und mancherlei abenteuerliche Erzählungen von Ueberfall und Ausplünderung waren auch damals noch im Umlauf. Hermann störte das nicht. Die schöne Nacht zu genießen, stieg er aus und ging ganz allein dem schweren Wagen voran, bis man auf der Höhe angelangt war.

Die Entschlossenheit und Sicherheit, die er bei diesen verschiedenen Gelegenheiten bewiesen, hatte die beiden Amerikaner ganz für ihn begeistert, und in Neapel angelangt, „übergaben sie sich ihm mit Leib und Seele, wie die Passagiere im Sturm dem Steuermann“. Den nächsten Tag ging es dann auch unter seiner Führung theils zu Wagen, theils zu Esel zu den Karthäusern auf St. Elmo und den Camaldolensern auf Camaldoli. Folgenden Morgens machten sie zu vier einen Spaziergang durch die Straßen, die fora, die Tempel, die Theater, die Wohnhäuser und Restaurationen, die Bäckereien, die Gasthöfe, die Bäder, die Gräber von Pompeji. „Nie in meinem Leben,“ schrieb Hermann, „habe ich einen interessantern Gang gemacht.“ Mittags gegen 1 Uhr schwang sich die kleine Gesellschaft in den

Sattel, und es ging hoch zu Roß den Vesuv hinan, so hoch es möglich war. Die Stimmung wurde dadurch erhöht, daß der Gaul den Franzosen glänzend abwarf, ohne daß es jedoch diesem etwas geschadet hätte. Zuletzt stiegen die vier Wanderer noch zu Fuß mit äußerster Anstrengung $^3/_4$ Stunden lang empor bis zum Kraterplateau, und sahen sich nun dem speienden und krachenden Ungethüm gerade gegenüber. Die Höhe des Kraters, der sich selbst in diesen letzten Jahren erst gebildet hatte, schätzte Hermann auf 80—100 Fuß. Von Minute zu Minute stiegen aus demselben glühende Lavaschlacken 100—200 Fuß in die Lüfte empor. Dann fielen sie zu den Seiten des Kraters herab bis dicht vor die Füße der Reisenden. Diese hoben einige Stücke auf, um Geldstücke als Souvenirs in die warme Masse hineinzuprägen. Nun umkreisten sie den Krater und erstiegen noch einen Punkt der Plateauwand, der mit der Spitze des Kraters gleiche Höhe hatte. Von hier aus sahen sie — vor sich das Meer, hinter sich den Krater, rundum zu den Seiten lachende und städtereiche Fluren von schneeigen Bergen umsäumt — die Sonne eintauchen in den Horizont. Alle waren entzückt von dem Ausflug, Hermann aber auch voll „aufrichtiger Bewunderung der ebenso einfachen als liebenswürdigen und willenskräftigen amerikanischen Lady". Bonnet ging für die Nacht nach Neapel zurück, Hermann und seine Amerikaner aber nach Castellammare, um folgenden Morgens nach Sorrento weiter zu fahren. Während sie in aller Frühe schnell in unzähligen Windungen, bald Berg und Thal, bald Städte und Gärten schneidend, bald das Meer, bald schroffe Felsgehänge zur Seite, die Straße dahinfuhren, warf die Sonne ihre weiten Strahlen nach und nach auf den Vesuv, auf Camaldoli, Neapel, Ischia, auf die ganze Landschaft. Sie „war schön zum Lachen und schön zum Weinen, vor allem aber entzückend schön". In Sorrento schifften sich dann die drei in einem kleinen Boote ein und fuhren direct der Blauen Grotte in Capri zu. Nach $2^1/_2$ Stunden liefen sie daselbst ein, um sich zu überzeugen, daß — das Wasser eine hübsche Farbe hat, und demnächst zurückzukehren, wie sie gekommen waren. Recht gemüthlich wurde es dann am Abend im Gasthof in Sorrento. Im Kamin des Salons brannte ein helles Feuer, rundum standen die Lehnsessel, die Gäste „gossen sich hinein", und Hermann konnte nicht umhin, des Vicar of Wakefield zu gedenken, dem die Stunden besonders lieb waren, wenn er mit seiner würdigen Gattin Deborah, mit den Töchtern Olivia und Sophia, mit Moses, seinem Jungen, und seinen Kleinen am fireside sitzen konnte. „Unter langen Gesprächen ernsten Inhaltes" entsandten die müden Wanderer „des Tobaks Opferwolken".

In der Frühe des 6. December reisten die drei miteinander theils zu Wagen, theils zu Eisenbahn nach Neapel zurück. Es war Sonntag, und da Hermann sich anschickte, ausgerüstet mit seinem Coeleste Palmetum

und der darin befindlichen lateinischen Messe, zum Hochamt zu gehen, bat ihn die Lady, sie dahin mitzunehmen. Die Dame muß Protestantin gewesen sein, denn unterwegs ließ sie sich Auskunft geben über den Ablaß, und Hermann bemühte sich, ihr darüber einen „möglichst lichtvollen Vortrag“ zu halten. Auch am 8. December, dem letzten Tage, den die Amerikaner in Neapel zubrachten, betheiligten sich beide mit Hermann am katholischen Gottesdienste. Es war das Fest der unbefleckten Empfängniß, zugleich der Jahrestag des Attentates auf den König von Neapel. Die gesammte Garnison in glänzender Paradeuniform wohnte der heiligen Messe bei, die im Freien gefeiert wurde. Beim Sanctus erschallten weithin die Signalhörner, und die gewaffneten Linien knieten nieder. Die Amerikaner nahmen einen tiefen Eindruck davon mit, für Hermann aber ging alle Erbauung wieder verloren durch den schlechten Parademarsch, den gleich nach dem Gottesdienst die italienischen Regimenter ausführten. Noch am gleichen Abend reisten die Amerikaner mit dem Dampfboot weiter, „anscheinend zu ihrem eigenen Bedauern“, gewiß aber zu dem Hermanns, für den von da an Neapel begann, „etwas ledern zu werden“. Schon bald nach seiner Ankunft hatte er nach der Feder gegriffen, den Geschwistern „zuzuposaunen, daß diejenigen Recht haben, so da sagen, Neapel sei einer der schönsten Punkte auf Gottes weiter Erde“. Auch hatte ihm die merkwürdige Stadt Gelegenheit geboten, Volksstudien zu machen, die ihn in hohem Grade interessirten, und die, wie er sich überzeugte, nirgends so leicht und so ergiebig sind, als gerade hier. Im Museum hatte er einen ganzen Morgen den Geräthschaften aus Pompeji und Herculanum gewidmet, die seine Aufmerksamkeit aufs äußerste in Anspruch nahmen und ihm die Frage aufdrängten, worin wir denn weiter gekommen seien als die Alten. Aber seitdem die liebenswürdigen Amerikaner fort waren, hatte das alles keine rechte Art mehr, und auch „der Franzuski“ mit seinen schönen Phrasen bot keinen rechten Ersatz. Am 10. December machte Hermann mit dem Franzosen noch einen Ausflug gegen Ischia. Sie wanderten auf den Trümmern umher und suchten die Orte, wo einst reiche, blühende Städte gestanden, wo die römischen Flotten geankert und die Sibylle von Cumä ihre Orakel verkündet. Hermann gedachte fromm der Stelle, wo einst der hl. Petrus gelandet, während „mon ami le professeur“ begeistert declamirte: „Mais le horizon n'a pas changé; c'est le même où Cicéron demeurait méditant ses discours philosophiques, et Néron méditant ses crimes!“

Nach der Heimkehr vertraute Hermann den schwerern Theil seines Reisegepäcks dem gelehrten Freunde und zog am nächsten Morgen weiter dem Süden zu.

„Ich und meine Gedanken reisten allein, aber nobel,“ so lautet sein Bericht, „eine offene Birutsche, drei Pferde breit, vorn Kutscher, hinten Lotterbub, — so

fuhren wir, daß Kies und Funken stoben, den Schlangenweg, welcher durch jähe und zähe Berghänge hindurch bald hoch, bald tief dem Ufer des Meeres bis nach Amalfi folgt. . . . Hier am südlichen Abhang des Gebirgszuges, an dessen nördlicher Seite Sorrento gelegen ist, zeigt die Landschaft einen gänzlich andern Charakter, als dort. Hier gehören normännische Wikingergestalten oder sonstige Wegelagerer in die Staffage, damit das Bild vollkommen werde. Die Städtchen mit ihren südlichen Fruchtbäumen haben sich mit wenigen Ausnahmen in tiefe enge Schluchten versteckt. Ueberall starren mächtige Gebirgs- und Felsmassen, hie und da eine Burgruine tragend und ringsum auf kleinen, niedrigen Felsvorsprüngen zum Schutz gegen Saracenengefahr mit zahlreichen mittelalterlichen Warten umsäumt. Begreiflicherweise fühlte ich mich in solcher Umgebung der germanischen Heimat näher, und es that mir wohl, aus den engen italienischen Straßen hinaus zu einer Burgruine hinan und auf den Thurm steigen zu können, um Umschau zu halten über Berg und Meer. Als ich am Nachmittag zurückfuhr, gesellte sich zu dem bisherigen Hauptelemente der Landschaft ein anderes hinzu. Die sinkende Sonne schräg hinter mir stellte die Felsen und Schluchten und den zwiefachen Berggürtel des Golfes, der nun vor mir lag mit seinen Städten Vietri und Salerno, in so helles Licht und scharfen Schatten, und zeichnete ihre trotzigen Gestalten so kräftig hin zwischen den blauen Himmel und das noch blauere Meer, und dann durchglühte sie den weiten, westlichen Meereshorizont in so blau-gelb-rother Farbeneinheit, während sie ihre letzten Strahlen auf die bewohnten Gestade, und eine Art von Alpenglühlicht auf die Höhen warf, und endlich hüllte sie im Scheiden und bevor die Nacht sich darüber lagerte, Himmel und Erde und Meer in so geisterhaften Dunstkreis ein, daß ich solcher für mich neuer Sprache des Lichtes staunend lauschte und zum erstenmal ohne Vorbehalt und in vollem Maße das Vorrecht des italienischen Himmels anerkannte."

Am Mittag war Hermann in Amalfi, wo er den Dom aufsuchte, „der noch die Gebeine des Apostels Andreas birgt", am Abend hörte er das Rauschen der Wogen im Golf von Salerno. „Das Rauschen der See," schrieb er noch am gleichen Abend, ganz erfüllt von so vielen wunderbaren Eindrücken, „das jetzt, Woge auf Woge, an mein Ohr schlägt, sind nur die Baßtöne im Finale dieser Natursymphonie des heutigen Tages."

Früh vor Sonnenaufgang, mit Proviant und einer Flasche Lacrimä versehen, trat der Wanderer den Weg nach Pästum an, einst berühmt durch Rosenpracht und Reinheit der Luft, jetzt der einzige Punkt in Italien diesseits des Faro, der in seinen großen Tempelruinen einen Begriff von griechischer Architektur im Gegensatz zur römischen zu geben geeignet ist. Aber „wie gewöhnlich," meinte er, „wo viel Geschrei ist, gibt's wenig Wolle". Auf dem Weg dahin gab es für seine Augen nicht viel anderes als Stoff zu landwirthschaftlichen Beobachtungen, und auch diese ließen sich nur ungenügend anstellen, da die Erklärung dazu fehlte und die Kenntniß des Italienischen nicht ausreichend war, um sich solche zu verschaffen. Auch in Pästum selbst fühlte er sich enttäuscht. Statt der bösen Schlangen, die im Sommer da hausen sollten, und die seine Neugierde etwas rege gemacht

hatten, erschienen nur zwei Eidechsen, und die alten dorischen Tempelreste wollten anfangs nicht befriedigen. Zuletzt söhnte er sich doch mit ihnen aus, und als er am Abend nach Salerno zurückkehrte, war es ihm lieb, sie gesehen und die ganze Tour gemacht zu haben.

Der Sonntag-Morgen sollte noch in Salerno gefeiert werden, und schon in der Frühe betrat Hermann den Dom, um am Grabe Gregors VII. zu beten. In dieser Kirche, welche die Gebeine des großen Vorkämpfers der kirchlichen Freiheit und die des Apostels Matthäus umschließt, wohnte er, wie er in der Heimat zu thun pflegte, dem Hochamt und der Predigt bei. Er fand seinen Platz mitten zwischen dem Domkapitel, und wenn er von der Predigt auch fast nichts verstehen konnte, so war sie ihm doch wegen der Gesten immerhin noch interessant genug. Nach dem Gottesdienst stieg er über die Berge nach La Cava; von da brachte ihn die Eisenbahn nach Neapel zurück. Den Abend genoß er im S. Carlo-Theater Symphonie, Oper und Ballet, der vorausgehende Theil des Tages war fortgesetzten Straßenbeobachtungen gewidmet. Es fiel ihm auf, daß die öffentlichen Plätze auch nicht entfernt einen sonntäglichen Anblick boten. Man sagte ihm, daß in Neapel zwar an einzelnen Festtagen, niemals aber an gewöhnlichen Sonntagen der Sabbat geheiligt werde. Da überraschte es ihn, mitten im Gewühl und Geschrei eines großen, tragbaren Crucifixes ansichtig zu werden, und daneben eines Straßenpredigers, der einen ziemlichen Menschenhaufen um sich gesammelt hatte für die Sonntagspredigt. Freilich 100 Schritte weiter war eine Marionettenbude aufgeschlagen, aber nicht gar weit davon kam wieder ein anderer Straßenprediger und hiernächst abermals ein Puppentheater, wo die agirenden Puppen sich gerade die beliebten Keile gaben. „Für das hiesige Durcheinander des Heiligen und Profanen", meinte er, „fehlt dem deutschen Gemüthe alles Verständniß." Manche Seite lang beschreibt er den Geschwistern das bunte, verworrene Treiben auf den Straßen Neapels und meinte, wäre sein Gedächtniß nicht so schwach, er könnte mindestens noch einen ganzen Bogen vollschreiben mit den verschiedensten Guckkastenbildern.

Ein abfälliges Urtheil hat er über das neapolitanische Volk nirgends gefällt, wenn man auch herausfühlt, daß es ihm im ganzen wenig zusagte.

„Das alles drängt und wogt und dreht sich durcheinander," so schloß er seine Betrachtungen, „daß trotz aller Natürlichkeit denn doch die Gemüthlichkeit so ziemlich aufhört, und daß ich froh bin, Neapel und Neapolitanern und Golfen und Bergen und blauer See und Lava kochendem Vesuv mit dem wiederanbrechenden Tage den Rücken zu kehren und von allem nichts mitzunehmen zur Heimat als die Erinnerung und einige bemalte Stücke Papier. Der immer wiederkehrende Refrain bleibt doch, daß es nirgends besser ist als daheim im Schoße der Seinen."

15. December verließ Hermann das schöne Neapel, um nochmals die Hauptstadt der Christenheit aufzusuchen. In „der drangvoll fürchterlichen

Enge des Coupé's" dachte er aber allen Ernstes, er wollte lieber ebenso viele Stunden im Block liegen als in diesem Wagen sitzen. Indessen schließlich hatte er sich einigermaßen hineingefunden und kam wohlbehalten in Rom an. Am Tag nach seiner Abreise wurde Neapel durch ein Erdbeben erschreckt, die ganze Bevölkerung verbrachte die Nacht angstvoll auf Straßen und Plätzen, in der Provinz waren Tausende von Menschen ums Leben gekommen. In Neapel waren alle wenigstens mit heiler Haut davongekommen, auch der „Franzuski", der Hermann über alles Bericht erstattete, und der deutsche Wandersmann bedauerte es jetzt, „den Schrecken nicht miterlebt zu haben".

Nach den lebhaften neapolitanischen Eindrücken war es ihm doppelt interessant und wohlthuend zugleich, auch in Rom eingehendere Volksstudien anzustellen. Man erkennt unschwer, wie das vornehme, fürstliche Volk der Römer, wie sie zur Zeit der päpstlichen Herrschaft noch waren, durch die Vergleichung mit den Neapolitanern in seiner Achtung gestiegen war.

„Hier wie dort", schreibt er, „gibt es Stoff zu Charakterbildern, aber ebenso verschieden, wie der Charakter. Zehn Menschen auf einem Cabriolet — wie wäre das möglich, wo selbst auf dem beladenen Karren für den Herrn Fuhrmann ein Sitz bereitet ist, hinter dessen hoher Wand er wachend wie schlafend Schutz gegen Wind und Sonne findet, wo dieser Sitz mitunter sogar mit einem beweglichen Verdeck versehen ist, und wo der rechte Scheerenbaum ein Bündchen Heu trägt, an dem der Gaul sich mit kurzer Halsbewegung erholen kann, sobald gehalten wird. Gut und gern reitet man hüben wie drüben, vorzüglich gern aber reitet der Römer Galopp. Der spitze Hut, der weite, togaartig über die Schulter geworfene Mantel, der Bart, der Ausdruck des Gesichtes, die Art der Haltung geben ein malerisches Ansehen, das selbst beim Bettler nicht leicht verschwindet. ‚Muojo di fame' (das ihm die Bettler in Neapel so häufig entgegengerufen) habe ich hier noch nicht gehört. Der päpstlichen Gendarmen und Dragoner erwähnte ich, glaube ich, schon — jeder eine Art Lieutenant und obendrein von der Garde, nur mit dem Unterschied, daß man hier geht, während man in Berlin läuft. Ganz frappant war mir bei der Rückkehr von Neapel die hiesige Ruhe und Stille. Nicht als ob es an Leben und Lebenszeichen fehlte, aber es ist wie der Gegensatz von Donizetti'scher und Palestrina'scher Musik. Man hört statt des betäubenden wirren Orchesters jedes einzelne Instrument, man hört gehen, fahren, sprechen, singen, Hunde bellen, ausrufen u. dgl. Zuweilen trifft man abends auf eine Musikbande, an welcher unsere Fuldaer ein Exempel nehmen könnten. . . ."

Der Besuch in den Katakomben, die Besteigung der Peterskirche und die Anwohnung beim päpstlichen Pontificalamte und manches andere waren für diesen zweiten römischen Aufenthalt vorbehalten worden. Für die Katakomben hatte ihm schon Wochen vorher Cavaliere de Rossi die Führung zugesagt, der Gesandtschaftssecretär Alfred v. Reumont, der Geschichtschreiber der Stadt Rom, und Dr. Förster, der Verfasser des bekannten Reisehandbuches, das auch Hermann auf seinen Wanderungen diente, waren mit von

der Partie. Auch zwei schwedische Damen waren eingeladen, sich anzuschließen, Friederike Bremer, die Meisterin des Familienromans, und Jenny Lind, die „Liedersängerin", die „zarte, schwedische Nachtigall", wie man damals in der musikalischen Welt sie zu nennen liebte. Keine der beiden Damen war Hermann auch nur dem Namen nach bekannt, er erwähnt sie als „die Schriftstellerin Karoline Bremer sowie eine Fräulein Jenny Lind", obgleich die letztere bereits seit Jahren die Gattin des Pianisten Goldschmidt war. Es kann keine bessere Beleuchtung der Worte geben, die Hermann ein Jahr zuvor aus seiner Parlamentsthätigkeit in Berlin an den Bruder geschrieben: „Solange ich in Berlin bin, weiß ich nicht, was Vergnügen für ein Ding ist."

Von Meyerbeer 1844 zuerst in Berlin eingeführt, hatte Jenny Lind dort ihren Ruf begründet und war seitdem der bevorzugte Liebling des Berliner Publikums geblieben. Schon hatte sie sich nach ihren amerikanischen Triumphen und nach ihrer Vermählung von Bühne und Concert völlig zurückgezogen, als Vermögensverluste sie bestimmten, aufs neue in der Oeffentlichkeit zu erscheinen. 23. Februar 1854 war sie zum erstenmal in Berlin wieder aufgetreten, und es war dies ein Ereigniß, das die ganze Stadt in Bewegung setzte. König und Königin, der gesammte Hof, das diplomatische Corps, die ganze vornehme und kunstliebende Welt war erschienen, um wieder einmal dem weltberühmten Vortrag der Casta diva und des norwegischen Echoliedes zu lauschen. Auch diesmal wieder hatten ihre „kindlich-lächelnden Harmonien" einen fast märchenhaften Enthusiasmus entzündet. Am gleichen Tage hatte in der Commissionswahl für den Otto'schen Antrag im Parlament die katholische Fraction ihren ersten großen Sieg erfochten; Hermann v. Mallinckrodt hatte nichts gehört von der schwedischen Nachtigall und ihren Berliner Concerten, so sehr er sonst für solche Ereignisse Sinn und Interesse hatte. Jetzt in den Katakomben von Rom traf er zufällig zusammen mit „einer Fräulein Jenny Lind". Leider hat er nichts niedergeschrieben von den Eindrücken der Katakomben, noch weniger von der Art der Unterhaltung mit dieser höchst gewählten und interessanten Begleitung.

Das letzte, was von Rom zu berichten blieb, war die Feier des Weihnachtsfestes. Hermann wollte diesen Tag in Andacht verbringen. Schon an der Vigil, nachmittags 3 Uhr, hörte er die erste heilige Messe bei den Armeniern, wo der Bischof las, die zweite um Mitternacht, nach Besuch einiger anderer Kirchen, bei den Dominikanern, die dritte am Morgen in St. Peter, wo „unter Entwicklung des gesammten Ceremonienapparates" Se. Heiligkeit selbst fungirte. „Die Armenier waren interessant", schrieb er, „durch ihre wesentlich abweichenden Gebräuche, bei den Dominikanern war es am andächtigsten und insofern am schönsten. . . ." Ueber den Eindruck in St. Peter sprach er sich nicht aus. Die halbe päpstliche Armee war dort beim Gottesdienst zugegen gewesen, ein Meer von Uniformen von den

gepanzerten Lanzenknechten und spanischen Kleidern an bis zu der Diplomatie der Gegenwart hinauf. Große Tribünen waren angefüllt mit schwarzgekleideten und geschleierten Damen. Eine schwarz geschniegelte Herrenwelt untermischt mit Mönchen und anderem Clerus, eine genügende Zahl von Cardinälen, Monsignores u. dgl. wogten durcheinander. Hermann hatte einen sehr guten Platz gewählt und behauptet, von wo aus er „ziemlich gut sehen konnte, was er sah“. Prächtig und farbenreich war das Schauspiel ohne Zweifel, aber der Eindruck, den es auf Hermann übte, war kein wohlthuender. Nach der Feier stellte er sich draußen an den Obelisken, „amüsirte sich an dem Krawall, der von St. Peter ausging“, und ließ die Staatscarrossen des 18. Jahrhunderts mit ihren vergoldeten Rädern und bemalten Kasten, metall- und bandbehangenen und umflochtenen Rappen und galonnirten Lakaien (drei Mann hoch auf einem Brett) in hellen Haufen vorüberziehen. „Der Nachmittag bot in Maria Maggiore eine sehr bunte Vesperandacht mit vielen Wachskerzen, halberlei passender Musik, andächtig knieendem, um die Säulen herum niedersitzendem, im Schiff auf und ab fleißig spazierendem, auch zur Abwechslung beichtendem oder Ablaß empfangendem Publikum von alt und jung, arm und reich, für jeden ganz à son aise.“ Noch wurden einige Kirchen besucht, auch bei den Franziskanern in Ara Coeli den Predigten und Gesticulationen der Kinder gelauscht. Dann ward am 28. December morgens 5 Uhr die Reise gegen Siena hin angetreten.

Gerade durch seine tiefe Religiosität, die Kraft seiner Glaubensüberzeugung und das männliche Streben nach sittlicher Vervollkommnung war Hermann zu einer Klarheit und Ruhe im Innern gelangt, die eigenthümlich abstechen zu der innern Zerklüftung und der Gedankenankränkelung der Gesellschaftskreise, in welchen er sich sonst bewegen mußte. Wohl war er mit Vorzug ein innerlicher Mensch, begabt mit der ganzen Tiefe des westfälischen Gemüthes, aber sein Seelenleben war ein so kerngesundes und einfaches, sein Gemüth ein so harmlos heiteres, wie man es fast nur bei Kindern oder Heiligen Gottes findet. Weit entfernt, durch innere Zerfahrenheit oder Leidenschaft in den Angelegenheiten des äußern Lebens gestört zu werden, fand er gerade in der Ruhe seines Innern Kraft und Trost gegenüber den Enttäuschungen, Kämpfen und Schicksalsschlägen, die ihm von außen so reichlich zu theil geworden sind. Nur zweimal in seinem Leben verräth sich dem, der sorgfältig seinen Spuren gefolgt ist, etwas wie ein innerer Kampf. Beidemal war es, wo er, wenigstens von ferne, die Freudigkeit dieser Glaubensüberzeugung bedroht glaubte, die er für das höchste und heiligste Gut seines Lebens hielt. Aber beidemal fand ihn die Gefahr auch bereit, für dieses Gut die Kräfte anzustrengen und zu kämpfen. Das erste Mal, gerade jetzt, als er von seiner Pilgerfahrt nach Rom zurückkehrte, nahm er seine Zuflucht zu ernstem Studium und zum

Austausch mit einem ältern bewährten Freunde. Es war dies, wie wenigstens aus allen Umständen zu schließen ist, kein anderer als der ausgezeichnete katholische Mann, Graf Joseph Stolberg auf Westheim. Mag es unzart erscheinen und selbst der Gefahr des Mißbrauches ausgesetzt sein, wenn ein vertrauter Brief über so innerste Seelenangelegenheit hier zur Mittheilung kommt, der edle Todte wird es heute dem Geschichtschreiber seines Lebens vergeben. Die Art der Schwierigkeit selbst ist eine so harmlose, die Art ihr zu begegnen, aber eine so erhebende, und der ganze Vorgang gewährt einen so treuen Einblick in sein biederes, frommes Mannesherz und seine ganze Weise, zu denken, und kann so fruchtbar und segensvoll werden als Beispiel für andere, daß es ein Unrecht gewesen wäre, das herrliche Schriftstück in Stillschweigen zu begraben.

Berlin, den 24. Januar 1858.

Hochverehrter Gr(af)!

Erinnern Sie sich geneigtest unserer Unterhaltung über den hl. Philippus Neri. Damals wußte ich keine Lebensbeschreibung zu nennen. Jetzt aber komme ich vom „Rathhause", wo man mir den Italiener und Zeitgenossen Bracci als den besten Biographen bezeichnet hat, von dessen Werk in neuerer Zeit eine deutsche Uebersetzung bei Manz in Regensburg erschienen sein soll. Ich nenne Ihnen daher dieses Buch, freilich auf die Gefahr hin, Ihnen damit nichts Neues zu sagen, und ohne es noch selbst gelesen zu haben.

Allein das ist auch nicht der Hauptgegenstand meiner Zeilen, vielmehr ist es folgender: Die Bitte meiner geistlichen Schwester in Paderborn um einige Reliquien für ihre Genossenschaft ließ mich dem Gedanken Raum geben, ob Ihnen nicht der Besitz eines unmittelbaren Andenkens an den hl. Philippus Freude machen und ob ein solches nicht in der Hauptstadt der Christenheit zu erlangen sein werde. Das letztere ist mir durch die zuvorkommende Freundlichkeit eines dortigen Jesuiten sehr leicht geworden, und es hat sich obendrein ganz von selbst gefügt, daß die mir übergebene Partikel ex praecordiis — auf deutsch: von dem Herzen weg — genommen ist, was gerade bei der Persönlichkeit dieses Heiligen die innere Bedeutung der dem Umfange und der Fassung nach allerdings außerordentlich bescheidenen Reliquie erhöht. Auch die Partikel von einem Kleide des hl. Ignatius hat sich mehr zufällig dazugesellt.

Die Zwischenfrage, ob ich mir erlauben dürfe, Ihnen überhaupt irgend etwas und insbesondere auch dieses mitzubringen und zu übersenden, habe ich unter einigem Bedenken bejaht, und so bitte ich denn um freundliche Aufnahme und bezweifle dieselbe nicht.

Von der Reise bin ich seit noch nicht 14 Tagen zurück. Der Hauptaufenthaltspunkt war Rom und daneben Neapel. Im übrigen habe ich den Hinweg über Paris und Marseille, den Rückweg über Florenz, Venedig und Wien mit verhältnißmäßig kurzen Pausen zurückgelegt. Gesellschaft habe ich selten, gute eigentlich nur in Neapel gefunden. Das Wetter begünstigte mich, der Eindrücke waren gar viele und des Gesehenen noch mehr. Aber es ist schwierig, die Bilder und Beobachtungen zu organisiren und mit den Betrachtungen bis zu bestimmten und positiv befriedigenden Resultaten durchzudringen. In Einzelheiten gelingt es, weniger in der Gesammtheit.

Man sagt, daß Reisen den Gesichtskreis erweitere, und das ist klar; aber je mehr Länder man übersieht, desto kleiner erscheint die Erde, man beginnt sie zu umspannen. Verständniß und Interesse für die Geschichte der Menschheit gewinnen sicherlich in hohem Grade durch den Anblick merkwürdiger Oertlichkeiten mit zahlreichen Denkmalen aus früheren und frühesten Zeiten, aber je näher und je deutlicher solche Zeugen der Vergangenheit an den Beschauer herantreten, je mehr dadurch die Vergangenheit in die Gegenwart hineinragt, um so enger zieht sich auch der Begriff der Zeit zusammen, die Jahrtausende verlieren an Majestät, und nur die Ewigkeit bleibt unermeßlich. — Das ist mein Gesammteindruck in Beziehung auf Raum und Zeit.

Auf dem religiösen Gebiete, dem eigentlichen Treffpunkte des Irdischen und Ueberirdischen, geht es ähnlich. In Rom weiß man sich nicht nur, sondern man fühlt sich auch im Mittelpunkte der katholischen Welt. Im ganzen und großen ist der Eindruck ein wohlthuender, einzelne Mißklänge verhallen in der allgemeinen Atmosphäre von Glauben, Andacht und Würde. Die Erinnerungen an die ersten Zeiten des Christenthums sind Legion. Die Anschauung dieser theils objectiv greifbaren, theils örtlich und sachlich traditionellen Zeugnisse stützt das Bewußtsein der Gegenwart. Man schaut gewissermaßen den Anfang und es tritt klarer vor Augen, wie das Christenthum sich zum Siege über das Heidenthum hindurchgerungen hat und wie zugleich die Kirche in Kampf und Sieg wesentlich dieselbe geblieben ist. Und doch — fehlt auch die Kehrseite nicht. Der Wald von Ceremonien und altfränkischem Ceremoniell [1] z. B., welcher Papst und Kirchenfürsten in und außer den Kirchen umgibt, hat gewiß sein Gutes und mag sogar unentbehrlich sein. Aber eben daß er so nothwendig ist, daß der innere geistige Kern an sich selbst zu schwach ist, um in die Außenwelt hineinzustrahlen, daß die echte Weihe in solchem Grade des künstlichen Nimbus bedarf, und daß dieser Nimbus an und für sich als unechter Heiligenschein nur zu leicht erkennbar ist — das wirkt kühlend.

Solange ich das alte und neue Rom, Vatican und Papst nur vom Hörensagen kannte, lag, ich möchte sagen, ein gewisser mystischer Schleier darüber. Der Widerschein einer an das Zeitalter der Mythe anknüpfenden tausendjährigen Riesengeschichte, die Opferwolke christlichen Martyriums, die Papstmacht des Mittelalters und die auch

---

[1] Mallinckrodt spricht hier nicht von den Ceremonien der kirchlichen Liturgie, die er sein Leben lang hochgeschätzt und aus denen er gerne Erbauung geschöpft hat. Jeden Sonntag pflegte er dem Hochamte beizuwohnen, seiner Vorliebe für Processionen ist zum Theil schon gedacht worden, bei außerordentlichen kirchlichen Feierlichkeiten hat er sich stets gerne betheiligt. Was ihn jetzt gestört zu haben scheint, waren gewisse Förmlichkeiten und Etiketten, welche die Personen des Papstes und der höchsten Kirchenfürsten „in und außer den Kirchen" umgaben. Noch mehr scheint die massenhafte Ansammlung und wenig andächtige Haltung der vornehmen Welt und anderer Elemente, die sich mehr aus Schaulust oder weltlicher Rücksicht beim feierlichen Gottesdienst in St. Peter betheiligten, unangenehm berührt zu haben. Deshalb heißt es auch im ursprünglichen Concept des Briefes (allerdings von ihm selbst stark durchgestrichen): „Das wirkt erkaltend oder zum allermindesten nicht erwärmend; man läuft eben Gefahr, Kirchen- und Hoffeste zu verwechseln."

Daß ihm übrigens durch diese vorübergehende Störung in seinem Gefühlsleben für den „innern, geistigen Kern" und die „echte Weihe" der Blick nicht getrübt wurde, zeigen neben vielen anderen, auch vertraulichen Aeußerungen seine Rede im Abgeordnetenhaus 1. März 1860, die auf der Katholikenversammlung in Paderborn 16. December 1867, die am Geburtstag Pius' IX. 13. Mai 1874.

heute über Land und Meer strahlende Spitze der Peterskuppel ließen Rom mehr oder minder als natürliche Vermittlerin zwischen Diesseits und Jenseits, als die Brücke zwischen dem Natürlichen und Uebernatürlichen, als eine für religiöse Betrachtung und Phantasie ganz bequeme Art von Jakobsleiter erscheinen, und diese Vermittlung erleichterte den Glauben und half glauben, indem sie den Abstand und den Gegensatz zwischen Diesseits und Jenseits verschleierte. Der leibhaftige Anblick aber hebt den Schleier, man sieht sich dort wie überall der handgreiflichen, nüchternen Wirklichkeit gegenüber und gegenüber — dem Unsichtbaren und Ungreifbaren. Dazwischen liegt nichts als eben Betrachtungen.

Waren nun Brücke und Leiter nur ein Traum? Nein und ja: jenes, soweit es sich um den geistigen und wesentlichen Kern handelt, dieses, soweit die Einbildungskraft betheiligt war. Immerhin also doch etwas Traum, dessen Zerrinnen den gewohnten Ideengang unterbricht. Für mich ist diese im Vorstehenden nur sehr unvollständig erklärte und mir selbst nicht völlig erklärliche Störung empfindlicher und größer, als man glauben sollte. Ich habe es momentan mit einer Art von leerem Raum in Verstand und Gefühl zu thun, in welchen Skepticismus sich einzunisten sucht, und ich fühle die Nothwendigkeit eines ernsten, den Gegenstand betreffenden Studiums, um mich durch diese Stimmung durchzuschlagen und dann hoffentlich mit einem durch Reise und Studium erweiterten und abgeklärten Blicke zu einer um so festern Ueberzeugung vorzudringen. —

Hier ist einstweilen der Endpunkt meiner allgemeinen und doch höchst persönlichen Reisebetrachtung. Es war mir, um über mich selbst wenigstens etwas klarer zu werden, ein Bedürfniß, sie anzustellen und mich durch einen Brief dazu zu zwingen. Die Erkenntniß der Uebel ist Anfang der Heilung. Weshalb mir aber ein Brief an Sie, verehrter Graf, als geeignete Gelegenheit erschien — nun, es reizte mich, gerade Ihnen gegenüber tiefere Saiten anzuschlagen; ich wünschte zudem, Ihnen ein kurzes Reise-Resumé ohne Reisebeschreibung zu geben, und ich dachte dabei, beides würde für Sie von einigem Interesse sein. Für die Länge wider Willen — falls sie zu groß ist, rechne ich auf gütige Nachsicht.

Meine Schwägerin betrauert seit dem 8. v. M. den Verlust ihrer Mutter, welche nach jahrelangem Siechthum einen überaus sanften Tod gehabt hat und jetzt im Schatten der Böddeker Kapelle ruht.

Der liebe Gott gebe Ihnen reiche Gnaden.

Hermann v. Mallinckrodt,
M. d. H. d. A.

Eine Fahrt von vollen 32 Stunden brachte den Reisenden auf dem kaleschenartig eingerichteten Imperiale der Diligence nach Siena, dem einstigen Haupte der Ghibellinenstädte, freilich „mehr hingefroren und hingehungert“ als hingefahren. Ein scharfer Tramontane wehte über die schneeigen Berge herab, die Pfützen waren mit Eiskruste bedeckt. Zu essen gab es nichts auf der ganzen Fahrt, abgesehen von einer einzigen Mahlzeit, und Hermann war froh, am warmen Kamin in der Ghibellinenstadt sich für die ausgestandenen Leiden zu entschädigen.

Natürlich hatte er unterwegs auch wieder seine landwirthschaftlichen und landschaftlichen Beobachtungen angestellt und sich gefreut, auf dem Rücken eines langen und hohen Berges so ziemlich ausschließlich die Elemente vater-

ländischer Natur, nur in etwas anderer Gruppirung, wiederzufinden: kahle Höhen, bewaldete Hänge, baumleere Felder, ein See und von den Höhen sehr schöne Fernsichten. Aber noch mehr brachte ihm Siena selbst die deutsche Heimat nahe: „ein prächtiges, interessantes Städtchen bei unebener, malerischer, schöne Aussicht bietender Lage, bei Reinlichkeit, Ordnung und Wohlhabenheit in der äußern Erscheinung, die am meisten nach Deutschthum schmeckende italienische Stadt“. Auch die Gemälde der Sieneser Schule fand er der deutschen Malerei einigermaßen verwandt, und alles gefiel ihm und heimelte ihn an. Er war froh, hier Station gemacht zu haben.

Pisa mit seinem „Thurmkrüppel“, der ebenso unschön als anspruchsvoll den Deutschen nur deshalb überraschte, weil er sich von dem schiefen Thurm eine ganz andere Vorstellung gemacht hatte, wurde dafür um so kürzer abgefertigt. Noch derselbe Tag brachte ihn nach Florenz, wo er zeitig genug ankam, im ersten Gasthof der Stadt die Hände nach dem lecker bereiteten Mahle auszustrecken und nachher noch eine Mondscheinwanderung durch die Stadt der Mediceer anzutreten. Nach eintägiger Arbeit und Wanderung meinte er, er hätte „dieses Gewächs eigentlich schon vollständig intus“. So hübsch er die landschaftliche Umgebung fand, wollten ihm doch weder Stadt noch Bevölkerung sonderlich zusagen. Den Werth der Gemäldegalerien erkannte er an, aber für ihn, meinte er, habe sich auch hier „nur ein vollendet schönes und deshalb vollkommen befriedigendes Bild gefunden“. Es ist bezeichnend für seinen einfachen gemüthvollen Sinn. Schon bei seiner ersten großen Reise 1843 hatten ihn in Dresden die Raphael'schen Madonnen lange gefesselt gehalten, das Bild von „Mutter und Kind“ seinen Zauber auf ihn geübt. Dagegen machten auch die kunstvollsten Sculpturen in Italien wenig Eindruck auf ihn. Der Laokoon in Rom hatte ihn gar kühl gelassen; ihn für ein Wunder der Kunst zu halten, so gestand er, dazu reiche doch sein Glaube nicht aus. Das eine Bild, das ihn jetzt entzückte, war Raphaels Madonna della Sedia.

Das Volk in Florenz erschien ihm weniger naiv und mehr geglättet als das weiter im Süden, aber nicht minder „auf Groschens aus“ als anderswo. Er meinte, die Bevölkerung sei ebenso wie die Stadt selbst im Uebergangsstil. Großen Spaß hatte er mit den Beamten, welche die Reise mit ihm in Berührung brachte. Der Schaffner im Zuge, dem jedes Trinkgeldfordern bei Verlust des Dienstes verboten war, spielte gegenüber dem vornehmen Herrn, der in den Pelz gehüllt im Coupé erster Klasse seine Cigarre rauchte, den Aufmerksamen. Er kündigte ihm höflich an, daß Rauchen eigentlich nicht gestattet sei, daß er aber nur ja weiter rauchen möge. Hermann ließ sich all die Höflichkeiten gefallen und spielte den gutmüthigen Dummen, der ihn beim besten Willen nicht verstehen konnte. Alle Anstrengungen des Schaffners blieben vergebens. Auch als er sich schließlich nach der Zufriedenheit des

Herrn Reisenden erkundigte, kam kein Trinkgeld, und Hermann weidete sich boshaft an der „höchst plaisirlichen Verlegenheit". Etwas kühner war der Polizeibeamte am Thore, der die Pässe zu untersuchen hatte. Er stellte sofort den Paß zurück, ließ aber durch den Bummler, der als Bedienter sich angehangen hatte, dem Reisenden den Wunsch nach einem Trinkgeld insinuiren, während er in der Lebhaftigkeit der Erwartung bereits die gehöhlte Hand in den Wagen hineinhielt. Aber Hermann erwiederte mit aller Kaltblütigkeit, daß er kein Trinkgeld gebe. Der bestimmte Ton, in dem diese Erklärung gegeben wurde, verblüffte den Menschen so, daß er Sein und Nichtsein verwechselnd sich höflichst bedankte. Der Zollbeamte seinerseits wollte dem Reisenden Zeit lassen, die Börse zu ziehen, indem er zuerst artig sich erkundigte, ob im Gepäck Steuerbares sich befinde. Statt aber zu zahlen, erklärte Hermann ruhig, daß er nichts Steuerbares bei sich habe. Der Beamte kündigte jetzt die Nothwendigkeit an, alles zu visitiren. Mit dem größten Entgegenkommen griff alsbald Hermann nicht nach der Börse, sondern nach dem Kofferschlüssel. Aber jetzt war's genug. „Basta", rief der Beamte, und noch ehe Hermann den Schlüssel wieder in der Tasche hatte, war der Kutscher auf des Beamten Geheiß schon am Weiterfahren. „Nun frage ich," schrieb Hermann dazu, „ob mit den Leuten nicht ganz gut fertig zu werden ist?"

Hier in Florenz verbrachte er den Sylvesterabend im brieflichen Gedankenaustausch mit seinen Lieben in der Heimat. Denn auch während der Reise stockte der Verkehr mit den Geschwistern nicht. In Paris, Rom, Neapel u. s. w. war stets einer der wichtigsten Gänge der zur Post oder zu dem Hause, das er als Adresse angegeben hatte, um sich nach Briefen zu erkundigen. Es war ihm kein kleiner Verdruß, wenn die Briefe sich verspätet hatten, und es kam wohl auch einmal ein brüderlicher Tadel gegen „besagte Hüffers, die als schreibfaul schon genügend bekannt" seien. „Ich komme mir vor", schrieb er einmal in Bezug auf seine Reisecorrespondenz, „wie ein Komet, dessen Schweif aus Briefen besteht, und der in dem Augenblick, wo Publicus ihn sieht, immer schon eine Menge Meilen weiter ist."

„Ja, ja — Sylvester!" hieß es jetzt am Schluß seines Briefes, „wieder ein langes, inhaltsreiches Jahr hinter uns! Marschirt sind wir genug, geographisch und geistig. Aber auch vorwärts gekommen? Oder sind's nur Kreuz- und Querzüge gewesen? Ein munteres „Nein" auf die letztere Alternative wage ich nicht so recht. Doch will ich's hoffen. Mitternacht ist nahe — Adieu 1857! ‚Ehe Abraham war, bin ich' — nur für diesen gibt es keine Vergangenheit und keine Zukunft. — Möge das neue Jahr uns ein segenvolles sein! Das wolle Gott!"

Am 2. Januar 1858, in erster Morgenfrühe, wurde die Fahrt nach Bologna angetreten, dem Gebirge und dem jungen Tag entgegen. Als gleich darauf der erste italienische Taubenschwarm dem Wagen entgegenflog, „nahm Max dies für ein gutes Zeichen", aber Wunderdinge gab es darum doch nicht

zu sehen. Erst mit sinkendem Abend ward die alma universitas erreicht. Das Hauptvergnügen der Reise hat in eingehenden Volksstudien bestanden.

„Die Construction der Häuser", schreibt er unter längeren Ausführungen über die bei der Fahrt berührten Landschaften, „wie die Erscheinung der Bewohner hat einen nördlichern Anstrich. Es ist nicht bloß die blonde Farbe von Haar und Bart, die man häufig bemerkt, sondern der ganze Ausdruck deutet auf nordländisches Blut. . . . Bei gleich vornehmer Haltung und stattlicher Figur verräth der Ausdruck mehr Energie und Festigkeit des Willens. Die Aenderung der Umgebung zeigt sich aber nicht bloß im allgemeinen und großen, sie tritt auch in untergeordneten Einzelheiten zu Tage. Es erscheinen Düngerhaufen und Pflug, Baumwiese und Hecken, Heiligenhäuschen, hie und da ein zugespitzter Thurm. Die Tabakspfeife macht sich geltend, und der Meerschaumkopf concurrirt mit der Cigarre. Man trägt ein wollenes Unterwams, und der breite Hut verdrängt den spitzen. Peitschen werden gewaltig groß, und der Postillon fährt vom Bock, mit den Pferden wird in unarticulirter Redeweise gesprochen u. s. w."

Als bei sinkender Nacht der Wagen durch die Straßen Bologna's rollte, vorüber an all den Bogengängen, so viele, wie deren sonst nirgends zu sehen, denen die Abendbeleuchtung ein magisches Licht verlieh, da kam dem sonst so kühlen Nordländer unwillkürlich ein ehrlich gemeintes „mais c'est magnifique!" über die Lippen.

„Freilich," so erzählt er weiter, „als ich am folgenden Sonntag-Morgen von der Freitreppe herab, welche zur Petroniuskirche führt, die, dereinst als eine der größten Kirchen der Welt projectirt, es doch nie weiter als vom Portal bis zum Kreuzpunkt des Querschiffes gebracht und selbst die vollständige Bekleidung des Portals noch nicht erlebt hat, auf den menschenvollen Marktplatz und auf den Palazzo publico maggiore, sowie auf den Palazzo herabsah, wo König Enzio, Friedrichs II. Bastard, in dem Gewahrsam der Bolognesen zu Grunde gegangen, — da kam es mir vor, als schaute ich vor mir und um mich ein fürstlich Volk von Bettlern. Todt waren die Häuser mit ihren geschlossenen Läden, schmutzig der Markt, grau und frostig der neblige Tag. Und die Leute, vielfach unrasirt und mit abgestandenen weißen Hüten, wie ich seiner Zeit mein Exemplar in Böddeken lassen mußte, in ihre weiten, abgetragenen und verschossenen und geflickten Mäntel gehüllt, bewegten sich langsam oder standen frierend durcheinander und riefen in mir die Bilder wach aus dem Leben der Spieler und Bankerotteure, die mit feinen Kleidern und mit dem, was ihnen von ihrer Erziehung und den Gewohnheiten eines Lebens im Wohlstand übrig geblieben ist, in die Armuth gegangen sind."

Noch am gleichen Sonntag-Abend ward Modena erreicht, das ihm den Eindruck einer wohlgebauten, belebten und ansehnlichen Stadt zurückließ. Bei der Ankunft in Mantua war es späte Nacht und ein rascher Uebergang aus dem kalten Wagen ins kalte Bett die einzige Aufgabe. Im Bewußtsein, den Anfangspunkt des europäischen Bahnnetzes erreicht zu haben, durfte er sich befriedigt niederlegen, und am nächsten Morgen erhöhte sich diese Be-

friedigung zu einem stillen händereibenden Hohnlachen, als er durch das vollständigste Schlackenwetter zum Bahnhof fuhr. In der Morgendämmerung des 4. Januar langte er in der Dogenstadt an, wo er „ebenso behäbig wie theuer" am Marcusplatz Wohnung nahm. Verona hatte ihm kein großes Interesse abgewonnen, in Padua hatte er gar keinen Aufenthalt genommen, aber die Schlachtfeldlinie von Custozza, Santa Lucia, Villafranca u. s. w. hatte seine lebhafteste Aufmerksamkeit in Anspruch genommen.

Schon am Abend vor der Ankunft in Venedig hatte ein heftiges Schneegestöber begonnen, und als Hermann auf dem niedrigen Sitz der Gondel mehr niederfiel als saß, pfiff der Wind kalt um ihn her. Auf S. Marco war alles weiß, und es jagte und wirbelte der Schnee so wild in der Luft und so nasenfeindlich in die Gesichter, wie es selbst den Nordländern unwirsch und störend scheint. Betagte Männer wollten so etwas in Venedig noch gar nicht erlebt haben, und „recommandare l'anima" murmelte eine der wenigen Personen, die dem Reisenden begegneten, verzweiflungsvoll vor sich hin, während sie sich durchzukämpfen suchte durch den Wind und über die glatteisende Piazetta. Hermann genoß statt der Südfrüchte des knisternden Ofens. Zwei Tage lang fuhr wegen des Unwetters kein Dampfer ab, und Hermann vertrieb sich die Zeit, indem er an die Geschwister seine Grüße sandte oder die brennende Cigarre im Mund behaglich hinausblickte auf den Marcusplatz.

„Dieser Platz bleibt auch schön," meinte er, „wenn Schneehaufen an Stelle der Menschen stehen und jedes Gesims und Kapitäl und jedes vorspringende Thiergebilde in weißem Kragen erscheint. Und vor allem zierlich und wohnlich und reich prangt das Portal der Kirche und mächtig fest und schön gegliedert der Dogenpalast daneben."

Als mit dem Morgen des 6. Januar der Schnee seinen Höhepunkt, aber auch der Schneefall sein Ende erreicht hatte, waren die Venetianer nicht faul und schaufelten und kratzten und schleiften den Schnee nach der Schwierigkeit, so daß Hermann gebahnte Wege fand, um noch die halbe Stadt zu durchlaufen und einiges von dem schon Bekannten nochmals zu betrachten. Früh am sternhellen, kalten Morgen des 7. Januar stieg der Wanderer an Bord des „Milano", um „gleich dem Dogen, der alljährlich auf dem Bucentoro hinausfuhr, seine Vermählung mit der Adria zu feiern", die See zu durchziehen. Trotz des noch immer heftigen Windes entschied er sich, wenn auch etwas zögernd, für das Deck. Möglichst gut verwahrt, Schlafrock und Plaid um die Füße gewunden, faßte er Posto auf dem Treppchen, das vom Hinterdeck zum Verdeck hinabführte. „Etwa eine Stunde dauerte die Arbeit des Ankerlichtens, wobei der Capitän gar ergötzlich oben auf der Brücke zwischen den Radkasten wie ein Zeishahn herumsprang, fror und schimpfte und die Santissima Madonna und ich weiß nicht was alles

anrief." Endlich dampfte das Schiff in ziemlich gerader Linie auf Triest los. Ringsum brauste die auf hellgrünem Grunde weiß schäumende Flut, rechts die offene See, links, dicht am Strand, ein schroffer Gebirgszug in weißem Gewand vom Scheitel bis zur Sohle, oben ein wolkenlos blauer Himmel, zur Rechten die steigende Sonne — ins Gesicht die Bora, die pfeifend und heulend durch das Takelwerk strich. Lang und hoch wogten die Wellen und wuchsen, je weiter man kam. Hermann gedachte des Sturmes auf dem Kattegat. Der Wind war diesmal noch heftiger als damals, doch die Wellen nicht erheblich höher. Das mächtige Schiff machte starke Seitenschwenkungen, die Seiten des Vorderdeckes waren durch Spritzwasser zu Pfützen gemacht. Die ganze Situation näherte sich seinem Begriffe von Sturm, erreichte ihn aber nicht. Die ruhige Energie des Schiffes und die ganz gewöhnliche Haltung des Schiffsvolkes ließen auch bei der Landratte keinerlei beunruhigende Gedanken aufkommen. Soweit Kälte, Wind und von Zeit zu Zeit auch Salzwasserbesprengungen nicht entgegenwirkten, überließ er sich mit Behagen der Betrachtung des majestätischen Elementes.

Um 1 Uhr sollte das Schiff in Triest anlangen. Aber Stunde um Stunde verging, und noch konnte von Landung keine Rede sein. Erst mit der Dämmerung, gegen 5 Uhr, war das Ziel erreicht. Schließlich hatte Hermann der Spaß doch etwas zu lange gedauert, er dachte nun bei der Landung, endlich allen Fährlichkeiten entflohen zu sein. Aber infolge der Borastürme der vorhergegangenen Tage waren nicht nur die Triestiner Gasthöfe überfüllt, sondern auch die Eisenbahn war eingeschneit und seit mehreren Tagen war die Landverbindung ebenso wie die zur See unterbrochen. Wie lange es dauern würde, konnte niemand sagen. Schon zählte man den 8. Januar, auf den 12. war der Landtag nach Berlin einberufen. „Geduld blieb der beste Rath." Schon begann Hermann Pläne zu wälzen, wie er etwa auf der Landstraße den Anschluß an die Eisenbahn gewinnen könnte, als in der zweiten Nacht des Triestiner Aufenthaltes die unerwartete Meldung kam, die Bahn sei wieder frei, früh 5 Uhr werde der Zug abgehen.

Am Morgen des 10. Januar kniete Hermann in der vollendet gotischen kleinen, sehr sorgfältig gehaltenen Redemptoristenkirche Maria Stiegen in Wien. In vollen langsamen Tönen sang der Chor: „Hier liegt vor deiner Majestät im Staub die Christenschaar." — „Da bot sich der scharf geprägte Gegensatz der deutschen Bau-, Denk- und Gefühlsart zu der italienischen."

In Wien, wo es den Spatzen auf dem Glacis und den Residenzlern in den Straßen nichts weniger als warm um die Nase war, wurden gleichwohl einige Stunden verlaufen und auch auf ein halbes Stündchen ins Elysium gegangen. In der Frühe des 11. Januar ging es dann über Breslau nach Frankfurt, wo Hermann in der Nacht ankam. Den folgenden Tag verbrachte er in Frankfurt und fuhr dann abends weiter nach Berlin,

wo gerade die Ceremonie der Landtagseröffnung stattgefunden hatte. „Mit vielseitigem Gott-sei-Dank“ betrat er den altgewohnten heimischen Boden. Nur meldete sich so etwas in seinen Gliedern, als ob er etwas Frost in Händen und Füßen zurückgebracht hätte, aber „eventuell“, dachte er, „wird man damit schon fertig werden können“. Zunächst war jetzt eine Reihe von Briefen und Geschäftssachen zu erledigen. Im Rheinischen Hof war für ihn die Nachricht angelangt vom Tode seiner Tante, der Mutter seiner Schwägerin Bernardine, und die ersten Zeilen voll Liebe und zarter Theilnahme galten ihr. Bei Ordnung seiner Geldangelegenheiten mußte er sich mehrmals wieder corrigiren, und es fiel ihm auf, „wie ein Mensch in ein paar Monaten seine wichtigsten Verhältnisse vergißt“. „Dies mag betrübend sein,“ so tröstete er sich, „beweist aber mindestens, daß der Mammon mich noch nicht so im Sack hat, wie ich ihn.“ Allmählich begann er nun wieder „in den Hallen der Alltäglichkeit zu wandeln“ und schickte sich an, „den parlamentarischen Löffel beim Cultusminister zu schwingen“.

---

5. Aussichten für die Zukunft (1858).

Seit Hermann v. Mallinckrodt seinen großen Urlaub angetreten hatte, war in den Verhältnissen des Vaterlandes vieles verändert. Anfang October 1857 war der König Friedrich Wilhelm IV. gefährlich erkrankt. Bald war die Gefahr gehoben, aber, wie es schien, der König noch zu sehr der Schonung bedürftig, um in der nächsten Zeit die Regierungsgeschäfte wieder zu übernehmen. Die behandelnden Aerzte gaben ein ausdrückliches Zeugniß ab, der König sei völlig im Stande, seinem Bruder, dem Prinzen von Preußen, eine Regierungsvollmacht auszustellen. Am Morgen des 24. October übernahm der Prinz für drei Monate die Regentschaft, und nach Ablauf dieser Frist, am 3. Januar 1858, erfolgte abermals dieselbe Erklärung der Aerzte und Verlängerung der Regentschaft auf weitere drei Monate. Ueber den König gingen die widersprechendsten Gerüchte. Er fuhr aus, vollzog selbst einzelne Regierungsacte; geistreich und liebenswürdig, wie immer, konnte er in der Gesellschaft mehrerer verkehren. Während der jugendliche Prinz Friedrich mit seiner eben angetrauten Braut (6. Februar) zum großen Empfang nach Potsdam fuhr, sah man König und Königin in Berlin unter den Linden spazieren fahren. „Ueber den König ist es rein unmöglich, ins klare zu kommen,“ schrieb Hermann 26. Januar, „sein äußeres Erscheinen ist so im Vorbeifahren ganz gut.“

Das Ungewisse der Lage wie die Voraussichten der Zukunft konnten nicht ohne Einfluß sein auf die Kammer. Die äußerste Rechte hatte Be-

denken gegen die Rechtmäßigkeit der Regentschaft, und die äußerste Linke billigte dieselbe gleichfalls nicht. Aber Gerlach hielt sich zurück, das Ministerium hielt sich von der äußersten Rechten merklich entfernt, das Gros der liberalen Partei, der bisherigen Opposition, unter Führung des Grafen Schwerin, war dem Prinzen von Preußen sehr ergeben und vermied alles, was ihm die Stellung hätte erschweren können. Man bemühte sich, eine Interpellation des Hauses in Bezug auf den König fern zu halten. „Officiell“ hoffte man auf baldige Wiederherstellung. Von den diesjährigen Kammerverhandlungen erwartete man nichts von Bedeutung, die Regierungsvorlagen beschränkten sich auf das Nothwendigste. Man erwartete den Schluß des Landtages noch vor Ostern, im Falle nicht der König wieder kränker würde. „Ich werde wohl bald anfangen müssen, die Entfernung bis Ostern zu berechnen,“ schrieb Hermann unter diesen Eindrücken schon 23. Januar. „Ferien wird's nicht geben, denn ich glaube, man schließt vorher, falls nicht der König kränker wird. Also müßte man wieder vom Urlaub leben — der Gedanke scheint lächerlich, aber möglich. Quaeritur nur: wie lange?“ Indessen wurden in beiden Kammern Adressen an den König beschlossen, nur sollte jede politische Anspielung darin vermieden werden. Für das Abgeordnetenhaus verfaßte sie A. Reichensperger. „Sämmtliche Parteien“, berichtet Mallinckrodt Ende Januar, „spielen Dachs im Loch und simuliren Winterschlaf. P. Reichensperger hat einen Antrag auf Bundesgericht entworfen, allein ich zweifle stark, ob er für jetzt beim Plane beharren wird.“

Unter solchen Umständen versprach die parlamentarische Thätigkeit für dieses Jahr wenig Anregung und auch nicht viele Lorbeeren. Das einzige erwähnenswerthe Ereigniß war bis zum Ende Januar, daß am 25. d. M. zu Ehren der Vermählung des Prinzen Friedrich „die Kellner des Rheinischen Hofes in weißen Halsbinden servirten“ und Mallinckrodt mit den übrigen Gästen sich an diesem Tage zum Johannisberger verstieg. An den großartigen Einzugsfeierlichkeiten zu Ehren des jungen Paares in Berlin und Potsdam scheint er sich wenig betheiligt zu haben. Da er in seiner Abtheilung als Referent für die Wahlprüfungen gewählt, außerdem aber Mitglied der unter allen Commissionen am meisten beschäftigten Budgetcommission war, so blieb ihm immerhin wenig freie Zeit. „Wir führen hier“, schrieb er, „einstweilen ein ziemlich idyllisches Leben, was die Arbeit und Gesammtexistenz anlangt. Mein größtes Wunder ist, daß ich nichts zu thun und doch durchaus keine Zeit übrig habe, um etwas zu thun.“ Es waren eben Commissions- und Fractionssitzungen, die seine Zeit ausfüllten. Bald gab es der Arbeit mehr. „Der alte Kühne, als Präses der Finanzcommission, hat mich mit einigen Petitionen resp. Anträgen regalirt,“ schrieb er Anfang Februar, „die eine etwas gründlichere Erörterung der Grundsteuerfrage und der geistlichen Steuerexemptionen zu erfordern scheinen — also gehe ich doch auch diesmal nicht ganz leer aus.“

Mit der zweiten Woche des Februar mehrten sich allmählich auch die Sitzungen des Plenums. Wiederholt ergriff Mallinckrodt in seiner klaren, bestimmten Weise das Wort in Fragen der Steuern und des Jagdgesetzes. Mehr noch trat er hervor in der 15., 17. und 18. Sitzung als Berichterstatter der vereinigten Commission für Finanzen und Zölle, für Handel und Gewerbe, mehrmals von den betreffenden Ministern (dem der Finanzen, des Handels und der landwirthschaftlichen Abtheilung) warm unterstützt. Namentlich verfocht er mit Nachdruck die höhere Besteuerung des Großkapitals (3. März). In der 21. Sitzung siegte er, vom Handelsminister selbst secundirt, mit zwei selbständigen Anträgen über Rückverweisung des Weserufergesetzes an die Commission und Zuziehung von Abgeordneten aus den betreffenden Provinzen. Ein äußerst interessantes Gefecht entspann sich zwischen ihm und dem Irvingianer Wagener, dem Abgeordneten für Neustettin, in der 18. Sitzung (12. März) anläßlich der Petition eines evangelischen Pastors. Wagener war neben v. Gerlach der Hauptführer der Kreuzzeitungspartei, viel bekämpft, aber ohne Zweifel ein fähiger und gewandter Parlamentarier. Conservativ und religiöse Ideen zur Schau tragend, hatte er wie Gerlach mancherlei Berührungspunkte mit Mallinckrodt. Auch hat er demselben später in seinen Memoiren[1] eine sehr ehrende Erinnerung gewidmet. Zwischen Gerlach und Mallinckrodt verrieth sich trotz aller Gegnerschaft oft unverkennbare Sympathie, und ganz unerwartet begegneten sie sich manchmal in ihren Anschauungen. Auch in Mallinckrodts Briefen verläugnet sich nicht das Interesse, mit dem er den Bestrebungen und Anschauungen seines angesehenen Gegners folgte.

„Die Gerlach'sche Partei hat durch die Nobilitirung und Berufung Bunsens[2] ins Herrenhaus eine Ohrfeige bekommen", schrieb er eben jetzt (Februar 1858), „. . . Gerlach trauert, daß die schöne Gnadenzeit ihrem Ende nahe und ungenützt vorübergegangen ist. Zu meiner Verwunderung bekannte er neulich, daß die Aufgabe, welche ich dem preußischen Staate stellte, d. h. die alte Aufgabe quoad Parität 2c., an sich richtig sei, nur zu schwer oder unmöglich zu erfüllen."

Mit Wagener war das gerade Gegentheil der Fall wie mit Gerlach. Trotz seiner conservativen Richtung stieß gerade mit ihm Mallinckrodt oft

[1] Erlebtes, Meine Memoiren aus der Zeit von 1848—1866 und von 1873 bis jetzt. Berlin 1884. 2. Aufl. S. 70.

[2] Der Wirkliche Geh. Rath Dr. Bunsen wurde im Januar 1858 in den Freiherrnstand erhoben und „aus allerhöchstem Vertrauen" in das Herrenhaus berufen. Bunsen war liberal und Gegner der Stahl-Gerlach'schen Partei. An seine Erhebung knüpfte sich die Erwartung, daß er bei dem bevorstehenden durchgreifenden Wechsel in Preußen eine bedeutende Rolle zu spielen berufen sei. Er verdankte indes diese Auszeichnung nur der persönlichen Gunst Friedrich Wilhelms IV. Während der Evangelical alliance war er noch des Königs Gast gewesen, und am Tage seiner Abreise von Berlin, 3. October 1857, war der Schlaganfall des Königs eingetreten.

scharf zusammen. Diesmal aber geschah es in ganz eigenthümlicher Weise. Wagener erklärte sich von Anfang an in einer „unbequemen Lage", weil er sich in der Nothwendigkeit befände, „einem katholischen Christen gegenüber die Grundsätze und Principien von dessen eigener Kirche vertheidigen zu müssen". Er habe in der That die Ausführungen des von Mallinckrodt verfaßten Berichtes mit Ueberraschung gelesen. Mallinckrodt hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Immunitäten der Geistlichen thatsächlich erloschen seien. Dem hielt Wagener die „unzweideutigen Vorschriften des canonischen Rechtes" und die Festsetzungen des Concils von Trient[1] entgegen. Es war ein Schauspiel eigener Art. Der Irvingianer Wagener zog gegen den Mann, den er laut seinen Memoiren als „die eigentliche geistige Kraft und Repräsentation des katholischen Princips" anerkannte, mit einem Decret des Tridentinums zu Felde, und der streng conservative Abgeordnete v. Mallinckrodt antwortete darauf dem Führer der Kreuzzeitungspartei unter dem Beifall der Linken. Reichensperger stellte dann noch die Sache vollends klar, und auch Rohden, der anfangs bedenklich gewesen, trat sachlich auf die Seite Mallinckrodts.

Bedeutender war Hermanns Eingreifen in die Debatte am 9. April. Es war Bericht erstattet worden über die von dem Consistorialrath Wichern angestellten Versuche zur Besserung der Sträflinge durch Einzelhaft. Die 3000 Thaler für Dr. Wichern waren aufs neue genehmigt worden, wenn auch nicht ohne die Bemerkung eines Mitgliedes des Hauses, ein Katholik würde dieselbe Opferwilligkeit zeigen, wie Wichern, aber für weniger Geld. Die an diese Angelegenheit sich anknüpfende Debatte benutzten A. Reichensperger und Mallinckrodt, um die confessionelle Trennung der Strafanstalten zu befürworten. Der Abgeordnete Dr. Blömer, zwar Katholik, aber von einer eigenthümlich verschwommenen Richtung, welcher der katholischen Fraction auch sonst viele Schwierigkeiten bereitete, bekämpfte diese Bestrebung als Aufrichtung einer „neuen confessionellen Schranke". Ihm und anderen gegnerischen Rednern antwortete Mallinckrodt. Mit dem Gerichtspräsidenten Dr. Wenzel stimmte er darin überein, daß, um die gewöhnliche Gefängnißstrafe in Einzelhaft umzuwandeln, auch wo es zum Zweck psychologischer Versuche und in bester Absicht geschieht, jedenfalls ein eigenes Gesetz nothwendig sei, da im Zellengefängniß eine Verschärfung der Gefängnißstrafe liege, die ohne gesetzliche Bestimmung nicht verhängt werden dürfe.

„Ich halte für meinen Theil", so fuhr er dann in Bezug auf den Kern der Frage weiter, „die Aufgabe der sittlichen Besserung, wenn auch, in Uebereinstimmung mit dem letzten Herrn Vorredner, nicht für die einzige und nächste Aufgabe der Strafrechtspflege, so doch für eine *sehr wichtige Aufgabe*, und diese Aufgabe

[1] XXV. Session. Kap. 20.

kann ohne religiöse Grundlage und ohne Anwendung religiöser Mittel nicht erreicht werden. Weil man sich aber religiöser Mittel bedienen muß, deshalb muß man sich nothwendig auch confessioneller Mittel bedienen. Eine confessionslose Religion ist keine Religion. Will man das Ziel ganz, so muß man auch diejenigen Mittel wollen, welche die Erreichung des Zieles möglichst sicherstellen und dabei doch auf der andern Seite keinen einzigen aller derjenigen Zwecke irgendwie gefährden, welche der Herr Vorredner als durch Strafrechtspflege zu erreichen mit vollem Recht bezeichnete."

Mit besonderm Nachdruck aber hob er gegenüber den Einwürfen Dr. Blömers hervor:

„Ich kann nicht zugeben, daß eine solche Scheidung (nach Confessionen) vom Uebel sei. Wenn sie das Mittel ist, welches sicherer als die confessionelle Mischung zur echten Religiosität führt, dann ist sie auch dasjenige Mittel, welches die beste Vorbedingung für ein überall friedliches Zusammenleben und in vielen Dingen einheitliches Zusammenstehen und gemeinschaftliches Streben mit andersgläubigen Staatsangehörigen in sich trägt."

Diese selben Grundsätze waren es, welche ihn am 24. April in der 37. Sitzung die Petition einer evangelischen Gemeindeminorität nachdrücklich unterstützen ließen. Die Gemeinde Tolkemit (Kreis Elbing) wollte zur Errichtung einer evangelischen Schule keine Mittel bewilligen. Da nämlich neben 187 katholischen nur dreizehn evangelische schulpflichtige Kinder in der Gemeinde waren, hatte der Gemeinderath entschieden, daß ein Bedürfniß nicht vorliege; die evangelische Gemeinde aber hatte sich gegen diese Entscheidung mit einer Petition an das Abgeordnetenhaus gewendet. Die Petitionscommission hatte Uebergang zur Tagesordnung beantragt, Mallinckrodt aber verlangte aufs entschiedenste Ueberweisung der Petition an das Ministerium zur Berücksichtigung. Eine rechtliche Verpflichtung der Gemeinde liege allerdings vor, nur dürfe nicht mehr verlangt werden, als eine verhältnißmäßige Leistung. Es solle unter den gegebenen Umständen die Commune für eine etwa zu errichtende Privatschule einen Beitrag gewähren, welcher derjenigen Rate des Gesammtaufwandes entspreche, der unter den bisherigen Verhältnissen für den Schulunterricht der betreffenden Kinder erforderlich wäre.

„Zu einem solchen allerdings mäßigen Zuschusse", fuhr er fort, „wird die Stadtgemeinde gewiß sehr gerne bereit sein. Ich glaube aber namens der katholischen Interessenten des ganzen Staates aussprechen zu dürfen, daß wir uns sehr freuen würden, wenn auch nur ein solcher billiger Maßstab gegenüber den Schulbedürfnissen für die katholischen Kinder evangelischer Orte immer angelegt würde."

Gerade diese letzte Erwägung war es aber, welche Mallinckrodts Antrag dem Cultusminister unbequem machte. Wie um die Majorität zu warnen, ließ er in der Debatte einfließen, daß im Augenblick erheblich mehr Fälle schwebten, in welchen Communen von überwiegend evangelischer Bevölkerung sich darüber beschwerten, daß sie von den Behörden zur Gründung neuer

katholischer Schulen auf ihre Kosten angehalten würden, als Fälle umgekehrter Art. Mallinckrodt war um die Antwort nicht verlegen. In den westlichen Provinzen beheimatet und mit allen Verhältnissen gar wohl bekannt, wußte er, mit welchem Entgegenkommen man in katholischen Städten, wie z. B. Aachen, für die Bedürfnisse der evangelischen und jüdischen confessionellen Schulen zu sorgen gewohnt war. Als Beamter ganz in die östlichen Provinzen verschlagen und in mehreren protestantischen Regierungsbezirken umhergeworfen, hatte er dort in Bezug auf die Behandlung seiner eigenen Confessionsgenossen gerade die gegentheilige Erfahrung gemacht. Und wiederholt hat er vor der Landesvertretung in unverhüllter und selbst scharfer Weise diese für ihn schmerzliche Erfahrung ausgesprochen. Auch dieses Mal erwiederte er dem Cultusminister, der Grund der vom Minister angeführten Erscheinung liege nach seiner Ueberzeugung darin, daß die evangelischen Gemeinden sich viel schwieriger finden lassen in Bewilligung der Mittel für die Schulen anderer Confessionen innerhalb derselben Gemeinde, als die katholischen.

„In Frankfurt a. O.“, so fuhr er fort, aus eigener Anschauung sprechend, „existirt seit dem vorigen Jahrhundert eine katholische Gemeinde und zwar eine recht zahlreiche. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder beläuft sich auf 150—200. Gleichwohl ist seit den dreißiger Jahren darüber verhandelt worden, ob seitens der städtischen Gemeinde zu der Schule ein Zuschuß gegeben werden solle. Der Streit ist durch Vermittlung der Behörden jüngst dahin entschieden worden, daß für die Schule von nahezu 200 Kindern, an der drei Lehrkräfte wirken, ein Zuschuß aus städtischen Mitteln von 200 Thalern, also gerade nur hinreichend zur Erhaltung *einer* Lehrkraft, gewährt wird. Die anderen Lehrkräfte und sämmtliche Kosten für das Schulhaus und für sonstige Lehrmittel sind, soweit das Schulgeld unzureichend ist, nach wie vor aus den Mitteln der *kirchlichen* Gemeinde zu beschaffen.“

Sein Antrag zu Gunsten der 13 evangelischen Kinder wurde angenommen. Der Vorfall zeigt übrigens auch wie viele andere, welch große Aufmerksamkeit er den Verhältnissen der Kirchengemeinden zuzuwenden pflegte, deren Mitglied er gerade war. Gerechtigkeit zu üben, auch wo von der Gegenseite mit Ungerechtigkeit vergolten wird, dazu bot die gleiche 37. Sitzung noch eine andere Gelegenheit. Rosenberg-Lipinsky hatte die Ehefrage wieder auf die Tagesordnung gebracht, nachdem der Versuch der gesetzlichen Lösung derselben im vorigen Jahre gescheitert war, und hatte das Einschreiten der Regierung gegen evangelische Geistliche verlangt, die sich in Behandlung der Ehen der Dissentirenden oder der nicht kirchlich Getrennten an ihre strenge kirchliche Vorschrift hielten. Mallinckrodt bezeichnete dies aber als einen „Eingriff in fremde, wesentlich kirchliche Angelegenheiten“. Er erklärte in seiner Rede feierlich, auf einen Antrag, der eine Censur gegen evangelische Geistliche enthalte, die den Vorschriften ihrer kirchlichen Behörde gemäß verfahren, werde die katholische Fraction *nie und nimmer* willigen. Er

anerkannte den Conflict, der zwischen dem derzeitigen Staatsgesetze und dem Dogma bestehe, verlangte aber, daß der Staat seine gesetzlichen Bestimmungen in dieser Frage anpasse den dogmatischen Anschauungen der in Preußen anerkannten Confessionen. Nun aber griff ihn Wagener in einer fast verletzenden Weise mit dem Vorwurf an, die katholische Fraction trage gerade die Schuld, daß die gesetzliche Lösung, die man im Vorjahre versucht habe, nicht zu stande gekommen sei.

„Wir haben gegen die Gesetzvorlage gestimmt," erwiederte Mallinckrodt gelassen, „weil wir den Widerspruch zwischen der Staatsgesetzgebung und der kirchlichen, und was uns betrifft, den kirchlich-dogmatischen Grundsätzen nicht in demselben Athem für die evangelischen Unterthanen beseitigen, für die katholischen aber verewigen wollten. Das Gesetz ist gefallen, weil Sie, meine Herren (von der Rechten), die Höhe wahrer Gerechtigkeit nicht erstiegen haben."

Hatte man anfangs geglaubt, diese Session des Landtages würde von kurzer Dauer und wenig anstrengender Thätigkeit sein, so sah man sich im Laufe der Zeit stark enttäuscht. Als am 27. März die letzte Sitzung vor Ostern stattfand, war die wichtigste und schwerste Frage der Session erst in Aussicht, und doch waren die Parlamentsmitglieder der Sitzungen schon so müde, daß an diesem Tage die Kammer wegen schwachen Besuches nicht mehr beschlußfähig war. Man war in aller Gemüthlichkeit auseinandergelaufen. Gleich nach Ostern war Hermann so in Anspruch genommen, daß in ganz außergewöhnlicher Weise der Briefwechsel mit den Geschwistern ins Stocken gerieth. „In Berlin", so schrieb er erst von Frankfurt aus, bald nach Schluß des Landtages, „war ich seit Ostern unausgesetzt beschäftigt und entbehrte der Muße oder der nöthigen Frische zum Schreiben." Als in der 35. Sitzung (21. April) der Präsident der Kammer (Graf Eulenburg) eben wieder die Tagesordnung für den folgenden Morgen verkündigte, erhob sich denn auch Mallinckrodt zu entschiedenem Protest.

„Der Herr Präsident möge mir gestatten, darauf aufmerksam zu machen, daß die tagtäglichen Sitzungen nicht nur für die Personen über die Maßen angreifend, sondern auch für eine gründliche und aufmerksame Berathung der Sache kaum förderlich sind. Ich möchte mir deshalb auch namentlich mit Hinweisung darauf, daß für morgen noch mehrere Commissionssitzungen anberaumt sind, die Bitte erlauben, auf den morgigen Tag wenigstens uns nicht zu einer Plenarsitzung zusammenzuberufen, eventuell diese Frage zur Entscheidung des hohen Hauses zu bringen."

Die Hauptfrage, die seit Ostern alles in Athem hielt, war die über erhöhte Besteuerung des Runkelrübenzuckers. Seit dem Ende der vierziger Jahre hatte infolge eines hohen Zolles auf Einführung von Kolonialzucker die Rübenzuckerproduction innerhalb der deutschen Zollvereinsstaaten [1] einen

[1] Seit 22. März 1833 bestand ein Zollvereinigungsvertrag zwischen Preußen, Bayern, Württemberg und beiden Hessen; noch im gleichen Monat war das König-

ganz unerwarteten und großartigen Aufschwung genommen. Alle diese Vortheile der inländischen Production schienen jedoch in Frage gestellt, als im Frühjahr 1853 eine Steuer von 6 Silbergroschen auf den Centner Rübenzucker gelegt werden sollte und noch weitere Besteuerung in Aussicht gestellt wurde. Die Fabrikanten hatten protestirt und ihren Ruin in Aussicht gestellt. Zur Beruhigung der Gemüther hatte daraufhin (4. April 1853) der Regierungscommissar die bestimmte Zusicherung gemacht, daß bis zum Ablauf der jetzigen Zollvereinsverträge die Steuer nur von zwei zu zwei Jahren um $^1/_2$ Silbergroschen erhöht werden sollte, und auch dies nur dann, wenn die Einnahme des Zollvereins nicht die Höhe von 6,0762 Silbergroschen pro Kopf erreiche. Die Vertreter der Rübenzuckerindustrie hatten hierin eine bindende Erklärung der Regierung und eine moralische Garantie für die Stabilität der Besteuerung für die nächsten zwölf Jahre, die Dauer der Zollvereinsverträge, gesehen. Nun aber hatte die Zuckerindustrie einen blühenden Fortgang genommen, die gehegten Befürchtungen waren nicht eingetroffen, die Gesammtheit hatte für diesen Industriezweig Opfer bringen müssen, da infolge des erhöhten Schutzzolles auf Kolonialzucker die Einfuhr fast völlig unterblieb und damit ein bedeutender Ausfall an Zolleinnahmen stattfand. Auf Grund dieser Erwägungen waren 16. Februar 1858 die Zollvereinsregierungen übereingekommen, unbekümmert um alle früheren Zusicherungen mit einem Schlage die Zuckersteuer von 6 auf $7^1/_2$ Silbergroschen für den Centner zu erhöhen. Wie gewöhnlich, war die Versöhnung der verschiedenen Ansichten unter den Zollvereinsregierungen überaus schwierig gewesen, und nachdem die Frage den schwerfälligen Beschlußorganismus zwischen den vereinigten Regierungen endlich mit Erfolg durchlaufen hatte, war es empfindlich, wenn durch Widerstand in den Kammern der einzelnen Staaten die ganze Zuckersteuerreform wieder verworfen wurde. Es war daher begreiflich, daß in Preußen, dem vorzüglichsten unter den Zollvereinsstaaten, die Regierung auf unbedingte Annahme der neuen Abmachung großes Gewicht legte. Auch der Prinzregent suchte sein Ansehen dafür in die Wagschale zu werfen. Die wichtigste Principienfrage hätte kaum die Oeffentlichkeit in mehr Spannung versetzen können, als dieser Steuerhandel. Die hervorragendsten Mitglieder des Abgeordnetenhauses wurden in die Commission gewählt. Steuerdirector v. Kühne, die erste Finanzcapacität des Hauses, war Vorsitzender, Nathusius Berichterstatter, auch Mallinckrodt war Mitglied der Commission. Den Commissionssitzungen wohnte der Ministerpräsident v. Manteuffel selbst, ebenso die Minister des Handels und der Finanzen und außerdem noch Commissäre

reich Sachsen, und 10. Mai der aus den großherzogl. sächsischen, schwarzburgischen und reußischen Ländern bestehende „Thüringische Verein" demselben beigetreten. 1853 war die Zollvereinsinstitution erneuert worden, nachdem 1851 auch Hannover mit Preußen sich zu einem Zollvertrag geeinigt hatte.

dieser beiden an. In den öffentlichen Blättern, namentlich den Berliner Blättern der verschiedensten Richtung, wurde gearbeitet, um Stimmung zu machen, und von seiten der Regierung wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt. Als nachher die Frage im Plenum verhandelt wurde, nahm das diplomatische Corps an den Verhandlungen einen außergewöhnlichen Antheil. Für die betreffenden Verhandlungen des Herrenhauses wurden einflußreiche Männer aus ziemlicher Ferne von ihren Posten nach Berlin berufen, wie z. B. Graf v. Königsmark, der Gesandte am niederländischen Hofe, Herr v. Kleist-Retzow, der Oberpräsident der Rheinprovinz, v. Bismarck-Schönhausen, Bundesgesandter in Frankfurt.

Mallinckrodt, als angesehenes Mitglied des Hauses und seiner Fraction, mehr noch als Mitglied der Commission, stand mitten im Feuer. „Die härteste Nuß, welche ich nach Ostern knacken mußte," schreibt er an den Bruder, „war die Zuckerfrage." Der Finanzminister v. Bodelschwingh bearbeitete ihn persönlich in einer nicht mißzuverstehenden Weise, mehr aber noch durch Vermittlung du Vignau's, dessen große Freundschaft mit Mallinckrodt ihm von Erfurt her bekannt war. Du Vignau beschwor ihn zuletzt auf das lebhafteste, sich in seinem eigenen Interesse wenigstens der Abstimmung zu enthalten. Hermann sah aber in der ganzen Sache keineswegs eine gleichgiltige Geldfrage. Ihm schien in der Zusicherung des Regierungscommissars vom 4. April 1853 eine moralische Verpflichtung und, wie auch Kühne und der Mehrzahl der Commission, in der Annahme der neuen Vereinbarung eine Verletzung der öffentlichen legislativen Moral zu liegen. Dies war der Sinn des Commissionsantrages, der von 14 Mitgliedern gegen 5 war durchgesetzt worden. Im Plenum des Hauses wurde nach viertägiger erregter Debatte mit 174 gegen 93 Stimmen der Commissionsantrag verworfen und die Vereinbarung der Regierungen angenommen. Nie hatte man noch, seit die Kammer bestand, eine solche Theilung der Parteien erlebt, wie in dieser Frage. Gerlach hatte schriftlich gestimmt gegen Wagener, v. Arnim gegen v. Arnim, v. Prittwitz gegen v. Prittwitz, v. Patow gegen v. Kühne, v. Auerswald gegen Graf Schwerin, v. Mallinckrodt gegen Reichensperger. Die sonst die ersten parlamentarischen Größen und die festesten Bundesgenossen, standen hier schroff gegeneinander.

Mallinckrodt hatte in der Debatte des Plenums nie das Wort ergriffen. Nur eine Bemerkung zur Geschäftsordnung, kurz bevor zur Endabstimmung geschritten wurde, zeigte, mit welch gespannter Aufmerksamkeit er jeder Phase der Verhandlung folgte. Der Rede hatte er sich enthalten, zumal es ja an entschiedenen Sprechern nicht fehlte, der Abstimmung aber enthielt er sich nicht. „Ich überlegte die Sache nochmal," schreibt er an den Bruder, dem er über du Vignau's und des Finanzministers Zureden Bericht erstattete, „es blieb aber beim alten, weil Nichtstimmen soviel ist als halb für mich

und halb für den Gegner stimmen, und weil ich mich nun einmal nicht beeinflussen lassen will."

Merkwürdigerweise war auch diese Sache wieder gerade in einer Zeit zur Erörterung gekommen, da eine Frage, die Mallinckrodts ganze Zukunft bestimmte, dem Ministerium zur Entscheidung vorlag. Die Landrathsstellen von Worbis und dann von Heiligenstadt waren ihm entgangen, weil er Katholik war, die von Nordhausen und ebenso sein Verbleib im lieben Erfurt, weil er der katholischen Fraction beigetreten war, die Bürgermeisterstelle in Münster, weil er die Interpellation gegen unberechtigte Wahlbeeinflussung von seiten der Regierung unterschrieben hatte. Jetzt hatte sich eine andere Aussicht für ihn eröffnet. Es handelte sich um seine Berufung in die katholische Abtheilung des Cultusministeriums.

Durch Cabinetsordre vom 11. Januar 1841 hatte der wohlgesinnte König Friedrich Wilhelm IV. diese Abtheilung zur Behandlung der katholischen Kirchenangelegenheiten ins Leben gerufen, damit durch sie die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in einer für beide Theile ersprießlichen Weise erhalten und den katholischen Unterthanen für eine billige, dem Gesammtwohle des Staates entsprechende Wahrung ihrer religiösen Interessen Bürgschaft geleistet würde. Am 1. Februar 1841 hatte die neue Abtheilung unter der Leitung des Oberjustizraths v. Duesberg unter Mitwirkung der Geheimen Regierungsräthe Dr. J. H. Schmedding und Aulike ihre Thätigkeit begonnen. Seit 1846, wo Schmedding starb, Duesberg aber das Finanzministerium übernahm, hatte Aulike, nur von zwei Hilfsarbeitern unterstützt, die gewaltige Last von Arbeit und Verantwortung allein getragen. Zeitweise hatten Dr. Brüggemann und Oberlandesgerichtsrath von und zur Mühlen bei den Arbeiten ausgeholfen, an des letztern Stelle war 1849 „der edle, tugendreiche" [1] Justizrath v. Ellerts getreten, der bis dahin unter v. Savigny im Ministerium für Gesetzgebung gearbeitet hatte. Aulike, hochverdient schon um die Beilegung der Kölner und Posener Wirren, Vertrauensmann des Ministers v. Altenstein wie des Königs Friedrich Wilhelm IV., dabei ein wahrhaft frommer, entschiedener Katholik, war ganz der Mann, zum wahren Wohle des Thrones wie des Volkes seines Amtes zu walten, und fand in Ellerts einen gleichgesinnten, sehr fähigen Gehilfen. Aber nur mit großer Mühe konnten ihre vereinten Kräfte den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden, da die zweite durch die Geschäfte geforderte Rathsstelle 20 Jahre lang (bis 1866) unbesetzt blieb. Um so schwerer mußte es Aulike treffen, als v. Ellerts, seine beste Stütze, ihm rasch und unerwartet durch den Tod entrissen wurde. Am selben Morgen, da v. Ellerts starb, 24. October 1857, übernahm der Prinz von Preußen die Regierungs-

[1] So hat Aulike ihn genannt.

geschäfte, und weiterblickenden Geistern war es nicht ganz verborgen, daß mit diesem Ereigniß für die Behandlung der kirchlichen Fragen ein neuer Standpunkt in den Vordergrund getreten sei. Noch in der Nacht desselben Tages that Aulike den ersten Schritt, um die Stelle des verstorbenen Collegen durch Hermann v. Mallinckrodt auszufüllen. Er kannte ihn seit langer Zeit. Die Familien waren befreundet, und schon 1843 hatten die Geschwister Mallinckrodt bei ihrem Berliner Aufenthalt herzlichste Aufnahme im Hause Aulike's gefunden. Seitdem war Mallinckrodt während der Landtagssessionen sowohl mit v. Ellerts als mit Aulike in freundlichem Verkehr gestanden. Da Aulike wußte, daß Hermann eben auf seiner italienischen Reise begriffen sei, die Sache aber nicht viel Aufschub duldete, so wandte er sich an eine diesem nahestehende verschwiegene Persönlichkeit, um durch ihre Vermittlung über Hermanns Geneigtheit zum Eintritt in die neue, nicht eben verlockende Laufbahn sich zu versichern.

„Sie werden mir wohl glauben," schrieb er unter anderm, „wenn ich Ihnen sage, daß ich seit Jahren mehr wie einmal daran gedacht, wie es mich beglücken und beruhigen würde, wenn ich an meine Seite einen Mann bekäme, auf den ich hoffen könnte, bei weiterer Abnahme meiner Kräfte und Zunahme der Jahre die Wahrung der Interessen übergehen zu sehen, die meinen unwürdigen Schultern seither anvertraut waren. v. Ellerts war älter als ich. Ich habe das fünfzigste Lebensjahr zurückgelegt, meine Gesundheit scheint allmählich wankend zu werden. Wenigstens fühle ich bereits, daß es eine Zeit gab, wo ich mehr zu leisten vermochte. Seit ich Johanna (seine Gattin) begraben, weiß ich selbst am besten, wie ich altere, und wie oft ich wünsche, Gott möge die Aufgabe, die er mir gestellt, einem Bessern anvertrauen. . . . Ich sehne mich, und wie Sie sehen, auch aus allgemeinen und nicht bloß persönlichen Gründen nach einem Gehilfen, bei dem ich das, was uns allen theuer ist, wohl aufgehoben und nach menschlichen Ansichten für eine Zeit aufgehoben sehe, wo ich nicht mehr sein werde. Einen solchen habe ich seit längerer Zeit in H. v. Mallinckrodt zu erkennen geglaubt, der, worin ich mich nicht zu täuschen meine, alle die Eigenschaften in nicht gewöhnlichem Maße besitzt, auf die es hier ankommt. . . . Die eine Seite der Sache wäre, ob v. Mallinckrodt bereit ist, vorläufig als Hilfsarbeiter bei uns einzutreten. Ich zweifle daran nicht: denn von allen sonstigen Gründen abgesehen, halte ich ihn für den Mann, der einen solchen etwa ergehenden Ruf als etwas betrachtet, dem man sich ohne überwiegende, auf sittlichem Boden vorhandene Gegengründe nicht entziehen *darf*. Und dergleichen Gegengründe sind nicht vorhanden. v. Mallinckrodt hat offenbar seinen amtlichen *Lebensberuf* noch nicht gefunden. Die Kammerthätigkeit ist, so wichtig sie sein mag, nur eine zufällige, sporadische Wirksamkeit, aber keine feste Bestimmung. Die letztere würde sich ihm nunmehr darbieten. Von dieser Seite rechne ich also nicht auf Schwierigkeiten und würde nur um die Erlaubniß bitten, Ihre geneigte Mitwirkung für den unverhofften Fall des Gegentheils und insoweit in Anspruch nehmen zu dürfen, als es sich um eine private Orientirung neben etwaigen officiellen Maßregeln handeln möchte.

„Die andere und jedenfalls weniger zu übersehende Seite der Sache aber ist die, ob an der maßgebenden Stelle Geneigtheit vorhanden sein wird, eben v. Mallinckrodt zu berufen. Es spricht von selbst, daß ich, wo erst heute die specielle Veranlassung für mich eingetreten ist, praktisch der Sache näher zu treten, darüber etwas Bestimmtes zu äußern nicht im Stande bin. Hätte ich Veranlassung, aus einem oder anderm Grunde Zweifel in betreff solcher Geneigtheit zu hegen, so habe ich doch hinwiederum eine gewisse Zuversicht, daß v. Mallinckrodts charaktervolles, ehrenhaftes Verhalten, sei es auch hier oder da momentan mißfällig gewesen, selbst etwaigen Gegnern Achtung abgewonnen haben und die Bedenken überwiegen wird. Ich habe bereits mit einigem Erfolge vorgearbeitet und denke in nicht langer Zeit Resultaten näher zu kommen."

An Hermann war schon während seines Aufenthaltes in Paris die vertrauliche Anfrage gelangt, und er hatte seine Bereitwilligkeit erklärt. Allein beim Cultusminister v. Raumer stieß Aulike, trotz persönlich anerkennender Aeußerungen über Mallinckrodt, auf Schwierigkeiten und Bedenken. „Ich meine," schrieb Hermann 26. Januar 1858, „daß die Chancen in diesem Augenblicke vielleicht balanciren mögen, und unterhalte mich damit, von weitem den Hasen laufen zu sehen. Ich meinerseits lasse ihm die freie Wahl seines Weges."

Endlich war die Sache so weit gediehen, daß der Cultusminister sich einverstanden erklärte und behufs einer „informatorischen, aber unpräjudicirlichen Besprechung" Mallinckrodt in Audienz empfing. Die Aeußerungen des Ministers waren rückhaltlos offen. Anscheinend war der Verlauf der Unterhaltung für beide Theile ziemlich befriedigend, doch hatte sich dieselbe nur auf sehr allgemeinem Gebiete bewegt. Eben jetzt kamen die Wirren der Rübenzuckerfrage, und der Finanzminister v. Bodelschwingh war und blieb von da an das größte Hinderniß für eine günstige Lösung der Sache. Er blieb es selbst dann noch, als v. Raumer für den Plan gewonnen und auch der Ministerpräsident v. Manteuffel demselben günstig gestimmt war. Nur auf Umwegen erfuhr Mallinckrodt, daß Bodelschwingh seinen Standpunkt „auch mit Zuckersachen" verfechte. Inzwischen zog sich die Sache peinlich in die Länge, da Aulike an seinem Vorschlage festhielt, eine sichere Entscheidung aber nicht erfolgen wollte. Daß Aulike um diese Zeit (Ende April 1858) als wirklicher Director der katholischen Abtheilung angestellt wurde, nachdem er dieselbe seit Duesbergs Abgang bloß verwaltet hatte, war ohne jeden Einfluß auf die Sache. „Ich verharre inzwischen", schrieb Hermann 6. Mai, „in meiner Neutralität und bin im übrigen wegen dessen, was ich demnächst zu thun oder zu lassen habe, im reinen." Aber allmählich wurde ihm die lange Ungewißheit doch unbequem. „Gar mancher", meinte er 28. Mai, „verbrannte sich wohl in solcher Lage auf den zu besitzenden heißen Kohlen:

O dickes Fell, o ruhig Blut,
Was seid ihr doch so gut, so gut!"

Indessen war nach viel Arbeit und Aerger gerade noch zum Schluß der Session Hermann eine kleine Entschädigung zu theil geworden. Zwei Tage nach dem Landtagsschlusse, am 29. April 1858, fand in St. Hedwig die erhebende Trauungsfeierlichkeit der Prinzessin Stephanie von Hohenzollern mit dem König Pedro V. von Portugal statt. Der Prinzregent mit Gemahlin, alle Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses und der gesammte Hof wohnten der gottesdienstlichen Feier bei. Der Fürstbischof Dr. Förster, der auch mit dem Propst Peldram von St. Hedwig die allerhöchsten Herrschaften empfing, hielt eine hinreißend schöne Rede über das heilige Sacrament der Ehe. Gleich nach dem Eintritt der Herrschaften hatte der Chor den 67. Psalm angestimmt. Im Augenblick, da die Ringe gewechselt wurden, ertönte das Geläute aller Glocken und begann das Abfeuern von 36 Kanonenschüssen. Auch Hermann hatte eine der Einlaßkarten erhalten, die theils vom Oberceremonienmeister, theils von Propst Peldram ausgetheilt wurden. Obgleich sonst großen Schaugeprängen abgeneigt, war er eigens einige Tage länger in Berlin geblieben, um der schönen katholischen Feier beiwohnen zu können. „Der süßeste Bissen", schrieb er, „war die Trauung der Prinzeß von Hohenzollern. Es war ein wahrer Hochgenuß nicht bloß für mich, sondern auch für ein halb Dutzend andere Bekannte. Natürlich war die Prinzeß der Edelstein, und alles andere nur schöne und in das Gemüth und Gefühl hineinglänzende Fassung. Kurz, wir waren über die Maßen content."

Mit Anfang Mai war Hermann wieder in Frankfurt. Hier wartete seiner das Communaldepartement, wo es einige tüchtige Reste aufzuarbeiten gab. Ende Juni brachte eine kleine Amtsreise nach Kottbus einige Veränderung, zugleich auch die Veranlassung, mit dem Referendar Grafen Spee als Adjutanten sich vier Tage lang in der Lausitz umherzutummeln, den berühmten Spreewald zu „durchkahnen" und mit dem Stamme der Wenden Bekanntschaft zu machen. Kaum zurückgekehrt, mußte er ein paar Tage als Geschworener sitzen.

Unterdessen waren die Projecte für einen Gutskauf nicht zur Ruhe gekommen. Neben Küchen, dem alten Stammgut derer v. Mallinckrodt, stand jetzt Tindelen, das nahe bei Böddeken lag, im Vordergrund. Georg v. Mallinckrodt war unermüdlich in allseitiger Klarstellung der Vortheile und Nachtheile des Kaufes. Um das Gut persönlich in Augenschein zu nehmen, besorgte sich Hermann einen Urlaub vom 23. Juli bis 15. August unter Vorbehalt längerer Ferien im October. Der Kauf zerschlug sich. Doch wurden wohlthuende Tage in der Heimat verbracht. Als er aber wieder nach Frankfurt kam, ging es ziemlich scharf her mit der Arbeit. Ein Häufchen Acten hatte sich angesammelt, und außergewöhnliche Beschäftigung kam noch dazu.

„Zwei Tage der vorigen Woche", schrieb er scherzend zur ‚Kapellen-Kirmeß', 23. Aug., nach Böddeken, „gingen mit Berathung des Entwurfs zur neuen Wegeordnung hin, zu welcher etliche Landräthe einbeordert waren, denen gegenüber ich mir die Aufgabe stellen mußte, die Weisheit des Collegiums einigermaßen leuchten zu lassen, damit den Herren nicht der Kamm zu sehr schwoll. Heute habe ich eine sehr lange Sitzung fast ausschließlich mit meinen Geschichten gefüttert. Dagegen bin ich denn aber auch heute schon zum zweitenmal auf einem Diner abgefüttert worden."

Sonst war das Leben in Frankfurt augenblicklich nicht gerade sehr anregend für ihn. Der größte Theil der alten Tischgesellschaft befand sich auf Reisen, es hielt schwer, die gewohnte Kegelpartie zu stande zu bringen. Noch im Juni hatte er von der Theilnahme an einer Schweizerreise der Böddeker Geschwister nicht recht wissen wollen. „Ich bin noch ziemlich reisemüde", schrieb er damals. Jetzt aber regte sich wieder die Sehnsucht nach der Ferne.

„Es läuft alles so ruhig fort im stillen Geleise," schrieb er 12. September, „darum regt sich eine gewisse Sehnsucht nach einer Fahrt auf wogender See. Das Blankenbergher Strandlaufen (die Geschwister waren im Begriff, nach Blankenberghe zu reisen) würde just nicht viel helfen, aber so ein paar Stündchen hinaus durchs Element, — das macht frisch —

‚Wenn es stürmt mit Macht, spann' das Segel zu höchst,
So ist's lustig auf brausendem Meer —
Laß es gehn — laß es gehn — wer da raffet, ist feig,
In den Strudel versinke du eh'r.'

So steht zu lesen in dem Wikinger Balk, und die Frithjofs-Sage ist schön. Inzwischen Pegasus will nicht mehr, deshalb werde ich ihn in den Stall bringen. . . ."

In Frankfurt neckte man ihn mit seiner Reiselust. Aber wenn die Leute ihn scherzend fragten, wann er dann wieder einmal auf Reisen zu gehen gedächte, antwortete er ganz unbefangen: „Im October." In der That, im October mußte er wieder reisen, und zwar zunächst zum Landtag nach Berlin.

Das Befinden des Königs hatte sich trotz aller Verheißungen der Aerzte nicht gebessert, die Regierungsvollmacht war dem Prinzen von Preußen wiederholt erneuert worden, es gingen Gerüchte, der König wolle abdanken. Endlich 7. October übertrug der kranke König dem Prinzen die Regentschaft ohne Einschränkung bis zu seiner Wiederherstellung, und am 12. October bereits reiste er nach Meran ab. Gleichfalls am 7. October reichte der Minister des Innern, v. Westphalen, seine Entlassung ein. Bereits am 8. war die Entlassung genehmigt, und Flottwell, der schon einmal Finanzminister und nach der Reihe Oberpräsident von fünf Provinzen gewesen war, trat an seine Stelle. 9. October kündigte der Prinz die Regentschaft an und berief zum 20. desselben Monats den Landtag, da trotz des Ablaufs

der Legislaturperiode das Mandat der Abgeordneten noch bis Ende October für giltig erachtet wurde. Am bestimmten Tage eröffnete der Prinzregent den Landtag in eigener Person. Beide Häuser sollten gemeinsam tagen in den Räumen des Abgeordnetenhauses, aber, entsprechend der Eintheilung des Herrenhauses, nicht in sieben, sondern in fünf Abtheilungen. Der Präsident des Herrenhauses führte das Präsidium, der des Abgeordnetenhauses galt als Vicepräsident. Eine Versammlung von eigens dazu berufenen Vertrauensmännern aus beiden Häusern hatte sich über die Tagesordnung verständigt. Da der König nicht dispositionsunfähig, sondern nur arbeitsunfähig war, betrachteten viele im Lande die Regentschaft als unzulässig, vor allem die Kreuzzeitungspartei und der eben ausgeschiedene Minister Westphalen. Indessen an hoher Stelle wünschte man eine Discussion vermieden. Beim evangelischen Gottesdienst im Dom, welcher der Eröffnung des Landtages vorherging, predigte der Hofprediger Dr. Hofmann bedeutungsvoll über das Bibelwort: man werde von jedem unnützen Worte Rechenschaft geben müssen. Eine Commission wurde gewählt und derselben von der Regierung Actenmaterial vorgelegt, welches aber wegen seiner „zarten Natur" streng geheim bleiben mußte. Der Commissionsbeschluß, einstimmig von den Mitgliedern genehmigt und am 24. October ausgegeben, empfahl die Nothwendigkeit, die Regentschaft anzuerkennen. Der Berichterstatter Dr. Homeyer rühmte dabei das „beredte Schweigen", welches das hohe Haus bisher in dieser Sache beobachtet habe. 25. October, in der zweiten Sitzung, ward dann auch unter demselben beredten Schweigen einstimmig der Antrag der Commission angenommen. 26. October fanden Separatsitzungen der beiden Häuser statt, der Prinzregent leistete den Eid und die Kammer wurde aufgelöst. Noch am selben Abend reiste Hermann nach Erfurt ab, um mit der Schwester seines Freundes Griesheim über dessen Krankheitszustand zu berathen, am 28. war er bei den Geschwistern in Böddeken. Ueber die ganze Regentschaftsfrage findet sich in seinen Briefen nie eine Silbe.

Unterdessen bereiteten sich in der politischen Welt große Veränderungen vor. Die neuen Landtagswahlen waren in Sicht, und Flottwell als Minister des Innern veröffentlichte 27. October eine Instruction an die Beamten in betreff der Wahlbeeinflussungen, ganz entsprechend jener Interpellation des Grafen Schwerin, welche Mallinckrodt die Bürgermeisterei von Münster gekostet hatte. Der Regierung sollte ein Einfluß gewahrt werden, aber jede ungebührende Beeinflussung durch Polizei, Drohung, Einschüchterung u. dgl. verpönt sein. Am 31. October wurde der Fürst Anton von Hohenzollern als besonderer Vertrauensmann des Prinzregenten mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, und in seiner Person trat zum erstenmal ein Katholik an die Spitze des preußischen Cabinets. Man glaubte allgemein, daß die bevorstehenden Wahlen in liberalem Sinne ausfallen würden. Allein

das Resultat war gar nicht abgewartet worden, im neuen Ministerium befanden sich bereits zwei der bedeutendsten Capacitäten der liberalen Partei.

Das alte Ministerium war also abgetreten, und noch immer verlautete nichts von der Neubesetzung der katholischen Abtheilung. Hermann weilte unterdessen in aller Seelenruhe beim Bruder auf Böddeken. Sein Urlaub lautete bis Mitte December, und für den Fall, daß er wieder ins Parlament gewählt würde, was unter den Umständen nicht unwahrscheinlich war, wollte er sich den Urlaub bis zum Beginn des Landtages verlängern lassen. Einstweilen nahm er lebhaften Antheil am Wahlgeschäft der verschiedenen westfälischen Kreise. Er selbst hatte von einer Absicht, ihn wieder zu wählen, nichts gehört; seinem Bruder Georg war ein Mandat angeboten, aber von diesem abgelehnt worden. Mitte November wendete sich an Hermann auch sein Schwager Hüffer. Im Wahlkreis Wiedenbrück-Bielefeld, wo dieser mit an der Spitze der Katholiken stand, konnten dieselben kaum über ein Drittel der Stimmen verfügen, während sich die beiden anderen Parteien, die liberale und die protestantisch-conservative, mit fast gleichen Kräften gegenüberstanden. Wollten die Katholiken nicht ganz leer ausgehen, so blieb nichts übrig, als sich mit einer der streitenden Parteien unter billigen Bedingungen zu verständigen. Dagegen aber hatte Hüffer Bedenken. Die protestantisch-conservative Partei war den Katholiken von jeher wenig günstig, und der Masse der Wähler hätte es stark widerstrebt, für sie zu stimmen; andererseits hatte aber die liberale Partei ein sehr bedenkliches Wahlprogramm verbreitet, das geeignet war, die Katholiken kopfscheu zu machen.

„Deine Gewissensbedenken“, antwortete ihm Hermann am 18. November 1858, „scheinen mir als solche nicht begründet, denn die Wahl eines liberalen Candidaten bedingt keineswegs die Billigung seiner Grundsätze oder vollends des phrasirten Wahlprogramms. Was soll auch das Programm? Die Bielefelder Abgeordneten werden schwerlich selbst Gesetzentwürfe einbringen, sondern lediglich für das stimmen, was das Ministerium ihnen servirt. Das thun aber alle Liberalen von nicht eigener und selbständiger Ueberzeugung, mit Programm, wie ohne. Das Programm genirt also nicht, sobald man nur nicht des Programms, sondern der zu versprechenden Gegenconcession wegen für den liberalen Candidaten stimmt. Die Hauptsache bleibt immer, daß es sich um die Wahl zwischen zwei Uebeln handelt. Drei katholische Candidaten könnt Ihr nicht verlangen und nicht durchsetzen. Quaeritur ob einen oder gar keinen? Eure principiellen Gegner sind beide Bielefelder Parteien. Ob die eine oder die andere in der Folge gefährlicher, wer kann es wissen? Also warum nicht eine Verbindung mit derjenigen, wo die beste Chance ist? Am billigsten wäre es, von jeder der drei Parteien einen Abgeordneten zu nehmen. Oder sollten auch dagegen Skrupel walten? Meines Erachtens kein anderer, als daß es nicht geht. Kurz, soweit ich die Lage übersehe, würde ich mit einer der Bielefelder Parteien dahin pactiren, daß Nr. 1 für sie, Nr. 2 für mich und Nr. 3 für sie. Und wahrscheinlich würde ich der Neigung der eigenen Leute und der Tradition

folgend mit den Liberalen Verabredung treffen. Der Gegensatz der Liberalen und Katholiken wird mit der Zeit von selbst reif werden. Jetzt sehen unsere Leute es noch nicht ein, und die künstliche oder gewaltsame Beschleunigung der Spaltung ist eher schädlich als nützlich. Zur öffentlichen Freundschaft zwischen der Rechten und uns ist es noch zu früh; vorab müssen beide Theile noch eine Schule durchmachen. — Will man Verabredung treffen, dann ist der Wahltag wohl zu spät dazu. — Nun mach, was Du willst und kannst, und wenn es nicht glückt, so tröste Dich."

Selbstverständlich beschränkte sich Mallinckrodts Sorge nicht auf die Katholiken Westfalens allein. Er, wie seine Freunde, wollten die Katholiken Preußens als eine Gesammtheit. Das Ziel ihrer Wünsche und Bestrebungen war — was es bis jetzt nur in sehr unvollkommenem Sinne gab — eine fest geeinte, wohlorganisirte katholische Partei. Daher von Anfang an sein lebhaftes Interesse und seine persönlichen Bemühungen für das Gedeihen der „Deutschen Volkshalle", die als tonangebendes Blatt für die preußischen Katholiken auserseehen war; daher auch sein Eifer, andere katholische Unternehmungen, z. B. das in Köln gegründete „Organ für christliche Kunst", zu empfehlen und zu verbreiten. Anfangs 1858 war bei einem seiner nächststehenden Gesinnungsgenossen der Plan aufgetaucht, eine katholische „Wochenschrift" ins Leben treten zu lassen, bestimmt, klärend und einend auf die gebildeten Katholiken Preußens einzuwirken. Hermann antwortete auf die Darlegung des Planes:

„Unsere politischen Ansichten sind noch zu wenig klar durchgebildet und fest, um eine bestimmte Fahne aufzupflanzen und angriffsweise vorzugehen. Auch ist das Lager zu klein, und es fehlt ebenso wohl an Führern, welche geistige Wucht und Autorität genug haben, um Vorkämpfer zu sein, wie an der nöthigen Zahl von Personen, welche durch Talent, Kenntnisse, Muße, Unabhängigkeit der Stellung ꝛc. zum Kampfe in zweiter Linie befähigt sind.

„Wäre das alles aber auch anders, so würde es einem als Parteiorgan sich gerirenden Blatte doch an lesendem Publikum fehlen, und es würde sich ein Gegensatz unter den Katholiken erneuern und ausbilden, der nicht vom Guten, sondern vom Uebel wäre und das rechte Ziel verfehlen ließe. Also kein Organ in der Art, wie es unvermeidlich sich gestalten würde, wenn Männer wie Florencourt ꝛc. maßgebenden Einfluß hätten.

„Meiner Idee würden etwa folgende Grundzüge entsprechen: Ein Blatt, das von vornherein kein Parteiblatt sein will, das sich nicht vermißt, den Stein der Weisen gefunden zu haben, das nicht im Ton unfehlbarer Literatenweisheit in die Welt hinausapostelt, das ohne egoistische Tendenzen und deshalb auch ohne Leidenschaft ist, das Widerspruch vertragen kann, das nie zankt, aber viel discutirt, das jede Obrigkeit liebt, aber keine schweifwedelt, das sich für alle wichtigeren Fragen interessirt, aber möglichst wenige als Kapitalfragen behandelt.

„Ich denke mir das Blatt als eine Art von Sprechsaal, in welchem zwar nur Berufene, diese aber auch möglichst freies Wort haben. Wenn sechs oder zwölf unserer echten Gesinnungsgenossen zusammensitzen und sich besprechen, so sind die leitenden Grundsätze zwar dieselben, aber die Anwendung auf gegebene Verhältnisse, die Anschauung der letzteren, die Beurtheilung von Ursachen und Wirkungen, die Er-

kenntniß der richtigen Zielpunkte, die Wahl der Wege, das alles ist so vielfach verschieden, wie die Zahl der anwesenden Personen. Und gerade in dem freundschaftlichen Austausch der Meinungen, in dem Tournier der geistigen Kräfte zugleich mit dem allseitigen Streben nach dem Wahrsten und Besten — darin liegt der Reiz und der Gewinn beim Verkehr von Freunden.

„Wie Dogma und Sittengesetz sich auf dem religiösen Gebiete so innig durchdringen, daß man nicht glaubt, ohne sittlich zu sein, und nicht sittlich ist, ohne zu glauben, so verhält es sich auch auf dem politischen Gebiete. Die Erkenntniß des politisch Wahren läßt sich so gut wie der religiöse Glaube als Tugend des Verstandes auffassen, und wer die Wahrheit hat, ist erhaben über die Leidenschaft und höchstens noch dem gerechten Zorn tributär. An der Zeitschrift mitarbeiten hieße also zugleich an einem Wettkampf in der Tugend theilnehmen, und dieses Element würde das Band werden, welches stärker als die Uebereinstimmung in der politischen Gesinnung die Mitarbeiter zusammenschließen müßte. So möchte ich die Zeitschrift gewissermaßen nur für die Belehrung, Uebung, Unterhaltung und für das Vergnügen der Mitarbeiter anlegen und organisiren — als ‚öffentliche Gespräche‘ über dieses und jenes.

„Nun erst komme ich zu der Wirkung aufs Publikum. Ich meine, dasselbe müßte mehr Spaß und Interesse an einer Lectüre haben, die nicht apodiktisch auftritt, sondern nur denken und erörtern hilft, als an einem entschieden einseitig gefärbten Blatte[1]. Eine solche Lectüre verletzt und reizt nicht und stößt niemand ab, sondern im Gegentheil, sie ladet ein zum Eingehen auf die Fragen, wenn auch nur widersprechend und kritisirend. Sie umspinnt unmerklich und *erzieht* die Leser allgemach zu einer gemeinschaftlichen Ueberzeugung, aus der dann in gegebenen Momenten auch wohl eine ‚Partei‘ herausspringt, wie Minerva aus Jupiters Haupt, mit Stiefel und Sporen.

„Die Zeiten wechseln, der gegenwärtige Zeitpunkt scheint mir aber der Gladiatoren-Schriftstellerei wenig günstig; und nach den Flegeljahren (der politischen Parteien?) muß das Studium erst recht wieder fortgesetzt werden. —

„Bist Du nach dieser Expectoration nun viel klüger als zuvor? — dubito an! denn die Hauptfrage habe ich nur wie jene Denkmünze beantwortet, wo es heißt:

‚Die Hoffnung besserer Zeiten, wann kommt sie?‘

und dann:

‚Sie wartet guter Leute — wo sind sie?‘“

---

6. Der Ruf nach Berlin (1859—1860).

Als nach sehr lebhaftem Wahlkampf der Landtag 12. Januar 1859 wieder eröffnet wurde, fand sich das Haus der Abgeordneten völlig umgewandelt. Von den 253 Mitgliedern der vorigen Session waren nur 108 wieder erschienen. Die vordem dominirenden Fractionen der „Rechten“ waren

[1] Mallinckrodt spricht für seine Tage, da die politischen Gegensätze unter den Katholiken noch ungemein schroffe waren.

zu einer kleinen Minorität zusammengeschmolzen, die für ihren Candidaten zur ersten Vicepräsidentenstelle nicht mehr als 48 Stimmen aufzubringen vermochten. Dieselbe nahm jetzt ihren Platz zur Linken. Alles beherrschte die liberale Partei des Grafen Schwerin. Extreme Demokraten waren gar nicht gewählt worden. Dagegen konnte die katholische Fraction, wie auch die Polen, mit der Wahl zufrieden sein. Es war sehr übel vermerkt worden, daß einige der katholischen Bischöfe, welche aus Anlaß der Wahlen Hirtenschreiben veröffentlichten, zur Wahl „guter Katholiken" aufgefordert hatten. Freilich hatte andererseits das protestantische Oberconsistorium in Königsberg vier Predigern einen scharfen Verweis ertheilt, weil sie dem Assessor v. Forckenbeck die Stimmen gegeben, bezw. seine Wahl begünstigt hatten. Und doch war Forckenbeck ganz ministeriell gesinnt. Das Verbrechen, das man ihm vorwarf, war, daß er (der Taufe nach) römisch-katholisch sei. Dieser Vorfall konnte indessen nicht hindern, daß sich namentlich in der Presse große Entrüstung kundgab gegen den Eigensinn der Katholiken, die auch jetzt noch eine „confessionelle Fraction" im Landtage aufrecht halten zu wollen schienen. Der neue Cultusminister, der bisherige Oberregierungsrath v. Bethmann-Hollweg, war allerdings bekannt als sehr eifriger Protestant, Präsident des Hamburger Kirchentages und bekannt als der Vicepräsident der Generalsynode von 1846. Als Gelehrter und Parlamentarier stand er in Ansehen. Man erwartete von ihm, abgesehen von der Hebung des Universitätswesens, nichts Geringeres als die Vollendung der preußisch-protestantischen Kirchenverfassung. Allein Vertrauensmann der Katholiken war er bisher nicht gewesen. Als es sich im Abgeordnetenhause 1852 um seine Wahl zum zweiten Vicepräsidenten handelte, hatte die katholische Fraction gegen ihn die Entscheidung gegeben, „weil er", so schrieb damals Mallinckrodt, „kein Zutrauensvotum verdient". Dagegen war aber in der Person des Fürsten von Hohenzollern, der an der Spitze des Ministeriums stand, den Katholiken eine Bürgschaft gegeben. Das „Preußische Wochenblatt", welches die Richtung des neuen Ministeriums spiegelte, hatte es als Grundsatz ausgesprochen: Preußen, durch seinen Ursprung ein protestantischer Staat, habe gleichwohl die Fähigkeit und die Bestimmung, den beiden christlichen Confessionen gegenüber wahrhaft paritätisch zu sein.

Als daher jetzt zu Beginn der Session von hoher Stelle der Wunsch angedeutet wurde, daß die Fraction als confessionelle verschwinden möchte, sofern in ihrem Fortdauern ein Mißtrauen gegen die Regierung gefunden werden könnte, war die Mehrzahl der katholischen Abgeordneten bereit, Namen und Statuten der Fraction zu ändern. Die Erinnerung aber an so manche Mühen, Kämpfe und Siege der verflossenen zwei Legislaturperioden und die Angriffe, die eben jetzt auch von einzelnen Katholiken, wie Dr. Blömer, wieder gegen die Fraction gerichtet wurden, erschwerten begreiflicherweise für andere

einen solchen Entschluß. Es kam im Schoß der Fraction zu erregten Debatten. Mehr als einem braven katholischen Kämpen waren dabei die Thränen in die Augen getreten. Der Bestand der Partei stand für den Augenblick in Frage. Mallinckrodts besonnenem Eingreifen war es zu verdanken, daß in kurzem alles wieder geordnet und volle Versöhnung hergestellt war.

„Mit unserer Nomenclatur", schreibt er 23. Januar 1859, „sind wir nach langer Debatte ins reine gekommen. Die Ansichten standen einander ziemlich schroff gegenüber, die Mehrheit offenbar für Namensänderung, die Westfalen aber meist hartnäckig dagegen. Als alles mürbe war und keiner ein befriedigendes Ende absah, weil ein Abmajoriren über die Frage wegen der weiteren Folgen für uns selbst sehr bedenklich war, habe ich Vertagung und vorläufige Ueberweisung an den Vorstand beantragt und dort die combinirte Statutenüberschrift ‚Fraction des Centrums (Katholische Fraction)' vorgeschlagen, so daß der erste Name der officielle in der Kammer werde, der andere aber Festhalten an Sache und Geschichte ausdrücke und zum beliebigen Gebrauch in Gespräch und Presse neben dem neuen Namen bleibe. Der Vorstand einigte sich, und die nunmehrige einstimmige Proposition fand ohne Abstimmung allseitige Billigung und Annahme. Auch in den anderen Parteien und höheren Regionen, wo man Gewicht auf die Frage legte, wird man wohl befriedigt sein."

Die Bezeichnung „Fraction des Centrums" war gewählt worden, weil seit der Gründung der katholischen Fraction dieselbe im Centrum des Hauses ihren Platz genommen hatte. Jedenfalls war der Name ein ganz neutraler. Unter diesem Namen wurden nun am 17. Januar 1859 die neuen Statuten angenommen und von 57 Mitgliedern unterschrieben.

Statuten der Fraction des Centrums.

1. Aufgabe der Fraction ist die Vorberathung aller das Haus der Abgeordneten beschäftigenden Gegenstände. Die Berathung wird den Charakter freundschaftlicher Erörterung an sich tragen und möglichste Einigkeit erstreben, unbeschadet jedoch der Freiheit und Unabhängigkeit jedes einzelnen Mitgliedes in Ansehung seiner persönlichen Ueberzeugungen und des Ausdrucks derselben im Hause der Abgeordneten wie innerhalb der Fraction.

2. Selbständige Anträge oder Interpellationen dürfen von Mitgliedern der Fraction nicht ohne einen Mehrheitsbeschluß eingebracht werden. Anträge von Abgeordneten, die außerhalb der Fraction stehen, dürfen durch Unterschrift erst unterstützt werden, nachdem der betreffende Gegenstand zuvor in der Fraction besprochen ist.

3. Die Fraction wählt einen Vorstand von sieben Mitgliedern und einen Schriftführer. Die erste Wahl im Beginn der Legislaturperiode gilt auf vier Wochen. Die demnächstige Neuwahl, sowie die Wahlen bei Beginn der folgenden Sessionen des Landtags gelten auf die Dauer der jedesmaligen Session. Der Vorstand hat für Aufrechthaltung der Satzungen, Berufung und Leitung der Versammlungen, Ausführung der Beschlüsse, überhaupt für die Geschäftsführung Sorge zu tragen.

4. Die Fractionsversammlungen finden der Regel nach an den Wochentagen, welche den Sitzungen des Abgeordnetenhauses unmittelbar vorhergehen, sonst aber auf

besondere Einladung statt. Giltige Beschlüsse werden durch die Mehrheit der Erschienenen gefaßt. Die Reihenfolge der Sprechenden richtet sich nach der Zeit der Anmeldung mit Rücksicht auf das „Für" und „Wider". Als Regel gilt, daß niemand länger als 5 Minuten sprechen darf. Der jedesmalige Vorsitzende bezeichnet im Einvernehmen mit den übrigen Vorstandsmitgliedern die Redner, welche im Hause der Abgeordneten die Ansichten der Fraction vertreten sollen. Ueber Einwendungen gegen seinen Ausspruch entscheidet die Fraction. Mit gleicher Maßgabe ernennt er Commissionen oder Berichterstatter für einzelne Fälle und ertheilt Aufträge für besondere Geschäfte. Alle Personenfragen werden durch geheime Abstimmungen entschieden, sofern nicht alle Anwesenden die öffentliche Abstimmung begehren.

5. Zur Bestreitung der Bedürfnisse der Fraction zahlen die Mitglieder einen monatlichen Beitrag. Ein vom Vorstande ernannter Rechnungsführer besorgt die desfallsigen Geschäfte.

6. Nach Constituirung der Fraction kann ein Abgeordneter Mitglied derselben werden, wenn gegen dessen Aufnahme sich nicht ein Dritttheil der Anwesenden erklärt. Der Aufgenommene muß durch seine Unterschrift sich zur Beobachtung der Satzungen verpflichten.

7. Der Austritt aus der Fraction steht jederzeit frei, doch muß der Kostenbeitrag für den laufenden Monat entrichtet werden. Der Ausschluß eines Mitgliedes kann auf Antrag von sechs Mitgliedern, durch einen Beschluß, für welchen zwei Drittheile der Fractionsmitglieder stimmen, verfügt werden.

8. Mit Vorwissen des Vorstandes können andere Abgeordnete und Fremde für einzelne Sitzungen als Gäste eingeführt werden.

Berlin, den 17. Januar 1859.

Wie in ihrem Anfang, so sollte die neue Session auch in ihrem Verlaufe für Hermann eine bewegte werden. Hier in Berlin erhielt er endlich Aufklärung über den Stand von Aulike's Project. Schon das alte Ministerium hatte Mallinckrodts Berufung in die katholische Abtheilung abgelehnt, und das neue Ministerium that es abermals. Der Cultusminister v. Bethmann-Hollweg hatte Aulike davon Mittheilung gemacht und zu anderm Vorschlage aufgefordert. „Aulike hielt demungeachtet sein Project noch fest," schrieb Hermann 23. Januar, „doch bezweifle ich den Erfolg." Er hatte Recht, zu zweifeln. Schon 7. Februar konnte er endgiltig melden: „Mit meinem Cultusministerium ist es aus, was mir nicht zum Kummer gereicht." Einige Monate später trat sein Freund, der bisherige Oberpräsidialrath Linhoff von Münster, als neuer Hilfsarbeiter in die katholische Abtheilung ein.

Doch gerade jetzt, da die eine Zukunftsaussicht schwand, öffnete sich ganz unerwartet, aber mit noch viel weniger Hoffnung auf Verwirklichung, eine andere. Als Mallinckrodt in einer der ersten Sitzungen des Abgeordnetenhauses dem neuen Minister des Innern zum erstenmal begegnete und ihm guten Morgen wünschte, war Flottwells erste Frage, ob er wohl gewillt sei, sich von ihm ins Ministerium nehmen zu lassen. „Ich habe es nicht abgelehnt," schreibt Hermann, „aber auch keine guten Worte gegeben. Da er (der Minister) übrigens mit sich selbst noch nicht im reinen zu sein schien,

ist auch diese Aussicht sehr problematisch, und ich erwähne es hauptsächlich nur, weil mich der Wechsel der Bilder und Projecte amüsirt."

Gleich zu Beginn war Hermann abermals zum Referenten für die Wahlprüfungen seiner Abtheilung und zum Mitglied der vielbeschäftigten Budgetcommission gewählt worden. „In der Budgetcommission", schrieb er, „bin ich ziemlich reichlich mit Arbeit bedacht, und habe unter anderm den von der Heydt'schen Etat über Handel, Gewerbe und Eisenbahnen zu kritisiren." Nachdem er schon in der 14. Sitzung kräftig für die Commissionsanträge und gegen die Regierungsvorlagen aufgetreten war, erstattete er in der 23. Sitzung (19. März) einen umfassenden Bericht über den ganzen, in großer Verwirrung befindlichen Eisenbahnetat, wenn er sich auch wegen der überwältigenden Masse des Stoffes bemühen mußte, „in Siebenmeilenstiefeln vorzurücken". Auch für den Unterrichtsressort war er Berichterstatter der Budgetcommission. Dazu kam noch ein eigenes mühesames Referat über den Gesetzentwurf betreffend das eheliche Güterrecht in der Provinz Westfalen.

Nebenher betheiligte er sich lebhaft an den verschiedensten Debatten im Plenum, wo fast alle bedeutenden Fragen der letzten Jahre wieder zur Erörterung kamen. Sehr eindringlich sprach er zweimal über die Heiligung des Sonntags und warnte die Kammer, ja nicht den Verdacht zu erwecken, „als sei auch in Beziehung auf die Heiligung des Sonntags die Strömung der Gegenwart eine der Vergangenheit feindselige". Hinsichtlich der Juden stellte er sich entschieden auf seiten des Cultusministers, welcher dieselben nach der Lage der Gesetzgebung auch jetzt noch vom Richterstande ausgeschlossen erachtete. Das im Artikel 12 den Juden garantirte Recht solle ihnen ganz und voll zu theil werden, meinte Mallinckrodt, aber nur insoweit es mit den übrigen Artikeln übereinstimme. Eine Hauptschwierigkeit bot die Abnahme des Eides durch den jüdischen Richter, und der Redner beharrte bei der Ansicht: „Von jedem jüdischen Richter muß man voraussetzen, daß er mit vollem Herzen seinem religiösen Bekenntnisse angehört." In voller Uebereinstimmung mit ihm war der Wortführer der Conservativen, der Abgeordnete v. Blankenburg, für die Giltigkeit der in dieser Sache auch nach 1850 erlassenen Ministerialrescripte eingetreten und hatte zu Gunsten des Mallinckrodt'schen Antrages auf den von ihm selbst gestellten verzichtet. Allein gegen die ungeheure liberale Mehrheit vermochten beide nicht aufzukommen.

In der Dissidentenfrage gab Mallinckrodt seiner Ansicht Ausdruck, daß dieselben in der Vergangenheit in mancher Hinsicht zu schroff behandelt worden seien, daß sie aber voraussichtlich in der Zukunft zu sanft würden behandelt werden. Er bestritt, daß die damaligen sogen. katholischen Dissidenten überhaupt noch wirkliche Religionsgemeinschaften seien und als solche, d. h. als religiöse Körperschaften, den Rechtsschutz in Anspruch nehmen könnten.

„Eine Religionsgemeinschaft", sprach er, „ist nicht möglich ohne Religion und ohne Gemeinsamkeit derselben. Die Gemeinsamkeit setzt ein Bekenntniß voraus, der Begriff der Religion aber erfordert, daß das Bekenntniß mindestens den Glauben an Gott einschließe."

Wie er überhaupt alle die Jahre her bei seiner wie bei anderen Parteien trotz aller Unabhängigkeit des Charakters für „ultragouvernemental" galt, glaubte er sich wiederholt genöthigt, für die Rechte der Regierung einzutreten. Er that dies mit besonderm Nachdruck in der 27. Sitzung, als es sich um die Geldbewilligung für die Gendarmerie handelte. „Ich glaube," sprach er unter anderm, „die Staatsregierung braucht nicht zu ersuchen, ich glaube, sie hat das volle Recht, zu fordern, daß diese Position vom hohen Hause bewilligt wird. . . ." Ebenso unterstützte er unter häufigem und lebhaftem Beifall in der 30. Sitzung den Kriegsminister v. Bonin gegen die Angriffe von seiten der Conservativen. Die Verhandlungen über das neue Ehescheidungsgesetz gaben ihm aber Gelegenheit, mit derselben Entschiedenheit und Treue auch für die Anschauungen seiner Kirche einzutreten.

„Gewiß ist die Ehe", sagte er im Laufe seiner Rede, „die Grundlage der Familie, aber sie ist mehr als eine bürgerliche Institution, ebenso wie die Familie sehr viel mehr ist als ein bürgerliches Institut. Sie ist auch mehr als eine sittliche Institution. Sittliche Institution war auch die Ehe unserer Altvordern in vorchristlichen Zeiten. Es ist die wahre christliche Ehe wesentlich ein religiöses Verhältniß. Wer eine Ehe schließt, der begeht dadurch nicht einen bürgerlichen Act mit einer kirchlichen Seite, sondern er begeht im eminenten Sinn des Wortes eine religiöse Handlung. Er begeht so gewiß eine religiöse Handlung, als der Empfang eines Sacramentes eine religiöse Handlung ist. Sonach schließe ich: Der Kern, das Wesen und das innerste Heiligthum der Ehe liegen auf dem Gebiete der Kirche, und nur die rechtlichen äußeren Beziehungen, die Rechtsfolgen, die sich an das eheliche Verhältniß und an die Gründung der Familie anlehnen, fallen in das Gebiet des Staates. Der Staat kann darüber gar nicht hinausgehen. Er kann keine Gesetze geben, wodurch er die Ehe auf andere Grundlagen aufbaut als auf der Grundlage der Kirche, oder sein Gesetz ist dem innersten Wesen nach wirkungslos. Und deshalb behaupte ich gegenüber der Argumentation Ihrer Commission, daß der Weg der Civilehe der an und für sich unmögliche Weg ist, insofern man das Ziel im Auge hat, mit der Civilehe eine wahre Ehe einzusetzen. Die Civilehe des Staates ist immer nur das matrimonium im Sinne der Alten, gewissermaßen ein gesetzlich geordnetes Concubinatsverhältniß."

„Als vor zwei Jahren", so fuhr er nach längerer Kritik des Commissionsantrages fort, „ein Ehescheidungsgesetz in dieses Haus eingebracht wurde, da nannte man es den Entwurf eines ‚bürgerlichen' Gesetzes über die Ehescheidung. Ich habe damals den Beweis angetreten, und ich dächte, ich hätte ihn auch geführt, daß es sich eigentlich nicht um bürgerliches Recht handelte, sondern um evangelisches Kirchenrecht in Gestalt des bürgerlichen Rechtes. Freilich damals war das Kirchenrecht

mehr im Sinne der strenggläubigen Richtung aufgefaßt. Auch heute kommt der Gesetzentwurf im schlichten bürgerlichen Kleide, aber das hindert nicht, daß der Grundgedanke des Gesetzes ebenfalls eine protestantische Auffassung von der Ehe spiegelt. Und dieser Grundgedanke ignorirt nicht bloß die Auffassung der katholischen Kirche, nein, er negirt dieselbe den sechs Millionen Katholiken ins Gesicht hinein. Und die Commission fügt zur Negation den Hohn, indem sie auf einer der ersten Seiten hinschreibt: ‚Was ist natürlicher, als daß vor Jahrhunderten die Kirche die Ehe für sich in Anspruch nahm, wie es die katholische Kirche noch heute thut.' ... „Wir haben", so schloß er nach längeren Ausführungen seine kraftvolle Rede, „dieser wenigen (vorher erwähnten) Fälle wegen keine Veranlassung, die tausendjährigen Ueberzeugungen und Sitten der christlichen deutschen Nation jetzt — im Princip wenigstens — zu opfern."

Es begreift sich wohl, daß bei einer so bewegten Session die Kräfte stark in Anspruch genommen wurden und es deshalb mit der Correspondenz nur schwach bestellt sein konnte. „Ich bin zu beschäftigt," schreibt er 12. März, „und durch die um mich herumschwirrenden Schwätzereien der Budgetcommission zu confus, um vernünftig denken oder gar schreiben zu können." „Die Sehnsucht nach 8 Tagen Ruhe", hieß es 14 Tage später, „ist groß und wird noch größer werden, bevor die Ferienzeit kommt." Manche kleine Sorge ging diesen Angelegenheiten der großen Welt zur Seite. Eben handelte es sich darum, daß Böddeken als Rittergut in die Matrikel aufgenommen werde, und er war so glücklich, den Bruder von allen Phasen in Kenntniß setzen zu können, welche die Frage bis zur glücklichen Erledigung zu durchlaufen hatte. Daneben beschäftigte ihn die Sorge für einen ehemaligen Verwalter seines Bruders, der krank und verwahrlost schon im Herbste 1858 in Frankfurt sein Erbarmen angerufen hatte. Mallinckrodt hatte ihn damals sorgfältig beobachtet und eingehendem Verhör unterzogen, dann aber wie ein Vater sich seiner angenommen. Der Arzt, durch den er ihn hatte untersuchen lassen, war bereit, ihn als mittellosen kranken Reisenden ins Spital in Frankfurt aufzunehmen. Allein Hermann bestimmte ihn für das Hedwigskrankenhaus in Berlin, damit auch die Seele die rechte Pflege fände. Dort sollte er einmal gründlich curirt werden und in der Zwischenzeit nach einer neuen Stelle im Osten sich umsehen. Er versah den Kranken mit einem langen Briefe an den Berliner Arzt und übernahm für die nächsten Wochen alle Kosten. Bald war der Kranke auf dem Wege entschiedener Besserung und schrieb einen Brief voll des Dankes an seinen Wohlthäter nach Frankfurt. „Aber wer kann dafür stehen," schrieb Hermann, der wiederholt mit dem herzlichsten Wohlwollen über den armen Menschen an die Geschwister berichtete, „daß der Götzendienst nicht wieder anfängt, sobald Jehovah mit Strafen einhält?" Seine Ahnung betrog ihn nicht. Mitten in den angestrengtesten Arbeiten der Session schreibt er in die Heimat: „Herr M ... hat sich richtig zum vollständigen Vagabunden und Bummler entwickelt.

Schließlich hat, indirect auf meine Veranlassung, der Constabler im Abgeordnetenhause sich seiner bemächtigt. Er ist dann auch auf 24 Stunden verurtheilt worden und wird nun wohl Zwangspaß in die Heimat erhalten. Einstweilen ist an ihm nichts zu bessern." Es war eine trübe Erfahrung für Hermann, der in dem Manne trotz seines Leichtsinnes und seiner Fehler viele tüchtige Eigenschaften erkannt und große Mühe aufgewandt hatte, selbst im persönlichen Verkehre, um ihn zu retten.

Auch im Parlamente hatte es neben den ernsten sachlichen Erörterungen nicht an Vorfällen gefehlt, welche mehr das persönliche Gebiet berührten. Nachdem Mallinckrodt sich in der 10. Sitzung anläßlich einer Petition gegen den städtischen Magistrat von Dirschau ausgesprochen hatte, nahm er in der 18. Sitzung vor der Tagesordnung das Wort, um seine sämmtlichen Aeußerungen von damals zu widerrufen.

„Meine Herren! Es ist neulich geäußert worden," begann er, „das Vorrecht der Tribüne verpflichte uns zu besonderer Vorsicht bei unseren Aeußerungen. Es verpflichtet uns auch, falls irrthümliche Aeußerungen gefallen sind, die für Personen oder Behörden außerhalb des Hauses verletzend sind, diese zu berichtigen. Ich befinde mich in der Lage, dies zu thun."

Und nun erklärte er kurz, er habe sich damals auf Mittheilungen gestützt, die ihm speciell nach Namen und Wohnung gemacht worden waren. Gleichwohl seien dieselben falsch gewesen, und der Magistrat habe ihn völlig davon überzeugt, daß seine betreffende Verfahrungsweise berechtigt gewesen sei.

Auch sonst wachte er mit einer fast skrupelhaften Aengstlichkeit darüber, daß seine Kampfesweise im Parlament ohne Fehl bleibe, und es berührte ihn empfindlich, wenn hierin ein Vorwurf gegen ihn erhoben wurde. 26. März war durch einen Fehler des Präsidenten die Discussion verfrüht geschlossen, und dadurch Mallinckrodt die Möglichkeit abgeschnitten worden, sein Votum zu motiviren. Er bat, die Discussion wieder zu eröffnen, und versprach, „buchstäblich nur zehn Worte zu sprechen"; allein es wurde ihm nicht gewährt. Als er nun bei der nächsten Discussion in einer ganz eng verwandten Frage seinen Standpunkt darlegte, verwies ihm dies der Präsident als Zurückgreifen auf die vorige Discussion und nicht zur Sache gehörig.

„Ich bin mir bewußt," erwiederte Mallinckrodt, „daß ich stets den Willen habe, ganz loyal zu discutiren und nicht in die Form von Geschäftsordnungs- oder persönlichen Bemerkungen Sachliches zu kleiden. Wenn ich diesen Grundsatz nicht festhielte, so wäre ich vorhin doch gewiß wohl in der Lage gewesen, ohne weiteres mit wenigen Worten meinen Standpunkt anzudeuten. Ich habe es mit vollem Bewußtsein nicht gethan. Ebenso aber auch bin ich persönlich der Ueberzeugung, daß ich jetzt nicht in ungehöriger Weise abgeschweift bin von dem Gegenstande, der hier zur Discussion steht; es ist eben im Grunde ein und derselbe Gegenstand."

Am empfindlichsten aber war Mallinckrodt, wenn Männer, die er persönlich hochachtete, von irgend einer Seite in unberechtigter Weise angetastet wurden. So war er schon 1858 sehr scharf aufgetreten gegen einen Petenten, der in einer Schmähschrift P. Reichensperger zu nahe getreten war. In dieser Session hatte er sowohl für seinen Collegen, den Abgeordneten Schlüter aus Paderborn, dessen Wahl man noch in der 29. Sitzung für ungiltig erklärt hatte, wie für den als Wahlcommissär bei der Sache betheiligten Landrath v. Metternich warme Worte der Anerkennung und der Vertheidigung gehabt. Namentlich dem letztern, für den auch in seiner Eigenschaft als Beamter diese Verhandlung peinlich war, verschaffte er eine glänzende Ehrenrettung. Derselbe ritterliche Zug brachte ihn zu zweimaligem, schroffem Zusammenstoß mit dem pensionirten Seminardirector Diesterweg, der 1859 als Mitglied in die Kammer gewählt worden war. Der Abgeordnete Dr. Falk hatte als Berichterstatter der Petitionscommission beantragt, über eine Petition, worin der Lehrer Wander wegen einer im Abgeordnetenhause gegen ihn gefallenen Aeußerung Beschwerde geführt hatte, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Dies aber hatte Diesterweg in große Entrüstung versetzt. Er widmete seinem Collegen Wander eine überschwängliche Lobrede und ging so weit, ihn „dem deutschen Altmeister von Bonn" an die Seite zu stellen. Das war Mallinckrodt doch zu stark. Hatte einst der alte Ernst Moritz vor Salomons Richterstuhl für ihn eine so schöne Rede gehalten, so war jetzt der Augenblick gekommen, ihm das zu vergelten. Mallinckrodt erhob sich sofort, um Falk zu unterstützen. Es war zum erstenmal, daß sein und Falks Name in der Oeffentlichkeit zusammen genannt wurden. Kurz und schlagend erwiederte er Diesterweg und verlangte Tagesordnung.

„Ueberzeugt aber bin ich durch die Rede nicht," fuhr er fort, „daß alle früheren nachtheiligen Urtheile (über Wander) unbegründet gewesen seien. Deswegen glaube ich auch, den Altmeister am Rhein einstweilen gegen die Parallele in Schutz nehmen zu sollen, die der Vorredner zwischen ihm und dem Petenten gezogen hat. Im übrigen lasse ich die Eigenschaften ganz dahingestellt, welche Wander als Lehrer, Bürger, als Mensch haben mag, ich betrachte ihn lediglich als Petenten. Die Petition ist nicht begründet, und deshalb bitte ich, zur Tagesordnung überzugehen."

Ernster wurde die Begegnung 9. Mai in der 47. Sitzung, als der Antrag Harkort über das Schulwesen zur Berathung stand. Diesterweg, als Berichterstatter, hatte den in Kraft stehenden religiös-confessionellen Unterricht heftig angegriffen und zugleich gegen mehrere höhere Schulbeamte in persönlicher und beleidigender Kritik sich ergangen. Er hatte zu berichten gewußt von dem „furchtbaren Druck", der auf der Brust der Lehrer laste und der ausgehe von den „neuen starr-confessionellen Pfarrern". Die persönlichen Angriffe wandten sich, neben Dr. Georgi in Düsseldorf und

H. Wangemann in Kammin, vorzüglich gegen den Schulrath Wantrup in Minden, der „durch Beten vorzugsweise die Lehrer bilden wolle".

In Bezug auf die Sache antwortete Mallinckrodt kurz und bestimmt, indem er sich unumwunden für das bestehende System als solches und die vom Cultusminister entwickelte Anschauung erklärte. Die confessionelle Seite der Frage widerrathe ihm, näher in die Sache einzugehen. Dann aber kam er auf Wantrup. Dieser war ein strenggläubiger, entschieden conservativer Protestant, den Mallinckrodt von Minden her kannte. In späteren Jahren sollte auch er als Mitglied ins Abgeordnetenhaus kommen, wo er als „hyperorthodox" und „hyperdogmatisch" von den Liberalen besonders angefeindet wurde. Zuletzt in der Aera Falk wurde er, um ihn „unschädlich zu machen", nach Arnsberg versetzt [1]. Für jetzt hätte Mallinckrodt die Vertheidigung des Abwesenden dessen Gesinnungsgenossen in den Reihen der Conservativen überlassen können. Allein da er Wantrup persönlich kannte und als Mann der Ueberzeugung hochschätzte, fuhr er, gegen Diesterweg gewendet, fort:

„Ich erlaube mir nun noch eine persönliche Bemerkung. Allerdings habe ich durchaus nicht den Beruf, alle die Personen, die von dem Herrn Referenten in einer oder der andern Weise angegriffen sind, in Schutz zu nehmen. Ausnahmsweise finde ich mich aber dazu aufgefordert, wenn es sich um Personen handelt, die mir näher bekannt sind und deren Freundschaft ich mich rühme. Das ist der Fall in Beziehung auf den Regierungs- und Schulrath Wantrup. . . . Die Ansichten und Auffassungen, die ihm beigelegt werden, beruhen auf durchaus irrigen Deutungen dessen, was er wirklich gesagt hat. Der Herr Referent wenigstens hätte Zeit genug gehabt, sich hiervon aus dem Inhalte der Erklärungen zu überzeugen, zu welchen unter anderm auch die Motivirung des Harkort'schen Antrages dem gedachten Herrn Veranlassung gegeben hat. . . . Ich meinerseits spreche die bestimmte Ueberzeugung aus, daß die Urtheile, welche der Herr Referent und Herr Harkort in Beziehung auf den Herrn Wantrup geäußert haben, durch und durch unrichtig sind."

Als nun Harkort wegen dieser Worte als einer Verdächtigung seiner Wahrheitsliebe sich verletzt zeigte, erwiederte Mallinckrodt:

„Ich versichere Herrn Harkort, daß ich ihn für einen ehrlichen und recht gesinnungsfesten Mann halte, aber das versichere ich auch: Herr Harkort ist um kein Haar ehrlicher, gesinnungstreuer und charakterfester als der Dr. Wantrup. Das ist meine feste Ueberzeugung."

Die Landtagsverhandlungen waren bereits bis Ostern vorangeschritten, ohne daß bis jetzt die großen politischen Verwicklungen zur Sprache gebracht worden wären, die um jene Zeit ganz Europa in Erregung hielten. Die Spannung zwischen Frankreich und Oesterreich hatte einen Grad erreicht,

[1] Gestorben zu Arnsberg Juli 1891, im 79. Lebensjahre.

daß am Ausbruch eines Krieges kaum mehr gezweifelt werden konnte. Napoleon hatte sich seinem Lande gegenüber der großen Freundschaft mit Preußen gerühmt. Die officiösen Blätter der preußischen Monarchie gaben die Parole aus: Preußen müsse freie Hand behalten, sich die Hände nicht binden, und im übrigen hüllten sie sich in Schweigen. Um so unruhiger und erregter geberdete sich die nicht-officiöse Presse. Es regnete förmlich die aufregendsten politischen Broschüren, und während dessen bemühten sich die angesehensten preußischen Organe, die Idee von der Beherrschung Deutschlands durch Preußen mit Ausschluß Oesterreichs gerade jetzt populär zu machen. Bei der allgemeinen Erregung erwartete man vergeblich eine Kundgabe des Abgeordnetenhauses über die politische Lage. Man sprach von einer beabsichtigten Interpellation Heinrich v. Arnims, allein diese unterblieb. Die Mittheilungen der Minister vom 9. März waren so allgemeiner Natur, daß sie niemand befriedigten. Sie bestanden hauptsächlich in dem Lobe des Abgeordnetenhauses, daß es bisher geschwiegen und nicht interpellirt habe. Im Lande war man unzufrieden mit diesem Schweigen. Man glaubte, ein Parlament sei „zum Parliren“ da, sei nicht ein Bund zur Verschwiegenheit, eine Priesterschaft im Tempel des Osiris, sondern solle die Meinung des Landes sagen. Diese Meinung war aber überwiegend gegen Frankreich. „Im ganzen scheint mir“, schrieb Hermann selbst 18. Februar über die Hauptstadt, „die Stimmung gegen Monsieur Louis ziemlich gesund.“ Freilich es gab auch eine einflußreiche Partei — und eben jetzt war sie besonders mächtig —, die mit den Bestrebungen und Zielen Sardiniens stark sympathisirte.

21. April vertagte sich das Haus für die Osterferien, zu einer Zeit, da eben die politische Spannung ihren Höhepunkt erreichte. 20. April hatte Erzherzog Albrecht Berlin wieder verlassen, wohin er gekommen war, um Preußens Bundesgenossenschaft anzurufen. 22. April wurde das französisch-russische Schutz- und Trutzbündniß bekannt, England ganz im Dienste der russisch-französischen Intrigue, machte noch einmal letzte angebliche Vermittlungsversuche. Am 23. April stellte Preußen in Frankfurt den Antrag auf Marschbereitschaft der Hauptcontingente der Bundestruppen. Am 27. April antwortete Graf Cavour auf das österreichische Ultimatum.

Als 28. April das Abgeordnetenhaus wieder zusammentrat, war Mallinckrodt nicht erschienen. Er hatte es vorher angezeigt, aber durch Vergeßlichkeit des Präsidenten war gleichwohl sein Referat über das eheliche Güterrecht in Westfalen auf diese Sitzung anberaumt worden, so daß es einige Verwirrung gab, als es sich herausstellte, daß der Referent fehle. In derselben Sitzung ließ sich der Minister des Auswärtigen, v. Schleinitz, herbei, die politische Sachlage darzulegen, wobei er nicht versäumte, das österreichische Ultimatum zu mißbilligen. Zugleich wurde auch eine Denkschrift des Ministeriums über die Stellung der Regierung in dieser Frage

veröffentlicht. Auch hier war Oesterreichs Ultimatum getadelt, dagegen mit Stillschweigen übergangen worden, daß die von England ausgehenden Friedensvorschläge von seiten Oesterreichs angenommen, von Frankreich aber abgelehnt worden waren. Die Erklärungen des Ministers befriedigten nicht.

Hermann kam mit dem festen Entschluß aus den Ferien zurück, die Sache im Abgeordnetenhause zur Sprache zu bringen. „Die Regierungserklärung und desgleichen die motivirende Denkschrift", schrieb er, „sind Waschweiberproducte. Energische Rippenstöße thun noth, und ich gedenke meine Pflicht zu thun." Noch an demselben Tage, da er in Berlin ankam, rief er zum Abend den Vorstand der Fraction zusammen und machte den Vorschlag zu sofortigem Vorgehen im Abgeordnetenhause. Allein bei der Abstimmung blieb er stark in der Minderheit, und es wurden von anderen so stichhaltige Gründe dagegen vorgebracht, daß er deren Berechtigung anerkennen mußte. Man verlegte sich also wieder aufs Abwarten. Die voraussichtliche Mobilmachung und die damit unvermeidliche Creditforderung der Regierung mußte von selbst eine Gelegenheit bieten, sich auszusprechen. In der That erhielt Mallinckrodt eben jetzt von der Landwehrbehörde die Mittheilung, daß er für den Fall der Mobilmachung zum Führer einer Schwadron vierten Aufgebotes bestimmt sei. Fast gleichzeitig hatte der Minister des Innern, Flottwell, ihm mitgetheilt, daß er sich jetzt über seine Einberufung ans Ministerium nach Berlin entschieden habe und alsbald das Versetzungsrescript veranlassen werde.

Am 4. Mai wurde der diplomatische Verkehr zwischen Frankreich und Oesterreich abgebrochen, am 5. verlangte v. Schleinitz einen Credit von 40 Millionen und Verwendung der Ueberschüsse aus den Staatseinnahmen, zugleich Erhöhung der Steuern auf ein Jahr um 25 %. Sofort wurde eine Einundzwanziger-Commission gewählt, über die Kriegsanleihe Rath zu halten. Hermann ließ sein Sattelzeug und seine Uniformsstücke in Stand setzen. Zugleich ward aber jetzt in der Fraction vereinbart, das Schweigen endlich zu brechen. „Wie der Hase schließlich laufen wird," schrieb er 6. Mai, „läßt sich nicht prophezeien. Einstweilen macht er ein Männeken und heißt Schleinitz & Co."

Endlich am 12. Mai kam der Tag der großen Schlacht. Schleinitz hatte gesprochen, v. Vincke seine ganze Redefertigkeit erschöpft, P. Reichensperger eine seiner großartigen Parlamentsreden vorgetragen und den Minister zu einer Gegenrede gereizt. Mehrere andere Parteiführer, wie Blankenburg und Heinrich v. Arnim, hatten in verschiedenem Sinne ausführlich geredet. Bereits hatte die Debatte vier volle Stunden gedauert, als der erste Vicepräsident A. Reichensperger dem Abgeordneten v. Mallinckrodt das Wort ertheilte. Da fiel ihm ein, es sei vom Grafen Lehndorf ein Antrag auf Schluß der Discussion eingegangen. Andere erwiederten sofort, Mallinckrodt

habe das Wort bereits gehabt. Das Haus mußte abstimmen. Der Vicepräsident forderte auf, wer für Schluß sei, möge sich erheben. — Niemand im ganzen Saale erhob sich, als Graf Lehndorf allein.

Mallinckrodt begann mit Anerkennung der „diplomatischen Feinheit", in welcher der Commissionsbericht abgefaßt sei. Gleich anderen Mitgliedern hält er sich verpflichtet, „nach langem Schweigen endlich" auch seine und seiner Freunde Stellung darzulegen und, soviel an ihm, zu verhüten, „daß die Regierung selbst oder Preußen und Deutschland über die im Lande herrschenden Stimmungen und Auffassungen einer Täuschung ausgesetzt bleiben". Tausende und Abertausende innerhalb wie außerhalb der preußischen Lande sind einer Ueberzeugung mit ihm. „Wahrscheinlich nicht ohne Sorgen, jedenfalls voll Ungeduld halten Unzählige in allen Landestheilen ihre Blicke zur Hauptstadt gerichtet, um aus dem Munde ihrer Vertreter für ihre Ueberzeugung lautes Zeugniß zu vernehmen."

Die ganze Rede gliederte sich um zwei Fragen: Wo liegt das Recht? Was verlangt Deutschlands, was Preußens Interesse? Die Rechtsfrage wurde aus den Zielpunkten beleuchtet, die Frankreich auf der einen, Oesterreich auf der andern Seite verfolgten.

„Oesterreich vertheidigt seinen Hausfrieden gegen die Agitation, seinen Territorialbesitz gegen die Vergrößerungssucht seiner Nachbarn, es vertheidigt die Verträge, auf denen der gesammte völkerrechtliche Besitzstand Europa's ruht, und die besiegelt sind durch die Abführung Kaiser Napoleons nach Helena, gegen den neuerwachten Bonapartismus. Es vertheidigt das historische Recht gegen falsche, in ihren Consequenzen unhaltbare Prätensionen des Nationalitätsprincips. Es vertheidigt endlich das Recht der Obrigkeit von Gottes Gnaden gegen die nackte Revolution."

Es war die gewaltigste Rede, die bis jetzt von Mallinckrodts Lippen sich losgerungen hatte, und die einschneidendste in dieser sechsstündigen hocherregten Debatte. Die conservative Partei hatte ihn mit häufigem und lautem Beifall begleitet. Als er bald nachher nach Frankfurt zurückkehrte, wurde er überrascht durch die lebhafte Zustimmung, die von alt und jung, Militär und Civil, Männern und Frauen sich ihm gegenüber kundgab. Aber seine Geschwister waren doch nicht recht zufrieden mit dem, was in dieser Debatte von seiten der Fraction geschehen war. Hermann mußte sich etwas gegen sie vertheidigen, obgleich ja auch er ein schrofferes Auftreten gar nicht ungern gehabt hätte.

„Ich kann mir recht gut denken," schrieb er, „daß Ihr nicht sehr erbaut davon seid, insbesondere auch durch unser Auftreten nicht befriedigt sein möget. Indessen wir haben vorher eingehend überlegt, ob unsererseits noch ein weiteres zu geschehen habe, haben es verneint und nachher einstimmig uns zu der Ueberzeugung bekannt, daß es so das Richtige im Interesse der Sache gewesen."

Sobald von der Fraction beschlossen worden war, endlich mit der Sprache offen herauszurücken, hatte Mallinckrodt am Nachmittag des 6. Mai den Minister Flottwell wieder aufgesucht, um ihm zu rathen, mit dem Versetzungsrescript noch zu warten, bis die politische Debatte vorüber sei. Denn da er dabei seine Meinung sagen müsse, so könnte der Minister leicht in die Lage kommen, das Rescript alsbald revociren zu müssen. Diese Voraussicht war nicht unbegründet. Auf die Frage: „Was will Piemont?“ hatte er in seiner Rede eine sehr scharfe Antwort gegeben.

„Seit zehn Jahren“, hatte er gesagt, „zehrt es an der üblen Laune, an dem Schmerze über den mißlungenen Versuch des Jahres 1848 und sinnt darauf, ihn zu erneuern. Was der Vater vor zehn Jahren wollte, das will heute der Sohn — die eiserne Krone der Lombarden. Wie der Vater sich der Revolution in die Arme warf, so zieht der Sohn sie heute in seinen Dienst. Und es gesellt sich noch ein dritter Bundesgenosse dazu. Denn zu dem General Garibaldi kommt — gerade heute soll er ja in Genua landen — der General Bonaparte.“ [1]

Der piemontesische Gesandte, am Berliner Hofe wohlgelitten, war über diese Aeußerungen entsetzt. Man erzählte, er habe buchstäblich die Hände über dem Kopfe zusammengeschlagen. Auch am Ministertische waren die scharfen Aeußerungen vermerkt worden. Ernstlich übel nehmen durfte man sie nicht, da ja in der Oeffentlichkeit Preußen Oesterreich gegenüber noch die Rolle wohlwollender Neutralität beobachtete. Aber den kühnen Sprecher gerade jetzt ins Ministerium zu berufen, hätte einer Demonstration ähnlich gesehen, eine Deutung, die man durchaus vermeiden wollte. Der Minister theilte ihm daher mit, er möge ruhig wieder nach Frankfurt reisen, seine Berufung müsse um „einige Wochen“ verschoben werden.

„Mir ist das ganz lieb,“ schrieb Hermann dazu, „und noch lieber, wenn die Wochen zu Monaten und Quartalen anschwellen. Einstweilen habe ich ihm versichert, gegenüber meinen Landsleuten hegte ich nur darüber Zweifel, ob wir für den Geschmack nicht viel zu zahm aufgetreten wären.“

Obwohl wichtige Gesetzentwürfe noch unerledigt waren, wurde 14. Mai der Landtag geschlossen. Bald war Hermann in Frankfurt und hatte sich wieder eingerichtet, „als wäre es zu dauerndem Aufenthalt“. Die schönen Tage und die Frankfurter Natur thaten ihm wohl, sofort hatte er auch wieder Arbeit in Fülle und dazu seine nachmittägige Kegelpartie. Die politische Erregung jener Tage spiegelt sich noch in seinen Briefen. „In Guntershausen“, schrieb er einige Wochen später, „reclamirte ein Franzose seinen von mir eingenommenen, weil unbelegten Platz (im Eisenbahncoupé) — ich war nicht in der Laune, vor einem Franzosen zu räumen.“ „Eben

[1] Starken Indicien nach ist der Wortlaut der Rede im stenographischen Bericht abgeschwächt worden, und waren im Plenum schärfere Aeußerungen gefallen.

begegnete ich einer Mutter," erzählt er ein anderes Mal, „deren vier Söhne und Schwiegersohn Officiere sind. Sie sagte: ‚Wenn es doch nur losgeht!' und empfahl mir Alban Stolz, ‚Kreuzzug gegen die Welschen'." Anfangs war er noch voll froher Zuversicht in Bezug auf Preußens Haltung und in Bezug auf Oesterreichs Stärke. Aber von Brief zu Brief wurde dieselbe mehr herabgestimmt. „Die Gesammtsituation scheint etwas stinkige Moratze," schrieb er 4. Juli von Berlin aus, nachdem er über Gerüchte von Vorgängen im Ministerium gesprochen; „wenigstens habe ich von den Parteigängern schon viel klagen und raisonniren hören. Ich denke, die Dinge werden doch schließlich wohl noch stärker sein als die Personen." „In politicis", äußerte er sich 8. Juli gleichfalls von der Hauptstadt aus, „weiß hier jeder etwas anderes zu erzählen. Alle zusammen wissen aber nichts. Ich für meinen Theil weiß nicht einmal, ob die Regierung recht weiß, was sie will. Der Pater Sanctus[1] gefällt mir." Hatte Mallinckrodt auch nach den Tagen von Magenta und Solferino noch für Oesterreich gehofft, so war er vom Frieden von Villafranca aufs unangenehmste berührt. Er schien ihm verfrüht, jedenfalls aber die Zugeständnisse viel zu groß. „Seit Villafranca", schrieb er 15. August, „hat die Politik bei mir Feierabend und habe ich mich einstweilen neutral erklärt. . . . Mich befriedigt einstweilen die allgemeine Unzufriedenheit und der italienische Wirrwarr."

Unterdessen war schon am 9. Juni das Versetzungsrescript zur Wirklichkeit geworden, noch am 30. desselben Monats sollte er als Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern seinen Einzug halten und die Communal- und Ansiedlungssachen übernehmen. Noch eilte er auf eine Woche nach dem lieben Böddeken, dann ging's zur Residenz. Mit guten Vorzeichen begann die Reise dahin. Als er in Salzkotten einstieg, fand er unvermuthet im Coupé seinen alten Freund, den „langen Proff", der, seit ganz kurzem Familienvater geworden, sich davon noch in gehobener Stimmung befand. Als die beiden an Paderborn vorüberfuhren, stand Pauline am Bahnhof, von einer ihrer Ordensschwestern, Schwester Mathilde, begleitet, mit einem feinen Blumenbouquet und einer Tasse Erdbeeren mit Wein und Zucker in einem Körbchen, den scheidenden Bruder damit zu erquicken. „Vielleicht etwas zu zart", meinte Hermann dazu, „aber jedenfalls rührend freundlich."

Eine Ueberraschung anderer Art wartete seiner an der Schwelle des neuen Wirkungskreises. Der erste Gruß Flottwells war die Ankündigung seines Rücktritts und der Uebernahme des Ministeriums durch das bisherige Haupt der liberalen und kleindeutschen Partei, den Grafen Schwerin. Sieben Jahre lang hatte Mallinckrodt neben dem Grafen im Parlament gewirkt, fast stets als sein principieller Gegner. Wenn zu Ehren des Grafen,

[1] Die entschlossene Haltung Pius' IX.

der mehrere Jahre hindurch zu allgemeiner Anerkennung Präsident des Abgeordnetenhauses gewesen war, Diners veranstaltet wurden, zu denen auch die katholische Fraction erschien, war Mallinckrodt fern geblieben. Und doch waren in den ersten Jahren seiner Thätigkeit im Parlament die Katholiken und Liberalen durch gemeinsame Interessen aufeinander angewiesen und hatten in vielen wichtigen Fragen gemeinsam gearbeitet. Aber seit 1859 hatte eine Scheidung sich zu vollziehen begonnen. Mehr und mehr war die deutsche Frage in den Vordergrund getreten und war zu der verschiedenen Auffassung der religiösen Angelegenheiten auch noch die Kluft hinzugekommen zwischen kleindeutschen Bestrebungen und großdeutscher Gesinnungsfestigkeit. Voraussichtlich mußte dieser Gegensatz in der Zukunft sich verschärfen. Nun sollte er im Ministerium arbeiten unter dem Haupte dieser Partei. Wohl kannte er den Grafen, den „Pommer'schen Bauern", wie man ihn nannte, und wußte, daß unter seinem biderben Aeußern mehr Ehrlichkeit und Männlichkeit sich berge und mehr nobler Sinn, als bei vielen anderen. Aber das konnte die Schwierigkeit der Situation nicht heben. „Auf die Andeutung Flottwells," berichtet Hermann dem Bruder, „daß ich darüber (den Ministerwechsel) gewiß sehr befriedigt sein werde, antwortete ich mit der Versicherung, ich hielte den edlen Grafen für einen sehr ehrenwerthen Mann." „Mein Verhältniß zu ihm", fährt er fort, „hat vorerst noch den Charakter des Fragezeichens. Kehrt er nicht das mir feindliche Princip heraus, so werden wir muthmaßlich sogar gut miteinander fertig werden, andernfalls uns über kurz oder lang in Frieden trennen. . . . Mittlerweile genieße ich Ferien." „Graf Schwerin wird wohl heute kommen," hieß es 8. Juli, „ich faulenze einstweilen."

Endlich war der Graf da. Hermann kam ihm mit der Aeußerung zuvor, daß er sich nach so langer politischer Gegnerschaft keiner Täuschung hingebe. Aber Schwerin zeigte das freundlichste Entgegenkommen. „Wir wissen ganz genau," erwiederte er, „bis zu welchem Punkte wir zusammengehen." „Zwar wird sich dies in Wirklichkeit doch noch erst concret zeigen müssen," bemerkte Hermann dazu im Briefe an seinen Bruder, 15. August; „inzwischen ist eine derartige Aeußerung immerhin significant für die Art der Auffassung, welche für offenes und ehrliches Aussprechen der verschiedenen Ansichten fair play gibt."

Sein amtliches Dasein gestaltete sich jetzt zunächst recht befriedigend, einen einzigen Punkt abgerechnet, den „entschiedenster Ueberladung mit Arbeit". Von 13 Räthen und Hilfsarbeitern waren sieben auf Urlaub, die Arbeiten vertheilten sich auf die sechs zurückgebliebenen.

„Ich habe seit acht Tagen", schrieb Hermann, „zwei und ein halbes Decernat auf dem Rücken, nämlich außer meinem Communaldepartement — die westlichen Provinzen nebst Hohenzollern ganz, inclusive Ansiedelungssachen, in den östlichen

Provinzen die Städte, — noch das Polizeidepartement und die Armensachen. Das macht zusammen enorm viel, so daß ich mich bankerott erklären würde, wenn ich binnen anderweiten acht Tagen nicht die ein und ein halb Decernate von selbst los würde und nur für fernere vier Wochen ein kleines Decernat in Personalien als Zugabe erhielte. Von dem quantum abgesehen, ist das quale der hiesigen Arbeiten und namentlich meines Decernates interessant und angenehm, und auch bezüglich der Subalternhilfen bequemer als bei den Provinzialbehörden."

Für Schwerin war er voll des Lobes, namentlich rühmte er auch seine Art des Präsidirens in den Sitzungen, wo der Minister die Meinungsäußerungen geradezu herausforderte und es auch an Stoff zum Meinungskampf nicht leicht fehlte.

„Wie in allen Collegien," berichtet Hermann nach den ersten Wochen, „so sitzen auch in den Köpfen unserer Räthe die verschiedensten Grundsätze und Tendenzen. Da gibt es entschiedene Liberale, die jetzt das Köpfchen um so lieber recken, als sie bisher geduckt waren. Neben ihnen prononcirte Parteigenossen des alten Regimes, zum Theil allerdings auf sechs und zwölf Monate beurlaubt, zum Theil aber in, nur etwa durch Decernatswechsel gestörter, Function. Dann der eine oder andere, der die nöthige Gewandtheit besitzt, um auf verschiedenen Sätteln zu reiten, ferner politisch Indifferente, und endlich die beiden neuen, von denen ich wohl einigermaßen der Vorfechter der conservativen Grundsätze (nicht identisch mit Tendenzen) spielen und halberlei als Arrièregarde der Tories gegen den Anlauf der Wighs fungiren dürfte."

Der andere „neue" war der kürzlich erst, gleichfalls von Frankfurt a. O. zur Hilfe ins Ministerium berufene Landrath v. Winter, Mallinckrodts guter Freund, dem später noch eine große Carrière vorbehalten war. Bald kam es in den Sitzungen zu kleinen Scharmützeln, in denen zuweilen Mallinckrodt „oben blieb". Schwerin blieb unverändert derselbe.

„Ich bin selbst neugierig," schrieb Hermann 15. August, „wie das auf die Dauer gehen wird. Indessen scheint Schwerin die Dinge doch mehr von der sachlichen und praktischen Seite zu nehmen als von der steif doctrinären, und ich denke, in dem Kopfe eines pommer'schen Landedelmanns destilliren sich die liberalen Theorien doch zu anderm Getränke als in den Häuptern der Stadtliberalen. Im übrigen sind die persönlichen Beziehungen trotz aller Differenzen der Anschauungen im Ministerium wie in anderen Collegien freundlich und harmlos."

Eben war er bis über den Kopf in den neuen, ihm sehr zusagenden Arbeiten, als 27. August die Landwehrbehörde die Aufforderung an ihn richtete, sich behufs Beförderung zum Rittmeister zur vorgeschriebenen Dienstleistung bei der Linie zu melden. Er antwortete vier Tage später, daß amtliche Geschäfte dies für die nächsten Monate nicht erlaubten. Schon stand der Landtag wieder bevor, und es war ihm neben den laufenden Geschäften die Ausarbeitung mehrerer wichtiger und schwieriger Gesetzentwürfe übertragen. Der eine betraf die neue Feststellung der Wahlbezirke für die

Landtagswahlen gegenüber der bisher oft erhobenen Klage über Wahlkreisgeometrie und unsinnige Bestimmung der Wahlorte u. s. w. Ein anderer war die projectirte neue Gemeinde- und Kreisordnung zunächst für die sechs östlichen Provinzen. An Weihnachtsferien war dieses Jahr nicht zu denken zum großen Verdrusse Bruder Georgs auf Böddeken. Dafür konnte Hermann aber 3. Januar 1860 berichten: „Morgen früh werde ich zur Abwechslung im Staatsministerium debutiren und den Excellenzen einen Gesetzentwurf serviren. Ja, ja! so geht's im wirbelnden Tanze der Welt, und wenn erst der Landtag beginnt, wird's vollends bunt. Doch: ‚Unverzagt' bleibt die Devise!"

Nachdem 12. Januar der Landtag eröffnet worden war, wurde schon am 20. der Entwurf, die Feststellung der Wahlbezirke betreffend, vorgelegt und zur Berathung desselben die Commission gewählt. Damit es an Sachkundigen dabei nicht fehle, hatte der neue Präsident, Grabow, den Vorschlag gemacht, jede der sieben Abtheilungen möge acht Mitglieder auswählen, aus jeder der preußischen Provinzen einen. War eine Provinz zufällig in einer der Abtheilungen nicht vertreten, so konnte man aus einer andern Abtheilung Ersatz holen. Diese 56 Mitglieder, unter denen jede Provinz gleichmäßig vertreten, sollten dann die Einundzwanziger-Commission auswählen. Am 27. März 1860 ward das Gesetz im Plenum angenommen, wenn auch nicht ganz ohne Scharmützel, in denen Mallinckrodt als Regierungscommissar bald die Oberhand behielt, bald den kürzern zog. Auch seinem Landsmanne und Fractionsgenossen Rohden mußte er bei dieser Gelegenheit einmal „entschieden entgegentreten". 27. Juni trat das neue Gesetz in Kraft. Am 21. März konnte Schwerin auch den Entwurf der Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen dem Abgeordnetenhause vorlegen, zu dessen Durchberathung eine Commission von 21 Mitgliedern gewählt wurde, der aber in dieser Session nicht mehr zur Erledigung kam. Dagegen wurde 17. April der Gesetzentwurf über städtisches Einzugs-, Bürgerrechts- und Einkaufsgeld mit großer Majorität unverändert angenommen, dem Mallinckrodt nach mehreren Anzeichen gleichfalls nahe gestanden zu haben scheint, und zu dessen Vertretung er auch am Ministertisch erschienen war. Zum erstenmal war es in der 8. Sitzung am 6. Februar, daß der Regierungsassessor v. Mallinckrodt als Regierungscommissar am Ministertisch genannt wurde. An eben diesem Tage hatte er den Standpunkt der Regierung gegen die von Dr. Gneist ausgehende Opposition zu vertreten. Von da an sprach er häufig als Regierungscommissar, und nicht immer hatte er leichten Stand. So kam 5. März ein Commissionsbericht zur Berathung, in welchem die Aeußerungen, die er im Namen der Regierung in der Commission gemacht hatte, ganz verunstaltet und stark geschwächt waren. Er hatte nämlich der Schlußsitzung, in welcher das Protokoll verlesen und unter-

schrieben wurde, nicht anwohnen können, weil sie mit einer andern wichtigen Sitzung collidirte. Die Entstellung seiner Aeußerungen kam wohl nur daher, daß die Commission fast ganz aus stark fortgeschrittenen Liberalen bestand, wie Gneist, v. Vincke, Grabow u. a., die seine Aeußerungen mit einiger Voreingenommenheit aufgenommen hatten. Als Mallinckrodt im Plenum den Sachverhalt darlegte, seine Gründe in seinem Sinne nochmals vorführte und dazu die Bemerkung machte, er müsse gestehen, wenn keine stärkeren Gründe der Entscheidung des Ministeriums zu Grunde liegen, als die nach dem Berichte von seiten des Regierungscommissars vorgebrachten, so würde er am Ende selbst für den Commissionsantrag, d. h. gegen die Regierung stimmen, wußte sofort der Berichterstatter, v. Diederichs, in ebenso artiger als gewandter Weise diese Aeußerung zu verwerthen.

„Der Herr Regierungscommissar", bemerkte er, „hat sich geäußert, wenn er in der Commission etwas weiteres gegen die Petenten nicht ausgeführt hätte, so würde er selbst dem Beschluß der Commission haben beistimmen müssen. Ich muß nun gestehen, daß die Gründe, welche der Regierungscommissar ... ausgeführt hat, auch der Commission nicht als sehr starke erschienen sind. Wenn das aber der Fall gewesen ist, meine Herren, so lag die Schwäche gewiß nicht in der Person des Herrn Regierungscommissars, dessen ausgezeichnete Fähigkeiten gewiß überall anerkannt werden müssen, sondern die Schwäche lag in der Sache selbst."

Wirklich erlitt diesmal die Regierung bei der Abstimmung eine Niederlage.

Es war natürlich, daß unter solchen Umständen Mallinckrodt als Fractionsmitglied im Abgeordnetenhause weniger hervortreten konnte. Er war gewohnt, nur nach sorgfältiger Vorbereitung im Plenum zu sprechen und nur über Fragen das Wort zu ergreifen, die er wirklich studirt hatte und beherrschte. Dazu aber war jetzt wenig Raum, da es von einer Commissionssitzung zur andern ging, um dort die Regierung zu vertreten, und die verschiedenen Gesetzentwürfe durch alle Stadien der Verhandlung in beiden Häusern mit Aufmerksamkeit begleitet werden mußten. In welchem Grade er das that, zeigte ein Zwischenfall in der 45. Sitzung, wo v. Vincke den Vorwurf erhob, über die Verhandlung einer bestimmten Frage sei im Herrenhause noch gar nichts geschehen. Mallinckrodt, obgleich nicht am Ministertisch, erhob sich sofort und bezeichnete genau die Zahl und das Datum der Sitzungen, in denen das Herrenhaus sich mit der Frage beschäftigt, und den Gang, den die Verhandlungen gemacht hatten.

„Von gestern ½7 bis 4 Uhr heute morgen habe ich gearbeitet," schrieb er 3. März, „um 8 Uhr war ich in der Fractionsmesse, dann bei einem Herrenhäusler im Hotel du Nord, demnächst fand sich Linhoff ein und will sofort einen Paß für den Weihbischof von Münster nach Rom haben, darauf sind drei Briefe resp. Zettel geschrieben, dies ist der vierte, und um 10 Uhr muß ich in der Wahlbezirkscommission sein, nachdem ich den fraglichen Paß bestellt habe. Sonach ist ‚Adieu' motivirt."

Außerdem aber waren gerade die Hauptfragen, die in dieser Session zur Verhandlung kamen, so aufregender und heikler Natur, daß ihm seine Stellung im Ministerium und seine Beziehungen zu Schwerin nothwendig Zurückhaltung auferlegten. Schon der Umstand, daß in dieser Session von der Präsidentenwahl angefangen die Katholiken sich von der liberalen Partei immer mehr zurückzogen und in den wichtigsten Fragen mit den principiellen Gegnern des Ministeriums, der Kreuzzeitungspartei, zusammen stimmten, erschwerten seine Stellung.

Zumeist waren es die großen politischen Fragen, welche die Geister beschäftigten. Die Revolutionirung Italiens schritt siegreich voran, und immer unklarer ward dazu die Stellung der preußischen Regierung. Ihr Vertreter in Florenz, Legationsrath v. Reumont, hielt entschieden am Rechte der legitimen Throne, der preußische Gesandte in Turin aber, Graf Brassier de St. Simon, stand ganz auf seiten der Revolution. Nicht viel anders war es mit dem frühern Gesandten in Constantinopel, v. Wildenbruch, der im April 1860 als außerordentlicher Berichterstatter nach Mittelitalien gesandt wurde, von wo 12. Mai v. Reumont zurückkehrte. Gleichzeitig spielten in Deutschland Bestrebungen, die dahin gingen, es zur Erreichung der deutschen Einheit Piemont nachzuthun. Die Verwicklungen, die seit November 1859 neuerdings mit Kurhessen ausgebrochen waren, und die noch immer nicht gelöste schleswig-holstein'sche Frage gaben ausreichende Veranlassung, diesen Bestrebungen auch im Abgeordnetenhause Ausdruck zu geben. Diesen Verhandlungen gingen außerhalb des Hauses die Agitationen des „Nationalvereins“ zur Seite [1], die dafür Stimmung machten, daß Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt, die Mittel- und Kleinstaaten unter Preußens Hegemonie gebracht bezw. mediatisirt werden sollten. Als 10. März zu Ehren Bennigsens (und des Nationalvereins, dessen Präsident er war) zu Berlin ein Festessen veranstaltet wurde, war die herrschende liberale Partei des Abgeordnetenhauses stark dabei vertreten. Professor Mommsen ergoß bei dieser Gelegenheit seinen Groll gegen „die Junker- und Pfaffenbrut“. Bei den drei großen politischen Debatten fielen von seiten der liberalen Wortführer die heftigsten Aeußerungen gegen Oesterreich und den damals noch zu Recht bestehenden Deutschen Bund, so daß andere deutsche Staaten darüber Beschwerde führten. Zugleich bekundeten diese Aeußerungen eine starke Neigung, die deutsche Frage mit der confessionellen Frage zu verschmelzen. Man wolle nur, äußerte v. Vincke 21. April, daß der Bundestag als Krücke fortexistire, damit der Krummstab existiren könne.

[1] Gegründet zu Frankfurt a. M. 15. September 1859, infolge der Einladung eines zu Eisenach niedergesetzten Ausschusses, „zur Anstrebung der einheitlichen und freiheitlichen Gestaltung Deutschlands“.

Die Erregung der Geister noch zu steigern, war 10. Februar der Entwurf einer umfassenden Heeresorganisation eingebracht worden, mit der Forderung von $9^1/_2$ Millionen regelmäßiger Mehrausgaben. Die in der vorigen Session für ein Jahr bewilligte Steuererhöhung von 25 Procent sollte für die Zukunft dauernd beibehalten werden. Hierüber herrschte wachsende Unzufriedenheit im Lande; nur die conservativen Blätter verfochten den Standpunkt der Regierung. Die Commissionssitzungen über das neue Militärgesetz nahmen stürmischen Verlauf. Die Regierung bot alle erdenklichen Mittel auf, den Widerstand zu überwinden, das Ministerium wollte aus der Annahme der Militärvorlage eine Cabinetsfrage machen. Der Prinzregent hatte am Tage der Eröffnung des Landtags die Prinzen seines Hauses und die Generale der Armee um sich versammelt und hatte ihnen den neuen Plan mitgetheilt und ihn auch in der Thronrede angekündigt. Der Minister erklärte die Annahme der Vorlage für eine Existenzbedingung der preußischen Großmacht. Als trotzdem der Widerstand nicht beseitigt werden konnte, legte die Regierung Anfang Mai zwei neue Gesetzentwürfe vor, welche als Vertrauensvotum eine einstweilige außerordentliche Geldbewilligung in der Höhe jener geforderten jährlichen Mehrausgabe verlangten. Es war ein meisterhafter Streich, durch den einstweilen die Frage der Heeresreorganisation der Erörterung entzogen wurde und das Ministerium freie Hand erhielt, dieselbe factisch einzuleiten, — eine Absicht, aus der nicht einmal ein Hehl gemacht wurde. Diese neuen Anträge wurden denn auch nach kurzen Berathungen von der Commission einstimmig zur Annahme empfohlen und im Plenum mit 315 gegen 2 Stimmen angenommen.

Bei all diesen großen und lebhaften Debatten konnte sich Mallinckrodt nur wenig betheiligen. Doch sprach er wieder einmal recht entschieden für den confessionellen Charakter der höheren Schulen. Eine der vielen, mit staunenswerther Zähigkeit stets wiederholten Petitionen und Beschwerden der Juden über unparitätische Behandlung bot jetzt wie früher die Veranlassung dazu. Am glänzendsten trat Mallinckrodt in dieser Session hervor in der durch eine Petition Breslauer Bürger herbeigeführten Debatte über die italienische Politik. Es war am 1. März, um dieselbe Stunde, da Napoleon in Paris seine Thronrede hielt und die Besitznahme Nizza-Savoyens, den Lohn seiner italienischen Dienste, verkündigte. Schon vor Mallinckrodt hatten Reichensperger und der demokratische Kaplan v. Berg mit oftbewährter Rednerkraft gesprochen. Mit ihnen theilte Mallinckrodt die Ehre des Tages. Von der Gegenseite war nur v. Vincke's Rede von Bedeutung gewesen als eine frivole Schaustellung revolutionärer Ideen. Zwei von Mallinckrodts Aeußerungen in dieser denkwürdigen Debatte sind von besonderem Interesse. Was bei der Haltung der herrschenden Partei zur italienischen Frage längst herausgefühlt wurde, das sprach er offen aus, offen, wenn auch vorsichtig.

„Also, meine Herren," so rief er aus, „der Präcedenzfall, das ist des Pudels Kern. . . Es käme also praktisch darauf hinaus: was den Italienern recht ist, das ist den Deutschen billig." Und nun deutete er den Standpunkt der kleindeutschen Politiker mit hinreichender Klarheit an. Sie wollten dem Preußen Italiens beigestanden wissen bei dem Geschäfte der Einigung Italiens, damit auch dem Sardinien Deutschlands die Erlaubniß und Anerkennung nicht fehle, in Deutschland das Gleiche zu thun.

„Ich frage wenig danach," fuhr er dann fort, „auf welcher Seite die Sympathien sind; denn davon bin ich überzeugt, meine Herren, wenn Sie die Hand aufs Herz legen: es ist ein Mann in Italien, vor dem haben Sie mehr Achtung, mehr wahre Hochachtung als vor der Haltung aller seiner Gegner von London bis Bologna, und das ist der Papst!"

14 Tage später kam eine andere, kaum minder lebhafte Debatte über innere Angelegenheiten, in die Mallinckrodt allerdings nicht selbst einzugreifen hatte, die aber für ihn von weittragenden Folgen sein sollte. Trotz seines liberalen Programms, trotz seiner wohlwollenden und humanen Gesinnung, trotz seines hohen persönlichen Ansehens konnte Graf Schwerin den Anforderungen der liberalen Partei, die er bis dahin im Abgeordnetenhause selbst geführt hatte, nicht genügen. Vor allem konnten sie ihm nicht verzeihen, daß er conservative Beamte in ihren zum Theile einflußreichen Aemtern belassen hatte. Er sprach es selbst als seinen Wunsch aus, fähige Beamte der verschiedensten Richtungen in seinem Ministerium zu haben, um aller Ansichten hören und prüfen zu können; aber zu einer solchen Unbefangenheit des Standpunktes konnte die Partei sich nicht erschwingen. Bald gab es im Parlament heftige Zusammenstöße zwischen Schwerin und den liberalen Parteiführern. Von der conservativen wie von der liberalen Presse wurde der Minister gleichmäßig angegriffen. Die ganze Mißbefriedigung und Unruhe, die diese Session des Abgeordnetenhauses auszeichneten, wurden ihm zur Last gelegt. Schon 1859 war unter ganz unbekannten Namen eine Petition eingelaufen, es möge beim Abgeordnetenhause beantragt werden, die Entlassung der antiministeriellen Behördenchefs und Beamten in Erwägung zu ziehen rc. Ende Januar 1860 erneuerte sich die Petition, „die Entlassung der reactionären Beamten betreffend". Schrift und Unterschrift war in beiden Petitionen verschieden, aber derselbe Name. Doch konnten alle polizeilichen Nachforschungen ein Individuum solchen Namens in den preußischen Landen nicht ausfindig machen. In der Petition waren sogar Namen von Beamten genannt, deren Beseitigung man wünschte, und in der heftigen Debatte im Plenum fielen Andeutungen auf „Beamte im Ministerium, deren Ansichten denen der Minister diametral entgegenständen". Der Berichterstatter, v. Prittwitz, selbst Beamter, hatte sich sehr tactvoll seiner peinlichen Aufgabe entledigt. A. Reichensperger hatte den Minister

kräftig unterstützt. Schwerin sprach zweimal ausführlich zu seiner Vertheidigung. Edel und männlich wahrte er seinen Standpunkt.

„Die Staatsregierung glaubt nicht," sagte er unter anderem, „daß in Preußen die Verhältnisse so einfach liegen, daß man eben das Volk nur einzutheilen hat in zwei Klassen, je nach der politischen Gesinnung. Sie glaubt, daß eben alle guten Kräfte im Interesse des Staates genützt werden müssen, und sie glaubt es um so mehr, als sie der Ueberzeugung ist, daß die Parteigegensätze, die jetzt noch vielfach bestehen, nicht durch äußerliche Mittel unschädlich gemacht werden können, sondern innerlich überwunden werden müssen, damit Preußen, wenn die Zeit kommt, wo es stark und einig gebraucht wird, stark und einig gefunden wird."

Das Haus ging über die Petition zur Tagesordnung über, aber nur mit einer Motivirung, die eine starke Spitze gegen das Ministerium Schwerin herauskehrte. Am 23. Mai war Schluß der Session, und damit schien für den Augenblick die Gefahr vorüber. Am 29. Mai wurde Mallinckrodt zum Regierungsrath erhoben. Aber der moralische Druck blieb, und Graf Schwerin hatte damit zu rechnen.

---

7. Eigener Hausstand (1860—1861).

Mit stolzen Plänen war Hermann nach Berlin gekommen. Im Oderbruch hatte er sich einen Schimmel ausersehen, den wollte er kaufen und in Berlin spazieren reiten, im übrigen ihn in der Dorotheenstraße in Pension geben. Ein Bedienter war auch bald gefunden in Person eines nur während der Session beschäftigten Herrenhausdieners, und noch mehr als das: eine prächtige Wohnung. In einem Eckhaus der Behrenstraße bewohnte er drei Zimmer, mit fünf Fenstern nach der Wilhelmsstraße und zweien nach der Behrenstraße. Dazu ließ er sich von Böddeken die für einen Junggesellen nöthige Einrichtung kommen, eine tüchtige Ladung Böddeker Wurst hatte er auch als Vorrath mitgebracht, und sein Bett hatte er „den Wanzen zum Schabernack mit Insectenpulver gepudert". Zur Vollendung des Comforts hatte er sich auf die Kreuzzeitung abonnirt, die er fürs nächste Quartal auch dem Bruder empfahl; denn in der italienischen Frage behaupte sie allein „gute Haltung". Alles versprach die heiterste Zukunft. Auch die neue Tagesordnung, die er sich gemacht, behagte ihm ganz gut.

„Der Morgen dauert", schrieb er 8. Juli, „bis 4 Uhr nachmittags, wird nur gegen 1 Uhr von einer Semmel nebst zwei Stückchen Böddeker Wurst unterbrochen und erscheint ganz kurz. Nach 4 Uhr zwar theures, aber frugales Restaurationsessen, gewöhnlich in Gesellschaft eines verwittweten Geheimen aus meinem Ministerium; folgt eine Verdauungsviertelstunde auf dem Balkon, dann Allotria, Be-

suche, Promenade, Kaffeehaus u. s. w. bis gegen 8 Uhr; hierauf im Galazimmer mit ledernen Sesseln und Bergèren Kreuzzeitungsvergnügen; wiederum eine Semmel mit Wurst und Bier nebst ‚Ziehgarre‘, endlich gegen 11 oder 12 Uhr ins Nest.“

Allein das Glück hatte keinen Bestand. Der Schimmel ward ihm vor der Nase weg verkauft, der Herrenhausdiener hatte eine bessere Stelle gefunden. Ein halb Dutzend Pferde hatte er spazieren geritten, sie waren theuer und sagten ihm nicht zu, und das Reiten hätte das Spazierengehen und damit die eigentliche Unterhaltungszeit unmöglich gemacht. Es stellte sich heraus, daß sein Hausherr „nicht nur von außen, sondern auch von innen ein Jude war, der eine, ganz unbefangen eingeräumte, Neigung hegte, bei den vorkommenden kleinen Auslagen sehr starke Procentchens zu berechnen“. Zu allem Unglück wurde ihm auch noch hinterbracht, daß eine andere im Hause wohnende Person eine naschhafte Zuneigung für Böddeker Würste nähre. „Das Mittagessen hatte bald ganz ausschließlich die Eigenschaft eines nothwendigen Geschäftes, schon aus dem Grunde, weil gute Gesellschaft fehlte.“ Auch mit sonstigem Verkehr war es mager bestellt. Die Hauptfreundschaft war Aulike, doch er traf ihn selten. Sonst verkehrte er fast nur noch mit den Familien v. Wangenheim und der „sehr guten“ Familie Linhoff. Im übrigen war er auf „Straßenverkehr“ angewiesen.

Nur einen Abend in der Woche gab es, wo er sich wirklich unterhalten und erholen konnte, wie es ihm Bedürfniß war. Dienstag Abend traf er auf Albrechtshof mit der Familie P. Reichenspergers, Regierungsrath Ulrichs, mit der alten Freundin, der Frau Räthin Schmidt, u. a. zusammen. Er freute sich oft schon mehrere Tage vorher auf diese Stunden. Aber sie waren so selten! Jetzt kamen wieder Sorgen wegen des Umzuges; denn während des Winters konnte er seine schöne Wohnung in der Bel-Etage doch nicht behaupten. Er dachte nun, sich selbst Möbel anzuschaffen und sich aus einem „Chambregarnisten“ in einen regelrechten Miether zu verwandeln. Alles in allem war er trotz seiner schönen amtlichen Thätigkeit in einem Zustand der Vereinsamung und des Mißbehagens.

„Wenn ich unter diesen Umständen“, schreibt er 15. August 1859, „als schöne Seele das Geständniß mache, daß ich dermalen das Vergnügen, was Adam gehabt haben soll, als unser Herrgott ihn eines Morgens mit Evaen überraschte, mehr zu würdigen angefangen habe, als frühere Lebenslagen das mit sich brachten, und daß ich am Ende wohl selbst kein böses Gesicht machen würde, wenn derselbe Herrgott mir auch so einen Streich spielte, — so werdet Ihr Euch darob gerade nicht übermäßig verwundern, statt dessen aber anerkennen, daß die Nachkommen der Eva an Geist und Angesicht stark degenerirt sind und meistens auch den Vorzug der Eva entbehren — ohne Verwandtschaft zu sein.“

Mallinckrodt war jetzt 39 Jahre alt, er nahm eine angesehene Stellung ein und hatte ein hübsches Privatvermögen, das Familienleben hatte für ihn

die größte Anziehung, und doch hatte er bis jetzt nie eine Vermählung ernstlich in Betracht gezogen, ein einziges Mal abgerechnet. Er hatte eine sehr reine und fleckenlose Jugend hinter sich, wie es die bezeugt haben, die es sicher wußten. Es gab Zeiten in seinem Referendarsleben, wo er sich allwöchentlich den heiligen Sacramenten näherte. Den Verkehr mit Damen mied er nicht. Er war ein heiterer und liebenswürdiger Gesellschafter überall, und überall auch gern gesehen. In Erfurt machte er sich's sogar zuweilen zum Vorwurf, daß er zuviel der Geselligkeit pflege. Allein wenn Frau v. Vignau oder die Aachener Gönnerinnen ihm das Heiraten predigten, oder als sein Freund Lingens 1853 für ihn eine „ungenannte Schöne" in Aachen herausgesucht hatte, konnte er darüber nur lachen. In seinen vertrauten Briefen an Bruder, Schwester und Schwägerin, wo alles zur Sprache kommt, was ihn irgend berührte, geschieht der jüngern Damenwelt kaum je Erwähnung, und wenn es ausnahmsweise geschieht, so ist es im Tone gleichgiltigen Scherzes.

„Dinchen könnte ich ganz im geheimen allenfalls noch erzählen," heißt es Februar 1852, „daß ich jüngst in trauter Stunde Schmollis — ach nein doch! wozu das rohe Wort? — daß ich jüngst einen Du-Bund geschlossen mit einer jungen Sie — doch weiter nicht! das Postpapier hat Ohren. Ja, Dine, was ich sage, ist wahr. Und mehr noch, sie ist aus einem edlen Haus und sieht dabei recht stolz und etwas unzufrieden aus — aber's Heiraten, aber's Heiraten, das fällt uns nicht ein."

1857 berichtet er scherzend, daß er bei seiner „alten Flamme" in Potsdam[1] zu Mittag geladen sei, das sei fast ein gefährliches Spiel mit Feuer. Wo er 1859 erzählt, daß über seine Parlamentsrede gegen Italien der piemontesische Gesandte sich noch einige Haare ausgerauft haben solle, bemerkt er als gravirenden Umstand dazu: „der sardinische Gesandte[2], nebenbei Vater der berühmtesten Berliner Krinoline". Ein einziges Mal in seinen jüngeren Jahren (November 1846) verräth sich eine Spur von höchst harmlosem Enthusiasmus.

„In der Fremde", schreibt er von Erfurt aus, „gibt es stets etwas Neues. So hätte ich denn neulich in Gestalt der Violoncellistin Christiani, eine wahre Listin, eine weibliche List gesehen und selbst in Gefahr gestanden, auf Kosten meines Charakters hinterlistig zu werden, indem ich mit dem Plane umging, dieses Wesen aus höheren Regionen in Weimar noch einmal zu hören. Eine stattliche Gestalt in schwarz-sammtner Robe, eine classische (oder lebendige Statuen-) Physiognomie, das Haupt epheuumrankt, so saß sie da, die große Künstlerin und strich den kleinen Baß mit Grazie und Perfection. Wären Sie doch hier gewesen, liebe Mallinckrodten! Auch die Damenwelt war entzückt."

---

[1] Es war in einer sehr angesehenen Familie, die zu Mallinckrodt längst in verwandtschaftlicher wie in freundschaftlicher Beziehung stand.

[2] Conte E. de Launay.

Aber Hermann ging damals nicht nach Weimar. Ein Geistesmann, der viel Gelegenheit hatte, sein Seelenleben zu ergründen und so nahe an dasselbe heranzutreten, als es einem Menschen in Bezug auf die Seele eines andern möglich ist, schrieb über ihn 14 Tage nach seinem Tode: „Für alles, nicht nur was gerecht, wahr, sondern auch lieblich und berechtigt in Gott, hatte er innige Empfänglichkeit und Verständniß, wenn auch, sich selbst gegenüber, er auch darin den christlichen Geist der Abtödtung zur Herrschaft gebracht hatte. Das Verständniß war aber da mit der Selbstbeherrschung: in lumine tuo videbimus lumen paßte in diesem Sinne schon jetzt auf ihn."

Als man ihm nach der ungünstigen Entscheidung über die Erfurter Bürgermeisterei 1853 rieth, die Versetzung in die Rheinlande nachzusuchen, um sich dort eine katholische Frau zu suchen, da es bei ihm feststand, niemals eine Mischehe einzugehen, wies er den Vorschlag einfach ab. November 1854 rühmt er sich noch als Hagestolz. Einer sehr nahe vertrauten Person hat er einst den Grund gestanden, weshalb er mit dem Entschluß zur Vermählung so lange gezögert habe. Das Wort des hl. Paulus (1 Kor. 7, 7): „Ich möchte, daß alle so blieben wie ich; doch jeder hat seine eigene Gnadengabe von Gott, der eine so, der andere aber so", schwebte ihm lebhaft vor der Seele, und er ging lange mit sich zu Rathe, ob er nicht lieber diesem Worte folgen solle. Auf das Drängen der Geschwister pflegte er zu erwiedern: „Wenn meine Geschwister einmal sagen, ich solle die und die heiraten, so heirate ich unbesehens."

Bald hätte er es beinahe bereut, diese Zusage gemacht zu haben. Weihnachten 1855 hatten sich wirklich die Geschwister auf eine Braut für ihn geeinigt. Es war eine in jeder Hinsicht sehr zusagende Familie, in der mehrere erwachsene Töchter waren; eine von diesen sollte Hermann auswählen. Bis jetzt kannte er noch keine, er sollte zunächst Gelegenheit suchen, sie zu sehen.

„Ich komme mir vor", schrieb er dazu, „wie ein Pferd, welches ein Hinderniß refusirt. Ihr nehmt mir die Möglichkeit, auszuweichen, haut drauf und zwingt mich, gerade darauf loszugehen. Ich werde mich wohl fügen müssen und die schöne Wallhecke frischweg ansehen. Das übrige muß sich finden. Denn — was soll ich machen? Ich kann doch nicht sagen, ich wolle sie nicht sehen, ich hätte mich schon als Klosterbruder verdungen. Was soll ich aber machen, wenn das Schöne nicht Geschmack ist? Puh! düser Fall wäre öklich!! — Im Ernst, ich merke, ‚der Bien muß', und es bleibt mir nichts übrig, als in der Fastenzeit thunlichst fromm zu sein und mich allerhöchsten Orts zu gütiger Leitung zu empfehlen, dazu auch einige Empfehlungsbriefe von Pauline, Dine u. s. w. mir zu erbitten."

Er entschloß sich, in dieser ganzen Sache einfach den Wünschen seines Bruders Georg zu folgen, auch in Bezug auf die Art und Weise des Vorangehens. Er selbst wäre am liebsten ehrlich gleich mit der Thüre ins

Haus gefallen und hatte „Auftreten in Wasserstiefeln“ projectirt, doch auf Wunsch des Bruders verstand er sich zu der „seiner Natur durchaus widerstrebenden Diplomatenrolle“. Er nannte es einen Eiertanz, den er aufführe. Dieses Berücksichtigen der Wünsche des ältern Bruders beobachtete er grundsätzlich in allen wichtigen Fragen des Lebens, um so mehr in einer Frage, die nicht ihn allein, sondern auch die ganze Familie betraf. Er hielt darauf und sprach es offen aus, der älteste der Familie sei zu betrachten als das Haupt der Gesammtheit, und das Ansehen und den vorwiegenden Einfluß des Familienhauptes betrachtete er als eine ideale und zum Wohl des Ganzen förderliche Einrichtung. Auch im spätern Leben, als er selbst schon lange Familienvater war, hatte die ausschlaggebende Stimme in seinen Angelegenheiten der Majoratsherr. Und wenn dann manchmal die Gattin fast ungeduldig sagte: „Wir können doch gar nichts ohne deinen Bruder“, dann wies er sie zurecht und meinte: „Gerade wir müssen darin ein gutes Beispiel geben und festhalten an dieser schönen Ordnung.“

Wie man es wünschte, that er die einleitenden Schritte, aber immer blieb ihm eine geheime Unruhe. „Der Hauptwitz,“ schrieb er Monate später, „steckt nicht in der Courage, sondern in dem Mangel an unbedingtem Zutrauen zu Eurem Geschmack und Judiz.“ Noch deutlicher sprach er sich aus im August 1857 von Frankfurt aus, nachdem er die betreffende Familie persönlich kennen gelernt hatte. „Mein Verstand ist auf Deiner Seite,“ schrieb er an Georg, „zumal die Unschmackhaftigkeit der Isolirung sich unter den hiesigen Verhältnissen mehr und mehr klar macht. Das Gefühl dagegen behauptet die entgegengesetzte Position theils aus Abneigung gegen jeden salto mortale, theils wegen der Unsicherheit jedes Urtheils nach kurzer Sicht. . .“ Schon jetzt hätte er fast lieber von jedem weitern Schritte Abstand genommen; endlich kam es zur Entscheidung. Auf seine Anfrage antwortete die junge Dame mit dem Ausdruck der höchsten Achtung für seine Person, es gebe nur e i n e s, was sie zurückhalte, ihm das Jawort zu geben: ihr längst feststehender Entschluß, sich Gott zu weihen und ins Kloster zu gehen.

Im Beamtenleben in Berlin war jedoch nach zwei Jahren die „Unschmackhaftigkeit der Isolirung“ noch mehr hervorgetreten. Selbst bei den wenigen guten Freunden, mit denen er öfter verkehrte, vermißte er etwas; er meinte, es „fehle etwas Elektricität“. Da traf es sich glücklich, daß für den Winter der Freundeskreis auf Albrechtshof eine beträchtliche Erweiterung erfuhr. Infolge der mit Kurhessen ausgebrochenen Conflicte hatte der kurhessische Gesandte 27. November 1859 Berlin verlassen, worauf sofort auch der Vertreter Preußens, wenn auch ohne förmliche Abberufung, von Kassel abreiste, um den Winter „auf Urlaub“ in Berlin zu verbringen. Den Gesandtschaftsposten in Kassel bekleidete seit Februar 1859 Herr v. Sydow, vordem Regierungspräsident von Sigmaringen und Gesandter Preußens

bei der schweizerischen Eidgenossenschaft. Sydow selbst hatte sich Mallinckrodt schon wohlwollend erwiesen, Mallinckrodts Schwester Pauline war wegen ihrer Klosterniederlassungen in Sigmaringen wiederholt persönlich mit ihm in Verkehr getreten, Frau v. Sydow war eine nahe Freundin der Räthin Schmidt. So waren Berührungspunkte genug gegeben. Außerdem war aber die Familie Sydow, wo immer sie weilte, ein Mittelpunkt edler Geselligkeit und ein Vereinigungspunkt auserwählter, hochbegabter Menschen. Noch mehr als sonst wurde es das Sydow'sche Haus in diesem Winter, da Frau v. Sydow eine junge Bekannte, Elisabeth Freiin v. Bernhard aus München, zu sich eingeladen hatte, den Winter bei ihr in Berlin zuzubringen.

Wiewohl mit dem Sydow'schen Hause nicht eigentlich verwandt, war doch Elisabeth seit langem ein Liebling der Familie. Ihre Stiefmutter war eine geborne Freiin v. Laßberg, deren Bruder mit der Schwester der Frau v. Sydow vermählt war. Dies hatte den Anknüpfungspunkt geboten. Ueberdies hatte sie mit ihrem Vater längere Zeit bei dem Oheim der Mutter, Freiherrn Joseph v. Laßberg, auf der Meersburg am Bodensee gewohnt und war hier persönlich öfter mit Sydows zusammengetroffen. 1855 war in der Kapelle des Sydow'schen Hauses in Sigmaringen ihr Vater, Dr. Fr. L. Frhr. v. Bernhard, in den Schoß der katholischen Kirche zurückgetreten. Wiederholt war überdies Elisabeth v. Bernhard längere Zeit in Sigmaringen zu Besuch gewesen, und so kam es, daß das Sydow'sche Ehepaar sie fast wie das eigene Kind betrachtete. In Berlin sah sich die hochangesehene Familie alsbald wieder von Freunden umgeben. Die Räthin Schmidt, P. Reichensperger, verschiedene Abgeordnete mit ihren Familien und viele andere, endlich auch Hermann v. Mallinckrodt verkehrten fleißig in dem gastlichen Hause. An Reichenspergers geistvoller Tochter, der spätern Frau Dankelmann, fand Fräulein v. Bernhard bald eine vertraute Freundin, und mit beiden hielt Mallinckrodt gute Freundschaft. In den Herbstmonaten hatte er noch über Vereinsamung geklagt; aber schon am 18. December bemerkte er, daß er einer sehr freundlichen Einladung für die Weihnachtsfeiertage nach Potsdam nicht zu entsprechen gedenke, es werde auch in Berlin „für eine Weihnachtsgemüthsstimmung kaum an Futter fehlen". „Die Festtage", hieß es dann am 3. Januar 1860, „habe ich recht befriedigend theils mit Waisenkindern, theils bei Reichenspergers und Sydows gefeiert. Der Verkehr mit letzteren ist so lebhaft, daß ich in der Weihnachtswoche nicht weniger als fünf Abende mit ihnen bald hier, bald dort zusammen gewesen bin. Sylvester war ich mit Aulike bei ihnen."

Wenige Wochen später wußten die Geschwister, wenn sie es nicht schon zwischen den Zeilen gelesen hatten, daß Hermann die Absicht hatte, um Elisabeth v. Bernhard sich zu bewerben. Pauline, die Elisabeth in Sigmaringen persönlich kennen gelernt hatte, war darüber außerordentlich erfreut; auch

die anderen waren es. Doch gab ihm Georg, obgleich ebenfalls zustimmend, noch einiges zu bedenken in Bezug auf Gesundheit u. s. w. Hermann, der diesmal lediglich durch Neigung bestimmt wurde, antwortete ruhig auf die einzelnen Bedenken, von denen ihm nur die Gesundheitsfrage schwerwiegend zu sein schien.

„So für echt und recht kerngesund“ hielt auch er Elisabeth nicht, d. h. nicht für besonders stark, doch auch in keiner Weise für krank. „In summa will ich Dir sagen,“ schloß sein Bericht, „daß die Individualitäten allerdings sehr gut zu harmoniren scheinen und ein wechselseitiges vernünftiges Interesse zuzugeben, bezw. zu präsumiren ist. Dasselbe trägt aber nicht den Charakter der Leidenschaftlichkeit, so daß die Pferde am Durchgehen wären. Ueberdies kreuzen sich dermalen so viel Ministerial- und Landtagsangelegenheiten im Kopfe, daß zu Phantasiemalereien gar wenig Raum bleibt und die Frage für den Augenblick nicht allzu brennend erscheint, zumal auch der gesellschaftliche Verkehr in dieser Zeit ein sehr reger und mehr oder minder zerstreuender ist.“

Mit Frühlingsanfang kehrte Fräulein v. Bernhard nach München zurück, ohne daß irgend ein entscheidender Schritt geschehen wäre. Erst einige Zeit nach ihrer Abreise fragte Mallinckrodt brieflich in München an.

„Aus Besorgniß für Eure Hautcultur, damit Ihr Euch nämlich infolge zu langen Aufenthaltes auf heißen Kohlen nicht beschädigt,“ schrieb er 3. Mai 1860 an die Geschwister, „wollte ich nur mittheilen, daß Cäsar über den Rubikon gegangen ist. Ueber den Erfolg dieser Bewegung wird wohl erst nach etlichen Wochen das Weitere zu referiren sein. Proficiat.“

Am Morgen des 11. Mai 1860 saß Hermann eben auf dem Bureau hinter einem Actenstück, als der Postbote kam und ihm drei Briefe brachte und ein Kreuzcouvert. Von den Briefen waren zwei aus Paderborn, einer aus München. Hermann zahlte das Bestellgeld, legte die Briefe ruhig hin und fuhr in seiner Arbeit fort. Erst als diese beendet, öffnete er die Briefe, zuerst den Paulinens, dann den von Bertha. „Ich amüsirte mich gleich sehr“, schreibt er, „über Euer Interesse wie über Euer Gesitze und ging dann an den Hauptbraten.“ Der Brief aus München war von Herrn v. Bernhard selbst. Der Vater sprach in verbindlichster Weise die elterliche Zustimmung aus, behielt jedoch der Tochter die eigene Entscheidung und briefliche Antwort vor, deren bejahenden Sinn er, wie es Hermann schien, schon durchblicken ließ. Freilich kam ihm noch ein Zweifel, ob der alte Herr die Denkweise der Tochter ganz richtig aufgefaßt und gezeichnet habe. Der 21. Mai brachte Elisabeths Brief und damit die Entscheidung.

Am selben Tage noch machte Hermann den Geschwistern in lakonischer Weise die Mittheilung.

„Eine Braut ist eigentlich ein tragikomischer Gedanke. Ich bin aber nun einmal in der Lage, ihn als Realität denken zu müssen, und gebe mir die Ehre, Euch davon officielle Kunde zu geben und mich nebst künftigem Gemahl Eurer Gewogenheit zu empfehlen.“

Einstweilen sollte die Sache noch nicht öffentlich werden. Vom Winter her hatte er noch einen Actenstoß aufzuarbeiten. Erst sollte da reine Bahn geschafft sein, dann wollte er Mitte Juni zum Passionsspiel nach Oberammergau reisen und bei dieser Gelegenheit in München und Augsburg den Verwandten der Braut sich vorstellen. Von da an mochte es öffentlich bekannt werden, und auf Ende August wurde die Hochzeit angesetzt. Nur die nächsten Berliner Freunde wußten von der Verlobung. „Herr v. Sydow", schreibt Hermann 28. Mai, „fiel mir auf der Leipziger Straße ans Herz, und Frau v. Radowitz beantwortete seine Mittheilung mit einem Schrei der Befriedigung zur unbefriedigten Neugier der Anwesenden, da ihr rechtzeitig zwar das Sprechen, aber vorsichtigerweise nicht das Schreien verboten war."

Elisabeth v. Bernhard, geboren zu München am 21. September 1834, zählte jetzt 26 Jahre. Ihre Erscheinung war angenehm, mit hoher, ausgezeichneter Stirn und feinen Zügen, die sich im Gespräche erst recht belebten. „Sie war", schreibt eine ihr einst nahestehende Freundin, „eine der liebenswürdigsten Frauen, die ich kannte, im Gespräch ebenso anregend als gewandt, geistig sehr begabt und talentvoll." Jedenfalls vereinigte sie mit einem feinen und lebhaften Geiste eine außergewöhnlich reiche und gediegene Bildung. Sie besaß ein hübsches Talent für Malerei und Dichtkunst, las die alten Classiker, war mit einem Wort eine ebenso geniale und hochgebildete als liebenswürdige Frau. Dabei zierte sie idealer Sinn und stimmte sie mit Mallinckrodt überein in tiefer Frömmigkeit und großer Liebe zum Wohlthun. Geringer waren ihre Gaben für die gewöhnlichen häuslichen Beschäftigungen, wiewohl sie mit der größten Aufopferung und einem oft rührenden Eifer denselben sich unterzog. Hermanns praktischer Geist mußte da oft zu Hilfe kommen. Auch war sie nicht frei von jenen inneren Leiden, welche die Vorsehung gerade außergewöhnlich begabten, edel angelegten Menschen als ein drückendes Gegengewicht mit ins Leben zu geben liebt. Lebhaftigkeit und Munterkeit konnten in Schwermuth, ihre zarte Empfindsamkeit und Gewissenhaftigkeit in Unentschlossenheit oder Erregtheit sich verkehren, namentlich nachdem in späteren Jahren durch Sorgen und Schicksalsschläge und Ueberanspannung ihrer Kräfte ihre zarte Gesundheit zu wanken begann. Sie selbst war die erste, sich darüber anzuklagen, ohne es in ihrer Macht zu haben, darüber Herr zu werden.

„Ich habe so viel Ursache, Gott dankbar zu sein," schreibt sie April 1869 an eine nahestehende Freundin, „und mache mir Vorwürfe, daß ich statt dessen bloß traurig in Vergangenheit und Zukunft blicke." „Mein Talent, das Leben schwer zu nehmen," hieß es März 1871, „macht mir freilich manchen Streich in Appetit und Befinden und läßt mich nicht recht aus der Traurigkeit herauskommen. Der liebe Gott wird es mir hoffentlich nicht als Undank

anrechnen, denn ich erkenne ja gewiß alle die großen unverdienten Wohlthaten, die Er mir erwiesen hat."

Dabei konnte sie aber, sobald ernste Fragen an sie herantraten, großen Muth, Entschlossenheit und edelsten Opfersinn an den Tag legen. Hermann hielt stets viel auf ihr Urtheil und fragte sie in seinen wichtigsten Entschließungen, zuweilen selbst in eigenen Gewissenssachen um ihren Rath.

„Else ist immer am verständigsten," schrieb er einmal August 1869 im Vertrauen über sie, „wo es sich um wichtige Dinge handelt, während Dinge von ganz untergeordneter Bedeutung sie ganz verdrehen können. Dies wird auch kaum aufhören, wenn sie nicht ihre frühere Frische wieder erlangt und die nervöse Abspannung und Reizbarkeit aufhört."

Für jetzt war diese Frische noch vorhanden, und Hermann hatte Ursache, sich seiner Braut zu freuen. Es war eine bedeutende und eine edle Frau, die an seine Seite trat.

Ihr Vater, Dr. Friedrich Ludwig Freiherr v. Bernhard, war 1801 zu Düsseldorf geboren als einziger Sohn sehr reicher Eltern aus einer französischen Hugenottenfamilie. Seit 1826 hatte er an der Universität München deutsches Privatrecht u. dgl. docirt, seit 1832 war er ordentlicher Professor der Universität München und bald auch Referent im Ministerium des Innern. 1844 war er aus dem Staatsdienst getreten. Seit 1854 lebte er wieder in München. Er war durch und durch conservativ und großdeutsch — Eigenschaften, in denen er sich mit Hermann begegnete. In der literarischen Welt hatte er sich durch mehrere Schriften einen Namen gemacht. Dabei fand der Schwiegersohn in ihm einen „einfachen, anspruchslosen Mann", der ihm wohlgefiel.

Elisabeths Mutter, Gräfin Montjoie-Frohberg, war früh gestorben. Drei Brüder derselben waren Officiere, theils in bayerischen, theils in österreichischen Diensten. Doch hatte Elisabeth eine vortreffliche zweite Mutter gefunden in der Person der Freiin Wilhelmine v. Laßberg, die Dr. v. Bernhard als zweite Gattin zum Altar führte. Dieselbe war Hofdame bei der Herzogin von Modena, gebornen Prinzessin Adelgunde von Bayern, gewesen und erhielt von ihr noch jetzt Zeichen der Huld und des Wohlwollens. Hermann hegte vor dieser begabten und charaktervollen Frau eine vorzügliche Hochachtung, die er selbst auf seinem Todbette noch aussprach.

Elisabeth, oder „Else", wie Hermann sie bald zu nennen pflegte, hatte noch einen Bruder, Heinrich v. Bernhard, der später in die bayerische Armee eintrat, und eine jüngere Schwester, Thekla, die damals 15 Jahre zählte und eben bei den Damen vom Sacré Coeur ihre weitere Ausbildung erhielt.

Alle diese Verwandten lernte Hermann zum erstenmal kennen, als er gegen Mitte Juni auf kaum zwei Wochen nach Bayern reiste, zunächst nach

Heilbrunn, wo Frau v. Bernhard eben zur Kur verweilte. Die Hochzeit wurde jetzt auf den 23. August angesetzt. Es war dies der Jahrestag der Einweihung der St. Meinolphuskapelle, welcher in der Mallinckrodt'schen Familie etwas von einem Familienfesttag hatte. Die Feier sollte ziemlich still gehalten werden. „Von Polterabend und ähnlichen Vorgeschichten", schrieb er, „ist keine Rede; es wird sich wohl nur um eine Feier à la Hochzeit zu Cana handeln."

In der letzten Juniwoche nach Berlin zurückgekehrt, fand er sich alsbald mit Amtsgeschäften überhäuft, da Graf Schwerin in Bälde abreisen wollte und daher die Vorträge über wichtige Angelegenheiten sich drängten. Darüber vergaß er aber seiner Lieblingsschwester Bertha nicht, bei der bereits das langwierige Leiden seinen Fortgang genommen hatte, das sobald schon ihren frühen Tod herbeiführen sollte.

„Die Hauptsache bleibt", schreibt er ihr unter anderm, „die Beweisführung schwarz auf weiß, daß ich keineswegs gesonnen bin, über der Braut die Schwester zu vergessen. Du hast immer noch voraus, daß Du die älteste Bekanntschaft bist, und darauf halte ich was. Das hindert aber nicht, daß die Elsbeth sich auch mehr und mehr ins Herz einnistet. . . . Ich habe sehr lange vor, Dir eine Photographie von meiner kleinen Hexe zu schicken, aber der Münchener Künstler läßt sehr lange auf sein Product warten, und außerdem steht noch sehr dahin, ob es sonderlich gelungen sein wird. Indessen in einer Beziehung denke ich: ‚Je schlechter, desto besser', indem ich mir Alfreds stolze Befriedigung vergegenwärtige, mit der er dann versichern wird, Du wärest die Schönste. Ich werde mich darüber nicht grämen, wenn die Elsbeth nur nicht mit Gefühlen der Verzweiflung ihrerseits erklärt, er sei der Schönste."

In solchen Briefen voll Liebe und Humor suchte er die kranke Schwester zu trösten.

Gerade jetzt erging an ihn ganz ohne sein Zuthun die Aufforderung der Landwehrbehörde, aus dem Militärdienst seinen Abschied zu nehmen, da doch keine Aussicht sei, daß er werde dienen können. Es war ihm voller Ernst, wenn er darauf 5. Juli erwiederte, er habe bisher das Abschiedsgesuch nur deshalb unterlassen, weil er voraussetzte, „beim etwaigen Eintritt des zunächst in Aussicht stehenden Kriegsfalles könne seine Verwendung als Officier vielleicht dem vaterländischen Interesse dienlich sein". Nach dem ihm zugesandten Schema stellte er dann 8. Juli den Antrag, und unter dem 4. September 1860 ward sein Abschiedsgesuch genehmigt mit Erlaubniß zum Tragen der Uniform.

Eine ihm befreundete Familie hatte es bereits übernommen, eine passende Wohnung in Berlin ausfindig zu machen, als seine amtliche Stellung durch den Druck, der von liberaler Seite auf Graf Schwerin noch immer ausgeübt wurde, in Frage kam.

„Meine demnächstige amtliche Stellung", schrieb Hermann 1. Juli, „scheint mir in diesem Augenblick noch fraglich. Mein beurlaubter Vorgänger tritt wieder ein, wenn auch muthmaßlich in ein anderes Decernat. Deshalb, und weil ich eben erst Rath geworden bin, und vielleicht auch noch aus anderen Gründen, steht der ‚Geheime Rath' wenigstens nicht in naher Aussicht. Aufs Unbestimmte zu hilfsarbeitern hat seine Schattenseiten. Eventuell würde es wohl einzurichten sein, daß ich als etatmäßiger Rath nach Düsseldorf käme, was so übel nicht wäre. Item, das Fortschicken gefiele mir kaum minder gut als das Bleiben. Ich habe dem Chef gesagt, er möge es nach Belieben halten, mir wäre es einerlei."

Aber das Mißliche war, daß die Hochzeit vor der Thüre stand und alles noch ungewiß war, und vom Miethen und Einrichten einer Wohnung keine Rede sein konnte. Erst 29. Juli durfte er seinem Bruder schreiben: „Die Versetzung nach Düsseldorf betrachte ich als gewiß, und finde immer mehr, daß sie besser ist als hier bleiben."

Dienstag Nachmittag den 21. August traf Hermann in München ein, und am 23. vollzog in der Heilig-Kreuz-Kapelle der Michael-Hofkirche der Domkapitular Baron v. Oberkamp als besonderer Freund der Familie Bernhard die Trauung. Dann reiste das neuvermählte Paar nach der Schweiz, wo sie sich in Brunnen am Vierwaldstätter See einige Zeit aufzuhalten gedachten. Plötzlich wurde Hermann von hier telegraphisch nach München berufen. Durch das Zusammenwirken verschiedener unglücklicher Umstände war der Schwiegervater mit seinem sehr ausgedehnten Güterbesitze in Schwierigkeiten gerathen. Hermann mit seiner Erfahrung und Geschäftskenntniß stand in dieser mißlichen Lage den Verwandten seiner Gattin treu berathend zur Seite und verließ München nicht eher, als bis alles in die richtigen Geleise gebracht war. Unter diesen Verwicklungen geschah es auch, daß er das Gut Mittenheim bei Schleißheim, auf welches für Else hypothekarische Eintragungen gemacht waren, durch Kauf an sich brachte. Es sollte für die Zeit seines Lebens eine schwere Bürde bleiben. Nachdem er mit Scharfblick und Entschlossenheit die vielfach verwickelten Angelegenheiten durch verschiedene Phasen geleitet hatte, konnte er 27. December 1860 mit einem herzlichen „Gott sei Dank!" anzeigen, daß geschehen sei, was geschehen konnte, und daß wenigstens in einem der wichtigsten Punkte sein Zweck vollständig erreicht sei. Zugleich konnte er auch mit Freude darüber berichten, wie sehr seine Anwesenheit in München dankbar anerkannt und gern gesehen wurde.

Es waren schwere Anfänge, mit denen er seinen Hausstand gründete, und noch waren die Prüfungen nicht am Ende. Von München hatte Hermann „seine Else" erst nach Böddeken geführt, damit sie im Kreise seiner Familie heimisch würde. Am 30. September trafen sie dann in Düsseldorf ein, und schon 1. October wurde eine zusagende Wohnung gefunden; 3. October begann der Einzug und das langwierige Geschäft der



Pauline von Mallinckrodt,

Stifterin der Genossenschaft der Schwestern von der christlichen Liebe.

ersten Einrichtung. An Freunden fehlte es gleich anfangs nicht. Vor allem kam ihnen die Wittwe des Regierungsrathes und Abgeordneten Otto, den Hermann einst so hochgeschätzt hatte, mit außerordentlicher Liebe und Aufmerksamkeit entgegen, und am gleichen Tage wie Hermann ward auch Graf Spee im Düsseldorfer Regierungscollegium eingeführt, der, in Frankfurt a. O. schon mit ihm gut bekannt, einst mit ihm die Wanderung durch die Lausitz gemacht hatte. 4. November thaten die Eheleute Mallinckrodt mit 25 Besuchen ihre Pflicht und waren damit in der Stadt eingebürgert. Die Düsseldorfer Handelsleute und Handwerker fand Hermann „verständig, gemüthlich und gefällig", und so ging es auch mit der Einrichtung gut voran.

Der erste Gast, den sie beherbergen konnten, war Hermanns Schwester, die Oberin Pauline, die auf der Rückreise von Viersen war, wohin sie eine Anzahl ihrer Schwestern begleitet hatte. „Ich habe recht Freude gehabt, Hermann in Düsseldorf zu besuchen," schrieb Pauline selbst kurz darauf; „es war doch so behaglich in seiner Häuslichkeit, und die Elise ist eine gar liebe, gute Frau, die alles thut, um Hermann zu erfreuen. Es ist recht gut, daß er gerade die hat."

Aber in denselben Tagen, da Hermann und Else in Düsseldorf ihren Einzug hielten, war Bertha schwerkrank von ihrem Gatten nach Meran geleitet worden, um in der mildern Luft vielleicht noch Rettung zu finden. Die Geschwister, und darunter vor allem Hermann, wetteiferten, durch Briefe und Aufmerksamkeiten verschiedener Art, die theure Kranke aufzuheitern. Aus „Elsbeths stattlicher Bibliothek" wurden ihr Bücher zur Unterhaltung zugesendet. Hermann selbst hatte dafür „Rosa von Tannenburg" und „Genovefa" ausgesucht; „die Gattin hat aber", bemerkte er dazu, „nach ihrem hochtrabendern oder geläutertern Geschmacke anderes beigefügt". Aber mit Bertha's Kräften ging es reißend abwärts. Mitte December reiste Pauline nach Meran, um sie, fast sterbend, der Heimat wieder zuzuführen. „Ich wüßte auch in der ganzen Welt keinen Menschen," schrieb Dine dazu, „den ich in kranken Tagen lieber bei mir hätte, wie unsern Engel Pauline."

Unterdessen war über Hermann selbst eine schwere Heimsuchung hereingebrochen. Schon in Stralsund und Frankfurt hatte er öfter über rheumatischen Zahnschmerz und Geschwulst des Zahnfleisches zu klagen gehabt. Eben war das alte Uebel mit erneuter Stärke wiedergekehrt, als er bei Anbruch des Winters in der Sache des Schwiegervaters eine abermalige Reise nach München antreten mußte. Auf der Reise verschlimmerte sich das Uebel, so daß er vom Tag seiner Rückkehr an (7. December) auf viele Wochen hinaus an die Krankenstube gefesselt war. So gern wäre er nach Meran zu seiner Bertha gereist, um von ihr Abschied zu nehmen; er verhandelte darüber bereits mit dem Bruder. Er traf auch bereits wieder seine Vorbereitungen für die Reise nach Berlin zum Landtag. Allein das Uebel

wollte trotz ärztlicher Behandlung, trotz Watten, Salben und Theeaufschlägen nicht weichen. Bei der Eröffnung des Landtages (12. Januar 1861) lag von ihm ein Urlaubsgesuch vor, das auf drei Wochen genehmigt und 8. Februar auf vier weitere Wochen verlängert wurde. Schon seit Mitte Januar begannen an der linken Seite des Gesichtes Geschwüre sich zu bilden, die selbst das Augenlid in Mitleidenschaft zogen, und noch immer war keine Besserung abzusehen. Durch die lange Haft im Krankenzimmer war Hermann auch sonst angegriffen und ohne Appetit.

„Gott Lob", schrieb Else an die Böddeker Geschwister, „hat ihn seine Geduld und sein guter Muth noch nicht verlassen, was gewiß sehr zu bewundern ist. Denn es ist wahrhaftig kein Spaß, so lange sich mit etwas herumzuquälen, ohne auch nur, wie sonst bei einer Krankheit, einen bestimmten Gang und also auch ein bestimmtes Ende dabei zu sehen. Aber es liegt ja in jeder Prüfung ein Segen versteckt, und der wird Hermann nicht fehlen."

Mit unverdrossener Geduld und Aufopferung widmete sich Else der Pflege, bemühte sich auch, in den Stunden, da Hermann nicht arbeitete, durch Vorlesen ihn zu zerstreuen. Am 17. Februar schrieb sie noch einmal über seinen Zustand an Bertha, er selbst aber malte drei Bilder dazu, sein mit Geschwulst und Geschwüren verunstaltetes Gesicht in verbundenem und unverbundenem Zustand darstellend, und bemerkte scherzend: „Die hiesige Kunstluft ist epidemisch, die Schriftsprache weicht den Hieroglyphen. Im übrigen gewöhnt der Mensch sich an alles."

Als der Brief in Paderborn ankam, lag Bertha in den letzten Zügen. Gefaßt und starkmüthig sah sie mit klarem Blicke dem Tod entgegen, ihre letzte Kraft wendete sie auf, den Gatten zu trösten. „Wenn Gott mich jetzt abberuft," sagte sie zu ihm, als er ihr das jüngste Kind noch ein letztes Mal zum Kuß reichte, „so wird er auch für mich eintreten." Ihr letzter Gedanke war der sterbende Erlöser am Kreuz. Das heldenmüthig Fromme dieses Todes war es, was Hermann in dem tiefen Schmerze am meisten tröstete. „Mich hat heute", schrieb er nach Empfang der ausführlichen Nachrichten, „lebhaft das Gefühl durchdrungen, wie weit ich hinter jedem meiner Geschwister zurückstehe." — „‚Gott gebe uns ein solches Ende wie Bertha', ich sage Amen zu diesen Worten Georgs und darf nicht wünschen, daß die siegreich Heimgegangene nicht schon vollendet haben möge — wenigstens um ihretwillen darf ich es nicht." Aber trotzdem war er aufs tiefste bewegt.

„Es will mir gar nicht in den Sinn," schrieb er 1. März an Georg, „daß unser Geschwisterkreis gebrochen und die Jüngste ihm zuerst entrissen ist." „Ich hoffte nur," heißt es in einem andern Briefe, „meine liebe Schwester noch zu sehen, in ihrer Sterbestunde mit Euch ihr Bett zu umgeben und an der Gruft, die ihre

sterbliche Hülle aufnehmen wird, nicht zu fehlen. Allein auch diese Hoffnung ist bitter getäuscht. Ich weiß, daß ich es allezeit traurig empfinden werde, aber die Aenderung lag und liegt außerhalb meiner Macht."

Mit rührender Liebe schrieb er an seinen Schwager Alfred.

„Was mir auch mangeln mag," so schloß sein Brief, „die treue brüderliche Gesinnung gedenke ich nicht nur allezeit zu bewahren, sondern ich hoffe mit Gott, darin zu wachsen, obgleich die Schwester, welche dieses unser Band geknüpft, aus unserer Mitte geschieden. Lieber Alfred, Du darfst auf mich zählen, und ich weiß, Du thust es. Ihr leuchte das ewige Licht und Dir das Licht der Gnade!"

Zugleich aber schrieb er an seinen Bruder, daß er mit Freuden bereit sei, einige der Kinder Hüffers in sein Haus aufzunehmen, an denen dann Else Mutterstelle vertreten solle; er wolle gern zu diesem Zwecke eine größere Wohnung nehmen. Voll Anerkennung war er für den Schwager. „Hüffers Haltung erbaut mich wahrhaft," schreibt er, „er übertrifft sich selbst." Auch an Hermann trafen jetzt von verschiedenen Seiten Beileidsschreiben ein, besonders auch vom Erfurter Präsidenten v. Vignau. Die Freunde wußten, wie sehr er an der Schwester hing.

Sein eigenes Leiden hatte inzwischen alle Hoffnungen getäuscht. Das Geschwür am Augenlid mußte geöffnet werden. Dreimal wurde dann von den Aerzten geschnitten, um dem Eiter eine directere Mündung zu verschaffen. Jedesmal war viel Blut geflossen und kein Resultat erzielt. Das dritte Mal ließ man den Schnitt nicht zuheilen, sondern suchte ihn künstlich offen zu halten. Zuletzt war das Gesicht mit Geschwüren und Wunden ganz bedeckt, so daß er scherzend den bedeutenderen unter ihnen, um sie zu unterscheiden, eigene Namen beilegte. 11. März zählte er mit den vier kleineren, die nicht verbunden zu werden brauchten, neun Wunden. „Ich bin mit Stöpseln reich gespickt," schreibt er, „ungefähr wie der Tisch in Auerbachs Keller, aus welchem Mephisto den Studenten den Wein verschaffte." Auf Rath seines Arztes reiste er endlich 16. März 1861 nach Köln zur Consultation des Geheimen Sanitätsraths Fischer. Dieser entschied sich für Offenlegung des Eiterherdes durch einige herzhafte Schnitte und versprach vollständige Genesung binnen sechs Wochen. Am 19. März verfügte sich demgemäß Hermann in die Klinik, und Else begleitete ihn als Pflegerin. Gleich am folgenden Morgen war die schmerzhafte Operation, wobei sich aber Hermann die Chloroformirung verbat. Dann blieb er in der Klinik, häufig besucht von den Kölner Freunden, die voll der Aufmerksamkeit für ihn waren. Schon am 29. März konnte er melden, daß wenigstens der obere Fistelgang sich geschlossen habe. Aber noch am 6. April saß er, den Kopf voller Wunden, in der Klinik, nachdem inzwischen Sanitätsrath Fischer noch mehrere Einschnitte gemacht hatte. Erst 16. April wurde er aus der Klinik entlassen, in welcher er vier Wochen zugebracht hatte. Im ganzen hatte das Uebel

bereits über vier Monate gedauert. Noch jetzt, da die Aerzte erklärten, die Fistel sei beseitigt, das Uebel gehoben, hatte er fünf Wunden im Kopf. Außerdem war sein Gesicht ganz verzerrt, und namentlich der Mund ganz schief geworden, was sich erst später allmählich verlor. Auch jetzt hatte ihm der Arzt zur Pflicht gemacht, noch acht Tage in Düsseldorf das Zimmer zu hüten. Er war glücklich, als er 19. April auf die kommende Woche seinen und Else's Besuch in Böddeken ankündigen konnte, wo er sich vollends herstellen wollte. Auf dem Bahnhof in Soest begegneten die beiden ganz unerwartet ihrem Schwager Alfred. Hermann eilte auf Hüffer zu, um ihn zu begrüßen. Dieser aber kannte ihn nicht wieder, so sehr hatte das Leiden ihn entstellt. War Hermann voll des Lobes für die Aufopferung seiner Else, die nicht von seiner Seite weichen wollte, so schrieb sie hinwiederum über den Gatten: „Er hat glänzend seine Geduld bewährt in dieser langen Probe, und da dies ja zu den besten Dingen dieses Lebens gehört, so haben wir gewiß Grund, dem lieben Gott für diese Heimsuchung zu danken."

Erst in der zweiten Juliwoche kehrten beide von Böddeken nach Düsseldorf zurück. Aber auch jetzt noch trug Hermann Kopf und Hals verbunden, und sein Arzt wollte ihm erst noch sechs Wochen Alpenluft vorschreiben. Doch ging Hermann darauf nicht ein; aber die acht Tage, die ihm sein Chef noch freigab, benützte er mit seiner Gattin zu einem kleinen Ausflug den Rhein hinauf. Bei ihrer Rückkehr von Böddeken hatten sie eine neue geräumige Wohnung bezogen, die Hermanns ganzen Beifall hatte; außerdem aber war auch in seinen dienstlichen Verhältnissen eine Aenderung eingetreten. Unter Zustimmung des Finanzministers war ihm die Stellvertretung des Oberregierungsrathes Marrot, der auf drei Jahre abberufen war, als Dirigent in der zweiten Abtheilung übertragen. „Es ist einigermaßen überraschend," meinte er dazu, „daß man mich als jüngsten Rath in einen Dirigentensessel placirt . . .; jedenfalls ist es zur Abwechslung mal wieder was Neues."

Ein Sonnenstrahl war es nach so viel Trübem während des letzten Jahres, als „14. September anno Domini 1861, dem Tage der Kreuzerhöhung, in der Octav Mariä Geburt", Hermanns Erstgeborener das Licht der Welt erblickte. „Der Junge ist ein biederer Westfale, wie es scheint, still und gefräßig", so beschreibt ihn der Vater zwei Tage später. Das Kind erhielt den Namen Meinolph Georg Maria, nachdem die Nothtaufe vorausgegangen. Pathen waren Georg, der Familienälteste, und Frau v. Bernhard. Die Freude Hermanns an diesem Gottesgeschenk war eine ungemein große. Jeder Brief spiegelt hinfort die Zärtlichkeit und das Glück des Vaters, namentlich, nachdem der Kleine einmal anfing zu sprechen und nicht nur von dem ersten Zahn, sondern auch bald von dem ersten Witze und auch der ersten schönen That berichtet werden konnte. Aber auch vor diesem Glück waren noch bange Stunden vorhergegangen. Else war schwer

leidend gewesen. Als gerade die Schmerzen und die Gefahr am größten, hatte Hermann sich, wenn auch widerstrebend, auf sein Zimmer zurückgezogen „im Gehorsam gegen den Arzt und indem er sich sagte, daß er mit Beten mehr helfen könne". Dort überfiel ihn krampfhaftes Weinen. Aber, schreibt er an Schwester Dine, „ich kniete nieder zum Beten, wandte mich an den lieben Gott, sowie an seine Mutter und den hl. Meinolph, betete dann langsam und halblaut die Lauretanische Litanei, das ‚salus infirmorum' dreimal wiederholend. In dem Augenblick, als ich mit derselben zu Ende war, hörte ich jemand aus der Thüre des Schlafzimmers auf den Gang kommen, ging zu meiner Thüre, um etwa zu Diensten zu sein; als ich aber die Thüre öffnete, faßte Therese (die Dienerin) mich mit beiden Händen an und sagte freudestrahlend, ich möchte kommen, es wäre alles vorbei und gut." So war denn Else gerettet! Das ging noch weit über die Freude wegen des „Jüngelchens". Nun gab sich Hermann noch mitten in der Nacht ans Schreiben; denn an Schlaf war nicht mehr zu denken, so leicht es ihm auch wieder ums Herz war. „Dann hörte ich", fährt er im Berichte fort, „bei den Dominikanern die 6-Uhr-Messe, zumal ich gelobt, die nächsten vier Wochen pünktlich zur Messe zu gehen."

Schon der folgende Monat führte ihn nach Königsberg, um am 18. October bei der feierlichen Krönung Wilhelms I. zugegen zu sein[1]. Während dieser Reise bildete sich aber zu seiner Bestürzung aufs neue eine Anschwellung am Halse, die, als sie sich infolge von Umschlägen endlich öffnete, abermals einen Fistelgang erkennen ließ. Die Maßregeln des Düsseldorfer Arztes hatten anfangs so schlechten Erfolg, daß Hermann schon auf dem Sprunge stand, nach Köln zu fahren und sich aufs neue „dem Fischer'schen Messer zu stellen". Doch da nahm die Sache wieder eine Wendung zum Bessern, und schon 11. November glaubte er sich völlig geheilt.

[1] Dieses Fest gestaltete sich auch zu einem für die katholische Kirche Preußens wichtigen Tag infolge der Zusicherung, welche der König bei dieser Gelegenheit an „die acht Bischöfe, die kirchlichen Vertreter von sieben Millionen Unterthanen", richtete. Der Cardinal-Erzbischof von Köln hatte unter anderm gesagt: „An diesem Freuden- und Ehrentage erlauben wir uns, Eurer Königlichen Majestät huldvollen Blick auf unsere Kirche zu lenken. Warm und innig empfehlen wir sie und ihre in Kraft der Staatsverträge und der Verfassung ihr zustehende selbständige Stellung und unbehinderte Wirksamkeit dem mächtigen landesherrlichen Schutze." Der König erwiederte unter anderm: „Es gereicht Mir zur Genugthuung, die Verhältnisse der katholischen Kirche für den Bereich Meines ganzen Staates durch Geschichte, Gesetz und Verfassung wohlgeordnet zu wissen. Sie darf vertrauen, daß Ich ihr in Gerechtigkeit und Wohlwollen ferner Meinen landesväterlichen Schutz gewähren und sie in Ausführung ihres heiligen Auftrages unterstützen werde."

8. Conflicte und „Conflict“ (1861—1862).

Die im November 1861 bevorstehenden Landtagswahlen nahmen die Aufmerksamkeit aller Parteien in Anspruch. Nach dem bisherigen Gang der Dinge war es kaum anders zu erwarten, als daß eine starke fortschrittliche Majorität ins Haus einziehen werde. An Gegenanstrengungen ließ man es nicht fehlen. Auch Mallinckrodt wurde durch den „Wahlklüngel“ wieder stark in Anspruch genommen, indem „die bisherigen Wahlklüngeler in Düsseldorf ihn zugezogen hatten“. Es standen sich hier eigentlich nur zwei Parteien gegenüber, die Fortschritts- und die katholisch-conservative Partei. Denn für den 19. November 1861 waren alle Nicht-Fortschrittler unter einen Hut gebracht worden, „wobei Karlchen Müller[1] besonders mitgewirkt hat“. Man hoffte Erfolg.

„Wer fällt, muß unterliegen;
Wer steht, der kann noch siegen;
Wer ausbleibt, der ist faul;
Nichts über ein großes Maul.“

So ermunterte Hermann sich selbst und seinen Schwager Alfred zum Aushalten beim Wahlgeschäft. An ihn selbst waren aus sechs Bezirken Anfragen wegen Uebernahme des Mandats ergangen. Er schwankte zwischen Ahaus-Steinfurt und Wiedenbrück-Paderborn, hielt jedoch das letztere Mandat für durchaus nicht sicher. Trotzdem trat er am 14. Januar 1862 als Vertreter für Wiedenbrück-Paderborn-Büren in das Haus der Abgeordneten ein.

Die neue Zusammensetzung des Hauses war nicht eben geeignet, ihm große Freude zu machen. Wohl hatte sich das „Centrum“ eine Stärke von 55 Mitgliedern bewahrt, allein die Conservativen waren auf nur 15 zusammengeschmolzen, und die vereinigte liberale und fortschrittliche Partei verfügte über mehr denn $^2/_3$ sämmtlicher Stimmen, und waren in ihren Reihen auch fortgeschritten-demokratische Ideen vertreten. Mit den Verhältnissen innerhalb der Fraction war Mallinckrodt um so mehr zufrieden. Namentlich an dem neu hinzugekommenen jüngern Plaßmann hatte er sein Wohlgefallen.

Graf Schwerin hatte gewünscht und gehofft, es würde sich zwischen der über 80 Mann starken „liberalen“ Partei und den Katholiken ein Verständniß anbahnen und so der demokratisch-fortschrittlichen Richtung ein Gegengewicht bieten lassen. Allein abgesehen von den persönlichen Bemühungen einzelner wurde durch das Benehmen der liberalen Partei von der Präsidentenwahl an jede derartige Hoffnung vereitelt.

[1] Der bekannte Maler Professor Karl Müller, der zu Mallinckrodt in freundschaftlicher Beziehung stand.

Hermann war gleich anfangs in die Commission für Finanzen und Zölle gewählt worden und sprach schon in den ersten Sitzungen wiederholt, bald über Geschäftsordnungsfragen, bald in Sachen der Wahlprüfungen. Mit Recht machte er auf die Grundsatzlosigkeit und Willkür aufmerksam, mit denen damals, in jeder Abtheilung anders, bei den Wahlprüfungen verfahren wurde. In die Commission über das Militärbudget, welches in jenen Jahren alle anderen Fragen an Wichtigkeit überragte, wurde aus den Reihen der Katholiken nur einer der Reichensperger gewählt. Es waren bloß zwei Fragen, in denen Mallinckrodt während dieser kurzen Session mehr hervortrat. Die Debatte vom 4. März entspann sich abermals über eine der stets sich wiederholenden Judenpetitionen, welche für einen jüdischen Lehrer Anstellung an dem christlichen Gymnasium von Posen verlangte. Mallinckrodt verfocht kräftig seinen frühern Standpunkt, den auch der Cultusminister einnahm. Für ihn handelte es sich nicht um die Person eines einzelnen jüdischen Lehrers, sondern es war ihm eine wichtige Principienfrage, ob die höheren Schulen religionslos sein oder christliche Schulen bleiben sollten. Bemerkenswerth für seine Auffassung der Sache sind die Worte:

„Wenn Sie aber solche (religionslose) Anstalten schaffen, so bringen Sie es sehr bald dahin, daß nicht bloß die Schule confessionslos ist, sondern daß auch die Schüler confessionslos werden: Sie entchristlichen die christlichen Schüler und machen die jüdischen wahrlich nicht zu besseren Juden.“

Während der Cultusminister sich völlig mit Mallinckrodts Standpunkt einverstanden erklärte, ließ Diesterweg seinen Ingrimm unverhohlen gegen ihn aus. Durch fanatische Verranntheit in seine eigenen engen Theorien hatte es dieser Mann schon dahin gebracht, daß man ihn nicht mehr in der Commission für das Unterrichtswesen haben wollte; jetzt erregte er durch unpassende Ausführungen den Unmuth eines großen Theiles des Hauses. Ihm besonders galt das wahre Wort, das in jener Sitzung der streng-protestantische Cultusminister v. Bethmann-Hollweg sprach: „Ich habe früher bereits gesagt, nur das Heidenthum, das Judenthum und — ich füge heute hinzu, der Atheismus ist unduldsam, sie sind verfolgungssüchtig.“

Eine der wichtigsten Debatten der ganzen Session war unstreitig die über die kurhessische Frage am 14. und 15. Februar 1862. Sie war hervorgerufen durch zwei Anträge, von welchen den einen mit 84 Unterschriften die Fortschrittspartei, den andern mit 60 Unterschriften die liberale Partei eingebracht hatte. Beide Anträge kamen im wesentlichen darin überein, daß Preußen auch ohne und selbst gegen den Deutschen Bund aus eigener Machtvollkommenheit die Angelegenheit in Kurhessen durch Herstellung einer hessischen Volksvertretung regeln solle. Nur war der Antrag der Fortschrittspartei der schärfere, der einen Bruch mit Oesterreich und den übrigen Bundesstaaten geradezu herauszufordern schien. Die Anträge selbst und die

darüber stattgehabten Commissionsverhandlungen hatten eine große Aufregung hervorgerufen. Die Protestnoten, die wenige Tage zuvor von den Gesandten vieler deutscher Bundesstaaten überreicht worden waren, hatten dieselbe noch erhöht. Im Commissionsantrag waren die beiden genannten Parteien im Sinne des schärfern Vorangehens miteinander einig geworden.

Gegen diesen Antrag stellte A. Reichensperger ein Amendement, welches das Einvernehmen Preußens mit den übrigen Bundesstaaten wahren sollte. Reichensperger war es auch, der zuerst aus der Reihe der Katholiken den Declamationen des Fortschrittes entgegentrat. Später sprach Plaßmann II; zuletzt, am zweiten Tage, kurz vor Schluß der Debatte, sprach Mallinckrodt in langer und einschneidender Rede. Wie er es gerne und so meisterhaft that, gab er auch diesmal wieder eine klare, übersichtliche Zusammenfassung der ganzen Frage nach ihrer historischen und rechtlichen Seite und zeigte dabei sehr treffend, daß die Schuld der gegenwärtigen Verwicklung weder bei der hessischen Regierung allein, noch bei dem Bund allein, sondern zum guten Theile bei der deutschen Agitationspartei, in der Frontveränderung der preußischen Regierung und der Einmischung des preußischen Abgeordnetenhauses liege. Mit Hinweis auf die sehr verschiedene Stellung des Hauses zur italienischen Frage zeigte er dann, daß es der Mehrheit durchaus nicht um Wahrung des Rechtes zu thun sei, und ebensowenig um das Wohl des hessischen Volkes.

„Derjenige, der da leidet," sprach er, „ist das hessische Volk, und das hessische Volk wird das Ende eines solchen Zustandes nicht erfahren, solange die hessische Frage fortfährt, der Zankapfel der deutschen Frage zu sein, solange das hessische Volk — erlauben Sie mir den Ausdruck — als Prügeljunge für die deutsche Frage betrachtet wird."

Er bezeichnete den Ausspruch, daß „die hessische Frage die deutsche Frage sei", für den „erschöpfend richtigen", und so mußte er folgerecht auch auf diesen eigentlichsten und tiefsten Kern des ganzen Kampfes übergehen. Er zeigte, daß er die Parteien wohl durchschaute und die Consequenzen aus deren Bestrebungen schon jetzt zu ziehen wisse. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satze:

„Ich will nicht den einen deutschen Stamm unter die Herrschaft des andern bringen und noch viel weniger die Gemeinsamkeit demokratischer Tyrannei und demokratischen Elendes. Denn das ist das nothwendige schließliche Resultat der Freiheit, wie sie von Ihrer Seite angestrebt wird."

Indessen hatte ihm sein diesmaliges Auftreten auch noch zu mancherlei anderen, mehr persönlichen Bemerkungen Veranlassung gegeben.

„Ich werde mich bemühen," sagte er unter anderm im Eingang seiner Rede, „nicht in die Form der Tribünensprache zu verfallen, die heute morgen, wie mir

scheint, in ziemlich neuer Art, in diesem Hause hervorgetreten ist, die ohne eine Rüge von seiten des Herrn Präsidenten so weit gehen konnte, deutsche Fürsten oder deutsche Regierungen den Verbrechern gleichzustellen, die treuen Diener Sr. Majestät Regierung — denn treuere Diener als unsern Gesandten in Kassel hat unser König nicht — in ein Licht zu stellen, das den Anschein gewährt, als ob sie ihre Pflicht versäumten. Ich hoffe, der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten wird Veranlassung nehmen, seinen Beamten gegen solche Vorwürfe zu schützen.“

Der so muthig in Schutz Genommene war kein anderer als Mallinckrodts alter Freund und Gönner, Herr v. Sydow, der von seiten der fortschrittlichen Redner, namentlich des Herrn v. Carlowitz, ebenso heftig als ungerechtfertigt angegriffen worden war. Sofort als Mallinckrodt seine Rede beendet, erhob sich der Minister des Auswärtigen, Graf Bernstorff, und erklärte:

„Was den königlichen Gesandten in Kassel betrifft, so würde ich ihn auch ohne die Aufforderung des Herrn Vorredners in Schutz genommen haben. Der Herr v. Sydow gehört zu den treuesten Dienern des Königs und befolgt seine Instructionen treu und gewissenhaft. . . .“

Unterdessen hatte die Mehrheit der Kammer immer schroffer sich zur Staatsregierung in Gegensatz gebracht, obgleich noch sehr bedeutende Männer der „liberalen“ Richtung dem Ministerium angehörten. „Ueber den Landtag schweigt man sich am besten aus,“ schrieb Hermann 2. März. „Ich denke, die Fortschrittler kutschiren zu flott in ihrer Richtung drauf los, als daß sie nicht festfahren oder umschmeißen sollten.“ Bald war die Vorhersagung eingetroffen. Nachdem bisher schon seit Jahren den Ministern stets nur die Gesammtposten für ihre Etats bewilligt wurden, die Verwendung im einzelnen aber ihrem Ermessen überlassen worden war, hatte plötzlich der Abgeordnete Hagen den Antrag gestellt auf *sofortige* weitere Specialisirung des gesammten Staatshaushaltsetats. Obgleich der Finanzminister so weit als möglich entgegenkam, für die gegenwärtige Session das Verlangte als eine Unmöglichkeit erklärte, für die Zukunft aber Befriedigung erwarten ließ und die aufgeworfene Frage als Cabinetsfrage hinstellte, wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen (6. März). Das „Centrum“ hatte geschlossen dagegen gestimmt. Die Folge war, daß am 11. März der König die Auflösung der Kammer verfügte und die Neuwahl anordnete. Sofort nach dem Bekanntwerden dieses Actes, am 14. März, veröffentlichten die Abgeordneten Contzen, Dr. Holzer, v. Mallinckrodt, Münzer, Reichensperger, Graf J. M. Renard, Rohden, Stock, Strecker im Namen der Fraction des Centrums eine Ansprache an die Wähler[1], in welcher sie den von ihnen im

[1] Das umfangreiche Actenstück ist abgedruckt in der „Augsb. Allgem. Zeitung“ 1862, Nr. 92 Beil. Besonders bemerkenswerth ist die Stelle über die italienische Frage:

„Es wäre uns unmöglich gewesen, zu übersehen oder zu verkennen, daß in Italien eine vollendete Thatsache der Revolution *nicht* vorliegt, daß vielmehr die Revolution

Abgeordnetenhause wie in den Commissionen bei den verschiedenen Fragen eingehaltenen Standpunkt darlegten und das katholische Volk über die obschwebenden großen Fragen aufzuklären suchten. Theils gleichzeitig, theils später folgten Aufrufe der übrigen Parteien. Am 18. März verkündigte der Staatsanzeiger die großen Aenderungen im Ministerium: drei Minister waren ausgeschieden: Schwerin, v. Patow und Bernuth.

Dank der damaligen Verwicklung der inneren Zustände Preußens und der regen Agitation fielen die neuen Wahlen noch ungünstiger aus als die im letzten Winter. Als 19. Mai 1862 abermals der Landtag eröffnet wurde, war das Centrum, aber ebenso auch die altliberale Partei, sehr bedeutend zusammengeschmolzen, und der „Fortschritt" hatte die unbedingte Herrschaft. Hermann war in Paderborn wiedergewählt, was er „dem neuesten classischen Aufruf des Herrn Schwagers" zuschrieb, welch letzterer sich am Wahlgeschäfte lebhaft betheiligt hatte. Auch in Lüdinghausen war Mallinckrodt als Candidat für die Nachwahl ausersehen gewesen, aber er hatte dies von sich abzulenken gewußt. Von den 352 Abgeordneten stellte die „Deutsche Fortschrittspartei" 135; die ihr verbündete Fraction Bockum-Dolffs, die Partei des „verschämten Fortschritts", 96; gar keiner Fraction gehörten 35 Mitglieder an. In den Rest theilten sich vier Parteien, von denen die Fraction des Centrums 27 (später nur noch 26), die der Conservativen nur 10 Mitglieder zählte. Aus dem, was vorausgegangen war, ließ sich leicht entnehmen, daß die neue Session für die Minoritäten keine erquickliche, für die Staatsregierung keine friedliche sein werde. Wohl hauptsächlich mit Rücksicht hierauf, wenn auch noch von manchen anderen

---

in den blutigen Kämpfen des Tages sich fort und fort vollzieht, und daß sie es offen als ihr Ziel verkündet, sich ebensowohl Venetiens als der Reste des Kirchenstaates mit gewaffneter — d. i. raubender — Hand zu bemächtigen.

„Wir wissen wohl, daß die Fortdauer und die Wirksamkeit der Kirche mit nichten gleichbedeutend ist mit dem Bestand der weltlichen Herrschaft des Papstes, aber ebensowenig verhehlen wir uns die Bedeutung und den hohen Werth, welchen letztere für die ungeschmälerte Aufrechthaltung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und äußern Würde der Kirche hat. Wir halten daran fest, daß der Papst so gutes Recht auf seine weltlichen Besitzungen hat wie irgend ein anderer Fürst dieser Erde, und würden es als Verbrechen ansehen, uns an jenem oder einem ähnlichen Raube zu betheiligen, dazu zu rathen, zu ermuntern oder aufzufordern. Wir begreifen nicht, wie wir das Recht irgend eines andern legitimen Fürsten noch vertheidigen, schützen und aufrecht erhalten könnten, wenn wir zu einem solchen Rechtsbruch mitzuwirken uns hätten entschließen können. . . . Demgemäß würden wir bei Verhandlung der Anerkennungsfrage im Plenum unsere Voten nicht in die Wagschale geworfen haben, um die Stimme der Unterdrückten ersticken zu helfen, . . . würden endlich nicht mitgewirkt haben, unter Vernichtung der politischen Selbständigkeit des Papstes die Kirche in ihrem Haupte einer Einzelmacht dienstbar zu machen, wohl gar den römischen Papst in einen französischen Papst umzuwandeln. . . ."

Erwägungen geleitet, legte Mallinckrodt sofort in der Constituirungssitzung der Centrumsfraction aufs neue den Antrag vor, den er bei Eröffnung der vorigen Session im Januar gestellt hatte, für die Bezeichnung der Fraction künftig die Klammer „(katholische Fraction)“ zu streichen und nur den neutralen Namen „Centrum“ als den einer lediglich politischen Partei beizubehalten. Die Ansichten waren wieder sehr getheilt, bis der Vermittlungsvorschlag zu fast einstimmiger Annahme gelangte, die Klammer zwar zu streichen, aber durch ein Programm zu ersetzen. Mallinckrodt selbst machte den Entwurf. Es waren darin kurz die politischen Principien niedergelegt, in welchen alle übereinkamen; doch sollte es kein Wahlprogramm sein, noch auch in die Oeffentlichkeit gebracht werden. Die endgiltige Redaction blieb vorbehalten. Gemeinsam mit A. Reichensperger, Rohden und Osterrath wurde der Entwurf zuerst durchgesprochen und dann der Fraction vorgelegt.

Fraction des Centrums.

Programm.

Die Unterzeichneten begegnen sich in folgenden Anschauungen:

1. Die wesentliche Unterlage eines gerechten freien Staatslebens besteht in den Lehren und Grundsätzen des Christenthums. Deshalb gegen alle Bestrebungen, welche diese Grundlage des Staatswohles zu untergraben drohen, Widerstand; dahingegen volle thatsächliche Entwicklung des in Geschichte und Verfassung beruhenden paritätischen Charakters des preußischen Staates, und zu dem Zwecke Forderung gleichen Wohlwollens und gleicher Gerechtigkeit für die gleichberechtigten Bekenntnisse und deren Angehörige.

2. Je höher Beruf und Recht der obrigkeitlichen Gewalt zu achten, um so weniger darf verkannt werden, daß deren Rechtssphäre in dem Recht der Individuen, Familien und Corporationen ihre Beschränkung findet; demgemäß starkes, im eigenen Recht wurzelndes Königthum und freie selbstbewußte Landesvertretung, beide fest und treu auf dem Boden der Verfassung stehend — besonnene, den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Fortbildung des Verfassungslebens — Entwicklung corporativer Selbständigkeit in den Gemeinden, Kreisen und Provinzen.

3. Die Grundsätze der Moral und des Rechtes müssen auch in der Politik Leitsterne sein. Unwürdig eigenen Rechtes, wer fremdes Recht mißachtet. Deshalb Bekämpfung aller revolutionären Tendenzen, sei es in den äußeren Beziehungen, sei es auf dem innern Gebiete des Staates. Eine deutsche Politik, welche dem Machtverhältniß wie den Interessen unseres preußischen Staates volle Würdigung zu theil werden und die letzteren keinem fremden Sonderinteresse nachsetzen läßt, aber auch ebenso wenig in engherzigem Pflegen eigenen Sonderinteresses den Maßstab sucht für die Bedürfnisse und die nationale Aufgabe des deutschen Volkes. Diese Aufgabe erfordert Eintracht und festere Einigung aller Glieder Deutschlands, sie erheischt Bundesreform und Gründung einer Centralgewalt, aber sie gestattet nicht behufs engerer Verbindung einzelner Glieder die Sprengung des Bundes und Zertheilung der Nation. Eben in dem festern Zusammenschluß Gesammtdeutschlands liegen die Bedingungen zum Wiedergewinn nationaler Macht und Größe, zum Wachsthum der materiellen Wohlfahrt auf allen Gebieten productiver Thätigkeit, zur Festigung des Friedens und zu dauernder Verminderung des eigenen Staatsaufwandes.

Indessen fand Mallinckrodt in einem sehr wichtigen Punkte des Programmes Widerspruch. Rohden, Osterrath und Ziegler bestanden darauf, daß gleich im ersten Satze von den „katholischen Preußen“ die Rede sein, oder doch wenigstens das Wort „katholisch“ so angebracht werden solle, daß damit die principielle Exclusivität der Fraction Andersgläubigen gegenüber aufrecht erhalten werde. Allein mit 16 gegen 11 Stimmen wurde dieser Aenderungsantrag abgewiesen. Nun erklärte Rohden, er könne das Programm in dieser Fassung nicht unterschreiben, und Osterrath und Ziegler verließen unter Protest die Sitzung. Mallinckrodt suchte zu begütigen. Er beantragte Vertagung, empfahl die Sache als Fractions-Internum nicht in die Oeffentlichkeit zu bringen und stellte fest, daß alle Anwesenden darin übereinstimmten, sich nach wie vor als Fractionsgenossen betrachten zu wollen.

Zur nächsten Fractionssitzung fanden sich wieder alle zusammen, als wäre nichts vorgefallen, und A. Reichensperger, der bewährte Führer während so vieler Jahre, machte jetzt, gemäß vorausgegangener Verabredung mit Mallinckrodt, den Vorschlag, die Frage über Programm und Statuten einstweilen auf sich beruhen zu lassen und sich als parlamentarische Gesellschaft ohne Statut und ohne Programm zu constituiren durch Wahl eines Vorstandes und Rendanten. Ohne Schwierigkeit gingen alle darauf ein, und der alte Vorstand wurde wieder gewählt. Doch glaubte in einer spätern Fractionssitzung Mallinckrodt erklären zu sollen, daß er allerdings für jetzt von einer Erledigung der Programmfrage absehe. Damit anerkenne er aber keineswegs eine Constituirung auf der Basis der alten Ordnung und des frühern Titels, sondern nur das factische Zusammensein unter einem geschäftsleitenden Vorstande.

Wie richtig und zweckentsprechend es war, was hier Mallinckrodt in Uebereinstimmung mit den beiden Reichensperger durchsetzen wollte, zeigte sich bald. Eines der hervorragendsten Mitglieder der dominirenden Partei machte A. Reichensperger die Eröffnung, es sei von dem leitenden Comité beschlossen, weder Mallinckrodt noch einen der Reichensperger in irgend eine Commission zuzulassen, solange sie zur „katholischen Fraction“ gehörten. Und man hielt Wort. Ein reiner Zufall war es, daß A. Reichensperger in einer einzigen untergeordneten Frage einmal mit einer Majorität von einer Stimme zu einer Commission zugezogen wurde. Die beiden anderen blieben ausgeschlossen, und Osterrath, der sich in vielen Jahren als eines der fleißigsten und erfahrensten Mitglieder der Budgetcommission bewährt hatte, wurde die Stelle des Vorsitzenden, die er früher innegehabt, nicht mehr eingeräumt. Es war dies nur ein Zug in der Majoritätstyrannei, die jetzt sich zu entfalten begann. Hatte man principiell die Vertreter der Minoritäten aus den Commissionen ausgeschlossen, so wußte man ihnen auch im Plenum durch Schluß der Debatte, selbst da wo erst ein Redner, oder gar

kein Redner gesprochen, somit eine Debatte noch nicht eröffnet war, das Wort abzuschneiden. Um dies desto leichter zu vermögen, wurde gleich in den ersten Sitzungen eine Aenderung der Geschäftsordnung beantragt und durchgesetzt. Was in den Fractionssitzungen des Fortschritts beschlossen war, erlangte unfehlbar die erforderliche Mehrheit; was von anderer Seite ausging, wurde niedergestimmt. Es war für Mallinckrodt die beste Vorschule für das, was er im Culturkampf erleben sollte.

Dadurch, daß er von den anstrengenden und zeitraubenden Commissionsberathungen ausgeschlossen war, konnte er sich um so mehr an dem Redekampf im Plenum des Hauses betheiligen. Noch in keiner Session hatte er bisher so häufig und so lange gesprochen wie diesmal. Besonders oft nahm er das Wort zur Geschäftsordnung, die eben durch die beliebte Veränderung noch unklarer und verwickelter geworden war. Sonst traten natürlich vor allem die großen politischen Fragen in den Vordergrund.

„Es gibt ein paar politische Lieblingsgegenstände," bemerkte er selbst am 25. Juni, „die mir doch ziemlich viel Zopfnatur zu haben scheinen; sie werden allen möglichen Dingen angehängt, die gar keinen natürlichen Zusammenhang damit haben, und wenn sie dann so einmal in dieses Haus eingebracht sind, dann pflegt es nicht an Mitgliedern zu fehlen, die sehr geneigt sind, auf die Zöpfe zu beißen."

Zu diesen Gegenständen gehörten vor allem die „italienische" und die „deutsche Frage".

Als Mitte Juli 1862 aus Turin die Nachricht kam, der sardinische Minister habe der dortigen Kammer die Anerkennung des „Königreichs Italien" durch die preußische Regierung zur Anzeige gebracht, lenkte auch die Centrumsfraction die Sprache auf die italienischen Angelegenheiten, indem sie 15. Juli eine diesbezügliche Interpellation an die Regierung stellte. Erst am 22. Juli antwortete der Minister, worauf eine sehr erregte Besprechung folgte. A. Reichensperger, Mallinckrodt, Ziegler und Rohden sprachen von seiten des Centrums. Mallinckrodts Rede beschäftigte sich zunächst mit einer Kritik der Ausführungen Dr. Virchows und stellte die Gegner vor die Frage, was sie sagen wollten, wenn die von ihnen so beredt entwickelten Grundsätze zur Rechtfertigung der italienischen Revolution auch einmal vom Großherzogthum Posen als giltig angenommen würden? Erst dann ging er auf eine Kritik des Schrittes der Regierung selbst ein. Mehrere seiner Ausführungen sind sehr bemerkenswerth.

„Man kann nicht", sprach er, „bei Beurtheilung der italienischen Revolutionsgeschichte bei der Wahrheit bleiben, ohne zu den schärfsten Urtheilen über die leitenden Persönlichkeiten zu kommen. Es ist kaum ein Gebot unter den zehn Geboten, was von den Führern der italienischen Bewegung nicht unter die Füße getreten wäre. . . ."

Nachdem er gezeigt, daß die italienische Sache eine Anerkennung nicht verdiene, eine vollendete Thatsache noch gar nicht vorliege, dieser erste Schritt in den Revolutionsstrom hinein aber für die Zukunft von den bedenklichsten Folgen sein könne, weist er die Regierung hin auf die Stellung, welche die verschiedenen Parteien zu der Sache einnahmen.

„Die liberale Partei läßt sich die Sache gefallen, ist befriedigt; die weitergehenden Parteien aber bis zu der revolutionären Partei hin, die begrüßen die Sache mit größerer und größester Genugthuung; die Conservativen im Lande hingegen, die werden bestimmt den Kopf schütteln, und was die Katholiken angeht, so schneidet der Schritt der Regierung den Katholiken des Landes ins Herz. Es thut ihnen weh, daß die Rücksichten auf die Interessen und Empfindungen dieses großen Theiles der Staatsangehörigen, wenigstens dem Scheine nach, der Regierung weniger nahe gestanden haben, als anderweitige politische Beziehungen. . . . Wenn der Herr Minister ferner sagte, die katholischen Gewissen brauchten bei uns nicht empfindlicher zu sein, als die der übrigen Katholiken in Europa . . ., so kommt es weniger darauf an, was sie zu sein brauchen, als was sie sind. Sie *sind* empfindlich berührt, und sie glauben in ihrem vollen Rechte zu sein, wenn sie den Maßstab für ihre religiösen Interessen nicht an dem Hofe Louis Napoleons, nicht an dem Londoner Hofe, nicht an dem von Lissabon oder Brüssel suchen, sondern wenn sie sich in dieser Beziehung nach der Hauptstadt der katholischen Christenheit, nach Rom selbst, wenden. Und wenn dort die wahren Repräsentanten der katholischen Welt noch jüngsthin ein so offenes, klares, unzweideutiges Zeugniß gegeben haben, dann darf angenommen werden, daß die Masse der Katholiken aller Länder auf der Seite jener berufenen Repräsentanten steht. . . .“

Zum Schluß deutete er wieder den Zusammenhang der italienischen mit der deutschen Frage an. Die Worte sind um so merkwürdiger in Anbetracht des Jahres, in dem sie gesprochen wurden [1].

„Das *Vorbild*,“ so schloß er, „das Italien für das eigene Vaterland bietet, das *Princip*, welches in Italien zum Ausdruck gekommen ist, das ist es, was die Partei (des Fortschritts) im eigenen Lande zum Ausdruck bringen will: es wird nichts sehnlicher gewünscht, als daß sich der Staatsmann finden möge, welcher die Lorbeeren, die Graf Cavour mit in das Grab genommen hat, indem er ‚Verträge zerrissen‘ und ‚Grenzsteine verrückt hat‘ —, welcher dieselben Lorbeeren auch bei uns pflücke. Es geht darum, daß der Revolution auch bei uns Thür und Thor geöffnet werde, daß Preußen vielleicht einmal auch andere Staaten bei guter Gelegenheit gewaltthätig überfalle, daß es die Revolution schüre in Nachbarländern, daß es die ihm verbündeten Regierungen in ähnlicher Weise behandle, wie die Turiner Regierung die neapolitanische, wo die Verrätherei so ungescheut ans Licht trat, daß derselbe Minister dem König Franz und dem König Victor Emanuel zu Diensten war.“

Die deutsche Frage, im Grunde die brennendste von allen, kam in den verschiedensten Formen und bei den verschiedensten Anlässen zur Sprache. v. Sybel,

[1] Zwei Monate später übernahm Bismarck die Leitung des Cabinets.

Virchow, Carlowitz, zuweilen auch Gneist waren hier Mallinckrodts gewöhnliche Widersacher. Einmal wurde er aber auch nebst A. Reichensperger von dem ersten damaligen katholischen Organ, den „Kölnischen Blättern", heftig angegriffen, weil er für die Militärconventionen Preußens mit einigen kleinen Staaten gestimmt hatte, die bereits vor der Verhandlung im Abgeordnetenhaus thatsächlich abgeschlossen waren. Es hieß, Mallinckrodt sei „kleindeutsch geworden".

Auch in anderen untergeordneten Fragen griff er ein. Die verwickelte Einquartierungsfrage behandelte er mit gewohnter Klarheit und Vollständigkeit. Ueber Abschaffung des Bestellgeldes bei Briefen, Abschaffung des Postzwanges u. dgl. sprach er mit, machte auch in einer Steuerfrage den Regierungscommissarius arg zu Schanden. Auf der andern Seite trat er verschiedene Male für verletztes Recht ein, z. B. erwirkte er die Ablehnung einer ungerechten Commissionsentscheidung gegen den Berliner Magistrat. Ebenso nahm er die Sache eines Landrathes auf, den die Justizcommission mit Unrecht heftig angegriffen hatte. Als das Unrecht zu Tage lag, war allerdings ein zweiter Commissionsbericht ausgearbeitet worden, allein die Angriffe, die in dem ersten standen, wurden nicht zurückgenommen. Dagegen erhob sich Mallinckrodt mit einigen kräftigen Bemerkungen.

„Ich glaube," so schloß er, „nachdem die Justizcommission sich davon hat überzeugen müssen, daß ihr Urtheil nicht berechtigt war, wäre es ihrer würdig gewesen, namentlich der Justizcommission würdig gewesen, dem zu Unrecht Angegriffenen eine Ehrenerklärung zu geben, und es würde ihr wahrhaftig nicht übel gestanden haben, wenn sie sich dabei selbst Unrecht gegeben hätte."

Auch zur Judenfrage mußte er dieses Jahr wieder aus ähnlichem Anlaß wie früher das Wort ergreifen. Er that es getreu seinen Grundsätzen. Aber außer den kleinen Parteien des Centrums und der Conservativen stimmten nur 2—3 andere Abgeordnete in seinem Sinne. Natürlich gab es auch wieder einige persönliche Zusammenstöße. So nahm er z. B., als einmal Störung im Geschäftsgange eingetreten war, das Wort zur Geschäftsordnung und bemerkte:

„In früheren Sitzungsperioden habe ich immer die Erfahrung gemacht, daß die Herren Schriftführer, die auf dem Bureau anwesend waren, eine freundliche Aufmerksamkeit für alle diejenigen Mitglieder bezeigten, die sich zum Worte meldeten, indem sie die Namen der Meldenden schriftlich notirten und dem Herrn Präsidenten übergaben. In dieser Periode bin ich allerdings noch nicht in der Lage gewesen, eine solche Aufmerksamkeit, die seitens der Mitglieder gewiß mit großem Danke anerkannt werden würde, wahrzunehmen. Ich möchte diese Gelegenheit benützen, um meinem Wunsche Ausdruck zu geben."

Diese Bemerkung erhielt noch einen allgemeinen Hintergrund dadurch, daß die Männer der herrschenden Partei von der Eröffnung des Hauses an einen gewissen Stolz darein gesetzt hatten, die sonst üblichen Rücksichten des

guten Tones beiseite zu setzen. Sehr erregt erwiederte sofort der gerade fungirende Schriftführer, der Abgeordnete Krieger (Goldap):

„Ich wollte dem Herrn v. Mallinckrodt erwiedern, daß er auch in dieser Session nicht in die Lage kommen wird, seinen Wunsch zu erreichen, wenn er ihn in solcher Weise hier äußert.“

Allein die über diese Aeußerung sich erhebende Unruhe und die Bemerkung des Präsidenten zeigten, daß man Mallinckrodts Bemerkung für sehr berechtigt hielt.

Friedlicher löste sich ein Zwist mit dem Freiherrn v. Vincke. Bei Gelegenheit der Debatte über den Handelsvertrag mit Frankreich hatte Mallinckrodt an den Finanzminister über die politische Tragweite des Vertrages zwei Fragen gerichtet, von deren Beantwortung in dem einen oder andern Sinne er sein Votum abhängig machte. Am folgenden Tage begann nun jener höchst befähigte, aber durch seine böse Zunge berüchtigte Abgeordnete seine Rede mit den Worten:

„Ich habe mir eine Frage erlaubt, die mir sehr wichtig zu sein schien — ich gehe freilich nicht wie einzelne Mitglieder, in der Ueberschätzung ihrer persönlichen Bedeutung, so weit, daß ich sage, wenn die Frage so oder so beantwortet wird, so mache ich mein Votum davon abhängig. Solche Bedeutung lege ich meiner Frage nicht bei.“

Es konnte kaum ein Zweifel sein, daß die Worte gegen Mallinckrodt gemünzt waren. Er erwiederte darauf in persönlicher Bemerkung, nachdem er auf seine Aeußerung von gestern zurückgekommen:

„Einen objectiven Werth scheint mir diese Bemerkung durchaus nicht beanspruchen zu können. Sie hat nur insofern eine persönliche Bedeutung, als sie geeignet sein könnte, persönlich zu verletzen. Sie hat mich nicht persönlich verletzt, weil ich sie nicht für zutreffend halte. Indessen es hat alles seine Grenzen. Der Herr Abgeordnete ist daran gewöhnt, sich in diesem Hause, namentlich was das Gebiet von persönlich berührenden Aeußerungen anlangt, mehr gehen zu lassen, als dies bei anderen geehrten Mitgliedern der Fall ist, und ich glaube, das Haus nimmt auch auf diese Neigung eine ziemlich weitgehende Rücksicht. Indessen scheint es mir doch im Interesse des hier festzuhaltenden Tones zu liegen, daß ich gegen Aeußerungen, die so ganz ausschließlich verletzend sind, eine Verwahrung einlege.“

Sofort betheuerte nun v. Vincke dem „verehrten Mitglied für Paderborn auf das heiligste“, daß er im Traum nicht an ihn gedacht, sondern einen der heutigen Redner im Auge gehabt habe. „Wenn also meine Bemerkung“, so schloß er, „keine objective Bedeutung gehabt hat, so muß ich seiner Bemerkung die subjective Bedeutung im eminentesten Sinne absprechen.“

Wohlthuend war auf der andern Seite für Mallinckrodt die große Artigkeit und Aufmerksamkeit, die sein früherer Chef, Graf Schwerin, jetzt wieder einfaches Mitglied des Abgeordnetenhauses, ihm auf verschiedene Weise

zu theil werden ließ. Wegen eines von Mallinckrodt geäußerten Bedenkens machte Schwerin einmal eigens einen Zusatz zu einem Antrag, obgleich er das Bedenken für unbegründet hielt und die Majorität ihm gesichert war; „denn“, sagte er, „ich möchte mir aber doch gern seine Stimme für das Amendement gewinnen“.

Das wichtigste Moment in dem großen Antheil, den Mallinckrodt an dieser Session genommen hat, ist sein mannhaftes Eintreten für die Rechte der Regierung gegenüber einem Parlamente, das zu derselben eine Stellung einnahm, welche in ihrer Schroffheit ans Revolutionäre grenzte. Und so stark war damals diese Strömung, daß wer für die Regierung eintrat, es in der sichern Aussicht thun mußte, mit jedem Worte auch außerhalb des Hauses mehr von seiner Popularität einzubüßen und sein Mandat für die Zukunft in Frage zu stellen. Hermann v. Mallinckrodt hatte nie nach Popularität gehascht, und was die Majorität des Hauses betraf, so fürchtete er sie nicht. Dafür hatte dieselbe seine Achtung zu sehr eingebüßt. Schon nach den Adreßdebatten hatte er geschrieben:

„Es lohnt sich kaum, den langen Kohl durchzublättern. Ueberhaupt ist wenig anderes, als was in der Zeitung steht, zu erzählen. Das Resultat ist, daß das Ministerium dermalen fester auf den Beinen steht als je, während es dem Fortschritt sauer werden wird, Fortschritte zu machen. Ich meine, man könne, was die Kammerstürme betrifft, ziemlich gemüthlich in die Zukunft sehen.“

Als 18. Juli Waldeck seinen Antrag einbrachte über die Art, wie er eine gleichzeitige Berathung des Etats für 1862 und 1863 verstanden wissen wollte, und so schon zu dem spätern „Conflicte“ präludirte, wurde dies für Mallinckrodt der Anlaß, seine Meinung über die bereits drohende Budgetverweigerung unumwunden auszusprechen.

„Wenn während der Budgetberathungen über den Etat pro 1862“, so faßte er die Absicht Waldecks auf, „die Verhältnisse sich so stellen möchten, daß die Haltung der Staatsregierung oder etwa die Haltung einer Mehrheit dieses Hauses den Erwartungen und Wünschen der Herren Antragsteller nicht entsprechen sollte, dann wollen sie die Möglichkeit haben, ihrerseits einen Druck auf die Haltung der Staatsregierung dadurch auszuüben, daß sie einzelne Positionen streichen.“

Zurufe bestätigten diese Auffassung, und Mallinckrodt fuhr fort:

„Das ist eine tendenziöse Behandlung des Budgets, der ich mich unter keinen Umständen und niemals anschließen werde. Ich glaube, die Landesvertretung hat die Aufgabe, jede einzelne Position sachlich zu prüfen, sie zu genehmigen oder zu modificiren, je nachdem sie es durch den betreffenden Gegenstand für geboten hält. Aber Bewilligungen ablehnen, um damit ganz andere Ziele zu erreichen, ganz andere Dinge der Staatsregierung abzuzwingen, das halte ich nicht für statthaft. Deshalb mag ich mich auf diesen Weg in keiner Weise begeben und bin dagegen, daß wir den ersten, wenn auch sehr kleinen Schritt nach dieser Richtung thun.“

Vielleicht bemerkenswerther noch für seinen persönlichen Standpunkt sind seine Aeußerungen vom 29. Juli, als man von seiten der Fortschrittspartei damit umging, dem Ministerium die Mittel zur Beeinflussung der Presse, die „geheimen Fonds", ganz zu entziehen, weil es nicht das Vertrauen des Volkes besitze. Zur Bestätigung des letztern war höhnend darauf hingewiesen worden, daß im vollen Gegensatz zu früher nur ein einziger der Minister noch ein Mandat fürs Abgeordnetenhaus innehabe. Mallinckrodt trat auch hier für die Regierung ein [1], unbekümmert um das, was deshalb im Lande über ihn gesagt und geschrieben wurde. Vor allem sprach er seine große Freude darüber aus, daß die Minister nicht mehr Sitz und Stimme im Hause hätten.

„Sie haben wohl geglaubt," sprach er, „mit einem gewissen Rechte bei früheren Gelegenheiten darüber spötteln zu dürfen. Ich meinerseits versichere Ihnen in allem Ernste, daß ich darin einen sehr großen Gewinn sehe. Meines Erachtens ist dadurch erst die Staatsregierung in die Lage gekommen, die ihr gebührt. Sie ist aus einer schiefen Lage zwischen der Landesvertretung resp. den Parteien in derselben, und der Krone, deren Rath sie ist, herausgebracht und hat jetzt erst wieder die freie Stellung gewonnen, die sie als Rath und Organ der Krone gegenüber der Vertretung des Landes zu behaupten hat. . . ."

Indem er dann zu den Bewilligungen für die Presse selbst überging, fuhr er fort:

„Ich meinerseits finde, nebenbei bemerkt, durchaus nicht, daß meine politischen Freunde und ich in der Lage wären, uns bei der hiesigen sogen. officiellen Presse für eine besonders zarte und rücksichtsvolle Behandlung irgendwie zu bedanken [2]. Indessen der Gesichtspunkt schlägt in meinen Augen nicht durch. Ich glaube, daß gerade in einer Zeitlage, wo so viel Werth und Bedeutung auf die Aeußerungen der Presse gelegt wird, es einer jeden Staatsregierung nothwendig ist, ihrerseits auch Organe in der Presse zu haben."

Den Vorwurf der „Soldschreiberei", den man in Bezug auf die ministerielle Presse stark betont hatte, gab er dann sehr kräftig der fortschritt-

[1] Trübe Erfahrungen brachten allerdings zehn Jahre später Mallinckrodt dazu, in seinen diesbezüglichen Anschauungen Einschränkungen eintreten zu lassen. 1863 betrug der „geheime Dispositionsfonds" nicht mehr als jährlich 40 000 Reichsthaler. Aber schon 30. Januar 1868 in der 41. Sitzung des Abgeordnetenhauses führte Mallinckrodt selbst Beschwerde darüber, daß man ihn auf 500 000 bis 1 000 000 Reichsthaler gesteigert habe und daß er, „er mag im Inlande zur Verwendung kommen oder im Auslande, wesentlich und unausbleiblich eine Beförderung der Demoralisation in sich schließt".

[2] Selbst bei den Wahlen im November 1861 hatte die „Sternzeitung", das Organ des liberalen Ministeriums, aufgefordert, vor allem die „Feudalen" und die „Ultramontanen" niederzuhalten. Die letzteren insbesondere seien Feinde des Wesens und Kernes des preußischen Staates.

lichen und liberalen Presse zurück zur unbeschreiblichen Entrüstung eines der fortschrittlichen Wortführer, des Dr. Frese, der selbst Publicist von Fach war und darin einen „Pfeil" sah, den Mallinckrodt „sogar auf den ganzen Stand geschleudert habe, dem Frese angehöre".

„Es ist sodann die Frage aufgeworfen worden," so ging Mallinckrodt weiter, „ob man Geld geben solle, damit das Ministerium in der Presse Ansichten vertrete, die man selbst nicht billige. Ich sage ganz einfach: Ja! dazu bewillige ich unter Umständen Geld, weil ich der Ansicht bin, daß die Regierung überhaupt nicht verpflichtet ist, nur das zu thun, was mir gerade gefällt. Dann wäre sie nicht die Staatsregierung. Ich beachte in ihr wesentlich das obrigkeitliche Element. Wenn die Regierung das Organ der Krone ist, und der König das Oberhaupt des Landes, dann, meine ich, ist es eine ganz consequente und gerechtfertigte Folgerung, wenn ich der Regierung auch Mittel bewillige, um nach ihrer Ueberzeugung ihre Ansichten vertreten zu lassen, unabhängig davon, ob diese nun gerade meinen Ansichten entsprechen oder nicht. Vielleicht kommt auch einmal ein Tag, wo jene Ansichten den meinigen vollständig zusagen, und das kann Ihnen, meine Herren, ja auch passiren. . . . Und was nun endlich das ‚Sündengeld', das Sie sparen wollen, angeht, so räume ich ein, daß recht viele Sünden durch die Presse begangen werden. Aber es möchte schwer sein, den Nachweis zu führen, daß die Sünden ausschließlich oder nur vorzugsweise von der officiellen Presse begangen würden. Wenn die Regierung so, wie es dem Vernehmen nach ja von anderer Seite geschehen ist, von welcher für jede Provinz ein verehrtes Mitglied beauftragt war, die Wahlscandalosa zu sammeln, um sie hier im Hause aus gefülltem Horn ausschütten zu können, — wenn die Regierung, sage ich, auch acht Beamte ausgesendet hätte, um die Sünden zu sammeln, welche die liberale Presse bei Gelegenheit der Wahlen begangen hat, so glaube ich, das Füllhorn würde noch viel höher gefüllt gewesen sein als das Ihrige."

Mit Absicht, wie es scheint, wurde damals das Gerücht in Umlauf gesetzt, Mallinckrodt sei als Regierungspräsident für Sigmaringen in Aussicht genommen, eine Stellung, die allerdings für ihn wie für seine Gattin ungemein viel des Anziehenden gehabt hätte.

„Nach der Volkszeitung", so schrieb man 5. Juli von Berlin aus der ‚Augsb. Allgem. Zeitung', „erwartet man in Sigmaringen die Ernennung des Herrn v. Mallinckrodt (Regierungsrath in Düsseldorf, Führer der clericalen Partei) zum Regierungspräsidenten, so daß also von Herrn v. Winter wieder Abstand genommen wäre."

Doch die Sache, über die er selbst nie etwas Näheres erfuhr, ließ ihn kühl.

„Wie die Sigmaringer Schnurre", schrieb er 8. Juli 1862, „in die Zeitungen gekommen und dort ziemlich rund herumgelaufen ist, weiß ich nicht. Ich habe nicht die mindeste Veranlassung, daran zu glauben, gönne den Leuten aber ihren Klatsch und halte es für kein Unglück, wenn man auch einmal in solcher Gestalt durch den Mund des Publikums spaziert. Schade nur, daß dadurch weder Pferde noch Wagen in den Stall kommen!"

Ein ihm befreundeter Düsseldorfer, der Maler Ittenbach, meinte aber damals in einem Briefe an einen gemeinsamen Bekannten: „Man hat vor einiger Zeit etwas von Beförderung Mallinckrodts gefaselt. Ich habe nie daran glauben können, daß man, solange wir im heutigen Sinne des Wortes preußisch sind, einen Ultramontanen zum Regierungspräsidenten machen könne."

Die weitaus wichtigste Frage der Session war zweifelsohne das Militärbudget. Dreimal in den letzten zehn Jahren war eine Mobilmachung der preußischen Armee erfolgt, und die Uebelstände, welche dabei offen zu Tage getreten waren, hatten in dem damaligen Prinz-Regenten und seinen Rathgebern den Entschluß gereift, um jeden Preis eine umfassende Heeresreorganisation durchzusetzen, da sie glaubten, nur so Preußens Großmachtstellung wahren zu können. Allein die schroffe Stellungnahme der liberalen Parteien und die laute Klage über Steuerdruck von seiten der Provinzen ließen nur wenig Aussicht auf die Bewilligung der erforderlichen Summen im Parlament. Ende 1859 war deshalb der Kriegsminister v. Bonin zurückgetreten, weil er sich außer stande sah, die vom Militärcabinet entworfene Militärvorlage der Landesvertretung annehmbar zu machen. General v. Roon übernahm 5. December 1859 zu dem ausdrücklichen Zweck das Portefeuille, das Gewünschte zu erreichen. 1860, da die Absichten der Regierung schon am Scheitern waren, half man sich durch außerordentliche Bewilligung von neun Millionen auf ein Jahr, und damit war das Werk der Reorganisation in Angriff genommen worden. 1861 hatte der Abgeordnete Steuerdirector v. Kühne abermals dadurch über die Schwierigkeit hinweggeholfen, daß er in dem Militärbudget von 31 Millionen Thalern ein Ordinarium und ein Extraordinarium unterschied. Dadurch allein hatte er die Annahme des Budgets noch erreichbar gemacht. Im März 1862 war dann aber der Antrag Hagen mit großer Majorität zur Annahme gelangt, der eine genaue Specificirung der einzelnen Posten des Budgets verlangte. Es sollte damit der Kammermajorität die Macht gegeben werden, durch Streichung oder Genehmigung der *einzelnen* Posten auf die ganze innere Verwaltung, besonders aber auf die Verhältnisse der Armee bestimmend einzuwirken. Einerseits glaubte man dadurch auf die politische Haltung der Regierung einen Druck ausüben zu können, andererseits war die herrschende fortschrittliche Partei überhaupt dem Heerwesen und noch mehr der beabsichtigten Reorganisation abgeneigt. Sie wollte eine Bürgermiliz, ein Volksheer, nicht aber eine stehende Kriegsmacht von jahrelang geschulten Linientruppen. Der Vortheil dieser Stellung der herrschenden Parteien war die große und wohlfeile Popularität, welche sie sich durch den Protest gegen höhere Besteuerung und langen Kriegsdienst erwarben. Die Umstände waren günstig. Denn infolge der Kammerauflösung war auch für das laufende, schon weit vorgeschrittene

Jahr 1862 das Budget noch nicht bewilligt. Trotzdem hatte die Regierung auch die außerordentlichen Ausgaben für die Heeresorganisation ruhig fortgesetzt. Die Majoritätsparteien fühlten sich stark genug, durch Budgetverweigerung eine Rückgängigmachung der bereits seit drei Jahren begonnenen Reorganisation zu erzwingen.

Der Monat September sollte die neuen Debatten über die Frage bringen, welche im März die Auflösung des Hauses veranlaßt hatte, d. h. die Steuerbewilligung für die neue Heeresorganisation. Nicht alle, die in dieser Frage der Regierung entgegen waren, verwarfen auch ohne weiteres die Reorganisation. Manche bekämpften mehr das eigenmächtige Vorangehen der Regierung, in welchem sie eine Versündigung gegen das parlamentarische System erblickten, wieder andere billigten ausdrücklich die Reorganisation im Princip, verlangten aber eine gesetzliche Garantie über die Grenzen der Anforderungen, die an die Wehr- und Steuerkraft des Volkes gestellt werden sollten. Sie wünschten die Vorlage eines Gesetzes, welches den Umfang der Aushebungen auf Grundlage der zweijährigen Dienstzeit definitiv festsetze. Zu diesen letzteren gehörte Mallinckrodt, der sich seinen Standpunkt längst klar gemacht hatte:

„In der Militärfrage", schrieb er 10. August, „werde ich mich wohl zu Gunsten der Reorganisation, d. h. der verlängerten Reservezeit und der vermehrten Bataillone resp. der verstärkten Rekrutirung, jedoch gegen den erhöhten Präsenzstand der Armee, und somit für die zweijährige Dienstzeit entscheiden. 210 000 Mann stehendes Heer, d. h. 60—70 000 mehr als früher, sind mir, zumal bei den kleindeutschen Tendenzen, zu viel. Mir genügen 140—150 000 und die dieser Zahl entsprechenden Ausgaben. Andererseits will ich aber nicht mit der Demokratie ins Landwehrhorn stoßen, um eine Stütze für die ‚Freiheit' zu erlangen, und will nicht dazu mitwirken, die Armee, deren wir gegen die Revolutionssucht im eigenen Hause bedürfen, durch Re-Reorganisation zu demoralisiren. Die Mehrheit der Fraction dürfte dieser Ansicht beistimmen, die Mehrheit der Kammer wird aber auf den Zustand von 1859 zurückkehren."

Es hatte ihm nicht an Gelegenheit gefehlt, sich über diese Frage zu unterrichten. Ganz abgesehen von eigenen Beobachtungen und Studien, konnte er 8. August schreiben:

„Ich hatte vor einigen Wochen auf Einladung des Kriegsministers (General v. Roon) eine mehrstündige Privatbesprechung mit ihm, in der wir uns beide sehr offen und aufrichtig über die technische wie politische Seite des Gegenstandes äußerten. Sie ist mir interessant und auch belehrend gewesen."

Am 11. September begann die ungewöhnlich erregte Generaldiscussion im Plenum des Hauses.

Schon im voraus hatte man die Stärke des Schlages zu berechnen gesucht, welcher der Regierung zugedacht war.

Ein ihm befreundeter Düsseldorfer, der Maler Ittenbach, meinte aber damals in einem Briefe an einen gemeinsamen Bekannten: „Man hat vor einiger Zeit etwas von Beförderung Mallinckrodts gefaselt. Ich habe nie daran glauben können, daß man, solange wir im heutigen Sinne des Wortes preußisch sind, einen Ultramontanen zum Regierungspräsidenten machen könne."

Die weitaus wichtigste Frage der Session war zweifelsohne das Militärbudget. Dreimal in den letzten zehn Jahren war eine Mobilmachung der preußischen Armee erfolgt, und die Uebelstände, welche dabei offen zu Tage getreten waren, hatten in dem damaligen Prinz-Regenten und seinen Rathgebern den Entschluß gereift, um jeden Preis eine umfassende Heeresreorganisation durchzusetzen, da sie glaubten, nur so Preußens Großmachtstellung wahren zu können. Allein die schroffe Stellungnahme der liberalen Parteien und die laute Klage über Steuerdruck von seiten der Provinzen ließen nur wenig Aussicht auf die Bewilligung der erforderlichen Summen im Parlament. Ende 1859 war deshalb der Kriegsminister v. Bonin zurückgetreten, weil er sich außer stande sah, die vom Militärcabinet entworfene Militärvorlage der Landesvertretung annehmbar zu machen. General v. Roon übernahm 5. December 1859 zu dem ausdrücklichen Zweck das Portefeuille, das Gewünschte zu erreichen. 1860, da die Absichten der Regierung schon am Scheitern waren, half man sich durch außerordentliche Bewilligung von neun Millionen auf ein Jahr, und damit war das Werk der Reorganisation in Angriff genommen worden. 1861 hatte der Abgeordnete Steuerdirector v. Kühne abermals dadurch über die Schwierigkeit hinweggeholfen, daß er in dem Militärbudget von 31 Millionen Thalern ein Ordinarium und ein Extraordinarium unterschied. Dadurch allein hatte er die Annahme des Budgets noch erreichbar gemacht. Im März 1862 war dann aber der Antrag Hagen mit großer Majorität zur Annahme gelangt, der eine genaue Specificirung der einzelnen Posten des Budgets verlangte. Es sollte damit der Kammermajorität die Macht gegeben werden, durch Streichung oder Genehmigung der einzelnen Posten auf die ganze innere Verwaltung, besonders aber auf die Verhältnisse der Armee bestimmend einzuwirken. Einerseits glaubte man dadurch auf die politische Haltung der Regierung einen Druck ausüben zu können, andererseits war die herrschende fortschrittliche Partei überhaupt dem Heerwesen und noch mehr der beabsichtigten Reorganisation abgeneigt. Sie wollte eine Bürgermiliz, ein Volksheer, nicht aber eine stehende Kriegsmacht von jahrelang geschulten Linientruppen. Der Vortheil dieser Stellung der herrschenden Parteien war die große und wohlfeile Popularität, welche sie sich durch den Protest gegen höhere Besteuerung und langen Kriegsdienst erwarben. Die Umstände waren günstig. Denn infolge der Kammerauflösung war auch für das laufende, schon weit vorgeschrittene

Jahr 1862 das Budget noch nicht bewilligt. Trotzdem hatte die Regierung auch die außerordentlichen Ausgaben für die Heeresorganisation ruhig fortgesetzt. Die Majoritätsparteien fühlten sich stark genug, durch Budgetverweigerung eine Rückgängigmachung der bereits seit drei Jahren begonnenen Reorganisation zu erzwingen.

Der Monat September sollte die neuen Debatten über die Frage bringen, welche im März die Auflösung des Hauses veranlaßt hatte, d. h. die Steuerbewilligung für die neue Heeresorganisation. Nicht alle, die in dieser Frage der Regierung entgegen waren, verwarfen auch ohne weiteres die Reorganisation. Manche bekämpften mehr das eigenmächtige Vorangehen der Regierung, in welchem sie eine Versündigung gegen das parlamentarische System erblickten, wieder andere billigten ausdrücklich die Reorganisation im Princip, verlangten aber eine gesetzliche Garantie über die Grenzen der Anforderungen, die an die Wehr- und Steuerkraft des Volkes gestellt werden sollten. Sie wünschten die Vorlage eines Gesetzes, welches den Umfang der Aushebungen auf Grundlage der zweijährigen Dienstzeit definitiv festsetze. Zu diesen letzteren gehörte Mallinckrodt, der sich seinen Standpunkt längst klar gemacht hatte:

„In der Militärfrage“, schrieb er 10. August, „werde ich mich wohl zu Gunsten der Reorganisation, d. h. der verlängerten Reservezeit und der vermehrten Bataillone resp. der verstärkten Rekrutirung, jedoch gegen den erhöhten Präsenzstand der Armee, und somit für die zweijährige Dienstzeit entscheiden. 210 000 Mann stehendes Heer, d. h. 60—70 000 mehr als früher, sind mir, zumal bei den kleindeutschen Tendenzen, zu viel. Mir genügen 140—150 000 und die dieser Zahl entsprechenden Ausgaben. Andererseits will ich aber nicht mit der Demokratie ins Landwehrhorn stoßen, um eine Stütze für die ‚Freiheit‘ zu erlangen, und will nicht dazu mitwirken, die Armee, deren wir gegen die Revolutionssucht im eigenen Hause bedürfen, durch Re-Reorganisation zu demoralisiren. Die Mehrheit der Fraction dürfte dieser Ansicht beistimmen, die Mehrheit der Kammer wird aber auf den Zustand von 1859 zurückkehren.“

Es hatte ihm nicht an Gelegenheit gefehlt, sich über diese Frage zu unterrichten. Ganz abgesehen von eigenen Beobachtungen und Studien, konnte er 8. August schreiben:

„Ich hatte vor einigen Wochen auf Einladung des Kriegsministers (General v. Roon) eine mehrstündige Privatbesprechung mit ihm, in der wir uns beide sehr offen und aufrichtig über die technische wie politische Seite des Gegenstandes äußerten. Sie ist mir interessant und auch belehrend gewesen.“

Am 11. September begann die ungewöhnlich erregte Generaldiscussion im Plenum des Hauses.

Schon im voraus hatte man die Stärke des Schlages zu berechnen gesucht, welcher der Regierung zugedacht war.

„Wie viele Stimmen sich für die Streichung des ganzen Extraordinariums ergeben werden, ist noch ungewiß“; so lautete eine Notiz, die von Berlin aus einige Tage vor Beginn der Debatte durch die Zeitungen ging; „als Minimum nimmt man, für den Fall, daß nicht außerordentliche Ereignisse eintreten oder ganz unerwartete Erklärungen der Minister erfolgen, 200 an. Von 135 Abgeordneten der Fortschrittspartei haben sich indes bis jetzt nur 130 für die Anträge der Budgetcommission entschieden, dazu treten von den 100 Mitgliedern des Centrums[1] 60, ferner 20 Polen, 25—30 Clericale und außerdem wohl noch einige sogen. Wilde. Was die Clericalen betrifft, so gehen sie in dieser Frage nicht vollständig einig, denn von den fünf Führern hat Osterrath seiner amtlichen Stellung — er ist Oberregierungsrath — ungeachtet in der Budgetcommission stets mit der Mehrheit gestimmt, und sprechen sich die beiden Brüder Reichensperger durch ihr Organ, die ‚Kölnischen Blätter‘, ebenfalls für die Streichung aus, während v. Mallinckrodt und Plaßmann bis jetzt noch mit dem Ministerium stimmen wollen.“

Als die Discussion begann, hatten sich bereits 30 Abgeordnete gegen und 22 für die Commissionsanträge als Redner einschreiben lassen; im ganzen trug die ursprüngliche Liste 58 Namen. Von der Centrumsfraction hatte sich mit den beiden Reichensperger auch Mallinckrodt zum Worte gemeldet, um gegen den Commissionsantrag zu sprechen. Allein bevor noch einer von ihnen zum Worte gelangt war, wurde durch die Majorität der Schluß der Debatte herbeigeführt. Am 13. September war es sicher, daß die Verhandlungen mit der Nichtbewilligung der für die Reorganisation 1862 bereits verausgabten Summen endigen würden, und dies mit ungeheurer Majorität. Um das Schlimmste zu verhüten, hatte P. Reichensperger noch der Regierung wie der Kammer eine Brücke bauen wollen. Er stellte den Antrag, den auch sein Bruder A. Reichensperger und zwölf andere Mitglieder des Centrums unterschrieben, die Regierung möge für die ohne Zustimmung der Landesvertretung gemachten Ausgaben eine Indemnitätserklärung nachsuchen und ihre desfallsige Verpflichtung anerkennen. Mallinckrodt hatte diesen Antrag nicht unterschrieben und unterstützte ihn nicht. Seine Ansicht war es nicht, daß unter den Umständen die Regierung einer Indemnitätserklärung bedürfe. Er schrieb schon 10. August: „Demnächst erwarte ich Verwerfung des ganzen Budgets durchs Herrenhaus und Fortdauer des dermaligen budgetlosen Zustandes, bei dem sich auch leben läßt.“ Die Regierung ihrerseits hatte Entgegenkommen gezeigt. Schon vor Zusammentritt des Landtags hatte sie von der anfänglichen Forderung der dauernden Steuererhöhung um 25 % Abstand genommen. Sie hatte ferner für die nächste Wintersession eine Gesetzesvorlage in Aussicht gestellt, durch welche die Reorganisation der Armee gesetzlich geregelt werden sollte; endlich hatte der Kriegsminister die zweijährige Dienstzeit für den laufenden Etat

[1] Die im Centrum des Hauses sitzenden liberalen Mittelparteien sind gemeint.

anerkannt und ihre factische, wenn auch nicht gesetzliche Beibehaltung als erreichbar bezeichnet. Aber schon die Abstimmung des 16. September, wo mit 271 gegen 68 Stimmen die Bewilligung des Extraordinariums verweigert wurde, zeigte, daß an friedlichen Ausgleich nicht zu denken war. Mallinckrodt stimmte mit der Minorität, in der sich neben seinen Fractionsgenossen auch die angesehensten Häupter der Altliberalen fanden: Graf Schwerin, Simson, v. Patow, Stavenhagen, Lette, die beiden v. Vincke und andere. Damit war der Höhepunkt der Krisis erreicht, die überwältigende Majorität in der Volksvertretung hatte im Princip entschieden, daß die zum Zweck der Reorganisation verausgabten Beträge nicht zu bewilligen, sondern zu streichen seien. Ein letzter vom Abgeordneten Stavenhagen eingebrachter vernünftiger Vermittlungsvorschlag war abgewiesen worden.

Auch in dieser entscheidendsten Sitzung der ganzen Session hatte Mallinckrodt sich zum Wort gemeldet. Aber der Schluß der Debatte entzog ihm die Möglichkeit, seine Anschauung auszusprechen. Bei der Endabstimmung (23. September) wurde die von der Regierung für 1862 als Ordinarium verlangte Leistung von 37 779 000 Thalern mit 308 gegen 11 Stimmen abgelehnt, nur 31 932 940 Thaler bewilligt, das Extraordinarium für die Kriegsbereitschaft ward gleichfalls mit großer Majorität völlig gestrichen und damit die Reorganisation für ungesetzlich erklärt. Infolge der hierdurch bewirkten Ministerkrisis trat schon am folgenden Tage (24. September) v. Bismarck-Schönhausen ins Ministerium ein und übernahm interimistisch dessen Leitung. Der Verfassungsstreit war da. Für das ihm übermäßig scheinende, von der Regierung beanspruchte Ordinarium hatte auch Mallinckrodt nicht gestimmt, überhaupt kein einziger vom Centrum.

Mallinckrodt war längst der unerquicklichen Sitzungen übersatt. Am 10. August klagt er, er sei „vielfach sitzungsmüde und auch nicht wohl" gewesen. In der ersten Augustwoche hatte ihm sein kleiner Junge so stark in das Auge geschlagen, daß er 30 Stunden lang Eisaufschläge machen mußte, dann kam noch eine Erkältung dazu. Auch Else war nicht von bester Gesundheit. Ende September wurde sie mit dem Jungen nach Böddeken vorausgeschickt, Hermann selbst aber machte am 27. mit A. Reichensperger einen kleinen Ausflug nach den Rüdersdorfer Kalkbrüchen. Die Octobertage sollten ihm noch Arbeit genug bringen.

Eine eigenthümliche Veranlassung führte in der Sitzung vom 2. October zur Besprechung des Ordenswesens, woran von katholischer Seite Mallinckrodt und Osterrath mit Wärme sich betheiligten. Die Staatsregierung hatte die von J. H. Wichern in Hamburg gegründete protestantische „Brüderschaft des Rauhen Hauses" für den Gefängnißdienst herbeigezogen. 1857 hatte sie mit dem Curatorium des „Rauhen Hauses" wegen Ausbildung von Gefängnißwärtern und Lehrern für die preußischen Staatsgefängnisse einen

Contract abgeschlossen. 1858 war bei Berlin das Johannisstift gegründet worden als Tochteranstalt und Seitenstück des „Rauhen Hauses". Wichern selbst war 1857 als Oberconsistorialrath, Mitglied des Oberkirchenrathes und vortragender Rath im Ministerium des Innern für die Angelegenheiten der Strafanstalten und des Armenwesens in preußische Dienste berufen worden. Bei den in der Kammer seitdem öfter wiederkehrenden Berathungen über das Gefängnißwesen war Wichern und seiner Brüderschaft in Presse und Parlament gehäuftes Lob gespendet worden. Auch die Redner der katholischen Fraction hatten bereitwillig das edle Streben der Brüderschaft anerkannt, wenn sie sich auch nicht versagen konnten, darauf hinzuweisen, daß das, was hier vereinzelt und in so bescheidenen Umrissen auf protestantischer Seite emporgewachsen sei, kaum in Vergleich kommen könne mit so vielen segensreichen Anstalten und Genossenschaften der katholischen Kirche, für die ein Wort der Anerkennung kaum je gehört werde.

Seitdem nun aber die fortschrittliche Majorität ins Haus eingezogen war, konnte eine ordensähnliche Genossenschaft keine Gnade mehr finden. 2. October wurde über den Antrag der Budgetcommission berathen, wonach der mit dem Curatorium der Brüderschaft abgeschlossene Vertrag nicht wieder erneuert werden sollte. Dr. Wichern war selbst als Regierungscommissar im Hause erschienen, um die Sache seiner Brüderschaft zu führen. Mallinckrodt trat entschieden für die Brüderschaft ein, aber er that es in anderer Weise als Wichern selbst. Letzterer hatte schon Jahrs zuvor sein Werk dadurch zu retten gesucht, daß er demselben jede Wesensgleichheit mit einem Orden absprach. Mallinckrodt betonte im Gegentheil, daß alles, worauf es hier ankomme, der Brüderschaft mit den Orden der katholischen Kirche gemein sei. Als dieses Gemeinsame betrachtete er „die aus tieferer religiöser Auffassung der Lebensaufgabe hervorgehende opferwillige Berufsfreudigkeit, die christliche Nächstenliebe, die als Haupttriebfeder bei Ausübung der Berufsthätigkeit erscheint, das Zurücktreten des Strebens nach weltlichem Gewinn, der Rücksichten auf die ökonomischen Verhältnisse des Lebens u. dgl. mehr". Aber gerade wegen dieses Gemeinsamen sollten ebensowohl wie diese protestantische Brüderschaft auch die katholischen Orden zum Gefängnißdienst herbeigezogen werden. Der Reihe nach löste er die Bedenken, welche gegen die Verwendung der Brüderschaft waren vorgebracht worden.

„Wenn auf ihre hierarchische Gliederung hingewiesen wird, so bietet diese meines Erachtens, während die Gefahren nicht weit her sind, den wesentlichen Vortheil, daß sie den Geist, von welchem der Herr Abgeordnete Krause bemerkte, daß er leicht mit dessen Schöpfer zu Grunde gehe, eben kraft der Gliederung in den Genossenschaften erhielt. Letztere geben dadurch dem Staat eine Gewähr für constante Wirksamkeit, weit über die Lebenszeit des Schöpfers der Institutionen hinaus, und darin, glaube ich, liegt eine Empfehlung. Wenn der Herr Abgeordnete

für Bonn (Dr. v. Bunsen) die Existenz einzelner Orden angedeutet hat, die eine ganz besondere Gefahr für das Staatsleben drohen, dann will ich darauf jetzt nicht näher eingehen, da es sich wohl schwerlich darum handeln wird, gerade denjenigen Orden, die er im Sinne zu haben scheint, irgend eine Wirksamkeit in Gefängnissen anzuvertrauen. Es gibt übrigens eine Art von Ordensbrüdern, die durch alle Schichten unseres Staatslebens verbreitet sind, in niederen und höheren Sphären, keineswegs etwa bloß in den unteren Regionen des Gefängnißwesens, die sogar ihre geheimen Oberen haben. Niemand tritt dem entgegen. Darum, denke ich, hätte man auch keine Veranlassung, Ordensbrüderschaften, welche auf kirchlichem Gebiete offen auftreten und nur einen bestimmt beschränkten Wirkungskreis haben, so mißtrauisch zu betrachten."

Bunsen, der unmittelbar vor Mallinckrodt gesprochen hatte, war für Wichern voll des überschwänglichsten Lobes gewesen, hatte ihn und Schulze-Delitzsch als „geniale Unternehmer großer Werke" gepriesen, ihre Gründungen „nationale Erfolge" genannt, sie den „Pionieren" beigezählt, die in die unterirdische Welt der preußischen Nation hinabstiegen, um da Licht, Luft und Ordnung hineinzutragen. Auch für einen Theil der katholischen Orden hatte er Lob geäußert. Mallinckrodt erwiederte ihm:

„Ich acceptire, was der Herr Abgeordnete für Bonn hinsichtlich vieler anderer Orden gesagt hat, indem er die Berechtigung ihrer Wirksamkeit anerkannte, und ich erlaube mir, meine Uebereinstimmung mit ihm sogar dadurch zu bethätigen, daß ich sein Verzeichniß großer Männer um eine Erscheinung bereichere, die ganz in seiner Nähe wohnt, wobei ich mich nur wundere, daß dies seinen Blicken entgangen ist, als er sich damit beschäftigt hat, die Pioniere der sittlichen Regenerirung unseres Volkes zu finden. Das ist der weiland Schuhmachergeselle, Kaplan Kolping in Köln, der jetzt nach zehn- bis fünfzehnjähriger Thätigkeit in dem Bestreben zur sittlichen Hebung der Handwerksgenossen es dahin gebracht hat, daß zur Stunde einige hundert derartige Vereine in Deutschland blühen, und daß an 50 000 Handwerksleute vorhanden sind, die dieser Verbrüderung keinen geringen Theil ihres sittlichen Werthes zu verdanken haben."

Aber so warm Mallinckrodt auch dieses Mal, wie in früheren Jahren, für Wichern und seine Brüderschaft eintrat, einen Vorwurf konnte er diesem doch nicht ersparen. Statt sich einfach auf den Boden des Christenthums zu stellen und von diesem aus Freiheit und Förderung der charitativen Thätigkeit zu verlangen auch da, wo sie von Brüderschaften und Orden ausgeht, hatte Wichern die katholischen Orden verdächtigt und seine Brüderschaft als etwas davon wesentlich Verschiedenes durch diese Verschiedenheit selbst empfehlen wollen. Jetzt wurde von dem im Sinne der fortschrittlichen Mehrheit abgefaßten Commissionsantrag seiner Genossenschaft eben das zum Vorwurf gemacht, was er selbst im Jahr zuvor den katholischen Orden vorgeworfen hatte: „hierarchische Gliederung" und „auswärtige Oberen". (Das Curatorium der Brüderschaft hatte nämlich seinen Sitz in der freien Reichsstadt Hamburg.)

„Mich hat dieser Commissionsbericht", bemerkte Mallinckrodt, „an das Sprichwort erinnert: ‚Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.' Ich bin weit entfernt, dem von mir sehr hochgeachteten Herrn Regierungscommissar irgend den Vorwurf einer böswilligen Feindseligkeit zu machen; indessen damals, noch bevor von unserer Seite auf die religiösen Orden hingewiesen wurde, deren Pflege in einzelnen Landestheilen füglich auch die Gefangenen übergeben werden könnten, war er es gerade, der denselben mit dem Argumente entgegentrat, solche Orden seien sehr bedenklich, denn sie ständen unter auswärtigen Oberen, sie würden eine zwiefache Stellung, einestheils gegenüber den Ordensoberen und anderntheils gegenüber der Staatsgewalt haben und deshalb wären sie unzulässig."

Durch diese Worte war Wichern empfindlich berührt.

„Ich muß bemerken," erwiederte er, „daß ich es aufs tiefste bedauert habe, daß meine Aeußerungen den hochverehrten Herrn Abgeordneten v. Mallinckrodt veranlaßt haben, seine auf mich gerichteten Gedanken und Gefühle durch das Sprichwort zu charakterisiren: ‚Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.' Ich habe den katholischen Orden keine Grube gegraben, und ihnen auch keine graben wollen, und werde es auch nicht thun."

Mallinckrodt, der nie verletzen wollte, war zu einer Begütigung gleich bereit.

„Die meinerseits geschehene Erwähnung eines Sprichworts", sagte er, „hat den Herrn Regierungscommissar unangenehm berührt. Ich fühlte, daß die Anführung etwas scharf war, und habe mich deshalb von vornherein bemüht, sie möglichst zu verklausuliren. Ich glaubte aber die vorjährige Aeußerung des Herrn Regierungscommissars nicht vollständig mit Stillschweigen übergehen zu sollen, weil sie mir den Eindruck gemacht hat, als habe damals eine captatio benevolentiae gegenüber der damaligen Majorität in dieser Abweisung aller Aehnlichkeit mit den katholischen Orden gelegen, und zweitens, weil ich Gewicht darauf lege, darauf hinzuweisen, daß eine gewisse Solidarität der religiösen Interessen und gewisse Grundsätze in der paritätischen Behandlung derselben existiren, die unter den heutigen Verhältnissen nicht ungestraft außer Acht zu lassen sind."

Der neue Ministerpräsident verlas am 27. September eine Erklärung, wonach die Regierung den Etat für 1863 einstweilen zurückzog, nachdem jener für 1862 in so unbefriedigender Weise von der Landesvertretung sei behandelt worden. Diese Erklärung, in der Budgetcommission berathen, führte zu einem sehr scharfen Antrage, wonach das Haus der Abgeordneten feststellen sollte: die Staatsregierung sei nicht berechtigt, auf Grund eines für ein früheres Jahr festgestellten Staatshaushaltsetats ohne neue Bewilligung in einem nachfolgenden Jahre die Ausgaben zu bestreiten, und es sei verfassungswidrig, wenn die Staatsregierung eine Ausgabe verfüge, welche durch Beschluß des Hauses ausdrücklich abgelehnt sei.

Gegen diesen Antrag meldeten sich, als er 6. und 7. October zur Berathung kam, vom Centrum nicht weniger als sechs Redner, damit es nicht wieder so leicht gelingen möchte, ihnen die Rede ganz abzuschneiden.

Es war etwas ganz Abnormes, daß die Budgetcommission, statt einen vom Abgeordnetenhause ihr überwiesenen Antrag zu prüfen, aus eigener Initiative mit zwei „Resolutionen“ vor das Haus trat. P. Reichensperger, nachdrücklich unterstützt von seinem Bruder, begnügte sich nicht damit, dieselben als „innerlich ungerechtfertigt, sich selbst widersprechend und theilweise als verfassungswidrig“ zu bekämpfen, sondern stellte auch seinerseits zwei andere Resolutionen entgegen, von denen die erste eine durch beide Häuser des Landtages zu ertheilende Indemnitätserklärung als verfassungsmäßige Nothwendigkeit bezeichnete. Auch Osterrath versuchte noch eine Vermittlung, ebenso die kleine Fraction der Altliberalen. Allein der Commissionsantrag wurde mit 251 gegen 36 Stimmen angenommen. Mallinckrodt hatte wegen Schlusses der Debatte auch diesmal nicht zum Worte kommen können. Wie die meisten Mitglieder des „Centrums“ stimmte er gegen den Antrag der Commission, im Gegensatz zu den übrigen aber auch gegen die Resolutionen Reichenspergers.

Endlich erfolgte 11. October, wie Mallinckrodt es längst vorausgesagt hatte, der Beschluß des Herrenhauses, durch welchen das gesammte Budget für 1862 in der vom Abgeordnetenhause genehmigten Gestalt gestrichen und das ursprünglich von der Regierung vorgelegte genehmigt war. Nun vereinigten sich folgenden Tages alle Parteien zu einer nichtofficiellen Berathung im Saale des Abgeordnetenhauses. Auf allgemeinen Wunsch führte Graf Schwerin den Vorsitz. Alle kamen überein, daß wenigstens der zweite Beschluß des Herrenhauses nicht rechtsbeständig sei.

13. October ließ die Budgetcommission vor dem Plenum des Hauses den Antrag stellen, den Beschluß des Herrenhauses für verfassungswidrig und nichtig zu erklären. Man beschloß, sofort zur Abstimmung zu schreiten. Vergebens suchten die Conservativen, gestützt auf die Geschäftsordnung, die Entscheidung noch hinauszuzögern. In ihrer Gesammtzahl, zehn Mann stark, verließen sie mit Protest den Saal. Alle Zurückgebliebenen, darunter auch Mallinckrodt, stimmten dem Commissionsantrag bei. Das „Centrum“ war über diese Frage völlig einig gewesen. Kaum war der Beschluß gefaßt, so verlas der Ministerpräsident die königl. Botschaft, wodurch die Versammlung auf Nachmittag 3 Uhr in das königl. Residenzschloß beschieden wurde, wo die Sitzungen des Landtags für geschlossen erklärt werden sollten. In der Thronrede, welche Bismarck hier verlas, ließ der König den Landesvertretern bedeuten, was Bismarck schon ganz offen in der Budgetcommission ausgesprochen hatte: auch ohne Bewilligung von seiten der Volksvertretung finde die Regierung in ihren Pflichten gegen das Land die Ermächtigung, bis zu einer gesetzlichen Feststellung des Etats nach wie vor die Ausgaben zu bestreiten, die zur Erhaltung der Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfahrt nothwendig seien.

9. Der Abschied vom Parlament (1863).

Mallinckrodt athmete auf, als er endlich Berlin verlassen und Frau und Kind in Böddeken aufsuchen konnte. Allein Verstimmung und Unbehagen, die er aus der Residenz mitgebracht, wollten ihn auch dort nicht verlassen. Als er dem Schwager die bevorstehende Heimreise nach Düsseldorf zu wissen that, fügte er mit einem Anflug von Wehmuth bei: „Dorthin — dorthin!? Ach, die Sehnsucht kommt mich schwer an. Es ist nicht der Ort, es ist das eigene Haus, und auch nicht das Haus, sondern die eigene Stube, die einige Attraction übt — des Menschen Herz ist unruhig, bis es ruht in Gott."

Am 7. November war die „Vagabundenfamilie", wie sie sich im Geschwisterkreise gerne nannten, endlich in Düsseldorf. Hermann kam wieder in die Finanzabtheilung und erhielt das Gewerbesteuer-Decernat, das ihm nicht eben große Arbeit machte. Else hatte Sorge um Einrichtung und Dienstboten.

„Sie wurstelt und wirthschaftet seit acht Tagen im Hause herum", schrieb der Gemahl, „und es fehlt ihr nichts als der glänzende Erfolg ihrer Anstrengungen. Ich würde wohl unfehlbar in höchstens drei Tagen mit der ganzen Sache ins reine gekommen sein, habe übrigens doch so einigemal mit zugegriffen."

Bei der Eröffnung der neuen Session des Landtages (14. Januar 1863) und der Verloosung in die Abtheilungen war Mallinckrodt nicht in Berlin anwesend, geschäftliche Angelegenheiten hielten ihn noch in Bielefeld fest. Erst 16. Januar ging es nach Berlin weiter, während Else mit dem Jungen zurückblieb, bis ein passendes Quartier in der Hauptstadt gefunden war. Die Wohnung war eine sehr bescheidene, aber an Geselligkeit und Zerstreuung für Else fehlte es nicht. Bis Anfang Februar war noch das Sydow'sche Ehepaar in Berlin. Bei den befreundeten Familien Reichensperger, v. Seckendorff, Graf Nellessen u. a. wechselten Bälle und Diners, gute Freunde aus der Provinz fanden sich ein, wie die Familien v. Haxthausen und v. Brenken; auch ein paar hoffnungsvolle junge Verwandte kamen, sich vorzustellen, und machten durch ihr nettes Benehmen Mallinckrodt Freude.

Die Sitzung des Landtages, für lange Zeit die letzte, welcher er beiwohnen sollte, bot ihm Gelegenheit, noch einmal nach allen Seiten hin, über die innere wie die äußere Politik, die deutsche wie die europäische Frage und vor allem auch über die Stellung zwischen Ministerium und Landesvertretung sich auszusprechen. Auch diesmal wieder waren die Minoritäten grundsätzlich von allen neun ordentlichen Commissionen wie von allen Ehrenämtern ausgeschlossen; um so mehr war ihnen die Möglichkeit geboten, für die Verhandlungen im Plenum sich bereit zu halten. Vor allem waren

es die verschiedenen Debatten über die Schule, an denen wie früher so auch jetzt Mallinckrodt den regsten Antheil nahm.

Die Unterrichtscommission hatte eine namhafte Anzahl von Petitionen in betreff der Schule in einem einzigen riesigen Commissionsberichte (von 44 Folioseiten im Druck) begutachtet und die Annahme von 24 Resolutionen dem Hause empfohlen, welche zu dem in der Verfassung verheißenen und von den liberalen Parteien heißersehnten künftigen Unterrichtsgesetze die Richtschnur geben sollten. Mallinckrodt verglich die vier Reihen von Resolutionen mit „vier Batterien", mit denen die Commission ins Feld gerückt sei, um das Unterrichtsgesetz zu erobern. Im wesentlichen ging alles nur darauf hinaus, den Einfluß der Kirche auf die Schule völlig zu beseitigen, wie in einer von Dr. Diesterweg überreichten Petition auch mit nackten Worten ausgesprochen war: „Die Volksschule soll ein von allen kirchlichen Lehrbegriffen unabhängiges Institut sein."

Schon am 3. März hatte Mallinckrodt dem Berichterstatter der Unterrichtscommission, Dr. Schubert, erfolgreich die Hefte corrigirt, am 23. März aber stellte er diesen praktisch werthlosen Beschlüssen in Bezug auf ein erst in Aussicht stehendes Gesetz einen ganz praktischen Antrag entgegen. „Das einzig dringend Nothwendige in der ganzen Schulfrage", meinte er, „sei die Aufbesserung der Gehälter für die Schullehrer." Gerade diese aber hatte die Commission auf die Zukunft verschoben, während doch nichts hinderte, jetzt gleich zu helfen, wenn man zu helfen wirklich willens war. Mallinckrodt erkannte an, daß das Verhältniß der Schule zu Staat, Kirche und Gemeinde „eine der wichtigsten und schwierigsten Materien" sei; er nahm es auch als zugestanden an, daß es für die Commission bezw. die herrschende Partei sich darum handle, die Schule zu emancipiren von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit der Kirche, und daß diese Emancipation bewirkt werden solle unter der Firma des Staates.

„Man thut," so bemerkte er, „als wenn dem Staat von unserm Herrgott das volle unveräußerliche Recht auf Omnipotenz von vornherein in die Wiege gelegt wäre, und führt nun aus, wie der Staat es sich gar nicht könne und dürfe entgehen lassen, den überwiegenden Einfluß auf die Schulangestellten zu haben, oder sofern er ihn nicht habe, ihn ohne weiteres zu arrogiren."

Dem gegenüber wies Mallinckrodt hin auf das Recht der Eltern und der Gemeinden. Natürlich predigte er tauben Ohren. Sein Antrag wurde abgelehnt, die Aufbesserung der Lehrergehälter der Zukunft überlassen und für jetzt über die 24 Resolutionen und die dazu gestellten Amendements abgestimmt mit einem Resultate, das keine Partei mehr befriedigen wollte. In der 20. und 21. Sitzung kam der Antrag zur Sprache, den v. Sybel wie in früheren Jahren so auch diesmal wieder eingereicht hatte, alle höheren Unterrichtsanstalten für confessionslose zu erklären, soweit nicht die Stiftungs-

urkunden ihnen ausdrücklich confessionellen Charakter zusicherten. Auch Mallinckrodt griff mit großer Wucht in die Debatte ein. Als er geendet hatte, höhnte ihn einer seiner Gegner, der Abgeordnete Dr. Techow:

„Der Herr Abgeordnete, der soeben sprach, hat mit einem Satze geendet, den ich einer weitern Erörterung nicht zu unterziehen brauche. Er scheint einen Seherblick in die Zukunft gethan zu haben und Folgerungen gezogen, von denen ich und gewiß alle meine Freunde auf dieser Seite des Hauses (die Partei des Fortschritts) niemals zugeben werden, daß sie aus unseren Grundsätzen sich ergeben."

Aber schon nach zehn Jahren hatte der Seherblick sich bewährt, und ein verdienter katholischer Publicist und Parlamentarier [1] nannte 1879 jene Rede Mallinckrodts eine „epochemachende, an deren Schluß der Redner den jetzt eingetretenen Culturkampf in prophetischem Geiste vorausgesagt habe".

Zuerst mußte Mallinckrodt den Phrasen entgegentreten, daß Confessionslosigkeit der Schulen die Toleranz fördere, daß man nicht das Unterschiedliche, sondern das Gemeinschaftliche der Confessionen pflegen müsse.

„Nun was ist denn das Gemeinsame?" fragte er. „Wenn Sie vom Katholicismus ganz abstrahiren, wenn einmal die verschiedenen evangelischen Confessionen sich zusammenfinden wollten und bestimmen, was denn eigentlich ihr Gemeinsames wäre, ich glaube, sie würden recht lange darüber nachsinnen. Irre ich nicht sehr, dann ist vor einigen Jahren eine Kirchenversammlung, ich weiß nicht ob die in Durlach oder welche, zusammengetreten, und da hat man es versucht, etwas Gemeinsames aufzustellen. Aber, meine Herren, man hat davon wieder abstrahirt, weil man sich überzeugte, es wollte nicht recht gehen. Wenn aber das schon so schwer ist, wenn man, glaube ich, die Wahrheit trifft, wenn man sagt, das eigentlich Gemeinschaftliche im Protestantismus, das sei die Negation des Katholicismus — wenn dem so ist, meine Herren, wie wollen Sie denn vollends den Versuch machen, diese Mannigfaltigkeit evangelischer Confessionen mit der katholischen Kirche auf einen bestimmten gemeinschaftlichen Boden zu stellen? . . . Es wird meist so dargestellt, als wenn es sich bei Beseitigung des confessionellen Charakters der Unterrichtsanstalten wesentlich darum handelte, den Gegensatz der Confessionen zu versöhnen, um diese feindlichen streitenden Brüder doch endlich noch einmal Hand in Hand zusammengehen zu sehen. Meine Herren, ich glaube, das ist eigentlich mehr antiquirt als wie der Westfälische Friede [2]. In diesem Augenblicke da handelt es sich wirklich in erster Linie nicht um diesen Gegensatz der Confessionen. . . . Die Spannung der Confessionen hat nicht zugenommen, im Gegentheil, sie hat sich vermindert. Aber es ist ein anderer Gegner aufgetreten, und deshalb sehen die Confessionen eben ein, daß sie Bundesgenossen sein sollen, um diesem andern Gegner entgegenzutreten, und das, meine Herren, ist der Unglaube, das ist die Feindseligkeit gegen alle Confession."

---

[1] Dr. W. Birnich, Die Centrumsfraction und der Culturkampf. Mainz 1879. S. 31.

[2] Sybel hatte diesen unmittelbar vorher für antiquirt erklärt, und Mallinckrodt im Eingang seiner Rede diese Behauptung schlagend zurückgewiesen.

Nachdem dann der Redner auf den seltsamen Umstand hingewiesen hatte, daß der Mund, der sich dieses Antrages so eifrig annehme, derselbe sei, der vor wenigen Tagen „eine Hymne auf einen Hauptrevolutionsmann, den Grafen Cavour, gesungen hat", ging er zu einem sehr überraschenden Gedanken über, auf den er — weil selbst von ihm betroffen — in seinem spätern parlamentarischen Leben noch zweimal zurückgekommen ist.

„Es ist nicht minder auffallend, meine Herren," fuhr er fort, „daß dieselbe politische Partei, welche die politisch fortgeschrittensten Mitglieder zu den ihrigen zählt, seit sie in diesen Räumen die Mehrheit hat, so oft diese Versammlung gewissermaßen in eine Kirchenversammlung verwandelt. Ich kann Sie versichern, ich erinnere mich aus früheren Jahren nicht, daß damals so oft über Kirchenangelegenheiten verhandelt worden wäre, wie in den letzten Jahren. Alle Augenblicke hören wir über die Verfassung der protestantischen Kirche und über dies und jenes Verwandte debattiren, und der Herr Cultusminister ist nicht selten schon in der Lage gewesen, die Competenz der geehrten Versammlung zu bestreiten. Mich erinnert das an einen nicht mehr neuen Satz; es ist der, daß politischen Parteien, allgemeinen politischen Ideen im tiefsten Grunde religiöse Gedanken zu Grunde liegen. Ich halte diesen Satz für richtig. Meine Freunde und ich, wir pflegen demgemäß nicht zu läugnen, daß bei unseren politischen Auffassungen wir uns bewußt sind, daß auch ein religiöser Gedanke uns belebt. Sie, meine Herren, haben das hingegen in Beziehung auf sich selbst, so oft sich etwa Gelegenheit dazu finden mochte, mit großer Entschiedenheit und mit einer Art von Abscheu in Abrede gestellt. Um so mehr darf ich darauf hinweisen, wenn die Thatsachen Sie widerlegen. Es sind religiöse Gedanken, die auch Ihren Parteibildungen mehr oder minder zu Grunde liegen, die die Richtung der Parteien bestimmen. Ich bin weit davon entfernt, nun summarisch behaupten zu wollen, daß dies auf alle einzelnen Mitglieder Anwendung finde — nein, ich würde da vorab eine ganze Auslese zu machen mir erlauben müssen. Aber der nachher übrigbleibende Kern jeder verschiedenen Partei spiegelt einen derartigen religiösen Gedanken in sich, und es würde gar nicht so schwer sein, Ihnen die Stufenleiter zu zeigen, wie durch die sämmtlichen verschiedenen Parteien religiöse Gedanken von verschiedener Gestalt und Inhalt hindurchziehen und sich mehr und mehr verflüchtigen, bis wir auf eine Höhe der Parteibildung kommen, wo der religiöse Gedanke umschlägt, umschlägt in das Gegentheil und die Feindseligkeit gegen die Religion."

Der lebhafte Widerspruch, der sich gegen diese Ausführungen erhob, veranlaßte ihn, deren Richtigkeit an den einzelnen Parteien nachzuweisen. Er durchging eine nach der andern und schloß:

„Wir kommen dann allmählich dort bei den Bänken des linken Centrums vorüber und würden endlich bei der Fortschrittspartei angekommen sein, und sind wir da — ja was wird dann da sein? — Meine Herren, ich behaupte nicht, daß die Entwicklung Ihrer Parteibestrebungen schon den Culminationspunkt erreicht hätte; allein, meine Herren, die lange Consequenz wird sein die Feindseligkeit gegen das Christenthum, es wird sein — erlauben Sie, daß ich meine Ueber-

zeugung ausspreche, ich bin weit entfernt, irgend jemand persönlich nahe treten zu wollen — es wird sich manifestiren in dem Kampf der Revolution gegen das Christenthum."

Wie in der vorigen Session der Handelsvertrag mit Frankreich, so bot in der jetzigen der mit Belgien den Anlaß, die „deutsche Frage" wieder in die Debatte zu ziehen. Mallinckrodt hatte an der Art des Vertragsabschlusses manches auszusetzen, aber doch sprach und stimmte er für denselben, da er das Ziel, welches ihm für Deutschland „als das ersprießlichste und segensreichste vor Augen schwebe", wenigstens nicht unerreichbar mache. Er bekannte sich aufs neue offen und nachdrücklich zum großdeutschen Standpunkte, und bewies schlagend, daß Oesterreich von dem Vertrage nicht ausgeschlossen sei, und gab so zum voraus die Antwort auf die Angriffe, die in den großdeutschen Blättern jetzt wieder gegen die Centrumsredner erschienen. Als er 4. Mai auf eine Rede v. Sybels einging, die ihm wie ein „Erguß der Verzweiflung" vorkam über den Fortgang, den die politische Entwicklung in Bezug auf gewisse Lieblingsprojecte genommen habe, bemerkte er unter anderem:

„Mein Herz ist nun etwas anders construirt als das seinige. Wenn sein Herz sich zusammenschnürt bei dem Anblick dieser Entwicklung, dann kann ich meinerseits durchaus nicht sagen, daß es auf mich einen unvortheilhaften Eindruck macht, wenn ich die Perspective weit hinausgerückt sehe, wo mein Vaterland, auf der einen Seite im Arme des Auslandes, auf der andern Seite im Arme der Revolution, darauf ausgeht, das gemeinsame deutsche größere Vaterland zu zerfleischen."

In die hohe europäische Politik führte die dreitägige Polendebatte (26. bis 28. Februar), welche durch eine Interpellation der fortschrittlichen Parteien über die geheime russisch-preußische Convention und einen darauf bezüglichen Antrag der Abgeordneten Hoverbeck und Carlowitz hervorgerufen war. Mallinckrodt betheiligte sich an dieser wilderregten Debatte nur durch eingehende Bemerkungen zur Geschäftsordnung. Im übrigen stimmte er mit der Minorität für den Antrag des conservativen Abgeordneten v. Bonin, welcher verlangte, daß gegenüber dem polnischen Aufstande Preußen sich lediglich auf die zum Schutz der preußischen Landesgrenzen erforderlichen Maßregeln beschränke. Dagegen sah er sich veranlaßt, auf die Sache selbst einzugehen, als 4. Mai infolge einer Interpellation Carlowitz' die Frage nochmals zur Verhandlung kam und von den fortschrittlichen Parteien als Sturmbock gegen die Regierung benützt wurde. Veranlassung zur Interpellation war die Nichtentwaffnung und sehr entgegenkommende Bequartierung der mit ihren Gefangenen die preußische Grenze überschreitenden russischen Truppen. Auch Mallinckrodt hatte dies nicht gefallen, allein er glaubte, unter den obwaltenden Umständen trotzdem für die Regierung eintreten zu müssen.

„Ich mache kein Hehl daraus," sagte er, nachdem er auf seine Abstimmung zu Gunsten des Antrags Bonin (28. Februar) hingewiesen hatte, „daß ich Sympathien empfinde für die polnische Nation. Mich stößt jede Gewaltthat und insbesondere die Gewalt, die einem ganzen Volke geschehen ist, zurück. Ich habe außerdem noch Sympathien, die auf dem Boden confessioneller Verwandtschaft ruhen. Ich bin nicht blind für mancherlei schweren Druck, den die Polen in Rußland erleiden und vor dem sie auch gegenüber den Germanisationsbestrebungen in unserm eigenen Lande nicht vollständig frei geblieben sind. Allein diese Auffassung, meine ich, kann mich doch keinen Augenblick darüber beirren, daß das gegenwärtige Verfahren unserer Regierung gegenüber dem Aufstande im Nachbarland in keiner Weise Mißbilligung verdient. Wenn zur Revolution gegriffen wird, wenn der Aufstand sich seine Alliirten in der gesammten europäischen Revolution sucht, wenn ich sehe, daß der Großmeister der Revolution von seiner fernen Residenz her in das Feuer bläst, um die Welt in Brand zu setzen und dann seine Beute ins Trockene zu ziehen, so meine ich, habe ich keine Veranlassung, irgendwie einem Schritt der Landesregierung entgegenzutreten, der die Integrität und volle Unabhängigkeit des eigenen Landes zu wahren bestrebt ist. Was speciell die Haltung der Regierung gegenüber den übergetretenen russischen Truppen betrifft, so kann man vielleicht bemängeln, daß die Truppen nicht entwaffnet worden sind. Viel wichtiger würde aber jedenfalls die Betrachtung sein, daß man die Truppen zurückmarschiren ließ. . . . Ich meine, im ganzen liegen die Dinge so, daß wer heute sich auf die Seite der Interpellanten stellt, darauf verzichtet hat, neutral zu sein, sondern Partei ergreift für die Revolution."

Aber für die Regierung einzutreten gab es noch ganz andere Gelegenheit. Mit Budgetverweigerung und Verfassungsconflict hatte die vorige Session geendet, und in den inzwischen verflossenen drei Monaten hatte die Spannung immer größere Dimensionen angenommen. Eine ungeheure Aufregung hatte sich des Landes bemächtigt, gesteigert durch heißblütige Agitation und Parteiterrorismus. Die Session war eröffnet worden durch eine Rede des Präsidenten Grabow, die in schroffer Weise dem Standpunkte der Majorität die alleinige Berechtigung zusprach und gegen die Regierung Front machte. Welcher Behandlung in Presse, Parlament und Volksversammlungen die Vertheidiger der Regierung ausgesetzt waren, zeigt deutlicher als alles der fünfte Abschnitt des Adreßentwurfes, der Januar 1863 dem Hause vorgelegt und angenommen wurde.

„Nur eine kleine, der Nation seit lange entfremdete Minderheit", hieß es daselbst, „hat, gestützt durch die Minister Ew. Majestät, bis zu den Stufen des Thrones die gröbsten Verleumdungen gegen einen Factor der Gesetzgebung (das Haus der Abgeordneten) getragen und den Versuch nicht gescheut, das Urtheil über Maß und Bedeutung klarer Verfassungsrechte zu verwirren."

Auf Mallinckrodt machte die allgemeine Erregung nicht mehr Eindruck als der offene Aufruhr des Jahres 1848. Er hatte die Verfassungsurkunde

beschworen und hielt mit großem Ernste daran fest; aber er vermochte nicht in dem Vorgehen der Regierung eine Verletzung der Verfassung zu erkennen. Er unterschied sich in seiner Auffassung selbst von den meisten und auch den hervorragenderen Mitgliedern des Centrums, obgleich fast alle eine versöhnliche und vermittelnde Stellung zur Regierung einnahmen.

22. Januar stellten Dr. Virchow und v. Carlowitz, die Führer des Fortschritts, von 202 Mitgliedern unterstützt, den Antrag auf Erlaß jener Adresse an den König. Der Entwurf dazu war von einem aus den beiden Fractionen der Majorität gebildeten Comité vereinbart und zwei Tage zuvor vertheilt worden. Derselbe war nicht eine Antwort auf die Thronrede, sondern ein Anklageact gegen das bestehende Ministerium. Unter anderem hieß es:

„Ew. Königl. Majestät haben noch jüngst zu erklären geruht, daß niemand an Allerhöchst Ihrem Willen zweifeln dürfe, die beschworene Verfassung aufrecht zu halten und zu schützen. In der That wagt niemand einen solchen Zweifel zu hegen. Aber — gestatten Ew. Majestät, es offen auszusprechen — die Verfassung ist durch die Minister schon verletzt. Der Artikel 99 [1] ist keine Wahrheit mehr. Das schwere Uebel einer budgetlosen Regierung ist über das Land gekommen. . . .“

Alsbald setzte v. Vincke als Führer der kleinen, aber durch ihre bedeutenden Persönlichkeiten einflußreichen altliberalen Partei einen mehr gemäßigten Adreßentwurf entgegen. Aber auch dieser betonte noch scharf genug den „unzweideutigen Inhalt des Artikels 99 der beschworenen Verfassung“.

Auch die Katholiken blieben nicht müßig. Zwar scheiterten die Versuche, in dieser Frage mit den Polen zu einer Einigung zu gelangen; doch waren es immerhin 25 Mitglieder, welche den dritten von A. Reichensperger eingebrachten versöhnlichern Entwurf unterschrieben. Derselbe wurde in der unparteiischen Presse als eine wahrhaft staatsmännische Leistung gefeiert, welche nicht nur die Kürze mit erschöpfender Vollständigkeit, sondern auch die Loyalität mit der nöthigen Schärfe zu vereinigen gewußt habe. Mallinckrodt, stets ein Feind von Adreßdebatten, griff in die Verhandlungen nicht ein. Er gab auch seine Unterschrift nicht zu Reichenspergers Entwurf. Er selbst beschreibt die Situation (23. Januar 1863):

„Hier wird eine sehr schroffe Adresse vom Stapel gelassen. Unsere Fraction hat einen Gegenentwurf eingebracht, der in angemessenem Ton gehalten ist. Indessen habe ich mich nicht betheiligen können, weil ich den Artikel 99 anders ansehe als die übrigen, wie dies bereits im vorigen Jahre meine Abstimmung gegen die

[1] Artikel 99 der preußischen Verfassung: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Der Staatshaushalts-Etat wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.“

damalige erste „Resolution“ [1] an den Tag gelegt hat, und weil ich in der Consequenz meiner frühern Haltung das Unrecht und die Verkehrtheit auf beiden Seiten finde, keiner Seite — und der Kammermehrheit noch weniger als der Regierung — den ausschließlichen Sieg wünsche, und daher auch nicht bloß gegen die eine Seite bellen mag.“

Die Debatte war eine lange und bewegte, aber die Regierung, namentlich Bismarck und v. Roon zeigten große Festigkeit. Während im Parlament aufs heftigste gegen das Ministerium gedonnert und in allen Tonarten die Anklage auf Verfassungsbruch erhoben wurde, gab das Ordensfest (25. Jan.), das mit dem Beginn der Debatte zusammenfiel, die Gelegenheit, drei der angegriffenen Minister und den Präsidenten des Herrenhauses mit hohen Auszeichnungen zu decoriren, vor allem den Justizminister (Grafen zur Lippe), dessen Stimme bei allen Rechts- und Verfassungsfragen vorzüglich ins Gewicht fiel. Diesem war sogar tags zuvor ein niederer Orden zuerkannt worden, nur um ihn am Ordensfest zu einer höhern Klasse erheben zu können. Am 27. Januar hielt Bismarck seine große, die ganze Situation beleuchtende Rede. Seine Auffassung des Artikels 99 der Verfassung, welcher den Kern des ganzen Streites bildete, stimmte genau mit der Auffassung Mallinckrodts. Der Minister sprach voll Siegesbewußtsein und benützte selbst den Umstand, daß am gleichen Tage der Geburtstag des Prinzen Wilhelm war:

„Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß gerade diese Berathung und dieses Manifest, welches Sie dem königlichen Hause zu überreichen gesonnen sind, zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstag unseres muthmaßlichen Thronerben. In diesem Zusammentreffen sehen wir eine doppelte Aufforderung, für das Recht Sr. Majestät, des königlichen Hauses und insbesondere der Nachfolger Sr. Majestät einzutreten. Das Königshaus der Hohenzollern hat seine Mission noch nicht erfüllt; es ist noch nicht reif, ein bloß ornamentaler Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu werden. . . .“

Zwei Tage später war die Abstimmung. Für den Entwurf v. Vincke's stimmte nur dessen nächster Anhang, der Entwurf Virchow-Carlowitz erhielt 255 gegen 68 Stimmen, für Reichensperger stimmte die Fraction des „Centrums“ mit Ausnahme Plaßmanns und v. Mallinckrodts.

Was seine Ueberzeugung war, das hatte Mallinckrodt auch offen bekennen wollen. „Die politische Lage läßt mich kalt,“ schrieb er 12. Februar an seinen Bruder, „die Theorie von der Verfassungsverletzung ist mea opinione falsch, daher mein (ablehnendes) Verhalten bei der Adreßfrage. Es sollte mir fehlen, zur Verwirklichung des parlamentarischen Regimentes mitzuwirken!“

[1] 6. October 1862 hatte P. Reichensperger den Anträgen der Budgetcommission zwei Resolutionen entgegengestellt. Vgl. S. 257.

Am 17. Februar kam der Vorschlag der Budgetcommission zur Verhandlung, den Etat für 1862 wieder durchzuberathen und in die Berathung des Budgets für 1863 einzutreten. Dem Commissionsantrag waren Motive beigefügt, in welchen den Ministern wiederholt der Vorwurf der Verfassungsverletzung entgegengeschleudert wurde. Nachdem P. Reichensperger vom Centrum und v. Bethusy-Huc von seiten der conservativen Fraction ihren Standpunkt zum Verfassungsstreit eingehend dargelegt hatten, glaubte der fortschrittliche Redner v. Hoverbeck mit großer Genugthuung constatiren zu können, daß nach Ausweis der eben vernommenen Reden „die Minister sich nicht rühmen könnten, in diesem Hause Verfechter ihrer Meinung gefunden zu haben". „Selbst Herr v. Bethusy-Huc, der zu den zehn Männern (den Conservativen) gehört, welche sonst am meisten mit den Ministern stimmen, hat doch in seiner Ansicht sich wesentlich von den Ministern unterschieden. . . ." Da stand Mallinckrodt auf.

„Es handelt sich offenbar", sagte er nach einer einleitenden Bemerkung, „hauptsächlich um Nr. 1 und 2 (der Motive), um eine Wiederholung und Variation des hier schon so oft aufgestellten Satzes der Verfassungsverletzung. Wenn die Majorität des Hauses aber nicht müde wird, diesen Satz zu wiederholen, dann scheint es mir eine Pflicht der wenigen Mitglieder der Minorität zu sein, auch ihre Ueberzeugung dem gegenüber aufrecht zu erhalten. Herr v. Hoverbeck wird vielleicht demnächst zugeben, daß er Unrecht gehabt hat, zu constatiren, daß die Ansicht des Ministeriums in diesem Hause keine Theilnahme fände — ich denke wenigstens, daß meine Auffassung im wesentlichen damit zusammenfällt."

Dann entwickelt er mit seiner gewohnten Klarheit die ganze Lage der Dinge. Er sieht den „Conflict", aber nicht den „Bruch der Verfassung". Denn maßgebend ist nicht die Doctrin des Constitutionalismus, die Theorie von der Parlamentsherrschaft, sondern die Verfassungsurkunde, die Gesetz geworden und beschworen worden ist, und nach Natur und Verhältnissen und der historischen Entwicklung des Landes zu erklären ist. Nach dieser gesetzlichen Urkunde ist es aber allerdings eine verfassungsmäßige Möglichkeit, daß in einem Jahre eine Budgetbewilligung nicht zu stande kommt, und die Krone ist keineswegs unbedingt verpflichtet, eines der drei Mittel anzuwenden, welche die Verfassung an die Hand gibt, um eine solche Bewilligung herbeizuführen [Auflösung und Erneuerung des Abgeordnetenhauses, Ergänzung des Herrenhauses, Wechsel des Ministeriums][1].

[1] „Wir sehen, die Verfassung hat eben einen solchen Fall nicht vorausgesehen und dafür keine Bestimmungen getroffen, und geschickte Advokaten können für beide Parteien die gewichtigsten Momente aus den Analogien anderer Verfassungen und aus Vernunftschlüssen ins Feld führen. Der Form nach ist also die Verfassung nicht verletzt; ob das Ministerium, die Lücke in der Verfassung benutzend, unrecht gehandelt, ist eine ganz andere Frage." „Kölnische Blätter" 1863, Nr. 315. (Vertheidigung für Mallinckrodt.)

„Ich finde in der Verfassung kein Wort darüber,“ führte er aus, „daß die Krone verpflichtet sei, unter Umständen eines von den drei schon berührten Mitteln zur Anwendung zu bringen. Ich glaube, wenn eine derartige Verpflichtung bestände, so wäre das vollständig synonym mit der etwaigen gesetzlichen Anordnung, daß die Krone verbunden sei, gegenüber der Landesvertretung bezw. gegenüber den Wählerschaften des Landes allemal in letzter Instanz nachzugeben. Und das würde wieder nichts anderes sein, als wie schlechthin das Proclamiren der Souveränität der Urwähler im Gegensatz zu der historischen, auf uns herübergekommenen Souveränität der Krone.“

Für den Fall nun, daß auf solche Weise in einem Jahre das Budgetgesetz nicht zu stande komme, habe der Mehrheitsbeschluß, der das Budget ablehne, noch immer eine erhebliche moralische Bedeutung, aber keine rechtliche, es bleibe dann nur die eine rechtliche Thatsache, daß ein solches Gesetz nicht zu stande gekommen sei, und für die Fortführung der Staatsverwaltung, soweit es sich um Finanzen handle, falle die Beurtheilung der Zulässigkeit einer Ausgabe mit der Beurtheilung ihrer Nothwendigkeit in Eins zusammen.

„Das ist allerdings eine Lage,“ fuhr der Redner fort, „wo die Regierung eine sehr große Verantwortlichkeit hat, worüber, wenn ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz existirte, wahrscheinlich dies Gesetz auch besondere Bestimmungen enthalten würde. Allein in Ermangelung dessen ist die Regierung niemanden wirklich verantwortlich als dem König und ihrem Gewissen. Das, meine Herren, ist meine pflichtmäßige Ueberzeugung bezüglich der Verfassungsfrage. Ich hätte gewünscht, diese ganze Frage wäre nicht in den Streit, der zwischen der Landesvertretung und der Krone besteht, hineingezogen. Ich glaube nicht, daß dieses Haus dadurch irgend erhebliche Vortheile gewinnt. Die Kernfrage, mit deren Lösung dieser ganze Incidenzpunkt wie eine Seifenblase verschwindet, das ist und bleibt die Militärfrage, und was die angeht — ich würde mich heute von der Sache entfernen, wenn ich näher darauf eingehen wollte — aber was die angeht, so ist meine Stellung zu derselben allerdings eine wesentlich andere als zu der Verfassungsfrage. Ich bin der Meinung, daß ein großer Theil der Schuld, und zwar die anfängliche Schuld, auf seiten der Staatsregierung liegt, daß diese Verschuldung zurückreicht bis in das Jahr 1860. Ich bin aber andererseits auch der Meinung, daß eine nicht minder große Schuld die Majorität dieses Hauses trifft. Ich glaube den Vorwurf aussprechen zu dürfen, daß die Frage mißbraucht worden ist zur Verfolgung mancher anderer weiter greifender Zwecke, und ich bin der Ansicht, daß die letzten Beschlüsse, die im vorigen Herbste gefaßt worden sind, weit über das Ziel hinausgreifen, welches die Majorität selbst erstrebt.“

Er schloß mit der Hoffnung, daß, wo auf beiden Seiten die Schuld, man auch auf beiden Seiten zur Nachgiebigkeit und so zur Versöhnung gelangen werde. Es war eine lange, wuchtige Rede, die Mallinckrodt vortrug in dem klaren Bewußtsein, daß keiner der 350 übrigen Mitglieder ihr völlig beipflichte. Einerseits forderte er die ganze Entrüstung der Mehrheit

heraus durch seine Vertheidigung des Ministeriums, andererseits stieß er die Regierung und die Conservativen durch seine Aeußerungen über die Militärfrage. Und doch — trotz der sonstigen Erregtheit des Hauses und den vielen lärmenden Episoden dieser Session — hatte man ihn schweigend und ohne Unterbrechung angehört. Virchow, der nach ihm sprach, hielt es „für nicht nöthig", auf eine Widerlegung einzugehen, im Lande werde man schon verstehen, wie weit diese Verkehrung der verfassungsmäßigen Bestimmungen gehe, „um das zu beweisen, was man absolut im Interesse einer bestehenden Regierung beweisen will".

Nicht das einzige Mal war es hier, daß an Stelle einer Widerlegung der muthige Sprecher wegen geheimer Beziehungen zur Regierung verdächtigt wurde. Es mag sein, daß er zuweilen mit höherer Stelle einige Fühlung hatte, eben weil er einer der wenigen und sicher der muthvollste und angesehenste Vertheidiger der Regierung war. So schreibt er wenigstens 16. Mai: „Andererseits hat unsere Situation freilich wohl auch interessante Seiten, zumal ich ziemlich gute Gelegenheit habe, auch mitunter hinter die Coulissen zu sehen." Indessen können sich diese Worte auch auf tiefere Einblicke ins Parteigetriebe beziehen. Jedenfalls war er der letzte, sich von oben her in seinen Ueberzeugungen beeinflussen zu lassen, und das hatte er oft genug zu seinem Schaden bewiesen.

Gleichwohl sprach man jetzt sarkastisch von den „näheren Freunden des Herrn Ministers", hielt ihm Beziehungen zum Kriegsminister entgegen u. dgl., so daß er sich veranlaßt sah, in der Sitzung vom 4. Mai ausdrücklich dagegen zu protestiren.

„Zu meinem Bedauern habe ich nicht die Ehre," bemerkte er, „zu den näheren Freunden des Herrn Ministers zu zählen. Indessen, wie dem auch sei, ich meinerseits finde es durchaus nicht in der Ordnung, wenn irgend ein Abgeordneter, statt offen und gerade heraus, wie es einem biedern Manne geziemt, seine Meinung auszusprechen, sich darauf verlegt, durch Seitenbemerkungen den Charakter der Gegner in irgend einer Weise zu verdächtigen, die Unabhängigkeit, die Selbständigkeit ihrer Handlungsweise in Zweifel zu ziehen."

Je weiter die Session voranschritt, um so mehr erhitzten sich die Geister. Der nun fast für jede Session stereotyp gewordene Antrag auf ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz wurde wieder eingebracht, vor allem um eine Gelegenheit zu haben, dem Ministerium ein Sündenregister vorzuhalten und demselben neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Von Männern des extremen Fortschritts wurde der Entwurf vorgelegt. Es war klar, daß ein solches Gesetz zum Ausbau der Verfassung gehöre. Auch das Centrum wünschte, daß diese Sache endlich einmal erledigt werde, und suchte daher durch verschiedene Amendements dasjenige zu beseitigen, was an dem Entwurf Anstoß erregte. Allein sämmtliche Amendements wurden abgelehnt.

Da nun auf die Stimmen der kleinen Centrumsfraction ohnehin nichts ankam, ein ablehnendes Verhalten aber den politischen Gegnern die gefährliche Waffe in die Hand gab, die katholischen Abgeordneten als Reactionäre und Feinde der Verfassung zu verschreien und das Vertrauen des Volkes in sie vollends zu erschüttern, glaubte die überwiegende Mehrheit der Fraction, die beiden Reichensperger an der Spitze, trotz der entgegenstehenden Bedenken für das Gesetz stimmen zu sollen. „Etsi omnes, ego non“ war Mallinckrodts alter Wahlspruch, wo es auf das Bekennen seiner Ueberzeugung ankam.

„Ich weiche darin“, erklärte er in der Debatte (22. April), „von der Mehrzahl meiner Freunde ab, daß ich mich nicht überzeugen kann, daß es sachlich gerechtfertigt sei, dem vorliegenden Gesetzentwurf um deswillen, weil man das Princip desselben im allgemeinen billigt, zuzustimmen, obgleich einzelne Bestimmungen darin enthalten sind, die durchaus nachtheilig und unzulässig erscheinen. Ich bin in der Lage, daß ich vollständig anerkenne: es bedarf, um unser Verfassungsleben auf sichern Boden zu stellen, eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit; aber gerade wegen der eminenten Wichtigkeit eines solchen Gesetzes ist es doppelt nöthig, die einzelnen Bestimmungen mit äußerster Sorgfalt zu prüfen. . .“

Er bezeichnete gerade heraus das in dem Entwurf vorgeschlagene Verfahren als ein „horrendes“ [1]. Bei der Schlußabstimmung über den ganzen Entwurf am 27. April stimmten sechs Abgeordnete gegen alle übrigen mit „Nein“, darunter Mallinckrodt. „Unser Verfahren“, so schrieb darüber A. Reichensperger [2], der mit der Mehrheit gestimmt hatte, „mag der gewöhnlichen Lebensklugheit entsprechender gewesen sein, das seinige aber war jedenfalls correcter und mannhafter.“

Schon am 2. Mai stand Mallinckrodt wieder in der Bresche zur Vertheidigung der Regierung. Virchow hatte eine Interpellation an den Kriegsminister gerichtet. Mallinckrodt machte darauf aufmerksam: schon die Fassung der Interpellation sei so unklar, daß die Regierung darauf gar nicht antworten **könne**. Das verrathe am besten, daß es sich dabei gar nicht um die **Sache** handle, sondern um Agitation, um Wirkung auf das Volk und Verdächtigung der Regierung. Nachdem er dann den Standpunkt der Regierung aus dem Landrecht u. s. w. als einen ganz gesetzlichen nachgewiesen, schloß er mit dem Ruf: „Widerlegen Sie das, und dann interpelliren Sie weiter!“ Natürlich fuhr v. Sybel heftig gegen ihn los, aber der Minister des Innern erklärte, er sei anfangs von dem Tendenziösen der Interpellation gar nicht so überzeugt gewesen, aber er fange jetzt an, es zu werden. Auch Graf Schwerin hatte den Mannesmuth, sich auf Mallinckrodts Seite zu stellen.

[1] Was ihm hauptsächlich mißfiel, war § 10, welcher im Falle einer Ministeranklage dem Abgeordnetenhause **zugleich** das Recht der Anklage und der Voruntersuchung (Zeugenvernehmung) zusprach.

[2] Ein Rückblick auf die letzten Sessionen des preußischen Abgeordnetenhauses. Paderborn 1864. II. Abtheilung. S. 68.

„Ich glaube," sagte er, „daß die Frage eine solche ist, die im Wege einer Interpellation überhaupt nicht erledigt werden kann; ich muß vielmehr dem Herrn Abgeordneten v. Mallinckrodt darin Recht geben, daß sie in ihrer Wirkung nichts anderes hervorbringt, als daß sie eine Agitation ins Land wirft, ohne die praktische Frage zu einem bestimmten Abschluß zu bringen."

Mallinckrodt hatte schon im Herbst mit seinem Bruder eine gemeinsame Fahrt nach Bayern verabredet, wo sein Gut Mittenheim gerade für die Frühlingszeit seine Anwesenheit wünschenswerth machte. Allein die wichtigsten Debatten der Session, die über das neue Militärgesetz und über das Militärbudget, wollte er nicht versäumen. Er hatte gehofft, die erstere würde frühe genug stattfinden und zwischen den beiden eine Pause von wenigstens 14 Tagen eintreten, die er dann zu einem Urlaub benützen wollte. Allein die Hoffnungen schlugen fehl, einmal ums andere Mal mußte der Reiseplan geändert und verschoben werden. In Bezug auf das Militärgesetz hatte er sich mit der ganzen Centrumsfraction geeinigt, einfach für den Commissionsantrag zu stimmen, dessen Kern die v. Forckenbeck'schen Anträge bildeten, durch welche wirklich eine Vereinbarung mit der Regierung möglich gemacht war. Als 9. Mai die Debatte ihren Anfang nahm, meldete er sich zum Wort, wie von seiten des Centrums noch A. Reichensperger, Rohden und Plaßmann, alle für den Commissionsantrag. Aber, schrieb er Sonntag den 10. Mai, „unter den Sohlen ist es mir schon sehr heiß, ich sehne mich nach der Abreise". Allem Anscheine nach konnte die Debatte erst Freitag den 15. Mai zu Ende gehen. Noch an dem gleichen Abend wollte er mit dem Eilzug nach München fahren. Nur wurmte es ihn, daß er darüber die Debatte wegen des Militärbudgets versäumen sollte.

„Das Resultat der Militärbudget-Debatte", so rechtfertigte er seine Abreise, „ist zweifellos; es wird die Wiederholung des vorigjährigen sein. Reell versäume ich also nichts, wenn ich schwänze. Außerdem ist das wichtigere Votum zur Zeit das über das Militärgesetz... Mein einziger Zweifel (in Bezug auf die Abreise) liegt in etwaiger Rücksicht auf die Herren Wähler. Bei dem Budget pro 1863 würde ich voraussichtlich nicht wie pro 1862, sondern jetzt auch mit ‚Nein' gestimmt haben. Aber für zu große Rücksicht dankt auch kein Mensch."

Da aber erfolgte schon am zweiten Tage der Militärgesetzdebatte, 11. Mai, noch bevor Mallinckrodt zum Wort gekommen war, der berühmte „Disciplinarstreit" zwischen dem Kriegsminister v. Roon und dem ersten Vicepräsidenten v. Bockum-Dolffs, der auf einmal eine ganz unerwartete Wendung brachte. v. Sybel hatte in einer sehr heftigen Rede das Ministerium angegriffen, und Roon in einer kurzen Entgegnung solche „persönliche Aeußerungen" gegen das Ministerium oder dessen Mitglieder als „unberechtigte Anmaßung" zurückgewiesen. Aber bei diesem Worte unterbrach ihn der Präsident. Da der Minister sich nicht unterbrechen lassen wollte, griff der Präsident nach

der Schelle, und da der Minister auch jetzt noch weiter sprach, unterstützte die Mehrheit ihren Präsidenten durch Schreien und Lärmen, und der Präsident ließ sich seinen Hut bringen. Die Komödie schloß damit, daß der Präsident bedeckten Hauptes die Sitzung um eine Stunde vertagte, Minister und Commissarien aber den Saal verließen.

„Bei dem gestrigen Krakehl", schrieb Mallinckrodt 12. Mai, „war Sybel das Karnikel durch sehr ungeeignete und provocirende Professorsprache. Roon hatte materiell ganz Recht, formell weniger. Dolffs spielte, indem er sich feierlich den Hut bestellte und demnächst auch als Hutträger, eine etwas komische Figur."

Natürlich herrschte eine ungeheure Aufregung. Am 11. Mai erschienen die Minister nicht mehr. Zu Beginn der Sitzung am folgenden Morgen wurde ein Schreiben des Ministeriums verlesen, das dessen fernere Betheiligung an den Verhandlungen davon abhängig machte, daß von seiten des Hauses anerkannt werde, die Minister stünden nicht unter der Disciplin des Präsidiums. Mallinckrodt nahm zu dieser neuentstandenen Frage eine vermittelnde Stellung ein:

„An und für sich scheint mir die Einigung ziemlich klar vorgezeichnet. Disciplinäre Gewalt, Recht zum Ordnungsruf u. s. w. hat der Präsident über den Minister nicht. Er hat aber die Verhandlungen zu leiten. Die Minister können daher der Natur der Sache nach nicht jeden Augenblick auf eigene Faust zu reden anfangen, sondern müssen erwarten, daß ihnen das Wort gegeben wird, und es kann auch sehr wohl der Fall vorkommen, daß der Präsident aus einem oder anderem Grunde genöthigt ist, einen Minister zu unterbrechen. Allein — aus der Möglichkeit der Einigung folgt noch lange nicht, daß man sich einigt, wenn die streitenden Theile sich so schroff gegenüberstehen wie hier. Ich glaube eher, daß man aus Rechthaberei Silben stechen und demgemäß sich nicht einigen wird."

Als nach Vorlesung des ministeriellen Schreibens der Abgeordnete Schulze alsbald mit dem extremen Antrag hervortrat, auf folgenden Morgen das Ministerium zu citiren, und von mehreren Seiten dieser Antrag, der den Conflict nur verschärfen konnte, Unterstützung fand, widersetzte sich Mallinckrodt. Dr. Simson sprach in ähnlichem Sinne, und der Führer der Conservativen, Graf Bethusy-Huc, erklärte, er schließe sich Mallinckrodts Ausführungen „pure et simpliciter" an.

Das Schreiben des Ministeriums wurde nun zu schleuniger Berichterstattung an die Geschäftsordnungs-Commission verwiesen. Der Antrag, welchen diese stellte, umging den eigentlichen Kern der Frage, behauptete nur das Recht des Präsidenten, die Minister zu unterbrechen, und erklärte es als verfassungswidrig, daß die Minister ihr Erscheinen im Hause von Vorbedingungen abhängig machten. Dem stellte A. Reichensperger einen Antrag gegenüber, in welchem die eigentliche Frage über die Disciplinargewalt des Präsidenten ganz im Sinne Mallinckrodts gelöst wurde. Allein dieser Antrag

wurde abgelehnt. Bei der Abstimmung am 15. Mai standen 20 Stimmen gegen den Commissionsantrag, der mit 295 Stimmen angenommen wurde. Unter diesen 20 war Mallinckrodt mit den beiden Reichensperger, Plaßmann, Osterrath und einigen anderen Centrumsleuten und Conservativen. Der letzte Brief Mallinckrodts aus Berlin ist vom 16. Mai. In demselben bestimmt er seine Abreise auf den 20. oder 21. Mai. Am Morgen des 21. verlas Bismarck die Rüge, welche der König dem Abgeordnetenhaus ertheilte. Am Nachmittag des 27. erfolgte der Schluß der Session. Aber der Weiße Saal war fast leer. Nur die wenigen Conservativen, Altliberalen und Centrumsmänner waren von dem Abgeordnetenhause erschienen. Mallinckrodts Name wird unter den Erschienenen nicht genannt. Am 2. September 1863 erfolgte die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Wenige Tage später schrieb Mallinckrodt darüber an seinen Schwager:

„Die wenig überraschende Kammerauflösung veranlaßt mich zu diesem Briefe. Dieselbe war unvermeidlich, und habe ich es mit Betrachtungen über ihre näheren und entfernteren Folgen für heute nur insofern zu thun, als ich persönlich im Spiele bin.

„Ich freue mich der Verabschiedung, weil mein Ich — im engsten Sinne des Wortes — nach Ruhe und Muße verlangt, um sich mit sich selbst, seiner Familie, seinem Hause und seinem Amte wieder einmal ausschließlicher und nachhaltiger beschäftigen zu können, als seit einer Reihe von Jahren der Fall gewesen ist. Deshalb ist mir ordentlich leicht und behaglich zu Muthe, und diese Behaglichkeit steigert sich, wenn ich mir die zunehmende Zerfahrenheit unserer politischen Verhältnisse, die muthmaßliche Parteiconstellation in den nächsten Kammern, sowie mein eventuelles Plätzchen zwischen den Gegnern rechts und links und im Rücken vor Augen führe und dann zum Ueberfluß etwa auch noch der lebhaften Empfehlung gedenke, zu welcher die entschiedene Opposition in der deutschen Frage dem königl. preußischen Verwaltungsbeamten gereichen dürfte.

„Dennoch bin ich, seit die letztere Frage den ganzen Vordergrund einnimmt, noch nicht darüber ganz ins klare gekommen, ob es erlaubt und mit der Treue gegen Sache und Gesinnungsgenossen vereinbar wäre, wenn ich mich gegen jede etwaige Wahl unbedingt ablehnend verhielte. So viel aber halte ich für ausgemacht, daß ich nicht allein — wie bisher — niemanden ein gutes Wort zu geben habe, damit er mich wählt, sondern daß ich auch meine guten Freunde allen Ernstes bitten darf und soll, mich ganz außer Frage zu lassen.

„Sei so gut, Dich zu gelegener Zeit in letzterem Sinne auszusprechen. Du wirst dadurch zweifelsohne den Wünschen sehr vieler entgegenkommen, die an meiner Haltung manches auszusetzen haben, während sie doch auch selbst auf dem Boden unserer Fraction stehen und auf eine anderweite Wahl in gleichem Sinne bedacht sein werden. Nicht unwahrscheinlich ist sogar eine andere Candidatur durchaus nöthig, um des Fortschritts Meister zu bleiben."

Mitte October fanden die neuen Wahlen statt. Eine unglaubliche Agitation wurde ins Werk gesetzt. Mallinckrodt namentlich war nicht nur

das Ziel heftiger Angriffe, sondern auch das Opfer von Verleumdung und gehässiger Verdächtigung. Seine Freunde wünschten, er möchte durch eine Broschüre die wahre Sachlage darlegen und sein Verhalten in der Kammer in das richtige Licht stellen, um wenigstens Gutgesinnte aufzuklären. Er war den Anklagen wegen seiner Abstimmung über den Militäretat (September 1862) im „Westfälischen Volksblatt“ (Nr. 39) mit einer bündigen Erklärung entgegengetreten. Er verschmähte es jetzt, ein Weiteres zu thun. Erst später, als die Wahlen längst vorüber, brachten ohne sein Zuthun die „Kölnischen Blätter“ eine Beleuchtung der letzten wider ihn erhobenen Angriffe[1]. In Paderborn regnete es Wahlartikel für und gegen ihn. So kam es, daß er bei der Neuwahl nicht nur in Paderborn unterlag, sondern auch in mehreren anderen Wahlkreisen. Wie er, wurden auch Osterrath und die

[1] Der Artikel beschäftigt sich mit dem von der Fortschrittspartei im Wahlkreis Paderborn verbreiteten Wahlzettel, auf welchem Kammergerichtsrath Striethorst und Baumeister Baumann als Abgeordnete empfohlen wurden. Die Rückseite dieses Wahlzettels trug weitere Ausführungen unter der Aufschrift: „Wie stimmte Herr v. Mallinckrodt?“

„Warum dieser Haß gegen Herrn v. Mallinckrodt?“ so schließt das Blatt seine Darlegung, „warum gegen ihn besonders? Erinnern wir uns seiner Rede in der Frage über die Anerkennung des Königreichs Italien, seiner meisterhaften Rede in der Schulfrage, und wir haben die Antwort auf jene Frage! In jener hat er die ganze Armseligkeit der fortschrittlichen, d. h. der antireligiösen Politik, ihre Heuchelei und ihre Zweizüngigkeit gegeißelt; er hat gezeigt, wie liebenswürdig ein Räuberkönig und wie verrucht es sei, wenn man auch unsern König auf ähnliche Bahnen treibe; er hat dem Fortschritt, der Preußen in die Bahn einer Eroberungspolitik in Deutschland treiben möchte und dafür „Gut und Blut der Nation“ verspricht, — sein eigenes Bild vorgehalten in dem italienischen Raubsystem, und dies hat ihm der Fortschritt durch jenen (Paderborner) Wahlzettel gedankt.

„In der zweiten Rede über die Schulfrage war er es wieder, der mit der schärfsten Logik die Religionslosigkeit der Fortschrittler gekennzeichnet, ihnen die Inconsequenz und Rechtsverletzung des projectirten Sybel'schen Gesetzes in der derbsten Weise vorhielt. Dafür belohnt ihn der Fortschritt mit jenen Anklagen. Mit einem Worte: man fürchtet in der Kammer den entschiedenen *katholischen* Redner, und darum verleumdet man seine *Politik*.

„Der Wahlzettel hat gewirkt; vielfache allgemein verbreitete Gerüchte über v. Mallinckrodts feudale Gesinnung haben unter dem Landvolke das Ihrige gethan, und einer unserer besten katholischen Redner — ist einstweilen nicht wieder gewählt. Hoffentlich wird indes eine der Nachwahlen ihn in die Kammer bringen; denn ohne Mallinckrodt fehlt ein bedeutendes Element der katholischen Fraction. In unserer Zeit, wo überzeugungstreue, entschiedene Männer so selten sind, ist *ein* Mann viel werth. Wir hatten einen Mann und — haben ihn nicht mehr.

„Daher trotz der entschiedensten Niederlage der Fortschrittspartei ihre Siegesfreude: denn sie haben v. Mallinckrodt beseitigt“ („Kölnische Blätter“ 6. November 1863. Zweite Ausgabe). Auch das „Westfälische Volksblatt“ trat für Mallinckrodt ein und führte Beschwerde über die gegen ihn verbreitete „hinterlistige Verleumdung“.

beiden Plaßmann nicht wieder gewählt, A. Reichensperger hatte von vornherein erklärt, kein Mandat mehr annehmen zu wollen. Die Centrumsfraction trat aufs äußerste geschwächt in den neuen Landtag ein, die Fraction der Altliberalen war fast aufgelöst, nur die Conservativen hatten etwas gewonnen. Als die Nachwahl in Heinsberg kam, bemühte sich A. Reichensperger, Mallinckrodts Wahl dort noch durchzusetzen. Der Brief, in welchem dieser ihn bat, solches ja nicht zu thun, kam zu spät, war jedoch auch überflüssig. „Gott sei Dank", schrieb Mallinckrodt 23. November an seinen Bruder, „und dank meinem conservativen Renommé, sowie vielleicht auch dem Chaos von Paderborner Wahlartikeln hat die fragliche Empfehlung nicht gewirkt."

Das war der Lohn für die Opfer, welche er eine lange Reihe von Jahren für die Sache gebracht, und die hervorragenden Dienste, die er geleistet hatte. Und dieser Lohn wurde ihm von der specifisch katholischen Bevölkerung.

Nur A. Reichensperger in seinem kurz nachher veröffentlichten „Rückblick auf die letzten Sessionen des preußischen Abgeordnetenhauses" [1] widmete ihm noch eine ehrende Anerkennung und sprach unverhohlen über das Ergebniß der Wahlen seine Entrüstung aus:

„Ich meine aber, daß man auch aufhören soll, immer davon zu reden, was man alles ‚von der Fraction des Centrums erwarte', wenn man derselben die tüchtigsten Kräfte nicht zu erhalten weiß, wenn man Männer wie einen v. Mallinckrodt fallen läßt, weil sie auf Parteistichworte nicht hören, oder weil sie gar ein Scheinmanöver nicht mitmachen gewollt haben, welches, wie es vorliegend hinsichtlich des Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes der Fall war, auch nicht den allermindesten praktischen Erfolg haben konnte."

Es dauerte nur ein Jahr, da richtete der Landrath von Heinsberg wieder die dringende Bitte an Mallinckrodt, das Mandat für den Wahlkreis Heinsberg-Erkelenz-Geilenkirchen annehmen zu wollen. Dieser antwortete, er „wünsche nicht, gewählt zu werden". Nochmals drängte der Landrath, die Wahl „stehe mit großer Majorität gesichert in Aussicht", ob er annehmen würde, wenn er gewählt wäre? Der Landrath bat um so dringender um eine Erklärung, da, wie er schrieb, „wir uns wohl bewußt sind, in Ihnen den bewährtesten Kämpfer für die katholische Sache und für das wahre Wohl des Vaterlandes zu gewinnen". Mallinckrodt antwortete 11. Januar 1865, indem er die Gründe auseinandersetzte, weshalb ihm eine Wiederwahl nicht wünschenswerth:

„Wenn Sie, verehrtester Herr Landrath, mir die Pistole auf die Brust setzen, dann muß ich freilich standhalten zu einer erschöpfenden Erklärung, welcher Sie nebenbei bald ansehen werden, daß sie sich zur Mittheilung an weitere Kreise nicht eignet.

[1] Paderborn 1864. II. Theil. S. 69.

9. Der Abschied vom Parlament (1863).

Ich beginne mit den Erwägungen, welche mir den Wunsch dictiren, mit einem Mandat verschont zu bleiben:

1. Ich zähle zwölf Kriegsjahre (1852—1863) und fühle, daß dieselben mir ernstlich zugesetzt haben. Um so mehr danke ich Gott, stiller Häuslichkeit genießen und mich endlich einmal in meinem amtlichen Geschäftskreis einbürgern zu können.

2. Ein Beamter und ein selbständiger Abgeordneter sind an sich, und zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, collidirende Größen. So entschieden ich gegen die Fortschrittspartei bin, ebenso ekeln der Particularismus, die Gewaltthätigkeit und Rechtlosigkeit der Bismarck'schen Politik mich an. Zur Verstärkung der Armee behufs Unterdrückung der Bundesnachbarn mag ich nicht Ja sagen, und zum Unrecht der Annectirungstendenzen mag ich nicht schweigen, wenn meine Stellung mir den Beruf zum Reden gibt. Ueber die Rückwirkung dessen auf meine sonstige Lebensstellung liegen die Conjecturen doch ziemlich nahe.

3. Meine Vermögensverhältnisse sind nicht der Art, daß ich mich als finanziell völlig unabhängig betrachten darf.

4. Meiner Frau wird eine längere Trennung in außergewöhnlichem Maße schwer . . . (folgt eine Darlegung häuslicher Verhältnisse).

5. Erfahrungsgemäß mache ich es den Wahlkörpern, welche mich mit einem Mandat betrauen, doch selten recht, und dies sehe ich, namentlich auch bei etwaiger Vertretung eines rheinischen Wahlbezirkes, voraus, weil die Rheinländer im ganzen eine größere Dosis Liberalismus haben, als mir gegeben ist.

6. Seit einigen Monaten ist hier die Gründung eines großen Kranken- und Pflegehauses aus freiwilligen Beiträgen in Angriff genommen. Man hat mich zum Vorsitzenden des betreffenden Vereins gemacht; die Sache ist noch nicht gesichert und noch nicht in eine Lage gebracht, wo sie von selbst weiterläuft, deshalb besorge ich Nachtheile von einer längern Unterbrechung meiner bezüglichen Thätigkeit.

Gestützt auf solche an und für sich gewichtige Gründe würden in ähnlicher Lage die meisten Menschen wohl einfach ‚Nein' sagen. Ich würde das auch thun, wenn ich *gewiß* wäre, darüber keine höhere, über die eigene Persönlichkeit hinausreichende *Pflicht* zu versäumen. In dieser Hinsicht bin ich aber nicht gewiß, und mit Rücksicht darauf habe ich meinem neulichen Briefe seine Fassung gegeben. Wie ich grundsätzlich nie ein Mandat gesucht habe, so habe ich andererseits auch Bedenken getragen, ein solches abzulehnen. Aus Anlaß Ihres freundlichen Schreibens vom 10. c. habe ich die Situation nochmals allen Ernstes erwogen, bin zu keinem andern Ergebniß gekommen als früher und schließe mit der Bitte, mich nicht zu wählen.

Mit aufrichtiger Hochachtung

v. Mallinckrodt."

Am 18. Januar 1865 antwortete der Landrath, daß er allerdings glaube, bei solcher Sachlage, namentlich im Hinblick auf die häuslichen Verhältnisse, Mallinckrodt das Opfer nicht zumuthen zu dürfen. Mit schwerem Herzen hätten daher die antifortschrittlichen Wahlmänner des Bezirks von seiner Wahl Abstand genommen. „Wir haben es mit schwerem Herzen gethan," schreibt er, „denn wir sahen in Ihnen den Vertreter, wie wir ihn uns wünschen, einen Mann, der mit Klarheit und mit Ueberzeugung für die politischen und religiösen Principien in die Schranken tritt."

Drittes Buch.

Hermann v. Mallinckrodt nicht im Parlamente.

(1863—1867.)

I. Düsseldorf (1863—1866).

Schon 24. April 1863 hatte Else mit dem kleinen Meinulph die Hauptstadt verlassen, um wieder einmal den Süden aufzusuchen. „Es scheint mir angemessen," meinte Hermann, „daß Elsbeth nach fast dreijähriger Trennung ihre Vaterstädte und die Ihrigen wiedersieht." In München holte Hermann sie Ende Mai wieder ein, und nach Inspicirung von Mittenheim reisten beide gemeinsam nach Frankfurt a. M., wohin sie von der Familie v. Sydow dringend eingeladen waren. „Der Frankfurter Aufenthalt war recht befriedigend," schrieb Hermann, „es hat mich interessirt, die dortige Diplomatie in ihren Hauptpersonen kennen zu lernen. Außerdem haben wir einen Ausflug nach Soden und einen andern zweitägigen nach Heidelberg, Stift Neuburg und Neckarsteinach gemacht." 9. Juni trafen sie wieder in Düsseldorf ein.

Für Else brachte jetzt wieder die häusliche Einrichtung und die allzeit schwierige Dienstbotenfrage schwere Sorgen, und wegen der letztern mußte Mallinckrodt selbst eingreifen. Er zog die Erkundigungen ein, suchte die Dienstboten aus, bestimmte die Vertheilung der Arbeit und die Höhe des Lohnes. Aber auch für ihn selbst gab es der Arbeit genug. Außer seinem Gewerbesteuer-Decernat mußte er jenes für Militär und Polizei zur Hälfte mitvertreten, während der betreffende Rath auf Aushebungsreisen abwesend war. Acht Stunden Bureauarbeiten auf der Regierung war jetzt das Alltägliche. Brief um Brief bezeugt, daß er amtlich sehr in Anspruch genommen war. Als eben die Vertretung des abwesenden Rathes ihr Ende genommen hatte, und Hermann im August eine längst geplante kleine Urlaubsreise zu einem Familienfeste antreten wollte, erkrankte ein anderer College, und Mallinckrodt übernahm bereitwillig auch dessen Decernat und zugleich die Direction der Finanzabtheilung.

In Düsseldorf war es seit dem ersten Einzug (1860) den beiden Eheleuten recht heimisch geworden. Köln, Münster, Paderborn waren von hier leicht zu erreichen, und viel öfter als früher konnte ein kurzes Wiedersehen der Geschwister bewerkstelligt werden. Die collegialischen wie die sonstigen geselligen Verhältnisse waren für Mallinckrodt recht angenehm. Zum Präsidenten, dem Freiherrn v. Massenbach, stand er in freundlichen Beziehungen, an Professor Deger fand er einen warmen Freund, zu Maler Ittenbach, der in dem gleichen Hause nur ein Stockwerk höher wohnte, trat er in ein befreundetes Verhältniß, kurz, es fehlte nicht an einem würdigen und angenehmen Bekanntenkreis. Auch an geselligem Leben war kein Mangel. Hermanns großer Liebling, seine Nichte Marie, wurde eigens nach Düsseldorf beschieden, um Ostern 1864 in die große Welt eingeführt zu werden und bei einem von der gräflichen Familie Spee gegebenen Ball ihr erstes Debut zu machen.

Dabei war und blieb Hermanns Wahlspruch, wie er ihn November 1862 proclamirte:

> „Gastlichkeit ist des Hauses Ehr',
> Reinlichkeit des Hauses Zier,
> Des Hauses Segen Frömmigkeit."

Jedes Jahr sahen die beiden Gatten einen oder auch zur selben Zeit mehrere Gäste für Wochen und selbst Monate bei sich. Bald war es Elsens Schwester Thekla, bald ihr Bruder, bald Marie v. Mallinckrodt von Böddeken oder sonst jemand aus der Freundschaft, die in ihrem Familienkreise weilten. Selbst ein großes Haus zu machen gestatteten Mallinckrodts Mittel nicht, die durch Kauf und Instandsetzung des Gutes Mittenheim und dessen einstweilige geringe Ertragsfähigkeit stark eingeschränkt worden waren. Er sprach wohl im Scherz manchmal von seinen „Mittenheimer Schröpfköpfen". Immerhin betheiligte sich die Familie nicht bloß gerne an dem sehr regen gesellschaftlichen Treiben der Stadt, sondern empfing auch größere Gesellschaft im eigenen Hause. „Gestern der dritte Ballabend, d. h. hintereinander Tag nach Tag!", seufzt der Hausherr z. B. 2. Februar 1866, „und das Schlimmste ist, daß wir selber heute auf nächsten Dienstag einladen müssen. O heiliger Aschermittwoch, sei gegrüßt!" Dabei war er aber nicht wenig stolz auf seine beiden „Carnevalspflegetöchter" Marie v. Mallinckrodt und Gräfin Fanny Taufkirchen, die damals zum Besuch bei ihm weilten und für die er den Ballvater spielte. Er meinte, daß es ihnen vortrefflich bekomme und sie „weder an Leib noch Seele" dabei Schaden leiden sollten.

Ein fürsorgliches und wachsames Auge hatte er stets für die Dienstboten. Während die Herrschaft mit dem guten Beispiel der Frömmigkeit und Wohlthätigkeit voranleuchtete, war jeder der Mägde Gelegenheit gegeben, täglich die heilige Messe zu besuchen; die eine ging um 6 Uhr, die andere

um 8 Uhr. Als 1865 eine derselben etwas ernster erkrankte, war die erste Sorge, daß der Priester sie besuchte, dann aber ließ man auch ihre Mutter vom Lande kommen, um sie zu besuchen und zu trösten.

Mallinckrodt selbst stand in freundlichem Verkehr mit den Dominikanerpatres, in deren Kirche er dem Gottesdienst beizuwohnen pflegte, ebenso aber auch mit mehreren angesehenen Vertretern der Weltgeistlichkeit. Folgte er mit Aufmerksamkeit den politischen Ereignissen, namentlich der Entwicklung der schleswig-holstein'schen Frage und den Vorgängen auf dem Kriegsschauplatz, so berührten ihn nicht minder die verschiedenen Bewegungen auf kirchlichem Gebiete. Deutlich zeigt dies ein Vorfall im Herbste 1864, wo eben die kirchenfeindliche Presse den „Proceß de Buck" in gehässiger und niedriger Weise ausbeutete. Eines Tages wurde auch ihm eine Broschüre ins Zimmer gebracht mit dem Titel „Proceß de Buck", und die Magd bemerkte dazu, der Ueberbringer sei gerade auch eine Stiege höher zu Ittenbachs gegangen. „Mich erfaßt", schreibt Mallinckrodt, „ob der Zudringlichkeit der rheinischen Zeitung, welche mit diesem Proceß seit lange Geschäfte zu machen sucht, glühender Zorn, und um ein Exempel zu statuiren, folge ich dem Burschen, werfe ihm das Heft bergauf vor die Füße und donnere ihm die Ordre an den Hals, daß er sich sofort aus dem Hause zu scheren habe."

Der Bursche stand starr vor Schrecken, Thränen liefen ihm aus den Augen. Zum Glück kam die Magd Ittenbachs zu Hilfe, um für den angedonnerten Laufburschen die Vertheidigung zu übernehmen. Es sei ja der Kampmann, sagte sie; was er bringe, sei gar nichts Schlechtes, es sei eine Gegenschrift. Erst jetzt erkannte Mallinckrodt den Verfolgten. Er war sogar ein besonderer „Protégé" seiner werthen Gattin. „Beschämt", schreibt er, „reichte ich ihm die Hand der Versöhnung, erlegte fünf Silbergroschen Schmerzensgeld und überließ der Elsbeth die weitere Tröstung."

Die innige Zusammengehörigkeit der Geschwister Mallinckrodt hatte nicht aufgehört dadurch, daß Else in die Reihe eingetreten, Bertha aus derselben geschieden war. Das einzige, was sich änderte, wenn auch aus ganz anderen Rücksichten, war, daß Hermann jetzt von Paulinens Vermögensverwaltung zurücktrat, die er volle 20 Jahre geführt hatte, und (Ende 1862) mit ihr die Schlußabrechnung hielt. Georg v. Mallinckrodt, stets voll Liebe und Aufmerksamkeit für seinen Bruder und dessen Angehörige, verordnete zu Elsens Namenstag (19. November 1862), daß sie zum Geschenk ihren Gatten von einem der Düsseldorfer Künstler solle malen lassen. Else war dadurch freudig erregt, Hermann aber meinte, so sehr dies Geschenk seine „dankbare Anerkennung herausfordere", so habe er doch „gewisse Scrupel". Er überlegte es sich mehrere Wochen und neigte zu dem Entschluß, es abzulehnen.

„Ich habe Else consultirt," schrieb er endlich, nachdem er bemerkte, daß sein persönliches Bedenken nicht schwinden wolle, „fand aber, daß mein Bedenken sich

inzwischen auch bei ihr eingenistet hat. Dächte ich nicht, daß mein Vorgang gewissermaßen nöthig zu sein scheint, damit Ihr beide auf die Leinwand kommt, so würde ich vermuthlich dankend ‚Nein‘ sagen. Allein diese Rücksicht hält die Balance. Else meint, der richtige Ausweg sei der, daß das Bild für Böddeken bestimmt werde, wobei sie den erheblichen Vortheil habe, daß es existire."

Diese Entscheidung leuchtete auch Hermann ein, Ittenbach wurde zu Rathe gezogen, und dieser, obgleich damals nicht recht wohl, entschloß sich aus persönlichem Interesse für Mallinckrodt, das Portrait selbst auszuführen. Er versprach ein Brustbild zu liefern, wie es Hermann für seine vier Wände für passend hielt, „nicht prätentiös, frei von der modernen Effecthascherei, das sich doch in gewisser Weise auch als Kunstwerk gebe". Aber als es fertig war, mußte Else es doch behalten. Am 23. August 1863, dem „Kapellen-Kirmeßtag" und ihrem Hochzeitstag, saß Else zum erstenmal vor Hermanns Bild, das sie über ihrem Schreibtisch aufgehängt hatte, und schrieb an Bruder Georg ihren Dank und die Versicherung, daß nach aller Urtheil das Bild sehr gut ausgefallen sei. Dafür ruhte aber Hermann nicht, bis auch die Böddeker Geschwister auf der Leinwand waren. Pfingsten 1865 reiste Ittenbach nebst seiner Gemahlin zu Besuch nach Böddeken, nachdem Hermann vorher alles sorglich überlegt und sogar schon die Goldrahmen bestellt hatte. Georg v. Mallinckrodts schöner, ausdrucksvoller Kopf im Saale von Böddeken gibt noch heute dem Meister ehrendes Zeugniß.

Doch auch trübe Tage waren in jenen Zeiten der Familie nicht erspart. August 1864 waren mehrere Kinder Georg v. Mallinckrodts ernstlich erkrankt, Böddeken plötzlich in ein Lazareth umgewandelt. Georg selbst weilte gerade zur Kur in Boppard, wozu ihn sein Bruder Hermann gedrängt hatte. Nach Hause geeilt, fand er eines der Kleinen sterbend. Drei andere der Kinder lagen krank.

„Wie Gott will, ja!" schrieb Hermann 31. August tröstend an den Bruder, „und an dem Ziele, nach welchem so viele Menschen auf sorgen- und klippenvollem Wege hinstraucheln, ist Paulchen sonder Gefährde angelangt — ja! Aber es thut mir weh, und das nicht bloß um Euretwillen, mir fehlt sie auch in Eurem Hause und in meinen Gedanken. Möge sie unsere Fürsprecherin sein!"

Auch in Bezug auf die anderen kleinen Kranken äußerte er seine Besorgniß. „Wir wollen eifrig um einen guten Ausgang — aber auch hier nur ‚secundum voluntatem Dei‘ — beten", ermuthigt er die Trauernden, „und den Dank nicht vergessen dafür, daß Hermann Reconvalescent ist." Noch ein zweites von Georgs Kindern starb. Wenige Monate später stand auch Hermann an der Bahre eines Kindes. 24. Februar 1865 war sein erstes Töchterchen getauft worden. Es war ein frisches, munteres Kind. Ein kleines Unwohlsein, das es befiel, schien unbedenklich, aber schon am 9. März lag es im Sarg. In der Morgenfrühe dieses Tages, da man

eben eine Wendung zum Bessern erkennen wollte, war es in den Armen des Vaters selbst unerwartet verschieden. „Das Isabeinchen liegt in meinem Zimmer in seinem Bettchen," schrieb er, als er dem Bruder die Uebersendung der Leiche nach Böddeken anzeigte, „und sieht wirklich ganz nett aus, Elsbeth macht ihr öftere Besuche." Er reiste selbst nach Böddeken, um der Bestattung des Kindes anzuwohnen.

Abgesehen von diesem einen traurigen Anlaß gab es auch sonst Gelegenheiten zu Reisen in Fülle, auch nachdem der „Ritt nach Berlin" nicht mehr in seinen Jahrbüchern zu verzeichnen war. Die alte Reiselust war noch nicht ganz ausgestorben, und er hielt auch grundsätzlich daran fest, daß Else nicht das ganze Jahr zu Hause sitzen sollte. Böddeken und Mittenheim übten ohnehin mächtige Anziehung. Im Sommer 1864, da Else ihre Schwester Thekla und die Nichte von Böddeken als Gäste bei sich hatte, benützte Hermann diese Anwesenheit als „Freibrief zur eigenen Abwesenheit" und reiste zunächst nach Stuttgart zum Pferdemarkt, um im Auftrag des Bruders Georg einen tüchtigen Gaul für Böddeken zu kaufen, was nach eingehender Berichterstattung mit großer Ueberlegung und Sachkenntniß ausgeführt wurde.

Aber die Hauptaufgabe der Reise war, den Stand der Dinge in Mittenheim wieder einmal zu prüfen. Auf dem Rückweg ging es über den Bodensee nach Badenweiler, um der kranken Frau v. Sydow einen Freundschaftsbesuch zu machen, dann über Freiburg nach Speier, wo er bei Frau v. Maillot (Adelheid v. Leerodt aus Aachen) den Abend en famille zubrachte. Den folgenden Tag suchte er noch Bischof v. Ketteler in Mainz auf. In Düsseldorf kam er eben recht, um noch von der Schwägerin Thekla v. Bernhard Abschied zu nehmen, die als Ehrendame zur Prinzessin Margarethe von Parma und Bourbon, einer Pensionsgenossin und Freundin, berufen war. Schon im Herbst 1862 hatte sie in Riedenburg ins Noviziat der Damen vom heiligsten Herzen eintreten wollen. Hermann hatte bereits Else's Brautkleid für sie nach München geschickt, das sie bei der Einkleidung tragen sollte. Doch ein Augenleiden nöthigte sie damals, noch vor der Einkleidung zurückzutreten. Wiederholt weilte sie seitdem zu Besuch bei ihrer Schwester und war, wie Hermann immer wieder anerkannte, der Familie eine große Stütze. Sie lebte dabei sehr zurückgezogen. „Für Thekla werden Ballprojecte nicht gemacht", schrieb Hermann, als er 1864 seine Nichte zur Theilnahme an dem Düsseldorfer geselligen Leben in sein Haus einlud. Die Berufung der jungen Schwägerin zur Prinzessin von Parma wurde von seiten der Familie und auch von Hermann als ein recht glückliches Ereigniß betrachtet. Die verwaiste Prinzessin lebte in Frohsdorf, bezw. Venedig bei ihrem Onkel, dem Grafen v. Chambord. Sie war erst 17 Jahre alt und gleichfalls aufrichtig fromm, an ihrer Seite konnte Thekla auch eine schöne

Aufgabe erfüllen. Im übrigen sollte voraussichtlich ihr Dienst nur währen, bis die Prinzessin die Großjährigkeit, d. h. ihr 21. Jahr, erreicht haben würde.

Das Jahr 1865 machte für Mallinckrodt eine längere Abwesenheit zum Zweck einer Badekur nothwendig. Er stand jetzt in den besten Mannesjahren, aber seine Gesundheit war bereits sehr geschwächt, er war vor der Zeit gealtert. Fast alle Jahre mußte er von längerem Unwohlsein melden. Der Rheumatismus in der linken Seite, den er in seinen jungen Jahren noch weggekegelt hatte, kam immer bedenklicher wieder; auch das Uebel am Kopf drohte wiederholt mit neuem Ausbruch. „Ich habe wegen Erkältung und Hals," schrieb er November 1863, „acht Tage Hausarrest gehabt und mir heute nochmal selbst Arrest gegeben, weil als Nachwehen die Ohren geschwollen sind, und den Ueberfluß ausschwitzen müssen." „Sonntag und Montag bis gegen Abend habe ich im Bett gelegen," hieß es nach der Münchener Reise (Juli 1864), „um den Rheumatismus auszuschwitzen und auszuhungern. Aus dem Kopf ist er auch heraus, aus der Schulter noch nicht, indes mag ich mich nicht weiter darum kümmern. Mit besserem Wetter wird's von selbst aus sein." Er entschloß sich nun zur Kur in Gastein.

Schon 19. Mai reiste Else mit dem Kind voraus, um in Frankfurt Frau v. Sydow, in Augsburg die Verwandten zu besuchen. Am 2. Juni holte sie Hermann in Augsburg ein, dann machten sie erst gemeinsam eine kleine Gebirgsreise. „Sie muß doch auch einiges Vergnügen von dem langen Reisen haben", meinte er. Ueber Reichenhall und Königsee besuchten sie Salzburg. Von hier aus fuhr Hermann allein nach Gastein weiter, wo er nicht ganz drei Wochen blieb. Die Anforderungen an ihn in Düsseldorf waren so vielseitig, daß er selbst hierher Arbeit hatte mitnehmen müssen, die ihn „mehr als gut" in Anspruch nahm. 8. Juli traf er mit Else im Innthal wieder zusammen; 20. Juli erreichten sie nach verschiedenen Ausflügen und Besuchen wieder das eigene Heim. „Die Reise hat uns allen wohlgethan," meinte Hermann, „am sichtbarsten dem Buben. Die Wirkung Gasteins auf meinen Rheumatismus bleibt abzuwarten; einstweilen ist er noch da." Schon 11. August konnte er weiter berichten: „Gestern hat der Rheumatismus mich bei dem Leib gefaßt und im Bett resp. der Stube festgehalten. Heute rücke ich wieder langsam zur Regierung aus."

Die schweren, anstrengenden Monate in Berlin waren Mallinckrodt jetzt allerdings erspart. Ein über das andere Mal versichert er auch Bruder und Schwägerin, wie wohlthuend ihm dies sei. Allein wenn er auch jetzt weniger in die Oeffentlichkeit trat und sein Wirken auf kleinere Kreise sich beschränkte, so gehören doch diese Jahre keineswegs zu den unfruchtbaren seines Lebens, sollte sein ernster, pflichtbewußter Mannessinn solche überhaupt je gekannt haben. Die Angelegenheiten, die jetzt der Reihe nach in seine Hände gelegt wurden, häuften sich so, daß er 9. März 1866 seinen Bruder versichern

konnte, nie in seinem Leben habe er „die Hände voller zu thun gehabt als jetzt".

Schon 1861 hatte er die schöne That von Küstrin wiederholt zu Gunsten einer gänzlich verlassenen katholischen Gemeinde. Zu Alsleben a. S., nördlich von Halle, wo einst die katholische Kirche drei Gotteshäuser und ein Kloster besessen hatte, war jetzt eine arme katholische Gemeinde von 300—400 Seelen ohne Kirche, ohne Schule, ohne Priester. Mallinckrodt, auf diese Noth aufmerksam geworden, stiftete nun abermals eine „Vereinigung", um wenigstens für den Unterhalt eines Priesters die Mittel aufzubringen. Es war eben das erste Jahr seiner Ehe, und zu Ehren der Namenspatronin seiner Gattin erhielt die Stiftung den Namen „Einigung der hl. Elisabeth". „Daß die Gründung der Gemeinde nothwendig war," schrieb er 28. December 1865 an Herrn v. Savigny, „mag daraus erhellen, daß die Zahl der Schulkinder sich dermalen (im zweiten Jahre des Bestehens) schon zwischen 50 und 60 stellt." Während für Küstrin, schon wegen seiner weiten Entfernung, die Leitung in anderen Händen ruhen mußte und Mallinckrodt bis 1872 nur jährlich seine Beiträge einsandte, trat er hier dauernd an die Spitze der Einigung als „Geschäftsführer". Er selbst warb die Theilnehmer an, darunter auch seinen Bruder Georg, seine alte Freundin, die Geheimräthin Schmidt in Berlin, sowie den als trefflichen Katholiken bekannten preußischen bevollmächtigten Minister in Frankfurt a. M., Wirkl. Geh. Rath v. Savigny u. a., und wenn, wie es mehrmals vorkam, die Einigung durch Tod oder Ausscheiden von Mitgliedern nicht vollzählig war, deckte er den Ausfall, abgesehen von dem eigenen jährlichen Beitrag aus seinen Mitteln. Der Missionspriester schrieb ihm ab und zu über die Verhältnisse der Gemeinde, und Mallinckrodt selbst arbeitete den Jahresbericht über die Mission für den Vorstand des Bonifatiusvereins. Dabei war er aber auch dem Pfarrer selbst ein wohlwollender Gönner, trug Sorge für dessen Gesundheit, hielt Rath mit ihm über die dortigen Angelegenheiten, kurz, nahm sich edel und großmüthig der Sache an, als wäre es von Amts und Berufs wegen seine Pflicht.

„Die Missionsgemeinde", schrieb er December 1865, „hat das Glück, einen sehr tüchtigen Pfarrer zu besitzen." „Pfarrer Becker war hier zu Besuch", hieß es ein anderes Mal. „Von, resp. über Becker in Alsleben", winkt er 23. October seinem Bruder, „hörte ich neulich von seinem Dechanten, er sei wieder matt und nicht recht im Zeuge, es fehle ihm die nöthige Pflege, ein tägliches Glas Wein (wenn ich mich recht erinnere) u. dgl. Er selbst hat lange nichts von sich hören lassen."

Der Pfarrer hat ihn später den „treuen Versorger und Pflegevater" der Mission genannt. Auch Else nahm am Gedeihen der Mission lebhaften Antheil. Es war eine Art von Lohn für Mallinckrodt, daß sein Tod das schöne Werk in Alsleben vollenden und das erreichen sollte, was seine Auf-

opferung im Leben nicht vermocht hatte. Schon wenige Wochen, nachdem Mallinckrodts früher Tod ganz Deutschland in Trauer versenkt hatte, regte der Missionspfarrer von Alsleben den Gedanken an, durch Erbauung von Kirche, Schule und Pfarrhaus Mallinckrodts Werk zu vollenden und so ihm ein bleibendes Denkmal zu setzen. Bis Ausgang 1875 stand alles vollendet, und ein kunstvolles Glasfenster, die Patrone der verstorbenen Eheleute Mallinckrodt darstellend, von edlen Männern Münchens gestiftet, verewigt seit dem Weihnachtsfeste jenes Jahres das Andenken dessen, dem die Mission ihr Bestehen verdankt.

Weniger in die Augen springend, aber weit umfassender war das Gute, was Hermann durch seine hervorragende Betheiligung bei einem andern, allerdings sehr verschiedenartigen Unternehmen gewirkt und vorbereitet hat. Gerade der Ausfall der Wahlen (October 1863) in den katholischen Provinzen hatte es in erschreckender Weise wieder an den Tag gebracht, wie sehr es auch bei gutgesinnten Katholiken oft an Verständniß fehle für die Fragen des öffentlichen Lebens und deren Tragweite, und mehr noch an der Einigkeit, um das zu erreichen, was für die gemeinsame Sache das Ersprießliche. Dies führte Weiterblickende zu dem Gedanken, wie wünschenswerth es sein würde, wenn sich eine Anzahl wahrheitsliebender Gesinnungsgenossen, verschiedenen Lebensstellungen angehörend, zusammenfände, um sich, von der sichern Grundlage einer gleichen religiösen Ueberzeugung ausgehend, zunächst im engern Kreise zu verständigen und dann die gewonnene Einsicht auch in weitere Kreise zu tragen. Der Anstoß, diesen Wunsch für Westfalen wenigstens zu verwirklichen, ging vom Mallinckrodt'schen Freundeskreise aus. Nachdem schon mündliche Verabredung getroffen war, lud ein Rundschreiben vom 16. December 1863, unterzeichnet von Wilderich v. Ketteler und Alfred Hüffer, die Betheiligten zu einer Versammlung ein, die 12. Januar 1864 im Overwegh'schen Gasthof in Soest stattfinden sollte. Schon dieser ersten Einladung war ein Statutenentwurf beigefügt, dessen definitive Feststellung die Aufgabe der ersten „Soester Versammlung" bilden sollte. Mallinckrodt arbeitete gerade am Jahresbericht für seine Mission in Alsleben, als sein Schwager den vorläufigen Entwurf und den Termin für die erste Versammlung mittheilte.

„Du weißt, ich bin kein Sanguiniker," antwortete er, „und deshalb auch in Lust und Liebe etwas lauer als andere Leute. Indessen kann ich wenigstens ernstliches Interesse zusagen, und damit wirst Du schon zufrieden sein. Im übrigen werden die Einladenden sich pro primo als Referenten zu betrachten haben und alle Eingeladenen zum mindesten einen recht vergnügten Abend haben."

Der Hauptzweck dieser Versammlungen sollte die gründliche Besprechung über die politischen Fragen der Gegenwart sein zu gegenseitiger Belehrung und Verständigung unter gleichgesinnten Männern. Die im engern Kreise

konnte, nie in seinem Leben habe er „die Hände voller zu thun gehabt als jetzt".

Schon 1861 hatte er die schöne That von Küstrin wiederholt zu Gunsten einer gänzlich verlassenen katholischen Gemeinde. Zu Alsleben a. S., nördlich von Halle, wo einst die katholische Kirche drei Gotteshäuser und ein Kloster besessen hatte, war jetzt eine arme katholische Gemeinde von 300—400 Seelen ohne Kirche, ohne Schule, ohne Priester. Mallinckrodt, auf diese Noth aufmerksam geworden, stiftete nun abermals eine „Vereinigung", um wenigstens für den Unterhalt eines Priesters die Mittel aufzubringen. Es war eben das erste Jahr seiner Ehe, und zu Ehren der Namenspatronin seiner Gattin erhielt die Stiftung den Namen „Einigung der hl. Elisabeth". „Daß die Gründung der Gemeinde nothwendig war," schrieb er 28. December 1865 an Herrn v. Savigny, „mag daraus erhellen, daß die Zahl der Schulkinder sich dermalen (im zweiten Jahre des Bestehens) schon zwischen 50 und 60 stellt." Während für Küstrin, schon wegen seiner weiten Entfernung, die Leitung in anderen Händen ruhen mußte und Mallinckrodt bis 1872 nur jährlich seine Beiträge einsandte, trat er hier dauernd an die Spitze der Einigung als „Geschäftsführer". Er selbst warb die Theilnehmer an, darunter auch seinen Bruder Georg, seine alte Freundin, die Geheimräthin Schmidt in Berlin, sowie den als trefflichen Katholiken bekannten preußischen bevollmächtigten Minister in Frankfurt a. M., Wirkl. Geh. Rath v. Savigny u. a., und wenn, wie es mehrmals vorkam, die Einigung durch Tod oder Ausscheiden von Mitgliedern nicht vollzählig war, deckte er den Ausfall, abgesehen von dem eigenen jährlichen Beitrag aus seinen Mitteln. Der Missionspriester schrieb ihm ab und zu über die Verhältnisse der Gemeinde, und Mallinckrodt selbst arbeitete den Jahresbericht über die Mission für den Vorstand des Bonifatiusvereins. Dabei war er aber auch dem Pfarrer selbst ein wohlwollender Gönner, trug Sorge für dessen Gesundheit, hielt Rath mit ihm über die dortigen Angelegenheiten, kurz, nahm sich edel und großmüthig der Sache an, als wäre es von Amts und Berufs wegen seine Pflicht.

„Die Missionsgemeinde", schrieb er December 1865, „hat das Glück, einen sehr tüchtigen Pfarrer zu besitzen." „Pfarrer Becker war hier zu Besuch", hieß es ein anderes Mal. „Von, resp. über Becker in Alsleben", winkt er 23. October seinem Bruder, „hörte ich neulich von seinem Dechanten, er sei wieder matt und nicht recht im Zeuge, es fehle ihm die nöthige Pflege, ein tägliches Glas Wein (wenn ich mich recht erinnere) u. dgl. Er selbst hat lange nichts von sich hören lassen."

Der Pfarrer hat ihn später den „treuen Versorger und Pflegevater" der Mission genannt. Auch Else nahm am Gedeihen der Mission lebhaften Antheil. Es war eine Art von Lohn für Mallinckrodt, daß sein Tod das schöne Werk in Alsleben vollenden und das erreichen sollte, was seine Auf-

opferung im Leben nicht vermocht hatte. Schon wenige Wochen, nachdem Mallinckrodts früher Tod ganz Deutschland in Trauer versenkt hatte, regte der Missionspfarrer von Alsleben den Gedanken an, durch Erbauung von Kirche, Schule und Pfarrhaus Mallinckrodts Werk zu vollenden und so ihm ein bleibendes Denkmal zu setzen. Bis Ausgang 1875 stand alles vollendet, und ein kunstvolles Glasfenster, die Patrone der verstorbenen Eheleute Mallinckrodt darstellend, von edlen Männern Münchens gestiftet, verewigt seit dem Weihnachtsfeste jenes Jahres das Andenken dessen, dem die Mission ihr Bestehen verdankt.

Weniger in die Augen springend, aber weit umfassender war das Gute, was Hermann durch seine hervorragende Betheiligung bei einem andern, allerdings sehr verschiedenartigen Unternehmen gewirkt und vorbereitet hat. Gerade der Ausfall der Wahlen (October 1863) in den katholischen Provinzen hatte es in erschreckender Weise wieder an den Tag gebracht, wie sehr es auch bei gutgesinnten Katholiken oft an Verständniß fehle für die Fragen des öffentlichen Lebens und deren Tragweite, und mehr noch an der Einigkeit, um das zu erreichen, was für die gemeinsame Sache das Ersprießliche. Dies führte Weiterblickende zu dem Gedanken, wie wünschenswerth es sein würde, wenn sich eine Anzahl wahrheitsliebender Gesinnungsgenossen, verschiedenen Lebensstellungen angehörend, zusammenfände, um sich, von der sichern Grundlage einer gleichen religiösen Ueberzeugung ausgehend, zunächst im engern Kreise zu verständigen und dann die gewonnene Einsicht auch in weitere Kreise zu tragen. Der Anstoß, diesen Wunsch für Westfalen wenigstens zu verwirklichen, ging vom Mallinckrodt'schen Freundeskreise aus. Nachdem schon mündliche Verabredung getroffen war, lud ein Rundschreiben vom 16. December 1863, unterzeichnet von Wilderich v. Ketteler und Alfred Hüffer, die Betheiligten zu einer Versammlung ein, die 12. Januar 1864 im Overwegh'schen Gasthof in Soest stattfinden sollte. Schon dieser ersten Einladung war ein Statutenentwurf beigefügt, dessen definitive Feststellung die Aufgabe der ersten „Soester Versammlung" bilden sollte. Mallinckrodt arbeitete gerade am Jahresbericht für seine Mission in Alsleben, als sein Schwager den vorläufigen Entwurf und den Termin für die erste Versammlung mittheilte.

„Du weißt, ich bin kein Sanguiniker," antwortete er, „und deshalb auch in Lust und Liebe etwas lauer als andere Leute. Indessen kann ich wenigstens ernstliches Interesse zusagen, und damit wirst Du schon zufrieden sein. Im übrigen werden die Einladenden sich pro primo als Referenten zu betrachten haben und alle Eingeladenen zum mindesten einen recht vergnügten Abend haben."

Der Hauptzweck dieser Versammlungen sollte die gründliche Besprechung über die politischen Fragen der Gegenwart sein zu gegenseitiger Belehrung und Verständigung unter gleichgesinnten Männern. Die im engern Kreise

unter Männern aus den verschiedensten westfälischen Landestheilen und ständischen Lebensverhältnissen herbeigeführte freundschaftliche Annäherung und tiefere Verständigung sollte dann auch auf weitere Kreise wirken. Denn es war selbstverständlich, daß die einzelnen Theilnehmer in ihrer Heimat und Umgebung die gewonnene Einsicht und Klarheit auch weiter verbreiten und für dieselbe Propaganda machen würden. Ein unmittelbares Hervortreten nach außen, eine unmittelbare äußere praktische Wirksamkeit lag von Anfang an nicht in der Absicht. Aber im Hinblick auf die ungestümen Parteiagitationen, die von feindlicher Seite ausgingen, trat allerdings ein Verlangen und eine Art Bedürfniß gerade auch nach diesem wiederholt fast mit Ungeduld zu Tage. Es wurde dann hingewiesen auf Vereinswesen, Presse und Wahlen als die naturgemäßen Mittel, den gewonnenen Ueberzeugungen allmählich Geltung zu verschaffen. Direct haben die Soester Versammlungen sich trotzdem nie zum Verein ausgestaltet und auch auf Presse und Wahlen direct nur wenig eingewirkt, aber sie haben Männer herangebildet, die Einsicht und Kraft besaßen, es zu thun, und hielten diese Männer unter sich geeinigt. So konnte ein Mann, der wie wenige andere befugt ist, über die kirchlich-politische Entwicklung Deutschlands ein Urtheil zu sprechen, seine Meinung dahin äußern, die Soester Versammlungen seien die Vorschule des spätern „Centrums" gewesen.

Zur ersten Soester Versammlung hatten zwölf Männer sich zusammengefunden, die beiden v. Mallinckrodt, ihr Schwager Hüffer und Pastor Klein (der nachmalige Paderborner Domkapitular), der damals bei Georg v. Mallinckrodt auf Böddeken lebte, Wilderich v. Ketteler, Freiherr v. Schorlemer-Overhagen, die beiden Plaßmann, der mit Hermann v. Mallinckrodt befreundete Propst Wiemann von Dortmund, Pfarrer Dr. Michelis, Bürgermeister Wulff aus Arnsberg und Gerichtsassessor Kellerhoff. Sie einigten sich auf folgendes Programm:

„Die Unterzeichneten waren hierher zusammengekommen, um zunächst unter sich durch freundschaftliche Besprechung eine Verständigung über die Auffassung der socialen und politischen Tagesfragen, und zwar auf positiv christlicher Grundlage, herbeizuführen.

„Auf gegebene Veranlassung soll diese freundschaftliche Zusammenkunft öfters wiederholt werden, so jedoch, daß die Gegenstände der nächsten Besprechung nach Möglichkeit vorher bestimmt werden.

„Zu den künftigen Besprechungen sollen mit gegenseitiger Uebereinstimmung auch andere Personen zugezogen werden, welche gleich den Bezeichneten verschiedenen Lebensstellungen und Ständen angehören."

Schon 14. Februar konnte Hüffer zehn Neucooptirten vertraulich das Programm mittheilen unter dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß es sich nicht um einen „Verein", sondern lediglich um freundschaftliche Besprechung

handle. Unter den neuen Theilnehmern war Freiherr v. Schorlemer-Alst, Stadtrath Zumloh von Münster, Graf Ferdinand Schmising-Kerssenbrock u. a. Nachdem die Versammlung vom 12. Januar einen mehr vorbereitenden Charakter gehabt hatte, tagte 1. März 1864 die erste eigentliche und ordentliche Versammlung. 14 Theilnehmer waren erschienen, Hermann v. Mallinckrodt wurde für diesmal zum Präsidenten gewählt und übernahm den Vorsitz. Gegenstand der Besprechung bildete die schleswig-holstein'sche Frage, in welcher jedoch der Vorsitzende viel weniger rosig sah wie die übrigen Hauptsprecher und daher lebhaft in die Debatte eingriff. Doch glaubte er zuletzt, das wenigstens als Einigungspunkt hervorheben zu können: zu entscheiden, ob der Augustenburger Recht habe, sei nicht ihre Sache, aber daran müßten sie festhalten, daß nicht das Interesse, sondern allein das Recht zu entscheiden habe. Auch eine Billigung und Zustimmung zum Vorgehen der beiden deutschen Großmächte hielt er noch für verfrüht. Man könne Gutes hoffen, aber nicht bestimmt voraussetzen; es müsse sich erst zeigen, was die Großmächte eigentlich wollen.

Zuletzt gab es noch einen energischen Zusammenstoß zwischen Mallinckrodt und Dr. Michelis. Letzterer wollte sofort eine offene Erklärung über die holstein'sche Sache in der Presse, Mallinckrodt war entschieden dagegen und drang endlich durch.

Es wurden diesmal auch drei der Theilnehmer zu einer Commission gewählt, um über Statuten der Vereinigung zu berathen und ihre Ergebnisse in der nächsten Versammlung vorzulegen. Es waren Georg v. Mallinckrodt, Hüffer und Pastor Klein. Dies war denn auch der erste Gegenstand der Verhandlung, als man sich 27. April 1864 wieder versammelte. Unter den 26 Theilnehmern fand sich diesmal auch Freiherr v. Schorlemer-Alst. Den Vorsitz führte Staatsanwalt Plaßmann. Hermann betheiligte sich auch diesmal wieder sehr eifrig an den verschiedenen Discussionen, und besonders anregend wirkten die Ausführungen, die er an Plaßmanns Vortrag über die Gemeindefrage anknüpfte. Er besprach die historische Bedeutung der Gemeinden in der Vergangenheit, ihre Beziehungen zum heutigen Staatswesen und dem geistigen Leben der Nation, das Gemeindeleben an sich, die Gemeinde-Angehörigkeit, Gemeindevertretung, Abhängigkeitsverhältniß der Gemeinde vom Staat. Sehr ernst stimmte v. Ketteler mit ihm überein, als er über das Schwinden des Gemeindesinnes und die wachsende Gleichgiltigkeit gegen die Communallasten Klage führte. Einen Vortrag über die deutsche, bezw. schleswig-holstein'sche Frage hatte er für diesmal besonders vorbereitet, vermochte ihn aber wegen weit vorgeschrittener Zeit nicht zu Ende zu führen.

Als im Laufe dieses Abends die früher gewählte Commission ihre Anschauungen hinsichtlich der Statuten darlegte, kam es zu Meinungsverschiedenheiten, ob es sich bei diesen Vorschlägen bereits um einen eigentlichen Verein

handle, ob ein solcher wenigstens erstrebt werden solle, oder ob es auch ferner mit freundschaftlichen Zusammenkünften sein Bewenden habe. Hermann, mit der Unfruchtbarkeit solcher Streitigkeiten bekannt, meinte, daß man nicht nach dem Namen fragen, sondern sich nur erst klar werden solle über das Wie der Constituirung und des fernern Wirkens. Man solle von allen herkömmlichen Bezeichnungen, ob „Verein“ oder nicht, völlig absehen und nur vorurtheilsfrei die Sache ins Auge fassen und fragen: Was wollen wir?

Dies leuchtete ein, und wiewohl bei der 4. Juli unter Hüffers Vorsitz tagenden Versammlung Mallinckrodt, eben erst von der bayerischen Reise mit einem Unwohlsein zurückgekehrt, nicht theilnehmen konnte, wurde er doch nebst Wilderich v. Ketteler und Staatsanwalt Plaßmann ausersehen, um für das weitere Wirken der Vereinigung ein „Parteiprogramm“ zu entwerfen. Dieser Auftrag war indes leichter gegeben als ausgeführt. Mallinckrodt selbst wollte beinahe daran verzweifeln.

„In der Politik und in der Stimmung des Publikums ist Windstille,“ schrieb er 4. September, „und was das Parteiprogramm angeht, so hat Ketteler mir geschrieben, vielleicht möchte ein Engel es fabriciren können; er wisse nichts vorzuschlagen als: ‚Liebe deinen Nächsten wie dich selbst‘. Von Plaßmann habe ich nichts gehört, und ich meinerseits habe den Auftrag einstweilen im Essig der Rathlosigkeit liegen lassen müssen, weil ich die Muße nicht hatte, welche zum entsprechenden und muthmaßlich doch sehr wenig ergebnißreichen Kopfzerbrechen gehört. Ich will mich noch nicht geradezu bankerott erklären, allein: ‚Eile mit Weile‘.“

In der That war das Programm zur rechten Zeit gefunden, und Mallinckrodt entwickelte es ausführlich in der Versammlung vom 7. November 1864. Der Vortrag, den er bei dieser Gelegenheit hielt, ist in der That von dem höchsten Interesse und verdiente es, daß auf Anregung Wilderichs v. Ketteler die Versammlung einstimmig die Bitte an ihn richtete, das Vorgetragene schriftlich zu fixiren.

Alle Politik — so begannen im wesentlichen seine Ausführungen — hat den Staat zum Objecte, dieser die bürgerliche Gesellschaft. Jeder Staat muß als eine charakteristische Gesellschaft betrachtet werden. Die Aufgabe des Staates ist der Schutz der Gesellschaft. Es scheint, daß das Recht einer höhern Ordnung da anfängt, wo die niedere Ordnung nicht mehr weiter wirken kann. Der Staat soll also die gesammte bürgerliche Gesellschaft schützend und leitend umfassen.

Es handelte sich nun darum, von den gesellschaftlichen Verhältnissen Westfalens ein richtiges Bild zu geben, um dann bestimmen zu können, was man in Bezug zunächst auf Westfalen vom Staate wünschen und erstreben solle. Der Redner zog demnach eine Parallele zwischen den Verhältnissen Westfalens zu Ende des vorigen Jahrhunderts und den jetzigen, indem er

hindeutete auf die hauptsächlichsten Veränderungen und Umwälzungen und die sich daraus ergebenden Vortheile, Nachtheile und Bedürfnisse.

Dem gegenüber konnte jetzt praktisch die Frage gestellt werden: Was wollen wir? Und die Frage beantwortet er schließlich nach eingehender inductiver Beweisführung: das Programm müsse sich concentriren in der „Forderung allseitiger Parität". Er verstand darunter die Parität der Stämme (des Westens hinsichtlich des Ostens), Parität der Confessionen, und zwar auch factische, nach allen Richtungen hin, Parität der Gesellschaftsgruppen in Bezug auf den staatlichen Schutz, und dem entsprechend auch in der deutschen Frage das föderalistische, auf gleiches Recht gegründete System.

Ueberraschend sind oft seine Bemerkungen im einzelnen. Man könne, meinte er in Bezug auf die Parität der Stämme, einen gewissen militärischen Uebermuth neben protestantischem Hochmuth im preußischen Osten gegenüber dem Westen nicht verkennen. Wohl gebe jener sich als deutsch, aber mehr um eine erhöhte Bedeutung zu gewinnen. Der Westen solle seine Geschichte nicht vergessen, bloß weil er mit dem Osten vereinigt sei. Er wies hin auf die so zahlreich in die westlichen Provinzen importirten Beamten, aber, meinte er, man müsse darüber nicht bloß klagen, die Katholiken der westlichen Provinzen müßten die nöthigen Leute stellen. Bloßes Klagen und Schmollen helfe nichts, und das Zurückziehen gar nichts.

Fürs Gemeindeleben betrachtete er als seine wichtigste Aufgabe ein „Hinarbeiten auf stärkeres Bürgerthum". Das sei die schwere Frage, wie den Fabriken und dem Kapital gegenüber der Bürgerstand zu schützen sei. Man müsse jede Gelegenheit ergreifen, zumal um dem Handwerker aufzuhelfen. Die Arbeiter dagegen, meinte er, stünden am Ende nicht so schlecht, wie man oftmals annehme. Trotzdem aber solle man mit Nachdruck alles unterstützen, was auf Sicherung der Arbeiterverhältnisse hinziele. Ueber die Großindustrie bemerkte er, es fehle meist die Bildung, welche so nöthig wäre neben der Fülle der Kraft und Bedeutung dieses neuen Standes. Daher denn die verhängnißvolle Geistesrichtung, welcher so viele Großindustrielle nachgehen. Es liege im allgemeinen Interesse, daß man der Industrie gerecht werde, und das vollständige Fehlen derselben in der damaligen Kreisvertretung sei ein Uebelstand, dessen Beseitigung wünschenswerth. Aber auch nur gerecht werden solle man ihr, keineswegs sie verhätscheln.

An diesen Vortrag Mallinckrodts schloß sich eine längere Besprechung, in der man sich einigte, auch fernerhin von einem bestimmt formulirten Programm und eigentlichen Statuten abzusehen. Nur solle von jetzt an Kreisgerichtsrath Hüffer der ständige Vorsitzende sein, solle sich einige Assistenten selbst wählen, solle dann hinfort die Versammlungen ansagen, die Referate und Vorträge bestimmen, und in Anbetracht der größern Zahl von Theilnehmern sollten nur mehr alle drei Monate Versammlungen stattfinden.

Corporationsrechte wurden nicht verliehen. Durch Ministerialrescript vom 29. Mai 1866 wurde die Ertheilung der nachgesuchten Rechte davon abhängig gemacht, daß die vorhandenen Bedenken erst durch Statutenveränderung beseitigt würden. Diese Bedenken aber waren: daß dem kirchlichen Elemente ein zu großer Einfluß auf die Anstalt eingeräumt sei, und daß die Statuten die Leitung der künftigen Anstalt den Mitgliedern eines nicht näher bezeichneten Ordens vorbehalten werde, worin eine indirecte Umgehung des § 13 der Verfassungsurkunde erkannt werden wollte. Aber gerade diese Statutenbestimmungen aufzugeben war der Vorstand durchaus nicht gewillt. Mallinckrodt war über die Schwierigkeiten, die man einem edlen Unternehmen dieser Art, wie ihm schien, unbegründet und in übelwollender Absicht in den Weg legte, bis in die Seele hinein entrüstet und hat diese seine Empfindung auch unverhohlen ausgesprochen.

„Ich reiste kürzlich nach Berlin," erzählt er in einem Briefe an den damaligen preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt, Geheimen Rath v. Savigny, 28. December 1865, „um den Schwierigkeiten zu begegnen, welche sich der Verleihung von Corporationsrechten an einen hiesigen Verein entgegenstellen, welcher mehrere tausend Mitglieder, vom Fürsten bis zum Taglöhner herab, umfaßt und keine andere Aufgabe verfolgt als die Gründung eines auf 400—500 Betten einzurichtenden Kranken- und Pflegehauses unter Leitung barmherziger Schwestern. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Oberpräsidium, Justiz- und Ministerium des Innern, anstatt derartigen Unternehmungen jeden Vorschub zu leisten, sich ein Geschäft daraus machen, denselben alle möglichen Hemmnisse zu bereiten, sobald eine kirchliche Färbung zu spüren oder gar von geistlichen Orden die Rede ist; allein ich habe mich leider von der Thatsache überzeugen müssen, daß das Cultusministerium auf diesem und ähnlichen Gebieten sich zur Zeit in einem sehr unerquicklichen Gegensatze zu den beiden anderen Ministerien befindet und in seinen anerkennenswerthen Bestrebungen durch deren theils in Vorurtheil und Unkenntniß, theils auch in positiver Feindseligkeit wurzelnden Widerstand mattgestellt wird. Das Ende vom Liede bei derartigen Angelegenheiten ist bei gehöriger Ausdauer in der Regel dann doch die Erreichung des Zieles, allein mit der unersprießlichen Zugabe, daß die Interessenten sich zu keinem Danke mehr verpflichtet fühlen, sondern im Gegentheil Stoff zur Mißstimmung gegen die Regierung aus dem Vorgange entnehmen."

Erst im Spätherbst 1870, nachdem bereits die unteren Räume des Marienspitals mit Verwundeten sich gefüllt hatten, geruhte die Regierung, die lange erbetenen Rechte zu gewähren.

Glücklicher war Mallinckrodt in Bezug auf die anderen Hauptangelegenheiten seines Vereines. Ein guter Bauplatz wurde ausgewählt, schon Februar 1866 bei demselben eine eigene Ziegelbrennerei für den Bau angelegt und in demselben Monat für den Bauplan eine Concurrenz ausgeschrieben. Jedem dieser Schritte gingen Berathungen, Verhandlungen, Eingaben und Rescripte der verschiedensten Art voraus. Während er durch seinen Schwager

noch eigens den bewährten Architekten Güldenpfennig in Paderborn zur Theilnahme an der Concurrenz aufmuntern ließ, benutzte er seinen Mittenheimer Aufenthalt, um am Münchener allgemeinen Krankenhaus, das unter Leitung der barmherzigen Schwestern stand, eingehende Studien über die Spitaleinrichtung zu machen, was nach der Aussage von Augenzeugen mit fachmännischer Genauigkeit geschah. Am 1. August 1866 wurden wirklich vier Pläne eingereicht und einer eigens dazu bestellten Commission von Preisrichtern vorgelegt. „Augenblicklich nimmt mich die Aburtheilung der eingegangenen vier Concurrenzpläne für das Marienhospital sehr in Anspruch," schrieb Hermann 5. August, wiewohl er nicht selbst zu den Preisrichtern gehörte, „das ist gar so leicht nicht. Zwei davon sind ziemlich gelungen, ein gotischer und einer in Renaissance. Ersterer wird wohl den Vogel abschießen." Am 10. August hatten die Preisrichter entschieden, am 15. wurden Abänderungsvorschläge zum gewählten Plane angenommen, der Kauf des längst ausersehenen Grundstückes beschlossen und dem preisgekrönten Architekten die Leitung des Baues übertragen. In derselben Sitzung wurde auch der Beschluß gefaßt, für die Leitung des Hospitals in erster Linie die Aachener Franziskanerinnen in Aussicht zu nehmen.

Waren jetzt auch bei weitem nicht alle Mittel beschafft und alle Sorgen überwunden, so konnte man doch das Werk als ein gesichertes ansehen, und Hermann v. Mallinckrodt glaubte damit ohne Verletzung der Pflicht sein Amt niederlegen zu dürfen. Schon in der vorletzten Sitzung (10. August) hatte er seinen diesbezüglichen Entschluß angekündigt, namentlich mit Rücksicht auf seine bevorstehende lange Abwesenheit von Düsseldorf. Im Interesse des Vereins sprach der Vorstand über diese Eröffnung sein lebhaftes Bedauern aus und beschloß, einstweilen von einer Neuwahl abzusehen und Mallinckrodt auch ferner als Vorstandsmitglied zu betrachten. Erst 11. Januar 1867 wurde Regierungsrath Ulrich an seine Stelle zum Vorsitzenden gewählt. Mit dem Jahre 1873 waren Bau und Einrichtung des Marienhospitales vollendet, eine Stiftung so schön und großartig in jeder Hinsicht, wie sich deren nicht viele deutsche Städte rühmen können. Der Vorstand beschloß, über die ersten zehn Jahre seines Wirkens einen zusammenfassenden Bericht nebst den Statuten des Vereins erscheinen zu lassen. Derselbe ist unterschrieben vom 8. April 1874; als er eben in der Oeffentlichkeit erschien und Zeugniß ablegte von der Vollendung des großen Unternehmens, lag Hermann v. Mallinckrodt auf der Todtenbahre.

Ist heute das Marienhospital eine von Düsseldorfs edelsten Zierden, so ist sein Ruhm nach außen die Düsseldorfer Kunst und der Düsseldorfer Kunstverein. Mallinckrodt hatte nichts vom Künstler an sich, war nicht einmal im eigentlichen Sinne „Kenner" oder „Kunstverständiger", und doch war er berufen, auf diesem Gebiete ein großes Werk zu thun.

Seit 1829, der Zeit von Schadow's gesegneter Wirksamkeit an der Düsseldorfer Akademie, bestand der Düsseldorfer Kunstverein, d. h. der „Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen", der zu Düsseldorf, als dem Sitze der Kunstakademie, seinen Mittelpunkt und seine Leitung hat. Zweck des Vereins ist Förderung der schönen Kunst, die bewirkt wird durch Aufmunterung und Unterstützung der Künstler in ihren Bestrebungen, durch Herstellung oder Unterstützung öffentlicher Kunstdenkmäler, durch Erweckung allgemeiner Theilnahme für das Schöne. Zu letzterem sollen auch die jährlichen Ausstellungen neuer Kunstwerke wesentlich mitwirken. Ein Theil der beträchtlichen Beiträge, die dank der großen Mitgliederzahl von mehreren Tausenden alljährlich flüssig werden, wird von jeher zur Unterstützung monumentaler Kunstschöpfungen [1] sowohl kirchlichen [2] wie weltlichen Charakters verwendet. Ein anderer Theil dient dem Ankauf von Gemälden Düsseldorfer Künstler, besonders jüngerer Talente, deren Namen den Privatmann noch nicht zum Ankauf ihrer Werke zu verlocken pflegen. Diese Gemälde werden alsdann unter die Mitglieder verloost. Ein anderer Theil der Einkünfte dient, wenn auch nicht mit der gleichen Regelmäßigkeit, der directen Unterstützung vielversprechender Talente, welchen die Mittel zu Studienreisen, überhaupt zum Künstlerleben geboten werden. Die jährliche Vertheilung von Prämienblättern an die Mitglieder ist wiederum eine wirksame Anregung und Unterstützung der reproductiven Künste, an erster Stelle der Kupferstecherkunst. Diesen können auf solche Weise von seiten des Vereins Aufgaben gestellt und Aufträge gegeben werden, was natürlich zum Aufblühen dieser Künste wirksam beiträgt. Die Ertheilung der künstlerischen Aufträge, die Controle der Ausführung, die Entscheidung über Ankäufe oder Unterstützungen hatte das Statut des Vereines in die Hand des Verwaltungsrathes und des Ausschusses gelegt, in welchen stets hervorragende Künstler und Kunstkenner vertreten waren. Damit aber besaßen die Organe des Vereines eine bedeutende Macht gegenüber der Düsseldorfer Künstlerwelt. Solange die von Cornelius und Schadow überkommene, dann hauptsächlich durch Professor Wiegmann vertretene Richtung zum Idealen hin allein herrschend war, hatte der Verein ungestört zu stets wachsender Blüte sich entfaltet und war seiner hehren Aufgabe in bewundernswerther Weise gerecht geworden. Aber mit dem Umschwung der Zeiten war allmählich auch eine andere, mehr dem Realen zugewandte Kunstrichtung emporgekommen und hatte ihre Vertreter in den Verein und in den Ausschuß des Vereines gebracht. Auch sie wollte zur Geltung kommen und der Förderung theilhaft werden, welche der Verein

---

[1] Beziehungsweise Herstellung oder Ankauf für bedeutende Museen.

[2] Gerade um Hebung der religiösen Kunst in Deutschland hat der Verein große Verdienste. Vgl. „Stimmen aus Maria-Laach". Bd. XLII. S. 65 ff.

zu geben berufen war. Lange war es nur eine machtlose Minderheit, von der sie sich vertreten sah, aber durch massenhaften Eintritt neuer Mitglieder und deren Beeinflussung hatte man es zuletzt dahin gebracht, daß beide Parteien sich nahezu gleich kamen. Anschauungen und Wünsche standen sich von beiden Seiten aufs schroffste gegenüber. Das praktische Ziel, das die neu emporgekommene Partei mit allen Mitteln der Agitation anstrebte, war zunächst völlige Aenderung der Statuten, während man von der andern Seite an dem bewährten Alten unverbrüchlich festzuhalten entschlossen war. Die Spaltung war eine so tiefgreifende, daß auf die Dauer der Bestand des Vereins in Frage gestellt werden mußte.

Dies war die Lage der Dinge, als Mallinckrodt als Mann des Vertrauens in die Angelegenheit hineingezogen wurde. Schon in der Generalversammlung vom 5. August 1864, wo Justizrath Friedrichs zum sechzehntenmal präsidirte, war über die Abänderung des Statuts mit Lebhaftigkeit verhandelt worden, und Mallinckrodt, wie es scheint, schon damals Mitglied des Ausschusses, hatte sich hervorragend an der Debatte betheiligt und dabei eine sehr genaue Kenntniß des Statuts an den Tag gelegt. Wenige Monate später wurde er als eine beiden Parteien genehme Person zum Präsidenten des Vereines gewählt. „Auf Bitten von Freunden der christlichen Kunst" hatte er sich bewegen lassen, in so schwieriger Zeit die Leitung zu übernehmen, fest entschlossen, alles aufzubieten, um den Frieden im Vereine wiederherzustellen. Er kam sich selbst ganz sonderbar vor in seiner neuen Würde. „Bei der Kammerwahl in Erkelenz bin ich glücklich vorbeigekommen," meldete er 6. Februar den Geschwistern, „dagegen mögt Ihr gelegentlich über das neue Haupt des Rheinisch-Westfälischen Kunstvereins ad libitum glossiren."

Der erste wichtige Act seiner Verwaltung war die außerordentliche Generalversammlung vom 6. Mai 1865. Es sollte hier für die künftigen Generalversammlungen eine neue Geschäftsordnung zur Annahme gelangen, die in den Sitzungen des Ausschusses sorgfältig vorbereitet worden war. Als Vorsitzender des Verwaltungsrathes führte Mallinckrodt nach dem Statut auch den Vorsitz der Ausschußsitzungen und Generalversammlungen, war also bei allen Verhandlungen in erster Linie betheiligt. An Schwierigkeiten und Widerspruch sollte es in der ersten Generalversammlung, die er leitete, nicht fehlen. Allein sie wurden glücklich überwunden, und fast wider Erwarten wurde die neue Geschäftsordnung wirklich angenommen. Damit war der erste und vielleicht schwerste Schritt zum Ausgleich schon geschehen. Am Schluß der langen Verhandlungen erhob sich noch einmal der Wortführer der bisherigen Opposition.

„Meine Herren," sprach er, „wir freuen uns gewiß alle, daß, wie vielleicht wenige erwartet haben, heute schließlich die Generalabstimmung eine fast einstimmige

gewesen ist. Wir wollen nicht verkennen, daß das für das Beste unseres Unternehmens spricht. Wir wollen auch nicht verkennen, daß gerade das Gefährliche, was in der heutigen Verhandlung liegen konnte, theils durch uns selbst, theils durch die einsichtsvolle und unparteiische Leitung unseres verehrten Herrn Vorsitzenden beseitigt ist, und ich glaube, daß ich im Sinne der Versammlung handle, wenn ich beantrage, durch ein dreimaliges Hoch! dem verehrten Präsidenten unsern Dank auszusprechen."

„Die Versammlung vereinigte sich", so sagt das Protokoll, „in einem begeisterten dreimaligen Hoch."

Die nächste Aufgabe war jetzt, die Abänderung des Statuts in einer solchen Weise zu bewerkstelligen, daß das Beste des Vereines gewahrt und beide der streitenden Parteien wenigstens in der Hauptsache befriedigt würden. Es war ein solcher Compromiß nicht eben leicht und kostete auch Mallinckrodt, der von der Nothwendigkeit eines solchen fest überzeugt war, viel Nachdenken. Da ihm sonst keine ruhige Zeit blieb, benutzte er dazu die drei Wochen seines Curaufenthaltes in Gastein im Sommer 1865. „Hier kann und darf man den Kopf nicht viel anstrengen," schrieb er 6. Juli an seinen Schwager Hüffer, der für die bevorstehende Soester Versammlung einen Vortrag von ihm in Aussicht genommen hatte, „das Kunstvereinsstatut hat ihn schon mehr als gut in Anspruch genommen und wird es leider heute Abend noch thun." Kaum nach Düsseldorf zurückgekehrt, hielt er 9. August abermals eine Generalversammlung ab. Auch diesmal waren Arbeiten und Mühen genug vorausgegangen. „Ich bin bis vorgestern", schreibt er 11. August, „durch den Kunstverein stark in Anspruch genommen gewesen. Das Resultat der Generalversammlung ist befriedigender, als ich erwartete." In den Ausschußsitzungen vom 22. und 29. October und vom 1. und 5. November ließ er dann den neuen Statutenentwurf durchberathen. Am 6. December 1865 wurde er abermals für das kommende Verwaltungsjahr zum Präsidenten gewählt. In der Generalversammlung am 25. Januar 1866 kam der neue Statutenentwurf zur Abstimmung. Es waren so viele Bemühungen, Berathungen und Versuche der Verständigung diesem entscheidenden Tage vorausgegangen, daß man Grund hatte, zu hoffen, die neuen Statuten würden bereitwillige Annahme finden. Es war daher keine angenehme Ueberraschung für den Vorsitzenden, als unmittelbar vor Eröffnung der Sitzung, ganz gegen die Geschäftsordnung, von der Gegenseite ein in wesentlichen Punkten abweichender Entwurf gleichfalls zur Berathung eingereicht wurde.

Mallinckrodt ließ sich dadurch nicht aus der Fassung bringen, sondern nahm gerade davon Veranlassung, ein ernstes Wort an die Versammlung zu richten, um nicht noch in der letzten Stunde das Friedenswerk scheitern zu sehen.

„Da sich niemand zum Worte meldet," begann er, „erlaube ich mir zu sprechen und mich mit derjenigen Offenheit und Objectivität über die gegenwärtige Situation auszusprechen, die Sie bei mir gewohnt sind. Ich habe mich der Hoffnung hingegeben, daß die heutige Generalversammlung sich mit dem Vorschlage des Ausschusses einverstanden erklären würde, und daß die Meinungsverschiedenheit, die leider unsern Verein in zwei Lager gespalten hat, nicht wieder zum Gegenstande der Discussion, des Streites und mehr oder minder der leidenschaftlichen Erregung dienen würde. Ich muß bekennen, daß die Amendements, die soeben mitgetheilt worden sind, bei mir die Besorgniß wach rufen, daß die Bemühungen eines Jahres zum Austrage und zur Beseitigung der Collisionen, die im Vereine stattgefunden haben, vergeblich gewesen sein möchten.

„Wir wollen uns über unsere inneren Verhältnisse reinen Wein einschenken. Die Thatsachen liegen so klar, daß niemand die Augen davor verschließen kann! Die Parteien sind beinahe gleich, und es hängt von der größern oder geringern Thätigkeit der einen oder andern Seite ab, in dieser oder jener Versammlung eine Mehrheit zu erlangen, und wenn beide Seiten gleich thätig sind, dann hat die Erfahrung bewiesen, daß sie gleich stark sind. Ich weise hin auf die letzte Generalversammlung und die Wahlen. Es war nicht gelungen, eine Verständigung herbeizuführen, die Parteien maßen also ihre Kräfte, und das Resultat war, daß weder die eine noch die andere Seite siegte noch besiegt wurde, sondern bei einer Stimmenzahl von fast 1200 stellte sich das Verhältniß so, daß eine oder zwei Stimmen den Ausschlag gaben. Und so war das Resultat, daß von beiden Seiten gleich viel von ihren Candidaten in den Ausschuß gewählt wurden — ein Ergebniß, welches dem Willen beider Parteien trotzte.

„Deshalb habe ich meinerseits das Resultat mit Freuden begrüßt, gerade weil es keine Partei gewollt hat. — Ein Verein wie der unserige lebt nicht lange durch Streit. Er kann dadurch momentan in frische Bewegung gebracht werden, aber das hält nicht lange an. Es kommt darauf an, daß einträchtig gewirkt wird, und wenn verschiedene Ansichten sich im Laufe der Zeit so sehr geltend gemacht haben, daß der ganze Verein in zwei gleich starke Lager auseinandergeht, dann ist es die höchste Zeit, daran zu denken, daß man sich versöhnt. Man muß darauf verzichten, daß der eine den andern ganz besiegt, und sich gegenseitig auf halbem Wege entgegenkommen.

„Ich lege den Maßstab dieser Bemerkungen an die uns vorliegenden Vorschläge zur Revision des Statuts. Sie werden sich erinnern, die Partei der alten Verwaltung hat ursprünglich überhaupt ein Bedürfniß der Statutänderung nicht anerkannt. Auf der andern Seite waren Veränderungen beantragt, die Körper gewonnen haben in den Anträgen der Herren Becker und Lindlar. Vergleichen Sie nun die Vorschläge des Ausschusses mit den Ansichten, die einerseits jede Veränderung verneinen, und den Vorschlägen, die von der Reformpartei gemacht worden sind, so werden Sie sehen, daß die Vorlagen des Ausschusses das Ergebniß der ernsten und aufrichtigen Absicht gewesen sind, in loyaler Weise die Meinungsverschiedenheit zum Austrag zu bringen. Der Ausschuß ist in seinen Vorschlägen über das hinausgegangen, was die Mehrzahl seiner Mitglieder für an und für sich wünschenswerth erachtete, in der bestimmten Absicht, dadurch ein Entgegenkommen zu beweisen. Es ist dies bei einzelnen Fragen innerhalb des Ausschusses auf das bestimmteste betont worden. Und wenn namentlich der Ausschuß einen Vorschlag hinsichtlich der Ernennung der Revisoren, den er früher fast einstimmig verworfen hatte, später annahm, so geschah dies lediglich, um dadurch den Austrag des Streites und die Versöhnung der Parteien herbeizuführen.

„Vergleichen wir nun die Aenderungsvorschläge, die uns heute vorgelegt sind, so kann ich sie wohl in wenig Worten dahin charakterisiren, daß sie vollständig die Ansichten aufnehmen, die früher von einer Seite als das Ziel ihrer Wünsche aufgestellt worden sind, daß die Amendements nichts weiter bezwecken, als die Ansichten der einen Seite vollständig durchzuführen. Damit ist, glaube ich, dem Zweck der Versöhnung nicht gedient.

„Ich zweifle nicht, daß, wenn wir heute abstimmen, die Mehrheit sich für die Amendements aussprechen wird. Der Grund liegt darin, daß in Beziehung auf die heutige Versammlung die eine Seite thätig gewesen ist, während die andere geflissentlich die Hand in den Schoß gelegt hat, theils in der Absicht, neue Erregung und Gegensätze zu vermeiden, theils in dem Bewußtsein, daß die heutige Versammlung keine definitiv entscheidende ist. Es handelt sich bekanntlich um die erste Lesung, und was die heutige Versammlung beschließt, kommt in der Fassung, wie es heute beschlossen wird, in der nächsten Versammlung zur einfachen Abstimmung über Annahme oder Nichtannahme, und zwar so, daß es nicht nur der gewöhnlichen Majorität für die Annahme bedarf, sondern es müssen mindestens 100 Personen anwesend sein, und von diesen müssen volle Dreiviertel für den Antrag stimmen. Es liegen nun die Verhältnisse so, daß aller Wahrscheinlichkeit nach jede Partei es in der Hand hat, ein Viertel der anwesenden Mitglieder von ihrer Seite in die Versammlung zu bringen. Es hat es also jede in der Hand, die Bestrebungen der andern Seite zu vereiteln. Ein heutiger Entschluß, der die Amendements annimmt, bringt also nach meiner Ueberzeugung uns dem Ziele, nämlich dem Ausgleich des Streites, nicht näher, sondern ist ganz geeignet, dasselbe noch weiter zu rücken. Wer verliert dabei? Negiren kann jeder, und ich frage: wer hat das lebhafteste Interesse daran, daß das alte Statut geändert wird? Die Partei des Alten, welche die Nothwendigkeit der Aenderung läugnet, sie hat doch keine Veranlassung, sich sehr zu ereifern für das Durchbringen der Vorlagen, sondern ist einverstanden, wenn es beim Alten bleibt. Dann kommen wir aber bei dem Punkte an, wo wir früher ausgegangen sind. Die Parteien als solche bleiben sich noch schroffer gegenüber, nur die Sache ist langweiliger geworden, sie ist nicht mehr so pikant.

„Ich sollte glauben, diese Erwägung sei ein genügender Grund für uns, die Stellung in der Generalversammlung einzunehmen, die der Ausschuß eingenommen hat. Im Ausschuß ist freilich die Reformpartei nicht in der Majorität. Aber im Ausschuß ist auch nicht in der Weise discutirt worden, daß sich da die Parteien, welche in den Generalversammlungen hervorgetreten sind, scharf abgegrenzt hätten, sondern es ist allgemein der Wille vorherrschend gewesen, den Hader zu beseitigen. Ich halte es für meine Pflicht gegenüber dem Gesammtverein, Ihnen die Erwägung meiner Gründe dringend ans Herz zu legen und Sie zu bitten, den Standpunkt der Versöhnung einzunehmen, und sich zu sagen, daß es an der Zeit ist, die langen Reibungen definitiv zu beendigen und auf der Basis der neuen Vorlagen des Ausschusses in Einigkeit unsere weiteren Ziele zu verfolgen."

So eindringlich Mallinckrodt gesprochen, so schien es doch, als seien seine Worte wirkungslos verhallt. Eine lange und lebhafte Debatte erfolgte, in welche der Vorsitzende oft einzugreifen Gelegenheit hatte. Am Schluß wurde ein Entwurf angenommen, der von den Vorlagen des Ausschusses bedeutend abwich. Aber „damit man nicht vergebens gearbeitet habe", beantragte noch zuletzt einer der Oppositionsmänner in entgegenkommendem Sinne:

Sollte in der nächsten Generalversammlung der heute angenommene Entwurf nicht durchdringen können, so solle der vom Ausschuß vorgelegte, mit dem man sich heute nicht hatte zufrieden geben wollen, als jetzt gebilligt angesehen werden und dort zur letzten Abstimmung kommen. Das war ein Wort der Versöhnung, das einen guten Ausgang erhoffen ließ. Aber jetzt hatte Mallinckrodt, so angenehm der Vorschlag ihm sein mußte, Bedenken, ob dies mit den Statuten vereinbar sei. Er beruhigte sich hierüber erst, nachdem auf Antrag eines der Mitglieder die große Majorität der Anwesenden für dieses Vorgehen die Stimme abgegeben hatte.

Im Galeriesaale der Königl. Kunstakademie wurde Donnerstag den 5. Juli 1866, morgens 10 Uhr, die nächste Generalversammlung eröffnet, zu der bereits am 1. Mai die Einladungen ergangen waren. 140 Mitglieder waren persönlich anwesend, 433 Stimmen von ihnen vertreten. Zwei Aufgaben waren der diesmaligen Versammlung gestellt: vierzehn Ausschußmitglieder waren neu zu wählen, und über die Annahme des Statuts sollte die Endabstimmung stattfinden. Mallinckrodt war erst seit zwei Tagen von langer Abwesenheit zurückgekehrt, hatte aber trotzdem nicht versäumt, alles vorzubereiten und Erkundigungen einzuziehen. „Für Ihre kunstvereinlichen Mittheilungen besten Dank," schrieb er noch 25. Juni an Ittenbach; „nur nicht zu viel Vertrauen auf die Herren von der Gegenseite, wenn ich bitten darf." Mit besonderer Sorgfalt war für die Wahl vorgesehen worden. Beim Eintritt in den Saal wurde jedem Mitglied eine Candidatenliste mit 28 Namen eingehändigt. Aus jeder der beiden Parteien hatte man je 14 Mitglieder auf diese Liste gesetzt, von welchen die Gegenpartei die sieben für sie genehmsten bezeichnen sollte. Diese sieben galten dann als gemeinschaftliche Candidaten beider Parteien, und auf diese Weise sollte friedlich und zugleich für beide Theile befriedigend das Wahlgeschäft abgemacht werden. Mallinckrodt eröffnete die Sitzung, indem er diese Vorbereitungen darlegte. Dieselben seien hervorgegangen aus dem innerhalb beider Parteistellungen vorhandenen Wunsche nach einer Verständigung. Die Wahlfreiheit solle dadurch in keiner Weise beschränkt werden, jedes Mitglied sei berechtigt, beliebige Aenderungen an der Liste vorzunehmen. Er glaube indes annehmen zu dürfen, die Versammlung werde sich auch ihrerseits durch wechselseitige Rücksichten leiten lassen und vielleicht selbst den Wunsch hegen, durch ein einheitliches Resultat bei der heutigen Wahl thatsächlich ihre aufrichtige Absicht zur Versöhnung zu bekunden. Kein Widerspruch erfolgte, und alles ging nach Wunsch. Nun schritt man zur Abstimmung über das Statut. Der Abänderungsvorschlag der Opposition wurde verworfen und die Vorlage des Ausschusses mit allen gegen eine Stimme angenommen. Das Werk der Einigung und Verständigung war also gelungen. Mallinckrodt erhob sich, um seine Freude auszusprechen über das Resultat der Abstimmung, wodurch nach so vielfachen

Bemühungen dem Verein eine neue feste Grundlage der Entwicklung gegeben worden sei. Er knüpfte an dieses glückliche Ergebniß die Erwartung, „daß die Differenzen, welche seit Jahren innerhalb des Vereines obgewaltet haben, nun zum vollständigen Abschluß gelangt seien".

Auch mehrere Herren von der bisherigen Gegenseite, an ihrer Spitze einer der Führer, Maler Lindlar, sprachen offen ihre Freude und ihren Dank aus.

Mallinckrodt glaubte jetzt seine Aufgabe vollendet. Der Friede war errungen, Geschäftsordnung und Statut neu festgesetzt, die Ausschußergänzungswahl friedlich durchgeführt, ein gedeihlicher Fortgang also gesichert. Einen Monat später, 12. August 1866, legte er den Vorsitz nieder und erklärte seinen Austritt aus dem Verwaltungsrath, ohne seinen Turnus abgewartet zu haben. Mitglied des Ausschusses blieb er einstweilen noch, bis er endgiltig von Düsseldorf entfernt worden war.

In demselben Jahre, in welchem der Kunstverein ihn so sehr in Anspruch nahm, ward noch eine andere Aufgabe auf seine Schultern gelegt, für die er bis zum Ende seines Lebens keine Mühe und Sorge scheute. Am 26. Februar 1866 starb zu Detmold der fürstlich Thurn und Taxis'sche Postcommissar, Freiherr Max v. Laßberg. Als Onkel Else's und Schwager der Frau v. Sydow stand er Mallinckrodt nahe, ebenso wie durch Gleichheit der Gesinnung und persönliches Wohlwollen. Die katholische Kirche und Gemeinde von Detmold dankten ihm ihr Entstehen. Herr v. Laßberg, der erst 53 Jahre zählte, hinterließ eine Wittwe mit acht Kindern. Der älteste Sohn stand noch drei Jahre vor der Großjährigkeit, der zweitjüngste war erst April 1862 geboren. Mallinckrodt war sein Taufpathe gewesen. Jetzt übernahm er auf den Wunsch der Frau v. Laßberg die Vormundschaft. Allerdings theilte sich mit ihm in diese Sorge anfangs noch Herr v. Sydow, allein die eigentliche Arbeit ruhte auf Mallinckrodt, und Herr v. Sydow trat noch in demselben Jahre völlig von der Vormundschaft zurück, als im Kriege gegen Preußen die zwei ältesten Söhne der in Bayern beheimateten Laßberg'schen Familie in die bayerische Armee eingetreten waren.

Auf die Nachricht von dem Schlage, der die Familie getroffen, war Mallinckrodt selbst sofort nach Detmold und von da nach Frankfurt gereist, um persönlich seinen Beistand zu leisten und alle Verhältnisse kennen zu lernen. Erst am Abend des 7. März kehrte er wieder nach Düsseldorf zurück. Um noch eingehender über die einzelnen Kinder berathen zu können, lud er Frau v. Laßberg dann nach Düsseldorf ein, wo sie Ende Juni eintraf und eine Woche verweilte. Was ein Vormund leisten kann, um an seinen Mündeln Vaterstelle zu vertreten, hat von da an Mallinckrodt redlich geleistet. Jedem einzelnen der Kinder widmete er eine besondere Sorgfalt; die Erziehung, der Bildungsgang, die Anlagen und Talente wie die Berufswahl der sieben Söhne v. Laßbergs waren häufig der Gegenstand seiner Ueber-

legung, seiner Erkundigungen und Briefe. Auch was sonst die Familie betraf, wie die Errichtung eines würdigen Gedenksteines für den Vater, die Wahl des Wohnortes für die Wittwe, die Verwerthung der schönen Kunstsammlung, die Laßberg hinterlassen, fand an ihm einen thätigen Förderer und erfahrenen Berather. Als einer der Söhne in die Gesellschaft Jesu eintreten wollte, übernahm er es, Sydow, der damals noch mit Vormund war, davon Mittheilung zu machen und seine Zustimmung zu erwirken. Als später einmal Frau v. Laßberg gefährlich erkrankte, war es ausgemachte Sache, daß die drei jüngsten der Laßberg'schen Kinder von Mallinckrodt im eigenen Hause mit den eigenen Kindern erzogen werden sollten. Besonders trat seine Sorgfalt hervor, als die zwei ältesten Söhne 1870 im Felde standen. Mit demselben Eifer und derselben Liebe waltete er seines Amtes vom ersten Tage an bis zu seinem Tode. Aber wegen verschiedener Umstände waren gerade in der ersten Zeit die Vormundschaftsgeschäfte recht verwickelte, so daß er dadurch sehr in Anspruch genommen wurde.

Neben diesen Angelegenheiten, die außer den gewöhnlichen Amtspflichten ihn dauernd beschäftigten, fehlte es ihm auch sonst nicht an Gelegenheiten, Gutes zu thun und für andere Mühen auf sich zu nehmen. Einmal wendet sich an ihn ein unglücklicher Vater um Rath und Hilfe für den Sohn, der sich selbst die Laufbahn verdorben hat. Mallinckrodt ist bereit, für ihn ein Immediatgesuch an den König aufzusetzen und seinerseits selbst in der Sache an den Kriegsminister v. Roon zu schreiben, doch verlangt er, daß ihm dazu auch Momente an die Hand gegeben würden, „die auch für kalte, objectiv urtheilende Personen einigen Anreiz geben". Auch räth er dringend, erst den geeigneten Zeitpunkt abzuwarten.

Ein anderes Mal hatte ein junger Referendar an der Düsseldorfer Regierung, der nachmals zu großem Rufe und Ansehen gelangt ist, durch Persiflirung des Regierungscollegiums, wie es scheint, in einem öffentlichen Blatte (oder sonstwie öffentlich) seine eigene Behörde gegen sich herausgefordert, indem der Präsident dem Thäter auf die Spur gekommen war. Mallinckrodt wurde mit der Untersuchung betraut. Da er die ausgezeichneten Fähigkeiten des incriminirten Referendars wohl kannte, that es ihm leid, daß ein so vielversprechender Mann durch eine solche Thorheit die eigene Zukunft durchkreuzen sollte. Er gab sich große Mühe, in wohlwollendem und versöhnlichem Sinne die Angelegenheit beizulegen, und trotz der anfangs herausfordernden Haltung seines Angeklagten ist es ihm damals noch gelungen, den Bruch zu verhindern.

Natürlich gab es auch, wie früher in Berlin, so jetzt in Düsseldorf für die Bödbeker Familie mancherlei einzukaufen und zu besorgen. Wie in seinen Junggesellenjahren, war Hermann auch jetzt gewöhnlich selbst für die Sache thätig, wie viel Zeit und Mühe es auch kosten mochte. Wohlthätigkeit

für Bedürftige war ihm wie seiner Gattin Herzenssache, und dafür waren ihm immer noch Zeit und Mittel übrig. So erzählt er denn auch October 1864 mit wahrem Hochgefühl seiner Schwägerin, daß eben sein kleiner Meinulph das größte Stück aus seiner Sparbüchse, einen bayerischen Marienthaler, einer armen Frau habe verehren wollen und daß er selbst es gerade noch rechtzeitig habe verhindern können.

Man begreift, daß bei allem diesem Mallinckrodt der parlamentarischen Thätigkeit leicht entrathen konnte und daß ihm der Düsseldorfer Aufenthalt lieb geworden war. Es bewahrheitete sich das Wort, das 1856 Frau v. Vignau an ihn geschrieben: „Ein Mann wie Sie ist überall zu Hause, wo er Gutes wirken kann."

---

2. Mittenheim (1866—1867).

War Mallinckrodt zu gleicher Zeit Regierungsrath, Präsident des Kunstvereins, Vorsitzender des Marien-Hospital-Vereins, Vorstand der Einigung der hl. Elisabeth, sehr actives Mitglied der Soester Versammlungen, Vormund, Familienvater und Familienonkel, so kam zu allen diesen Aemtern, die bei ihm nichts weniger als Sinecuren waren, noch eine bedeutende Wucht durch den Umstand, daß er auch Gutsbesitzer war. 13. September 1860 hatte er das Gut Mittenheim bei Schleißheim, unweit München, übernommen. Dasselbe war aber belastet, die Gebäude befanden sich in schadhaftem Zustand, der Viehstand war unzureichend, und Jahr um Jahr mußten bedeutende Summen darauf verwendet werden, um es erst wieder in Stand zu setzen und ertragsfähig zu machen. Als Mallinckrodt 1863 von der Besichtigung des Gutes zurückkehrte, war er voll froher Hoffnungen. „Die Wirthschaft," meinte er, „wird sich nicht nur ohne Zuschuß erhalten, sondern voraussichtlich auch die Mittel liefern, um im Herbst den Kuhstall um zehn Kühe kleiner Rasse zu vermehren und zwei Pferde zu beschaffen, wodurch wir zu unserem Normalviehstand gelangen. . . . So hoffe ich von jetzt ab von Zuschüssen befreit zu bleiben und vielleicht den Nettoertrag des Torfstiches an mich abführen lassen zu können." Aber wie sah er sich enttäuscht, als Februar 1864 die Rechnungen kamen und den bedeutenden Ausgaben unverhältnißmäßig geringe Einnahmen gegenüberstanden? Es erklärte sich dies zwar wohl durch außergewöhnliche Auslagen für Verbesserungen. Allein auch in der eigentlichen Landwirthschaft des Gutes war kein Fortschritt, und darin lag das Unbefriedigende. Im Sommer 1863 hatte sich einmal von weitem eine Aussicht auf guten Verkauf zeigen wollen, allein es kam nicht dazu. „Fudge! würde Mr. Burchell vielleicht gesagt



Gut Mittenheim bei Ober-Schleißheim (Oberbayern).

haben" [1], meinte Hermann. Mit Januar 1866 begann sein Vertrauen in die Zukunft der Wirthschaft sich allmählich wieder zu befestigen. Allein rosige Aussichten bestanden auch jetzt noch nicht, und doch waren es bereits recht beträchtliche Summen, die er auf das Gut verwendet hatte. Bei der stets drohenden Kriegsgefahr und den gewaltigen Bankrotts, die damals sich in Bayern auf dem Fuße folgten, war an einen guten Verkauf nicht zu denken. Es blieb also, sollte das aufgewendete Vermögen nicht todtes Kapital sein, nichts übrig, als alles aufzubieten, um das Gut zu heben. Er entschloß sich daher, in den ersten Monaten des Jahres 1866 auf längere Zeit Urlaub zu nehmen, mit der ganzen Familie nach Mittenheim überzusiedeln und die Bewirthschaftung selbst in die Hand zu nehmen. Bis jetzt hatte der ihm nahe befreundete Graf Taufkirchen mit Sachkenntniß für ihn die Oberaufsicht geführt, ebenso hatte er einen tüchtigen und braven Verwalter für das Gut gefunden, allein Taufkirchen erwartete jetzt sein Avancement als Officier und damit die Versetzung von München. Außerdem drängten Mallinckrodt sowohl die bisherigen Mißerfolge als die drohenden Kriegsaussichten, doch selbst einmal die Ueberwachung auf sich zu nehmen und selbst Hand anzulegen. Nur „sehr ungern", wie er seinem Bruder schrieb, verließ er für so lange seinen Dienst, und faßte seinen Entschluß erst nach eingehender Berathung mit seinem Präsidenten. Auf dessen Wunsch wollte er, weil kein geeigneter Ersatzmann da war, Ende Juni auf zwei Monate nach Düsseldorf zurück, um seine Militäraushebungsreise abzuhalten, und dann, im September erst, auf ein Jahr Ministerialurlaub nehmen und zu seiner Familie nach Mittenheim zurückkehren.

Als er nun aber 15. April wirklich abreisen wollte, erkrankte die Gattin; erst am 19. trat er die Reise an, um einstweilen das Haus einzurichten, später sollte Else nachkommen. Schon nach kurzer Zeit konnte er versichern, daß die „wohnlichen Einrichtungen durchaus bequem und behaglich" seien. Aeußerst einfach waren sie allerdings, und dabei das Haus durchaus nicht durch Schönheit oder Großartigkeit ausgezeichnet. Mit Anfang Mai kam auch Else in München an, aber von der Reise so angegriffen, daß sie mehrere Tage das Bett hüten mußte. Hermann verordnete ihr dafür „Ruhe und Futter". „Lange Bettruhe," schreibt er, „frischgemolkene Milch, bayerische Suppen, westfälische Schinken, Bock u. dgl. sind in Verbindung mit Gemüthsruhe und mäßiger Bewegung im Freien oder auf dem langen Gange unsere Mittel."

Mallinckrodt fühlte sich in Mittenheim ungemein wohl. Die alte Lust, das alte Interesse an der Landwirthschaft war wieder aufgewacht, und er

[1] Citate aus dem Vicar of Wakefield finden sich häufig in Mallinckrodts Briefen; es war dies eines seiner Lieblingsbücher.

lebte ganz in der Verwaltung seines Gutes. Er selbst griff zu mit Hacke und Rechen, bald auf der Wiese, bald auf dem Felde.

„Lächerlich zu sagen," schreibt er einmal an den Bruder, „ich habe keine Zeit, weil es nicht regnet. Bei Sonnenschein habe ich im Hause keine Ruhe. . . Ich gehe in der Wirthschaft ganz auf und bin jetzt heftig damit beschäftigt, noch circa fünf Tagewerk Moorwiese zu brennen, welche im Sommer nicht trocken genug wurde. Nächstens werde ich mich gleich Dir aufs Anpflanzen verlegen." „Endlich komme ich an den Schreibtisch," heißt es 11. November in einem Brief an Ittenbach, „theils weil der Sonnenschein vorbei ist, theils weil ich jetzt sicher weiß, daß Sie zu Hause sind." Nachdem dann über alle Familienglieder Bericht erstattet ist, heißt es weiter: „Der gemeinschaftliche Vater als wie ich war bisher den Tag über mehr außer als inner dem Hause und ist bemüht, seine landwirthschaftlichen Talente zu entwickeln und thunlichst zu verwerthen. Sein Blick ist dabei mehr der Zukunft als der Vergangenheit zugewendet, weil das angenehmer ist und man ungestört in Luftschlössern machen kann. In summa wird ihm aber die Zeit recht kurz und gefällt es ihm einstweilen recht gut hier."

Auch die theoretische Weiterbildung in landwirthschaftlichen Fragen wurde dabei nicht versäumt.

„Ich treibe mit Vergnügen Agricultur und Agricultur-Chemie," berichtet er 8. November; „augenblicklich wird Rosenberg-Lipinsky gelesen, den ich vorzüglich finde. Auf dem Felde haben wir bis zum Schnee noch vollauf zu thun, da es bekanntlich an Gelegenheit zu Meliorationsarbeiten nicht fehlt."

Dafür konnte er aber auch nach einigen Jahren mit Befriedigung von Berlin aus dem Bruder melden (November 1868):

„Von öffentlichen Dingen läßt sich nichts Besonderes referiren, von privaten ist für mich neuerlich das Interessanteste gewesen, daß wir, in der Person des Verwalters Petz, von dem Landwirthschaftlichen Verein (ni fallor) irgend eine silberne Auszeichnung für Meliorationen oder dergleichen erhalten haben."

Das Leben auf dem Land sagte auch der übrigen Familie gar wohl zu. Der Junge war überglücklich, in Hof und Wald sich tummeln zu können, und zeigte „gleichviel Passion fürs Herumlaufen, fürs Beten und fürs Lesenlernen, alles zu seiner Zeit". Für Else war schon die Nähe der Heimat der Verwandten und Freunde wohlthuend, und um ihr Freude zu machen, schickte sie der Gatte auch wohl einmal auf mehrere Tage nach München, „um ihre Bekannten in Ruhe zu genießen".

So einfach die Lebensweise und die Einrichtung der Mittenheimer Familie, so fehlte es ihnen doch den ganzen Sommer über und bis tief in den Herbst hinein nicht an Besuchen aus der Hauptstadt. Leute verschiedenartigsten Geistes, jung und alt, auch solche der verwöhntesten Lebensansprüche, fühlten sich angezogen durch die Liebenswürdigkeit der Hauswirthe und fanden Vergnügen an den Ausflügen nach Mittenheim. „Bisher hat es noch gar

nicht an Besuch gefehlt, der meist erst um $2^1/_2$ Uhr kommt und um 5 Uhr wieder abzieht," meldet Hermann am 26. October. „Wir haben noch immer ziemlich oft Besuch von München", heißt es gleicherweise in einem Briefe vom 8. November. Zuweilen kamen auch Geistliche zum Besuch nach Mittenheim, und dann ließ Mallinckrodt es sich nicht nehmen, selbst bei der heiligen Messe zu dienen.

Auch ihrem Sinn für Wohlthätigkeit öffnete sich hier unter der Landbevölkerung wieder ein neues Feld, weniger anspruchsvoll und doch zugleich dankbarer, als es in großen Städten zu sein pflegt.

„Er und sie" — so wird von sehr nahestehender Seite aus eigener Anschauung geschildert — „waren gleichmäßig barmherzig, gütig, helfend ihren Untergebenen wie den Armen. Sie begruben die Todten, halfen den Kranken zu einem guten christlichen Tode, hatten immer offene Hände zum Geben, oft mehr als sie konnten oder sollten, und dies alles in größter Einfachheit, wie sich von selbst verstehend."

Es war etwas Großartiges in seiner Weise, Gutes zu thun, wie solche bezeugen, die ihn genau gekannt und in das Innerste seines häuslichen Lebens geblickt haben. „Beide waren gleich bedacht auf Wohlthätigkeit", sagte eine nahe Freundin Else's, „und gaben weit über das Verhältniß ihrer Mittel, — er großartig", fügte sie scherzend bei, „sie unvernünftig." Auch sein Lieblingsfest, Frohnleichnam, wurde 31. Mai gebührend gefeiert. Die Dienstboten durften zur Procession nach München, er selbst aber und seine Gattin schlossen sich der Procession in Unterschleißheim an, der Pfarrei, zu welcher Mittenheim gehörte. Auch der Rest des Tages wurde feierlich begangen, vor allem durch einen Brief an die Böddeker Familie. Das Ereigniß des folgenden Monats war die Geburt des zweiten Sohnes am 21. Juni. Er wurde sofort dem Bruder angekündigt als „dicköpfiger, hartschädeliger, in gutem Futterzustande befindlicher Junge, welcher Georg, vulgo Jürgen, Rudolf, Peter Claver, Johann Baptist, Maria[1] heißen soll", dem Schwager aber ward er beschrieben als „dick- und hartköpfiger, großer, schwerer Bengel". Pathe war der Münchener Domkapitular v. Oberkamp, als Pathin fungirte Frau v. Laßberg, als berechtigte Erbin der kürzlich verstorbenen Frau v. Sydow, welche früher dazu ausersehen gewesen.

Es war das böse Kriegsjahr 1866, und es war unausbleiblich, daß dieses auch auf das Mittenheimer Stillleben seine Schatten werfen mußte. Schon im März in Düsseldorf war Mallinckrodt von Kriegsbefürchtungen lebhaft beunruhigt.

„Im übrigen ist mir dabei sauersüß genug zu Muthe," schreibt er an den Bruder im Hinblick auf Angelegenheiten der Vermögensverwaltung, „wie überhaupt bei der dermaligen Welt- und Haussituation. Dem Frieden traue ich sehr wenig,

---

[1] Nachher geändert in: Georg, Rudolf, Maria, Peter Claver, Aloysius.

weil ich der Meinung bin, daß Bismarck den Krieg will, wenn er nicht ohne denselben zu seinem Ziele kommt, und weil niemand da ist, der ihn aus dem Sattel wirft. Daß dann die Bayern auch marschiren, ist doch wohl unausbleiblich."

„Wir sitzen hier höchst friedlich," heißt es 10. Mai, „während die Augsburger Postzeitung mich belehrt, daß draußen in der Welt die Kriegsgewitterwolken von allen Seiten gegeneinander ziehen. Morgen wird wohl endlich auch der Deutsche Bund die Mobilmachung beschließen. Ich habe lange schon ans Schlagen geglaubt und nehme es nachgerade als gewiß an, es sei denn, daß Herr v. Bismarck beseitigt wird. Wir müssen uns also auch auf den Krieg möglichst umsichtig vorbereiten, damit er uns nicht über den Haufen werfe."

Noch einmal war 31. Mai die Hoffnung in ihm erwacht, der Friede könne vielleicht erhalten werden, „es könnte sich doch noch einmal", meinte er, „das alte Wort bewahrheiten: Si vis pacem, para bellum." Doch hatte er sich bereits 14 Tage zuvor mit Ittenbach in Düsseldorf über die Verpflegung der Soldaten verständigt, die ihm dort etwa als Einquartierung zugetheilt werden würden. Bald war alle Hoffnung vorüber.

„Nun wäre also der Teufel richtig am Tanzen," schreibt er 18. Juni an Ittenbach, „die Nachricht über den Einmarsch in Sachsen ist heute hierher gelangt und sehen wir lange Militärzüge in der Richtung nach Böhmen und Thüringen in rascher Folge vorüberfahren. Gott möge die Dinge in Gnaden zu gutem Ende führen. . . Hier bei uns residirt zu unserer Beruhigung meine Schwiegermutter, welche sich mit Frau Kettner (dem Hausfactotum) darüber besprechen kann, wie es den Müttern zu Gemüthe ist, deren einzige Söhne im Felde stehen — in diesem Falle als sogenannte Feinde [1]. Im übrigen befinde ich mich hier im ‚Feindesland' ziemlich wohl und werde wohl in Bayern Steuern gegen die Preußen und in Preußen Steuern gegen die Bayern zahlen müssen. Wie lange das anhält und was überhaupt schließlich aus jedem wird, wer kann's wissen? Für jetzt heißt es nur: ‚Ruhig Blut, Anton!'"

„Wir merken den Krieg hinter unserem Hause", heißt es 21. Juni, „durch die Militär-Eisenbahnzüge, vor demselben durch marschirende Truppen — wie denn gerade eine große Traincolonne Halt gemacht hat — und in dem Hause durch die Zeitungen, sonst genirt er uns eigentlich nicht."

Die Schwierigkeit war nur, daß Mallinckrodt gerade jetzt, da allerorten der Krieg bereits im Gange war, nach Düsseldorf reisen mußte. Er hatte sich dem Präsidenten gegenüber dazu verpflichtet, und auch die Kunstvereinsangelegenheiten machten es nothwendig. Er dachte an den Umweg über Straßburg, Metz, Luxemburg; aber zuletzt fuhr er kurz entschlossen 2. Juli den gewöhnlichen Weg nach Mainz, blieb dort über Nacht, fuhr dann andern

[1] Mallinckrodts Schwager, H. v. Bernhard, war nämlich in die bayerische Armee eingetreten und stand als Lieutenant im Felde, Frau Kettner aber war aus Rheinpreußen und hatte ihren einzigen Sohn in der preußischen Armee.

Morgens mit dem niederländischen Boote unter holländischer Flagge nach Koblenz und von dort mit der Bahn weiter. „Niemand hat unterwegs nach etwas gefragt," berichtet er, „und gesehen habe ich nur zwei Landwehrmänner, einen bei Bingen und einen bei Lahnstein." Am Tage der Schlacht von Königgrätz langte Mallinckrodt in Düsseldorf an. Die erste Neuigkeit, die seiner wartete, war, daß der allgemein sehr beliebte, ihm persönlich gewogene Präsident, Freiherr v. Massenbach, in verletzender Weise zur Disposition gestellt worden sei, in denselben Tagen, da sein Sohn auf dem Schlachtfeld für das preußische Vaterland sein Leben ließ.

Nach den Anschauungen, die Mallinckrodt bisher aus vollster Ueberzeugung vertreten hatte, konnten ihn die politischen und kriegerischen Verwicklungen, gegen die er in der preußischen Kammer so oft die Kassandrastimme erhoben, nur peinlich berühren.

„Lieber Georg! Die Welt stinkt," schrieb er 7. Juli; „nachdem ich herzhaft raisonnirt, bin ich aber damit beschäftigt, mich allmählich unter das zu ducken, was unser Herrgott zuläßt — wer weiß, wozu es gut ist und wohin es führt!? . . . Der Contre-Coup der Abtretung von Venetien hat mir Spaß gemacht. Für den Moment hört alles Prophezeien auf. Warten wir also in Geduld. Ich lege mich nächstens aufs Sopha und lese Romane — wenn ich nur gute hätte."

Mitte August hatte Mallinckrodt nach Mittenheim zurückreisen wollen, allein sein Urlaubsgesuch blieb von Berlin aus unbeantwortet. Als es ihm zu lang wurde, nahm er einstweilen Präsidialurlaub, und am 23. August, seinem Hochzeitstage, langte er wieder bei „der Else und den Buben" an. Am gleichen Tage war der Prager Friede geschlossen worden, und damit hörten für die nächste Zeit die Kriegssorgen auf. Spät im September traf auch sein Urlaub ein, der bis zum October 1867 lautete.

Den Aerger an den politischen Vorgängen innerhalb des engern Vaterlandes ersparte ihm der Umstand, daß er wenig oder nichts darüber erfuhr.

„Es kommt mir außerordentlich gescheidt vor," meinte er schon 17. Mai 1866, „daß ich zur rechten Zeit Urlaub genommen habe. Zum mindesten habe ich dadurch eine Portion Aerger erspart. Es bleibt doch noch genug übrig."

„Aus Preußen erfahre ich kaum mehr, als in der Augsburger Postzeitung, dem Volksboten und den Neuesten Nachrichten steht", schreibt er 8. November, und bald darauf wieder: „Ueberhaupt leben wir in starkem Dunkel bezüglich der preußischen Heimat, indem wir hier nur bayerische Blätter lesen und darin natürlich nur die Berliner Haupt- und Staatsactionen Aufnahme finden, während die Dinge von nur örtlichem Interesse übergangen werden. Dies hat den Vortheil, daß uns wahrscheinlich mancher Aerger erspart bleibt, wogegen wir freilich auch auf manches verzichten müssen, was wir gerne hörten."

Zwar fehlte auch jetzt das Trübe nicht ganz. In der Familie gab es manche Krankheitsfälle, dann kam die Nachricht vom Tode des Präsidenten

v. Vignau, der der Cholera zum Opfer gefallen war. Sonst aber verlief alles still und friedlich. Mitte October unternahm Hermann mit seiner Gattin eine kleine Wallfahrt nach dem „heiligen Berg Andechs". Sie fuhren mit der Bahn bis Starnberg, von da gingen sie drei Stunden zu Fuß. Bald darauf kam die Mittenheimer Kirchweih, die zwei Tage lang gefeiert wurde. „In der Unterwelt (d. h. beim Dienstpersonal) war viel Besuch und wurde am ersten Tag nach der Zither und am zweiten nach der Harmonika bis Mitternacht sehr solide getanzt." In der Oberetage war gleichfalls Ueberfluß an Besuch. Doch wurde dies Fest noch übertroffen durch die Weihnachtsfeier. Am zweiten Feiertag zierte Else den Baum für Meinulph und die sämmtlichen Kinder der Nachbarn und Tagelöhner, und jedem wurde etwas beschert. Die Frau bekam nichts, wie es bei solchen Gelegenheiten Mallinckrodts Brauch war. Er hatte nämlich eine ausgesprochene Abneigung gegen Weihnachtsgeschenke, und auch in Bezug auf seine Geschwister war nie davon die Rede. Ebenso waren Geschenke und Glückwünsche zum Namenstag in der Familie so gut wie unbekannt. Erst in späteren Jahren, als die kleinen Neffen und Nichtchen dem Onkel zum Namenstag Briefe schrieben, wurde er auf diese Sitte aufmerksam und wunderte sich selbst, daß er mit seinen Geschwistern derselben nie gepflogen habe. Wenn er dagegen einmal zufällig etwas sah, was einem seiner Lieben Dienste leisten oder Freude machen konnte, so wurde es ohne weiteres gekauft und als Geschenk abgeschickt.

So wohl sich die Familie in Mittenheim fühlte, so hatte der Urlaub auf ein ganzes Jahr doch auch die schlimme Folge, daß damit der Bezug des Gehaltes wegfiel. In Anbetracht von Mallinckrodts gesellschaftlicher Stellung und seiner großen Wohlthätigkeit waren seine Einkünfte selbst mit dem Gehalt in den letzten Jahren recht bescheidene gewesen. Zwar ergaben die Mittenheimer Wirthschaftsbücher am 1. October 1866 bedeutende Ersparnisse und gute Fortschritte, aber infolge von Hagelschlag und Mißernte war der Ertrag des Gutes noch immer schwach. Unter solchen Umständen kam es ihm sehr zu statten, daß jetzt, wie in allen Jahren, seitdem er mit der Bewirthschaftung eines Gutes belastet war, sein edler Bruder Georg ihm bereitwillig auch für hohe Summen Credit gewährte und verschaffte, wann und wie immer er derselben bedurfte, und mit geschäftlichen Gefälligkeiten der verschiedensten Art sich ihm hilfreich erwies. Doch der Bruder wollte noch mehr thun. In den ersten Novembertagen 1866 überraschte er ihn mit einer Rolle Gold, damit er sich für seine eigene Person eine Annehmlichkeit damit verschaffen solle. Hermann „fühlte sich allsogleich durch den elektrischen Funken geschwisterlicher Gesinnung erwärmt". Allein zu diesem Zweck wollte er das Geld doch nicht ausgeben. Die eigene Person stand ihm an letzter Stelle. „Laßt uns abwarten," meinte er,

„ich habe schon so meine Gedanken, und vielleicht hat ein anderer mit der Zeit noch einen bessern."

In der That hatte bald ein anderer noch einen bessern Gedanken, und dieser andere war sein Bruder Georg. Ohne Festgeschenke, wie gewöhnlich, waren die Weihnachtstage selbst vorbeigegangen. Da kam 20. Januar 1867 ein Brief von Böddeken. Er lautete:

Lieber Hermann!

Nach pflichtmäßig reiflicher, wohlerwogener Ueberlegung und voller Beistimmung meiner kleinen lieben Frau übersende ich in der Anlage den cassirten Schuldschein über 7000 Reichsthaler und quittire über den nicht verbrieften Betrag von 3000 Reichsthalern.

Die Motivirung eines langen und breiten auseinanderzusetzen, wirst Du mir erlassen, und hege ich das Vertrauen, daß Du nobel genug von uns denken wirst, um Deinerseits kein Bedenken entgegenzustellen. Tausend Grüße!

Böddeken, den 17. Januar 1867.

Georg.

Noch am gleichen Tage erwiederte Hermann:

Lieber Georg und liebe Dine!

Ich nehme keinen Anstand, zu sagen, daß Euer heute angekommener Brief vom 17. I. mir die Augen naß gemacht hat. Ich danke auf das herzlichste und fühle meinen Stolz auf den Besitz solcher Geschwister wo möglich noch gesteigert. Elsbeth hat sich vollends den Kopf roth gejalpert. Ich denke auch „nobel genug" von Euch, um ein so großes Geschenk von Euch anzunehmen oder gar zu erbitten, wenn ich desselben einmal wirklich benöthigt werden sollte. Allein dieser Fall liegt, Gott sei Dank, noch nicht vor, und ich hoffe auch, daß er nicht eintreten wird. Solange dies aber nicht der Fall ist, würde ich meinerseits mich eines unedlen Mißbrauches Eurer geschwisterlichen Gesinnung schuldig machen, wenn ich das Gebotene, wie gern es auch geboten ist, annähme. In diesem Augenblick ist meine Situation in der Gährung, hat aber noch nicht die Gare. Inzwischen genieße ich ja mit Dank den Zinserlaß. Warten wir ab, wie die Dinge sich entwickeln, und kommen wir je nach der Art der Entwicklung und der Umstände auf den Gegenstand zurück oder nicht zurück. Inzwischen gereicht und gereichte mir schon lange die Ueberzeugung, daß ich an dem Senior nöthigenfalls einen Rückhalt habe, zur angenehmen und beruhigenden Befriedigung, und ich weiß insbesondere, daß ich darauf auch für den Fall rechnen darf, daß ich frühzeitiger abberufen werden möchte, als mir zur Zeit wahrscheinlich ist, und daß alsdann die Meinigen der Stütze durch Rath und That bedürfen sollten.

Allein Georg war es Ernst gewesen mit seinem Anerbieten, und er ließ sich so leicht nicht abweisen; wiederholt drang er in Hermann, den Vorschlag anzunehmen. Für diesen schien ein solcher Entschluß um so mehr nahegelegt, da er eben in den norddeutschen Reichstag gewählt worden war und das Mandat in der bestimmten Absicht angenommen hatte, über die jüngsten

politischen Ereignisse offen und ungescheut seine Meinung zu sagen. Was dann erfolgen würde? wer konnte es wissen? Trotzdem nahm er auch jetzt des Bruders Anerbieten nicht an.

„Ueber Deinen wiederholten großmüthigen Vorschlag", schreibt er 17. Februar, „bin ich wackelig geworden und kann noch nicht ins reine kommen. Inzwischen gestehe ich, daß dessen Vorhandensein mir das immerhin gewagte Spiel der reichstäglichen Opposition doch sehr viel unbedenklicher gemacht hat. Das Weitere mag sich nachher finden, für jetzt wiederhole ich nur meinen herzlichen Dank für den brüderlichen Plan."

Viertes Buch.

Wiederaufnahme der parlamentarischen Thätigkeit.

(1867—1870.)

1. Im constituirenden norddeutschen Reichstag (1867).

Seitdem Italien durch Revolution, Lüge und Gewalt zum Einheitsstaat geworden war, trat bei den fortgeschrittenen Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses immer unverhüllter der Wunsch hervor, daß Preußen die Rolle Sardiniens für Deutschland übernehmen möge. Wenn man trotzdem bezüglich der Reorganisation des Heeres dem leitenden Staatsmann v. Bismarck Schwierigkeit über Schwierigkeit in den Weg legte, geschah es nicht bloß, um den Parteien die Gunst des Volkes zu erhalten, sondern auch, um wo möglich dem Ministerium eine deutsche Politik abzuzwingen, wie sie der Partei genehm war. Die Unionsbestrebungen des Generals v. Radowitz waren einst gescheitert, wie er selbst es aussprach, weil er wie sein König zu ehrlich waren und zu ehrenhaft das bestehende Recht achteten. Jetzt war die Stimmung der herrschenden Parteien, daß für Preußen statt der Rechtsgrundsätze „das ewige Recht der Zukunft“ stehe, daß es „nicht darauf ankomme, ängstlich zu prüfen, was denn jetzt Recht sei, als was werth sei, Recht zu werden“. Mit der ganzen Kraft seines Rechtsbewußtseins war Mallinckrodt von Anfang an gegen diese Bestrebungen aufgetreten. Auch er wollte ein großes und einiges Deutschland, aber das *ganze* Deutschland sollte es sein, und ein Deutschland aufgebaut und geeint auf den Grundsätzen des Rechtes. Seit 1859 war keine Session vorübergegangen, ohne daß er im Abgeordnetenhaus ernst und eindringlich seine Stimme zur Warnung erhoben hätte. Er sah die Katastrophe kommen und sagte sie voraus, aber das Rechtsgefühl in ihm sträubte sich dagegen. Sie kam noch früher, als er es vermuthet. „Das sieht ja schon recht lustig aus im lieben Vaterlande,“ schrieb er 17. Mai 1866, „es wird noch toller werden.“

Immer näher kam der Krieg, die Mittelstaaten machten mobil, eben jetzt erfolgte die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und ward

die Neuwahl angeordnet. Es war möglich und selbst wahrscheinlich, daß unter diesen Umständen Anfragen wegen Uebernahme eines Mandates an Mallinckrodt ergehen würden; sein Entschluß war vom ersten Augenblick an, daß er eine unerbetene Wahl weder ablehnen dürfe noch wolle.

„Ich bin mir darüber klar," schrieb er 17. Mai an einen Freund, „daß jetzt die Annahme einer etwaigen Wahl im vollen Sinne des Wortes eine Pflicht ist, daß ferner das Unrecht auf preußischer Seite liegt und daß dem Grafen Bismarck kein Pfennig zu bewilligen ist. Im übrigen bin ich nicht geneigt, weitere Zusagen zu machen. . . . Daß ich keineswegs um meinetwillen eine Wahl wünsche und also auch keinerlei gute Worte darum gebe, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen."

Wirklich gelangte von Geldern aus eine Anfrage an ihn, die Chancen schienen unbedenklich, und wie Mallinckrodt 7. Juli seinem Bruder gesteht, jetzt zum erstenmal hegte er ein Verlangen, gewählt zu werden. Er „brannte darauf, wieder zum Landtag gewählt zu werden, um einmal loswettern zu können". Aber in Geldern kam er wieder außer Frage, und kein Mandat fiel ihm zu. Er sah darin Gottes Fügung und meinte, angesichts des übrigen Gesammtwahlresultates habe er es nicht mehr zu bedauern.

Für den Januar 1867 standen nun die Wahlen für den constituirenden norddeutschen Reichstag bevor, und sie brachten schwierige Fragen für diejenigen, welche aus principiellen Bedenken die Neugestaltung der politischen Verhältnisse Norddeutschlands nicht gutheißen zu können glaubten.

„Was die Parlamentswahl angeht," schrieb darüber Malinckrodt 29. December 1866, „so sehe ich keinen Grund für principielle Enthaltung. Dabei ist noch nie viel herausgekommen, und wenn man den Rumpfbund nicht legalisiren will, dann ist es richtiger, ins Parlament zu gehen und gegen die ganze Geschichte zu protestiren und den Hannoveranern und Holsteinern zu secundiren, als sich auszuschweigen und das Feld zu räumen. . . . Sonderlich ereifern würde ich mich aber für diese Wahl nicht, denn das Ganze ist doch nicht viel anderes als eine Farce."

Was die Candidaten anging, so glaubte er, daß, wo nicht ein „richtiger Ultramontaner" zu haben sei, allenfalls unter den gegebenen Umständen auch „ein großdeutscher, ehrlicher Demokrat" der rechte Mann sein könnte. Im übrigen lag die politische Zukunft und der richtige Weg, der einzuschlagen wäre, nichts weniger als klar vor ihm.

„Der Vorwurf, daß ich auf politische Fragen nicht reagire," schrieb er an einen gleichgesinnten Freund, „trifft nur halb zu. Die Aufstellung eines Programms war und ist allerdings für uns noch nicht indicirt, da erst alles im Gähren und Werden ist und wir gänzlich ohne Einfluß auf diesen Proceß sind."

Bald ersah Mallinckrodt aus den „Kölner Blättern", daß er im Wahlkreis Beckum-Lüdinghausen-Warendorf als Candidat aufgestellt sei. Aber auch auf der Vorwahlversammlung zu Grevenbrück für den Kreis Olpe-

Meschede-Arnsberg, den Kern des alten kölnischen Sauerlandes, beschloß man, ihn, der „aufs wärmste allseitig und auch von seinem langjährigen Collegen im Abgeordnetenhause, Amtmann Plaßmann, empfohlen worden", dem Regierungscandidaten, Oberpräsidenten v. Duesberg, entgegenzustellen. „Damit wäre denn", so schrieb 6. Februar 1867 der Hauptwahlmacher dieses Kreises, Graf Westphalen, im „Arnsberger Central-Volksblatt", „für die in meinem Aufruf vom 21. d. M. vorausgesetzte Mehrheit der Bevölkerung unseres Wahlkreises der Boden der angestrebten Einigung gefunden, und zwar in einer Persönlichkeit, wie wir sie bewährter, zuverlässiger und befähigter nicht erwarten konnten."

Sofort fragte Freiherr v. Schorlemer-Alst telegraphisch bei Mallinckrodt an, ob er zur Uebernahme des Mandates bereit sei. Dieser aber wollte jetzt so wenig wie früher davon wissen, sich von vornherein an einen Wahlkreis zu binden. Er wollte erst die Wahl in Beckum abwarten und, wenn diese günstig ausfiel, den Beckumern den Vorzug geben. Denn hier war die Wahl weit mehr gefährdet als in Arnsberg; überdies hatte Beckum ihm zuerst ein Mandat anvertraut, und noch andere Rücksichten mochten ihn bestimmen, gerade hier anzunehmen, im Falle die Wahl günstig geriethe. Dementsprechend telegraphirte er Schorlemer zurück: „Auf die Frage, ob überhaupt? zur Antwort: In Gottes Namen, ja!" Aber ein Brief folgte dem Telegramm auf dem Fuße, in welchem die Gründe dargelegt wurden, weshalb er im Fall einer Doppelwahl für Beckum sich entscheiden werde.

Nach der Wahlversammlung in Grevenbrück flog Mallinckrodts Name nach allen Seiten hin in die Thäler des Sauerlandes. Die Boten der Hauptortschaften warteten den ganzen langen Tag auf Mallinckrodts Antwortstelegramm. Als es endlich kam, wurde es mit Freuden weitergetragen, die Zeitungen schrieben es, und einer erzählte es dem andern, Mallinckrodt habe geantwortet: „In Gottes Namen, ja!" Die nachfolgende briefliche Erläuterung kam zu spät, und brachte Freiherrn v. Schorlemer in die peinlichste Verlegenheit. Wollte er nicht die ganze Wahl verderben, so mußte er jetzt schweigen und den Dingen ihren Lauf lassen. Er hoffte zuversichtlich, es werde ihm noch gelingen, Mallinckrodt zu Gunsten Arnsbergs umzustimmen.

Die Wahl verlief in der That glänzend. Alle Katholiken des Wahlkreises hatten sich auf Mallinckrodt geeinigt. Der fortschrittliche Candidat unterlag schmählich, der Regierungscandidat, Oberpräsident v. Duesberg, hatte kaum die Hälfte der Stimmen Mallinckrodts. „Das Sauerland ist fest und treu wie der Stahl in seinen Bergen", schrieb Schorlemer triumphirend 13. Februar, aber er beschwor jetzt auch Mallinckrodt, „die treuen Tiroler Westfalens nicht im Stich zu lassen", der Rückschlag könne sonst ein unberechenbar fataler werden. Auf der andern Seite aber drängte Graf Schmising-Kerssenbrock zur Annahme für Beckum. Es war dort zur Stich-

wahl gekommen zwischen Mallinckrodt und dem Appellationsgerichtsrath Versen aus Hamm. Schmising schrieb Brief auf Brief: Gebe Mallinckrodt seine bestimmte Zusage, so sei die Wahl sicher, andernfalls die Niederlage. Noch am 17. Februar dachte Mallinckrodt, jetzt doch für Arnsberg annehmen zu sollen, allein so nachdrücklichen und sachlich begründeten Vorstellungen, wie denen des Grafen Schmising, glaubte er zuletzt nicht widerstehen zu dürfen. Er entschied sich endgiltig für Beckum, und die Wahl endete mit seinem Sieg.

Aber von all diesen Verhandlungen war im Wahlkreise Arnsberg bis jetzt nichts bekannt geworden, und groß und peinlich war das Erstaunen, daß der gefeierte Mann des allgemeinen Vertrauens diesmal bei seinem Worte nicht geblieben war. Die nächste Folge der Enttäuschung war ein vom Grafen Westphalen mit westfälischer Derbheit eröffneter Briefwechsel. Mallinckrodt blieb sehr gelassen. „Ich achte Ihre Geradheit zu hoch," erwiederte er dem Grafen, „um Ihnen Ihre gleichzeitige arge Grobheit sonderlich übel zu nehmen." Er stellte dann sämmtliche Kraftsprüche des Grafen gegen ihn zusammen und hielt den wirklichen Sachverhalt diesen Ergüssen gegenüber. Der Erfolg war vollkommen. Graf Westphalen bekannte Grobheit und Irrthum, meinte nun aber für seine Grobheit ein dankbareres Feld bei Herrn v. Schorlemer aufsuchen zu müssen. Doch Mallinckrodt stellte sich dem möglichst entgegen, zeigte dem Grafen an, daß er die beiden ersten Briefe dieser Correspondenz Schorlemer mitgetheilt, und übersandte demselben eine Erklärung über seine Gründe zur Niederlegung des Mandates, welche in den Blättern veröffentlicht werden sollte. Er hoffte dadurch den üblen Eindruck ganz zu verwischen, und so geschah es auch.

Man verständigte sich, P. Reichensperger statt seiner aufzustellen, dem sein alter Wahlkreis Geldern diesmal untreu geworden war, und bald herrschte wieder voller Friede. „Werther Freund!" so leitete sich jetzt des edlen Grafen Brief an Mallinckrodt ein, „Gestatten Sie mir vorab diese richtigere Schreibform." Und Mallinckrodt seinerseits versicherte einem Dritten gegenüber 19. März: „Wir leben in bester Freundschaft."

Jedenfalls zeigten diese Wahlvorgänge, was man anderwärts nicht recht hatte glauben wollen, daß trotz seines Auftretens in der Conflictszeit und trotz seiner bittern Befeindung in der Presse Mallinckrodts Name in Westfalen wirklich populär war. Auch jetzt fehlte es nicht an giftigen Angriffen auf ihn. Sogar ein ehemaliger College im Abgeordnetenhaus, H. Kreutz, langjähriger Vertreter des Wahlkreises Iserlohn-Altena, veröffentlichte im „Olper Kreisblatte" eine von Unwahrheiten strotzende Erklärung gegen ihn, der „meist mit der feudalen Partei und für die Militär-Reorganisation mit dreijähriger Dienstzeit gestimmt und gerade deshalb sein Mandat in dem doch gewiß gut katholischen Wahlbezirk Münster verloren habe". Auf An-

dringen des Grafen Westphalen ließ Mallinckrodt durch eine lakonisch gefaßte Berichtigung die Unwahrheit dieser Angriffe klarstellen.

Die Annahme der Wahl und damit der Entschluß, offen vor dem ganzen Lande gegen die Politik des Grafen Bismarck Protest einzulegen, war für Mallinckrodt immerhin eine bedenkliche Sache.

„Ich weiß nicht," schrieb er 17. Februar an seinen Bruder, „ob Ihr Euch gewundert habt oder nicht, ob Ihr einverstanden damit seid oder nicht, daß ich mich aufs Gewähltwerden eingelassen habe. Ich vermuthe aber doch Einverständniß. Es würde mir dauernd im Magen liegen geblieben sein, wenn ich nach langer Mißstimmung die Gelegenheit, laut zu werden, freiwillig versäumt hätte. Man hätte nachher kein Recht mehr zum Raisonniren gehabt und hätte auch wohl eine Pflicht versäumt, für Wahrheit und Recht Zeugniß zu geben. Es wäre doch zu erbärmlich, wenn sich, wo es darauf ankommt, jeder entschuldigte. Die persönlichen Folgen können mehr oder weniger unangenehm sein; doch ist mir das auch noch nicht einmal sonderlich wahrscheinlich. Eventuell klärt sich meine Situation, so daß man nachher genauer weiß, wo man daran ist. Auch denke ich, daß Du Dich eher wieder im Lande behaglich fühlst, wenn die Familie die Satisfaction hat, ihre Meinung vertreten zu haben. Elise war keinen Augenblick zweifelhaft, obgleich meine Abwesenheit unter den gegebenen Verhältnissen ihr recht unbehaglich und drückend sein wird."

„Dein Non possumus", so hatte er schon 14 Tage früher an einen Freund geschrieben, welcher auf Nichtbeschickung des neuen Reichstages bestand, „ist mir eigentlich gar nicht verständlich. Ich kann die Hannoveraner und den Grafen Westphalen und das Princip des Föderalismus und die Wahrheit nicht im Stich lassen und will mich nicht dem spätern Selbstvorwurf aussetzen, daß ich in entscheidenden Krisen den Hasenfuß oder den Schranzen hinter dem Ofen gespielt habe. Sonst ist manches dagegen, aber auch manches dafür zu sagen. Meine brave Ehehälfte ist ganz meiner Meinung, und hoffentlich werden auch Pauline und Georg sagen: ‚Mein Bruder hat Recht.‘ [1] Wenn Gott mit uns, wer will uns dann was anhaben?"

Bereits 24. Februar wurde der constituirende Reichstag des Norddeutschen Bundes vom Könige in Person eröffnet, 2. März konnte das Präsidium gewählt werden, am 4. überreichte Bismarck den Bundesverfassungsentwurf, und am 9. begann die denselben betreffende Generaldiscussion. 29 Redner waren für, 16 gegen den Entwurf angemeldet, unter ihnen Mallinckrodt. Die Parteiverhältnisse waren sehr verworrene, die katholische Fraction (das Centrum) war in alle Winde zerstoben. „Es macht einen tragikomischen Eindruck, wie sich die katholische Fraction zerstreut hat", meinte damals ein alter Parlamentarier. „Die Bildung einer katholischen Fraction," schrieb man 2. März aus Berlin an die „Augsb. Allgem. Zeitung", „scheint gänzlich aufgegeben zu sein, da die 12—13 Katholiken,

[1] Es war dies in der Mallinckrodt'schen Familie eine sprichwörtliche Redensart geworden.

welche im Reichstag sitzen, in ihren Ansichten weit auseinandergehen." [1] Zur Unterstützung der Regierung war, neben den 60 Mann zählenden „Conservativen", hauptsächlich durch die Bemühungen v. Savigny's die sogen. „freiconservative Fraction" ins Leben getreten und hatte es bis auf 36 Mitglieder gebracht. Mehrere geachtete Katholiken, wie der in Köln gewählte Pfarrer Thissen, Landrath Seul, die Diplomaten Graf Galen und v. Loë u. a., wurden für dieselbe gewonnen. Auf der linken Seite stand das kleine Häuflein der Altliberalen machtlos neben den zahlreichen Parteien des Fortschritts und der Nationalliberalen. Unter den ehemaligen katholischen Parteigenossen fand sich für Mallinckrodt niemand, an den er sich hätte anschließen können. Rohden erschien wohl noch auf der Tribüne, hatte auch den Muth, daran zu erinnern, daß auch in Oesterreich noch Deutsche seien, aber er war alt und schwach geworden, politisch stand er ohnehin Mallinckrodt fern. „Michelis (Pfarrer von Albachten) wäre wohl mein Gesinnungsgenosse," meinte Mallinckrodt 14. März, „aber ich muß mich von ihm ziemlich fern halten, um nicht durch seine ungezügelte Leidenschaftlichkeit compromittirt zu werden." Ja er war froh, als 14 Tage später Michelis sich genöthigt sah, sein Mandat niederzulegen. „Er ist ein Kollerer," meinte er dazu, „und sehe ich ihn lieber außer, als in dem Hause."

Aber auch jetzt noch, trotz dieser Zerfahrenheit, trafen sich die Katholiken, d. h. die Ueberreste der einstigen, jetzt zersprengten Fraction, zuweilen im Vereinshause, Niederwallstraße 11, um einigermaßen Fühlung zu behalten. Auch Mallinckrodt kam dahin und war stets auf dem Laufenden über das wenige, was man „katholischerseits" anstrebte.

In anderer Weise hatten sich politische Gesinnungsgenossen gefunden, conservative Hannoveraner, Schleswig-Holsteiner, auch ein Oldenburger, dabei als „der einzigste Altpreuße" Mallinckrodt. Im ganzen waren es 17—18, welche neben dem constitutionellen auch das bundesstaatliche Princip auf ihre Fahne geschrieben hatten.

„Die Sachsen haben keine rechte Courage", bemerkt dazu Mallinckrodt, „und diplomatisiren, um möglichst bald die preußischen Garnisonen los zu werden. Unser Präses ist Windthorst. Wir genießen den Vorzug, diejenigen zu sein, gegen welche

[1] „Nicht ihre Gegner, ihre ‚Freunde' haben sie (die katholische Fraction) zu Grunde gerichtet. Nur wenige Ueberreste erinnerten seit dem Jahre 1866 an das Vorhandensein einer Fraction, die länger als alle anderen bestanden und mehr als alle anderen gekämpft für die Rechte und Freiheiten aller. ... P. Reichensperger, v. Mallinckrodt, Dr. Krebs blieben allein von dem ältern, Dr. Weber, Hobbeling, Kleinschmidt von dem jüngern Stamme übrig. Sie, nunmehr ‚Wilde', saßen da wie die trauernden Juden an den Wassern Babylons" (Kölnische Volkszeitung 1870, Nr. 325). Uneinigkeit und Unklarheit herrschte übrigens zur Zeit auch in den anderen Fractionen, besonders der nationalliberalen.

unter der Firma der ‚Particularisten' am meisten losgedonnert wird und welche ganz unzweifelhaft die unbequemsten sind."

Der „bundesstaatlich-constitutionelle Verein" umfaßte trotz der geringen Zahl seiner Theilnehmer mehr Männer, die durch langjährige politische Laufbahn, hervorragende Stellung und gereifte Welterfahrung ausgezeichnet waren, als irgend eine der anderen, numerisch viel zahlreicheren Fractionen. Unter anderen gehörte auch der in Schleswig-Holstein gewählte frühere hansische Ministerresident Schleiden und der hannoverische Exminister A. v. Münchhausen ihm an, deren ausgezeichnete parlamentarische Leistungen bald von sich reden machten und selbst den Gegnern Anerkennung abnöthigten. Ohne die Mitglieder durch formelle Beschlüsse zu binden, versammelte sich der Verein wöchentlich einigemal zu Vorbesprechungen über den Verfassungsentwurf. Das gemeinsame Programm begann mit der Erklärung, daß man sich „nach Maßgabe der gegebenen Thatsachen (also ohne den rechtlichen Ursprung dieser Thatsachen ausdrücklich anzuerkennen) auf der Basis des Bundesstaates unter der mit allen zur Wahrung der Selbständigkeit, Ehre und Wohlfahrt Deutschlands erforderlichen Mitteln ausgestatteten Centralgewalt der Krone Preußen" zu diesen Besprechungen vereinigt habe. Dann heißt es weiter:

„Wir werden uns bemühen, zur Vollendung der Constituirung des Bundesstaates auf Grund des dem Reichstag von den verbündeten Regierungen vorgelegten Verfassungsentwurfs nach Kräften mitzuwirken, und halten uns dabei, indem wir uns zu den Principien freisinniger constitutioneller Verfassung (mit Budgetrecht, Verantwortlichkeit der Vertreter der Regierung, Bundesgericht, Schutz der freien Presse, des Vereins- und Versammlungsrechtes 2c.) bekennen, für verpflichtet, die Wahrung möglichster Selbständigkeit und Freiheit der Angehörigen des Bundesstaates, soweit sie mit der Handhabung einer kräftigen Centralgewalt vereinbar sind, sowie die diese Freiheit sichernden Garantien und dadurch auch die baldige Wiedervereinigung Süddeutschlands mit dem neuen Bunde in verfassungsmäßigem Wege zu erstreben."

Waren die Verhältnisse innerhalb des Hauses für Mallinckrodt unerquicklich, wie zugleich die weite Entfernung von der Familie drückend, so fand er doch auch wieder manches, was er in früheren Sessionen des Abgeordnetenhauses vermißt hatte. Auf die dringende Einladung der vortrefflichen Geheimräthin Schmidt schlug er bei ihr seine Wohnung auf und fand sich sehr wohl dabei. „Daß mir hier sonderlich unbehaglich wäre, kann ich nicht sagen," schrieb er 19. März, „im Gegentheil, ich bin sehr gemüthsruhig, wozu die Wohnung bei der gastfreundlichen Frau Geheimräthin Schmidt noch das Ihrige beiträgt." In Windthorst war ihm ein äußerst zusagender Geistesverwandter zugeführt worden, mit dem er sich vortrefflich verstand. Schon früher hatte dieser einen günstigen Eindruck von Mallinckrodt erhalten. Noch zu den Zeiten der „katholischen Fraction" war er einmal nach Berlin gereist, hauptsächlich,

um den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses beizuwohnen und die verschiedenen parlamentarischen Größen sprechen zu hören. Auch Mallinckrodt hatte er damals gehört. Der logische Gang der Rede fiel ihm auf und mehr noch manche „Anklänge an seine eigenen Ideen". Es gefiel ihm die stark hervortretende conservative Gesinnung, wodurch sich Mallinckrodt von anderen Elementen seiner Fraction unterschied. Näher traten sich die beiden Männer damals nicht, aber es begreift sich, daß sie sich jetzt leicht zusammenfanden. Aeußerte Windthorst später, er habe nie einen Mann gefunden, der mit ihm in den politischen Anschauungen so völlig übereinstimmte, so freute sich Mallinckrodt seinerseits des Vertrauens, dem er von seiten Windthorsts begegnete, in welchem er den hervorragenden staatsmännischen Geist alsbald erkannt hatte. Wie sehr er ihn schon nach den Erfahrungen dieser ersten kurzen Session des Reichstags hochschätzte, zeigt eine Notiz im Briefe an seinen Schwager vom 12. August 1867:

„Apropos! Die Candidatur Windthorst für Brilon-Lippstadt freut mich sehr. Thue, was Du zur Unterstützung thun kannst. Windthorst ist sehr echt und sehr bedeutend und sehr thätig und eine Brücke zur Verbindung mit großdeutschen, nichtkatholischen Elementen."

Auch im übrigen war er mit seiner Fraction wohl zufrieden und stellte ihr das beste Zeugniß aus: „Meine Fractionsgenossen sind durch die Bank sehr anständige und verständige Leute, es ist kein Hitzkopf darunter."

Einen sehr angenehmen täglichen Verkehr bot für Mallinckrodt der von früher her ihm bekannte Landrath Seul von Neuß. Sobald die Sitzung vorbei war, wandelten sie selbander zunächst zu einem Austernkeller am Gendarmeriemarkt, um sich wieder zu erfrischen. Mallinckrodt, der bei seiner angestrengten Art geistiger Thätigkeit sehr leicht von Uebermüdung und nervöser Ueberreiztheit befallen wurde, hielt etwas auf ein Dutzend Austern zur rechten Zeit. Er hatte ehedem selbst seine Else in Düsseldorf damit curirt. Es war Anfangs 1865, als sie ihn täglich mittags an der Regierung abholte und er sie dann zu einem Austernschmause begleitete, um „dann mit besserem Appetit zu Hause weiter zu essen". So that er nun auch selbst, und da sein landräthlicher Freund in der Passion für Austern mit ihm ganz harmonirte, so nahmen sie täglich miteinander ihre Atzung, bestehend in einem Dutzend Austern und einem Stück Fleisch.

Mallinckrodt machte gegenüber dem Landrath, mit dem er auch sonst oft und viel beisammen war, kein Hehl daraus, daß er entschlossen sei, sein Urtheil über Bismarcks Politik vor dem Reichstage auszusprechen. Seul gab sich alle erdenkliche Mühe, ihn davon zurückzuhalten. Auch Freunde Mallinckrodts, namentlich die Düsseldorfer, wandten sich brieflich an Seul, doch ja seinen ganzen Einfluß aufzubieten, Mallinckrodt von einem so gefährlichen Wagniß zurückzuhalten. Auch Mallinckrodt selbst wurde in Briefen

mit Bitten und Warnungen bestürmt. Allein er blieb fest. „Ich müßte mich schämen vor mir selbst," antwortete er Seul, „wenn ich heimkehrte, ohne den Mund aufgethan zu haben; dazu gerade habe ich ja das Mandat angenommen."

Bei alledem war Mallinckrodt nichts weniger als leidenschaftlich erregt. Er verurtheilte, was geschehen war, er verwarf auch die Richtung, in welcher die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten sich bewegte, das Rechtsgefühl, das in ihm alles beherrschte, sträubte sich gegen das, was er als Unrecht und Gewaltthat ansehen mußte. Und doch war er jetzt innerlich ruhig. Schon seit Juli 1866 hatte er sich bemüht, mehr Gottes Zulassung und Fügung, als das Einwirken der menschlichen Factoren ins Auge zu fassen. „Ich befleißige mich deshalb um so größerer Gemüthsruhe," schrieb er 14. März 1867 im Hinblick auf die Erregtheit mancher Freunde, „und es wird mir auch nicht sonderlich schwer." Königstreu und regierungstreu war er stets aus Ueberzeugung gewesen, er war es auch jetzt noch, da er glaubte, daß der erste der verantwortlichen Minister durch Verletzung der obersten Rechtsgrundsätze die Monarchie und den Staat in gefahrbringender Weise erschüttert habe. Er übersah gar nicht das Gute, was bei alledem in Preußen war; und hatte er früher vor der Landesvertretung auch oft den Klagen seiner katholischen Mitbürger über mancherlei Benachtheiligung und Zurücksetzung Ausdruck geben müssen, so war er auch stets bereit gewesen, öffentlich wie in vertraulichen Kreisen den Schutz und die verhältnißmäßige Freiheit anzuerkennen, welche das Preußen von damals der katholischen Kirche gewährte. So suchte er auch jetzt nach allen Seiten hin beruhigend auf seine Freunde zu wirken.

„Bei allen denjenigen," schreibt er vom Reichstag aus an einen nahen Bekannten, „welche mehr oder weniger im Gefechte gewesen sind, ist die politische Stimmung eine viel gemäßigtere als bei Dir in Deinem Grollwinkel."

„Mit dem Aufbruch aus dem Lager der Ehrlosigkeit wäre es schon gut und recht," antwortete er bereits 28. September 1866 einem andern, der ihn über eine Auswanderung aus Preußen um Rath gefragt hatte, „aber sage doch einer, wo in der Welt es denn gute Gesellschaft gibt! Exempli gratia Bayern! sagt denn die eine Verleihung des Hubertusordens [1] nicht alles? . . . Und sollte es in Oesterreich viel anders sein? Wäre dem österreichischen Gesammtvolk nicht viel auf die Kreide zu schreiben gewesen, — die Vorsehung hätte anders geschlichtet. Im übrigen neige ich allerdings der Meinung zu, daß wir das Ende noch zu erleben haben."

---

[1] Anläßlich des Friedensschlusses war gegen Mitte September 1866 dem Grafen Bismarck der bayerische Hausorden des hl. Hubertus verliehen worden, wie man sagte, „zum Dank für die gnädige Strafe", was in allen Kreisen Bayerns, auch denen, die einem politisch-militärischen Anschluß an Preußen günstig waren, höchst peinlich berührte und auch in Preußen selbst nicht eben imponiren konnte.

Die Art, wie Graf Westphalen seiner Mißbilligung der politischen Entwicklung Geltung zu verschaffen suchte, hatte Mallinckrodts Beifall nicht, obwohl er ja im Princip mit ihm übereinstimmte. „Er treibt es zu toll bei seinen Agitationen", meinte er. Von der Uebersiedelung in eines der österreichischen Länder, wie sie damals bei manchen Adelsfamilien erwogen wurde, rieth er beharrlich ab und berief sich dafür auch auf das Urtheil Windthorsts, mit dem er die Sache eingehend besprochen hatte. Aber auch schon längst vorher hatte er dagegen geeifert. Er meinte, es gehe eben doch nichts über die Heimat, und erst im Auslande würde man sie einmal recht schätzen lernen. „Mein größtes Bedenken", schloß er einen Brief 29. December 1866, „liegt in der sehr bedenklichen Zukunft Oesterreichs."

Es war demnach weder confessionelle Gereiztheit noch irgend eine antipreußische Sympathie, was Mallinckrodt bestimmte, mit offenbarem, im voraus kaum zu ermessendem Nachtheil für sich und seine Familie im Reichstag die Fahne des Rechtes und der Gerechtigkeit hochzuhalten angesichts der triumphirenden Gewalt und der epidemisch um sich greifenden, bereits alles beherrschenden Anbetung des Erfolges. Er fühlte, daß er allein stand und daß seine Worte ohne Erfolg verhallen würden; aber er hielt es für seine Pflicht, zu sprechen. Schon fast drei Tage lang hatte die Debatte über den Verfassungsentwurf gewährt, bis er endlich zu Wort kommen konnte. Mit unverkennbarer Neugierde sah man von verschiedenen Seiten seinen Ausführungen entgegen. Gerade beim Beginn seiner Rede trat Graf Bismarck ein und nahm seinen Platz, der kaum zwei bis drei Schritte von dem Redner entfernt war.

Um jeder Mißdeutung vorzubeugen, begann Mallinckrodt diese seine berühmte Rede vom 12. März 1867 mit der ausdrücklichen Versicherung, daß nicht religiöse Interessen seine Stellungnahme begründeten. „Die katholische Kirche als solche dankt dem hochseligen Könige und der Verfassung, daß sie sich in Preußen einer freiern Bewegung erfreut als selbst in den süddeutschen Staaten." Aber vom Standpunkte des Rechtes und der politischen und nationalen Zweckmäßigkeit aus wolle er die Situation und den vorliegenden Entwurf beleuchten. Er halte an dem Satze fest: Justitia fundamentum regnorum. Diesen Satz habe er an der Wiege des Norddeutschen Bundes nicht gefunden. Ohne Anlaß habe Preußen den Krieg geführt, und es sei im Unrecht gewesen. Durch die glänzenden Erfolge der preußischen Waffen sei allerdings in der öffentlichen Meinung ein Umschwung eingetreten, er aber sei auch heute noch der Ansicht, daß die Gesetze des Rechtes und der Gerechtigkeit nicht bloß für Privatpersonen, sondern auch für Diplomaten und Staatsmänner gelten. Früher habe man nur einen Bundesstaat gewollt, jetzt steuere man auf den Einheitsstaat hin, sonst hätte man Hannover und Kurhessen nicht zu annectiren brauchen. Der Einheitsstaat

sei aber für Deutschland verderblich, und deshalb werde er den dahin gerichteten Bestrebungen entgegentreten.

Es war eine eigenthümliche Genugthuung für Mallinckrodt, daß er in diesem feierlichen Augenblick auf die Worte seines edeln Freundes Radowitz sich berufen konnte, der einst auch deutsche Einheit unter Preußens Führung angestrebt hatte, der aber nicht im Einheitsstaat, sondern nur im wohlgeordneten Bundesstaat das Heil für Deutschland sah.

Bismarck erhob sich sofort zur Erwiederung. „Um kaum vernarbte Wunden nicht wieder aufzureißen", begnüge er sich, die Anklagen des Vorredners auf dem Wege der Verwahrung zurückzuweisen. Dann suchte er, schlagfertig wie immer, eine historische Anspielung in Mallinckrodts Rede zu seinen Gunsten auszubeuten. Durch diesen geschickten Zug wußte er die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß er der fast gebieterischen Gelegenheit, seine Politik gegen den Vorwurf der Rechtswidrigkeit zu vertheidigen, mit einer Phrase ausgewichen war. Auch auf diese Digression erwiederte Mallinckrodt kurz und fest in einer persönlichen Bemerkung. Als in der Sitzung des folgenden Tages sein alter Widerpart v. Vincke (Hagen) auf seine Rede zurückkam, die ihn „von allen am meisten verletzt habe", ihm „ultramontane Bestrebungen" und Particularismus vorwarf, antwortete er gar nicht.

Er selbst war von seinem diesmaligen Auftreten nicht recht befriedigt. Die veränderte Lokalität und das Gefühl der vollen Vereinsamung hatten ihn gestört, die gespannte Aufmerksamkeit, mit welcher er der dreitägigen Debatte gefolgt war, das lange Warten, bis es ihm ermöglicht wurde, zu sprechen, hatten ihn ermüdet. So war ihm im Laufe der Rede manches entgangen, was er hatte sagen wollen. Und doch war der Eindruck seiner Rede im Hause ein bedeutender. Noch November 1873 schilderte der Abgeordnete Lasker im preußischen Abgeordnetenhause die Bedeutung, die man Mallinckrodts Worten damals beimaß. Allerdings wollte Lasker daraus den Vorwurf der Vaterlandsfeindlichkeit ableiten und sprach deshalb in theatralischer Uebertreibung. „Ich bekenne," versicherte er, „— ich schildere meine Gefühle genau —, daß ich im norddeutschen Reichstag e r s c h r a k, als ich die erste Rede des Herrn Abgeordneten v. Mallinckrodt dort hörte; . . . aus dem Munde eines Altpreußen hatte ich Aehnliches bis dahin noch nicht gehört. . . ."

„Meine Fractionsgenossen", so schrieb Mallinckrodt selbst 14. März 1866, „äußerten sich am Abend sehr befriedigt, namentlich die Schleswig-Holsteiner votirten lebhaften Dank. Graf Bismarck quittirte durch sofortige Replik und zeigte Gereiztheit. Item dixi et salvavi. . . . Im übrigen kommt nicht viel dabei heraus und werde ich wohl für die Folge schweigsam bleiben."

Doch konnte er einer wichtigen Frage dieser Session nicht ganz fern bleiben, der Frage über die Aufnahme von Grundrechten in die neue Bundesverfassung. Der Entwurf selbst hatte als einziges deutsches Grundrecht das

Indigenat aufgestellt. Aber die Liberalen, denen noch immer die „Reichsverfassung“ vom 28. März 1849 vorschwebte, waren es nicht zufrieden, und die Katholiken wünschten die gleichen Bürgschaften religiöser Freiheit, deren sie sich in Preußen zu erfreuen hatten, auch für das Gebiet des Bundes gewährleistet. Rohden mit seinen nächsten Freunden hatte den Antrag in Anregung gebracht, den Artikel 12 der preußischen Verfassung in die Bundesverfassung aufzunehmen. Aber, wie es scheint, aus taktischen Gründen wurde Einbringung und Vertretung des Antrags dem Abgeordneten für Aachen (Scherer) übertragen. Rohden kämpfte dafür mit Aufbietung aller Kräfte, allein Scherer rechtfertigte nicht das in ihn gesetzte Vertrauen. Er erklärte die Aufnahme von Grundrechten im allgemeinen für nicht angezeigt und verlangte nur die des Artikels 12, um den „Ultramontanen“ jeden Grund zu Klagen und Beschwerden über angebliche Bedrückungen zu nehmen. Ueberdies zog er bald den ganzen Antrag wieder zurück. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und Rohden, der ihm Illoyalität vorwarf, und noch heftigeren mit Dr. Michelis. Mallinckrodt aber nahm alsbald den zurückgezogenen Antrag als seinen Antrag wieder auf. Allein v. Savigny als Bundescommissär hatte bereits den Antrag in sehr diplomatischer Weise bekämpft: man habe in allen politischen Fragen die Selbständigkeit der Einzelstaaten möglichst zu beschränken gesucht, in religiösen Fragen wolle man ihre Autonomie ungeschmälert erhalten wissen. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag abgelehnt. Unter denen, welche gegen die Grundrechte gestimmt hatten, war auch Mallinckrodts alter Fractionsgenosse, Pfarrer Thissen.

Beim Artikel 4 des Verfassungsentwurfes über die Competenz des Bundes und die Bundesgesetzgebung war der „bundesstaatlich-constitutionelle Verein“ schon seinem Programm gemäß veranlaßt, mit unterschiedlichen Anträgen in die Debatten einzugreifen. Hier konnte zum Theil noch gerettet werden, was in der Abstimmung über die Grundrechte verloren war. Mallinckrodt hatte die in der preußischen Verfassung zur Sicherstellung der bürgerlichen Freiheit gewährten Grundrechte über Presse, Vereins- und Versammlungsrecht ꝛc. in ein Amendement zusammengefaßt, das aber nicht er selbst, sondern der holsteinische Pastor Schrader unterschrieb und einbrachte. Aber das Amendement wurde namentlich durch die „Nationalliberalen“ niedergestimmt. Aus einer Art Schamgefühl und mit Rücksicht auf die Stimmung der Wähler ging dann doch auch von ihrer Seite ein Antrag in Bezug auf Sicherstellung jener Rechte ein, der von dem nationalliberalen Dr. Braun (Wiesbaden) gestellt wurde. Allein dieser war sehr vage gehalten, und obgleich er von angesehenen Männern, wie Graf Schwerin, nachdrücklich vertheidigt wurde, unterlag er mit 128 gegen 130 Stimmen. „In der Majorität“, meldeten die Zeitungen, „befinden sich die Katholiken und die beiden Lassalleaner.“

Am Mittag des 17. April konnte nach beendetem Reichstage Mallinckrodt dem Kreise der Seinen zueilen. Er hatte nicht wieder das Wort ergriffen.

„Bismarck ist nichts weniger als zufrieden mit dem Gang der Dinge auf dem Reichstag," bemerkte er 8. April, „obwohl er für die nächsten vier Jahre alles erreicht, was er wünscht, es sei denn, daß es definitiv bei der Diätenzahlung bleibt, was ihm in sein Concept einen ziemlich dicken Strich gemacht hat."

Mallinckrodts Rede vom 12. März hatte auch außerhalb des Hauses ungeheures Aufsehen erregt. Namentlich sein Heimatland Westfalen war davon erfüllt. Ueberall sprach man davon; einer zeigte sie dem andern. Man bezeichnete sie als das Bedeutendste, was während des Reichstages gesprochen worden sei[1]. Von vielen Seiten erhielt er zustimmende und beglückwünschende Schreiben, namentlich auch aus den Kreisen der Aristokratie. Diese eine Rede hatte mehr gethan, ihn weit und breit in Deutschland bekannt zu machen, als eine opfervolle parlamentarische Wirksamkeit von zwölf Jahren.

„Neben der Zerstörung der Bande, welche die verschiedenen Theile des Vaterlandes, wenn auch mangelhaft, doch nicht ohne Hoffnung umfaßten, und die zwischen den besten, echt deutschen Stämmen und ihren Fürstengeschlechtern zum Theil seit beinahe tausend Jahren bestanden," so schrieb ihm ein hochangesehener norddeutscher Adeliger, „ist der schmähliche moralische und intellectuelle Servilismus ekelerregend, aber auch sehr zu beklagen, welcher in Preußen die sogen. conservative Partei seit Jahren aufgelöst und seit den heillosen Erfolgen des vorigen Jahres Männer der größten und besten Namen in den unabhängigsten Stellungen, Männer, welche einen Ruf vermeint fester Gesinnung und der politischen Erfahrung zu erhalten hätten, mit den philisterhaftesten ‚Geheimräthen', vorjährigen ‚Liberalen' und den tollsten Fortschrittsmännern in den ordinärsten Cultus gegen den in der Person des Grafen Bismarck personificirten Götzen des Erfolges zusammengeworfen hat. Aus dieser Gesellschaft tönen Ihre Worte — goldene Aepfel auf silbernen Schalen — wie aus einer bessern Zeit kommend und einen Hoffnungsstrahl auf ein einstiges Wiedererstehen des Vaterlandes uns zeigend."

„Ich darf es Ihnen nicht verhehlen," schrieb ihm noch ein Jahr später der edle Professor Deger aus Düsseldorf, „daß Ihr Auftreten in der Kammer mich mit innigster Hochachtung für meinen verehrten Freund erfüllt hat. Sie haben ein Martyrthum freiwillig aufgenommen. . . . Ich beglückwünsche Sie für solchen Starkmuth, er war eines christlichen Mannes würdig. — Es wird wohl die Zeit kommen, wo die schwach gewordenen Seelen sich erinnern werden: ‚Das hat ja damals nur ein Mann noch verstanden. Wie war es möglich, das alles vergessen zu haben unter dem Eindruck eines glänzenden Erfolges, was uns heute wieder so deutlich vor Augen tritt!' — So gar fern mag der Zeitpunkt nicht liegen, und Sie können sich des bessern Erfolges einer edlen Niederlage noch erfreuen, wenn Gott, der Lenker der Geschicke, es so bestimmt haben wird."

[1] Mehrere ganz hervorragende Redner hatten gesprochen; namentlich die Rede A. v. Münchhausens (11. März) hatte großen Eindruck gemacht.

Auch in protestantisch-conservativen Kreisen hatte Mallinckrodts Rede Aufsehen erregt.

„Heute Morgen 9 Uhr“, schrieb er 8. April, „machte mir ein bisher persönlich mir unbekannter protestantischer Rittergutsbesitzer aus der Mark Brandenburg Besuch, motivirte dies im wesentlichen damit, daß die Conservativen im wesentlichen nicht mehr conservativ wären, und kohlte mir etwa eine Stunde in gutgemeinter Art theils verständiges, theils unverständiges Zeug vor — auch ein Zeichen der Zeit.“

Um dieselbe Zeit prunkte die „Kreuzzeitung“ mit der Nachricht, daß von Katholiken des Wahlkreises Beckum eine Mißtrauensadresse gegen Mallinckrodt vorbereitet werde. Aber dies gab nur das Signal, um sofort in verschiedenen Gegenden Westfalens Zustimmungsadressen für ihn in Umlauf zu setzen. Täglich liefen in diesem Sinne Briefe an ihn ein. Am 2. Mai zählte man bereits über 1000 Unterschriften aus allen Ständen und Theilen Westfalens unter vorzüglicher Betheiligung des Adels. Die erste Adresse, die mit den Namen mehrerer adeliger Gutsbesitzer und anderer Notabeln an ihn gelangte, lautete:

Hochverehrter Herr! In der elften Sitzung des norddeutschen Reichstages, am 12. März, haben Sie, verehrtester Herr, ein offenes Zeugniß, würdig des Sohnes der rothen Erde, für Wahrheit und Recht, für die ewigen Grundlagen aller christlichen Staaten abgelegt.

Sie waren im voraus überzeugt, daß die überwiegend große Mehrheit der Bewohner ihrer heimatlichen Provinz mit Herz und Mund in das Bekenntniß einstimmen würde, daß die ewigen Gesetze des Rechtes und der Gerechtigkeit für alle Staatsweisheit volle Geltung haben, und daß mit nichten der Erfolg, und sei er der glänzendste, den Maßstab für die Thaten der Staatsmänner abgeben könne.

Wir danken Ihnen herzlichst, daß Sie unseren Ueberzeugungen einen so *entschiedenen* und *würdigen* Ausdruck gegeben haben.

Mit Ihnen, verehrter Herr, bekennen wir uns offen und frei zu den Principien der ewigen Gerechtigkeit, im Leben der Einzelnen und der Völker, und halten fest an dem Grundsatze:

Die Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten.

Empfangen Sie die Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung, mit der wir zeichnen

Ihre

(folgen die Unterschriften).

Westfalen im März 1867.

Je größer der Eindruck seines Auftretens im Lande war, desto mehr mußte auch der Regierung daran gelegen sein, diesen Mann mit dem Stand der Dinge auszusöhnen und für die Pläne des leitenden Staatsmannes zu gewinnen. Der Wirkliche Geheimerath v. Savigny, der während des Reichstages als Bundescommissar hervorragend thätig war, hatte sein Hauptaugenmerk darauf gerichtet, die angesehenen katholischen Führer der neuen preußischen Politik günstig zu stimmen. Bei der ihm eigenen diplomatischen Feinheit und Liebenswürdigkeit des persönlichen Verkehrs war ihm dies bei

der einen oder andern, auch hochstehenden Persönlichkeit theilweise geglückt; die freiconservative Partei, die damals so manche gute katholische Elemente in sich barg, war sein Werk. Er wollte jetzt auch den Versuch machen mit Mallinckrodt, der schon in früheren Jahren mit ihm in Verkehr gestanden hatte. 24. März sah er ihn bei sich zum Diner. Da Savigny alle mögliche Freundlichkeit aufbot und wiederholt den Wunsch einer ruhigen und vertraulichen Unterhaltung verlauten ließ, suchte ihn Mallinckrodt des folgenden Abends wieder auf und blieb von 7 Uhr bis 10 Uhr bei ihm.

„Einig sind wir zwar nicht geworden," schrieb er über diese Begegnung, „allein er hat mir doch manches Interessante erzählt, und ich habe Gelegenheit gehabt, seinen Standpunkt besser kennen zu lernen und mich von seiner bona fides et voluntas genauer zu überzeugen. Die gänzliche Verdorbenheit und Bodenlosigkeit der österreichischen Zustände in Staat und Volk, in Armee und Civil, der Lug und Trug in den Frankfurter Bundes- und Diplomatenverhältnissen, die ehrliche Gesinnung des Königs u. dgl. waren Hauptmomente seiner Auffassung."

So schmerzlich die Sehnsucht war, mit welcher diesmal Else in dem einsamen Mittenheim der Rückkunft ihres Gatten entgegenharrte, so beschwor sie ihn doch „ebenso dringend als ernstlich gemeint", sich erst noch ein paar Tage im lieben Böddeken zu gönnen. Doch er wollte sie nicht länger, als durchaus nothwendig war, allein lassen. Nur einem schmerzlichen Gange unterzog er sich noch, bevor er der Heimat zueilte. Er fuhr nach Neustadt-Eberswalde, um Frau Dankelmann, P. Reichenspergers geistvoller Tochter, die schwer krank daniederlag, als alter Freund noch einmal einen Besuch abzustatten, bevor sie starb. Endlich war er wieder in Mittenheim. Die Feier der Ostertage in München, eine mehrwöchentliche Reise mit seinem Bruder Georg und ein Besuch Herrn v. Sydows auf Mittenheim brachten gleich anfangs angenehmen Wechsel. Die Reise durch Steiermark und Oesterreich war schon seit 1857 eines seiner hauptsächlichsten Wanderprojecte gewesen und in seinen Briefen mehrmals wieder aufgetaucht, bis er sie jetzt nach zehn Jahren endlich verwirklichen konnte. Seine Reiseeindrücke waren günstiger, als er sie erwartet hatte. „Die allgemeinen Zustände (in Steiermark) habe ich mißlicher erwartet, als ich sie gefunden habe; doch bleibt noch genug auszusetzen. Die Slowenen haben mir auch so übel nicht gefallen." Noch mehr behagte es ihm in Oesterreich. „Meines Erachtens", meinte er, „lebt sich's im deutschen Oesterreich ungefähr ebenso mehr oder minder angenehm wie im übrigen Deutschland." Mit der Geburt seines dritten Sohnes Joseph (12. Juni 1867) begann eine Zeit neuer Sorgen. Nicht nur war das Kind anfangs schwach und kränklich, auch in Else's Befinden trat von da an kaum mehr eine rechte Erholung ein.

2. Merseburg (1867—1870).

„Ich glaube nicht, daß man mich aus dem preußischen Dienste wegmaßregeln wird", hatte noch am 25. April Mallinckrodt an seinen Bruder geschrieben. Wirklich schien alles ruhig vorübergegangen zu sein. Aber es sollte anders kommen.

„Vorgestern wurde ich zum Lachen gereizt", schreibt er 28. Juli von Mittenheim aus an denselben, „durch den Eingang einer Versetzungsordre nach Merseburg. Der Ort liegt gleichweit von Paderborn wie Düsseldorf, ein Drittel des Weges von Düsseldorf nach Berlin und auch um 10—15 Meilen näher hierher. Es ist dort voraussichtlich nicht unerheblich wohlfeiler als in Düsseldorf, und — ich bin Kühlwetter'chen los. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden nicht besonders sein, und das bedaure ich für Elsbeth, die übrigens eigentlich froh ist, von Düsseldorf wegzukommen, theils aus finanziellen Gründen, theils weil sie das Neue liebt. In summa braucht Ihr Euch also wenigstens vorerst über diese matte Maßregelung nicht zu ärgern. Meines Wissens ist seit Jahren eine Missionsstation in Merseburg."

Die „matte Maßregelung" war, was Mallinckrodt damals noch nicht wußte, nicht von Bismarck ausgegangen, sondern von dem neuen Düsseldorfer Regierungspräsidenten v. Kühlwetter. Um seinen patriotischen Eifer zu zeigen, hatte dieser über Mallinckrodts Reichstagsrede laut sein Entsetzen ausgesprochen, sofort um dessen Entfernung von Düsseldorf angehalten und von diesem Schritt auch anderen Beamten gegenüber kein Hehl gemacht. „Einen solchen Mann", äußerte er, „kann ich am Düsseldorfer Regierungscollegium nicht gebrauchen." Wie es bei Mallinckrodt Gewohnheit und Grundsatz war, unangenehmen Vorkommnissen stets die beste Seite abzugewinnen, so that er auch hier. „Einstweilen", schrieb er 12. August, „freut mich die Versetzung fast mehr, als sie mich nicht freut; doch wird es schließlich darauf ankommen, was für Leute sich dort vorfinden." Bald aber stellte sich heraus, daß Merseburg eine wahre Verbannung für ihn war.

Ehe der Umzug ins Werk gesetzt wurde, ging er auch dieses Jahr wieder für einige Wochen nach Gastein, holte dann Anfang September Elise in Mittenheim ab zu einer Reise durch Belgien nach Aachen und Düsseldorf; einige Tage in Böddeken sollten den Abschluß bilden. „Der Elsbeth ist eine kleine, geistig anregende und fütternde Reise durchaus nothwendig", meinte er. Freilich begann schon 10. September die erste Session des ordentlichen Reichstages des Norddeutschen Bundes, und die Beckumer hatten Mallinckrodt abermals gewählt. Aber sie hatten ihm zuerst freie Hand zugestehen müssen.

„Bezüglich der Reichstagswahl", äußerte er 28. Juli, „habe ich in zwei den Beckumer Wahlbezirk betreffenden Antworten gesagt, wenn man einen andern ordentlichen Menschen habe, so sei mir das lieber; wenn nicht, so würde ich zwar die zweite Wahl annehmen, jedoch mit dem ausdrücklichen und nicht geheim zu haltenden Bedingniß, daß ich mich nicht verpflichte, jeder Session und während einer

Session allen Verhandlungen beizuwohnen, meine Theilnahme vielmehr nach der Wichtigkeit der Gegenstände und nach meinen persönlichen Verhältnissen bemessen würde, welche mir zunächst die Theilnahme an einer September=Session nicht gestatten würden."

Nach vollbrachter Reise wurde demnach zuerst Umzug und Hauseinrichtung in Merseburg besorgt; erst 17. October kam Mallinckrodt nach Berlin. „Seit gestern Mittag", meldete er 18. October, „bin ich hier, und Ende nächster Woche wird das ‚Feigenblatt des Absolutismus', wie gestern ein Redner sagte, — der Reichstag nämlich, geschlossen werden können."

Er hatte indes nicht allzuviel versäumt. Der allgemeine Mangel an Interesse für diesen Reichstag war von Anfang an aufgefallen. Es hatte mehrere Tage nach der Eröffnung gedauert, bis der Reichstag auch nur beschlußfähig war. Das Haus war sehr schlecht, die Tribünen meistens fast gar nicht besucht, die Verhandlungen zeichneten sich durch Einförmigkeit aus. Aber gerade die erste Sitzung, der Mallinckrodt beiwohnte, die Abendsitzung des 17. October, wurde durch die von Bebel und Liebknecht veranlaßten Scenen zu einer sehr stürmischen. Am 23. October griff auch Mallinckrodt in die Debatte ein, in deren Verlauf er zwei Amendements stellte. Es war zum erstenmal, daß er Seite an Seite mit Windthorst kämpfte. Mehr noch trat er hervor in der Schlußsitzung (26. October), wo er den Antrag Löwe, Waldeck und anderer, d. h. seiner Fraction, über die Verträge mit Bayern, Württemberg und den übrigen süddeutschen Staaten lebhaft unterstützte. Es war eine sehr bemerkenswerthe Rede, in welcher er für die Rechte der süddeutschen Staaten aufs wärmste einstand. „Die Schwaben und Bayern haben vollständig soviel Recht auf Achtung als die norddeutschen Stämme," so führte er aus, „und es ziemt sich nicht, daß der eine einseitig auf Kosten des andern seine Macht steigert."

Als nun der Abgeordnete Miquel diese Rede mit dem Vorwurf „ultramontaner Umtriebe" beantwortete, legte Mallinckrodt Verwahrung ein.

„Ich bin schon gewohnt," bemerkte er, „daß gerade da, wo es an guten Gründen fehlt, sich manchmal das Schlagwort einstellt: ‚ultramontan'. Ich bin zu sehr daran gewohnt, um besonders leicht davon Notiz zu nehmen. Allein wenn sich eine Verdächtigung daran knüpft, dann fühle ich mich zur Abwehr veranlaßt. Der Abgeordnete Miquel brachte es nämlich in Beziehung mit Hinneigung zu Frankreich, und das lehne ich ab. Ich habe Anspruch darauf, als ein ebenso guter deutscher Patriot angesehen zu werden als irgend jemand in diesem hohen Hause, und ich glaube, es würde kein guter Ton hier einreißen, wenn es Mode würde, aus sachlich abweichenden Anschauungen eine Verdächtigung hinsichtlich der Motive abzuleiten."

Bismarck selbst trat in langer und energischer Rede dem Amendement Löwe's und seiner Fraction entgegen, und es unterlag zuletzt mit 26 gegen 177 Stimmen. Noch am gleichen Tage wurde die Session geschlossen.

Es galt jetzt, in Merseburg sich einzuwohnen. „Die amtlichen Verhältnisse lassen sich ziemlich bequem an, die häuslichen auch, die gesellschaftlichen werden wohl dürftig bleiben," schrieb Mallinckrodt darüber. „Vom Städtchen ist nicht sonderlich viel Rühmliches zu sagen, doch auch kein Grund zu besonderen Jeremiaden." Allein bald zeigten sich die Schattenseiten. Für einen geistig so regsamen Mann war die Interesselosigkeit der städtischen Verhältnisse und die Bedeutungslosigkeit seines ihm äußerst wenig zusagenden Wirkungskreises geradezu erdrückend.

„Merseburg ist wirklich kein interessanter Ort," schreibt er Juli 1868, „denn selbst wenn die ganze Stadt schon 5 Uhr morgens durch Musik und Trommeln geweckt wird, wenn hochdieselbe flaggt und bereits mittags nur noch theilweise nüchtern ist, wenn man hört, es werde Fahnenweihe gefeiert — dann ist man doch so dumm wie vorher, weil man doch nicht weiß, was die Leute eigentlich wollen. Dies ist die Geschichte von heute, und an anderen Tagen passirt gar nichts."

„Könnte ich Euch", so seufzt er einen Monat später, „nur so auf zwölf Stunden das nichtsdurchbohrende Gefühl eines Menschen, der quasi nichts zu thun hat, der da, wo er ist, überflüssig ist oder sich überflüssig fühlt, der gerade so gut heute wie morgen abfahren könnte, aber aus Gründen, die auch nicht viel heißen, doch noch ein wenig warten muß, — könnte ich Euch diese Empfindungen einimpfen, Ihr würdet im nächsten Augenblick aufjauchzen, weil der Abstand zwischen Eurer momentanen Reisesituation und dieser kleinen Misère Euch die erstere hoffentlich in bengalische Beleuchtung versetzen würde, wenn es dessen überhaupt bedürfen sollte."

Zu dieser innern Mißbefriedigung kam noch der Umstand hinzu, daß die Merseburger Luft sich den Kindern als unzuträglich erwies, so daß es jetzt im Hause Mallinckrodt mit den Kinderkrankheiten kaum ein Ende nehmen wollte. Februar 1868 lagen außer Mallinckrodt selbst alle drei Knaben krank, im Juli desselben Jahres krankte außer dem Vater wieder die ganze Familie, und so ging es dann mit verschiedenen Wechselfällen die nächsten Jahre weiter, nur daß wochenlange Besuche auf Böddeken oder Mittenheim wohlthuend und heilsam die Gesundheit immer wieder herstellten.

Ein Trost war es für die Familie, daß sie wenigstens katholischen Gottesdienst und einen katholischen Priester in Merseburg vorfand. Bis 1860 war nur periodisch Gottesdienst daselbst gehalten worden, dann war aber für die 108 ansässigen Katholiken, deren Zahl jedoch im Sommer durch Arbeiter aus dem Eichsfelde beträchtlich vermehrt wurde, ein eigener Missionsgeistlicher angestellt worden; 1861 begann eine katholische Schule mit acht Kindern. Bei Mallinckrodts Uebersiedelung war die Gemeinde auf 300 Seelen angewachsen. Sie war durchwegs arm, kam aber doch selbst für die Cultuskosten auf, während die Schule, der Priester und das Lokal für den Gottesdienst durch den Bonifatiusverein unterhalten wurde. Kirche war keine da, ein Tanzsaal mußte sie ersetzen. „Wir halten unsern Gottesdienst in einem Privathaus," erzählt Mallinckrodt, „unter uns ist der Stall."

Der katholische Priester trat bald zu der Familie in freundliche Beziehungen, die sich auch dann noch erhielten, als Mallinckrodt von Merseburg fortgezogen war. Wiederholt geschieht in den Briefen der wechselseitigen Besuche Erwähnung. Der Aelteste mußte alsbald nach der Ankunft anfangen, die Meßgebete zu erlernen und dem Herrn Pfarrer bei der heiligen Messe zu dienen. „Unsere einzige Freude in Merseburg", erzählte später Mallinckrodts Gattin, „bestand darin, daß wir der katholischen Missionsgemeinde helfend zur Seite stehen konnten." Auch Pfarrer Becker von Alsleben, das in der Nähe lag, kam zuweilen herüber; andererseits versäumte Mallinckrodt nicht, durch Besuche in Alsleben sich über den Stand „seiner" Mission zu unterrichten. Ende Juli 1869 stand eine katholische Kirche in Merseburg fertig, die schönste des ganzen Bezirkes. Mallinckrodt hatte sich auch für dieses Gotteshaus persönlich bemüht und wegen Kanzel, Fenster, Stationsbildern u. dgl. eifrig Schritte gethan und manche Briefe geschrieben. Da man zur Einweihung schon Juli 1869 die Ankunft des Bischofs Konrad Martin erwartete [1], verschob er eigens seine Abreise, um bei der Feier zugegen zu sein. Beim Priester wie bei der Gemeinde ist Mallinckrodt unvergessen geblieben. Noch viele Jahre später schrieb der Pfarrer:

„Er und seine ganze Familie steht hier noch immer im besten Andenken durch das herrliche Beispiel, das sie allen Katholiken hier gaben. Die ganze Familie war regelmäßig, solange sie hier war, jeden Tag in der Kirche und ging sehr oft zu den heiligen Sacramenten. Der älteste Sohn, Meinulph, versammelte jeden Sonntag alle Knaben, auch die ärmsten aus unserer Schule in der elterlichen Wohnung um sich und spielte mit ihnen und beschenkte sie. Ganz besonders wohlthätig war auch die sel. Frau v. Mallinckrodt, die vielfach über ihre Kräfte mildthätig gegen die Armen war. Wenn irgend ein Familienereigniß, z. B. Geburtstag eines Kindes, Sterbetag der Eltern, Trauungstag u. s. w., gingen er und sie zu den Sacramenten. Bis jetzt ist die v. Mallinckrodt'sche Familie hier noch nicht wieder ersetzt worden!"

Manchmal machte Mallinckrodt mit dem Pfarrer stundenweite Spaziergänge, wobei über die wichtigsten Fragen, selbst über Theologie und Philosophie, ernste Gespräche geführt wurden. In manchen Stücken auch konnte der Priester bei dem erfahrenen Weltmanne sich Raths erholen.

Auch die Missionsstation Schönebeck-Salza bei Magdeburg, die 1869 gegründet wurde, um 197 Katholiken die Tröstungen der Religion zu sichern, rechnete Mallinckrodt unter ihre Stützen und Wohlthäter. Ueberhaupt hatte er für den Bonifatiusverein und dessen Bestrebungen großes Interesse. Es verrieth sich noch in der Rede, die er 13. März 1873 im Abgeordnetenhause hielt, um einer Bestimmung der Maigesetze, welche der Thätigkeit dieses

[1] Erst 22. Juli 1872 fand die Consecration durch den hochwürdigen Bischof statt; 8. August 1869 war der erste Gottesdienst nach einfacher Benediction.

Vereines verhängnißvoll werden konnte, entgegenzutreten. Er berief sich dabei auf eine „ziemliche Anzahl von Fällen", die ihm aus seinem eigenen frühern Leben bekannt seien, und beschrieb mit großer Sachkenntniß die Entstehung und die Schwierigkeiten solcher Missionsstellen.

War die kurze Thätigkeit am neuen Reichstage eine nichts weniger als wohlthuende gewesen, so bot sich ein Ersatz in der glänzenden Katholikenversammlung von Paderborn (16. December 1867), zu welcher Mallinckrodt dringend eingeladen worden war. Die neuen Angriffe der italienischen Revolution auf den geringen Besitz, der dem Heiligen Vater noch geblieben war, hatten überall in Frankreich, Belgien, England, Spanien u. s. w. Kundgebungen des katholischen Volkes hervorgerufen, und der schöne Sieg von Mentana hatte allenthalben Begeisterung entzündet. In Frankreich hatte die Stimmung des Volkes zu Gunsten des bedrohten Kirchenstaates selbst Napoleon zum bewaffneten Eingreifen zu bewegen vermocht, aus Belgien und Holland waren Freiwillige zum päpstlichen Heere geströmt und flossen reichlich die Unterstützungen. Auch die Katholiken Deutschlands konnten solchen Vorgängen nicht theilnahmslos gegenüberstehen. In Köln, Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Trier, Breslau, Münster tagten großartige Versammlungen. Die Adresse zu Gunsten des Heiligen Vaters, welche die Versammlung von Münster an den König von Preußen richtete, trug 50 000 Unterschriften. In den verschiedenen Diöcesen hatte die „St.-Michaels-Bruderschaft" Eingang gefunden und war begeistert aufgenommen worden. Zweck dieser Bruderschaft war, durch Gebet, Almosen und wo möglich durch den kräftigen Arm den Heiligen Vater zu unterstützen und seine weltliche Herrschaft zu vertheidigen. Auch in Paderborn war die St.-Michaels-Bruderschaft ins Leben getreten. Mallinckrodts Freund, Freiherr Wilderich v. Ketteler, war vom Bischof zum Präsidenten derselben ernannt worden. Der Vorstand der Bruderschaft berief eine Versammlung der Paderborner Katholiken, die von Ketteler eröffnet und präsidirt wurde. Unter Betheiligung des Bischofs und des Weihbischofs nahm dieselbe einen sehr erhebenden Verlauf. Hermann v. Mallinckrodt[1] und sein Schwager Hüffer waren unter den Rednern. Mallinckrodts Rede, die hier nicht wie im Parlament durch den Gang der Verhandlungen, die Angriffe der Gegner, den verschiedenen Gesichtskreis der Zuhörer und tausend andere Rücksichten eingezwängt war, sondern in freiem und folgerechtem Gedankengang sich entfalten konnte, ist ebenso reich an geistigem Gehalt als

[1] „Deine und Kettelers gleichzeitige Bitten haben die Wirkung gehabt, daß ich mein großes inneres Widerstreben und mein Mißtrauen in meine Leistungsfähigkeit ad hoc überwunden und den Entschluß gefaßt habe, mit dem Nachtzug am Montag Morgen in Paderborn einzutreffen und mich, so gut es gehen wird, auf eine Rede vorzubereiten, zu der Ihr mich dann commandiren mögt, wenn es an Besseren fehlt." (H. v. Mallinckrodt an A. Hüffer, 11. December 1867.)

packend durch die Schönheit ihrer Bilder und die Wahrheit ihrer Anwendungen auf das christliche Leben. Sie hätte verdient, in Tausenden von Blättern über das ganze katholische Deutschland verbreitet zu werden. Der Redner will der Gefahr entgegentreten, die an das lobenswerthe und echt katholische Verlassen auf Gottes Hilfe immerhin sich anknüpfen könnte. Um die Gnade Gottes herabzurufen, bedarf es unserer Mitwirkung. Er will deshalb die Katholiken Deutschlands angesichts der Gefahr für den Heiligen Vater vor die Frage stellen: „Was haben wir Katholiken, was haben wir deutsche Katholiken bisher gethan, und was müssen wir thun?“ Um aber dies in der rechten Beleuchtung erscheinen zu lassen, schickt er eine andere Frage voraus: „Worum handelt es sich bei dieser römischen Frage, und was steht auf dem Spiele?“ Die Antwort lautet: Es handelt sich hier um ein Rechtsprincip von allgemeiner und eminenter Bedeutung, um eine katholische Frage von religiösem Inhalt und von unabsehbarer Wichtigkeit.

Auf das, was in der Tiefe brandete und sich bewegte bei diesen politischen Vorgängen, was aber den meisten unter der Oberfläche verborgen geblieben, will er seine Zuhörer hinweisen und sie an die so wenig erkannte Wahrheit erinnern, „daß jede große politische Frage auch eine religiöse und sittliche einschließt“. Und dann stellt er dem Reich der Revolution, an die man sich in Europa bereits gewöhnt, die in Europa bereits das Bürgerrecht erworben und die sechste Großmacht geworden sei, den „einzigen consequenten Vertheidiger des Rechtes, den Heiligen Vater“ gegenüber. „Wollen auch wir Verräther werden“, so schließt er diesen Theil seiner Ausführungen, „an dem Eckstein der staatlichen und kirchlichen Ordnung, an dem Rechte — nun, dann geben wir das Recht des Heiligen Vaters preis.“

„Es ist wahr,“ ruft er gegen Schluß seiner Rede den Katholiken zu, „wir können nicht alle zum Degen greifen, um unter Roms Mauern zu kämpfen. Aber der Kampf wird auch in Deutschland gekämpft; denn soweit die Christenheit reicht, reicht auch der Kampfplatz. Bekennen wir frei unsere Farbe, zeigen wir uns überall und in allen Lagen gehobenen Hauptes als das, was wir sind, als Katholiken, schaaren wir uns um das Banner, welches auch in Deutschland aufgestellt ist, das Banner des Kreuzes! Treten wir, wo es sei: in den Volksvertretungen, auf dem Katheder, in der Presse, auch in den Bier- und Weinstuben, den Principien entgegen, die heute in vielen Ländern den Frieden und die Wohlfahrt der Völker untergraben, die auch in manchen fürstlichen Cabinetten im Rathe sitzen und die nicht bloß Papst und Kirche befeinden, sondern auch die Völker einem wilden Wirrwarr oder einem eisernen Regimente entgegenführen.“

In Merseburg empfingen ihn wieder die alten Sorgen. Sein Aeltester lag krank zu Bett. Als 23. März 1868 der Reichstag wieder eröffnet wurde, hielten die Krankheiten in der Familie den Vater von Berlin zurück. Nur wenige Tage vor den Osterferien war es ihm noch möglich, im Reichstag

zu erscheinen. Nach Ostern sollte mit dem norddeutschen Reichstag vom 27. April an zugleich das „Zollparlament“ tagen.

Zur Eröffnung des Zollparlamentes war Mallinckrodt wieder in Berlin. Es war ein immerhin denkwürdiger Augenblick, da zum erstenmal seit der Frankfurter Nationalversammlung eine gemeinsame Vertretung des deutschen Volkes, Deutsch-Oesterreich allein ausgenommen, sich vereinigt sah, diesmal auf festerem Grund und seiner Aufgaben klarer bewußt, wenn auch vielleicht weniger frei und weniger hoffnungsvoll als damals. Zum erstenmal geschah es, daß der norddeutsche Reichstag mit Vertretern Süddeutschlands in Gemeinschaft trat, und bei Mallinckrodts Beziehungen zu Süddeutschland mochte gerade dies besonderes Interesse für ihn bieten. Was von allen politischen Fragen ihn am nächsten berührte, die Frage nach der Einigung mit dem übrigen Deutschland, und namentlich die Frage, ob eine Entwicklung zum Einheitsstaat oder zum Bundesstaat angebahnt bezw. weiter verfolgt werden sollte, trat hier, zumal im Anfang, stark in den Vordergrund. Während er im Reichstag diese ganze Session hindurch niemals sprach und auch in seinen Briefen der Verhandlungen mit keinem Wort erwähnt, folgte er den Arbeiten und Vorgängen des Zollparlamentes mit Interesse. Den Platz, den er im Hause einnahm, beschreibt genau ein Bericht des „Nürnberger Correspondenten“:

„Das eigentliche Centrum gehört den Altliberalen und Indifferenten; zuvörderst sitzt Windthorst, eine kleine, unansehnliche Erscheinung, aber mit großer Redegabe, Graf Schwerin, dann Reichensperger (Peter) mit der verbitterten Miene, Rothschild mit den kleinen rollenden Augen, die wenig zu dem riesigen Umfang seiner Erscheinung passen, Graf Henkel, der elegante Renegat Graf Münster, die beiden Camphausen — eminent zum Verwechseln ähnlich —, v. Mallinckrodt, eine gräfliche Figur mit spitzem Schwedenbart, Bethmann-Hollweg, der Volkswirthschafter Lette und der größte Mann des Parlaments nächst Graf Bismarck, der soldatische Vincke-Olbendorf.“

Erst nach langer Aufzählung, in welcher auch G. v. Vincke (Hagen) als „Parlaments-Xanthippe“ nicht fehlen darf, kommen „in der vorletzten Reihe der Rechten zunächst einige Clerikale und Priester“ und einige „Particularisten“.

Der Umstand, daß Else in der zweiten Hälfte des Mai durch die tödtliche Erkrankung einer nahen Verwandten nach Augsburg gerufen wurde, veranlaßte Mallinckrodt, am Mittag des 23. Mai gleichfalls für die Pfingstfeiertage zur Ordnung der Familienangelegenheiten nach Bayern zu reisen, zur selben Stunde, da im königl. Schloß das Zollparlament seine Schlußceremonie feierte. „Mit Stolz auf meine tapfere Else“, so zeigte er den Geschwistern den Entschluß der Reise an, „übersende ich zu geneigter Kenntnißnahme den eben empfangenen Brief.“ Erst wenige Tage vor Schluß des Reichstages kehrte er nach Berlin zurück. Bald schon stand er wieder vor

einer Wahl, diesmal für das Abgeordnetenhaus, dem er seit 1863 nicht mehr angehört hatte. Der Wahlkreis Steinfurt-Ahaus hatte ihn als Candidaten aufgestellt, am 13. October 1868 sollte die Wahl sein.

„Das vergnügtere Gesicht werde ich machen, wenn ich nicht gewählt werde“, meinte er dazu. „Daß mich das Schicksal bedroht, Ende November wieder nach Berlin zu müssen,“ heißt es 13. August, „wird Else erzählt und dabei ihr Project entwickelt haben, auch selbst in Begleitung von Marie dort zu erscheinen.“

Mit Beginn des November hatte Mallinckrodt in Merseburg eine neue Wohnung beziehen wollen. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus trat jetzt dazwischen, und da der Landtag bereits zum 4. November einberufen war, beschloß er, mit der ganzen Familie nach Berlin überzusiedeln. Am Morgen des 7. traf er daselbst ein, ließ sofort die Möbel auspacken, und als noch am gleichen Tage Else mit den Kindern eintraf, fand sie das Haus bereits wohnlich eingerichtet und die Zimmer warm.

Am Mittag des 25. November sah die Familie Windthorst und Schorlemer-Alst bei sich zu Gast, am 27. sprach Mallinckrodt zum erstenmal wieder im Abgeordnetenhause in der Angelegenheit der eidweigernden Abgeordneten aus Nordschleswig, wobei er vom Grafen Schwerin unterstützt wurde.

„Ich kann mich einstweilen“, schrieb er 13. December, „um die Meinigen wenig kümmern, denn wir haben tagtäglich lange und ermüdende Sitzungen. Dagegen ist Aussicht auf eine dreiwöchentliche Weihnachtspause, welche mir Luft geben wird. Der Landtag ist mir einstweilen angenehmer, als ich geglaubt. Insbesondere macht sich das Wildsein gut, indem es mich der Zeitvergeudung und der Vordiscussion mit einer Menge völlig unpolitischer Köpfe, z. B. N. und N., überhebt, und es auch ohne Gefolge für Windthorst, Reichensperger und mich möglich ist, uns mehr resp. minder geltend zu machen.“

Ganz ohne Vordiscussion ging es freilich auch jetzt nicht ab; sie wurde mit Windthorst allein in der Drotschke gehalten. Dieser fuhr nämlich, wenn Sitzung war, erst bei Mallinckrodt vor, neckte und zankte sich ein wenig mit dessen Frau, was ihm bei seiner bekannten Liebenswürdigkeit gegen Damen und bei Else's lebhafter Natur besonderes Vergnügen gewährte, dann stiegen die beiden Parlamentarier miteinander in die Droschke und verabredeten sich auf dem Weg zum Abgeordnetenhause für die bevorstehende Sitzung.

Schon in jenen Tagen war es keineswegs ein überflüssiges Bemühen, daß klarschauende und entschiedene katholische Männer für die Rechte der Kirche auf der Wacht standen. Bei der Stimmung und dem Einfluß der liberalen Parteien war man im Lande bereits besorgt wegen des in Aussicht gestellten neuen Schulgesetzes, und allenthalben wurden in den katholischen Kreisen Petitionen vorbereitet. Mallinckrodt sah gerade von dieser Seite noch keine Gefahr. Er schrieb darüber 23. Januar 1869:

„Die confessionelle Volksschule ist zur Zeit freilich nicht bedroht, und bedarf es zu deren Schutz keiner Agitationen und Petitionen. Allein anders steht es mit den Gymnasien und Realschulen. Sie entbehren des Schutzes der Verfassung. In den Städten, welche deren ja häufig gründen, dominirt vielfach der Liberalismus mit seinem Streben nach confessionslosen Anstalten, und auf die Regierung ist in dieser Beziehung kein Verlaß.

„Der Cultusminister mag persönlich correct denken und wünschen, er kann aber auf seine Collegen nicht sicher zählen und entbehrt ihnen gegenüber der festen Position, da der ihm genügende Rückhalt beim König oder andererorten fehlt. Bismarck seinerseits bedarf mehr oder minder der Nationalliberalen und muß diesen dann und wann einen Brocken geben. . . .“

Lebhaft beunruhigte ihn der Gedanke, man könnte etwa auch von katholischer Seite das Princip der Confessionsgymnasien bezw. Realschulen aufgeben, zumal bezüglich der letzteren schon bis dahin an dem Princip weniger festgehalten worden war. Deshalb fuhr er fort:

„Die Petitionen müssen also, wenn sie gemacht werden, den Ton auf die höheren Unterrichtsanstalten legen und nicht bloß an den Landtag, sondern namentlich auch an die Regierung gerichtet, bezw. dieser mitgetheilt werden. Da in anderen Gegenden agitirt ist, so halte ich das Mitsprechen für indicirter als das Sichausschweigen, ich habe es dabei aber vorzüglich auf einen Druck auf die Regierung abgesehen. Windthorst, der zum Schwarzsehen neigt, ist entschieden für die Petitionen und klagt über die Osnabrücker, welche sich in ihrem Petitionsentwurf allein auf die Volksschule verlegt haben.“

Schon am 14. December 1868 war Mallinckrodt mit einem eigenen Antrag dem Verlangen eines Theiles der Conservativen entgegengetreten, die von dem Standpunkte des „protestantischen Staates“ aus eine neue bedeutende Geldbewilligung für Cultuszwecke, insbesondere die Einrichtung von Provinzialsynoden verlangt hatten. Sein Antrag sollte nur die Consequenz der Verfassungsurkunde diesem Verlangen gegenüberstellen. Im übrigen sprach er ruhig und wohlwollend, der Gegenantragsteller zog alsbald einen Theil nach dem andern von seinem Antrag zurück, woraufhin auch Mallinckrodt den seinen fallen ließ. Graf Schwerin gab abermals Mallinckrodts Standpunkt seine Zustimmung. Der nationalliberale Abgeordnete Grumbrecht aber glaubte, darauf hinweisen zu sollen, daß die beiden Antragsteller, der evangelische Oberkirchenrath Viek von der einen, Mallinckrodt von der andern Seite, „wieder eine entschiedene Uebereinstimmung an den Tag gelegt hätten, welche wir (das Abgeordnetenhaus) schon vielfach bei diesen Herren als Vertreter ihrer Confessionen bemerkt haben“.

War dies ein eigenthümliches Nachspiel der erregten Kämpfe im Anfang der fünfziger Jahre, so brachte dieselbe Sitzung ein Vorspiel für künftige. Bei der 1834 durch königliche Cabinetsordre vertragswidrig verfügten Klosteraufhebung in Posen und Westpreußen waren drei Franziskanerklöster, da sie

kein Vermögen hatten, erhalten worden. Friedrich Wilhelm IV. hatte mündlich seinen Wunsch für ihr Fortbestehen ausgesprochen; 11. September 1858 hatte auch der damalige Prinz-Regent den Novizen Freiheit vom Militärdienst zugestanden. Jetzt sollten ohne jede äußere Veranlassung aus einem dieser Klöster, dem Calvarienbergkloster bei Neustadt in Westpreußen, die Mönche ausgewiesen, ihr Haus und Garten drei Weltpriestern überlassen werden; diese hatten dann mit einer Besoldung von zusammen 1100 Thalern die Arbeiten der vertriebenen Franziskaner zu übernehmen.

Mallinckrodt gab sich alle Mühe, das Kloster zu retten, verlas mehrere vorzügliche Zeugnisse für das Wirken dieser Mönche und wies hin auf Recht und Zweckmäßigkeit. Allein während er in der neuerdings verfügten Aufhebung nichts anderes zu sehen vermochte als einen Act der Feindseligkeit gegen die Katholiken Westpreußens, erklärte sie der Cultusminister v. Mühler als eine „Autoritätsfrage". Als Mallinckrodt die Verfügungen des Jahres 1834 einsehen wollte, wurde sein dahingehender Antrag abschlägig beschieden und alles Actenmaterial ihm verweigert. Auf seine Anfrage, ob irgend Ungünstiges gegen die Franziskaner vorliege, wurde jede Antwort versagt. Er ließ sich dadurch nicht abschrecken. Schon 14. December, bei der Vorberathung des Etats, war die Majorität gegen ihn nicht groß gewesen. Er brachte daher 15. Januar 1869 einen eigenen Antrag zu Gunsten der Franziskaner ein, 54 Mitglieder von beiden Seiten des Hauses, unter ihnen Windthorst und Reichensperger, hatten unterzeichnet. Allein alle Anstrengungen blieben umsonst.

Mallinckrodt hatte sich auf die Ruhe der Weihnachtsferien gefreut, aber diese brachten ihm eine nicht unbedenkliche Erkrankung. Es schwindelte ihn beim Gehen und Stehen, in Händen und Armen hatte er das Gefühl, wie wenn ein Glied „einschlafen" will, auch der Magen war in Mitleidenschaft gezogen, und der Rheumatismus quälte ihn mit erneuter Stärke. Auch die Gattin war beständig leidend, und die Geschwister waren sehr in Sorge. Georg schickte sofort einen Korb mit gutem alten Wein, damit der Kranke sich auch recht stärken solle.

Es war gut, daß dies gelang; denn die Landtagssession brachte noch große Anstrengungen und Aufregungen. Mallinckrodt war noch kaum wiedergenesen, so unterstützte er 19. Januar Windthorst gegen den Justizminister in Sachen der Ehegerichtsbarkeit in der Provinz Hannover; 26. Januar focht er mit juristischen Gründen für eine Vorlage der Regierung gegen einen feindlichen Antrag von liberaler Seite; 30. Januar hatte er hervorragenden Antheil an der Debatte über die Beschlagnahme des Vermögens des Kurfürsten von Hessen. Er ging dabei Bismarck scharf zu Leibe und bezeichnete dieses Vorgehen als einen „Act der Gewalt", einen „Act von revolutionärem Charakter", und wies darauf hin, daß der jährliche Ertrag des

sequestrirten Vermögens, gerade wie es mit dem des Königs von Hannover geschah, verwendet werden sollte zur Beförderung der Demoralisation. „Denn", fügte er bei, „es ist unvermeidlich, daß das System des Spionirens und der Corruption der öffentlichen Organe dadurch an Umfang wächst." Da man dem Kurfürsten besonders die von ihm erlassene Denkschrift vorwarf, bemerkte Mallinckrodt muthig: „Ich meinerseits nehme nicht den mindesten Anstand, offen zu bekennen, daß ich die Rechtsausführungen der Denkschrift im allgemeinen für richtig halte."

Nebstdem hatte man dem entthronten Kurfürsten vorgeworfen, daß einige Frauen und Jungfrauen von Kassel ihm einen Teppich gestickt und zum Geschenk gemacht hätten.

„Ich lasse dahingestellt," bemerkte dazu Mallinckrodt, „ob es gerade einen besonders guten Geschmack verräth, daß diese kleine Episode Aufnahme in den Bericht gefunden hat. Indessen, nachdem es einmal geschehen ist, glaube ich, ist es auch an der Zeit, der Gesinnung hier inmitten dieses Hauses eine Anerkennung auszusprechen, aus der die Handlung hervorging. Es ist das die Gesinnung, in der die echte deutsche Treue wurzelt; es ist dieselbe Gesinnung, mit der die altpreußischen Landestheile dem König Friedrich Wilhelm III. entgegenjubelten, nachdem das Königreich Westfalen niedergeworfen war; es ist dieselbe Gesinnung, die die Bewohner von Neuchâtel unserem Königshaus erhalten haben, nachdem ihre Verbindung mit dem Staate durch die Schweiz aufgelöst war; es ist eine Gesinnung, vor der ich, wo ich sie finde, den Hut abziehe, und die ich weit höher achte als die Gesinnung, die vor dem siegreichen Erfolge niederkniet, um ihn anzubeten."

Auch diesmal antwortete Bismarck mit Gereiztheit. Ueber „juristische Zwirnsfäden" werde die königl. Staatsregierung nicht stolpern, meinte er gegenüber den Rechtsausführungen der verschiedenen Redner. Dann aber fuhr er fort:

„Leider kann sich das Ausland sagen, daß, wenn eine Armee siegreich bei uns vordränge, sie nicht überall auf den feindlichen Widerstand stoßen würde, wie er vielleicht bei jeder andern geschlossenen europäischen Nation zu erwarten wäre. Die Coriolane sind in Deutschland nicht selten, es fehlt ihnen nur an Volskern, und wenn sie Volsker fänden, würden sie sich bald demaskiren. Nur den letzten versöhnenden Abschluß Coriolans würden alle Frauen Kassels und Deutschlands dann nicht im Stande sein, herbeizuführen."

Wer waren die Coriolane, die sich erst demaskiren sollten? War es nur der Kurfürst von Hessen?

In der zweiten Hälfte des Februar 1869 trat die Schulfrage am meisten in den Vordergrund, und 18. Februar brachten Mallinckrodt, Reichensperger, Windthorst ein gemeinsames Amendement in dieser Sache ein. Aber all ihr Reden war umsonst. Noch einmal führte der 27. Februar Mallinckrodt auf eine seiner Lieblingsfragen zurück, auf die Frage des confessionellen oder confessionslosen Unterrichtes.

„Und nun bitte ich Sie," schloß er seine Ausführungen, „die Frage zu beantworten, ob aus solchen (confessionslosen) Unterrichtsanstalten Männer hervorgehen werden, die fest in ihren religiösen Ueberzeugungen, mögen sie Christen oder Juden, Protestanten oder Katholiken sein, die treu gegen Gott und infolgedessen auch treu gegen ihre Nebenmenschen sind und sich als solche auch unter allen Verhältnissen bewähren, oder ob nicht vielmehr ein Geschlecht würde herangezogen werden, das an den höchsten Zielen irre geworden, das glaubenslos durch das Leben hinschwankt, wie ein Schiff, das den Anker schleppt und vor dem Winde treibt. . . ."

Dieselbe Verhandlung, welche durch das empörende Vorangehen des Magistrats von Breslau in Sachen der zwei neuzuerrichtenden Gymnasien hervorgerufen war, gab ihm noch Veranlassung, eine persönliche Erfahrung unverhohlen auszusprechen, auf die er sich auch sonst wiederholt vor der Landesvertretung berief [1]:

„Wenn ich", sprach er, „die Zeit meiner amtlichen Thätigkeit nach meinem Aufenthalt in dem Osten und dem Westen unseres Staates scheide, dann fallen so ziemlich gleiche Hälften auf die westlichen und die östlichen Provinzen. Ich habe im Osten und in verschiedenen Provinzen und in diesen an verschiedenen Orten längere oder kürzere Zeit gelebt. Ich habe meine Augen auch nicht immer gerade zugehalten, sondern habe mir Erfahrungen gesammelt, auch namentlich Erfahrungen auf dem Gebiete der Parität und der Toleranz gegen Andersgläubige. Das Resultat meiner Beobachtungen geht in Bezug auf die städtischen Behörden, nämlich Magistrat und Stadtverordnete — die Herren mögen mir das nicht übelnehmen, es ist eben eine Erfahrung —, dahin, daß in den östlichen Provinzen gerade die Stadtcollegien in Bezug auf die Behandlung und Beurtheilung katholischer Interessen vielfach wahre Nester der Intoleranz sind (auf einen Zuruf nach rechts gewendet), wahre Nester der Intoleranz. Sie mögen das an dem vorliegenden Falle prüfen. Ich füge aber hinzu: in den westlichen Provinzen — und da rufe ich alle deren Angehörige zu Zeugen — ist eine solche unparitätische Behandlung des einen oder andern Theiles schlechterdings undenkbar. Nicht ein einziges Beispiel werden Sie mir auffinden können, und wir würden uns in den westlichen Provinzen — ich mag das Wort nicht aussprechen, was mir eben auf die Lippen kam —, aber wir würden es uns nicht verzeihen, wenn bei uns in der Weise ein großer Theil einer städtischen Bevölkerung überstimmt würde, wie dies in Breslau versucht wird."

Am 2. März sprach Mallinckrodt zum letztenmal, am 6. wurde der Landtag geschlossen, aber damit war die parlamentarische Arbeit nicht am Ende. Bereits 4. März war der Reichstag des Norddeutschen Bundes eröffnet worden, und auch das Zollparlament war auf Mitte Mai einberufen. Mallinckrodt hatte seine Wohnung nur bis 1. April gemiethet, und es blieb nichts übrig, als die Familie dann von Berlin wegzuschicken. Er hätte gerne Mittenheim als einstweiligen Wohnort für sie auserSehen und wäre

[1] Vgl. S. 186.

dann allein in Berlin geblieben; doch der leidende und gedrückte Zustand seiner Gattin ließ ihn davon abstehen. Er entschloß sich, den Umzug nach Merseburg zu bewerkstelligen, selbst wieder dort Aufenthalt zu nehmen und, wie er seinen Wählern gegenüber sich ausbedungen, Reichstag und Zollparlament nur stellenweise zu besuchen. Einstweilen blieb aber noch ein ganzer Monat zu parlamentarischer Bethätigung, und Mallinckrodt meldete sich mehrmals zum Wort. Besonders betheiligte er sich an der interessanten Debatte (16. März 1869) über den Antrag Laskers, betreffend die Nichtverfolgbarkeit von Mitgliedern der Kammern und Landtage wegen Aeußerungen, die sie in Ausübung ihres Berufes gethan. Als er ruhig und klar, wie gewöhnlich, seine Anschauung dargelegt, das hervorgehoben, worin er mit den verschiedenen Antragstellern übereinstimme, und das, worin er sich von ihnen unterscheide, und schließlich von allen diesen Anträgen abgemahnt hatte, erhob sich Bismarck.

„Ich habe", sprach der Bundeskanzler, „seit drei Jahren so selten das Glück, mich mit dem Herrn Vorredner in Uebereinstimmung zu befinden, daß ich den Augenblick, wo dies der Fall ist, nicht vorübergehen lassen kann, ohne mir die Genugthuung zu geben, es zu constatiren. Sogar auf das letzte Argument, welches er hervorhob, habe ich bereits im vorigen Jahre hingewiesen."

Nicht immer sollte er von Bismarck so höfliche Sprache hören.

Kaum nach Merseburg zurückgekehrt, fühlte sich Mallinckrodt „so gründlich erkältet, wie nicht zuvor", und „trotz 14tägiger Geduld konnte er sein Unwohlsein nicht klein kriegen". Mit ihm krankten zwei der Knaben. Erst zu der wichtigen Steuerdebatte, 21. bis 23. Mai, welche durch ein großes Deficit in der Finanzverwaltung herbeigeführt war, reiste er wieder nach Berlin, um jedoch schon nach wenigen Tagen zurückzukehren. 10. Juni konnte er den Geschwistern die Geburt eines Töchterchens anzeigen: „Der Wurm ist frisch und spiegelt in seinem Altenjungferngesicht mit großer Nase á la Clara, bescheidenem Unterkinn ꝛc. mindestens ebenso stark meine Physiognomie wieder wie die der Elsbeth, was zur Schönheit nicht unbedingt erforderlich wäre, aber doch vielleicht sein Gutes hat." Zugleich aber meldete er schon wieder, daß Rheumatismus und Unwohlsein ihn ans Zimmer fesseln. Seine Gattin dringe darauf, er müsse dieses Jahr wieder nach Gastein gehen, und er selbst glaube, daß es nützlich wäre. Die Sorge um Else und sein eigenes Unwohlsein konnten ihn nicht abhalten, 16. Juni zum Zollparlament nach Berlin zu reisen. Er kam eben recht, um am Abend des 17. an dem später vielbesprochenen „Berliner Laienconcil" theilzunehmen. Am Vormittag des 21. Juni half er noch nach bester Ueberzeugung, der von der preußischen Regierung mit allen Mitteln angestrebten Petroleumssteuer „zu Grabe läuten". Er war „nicht ganz sicher, ob nicht hinter der Coulisse noch irgend ein Querstrich ausgeheckt werde"; aber der Querstrich kam nicht. Als am

folgenden Tage das Zollparlament, abermals fast ergebnißlos, und gleich darauf der Reichstag geschlossen wurde, weilte Mallinckrodt bereits wieder bei den Seinen in Merseburg.

Anfangs Juli hatte er „auf 21 Bäder" nach Gastein reisen wollen; allein ernste Erkrankung seiner Gattin hielt ihn zurück. Während er zögerte, kamen Einladungen anderer Art. Sein Bruder wollte die ganze Familie nach Böddeken; aber da das jüngste Kind erst sieben Wochen zählte, war an solche Reise nicht zu denken. Dann schrieb das Comité der katholischen Generalversammlung, die 6. September in Düsseldorf tagen sollte, und bat Mallinckrodt, für diese Gelegenheit einen Vortrag über das Verhältniß von Kirche und Staat zu übernehmen. Gleichzeitig drängten ihn Freiherr v. Schorlemer-Alst und Felix Freiherr v. Loë in der liebenswürdigsten Weise, zum 31. Juli nach Münster zu kommen zur Versammlung des „Vereins katholischer Edelleute", der eben jetzt aus seiner Verborgenheit hervortreten und sich förmliche Statuten geben wollte. Auch sollte Mallinckrodt seinen Bruder Georg, den Schorlemer „auf einstimmiges Verlangen aller bisherigen Mitglieder" gleichfalls eingeladen hatte, zum Erscheinen anfeuern. Mallinckrodt selbst brachte dem Verein warme Sympathien entgegen. Er betonte die Wichtigkeit der Sache für das katholische Deutschland im allgemeinen und rieth dem Bruder lebhaft zu, „in die seitens der besten Elemente des Adels zuvorkommend gereichte Hand einzuschlagen".

29. Juli reiste er nach Böddeken, um Georg abzuholen, und gemeinsam erschienen die beiden Brüder in Münster. Bei der Berathung der neuen Statuten betheiligte sich Hermann aufs lebhafteste; mehrere Paragraphen wurden nach seinen Anträgen gefaßt oder umgeändert. Der zweite Paragraph, welcher den Zweck des Vereins ausspricht, lautet:

„Förderung des kirchlichen und standesgemäßen Lebens der Mitglieder, der gleichartigen, unabhängigen Gesinnung und des christlichen Familienlebens, Vertheidigung des Glaubens und Ausübung der Werke der Barmherzigkeit.

„Betheiligung am katholischen Vereinsleben, sowie an allen auf Besserung der socialen und öffentlichen Zustände in *wahrhaft conservativem Geiste* gerichteten Bestrebungen.

„Insbesondere auch Förderung der den Interessen des Grundbesitzes, seiner Erhaltung und Cultur dienlichen Institutionen und Vereine."

Zu den Worten des zweiten Alineas gab Mallinckrodt eine nähere Erklärung, die so wohl gefiel, daß sie auf Antrag des Freiherrn Heinrich v. Hülshoff ins Protokoll aufgenommen wurde. Sie lautete:

„Betheiligung in wahrhaft conservativem Geiste — im Geiste der *Achtung jeglichen Rechtes und Standes*, im Geiste der *Freiheit wie der Treue und des Gehorsams*, im Geiste des *Aufbaus auf geschichtlich und rechtlich gegebenen Grundlagen* . . . an allen auf Besserung der öffentlichen Zustände gerichteten Bestrebungen."

Vielleicht kräftiger noch hat Mallinckrodt das, was er für „wahrhaft conservativ“ und für echten deutschen Adel hielt, kurz vor seinem Tod im öffentlichen Parlament ausgesprochen, als er dem Freiherrn v. Minnigerode entgegentreten mußte, der im Namen der conservativen Fraction des Reichstags das Priester-Ausweisungsgesetz befürwortete und im Chorus mit den National-liberalen als Ankläger gegen das Centrum aufgetreten war.

„Der Herr Abgeordnete v. Minnigerode äußerte,“ bemerkte er damals [1], „daß die Haltung der Centrumspartei ihm weitaus unsympathischer sei als die äußersten Nüancen der ‚liberalen‘ Seite. Das hat mich gar nicht überrascht. Im Gegentheil, ich finde die Empfindung ganz natürlich. Wenn die conservative Rechte sich einmal spiegeln möchte an der conservativen Mitte, dann werden nothwendig Betrachtungen sich aufdrängen, die auf das Gemüth einen recht herabstimmenden Einfluß äußern. Sie werden dann auch sich eingeladen finden, eine Betrachtung anzustellen über den Unterschied zwischen dem Adel von echtem Korn und Schrot und dem Adel, der von der Hofluft lebt. Sie werden einen Unterschied finden zwischen einem Conservatismus, der innerlich stark genug ist, um auch den Trägern der Autorität gegenüber seine Principien festzuhalten und zur Geltung zu bringen, und einem Conservatismus, der schließlich kein anderes Princip mehr hat als das, sich zu beugen vor dem Willensausspruch der Regierung. Nun, meine Herren, eine solche Haltung nenne ich eine haltlose Haltung, und wenn man sich derselben bewußt wird, dann kann man wohl nicht mehr recht fröhlichen Sinnes sein.“

In Münster aber, da war man fröhlichen Sinnes. Unter den 40 der anwesenden Herren, die nach Schluß der Statutenberathung dem Vereine beitraten, waren auch die Brüder Mallinckrodt.

Von Münster reiste Hermann über Augsburg nach Mittenheim, um von hier nach Gastein weiterzugehen, als die Nachricht von der schweren Erkrankung des jüngsten Kindes ihn alsbald den Heimweg antreten ließ. Aber schon in Freising ereilte ihn ein Telegramm Else's, das mit beruhigender Nachricht die Aufforderung brachte, zu bleiben. Ueber Salzburg ging es jetzt nach Gastein, wo bei fortwährend schlechtem Wetter, aber erträglich guter Gesellschaft 25. August schon das 18. Bad genommen wurde. Er hätte viel lieber „zur Nerven- und Gemüthserfrischung“ die Gattin eine Erholungsreise machen lassen, deren Befinden ihn ernstlich besorgt hielt; allein daran war unter den Umständen nicht zu denken. „Bildete Else sich nicht steif und fest ein,“ schreibt Hermann 10. August, „das Bad sei mir durchaus nöthig, so wäre ich wahrscheinlich gar nicht hier. Aber dieser Ansicht gegenüber war das Zuhausebleiben ebenso böse wie das Weggehen.“ Uebrigens that ihm Gastein auch diesmal wieder gar wohl. Zwar hatte er nur mit Noth noch bei einem Schulmeister einen Unterschlupf finden können, aber

[1] 25. April 1874.

trotz der Enge sagte sein Zimmerchen ihm zu, „weil die Leute nett waren". Das Wasser war ihm so angenehm, daß es selbst nach $^3/_4$stündigem Genuß noch der Ueberwindung bedurfte, um herauszugehen.

Die stets wachsende Sorge um die Familie und die Rücksichten auf seine Kur, welche ebenso wohl geistige wie körperliche Anstrengungen untersagte, veranlaßten ihn endlich, von der Betheiligung an der Düsseldorfer Katholikenversammlung abzustehen und die schöne und ehrenvolle Aufgabe, welche das Comité ihm übertragen hatte, abzulehnen. Die Besorgniß um die Familie hieß ihn sogar seine Kur um zwei Tage abkürzen, 30. August war er in Mittenheim, von wo er 1. September „zu seiner allerbesten und seiner bedürftigsten Gebieterin" nach Merseburg heimkehrte.

In Merseburg nahm ihn fürs erste die amtliche Arbeit mehr als gewöhnlich in Anspruch. Zur Noth gelang es ihm, einen Petitionsentwurf in Hypotheken-Gesetzgebungssachen, den er versprochen hatte, Ende September, eben knapp zur rechten Zeit, an Herrn v. Schorlemer abzuschicken. Dabei ließen ihn bald die Frau, bald das Haus, bald die Kinder nicht aus Sorge und Störung herauskommen.

„Ich habe mich neuerlich", schrieb er Anfang October, „mehrfach mit dem Gedanken beschäftigt, den betreffenden Ministern unter Hinweis auf den nichtsnutzigen Einfluß des Merseburger Domicils auf Frau und Kinder die Alternative zu proponiren, mich zu pensioniren oder an einen convenirenden Ort zu versetzen. In letzterer Beziehung weiß ich aber kaum einen andern als Münster zu nennen; Minden jedenfalls nicht, aber vielleicht Arnsberg oder etwa auch Kassel? In ersterer Beziehung würde es sich um eine Pension von prpr. 600 Reichsthalern handeln, deren ich nicht entbehren kann, auf die mir ein Recht jedoch insofern nicht zur Seite steht, als ich nicht Invalide bin. Mir ist nicht gewiß, daß man auf die Alternative eingehen wird, und das allein läßt mich zögern. Ginge man darauf ein, dann würde es mit dem Kammerschwindel für mich wohl aus sein, während andererseits der Kammerschwindel in Berlin doch noch mehr bietet, wie der Regierungsschwindel in Merseburg."

Es war indes ein Glück, daß der „Kammerschwindel" schon sobald wieder losging. 6. October wurde der Landtag eröffnet. Mallinckrodt war unterdessen beschäftigt, seinen Umzug von Merseburg nach Berlin zu vollziehen, am Ende der zweiten Octoberwoche war die Familie eingerichtet. Der neue Aufenthalt machte sich bald wohlthuend geltend, Else fühlte sich „sehr viel besser" als im September und August; die Kinder waren wohlauf. Die nothwendigsten Besuche waren bald gemacht, Windthorst und Sydow kamen oft in die Familie zum Thee, oder zur Abwechslung traf man sich bei Sydows oder Wangenheims.

Wie wenig Mallinckrodt indessen über dem Unbehagen der Merseburger Verhältnisse die innerpolitischen Zustände Deutschlands im großen aus dem

Auge verloren hatte, zeigt ein merkwürdiges Schreiben vom 21. November 1869 an einen süddeutschen demokratischen Freund [1].

„Der Gegensatz von liberal und conservativ behauptet zwar noch aus Gewohnheit das Feld, aber rechte innerliche Lebenskraft hat er nicht mehr. Auch den Gegensatz der Demokratie möchte ich kaum noch gelten lassen, jedenfalls ist er schon sehr abgeschwächt. Diese drei Gegensätze beschränken sich so ziemlich auf die Frage, welche Gesellschaftsschichte das Regiment führen soll im Staate, die obere, die mittlere oder die Masse. Allein sie reichen nicht mehr in principielle Tiefen hinunter; denn solche Tiefen sind bei diesen Parteien und ihren Trägern im großen Ganzen genommen nicht anzutreffen. Aber es gibt Ausnahmen. Der Professor Wuttke besuchte mich einmal in Merseburg; wir unterhielten uns sehr freundschaftlich ruhig und sachlich eingehend. Ich bat ihn, mir (der ich eigentlich ein Fremdling auf dem Gebiete der Demokratie) doch den eigentlichen Grundgedanken der demokratischen Anschauung anzudeuten. Er antwortete, sie gingen von der Ueberzeugung aus, daß alle Menschen von Haus aus gut und nur durch die gesellschaftlichen Mißstände mehr oder minder verderbt seien, daß es daher nur der Beseitigung dieser Mißstände bedürfe, um die Menschen wieder gut und glücklich zu machen. Kurz, er wollte von der Erbsünde nichts wissen. Da war mir denn freilich klar, daß zwischen ihm und uns trotz übereinstimmender Beurtheilung mancher Tagesfragen ein tiefer und nicht zu überbrückender Gegensatz besteht. Und dieser Gegensatz ist nach meiner Ueberzeugung auch für die politischen Parteien der vielleicht nicht fernen Zukunft das eigentlich und wesentlich Scheidende; der Gegensatz von revolutionär resp. rationalistisch gewaltthätiger Majoritätsherrschaft, und von antirevolutionär, d. h. friedlicher, das Recht der Einzelnen achtender historischer Fortentwicklung, lehnt sich daran an. Diesen Gegensätzen gegenüber ist die Frage nach den besten Staatsformen verhältnißmäßig und principiell weniger wesentlich. Darüber ist eine Einigung möglich, denn das wird zur Zweckmäßigkeitsfrage. Was diese Zweckmäßigkeit angeht, so bin ich antidemokratisch, weil die Herrschaft der Kopfzahl die Herrschaft der unteren Klassen und ihrer täglich wechselnden Führer bedeutet; ich bin ganz antiliberal, weil die ausschließliche Herrschaft der Bourgeoisie auch keine Berechtigung hat und die verkehrtesten Gedanken heutzutage in den Köpfen der Mittelklassen stecken; und ich bin nicht conservativ insofern, als ich die egoistisch einseitige und stark junkerlich gefärbte Tendenz der conservativen Richtung verwerflich finde. Ich achte die Freiheit und den persönlichen Werth eines jeden Bürgers, eines jeden Standes und einer jeden Klasse. Ich halte den einen so ehrenwerth als den andern, sehe aber die bürgerliche Gesellschaft als einen Organismus an, der nur dann in guter Ordnung ist, wenn alle Glieder in lebendiger Wechselwirkung und harmonischem Zusammenwirken sich bewegen. Die beste Ordnung ist nach Zeit und Ort relativ, der beste Grundgedanke scheint mir aber der ständische Gedanke zu sein, der im einzelnen aller möglichen Modulationen fähig ist."

Für das Parlament gab es jetzt (15. October) zuerst einen Strauß mit dem Landsmann v. Bockum-Dolffs in der Westfalenversammlung, wo

[1] Christlich-sociale Blätter, 16. Jahrgang, 1883. S. 80.

dieser die übrigen bestimmen wollte, Schritte zu thun, um die neue Kreisordnung auch in Westfalen einzuführen; aber Dolffs blieb mutterseelenallein. „Meines Erinnerns ist dies der erste Fall,“ bemerkte Mallinckrodt, „wo in einer Westfalenconferenz (bei einer und derselben Frage) Bockum-Dolffs in der Minorität und ich in der Mehrheit war.“

„Der Landtag wird gestatten müssen, daß ich mir's möglichst bequem mit ihm mache“, hatte Mallinckrodt geschrieben, als er eben in die parlamentarische Thätigkeit neuerdings eingetreten war. Erst vier Wochen später (3. November) sprach er zum erstenmal wieder in einschneidender Rede über die Civilehe, „eine Frage, die nun einmal mit einer gewissen Liebhaberei und Passion zur Parteisache gemacht worden ist“.

„Ich habe mich“, schreibt er darüber, „aus meiner Lethargie vor einigen Tagen zum erstenmal erhoben und mit befriedigendem Effect gegen die Liberalen plädirt, fühle mich jetzt aber schon wieder so faul wie zuvor. Es wird unendlich viel in den Wind hinein geredet, und je weniger man selbst activ wird, um so ermüdender sind die Sitzungen.“

„Die Kammer läßt mich ziemlich kalt,“ versicherte er 20. December, „bis auf die Debatten über das Hypothekengesetz und das Klosterwesen, welche in die zweite Hälfte des Januar fallen dürften.“ Und doch sollte er in noch gar mancher andern Angelegenheit in dieser Session ein gewichtiges Wort sprechen. Schon in der Debatte über das allgemeine Stimmrecht (3. November) hatte er eingegriffen, und die Verdächtigungen, die der Abgeordnete Grumbrecht gegen ihn als vaterlandsverläugnenden Ultramontanen bei dieser Gelegenheit aussprach, veranlaßten ihn zu einer schönen Darlegung seines politischen Standpunktes.

„Ich wäre nun gar nicht ängstlich,“ fuhr er fort, nachdem er gegen die Verdächtigung Verwahrung eingelegt hatte, „vor einem Examen, das mit dem Herrn Abgeordneten und mir von irgend einer unparteiischen Stelle über Vaterland und Vaterlandsliebe sich erginge und namentlich auch in unsere beiderseitige Vergangenheit zurückgriffe. Indessen, meine Herren, ist es besser, derartige Erörterungen hier überhaupt fallen zu lassen. Ich hätte ja auch mancherlei auf dem Kerbholz gegen die Partei, zu der der Herr Abgeordnete gehört, — aber alles zu seiner Zeit und in geeignetem Ton. . . . Ich bin der Meinung, gerade weil ich die Freiheit aller will, weil ich das Dominiren, die Herrschaft eines Standes verwerfe, weil ich will, daß jeder zu seinem Rechte komme, daß es mit allgemeinem Stimmrecht noch nicht gethan ist. Ich bin keineswegs gewillt, die Bourgeoisie mundtodt zu machen und auszuschließen, aber allein soll sie das Regiment nicht haben. Es soll nicht bloß der Fabrikant in der Vertretung sitzen, sondern der Arbeiter soll auch seine Vertretung haben, und nicht nur der Arbeiter soll vertreten sein, sondern der Grundbesitzer desgleichen und andere Stände, es kommt nur darauf an, die richtige Gruppirung dafür zu finden.“

Ein besonderes Interesse bot die Verhandlung vom 24. November, wo der Antrag Miquel-Lasker, betreffend die Ausdehnung der Competenz des Norddeutschen Bundes auf das gesammte bürgerliche Recht, zur Verhandlung kam. Wesen und Kern des Norddeutschen Bundes mußten hier klargestellt werden. Mallinckrodt und Windthorst versuchten es, jeder in seiner Weise, dies zu thun, und da war es zum erstenmal, daß sie (in der Auffassung des § 78 der Verfassungsurkunde) nicht übereinstimmten. „Ad vocem Lippe'scher und Miquel'scher Antrag," schrieb Mallinckrodt 4. December an einen Freund, „so bemerke ich zur Erläuterung meiner Worte, daß ich mich nicht habe überzeugen können, daß der Bund seine Competenz zu erweitern nach Artikel 78 nicht formell berechtigt sei. Darin differire ich also mit Windthorst." Dr. Jörg nahm in den „Histor.-polit. Blättern"[1] Partei für die Auffassung Mallinckrodts. „Am besten", schreibt er, „hat Herr v. Mallinckrodt in seiner schneidenden Weise den angeblichen Rechtsstandpunkt der Antragsteller gekennzeichnet", und nun läßt Jörg die Hauptstelle folgen:

„Das eigentlich Treibende bei den Antragstellern scheint mir in einer krankhaften Stimmung des politischen Magens zu liegen. Es ist eine Art Heißhunger. Nachdem die Herren die Feinde annectirt haben, treibt sie der Geist, nun auch die Freunde zu annectiren, nur natürlich auf einem etwas andern Wege, nicht durch Waffengewalt, sondern durch Aderlaß, der ab und zu angewendet wird, angeblich nur zur bessern Gesundheit des Patienten, der aber nach und nach so stark wirken wird, daß die Lebenskraft vollständig verschwindet. Dabei wird dann gar nicht weiter groß in Betracht gezogen, daß die eigene Freiheit, die ihren festen Sitz, ihre Festung, wenn ich so sagen darf, in der eigenen Verfassung hat, damit leichthin in den Kauf gegeben wird. Man tröstet sich mit dem Satze: Durch die Einheit zur Freiheit! Aber die Herren scheinen mir nicht genügend aufmerksam darauf zu sein, daß inzwischen die Freiheit an die Bajonette des Militärstaates zu hängen kommt, und ich fürchte, ehe Sie sie da in vollem Maße herunter holen, da wird sich gar mancher von ihnen einen Schaden springen."

Schon der 30. November brachte wieder eine höchst bedeutsame Auseinandersetzung mit Miquel, welcher die hannoverischen protestantischen Consistorien wegen Widerstandes gegen die Union heftig angeklagt und den Plan einer deutschen Nationalkirche angedeutet hatte.

„Wie können Sie sich darüber wundern," sprach Mallinckrodt im Hinblick auf die Hannoveraner, „daß gerade diejenigen, die mit besonderer Entschiedenheit und Treue an dem ererbten Glauben ihrer Vorfahren hängen, auch gleichzeitig eine besonders treue Gesinnung gegen das angestammte Herrscherhaus haben, und daß sie diese Gesinnung nicht so ohne weiteres bei dem Eintritt eines politischen Schlages sich aus dem Herzen reißen können? Ich halte es für eine sehr weise Politik, wenn diese Gefühle geschont werden, und das am allermeisten, wenn in dem Lande,

[1] Bd. LXIV, S. 999.

um welches es sich handelt, sie, wie ich nicht anders weiß, in der Mehrheit der Bevölkerung vorhanden sind. . . . Ich glaube sogar, meine Herren! wenn Sie unter vier Augen den Leiter unserer Politik fragten, zu welcher von beiden Parteien er sich im innersten Herzen am meisten hingezogen fühlte, ich glaube, meine Herren! er würde, natürlich ganz leise — nur ins Ohr —, aber er würde antworten: Zu den Männern der welfischen Partei."

Noch in manche erregte Debatte griff Mallinckrodt ein; es bot sich ihm auch Gelegenheit, für seinen Freund, Freiherrn v. Schorlemer-Alst, in die Schranken zu treten, den der Abgeordnete v. Beughem mit Zeichen der Geringschätzung als den Verfasser einer Broschüre genannt hatte.

„Ich nehme Veranlassung, auszusprechen," bemerkte Mallinckrodt, „daß der Verfasser der Broschüre, das westfälische Mitglied des Landesökonomie-Collegiums — „ein Herr v. Schorlemer" —, zu den geachtetsten Personen der ganzen Provinz gehört, mit der concurrenzfähig zu sein jedermann, auch Herr v. Beughem, sich gratuliren darf."

Erst 9. Februar gelang es Mallinckrodt, die Klosterfrage in die Debatte zu bringen, deren Erledigung, das wichtigste Interesse der Katholiken für diese Session, künstlich hinausgezögert zu werden schien. Es handelte sich um Berathung der fünften Petition, betreffend die Aufhebung aller Klöster in Preußen, aller Verträge mit Rom und Revision der Circumscriptionsbulle von 1821.

Die Petition war sehr dunkeln Ursprungs. Während Ende Juli 1869 in Wien der „Journalistentag" den allgemeinen Kampf gegen die Klöster beschloß, war der schmachvolle Barbara-Ubryk-Spektakel schon losgebrochen. Mitten in die Erregung hinein fiel in Berlin die Einweihung der kleinen Dominikanerkirche in Moabit am Feste des hl. Dominicus (4. August). Lügenhafte Berichte über Sturm, Fenstereinwurf und Thürzertrümmerung in den öffentlichen Blättern kündigten an, daß ein Schlag vorbereitet sei. Der erste Versuch zu einem solchen (14. August) mißlang, ebenso der zweite am folgenden Tag, wo Militär die Ruhe auf dem Platz vor dem Kloster hatte herstellen müssen. Endlich (16. August) gelang das große Unternehmen. Ein Haufen Gesindel drang in den zum Kloster gehörigen Garten ein, es wurde mit Steinen geworfen, und Schutzmannschaft mußte einschreiten. Schon bald darauf wurde verbreitet, daß Joh. Ronge in einer Versammlung des von ihm gebildeten „Religiösen Reformvereins" zu Frankfurt eine Petition an das Ministerium um Aufhebung der Klöster vorgelegt habe. Es handelte sich darum, daß derartige Petitionen auch in Berlin zu stande kommen und als „Ausdruck des Volkswillens" erscheinen sollten. Daher wurden 29. August und 8. September in Berlin Volksversammlungen veranstaltet, entsprechende Petitionen zu beschließen. Es gelang jedoch der Wachsamkeit und Schlagfertigkeit der Katholiken, rechtzeitig noch die Sprengung beider Versamm-

lungen herbeizuführen. Nach glaubwürdigen Nachrichten war bereits auf 9. September eine Sitzung des Ministeriums anberaumt, die sich im Hinblick auf die Kundgebungen des Volkswillens mit dem Plan eines neuen Klostergesetzes befassen sollte. Unterstaatssecretär H. Lehnert sollte die Anträge im Cultusministerium vorbereiten, Dr. Gneist im Parlament mit den einlaufenden Petitionen vorgehen. Aber der Plan wurde gestört. Auch die dritte Volksversammlung in der „Alhambra“ (29. September), die vierte im „Universum“ im November, und die zu gleichem Zwecke veranstaltete „Fortschrittliche Versammlung“ im Concerthaus (6. November) verliefen resultatlos und zur großen Beschämung ihrer Veranstalter. Gleichwohl vermochte Dr. Gneist in der Stadtverordneten-Versammlung (4. November) bereits in Aussicht zu stellen, daß die Klosterfrage im Parlament und zwar im Sinne der Klosterstürmer zum Austrag kommen werde. Er konnte auch hinweisen auf Petitionen, die ihm aus Elbing in Ostpreußen, wo seit Menschengedenken kein Kloster mehr bestanden hatte, gegen die Klöster zugegangen seien. Außer der Elbinger Petition gelang es den Anstrengungen der kirchenfeindlichen Partei, in Bezirksvereinen noch elf andere Petitionen zu stande zu bringen, die sich allerdings weder durch die Zahl noch das Ansehen ihrer Unterzeichner empfahlen. Mehrere dieser Petitionen bezeichneten gleichlautend die Klöster als „Pflanzstätten des Aberglaubens, der Faulheit und der Unzucht“, verlangten außer deren Abschaffung die Ausweisung der Jesuiten und die Abschaffung des mit dem Heiligen Stuhl 1821 geschlossenen Concordates. Das Abgeordnetenhaus hatte diese Petitionen an die Petitionscommission verwiesen, wo einer der bittersten Feinde der katholischen Kirche, Dr. Gneist, als Referent (17. December 1869) die Majorität der Mitglieder für den Antrag an die Regierung gewann, das Klosteraufhebungsedict von 1810 und die ähnlichen Bestimmungen jetzt für die ganze Monarchie und ohne jede Einschränkung überall, auch in den westlichen Provinzen, zur Durchführung zu bringen. Der Commissionsbericht war angefüllt mit verletzenden Angriffen gegen die katholische Kirche und ihre Einrichtungen, so daß 9. Februar 1870 Windthorst in der Kammer erklärte, „in seinem langen parlamentarischen Leben sei ihm kein Schriftstück vorgekommen, welches gegen einen großen Theil der Mitglieder des Hauses und gegen einen großen Theil der Bevölkerung des Landes mehr provocatorische Beleidigungen enthielte wie dieses“. Aber in den Commissionsberathungen hatte sich gezeigt, daß die Regierung diesem Antrage noch ablehnend gegenüberstehe. Der Regierungscommissar, Geh. Oberregierungsrath Linhoff, hatte unter Hinweis auf die Verfassung die beruhigendsten Erklärungen für die Katholiken abgegeben. Auch die Mehrheit der Abgeordneten schien für jetzt nicht geneigt, für den Antrag der Commission ihre Stimme einzusetzen. Es war daher für die Katholiken von Bedeutung, daß, nachdem die Frage einmal in Fluß gekommen war, sie jetzt

alsbald gelöst werde, solange noch so viele Aussicht auf eine günstige Lösung vorhanden war. Damit wäre für lange Zeit der ganzen Agitation der Stachel genommen und die Stellung der Katholiken im Lande gefestigt worden. Aber schon stand der Schluß des Landtages und damit der Legislaturperiode in naher Aussicht, und noch war keine Hoffnung, daß die Petition zur Berathung, der Commissionsantrag zur Abstimmung kommen werde. Zwar wurde 25. Januar 1870 ein von mehr als 100 Mitgliedern des Hauses unterzeichneter Antrag eingereicht, das Abgeordnetenhaus möge über jene Petitionen unter Ablehnung des Antrages der Petitionscommission zur Tagesordnung übergehen. Als aber der Präsident diesen Antrag für den 9. Februar zur Berathung ansetzte, erhob sich dagegen am 8. Februar der vom einstigen Haupt der Conservativen zu einem „Freiconservativen" gewordene Graf Bethusy-Huc. P. Reichensperger blieb ihm eine schlagende Antwort nicht schuldig, und man ließ den Antrag für den folgenden Tag auf der Tagesordnung. Dann aber wußte man die Debatten so zu verzögern, daß die Verhandlung am 9. Februar nicht mehr möglich war und Vertagung angenommen werden mußte. Um nun doch noch die Verhandlung herbeizuführen, brachte noch an demselben 9. Februar Mallinckrodt einen durch 80 Unterschriften gestützten Antrag ein, es möchte der fünfte Bericht der Petitionscommission zum Beginn der Debatte für den folgenden Tag anberaumt werden, weil im Interesse des religiösen Friedens die Besprechung dieser Angelegenheit dringend nothwendig sei. Aber dazu wollten es einmal die dominirenden Parteien nicht kommen lassen. Leider war es gerade Graf Schwerin, der hier Mallinckrodt entgegentrat: die Wünsche der Katholiken verdienten volle Berücksichtigung, aber eine vorzugsweise Behandlung dürften sie nicht beanspruchen, meinte er; man solle also warten, bis ordnungsgemäß die Reihe an die Petition komme. Bezeichne Mallinckrodt die Frage als eine confessionelle, so müsse er vielmehr eine Verfassungsfrage darin erkennen; es sei aber bedenklich, auf Grund einiger Petitionen eine so tiefgreifende Verfassungsfrage zu behandeln. Mallinckrodt und alle Anträge, die in seinem Sinne gestellt wurden, unterlagen der Ueberzahl der Stimmen. Die Petition kam nicht zur Verhandlung, 12. Februar wurde der Landtag geschlossen.

Und doch waren Mallinckrodts Schritte nicht vergebens. War der Berliner Klostersturm der erste Keimansatz zum Culturkampf, so war Mallinckrodts Antrag vom 9. Februar im Grunde nur das Losungswort zur Bildung des Centrums.

---

3. Das „Laienconcil" (17. Juni 1869).

1870.

Auf den Schluß des Landtags war bereits 14. Februar die Eröffnung des Reichstags gefolgt, der wegen spärlichen Besuches freilich erst vier Tage später beschlußfähig wurde. Es begreift sich, daß es für Mallinckrodt des Guten allmählich etwas viel wurde. „Ich bin gesund", schrieb er schon 26. Februar, „und durch die Parlamente gelangweilt." „Der Reichstag ist langweilig", bemerkte er einige Tage später, „und wird schwerlich unterhaltlicher werden. Nebenher findet sich aber hie und da ein schmackhafter Bissen." Und doch sprach man schon wieder von einer im Sommer bevorstehenden außerordentlichen Session des Landtages. Auch im Reichstag betheiligte sich Mallinckrodt ab und zu an den Debatten. Von besonderem Interesse waren seine Worte bei der Verhandlung über den Gesetzentwurf betreffend den Unterstützungswohnsitz. Er sprach dabei über die ganze sociale Gesetzgebung der neuen liberalen Aera sein Verwerfungsurtheil aus und wies hin auf die Reaction, die sich dagegen im Volke bilde. Er bitte, auf dem betretenen Wege nur fortzufahren, um so eher werde die Reaction zur Geltung kommen.

Unterdessen hatte es für Mallinckrodt im häuslichen Kreise wieder manchen Jammer gegeben; insbesondere der leidende Zustand seiner Gattin drückte schwer auf ihn. Mit den Weihnachtstagen wurde es besser, zumal seitdem die Nichte von Böddeken als lieber Besuch in Berlin weilte. Hatte bis dahin die Familie ein „Stillleben" geführt, so mehrte sich jetzt von Woche zu Woche der gesellschaftliche Verkehr. Ja es gelang sogar Herrn v. Kehler, der bei Frau v. Mallinckrodt in besonderem Ansehen stand, die Mitwirkung der Familie für das Liebhabertheater im katholischen Vereinshaus (Niederwallstraße 11) zu gewinnen. „Meine Damen lernen eben an einer Rolle, in der Else nächsten Donnerstag in Nr. 11 debutiren will", meldete Hermann 7. Februar. Aber bald mußte er selbst daran glauben. „Wir haben in den letzten Wochen viel gesellschaftlichen Verkehr gehabt und sogar einer nach dem andern als Schauspieler debutirt", hieß es 26. Februar. Es war nicht das einzige Mal, daß er sich als Schauspieler um das katholische Vereinshaus verdient machte. Einmal trat er auf in Kotzebue's „Der gerade Weg ist der beste", wo er den „Schulmeister" spielte und schon durch sein köstliches Aussehen große Heiterkeit erregte. Graf Praschma stand ihm damals als Schulamtscandidat zur Seite.

Es handelte sich jedoch bei solchen Gastrollen keineswegs um Zeitvertreib und Spielerei, es war ein Opfer, das dieser ernste Mann der gemeinsamen Sache der Berliner Katholiken brachte.

„Da ich das Unionshaus nenne,“ schreibt darüber vierzehn Tage nach Mallinckrodts Tod P. Ceslaus Robiano O. Pr., der mit ihm wohlbekannt war, „mag hier auch ein charakteristischer Zug seiner freudigen allseitigen Hingabe für die Kirche ... den nächsten Platz finden. Zur Pflege der katholischen Gemeinsamkeit und Verbrüderung hat der so ernste und hervorragende Führer im Parlament sich dort an der Aufführung kleiner Theaterstücke auf der Bühne selbst auftretend betheiligt.“

Mittlerweile beschäftigte Mallinckrodt schon wieder die Sorge für die bevorstehenden Neuwahlen.

„Mit Unterrichts-Petitionen braucht Ihr Euch nicht zu quälen,“ schrieb er 7. December 1869 an seinen Schwager Hüffer, „zu stande kommt das Gesetz bestimmt nicht. Aber heftige Discussionen auf verwandten Gebieten gibt es noch, und das, worum es sich demnächst im Anschluß daran handeln wird, ist die entschiedene Organisation der Partei für die Neuwahlen.“

Schon 4. December hatte er sich deshalb auch an Wilderich v. Ketteler gewandt:

„Ich möchte Ihr Augenmerk den nächstjährigen Wahlen zuwenden. Mit der bisherigen wilden Wirthschaft, wo ein Bezirk sich nicht um den andern kümmert, und wo nicht bloß die Centralleitung, sondern auch in den einzelnen Bezirken jede gehörig vorbereitende Leitung fehlte, wird es nicht mehr gehen.

„Es bedarf des Comités, des Programms und der zeitigen Aufstellung von Candidaten, die ja so schwer in guter Qualität zu finden sind. Solche Methode wird auch auf die spätere Haltung der Gewählten einwirken und eine Fraction schaffen.

„Auf mich ist dabei übrigens — nebenbei gesagt — nicht zu rechnen, denn ob meine Familienverhältnisse mir gestatten, in der Arena zu bleiben, das erscheint mir sehr fraglich, fast mehr als fraglich. Indessen bis dahin ist noch Zeit und wird sich das Weitere finden. Für jetzt wollte ich nur eine Andeutung geben, damit Sie es mit der Candidatenfrage nicht leicht nehmen.“

Ketteler antwortete 24. December:

„Ihre Ansicht wegen der frühzeitig vorzubereitenden Neuwahlen theile ich ganz. Wenn wir im Lande nur die Persönlichkeit finden, welche sich mit Tüchtigkeit und Thätigkeit an die Spitze stellt! ... Würden Sie nicht das Programm aufstellen oder, wenn das nicht, Ihre Gedanken über dasselbe mittheilen? Das erstere wäre das größte, das zweite auch ein großes Verdienst. Ich glaube, wir werden unsere Soester Versammlungen wieder beleben müssen und aus jedem Kreise einen oder wo möglich mehrere tüchtige Männer zuziehen. Wo sollen wir aber die Candidaten finden? Wer soll eine Partei der Katholiken in der Berliner Kammer führen, wenn Sie den Kampfplatz verlassen müssen? Gott gebe, daß Ihre Familienverhältnisse Ihnen erlauben, wieder eine Wahl anzunehmen.“

Da das Berliner Quartier nur bis 1. April gemiethet war, blieb nichts übrig, als Ende März ans Auswandern zu denken. Der älteste der Knaben weilte schon seit Monaten in Böddeken, dahin folgte jetzt die übrige Jugend. Mallinckrodt selbst, der sich vom 1. bis 20. April vom Parlament frei

machen konnte, reiste mit der Gattin über Merseburg, Leipzig, Heiligenstadt und Kassel, wo er Hofrath Ruhl wieder einmal besuchen wollte, um dann gleichfalls in Böddeken einzutreffen. Er fand das Haus mit Familienmitgliedern und Freunden ganz angefüllt. Der Aufenthalt that ihm so wohl, daß die Rückkehr nach Berlin von einem Tag zum andern hinausgeschoben wurde. Die Zeit aber, die er dem Parlament entzog, gehörte zum besten Theil der Vorbereitung auf die Wahlen. „Ich werde mich wohl bald mal wieder in Berlin zeigen müssen," schrieb er endlich 25. April, „aber nicht auf lange." Wirklich wartete er den Schluß des Reichstags (26. Mai) nicht erst ab. Schon Mitte dieses Monats war er wieder in Böddeken, wo am 20. sein Bruder Georg die silberne Hochzeit feierte. Wenige Tage nachher wurden Kinder und Dienstboten nach Mittenheim übergesiedelt, acht Tage später traf auch Mallinckrodt mit seiner Gattin dort ein. Auf dem Hinwege hatten sie sich auch einen Tag in Frankfurt aufgehalten, wo Else viele Freunde hatte. Namentlich das Wiedersehen mit Professor Steinle und Janssen machte beiden große Freude.

Die nächste Beschäftigung in Mittenheim war die Sorge für das Gut. Kaum angekommen, trat der Gutsherr behufs Abrundung seines Besitzes in Unterhandlung mit der Fürstin Oettingen-Wallerstein über Ankauf eines an sein Gut stoßenden Torfstiches. Unterdessen beschäftigte ihn aber auch entsprechend seiner Abmachung mit W. v. Ketteler die Wahlangelegenheit.

„Zu Ihrer Kenntniß schicke ich Ihnen", schrieb er 22. Juni an einen Freund in Köln, „den Programmentwurf, auf dessen Grundlage wir uns in Westfalen in einige vorbereitende Bewegung gesetzt haben und der in den verschiedenen Theilen der Provinz ziemlich vielseitige Zustimmung zu finden scheint. Zur Publication soll er erst dann kommen, wenn die Vorbereitungen weiter gediehen sind und die Veröffentlichung mit einer ansehnlichen Zahl von Unterschriften der verschiedensten Kreise geschehen kann. Eine Vergleichung mit der neulich auf Reichenspergers Anregung und in besonderem Hinblick auf das Rheinland durch die ‚Volkszeitung' gebrachten Programmskizze wird ergeben, daß der Kern derselbe ist."

Reichenspergers Programmentwurf war schon 12. Juni 1870 in der „Köln. Volkszeitung" veröffentlicht worden als „Schreiben eines der hervorragendsten Führer der katholischen Partei". Reichensperger sagte darin, „die Besprechungen katholischer Männer aus den verschiedenen Theilen des Landes hätten zur Aufstellung einiger Cardinalpunkte geführt, welche . . . bei der Wahl ins Auge zu fassen und durch diese Wahl sicherzustellen seien". Die Westfalen blieben hinter den Rheinländern nicht zurück. Es war seit Jahren zum erstenmal wieder, daß man hier von seiten der unabhängigen Katholiken mit Anstrengung und Einigkeit der Wahl vorarbeitete. Dem „Fortschritt", den „Nationalliberalen" wie den „Gouvernementalen" trat eine „katholische Volkspartei" mit Entschlossenheit gegenüber. Schon für Mitte Juli wurde

eine Versammlung von Vertrauensmännern aus allen Theilen der Provinz ausgeschrieben, dann aber wegen Vertagung der Neuwahlen hinausgeschoben. Endlich fand sie 28. October unter großer Theilnahme in Soest statt. Das aus dem Mallinckrodt'schen Kreise hervorgegangene Programm wurde fast einstimmig angenommen und als „Soester Programm“ mit zahlreichen Unterschriften in den Zeitungen veröffentlicht, und sofort bildeten sich ein geschäftsführender Ausschuß und zahlreiche Lokalcomités zur Leitung des Wahlgeschäftes.

Eben war Mallinckrodt in Mittenheim wieder eingelebt und freute sich, wie er schrieb, der Ruhe des Landlebens, als eine Correspondenz der „Augsb. Allgem. Zeitung“ seinen Namen in Verbindung brachte mit der Unfehlbarkeitsfrage und den der Concilsentscheidung vorausgegangenen Agitationen. Alsbald hatte auch die „Köln. Volkszeitung“ weitere Enthüllungen zu machen, und die „Augsb. Allgem. Zeitung“ kam nochmals ausführlicher auf die Sache zurück.

„Wie ich aus zuverlässiger Quelle mittheilen kann,“ hatte man 14. Juni von Köln aus der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ geschrieben, „haben auch die katholischen Reichs- bezw. Landtagsabgeordneten, die Herren Reichensperger, Mallinckrodt, Windthorst u. a., sich gegen die Unfehlbarkeit des Papstes erklärt, und zwar in einem direct an ihn selbst gerichteten Schreiben, in welchem sie zugleich auf all das Unheil hinwiesen, welches zumal der katholischen Kirche Deutschlands aus einer derartigen Dogmatisation unfehlbar erwachsen würde. Nachdem die Dinge in Rom so weit gekommen sind, wie sie es sind, dürfte es nicht nur wünschenswerth, sondern geradezu geboten erscheinen, besagtes Schreiben der Oeffentlichkeit nicht länger vorzuenthalten.“

Die „Köln. Volkszeitung“ wußte 20. Juni bereits von zwei Schreiben, die schon vor einigen Monaten nach Rom geschickt seien, sich lediglich auf dem Opportunitätsstandpunkte hielten, aber nicht an den Papst, sondern eine ihm nahestehende, hochgestellte Persönlichkeit gerichtet seien. Berichtigend bemerkte dazu 23. Juni die „Augsb. Allgem. Zeitung“ neben weiteren Einzelangaben, daß es sich dabei durchaus nicht lediglich um den Opportunitätsstandpunkt gehandelt habe, und daß der Adressat der Cardinal Antonelli gewesen sei.

Es dauerte mehrere Tage, bis Mallinckrodt im einsamen Mittenheim von diesen Zeitungsgerüchten überhaupt etwas erfuhr. Bis zum 22. Juni war ihm noch keine der Zeitungen zu Gesicht gekommen, da er die „Augsb. Allgem. Zeitung“ überhaupt nicht las, die „Köln. Volkszeitung“ aber „wegen unstäten Lebenswandels“ erst jetzt pro 1. Juli hatte wiederbestellen können. Bei der großen Erregung der Geister, welche, durch die Gegner der Unfehlbarkeitserklärung entzündet und genährt, damals ihren Höhepunkt erreicht hatte, war diese Zeitungsnachricht, welche die ersten Führer der Katholiken Norddeutschlands zu Gegnern der eben vom vaticanischen Concil verhandelten

Kirchenlehre machte, von erheblicher Bedeutung. Mallinckrodt säumte nicht, jetzt seinerseits als katholischer Mann offen und muthig seine Erklärung abzugeben. Die „Augsb. Allgem. Zeitung" vom 2. Juli veröffentlichte folgende Berichtigung:

„Die Correspondenz, d. d. Köln, 20. d., in Nr. 174 des Hauptblattes vom 23. d. nennt neben den Namen Reichensperger, Windthorst und Mallinckrodt ganz irrigerweise auch noch die Herren Fürsten Radziwill und Graf Bocholz. Wenn der Herr Correspondent die thatsächlich richtige Mittheilung der ‚Kölnischen Volkszeitung' vom 18. d. außerdem mit der Behauptung begleitet, daß wir ‚in Wirklichkeit durchaus nicht lediglich auf dem Opportunitätsstandpunkte stehen', so glaube ich solchem Commentar meinerseits mit der offenen Bemerkung begegnen zu müssen: daß die Lösung der theologischen Frage viel tiefer greift, als mein bescheidenes theologisches und kirchengeschichtliches Wissen reicht, daß ich aber von meinem katholischen Standpunkte aus stets bereit war und bin, alle dogmatischen Aussprüche des ökumenischen Concils als Aussprüche des unfehlbaren Lehramtes gläubig anzuerkennen und zu ehren.

Mittenheim, 27. Juni.

H. v. Mallinckrodt,
Mitglied des nordd. Reichstags und des preuß. Landtags."

Dieselbe Erklärung sandte Mallinckrodt 28. Juni auch an einen befreundeten Publicisten in Köln, damit sie unter allen Umständen unverkürzt in die Oeffentlichkeit komme. In den katholischen Kreisen Norddeutschlands wirkte die Erklärung wohlthuend. Mallinckrodt erhielt selbst Zuschriften darüber. Ein Spielkamerad aus seiner Kindheit, Pfarrer Stenaerts von Nettesheim, schrieb ihm darüber einen sehr herzlichen Brief und sandte ihm eines der von ihm verfaßten Gebet- und Gesangbücher, mit dem Mallinckrodt sich auch sofort vertraut machte und das ihm sehr wohl gefiel.

Erst als im Mai 1872 Dr. Sepps „Deutschland und der Vatican" erschien und dieser sein Werk mit Nachrichten über das „anti-infallibilistische Laienconcil" einleitete, das 17. Juni 1869 in Berlin sich versammelt habe, um gegen die Schaffung „neuer Dogmen" zu protestiren, wurden die wahren Vorgänge, auf welche jene tendenziösen Zeitungsberichte sich bezogen, durch die „Histor.-polit. Blätter" [1], soweit nothwendig, der Oeffentlichkeit dargelegt.

Daß ein Mann, der an den öffentlichen Angelegenheiten so regen Antheil zu nehmen pflegte, wie Mallinckrodt, vorzüglich wo sie das Wohl der Religion und der Kirche betrafen, von den verschiedenen Strömungen nicht unberührt bleiben konnte, welche in der Concilsfrage sich feindlich bekämpften, war natürlich. Schon sein wiederholter längerer Aufenthalt in der Nähe Münchens und sein Verkehr mit den Münchener Celebritäten, ebenso seine nahen Berührungen mit den hervorragendsten katholischen Parlamentariern

[1] 1872, Bd. LXIX, S. 880.

und seine persönlichen Beziehungen zu fast allen bedeutenderen Führern der katholischen Sache in Rheinland und Westfalen machten dies unausbleiblich.

„Vorige Woche“, schrieb er 17. Februar 1867 von Mittenheim aus, „waren wir ein paar Tage in der Stadt und einen Mittag bei Herrn v. Löher in Gesellschaft mit Döllinger und H. v. Wydenbrugk, der seinerzeit mit Pfordten um das hiesige Ministerpräsidium concurrirte und zuletzt Augustenburgischer Chargé d'affaires in Wien war. Wir haben uns gut unterhalten. . . .“

Als in den ersten Monaten des Jahres 1869 die Agitation gegen Concil und Papst begann und die kommenden Stürme ahnen ließ, war Mallinckrodt zum Parlament in Berlin. Auch sein Herz füllte sich mit banger Sorge, da er ohnehin schon die Feinde der Kirche im Parlamente herrschen und in der Leitung des Staates die Oberhand gewinnen sah.

Wiederholt und eingehend besprach er sich mit seinem bewährten Freunde, dem Geheimen Oberregierungsrath Linhoff, den er als tief frommen und treuen Katholiken kannte. Von ihm berathen, gab er sich an ein ernstes Studium der so viel umstrittenen und künstlich verdunkelten Frage. Bald war er sich völlig klar über das, was der katholische Standpunkt von ihm fordere. Waren andere bedeutende katholische Parlamentarier gegen das Unfehlbarkeitsdogma leidenschaftlich eingenommen, wie Rohden [1], Schulte's Freund, so fand Mallinckrodt im übrigen diese Stimmung in Berlin durchaus nicht vorherrschend. Der hochverdiente Dr. Krätzig, Director der katholischen Abtheilung im Cultusministerium, dachte über diese wichtige kirchliche Frage ebenso correct und ruhig wie Linhoff; der Wirkliche Geheime Rath v. Savigny, ebenso hochangesehen wegen seiner Verdienste um den Staat wie wegen der verschiedenen Beziehungen seiner Familie, hatte die Frage eingehend studirt und wußte mit Geschicklichkeit und Nachdruck die Nothwendigkeit der Unfehlbarkeitserklärung zu vertheidigen, von welcher er sich namentlich im Hinblick auf obschwebende theologische Controversen in den Ländern romanischer Zunge fest überzeugt hatte. Ebenso stand der ausgezeichnete Convertit Geheimer Legationsrath v. Kehler, trotz der bisherigen intimen Beziehungen zu Ritter v. Schulte, und der um Berlins Kirche so hochverdiente Fürst Boguslaw Radziwill entschieden auf der kirchlichen Seite.

Unterdessen war die berüchtigte Circulardepesche des bayerischen Ministerpräsidenten Fürst Hohenlohe vom 9. April 1869 bekannt geworden und die anmaßende Koblenzer Laienadresse vom 17. Mai durch die öffentlichen Blätter gegangen und hatten in dem Kreise der katholischen Notabeln, die sich eben jetzt aus ganz Deutschland in Berlin zum Zollparlament versammelten, entschiedene Mißbilligung gefunden, auch bei jenen, welche die Concilserklärung

[1] Auch dieser sehr verdiente Mann hat sich vor seinem Tode mit der Kirche völlig ausgesöhnt.

über die Frage der Unfehlbarkeit für nicht wünschenswerth ansahen. Bei den gegenseitigen Besprechungen über die große Tagesfrage, die sich unwillkürlich ergaben, entstand der Wunsch, im Gegensatz zu dem „frechen Auftreten in der sogen. Koblenzer Adresse", streng innerhalb der Grenzen, die dem Katholiken gegenüber der kirchlichen Autorität zustehen, an die in Fulda sich versammelnden deutschen Oberhirten eine gemeinsame Kundgebung zu erlassen. Man dachte den Besorgnissen, welche die einzelnen in ihrer Liebe zur Kirche erfüllten, zugleich aber auch der Ehrfurcht, der Treue und dem Gehorsam gegen die von Gott gesetzten Lehrer und Leiter der Gläubigen Ausdruck zu geben. P. Reichensperger hat später, als bereits die kirchenpolitischen Kämpfe in Deutschland ausgebrochen waren, 16. Mai 1872, sich über die Gedanken ausgesprochen, die damals alle beherrschten.

„Meine Freunde und ich", führte er vor dem Reichstag aus, „haben es schon längst vorhergesehen, daß es so kommen werde, wie es gekommen ist. Wir haben hierbei eben dieselbe Voraussicht bekundet, die wir auch damals hatten, als wir das hier erörterte sogen. Laienconcil veranstalteten. Auch damals, meine Herren, haben wir allerdings vorhersehen zu müssen geglaubt, welche Folgen irgend welche neue Glaubensdefinirung haben werde. Wir haben in keiner Weise geglaubt und gemeint und meinen es auch heute nicht, daß irgend welche wirkliche Gefährdung für den Staat oder für die Gesellschaft daraus erwachsen könne, sondern wir haben es nur deutlich vorhergesehen, daß jeder Grund oder Vorwand ausreichen würde, um das, was längst gegen die Kirche gewünscht und geplant war, in Scene zu setzen — und darum haben wir unsere Opportunitätsbedenken ausgesprochen."

Es bildete sich jetzt zunächst ein engeres Comité, bestehend aus dem Obertribunalsrath P. Reichensperger (Berlin), Rechtsanwalt Dr. Probst (Stuttgart), Staatsminister a. D. Windthorst (Hannover), Rechtsanwalt Dr. Freitag (München), Kreisgerichtsrath Hosius (Neuwied) und Dr. Jörg, dem Redacteur der „Historisch-politischen Blätter". Obgleich von politisch sehr verschiedener Richtung, einigten sich diese zu dem Entwurf einer Adresse an die deutschen Bischöfe. In einer größern Versammlung der angesehensten katholischen Mitglieder des Zollparlamentes sollte dieser Entwurf zur Berathung und Annahme vorgelegt werden. Nach persönlicher Rücksprache, ohne schriftliche Einladung versammelten sich am Abend des 17. Juni im „Rothen Adler" in der Kurstraße 28 katholische Männer. Dr. Sepp von München, der mit Rücksicht auf sein eigenthümliches Talent, überall Verwirrung anzustiften, bei der Einladung übergangen worden war, hatte doch von der Sache erfahren und sich ungeladen eingedrängt. Krätzig, Linhoff und andere Katholiken der Hauptstadt waren aus Grundsatz dem ganzen Unternehmen von Anfang an fern geblieben und hatten dasselbe nicht gern gesehen. Mallinckrodt aber, eben tags zuvor aus Merseburg eingetroffen, und v. Savigny, klar über den Standpunkt, den sie zu vertreten hatten,

waren absichtlich erschienen im Gedanken, vielleicht zum Guten wirken zu können, wie dies Mallinckrodt einem nahestehenden Freunde ausdrücklich erklärte. Mallinckrodt hatte es nicht vergessen, wie er einst, 22. Juli 1862, die Aufforderung Virchows zurückgewiesen hatte, als dieser dem Centrum zurief: „Dahin sollten die Herren streben, daß sie möglichst von hier aus auf die Bischöfe einwirkten, — daß sie die Missionen, welche von hier aus zu den großen Concilien nach Rom gehen, zu friedlichen, zu entgegenkommenden Verhandlungen benützten. . .“ Mit trefflicher Ironie, weil gegenüber einer Aufforderung, die sich für einen Katholiken gar nicht ernstlich behandeln ließ, hatte Mallinckrodt es damals dargethan, wie wenig es ihre Sache sei, und wie wenig nothwendig, daß sie den Bischöfen, ihren Oberhirten, die nach Rom geladen seien, Instructionen mit auf den Weg gäben.

Unter den sonst im „Rothen Adler“ Erschienenen werden noch genannt: Minister v. Mittnacht, Graf Hompesch, Oberhofgerichtsrath Roßhirt (Mannheim), Dr. Bissing (Heidelberg), Dr. Gitzler (Breslau). Alsbald zeigte sich unter den Versammelten große Meinungsverschiedenheit über die Art und Weise, wie das Schreiben den Bischöfen zur Kenntniß gebracht werden sollte. Die badischen Abgeordneten, welche von dem Erlaß einer solchen Adresse an den deutschen Episkopat nur Schwächung der kirchlichen Autorität fürchteten, waren gegen die Veröffentlichung in den Blättern; andere wünschten rasches Vorangehen ohne allzu viele Aengstlichkeit und Rücksicht; andere hielten dafür, daß man zuerst bei den Oberhirten vertrauliche Erkundigungen einziehen solle über die Art, wie ihnen selbst die Mittheilung wünschenswerth erscheine. Diese Ansicht trug zuletzt den Sieg davon. Die Resultate der verschiedenen Anfragen sollten in der Hand Dr. Jörgs zusammenlaufen, und dieser sollte dann demgemäß verfahren. Erst um Mitternacht endigte die Versammlung.

Die Erkundigungen ergaben den Bescheid, daß das Schreiben weder veröffentlicht noch Unterschriften dafür gesammelt werden sollten; man möge es vielmehr vertraulich und ganz im geheimen, um nicht unnöthig die Aufregung zu vermehren, den in Fulda versammelten Bischöfen unterbreiten. Dem entsprechend übersandte es jetzt Dr. Jörg 29. August 1869 an den Erzbischof von München, zugleich mit einem erläuternden Begleitschreiben, welches mit der Bitte schließt, der Erzbischof möge „seinen und seiner Vollmachtgeber bezüglichen Schritt dem Eifer für die heilige Sache der Kirche zu gute halten, der sie beseelt“.

Das Berliner Schreiben, welches keineswegs als Adresse an die deutschen Concilsväter und daher auch ohne weitere Unterschriften, sondern bloß als vertrauliche Meinungsäußerung treubesorgter Söhne der katholischen Kirche gegenüber ihren Oberhirten auftrat, macht seinem ganzen Inhalt nach der kirchlichen Gesinnung derer, die es erließen, alle Ehre. Mallinckrodt brauchte

sich seiner Theilnahme an dem „Laienconcil" nicht zu schämen. Es kann nicht genug anerkannt werden, daß in einer so schwierigen und erregten Zeit, wo auf beiden Seiten die Wogen der Leidenschaft hoch gingen, die Grenzen des Richtigen und für den Laien in der Kirche Statthaften so ehrfurchtsvoll gewahrt sind. Mit Recht antwortete der Münchener Erzbischof von Fulda aus 4. September sehr freundlich, er habe das Actenstück den versammelten Bischöfen mitgetheilt und sei von ihnen ermächtigt, „den Betheiligten die Anerkennung und Dankbarkeit des hochwürdigen Episkopates für die in jenem Entwurfe kundgegebene Gesinnung auszudrücken". Dr. Jörg selbst, jedenfalls der berufenste Zeuge in dieser ganzen Angelegenheit, hat sich im Frühjahr 1873 mit aller Offenheit über diese Vorgänge geäußert:

„Es ist bei den jüngsten Debatten", schreibt er [1], „mehrfach davon die Rede gewesen, wie zu der Zeit der letzten Zollparlamentsversammlung die katholischen Koryphäen der jetzigen preußischen Kammer, namentlich Windthorst und die Reichensperger, sich in Bezug auf den eventuellen Beschluß des Concils verhalten hätten.... Soviel ist wahr und fällt niemand ein zu läugnen, daß die genannten Männer von dem eventuellen Beschluß des Concils die äußersten Befürchtungen hegten und bereit waren, alles aufzubieten, um den gefürchteten Beschluß zu verhindern. Denn ‚ich kannte meine Pappenheimer', sagt Herr Dr. Windthorst. Die befürchteten Folgen sind in der That reichlich eingetreten, soviel an der Regierung und an den herrschenden Parteien lag; im übrigen aber haben gerade die Männer, welche man so gerne in Widerspruch mit sich selber bringen möchte, jetzt öffentlich bekannt, daß die Vorsehung eben das, was sie als das größte Unglück fürchten zu müssen meinten, nunmehr zum Guten gewendet habe. Sie geben dem Allwissenden die Ehre, wie wir alle. Namentlich hat sich Herr (Peter) Reichensperger in diesem Sinne offen ausgesprochen. Indem er die Gründe für die bittere Mißstimmung der Staatsregierung gegen die katholische Kirche zu entdecken suchte, fand er einen Hauptgrund darin: ‚daß ungeachtet aller aufgewandten Mühen und Einflüsse, ungeachtet der so viel gepflegten jüngsten Professorenbewegung das katholische Volk Preußens eins geblieben ist mit seinem Episkopate und seinem Römischen Stuhl; daß der Ausscheidungsproceß, der durch jene Bewegung begonnen wurde, sich rasch und heilsam und heilend vollzogen hat, und daß die von manchen Seiten in Aussicht genommene deutsche Nationalkirche sich nicht hat verwirklichen lassen'."

Unterdessen war aber der Kampf immer heftiger entbrannt, Mallinckrodt folgte ihm mit Spannung. „Wir lesen mit Interesse", schreibt er 28. October 1869 von Berlin aus nach München, „die Augsburger Postzeitung und verfolgen den erbitterten Parteikampf." Mehr noch wurde er in die Partei-Erregung hineingezogen, als im December Ritter v. Schulte nach Berlin kam und für seinen Parteistandpunkt Bundesgenossen suchte. Als Landsmann wie als canonistischer Schriftsteller von einigem Namen, war dieser 30. December mit einer Reihe anderer Herren bei Mallinckrodt zu einer

[1] Histor.-polit. Blätter. Bd. LXXI, S. 477.

Abendgesellschaft geladen. Natürlich konnte er sich nicht versagen, in seiner Weise und, wie aus seinem eigenen Berichte hervorgeht, sehr erregt das Thema der Infallibilität zum Hauptgegenstand der Unterhaltung zu machen. Aber Mallinckrodt erklärte ruhig und fest, so erzählt Dr. Schulte[1] selbst, „er glaube alles, was der Heilige Vater lehre“. „Denselben Standpunkt“, fährt Schulte fort, „hatte F. v. Kehler, Krätzig und Linhoff, sonst niemand. . . . Alle aber waren sehr besorgt. . . . Man sprach von einer Kundgebung nach Rom, zu der ich rieth.“

Eine solche Kundgebung erfolgte nun allerdings, und zwar — wenn nicht auch von anderen — von Mallinckrodt selbst, aber in der Weise, wie sie dem katholischen Laien zustand. Er wandte sich in einem vertrauensvollen Briefe an seinen Diöcesanbischof, Konrad Martin von Paderborn, dem er seine Besorgnisse darlegte. Mallinckrodt, der im Winter 1868/69 für die Franziskaner in Westpreußen, im Winter 1869 für das katholische Klosterwesen in Preußen überhaupt als Hauptvertheidiger in die Schranken getreten war, hatte dabei das deutliche Vorgefühl des nahenden Sturmes empfunden. Klarer als irgend ein anderer merkte er die veränderte Strömung auch im Staatsministerium. Schon verlautete es ab und zu in den Blättern vom Rücktritt des Cultusministers v. Mühler, und wenn dieser ging, so kam nichts Besseres nach. Ein neues Agitationsmittel in den Händen der jetzt schon triumphirenden kirchenfeindlichen Parteien schien um so mehr verhängnißvoll werden zu müssen, da es in die Reihen der Katholiken selbst Zwiespalt zu bringen drohte.

Diese Besorgnisse hatten Mallinckrodt schon im December 1869 getrieben, mit seinem Freunde Wilderich v. Ketteler und seinem Schwager Hüffer über die Vorbereitung der nächsten Wahlen zu verhandeln, und sie trieben ihn jetzt auch, sich an seinen Bischof zu wenden. Er übersandte ihm von Berlin aus den Bericht der Petitionscommission vom 17. December 1869, die Aufhebung der Klöster betreffend, und knüpfte daran den Ausdruck seiner Befürchtungen für die Zukunft. Schon bald antwortete ihm Konrad Martin:

Rom, den 9. Februar 1870.

Sehr verehrter Herr Regierungsrath!

Empfangen Sie meinen herzlichen Dank für die gütige Zusendung des Berichtes der Petitionscommission, die Aufhebung der Klöster betreffend, wovon ich sogleich, ungeachtet ich jetzt nur sehr wenig freie Augenblicke habe, Einsicht genommen habe. Derselbe eröffnet nun freilich in die nächste Zukunft der kirchlichen Verhältnisse unseres Vaterlandes eine sehr düstere Aussicht, und wenn man dann noch so manche andere Zeichen der Zeit mit in Anschlag bringt, so kann man sich schlimmer Besorgnisse nicht erwehren. Wir Bischöfe Preußens hatten uns, als wir durch die öffentlichen Blätter

[1] Der Altkatholicismus, Geschichte seiner Entwicklung, innern Gestaltung und rechtlichen Stellung in Deutschland. 1887, S. 20.

von der Sache Kunde erhielten, gemeinschaftlich berathen, ob und was von unserer Seite zur Abwendung der vorhandenen Gefahr etwa geschehen könne; wir beschlossen aber, vorderhand von allem weitern abzustehen. Ich freue mich aber, nunmehr meinen Mitbrüdern mittheilen zu können, daß wenigstens jetzt nicht mehr die nächste Gefahr, und ich wiederhole daher den Ausdruck meines Dankes für Ihre gefälligen Mittheilungen.

Nicht weniger hat es mich gefreut, daß Sie bei dieser Gelegenheit zugleich in derjenigen Frage, die, von einem freilich allgemeinen kirchlichen Interesse, jetzt die katholische wie die nichtkatholische Welt in solcher Spannung hält, mir so recht offen Ihre Herzensmeinung gesagt. Ich weiß, wie Sie es mit der Kirche durch und durch ehrlich meinen, und daß Sie in dieser Frage von keiner Seite präoccupirt sind. Daß aber auch die Gemüther wohlmeinender Katholiken durch die Eventualität der dogmatischen Feststellung der päpstlichen Infallibilität in eine solche Unruhe und Besorgniß versetzt seien, das habe ich in der That nicht erwartet. Es thut mir dies wehe bis in die innerste Seele. Daß aber diese Frage jetzt in dieses Stadium eingetreten ist, das verschulden hauptsächlich die erbitterten Angriffe der Gegner dieser Lehre, die, wie z. B. die Schrift von Janus, in letzter Instanz zugleich gegen die Lehrautorität des Apostolischen Stuhles, also gegen den Primat selbst gerichtet waren. Außerdem hat man ja, wie z. B. Maret (Bischof von Syra) in Paris, der seine Schrift dem Concil vorgelegt, eine Entscheidung dieser Frage von seiten des Concils ausdrücklich provocirt.

Was würde die Folge sein, wenn das Concil die Frage jetzt ganz umginge und schwiege? Man hat sogar jetzt schon gewagt, der Synode von Florenz (wo freilich die Lehre von der Infallibilität implicite schon ausgesprochen ist) ihren ökumenischen Charakter zu bestreiten; man hat gewagt, das Dogma von der immaculata conceptio der seligsten Jungfrau, das auch nicht von einem Concil, sondern nur vom Papst proclamirt worden, in Zweifel zu ziehen; und sind denn nicht alle nach dem Tridentinum entstandenen Häresien, insbesondere der Jansenismus, lediglich durch dieselbe Lehrautorität des Heiligen Stuhles condemnirt worden? Das Grundübel aller unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände ist die herabgewürdigte und verachtete Autorität. Und das ist meine innigste Ueberzeugung, es wird auch die einzige Autorität, die jetzt noch auf Erden etwas zu bedeuten hat, es wird auch die Lehrautorität des Heiligen Stuhles bis ins Herz verwundet sein, und der Liberalismus, der jetzt auch in die Kreise der Kirche und der kirchlichen Wissenschaft eingedrungen, wird einen wahren Triumph feiern, wenn das Concil stumm bleibt und auf die Frage, die jetzt die Welt so in Spannung hält, keine Antwort gibt, sei es nun in einer strengern oder einer mildern Form, etwa nur durch eine einfache Erklärung der Worte des allgemeinen Concils von Florenz. Eine neue Lehre oder ein neues Dogma (ein Schlagwort, wodurch man die Sache nur odiös machen will) würde dadurch wahrlich nicht aufgestellt. Für die Infallibilität des Heiligen Römischen Stuhles, des Papstes, natürlich in rebus fidei et morum, finden sich in der Heiligen Schrift sogar mehr Anhaltspunkte als für die Infallibilität des gesammten kirchlichen Lehrkörpers, und die Schwierigkeiten, die man aus der Kirchengeschichte erhoben (es handelt sich hier hauptsächlich um das Verhalten des Papstes Honorius), sind gründlich genug erwogen und gelöst. Ich bin kein Katholik, wenn ich nicht im Glauben mit der römischen Kirche übereinstimme (das ist die Lehre aller Väter) — ubi Petrus, ibi Ecclesia. Gott kann nicht zulassen, daß das Fundament, worauf er seine Kirche gebaut hat, aufhöre, Fundament zu sein, d. h. daß der Nachfolger Petri der Kirche in der kirchlichen Glaubens- und Sittenlehre einen Irrthum vorschreibe, daß er die ganze Kirche in Irrthum führen könne.

Sie sehen, verehrtester Herr Regierungsrath, wie die Sache jetzt liegt, wird wohl das Concil die Erörterung und Entscheidung dieser Frage, ohne daß die Autorität des Heiligen Stuhles empfindlich geschädigt wird, nicht umgehen können. Die Gegner aber haben dies durch ihre Herausforderungen verschuldet, und wenn dadurch auch nur eine einzige Seele an ihrem heiligsten Glauben irre werden sollte, so fällt die Schuld davon auf deren Haupt zurück. Ich habe aber auch das felsenfeste, unbesiegliche Vertrauen, daß der göttliche Geist alles zum Besten leiten werde. Ohne die mir hinsichtlich der conciliarischen Verhandlungen zur Pflicht gemachte Discretion zu verletzen, kann ich Ihnen übrigens sagen, daß der Heilige Vater hinsichtlich der beiden sich einander entgegengesetzten Anträge, wovon der eine für, der andere, freilich von einer weit geringern Anzahl gestellte, gegen die Opportunität der dogmatischen Feststellung der Infallibilität eingebracht ist, bis jetzt einen endgiltigen Beschluß noch nicht gefaßt hat; ich zweifle aber kaum daran, daß die Sache dem Concil vorgelegt werden wird, und wahrscheinlich schon sehr bald. Auch hier in Rom ist jetzt dies die einzige Frage, die alle übrigen Interessen verdrängt. Wie viele andere, wichtige, tief eingreifende Fragen uns auch sonst noch vorgelegt sind, so dreht sich doch gegenwärtig um diese eine sonst alles andere. Wir wollen Gott demüthig bitten, daß sie so gelöst werde, wie es der Sache der Kirche und der Religion am förderlichsten.

Eben, wo ich diese Zeilen niederschreibe, empfange ich die traurige Nachricht vom Ableben des Propstes Roche in Erfurt, dem Sie ja auch einst nahe standen. Er hat, besonders in den letzteren Jahren, der Diöcese, namentlich dem Eichsfelde, wesentliche Dienste geleistet, und ich hoffe, daß er dort einen gnädigen Richter gefunden hat.

Von Paderborn habe ich in letzter Zeit ebenfalls manchen Brief erhalten, jüngst auch einen von der ehrwürdigen Mutter Pauline. Wann ich Paderborn wiedersehen werde, ist jetzt noch sehr ungewiß. Die Verhandlungen des Concils ziehen sich sehr in die Länge; doch hoffe ich, daß wir wenigstens bis Ostern einmal wieder eine solenne Session feiern werden. Viele Fremde sind hier; vor ein paar Tagen kam auch der gute Herr Wilderich v. Ketteler hier an. Wüßte er, daß ich an Sie schreibe, so würde er mir gewiß einen Gruß aufgetragen haben. Empfangen Sie den meinigen mit den innigsten Segenswünschen für sich selbst wie für alle Ihre theueren Angehörigen, der ich in aufrichtiger Verehrung bin und bleibe

Ihr

in Christo ergebenster
Konrad Martin, Bischof von Paderborn.

Von da an war Mallinckrodt ruhig.

„Ich gratulire zu Eurer Lokalmission," [1] schreibt er 15. März 1870 an seine Schwägerin in Böddeken, „die Einrichtung gefällt mir. Möge sie gute Frucht bringen. Wer in so unstäten Verhältnissen lebt wie ich, weiß eine derartige Gelegenheit zu innerer Sammlung doppelt zu schätzen. Seit einigen Tagen lese ich den Anti-Janus von Hergenröther und finde ihn recht interessant und gut geschrieben."

Der Monat Juli brachte ihm dann die Gelegenheit zu jener entschiedenen öffentlichen Erklärung. Zum 12. October war er entschlossen, zur Versammlung der Katholiken nach Fulda zu reisen, um auch so, durch Theilnahme an dem Protest gegen die Vergewaltigung des Heiligen Vaters, seiner

[1] Es waren auf Böddeken Familienexercitien abgehalten worden.

treuen Gesinnung gegen den Heiligen Stuhl Ausdruck zu geben. Er konnte sein Bedauern nicht unterdrücken, als er noch zuletzt an der Ausführung des Vorhabens gehindert wurde.

„Ich freue mich," antwortete ihm auf seine Klage Professor Deger von Düsseldorf, sein gleichgesinnter Freund, „daß Sie im Herzen die Procession der treuen Söhne des Papstes nach Fulda mitmachen. Ich bin in derselben Lage, persönlich nicht zu kommen. Verdoppeln wir daher unsere Gebete für unsern erhabenen Kreuzträger Pius IX."

Mallinckrodt nahm von da an auch großen Antheil daran, daß solche, die durch Verwirrung der Meinungen und Erregung der Gemüther sich hatten irre führen lassen, wieder mit der Kirche sich aussöhnten.

Wider seinen Willen bot übrigens das Parlament noch Veranlassung genug, seinen Standpunkt darzulegen und auch die Natur jener Zuschrift an die Bischöfe zu erörtern. Schon die Debatte über den Kanzelparagraphen im deutschen Reichstag vom 28. November ließ ihn sein volles Einverständniß nicht nur mit der Lehre der Unfehlbarkeit selbst, sondern auch mit dem Zeitpunkt ihrer Verkündigung zum Ausdruck bringen. Nachdem er Zeugnisse aus Luther und Jansenius beigebracht hatte für den Glauben der Katholiken aus jener Zeit, fuhr er fort:

„Nun sagt man: Ja, ja, das ist eine alte Lehrmeinung; aber daß die Lehrmeinung nun zu der Bedeutung eines Dogma erhoben ist, darauf fällt der Ton, das ist neu. Letzteres gebe ich vollständig zu; darin, aber auch nur darin liegt allerdings das Neue, daß diese alte Lehre jetzt als maßgebend bezeichnet und definirt ist als bindendes Dogma. Allein nun bliebe der Beweis zu führen, daß diese Lehre jetzt infolge dieser ihrer Definition mit einemmal wunder wie staatsgefährlich geworden ist, nachdem früher Staat und Kirche durch so und so viel Jahrhunderte friedlich trotz dieser Lehre nebeneinander gelebt haben. Bereitwillig erkenne ich an, irgend eine Bedeutung liegt gewiß darin, daß gerade in gegenwärtiger Zeit eine solche Definition erfolge; allein welche? Meine Herren! Es hat mich ein Umstand in der jüngsten Zeit recht frappirt, nämlich der, daß an demselben Tage, am 18. Juli 1870, wo die Definition des fraglichen Dogmas stattfand, von Paris die Kriegserklärung nach Berlin abging — die Kriegserklärung, welche in ihrer fast nothwendigen weitern Folge das Einrücken der italienischen Truppen in Rom nach sich zog. Kurz, meine Herren, in dem Augenblicke, wo die Stellung des päpstlichen Stuhles von den Garantien entkleidet wird, die bisher den Stuhl umgaben, in demselben Momente wird nach innen hin die Stellung desselben Stuhles gefestigt und zum vollen Bewußtsein der gesammten katholischen Christenheit gebracht. Das ist in meinen Augen ein denkwürdiges Zusammentreffen, meine Herren, — ein Zusammentreffen, das vollständig geeignet ist, die Bedeutung der Definition richtig würdigen zu lassen. . . ."

Als dann 31. Januar 1872 Virchow in der Kammer die Sprache auf das Unfehlbarkeitsdogma brachte und auf jenen damals noch nicht veröffentlichten Brief, blieb Mallinckrodt die Antwort nicht schuldig.

„Was die Frage angeht,“ bemerkte er, „wo die katholische Kirche ist, ob sie dort ist, wo die Hierarchie leitet und lehrt, oder dort, wo jetzt einige Jünger der Wissenschaft ihren Widerspruch geltend machen, so gestatten Sie mir, daß ich mich darauf beschränke, einstweilen Ihrem gesunden Menschenverstand ruhig zu vertrauen. Ich denke, so viel Verstand ist noch in der Welt geblieben, daß die Entscheidung über diese Frage nicht sonderlich viel Kopfzerbrechens macht. Der Herr Vorredner hat uns aufgefordert, doch offen Farbe zu bekennen, wie es denn stehe mit unserer Ansicht über Encyklika, Syllabus, Concilsdecret, und ob wir uns auf der einen Seite dazu bekennen könnten und auf der andern Seite zu gesunden Anschauungen hinsichtlich der Parität. Zunächst antworte ich ihm, daß ich mich zu der Encyklika, zu dem Syllabus, zu den Concilsdecreten — natürlich so verstanden, wie sie verstanden sein wollen — . . . also in dem Sinne, wie jene Rundschreiben und Erklärungen geschrieben und gesprochen sind, vollständig von A bis Z bekenne. . . . Was den langen ‚Widerstand der Bischöfe gegen das neue Dogma‘ anbelangt, so wird der Herr Abgeordnete die Beweislast dafür zu tragen haben, daß von seiten der Widersprechenden der Widerspruch gegen die Materie gerichtet worden ist und nicht vielmehr wesentlich gegen die Angemessenheit des Zeitpunktes zu der in Frage stehenden Definition. Es geht gerade aus der Thatsache, daß die deutschen Bischöfe so ernste Bedenken geltend gemacht haben gegen die Wahl des jetzigen Zeitpunktes, hervor, daß diese Herren ihre Leute kennen und vorhersahen, wenigstens besorgten, daß aus der Definirung in unserem Vaterlande ernste Schwierigkeiten und Verwicklungen entstehen könnten. Meine Herren! das haben wir Laien auch gewußt, daß das der Fall sein könnte. Wir kennen ja Ihren Mangel an wirklicher Kenntniß katholischer Angelegenheiten, wir kennen ja die Vorurtheile, von denen Sie vollgepfropft sind, wir kennen ja die einseitigen Begriffe von Toleranz und paritätischer Behandlung, die in Ihnen leben. Da ließ sich mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen, daß Schwierigkeiten entstehen würden.

„Aber was das ‚zu Kreuze kriechen‘ angeht, meine Herren! — das, was der Herr Abgeordnete Virchow so qualificirt, ist in meinen Augen, wenn es nicht ganz natürlich und selbstverständlich wäre, allen Ruhmes werth; denn es ist wieder ein Fundamentalsatz des Katholicismus, der sich Ihrem Verständniß verschließt, daß die Kirche die Trägerin der Wahrheit ist, und wenn die Kirche in ihren berechtigten Organen gesprochen hat, dann ist dies die Wahrheit, nach der katholischen Auffassung. Ja, meine Herren, lernen Sie nur erst das ABC der Dinge. . . .“

„Nun repetire ich einfach die Schlußfolgerung: Es ist katholische Grundanschauung, daß die religiöse Wahrheit getragen und gelehrt wird durch die Gesammtheit und insbesondere durch die Spitze des kirchlichen Lehramtes, und zwar nicht bloß aus eigener Kraft, sondern geschützt vor dem Irrthum durch die Allmacht des Stifters der Kirche. Wer das glaubt, der kann immerhin über offene Fragen höchst individuelle Meinungen haben und vertreten, ganz wie die Herren Protestanten es auf dem ganzen Gebiete des Kirchenthums machen. Wenn aber eine bis dahin offene Streitfrage die competente Entscheidung gefunden hat, dann ist unser unausweichlich logischer Schluß, daß der Katholik, der katholisch bleiben will, auch diese Entscheidung als die wahre anzuerkennen hat. Das ist der einzige Unterschied,

meine Herren, zwischen unserem Autoritätsprincip und zwischen Ihrem Individualprincip, und die Consequenz dieses Unterschiedes ist die, daß wir nach 1900 Jahren noch fest geeint, so stark wie je in der Welt stehen, und daß Sie mit mehr oder weniger Trauer sehen, wie in Ihrem Bau die Steine auseinanderbröckeln. . . ."

Nach diesem großartigen Bekenntniß seiner Glaubenstreue und Ueberzeugung ging nun Mallinckrodt über zu dem vielberufenen Schreiben vom Juni 1869.

„Was nun den Brief betrifft, den einige Mitglieder aus dem Centrum geschrieben haben sollen, so möchte ich vor allem den Herrn Abgeordneten fragen, ob er ihn gelesen hat?"

Sofort antwortete Virchow vom Platze aus: „Ja, in der Zeitung."

„Sie haben ihn gelesen?!" fuhr Mallinckrodt fort. „Nun, meine Herren, werden Sie allerdings Veranlassung haben, sich sehr zu wundern. Der Herr Abgeordnete Virchow ist wirklich ein Tausendkünstler, er hat einen Brief gelesen in einer Zeitung, der nie und in keiner Zeitung gestanden hat. Wenn Sie ihm das nachmachen können, dann mal zu!" [Ungeheure Heiterkeit entstand ob dieses kleinen Zwischenfalles.] „Ich will ihm zu seiner Beruhigung nur sagen," fuhr der Redner weiter, „daß der Brief, den ich selbst mitunterschrieben habe — ich habe ihn also gelesen —, über die Materie des Dogmas, über die Berechtigung der Definition an sich kein Wort enthält."

Noch einmal, 9. Mai 1873, kam Mallinckrodt mit besonderem Nachdruck auf die Unfehlbarkeitsfrage zu sprechen.

„So fest wie die Verpflichtung der Bischöfe stand," führte er aus, „in Rom in vollster Freiheit ihre persönliche Meinung, sei es über die Materie, sei es über die Zweckmäßigkeit oder über die Unzweckmäßigkeit der Frage, zur Geltung zu bringen, ebenso fest stand von vornherein die Verpflichtung, sich in freiem Glauben . . . der dogmatischen Entscheidung des Concils zu unterwerfen. Und das Geheimniß hiervon, meine Herren, das ist sehr einfach, das liegt in dem Glauben des Katholiken an die göttliche Leitung der Kirche. Daß Sie das nicht glauben, ja, das versteht sich von selbst; aber daß Sie es nicht begreifen, daß andere es glauben, das nimmt mich wunder. Die Alternative für uns ist kurz gegeben: entweder, meine Herren, jeder dogmatische Ausspruch der Kirche ist wahr, oder die ganze Kirche ist gelogen. Das ist die Alternative, meine Herren, vor der wir heute stehen. . . ."

4. Das Kriegsjahr 1870.

Bei aller Erregung der Parteien in der Concilsfrage war Mallinckrodt ruhig geblieben, und auch die Nähe Münchens gerade in den Tagen des heißesten Kampfes, den Sommertagen 1870, hatte seine Ruhe nicht zu trüben vermocht. Er lebte ganz für die Bestellung seiner Wiesen und Felder, freute

sich der vielen Besucher aus der Hauptstadt und des allabendlichen kalten Bades mit seinen drei Jungen in der von ihm selbst errichteten Badeanstalt. Die Schwiegereltern mit der Schwägerin wohnten gleichfalls auf Mittenheim, die Schwiegermutter gab dem ältesten Sohne Unterricht, mit der v. Laßberg'schen Familie, mit dem Domkapitular und päpstlichen Kämmerer Baron v. Oberkamp, Graf Taufkirchen u. a. war lebhafter Verkehr. Da kamen die ersten Kriegsdrohungen. Aber Mallinckrodt ließ sich dadurch nicht erregen. Er konnte nicht einsehen, wie die spanische Thronfrage unmittelbar einen Krieg veranlassen sollte. „Für den Augenblick geht es nur los," meinte er 11. Juli, „wenn Napoleon an und für sich Krieg für nöthig hält."

Genau acht Tage später erfolgte die Kriegserklärung, und am gleichen Tage war Mallinckrodt auf dem Wege nach Berlin zu dem Reichstag, der 19. Juli eröffnet wurde.

„Die Zeiten werden ernst", schrieb er 22. Juli, „und verlangen um so mehr nach Lebenszeichen. Ich bin vorigen Montag nach Berlin gereist, gerade zur Sitzung am Dienstag recht gekommen, habe indirect mitgewirkt, daß die Adresse wenigstens einigermaßen verbessert und annehmbar geworden ist, habe die Anleihe mitvotirt und bin gestern Mittag wieder abgereist."

Die Anschauungen, die Mallinckrodt in Bezug auf die Napoleonische Politik stets unterhalten hatte, und seine ehrliche Liebe zum deutschen Vaterlande, die oft und oft in seinem Leben ganz unwillkürlich hervorgetreten war, ließen es keinen Augenblick zweifelhaft, welche Stellung er zu dem unerwartet ausgebrochenen Kriege nehmen würde.

„Die politische Situation," schreibt er 22. Juli, „ist meines Erachtens einfach. Nach der Verzichtleistung des Prinzen Leopold lag keinerlei irgend stichhaltiger Anlaß zum Kriege mehr vor. Den Grund des Krieges finde ich einerseits in den bonapartistischen Tendenzen an sich, sowie den inneren Zuständen Frankreichs, und andererseits in den Resultaten des Jahres 1866 (woran Napoleon mitgearbeitet hat) und den seitherigen Bestrebungen der preußischen Politik. Letzteres hindert aber nicht, daß die dermalige französische Action als unberechtigter Angriff erscheint, dem um so mehr energisch begegnet werden muß, als entscheidende Siege der Franzosen keineswegs bloß die innere deutsche Entwicklung berühren, sondern ganz zweifellos die Integrität des deutschen Gebietes sehr namhaft gefährden würden. Diese Erkenntniß in Verbindung mit dem antifranzösischen Volksinstincte schafft die allgemeine Uebereinstimmung, welche dermalen sich äußert."

„Die tieferen Wurzeln der Situation," so setzt er 8. August seine Betrachtungen fort, „lagern in allseitigem Unrecht und unsittlicher Politik. Ich will das nicht weiterspinnen, freue mich aber einstweilen über zweierlei: erstens, daß Napoleon, den ich stets viel ungünstiger beurtheilt habe als Du, wohlverdiente Schläge bekommen hat, und zweitens, daß die Bayern wesentlichen Antheil daran genommen haben, was für künftige föderalistische Richtung der Dinge stark ins Gewicht fällt, falls die richtigen Leute rudern."

Am meisten berührte ihn der Tag von Sedan.

„Die Welt ist rund und muß sich drehen," schreibt er 4. September, „... Bonaparte hat sich als Resultat von so und so viel tief durchdachten, schlau berechneten, aber doch nur auf den Sand der eigenen Weisheit und veränderlichen Volksstimmungen gebauten Kunst- und Winkelzügen schließlich vom Feinde gefangen nehmen lassen, weil er so vollständig abgehaust hat, daß dies noch das Beste war, was er thun konnte. O vanitas vanitatis, was ist der Mensch doch für ein Rindvieh! Mir scheint, das Ende des Krieges sei nunmehr nahe gerückt. Allein damit stehen wir vor der schwierigen Frage: Was nun? — eine Frage, die für briefliche Behandlung viel zu complicirt und hypothesenreich würde."

Mallinckrodt hatte sich sofort nach Ausbruch des Krieges seinem Präsidenten zur Verfügung gestellt und die Rückkehr aus dem Urlaub angeboten, falls er nöthig sein sollte, was ihm selbst indes in Anbetracht der Merseburger Verhältnisse unwahrscheinlich schien. Keine Einberufung erfolgte. „Man kann mich, wie ich vermuthe," bemerkt er 8. August, „sehr gut entbehren, sonst hätte der Präsident auf meine desfallsige Anfrage Veranlassung nehmen können, mich zu citiren." So ging denn einstweilen in Mittenheim alles seinen ruhigen Gang weiter. Noch immer kam viel Besuch; der Schwiegervater, für dessen Leben man seit langem ernstlich besorgt war, hielt sich jetzt wacker, trieb mit Passion Zeitungslectüre und war ein heftiger Franzosenfeind; die Schwiegermutter, Frau v. Bernhard, deren einziger Sohn im Felde stand, und Else's Tante, Frau v. Laßberg, von der die zwei ältesten Söhne mit zum Kampf ausgezogen waren, zeigten „so ruhiges Blut, als man nur wünschen konnte". Da infolge andauernder Dürre die Ernte in Mittenheim recht schlecht ausgefallen war, hatte Georg v. Mallinckrodt angesichts der Kriegszeiten alsbald aus freien Stücken wieder seine Unterstützung angeboten. Hermann lehnte ab.

„Die theuerste Zeit des Jahres", antwortete er nach Darlegung des Standes seiner Wirthschaft 8. August, „liegt hinter mir und die Monate steigender Einnahme vor mir. Für die offerirte Unterstützung meiner Kasse sage ich herzlich Dank, ich hoffe aber unter den skizzirten Verhältnissen durchzukommen."

30. August verließ Mallinckrodt Mittenheim, um nach Ablauf seines Urlaubs die Amtsthätigkeit in Merseburg wieder aufzunehmen. Die ganze Familie hatte er aufs unbestimmte einstweilen in Mittenheim zurückgelassen. Er glaubte nämlich jetzt, die günstige Gelegenheit gefunden zu haben, von Merseburg erlöst zu werden. Schon im Frühjahre hatte er mit dem Personaliendecernenten im Ministerium des Innern, Geh. Rath v. Wolff, in betreff der Möglichkeit einer Versetzung eine eingehendere Unterhaltung gepflogen, und hatte dieser der Eventualität einer Versetzung nach Hannover oder Hessen Erwähnung gethan. An diese Unterhaltung anknüpfend wandte sich Mallinckrodt jetzt in einem Briefe an v. Wolff. Er bemerkte ihm, daß

mit Rücksicht auf seine politischen Ueberzeugungen die Versetzung in eines der 1866 annectirten Länder für ihn peinliche Seiten biete. Wesentlich andere Gesichtspunkte griffen aber Platz bezüglich der weiland deutschen Landestheile Frankreichs, und würde die Regierung ihn daher vollkommen bereit finden, falls sie bei der unverkennbar nothwendigen Einflußnahme auf die Civilverwaltung jener Territorien seine Verwendung für nützlich erachten sollte. Des Französischen sei er zwar nicht vollständig Meister, die Herren Collegen pflegten aber noch weniger davon zu verstehen. v. Wolff würde wohl die Güte haben, geeigneten Falls von dieser Aeußerung dem Minister und dem andern Personalrath Mittheilung zu machen.

In einem Briefe an Herrn v. Sydow hatte Mallinckrodt dieses Schrittes und der daran sich knüpfenden Hoffnungen kurz Erwähnung gethan, und dieser nahm sich nun sofort eifrig der Sache an. Auch v. Wolff zeigte geneigten Willen, indem er dem Minister von der Sache sprach und Mallinckrodts Brief in den Geschäftsgang brachte.

Schon bei der Ankunft in Merseburg fand Mallinckrodt einen Brief Sydows, der gute Hoffnungen ließ. Bis jetzt sei zwar für Elsaß und Lothringen aus der Verwaltung niemand genommen als Kühlwetter, und ein weiteres liege einstweilen auch nicht in der Absicht. Aber nach dem Kriege würde sich wohl leicht eine ansprechende Wirksamkeit für Mallinckrodt in den neuerworbenen Provinzen finden lassen. 3. September traf auch bereits ein Rescript des Ministers ein, welches ihn in Kenntniß setzen sollte, daß der Minister ihn behufs Verwendung bei der Verwaltung der von den deutschen Truppen besetzten französischen Landestheile habe notiren lassen, daß jedoch eine Gelegenheit, von seinem Erbieten Gebrauch zu machen, für jetzt nicht in Aussicht stehe.

„Dies ist mir gerade recht und entspricht meiner Muthmaßung", schreibt Mallinckrodt 4. September. „Es steht ja überhaupt noch dahin, ob eines jener Territorien definitiv in preußische Verwaltung kommt. Ich wollte aber den gegenwärtigen, meines Erachtens durchgreifenden Wendepunkt benutzen, um ohne Verläugnung meines Urtheils über die frühere Politik eine möglichst günstige Position zu nehmen und auf alle Fälle die Versetzung von hier einzuleiten. Dieses scheint mir erreicht, ohne mir im übrigen zur Zeit nach der einen oder andern Seite hin unbequem zu präjudiciren."

Einstweilen wollte er einige Wochen „abwarten, wie der Hase läuft". Er lebte als Junggeselle in Merseburg. Gab es keine sonderlichen Freuden, so that ihm doch die Ruhe der Einsamkeit zur Abwechslung einigermaßen wohl. Er bewohnte ein hübsches Quartier, zu Mittag speiste er mit einigen Collegen, namentlich Hannoveranern, im Gasthof zur „Sonne", den Abend verbrachte er allein zu Hause. Zwar kam es ihm vor, als ob er „von Amts wegen der reine Bummler sei", aber Langeweile verspürte er einstweilen

doch nicht, da er „noch genügendes Material zu Ausfüllung der täglichen Mußestunden besaß". Als Anfang September an vielen Orten die Rinderpest angemeldet wurde und auf der Etappenstraße Landau-Nancy alles Schlachtvieh geschlachtet und eingepökelt werden mußte, tröstete er sich und seinen Bruder: „Da dies indessen in mein Decernat einschlägt, so wird, denke ich, die Seuche schwerlich um sich greifen; denn sonst bekäme ich hier Arbeit genug, was doch wunderbar wäre!" Trotzdem hielt ihn für die nächste Zeit die Gefahr der Seuche am Orte festgebannt, so daß ein sehr gewünschtes Zusammentreffen mit seinem Bruder dadurch unmöglich wurde; er mußte gegen den bösen Gast auf Posten stehen, gelegentlich auch „vom regierenden Tische aus gegen die Rinderpest im Nachbarlande plänkeln".

Neben der Sorge für die eigene Familie und die Mittenheimer Wirthschaft beschäftigten ihn wieder mehr als sonst die Vormundschaftsangelegenheiten bezw. der Bildungsgang und die Berufswahl der jüngeren unter seinen Mündeln, deren jeden er mit väterlicher Sorgfalt überwachte. Zwei derselben standen in Frankreich, wie auch der Schwager, Else's einziger Bruder, und der nahe befreundete Graf Taufkirchen. Ihrem Schicksale folgte er mit gespanntem Interesse und stand mit ihnen beständig in brieflichem Verkehr.

Besondere Freude hatte er von Anfang an an dem ältesten, Freiherr Dietrich v. Laßberg, den er „kriegsvergnügt" aus der Heimat hatte scheiden sehen. „Namentlich interessire ich mich für Dietrich," schreibt er 4. September, „dessen sämmtliche Briefe sehr günstiges Zeugniß dafür ablegen, daß er ein in jeder Beziehung braver und frischer Bursche ist."

„Lieber Pessimist," erzählt er 15. September seinem Bruder Georg, „ich getraute mir nicht mehr, zu glauben, daß Mündel und Schwager bei Sedan mit heiler Haut davongekommen; und da namentlich für erstern mein Interesse durch seine wirklich musterhaften Feldbriefe sehr gesteigert ist, so ließ ich alle Correspondenz etliche Tage auf sich beruhen, bis ich wußte, wie ich daran sei. Jetzt sind Nachrichten gekommen, wonach die Herren sich noch ganz wohl auf den Füßen befinden. Demnach hätte ich eine Gelegenheit, wo Optimismus sehr angebracht gewesen wäre, auch meinerseits mal versäumt."

Dieselbe Sorge wiederholte sich schon seit dem Tage von Wörth fast nach jeder größern Schlacht.

14. November traf Mallinckrodt die Nachricht, daß Lieutenant Rudolph v. Laßberg, der inzwischen sich brav hervorgethan hatte, unter den Vermißten sei. „Gerade für ihn", schrieb er an dessen Mutter, „haben wir am wenigsten Besorgniß gehabt, aber der Mensch denkt und Gott lenkt." Sofort entfaltete er nach allen Seiten hin die unermüdlichste Thätigkeit, der angstvoll besorgten Mutter Gewißheit zu verschaffen und nach Kräften ihr Muth und Hoffnung zuzusprechen. Er wandte sich direct an den bayerischen Gesandten Freiherrn v. Perglas in Berlin, damit durch diesen die österreichische Bot-

schaft in Tours ins Interesse gezogen werde, an Herrn v. Sydow, damit dieser bei Bischof Dupanloup sich verwende, durch den Pfarrer von Merseburg an einen der dort gefangen gehaltenen französischen Officiere, dessen Gattin in Orleans wohnhaft war. Er meinte zuletzt selbst: „jetzt sei wohl alles geschehen, was vernünftigerweise geschehen konnte". In der That kam bald die Gewißheit. Am 25. November sprach er Frau v. Laßberg seine Theilnahme aus zu dem inzwischen festgestellten Tode des jungen Kriegsmannes.

Unterdessen waren an Mallinckrodt für sein eigenes Geschick ernste Fragen herangetreten. Noch war für seine Aussichten in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen keine Klärung eingetreten, als ihm das Anerbieten nahegelegt wurde, mit Ausscheidung aus dem Staatsdienst die oberste Verwaltung des Vermögens des Grafen Westphalen zu übernehmen. Meschede, wo er dann seinen Wohnsitz hätte nehmen müssen, war ein hübsch gelegenes, wohlfeiles Städtchen, und was die Hauptsache war, es war in der westfälischen Heimat, nahe bei den Seinen. Das Anerbieten schien manchen Vortheil zu versprechen; trotzdem zauderte Mallinckrodt keinen Augenblick, es abzuweisen.

„Ich könnte mir wohl Situationen denken," schrieb er 26. September, „in welchen ich froh sein und keinen Anstand nehmen würde, eine Proposition des Grafen Westphalen in der angedeuteten Art meinerseits zu acceptiren. Gegenwärtig aber glaube ich nicht, darauf eingehen zu sollen. . . Meine amtliche Stellung ist an sich sehr erträglich. Sie bietet freilich keine *befriedigende* Beschäftigung, allein die Verwaltung eines fremden Vermögens, das eher zu groß als zu klein ist, gewährt auch keine innere Befriedigung. . . Dagegen habe ich hier sehr wenig zu thun und keinerlei unangenehme persönliche Berührung, während ich dort Arbeit genug finden und in eine, wenn auch nur moralisch viel unfreiere Stellung kommen würde. . . Endlich mag ich mich für jetzt in der Politik wenigstens nicht definitiv matt legen. Wollte ich das, dann könnte ich mir auch wohl einen angenehmern Regierungssitz unschwer aussuchen. Gleichgiltig ist schließlich auch die Stellung des Grafen W. zu Kirche und Staat durchaus nicht."

Mit Anfang October erhielt er die Nachricht von dem unerwarteten Tode des der Familie befreundeten Freiherrn Reinhard v. Brenken. Da dieser in Büren, nahe bei Mallinckrodts engster Heimat, die Stellung des Landrathes bekleidet hatte, die aus der Familie eines der umwohnenden Gutsherren wieder zu besetzen war, so ergab sich die Frage, ob Mallinckrodt sich dafür melden solle. Er aber brachte eine Reihe anderer aus dem nächsten Bekanntenkreis in Vorschlag mit Hervorhebung ihrer verschiedenen guten oder minder guten Eigenschaften.

„Für mich ist es nichts," fügte er hinzu, „— Klima und Rheumatismus, ungünstige geographische Lage, gar so kleines Nestchen, kein Gymnasium, zwei Drittel Gehalt, sehr wahrscheinliche Ablehnung eines meinerseits etwa formirten Antrages

und endlich meine Abneigung, mich amtlich fesseln zu lassen, resp. selbst zu fesseln in einem Momente, wo die Zukunft außergewöhnlich verschleiert, um nicht zu sagen ziemlich düster vor uns liegt."

Am 11. October traf endlich Else mit den Kindern wieder in Merseburg ein, längst mit Sehnsucht von Hermann erwartet. Gleich am nächsten Morgen stellte Mallinckrodt seinen Aeltesten dem Director des Gymnasiums zur Aufnahme vor, folgenden Tags begann für Meinulph die Klasse. Hatte demselben bisher der Pfarrer von Schleißheim die Anfangsgründe des Lateinischen beigebracht, so übernahm jetzt der Vater selbst den Privatunterricht. „Ich treibe zur Zeit so fleißig Latein mit meinem Aeltesten," schreibt er 4. November, „daß zum Briefstellern die Muße fehlt."

Bald begann auch die Wahlfrage für das preußische Abgeordnetenhaus brennend zu werden. Briefe gingen und kamen. Namentlich für die Auswahl der Candidaten in den verschiedenen westfälischen Kreisen war Mallinckrodt sehr thätig. Unter 432 Abgeordneten wurden 16. November 1870 43 als Katholiken gewählt. Dazu kamen sechs sogen. „Particularisten" (Hannoveraner und Schleswig-Holsteiner) und 18 Polen. Die stärkste Partei waren die Conservativen, welche den 104 Nationalliberalen 129 Mitglieder entgegenstellen konnten.

Mallinckrodt war mit diesem Wahlergebniß sehr zufrieden; fast noch mehr aber war es seine treue Gattin.

„Wir freuen uns sehr über die Wahlen," schreibt sie 5. December, „ich mich auch noch im besondern für Hermann, der so doch ein einigermaßen erquickliches Feld für seine Interessen und seine Thätigkeit gewinnt als Ausgleichung für die uninteressante Wirksamkeit an der hiesigen Regierung."

Sehr verdroß es jedoch Mallinckrodt, daß die Katholiken in Cleve unterlegen waren, wo Dr. Krebs, ein verdienter katholischer Publicist und bewährtes Mitglied der ehemaligen katholischen Fraction, als Candidat aufgestellt war. Mallinckrodt schrieb ihm sofort, er werde sich alle Mühe geben, seine Wahl noch bei einer der Nachwahlen durchzusetzen. Sobald er sich bei seinem nächsten Aufenthalt in Berlin genauer über die Lage der Dinge unterrichtet hatte, rieth er zur Candidatur in Aachen und schrieb alsbald dahin, um die dortige Wahl nach Kräften zu befürworten. Hier wurde Dr. Krebs dann wirklich gewählt und blieb der Vertreter dieses Wahlkreises im Abgeordnetenhaus, später auch im Reichstag bis zu seinem Tode 1890.

Am 20. November war der Staatsminister Delbrück aus dem königlichen Hauptquartiere zurückgekehrt, und damit war die Gewißheit gegeben, daß die Verträge, welche auf die definitive Einigung Deutschlands abzielten, soweit es von den einzelnen Regierungen abhing, in Versailles ihren Abschluß gefunden hätten. Sie mußten aber noch durch den Reichstag wie durch die süddeutschen Landesvertretungen genehmigt werden, und rücksichtlich

der mit Bayern und Württemberg vereinbarten Verträge herrschten starke Zweifel auf allen Seiten, ob sie eine genügende Zustimmung finden würden. Schon 24. November wurde der norddeutsche Reichstag mit allerdings kaum einem Drittel der Abgeordneten durch Minister Delbrück eröffnet. Am 25. reiste auch Mallinckrodt dahin, jedoch diesmal nur auf drei bis vier Tage. Denn im Hinblick auf das Befinden seiner Gattin konnte Mallinckrodt nur ganz sporadisch zum Reichstag erscheinen, und so dachte er es auch mit dem bald bevorstehenden Landtag zu halten, von dem er übrigens hoffte, daß er wegen des Krieges nur von kurzer Dauer sein werde. Nur einmal wollte er jedenfalls noch nach Berlin fahren, nämlich „um gegen die Verträge zu stimmen, die ihm sehr schlecht gefielen, namentlich wegen der militärischen Lasten, welche den Bayern und Württembergern aufgepackt werden sollten". Er hoffte übrigens, daß auch die bayerische Kammer selbe verwerfen werde.

5. December eröffnete Minister Delbrück mit einer ausführlichen Rede die Debatte über die Verträge mit den süddeutschen Staaten. In der Nacht vom 5. auf den 6. machte sich Mallinckrodt auf den Weg nach Berlin. Schon in der allgemeinen Debatte 5. und 6. December hatten Windthorst und der Professor Ewald aus Hannover scharf gegen die Verträge gesprochen. Bei der dritten Lesung 9. December ergriff auch Mallinckrodt das Wort. Aller Widerstand der liberalen Parteien gegen die Verträge war bereits verstummt. Von allen Aenderungsanträgen, welche noch in der zweiten Lesung die Liberalen verfochten hatten, ward kein einziger wieder eingebracht: Bismarck hatte unveränderte Annahme verlangt. Zu Beginn der Sitzung hatte der Präsident Simson ein Schreiben des Bundeskanzlers verlesen: der Bundesrath habe im Einverständniß mit den Südstaaten beschlossen, statt „Deutscher Bund" in der neuen Bundesverfassung „Deutsches Reich" zu setzen und Artikel 11 dahin zu fassen: Dem Bundespräsidium steht der König von Preußen vor, der den Namen „Deutscher Kaiser" führt. Schon folgenden Tages sollten diese Anträge in drei Lesungen zur Berathung kommen. Nach Verlesung des Schreibens hatte erst der conservative Abgeordnete v. Blankenburg einen unbedeutenden Abänderungsvorschlag eingebracht. Dann sprach Mallinckrodt: er wünsche wie die übrigen von Herzen die Einigung Deutschlands, er heiße Kaiser und Reich willkommen, weit willkommener als seinerzeit den Norddeutschen Bund mit seinem Präsidenten. Die verschiedenen Bestimmungen, welche nach dem Föderativprincip hin gravitiren, betrachte er als erfreuliche Verbesserungen. Trotzdem stimme er g e g e n die Verträge. Es seien in der Bundesverfassung nicht die gleichen Garantien für die Religionsfreiheit vorhanden wie in der preußischen Verfassung; es sei nicht gesorgt für die Scheidung zwischen Reichsgewalt und Staatsgewalt; der sichere Weg zum Militarismus und Imperialismus sei mit diesen Verträgen betreten. Insbesondere wies er hin auf die verschwommene Stellung eines Bundescommissars und

Ministers in Preußen. Der Bundeskanzler decke alles mit seiner Verantwortlichkeit, aber wie ein Ei dem andern, gleiche diese der „Unverantwortlichkeit“. Da er nun nicht gewohnt sei, anders zu reden als zu stimmen, so werde er „Nein“ sagen. Sollte jedoch die vorgeschlagene Verfassung zu stande kommen, so werde er ein ebenso loyaler Reichsbürger sein, als er bisher loyaler preußischer Unterthan gewesen.

„Die Windthorst'sche Rede“, schrieb Mallinckrodt über die Verhandlungen kurz nachher an seinen Bruder, „ist allerdings ganz interessant. Ich habe mich auf kurze Andeutungen beschränkt.“ In der Schlußabstimmung wurden die Verträge mit 195 gegen 32 Stimmen angenommen. Unter dieser Minderheit werden namentlich aufgezählt: Windthorst, Ewald, v. Mallinckrodt. Außer Windthorst und Mallinckrodt stimmten sämmtliche Katholiken für die Verträge. Am folgenden Abend, nachdem mit allen Stimmen mit einziger Ausnahme der sechs Socialdemokraten der „Kaisertitel“ genehmigt war, wurde der Reichstag geschlossen. Mallinckrodt eilte heim, wo die Gattin dringend seiner bedurfte. Die Sorge um sie hinderte ihn auch, bei der Eröffnung des Landtages 14. December zugegen zu sein. „Deshalb bin ich auch“, schreibt er 13. December von Merseburg, „bei zweimaliger Präsenz in Berlin auf heißen Kohlen gesessen und wage mich jetzt gar nicht mehr recht hin. Sonst müßte ich eigentlich heute schon wieder auf den Rädern sein.“

Es fehlte nicht an Gegenständen, die seine Aufmerksamkeit jetzt in Anspruch nahmen. Während seine Gedanken in der Residenz weilten bei Schwager Hüffer und den „Fractionscollegen“, kam von München die Nachricht, daß der Schwiegervater mehr und mehr der Auflösung entgegengehe, der denn auch 24. Januar 1871 sanft entschlief. Aus Frankreich kamen die Nachrichten von den überblutigen Decemberschlachten, die aufs neue für Dietrich v. Laßbergs Leben befürchten ließen. „Ich fürchte mich gewissermaßen, Dir zu schreiben“, beginnt Mallinckrodt seinen Brief an dessen Mutter 13. December. Doch endlich war sichere Kunde eingetroffen: v. Laßberg war unter den 7 Officieren seines Bataillons, die von 19 noch übriggeblieben, und war „noch ganz kriegsmunter“. Heinrich v. Bernhard und Graf Tauffkirchen waren eben aus dem Felde zurückgekehrt.

Am 28. December wurde Mallinckrodts jüngster Sohn geboren. Freiherr Dietrich v. Laßberg, der im Felde stand, und die Berliner Gastfreundin, „Gevatterin Schmidt“, waren zu Ehrenpathen ausersehen. Da aber Else im Hinblick auf den Tag der Geburt „den Johannes nicht loslassen wollte“, wurde das Kind „Johannes Dietrich Joseph Maria“ getauft und sollte künftig „Hans Turk“ genannt werden. Damit schloß für Mallinckrodt das ereignißvolle Jahr.

— — — — — -

Fünftes Buch.

Hermann v. Mallinckrodt im „Culturkampf".

1. Das neue „Centrum" (1870. 1871).

Wenn Mallinckrodt 5. October 1870 an seinen Bruder schrieb, er sei nicht gesonnen, sich amtlich zu fesseln „in einem Momente, wo die Zukunft außergewöhnlich verschleiert, um nicht zu sagen düster" vor ihnen liege, so war das nicht der Ausdruck einer vorübergehenden Stimmung. Schon seit Ende 1869 ziehen sich düstere Ahnungen durch seine vertraulichen Briefe, die allmählich zu der Ueberzeugung von einem nahenden Sturme gegen die katholische Kirche sich ausgestalten. Er mußte sich oft gewaltsam bemühen, der drückenden Besorgnisse Herr zu werden.

„Die Jörg'schen Aufsätze (in den ‚Historisch-politischen Blättern') sind interessant," schreibt er schon 26. September an seinen Bruder, „aber darum doch nicht ganz richtig. Gegen eine etwas pessimistische Anschauung hätte ich so viel nicht einzuwenden. Man kann nämlich ein sehr lustiger Pessimist sein. Bei Dir scheint aber die persönliche Stimmung auch eine Art von Kartoffelkrankheit gefangen zu haben, und das will mir nicht gefallen. Es ist manchmal schwer, sich frisch zu erhalten, aber ein frischer Sinn ist ein so hohes Gut, daß man immer wieder danach ringen muß, um es zu erwischen und festzuhalten."

„In Berlin ist man auch nicht mehr so erbaut von dem Fortgang des Krieges," meldet er nach der Rückkehr aus der Residenz 13. December 1870, „die Armee vor Paris leidet schwer von Krankheiten. . . . An die Nachhaltigkeit des französischen Widerstandes, welche neuerlich zu Tage getreten, hat auch niemand geglaubt. Kurz, auch Berlin dürstet nach Frieden, aber von dem, was den innern Frieden sichert, ist wenig oder nichts mehr zu spüren als früher."

Zu unverhüllt waren seit 1866 die Bestrebungen der kirchenfeindlichen Parteien hervorgetreten, zu deutlich das Schwanken in den höchsten Kreisen der Regierung in der letzten Zeit bemerkbar geworden, um einen so klarblickenden und erfahrenen Mann zu täuschen. Er stand mit seinen Befürchtungen nicht allein, viele ernste katholische Männer theilten sie. Der Berliner Klostersturm und die darauf folgenden bedeutsamen Vorgänge im Abgeordnetenhause hatten den Stachel des Mißtrauens und Argwohns gegen

die Absichten der Parlamentsmajorität auch in das Herz des katholischen Volkes gesenkt. Wie 1852 auf die Raumer'schen Erlasse, so hatte es diesmal auf den Klostersturm geantwortet durch die Wahl vieler entschiedener Katholiken für das Haus der Abgeordneten. Es galt, die gewonnenen Kräfte zu einigen und zu verwerthen. Der Gedanke, wieder eine „katholische Fraction" zu bilden, wie damals, lag nahe. Auch von hervorragenden Männern wurde er ausgesprochen und angeregt. Dr. Krebs, unter den damaligen katholischen Parlamentariern der Hauptpublicist, erhielt Aufforderung über Aufforderung, in der „Köln. Volkszeitung" dafür zu wirken. In der That hat sich dieses Blatt durch die Anregung eines so zeitgemäßen Gedankens in einer Reihe trefflicher Aufsätze hohes Verdienst erworben. Wiederholt wies es hin auf das glorreiche Wirken des alten „Centrums" und auf das entschiedene Bedürfniß, es wieder ins Leben zu rufen. Allein die alten Führer, welche die Erfahrungen der fünfziger und sechziger Jahre hinter sich hatten, hielten es für bedenklich, durch Gründung einer confessionellen Fraction in diesem Augenblick die Feindseligkeit noch mehr zu reizen. Dazu kam, daß es sich für die Katholiken um Vertheidigung von Grundsätzen und Rechten handelte, in welchen die wahrhaft conservativen und charaktervollen Protestanten als ihre natürlichen Bundesgenossen erschienen.

Eben als die Landtagswahlen bevorstanden, war der norddeutsche Reichstag versammelt, und zwischen den in Berlin anwesenden katholischen Größen ergab sich naturgemäß ein Austausch der Gedanken über diese hochwichtige Frage. Es war damals, daß bei dem berühmt gewordenen Diner beim Wirkl. Geh. Rath v. Savigny der Geistl. Rath Müller von Berlin mit dem Vorschlag, eine „katholische Fraction" zu gründen, offen hervortrat. Die hervorragendsten Männer des spätern Centrums waren anwesend, und sie gerade verhielten sich ablehnend, vor allem Peter Reichensperger. Und doch, am gleichen Tage verständigte man sich noch. Während Dr. Künzer von Breslau, der später diesen Vorgang an die Oeffentlichkeit brachte, Dr. Windthorst nach Hause begleitete, kamen die Zurückgebliebenen überein, zu einer politischen Fraction christlich-conservativer Richtung zusammenzuwirken. Vor allem v. Savigny und P. Reichensperger reichten sich die Hand, um in umsichtiger Weise die Vorbereitungen zu treffen. Auch Mallinckrodt ließ es an sich nicht fehlen. Schon 7. December 1870 schrieb er von Berlin aus an seinen Schwager:

„Wie soll und kann eine künftige Fraction heißen? Darüber zerbrechen sich manche den Kopf. Ich hatte früher ‚katholische Volkspartei' proponirt und jetzt ‚conservative Volkspartei' vorgeschlagen. Savigny, Windthorst, Schorlemer stimmen zu; andere habe ich über diesen Namen noch nicht gesprochen. Savigny, Reichensperger und Kehler werden zum ersten Zusammentritt einladen. Dies zur Notiz. Jetzt habe ich keine Zeit mehr."

Mittwoch den 14. December sollte der Landtag eröffnet werden; am 11. desselben Monats veröffentlichten der Wirkl. Geh. Rath v. Savigny, der Obertribunalsrath P. Reichensperger und Legationsrath v. Kehler eine Einladung an alle gesinnungsverwandten Abgeordneten auf den Abend des Eröffnungstages zu einer Vorbesprechung [1]. Als vorläufiges Programm wurde hervorgehoben: Entschiedenes Eintreten für Aufrechthaltung und organische Entwicklung des verfassungsmäßigen Rechtes im allgemeinen und insbesondere für die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen. Zugleich wurde die Gründung eines neuen größern katholischen Blattes angekündigt, das vom 1. Januar 1871 an unter dem Namen „Germania“ in Berlin erscheinen sollte. An der Spitze dieses Unternehmens stand Legationsrath v. Kehler. Am 17. December erschien bereits die erste Probenummer der neuen Zeitung. Die Leitung des Blattes sollte jedoch eine vom Vorstand der Fraction unabhängige bleiben. Die zweite Probenummer (23. December) brachte zuerst Nachricht von deren Bildung.

„Ein großer Theil der katholischen Abgeordneten“, hieß es da, „ist zu einer Fraction mit dem Namen ‚Fraction des Centrums‘ (Verfassungspartei) zusammengetreten [2] . . . (folgt das kurze Programm). Die Mitglieder wollen dieser Aufgabe auf dem Wege freier Verständigung zu entsprechen suchen, die Freiheit des Einzelnen in Bezug auf seine Abstimmungen aber nicht beeinträchtigen. Ihre Zahl ist bereits so beträchtlich, daß die Fraction bei Bildung der bisher constituirten drei Commissionen und insbesondere auch bei der Wahl der Commissarien des Hauses für die Vorberathung des Staatshaushaltsetats Berücksichtigung gefunden hat. Sie würde noch beträchtlicher sein, wenn alle diejenigen katholischen Abgeordneten [3] der Fraction beigetreten wären, von denen es ihre katholischen Wähler wohl sicher erwartet haben.“

48 Mitglieder des Abgeordnetenhauses waren sofort durch Namensunterschrift beigetreten. Noch im Laufe derselben Legislaturperiode mehrten sie sich auf 54. Auch Windthorst hatte sich nicht gleich anfangs der Fraction

[1] „Die Unterzeichneten erlauben sich im Auftrage von Gesinnungsgenossen in der Provinz und im eigenen Namen diejenigen Herren Abgeordneten zum preußischen Landtage, welche es als ihre Pflicht erachten, im wohlverstandenen Interesse staatlicher Ordnung für Aufrechthaltung und organische Entwicklung verfassungsmäßigen Rechtes im allgemeinen und insbesondere für die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen mit Entschiedenheit einzutreten, zu einer Vorbesprechung im Englischen Hause, Mohrenstraße 49, für Dienstag den 13. und Mittwoch den 14. d. M. abends 7½ Uhr einzuladen.

P. Reichensperger, Savigny, v. Kehler.“

[2] Die Entscheidung für den Namen „Centrum“ hatte P. Reichensperger gegeben.

[3] Viele Katholiken hatten sich auch diesmal der „freiconservativen“ Partei angeschlossen. Ende December gehörten dieser noch an: Domkapitular Dr. Künzer, Geh. Rath Bahlmann, Graf Renard, v. Heister, Kellner, Kirch, Houben, Devens, Kühlwetter.

angeschlossen, so sehr er die Nothwendigkeit ihrer Gründung anerkannte. Er fürchtete, durch den Ruf des „Welfenthums", mit dem man seine Gesinnungen seit drei Jahren unausgesetzt verdächtigt hatte, dem Ansehen der Fraction nachtheilig zu sein.

„Man ist übrigens gespannt," schrieb noch 16. December 1870 die Berliner „Tribüne" gelegentlich eines Ausfalls gegen die neue Fraction, „ob der alte Windthorst, der ganz der Mann dazu ist, diese Sorte von Patrioten zu führen, in die neue Fraction eintreten oder nach wie vor ‚seine eigene Fraction' bilden wird."

Erst als eine Anzahl der angesehensten Mitglieder der Partei ein gemeinsames Schreiben an ihn richteten, worin sie seine Bedenken widerlegten und ihn zum Beitritt aufforderten, verstand er sich zu diesem Schritte [1]. Um jedoch für keinerlei Zweifel und Beunruhigung Raum zu lassen, gab er gleich anfangs vor der Fraction die Erklärung ab, die er auch später im Landtag Bismarck gegenüber wiederholte, daß er die gegebenen politischen Verhältnisse anerkenne.

Bei der ersten Sitzung nahmen die Führer der Fraction, die beiden Reichensperger, v. Savigny, Thissen, ihren Platz im Centrum, die übrigen mußten in Anbetracht des Raummangels auf den Bänken der äußersten Linken ihre Sitze suchen. Vom ersten Tage an erregte die neue Partei, die „Bande der Schwarzen", die „schwarze Gensdarmerie", den Groll der liberalen Presse. Namentlich v. Savigny's Beitritt erregte Aufsehen. „Es ist für die Bedeutung der neuen Partei bezeichnend," schrieb man der „Augsb. Allgem. Zeitung", „daß Männer von so hervorragender Stellung im Staatsdienst, wie Herr v. Savigny, welcher bekanntlich dem Staatssecretär v. Thile im Auswärtigen Amte coordinirt ist, derselben beigetreten sind."

Bei all diesen wichtigen Vorgängen war Mallinckrodt nicht in Berlin anwesend [2], wenn er ihnen auch keineswegs fern stand. Gar zu enthusiastisch

---

[1] „Dann muß ich bemerken, daß ich niemals die Centrumspartei gebildet habe. Als sie constituirt war, hat die Fraction mich freundlich ersucht, beizutreten, und ich freue mich, daß ich der Einladung gefolgt bin." Windthorst im Abgeordnetenhaus 27. Juni 1876 (Stenographischer Bericht III. S. 2138). Die hervorstechenden Züge der neugebildeten Fraction, die ihn für dieselbe gewannen, hat er 22. April 1871 im deutschen Reichstag dargelegt: Sie bringt klar und bestimmt das Princip zum Ausdruck, daß Recht und Moral auch in öffentlichen Dingen gelten; sie ist allein noch echt conservativ; sie hält fest an der kirchlichen und religiösen Grundlage. Es sind gerade die Züge, die in Hermann v. Mallinckrodt verkörpert ihm entgegentraten, während er „vier Jahre beobachtend" im Parlamente saß.

[2] Ein Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" (17. December) aus Berlin nennt ihn als den Vertreter, welchen das eben neugebildete „Centrum" zur Abendconferenz des 15. December abgeordnet hatte. Es handelte sich bei dieser um die Erzielung einer Verständigung der verschiedenen Fractionen des Landtags über die geschäftliche Behandlung des Budgets. Die hervorragendsten Persönlichkeiten der verschiedenen

vermochte er allerdings nach so manchen gemachten Erfahrungen nicht darüber zu denken.

„Hüffer wird nicht übermäßig erbaut aus der Residenz heimkehren,“ meinte er 25. December; „ich glaube, er hat sich seine Fractionscollegen etwas idealer vorgezeichnet, als die Welt nun einmal zu sein pflegt. Aber selbst mit widrigen Winden segeln zu können, das ist eine Hauptkunst, und einstweilen gibt es an allen Ecken widrigen Wind.“

Erst Montag den 9. Januar rückte Mallinckrodt bei der neuen Fraction ein, nachdem bereits 5. Januar die Verhandlungen wieder begonnen hatten. Nur ungern und auf kurze Zeit verließ er die Seinen. Man hatte ihn ohne sein Vorwissen mit einem kleinen Referate betraut, und das zwang ihn zur Reise. Er kam eben recht, um theilzunehmen an der Berathung der Fraction über den Wahlaufruf, den sie für die bevorstehende Reichstagswahl erlassen wollte. Am 11. Januar einigte man sich über denselben, am 19. wurde er in der „Germania“ veröffentlicht. Es wird als Nothwendigkeit für das Heil Deutschlands hervorgehoben, daß:

„aus der Wahlurne selbstlose, charakterfeste Männer hervorgehen, welchen das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen wie aller das Deutsche Reich bildenden Stämme am Herzen liegt, welche die bestehenden Besonderheiten nur insofern der Einheit geopfert sehen wollten, als dieselben nachweislich dem Ganzen zum Schaden gereichen, welche endlich, wie die politische, so auch die kirchliche Freiheit und das Recht der Religionsgesellschaften gegen mögliche Eingriffe der Gesetzgebung sowohl als gegen feindliche Parteibestrebungen entschieden gewahrt wissen wollen. Es gilt, baldmöglichst in den verschiedenen Wahlkreisen solcher Männer sich zu versichern, welche demnächst ihrerseits im engen Anschluß aneinander als parlamentarische Partei den gedachten Bestrebungen Ausdruck und praktische Folge zu geben willens sind. . . .“

Damit war zur Gründung der Centrumsfraction auch des Reichstages der erste entscheidende Schritt geschehen. Mallinckrodt hatte an die Verwirklichung dieses schönen Gedankens lange nicht recht glauben wollen; Savigny, damals für das katholische Deutschland wahrhaft der Mann der Vorsehung, mußte sich besondere Mühe geben, seine Bedenken zu beschwichtigen. Wohl sah er klar ein, so gut wie Savigny, Krätzig, Reichensperger und Müller, die damals in Berlin den Mittelpunkt der katholischen Bestrebungen bildeten, daß etwas geschehen müsse, ja daß die Kräfte aufs äußerste angespannt werden müßten; aber er kannte die Bayern, und er zweifelte, ob das Werk gelingen werde. „Wie werden Sie's fertig bringen“, erwiederte er Savigny immer wieder, als er behufs vertraulicher Verständigung ganz

---

Parteien waren dazu ausgewählt. Die zweistündige Besprechung war resultatlos. Möglicherweise war v. Mallinckrodt von seiner Fraction dazu ausersehen gewesen; allein es ist sicher, daß er seit 11. December nicht mehr in Berlin war.

allein bei ihm zu Tisch geladen war, „wie werden Sie's fertig bringen, daß Sie alle beisammen halten? Sie bringen sie doch nicht alle unter einen Hut!" Endlich gab er nach, und mit diesem Augenblick öffnete sich für ihn die letzte, aber auch die glänzendste und ruhmreichste Periode seines Lebens. Er war jetzt gerade 50 Jahre alt, seine Körperkraft war schon stark erschüttert; bei der Kur in Gastein (1869) hatte ihn ein Greis von 72 Jahren allen Ernstes für einen Altersgenossen angesehen. Auch die Augen begannen ihm zu versagen, es wurde ihm schwer, bei Licht zu lesen oder zu schreiben. Wenn er jetzt von den Sitzungen nach Hause kam, war er ganz erschöpft und mußte sich zur Ruhe niederstrecken vor Ermüdung. „Ich bin ein alter Mann und kann nichts mehr vertragen," pflegte er oft zu einem Fractionsgenossen zu sagen, der um einige Jahre älter war als er, „Sie sind gegen mich der reinste Jüngling." Und doch, jetzt erst stand er vor der eigentlichen Aufgabe seines Lebens, für welche ein fünfzigjähriges unstätes und unbefriedigtes Streben und Wirken ihm nur die Vorbereitung gewesen war.

Am 16. Januar 1871 sprach er zum erstenmal als Centrumsmitglied. Eine sehr erregte Debatte war vorhergegangen; namentlich waren von Kardorff, Virchow, Miquel gegen die Person des Cultusministers v. Mühler heftige Angriffe gemacht worden.

„Die Heftigkeit, mit welcher von seiten der Gegner des Herrn Cultusministers heute die Debatte geführt wird," antwortete Mallinckrodt auf Miquels Rede, „verräth eine blinde Leidenschaftlichkeit, wie sie in der Regel entweder mit dem innern Gefühl eines Unrechtes oder mit dem Gefühl der Ohnmacht gepaart zu sein pflegt."

Nachdem er dann im einzelnen erwiedert hatte, ging er dazu über, seine Anschauung von der augenblicklichen Lage der Dinge in Preußen darzulegen mit einer im Lichte der bald folgenden Ereignisse überraschenden Klarheit:

„Ich möchte freilich nicht der Behauptung Wort haben," führte er aus, „daß Sie die Absicht haben, dem Volke Religion und die Religion schlechthin zu rauben. Allein daß Ihre Bemühungen bewußt oder unbewußt dahin gehen, dem katholischen Volke seine Religion zu rauben, das behaupte ich. Und, meine Herren, mit der Behauptung habe ich es sogar sehr leicht; denn ich brauche den Beweis gar nicht mehr anzutreten, der Herr Abgeordnete hat ihn ja selbst geliefert. Ich rufe Sie alle zu Zeugen auf: was war der größere Theil seiner Rede anders als wie ein äußerst heftiger, feindseliger Angriff gegen die Ueberzeugungen der Katholiken? — die allerfeindlichsten Angriffe bildeten den größten Theil seiner Rede. . . . Ich habe nur noch eines Punktes zu erwähnen und möchte über diesen Punkt leicht hinweggehen; denn ich glaube nicht, daß dieses Haus dazu geeignet ist, die Angelegenheiten des Vaticanischen Concils zu berathen. Meines Dafürhaltens sind das rein dogmatische Fragen. Sie behandeln rein innere Angelegenheiten der katholischen Kirche. Ueberlassen Sie das, meine Herren, den Katholiken, die werden damit schon fertig werden. Aber mir will es fast scheinen, als hätten Sie arge Sorge,

daß wir zu leicht mit der Frage fertig werden. Wenn Sie die Besorgniß nicht hätten, was hätten Sie wohl für eine Veranlassung, nun Ihrerseits immer wieder das Feuer zu schüren und zu rühren? Ueberlassen Sie doch diese Dinge uns selbst."

Kaum frei geworden, eilte er heim zur kranken Gattin und zu den Kindern, um erst 23. Januar wiederzukehren. Jetzt aber mußte er aushalten. Täglich hatte er Commissionssitzung über das Armengesetz, und auch als Redner trat er im Laufe des Februar wiederholt auf, zuletzt 11. und 13. Februar als Vertreter zweier von Schorlemer-Alst eingebrachten Anträge, deren letzten er siegreich durchsetzte. Seine Wohnung hatte er auch jetzt wieder bei der Räthin Schmidt zugleich mit seinem Schwager Hüffer. „Es ist rührend, wie gut wir uns vertragen", schrieb letzterer scherzend an die Geschwister. Unterdessen gab Mallinckrodt im Verein mit Windthorst, obgleich selbst mit banger Sorge erfüllt, sich Mühe, bei den Fractionsgenossen Hoffnungen für die Zukunft zu erwecken und den Pessimismus, der immer mehr Platz zu greifen drohte, zu bekämpfen. „Es ist allerdings richtig," bemerkt dazu der Abgeordnete, der dies erzählt, „daß, wenn man hier überhaupt mitthaten will, man wenigstens die Möglichkeit einer günstigern Entwicklung zugeben muß, selbst wenn man nicht daran glaubt."

„Windthorst ist mit Mallinckrodt", heißt es in einem Brief aus Abgeordnetenkreisen 27. Januar 1871, „Ein Herz und Eine Seele. Sie sind auch der Nerv der Fraction, die ohne sie in disparate Elemente auseinanderfallen würde. . . . In der Sitzung vom 16. Januar wurde Mallinckrodt von allen Seiten des Hauses, selbst von der Linken, der Sieg zugesprochen. Sie hat uns in der Kammer und in der Fraction wesentlich genützt."

Am 17. Februar wurde die Kammer geschlossen, Mallinckrodt kehrte heim. Wohl war jetzt der Krieg zu Ende gegangen, und die Blätter berichteten über die neue Verwaltung und Einrichtung von Elsaß-Lothringen; aber Mallinckrodt durfte an eine Berufung nicht mehr denken. Wie so oft schon, hatte seine Parteistellung seine Hoffnungen und Wünsche durchkreuzt. Der Abschluß des Friedens fiel zusammen mit den Wahlen zum neuen Reichstag (4. März 1871).

„Hermann läßt grüßen," schreibt drei Tage später seine Gattin, „er freut sich der Reichstagswahlen, die hier zu Lande, d. h. eben Preußen, günstig ausgefallen sind. Weniger gut scheint es in Bayern auszusehen, woran gewiß die Spaltung der katholischen Partei schuld ist."

„Dank den vortrefflichen Wahlen in Rheinland-Westfalen", meint Mallinckrodt in einem Briefe an Savigny 11. März, „dürfen wir selbst mit dem Gesammtresultat im Reiche noch zufrieden sein, wenigstens soweit unsere Partei als solche in Betracht kommt. Ueber das gegenseitige Verhältniß der übrigen Parteien bin ich noch nicht im reinen, doch neige ich zu der Annahme, daß unser relatives Gewicht demjenigen des Centrums im Landtage so ziemlich entsprechen wird."

Das erste war nun, daß er energische Schritte that, für die neue Fraction auch „erträgliche Plätze" im Hause zu sichern, abgesehen von dem Centrum, wo die Plätze bei weitem nicht ausreichten, und das für die „alten Mitglieder" vorbehalten werden sollte. Er meinte, die Platzfrage sei nicht bloß von formeller, sondern auch von materieller Tragweite. Sobald ihm die Namen der Gewählten zum größern Theile bekannt waren, schrieb er über die Sache an den Geh. Rath Happel in Berlin, welcher die Belegung der Plätze zu besorgen und die Controle darüber zu führen pflegte. Kurz nachher wandte er sich aber auch an Herrn v. Savigny, damit dieser persönlich sich um die Sache annehmen möge.

Um dieselbe Zeit (3. März) brachte die „Germania" den Wortlaut einer Adresse, welche katholische Abgeordnete des Landtages, d. h. die 56 Mitglieder des Centrums, zu Gunsten des Heiligen Vaters an den König gerichtet hatten.

21. März wurde der Reichstag des neuen Deutschen Reiches eröffnet. Schon 18. hatten in der „Germania" v. Savigny und P. Reichensperger, diejenigen Abgeordneten, welche sich auf Grund des Programmes vom 11. Januar 1871 der Centrumsfraction anschließen wollten, auf den Abend des 20. März zu einer Vorberathung eingeladen. Bei der Wahl des Präsidiums (23. März) konnte die neue Partei ihre Kräfte bereits erproben. Die 60 Stimmen, die, freilich vergebens, auf den bayerischen Centrumsmann Freiherrn v. Aretin als ersten Vicepräsidenten des Reichstags gefallen waren, bezeichneten die Stärke der Partei. Bald darauf veröffentlichte sie ihr Programm, unterzeichnet von den sieben Mitgliedern des Vorstandes, unter ihnen auch Mallinckrodt, der zum 20. März gleichfalls nach Berlin gekommen war. In der vierten Sitzung wurde er in die Geschäftsordnungscommission gewählt.

Wie in früheren Jahren, so ließ auch diesmal Mallinckrodt die Adreßdebatte vorübergehen, ohne direct einzugreifen. Mit großer und einschneidender Rede betheiligte er sich erst 3. April, nachdem er schon mehrmals bei geringeren Anlässen gesprochen, an den Verhandlungen über den von P. Reichensperger eingebrachten, von 44 Mitgliedern, auch Mallinckrodt selbst, unterschriebenen Antrag zum Artikel 2 der Verfassung. Es war darin verlangt, daß gewisse Grundrechte in Bezug auf Presse, Vereinswesen und Selbständigkeit der Kirchen in die Verfassung des Deutschen Reiches sollten aufgenommen werden. Mit einer ganz ungewöhnlichen Heftigkeit war dieser Antrag bekämpft und die Katholiken mit Anklagen überschüttet worden. Mit Recht führte der Abgeordnete Bebel Klage über den eigenthümlichen Gang, welchen die Debatte genommen hätte[1].

[1] Dieselben Parteien wie 1863 waren jetzt die herrschenden. Damals hatte Mallinckrodt eine ähnliche Beobachtung gemacht (vgl. S. 261).

„Ich habe geglaubt," bemerkte der Volksredner, „es würde sich um eine principielle Erörterung, ob Grundrechte oder nicht Grundrechte, handeln; statt dessen bekommen wir zwei lange Sitzungen hindurch nichts weiter als Streitigkeiten über religiöse Dinge zu hören ...; in zwei Sitzungen, die ich die Ehre habe, hier anwesend zu sein, habe ich außer Religiösem kaum etwas anderes zu hören bekommen, so daß einem Manne, der mit den religiösen Dogmen vollständig gebrochen hat, es eine gewisse Selbstüberwindung kostet, einer solchen Verhandlung länger zuzuhören."

Mallinckrodt, der erst am zweiten Tage der Verhandlung sprach, hatte eine Reihe von Gegnern abzufertigen. Er that es in vernichtender Weise. Was er den preußischen Conservativen sagte, den Abgeordneten aus Baden und Bayern, das ging tief. Von dem letztern äußerte er unter anderem:

„Er (der Abgeordnete aus Bayern) sprach im übrigen von dem erhabenen Standpunkte des souveränen Landes Bayern aus in einer Weise, die mir die Frage nahe legt, ob denn wohl der Staat Bayern von älterem Datum sei als die Kirche, von der er redete. Ich glaube, der Staat Bayern wird, so wenig er älter ist, ebenso wenig die Kirche überleben. Warten wir ruhig, was die Geschichte bringt."

Wichtig wurde diese Rede aber besonders dadurch, daß die Aeußerungen der Gegner ihm Gelegenheit boten, seinen und seiner Freunde Standpunkt darzulegen. Der conservative Redner hatte den Bemühungen der katholischen Geistlichkeit um die Wahl treuer Katholiken das Beispiel der Prediger seiner Confession entgegengehalten, die gar nicht agitirt hätten.

„Ja, meine Herren," antwortete Mallinckrodt, „die hatten es auch gar nicht nöthig. Wem standen *wir* denn gegenüber? Feinde ringsum — heute und bei den Wahlen, auf allen Seiten Gegner, und alle wirkten zusammen. Also wenn wir da unsere Kräfte möglichst angespannt haben, dann bitte ich, uns das nicht zu verübeln. ... Der Herr Abgeordnete (Dr. Löwe) betonte als das Wünschenswertheste die Beseitigung des Mißtrauens. Ja, meine Herren, die Beseitigung des Mißtrauens, wenn wir das erreichen könnten, so wäre das für uns das größte Geschenk, was Sie uns machen könnten. Wir begegnen tagtäglich dem Mißtrauen in Hülle und Fülle, und wie wir uns auch bemühen, das Mißtrauen zu zerstreuen, die Bemühungen scheitern immer von neuem an dem stets sich neu aufthürmenden und neu gestaltenden Vorurtheil. Glauben Sie nur, *wir* sind es wahrlich nicht, die eine Störung des confessionellen Friedens im Schilde führen. Halten Sie uns denn für so *wahnwitzig*, daß wir in der Stellung, die wir im Deutschen Reiche haben, in dem Stärkeverhältniß der Kopfzahlen, in dem Verhältniß gegenüber den Regierungen, in dem Verhältniß der Vertheilung der Güter und des Kapitals, der Vertheilung der Aemter und was dergleichen Dinge mehr sind, daß wir *da so thöricht* sein sollten, Zwiespalt zu säen, wo wir den Frieden haben könnten? Etwas gesunden Menschenverstand sollten Sie uns wirklich doch zutrauen. ... Ich wende mich unter allen Ausführungen, die wir gehört haben, am liebsten zu dieser (des Dr. Löwe); denn ich fühlte in dem Eingange dessen, was der Herr Abgeordnete sagte, ... mich mit ihm auf gleichem oder auf verwandtem Boden. Auf gleichem

Boden stehe ich mit ihm, wenn er sagt, es handle sich hier nicht um den Boden der Glaubenseinheit, sondern um den der Freiheit. Ich nehme das in vollem Maße, in vollem Sinne des Wortes an; ich nehme es nicht nur an für mich, ich nehme es an für alle meine politischen Freunde. Wir wollen die Freiheit, die Freiheit für jede Klasse, für jeden Stand und jeden Stamm; wir wollen die Freiheit für die Entwicklung geistiger und materieller Interessen und Bestrebungen, — mit einem Wort, wir wollen — ohne Prävention — auf dem Boden einer von starker Hand gehaltenen und gesicherten, gerechten, sittlichen Gesetzgebung die Freiheit des Guten und des Bösen."

Auch das, was er von Staat und Kirche dachte und von dem Staate in Bezug auf die Kirche verlangte, fand er hier wieder einmal Gelegenheit kurz auszusprechen. Dr. Löwe hatte die vollständige Trennung der Kirche vom Staate als das allein Wünschenswerthe hingestellt.

„Ich halte", erwiederte Mallinckrodt, „die Trennung des Staates von der Kirche nicht für das wünschenswerthe, selbst nicht einmal für ein mögliches Ziel, wohl aber das selbständige Nebeneinanderbestehen auf den einander fremden Gebieten eines jeden, und das wohlwollende, vertrauende Zusammenwirken auf den Gebieten, wo beide sich einander berühren und ineinandergreifen. Von diesem Standpunkte aus würden auch in weiterer Ausdehnung die Differenzpunkte zu erörtern sein, die in Bezug auf die Schule, die in Bezug auf die Ehe und was dergleichen mehr ist, von den geehrten Herren hervorgehoben wurden."

Noch mehrmals hatte Mallinckrodt gesprochen, besonders 5. April einmal recht kräftig gegen Lasker, bevor er 6. desselben Monats nach Merseburg zurückkehrte, nach Frau und Kindern zu sehen. „O ich Vagabonde!", schrieb er darüber an seinen Bruder, „und doch, wie kann ich's anders machen? Ein Duodez-Martyriümchen liegt immerhin darin." In der That empfand er die häufige, lange Trennung von den Seinen gerade unter den obwaltenden Umständen als ein sehr großes Opfer, um so mehr, da er wußte, wie schwer seine arme Gattin darunter litt. „Sie ist auch ein Opfer des Culturkampfes", sagte er von ihr, als er sie ein Jahr später zur Erde bestattet hatte. Als er in der Frühe des 12. April wieder nach Berlin reisen wollte, lag sein Aeltester fieberkrank zu Bett, und auch das kleine Mädchen zeigte Spuren beginnenden Unwohlseins. Er konnte sich nicht entschließen, abzureisen.

„Im Reichstag", schrieb er noch am gleichen Tage, „ist es scharf zugegangen, und es scheint noch nicht aus damit zu sein. Was schließlich aus der Welt wird, weiß Gott allein. . . . Was das Reden anlangt, kann man schwerlich sagen, daß wir den kürzern gezogen hätten. Wenn es aber ans Stimmen geht, — dann ‚seynd der unser ze wenig', und wenn die Machthaber wollen, dann finden sie im Reichstag den willfährigsten Handlanger, um uns für ein Weilchen in die Teufelsküche hineinzubringen. Indessen, wer weiß, wozu es gut ist? Man muß das Gottvertrauen cultiviren, sonst spräche überhaupt die Vermuthung dafür, daß die ganze Welt in die Rüben ginge."

Am 18. April sprach er wieder im Reichstag, diesmal zu einer der vielen Wahlprüfungsdebatten, die gerade in diesem ersten Reichstag mit so viel Leidenschaftlichkeit geführt und solcher Willkür entschieden wurden. Er sah sich noch öfter gezwungen, dies zu thun, verhehlte aber auch die Gedanken nicht, welche diese Art der Wahlprüfungen in ihm hervorriefen.

„Endlich, meine Herren,“ sprach er bei einer solchen Gelegenheit 5. Mai, „machen die Wahlprüfungen, die wir nun wirklich zum Uebermaß in diesem Hause haben verhandeln hören, auf mich nach einer Seite hin einen keineswegs angenehmen Eindruck. Glauben Sie aber ja nicht, daß derselbe sich auf unsere Seite bezieht. Nein, meine Herren, den unangenehmen Eindruck, den sie auf mich machen, fühle ich gewissermaßen aus Ihrer eigenen Seele heraus. Was haben wir heute wieder für ein Schauspiel? Wir haben eine Majorität, welche sich bewußt ist ihrer Stimmenmehrheit und diese ihre Majorität mit der offenen Erklärung, daß es sich nur um discretionäre Gewalt handele, in der Weise gebraucht, daß sie selbst überalle Instanzen der Verwaltung hinweg sich berufen fühlt, hier den Landesbeamten bis in die unteren Instanzen hinein die ‚ernstlichsten Rügen‘ zu votiren. Das ist vollständig neu im parlamentarischen Leben, und ich gehe auf dem Wege nicht mit.“

Die Kraft und Lebensfähigkeit, welche das junge „Centrum“ entwickelte, hatte unterdessen den Zorn der herrschenden Parteien, wie der Machthaber, die schon über den bloßen Zusammenschluß der katholischen Abgeordneten zu einer festen Partei sehr ergrimmt waren, noch gesteigert. Eben jetzt, während die Angriffe heftigster Art im Parlament wie in der officiösen Presse kein Ende nehmen wollten, spielten jene diplomatischen Künste, die darauf berechnet waren, den wohlwollenden Sinn Pius' IX. und das Ansehen des Papstes bei den treuen Katholiken zur Vernichtung des Centrums nutzbar zu machen. Erst gerüchtweise, bald hier, bald dort, tauchte die Nachricht auf, daß der Heilige Vater die Haltung der Centrumsfraction mißbillige. Sie gewann bestimmtere Gestalt, als 17. Mai Graf Frankenberg in dem Antwortschreiben auf das Mißtrauensvotum, das ihm von seinen Wählern wegen seiner vom Centrum wie den katholischen Interessen abgewendeten Haltung ausgesprochen worden war, diesen als Antwort entgegenhielt:

„Cardinal Antonelli hat Gelegenheit ergriffen, um seine Mißbilligung des Vorgehens der Centrumspartei im deutschen Reichstage auszudrücken. Dem Ausspruche des berühmten Ministers Sr. Heiligkeit habe ich natürlich nichts hinzuzufügen.“

Dieser Nachricht, die, wie sich später herausstellte, vom Fürsten Bismarck herstammte, bemächtigte sich natürlich mit großem Behagen die „liberale“ Presse, die bald noch Bestimmteres mitzutheilen wußte. Mallinckrodt war der Ansicht, daß man, um einer Verwirrung unter den Katholiken vorzubeugen, dem unwahren Gerüchte aufs bestimmteste entgegentreten solle. Die „Germania“ vom 23. Mai veröffentlichte nach einigen Bemerkungen über Angriffe und Nachrichten der „Deutschen Reichscorrespondenz“ die folgende Erklärung:

„Zwar trägt der Artikel der ‚Deutschen Reichscorrespondenz' das Gepräge phantasiereicher Erfindung an der Stirne, indessen sei zum Ueberfluß Folgendes erklärt:

1. Die ‚Germania' ist ein selbständiges und von uns ganz unabhängiges Blatt. Wir sind für deren Inhalt genau ebenso wenig verantwortlich, wie die Redaction des Blattes für unsere Haltung im Reichstage.

2. Die Mittheilung, daß bei dem Parteivorstande ein Schreiben des Cardinals Antonelli eingetroffen sei, und alle daran geknüpften Bemerkungen sind vom Anfang bis zum Ende unwahr. Wir dementiren dieselben ausdrücklich und vollständig.

Namens der Fraction des Centrums:

v. Mallinckrodt."

Die „Deutsche Reichscorrespondenz" antwortete nun aber, es sei ihr zwar durch den Schriftführer des Centrums mit der Unterschrift Mallinckrodts diese Erklärung zugegangen, aber „das Dementi der Fraction scheint auf jesuitische Silbenstecherei hinauszugehen". Wahrscheinlich, fügte sie bei, sei das Schreiben des Cardinals nicht an die Fraction als solche, sondern nur an ein einzelnes Mitglied gerichtet gewesen. Die Antwort ließ nicht auf sich warten; sie lautete:

„Auf die neuesten Auslassungen der ‚Deutschen Reichscorrespondenz' antworte ich: Ich habe kraft Ermächtigung aller hier anwesenden Mitglieder des Centrums die Mittheilung der ‚Deutschen Reichscorrespondenz' vom 17. d. M. ‚vom Anfang bis zum Ende' ausdrücklich und vollständig dementirt. Noch vollständiger als vollständig zu dementiren ist an und für sich unmöglich. Um jedoch dem ebenso unhöflichen als unbegründeten Verdacht der Silbenstecherei zu begegnen, füge ich die Versicherung bei, daß wir von dem fraglichen Schreiben überhaupt nichts, gar nichts wissen. Wissen andere Personen mehr, dann wäre es ja wohl am einfachsten, daß dieselben das Schreiben veröffentlichten.

Berlin, 25. Mai 1871.

Namens der Fraction des Centrums:

v. Mallinckrodt."

Auch jetzt schwand das Gerücht noch nicht, sondern wechselte nur die Form. Man gestand zu, daß ein Schreiben nicht erfolgt sei, sprach aber um so zuversichtlicher von einer Unterredung des Cardinals mit dem deutschen Geschäftsträger in Rom, dem Grafen Tauffkirchen. Ein drittes Mal trat das Centrum dem entgegen mit der Erklärung vom 5. Juni, daß in der Fraction über eine solche Unterredung nichts bekannt sei. Diesmal unterschrieb der Abgeordnete Bernards als Schriftführer. Bischof Ketteler von Mainz, gleichfalls als Abgeordneter in Berlin, sollte in diese Frage erst Klarheit bringen. Er selbst erzählt[1], er habe anfangs auf das Gerücht

[1] Die Centrumsfraction auf dem ersten deutschen Reichstage. Mainz 1872. S. 43. 44.

keinerlei Gewicht gelegt und es für eine jener täglichen Neckereien und böswilligen Erfindungen gehalten, welche ebenso rasch auftauchen als verschwinden. „Als mir daher", fährt er fort, „von einem verehrten Freunde, welcher die Macht der Vorurtheile besser als ich zu würdigen wußte, die Zumuthung gemacht wurde, dieserhalb in Rom anzufragen, lehnte ich es als etwas Ueberflüssiges ab."

Es dürfte kaum fraglich sein, daß dieser Freund, der die Sache von Anfang an in ihrer Tragweite erfaßte und auf Klarstellung drängte, eben Mallinckrodt war, der schon durch seine Freundschaft mit Wilderich v. Ketteler, des Bischofs Bruder, aber auch durch persönliche Bekanntschaft dem großen Kirchenfürsten längst nahe stand. Hatte in den ersten Tagen der Bischof widerstanden, so gab er doch bald nach. Drei Tage nach Mallinckrodts zweiter Erklärung (am 28. Mai) wandte er sich mit directer Anfrage an Cardinal Antonelli, der bereits 5. Juni eine vollständig beruhigende, für das Centrum nur ermuthigende Erklärung abgab. So war der klug berechnete und gefahrvolle Schlag von der eben gebildeten Fraction glücklich abgewendet.

Umsonst hatte unterdessen bei der ganz unerwartet langen Hinausdehnung des Reichstages Mallinckrodt am 17. Mai sich bemüht, eine Unterbrechung für 14 Tage oder drei Wochen als Pfingstferien herbeizuführen.

„Wenn darauf hingewiesen wurde," bemerkte er vor dem versammelten Hause, „daß der Reichstag keinen Mangel an Material gehabt habe, dann ist das insofern richtig, als der Reichstag allerdings mit vollen Kräften die acht Wochen hindurch hat arbeiten müssen, ich möchte sagen, bis zur Erschöpfung. Denn jeden Tag in diesen Räumen vier bis fünf Stunden Sitzung halten, den Abend drei Stunden und länger entweder in Commissionssitzungen oder Fractionssitzungen zubringen, das ist eine wirklich die Kräfte erschöpfende Arbeit."

Aber er fand Widerspruch, und für Pfingsten gab es überhaupt keine Ferien. Er ließ daher Else mit den Kindern die Reise nach Mittenheim antreten, wo dieselben in gesunderer Luft und in der Nähe theurer Verwandten besser geborgen schienen als in Merseburg. Mallinckrodt selbst harrte beim Reichstag aus bis zu dessen Schluß (15. Juni). Gar gerne wäre er wenigstens für die beiden Feiertage nach Böddeken gereist. „Indes ich kann nicht," gestand er der Schwägerin, „weil ich mit meiner Kasse haushälterisch umgehen muß." So ging Pfingsten vorüber. Aber am Frohnleichnamstage, seinem Lieblingsfest (8. Juni), erhielt er in der Frühe einen Brief von seinem Bruder, der ihn bat, ein Geschenk von ihm anzunehmen.

„Ich las Deinen Brief," antwortet Hermann, „der mich tief erfreut hat. Ich werde Deiner brüderlichen Liebe ‚die Freude nicht stören', sondern beweisen, daß ich volles Verständniß für Dich habe, indem ich Dein Geschenk mit herzlichem

Dank annehme und dasselbe benütze, um nicht bloß mir, sondern auch der Else eine Freude und effective Wohlthat zu erweisen, vielleicht sogar, ohne ihr die Quelle meines Reichthums zu verrathen."

An den Reichstagsverhandlungen blieb er fortwährend betheiligt, nicht ohne wiederholt ernste Kritik zu üben an der Hast und Oberflächlichkeit, mit der oft sehr wichtige Fragen zur Abstimmung gebracht wurden. Mit besonderer Lebhaftigkeit betheiligte er sich aber mit seinem Freunde Wilderich v. Ketteler von Anfang an den Berathungen, welche sich auf Entschädigung für Leistungen oder Verluste des letzten Krieges bezogen. Mehrmals stellte Mallinckrodt zu diesen Fragen Amendements, die sein Mitgefühl mit dem Volk, namentlich auch sein Verständniß für die Lage des kleinen Mannes in einem sehr wohlthuenden Lichte erscheinen lassen. Aber man gönnte es ihm nicht, daß auf sein Wort hin Billigkeit geübt und Gutes geschehen sollte.

Er begegnete in diesen Verhandlungen auch mehrmals wieder einem alten Bekannten aus der Conflictszeit, dem Kriegsminister v. Roon, und ein gewisses sympathisches Denken zwischen den beiden Männern ließ auch jetzt unter so sehr veränderten Umständen sich nicht ganz verläugnen. Mehrfach klingt es in Mallinckrodts Aeußerungen durch, besonders aber in der Sitzung vom 6. Juni, wo er dem Kriegsminister bezw. dem preußischen Bundescommissar, Hauptmann v. Plötz, zu Hilfe kam. Es hatte sich gegen diesen Officier ein Sturm des Unwillens entladen wegen der Aeußerung, daß der „Officier in ganz anderer Weise als der gemeine Soldat das Ehrgefühl walten lasse". Miquel und Lasker fuhren gegen diese sehr unschuldige und selbstverständliche Aeußerung los, Dr. Wehrenpfennig übte daran Kritik, v. Roon und v. Mallinckrodt allein erhoben sich zur Vertheidigung.

„Meine Herren!" äußerte letzterer, „ich meinerseits vermag auch nicht einmal irgend welche Provocation zu erkennen. Ich verstehe eigentlich nicht die Empfindlichkeit, die von einzelnen Seiten des Hauses laut geworden ist. Ich meine, daß es eine vollständig anerkannte und gewürdigte Thatsache ist, daß verhältnißmäßig der Verlust unter den Officieren sehr viel größer war als der unter den Mannschaften, und wenn Sie nach den Ursachen fragen, dann läßt sich die Ursache zu einem Theil darauf zurückführen, daß die Officiere in mancher Beziehung mehr exponirt *sind* als die Mannschaften. Es läßt sich aber ebenso sehr und zu einem mindestens gleich großen Theile auch darauf zurückführen, daß sie sich mehr *exponiren* als die Mannschaften. Das finde ich auch vollständig in der Ordnung. Ich bin der Meinung, der Officier muß seiner Mannschaft mit gutem Beispiel vorangehen, er *muß* sich mehr exponiren! Nennen Sie das Treibende dabei ‚Pflicht', nennen Sie es ‚Ehrgefühl' — darauf kommt es mir nicht an, aber es ist, wie man in gewöhnlicher Ausdrucksweise sagen würde, seine ganz verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, und da sehe ich nicht ein, was Merkwürdiges dabei ist, wenn man das ausspricht."

Langsam war unterdessen der Schluß der Session nahe gerückt.

„Daß wir uns alle mächtig nach dem Ende des Reichstages sehnen," schrieb Mallinckrodt 8. Juni, „bedarf keiner Versicherung. Im übrigen, meinen wir, sei die Campagne für uns nicht gerade ungünstig verlaufen. Wir haben an Ansehen keine Einbuße erlitten, wohl aber läßt sich das Gegentheil so ziemlich von allen anderen Parteien sagen.

„Was die großen Weltereignisse angeht, so folge ich Deinem Beispiele, indem ich beobachtend, staunend und betrachtend darüber schweige. Die Hand der Vorsehung ragt mächtig hinein in das Getriebe der Welt, und doch sind die meisten noch blind und bemerken sie nicht."

---

2. Der Beginn des Kampfes (1871. 1872).

Sobald man den Schluß des Reichstages irgend absehen konnte (Anfang Juni 1871), hatte Mallinckrodt an den Oberpräsidenten ein Gesuch um Urlaub eingereicht, welcher vom Schluß der Session bis zum 15. August reichen sollte. Da keine Antwort kam, ging er einstweilen mit Präsidialurlaub und war bald in Mittenheim mit seiner Familie vereinigt. Mitte Juli reiste er dann mit Else nach Gastein, dessen heilsame Wirkungen er der Gattin schon seit Jahren zugedacht und wo er selbst schon so oft seine Kräfte neu gestärkt hatte. Am 21. Juli traf ihn hier die Antwort auf sein „uraltes Urlaubsgesuch". Ein Familien-Rendezvous in Mittenheim, wohin auch Bruder und Schwager mit ihren Kindern auf der Fahrt nach Oberammergau kamen, bildete den schönen Abschluß der Ferien, „eine ganz ungemein große Freude" für den Hausherrn auf Mittenheim, zumal der sachverständige Majoratsherr von dem Stand der Felder und Wiesen sehr befriedigt war.

Am 16. August traf Mallinckrodt in Merseburg ein, um für vier Wochen wieder ein Junggesellenleben zu führen. Dann kam um die Mitte October der große Umzug nach Berlin wegen des eben beginnenden Reichstages und des bald bevorstehenden Landtages. Aber als die Habseligkeiten für die Uebersiedelung großentheils schon gepackt und verladen waren, erkrankte das kleine Mädchen, und so zog denn abermals Mallinckrodt allein mit den vier anderen Kindern und den Dienstboten voraus und besorgte die Einrichtung der neuen Wohnung. Alles war in bester Ordnung und die Familie vollzählig, als 27. November der Landtag seine Sitzungen begann. Schon vorher (16. October) war die zweite Session des ersten deutschen Reichstages eröffnet worden; Mallinckrodt war bei der Eröffnung nicht zugegen. Zum erstenmal sprach er zu der Interpellation 6. November,

die er selbst im Interesse der durch den Krieg schwer geschädigten Fuhrleute aus den rheinischen Provinzen gestellt hatte. Ebenso hatte er 1. November mit vier anderen Abgeordneten, worunter Graf Frankenberg und Richter, einen Antrag eingebracht, der von 163 Abgeordneten unterschrieben war, und der die staatliche Vergütung für die von den einzelnen Gemeinden zur Unterstützung der Familien der Landwehrmänner u. s. w. getragenen Kriegslasten sichern und beschleunigen sollte. Der Antrag war das Ergebniß mehrfacher Besprechungen, welche zwischen den verschiedenen Fractionen des Hauses stattgefunden hatten, und beruhte auf einem Compromiß.

Von jetzt an betheiligte sich Mallinckrodt ziemlich rege an den Verhandlungen. Am 20. November hatte er eine interessante Begegnung mit dem Bundesbevollmächtigten, Kriegsminister v. Roon, dem er trotz dessen Zurückhaltung das Geständniß abpreßte, daß für die Handhabung der bisher geübten Dispens der Theologen vom Militärdienst andere Gesichtspunkte maßgebend geworden seien. Am selben Tage erfocht er einen Sieg über den bayerischen Abgeordneten v. Stauffenberg, dessen Antrag er zu Fall brachte. Weniger glücklich war er 22. November, wo er zu der damals berühmt gewordenen Prüfung der Wahl des Geistlichen Raths Müller lang und nachdrücklich das Wort ergriff und die ganze Parteiwillkür bei diesen Wahlprüfungen klar werden ließ.

Mallinckrodts wichtigstes Auftreten in dieser Session war (28. November) das gegen den von dem bayerischen Minister v. Lutz angeregten Kanzelparagraphen, mit welchem die kirchenfeindliche Gesetzgebung im Reiche ihren Anfang nahm. Er beleuchtete vor dem ganzen Reiche den eigentlichen Kern, die Tendenz des Gesetzes, aber auch das Gebahren jener Herren aus Bayern, die für das Gesetz mit solcher Gereiztheit und Leidenschaftlichkeit gesprochen hatten. „Es handelte sich um den Appell der weiland Katholiken, der Söhne, die das Haus der Mutter verlassen haben, an die draußen Stehenden." Bischof Ketteler von Mainz, der damals als Abgeordneter gleichfalls im Parlamente saß, hat mit Recht diese Darstellung Mallinckrodts „unübertrefflich wahr" genannt. Die größte Bedeutung der ganzen Vorlage sah der Redner darin, daß sich in dem vorgeschlagenen Gesetze ein Allianzverhältniß documentire zwischen dem sogen. Altkatholicismus und zwischen dem neuen Deutschen Reich, eine allerdings nach mehr als einer Seite hin sehr bedenkliche Erscheinung. Als das Hauptziel aber, das die Vorlage verrathe, erkannte er „die Ermunterung des untergeordneten Clerus zum Anschluß an die sogen. Altkatholiken". Gegenüber den Phrasen, mit welchen v. Lutz den Gesetzentwurf befürwortet hatte, fiel es Mallinckrodt zu, das richtige Verhältniß zwischen Kirche und Staat darzuthun und den Nachweis zu führen, daß ein friedliches Nebeneinanderstehen der beiden Gewalten recht wohl möglich sei.

„Der Herr v. Lutz fährt fort: Der Staat hat sein Gebiet abzugrenzen und zu beschützen," äußerte Mallinckrodt unter anderem. „Ganz gewiß! Aber auch ebenso gewiß desgleichen die Kirche. Oder seit wann ist denn die Kirche eine Stiftung des Staates? Hat Kaiser Octavian oder etwa gar Kaiser Nero oder Diocletian die Kirche gestiftet, oder leitet die Kirche ihre Vollmacht her vom Auftrage ihres göttlichen Stifters, der seine Apostel in die Welt hinausschickte und sagte: ‚Gehet hin und lehret' — ohne placetum regis?"

Ebenso aber hatte der Redner darzulegen den tief innerlichen und ganz unabänderlichen Zusammenhang des Glaubensgebietes mit dem Rechtsgebiet:

„Die wahre Sachlage ist die, daß das Sittengesetz aus dem Gesetz des Glaubens hervorwächst und daß allerdings aus dem Sittengesetz das Rechtsgesetz sich bildet. Da haben Sie das organische Ineinandergreifen der Kirche, die die Trägerin des Glaubens und der Moral ist, und des Staates, der der Träger der Rechtsordnung ist. Der Glaube und das Recht hängen allerdings sehr eng miteinander zusammen, und ich kann mir nicht versagen, Ihnen aus dem Munde des Herrn v. Bismarck-Schönhausen einen Satz mitzutheilen, der diese Anschauungen in recht zutreffender und ansprechender Weise zeichnet. Er äußerte sich in einer Rede, auf die ich nachher noch mit einem Worte zurückkomme: ‚Haben Sie dem Menschen den geoffenbarten Unterschied zwischen Gut und Bös, den Glauben daran genommen, so können Sie ihm zwar beweisen, daß Raub und Mord durch die Gesetze, welche die Besitzenden zum Schutze ihres Eigenthums und ihrer Personen gemacht haben, mit schweren Strafen bedroht werden, aber Sie werden nimmermehr beweisen, daß irgend eine Handlung an sich, an und für sich gut oder böse sei.' Sie sehen, wie eng der Zusammenhang zwischen dem Rechtsgebiete, zwischen dem Glauben und zwischen dem Sittengesetze ist."

Zum Schluß seiner langen, aber stets hochinteressanten Ausführungen wandte er die Spitze vornehmlich gegen den Urheber des Gesetzes und der ganzen mit Gehässigkeit angefüllten Debatte; er that es mit Berufung auf Bismarck.

„Gestatten Sie mir," sagte er, „daß ich Ihnen auch einen kleinen Ausspruch des Reichskanzlers mittheile, auf den mich der Abgeordnete Graf Spee aufmerksam gemacht hat. Der Herr v. Bismarck-Schönhausen hielt am 15. November 1849 in der Zweiten Kammer eine der besten Reden, die ich je gehört oder gelesen habe über das Thema der Civilehe. Nachher ging er dann über auf die Bestrebungen der damaligen Zeit, die mit den heutigen Bestrebungen in mancher Hinsicht Aehnlichkeit haben, . . . und sagte dann: ‚Fahren wir auf diesem Wege fort . . ., so hoffe ich es noch zu erleben, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert.'

„Meine Herren! ich hoffe nicht gerade zu erleben, daß das Schiff des Deutschen Reiches auf gefährliche Klippen geführt wird; allein, meine Herren, soll das nicht geschehen, dann, glaube ich, ist es zweckmäßig, nicht so bedenkliche Untersteuerleute zu berufen [v. Lutz hatte vor dem Reichstage an Stelle Bismarcks das Gesetz ver-

treten], die aus den engeren Verhältnissen ihres eigenen Heimatlandes Veranlassung nehmen, das Reich in die Bahnen mit fortzureißen, auf denen sie in bedenklicher Weise ihr Staatsschiff führen."

Mit dieser Debatte hatte der eigentliche Culturkampf und ebenso Mallinckrodts ungewöhnliches Hervortreten in dem großen geistigen Kampfe seinen Anfang genommen. Es war gewiß der allgemeine Eindruck der katholischen Abgeordneten, was Bischof Ketteler 13. November aus Berlin schrieb, als er Klage führte über „diese feindliche Richtung gegen alles, was uns heilig und theuer ist, welche man nicht nur in allen Regierungskreisen, sondern auch sonst überall, namentlich in der Presse, wahrnimmt".

„Der liebe Gott wird alles leiten", fährt der Bischof fort, „und uns zur rechten Zeit seine Hilfe wie immer gewähren. Augenblicklich scheint er uns alle anderen Hoffnungen außer denen, welche auf ihn gegründet sind, vollständig entziehen zu wollen. Was die Menschen angeht, so kann man nicht einen Punkt mehr finden, von dem aus man Hoffnung zu einer Rückkehr schöpfen könnte. Alles steuert mit allen Segeln dem ‚gottlosen' Staate entgegen."

Unter diesem trüben Eindruck sehnte auch Mallinckrodt sich weg von Berlin. „Ich verspüre wohl eine gewisse Sehnsucht nach dem St. Meinulphsthale," gestand er 23. October, „allein es ist noch wenig Aussicht auf deren baldige Befriedigung." Als 1. December der Reichstag geschlossen wurde, hatte kurz zuvor (27. November) der Landtag schon wieder seine Sitzungen begonnen. Fast in dieselbe Zeit traf ein Ereigniß, das auf Mallinckrodts persönliche Lebensschicksale großen Einfluß zu üben bestimmt war.

Das Rittergut Borchen, nicht weit von Böddeken gelegen, das alte Gut der v. Hartmann'schen Familie und früher der Vereinigungspunkt des Hartmann-Mallinckrodt'schen Kreises, war bisher von der Wittwe v. Hartmann verwaltet worden und sollte auf deren einzigen Sohn Hermann übergehen, der erst seit Juli 1870 verheiratet war. Mallinckrodt hatte stets in vorzüglichem Grade dessen Vertrauen genossen und war in den schwierigsten Angelegenheiten von ihm zu Rathe gezogen worden. Anfang December 1871 erhielt er in Berlin die unerwartete Nachricht, daß Hermann v. Hartmann auf Borchen gestorben sei. Zur Ordnung der Angelegenheiten und Bereinigung der Vermögensverhältnisse zwischen Mutter und Wittwe wurde er alsbald auf 8—14 Tage von Berlin abgerufen. Da der Verstorbene keine Leibeserben hinterlassen, so war es der Wunsch der Mutter, daß das Gut auf ein Mitglied der Familie übergehen sollte, und zwar auf ein solches, das geeignet wäre, die Verwaltung selbst und sachgemäß in die Hand zu nehmen. Das erste Anerbieten machte sie Georg v. Mallinckrodt. Dieser aber lenkte sofort das Anerbieten auf seinen jüngern Bruder Hermann, dessen Ausscheiden aus dem Staatsdienste von der Familie längst gewünscht und schon oft in Erwägung gezogen worden war. Hermann nahm das Anerbieten an.

„Georg danke ich für seinen letzten Brief mit inhaltschweren Nachrichten," schreibt er 9. December 1871, „ich habe nach Borchen und auch nach Dortmund (zustimmend) geschrieben." Als er am 24. December von dem Ausflug nach Westfalen zurückgekehrt war, trug er sich bereits mit dem Gedanken, nach Neujahr „noch auf acht Tage im neuen Reiche an der Alme [1] zu erscheinen". Am 27. December legte Mallinckrodt selbst in einem Briefe nach München den ganzen Stand der Dinge dar:

„Ich gedenke ausführlicher über meine Situationsveränderung zu schreiben, sobald ich selbst zu vollkommener Klarheit gelangt sein werde. . . . Der Kern besteht darin, daß meine Tante v. Hartmann in Borchen nach dem Tode ihres einzigen Sohnes und nach demnächstiger Auseinandersetzung mit dessen Wittwe mir ihren Besitz mit Lust und Last übertragen hat. Beides, d. h. Besitz und Belastung, ist von Bedeutung und dadurch die Lage nicht gerade leicht. Ich vertraue jedoch für die Folge auf günstige Gestaltung und gedenke dadurch für mich und meine Kinder wieder Heimat zu gewinnen. Elise hat noch keine Neigung, sich zu freuen, obwohl sie die guten Seiten der Sache würdigt. Ich halte einstweilen mein Gehalt und meine dienstliche Stellung fest, habe aber die Wohnung in Merseburg gekündigt und gedenke, meine Familie von hier nach Borchen zu versetzen. Die Güter sind übrigens bis auf eine Kleinigkeit (für Haushaltung und Stall) und bis auf den Wald ganz verpachtet. In Böddeken und Paderborn war große Freude über die Besetzung der Zwischenstation zwischen beiden Orten mit der Vagabundenfamilie."

„Was sagst du zu Borchen?" schrieb vier Tage später, 1. Januar 1872, auch Mallinckrodts Gattin an ihre Tante. „Ich betrachte es, wenn es sich gut entwickelt, als große Wohlthat für unsere Kinder und als künftige Verbesserung für unsere Verhältnisse, aber persönlich macht es mir noch keine Freude."

Es begreift sich, daß Mallinckrodt mit einer gewissen feierlichen Stimmung das neue Jahr begann.

„Wir schreiben heute das erste Mal 1872," heißt es in seinem Neujahrsbriefe an Frau v. Laßberg; „Gott weiß, was dieses Jahr in seinem Schoße birgt! Doch wer auf Gott vertraut, der hat auf festen Grund gebaut. Du stehst seit alters auf dieser Basis, und ich hoffe lebhaft, daß sie sich in diesem Jahre ganz besonders bewähren wird, besonders bezüglich der beiden Söhne N. und N. . . . Ich werde mich bemühen, Deinem Gottvertrauen nachzueifern, und sehe deshalb frischen Sinnes in die Zukunft, die mir in diesem Augenblick namentlich auch in den eigenen Familienverhältnissen ein recht buntes Bild in Aussicht stellt."

Am 2. Januar reiste er wieder nach Westfalen aufs neue Gut, wo alsbald die Arbeiten für Ordnung und Instandsetzung begannen. Sehr ermüdet kehrte er 9. Januar über Minden und Bielefeld zurück, wo er sich Geschäfte halber hatte aufhalten müssen. Erst vom 10. Januar an konnte

[1] Ein kleiner Zufluß der Lippe, der bei Borchen vorbeifließt.

er sich den Geschäften des Landtages eigentlich hingeben. Vorchen wurde darüber nicht vergessen, Woche für Woche ergingen dahin die Armeebefehle. „Nächsten Mittwoch", hieß es dazwischen am 26. Januar 1872, „spielen wir wieder Theater in Nr. 11 [1]. Ich denke ziemlich viel ans Pensioniren."

Während für Mallinckrodts Familie so wichtige Aenderungen sich vorbereiteten, waren auch in der kirchlichen wie in der politischen Welt große Umwandlungen vor sich gegangen, und sie waren es gerade, welche Mallinckrodt „ziemlich viel ans Pensioniren denken" ließen.

Der preußische Cultusminister v. Mühler, von Haus aus wohlmeinend und conservativen Ueberzeugungen zugeneigt, hatte sich schon in den letzten Jahren durch die herrschenden Strömungen in eine für die Katholiken befremdliche Stellung drängen lassen, pflichtvergessene und abgefallene Priester gegen ihre Bischöfe in Schutz genommen, die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Cultusministerium mitverfügt und jetzt auch für den Landtag das berüchtigte Schulaufsichtsgesetz vorbereitet oder wenigstens seinen Namen dazu gegeben. Dasselbe war bestimmt, den Einfluß der katholischen Kirche auf die Schule zu brechen, während es den der protestantischen Religionsgemeinschaften wenigstens nur gefährdete. Und doch sahen die Katholiken in seiner Person und seiner Amtsführung noch ein gewisses Unterpfand, daß es mit dem Kampf gegen die Kirche nicht zum Aeußersten kommen werde. Auch diese schwache Bürgschaft wurde ihnen geraubt, als 17. Januar 1872 v. Mühler sein Amt niederzulegen sich gezwungen sah, nachdem er schon längst zuvor für die liberalen Parteien die Zielscheibe der gehässigsten Angriffe gewesen war. Ihm folgte im Amte, 22. Januar, der Geheime Oberjustizrath Dr. Falk. In der Debatte über das erste Culturkampfgesetz, den „Lutz-Paragraphen", hatte er die Ehre gehabt, im Reichstag die verbündeten Regierungen zu vertreten. Er galt für einen gewandten Sprecher und tüchtigen Beamten, der im übrigen nicht viel von sich hatte reden machen, aber man wußte, daß er, nicht absichtslos, den liberalen Schattirungen des Beamtenstandes entnommen war. Es konnte kein Zweifel sein, daß dieser Ministerwechsel Uebles bedeute.

Während der neue Minister die übrigen von seinem Vorgänger eingebrachten Gesetzesvorlagen zurückzog, that er nicht so mit dem einen Gesetzentwurf, der bei den Katholiken Preußens eine tiefgreifende Bewegung und Entrüstung hervorgerufen hatte, dem Schulaufsichtsgesetz. Die Petitionen gegen dieses Gesetz kamen so massenhaft ein, daß A. Reichensperger sich in den öffentlichen Blättern außer Stand erklärte, den Empfang der Einsendungen anzuzeigen. Ueber 2000 Petitionen sammelten sich an mit über 200 000 Unterschriften, 1462 Petitionen von Katholiken (darunter sämmt-

[1] Das katholische Vereinshaus, Niederwallstraße Nr. 11.

liche Bischöfe Preußens) und 861 Petitionen aus protestantischen Kreisen. Mit der Einbringung und Vertretung dieses Gesetzentwurfes sollte der neue Cultusminister seine Amtsthätigkeit beginnen. Der Ministerwechsel war die Fortsetzung von dem, was mit der jähen und rücksichtslosen Aufhebung der katholischen Abtheilung desselben Ministeriums begonnen hatte.

Noch war nach der plötzlichen Veränderung in der Atmosphäre eine „Zeit der Windstille“, als die Debatte am 30. Januar 1872 Mallinckrodt Veranlassung gab, in längerer Rede auf die Aufhebung der katholischen Abtheilung zurückzukommen und die Gründe, welche von seiten der Regierung dafür geltend gemacht wurden, einer Kritik zu unterziehen. Namentlich in dem Vorwande, dieselbe sei eine „ausschließlich confessionelle Behörde“ gewesen, glaubte er einer Unsicherheit der Auffassung zu begegnen, die ihn nur wieder an die „Zeitkrankheit“ erinnern könne, „an die mehr und mehr um sich greifende Begriffsverwirrung, so daß es im lieben Vaterland trotz der deutschen Muttersprache allgemach dahin zu kommen droht, daß man sich wirklich nicht mehr versteht. . .“

„Einer ähnlichen Unsicherheit in der Auffassung begegnet man“, fuhr er fort, „bei der Begründung, daß die Verfassung sich principiell mit einer confessionell gegliederten Behörde nicht vertrüge. Es beruht nämlich diese Auffassung offenbar auf der vollständigen Verwechslung zwischen einem Staate, wo Staat und Kirche völlig getrennt ohne irgendwelche gemeinsamen, ineinandergreifenden Interessen nebeneinander bestehen, und demjenigen Staate, wo zwar den Kirchen die Selbständigkeit hinsichtlich ihrer eigenen Angelegenheiten garantirt ist, wo aber dessenungeachtet eine ganze Reihe von wichtigen Angelegenheiten beide Theile auf das engste berühren. Der letztere Fall liegt zur Zeit in Preußen vor; aber nur der erstere Fall, die Trennung zwischen Staat und Kirche, würde den Schluß rechtfertigen, den man hier gezogen, daß der Staat schlechterdings keine Rücksicht auf die confessionellen Interessen bei der Zusammensetzung seiner Behörden zu nehmen habe.“

Er folgerte dann schlagend, daß, von dem Standpunkte der gegnerischen Behauptungen consequent weitergedacht, auch ein Cultusminister in Preußen nicht mehr am Platze sei.

„Sie mögen denn einen Unterrichtsminister haben, aber ein Cultminister ist dann eine völlig überflüssige Person. Nun, meine Herren, diese Consequenz hat man nicht gezogen, und die Folge von der Inconsequenz ist, wie das einmal bei den falschen Schlüssen so zu gehen pflegt, daß die Sache in das directe Gegentheil umschlägt. Wir haben jetzt nicht mehr ein möglichst unparteiisches, paritätisch gegliedertes Ministerium, von dem die Bearbeitung der katholischen Angelegenheiten ressortirt, sondern im Gegentheil, wir haben jetzt erst recht eine confessionell, einseitig confessionell zusammengesetzte Behörde, nur mit dem Unterschied, daß sie derjenigen Confession angehört, die der katholischen Confession als Gegnerin gegenübersteht. Dahin ist es also mit der Unparteilichkeit und dem Gerechtigkeitssinn gekommen.

„Sie wissen alle, daß im Lande Preußen die Katholiken nicht weit zu gehen brauchen, wenn Sie Material suchen wollen, um den Beweis zu führen, daß sie in allen staatlichen Angelegenheiten und namentlich bei Besetzung der Behörden und bei den höheren Unterrichtsanstalten sich in einer der Parität nichts weniger als entsprechenden Lage befinden.... Genug, ich sage, in dieser Wüste der imparitätischen Behandlung bildete, dank dem hochseligen König, dem Bruder des jetzt lebenden Königs Wilhelm, die katholische Abtheilung eine Oase, eine Oase, die wenigstens eine Blüte guten Willens zeigte. Die That, die blieb immer noch weit hinter dem Willen zurück, aber der gute Wille war da, und der hat uns zu dauerndem und warmem Danke stets bereit gefunden. Meine Herren! Die jüngste Maßregel der Regierung hat nun den Wüstensand auch über diese Oase hinübergestreut, auch sie ist verschwunden, und wir sind jetzt zurückgeschritten zu den Verhältnissen, die vor mehr als 30 Jahren in Preußen bestanden; wir haben selbst nicht mehr das Minimum, welches man für eine wohlwollende Berücksichtigung der religiösen Interessen als Garantie geben und fordern konnte...."

„Welchen Schluß, meine Herren, sollen wir nun aus dieser Sachlage ziehen?" so schloß der Redner die nun folgende längere Widerlegung einer andern falschen Behauptung. „Es kommt darauf an, daß man die Wahrheit der Dinge erkenne. Ich für meinen Theil bin wenigstens ein sehr eifriger Freund der Aufrichtigkeit, und deshalb betrübt es mich, wenn ich sehe, daß seitens der Staatsregierung Motive ihren Handlungen zu Grunde gelegt werden, die eigentlich nur dazu dienen können, die wahren Motive zu verdecken. Es ist böse, wenn eine Staatsregierung mit solchem Beispiele vorgeht; das wirkt verderbend, meine Herren, das heißt die Corruption von oben nach unten tragen. Deshalb nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich in den Fehler nicht verfalle, sondern wenn ich Ihnen ganz offen sage, was ich in der Maßregel erkenne: das gerade Gegentheil von dem, was die Maßregel nach der Versicherung der [officiösen] ‚Provinzialcorrespondenz' bekunden soll. Für mich bekundet die Maßregel, daß die Regierung nicht gesonnen ist, beide Kirchen unparteiisch gerecht, dem bestehenden Staatsrecht entsprechend zu behandeln...."

Schon folgenden Tages zwang ein heftiger Angriff Virchows gegen die katholischen Bischöfe Mallinckrodt, abermals das Wort zu ergreifen und auch auf die Frage der Parität von einer andern Seite zurückzukommen.

„Ich behaupte," sprach er, „der Herr Vorredner seinerseits weiß gar nicht, was Parität ist; darin liegt's. Ich bin ganz mit ihm einverstanden: es kommt wesentlich darauf an, daß wir uns wechselseitig erklären. Dazu gehört vor allen Dingen, daß man auch auf beiden Seiten die Fähigkeit hat, sich in die Anschauungen und Standpunkte der andern Seite hineinzudenken; das ist die Vorfrage. Wenn Sie die nicht beantworten, dann ist eine Parität überhaupt unmöglich. Besteht die Parität etwa darin, daß ich alle anderen Leute geradeso behandle wie mich? Ist das die richtige Uebersetzung von Parität, daß ich alle über einen Leisten schlage? — Oder besteht die Parität nicht vielmehr darin, daß ich die Verschiedenheiten, die verschiedenen Standpunkte in ihrer relativen Gleichberechtigung anerkenne? Ich glaube, nur die letzte Definition ist die richtige, und gegen diese Definition sündigte der Herr Abgeordnete Dr. Virchow in seiner ganzen Deduction.

Hier steckt der Grundfehler, an dem seine Deduction leidet. Er hat es nicht vermocht, sich in die ihm fremde, ihm antipathische Auffassung hineinzudenken, er hat auch nicht die entfernteste Idee davon, was katholisch ist, er begreift es nicht."

Die Mannigfaltigkeit der gegen die Katholiken geschleuderten Angriffe ließ den Redner nicht bei diesem einen Punkte stehen bleiben. Er hatte sich auch zu äußern über das, was Virchow als „den weiteren Blick des Protestantismus" bezeichnet hatte; namentlich aber war es bei dieser Gelegenheit, daß er sich über das Vaticanische Concil und die leidige Altkatholikenfrage des längern aussprechen mußte. Dann erhob er sich kraftvoll gegen die Anschuldigungen, die immer und immer wieder gegen die Centrumsfraction als Partei erhoben wurden. Schon zu Eingang seiner Rede hatte er aufs neue entschieden in Abrede gestellt, daß sie, die Centrumsmänner, sich als confessionelle Partei betrachteten; *sie* seien weit entfernt, sich als Repräsentanten der katholischen Kirche hinzustellen.

„Man muß vorab die Frage stellen," so griff er später ausführlicher auf diesen Punkt zurück, „ob die Gegner glauben, daß man die Wahrheit sagt, oder ob sie einfach glauben, daß man lügt. Wenn mein Gegner glaubt, daß ich mit Wahrheit spreche, dann finde ich es nicht hübsch, nicht ehrenhaft, wenn der Gegner immer wieder, trotz aller Berichtigungen, trotz aller Verabredungen, auf denselben Punkt zurückkommt [1], von dem er ausgegangen ist. Wir haben Ihnen drei- und viermal gesagt: wir sind nicht nur keine confessionell gebildete Fraction, sondern wir *wollen* es auch nicht sein. Wir sind es principiell nicht nach unserem Programm, wir sind es auch thatsächlich nicht, insofern als wir bekanntlich im Reichstag auch protestantische Mitglieder zählen. Aber es kommt auf das Programm an. Das ganze Programm dreht sich um drei Punkte:

„Der *erste* Punkt ist die Betonung des strengen *Standpunktes des positiven und historischen Rechtes*. ... Das *Zweite*, meine Herren, ist das Princip der *religiösen Freiheit*, der Freiheit für alle Bekenntnisse, und ich denke, wir können uns darauf berufen, daß wir mit vollständig gleicher Entschiedenheit, wie für unser eigenes Bekenntniß, hier im Hause und in unserer sonstigen politischen Thätigkeit auch für andere Bekenntnisse eingetreten sind. Der *dritte* Punkt ist das Princip der *Föderation im Gegensatz* zu dem Princip der *Centralisation*, im Gegensatz zu den Tendenzen des *Unitarismus*. Meine Herren, das ist wieder ein rein politischer Gegensatz; das ist ein Gegensatz, der sich speciell auf das Gebiet der deutschen Frage bezieht; das ist ein Gegensatz, der den Herrn Reichskanzler allerdings berechtigt, zu sagen, wir seien seine Gegner, wir machten ihm Opposition, — *das* Recht hat er, und ich meinerseits bekenne offen, daß ich vom ersten Augenblick des Jahres 1866 an, wo diese Politik zum Durchbruch kam, ihm offene, entschiedene Opposition gemacht habe. Aber, meine Herren, *das* Recht hat der Reichskanzler nicht, und niemand hat es, daraus, daß

[1] Dieser Vorwurf galt hauptsächlich dem unmittelbar zuvor vom Redner erwähnten Fürsten Bismarck.

ich dem höchsten Beamten des Staates Opposition mache, weil ich die Richtung, in der er das Staatsschiff steuert, für eine unglückliche, verkehrt gewählte halte, — zu schließen, daß ich dem Staat als solchem Opposition mache, daß ich den Staat, das Vaterland verläugnete. Ein solcher Vorwurf beruht auf einer unberechtigten Verwechslung. . . .“

Die edle Entrüstung, die sich in diesen Worten aussprach, konnte ihren Eindruck nicht verfehlen. Fürst Bismarck suchte daher durch einen Theatereffect die Aufmerksamkeit abzulenken. Beiläufig versicherte er, an die „subjective Wahrheit“ von Mallinckrodts Worten zu glauben, die objective Wirklichkeit aber bezweifle er. Sofort folgte dann wieder einer jener heftigen Angriffe auf das Centrum, welcher sich diesmal vorzüglich auf einen Wahlaufruf stützte, den die Centrumspartei in Schlesien hatte vertheilen lassen. Der Aufruf war in entschiedener und selbst feuriger Sprache abgefaßt. Die Stelle, welche den Kanzler so sehr zu erbosen schien, lautete:

„Sollen wir uns denen unterwerfen, welche schon so oft gezeigt haben, daß sie uns im Reichstage schaden wollen, auf daß wir Katholiken kein Recht mehr und keine Hilfe im Deutschen Reiche hätten, und damit wir allein nur die Sklaven derer wären, die keinen Glauben haben?“

Einer der Unterzeichner dieses Aufrufes war Graf Henckel von Donnersmarck, der als Abgeordneter im Hause zugegen war und gegen den sich jetzt zunächst der Zorn des Reichskanzlers entlud. Sehr geschickt kam A. Reichensperger dem Angegriffenen zu Hilfe mit der Bemerkung, es sei doch wahrhaft lächerlich, aus einem starken Ausdruck in einem Wahlaufruf so viel Wesens zu machen, zumal wenn dieses Manöver von einem im politischen Leben so erfahrenen Manne ausgehe wie Bismarck. Anders antwortete Mallinckrodt. Er schuldete eben Virchow noch eine Antwort, einem der Führer derer, „die keinen Glauben haben“. Er glaube dem Abgeordneten Virchow, erwiederte er, was dieser über seine persönliche Absicht behaupte, müsse aber ganz anders urtheilen über das Resultat, zu dem seine Handlungen nothwendig führten. „Und so halte ich auch meinerseits die Ansicht,“ fuhr er mit meisterhafter Wendung fort, „daß bei der Fortsetzung des Weges, auf dem man sich bewegt, die Gefahr droht, daß wir zu Sklaven derer, die keinen Glauben haben, herabgedrückt werden, an der Seite des Herrn Grafen Henckel aufrecht.“

Am 8. Februar begann die Debatte über das Schulaufsichtsgesetz, die wichtigste der ganzen Session. Für das neue Gesetz sprachen mit wachsendem Eifer: Richter (Sangershausen), ein protestantischer Prediger von der Färbung des Protestantenvereins, dann Virchow, der erklärte Atheist, zuletzt Lasker, der Jude.

Am zweiten Tage folgten Bismarck, Falk und Gneist, in welch letzterem man bereits gewohnt war, die Verkörperung des kirchenfeindlichen Princips zu sehen. Bismarcks Argumente waren Angriffe gegen Centrum, Polen und Welfen, mit besonders scharfer und persönlicher Wendung gegen Windthorst. Dieser hatte bisher mit Reichensperger und dem conservativen Abgeordneten Strosser den Widerstand gegen das Gesetz allein geführt. Am dritten Tage kam auch Mallinckrodt ins Feuer, um die verschiedenen Angriffe heimzuleuchten. In mehr als einer Hinsicht hat diese Rede Berühmtheit erlangt.

Das neue Gesetz selbst kennzeichnete er als die „Proclamirung der Dictatur des Ministers" über die Schule, in einem Augenblick, wo das Vertrauen auf die Träger der Regierungsgewalt tief erschüttert ist, wo die Regierung gemeinsame Sache macht mit dem Liberalismus, dem falschen Liberalismus, „der seinen Namen doch eigentlich führt wie lucus a non lucendo".

„Wo will die Regierung hinaus und wo kommt die Regierung hin?" rief er warnend. „Meine Herren, das sind zwei Fragen, die ich beide nicht zu beantworten vermag; allein ich fürchte, die Antwort, welche die Zukunft gibt, möchte bei den beiden Fragen verschieden ausfallen, der Endpunkt möchte ein ganz anderer sein als der, der beim Ausgang ins Auge gefaßt war." ... „In demselben Augenblick," so schloß er die Rede, „wo die Regierung die Dictatur über die Schule fordert, in demselben Augenblick plädirt der Herr Abgeordnete Virchow für den Schulzwang. Meine Herren! Die Bewegung [der Regierung] von rechts nach links, die deutlich erkennbar ist, mahnt zur Vorsicht. Man weiß nicht, bis zu welchem Punkt sie führt; man weiß nicht, wie weit die Regierung geneigt ist, sich aus Erwägungen allgemeiner Politik auch auf dem Gebiete der Schule und Kirche treiben zu lassen.

„Der Herr Ministerpräsident hat, wenn ich mich nicht sehr irre, während seiner politischen Laufbahn nicht bloß in mancher Beziehung den Kaiser Napoleon zum Muster genommen, sondern auch, meine Herren, den einen oder andern berühmten italienischen Staatsmann. Und, meine Herren, das macht mich um so bedenklicher, das zwingt mich, Sie zu warnen vor Annahme eines Gesetzes, was in Wirklichkeit nichts ist als die Dictatur."

Aber weit mehr noch, als die in diesen Ausführungen gegebene, nur allzu wahre Würdigung des Gesetzes selbst, erregte damals und erregt noch heute der erste Theil der Rede das Interesse, in welchem Mallinckrodt auf die Gegenreden der zwei vorhergegangenen Tage die Erwiederung gibt. Schlag auf Schlag überführte er vor allem Virchow eines ganz falschen Begriffs der Unterrichtsfreiheit, eines vollendeten Abfalls vom wahren Liberalismus, vom echten ehrlichen Freiheitssinn, der falschen und verstümmelten Anführung eines Satzes der päpstlichen Encyklika und der völligen Unklarheit über den Unterschied von Gesetz und Recht, Begriffe, mit denen Virchow „Ballspiel

treibe". Dann wandte er sich gegen die Angriffe, die tags zuvor Bismarck gegen das Centrum, vor allem gegen Windthorst geschleudert.

„Es hat denn auch", begann er, „der Herr Ministerpräsident an der Discussion sich betheiligt, und ich wiederhole auch heute, daß es mir sehr erfreulich sein würde, wenn der Herr Ministerpräsident uns mit seiner Gegenwart hätte beehren wollen. Ich kann mir aber trotzdem nicht versagen, auf seine Aeußerungen zu antworten. Er hat sich sofort in die politische Atmosphäre versetzt, hat die confessionelle Spannung betont und den Wunsch nach confessionellem Frieden geäußert. Und um den Frieden anzubahnen, hat er für das geeignetste Mittel gehalten, eine Diagnose des Centrums zu geben."

Mallinckrodt wies hin auf die bisher so oft vom Ministerpräsidenten gehörten Anklagen wegen der „confessionellen Fraction" und fuhr dann fort:

„Nun vergleichen Sie den gestrigen Ausruf: ‚Ja confessionelle Fraction! Wäre sie doch nur confessionell! Aber sie ist belastet mit fremden Elementen.' Und dann sind uns denn die fremden Elemente vorgeführt worden, in erster Linie der Abgeordnete für Meppen als geschäftsführendes Mitglied des ‚Centrums'." — Eben jetzt trat Bismarck in den Saal. —

„Ich werde zunächst das thatsächliche Verhältniß berichtigen müssen. Die Wahrheit ist, daß das Centrum gar kein geschäftsführendes Mitglied, gar keine Spitze, die in einem Mitgliede besteht, hat; es hat einen Vorstand, der aus acht Mitgliedern — also recht reichlich, meine Herren — besteht, und eines dieser Mitglieder ist der Abgeordnete für Meppen. Es besteht dort keinerlei Unterordnung, keinerlei Recht des Vorsitzes. Ich kann en passant hinzufügen, daß zufällig der Abgeordnete für Meppen keineswegs dasjenige Mitglied ist, das in der Fractionssitzung gewöhnlich den Vorsitz zu führen pflegt. Es besteht auch keine Solidarität unter den verschiedenen Mitgliedern der Fraction in Beziehung auf ihre Abstimmungen, im Gegentheil, es ist Grundsatz, statutenmäßiger Grundsatz: vollständige Freiheit der Abstimmung. Also auch eine Verantwortlichkeit für etwaige extravagante Abstimmungen oder Aeußerungen einzelner Mitglieder liegt keineswegs der Gesammtfraction auf. Aber, meine Herren, wir haben allerdings bestimmte Principien, die von uns allen als maßgebend anerkannt sind, und ich habe erst vor wenigen Tagen die Ehre gehabt, Ihnen diese Principien vorzuführen. Der Herr Ministerpräsident hat dann den Herrn Abgeordneten für Meppen mit Wallenstein verglichen, der im Handumdrehen sich eine Armee geschaffen, und hat eine Reihe von Klagepunkten daran gehangen, um endlich zu dem Rathe zu kommen: ‚Machen Sie sich los von diesem Elemente'. Er hat uns den Frieden geboten unter der Bedingung der Losmachung von diesem Elemente. Nun, meine Herren, dabei sind zwei betheiligt: zunächst der Herr Abgeordnete für Meppen, — dessen Anwalt brauche ich nicht zu sein, der hat sich gestern geäußert; — dann aber das Centrum selbst, und in dessen Namen spreche ich. Meine Herren, wir wünschen den Frieden so aufrichtig wie jemand; wenn man uns aber den Frieden bietet unter der Bedingung, daß wir ein einziges Mitglied, auch nur einen unserer Kampfgenossen preisgeben und ausliefern, das halten wir für eine Beleidigung, und eine solche Proposition, die weisen wir ohne alles Bedenken sofort und entschieden ab! Die Versuchung, meine Herren, ist nicht stark genug, damit wir unterliegen. Wir sind stolz darauf, in unserer Mitte ein so hervorragendes Mitglied zu haben wie den Abgeordneten für Meppen. Meine Herren, man hat eine Perle annectirt,

und wir haben die Perle in die richtige Fassung gebracht. Und glauben Sie nicht, meine Herren, daß dieser unser Geschmack so vereinzelt im Lande. Lassen Sie sich versichert sein, daß es wenige Namen gibt, die in weiten Kreisen des Landes, auch der altpreußischen Provinzen, so populär sind, wie der Name des Abgeordneten für Meppen.

„Es sind ferner als fremdes Element bezeichnet worden: ‚welfische Protestanten'. Nun, meine Herren, wir würden Protestanten — christgläubige Protestanten verstehe ich aber —, wenn sie sich nur auf der Grundlage unseres Programmes anschließen wollten, nicht weniger herzlich willkommen heißen als die Protestanten aus Hannover. Aber, meine Herren, es ist eigen, es besteht nun einmal eine gewisse Zurückhaltung, eine gewisse Aengstlichkeit auf protestantischer Seite, in eine solche Verbindung einzugehen. Auch die ‚welfischen Protestanten' haben sich uns keineswegs so ohne weiteres und unbedenklich angeschlossen. Sie haben sich die Sache sehr ernstlich überlegt, sie haben lange Zeit beobachtet; sie haben aber gefunden, daß das Centrum der treue Vertreter wahrhaft conservativer Gedanken ist; sie haben gefunden, daß auf keiner Seite dieses Hauses die Principien, denen auch sie huldigen und die ihren Ausdruck in unserem Programm gefunden haben, mit gleicher Entschiedenheit und gleicher Vollständigkeit vertreten werden, wie auf unserer Seite. Und deshalb, meine Herren, haben sie sich uns angeschlossen, und deshalb haben wir sie herzlich willkommen geheißen, und je näher wir den Männern getreten sind, um so mehr haben wir uns überzeugt, wie äußerst gediegene Charaktere sie sind, und um so mehr haben wir sie liebgewonnen. Wir haben sie auch kennen lernen als Männer von echt deutscher Gesinnung, so deutscher Gesinnung, wie kein anderer sich besserer rühmen kann, und deshalb betonen wir das auch ohne Scheu und ohne Rückhalt: die welfischen Protestanten sind uns liebe Genossen."

Sofort nachdem Mallinckrodt seine lange Rede geendet, erhob sich Bismarck gegen ihn, dann Lasker, und mit beiden hatte der Redner noch ein scharfes Gefecht zu bestehen.

„Der Herr Vorredner hat sich so persönlich an mich gewandt in dem ersten Theile seiner Aeußerungen, gerade in dem Moment, als ich den Saal betrat," begann der Ministerpräsident, „daß ich genöthigt bin, doch mit einigen Worten meine gestrigen Aeußerungen wiederum richtigzustellen gegen die allbekannte Gewohnheit einer gewissen Schule, die Aeußerungen des Gegners, sei es auch nur durch einige Auslassungen, so zurechtzulegen, wie man sie als unmotivirt und unberechtigt darstellen kann."

Dann auf seine Aeußerungen über Windthorst übergehend, fuhr er fort:

„Ich habe damit nur bezeichnen wollen — und der Herr Vorredner bestätigt mir meine persönliche Auffassung —, daß der Herr Abgeordnete für Meppen in seiner Fraction an Begabung, an politischem Blick so ungewöhnlich hervorragt, daß er jederzeit sicher weiß, wohin die Führung gerichtet ist und welches Ziel erstrebt wird. Ich will nur wünschen, daß dies auch allen Collegen immer klar werde."

Dann führte er Mallinckrodts Ausspruch über die „Perle" an, der er seinerseits beistimmte:

„Ich theile dies in seinem Sinne vollständig; für mich aber hängt der Werth einer Perle sehr von ihrer Farbe ab, ich bin darin etwas wählerisch. . . ."

In der folgenden Sitzung, 13. Februar, wurde das Schulaufsichtsgesetz (im ganzen mit 216 gegen 174 Stimmen) angenommen; alles Reden der Centrumsmänner wie der Conservativen, die zum großen Theile hier mit dem Centrum gingen, war vergebens.

„Nachdem die viertägige Schulbataille endlich ihren Abschluß gefunden hat," schreibt Mallinckrodt 14. Februar, „ist anscheinend die ganze Welt darüber einig, daß Bismarck schlecht, das Centrum aber gut abgeschnitten habe." Bald veröffentlichten denn auch die katholischen Blätter ehrende Zuschriften, welche von den verschiedensten Seiten der Centrumsfraction und ihren Führern die Anerkennung und Zustimmung des katholischen Volkes aussprachen und von der wachsenden Begeisterung Zeugniß ablegten.

Den ernsten Kämpfen im Parlamente waren inzwischen innerhalb der Fraction auch zwei erhebende Tage zur Seite gegangen, für Mallinckrodt um so mehr wohlthuend, da sie zwei Männern galten, die in außergewöhnlicher Weise seine Hochachtung besaßen. Noch war die Schuldebatte nicht zu Ende gekämpft, als am Mittag des 12. Februar die Centrumsfraction zu Ehren des so hart und persönlich angegriffenen Abgeordneten Dr. Windthorst im Restaurant „Zum Leipziger Garten" ein großes Diner veranstaltete. Auch Abgeordnete der conservativen Partei betheiligten sich bei demselben. Kurz zuvor hatte das Centrum einen andern Gast in einer seiner Fractionssitzungen willkommen heißen können. Der ehemalige Führer der protestantisch-conservativen Partei und Rundschauer der „Kreuzzeitung", der Appellationsgerichtspräsident v. Gerlach, benutzte einen Aufenthalt in Berlin, um der Centrumsfraction des Landtages einen Besuch abzustatten, wie er auch im April 1871 einer Sitzung der Centrumsfraction des Reichstages beigewohnt hatte. Am Schluß der Sitzung sprach der ehrwürdige, achtzigjährige Greis sich in sehr freundlicher Weise über das aus, was er mit dem Centrum Gemeinsames habe und in den bisherigen Leistungen der Fraction ehrend anerkenne. In schöner und gehobener Rede antwortete ihm P. Reichensperger. An seine Ansprache, die von dem tiefen Eindruck zeugte, den der gegenwärtige Augenblick, zumal auf die alten Parlamentarier, unwillkürlich hervorbrachte, schloß sich sofort Mallinckrodt an in sehr herzlichen und schönen Worten. Er kam auf seinen Lieblingsgedanken zurück, daß alles, was noch wahrhaft conservativ und ernst christgläubig sei in Deutschland, sich einigen sollte mit dem Centrum zur gemeinsamen rettenden Aufgabe.

„Zu schnellem Siege", meinte er, „bedürfen auch wir der Allianz, und diese kann uns nur eine Partei bieten, welche selbst in dem positiven Boden christlicher Offenbarung wurzelt und die Autorität christlicher Glaubens- und Sittengesetze achtet."

Als Anfang Januar 1873 Gerlach in einem der rheinischen Wahlbezirke von der Centrumspartei als Candidat für das Abgeordnetenhaus gewählt wurde, war niemand mehr darüber erfreut als Mallinckrodt. Aus

seinem nächsten Freundeskreis war, wenn auch ohne sein ausdrückliches Vorwissen, der Vorschlag dazu gerüchtweise in die Blätter gebracht worden.

Einstweilen schien nach der Annahme des Schulgesetzes noch gar keine Aussicht auf baldiges Ende der Verhandlungen. Schon 18. Februar klagt Mallinckrodt, „er habe keine Zeit"; am 15. März, er sei „von dringenden Arbeiten überlastet". Zunächst betheiligte er sich lebhaft und mit großer Sachkenntniß an den verschiedenen Steuerdebatten, auch durch eigene Amendements. Dann war er Mitglied der Commission zur Berathung der neuen Kreisordnung für die östlichen Provinzen, und bei seiner großen Erfahrung in den Verhältnissen der verschiedenen Provinzen und ihrer Verwaltung griff er auch in den Verhandlungen des Hauses bei dieser Frage häufig ein.

Einen kleinen Zusammenstoß gab es 19. März mit dem Minister des Innern, Graf Eulenburg. Gegenüber der Commissionsvorlage, nach welcher die „Amtsvorsteher" vom Oberpräsidenten aus amtlich vorliegenden Candidatenlisten ernannt werden sollten, hatte Dr. Miquel den Aenderungsvorschlag eingebracht, derselbe solle durch Wahl bestimmt werden und zwar vom Kreistage aus der Zahl der Amtsangehörigen. Diesen Aenderungsvorschlag hatte der Abgeordnete Hänel durch einen Nebenantrag noch unterstützt, und das Centrum hatte in der Fractionssitzung beschlossen, dafür zu stimmen. Als nun die Antragsteller selbst aus Geschmeidigkeit gegenüber den Wünschen der Regierung unerwartet ihre Anträge fallen ließen, griff Mallinckrodt seinerseits dieselben wieder auf, enthielt sich aber mit Rücksicht auf das Haus einer eingehenden Begründung und Vertheidigung. Dafür wurde er vom Minister abgekanzelt, der Mallinckrodts Vorgehen als „Unhöflichkeit" bezeichnete gegen jene Herren, welche aus „Connivenz" gegen die Regierung ihr Amendement zurückgezogen hätten. Zugleich erklärte es Eulenburg für jene Herren, welche so gethan hatten, als Pflicht der „Höflichkeit", die sie der Regierung schuldeten, jetzt gegen den von Mallinckrodt befürworteten Antrag zu stimmen. Mallinckrodts Antwort ließ nicht auf sich warten.

„Ich habe mich doch noch einmal wieder zum Wort melden müssen", erwiederte er. „Ich lasse es mir angelegen sein, in vielen Dingen Höflichkeit zu üben, und ich glaube das eben erst wieder an den Tag gelegt zu haben, indem ich auf die Wünsche des Hauses, die mir durch die früheren Schlußannahmen klar genug geworden sind, die Rücksicht genommen habe, meinerseits auf das Wort zu verzichten, wo es mir nicht dringend nothwendig schien, es zu ergreifen. Allein, meine Herren, auf den Gedanken bin ich allerdings noch nie gekommen, daß ich meine Vota für oder gegen eine Gesetzesvorlage aus Rücksichten der Höflichkeit herleiten sollte, das habe ich bisher nie zu thun gepflegt, und ich hoffe, daß ich niemals so weit sinken werde, aus Höflichkeit Gesetze zu votiren. . . .

„Nun, meine Herren," fuhr er nach längeren Ausführungen fort, „wenn es sich mit der liberalen Partei so verhält, wie Sie annehmen, und anders, als wie ich anzunehmen geneigt bin — ich nehme nämlich an, daß ‚Liberalismus' Unfreiheit

bedeutet —, wenn es sich anders verhält — nun, meine Herren, weshalb geben Sie das Princip der Wahl so leichten Kaufes auf? Weshalb nehmen Sie dann Veranlassung, Ihren Rückzug zu decken, indem Sie uns ausführen, das Wählen wäre eigentlich gar nicht so wichtig? Es sei nicht allzu wichtig, denn je nachdem die Behörde die Sache griffe, wüßte sie die Bedeutung der Wahl doch zu paralysiren. . . . Wir wollen nicht ein für allemal, nicht schlechthin das Ernennungsrecht der östlichen Provinzen. Wir wollen es am wenigsten in einem Augenblick, wo die Regierung sich darin, ich möchte sagen, gefällt, ostensibel feindselig uns entgegenzutreten. . . ."

An dem gleichen 19. März war die auch von Mallinckrodt mitunterschriebene Interpellation Schorlemer-Alsts an die Regierung eingereicht worden wegen eines bei einer Haussuchung in Posen confiscirten und 14. März dann in der „Kölnischen Zeitung" veröffentlichten Privatbriefes des Abgeordneten Dr. Windthorst.

Sobald mit Ende Februar die Landtagsgeschäfte etwas Raum gelassen hatten, war Mallinckrodt mit seiner Gattin nach Merseburg gereist, die dortige Wohnung vollends zu räumen und den Transport des Mobiliars nach Borchen zu bewerkstelligen. Am Abend des 10. März aus Westfalen zurückgekehrt, kam er eben recht, um sich an der Trauerfeierlichkeit für den am 9. d. M. verschiedenen Geheimen Oberregierungsrath Ulrich zu betheiligen, der, einer der Räthe der katholischen Abtheilung, die schnöde und rücksichtslose Zerstörung seines bisherigen Wirkungskreises nicht lange überlebt hatte.

Drei Tage später stand Mallinckrodt am Sarge eines andern, ihm persönlich noch näher stehenden Freundes. Am 14. März 1872, vormittags 11 Uhr, schied der Wirkliche Geheimerath und Kammerher v. Sydow aus diesem Leben. Bekannt durch die vielen treuen Dienste, die er als Regierungspräsident von Sigmaringen, als preußischer Gesandter bei der Eidgenossenschaft, wie als Gesandter in Hessen-Kassel und Frankfurt seiner Regierung geleistet hatte, war er besonders noch seit 1870 hochverdient als Vorstand des Vereines für Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger. „Von Sydow weiß ich nichts zu sagen," hatte Mallinckrodt noch 13. December 1870 an Frau v. Laßberg, dessen Schwägerin, geschrieben, „als daß er ganz Verein ist." In unvergeßlichem Andenken steht er aber besonders bei jenen, welche Gelegenheit hatten, in Sigmaringen Zeugen seiner fürstlichen Gastfreundschaft zu sein oder in Kassel und Berlin im Sydow'schen Hause zu verkehren, das so viele auserwählte, hochbegabte Menschen zu vereinen pflegte. Mallinckrodt hatte sich schon als junger Beamter Sydows besonderer Gunst erfreut und war ihm später durch Vermählung mit Else, dem Liebling des Sydow'schen Ehepaares, noch näher getreten. „Onkel Sydow" stand von da an wie ein Verwandter dem Kreise Hermann v. Mallinckrodts nahe, und dieser sollte auch der einzige

Freund am Sterbelager des Mannes sein, dessen freundschaftliche Verbindungen sich einst über ganz Deutschland und weit über dessen Grenzen hinaus erstreckt hatten.

Schon Mitte Februar hatte Mallinckrodt ernste Sorgen über Sydows Gesundheitszustand geäußert, obwohl einstweilen eine Gefahr für dessen Leben nicht erkennbar war. Aber als er mit Else aus Westfalen zurückkam, hatte sich das Unwohlsein über Erwarten rasch entwickelt.

„Als Else Dienstag Mittag bei Sydow vorging," schreibt Mallinckrodt 15. März, „fand sie ihn seit Montag Mittag (11. März) bettlägerig und so bedenklich, daß sie eiligst nach einer Diakonissin oder Grauen Schwester umherfuhr. Mir begegnete sie auf der Straße, benachrichtigte mich und griff demnächst auch den Prediger Windel[1] auf und brachte ihn mit zu Sydow. Ich fand den Kranken in einem Zustand, wo er die Besuchenden wohl noch erkannte, aber nichts mehr sprach, als einigemal die Worte: ‚O Gott!' Er nahm noch Wasser und Wein und ein paar Schluck Bouillon, er faßte wiederholt mit der Hand ins Haar, resp. auf den Kopf, und machte auf der Stirn öfter zwei oder drei Kreuze oder auch wohl nur Bewegungen in der Form von Strichen. Der Puls war noch ziemlich kräftig. Der Kranke zog bald die Decke hoch herauf, bald trat er sie langsam ab und zeigte Neigung, aus dem Bett zu steigen. Der Kopf zeigte etwas Hitze, die Füße waren eher kalt als warm. Windel fragte ihn wiederholt, ob er den Prediger Büchsel und ob er das Abendmahl wünsche, was er verneinte.

„An die Stelle des geschilderten Zustandes trat Mittwoch früh Agonie — Ruhe mit halb geschlossenem, gebrochenem Auge, vermuthlich ohne Bewußtsein; der Puls bald ganz schwach, selbst aussetzend, bald wieder stärker; der Athem nicht schwer, wenn auch beim Ausathmen hörbar; keinerlei Nahrung mehr. Dieser Zustand dauerte bis Donnerstag 11 Uhr, wo Sydow ganz sanft verschied, während Frau v. Seelhorst, Elsbeth, eine Diakonissin, der Bediente und die Köchin am Bette knieten. Gott gebe ihm das ewige Leben!

„Der Arzt sagt, die Krankheit sei Jahre alt, und nennt sie chronischen Darmkatarrh. . . . Der Gottesdienst, zu welchem König und Königin sich angesagt haben, ist Montag 11 Uhr in der Matthäikirche, und wird von da aus die Beerdigung statthaben. Windel hält den Trauerdienst."

Indessen erschien doch nur die Kaiserin mit den Mitgliedern des Deutschen Centralcomité und des vaterländischen Frauenvereins, um die

[1] Der evangelische Prediger Dr. Windel wird als persönlich befreundet auch sonst in Mallinckrodts Briefen erwähnt. „Jetzt schließe ich," bemerkt er z. B. im Briefe an Frau v. Laßberg 1. Januar 1872, „weil Dr. Windel gekommen ist und ich mich ihm widmen muß." Auch noch in den letzten Wochen vor seinem Tode hat er ihn bei sich gesehen, 19. Mai 1874; acht Tage, bevor er starb, war er bei Windel, um Abschiedsbesuch zu machen. Unter den Beileidsschreiben an Frau v. Mallinckrodt, nach dem Tode ihres Gatten, findet sich auch ein schöner Brief Dr. Windels vom 30. Mai 1874 (Todtenklage S. 34), der von guten Beziehungen zwischen den beiden Männern Zeugniß gibt.

beide Sydow große Verdienste hatte, zu der Trauerfeier. Mallinckrodt war mit zum Testamentsvollstrecker ernannt. Er hatte an dem Verstorbenen einen treuen und einflußreichen Gönner verloren.

Die Landtagsverhandlungen nahmen ruhig ihren Fortgang. Endlich war Ostern da, wo Mallinckrodt gehofft hatte, für die nöthigen Einrichtungen nochmals nach Borchen reisen zu können; da brachen bei den Kindern die Masern aus, alle fünf lagen zu Bett, und er sah sich gezwungen, bei der Gattin in Berlin zu bleiben. Nur einen Trost hatte er in dieser Zeit: am 26. März sandte er sein Abschieds- resp. Pensionsgesuch nach Merseburg ab. Seine Gattin hatte längst gewünscht, daß er so thun solle, allein seine pecuniären Verhältnisse hatten ihn nur schwer auf sein Gehalt verzichten lassen. Erst seit der Uebernahme von Borchen trat diese Rücksicht mehr in den Hintergrund; die Richtung, welche die obersten Leiter der Staatsregierung in Bezug auf die Kirche wie auf die ganze innere Politik einzuschlagen begonnen hatten, beschleunigte seinen Entschluß. Zum 1. Mai schrieb die „Germania": „Herr v. Mallinckrodt hat die von ihm erbetene Entlassung heute erhalten."

Unterdessen war 8. April der Reichstag wieder eröffnet worden. Der Landtag dauerte noch immer fort, und erst am 10. Juni gelang es hauptsächlich den Bemühungen der Conservativen und des Centrums, eine Vertagung der Landtagsverhandlungen bis 22. October herbeizuführen. Gar gern hätte Mallinckrodt zu Anfang April die Osterferien nachgeholt. Allein die Kinder litten noch an Nachwehen ihrer Krankheit, und die Gattin fühlte sich mehr als sonst angegriffen und ermüdet.

„Diese Dinge halten mich noch fest", schreibt Mallinckrodt am Tage der Reichstagseröffnung, „und außerdem der Umstand, daß bei Beginn des Reichstags unsere Fraction wahrscheinlich gar spärlich vertreten sein wird. Den Wunsch, recht bald auf acht Tage abzukommen, brauche ich nicht zu betheuern."

Bereits 12. April griff er in Sachen der Wahlprüfung energisch ein. Am 15. April wurde er mit Dr. Moufang unter die 28 Mitglieder der Petitionscommission gewählt. Am 17. warf er „zur Herstellung des Gleichgewichtes" sein Wort in die Wagschale, indem er der öfter bemerkten Neigung entgegentrat, „da wo es sich um eine Collision handelt, allemal den kleineren Regierungen die Schuld beizumessen". Er „fühle das Bedürfniß, unbillige Anklagen abzuwehren", erklärte er, und that es diesmal zu Gunsten der bayerischen Regierung. In Bezug auf den verhandelten Gegenstand trat er mit dem sehr zeitgemäßen Rathe hervor, ihn nicht in Hast abzumachen, sondern in einer Commission durchzuberathen. Die Gründe, die er dafür geltend machte, fanden ausnahmsweise so viel Anklang, daß Lasker sich dieselben sofort aneignete und nach dessen Antrag die Commissionsberathung beschlossen wurde. Da sich Reichensperger fleißig an den Debatten betheiligte

und jetzt auch Windthorst eintraf, hätte Mallinckrodt leicht für einige Zeit abkommen können und hatte auch bereits den 20. April für die Abreise bestimmt; aber jetzt erkrankte wieder einer der Söhne, und er mußte bleiben.

Abgesehen von Geschäftsordnungsdebatten waren es hauptsächlich zwei Fragen, welche Mallinckrodt in dieser Session des Reichstages in die Schranken riefen. Obgleich Preuße durch und durch und keineswegs schwärmerisch eingenommen für die Zustände in den Südstaaten, betrachtete er es als seine wie seiner Fraction besondere Aufgabe, dem ungestümen Streben nach Centralisation gegenüber, die verfassungsmäßigen Rechte der Mittel- und Kleinstaaten zu vertheidigen. So war mit dem zweiten Alinea des § 28 der Verfassung die Bestimmung gegeben, daß bei Berathungsgegenständen, welche den Norddeutschen und den Südstaaten nicht gemeinsam seien, die Vertreter der nichtbetheiligten Staaten nicht mitzustimmen hätten. Diese Festsetzung, obgleich auf den Bundesverträgen selbst beruhend, war der liberalen Mehrheit des Hauses ein Dorn im Auge, sie sahen darin „einen Keil, der benutzt werden könne, um die Einheit des Reiches noch weiter zu zerreißen und die über den Main geschlagene Brücke zu unterminiren". Daher war man mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit darauf aus, gegen die Beobachtung dieser Bestimmung sich zur Wehr zu setzen, auch da, wo die gesetzliche Nothwendigkeit ihrer Anwendung aufs klarste gegeben war. Mallinckrodt und seine Gesinnungsgenossen erkannten aber dabei als treibende Tendenz die Absicht, die Reservatrechte der einzelnen Südstaaten zu beseitigen, die Reichsverfassung in centralistischer Richtung zu verändern. Diesem Zerreibungsproceß, an welchem der Bestand der Einzelstaaten allmählich zu Grunde zu gehen drohte, leisteten sie entschlossenen Widerstand. Wiederholt hatte auch in früheren Sessionen Mallinckrodt auf diese Bestimmung der Verfassung hingewiesen und Sorge getragen, daß derselben nicht präjudicirt werde. 27. April 1871 hatte sich sogar eine längere Debatte darüber entsponnen, aber ohne daß die Sache damals zum Austrag gekommen wäre. Aber 13. Mai 1872 gelang es ihm, abermals nach erregter Debatte, die Beobachtung des Verfassungsartikels siegreich durchzusetzen. Als dann bereits 22. Mai ein Antrag über Abänderung dieses Artikels der Reichsverfassung zur Verhandlung kam, setzte er sich mit Dr. Windthorst diesem Vorschlag aufs entschiedenste entgegen.

Mehr noch aber beschäftigte ihn das in dieser Session eingebrachte zweite große Ausnahmegesetz, womit der Culturkampf eingeleitet wurde. Schon 13. November 1871 hatte Bischof Ketteler aus Berlin geschrieben, jeden Augenblick höre man, daß „neue Scandale" gegen die Kirche vorbereitet würden, von Anträgen gegen die Jesuiten u. s. w.; er glaube aber, daß dies für später verschoben sei, um dann um so sicherer durchgeführt zu werden. In der That war die Jesuitenfrage schon damals im Fluß. Bereits 1870 hatte Bluntschli auf dem Protestantenvereinstag als Antwort

auf die Beschlüsse des Vaticanischen Concils die Ausweisung der Jesuiten aus Deutschland in Vorschlag gebracht, schon damals sprach man davon in öffentlichen Blättern. Im September 1871 hatte der Altkatholikencongreß in München eine dahin lautende Resolution aufgestellt, am 4. October war der Protestantentag in Darmstadt hierin gefolgt; 8. October erließ der Präsident dieses Tages (Bluntschli) sein geheimes Rundschreiben zum Zweck der Organisation der Jesuitenhetze. Wirklich ging jetzt eine beträchtliche Anzahl von Petitionen theils aus „altkatholischen", theils aus protestantischen Kreisen ein, welche an den Reichstag das Ansinnen stellten, die Jesuiten aus dem Vaterlande auszuweisen. Die Dinge lagen indes zu klar, als daß man das katholische Volk über die Ziele dieser Hetze hätte täuschen können. Es sah in dem Angriff auf diesen einen kirchlichen Orden den maskirten Sturmlauf gegen die Freiheit, Selbständigkeit, ja gegen die Existenz der katholischen Kirche in Deutschland. Daher liefen jetzt auch von katholischer Seite massenhafte Petitionen zu Gunsten der angegriffenen Ordensleute ein, namentlich aus jenen Gegenden, wo diese seit Jahrzehnten gewirkt hatten. Es wurde ihrem Wirken wie ihrem sittlichen Wandel von allen Seiten ein ehrendes und anerkennendes Zeugniß ausgestellt.

Schon als Mitglied der Petitionscommission hatte Mallinckrodt Veranlassung, gerade dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Mit derselben Frage hatte er einst 1852/53 seine parlamentarische Laufbahn begonnen. Ohne jemals gerade persönlich den Jesuiten näher getreten zu sein, wie dies in Bezug auf die PP. Dominikaner der Fall war, hatte er inzwischen sehr günstige und reichliche Gelegenheit gehabt, ihr Wirken auf den verschiedenen Gebieten kennen zu lernen. In Dortmund, Aachen, Paderborn hatte er ihren Predigten, Missionen und Exercitien beigewohnt; mit der Familie seines Bruders auf Böddeken standen mehrere Jesuitenpatres in freundlichem Verkehr, besonders P. Roh war daselbst ein häufiger Gast. Die Schwester-Oberin, wie der Schwager in Paderborn, hatten das Wirken der Jesuiten stets vor Augen; seine verstorbene Schwester in Wiedenbrück hatte einer Mission, später nochmals Frauenexercitien bei ihnen mit großer Erbauung angewohnt. Von den Laßberg'schen Söhnen, über die Mallinckrodt wie über die eigenen Kinder wachte, hatten bis jetzt vier bei den Jesuiten in Feldkirch studirt, er selbst hatte dort die Einrichtungen der Anstalt in Augenschein genommen. Mit dem einen oder andern der Patres, besonders P. Roh, war er wiederholt in Verkehr getreten; einer seiner Mündel, Freiherr Joseph v. Laßberg, gehörte seit 1867 selbst dem Orden an. Wenn ihm am Jesuitenorden etwas besonders gefiel, so war es neben der Hochhaltung des Autoritätsprincips die Wahrung der Persönlichkeit des einzelnen, wie sich diese namentlich in der Beibehaltung des Familiennamens kundgab. In diesem Sinne äußerte er sich selbst gegen ein Mitglied eines andern Ordens.

Daß er über die Bedeutung der jetzt künstlich angezettelten Jesuitenhetze mit sich im klaren war, äußerte er schon bei deren Anfängen in der Debatte über den Kanzelparagraphen (28. November 1871).

„Wenn nun der Herr v. Lutz", sagte er damals, „den gesammten Clerus der Gegenwart, wenigstens so ziemlich alle, für identisch erklärt mit dem Jesuitismus, dann fragt man sich, nach welcher Seite hin die Parallele trifft. Ist der gesammte Clerus wirklich so bitterböse, wie die Jesuiten geschildert werden, oder sind umgekehrt die Jesuiten so unschuldig wie der ganze übrige Clerus? Ich meinerseits acceptire den Vergleich, ich habe nichts dagegen zu erinnern. Wenn Sie sagen: ‚Der Clerus ist mit dem Jesuitismus identisch', dann ist der allgemeine Ausdruck, in dem sich beides zusammenfassen würde, der Katholicismus."

Schon an den Commissionsberathungen, die 8. Mai begannen, betheiligte sich Mallinckrodt aufs nachdrücklichste. Erst bestritt ein Gesinnungsgenosse, Dr. Grimm als Correferent, die Competenz des Reichstags vom Standpunkte der Strafgesetzgebung aus, wie unter dem Gesichtspunkt des Vereinswesens. Er bestritt den stets wieder vorgeschützten „Nothstand des Staates", der durch „Bedrohung der Sicherheit und Existenz des Reiches" von seiten der 220 damaligen deutschen Jesuiten sollte herbeigeführt sein. Dagegen wies er hin auf die durch den beabsichtigten Gewaltact unvermeidliche Verschärfung der confessionellen Gegensätze im Reiche und auf die Gefahr, welche darin liege, einer herrschenden Tendenz nachzugeben, die in gleicher Weise, wie sie die Unabhängigkeit der Kirche bekämpfe, auch jeder Aeußerung der Macht und des Einflusses der Regierungen feindlich gesinnt sei. Mallinckrodt griff dann ein, um Dr. Grimm zu unterstützen und die von Gneist vorgebrachten Argumente zu widerlegen. Von einigen derselben meinte er, daß sie vernünftigerweise nur im Scherz genommen werden könnten, im Ernste aber bloß vom Standpunkt der vollständigen Negation des Christenthums.

„Diese Auffassung lassen wir uns nicht nehmen", so schloß er seine Ausführungen: „in dem Vorgehen gegen die Jesuiten sehen wir und werden wir immer sehen das Vorspiel von weiteren Angriffen und berufen uns zur Rechtfertigung dafür auch auf die 300jährige Geschichte, welche den Kampf, der gegen die Jesuiten begonnen, z. B. in den bourbonischen Ländern, recht eigentlich als kirchen- und staatsgefährliche Bewegung enden sehen läßt. Wolle man daher nicht tendenziöse Politik treiben, geleitet durch allgemeine einseitige Auffassungen; wolle man gerecht und nicht willkürlich auch gegen die Privatinteressen zahlloser einzelner und Familien Deutschlands zu Werke gehen! Gerecht aber könne man nur auf Grundlage von Thatsachen, nur gegenüber präcisirten, scharf hingestellten Klagepunkten, nicht aber vagen, phrasenhaften Anklagen, und unter Gewähr der Möglichkeit der Vertheidigung, dieses ersten Erfordernisses der Gerechtigkeit, sein. Alle bis jetzt vorgebrachten Anklagen seien unrichtig, ungreifbar, auf Vorurtheil oder Feindseligkeit beruhend."

In der zweiten Commissionssitzung brachte dann Mallinckrodt für den Fall, daß der Antrag Dr. Grimms abgelehnt werde, einen Eventualantrag ein auf gerichtliche Untersuchung der gegen die Jesuiten vorgebrachten Beschuldigungen. Bei der Schlußabstimmung, der sämmtliche 28 Commissionsmitglieder anwohnten, erhielt der Antrag Grimms auf motivirte Tagesordnung sieben Stimmen, der Eventualantrag Mallinckrodts nur fünf (Moufang, Grimm, Schels, Jacobi [Liegnitz]); bei dem von Gneist befürworteten Antrag wurde das erste Alinea mit 24, das zweite mit 16 Stimmen angenommen. Eines wenigstens vermochte Mallinckrodt in der Commission noch durchzusetzen. Auf seinen Antrag wurde der Berichterstatter genöthigt, seinem Berichte eine vollständige Statistik der eingelaufenen Petitionen beizugeben. In der Commission selbst waren fünf officielle Petitionsverzeichnisse vorgelegt worden, die den Jesuiten günstig, 55, die ihnen feindlich waren, und doch war thatsächlich das Zwanzigfache an freundlichen Kundgebungen eingegangen.

Am 10. Mai wurde der Commissionsbericht unterschrieben. Am 15. begann die erste Jesuitendebatte, nachdem schon der vorhergehende Tag ein Vorpostengefecht oder, wie A. Reichensperger treffend hervorhob, den Beweis gebracht hatte, daß man „Händel suche". Die Verhandlung über die Weigerung des Papstes, dem Cardinal Hohenlohe die Annahme des preußischen Gesandtschaftspostens zu gestatten, sollte für den folgenden Kampf in die rechte Stimmung versetzen. Schon vorher war durch die officiösen Blätter dieser Schritt des Papstes als „besonderes Verdienst der Jesuitenpartei" mit der Jesuitenfrage in Zusammenhang gebracht worden.

Die Reihe der Redner eröffnete Dr. Moufang, der in sehr sachgemäßer und überzeugender Rede den ganzen Stand der Frage darlegte, den Ursprung der Agitation, den Werth der Anklagen, die Natur der beabsichtigten Maßregel, das Ziel, auf das man zustrebe. Er befürwortete die Anträge, die Mallinckrodt jetzt auch im Plenum eingebracht hatte: den einen, über sämmtliche Petitionen zur Tagesordnung überzugehen; den andern, falls man das nicht wolle, den Reichskanzler zu gerichtlicher Untersuchung des Thatbestandes aufzufordern. Mallinckrodt verlangte, es solle die Regierung über Haltung und Wirksamkeit der Jesuiten während ihres mehr als zwanzigjährigen Aufenthaltes in den verschiedenen Gegenden des Reiches eingehende Erhebungen veranlassen und je nach dem Ergebniß Bestrafung der Schuldigen oder Genugthuung für die schuldlos Angeklagten herbeiführen.

Auf Moufangs Darlegung erwiederten noch am selben Tage drei Gegner der Jesuiten, darunter der Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, der Bruder des Cardinals. Auch die folgende Sitzung begann mit einer heftigen Rede gegen den Orden. Außer den besonnenen und ehrlichen Gegenvorstellungen des Demokraten Gravenhorst führte an diesem Tage P. Reichensperger in einer seiner meisterhaften Reden die Vertheidigung des so viel geschmähten

Ordens. Auch gegen ihn sprachen wieder drei Gegner des Ordens, darunter der „Katholik“ Dr. Lucius, der spätere landwirthschaftliche Minister. Mallinckrodt und Windthorst, Graf Ballestrem und der katholische Abgeordnete Schulz waren noch zum Wort gemeldet, allein nachdem man die drei Schmähreden gehört hatte, hielt man für gut, mit Stimmenmehrheit den Schluß der Debatte herbeizuführen. Im ganzen hatten neun Ankläger und nur zwei Vertheidiger des Ordens zum Wort kommen können.

Obwohl auf diese Weise des Wortes beraubt, fand doch Mallinckrodt noch die Gelegenheit, gegenüber dem schwer angegriffenen Orden einen Act edler Ritterlichkeit zu üben. Dr. v. Treitschke hatte eine persönliche Bemerkung dazu benützt, auch seinerseits auf den Orden noch einen Stein zu werfen. Er bemerkte, er habe früher schon „zu unterscheiden gewußt zwischen wirklichen geistlichen Orden, die dem ehrlichen kirchlichen Zweck der Seelsorge, der Krankenpflege und dergleichen sich widmen, und politischen Geheimbünden, welche unter geistlicher Maske reichsfeindliche Politik treiben“. Da meldete sich Mallinckrodt zur Geschäftsordnung:

„Ich wollte mir nur die Bemerkung gestatten,“ sagte er, „daß es meines Bedünkens den Sitten des Hauses nicht entspricht, wenn eine persönliche Bemerkung, wie eben von seiten des Herrn v. Treitschke geschehen ist, zu Invectiven benutzt wird, auf die dann, weil sie in Gestalt von persönlichen Bemerkungen geäußert werden, von anderer Seite nicht mehr geantwortet werden kann.“

Als nun der Präsident in der Sache ihm beistimmte, aber doch auf Erwägungen hinwies, die ihn veranlaßten, gerade den Herrn v. Treitschke in seiner Bemerkung nicht zu unterbrechen, erwiederte er fest:

„Wenn die Stellung des Abgeordneten v. Treitschke eine solche war, daß der Herr Präsident Veranlassung hatte, darauf besondere Rücksicht zu nehmen, dann ist meines Erachtens die Stellung der hier im Hause nicht anwesenden und angegriffenen Mitglieder des Jesuitenordens erst recht eine solche, auf die der Herr Abgeordnete v. Treitschke gebührende Rücksicht hätte nehmen und nicht sich Invectiven erlauben sollen, wie er sie sich erlaubt hat.“

So oft man auch vom Regierungstisch wie von der Tribüne des Hauses das Gegentheil betheuerte, gerade die Debatten im Hause hatten es über allen Zweifel klar gemacht, daß der Kampf nicht dem einzelnen Orden, sondern der Selbständigkeit und Freiheit, ja der Existenz der katholischen Kirche in Deutschland gelte. Dieser Ueberzeugung hat auch Mallinckrodt Ausdruck gegeben, als er 17. Mai an seinen Bruder schrieb: „Deo gratias, daß ich den Staatsdienst los bin — so habe ich namentlich gestern mehr als einmal gedacht.“

Nachdem noch Dr. Gneist als Berichterstatter in einer langen, feindseligen Rede sich ergangen hatte, schritt man zur Abstimmung. Aber zuvor gerieth der Präsident noch in einen lebhaften Geschäftsordnungskampf mit Mallinckrodt, der nicht zugeben wollte, daß man seinen Eventualantrag

dadurch von vornherein werthlos und wirkungslos mache, daß man ihn an das Ende aller Anträge schob, über welche der Reihe nach abzustimmen war. Allein trotz seines energischen Widerspruches und A. Reichenspergers Eingreifen in die Debatte wurde er von der Majorität niedergestimmt. Er bestand nun wenigstens auf namentlicher Abstimmung über die Hauptanträge. Mit 205 gegen 84 Stimmen wurde der Antrag des Irwingianers Wagener (damals Bismarcks besonderer Vertrauter) angenommen. Dieser Antrag, welcher vor dem Commissionsantrag den Vorzug erhielt, besagte:

es sollten alle betreffenden Petititionen an den Reichskanzler überwiesen werden „mit der Aufforderung, 1. darauf hinzuwirken, daß innerhalb des Reiches ein Zustand des öffentlichen Rechtes hergestellt werde, welcher den religiösen Frieden, die Parität der Glaubensbekenntnisse und den Schutz der Staatsbürger gegen Verkümmerung ihrer Rechte durch geistliche Gewalt sicherstellt; 2. insbesondere einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher ... die rechtliche Stellung der religiösen Orden ..., die Frage ihrer Zulassung und deren Bedingungen regelt, sowie die staatsgefährliche Thätigkeit derselben, namentlich der ‚Gesellschaft Jesu‘, unter Strafe stellt“.

Der Commissionsantrag hatte anscheinend viel schlimmer gelautet. Er hatte verlangt, die verbündeten Regierungen sollten veranlaßt werden,

„wo möglich noch in dieser Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Niederlassung von Mitgliedern der Gesellschaft Jesu und der ihr verwandten Congregationen ohne ausdrückliche Zulassung der betreffenden Landesregierung unter Strafe gestellt wird“.

Jetzt, da dieser Antrag abgelehnt war, schien für die laufende Session die Gefahr beseitigt, und im schlimmsten Falle handelte es sich nur um eine „Regelung der rechtlichen Stellung“ der Jesuiten im Reiche und eine „Strafe“ auf „staatsgefährliche Thätigkeit“, im Falle solche nachgewiesen werden könnte. Allein schon 11. Juni wurde dem Reichstage ein Gesetzentwurf völlig veränderten Inhaltes unterbreitet. Den Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu und den verwandten Congregationen könne, auch wenn sie das deutsche Indigenat besitzen, an jedem Orte des Bundesgebietes der Aufenthalt von der Landespolizeibehörde versagt werden; die erforderlichen weiteren Anordnungen werde der Bundesrath erlassen.

Mitten in diese Kampfeszeit hinein fällt Mallinckrodts Berufung zur Theilnahme an der außerordentlichen Schulconferenz beim Cultusminister, welche 12. Juni 1872 ihre erste Sitzung hielt. Diese Conferenz war zusammengesetzt theils aus Fachmännern, theils aus Politikern und zwar aus den verschiedenen Parteien, um den Anschein zu erwecken, als ob man auch auf die verschiedensten Standpunkte und Anschauungen Rücksicht zu nehmen gesonnen sei. Als Anhalt für die Berathungen wurden den einzelnen Mitgliedern eine Reihe von Sätzen und Fragen unterbreitet. Er dürfe voraussetzen, äußerte Dr. Falk bei der Eröffnung, daß in einem alle Theil-

nehmer der Conferenz übereinstimmten, in dem Interesse für das Volksschulwesen. Es sei nicht seine Absicht, durch Majoritätsbeschlüsse die Meinung der Conferenz constatiren zu lassen, es sei ihm vielmehr nur darum zu thun, die Meinung der einzelnen Mitglieder zu vernehmen, und er werde in der ausgesprochenen Ansicht der einzelnen nicht bloß die Anschauung dieses einen, sondern die Auffassung eines gewissen Kreises von Männern erkennen.

Der Regierungspräsident a. D. v. Kleist-Retzow war als Vertreter des orthodox-conservativen Standpunktes, der Prediger Richter (Sangershausen) als Vorkämpfer der nationalliberalen und protestantenvereinlichen, Mallinckrodt als der Anwalt der katholischen Anschauung[1] berufen. Leider aber dienten die meisten der Berufenen nur zur Coulisse, um nach außen Eindruck zu machen, in der That wurde das Stück gespielt nach vorher einstudirten Rollen.

Am 14. Juni bereits fand die erste Berathung des Gesetzentwurfes über die gegen die Jesuiten zu ergreifenden Maßregeln statt. Der Regierungscommissär Dr. Friedberg führte denselben mit einer Rede ein. Er bezeichnete das Gesetz als ein „Gesetz der Nothwehr"; „kein Gedanke und kein Charakter liege demselben ferner als der Gedanke einer Feindseligkeit gegen die katholische Kirche", es „solle ein Gesetz des Friedens sein". Er unterließ es nicht, dem Unrecht auch noch den Hohn hinzuzufügen, indem er hinwies auf die „Milde" der verbündeten Regierungen, welche den Weg der Strafgesetzgebung auf diesem Gebiete vermieden wissen wollten, „solange noch irgend welche mildere Mittel ausreichten". Er schloß mit dem Wunsche, der Leitstern der Verhandlungen möge „vornehme Ruhe" sein.

Die Antwort gab ihm Mallinckrodt in einer geradezu vernichtenden Kritik des Gesetzes sowohl nach der juristischen wie der ethischen Seite hin. Er kam zu dem Schlusse:

„Eine solche Vorlage ist eigentlich eine Bankerotterklärung der Legislatur. Ich habe wenigstens in meinem ganzen Leben kein altes und kein neues Gesetz vor Augen gehabt, was so grob gegen die allerersten Bedingungen aller Gesetzgebungskunst sündigte."

Am Ende seiner Rede gab er noch einmal sein Gesammturtheil:

„Ueber das eine bin ich mir vollständig klar: diese Gesetzesvorlage ist ein wahres horrendum, es ist eine wahre Mißgeburt von einem Gesetze, es ist eine Vorlage, die allen Anforderungen spottet, die man vom Standpunkte des Rechtes und der guten Sitten an die Gesetzgebung zu stellen vollkommen berechtigt ist. Eine solche Vorlage machen, das heißt die gesetzgebende Gewalt in Versuchung führen, ihre höchsten Pflichten, nämlich die Pflichten des Rechtsschutzes, des Schutzes der

[1] Als Fachmänner waren noch zwei gläubige Katholiken berufen, die Schulräthe Arnold aus Liegnitz und Dr. Kellner aus Trier. Schulrath Spieker aus Hannover vertrat die gläubig-protestantische Richtung. Im ganzen waren es außer dem Minister, dem Unterstaatssecretär und fünf Geh. Ministerialräthen zwanzig Mitglieder. Vgl. Dr. L. Kellner, Lebensblätter. Freiburg 1891. S. 495—502.

Rechtsordnung, hintanzusetzen und sich statt dessen zum Werkzeug der absolutesten Willkür herzugeben."

„Sie sehen," führte er aus, nachdem er die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes in ihrer Tragweite dargethan, „das Gesetz gewinnt in seiner weitesten Anwendung einfach den Charakter eines Aechtungsgesetzes, es führt zur Proscription, wie sie in den Zeiten des alten Römerreiches den Beginn des tiefsten Verfalles ankündigte. Die Herren werden sich alles dessen aus der Schule erinnern: wie das Proscribiren unter den Parteien erst anfing, da war der Untergang der Freiheit besiegelt. Merken Sie sich das, meine Herren!"

Um die „Milde" des Gesetzes zu beleuchten, zog er sodann die Parallele zwischen der vorgeschlagenen Behandlung der Jesuiten und der gesetzmäßigen Behandlung der Zuchthäusler.

„Also, meine Herren, dem verkommensten Subjecte gegenüber ist das Recht der freien Bewegung so weit sichergestellt, daß erst mit der Verurtheilung zur Zuchthausstrafe die Befugniß eintritt, ihm an einzelnen Orten den Aufenthalt zu versagen. Die Jesuiten sind noch nicht zu Zuchthaus verurtheilt, sind überhaupt noch nicht bestraft; es ist auch noch nicht einmal angedeutet, daß in 25 Jahren ein einziger eine gesetzwidrige Handlung begangen hätte. Und nun, meine Herren, hat die Reichsregierung, ich darf wohl sagen, die Stirn, ein Ausnahmegesetz vorzuschlagen, wodurch diese Männer, die von Hunderttausenden, die von Millionen im Lande verehrt werden wegen ihrer hervorragenden Tugenden und wegen ihrer hervorragenden gemeinnützigen Wirksamkeit, gestellt werden unter den Sträfling, wodurch man ihnen das Recht verweigert, das Recht auf Untersuchung, bevor bestraft wird."

Das war es gerade, was ihn am meisten empörte an diesem Gesetz und ihm Worte flammender Entrüstung auf die Lippen brachte: die Ungerechtigkeit.

„Meine Herren!" rief er aus in Bezug auf das ganze Gesetz, „das ist kein Rechtsspruch, das ist Parteigewalt. Ich habe mir damals erlaubt (im Mai d. J.), sowohl in der Commission als in diesem Hohen Hause die Aufforderung an Sie zu richten, so wie es bei jeder rechtlichen Prüfung einer Frage Herkommens und in der Ordnung ist, Sie mögen untersuchen, streng, ernst, und je nach dem Befunde strafen. Ich will mitstrafen, wenn der Befund Grund dazu bietet. Aber, meine Herren, den Schuldlosen zu verurtheilen ohne Spruch und ohne Recht, das war bisher im deutschen Lande nicht Sitte."

Den nun folgenden Gegenreden antwortete Windthorst in seiner geistreichen und einschneidenden Weise. Auf die gehässigen Schmähungen, durch die namentlich Dr. Völk aus Bayern sich hervorthat, erwiederte später in ruhigem und mannhaftem Tone ein anderer Süddeutscher, der Abgeordnete Probst aus Stuttgart, der von sich bekannte, daß er kein Verehrer der Jesuiten in dem oft gebrauchten Sinne, daß er in protestantischer Umgebung, mit Vorurtheilen gegen dieselben aufgewachsen sei, daß er aber, wenn auch

erst spät, dazu gekommen sei, einzusehen, „daß die Lüge es ist, die sich dieser Sache im höchsten Grade bemächtigt hat".

Windthorsts Antrag auf Commissionsberathung wurde am Schlusse der Sitzung abgelehnt. Aber das eine hatte Mallinckrodt erreicht, daß man ziemlich allgemein einsah, daß der Gesetzentwurf, wie er lag, aller Kritik spotte. Selbst ein heftiger Jesuitenfeind, der Abgeordnete Schulze (Berlin), erklärte im Namen seiner Parteigenossen (des Fortschrittes): „Für diese Gesetzesvorlage können wir nicht stimmen." Die nationalliberale „Weser-Zeitung" bezeichnete damals die Rede Mallinckrodts als „das Bedeutendste, was jetzt und vor vier Wochen für die Jesuiten überhaupt gesprochen worden ist"; die „Demokratische Zeitung" nannte dieselbe „ein Meisterstück, unwiderleglich in allen ihren Momenten". Es war nicht so sehr die größere rhetorische Schönheit einer Kunstrede, was diesen Eindruck hervorrief. Thatsächlich wurden in der jetzigen wie in der frühern Jesuitendebatte mehrere Vertheidigungsreden von seltener Vorzüglichkeit gehalten. Aber es war das Zielbewußte, die ganze Situation Beherrschende in jedem Satze, dabei die Kraft des empörten Rechtsgefühles und der tiefsten sittlichen Entrüstung, was unwiderstehlich wirkte. Mit dieser Rede war der Entwurf der Regierung gerichtet und die Annahme unmöglich gemacht. Es handelte sich darum, ob und in welcher Weise Aenderungsvorschläge eingebracht würden. Mallinckrodt war nicht ohne Hoffnung, daß der Schlag noch einmal abgewendet würde. „Diese Woche wird nun doch wohl die letzte hier sein," schrieb er 16. Juni (Sonntag), „und rechne ich auf Abreise am Samstag — früher kaum, wenn nicht etwa am Freitag. Uebrigens kann die Jesuitenfrage noch einen Querstrich machen, der dann aber auch ein Querstrich für die Gegner sein würde."

Schon zur zweiten Berathung des Entwurfes, 17. Juni, waren drei Abänderungsvorschläge eingebracht, und es folgte eine höchst merkwürdige Debatte, indem nicht nur Centrumsmitglieder, wie Freiherr v. Aretin und Graf Ballestrem, sondern auch Männer sehr verschiedener Parteistellung und Ueberzeugung über den Gesetzentwurf wie über die Aenderungsvorschläge ein entschiedenes Verwerfungsurtheil aussprachen. So that neben dem bayerischen Abgeordneten Dr. Gerstner aus der Fortschrittspartei, der es im übrigen an heftigen Schmähungen gegen die Jesuiten nicht fehlen ließ, auch der Abgeordnete Bebel in einer Rede, deren Standpunkt Grausen erregen könnte, die aber an Geist und Folgerichtigkeit die meisten anderen übertraf.

Mallinckrodt hatte sich diesmal nur sehr untergeordnet an der Debatte betheiligt durch Richtigstellung von Aeußerungen des frühern Berichterstatters, Dr. Gneist, über Vorgänge und Anschauungen in der Petitionscommission. Bei der dritten Berathung, Mittwoch den 19. Juni, sprach er gar nicht mehr. Die beiden Reichensperger, Graf Spee und H. v. Kesseler führten die Vertheidigung, auch der Abgeordnete Lasker sprach sein Verdict über

das Gesetz. In der vom Abgeordneten Meyer und Genossen vorgeschlagenen veränderten Form wurde das Ausweisungsgesetz gegen die Gesellschaft Jesu und verwandte Orden mit 181 gegen 93 Stimmen angenommen. Zwei Abgeordnete hatten sich der Abstimmung enthalten; der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Bähr hatte außer seiner Abstimmung gegen das Gesetz einen besondern motivirten Protest dagegen eingereicht. Noch in der gleichen Sitzung wurde der Reichstag geschlossen.

---

3. Im eigenen Heim (1872).

Samstag den 22. Juni 1872 langte Hermann v. Mallinckrodt mit seiner Gemahlin im „Neuen Reiche an der Alme", in Nordborchen, an. Die Ankunft war so rasch und unerwartet erfolgt, daß zu großen Empfangsfeierlichkeiten seitens der Gemeinde die Zeit nicht mehr ausgereicht hatte. Doch war am Eingang zu seinem Hofe ein Triumphbogen errichtet, und mit festlichen Böllerschüssen wurde die Herrschaft empfangen.

„Nun bin ich doch endlich einmal seßhaft geworden," hörte man ihn sagen, „denn bisher habe ich ein wahres Nomadenleben geführt. Jetzt haben doch meine Kinder eine Heimat."

„Vergegenwärtigen Sie sich," sprach er einige Tage später vor einem größern Zuhörerkreis, „daß ich nach langen Jahren des Aufenthaltes in Landestheilen, welche mir wenig sympathisch waren — denn sie liegen in der Diaspora —, wieder auf heimatlichen Boden zurückgekehrt bin, daß ich erst seit wenigen Tagen meinen dauernden Aufenthalt auf dem Fleck Westfalens genommen habe, mit welchem die schönsten Erinnerungen meiner Jugend sich verknüpfen. Hier in Borchen habe ich als Knabe bei meiner Großmutter die Ferienwochen verlebt, und das waren Tage der höchsten Freude. Die Erinnerungen umgeben mich auf Schritt und Tritt."

Die Herzlichkeit, mit welcher er von allen Seiten begrüßt wurde, that ihm wohl.

„Da komme ich in die Heimat," äußerte er bei derselben Gelegenheit, „in welcher die große Mehrzahl der Menschen ihrer Person nach mir fremd ist, zu welchen auch nur das Heimatsgefühl und das Bewußtsein gleicher Stammesart hinzieht, welche mir aber von Haus aus fremd gegenüberstehen, die ich wenigstens mir so zu denken geneigt war. Da begegne ich von allen Seiten der freundlichsten Aufnahme, sowohl auf dem Lande als in der Stadt, bei Personen aller Lebensverhältnisse und Stände."

Die erste Sorge war jetzt die Einrichtung von Haus und Hof, und damit ging es nicht so leicht und rasch. An großartige Baupläne war für jetzt freilich nicht zu denken. Aber zu bauen und umzugestalten gab es doch

genug. Wie einst in Mittenheim, begann er alsbald auch hier selbst mit Hand anzulegen, und gar viel sah man ihn im Garten arbeiten; müßig war er keinen Augenblick. Man rühmt das Planmäßige und Vorbedachte bei seinen Neueinrichtungen. In Haus und Hof, Feld und Wald war bald die energische Hand des neuen Gutsherrn zu erkennen.

Allein er wollte nicht für sich allein und den engen Kreis seiner Familie leben. Wie sein Bruder Georg hielt auch er große Stücke auf den „Gemeindesinn". Deshalb schloß er sich auch in Nordborchen den Ortsgewohnheiten vollständig an und fühlte sich als einfaches Glied der Gemeinde.

„In Nordborchen", sagte er, „bin ich so gut ein Bauer wie die übrigen auch, und ich habe meine Sorge und Plage so gut wie alle. Ich will auch meine Kinder eine Zeitlang in die Dorfschule schicken. Denn ich lege Gewicht darauf, daß sie das Plattdeutsch ordentlich sprechen und daß sie die Kinder kennen lernen, mit denen sie doch später in der Gemeinde zusammenleben."

An Sonn- und Feiertagen erschien er fast regelmäßig zum Hochamt in der Pfarrkirche von Kirchborchen, das etwa 20 Minuten von seinem Hause entfernt lag. „Der Hausherr", meinte er, „darf sich am Sonntag nicht mit einer kleinen Messe begnügen; er muß den Seinigen mit gutem Beispiel vorangehen." Als Kirchensitz diente ihm der Chorstuhl, der einstens für den Abt des berühmten Klosters Abdinghof vorbehalten war, von dem die Pfarre abhängig gewesen. Hier erschien er mit seinem Coeleste Palmetum, das ihn einst schon nach Italien begleitet hatte; die Gattin führte als gewöhnliches Gebetbuch das Officium divinum mit sich. Während des Gottesdienstes gab der Gutsherr durch den Ernst und die Andacht seines ganzen Wesens der Gemeinde ein ungemein erbauendes Beispiel. Gern betheiligte er sich auch am Volksgesang.

Nicht anders hatte er es in Berlin gehalten, wo er bis 1873 Mitglied der St. Matthiasgemeinde gewesen. Es stand dort bei seinem Tode noch gut in der Erinnerung, wie er „als eifriger, praktischer Katholik ein Muster für die ganze Gemeinde war".

Auf die Predigt hielt er große Stücke, und so that er schon als Junggeselle in Erfurt und Frankfurt a. O., so daß er selbst in seinen Briefen manchmal der Predigt erwähnt.

„Als ich gestern Abend meinem Pastor, dem Regierungsrath Roche, begegnete," schreibt er Sonntag den 27. October 1850 aus Erfurt, „und er mich nach dem Befinden fragte, sagte ich, mir ginge es zwar gut, aber meines Bruders Kinde schlecht, darum möge er heute daran denken. Als er heute auf die Kanzel trat, waren seine ersten Worte das Evangelium von der Tochter des Jairus, und ich wurde durch das: ‚Weichet, denn das Mägdlein ist nicht todt, sondern es schläft', seltsam ergriffen. ... Da Du selbst es sagst, daß Ihr im Falle der Genesung das Kind als von den Todten erweckt ansehen werdet, so halte auch ich um so mehr

an dem Beispiel des Jairus fest und hoffe, daß beim Eingang dieses Briefes auch das fernere Wort sich erfüllt haben möge: ‚Er ging hinein und nahm es bei der Hand, und das Mägdlein stand auf.'"

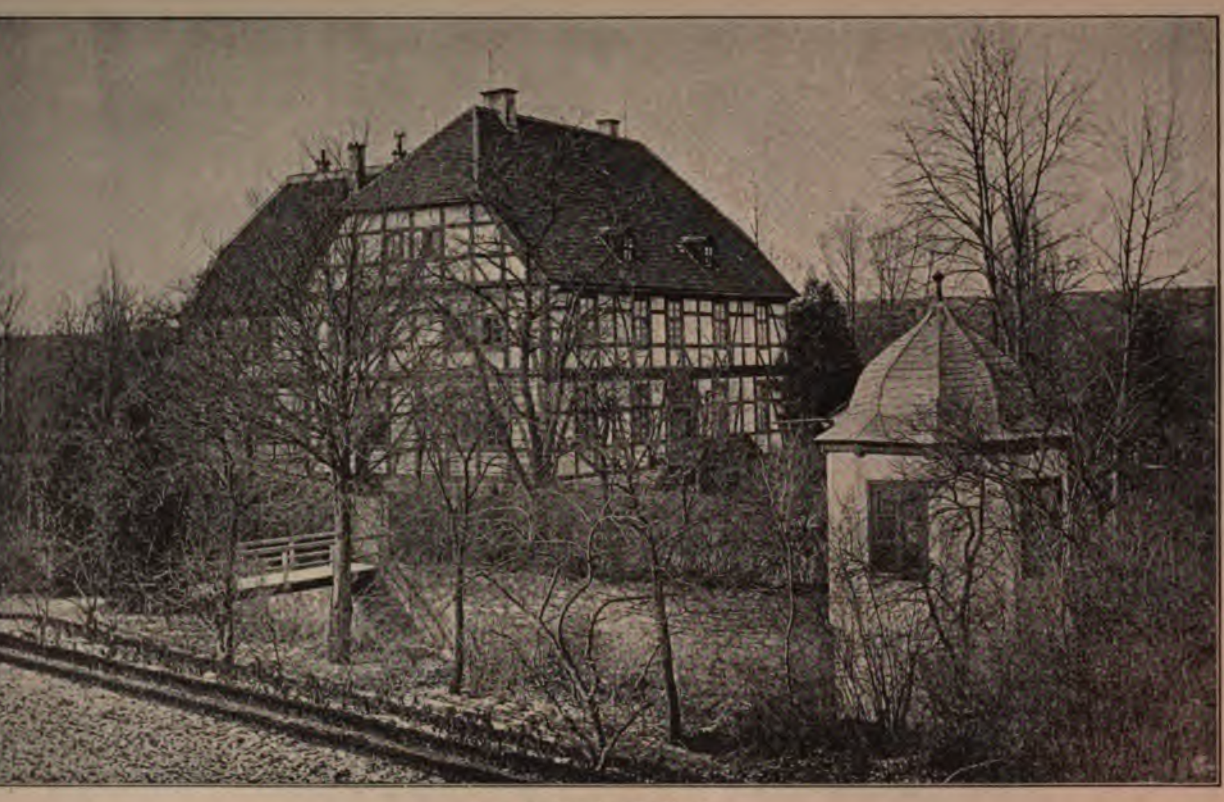
Wenn er jetzt des Sonntags mit seiner Familie aus dem Pfarrgottesdienste in Kirchborchen nach Hause zurückkehrte, pflegte er auf dem Heimwege auf die Predigt zurückzukommen, die Hauptpunkte zu wiederholen und in seiner Weise den Seinigen nochmals zu erklären. Gerade um diese Zeit, 1872, hörte er einmal in Kirchborchen eine Predigt über das Rosenkranzgebet. Die Predigt ging ihm zu Herzen, und von da an hielt er daran fest, täglich wenigstens ein Gesetzchen des Rosenkranzes zu beten.

Als sechs Wochen nach seiner Ankunft in Nordborchen die jährliche Procession zu Ehren des hl. Laurentius stattfand, wohnte er von Anfang bis zu Ende der Feier an, und so hielt er es von jetzt an jedes Jahr. Natürlich fehlte er ebenso wenig bei der Frohnleichnamsprocession in Kirchborchen.

Leutselig, gefällig und theilnehmend gegen jedermann, war er besonders gut und freundlich gegen die Dorfbewohner. Mancher armen Wittwe baute er die dem Einsturz nahe Hütte wieder auf, wie er überhaupt auch in Borchen in aller Stille seine Wohlthätigkeit walten ließ. „Mit seinen reichen Kenntnissen und vielen Erfahrungen", so erzählt ein Bekannter aus eigener nächster Anschauung, „stand er jedermann zu Diensten und aus weiter Umgegend suchten und fanden Leute aus allen Ständen bei ihm Rath und Beistand." Gleich ihm hatte seine Gattin ihre Liebe zu den Armen mit nach Borchen gebracht.

„An allen Orten, wo sie infolge der amtlichen Stellung ihres Gatten verweilt," erzählt nach ihrem Tode der Priester des Ortes, „hat sie selbst das Brod in die Häuser der Armen gebracht, hat sie Weihnachtsbäume zur Freude hilfsbedürftiger Kinder errichtet, hat sie als Mutter der Armen gewaltet und fand ihre größte Freude darin, den Kranken hilfreichen Beistand zu leisten. Und welche Noth sie in unserer Gemeinde gelindert, welche Thränen sie getrocknet, das lebt in unserem Gedächtnisse. Ich darf es wohl nicht verschweigen, sie war in ihren häuslichen Verhältnissen noch nicht zu voller Bequemlichkeit eingerichtet, da hatte sie schon daran gedacht und vorgesorgt, wie sie im kommenden Winter die Kranken laben und erquicken könnte."

Vor allem aber hatten die beiden Gatten ihr schönes, vom Geist der Gottesfurcht und Frömmigkeit durchwehtes Familienleben in die neue Heimat mitgebracht. Es bestand auf den ersten Blick ein großer Gegensatz zwischen Else und Hermann. Wie er ernst und gemessen, so war sie lebhaft und leicht erregbar für Freude und Trauer; war er nüchternen, praktischen Sinnes, in der Wirklichkeit der Dinge wandelnd, allem die beste Seite abgewinnend, so war sie mehr dem Ideellen zugewendet, und deshalb



Haus Borchen bei Nordborchen.



oft von der Wirklichkeit rauh berührt und dem Praktischen fremd. Und doch herrschte zwischen beiden das schönste Einverständniß. Beide begegneten sich in ihrer Herzensgüte und Frömmigkeit, in ihrer Sorge für das Wohl anderer, vor allem in ihrer Demuth und Selbstlosigkeit. Was er an ihr besonders achtete, und nach ihrem Tode mit Wärme ihr nachrühmte, war ihr tief religiöser Sinn und ihre feste gläubige Ueberzeugung. Täglich nach dem Frühstück pflegte er mit ihr ein Kapitel aus der „Nachfolge Christi" oder eine Betrachtung aus P. Avancini zu lesen. Am Abend versammelte Else die Kinder um sich, und im Kreise derselben knieend, verrichtete sie mit ihnen das Abendgebet. In der Fastenzeit betete sie allabendlich den Rosenkranz vor, im Monat Mai war tägliche Familien-Maiandacht. Mochte die Familie sein, wo sie wollte, nie wurde diese Sitte unterlassen. War Mallinckrodt zu Hause, so nahm auch er knieend an diesen Uebungen theil, während Else vorbetete. Wie der Gatte auf die tägliche heilige Messe hielt, so auch sie, und in Borchen war es bald aufgefallen, daß weder die frühe Morgenstunde noch Wind und Wetter sie abhalten konnten, zur heiligen Messe zu kommen, wo auch immer in der Pfarre der Gottesdienst gehalten wurde. Und auch die Kinder pflegte sie mitzubringen. Die Summe all ihrer Familienanliegen sprach sie einmal in wenigen Worten aus, als sie an die Oberin Pauline v. Mallinckrodt schrieb (30. Juni 1867): „Ich möchte Dich und Deine lieben Schwestern besonders bitten, daß Ihr uns und unsere drei Buben dem lieben Gott empfehlen mögt, damit die drei an Leib und Seele gesund zur *Ehre Gottes* groß werden." Sie selbst hatte diese Worte unterstrichen.

Für das leibliche Wohl der Kinder war sie von einer Sorge und Aufopferung, daß Mallinckrodt selbst manchmal davon gerührt wurde, manchmal auch seinen Spaß darüber machte. Auch über der Sorge für den Gatten mußte jede Rücksicht auf sie selbst zurücktreten. So schwer sie manchmal seiner entbehrte, wenn er lange zum Parlament in Berlin abwesend war, doch drang sie dann in ihn, entweder zur Kur nach Gastein zu reisen, oder auch sich eine Woche in Böddeken zu gönnen.

Dies alles bewirkte, daß trotz des steten Wanderlebens, welches die beiden führen mußten, der Familiengeist keine Einbuße erlitt. Gattin und Kinder, das war Mallinckrodts steter Gedanke und der gewöhnliche Inhalt seiner vertrauten Briefe. Es konnte nicht ausbleiben, daß Elsens häufig leidender Zustand auch für ihn selbst schwer fühlbar wurde. Er erwähnt solcher Umstände nur, um zu entschuldigen, daß sie nicht schreibe, oder um dafür zu sorgen, daß alles fern gehalten werde, was erregend auf sie wirken konnte, oder daß wohlthuende Zerstreuung für sie gefunden werde.

Die Kindererziehung ruhte zum größern Theile auf ihm. So zärtlich er als Vater war und so sehr besorgt um jedes einzelne, so war er doch

in ihrer Behandlung streng. Er wußte selbst, daß er „in solchen Dingen gar zu wenig Spaß verstehe", und daß, wenn er einmal einschreite, es scharf herging.

Im neuen Heim im Almethal ging es anfangs festlich und gesellig zu. Schon in den ersten Tagen nach der Ankunft, während die Gemeinde eine große Willkommsfeierlichkeit erst vorbereitete, traf es sich, daß der Akademische Gesangverein der Paderborner philosophisch-theologischen Lehranstalt mit einigen der Professoren zu einem Sommerausflug nach Nordborchen kam und sich die Freiheit nahm, den damals hochgefeierten Parlamentarier zu seinem kleinen Feste einzuladen. Wirklich erschien Hermann v. Mallinckrodt und verweilte stundenlang aufs gemüthlichste in dem heitern Kreise, trank mit den Studenten sein Glas Bier, rauchte seine Cigarre, sang ihre Studentenlieder mit, lauschte der Bierpauke und rieb mit ihnen den Salamander. Aber dreimal auch ergriff er das Wort zu recht eindringlichen und begeisternden Mahnungen an die jungen Männer.

Am 7. Juli war das große Empfangsfest, zu welchem sich die Gemeinden Nordborchen, Kirchborchen und Alfen als Glieder derselben Pfarrgemeinde vereinigten. Auch aus Paderborn und den umliegenden Ortschaften waren die Fremden zahlreich erschienen, und ein Zug von Pilgern, die eben auf der Heimkehr von der Wallfahrt nach Verne, machte in Nordborchen Halt, um der Feier beizuwohnen. Mallinckrodts Bruder von Böddeken und sein Schwager von Paderborn waren mit ihrer ganzen Familie erschienen, eben waren auch Else's Mutter und Schwester zum Besuch auf Borchen. Der große Hof des Gutes konnte kaum die Menschenmenge fassen, die sich herzugedrängt hatten. Gegen Abend setzte sich ein großer und glänzender Fackelzug nach dem Herrschaftshause hin in Bewegung, voran ein auserwählter Musikchor, dann zwanzig weißgekleidete Mädchen, dann die Fackelträger. Als sie vor dem Hause Aufstellung genommen, nahm zuerst der Kaplan von Kirchborchen, Dr. Mertens, das Wort, um namens der Gemeinde den neuen Mitbürger willkommen zu heißen. Der Vorsteher der Gemeinde brachte dann ein Hoch aus auf Mallinckrodts Gemahlin, ein Gutsbesitzer aus Kirchborchen auf Frau v. Hartmann, der man Mallinckrodts Niederlassung auf Borchen verdankte. Aber jedermann fühlte und wußte: diese Feier, so großartig, wie sie keiner der Bewohner in Borchen je erlebt hatte, sie galt nicht nur dem neuen Gemeindemitgliede, sondern weit mehr dem Manne, der in jüngster Zeit für Wahrheit, Freiheit und Recht so heldenmüthig in die Schranken getreten war. Dreimal ergriff nun auch er das Wort unter dem Donner der Böller, bei dem Scheine der Fackeln. Weithin schallte seine klare, helle Stimme, selbst den Entferntesten noch verständlich. Lautlos horchte die versammelte Menge seinen Worten, die, getragen von der Feierlichkeit des Augenblicks, doppelt tiefen Eindruck hervor-

riefen. Auch der Jesuiten gedachte er, für die er vergebens im Reichstag gekämpft hatte, und schloß seine Rede mit einem Hoch auf den bedrängten Orden, in das mit brausender Begeisterung die Menge einstimmte.

Jetzt aber entfaltete das Haus Borchen auch seine Gastlichkeit. Im Innern des Hauses wurden die 20 Mädchen, auf dem Hofe Musikchor und Fackelträger nach Gebühr bewirthet, und Mallinckrodt selbst war es, der in der leutseligsten Weise unter seinen neuen Mitbürgern sich umherbewegte.

Auch auf Böddeken wollte man die Ansiedelung der „Vagabundenfamilie" festlich begehen. Gerade acht Tage später, 14. Juli, waren sämmtliche Familienglieder zu einem Festmahle in Böddeken versammelt, wo Georg v. Mallinckrodt als Haupt der Familie die Heimkehr des Bruders auf die rothe Erde begrüßte. Auch Mallinckrodts vortrefflicher Freund, Wilderich v. Ketteler war erschienen. Er toastete auf die Brüder Mallinckrodt, „diese zwei westfälischen Eichen, welche kein Sturm zu beugen vermöge".

Zum 31. Juli kam Mallinckrodt wieder nach Münster zur halbjährigen Versammlung des „Vereins katholischer Edelleute", auf welcher dieses Mal jene schöne öffentliche Zuschrift an die „Väter der Gesellschaft Jesu" beschlossen wurde, die kurze Zeit darauf von 74 edlen Namen unterzeichnet in die Oeffentlichkeit gelangte und zu der in der nächsten Zeit noch viele Vertreter des deutschen Adels ihren Beitritt erklärten.

„So Zeugniß ablegend für die Tugenden Ihres Ordens," heißt es darin, „für die Reinheit Ihres Wandels, für Ihr segensreiches Wirken, verwahren wir uns zugleich feierlich vor jeder Mitschuld an den Thaten des Undanks und des Vorurtheils, welche das Deutsche Reich an Ihnen begeht. — . . . Wir vertrauen, daß Gott die gerechte Sache zum endlichen Siege führt, daß auch Sie wieder zu der gedeihlichen und segensreichen Wirksamkeit unter uns zurückkehren, die wir mit Schmerz entbehren, deren Aussaat in glaubenstreuem Dulden wir bewahren und pflegen werden."

Aber Mallinckrodt war es nicht genug, seinen und seines Bruders Namen unter dieser öffentlichen Erklärung zu sehen, auch persönlich begab er sich in das große Collegium der Jesuiten auf der Friedrichsburg, um in mehrstündigem Aufenthalt den Patres den Beweis seiner Theilnahme und seiner Achtung zu geben. Er that dies, obschon er selbst in Münster von allen Seiten mit Zeichen der Begeisterung und Verehrung sich umgeben sah und zum Mittelpunkt einer schönen Festfeier gemacht wurde. Denn als bekannt geworden war, daß er in der Stadt weile, einigte sich alsbald eine Anzahl angesehener Münsteraner, die zu seiner Ehre ein großes Festessen veranstalteten und ihm eine glänzende Ovation darbrachten. Die liberalen Blätter nahmen sogar von der Festlichkeit Anlaß, über Mallinckrodts „Agitationsreise" nach Münster Klage zu erheben.

Der folgende Monat brachte auf Borchen friedliche und schöne Tage, reich an kleinen Freuden über die voranschreitenden Verbesserungen und voll Hoffnung auf glückliche Zeiten in dem neuen Heim.

Am 2. September 1872 wurde Mallinckrodt das siebente Kind geboren, ein Knabe, bei dem Wilderich v. Ketteler Pathenstelle vertreten sollte. Allein schon kurz nach Empfang der Nothtaufe starb das Kind. Als es am 5. September auf dem Familienfriedhof bei Böddeken neben dem todten Schwesterchen beigesetzt wurde, war Mallinckrodt nicht anwesend. Er war zu Hause geblieben, denn auch die Gattin lag schwer krank. Freitag Morgen meldete er nach Böddeken, der Arzt sei zufrieden, fortschreitende Besserung.

Nur mit großem innern Widerstreben war Else nach Borchen gekommen, und es war ihr nie recht heimisch da geworden. Längst schon zogen trübe Ahnungen ihr durch die Seele.

„Wie oft habe ich an Dich gedacht,“ schrieb sie ein Jahr vorher an ihre Tante, Frau v. Laßberg, „besonders am Todestag des lieben, unvergeßlichen Onkels, und nun, da der Friede (nach dem deutsch-französischen Krieg, in welchem R. v. Laßberg gefallen war) die Angehörigen nach Hause führt und diejenigen doppelt schmerzlich vermissen läßt, die nicht wiederkommen. Freilich sind sie diejenigen, die recht eigentlich zu Hause angekommen sind, während wir in der Fremde weilen. Für sie ist der wirkliche Friede angebrochen, während für uns der Kampf nur die Formen wechselt. Wenn man das recht bedächte, würde man weniger weinen um die Vorangegangenen und sich mehr rüsten aufs Nachkommen.“

Die Stunde des Nachkommens war jetzt früher für sie angebrochen, als sie damals gedacht hatte. Samstag den 7. September in der Morgenfrühe war sie sich klar, daß sie sterben müsse. Der Priester von Kirchborchen wurde herbeigerufen, ihr die heiligen Sacramente zu spenden. Als er ankam, traten eben die Kinder einzeln an das Bett der sterbenden Mutter, ihren letzten Segen zu empfangen. Während der nun folgenden heiligen Handlung knieten an der einen Seite des Bettes Hermann v. Mallinckrodt, der selbst das Confiteor betete, auf der andern Seite Meinulph, das älteste der Kinder, die Sterbekerze in der Hand. Einmal antwortete die Sterbende selbst auf das Gebet des Priesters. Der Kaplan ging, um in der Hauskapelle die heilige Messe für sie darzubringen. Mallinckrodt und Else's Schwester Thekla blieben am Krankenbett. Knieend betete der Gatte ihr vor, sprach ihr Muth ein und stand ihr bei. Unter seinen Gebeten, während eben die heilige Messe in der Hälfte, verschied sie sanft und unvermerkt $8^1/_2$ Uhr. Noch eine halbe Stunde kniete Mallinckrodt betend bei der Leiche. Dann erhob er sich, die nothwendigen Anordnungen zu treffen. Die erste Nachricht galt dem Bruder auf Böddeken. Der Brief lautet:

3. Im eigenen Heim (1872).

Bdrchen, den 6. September[1] 1872, 9 Uhr morgens.

Lieber Georg!

Wohlversehen mit den heiligen Sacramenten, während der Messe auf der Kapelle und während meinem Betrachtungsgebet am Bette, welches die Zuversicht aussprach, daß sie dereinst doch sagen könne: „Herr, von denen, so Du mir anvertrautest, ist keines verloren gegangen" — hat Elsbeth unbemerkt ausgehaucht. Der Herr sei ihr gnädig. — Eben kommt Pauline.

Dein Bruder Hermann.

Dann verfaßte er selbst ihren Todtenzettel:

Betet für die Seele der Frau
Elisabeth v. Mallinckrodt,
geb. Freiin v. Bernhard,
geboren zu München den 24. September 1834, vermählt den 23. August 1860,
gestorben zu Nordborchen bei Paderborn den 7. September 1872.

Sie schied nach fünftägigen schweren, mit großer Geduld und Fassung getragenen Leiden, gestärkt durch die Gnadenmittel der Kirche, fest ergeben in Gottes heiligen Willen.

Mallinckrodt zeigte große Fassung und Ruhe, obwohl innerlich tief erschüttert. „Wir müssen uns fügen, wir müssen uns trösten, es ist Gottes Wille", hörte man ihn sagen. An den drei folgenden Tagen empfing er die heilige Communion. Ebenso that er einige Tage später, als in Paderborn ein Trauergottesdienst für seine verstorbene Gattin stattfand. In der frühen Morgenstunde fuhr er von Nordborchen in die Stadt, um dort zu beichten und zu communiciren. Auch beim Seelenamte, das am 30. Tage nach dem Tode gefeiert wurde, und am Allerseelentage wie am Jahrestage ihres Todes opferte er die heilige Communion für ihre Seelenruhe auf.

Montag, 9. September, abends 7 Uhr, setzte sich der Trauerzug in Bewegung, welcher die Leiche der Hingeschiedenen zur Meinulphuskapelle bei Böddeken bringen sollte. Hinter dem Sarge schritt der Gatte, die beiden Kleinen, Georg und Joseph, an der Hand. Eine Viertelstunde vor Nordborchen hielt der Zug bei der St. Galluskapelle. Hier wurde von Kaplan Mertens die kurze und passende Leichenrede gesprochen, dann geleitete Mallinckrodt mit den nächsten Bekannten zu Wagen die Leiche zur Kapelle. Am folgenden Morgen 10 Uhr feierte der Geistliche Rath Klein in der Kapelle das Seelenamt und nahm die Beerdigung vor. Unter den Leidtragenden, die erschienen waren, fand sich auch Mallinckrodts edler Freund Wilderich v. Ketteler.

[1] So v. Mallinckrodt selbst irrthümlich statt 7. September. Auch an den Schwager schrieb er sofort: „Lieber Alfred! Auf die gute Nachricht von gestern folgt heute das: Sie ruhe in Frieden.

„Sie ist mit den heiligen Sacramenten versehen, nachdem sie von den Kindern Abschied genommen und sie gesegnet, während der heiligen Messe und während meiner Gebetsbetrachtung sanft hinübergegangen."

Längst hatten alle die Kapelle wieder verlassen, als Mallinckrodt noch immer einsam dakniete in langem und heißem Gebet. Er hielt auch in der Folge seine Else in treuem und lebendigem Andenken. Auf seinem Arbeitstisch stand von jetzt an neben dem Crucifix auch das Bild der früh Verblichenen. Oft und oft, mündlich und schriftlich, kam er auf sie zu sprechen.

„Ich kann gar nicht sagen," äußerte er noch im folgenden Sommer, als er von Mittenheim zurückkehrte, „wie schmerzlich mir dort der Gedanke an meine selige Frau geworden ist. In Berlin weiß ich weniger davon, denn da habe ich die Hände so voll, daß ich gar nicht Zeit habe, auf anderes meine Gedanken zu richten. Aber wenn ich hier wieder in Borchen meine Kinder sehe, so vermisse ich um so mehr die Mutter."

Als ihm December 1872 die Schwiegermutter einmal von einem günstigen Ereigniß Mittheilung machte, das eine Dame aus Elsens Freundeskreis betraf, antwortete er: „Am unerwartetsten und interessantesten war mir die Mittheilung über Blanche Kr., ich freue mich lebhaft darüber in Else's Seele hinein." Besonders schmerzlich wurde ihm die Erinnerung in den Weihnachtstagen. Er ließ den Christbaum aufstellen unter den Bildern Else's und ihres Vaters. „Als die Lichter recht hell strahlten", schreibt er über diese Borchener Christbescherung, „und die Kinder lustig spielten, und die kleine Else von der Wand so dreinschaute, verbarg ich Gesicht und Augen im dunkeln Nebenzimmer." Auch als er nächsten Tages zu einer zweiten glänzenderen Bescherung mit den Kindern nach Böddeken fuhr, verließ ihn die Erinnerung nicht.

„Man hatte allen Grund," schreibt er, „mit inniger Freude und Genugthuung in dem zahlreichen Kreise von alt und jung Umschau zu halten; nur waren nicht alle da, die man hinwünschen mochte, und manches vom nochmals brennenden Weihnachtsbaum erleuchtete Bild belebte die Erinnerung an die Abgeschiedenen. Gestern Morgen (27. December) nahm ich die Kinder mit zum Grabe ihrer Mutter und betete mit ihnen in der Kapelle."

So pflegte er auch sonst des öftern zu thun, und wenn er allein zum Besuch nach Böddeken fuhr, so ging es stets zuvor an dem Gute vorbei zum Friedhof, um der Todten den ersten Besuch abzustatten und an ihrem Grabe zu beten.

Allein Hermann v. Mallinckrodt war nicht der Mann, von unfruchtbarer Trauer sich beherrschen, vom Schmerze sich brechen zu lassen.

„Das Befinden ist allseitig befriedigend, und insofern könnte ich ja einen ganz guten Brief schreiben," berichtet er 3. November 1872, „allein, gestehe ich es nur, dazu bin ich für meine Person noch gar nicht aufgelegt. In Berlin that mir Ruhe noth, und ich habe sie gehabt, es war mir aber recht trübselig dabei zu Gemüthe. Hier (in Borchen) ist es wenig besser, und wenn ich mich auf briefliche

Meditationen einlasse, dann verbohre ich mich vollends und bedenklicherweise in dem Gefühlsleben. Das Richtigste bietet wohl das alte ‚Ora et labora‘ — und an Arbeit fehlt es nicht.“

In der That war er sich bewußt, daß in dieser schweren Zeit die Vorsehung einen hohen Beruf ihm auferlegt hatte zur Vertheidigung der Kirche. Die Trauer im eigenen Herzen durfte ihn von dessen Erfüllung nicht zurückhalten. Als man ihn warnte, die häuslichen Verhältnisse nicht so lange ohne Oberaufsicht zu lassen, wie dies durch seine parlamentarische Thätigkeit in Berlin nothwendig wurde, und ihn darauf aufmerksam machte, wie er durch jene übergroßen Anstrengungen seine Gesundheit untergrabe, gab er zur Antwort: „Ich darf meinen Posten nicht verlassen, und wenn auch alles zu Grunde ginge.“ Da die Eröffnung des Landtages schon wieder in naher Aussicht stand, hieß es jetzt zunächst die Kinder unterbringen. Meinulph, den ältesten, brachte er ins Jesuitenpensionat nach Feldkirch; Georg und Joseph kamen zum Bruder nach Böddeken, die beiden jüngsten blieben auf Borchen bei der Tante unter der Obhut der bewährten Kinderfrau. „Ich will es jetzt mal mit der Republik in meinem Hause versuchen,“ meinte er, als er nach Berlin abreiste, mit Bezug auf die von ihm getroffenen Anordnungen; „jedes ist selbständig, niemand hat einen Oberherrn, aber alle sind mir treu, und das Beste ist — meine Kinder sind alle in guter Hand.“

Aber auch die Ordnung der Vermögensangelegenheiten nahm ihn bald wieder in Anspruch, denn diese ließen sich erst klar überschauen und ins rechte Geleise bringen, nachdem er mit dem Borchener Gut, und was dazu gehörte, aus eigener Anschauung sich bekannt gemacht hatte. Die Reise nach Feldkirch führte ihn auch nach Mittenheim, wo schon vorher mit der bayerischen Regierung Unterhandlungen eingeleitet waren über Ankauf eines Waldes, mit welchem er sein Gut abrunden wollte. Im ganzen war er von dem Stand der Dinge befriedigt. „Meine Lage fängt jetzt an, übersichtlich und klar zu werden,“ schreibt er 30. October an seinen Bruder. „Ich finde sie sehr beruhigend und günstig, so daß ich sie mit Dank gegen den lieben Gott, Dich und Tante betrachte.“

---

4. Vorspiele zu neuen Kämpfen.

(September bis December 1872.)

Auf Mallinckrodt harrten noch andere Aufgaben. Kaum waren die Trauertage vorüber, so rief die Noth der Zeit ihn wieder zum Kampf auf seinen Posten. Schon 22. September sprach er in Paderborn auf einer Katholikenversammlung zündende und begeisterte Worte; am 30. September

erschien er zu der großen, von nahezu 5000 katholischen Männern besuchten Versammlung in Ahaus. Als nach den Reden des Pfarrers Tapehorn aus Vreden und des Freiherrn v. Schorlemer-Alst auch er zum Sprechen sich erhob, wurde er mit einem Beifallssturm begrüßt, der kein Ende nehmen zu wollen schien.

„Das Endziel unserer Gegner: Vernichtung der Kirche Christi, Beseitigung der heiligen zehn Gebote, alles Glaubens und aller christlichen Sitte," so berichteten die Blätter über seine Rede, „wurde von dem Redner so klar und vollgiltig vorgelegt, daß die wachgerufene christliche Entrüstung in das begeistertste Bravo überging, als die Worte ertönten: ‚Aber, meine Herren, wir dienen wie Christophor dem mächtigsten Herrn!'"

Schon 20. September veröffentlichte die „Germania" ein bedeutungsvolles Actenstück, das auch Hermann v. Mallinckrodts Unterschrift trug. Es war eine Anerkennungs- und Dankesadresse des rheinisch-westfälischen Adels an den hart gemaßregelten Armeebischof, den Feldpropst Namszanowski. Treu seiner Pflicht hatte der Bischof den Militärgottesdienst in der St. Pantaleonskirche zu Köln einstellen lassen, nachdem der Kriegsminister den Mitgebrauch derselben eigenmächtig den Altkatholiken eingeräumt; ebenso hatte er einem zum Altkatholicismus abgefallenen Priester die kirchliche Vollmacht zur Seelsorge entzogen. Dafür verhängten Kriegsminister und Cultusminister in einem Erlaß vom 28. Mai über den Bischof selbst die „Suspension". Am 11. Juni wurden durch die Diener der Gewalt dem Kirchenfürsten sämmtliche bischöfliche Insignien und das gesammte bischöfliche Inventar abgenommen. Nur Kreuz und Ring, die sein Privateigenthum waren, verblieben ihm. Aus verschiedenen Theilen der Monarchie war bereits dem Bischof für sein muthiges, pflichtbewußtes Auftreten in all den schwierigen Verwicklungen, von denen er sich umgeben sah, ehrenvolle Anerkennung ausgesprochen worden. Der „Verein katholischer Edelleute" wollte noch mehr thun. Außer dem schönen Zustimmungsschreiben, dem sich auch bald wieder Adelige aus anderen Theilen der preußischen Lande anschlossen, kam man überein, dem beraubten Kirchenfürsten von Vereins wegen bischöfliche Insignien zum Geschenke zu überreichen. Die dazu erwählte Deputation bestand aus Schorlemer-Alst, Hermann v. Mallinckrodt und Sebast. v. Michalowsky. Am 1. December 1872 überbrachten sie Mitra und Stab. Freiherr v. Schorlemer als Vicepräsident des Vereins hielt die Ansprache. Er erwähnte, daß mit der gegen den Bischof staatlicherseits eingeleiteten Untersuchung und Suspension vom Amte des Feldpropstes noch vor erfolgtem Urtheil die Maßregel verbunden gewesen sei, die Insignien der bischöflichen Würde ihm abnehmen zu lassen. Solches Verfahren, dessen erkennbarer Zweck nur sein konnte, die Ausübung der kirchlichen Functionen des bischöflichen Amtes ihm unmöglich zu machen, habe die Herzen der treuen Katholiken mit Schmerz erfüllt. Der

„Verein der katholischen Edelleute Deutschlands", durchdrungen von dem Gefühle, der verletzten Würde des Bischofs, als eines Fürsten der katholischen Kirche, die gebührende Ehre zu erweisen, erlaube sich daher durch seine Vertreter, Stab und Mitra, die Abzeichen des bischöflichen Amtes, dem Herrn Bischof zu seinem Eigenthum zu überreichen: zum Anerkenntniß der Fortdauer der von der heiligen katholischen Kirche ihm übertragenen hohen Würde, zum Anerkenntniß auch des apostolischen Muthes und der treuen Festigkeit, mit welcher er die unveräußerlichen Rechte der Kirche vertrete. Mit der Ueberreichung verbinde sich die Bitte zu Gott, daß er den Bischof Ramszanowski und alle Bischöfe der Kirche segnen, stärken und beschützen wolle. Dann knieten die drei Männer vor dem Bischof nieder, seinen Segen zu empfangen.

Längst bevor dies geschah, 22. October, hatten die Sitzungen des Landtages wieder ihren Fortgang genommen. Mit den trübsten Erwartungen waren die katholischen Abgeordneten dazu erschienen. Eben war unter dem 25. September über den Bischof von Ermland die Temporaliensperre verhängt worden, und den im Hause erscheinenden Abgeordneten wurde im Auftrag des Cultusministers Falk als erster Willkommsgruß eine Flugschrift vertheilt: „Actenstücke, betreffend die Stellung des Bischofs von Ermland zur preußischen Staatsregierung". Man wußte, daß in dem „Kriege gegen Rom" die Zeit der Action jetzt eingetreten sei; man wußte von den häufigen Conferenzen im Cultusministerium, wo die Canonisten Hinschius, Dove und Friedberg Dr. Falk mit gelehrtem Rathe unterstützten. Die liberale Presse überströmte von Schmähungen, Lügen und Hetzartikeln, und die Katholiken sagten sich, daß es in Bezug auf sie abgesehen sei auf völlige Vernichtung von Freiheit und Recht, auf Vergewaltigung und bürgerlichen Tod, daß es sich um einen Versuch handle, den man bisher nur vom heidnischen Kaiserthum gekannt hatte, um den Versuch zum „Religionsmord" [1].

Doch gab es vorerst noch Ablenkungen nach anderer Seite.

„Die Dinge sehen sich momentan ganz munter an," schreibt Mallinckrodt 30. October; „das Herrenhaus hat eine Diversion gemacht und trotz königlicher Intervention noch festgehalten. Bleibt die Majorität in den nächsten Tagen fest und verwirft bei der Schlußabstimmung über die Kreisordnung das ganze Gesetz, wie dies die Absicht ist, dann folgt voraussichtlich Schluß des Landtages, um ihn nach wenigen Tagen zu neuer Session zu berufen, einen massenhaften Pairs-Schub zu insceniren und dann die Kreisordnung abermals einzubringen. Der Pfeffer wird dann wohl die conservative Partei zum Nießen veranlassen."

Es kam genau, wie Mallinckrodt es vorausgesagt hatte. Die Regierungsvorlage über eine neue Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen, welche

[1] Germania Nr. 247 (27. October).

zu Beginn der Session dem Abgeordnetenhaus vorgelegt worden war, hatte, allerdings stark umgeändert, ihren ordnungsmäßigen Weg ins Herrenhaus gefunden, begegnete aber dort von seiten der Altconservativen unter Führung Kleist-Retzows, eines der bedeutendsten und ernstesten Führer der Partei, geharnischtem Widerstand. Im Centrum herrschte aufrichtige Freude über den Muth und die Standhaftigkeit, welche die Conservativen hier gegen den Liberalismus an den Tag legten, und welche man bei den Verhandlungen gegen das Schulaufsichtsgesetz leider vermißt hatte. Die Regierung nahm die Sache anscheinend ernst. Bereits 26. October hielt man das Schicksal der Vorlage für besiegelt, aber 27. October hatte das Präsidium des Herrenhauses eine Audienz beim König, wobei die Majestät das Zustandekommen der Vorlage als eine Nothwendigkeit bezeichnete und seine eigene volle Zustimmung zu dem Entwurfe aussprach. Man wußte auch zu erzählen von einem eigenhändigen Schreiben des Kaisers an ein Mitglied des Herrenhauses, das zugleich hochgestellter Beamter des Hofes war, worin in der gleichen Weise die an allerhöchster Stelle gehegten Wünsche angedeutet waren. Aber diesmal blieb die Majorität des Herrenhauses fest, und der Minister des Innern, Graf Eulenburg, reichte seine Entlassung ein. Die Entlassung wurde nicht angenommen, aber auch das Gesetz wurde nicht aufgegeben, wie dies die Verfassung jetzt mit sich gebracht hätte. So verstand der Liberalismus die Verfassung nicht, wo es sich darum handelte, seine Forderungen durchzusetzen.

Es fiel indessen auf, daß die höchsten Vertreter der Regierung, sowohl der Reichskanzler, der nie im Hause erschien, als der Minister des Innern, dessen Auftreten kein sehr kräftiges war, die Angelegenheit ziemlich lässig betrieben, daß sie absichtlich die Dinge so gehen lassen wollten, wie sie gingen, während es ihnen leicht gewesen wäre, für die Vorlage eine Majorität zu sichern. Man sagte sich, daß die Leiter der Regierung bei dieser Gelegenheit, nur unter anderer Firma, einen entscheidenden Schlag gegen das Herrenhaus führen wollten, um dann bei den kirchenpolitischen Umänderungen, die geplant seien, keinerlei Widerstand von dieser Seite her zu begegnen. Das hierzu auserseheue Mittel war ein ausgiebiger Pairs-Schub, welcher die erste Kammer mit liberalen Elementen tüchtig durchsetzen sollte. 1. November fand die Schließung des Landtages statt und die Mitglieder reisten nach Hause. 3. November schrieb Mallinckrodt von Borchen aus: „Wir sind auf zwölf Tage zur Heimat, weil zu unserer großen Freude die Spannung zwischen Regierung und altconservativer Partei einmal zum Durchbruch gekommen ist."

Während der einen Woche des Berliner Aufenthaltes hatte Mallinckrodt nur ein einziges Mal in die Debatte eingegriffen und hatte sonst sehr still und zurückgezogen gelebt. „Ich habe mich in meinen Wänden mit meinen

Gedanken eingeschlossen gehalten," schrieb er 30. October; „es wird Zeit, daß ich mich mal wieder schüttele."

Am Mittag des 12. November wurde die neue Session des Landtages eröffnet. Es war zum erstenmal, daß die Sitzungen der preußischen Landesvertretung ohne vorherigen Gottesdienst begannen. Die Thronrede kündigte an, „es würden Vorlagen gemacht werden, welche bestimmt seien, die Beziehungen des Staates zu den Religionsgesellschaften nach verschiedenen Beziehungen klarzustellen". Auch diesmal wieder wurde Mallinckrodt als Mitglied der Petitionscommission gewählt.

Windthorst war nicht erschienen. Er war in Hannover geblieben, wo sein einziger Sohn, Referendar Dr. Ferd. Julius Windthorst, an tödtlicher Krankheit daniederlag. 13. November erhielt Mallinckrodt von ihm einen Brief, der Zustand sei unverändert der gleiche. Bereits 21. November war Mallinckrodt mit seinem Schwager Hüffer und mehreren anderen Centrumsmitgliedern, v. Heeremann, v. Grand-Ry, Dr. Lieber, Bernards u. a., in Hannover, um der Trauerfeierlichkeit für den früh Vollendeten beizuwohnen. Es war eine eigenthümliche Fügung, daß gerade die Männer, die berufen waren, in ganz hervorragender Weise für die Sache einzutreten, in der sie die Sache Gottes sahen, eben jetzt durch Gottes Schickung so schwer betroffen wurden. Am 1. December 1872 sprach die monatliche Versammlung des „Vereins deutscher Katholiken" den beiden großen Centrumsführern ihr Beileid aus zu dem schweren Verluste, der sie befallen; zwei Monate später war auch P. Reichensperger in Trauer. 7. September 1872 war Mallinckrodts Gattin gestorben, 19. November Windthorsts einziger Sohn, 27. Februar 1873 verschied zu Meran P. Reichenspergers Aeltester, der 25jährige August Reichensperger.

Die Gelegenheit, sich „mal wieder zu schütteln", kam bald. Am 13. und 16. ergriff Mallinckrodt das Wort; am 15. brachte er einen selbständigen Antrag ein, das Abgeordnetenhaus möge das Rescript des Cultusministers vom 15. Juni, das die Mitglieder geistlicher Orden oder Congregationen von der Lehrthätigkeit an Volksschulen ausschloß, für unvereinbar mit der Verfassung erklären. Am gleichen Tage hatte auch P. Reichensperger in betreff der Ermländer Wirren einen Antrag eingereicht. Schon 18. November antwortete der Cultusminister durch die Vorlage des Gesetzentwurfs, „betreffend die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel". Es war das erste der „Maigesetze" — die übrigen wurden noch zwei Monate lang zurückgehalten. Es sollte also der Kampf um die Freiheit und die Existenz der katholischen Kirche in Deutschland, der im Reichstag begonnen hatte, im preußischen Landtage fortgesetzt werden. Bereits im Februar des Jahres war mit dem Schulaufsichtsgesetz der Anfang gemacht worden.

Bevor man in den Kampf eintrat, war noch eine andere Frage zu erledigen, welche die kirchenfeindlichen Parteien unter sich etwas gespalten hielt und ungeheuern Staub aufwirbelte. Ja man glaubte, es habe seit 20 Jahren kein Gesetz so viel im Lande von sich reden gemacht, als das über die neue Kreisordnung. In die erregte Debatte, die sich auch jetzt wieder im Abgeordnetenhause darüber entspann, griff 20. November Mallinckrodt mit einer sehr bedeutenden Rede ein, welche nicht nur das Gesetz selbst, sondern die ganze politische Situation, in der man sich befand, einer hellen Beleuchtung unterwarf.

„Wenn man das Gesetz vom grünen Tisch und durch doctrinäre Brillen betrachtet," meinte er, „dann macht es einen ganz angenehmen, wohlthuenden Eindruck. Es ist fleißig und glatt gearbeitet; die Organisationen, die es bringt, stehen in einem zusagenden logischen Zusammenhang; es empfiehlt sich namentlich durch die Anbahnung der ja allseitig so erwünschten größern Selbstverwaltung. Das alles sind sehr schöne Eigenschaften, allein sie reichen nicht aus, um das Urtheil zu begründen, daß das Gesetz nun wirklich ein gutes Gesetz sei. Dazu gehört vor allen Dingen, daß das Neue auch in den realen Verhältnissen des Landes eine feste Grundlage finde. Es ist durchaus nothwendig, daß es mit der historischen Entwicklung des Landes im Zusammenhang bleibt, daß es die gegebenen Zustände nach dem Bedürfniß der Gegenwart entwickelt und verbessert. Wenn das Gesetz auch der Anforderung entspricht, dann ist es alles Lobes werth; wenn aber das Gesetz wesentlich neue Formen bringt, von denen man zwar weiß, daß sie die alten Formen beseitigen, von denen man aber nicht weiß, ob sie sich an die thatsächlich gegebenen Verhältnisse im Lande organisch und naturgemäß anlehnen, dann, meine ich, hätten wir alle Veranlassung, ein solches Gesetz mit aller Vorsicht aufzunehmen."

Nachdem er dann die seit der ersten Vorlage angebrachten Verbesserungen anerkannt und an den Hauptbestimmungen ruhige und sachliche Kritik geübt hatte, bezeichnete er offen das eine „unübersteigliche" Hinderniß, das ihm unmöglich mache, der Vorlage zuzustimmen. Daran knüpfte er aber sofort auch den Hinblick auf die Vorgänge im Herrenhaus.

„In dieser Auffassung" (das Gesetz nicht annehmen zu können), fuhr er fort, „werde ich bestärkt durch noch eine Erwägung, die gerade in diesen Tagen ja besonders in den Vordergrund getreten ist: das ist die Stellung des Herrenhauses zu dieser Gesetzesvorlage und die Haltung der Regierung gegenüber dem Herrenhause.... Ich kann nun nicht sagen, daß ich für meine Person eine übermäßige Verehrung für die Thaten des Herrenhauses hätte. Ich finde namentlich, daß in den letzten Jahren das Herrenhaus, ähnlich wie es ja sonst der conservativen Partei wohl widerfahren ist, von den ursprünglichen Principien so im Gehen viele verloren hat. Ich hätte außerdem dem Herrenhause — wenn es erlaubt ist, an dieser Stelle eine kritisirende Bemerkung laut werden zu lassen — wohl den Vorwurf zu machen, daß neben den wirklich conservativen Ideen auch die junkerlichen Ideen eine gar starke Rolle gespielt haben, und das ist meines Erachtens, namentlich für einen so

hochgestellten Staatskörper, durchaus verwerflich. Indessen, meine Herren! das Herrenhaus ist und bleibt ein wesentlicher Factor unseres ganzen Verfassungsbaues, es ist in der Organisation des preußischen Staates eine wesentliche Säule; das müssen alle diejenigen anerkennen, die überhaupt einem Zweikammersystem den Vorzug geben vor dem Einkammersystem, das wir ja im Reiche haben und dort erproben können. Es ist wesentlich, daß jeder der drei Factoren der Gesetzgebung sich unter allen Umständen mit voller Freiheit bewegen kann. Wenn er das nicht kann, dann ist die ganze Maschinerie gelähmt, der Organismus krank.

„So gut ich niemals auf seiten derer stehen werde, die etwa geneigt sein könnten, die freie Bewegung der Regierung, die volle Freiheit der Krone in der Wahl ihrer Rathgeber irgendwie zu hindern; so gut wie ich niemals einstimmen würde, wenn man den Versuch machen wollte, auf gewaltsame Weise die Stimmenverhältnisse in diesem Hause zu corrigiren: ebenso werde ich immer widersprechen, wenn ich sehe, daß von anderer Seite die Freiheit des dritten Factors beeinträchtigt werden will. Und, meine Herren, wenn ich sage: ‚werden will', dann sage ich eigentlich zu wenig. Richtiger wäre es, zu sagen: ‚schon beeinträchtigt ist'. Denn die Rede, mit der der Herr Minister des Innern die letzte Abstimmung im Herrenhause eingeleitet hat, die schmeckte doch recht stark nach einer Mahnung, die an Drohung grenzt. Und wenn die freie Entschließung der Mitglieder eines gesetzgebenden Körpers dadurch beeinflußt wird, daß gegen alle Regeln der jetzt wenigstens uns seit zwölf Jahren oft gepredigten constitutionellen Grundsätze auch hohe Personen, die man nicht in die Debatte ziehen soll, doch in die Abstimmung einzugreifen suchen — dann, meine Herren, sehe ich darin auch eine Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit, an der das ganze Land interessirt ist. Wenn dann obendrein noch in Aussicht gestellt wird, daß durch ein Hineinziehen von 40 bis 50 oder noch mehr neuen Mitgliedern in das Herrenhaus die bisherige Majorität gewaltsam erdrückt werden soll — dann, meine Herren, ist ein solches Vorgehen in meinen Augen nicht durch den Hinweis auf die Bestimmung zu rechtfertigen, daß die Regierung resp. die Krone berechtigt ist, Vertrauenspersonen für das Herrenhaus zu ernennen.* Formal mag man sich dahinter decken: materiell — darüber kann kein Vorurtheilsfreier im Zweifel sein —, materiell geht es weit über den eigentlichen Gedanken der angezogenen Bestimmung hinaus. . . . Meine Herren! wenn Sie dafür noch Autoritäten verlangen — dann verweise ich Sie neben Herrn Stahl auf den gegenwärtigen Präsidenten des Ministeriums."

Obgleich Mallinckrodt schon jetzt die bestimmte Erklärung abgab, daß er gegen das Gesetz stimmen werde, betheiligte er sich doch während der folgenden Tage an den weiteren Berathungen. Im Centrum schienen die Ansichten in Bezug auf die Gesammtvorlage getheilt, und schon jubelte die „Augsb. Allgem. Zeitung", daß „ein nicht geringer Theil der Fraction dem Herrn v. Mallinckrodt nicht folgen werde". 26. November wurde die unveränderte Regierungsvorlage mit 288 gegen 92 Stimmen angenommen, der Pairs-Schub vom 30. November sicherte die Annahme auch im Herrenhaus und 9. December wurde die neue Kreisordnung Gesetz.

Am 27. November enthüllte die Verhandlung über den Antrag Reichensperger, den Religionsunterricht am Braunsberger Gymnasium betreffend, aufs neue die bei der Mehrheit des Hauses wie bei den Vertretern der Regierung herrschende Feindseligkeit und Gewaltthätigkeit gegen die Kirche. Einen bessern Erfolg konnte auch Mallinckrodt sich nicht versprechen, als er 28. November vor das Haus trat, seinen Antrag zu Gunsten der aus den Schulen verwiesenen Ordensschwestern zu begründen.

Erst beschrieb er in drastischer Weise das Vorangehen der Regierung im Gegensatz zu früheren Zeiten, den Eindruck, den dies auf Behörden und Volk hervorbringe, wie da die wichtigsten Verfügungen „aus der Ministerialpistole geschossen werden“, aber schon die Fassung derselben von vornherein erkennen lasse, daß sie ohne Kenntniß der Sachlage, über die verfügt werden solle, erlassen seien.

„Man fragt sich: Weshalb diese Maßregel? wozu? aus welchen gesetzlichen Gründen? Niemand weiß Antwort. Ja, aber es ist doch das Cultusministerium eben mit einem Mitglied des Justizministeriums [1] besetzt! Da sollte man doch erwarten, daß Recht und Gesetz besonders vorsichtig geprüft werden! . . . Da gibt es vielleicht wohlwollende Personen, die sagen: Ja, der Herr kann nicht alles, wie er wohl möchte; er hat es vielleicht so böse nicht vor, aber es sind auch noch andere Einflüsse, die da bestimmend wirken. Ja, meine Herren, dann fragt man sich: Sind diese Einflüsse krank oder gesund? sind sie im Urlaub oder sind sie im Dienst? Man fragt: Sind sie denn eigentlich mehr Fürst oder Diener?“ [2]

Er ging nun dazu über, die rechtliche Seite der Frage darzulegen: die ungerechte Schädigung sowohl der Schwestern selbst wie der Gemeinden, in denen sie bisher gewirkt, den Verstoß gegen die Verfassung, gegen Auffassung und Praxis aller bisherigen Cultusminister wie des Abgeordnetenhauses; er beleuchtete seine Darstellung durch eine Fiction, indem er einmal annahm, eine ganz analoge Verfügung sei nicht gegen katholische Schulschwestern, sondern gegen jüdische Schulamtscandidaten 2c. erlassen.

„Wenn es richtig ist,“ begann er aus seinen Darlegungen das Resultat zu ziehen, „daß die Schwestern alle ihre Pflichten aufs treueste erfüllt haben, daß ihnen die besten Zeugnisse zur Seite stehen; wenn es richtig ist, daß die Schulschwestern

---

[1] Am 30. Januar 1872 hatte Falk in der ersten Sitzung, in welcher er auftrat, einer Rede Mallinckrodts gegenüber mit Nachdruck geäußert: „Es ist von Sr. Majestät dem Kaiser ein Jurist an die Spitze des Cultusministeriums gestellt worden, und diesem Juristen hat — und dafür bin ich dankbar — der Herr Abgeordnete Reichensperger zugerufen, er solle nicht vergessen, daß er eben bis dahin sein Leben der Justiz und dem Recht gewidmet hat. Dieser Mahnruf wird von mir sehr wohl gewürdigt werden.“ Windthorst hatte diese pathetische Aeußerung sofort mit seinen Witzen beleuchtet, und sie war berühmt geworden.

[2] Fürst Bismarck war eben krankheitshalber im Urlaub.

über die Pflichten ihres Berufes hinaus vielfach thätig gewesen sind als Krankenpflegschwestern in den Spitälern und Krankenhäusern während des Krieges; wenn es richtig ist, daß man die Wirksamkeit der Schwestern auch von höchster Stelle anerkannt hat . . .: wenn das richtig ist, meine Herren, dann ist es billig, daß der treuen Erfüllung der Pflichten auch die volle Gewährung der Rechte folgt. . . . Ihre Unbefangenheit in der Anwendung des Artikels 4 in betreff der Juden, die haben Sie bewiesen; nun wollen wir einmal sehen, ob Sie auch Ihre Unbefangenheit in betreff der Christen beweisen, ob Sie sie beweisen in betreff der Frauen. Sehen Sie, meine Herren, die Juden erklären Sie unbedingt für anstellungsfähig; aber die Schulschwestern, für die treten Sie nicht nur nicht ein, sondern Sie sind bereit, dazu mitzuwirken, sie erwerbs- und brodlos zu machen.

„Vergegenwärtigen Sie sich Ihre That! Als es sich darum handelte, der Jesuiten ledig zu werden, da sagte man sich: Die preußische Verfassung bietet der Behandlung Schwierigkeiten, wir müssen auf das Gebiet der Reichsverfassung gehen, aber wenn wir da auch sind, ein Gesetz haben wir doch nöthig; — und so haben Sie denn richtig ein Reichsgesetz zu stande gebracht, und kraft des Gesetzes haben Sie die Männer aus dem Lande hinausdrangsalirt. Jetzt, meine Herren, haben Sie es nicht mehr für nöthig gehalten, ein Gesetz zu Hilfe zu rufen, nein, die Ministerialwillkür reicht vollkommen aus. Es mögen alle anderen Cultusminister erklärt haben: Es kann und darf nach der Lage der Gesetzgebung der Anstellung von Schulschwestern kein Hinderniß entgegengestellt werden —; es mag der Staat die Statuten genehmigt haben, auf Grund deren die Personen sich dem Berufe gewidmet haben: Es mag der Staat ihnen die Corporationsrechte verliehen haben, das ist alles einerlei: es genügt, daß der Herr Unterrichtsminister sagt: Car tel est mon plaisir, ich will mal, daß die Schulschwestern aufhören, in den Schulen zu wirken, und, meine Herren, Sie sind bereit, vollen Beifall zu zollen. Sehen Sie, solche Fortschritte haben wir in kurzer Zeit gemacht. . . . Was treibt Sie denn? eine politische Frage? eine politische Rücksicht? Worin besteht denn die politische Rücksicht? Wie heißen denn die politischen Gründe? Will man etwa uns Mitglieder im Centrum damit strafen, daß man die Existenz der armen Schulschwestern vernichtet? . . . Ist das edel, ist das recht? Kann das vor der Geschichte bestehen, oder muß die Geschichte erröthen, wenn sie dies einstens in ihre Tafeln eintragen muß? Sagen Sie Ihre Gründe! Oder stört Sie das so gewaltig, daß die Schullehrerinnen außerhalb ihrer Schule zu Hause in ihren vier Wänden vielleicht ein Vaterunser mehr beten als Sie? Ja, meine Herren, das Beten muß doch nicht mehr an gewissen Orten gefallen; ich wüßte nicht, weshalb wir sonst die jüngste Neuerung erlebt hätten. Früher wendete man immer den Blick nach oben, wenn die Landesvertretung zusammenkam; heute ist das abgeschafft. Früher pflegten auch die Kinder ein Vaterunser zu beten, wenn der Schulunterricht anfing; vielleicht wünschen Sie, daß das auch noch abgeschafft wird. . . .“

Er schloß dann mit einem Hinweis auf die große Unwissenheit und Unklarheit der Begriffe, die sich bei den Gegnern selbst in dem Antrag verrathe, den sie dem seinigen entgegengestellt hatten, und auf die große Nothwendigkeit, die Sache in einer Commission eingehender zu berathen.

Falk erhob sich sogleich zur Erwiederung und wurde vom Grafen Bethusy-Huc alsbald dienstfertig unterstützt. Aber so groß war die Wucht von Mallinckrodts Argumenten und der Eindruck seiner Rede gewesen, daß die beiden Gegner es für nothwendig hielten, erst diesen Eindruck etwas abzuschwächen. Falk wies darauf hin, daß die Frage dem Vorredner „Gelegenheit gegeben habe, seine große rhetorische Macht nach verschiedenen Richtungen hin zu entwickeln“; der folgende Redner, daß er „die ganze Kunst seiner Beredsamkeit“ aufgewendet habe. Es war dies ein beliebter Kunstgriff, den namentlich Lasker häufig anzuwenden pflegte, wenn er Mallinckrodt antworten mußte. Hatte der letztere in seiner klaren und kraftvollen Weise die Sache dargelegt, und nur die Sache, um die es sich handelte, und bebten die Gegner vor der Gewalt seiner Gründe, unfähig, sie zu widerlegen, da stand Lasker auf und sagte, das seien „dialektische Künste“, das sei „große Geschicklichkeit“, es seien „scholastische Kunststücke“.

Viel wußte der Cultusminister diesmal auch nicht zu erwiedern. „Man könne sagen,“ meinte er, „die Maßregel sei ungerecht, man könne ausführen, die Maßregel habe keinen Grund für sich, aber man könne nicht ausführen, die Maßregel sei gegen Verfassung und Gesetz.“ Die Gründe der Maßregel seien politischer Natur, es handle sich um eine „Machtfrage“. Um dies zu beleuchten, gab er, wenig geschmackvoll, einen Hinweis auf die Ausbreitung und den Einfluß, welchen in kurzem Zeitraum die Schwestern der christlichen Liebe gefunden hätten, an deren Spitze, wie jedermann wußte, Mallinckrodts eigene Schwester Pauline stand.

Eine interessante Debatte folgte. Mallinckrodt fand muthige und sachgemäße Unterstützung von seiten des protestantischen Abgeordneten Strosser (Strafanstaltsdirector in Münster), der sich seinen Ausführungen völlig anschloß und erklärte, daß die Entgegnung des Ministers an der Richtigkeit der Ausführungen Mallinckrodts auch nicht einmal einen Zweifel hätte erregen können. Der Abgeordnete v. Rönne aber beschwerte sich persönlich über Mallinckrodt, weil derselbe eines von Rönne's juristischen Werken für sich citirt und dem politischen Feinde den Rath gegeben hatte, dem Werke künftig das Motto voranzudrucken: „Thut nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Werken.“

„Eines habe ich von ihm immer geglaubt,“ bemerkte v. Rönne, „daß er ein höflicher Mann sei und mir daher einen so unhöflichen Rath zu geben Veranlassung nicht gehabt hätte. . . . Ich hatte von dem Herrn Abgeordneten v. Mallinckrodt, in dem ich immer gewohnt gewesen bin, einen recht geistreichen Mann zu erkennen, am wenigsten geglaubt, daß er hier einen solchen schlechten Witz machen würde.“

Mallinckrodt antwortete am Schluß der Debatte in einer zweiten längern Rede den einzelnen Gegnern; zu widerlegen hatten sie ihm nicht viel gegeben. Höchst bemerkenswerth war die Erklärung, mit der er endete:

„Die königliche Staatsregierung proclamirt den Kampf. Sie beschönigt ihn mit der Bemerkung, der Kampf sei ihr aufgezwungen, und der Herr Minister beruft sich zur Rechtfertigung dieses Ausdruckes darauf, daß derselbe Ausdruck schon von einer andern maßgebenden Seite[1] gebraucht worden wäre. Nun, meine Herren, die Seite, von der der Ausdruck gebraucht worden ist, ist für mich da, wo es sich um Wahrheit oder Unrichtigkeit handelt, nichts weniger als eine Autorität. Ich läugne aufs entschiedenste; ich sage, die Behauptung, daß der Kampf, den die königliche Staatsregierung nach eigener Versicherung führt, von kirchlicher Seite ihr aufgezwungen wäre, ist thatsächlich unwahr. . . . Die Regierung hat eine feindliche Stellung ihrerseits eingenommen nicht gegen eine Partei, nicht gegen die Centrumspartei, nicht gegen die Ultramontanen, nicht gegen die Bischöfe, nein — gegen die katholische Kirche."

Noch entstand über die Art der Abstimmung eine längere Debatte, dann wurde der vom Abgeordneten v. Bonin gestellte Antrag auf motivirte Tagesordnung mit 242 gegen 83 Stimmen angenommen; fünf Abgeordnete hatten sich der Abstimmung enthalten.

Als in der Fractionssitzung vom 6. December das Centrum eine Neuwahl seines Vorstandes vornahm, wurde auch Mallinckrodt wieder mit an die Spitze gestellt. Im Abgeordnetenhause trat er vor Beginn der Weihnachtsferien nur noch bei Gelegenheit des Jagdgesetzes mehr hervor, das auch zu Bemerkungen allgemeinerer Natur Veranlassung bot.

„Es ist für die heutige Situation von nicht geringem Interesse," bemerkte er im Lauf seiner Rede 13. December, „zu sehen, wie die Partei, auf die zur Zeit die königliche Regierung sich wesentlich stützt, sich zu den principiellen Fragen des Rechtes stellt. Was nun die Stellung der königlichen Staatsregierung bei diesem Gesetze angeht, so ist in diesem Falle wieder recht erkennbar, wie heute das Staatsschiff ohne leitende Grundsätze dahinfährt. Irgend ein haltbares Princip liegt dem Gesetzentwurf schlechterdings nicht zu Grunde, und die Deductionen des Herrn Regierungscommissars sind nichts anderes als Inconsequenzen in der Logik. . . ."

Am 19. December war die letzte Sitzung vor Weihnachten, und dann eilte Mallinckrodt heim, nach seinen verwaisten Kindern zu sehen. Er fand alles gut. Bei der Christbescherung, die für ihn allein eine traurige, waren die Geschenke für die Kinder „sehr bescheiden"; dagegen hatte er gesorgt, daß alle Leute des Gesindes außer einem Geldgeschenk noch mit irgend einer kleinen Gabe erfreut wurden.

Am Morgen des 27. ging er mit sämmtlichen Kindern zum Grab der Gattin. Nachmittag und Abend verbrachte man dann in Böddeken „voll innerer und äußerer Harmonie". Erst am Nachmittag des 28. kehrte Mallinckrodt mit Hüffer und seinem kleinen Töchterchen nach Borchen zurück; er fand seinen Schreibtisch mit eingelaufenen Briefen bedeckt.

[1] Dem Ministerpräsidenten Fürst Bismarck.

5. Die Weihnachts-Allocution.

(December 1872 bis Januar 1873.)

Am 6. Januar ging es nach Berlin zurück, denn folgenden Tages sollten die Sitzungen wieder beginnen. Unterdessen hatten sich wichtige Dinge vorbereitet. Man wußte längst, daß noch andere Gesetze gegen die Kirche geplant seien; schon 12. December meldete die „Germania", daß eine sogenannte freie Commission zur Vorberathung des Cultusetats sich gebildet habe. Sie bestand nur aus nationalliberalen, freiconservativen und fortschrittlichen Abgeordneten, arbeitete aber neben und außer der officiellen Commission mit dem gesammten officiellen Apparat. 21. December wurde Fürst Bismarck auf sein Ansuchen des Präsidiums im Ministerrathe enthoben, und der älteste der Minister, v. Roon, trat als Ministerpräsident an seine Stelle, wurde auch 1. Januar 1873 durch Erhebung zum Generalfeldmarschall ausgezeichnet. Der Minister v. Selchow, der Mallinckrodt persönlich nicht unfreundlich gesinnt war, hatte eben jetzt sein Abschiedsgesuch eingereicht. Mehr Aufsehen als dieser Wechsel im Ministerium erregten für den Augenblick die Schritte des Ministers des Innern gegen die Weihnachtsallocution des Papstes.

Nachdem im preußischen Abgeordnetenhause der „Kampf gegen Rom" offen eingestanden und angekündigt war, konnte selbstverständlich die kirchliche Behörde dem Vernichtungskriege gegen die Kirche nicht sprachlos zusehen. Schon 20. September hatten die in Fulda versammelten Bischöfe Preußens eine Denkschrift veröffentlicht, welche die Katholiken über die Natur des ausgebrochenen Kampfes unterrichten sollte. Pius IX. seinerseits glaubte, als er in der üblichen Allocution an Weihnachten sich über die allgemeinen kirchlichen Verhältnisse aussprach, über die Vorgänge in Deutschland nicht schweigen zu sollen. Er erwähnte der „heftigen Verfolgungen", denen die Kirche unterworfen sei; der „geheimen Machinationen, die neben offener Gewalt daran arbeiteten, sie von Grund aus zu zerstören", die von solchen ausgehen, welche die katholische Religion nicht nur nicht bekennen, sondern nicht einmal kennen, welche sich aber gleichwohl die Macht anmaßen, die Dogmen und die Rechte der katholischen Kirche abzugrenzen.

Ueber diese Worte des Heiligen Vaters zeigte man von seiten der preußischen Regierung große Entrüstung, die officiösen Blätter flossen über von Schmähungen; die Zeitungen, welche die Allocution zum Abdruck brachten, wie die „Germania", wurden confiscirt, nachdem sie früher den telegraphischen Bericht ungestraft abgedruckt hatten. Andere Berliner Blätter wie die meisten Provinzialzeitungen wurden vorher amtlich darauf aufmerksam gemacht, daß im Falle eines Abdruckes der incriminirten Stelle die Beschlagnahme erfolgen würde. Die officiöse Presse erhielt die Weisung, die Allocution als eine

„Kriegserklärung gegen Deutschland“ darzustellen. Die „Spen. Zeitung“ nannte Pius IX. einen „neuen Benedetti“, weil er „den König so beleidigt, wie nur der dicke Corse in Ems gethan“. Diese Schritte waren ausgegangen vom Minister des Innern, Grafen Eulenburg, der 29. December an die Oberpräsidenten den betreffenden Erlaß gerichtet hatte, in welchem der Allocution „Beleidigungen gegen Se. Majestät den Kaiser und das Deutsche Reich“, andererseits Entstellung von Thatsachen zum Vorwurf gemacht wurden.

So standen die Dinge, als 7. Januar das Haus der Abgeordneten wieder zusammentrat. Schon seit dem Ministerrath vom 3. Januar drang es immer deutlicher in die Oeffentlichkeit, daß in den nächsten Tagen dem Landtage neue kirchenpolitische Gesetzentwürfe zugehen würden, und daß man um diesen Preis das von den Liberalen so heißersehnte Gesetz über die Civilehe noch zurücktreten lassen wolle. 9. Januar legte Falk die neuen Gesetze vor. Sie betrafen den Austritt aus der Kirche, den Einfluß des Staates auf die Ausbildung und Anstellung der Geistlichen, die Beschränkung der kirchlichen Disciplinargewalt und die Errichtung eines obersten königlichen Gerichtshofes für die kirchlichen Disciplinarsachen. Mit schwungreicher Rede befürwortete der Minister diese Vorlagen. Er gestand offen, daß dieselben einen völligen Bruch mit der Vergangenheit bedeuteten. „Die Regierung bittet,“ äußerte er, „die Entwürfe so zu behandeln, als ob sie Verfassungsveränderungen in sich schlössen.“ Trotzdem bat er schließlich selbst um Beschleunigung der Berathung, damit die Gesetze noch in dieser Session zu stande kämen, und so ein fester, dauernder Friede angebahnt würde.

Eine Discussion war in dieser Sitzung nicht mehr zulässig. Aber sobald der Ministerpräsident v. Roon, der nach Falk über die Vorgänge im Ministerium das Wort ergriffen, geendet hatte, erhob sich Mallinckrodt „zur Geschäftsordnung“.

„Der Herr Minister der geistlichen Angelegenheiten“, sprach er, „hat seinen Vortrag mit dem Ausdruck des Wunsches geschlossen, daß die Berathungen der Vorlagen in unserem Hause möglichst beeilt werden möchten. Die Regierung hat vor Berufung dieses Hauses viele Monate und seit Berufung dieses Hauses mehrere Monate zu ihrer Verfügung gehabt, um die Entwürfe vorzubereiten, über die der Herr Minister sich eben des nähern ausgesprochen hat, und die, wie die Herren aus dem Vortrage sattsam entnommen haben werden, darauf abzielen, wie der Herr Minister sagte, zu einem ‚festen, dauernden Frieden‘ zu gelangen — darauf abzielen, meine Herren, auf dem Wege äußerer Knechtung, innerer Revolutionirung und dadurch herbeigeführter Auflösung der katholischen Kirche des Landes den Frieden des Kirchhofes zu erreichen. Das, meine Herren, ist das Ziel, was die Vorlagen sich gestellt haben; das wird sich nun finden, meine Herren. Ich wünsche nur — und das ist das Ziel meiner Worte —, daß das Haus sich nicht übereilt, sondern sich die nöthige

Muße gönnt, um das, was die Regierung so von weitem vorbereitet hat, nun auch in gründliche Erwägung zu nehmen. Ich meinerseits spreche das Vertrauen aus in die Loyalität unseres Präsidenten und in die Loyalität des Hauses — wenigstens hinsichtlich der formalen Behandlung der Geschäfte und der Vertheilung gleicher Sonne und gleichen Windes unter den Parteien dieses Hauses —, daß sie die Berathung dieser Gegenstände nicht übereilt, sondern daß sie die vollständige Muße zu einer gründlichen Erwägung der Sachlage gibt."

Der Präsident erklärte darauf, er werde sich an die Termine der Geschäftsordnung halten, das übrige habe das Haus zu beschließen.

Noch in der gleichen Sitzung hatte Mallinckrodt eine Interpellation eingereicht, welche die Namen von 30 Centrumsmitgliedern trug, über die Maßregel des Ministers v. Eulenburg gegenüber der päpstlichen Encyklika. Bei dieser Gelegenheit nannte ihn die „Augsb. Allgem. Zeitung" „das enfant terrible der ultramontanen Partei". Am folgenden Tage (10. Jan.) kam die Interpellation zur Besprechung.

Mit einer großartigen Rede begründete Mallinckrodt seine Interpellation. Er verlas die Artikel der tonangebenden liberalen Blätter, legte den Thatbestand im Zusammenhange dar, die Abberufung bezw. Beurlaubung des deutschen Geschäftsträgers in Rom, den Lärm in den Blättern, den Erlaß des Ministers. Dann verglich er den Erlaß mit dem Wortlaut der Encyklika, indem er die Hauptstellen verlas und erklärte.

„Also die Regierung kann an die Richtigkeit der Behauptungen ihrerseits nicht glauben," führte er aus. „Aber, meine Herren, hindert das im allermindesten die Möglichkeit der vollen Wahrheit? Durchaus nicht. Und ich meinerseits nehme keinen Augenblick Anstand — und weiß mich in der Beziehung mit der überaus großen Mehrheit der Katholiken dieses Landes in Einklang —, zu behaupten, daß die Aeußerungen der Allocution Wort für Wort lautere Wahrheit enthalten."

Er blieb auch den Beweis nicht schuldig. Für die „geheimen Machinationen", von welchen der Papst gesprochen, wies er hin auf den Freimaurerorden, auf die geheimen Conferenzen des Cultusministers auch mit den Spitzen der Altkatholiken, auf die Umtriebe der Socialdemokraten. Für die „offene Gewalt" erinnerte er an die kirchenfeindlichen Gesetze und Debatten in Reichstag und Landtag. Indem er aber zu der Behauptung des Ministerialerlasses überging, die Allocution enthalte eine Beleidigung des Kaisers, da wurde seine Vertheidigung der päpstlichen Worte zugleich eine gewaltige Anklage gegen das herrschende System.

„Meine Herren! Ist das eine Beleidigung des Staatsoberhauptes, wenn ich sage: das Ministerium der Conflictszeit war ein durch und durch freiheitsfeindliches Ministerium. . . . Ist das eine Beleidigung des Staatsoberhauptes? Wenn ich mich jetzt über das Staatsministerium, soweit es parlamentarisch statthaft ist, tadelnd äußern wollte, wäre das in aller Welt eine Beleidigung des Staatsoberhauptes?

Wo sind Sie denn hingekommen mit Ihrem Constitutionalismus? Seit wann können Sie es billigen, daß man den Tadel gegen die Staatsregierung bezeichnet als eine Beleidigung des Staatsoberhauptes? Vergessen Sie doch nicht in dem Maße die Stellung, die Sie nicht nur sich, sondern dem Lande schuldig sind! Wohin soll es kommen mit der Freiheit, wenn wir hier nicht mehr berechtigt sind, uns tadelnd zu äußern über die Grundsätze der Staatsregierung; wenn die Presse nicht mehr das Recht hat, die Handlungen der Staatsregierung ihrer Kritik zu unterwerfen, soweit das Strafgesetzbuch es erlaubt? Seit wann darf die Staatsregierung es unternehmen, die unverletzliche Person des Staatsoberhauptes, wie wir es hier erleben und in vielen anderen Fällen es erlebt haben, voranzustellen, meine Herren? Es ist fast zum System geworden, daß die Staatsregierung sich deckt, den Fürsten zum Schilde gebraucht, statt ihrerseits der Schild des Fürsten zu sein. Aber, meine Herren, ich klage deshalb nicht in erster Linie den Herrn Minister des Innern an, obschon ich mich mit ihm um deswillen vorzüglich zu beschäftigen habe, weil er die Behauptung der stattgefundenen Beleidigung in seinen officiellen Erlaß aufgenommen hat. Der Vorwurf würde aber meines Erachtens die richtigere Adresse treffen, wenn er nicht nach den Linden, sondern nach der Wilhelmsstraße [1] gerichtet würde."

Aber noch schärfer wandte er sich gegen die von gewisser Seite systematisch betriebene Fälschung der öffentlichen Meinung. Drei allbekannte Fälle [2] führte er an, dann fuhr er fort:

„Nun, wenn Sie sich diese einzelnen Vorkommnisse vergegenwärtigen, meine Herren, fühlen Sie sich dann nicht versucht, an ein System zu glauben, an ein System, welches in seinen poetischen Licenzen doch etwas sehr weit geht? Und welches sind denn wohl die Absichten und die Tendenzen eines solchen Systems? Ich denke mir zwei. Die eine Tendenz, die zieht nach unten und findet ihre Illustration darin, daß man erst die leichten Truppen der Presse voranschickt. . . . Damit werden die Unterthanen im Lande aneinander und gegeneinander gehetzt. . . . Es wird also der Gegensatz in einer Weise geschärft, wie er zu den bedenklichsten Zuständen zu führen geeignet ist, und das thut die Regierung, das ist die Regierung, die den Frieden des Landes stört und die kein Recht hat, anderen den Vorwurf zu machen, daß sie staatsfeindlich sind. Und nun, meine Herren, die Tendenz nach oben, nach oben hin den Glauben erregen, die Majestät des Kaisers sei beleidigt, die Majestät des Kaisers schulde dem dadurch verletzten Gefühl der Nation Genugthuung! Ist das zu entschuldigen, wo die thatsächliche Unterlage der Beleidigung fehlt — und das, meine Herren, ist von der Presse der verschiedensten Parteien jetzt schon anerkannt —; wie wollen Sie das bezeichnen? Ist damit, mit einer solchen Abirrung von der thatsächlichen Wahrheit, ist damit nicht die

[1] Hier ist das Palais des Ministeriums des Auswärtigen, das Fürst Bismarck innehatte.

[2] Die Anklagen, die auf den confiscirten Brief Windthorsts gegründet wurden, die Benedetti-Fabel und die Nachricht von der Desavouirung des Centrums durch den Heiligen Stuhl.

hochgradigste Verantwortlichkeit verknüpft? Würden wir nicht, wenn wir ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz hätten, vollständig berechtigt sein, gegen eine Regierung die Anklage zu erheben, der wir den Nachweis führen könnten, daß sie Maßnahmen ergreife, die geeignet seien, in den höchsten Regionen an der Stelle des Wahren das Nichtwahre erscheinen zu lassen? Wenn sich eine solche übertriebene, unwahre Behauptung wie die, daß in der Allocution eine Beleidigung des Kaisers vorläge, wenn sich die nur gegen die Katholiken, gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche oder gegen die Kirche selbst richtete, von der die Regierung alle Augenblicke sagt, sie sei damit im Kriege, dann könnte man vielleicht geneigt sein, das zu entschuldigen mit der Kriegsnoth. Aber, meine Herren, wenn eine solche Behauptung auch nur mit einem Auge ihr Ziel an der Spitze des Reiches und des Landes sucht, meine Herren, wie wollen Sie das rechtfertigen? Ist denn die Regierung im Kriegszustande mit dem Landesfürsten[1], daß sie berechtigt ist, von solchen Kriegskünsten Gebrauch zu machen? Ist sie nicht unbedingt verpflichtet, die lauterste, reinste Wahrheit überall hindringen zu lassen, vor allen Dingen auf den Thron? . . .

„Meine Herren! Der Erlaß des Herrn Ministers setzt sich dann in einen Widerspruch mit den Bestimmungen unserer Verfassung, der schwerlich von Ihrer Seite geläugnet werden kann und wird.“

Auf diese gewaltige Rede antwortete der Minister kurz und kleinlaut und gab offen zu, daß der Erlaß aus dem Auswärtigen Amte, d. h. vom Fürsten Bismarck komme. Ein Redner um den andern, ohne Unterschied der Parteien, erklärte sich nun gegen den Minister. Man bezeichnete seinen Erlaß als „einen großen politischen Fehler“; die „Lächerlichkeit, die er mit sich bringe, werde vielleicht noch übertroffen durch das Tragikomische seiner Ausführung“. Auch Windthorst griff ein, verlas noch den übrigen Theil der Allocution, der in den Blättern nicht hatte gedruckt werden dürfen, und vertheidigte Mallinckrodt gegen die von verschiedenen Seiten erfolgten Angriffe. Denn in der That suchte man durch heftige persönliche Vorstöße gegen diesen ihm und seiner Partei den Triumph zu vergällen. Zwar anerkannte der nationalliberale Polizeipräsident Engelken die „gewohnte beredte, schlagende und elegante Weise“ Mallinckrodts, seines einstigen Universitätsfreundes, und Windthorst selbst gab bei dieser Gelegenheit seiner Beobachtung Ausdruck:

„Wenn v. Mallinckrodt in seiner präcisen Art die Wahrheit klar und bestimmt ausspricht und sie deshalb sehr stark zu Bewußtsein kommt, dann ist das

[1] Es ging die Meinung, als hätten die kirchenpolitischen Vorlagen bis dahin noch nicht die Zustimmung des Königs finden können, und seien deshalb im Cultusministerium zurückgehalten worden. Erst 8. Januar 1873, zwei Monate nach Eröffnung des Landtages, gab der Landesherr die Genehmigung. Als Mittel, dies herbeizuführen, erschien die künstlich hervorgerufene Aufregung über die „Beleidigung des Kaisers“.

allerdings ein Vorzug, der Herrn v. Mallinckrodt eigen ist, und der nicht allen eigen ist, welche glauben, in großen langen Phrasen sich ergehen zu müssen, aber nichts sagen."

Lasker dagegen warf Mallinckrodt vor, seine Rede sei „ein Predigen des Aufruhrs gegen die Gesetze des Staates" gewesen, er habe wieder einmal, wie schon früher so oft, die Geschicklichkeit bewiesen, „einen verhältnißmäßig mindern Anlaß zu benutzen, um von der Tribüne aus Schmähungen auf das Land und die Gesetze zu häufen". Er habe dem Abgeordnetenhause selbst „eine Beleidigung ins Gesicht geschleudert, die der Anstand nicht hätte gestatten sollen". Auch Windthorst (Dortmund), des großen Centrumsführers sehr unähnlicher Neffe, ein abgefallener Katholik, wollte es nicht begreifen, daß Mallinckrodt „von dieser Stelle aus frei und offen . . . in dieser Weise das Deutsche Reich, die ganze Regierung und die ganze Entwicklung, die wir genommen haben, kritisiren durfte, ohne vom Unwillen des ganzen Hauses unterbrochen zu werden". Aber er erhob noch einen andern Vorwurf gegen den Redner: derselbe habe sogar wagen können, „einen Schatten auf den glorreichen Krieg, den Anfang und Ausgang des Krieges zu werfen". Das war der Vorwurf, wie er gerade den Gegnern paßte, und er wurde sofort noch von zwei anderen Rednern aufgegriffen. In der That hatte Mallinckrodt nur, veranlaßt durch den wüthenden Artikel der „Spen. Zeitung" über die „Unverschämtheit" des „neuen Benedetti", unter anderen Belegen für die systematische Täuschung der öffentlichen Meinung durch Verbreitung falscher Darstellungen in der Presse auch der alten Benedetti-Fabel erwähnt, an die jetzt niemand mehr ernstlich glaube. Darin wollte der Abgeordnete Löwe eine Insinuation erkennen, als sei der letzte Krieg von Deutschland aus eingefädelt worden, und sah sich veranlaßt, in einem längern Excurs gegen Mallinckrodt die französischen Kriegsgelüste zu beweisen. Kardorff aber glaubte das Haus darauf aufmerksam machen zu müssen, daß Mallinckrodt factisch die Schlußfolgerung gezogen habe, der Krieg sei in frivoler Weise nicht von Frankreich, sondern von Deutschland schließlich angefangen worden. Hatte Mallinckrodt die übrigen Angriffe ziemlich kühl über sich ergehen lassen, so glaubte er doch, gegen diesen ganz unwahren, von Leidenschaftlichkeit oder Parteipolitik eingegebenen Vorwurf entschieden Front machen zu müssen.

„Diese Behauptung" (Löwe's und Kardorffs), bemerkte er, „ist thatsächlich so grundunwahr, wie irgend ein Wort heute nur in diesem Saale unwahr ausgesprochen sein kann. Es ist auch nicht ein Buchstabe von dieser Aeußerung wahr. Ich habe das nicht nur nicht gesagt, sondern es hat mir auch unendlich fern gelegen, einen derartigen Schluß ziehen zu wollen. Was ich gedacht habe, ist, daß diese Ausstaffirung der Sache Benedetti's benutzt sei, um die nationale Empfindlichkeit anzureizen. Von dem ‚Beginn des Krieges' habe ich

nicht eine Silbe gesagt, und ich will dem Abgeordneten Löwe gern bestätigen, daß auch nach meiner Ueberzeugung von Uranfang an die Ziele des eben gestorbenen Mannes [1] auf die Rheinprovinz gerichtet waren, und daß seine Wege dahin sogar über Italien geführt haben. . . ."

6. Die Verfassungsänderung.

(Januar bis April 1873.)

Als vom Cultusminister Falk zugleich mit der Ankündigung der Verfassungsänderung auch die Parole zur „Beschleunigung" dieser tiefgreifenden gesetzlichen Maßregel ausgegeben wurde, antwortete Mallinckrodt mit dem Appell an die Loyalität des Hauses. Allein die Unterwürfigkeit gegenüber ministeriellen Wünschen, wenn nicht auch der Eifer für die Sache, war bei den damaligen Mehrheiten viel zu groß, um auf solchen Appell viel zu achten. Man bemühte sich nicht einmal, die Hast zu verbergen, mit der um jeden Preis noch im Laufe der gegenwärtigen Session die kirchenpolitischen Gesetze durchgebracht werden sollten. Schon auf den 16. Januar wurde die erste Berathung anberaumt, und zwar wurden die Gesetze an die Spitze gestellt, die eine Verfassungsänderung in sich schlossen und die erst 9. Januar eingebracht worden waren. Es war dies der knappste Termin, den die Geschäftsordnung zuließ, und der eben nöthig war, um die Entwürfe zu drucken. Umsonst waren Windthorsts Gegenbemühungen. Die Gesetze seien von so großer Bedeutung, stellte er vor, und ihre Begründung so vielseitig, daß unmöglich in der kurzen Frist alle Actenstücke herbeizuschaffen seien. Es handle sich überdies um die Frage, ob die Berathung überhaupt vorgenommen werden könne, bevor die Verfassungsänderung erfolgt sei. So wichtige Entwürfe verdienten wohl überlegt zu werden. Wenn andere auch glücklicher seien, entweder durch raschere Auffassung oder durch vorherige Kenntniß sich orientiren zu können, so könne er doch nicht glauben, daß in Ueberstürzung Verfassung und Kirche geschädigt werden sollten. . . . Man möge wenigstens so viel Zeit lassen, um die den Gesetzen beigegebenen Motive lesen zu können.

Am 16. und 17. Januar wurde das Gesetz über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen in erster Lesung berathen. P. Reichensperger und der protestantische Abgeordnete Dr. Brüel, Windthorst und der conservative Protestant Strosser bekämpften das Gesetz, Mallinckrodt sprach noch nicht. Gerade während dieser Debatte trat Gerlach wieder als Mitglied des

[1] Napoleons III., gest. 9. Januar 1873.

Hauses ein (am 17. Januar 1873), nachdem er von dem katholischen Wahlkreis Mülheim-Wipperfürth sein Mandat erhalten. Es war dieselbe Sitzung, welche dem Kampfe gegen die Kirche den Namen gegeben hat. In Erwiederung auf die Rede Strossers erklärte damals Dr. Virchow: „Ich habe die Ueberzeugung, es handelt sich hier um einen großen Culturkampf."

Der Gesetzentwurf wurde an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen, die für die kirchlich-politischen Gesetzesvorlagen eigens gebildet werden sollte. Aus dem Centrum wurden zu dieser Commission gewählt: Mallinckrodt, A. Reichensperger und Dr. Brüel. Vorsitzender der Commission war Bennigsen.

Für den 20. Januar standen die drei übrigen Kirchengesetze auf der Tagesordnung, aber bei dem ersten derselben, dem Gesetz über kirchliche Disciplinargewalt, kam kein Katholik zu Wort. Der protestantische conservative Abgeordnete Holtz bekämpfte von seinem Standpunkt aus die Vorlage; ebenso that Gerlach; als aber die Reihe zu sprechen an A. Reichensperger kam, wurde durch Stimmenmehrheit die Discussion geschlossen. Von acht Rednern, die *gegen* das Gesetz gemeldet waren, hatten nur zwei sprechen können. Bei der Debatte über das zweite Gesetz (über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Strafmittel) beantragte daher Mallinckrodt, um einem unzeitigen Schluß vorzubeugen, sobald P. Reichensperger gesprochen hatte, die „Vertagung" der Verhandlung. Dieselbe wurde diesmal auch angenommen.

Erst 21. Januar, nach mehreren anderen Rednern, kam Mallinckrodt zum Wort, oder, wie die „Germania" schrieb, er „lieferte in seiner prägnanten, eindringenden Manier Glossen zu den hervorragendsten Aeußerungen seiner Gegner". Leider trat auch ihm, wie tags zuvor dem Abgeordneten P. Reichensperger, der Präsident entgegen, als er auf die maßlosen Angriffe antworten wollte, die 20. Januar bei Berathung des ersten der drei Entwürfe gegen Einrichtungen der katholischen Kirche und gegen katholische geistliche Behörden geschleudert worden waren. Umsonst wies Mallinckrodt darauf hin, daß die drei Gesetze zusammen ein System bildeten, und daß die Begründung des einen mit der des andern innig zusammenhänge; der Präsident blieb bei seiner Einschränkung. Indessen war auch so Gelegenheit zu mancher denkwürdigen Aeußerung gegeben.

„Als Aufgabe (der Gesetzentwürfe) bezeichnet Herr v. Bennigsen ‚Wiederherstellung des richtigen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche'; es soll geregelt werden so, ‚wie es einem großen Volk und einer großen Nation geziemt', eine so ‚vollständige systematische Regelung wie heute sei noch nie versucht'. Und nun, meine Herren, sehen Sie sich diese systematische vollständige Regelung an, welche culminirt in dem Ermessen des Herrn Cultusministers, in dem Gebrauch, den der Herr Cultusminister von der Staatspolizei machen will, und dann, meine Herren, vergegenwärtigen

Sie sich das erbauliche Bild, wenn der Führer der ‚liberalen' Partei in solcher Weise sich auf die Kniee wirft und die Polizei anbetet. . . .

„Der Herr Abgeordnete (Graf Limburg-Stirum) hat uns ein Bild vorgeführt über die Hoffnungen und getäuschten Erwartungen, die, wie es scheint, die Diplomatie[1] durchgelebt hat. Er sagt, man habe erwartet, die Bischöfe würden sich den Decreten des Concils widersetzen, aber nein, ‚die Herren kannten nur den Gehorsam gegen Rom'. Das ist völlig unrichtig, sie kannten den Gehorsam sowohl gegen die Kirche als gegen den Staat, aber gegen jeden da, wo er berechtigt ist, zu befehlen. Nun möge mir aber der geehrte Abgeordnete gestatten, daß ich seinem Bilde ein Gegenbild gegenüberstelle, zumal da er zuletzt uns den politischen Gesichtspunkt verrathen hat, der diesen Gesetzesvorlagen zu Grunde liegt. Er sagte, es handle sich darum, daß wir nicht gehindert würden im Schutze Italiens gegen Frankreich, darum sei die Beeinflussung der Erziehung des Clerus nothwendig. Nun, die ‚liberale' Seite hat sich mit dieser Auffassung sehr einverstanden erklärt, sie ist wahrscheinlich nicht der guten Lehren eingedenk gewesen, welche die Geschichtsbaumeister, die sonst zu ihren Lehren schwören, so vielfach geben. Ich erinnere namentlich an die Werke des Professors v. Sybel. Wie oft und nachdrücklich hat er darauf hingewiesen, daß das ganze Unheil in der Entwicklung der deutschen Geschichte daher rührt, daß die deutschen Kaiser sich mit italienischen Angelegenheiten befaßten, statt im eigenen Lande Ordnung und Recht zu schützen; er warnt auf jeder Seite davor, und nun, meine Herren, bin ich allerdings erstaunt, daß ich die Parteien, die sonst dieselbe Farbe bekennen, mit einem Male auf dem Wege nach Italien sehe. Die Partei der italienischen Ghibellinen finden wir heute noch vollständig wieder, und die Regierung scheint gar keine Ruhe zu haben, um die Rolle der Hohenstaufen abermals zu übernehmen und durchzuspielen: zu welchem Ziel, das muß die Zukunft lehren. Aber was mein Gegenbild für den Herrn Abgeordneten betrifft, so erinnere ich daran, daß im Jahre 1859, wie die ersten Händel zwischen Frankreich und dem andern damals deutschen Staate begannen, unsererseits darauf hingewiesen wurde, daß es Zeit sei, den Rhein am Po zu vertheidigen, daß in Süddeutschland der entschiedenste Enthusiasmus herrschte, das deutsche Bundesgebiet, welches von feindlichen Truppen invasirt war, zu vertheidigen. Meine Herren, wo war damals die nationale Begeisterung? War das national, daß man das deutsche Gebiet gegen den Feind zu vertheidigen verlangte, oder war die particularistisch preußische Strömung, welche Bedenken fand, in dem Augenblicke zuzuschlagen — war die etwa nationaler? Ich erinnere daran, wie, als einige Jahre später in diesem Hause die Anerkennung des Königreichs Italien verhandelt wurde, damals meinen Freunden und mir vom Auswärtigen Amte her bedeutet wurde, wir möchten doch keinen Widerspruch dagegen erheben, es sei das nur eine Formalität in Rücksicht auf Handelsbeziehungen, das lasse sich ja nicht anders machen, aber von einer sachlichen Anerkennung, einer Unterstützung der italienischen Revolution, einer Bekämpfung der kirchlichen Interessen, davon wäre gar keine Rede. Wir waren damals nicht ganz so leichtgläubig, um das ohne weiteres anzunehmen; wir meinten, es sei immer bedenklich, auf schiefer Bahn den ersten Schritt zu thun; wir sprachen es aus, der deutsche Cavour würde schwerlich fehlen, wenn dieselben Grundsätze erst in Deutschland Boden gewonnen, die den Italienern ihren Cavour gebracht haben[2]. Der damalige Führer der ‚liberalen' Seite warf das mit Entrüstung von sich weg. Nun, meine Herren, abermals einige Jahre, und wir standen in Waffen, und unsere

---

[1] Graf Stirum war vordem Legationssecretär in Rom gewesen.

[2] So Mallinckrodt selbst in der Rede vom 22 Juli 1862 (vgl. S. 244).

Verbündeten waren die revolutionären Italiener, es waren die italienischen Feinde des Oberhauptes der katholischen Kirche, und diese Verbündeten standen in Waffen gegen den andern deutschen Staat. Meine Herren, war das national?"

Auch mit verschiedenen Aussprüchen des Cultusministers hatte der Redner bei dieser Gelegenheit sich abzufinden, wenn er sich dabei auch durch die vorausgegangenen Bemerkungen des Präsidenten beengt fühlte:

„Ich gehe darum auch über die Betrachtungen, die der Herr Minister über die ‚höhere Bildung' und die ‚nationale Erziehung' angestellt hat, hinweg", bemerkte er, „und hoffe nur auf Nachsicht, wenn ich gegen einen Gedanken Verwahrung einlege. Der Herr Minister hat mit einer gewissen Emphase ausgesprochen, eine andere Bildung als eine Universitätsbildung würde ja ein Bruch mit dem großen reformatorischen Gedanken sein. Nun, meine Herren, habe ich von meinem Standpunkte aus mit den großen reformatorischen Gedanken gar nichts zu schaffen, die weise ich schlechthin ab und verwahre mich auf das entschiedenste, daß die Staatsregierung der katholischen Kirche gegenüber mit reformatorischen Gedanken ihre Beweise führt. . . ."

Das Ende auch dieser Debatte war, daß alle Parteien, abgesehen von Centrum und Polen, mit dem Kampf gegen die katholische Kirche und mit den Gesetzesvorlagen sich einverstanden erklärten, und daß man diese Vorlagen der kirchenpolitischen Commission zu weiterer Berathung übergab.

Sofort trat die Commission zu einer Besprechung zusammen und entschied, daß zunächst die Vorfrage zu erledigen sei: ob es zur Annahme der neuen Gesetze einer Verfassungsänderung bedürfe oder nicht. Dr. Gneist, den der Vorsitzende (Herr v. Bennigsen) zum Berichterstatter der Commission ernannt hatte, sollte in der ersten Commissionssitzung (22. Januar) darüber berichten. Er stellte dann auch seine Aenderungsanträge, die er „eine Declaration" des vieldeutigen Artikels 15 der Verfassung nannte. In der folgenden Sitzung, zu der auch der Cultusminister sich einfand, stellten die Conservativen (v. Brauchitsch und Graf Limburg-Stirum) ihrerseits einige Aenderungsanträge. Mit dem Ende der zweiten Sitzung war diese Vorfrage über die Verfassungsänderung bereits erledigt; die von Gneist vorgeschlagene neue Fassung des Artikels 15 wurde, mit nur geringer Aenderung, durch 14 gegen 6 Stimmen angenommen, ebenso die vorgenommene Neugestaltung des Artikels 18 mit 14 gegen 7 Stimmen. Der Regierungscommissar v. Achenbach erklärte sich mit allem einverstanden. Freitag den 24. Januar war die dritte Commissionssitzung. Von 7 Uhr abends bis $8^1/_2$ dauerte die Verlesung des Berichtes durch Dr. Gneist, noch in derselben Nacht wurde er gedruckt und schon in früher Morgenstunde des folgenden Tages an die Abgeordneten vertheilt. So sehr hatte es Eile. Die Geschäftsordnung schrieb nämlich vor, daß von der Vertheilung des Berichtes bis zur Berathung wenigstens 72 Stunden verflossen sein müßten, und man wollte durchaus am folgenden Dienstag (28. Januar) schon in die Berathung eintreten.

Mallinckrodt und A. Reichensperger waren nicht stumme Theilnehmer der Commission gewesen. Sie hatten den Herren ehrlich und kräftig die Wahrheit gesagt, auf den Gewissenszwang hingewiesen, der den Katholiken angethan werde, auf das Unberechtigte der gegen die Kirche erhobenen Anklagen, das Unbegründete der neuen Gesetzesvorlagen. „Nicht Syllabus und Vaticanum", sagte ihnen Mallinckrodt, „sondern die derzeitige Politik der preußischen Regierung, der allerdings die Partei des Centrums widerspreche (und nicht wie andere Parteien sich accommodire), bilde den eigentlichen Hintergrund dieser Maßregel". Aber alles Argumentiren half nichts; gegen drei Centrumsmänner und einen Polen standen fast alle übrigen geeint und stimmten sie nieder. Bei der Berathung der Gesetze im einzelnen sprach jedoch auch der protestantische Abgeordnete Sack ganz entschieden gegen dieselben. Mallinckrodt und Reichensperger machten geltend, man könne diese Vorlagen nur dadurch erklären, daß man die katholische Kirche unterdrücken wolle. Denn ihre geheiligten Rechte, die älter seien als die Verfassung, würden mit Füßen getreten. Auf die stets wieder vorgeschützte Angst vor auswärtigen Geistlichen meinte Mallinckrodt: sollten je einmal einzelne auswärtige Geistliche in Deutschland angestellt werden (was jedoch gar nicht wahrscheinlich), so sei es doch ein Armuthszeugniß für die so hochgepriesene deutsche Wissenschaft und nationale Ueberlegenheit, hierdurch den Staat bedroht zu sehen. Ihm sei nur ein einziges Beispiel bekannt von der Berufung eines auswärtigen Geistlichen, bemerkte er sehr fein, und der Urheber dieser Berufung sei kein anderer als der Fürst Bismarck, welcher sich für die Wahl des Herrn Erzbischofs v. Ledochowski interessirt habe. Erst abends $10^1/_2$ Uhr schloß diese dritte Commissionssitzung; § 1 der Regierungsvorlage war mit 14 gegen 7 Stimmen angenommen.

Folgenden Tags versammelte sich in Münster der „Verein katholischer Edelleute". Die Betheiligung war eine ungemein große, und viele Beitritte erfolgten an diesem Tage selbst. Am Schluß der Verhandlungen begaben sich die Mitglieder zum Bischof der Diöcese, wo Wilderich v. Ketteler im Namen aller dem Oberhirten ihre Bereitwilligkeit erklärte, für die Rechte der schwer bedrängten Kirche einzustehen und mit aller Opferwilligkeit für dieselbe zu streiten.

Mallinckrodt konnte diesmal nicht anwohnen, denn allabendlich, auch Sonntag nicht ausgenommen, versammelte sich die Commission, und da gab es hochwichtige, wenn auch stets erfolglose Debatten.

Die von der Mehrheit der Commission vorgeschlagene Aenderung der Artikel 15 und 18 der Verfassung war unterdessen dem Abgeordnetenhause zur Berathung unterbreitet worden, und 30. Januar begann die Debatte. Zuerst erhob sich gegen die Aenderung ein conservativer Protestant, Dr. Glaser, dann kamen die Redner des Centrums ins Feuer. Vor allem beleuchtete

P. Reichensperger gegen Gneist und Virchow die Frage vom Standpunkte der Rechtswissenschaft aus in einer Rede, die man damals in rhetorischer wie juristischer Beziehung ein Meisterwerk genannt hat. Gegen die geschichtlichen Darlegungen des Professors Dr. Röpell trat Mallinckrodt in die Schranken. Hatte Gneist in seinem Berichte zurückgegriffen auf das Frankfurter Parlament, Röpell noch um einige Jahrzehnte weiter, so knüpfte Mallinckrodt an das Verhältniß von Kirche und Staat im Mittelalter an, zeigte in großen, zusammenfassenden Zügen die Störung dieses Verhältnisses durch die Reformation, den Versuch, dieser Störung Einhalt zu thun durch den Westfälischen Frieden, und die allmähliche Entwicklung der wirklichen Religionsfreiheit und Parität, wie sie durch das ius reformandi mit all seinen Uebelständen hindurch sich endlich in unserem Jahrhundert Bahn gebrochen habe. Er ging dann über zu den Zuständen in Preußen seit den vierziger Jahren:

„Es trat ein langer Zeitraum vollständigen Friedens ein, eines Friedens wenigstens in der Tiefe, was die wesentlichsten Grundlagen anlangte. Hie und da mochte einmal eine kleine Welle den Spiegel kräuseln, irgend ein polizeilicher Versuch von dem Minister v. Westphalen oder dergleichen, aber im großen Ganzen war Friede. Es war Friede zwischen den Confessionen, Friede war zwischen dem Staat und zwischen den Kirchen. So zog es sich hindurch durch die fünfziger Jahre, es blieb Friede während der neuen Aera, während der Conflictszeit hörte man nicht eine Silbe von kirchlichen Streitigkeiten, und wir standen in vollstem kirchlichen Frieden, als das Jahr 1866 eintrat. Das Jahr 1866 änderte zunächst nicht im mindesten daran. Man mochte über die rechtlichen Grundlagen der politischen Entwicklung denken, wie man wollte, dem Ruf des Fürsten zu den Fahnen folgten alle Unterthanen, alle bewiesen die vollste Hingebung in der Förderung der staatlichen Zwecke. Es wurde in dem folgenden Jahre, als es sich um die Reichsverfassung handelte, seitens der Katholiken entschieden weit abgewiesen[1], als wenn sie Grund zur Besorgniß hätten, daß die kirchliche Freiheit auch in dem kleinern Deutschland, und nachdem die Katholiken die Minderheit geworden waren, beeinträchtigt werden würde. Die Besorgniß lag so fern, daß in dem ersten constituirenden Reichstag die Fraction, die gewissermaßen die Leibfraction des damaligen Leiters der Staatsangelegenheiten bildete (die freiconservative Fraction), zur größern Mehrheit aus Angehörigen der katholischen Religion bestanden hat. In dem folgenden Jahre ebenso wenig irgend welche Trübung der friedlichen Verhältnisse zwischen der Regierung und den Katholiken. . . .“

Der Redner ging nun dazu über, die Entstehung des Culturkampfes zu schildern, von den ersten Wetterzeichen an, die seit 1866 vereinzelt aufstiegen, dann sich mehrten bis zu den ersten Ausbrüchen des nahenden Sturmes in der Presse, auf den Straßen Berlins, dann im Parlament. Es kamen die Tage von Sedan, Versailles, das Princip der Nichtintervention auf dem

[1] So besonders von Mallinckrodt selbst in der Rede vom 12. März 1867. Vgl. S. 318.

Reichstag und die Ablehnung desselben durch das Centrum, und das Bemühen dieser Fraction, angesichts des unheimlichen Wetterleuchtens, nach dem bewährten Vorbild der preußischen Staatsverfassung auch in der deutschen Reichsverfassung die Freiheit der Kirche zu verbürgen. Da war der Augenblick gekommen, daß „auch von hoher Stelle ins Horn geblasen wurde“. Alles, was seitdem gekommen, und die Einflüsse und Triebfedern, welche dabei wirksam gewesen, legte nun Mallinckrodt dar, um daran die zwei Fragen zu knüpfen: Was haben die Katholiken gethan? Wo soll der ganze Streit hinaus? Gerade die letzte Frage gab ihm Anlaß zu den sehr ernsten Betrachtungen, mit welchen er seine Rede schloß:

„Ich meine, zunächst ist eines klar, daß die Gegner in ihren Zielen keineswegs übereinstimmen, sondern es hat jede Partei ein anderes Ziel im Auge. So z. B. ist das Ziel der ‚liberalen‘ Partei von dem Herrn Abgeordneten Virchow vorhin scharf gekennzeichnet, indem er eben für die persönliche Gewissensfreiheit gegen die Hierarchie und gegen die Kirche sich ausspricht. Ja, wenn die Herren nur die Gewogenheit haben wollten, sich das Unmögliche ihres Zieles zu vergegenwärtigen. Es ist mir ja ganz einleuchtend, wie Sie nach Ihrer Denkweise auf dem Standpunkt der individuellen Gewissensfreiheit stehen. Aber daß Sie Ihrerseits es sich nicht klar machen können, daß unsere individuelle Gewissensfreiheit ja gerade und allein dadurch ihre Befriedigung findet, daß die Autorität der Kirche anerkannt wird, das ist das Seltsame. Wenn die Herren nur dies Moment der kirchlichen Autorität begreifen könnten! ... Wenn Sie sich das klar machten, dann würden Sie darüber nicht im Zweifel sein können, daß Ihre Forderung der diametralste Gegensatz gegen die katholischen Anschauungen ist, dergestalt, daß dem Gegner keine andere Alternative bleibt. Wenn Sie sagen: ‚Wir wollen unsere Forderungen durchsetzen‘, dann antworte ich Ihnen: ‚Ihr wollt die Vernichtung der katholischen Kirche.‘ Es gibt gar kein drittes. . . .

„Ganz anders ist wohl das Ziel, welches sich die anderen Seiten des Hauses vorgesteckt haben. Es gibt ja welche, die vielleicht gar nicht einmal das Bedürfniß haben, sich selbst in den Zielen klar zu machen, dafür lassen sie andere sorgen; aber ich glaube, man darf auch noch unterscheiden im allgemeinen — ich möchte von den Parteien hier im Hause ganz absehen — in Beziehung auf die Protestanten. Es wird da eine scharfe Linie zwischen den Protestanten zu ziehen sein, welche der rationalistischen Richtung huldigen — die werden sich als Bundesgenossen bei den ‚Liberalen‘ melden —; und denjenigen, welche der positiv christlichen Auffassung treu geblieben sind, und bei denen, meine Herren, glaube ich, wird mit der Zeit die Erkenntniß mehr und mehr an Raum gewinnen, daß die politische Frage einzig nur an der Oberfläche schwimmt, daß im tiefsten Grunde der Dinge die kirchliche, die religiöse Frage, die ich eben erörtert habe, das Object des Streites bildet. Da, denke ich, dürfte es den Herren auch mit der Zeit klar werden, daß wenn sie eine protestantische Kirche wollen, eine Kirche, getragen von höherer Autorität, sie dann nicht wohlthun, gemeinschaftliche Sache zu machen mit denjenigen, die kraft ihres Princips die Todfeinde aller Autorität sind.

„Es bleibt mir aber noch die Frage, wo denn die Politik hinaus will? Nun, meine Herren, man könnte ja in Beziehung auf die politischen Gedanken und Zielpunkte allerlei Meinungen äußern, das würde aber immer mehr dem Gebiete der Phantasie angehören. Ich will mich deshalb nicht verleiten lassen, derartige Ver-

suche zu machen, aber eins darf ich behaupten: mögen die politischen Gedanken sein, welche immer sie wollen, indem der Leiter der Politik das Signal zum Streit gegen die Kirche gegeben hat, zum Streit des Staates gegen die Kirchen — in dem Augenblick hat er die Pferde hinter seinen Wagen gespannt. Die Zukunft wird es lehren. Einstweilen bin ich der Ueberzeugung, daß nur Schwierigkeiten dadurch entstehen, Vortheile gar nicht. Vortheile nur etwa insofern, als man persönliche Befriedigung darin finden kann, einen Gegner zeitweise niederzurennen, aber eine ruhige, sachliche Erörterung und Prüfung, wie sie dem besonnenen Staatsmanne ziemt, wird sicher zu dem Ergebnisse kommen, daß die Pferde nicht richtig angespannt sind. Und nun mögen die Herren mir zum Schluß gestatten, daß ich sie zu einem Blick in die Zukunft einlade. Ich habe vorhin zu entwickeln mir gestattet, worin wir aus der Anschauung des Mittelalters heraus allmählich in ruhiger geschichtlicher Entwicklung zu dem Artikel 15 gekommen sind, und wie der Artikel durch 20 Jahre friedlich bestanden hat. Heute stehen wir an einem Wendepunkte. Sie gebieten der bisherigen Praxis Halt, formen den Artikel um und inauguriren ein neues Verhältniß des Staates zu den Kirchen. Meine Herren, die Consequenz dieses ersten Schrittes wird die sein, daß Sie mählich und mählich den Weg der Jahrhunderte wieder zurückmessen, daß Sie das, was das alte Reich durch zwei Jahrhunderte hindurch aus dem Zwiespalt der Meinungen allmählich heraus sich hat gestalten sehen, daß Sie das in wenig Jahren wieder aufrollen und daß Sie an dem ius reformandi des Staates wieder ankommen werden, d. h. an dem Zwange, an der Gewaltthat des Staates an dem Heiligsten des Menschen.

„Ein zweites Moment ist das, daß der ‚Liberalismus' es gar bald erleben wird — vielleicht lebt er schon in dem Augenblicke —, wo er angespannt ist an den Wagen des Absolutismus, und dann, meine Herren, sind wir weit genug. Wenn das Volk draußen steht und so einen Triumphzug des ‚Liberalismus' mit ansieht, dann wendet es sich ab und sagt: ‚Da haben wir uns doch etwas anderes darunter gedacht.' In dem Augenblicke, meine Herren, wo das Volk das klar sieht, in dem Augenblicke ist der ‚Liberalismus' todt."

Am folgenden Tage — es waren gerade 23 Jahre seit dem Erlaß der Verfassung vom 31. Januar 1850 — boten Windthorst und A. Reichensperger nochmals ihre Beredsamkeit auf. Dann folgte die Abstimmung. Die Aenderung des Artikels 15 wurde mit 262 gegen 117 Stimmen angenommen. Die Umformung des Artikels 18 erhielt 255 gegen 114 Stimmen. Am 4. Februar fand die definitive Abstimmung über die Verfassungsänderung statt. Mallinckrodt griff nicht mehr in die Debatte ein, das Centrum stellte neue Redner auf den Plan: Gerlach und Schorlemer-Alst. Die Schlußabstimmung über das ganze Gesetz ergab 245 gegen 110 Stimmen. Indessen als Verfassungsänderung mußte das Gesetz nicht nur wie andere Gesetze dem Herrenhaus vorgelegt, sondern es mußte auch die gesetzlich geregelte Frist eingehalten werden, bis es im Abgeordnetenhaus zu erneuter Berathung und Abstimmung gebracht werden konnte. Das Herrenhaus begann 19. Februar mit dieser wichtigen Vorfrage zur neuen Kirchengesetzgebung sich zu beschäftigen. Das Abgeordnetenhaus hatte seit drei Tagen die Berathungen über den Cultusetat begonnen, als 27. Februar die Frage der Verfassungsänderung

abermals zur Beschlußnahme an dasselbe herantrat. Die Debatte nahm diesmal einen eigenthümlichen Verlauf. Die Freunde der Aenderung enthielten sich des Wortes, selbst der Cultusminister erklärte es außer seiner Absicht, sachlich in die Debatte einzugreifen. Als man aber schon nach der ersten Rede gegen die Aenderung einen Antrag auf Schluß der Discussion einbrachte, war das Mallinckrodt doch zu stark. Er bat, den Schlußantrag zurückzuziehen. Sie wollten ja die Debatten nicht verzögern, erklärte er, auch nicht auf namentliche Abstimmung antragen. Aber bei der Wichtigkeit des Gegenstandes müßten sie doch wünschen, die Erörterung nicht vorzeitig abgebrochen zu sehen. Zwar bemerkte alsbald der Präsident, es dürfe über einen Schlußantrag nicht debattirt werden, aber der Abgeordnete Rickert war jetzt billigdenkend genug, seinen Antrag auf Schluß zurückzuziehen. Dafür verzichtete Mallinckrodt seinerseits darauf, von seinem Rechte, zu reden, Gebrauch zu machen, um die Verhandlung nicht zu verzögern. Aber es konnten jetzt noch die Conservativen Gerlach und Strosser und aus dem Centrum P. Reichensperger und Windthorst zu Wort kommen. Auch in der dritten Berathung des Gesetzes vom 1. März, an deren Schluß es mit 228 gegen 108 Stimmen angenommen wurde, griff Mallinckrodt nicht mehr ein. Am 4. April stimmte auch das Herrenhaus nach längerem Widerstand der Aenderung der Verfassung zu.

7. Zwischenspiele im kirchlichen Kampfe.

Unterdessen war Mallinckrodt von unausgesetzter Arbeit so in Anspruch genommen, daß er sich genöthigt sah, 7. Februar seinen Austritt aus der Petitionscommission zu erklären, indem die kirchenpolitische Commission ihm nicht die nöthige Muße ließ. Noch 3. Februar hatte er als Referent in der Sitzung der Petitionscommission das Wort geführt.

„Von mir kann ich übergroßes Vergnügen nicht gerade rühmen," schrieb er um eben diese Zeit nach Böddeken; „immer Kirchenvater im Plenum und in der Commission, ewiges Herumboxen mit Unverstand oder bösem Willen — das ist mäßig angenehm, und eigentliche Erfrischung ist hier nirgends zu holen."

Da freute es ihn, als er am Morgen des 5. Februar von einem freundlichen Unbekannten aus Westpreußen einen Gratulationsbrief erhielt, der ihn daran erinnerte, daß an diesem Tage sein Geburtstag sei. Sonst pflegte er seinen Geburtstag zu übersehen, diesmal aber hatte die Erinnerung bald „ernstere Gedanken wachgerufen", und in der „Sehnsucht nach warmen Herzen" setzte er sich hin, um den beiden ihm „angetrauten Schwestern", Schwägerin Dine und Schwägerin Thekla, „ein paar Zeilen zu sagen". Solche freund-

liche Zuschriften, wie der Brief aus Westpreußen, waren indes bei ihm keineswegs das Gewöhnliche. Erst wenige Tage zuvor war von unbekannter Hand eine Karte ihm zugegangen, auf der es hieß:

„Wäre der schlechteste Andersgläubige nur halb so schlecht als mancher Katholik,
So wäre Dir gewiß schon gebrochen Dein schalkhaft Genick.

Peter Paul."

„Freundlichen Dank für Deinen Brief," schrieb Mallinckrodt einmal zu Anfang des folgenden Jahres an Freiherr D. v. Laßberg, der ihn eben zu seinen letzten herrlichen Reden in der Kammer beglückwünscht hatte; „ich finde jetzt jeden Morgen auf dem Kaffeetisch etliche Briefe oder Zeitungen, welche mir ganz ungewöhnliche Grobheiten an den Kopf werfen. Eine Leipziger Sendung war sogar mit einem kleinen ‚Strick' versehen, von dem ich thunlichst bald Gebrauch machen möge. Es kann also gar nicht schaden, wenn auch einige Briefe den Beweis liefern, daß der gesunde Sinn im Vaterlande doch noch längst nicht ganz ausgestorben ist. Im übrigen sind auch die Zusendungen ersterer Art recht unterhaltend und spaßhaft."

Auch Sorgen für die Haushaltung in dem verwaisten Borchener Heim und für die Gutsverwaltung in Mittenheim nahmen den geplagten Parlamentarier in Anspruch, und das schwerste, die Berathung der vier neuen Kirchengesetze, stand erst noch in Aussicht. „Die Principien werden hier auf dem märkischen Sande so hart gegeneinander stoßen," schrieb er damals, „daß die Welt davon dröhnt . . ."

Lange bevor über die Verfassungsänderung entschieden war und damit der neuen kirchenfeindlichen Gesetzgebung die Wege sich ebneten, waren im Haus der Abgeordneten manche bedeutungsvolle Vorgänge erfolgt, von denen auch Mallinckrodt mehr oder minder mit berührt wurde. So bekämpfte er 28. Januar den Antrag auf Einführung einer neuen Städteordnung, welchen Miquel mit 70 Gesinnungsgenossen eingebracht hatte. Er geißelte dabei die Sucht der modernen Weltverbesserer, die alle zehn Jahre neue Gesetze einführen wollten, sowie die ganze jetzt in Mode gekommene Schablonengesetzgebung. Seine Worte waren zu treffend, um ohne Wirkung zu bleiben, aber etwas zu ändern vermochten sie nicht. 7. Februar 1873 hatte die polnische Fraction eine Interpellation an die Staatsregierung gestellt wegen des von Staats wegen betriebenen gewaltsamen Zurückdrängens der polnischen Sprache an den höheren Lehranstalten in Posen. Wiewohl vormals nicht immer mit der politischen Richtung der polnischen Fraction im Parlamente einverstanden, im Jahre 1859 sogar direct ihr entgegengesetzt, hatte er doch aus seiner Theilnahme für das unglückliche Volk nie ein Hehl gemacht. Selbst in seinen vertraulichen Briefen tritt sein Interesse für dasselbe hervor. „Im übrigen neige ich allerdings der Meinung zu," äußerte er in einem Briefe vom 28. September 1866 nach längerem Excurs über die politische Lage, „daß wir das Ende noch erst zu erleben haben, und daß bei der

Gelegenheit die Polenfrage mit zum Proceß kommt." Wiederholt hatte er auch öffentlich im Abgeordnetenhaus seine Sympathien für die Polen ausgesprochen, ihre berechtigten Bestrebungen unterstützt, einmal, als er dieselben sachlich nicht unterstützen konnte, wenigstens im Gegensatz zu den erhobenen Anklagen, Worte ehrender Theilnahme für sie gehabt. Es war in der Sitzung vom 1. April 1871, als der Abgeordnete Dr. v. Zoltowski den Antrag gestellt hatte, in dem deutschen Bundesgebiete, für welches die neue Reichsverfassung gelten sollte, die unter preußischer Herrschaft stehenden polnischen Landestheile nicht einzubegreifen. Mehrere polnische Redner hatten ausführlich gesprochen, hatten aber von der nationalliberalen Seite wie vom Reichskanzler eine derbe und wegwerfende Abfertigung erfahren. Da erhob sich Mallinckrodt als der erste, der sich der Polen annahm, und der demokratische Abgeordnete Schraps, der nach ihm zu Gunsten der Polen sprach, erklärte offen: „Durch den Herrn Vorredner ist es mir etwas leichter geworden, zu erklären, daß und warum ich mich für den Antrag der Herren Abgeordneten Zoltowski und Genossen ausspreche." Mallinckrodt hatte indessen nicht für den Antrag der Polen gesprochen.

„Ich brauche nicht die Gründe auszuführen," sagte er, „weshalb meine Freunde so wenig wie ich in der Lage sein werden, dem Antrage des Herrn Dr. v. Zoltowski beizustimmen. In den Erwägungen, die zu seiner Unterstützung angeführt werden, finde ich eine Mischung von richtigen und unrichtigen Sätzen. Den Antrag selbst betrachte ich auch nur als eine Rechtsverwahrung von dem Standpunkte aus, den die geehrten Herren einnehmen. Ich mag aber nicht schroffe Abweisungen derartiger Anträge in diesem Hause hören, ohne doch Gelegenheit zu nehmen, meinerseits der Theilnahme Ausdruck zu geben, die mit mir gewiß viele über das tragische Geschick einer edlen Nation empfinden, der auch die westlicher wohnenden Nationen Europa's zu dauerndem Danke verpflichtet bleiben. Ich will nicht untersuchen, wie die Schuld sich vertheilt auf die unterdrückte Nation der Polen oder auf ihre Unterdrücker, ich werfe auch keinen Blick in die Zukunft. Meinerseits stehe ich auf dem Boden des Rechts, wie er durch die europäischen Tractate gegeben ist, und ich bin nur in der Lage, die Erwartung und die Hoffnung auszusprechen, daß die der polnischen Nationalität tractatmäßig zugesicherten Rechte auch stets mit peinlicher Gewissenhaftigkeit gewährt werden mögen. Diejenigen Herren aber, die so laut das nackte Princip der Nationalitäten proclamiren, die weise ich darauf hin, daß es ihnen anstehen würde, auch anderen dasjenige Recht zu gewähren, was sie für sich selbst in Anspruch nehmen; wo nicht, so sündigen sie gegen die ersten Grundsätze der Gerechtigkeit."

Noch im November des letzten Jahres (1872) hatte die Rücksicht auf die Polen für ihn den Ausschlag gegeben zur Ablehnung der neuen Kreisordnung, auf deren Annahme die Regierung so großes Gewicht legte (vgl. S. 424).

„Nun komme ich aber an ein für mich unübersteigliches Hinderniß," hatte er damals gesagt, „unübersteiglich, weil es ein Hinderniß des Rechts, in gewisser Beziehung ein Hinderniß der Ehre ist. Ich fordere, wie dies auch unsere Ver-

fassung an die Spitze stellt, Rechtsgleichheit im Lande; ich fordere, daß alle Preußen, auch wenn sie polnisch sprechen, nach gleichem Recht behandelt werden. Mit gleichem Maßstab sollen alle Angehörigen des Landes gemessen werden, und wenn ich finde, daß zweifaches Maß gebraucht wird, dann bin ich verpflichtet, Widerspruch dagegen zu erheben, auch wenn mich's persönlich nicht berührt. Das Land wird geschädigt, wenn die Gerechtigkeit aufhört, im Lande zu herrschen. Was liegen für Gründe vor, um der Provinz Posen ein Gesetz vorzuenthalten, von dem Sie glauben, daß es ein Bedürfniß der übrigen Landestheile, ja des Gesammtlandes sei, dem Sie an die Stirne schreiben, es sei ein Gesetz auch für die sämmtlichen ‚sechs östlichen Provinzen'? Warum soll für die Provinz Posen ein Ausnahmegesetz geschaffen werden? Sind wir in Preußen so wenig stark, daß wir bei Verwirklichung der gesetzmäßigen Rechtsgleichheit vor den Bewohnern nichtdeutscher Zunge zittern müssen, daß wir außergewöhnliche Mittel anwenden müssen, um Recht und Ordnung im Lande zu erhalten? ... Dazu kommt noch eines: die ursprüngliche Vorlage der Regierung hat doch wenigstens gesagt, das Gesetz solle in der ganzen Provinz nicht gelten. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses hat die Sache sehr viel schlimmer gemacht. Denn die jetzige Bestimmung, daß das Gesetz durch Cabinetsordre für einzelne Kreise eingeführt werden kann, ist weittragender als die andere Bestimmung. Die Absicht sieht auch gar so klar aus der Sache heraus, die Absicht ist darauf gerichtet, den vorwiegend preußischen Kreisen den Vortheil des Gesetzes zu bieten, den vorwiegend polnischen Kreisen den Vortheil vorzuenthalten. Es spitzt sich also die Sache recht eigentlich zu einer Gewaltmaßregel, zu einer Ausnahmemaßregel gegenüber den Staatsangehörigen polnischer Nationalität zu, und die kleidet namentlich die Parteien sehr wenig, die immer überfließen von Nationalitätsgefühlen, die ihr Deutschthum nicht hoch genug hervorheben können. Die, meine ich, haben kein Recht, es einer andern Nation zu verargen, wenn sie nicht Lust hat, ihren nationalen Traditionen vollständig zu entsagen. Fordern Sie Gehorsam, Achtung des Rechtes — mehr zu fordern haben Sie keine Befugniß."

Damals wurde ihm seine Sympathie für die Polen sehr zum Vorwurf gemacht, aber auch jetzt wieder trat er für sie in die Schranken. Er beantragte Besprechung der Interpellation und setzte sie durch. Er selbst ergriff das Wort zuerst nach der Antwort des Cultusministers, ihm folgte dann Gerlach. Er bezeichnete das Vorangehen der Regierung geradezu als eine „Unbilligkeit höchsten Grades".

„Ich erinnere Sie, meine Herren," schloß er seine Ausführungen, „an die deutschnationale Begeisterung, auf die so oft und mit Recht in diesem Hause hingewiesen ist; aber glauben Sie, wenn daneben das Bewußtsein tritt von deutschnationaler Ungerechtigkeit, die sich fühlbar macht gegenüber den Nachbarnationen, — daß in diesem Bewußtsein der Ungerechtigkeit und der Verschuldung nicht die eigene nationale Begeisterung mehr und mehr ersticken muß und wird? Ich glaube, wir können uns Deutschen keinen größern Dienst leisten, als wenn wir auch gegenüber den Nationalitäten, die zu unserem Staate und zu unserem Reiche gehören, aber eben nicht deutscher Nation sind, wenn wir denen gegenüber volle Gerechtigkeit üben."

Noch dieselbe Sitzung, in welcher diese Worte gesprochen wurden, war der Schauplatz der großen „Laskerschlacht“, indem Lasker in fast dreistündiger Rede die wenig ehrenhaften Finanzunternehmungen des Geheimen Raths Wagener und anderer großen Herren an den Pranger stellte. Es war noch nicht ein Jahr vergangen, als Wagener als der Hauptvorkämpfer des Jesuitengesetzes und als Ankläger ihrer „Moral“ vor den Reichstag getreten war. Er war der eigentliche Vater des Jesuitengesetzes, der nach dem vorbereitenden Reichstagsbeschluß vom 16. Mai, da die Sache ins Stocken zu kommen drohte, eigens nach Varzin reiste, um dort mit dem Reichskanzler den Entwurf fertigzustellen. Es mochte eine eigenthümliche Empfindung für die Männer des Centrums sein, diesen Mann jetzt vor der ganzen Welt und in den Augen seiner eigenen Mitkämpfer moralisch gerichtet zu sehen.

Lasker hatte den Antrag auf Einsetzung einer Commission gestellt zur Untersuchung betreffend die Ertheilung von Eisenbahnconcessionen. Doch bevor noch 15. Februar der Antrag zur Verhandlung kam, hatte er sich durch den Fürsten Bismarck zum Rückzug bewegen lassen. Während er seinen Antrag zurückzog, wurde durch allerhöchste Botschaft vom 14. Februar eine Specialuntersuchungscommission angeordnet, zu welcher auch das Abgeordnetenhaus zwei Mitglieder zu wählen hatte. Am 18. fand die Wahl statt. Lasker selbst erhielt 196 Stimmen; über die Wahl des andern Mitglieds fanden eifrige Unterhandlungen zwischen den Parteien statt. Das Centrum hatte als Candidaten dafür Mallinckrodt aufgestellt, und es konnte kein Zweifel sein, daß er durch sittlichen Ernst ebenso wie durch seine Kenntnisse auf dem Finanzgebiet ganz der rechte Mann dafür war. Der „Fortschritt“ stellte aber Dr. Virchow entgegen, die Nationalliberalen und Neuconservativen Herrn v. Köller, die Conservativen den Abgeordneten v. Wedell-Behlingsdorf. Trotz dreitägiger Verhandlungen hinter den Coulissen war es zur Einigung nicht gekommen, stundenlang dauerte der Wahlkampf, drei Wahlgänge wurden nothwendig. In der engern Wahl hatte Mallinckrodt 105, v. Köller 104, Virchow 89 Stimmen erhalten. Beim dritten Wahlgang mußte man sich für einen der beiden ersteren entscheiden. Man war ziemlich allgemein darüber einig, daß bei aller persönlichen Achtbarkeit v. Köller die Eigenschaften nicht habe, zu einer ernsten und erfolgreichen Untersuchung gerade einer derartigen Sache mitzuwirken. Ueberdies war die Fortschrittspartei durch das Verhalten der Nationalliberalen bei den Wahlverhandlungen empfindlich berührt worden. Aber so stark war der Parteihaß, daß trotzdem die Mehrzahl des Fortschrittes jetzt mit Nationalliberalen und Neuconservativen für v. Köller stimmte. Dreizehn aber gaben weiße Zettel ab. Die Berliner „Volkszeitung“, das Organ der Fortschrittspartei, gab alsbald zu diesem Vorgehen den Commentar:

„Die Fortschrittspartei hätte für diese Mißachtung ihres Führers (Nichtwahl Dr. Virchows von seiten der Nationalliberalen) sich leicht dadurch rächen können, daß sie es ähnlich wie die äußerste Rechte gemacht und bei der nun folgenden engsten Wahl ihre Stimmen auf Mallinckrodt abgegeben, der, was die Befähigung anbetrifft, unzweifelhaft ein würdigeres Mitglied der Commission als Herr v. Köller gewesen wäre; ihr Patriotismus ließ es aber nicht zu, einem Manne, der den Schwerpunkt seines politischen Sittlichkeitsprincips nicht innerhalb des deutschnationalen Rechtsgefühls hat, zum Richter über die inneren Schäden des preußischen Staates zu machen, und stimmte daher, als ihr nur die Wahl zwischen Mallinckrodt und Köller blieb, in ihrer Mehrzahl (?) nur mit unbeschriebenen Zetteln."

Auch die „Germania" (19. Februar) knüpfte ihre Betrachtungen an das Wahlergebniß.

„Die zweite Wahl zog sich bei der Uneinigkeit der Parteien stundenlang hin, und endlich — parturiunt montes, nascetur ridiculus mus — ging Herr v. Köller aus der Urne hervor. Alle Achtung vor Herrn v. Köller; aber eines schickt sich nicht für alle, und wenn man in die Commission Leute wählen will, die nun mal nicht die nöthige Gewandtheit für ein so schwieriges Geschäft besitzen, dann thäte man besser, die Acten zu schließen und die Komödie abzubrechen. Wir sagen das nicht, weil Herr v. Mallinckrodt gegen Herrn v. Köller durchfiel, sondern einfach deshalb, weil wir eine ‚ernste und unparteiische' Untersuchung wollen. Daß Herr v. Mallinckrodt nicht in die Commission gewählt ist, ist uns sogar in mehrfacher Beziehung sehr angenehm. Zunächst werden jedem, der die Sache gründlich, gewissenhaft und rücksichtslos betreiben will, in der Commission keine Rosen blühen. Ferner würde man im Falle der Mitwirkung des Herrn v. Mallinckrodt entweder auf der einen oder auf der andern Seite Gelegenheit suchen und bei der großen Routine im Verdächtigen der Clerikalen auch finden, um dem ‚ultramontanen Mitglied' eins anzuhängen. Und endlich hat die Majorität gezeigt, daß ihr der Haß gegen die Ultramontanen höher steht als die Untersuchung, welche die Ehre des Staates wahren soll."

Während bis gegen Ende dieses Monats Mallinckrodt in der kirchenpolitischen Commission stark in Anspruch genommen war, verfehlte er doch auch nicht, an den Berathungen des Hauses auch über ganz fernabliegende Fragen Antheil zu nehmen und ziemlich häufig selbst mit längeren Reden in die Debatte einzugreifen, zumal wo es galt, dem gewaltthätigen und grundsatzlosen Vorangehen der „liberalen" Majorität sich entgegenzustemmen. Er benutzte dann diese Gelegenheiten, den Geist zu charakterisiren, der in der Mehrheit des Hauses herrsche, was ungesucht ganz eigenthümliche Schlaglichter auf die Stellung derselben Parlamentsmehrheit zu den kirchlichen Fragen werfen mußte. Mehr als einmal wollte Lasker, damals der Wortführer der Nationalliberalen, darüber beinahe die Fassung verlieren. „Ich bewundere den Scharfsinn des Herrn v. Mallinckrodt," meinte er 13. December 1872, „der so vortrefflich geübt ist, alle beliebigen Dinge mit einem gewissen Gegen-

stande in Verbindung zu bringen." „Was wir heute von Herrn v. Mallinckrodt gehört haben," bemerkte er noch schärfer 10. Januar 1873, . . . „war nach meiner Auffassung diejenige Geschicklichkeit, die derselbe Abgeordnete schon so oft hier geübt hat, einen verhältnißmäßig mindern Anlaß zu benutzen, um von dieser Tribüne aus Schmähungen auf das Land und die Gesetze zu häufen." „Der Herr Abgeordnete v. Mallinckrodt liebt es sehr," wiederholte er schon wieder 21. Februar, „auch bei kleinen Gelegenheiten das Haus in einem Lichte darzustellen, als ob ihm das Objective der Gesetzgebung wenig am Herzen liege."

Was Mallinckrodt in dieser Beziehung wirklich that, lag durchaus nicht in heimtückischer Absicht, es lag in der Sache. Es war die Tendenz der gegnerischen Parteien, die auch in scheinbar kleinen Dingen seine Kritik herausforderte. So trat er 14. Februar bei der Frage, ob die gewerblichen Fortbildungsschulen „obligatorisch" sein sollten, gegen die „liberalen" Parteien für die Freiheit ein und geißelte das Streben seiner Gegner, überall mit Gewalt und Zwang ihre Liebhabereien aufzunöthigen.

„Immer Zwang und Zwang!" rief er aus. „Man hat nicht mehr genug damit, daß die Kinder vom 6. Jahre an bis zum 14. in die Schule gezwungen werden. Nun, wenn sie mit dem 14. aus der Schule herauskommen, dann sollen sie mit dem 15. schon wieder in eine andere Schule hineingezwungen werden, und wenn sie dann mit dem 18. Jahre aus dieser Schule herauskommen, dann kommt mit dem 20. Jahre die Aushebungscommission und zwingt sie wieder in die Schule der Armee. Wo soll es hinaus, wenn es so fortgeht? Ich meine, die Herren sollten sich doch endlich einmal ein bischen der freien Bewegung der Individuen erbarmen und Eltern und Kindern und Handwerkermeistern freie Hand lassen in Beurtheilung dessen, was für sie nützlich ist oder nicht."

Ein anderes Mal (21. Februar 1873), als er mit Windthorst für die Regierungsvorlage, die den fürstlichen Häusern Hohenzollern, Taxis und Fürstenberg gewisse wohlbegründete Vorrechte einräumen wollte, eifrig eingetreten war und deshalb angegriffen wurde, erwiederte er:

„Mir ist der Vorwurf gemacht worden, daß ich an revolutionäre Dinge erinnert habe — ohne Nutzen. Meine Herren, verzeihen Sie, ich halte es für ungemein nützlich, gerade heutzutage an revolutionäre Dinge dann und wann zu erinnern. Denn, meine Herren, nach meiner Ueberzeugung stehen wir noch gar nicht außerhalb der revolutionären Bewegung, sondern im Gegentheil, wir stehen ziemlich mitten drin. Und dann kommt noch eins hinzu: selbst revolutionäre Eruptionen sind uns vielleicht nicht so fern, wie Sie glauben."

Laskers Angriffe bei diesen und anderen Gelegenheiten ließen ihn übrigens kühl.

„Ich beanspruche entschieden das Recht," erwiederte er ihm 14. Februar, „die verkehrten Grundsätze, von denen einzelne Parteien des Hauses sich leiten lassen,

bei jeder Gelegenheit in das möglichst helle Licht zu setzen. Dieses Bestreben werde ich auch fortsetzen, und darin unterscheide ich mich sogar nach einer Seite hin, wie ich glaube, noch in ziemlich günstiger Weise von dem Herrn Abgeordneten Lasker, insofern dieser sich nicht immer darauf beschränkt, die Principien zu bekämpfen, sondern gar nicht abgeneigt ist, auch persönliche Schlaglichter zu werfen."

Ueberhaupt war Lasker jetzt fast sein beständiger Widerpart. Es war etwas an Mallinckrodt, was jenen zu reizen schien. Gewöhnlich aber begann er seine Angriffe mit Aeußerungen der Anerkennung für dessen „feines dialektisches Spiel", dessen „rednerisches Talent" u. dgl.

„Der Herr Abgeordnete Lasker hat eine eigenthümliche Methode," äußerte einmal Mallinckrodt selbst. „Er spricht sich nämlich zuerst so schmeichelhaft aus, hebt die Geschicklichkeit und dialektische Gewandtheit in einer Weise hervor, daß man in große Gefahr kommt, verlegen zu werden; dann plötzlich öffnet er die Kanonenluken und eröffnet sein volles Feuer."

Manchmal fertigte er den nationalliberalen Vorkämpfer auch nur mit einem Scherze ab. „Wer den Herrn Abgeordneten Lasker nicht kennt und seine letzte Rede gehört hat," sagte er einmal, „der muß doch offenbar glauben, er wäre recht böse. Ich weiß nun, daß das ganz so schlimm nicht ist." Einmal hatte Lasker eine längere Darlegung Mallinckrodts dadurch zu entkräften gesucht, daß er unter selbstgefälliger Wiederholung des eigenen Gedankens bemerkte:

„Wenn der Herr Abgeordnete v. Mallinckrodt in seinen Ausführungen heute eine scholastische Disputation zu halten gehabt hätte, so würde er einen großen Sieg erfochten haben. Aber an diesem Orte suchen wir zutreffende Gründe für die Gesetzgebung zu finden."

„Es ist nicht verwunderlich," erwiederte der Angegriffene, „wenn er (Lasker) den Begriff der Scholastik nicht ganz richtig auffaßt; er hat persönlich weniger Veranlassung gehabt, sich mit der Scholastik zu beschäftigen."

Bei anderer Gelegenheit[1] bemerkte er ihm u. a.:

„Dann hat der Herr Abgeordnete (Lasker) uns zugerufen: ‚Sie sind immer bereit und zu haben, sobald es Ihren kirchlichen Interessen frommt.' Das war nicht artig, aber ich kenne die Natur des Herrn Abgeordneten, die ihn häufig zu vorschnellen Urtheilen fortreißt, zu lange, als daß ich ihm einen solchen lapsus sonderlich nachtragen sollte."

Nur ein einziges Mal geschah es, daß er ihm geradezu mit Heftigkeit entgegentrat. Es war bei einer der vielen Wahlprüfungen im Reichstag 1871[2]. Lasker hatte eine lange Rede gehalten über die durch die Geistlichkeit geübten Wahlbeeinflussungen, unter heftigen Angriffen auf die katholische Kirche, ihre Einrichtungen und Behörden. Von der Tribüne hatte

[1] Februar 1872. [2] 5. April.

man ihm lauten Beifall gespendet, selbst mit Händeklatschen, so daß der Präsident drohte, die Tribüne räumen zu lassen. Mallinckrodt erhob sich zur Erwiederung:

„Meine Herren! Bis dahin habe ich das Verhalten des Herrn Abgeordneten Lasker vollständig anerkannt und gewürdigt, welches er gegenüber der Debatte der letzten Tage eingehalten hat. In diesem Augenblick ändert sich mein Urtheil, denn ich höre, daß der Abgeordnete Lasker sich zum Richter und Lehrer aufwirft, um uns auseinanderzusetzen, was zum Wesen der katholischen Kirche gehört. Das hat der Herr Abgeordnete Lasker buchstäblich gethan.... Wenn der Herr Abgeordnete das thut, wenn er sich hier in Expectorationen ergeht über Kanzel, über Beichte, über Absolution und über schlechte Priester; wenn der Herr Abgeordnete Lasker, wie mir aus seinem Kopfschütteln hervorzugehen scheint, selbst nicht weiß, was er redet, — wenigstens wenige Minuten nachher das nicht mehr weiß, dann ist das ein Beweis, daß er sich von Leidenschaftlichkeit sonder Maßen fortreißen läßt. Es ist das ein Auftreten, welches ich so frei bin, als ein überaus anmaßendes zu bezeichnen und ganz entschieden zurückzuweisen...."

Heftiger Lärm theils von Beifallsrufen, theils von Rufen der Entrüstung und Rufen „Zur Ordnung"! unterbrach hier den Redner, ohne daß jedoch der Präsident eingriff, der schon nach den ersten Sätzen Mallinckrodts die Unruhe mühsam gedämpft hatte.

„Es gehört nicht hierher," fuhr Mallinckrodt fort, indem er jetzt auf die Einzelheiten von Laskers Rede einging, „darüber zu rechten, ob der Ausdruck ‚Verfassungspartei' ein berechtigter ist. Das ist kein Ausdruck, der den Reichstag überhaupt kümmert; er gehört dem Landtag [1]. Wenn ich meinerseits darauf eingehen und analysiren wollte, wie es denn mit der Bezeichnung ‚nationalliberal' in ihrer Berechtigung bestellt ist, wenn ich erörtern wollte, worin die ‚Nationalität' besteht, welche die geehrten Herren auf ihre Fahne schreiben, und worin die ‚Freisinnigkeit' des ‚Liberalismus' besteht, mit der Sie sich brüsten, dann hätte ich ein sehr dankbares Thema...."

Kurz und schlagend Punkt für Punkt folgte er jetzt Laskers Auslassungen: Nichtunterwerfung unter (etwa bevorstehende) religionsfeindliche Gesetze, Napoleons organische Artikel, Gegnerschaft gegen obligatorische Civilehe, angebliche Aeußerungen des Bischofs von Linz. Auf diesen letztern Punkt erwiederte Mallinckrodt mit einem Hinweis auf die Verlogenheit der liberalen Presse in solchen Dingen und beleuchtete diese mit den berüchtigten Klostergeschichten der unmittelbar vorhergegangenen Jahre.

„Es hat doch eine criminalrechtliche Untersuchung stattgefunden," so schloß er im Hinblick auf den Krakauer Klosterskandal, „und die Untersuchung hat heraus=

[1] Die Fraction, welche dem „Centrum" des Reichstages im Landtage analog war, führte den Namen „Centrum (Verfassungspartei)". Lasker forderte nun das „Centrum" auf, sich doch lieber „Clericale" oder „Ultramontane" zu nennen. Den Namen „Verfassungspartei" könne man nicht aussprechen, ohne ein Lächeln im Hause zu erregen.

gestellt, daß nicht der mindeste Grund zur Verurtheilung vorhanden war. Wenn Sie denn so fehlerlos sind, meine Herren, den Gegnern gegenüber, und wenn Ihre Presse sich dessen rühmen will, warum verschweigt sie das Resultat der gerichtlichen Untersuchung, nachdem sie in der maßlosesten Weise in Anklagen sich ergangen hat? Ist das nicht darauf abgesehen, das Publikum irre zu führen? Wenn Sie Vorwürfe machen wollen nach anderen Seiten hin, dann greifen Sie erst in Ihren eigenen Busen, dann untersuchen Sie den Balken in Ihrem eigenen Auge und quälen sich nicht mit dem Splitter im Auge anderer."

In fieberhafter Erregung, mit bebender Hand und mehrmals fast leidenschaftlich zitternder Stimme hatte der sonst so ruhige, gemessene Parteiführer mit dieser Apostrophe dem Gegner heimgezahlt. Man hatte ihn bis dahin nie so erregt gesehen. „Aber Herr v. Mallinckrodt, auch Sie aufgeregt?" fragte ihn, der sich eben niedersetzte, erstaunt der Abgeordnete Dr. Lieber, der damals den Platz neben ihm hatte und zu ihm in freundlichen Beziehungen stand. „Lieber", erwiederte schon wieder mit der gewohnten eisigen Ruhe, als wenn nichts geschehen wäre, der eben noch so Erregte, „Lieber, es gibt Dinge, die man nur mit Indignation bekämpfen kann."

Lasker versäumte nicht, im Laufe der später folgenden persönlichen Bemerkungen sich über Mallinckrodt zu beschweren. Er that es aber doch etwas kleinlauter, als er es sonst zu thun gewohnt war.

„Ich muß es für einen äußern Kunstgriff erklären," bemerkte er, „wenn Herr v. Mallinckrodt immer sagt, ich hätte als Jude kein Recht, über dieses und jenes zu sprechen, weil er es für ein Stück der katholischen Religion erklärt. Gerade dies will ich mir nicht gefallen lassen."

„Dem Herrn Lasker", lautete Mallinckrodts Antwort, „werde und habe ich nie die volle Befugniß bestritten, in staatsbürgerlichen Angelegenheiten zu reden, was ihm beliebt. Ich werde ihm auch nicht die Befugniß bestreiten, selbst über religiöse Angelegenheiten der einen oder der andern Confession sich zu äußern. Ob ich das letztere aber auch für angemessen halte, das ist eine andere Frage."

Neben den so verschiedenartigen Debatten im Hause traten aber auch noch Anforderungen anderer Art an ihn heran. Als am 1. März die letzte Abstimmung über die Verfassungsänderung vorüber war, benutzte er sofort die Ruhe des folgenden Tages, eines Sonntags, um nach Dresden zu eilen, wo die Ordensfrauen der von seiner Schwester gestifteten Genossenschaft seines Rathes bedurften. „Geändert ist dadurch aber nichts," meinte Mallinckrodt bedauernd, als er am 4. März wieder in Berlin in voller Arbeit war, „nur sind die Leute klarer und insofern befriedigter geworden." Auch auf Mittenheim wäre seine Anwesenheit aus wichtigen Gründen nothwendig gewesen. Aber er durfte seinen Posten nicht verlassen, die Entscheidung lautete (4. März): „Sobald ich kann, d. h. sobald die Kirchengesetze durch sind."

8. Die Maigesetze (1873).

Ungestört hatte die „kirchenpolitische Commission" fortgefahren zu tagen und zu beschließen. Wohl war es manchmal recht bunt dabei zugegangen. Das eine Mal stritt man sich stundenlang herum, ohne zu einem Resultat zu kommen; das andere Mal vertagte man sich, weil die Verhandlung „ins Wilde ging"; wieder ein anderes Mal (19. Februar) harrten die versammelten Mitglieder mit Schmerzen, ohne die Berathung aufnehmen zu können, da weder der Vorsitzende noch dessen Stellvertreter erscheinen wollte. Trotzdem wurden die Arbeiten unaufhaltsam vorangetrieben; bereits 3. Februar war das erste der vier neuen Gesetze (das über Vorbildung und Anstellung des Geistlichen) zu Ende berathen, 12. Februar wurde auch für die Berathungen des zweiten dieser Gesetze (kirchliche Disciplinargewalt) der Commissionsbericht verlesen und angenommen. Sofort am folgenden Tage begann die Berathung des Gesetzes über kirchliche Straf- und Zuchtmittel, das Mallinckrodt ein „absonderlich curioses" schien, und ehe noch 24. Februar das Haus der Abgeordneten in die Berathung des Cultus-Etat eintrat, hatte die kirchenpolitische Commission für alle vier Gesetze ihre Aufgabe beendet.

Wiewohl die Männer des Centrums sich hier nicht minder als im Plenum des Hauses einer geschlossenen Majorität und einer abgekarteten Sache gegenüber fanden, wollten sie doch thun, was in ihren Kräften stand. Das Auftreten der Fraction vor dem versammelten Hause, die meisterhafte Parteitaktik, die glänzenden Reden haben mächtig gewirkt auf das katholische Volk und die gesammte öffentliche Meinung. Allein das Aufgebot von Scharfsinn und Kraft, von Hingabe und Anstrengung für die Sache, wie das thatsächliche (wenn auch mehr negative) Resultat, waren wohl zweifellos größer und verdienstlicher in den wenig beachteten, aufs äußerste ermüdenden Sitzungen der Commission. Mallinckrodt sah sich dabei unterstützt von zwei hervorragenden, um die gute Sache hochverdienten Collegen, allein er mußte doch recht eigentlich als der Wortführer betrachtet werden. 6. Februar charakterisirte er treffend das Gesetz über die Beschränkung der kirchlichen Disciplinargewalt als „einen Versuch, den Papst abzusetzen". Wenn Dr. Gneist behauptet habe, meinte er, daß die Disciplinargewalt der Kirchen sich lediglich auf die Anerkennung des Staates gründe, so widerlege sich das durch einen Blick in die Geschichte. Bekanntlich habe die christliche Kirche sich in den ersten Jahrhunderten ihres Bestehens ohne Vollmacht des Staates und gegen dessen Wollen entwickelt. 10. Februar ging es wieder scharf her. Mallinckrodt erklärte bei Berathung über die Berufung an den Staat gegenüber der kirchlichen Obrigkeit: er wolle über die Sache selbst gar nicht sprechen, da schon im voraus feststehe, daß er doch wieder niedergestimmt, und daß die Regierung mit allen Aenderungen des Be-

richterstatters Dr. Gneist einverstanden sein werde; nur wolle er hinweisen auf die vom Referenten wie von der Mehrzahl der Commission bekundete vollständige Unkenntniß der Einrichtungen der katholischen Kirche. Auch die Aussichten, welche der Referent als Folgen dieser Gesetze eröffnet habe, seien trüglich. Er sagte es klar und bestimmt voraus: „Die Folgen Ihres Vorgehens werden ganz andere sein, als Sie denken." Noch die gleiche Sitzung bot ihm Veranlassung, den Phrasen eines abgefallenen Katholiken (v. Langendorff), der in der Commission gegen seine Kirche kämpfte, die verdiente Abfertigung zu geben.

Nachdem er so oft vergebens einen Appell an das Gerechtigkeitsgefühl versucht hatte, wollte er in der Berathung am 11. Februar auch einmal an das Schamgefühl der Majoritätsmitglieder appelliren und geißelte mit beißender Satire das ganze bisherige Gebahren der Commission.

Vielleicht am interessantesten gestalteten sich die Verhandlungen über das vierte der neuen Gesetze (den Austritt aus der Kirche betr.). Mallinckrodt beleuchtete gleich anfangs die Regierungsvorlage sowie das Gneist'sche Amendement mit der Frage: Wie man denn, ohne roth zu werden, sich dazu entschließen könne, ein solches Gesetz zu geben? Der Grundgedanke, auf den der Referent seine Vorschläge baue, komme ihm höchst verwerflich vor. Derselbe stelle die finanzielle Seite in den Vordergrund. Er begreife nicht, daß man mit solchen Dingen das Gesetz motivire. Das müßten gemeine Subjecte sein, die sich in einer solchen Sache, Austritt aus ihrer Kirche, durch Geldrücksichten bestimmen ließen. In der katholischen Kirche — möchten auch in der protestantischen trübe Verhältnisse herrschen — würde man froh sein, solcher Mitglieder quitt zu werden. Im übrigen war dies die einzige Gesetzesvorlage, bei der eine Verständigung möglich war, wenngleich die Vertreter des Centrums eine Erschwerung des Austritts aus der Kirche durchaus nicht wollten. Den Gneist'schen Antrag unterzog Mallinckrodt einer vernichtenden Kritik und wies die Chicanen nach, die durch denselben gesetzliche Berechtigung erhalten sollten. Er stellte aber auch die Inconsequenz der „liberalen" Partei an den Pranger: Sie rede ja immer von Freiheit. Nun frage er, warum sie hier der Freiheit Fußangeln legen wolle, warum sie gerade in dem vorliegenden Falle, wo es sich um die persönliche Freiheit handle, gegen dieselbe ankämpfe. Am 19. Februar erschien plötzlich auch Lasker, der gar nicht Mitglied der Commission war, und überreichte eine Petition seiner jüdischen Glaubensgenossen, die in dem neuen Gesetze eine Beeinträchtigung ihrer Freiheit erblickten. Durch diese an sich unbegründete Befürchtung sah sich die kirchenpolitische Commission unerwartet in eine längere, auch noch die folgende Sitzung ausfüllende Judendebatte verwickelt, indem Laskers Fractionsgenosse, der protestantenvereinliche Prediger Richter (Sangershausen), Laskers Wünsche in der Commission vertrat. Lasker sah in dem

Entwurfe ein „Ausnahmegesetz gegen die Juden". Die jüdische Religionsfreiheit verlange, daß ein Jude aus der durch Gesetz vom 23. Juli 1847 hergestellten Synagogengemeinde (die gar keine Religionsgemeinden, sondern nur vermögensrechtliche Gemeinden sind) austreten könne, ohne deshalb dem Judenthum zu entsagen, d. h. ohne aufzuhören, Jude zu sein. Das nationalliberale Amendement, das im Sinne Laskers gestellt wurde, „eines der gefährlichsten und confusesten die es je gegeben" (wie der Abgeordnete v. Brauchitsch es nannte), bekämpfte auch Mallinckrodt als ein höchst überflüssiges und weit über das Ziel hinausschießendes. Endlich einigte man sich mit fast allen Stimmen auf die nach dem Antrag Dr. Brüels umgeänderte Regierungsvorlage, und am 22. Februar war auch das vierte und letzte der neuen Gesetze in zweiter Lesung von der Commission durchberathen.

In derselben Sitzung der Commission, in der man das erste der kirchenpolitischen Gesetze erledigt hatte (3. Februar), war auch durch die Mehrheit entschieden worden, die neuen Gesetzentwürfe könnten nicht vor dem versammelten Hause zur weitern Berathung kommen, bevor die beschlossene Abänderung der Verfassung auch formell erfolgt sei. Mit der Abstimmung vom 1. März war dies, soweit es wenigstens das Abgeordnetenhaus für sich betraf, nun thatsächlich eingetreten.

Auf den 7. März wurde daher jetzt die zweite Berathung der neuen Kirchengesetze bezw. des ersten derselben (Vorbildung und Anstellung der Geistlichen) anberaumt. Umsonst legte Windthorst 6. März Verwahrung dagegen ein, da die Berathung unzulässig sei, solange nicht die Abänderung der Verfassung rechtsgiltig erfolgt wäre; diese aber sei noch nicht einmal sichergestellt, da man noch gar nicht wisse, wie das Herrenhaus und wie die allerhöchste Person darüber denken werde. Trotz seiner überzeugenden Gründe wurde er aber (gegen Centrum, Polen und einige Altconservative) von der Mehrheit niedergestimmt.

In der folgenden Sitzung kam als letzter Gegenstand der Tagesordnung die kirchliche Frage zur Verhandlung. Der von Centrum, Polen und Altconservativen unterstützte Antrag eines Conservativen auf Vertagung der Debatte war abgelehnt worden. Schon in diesem ersten Stadium der Berathung ließ der erste der feindlichen Redner, der „katholische" Graf Renard, klar erkennen, was das Centrum und was die katholische Kirche bei diesen Verhandlungen von den Gegnern zu gewärtigen habe. Seine in auffallend niedrigem Tone gehaltene Rede gegen die Kirche und das Centrum wandte sich auch gegen Mallinckrodt, „der mit Vorliebe auch ganz ernsthafte Dinge in scherzhafter Weise behandle". Weil die Zeit schon sehr vorgerückt war, konnten in dieser Sitzung nur noch zwei Redner sprechen; erst folgenden Tages (8. März) kam nach mehreren anderen Mallinckrodt zum Wort. Ein nationalliberales Blatt hatte bereits angekündigt, man werde durch „ener-

gisches Schlußmachen" die Gegner der Gesetze schon am Reden verhindern. Mit Rücksicht hierauf glaubte Mallinckrodt sich selbst Beschränkung auflegen zu müssen, um nicht die Majorität, die so gedroht hatte, zur That zu reizen.

„Ich hoffe, die Zufriedenheit unseres verehrten Herrn Präsidenten dadurch zu gewinnen," begann er, „daß ich mich sehr streng an die Sache halte. Ich habe noch einen besondern Grund hierzu: ich wünsche nämlich, daß das Haus der sachlichen Erörterung der höchst wichtigen Frage den genügenden Raum läßt. Ich erwarte das von seiner Loyalität; deshalb halte ich es aber auch umgekehrt für eine Pflicht, unsererseits bei der Specialdiscussion streng die Sache festzuhalten.

„Die Gesetzesvorlage läßt mich im allgemeinen anerkennen, daß sie mit einer großen Sorgfalt und Umsicht gearbeitet ist, soweit es sich darum handelt, die Netze mit Sicherheit so zu stellen, daß nirgends Lücken bleiben. Aber nach einer andern Seite hin, meine Herren, finde ich diese gesetzgeberische Arbeit sehr der Kritik fähig, namentlich in Bezug auf die außerordentlich große Unklarheit in der juristischen Bestimmung, um die es sich handelt."

Kurz, scharf und sachlich übte er seine Kritik und schloß dann:

„Ich bitte, daß Sie den Gegenstand ruhig, nüchtern, unbefangen beurtheilen und sich dann entscheiden, ob Sie dem § 2 zustimmen wollen oder nicht."

Zum nächstfolgenden Paragraphen hatten kaum zwei Redner kurz gesprochen, als schon ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht wurde. Dagegen erhob sich aufs neue Mallinckrodt mit aller Energie: Da es dem Hause zu gefallen scheine, in der so wichtigen Frage nicht einmal eine eingehende Debatte zu gestatten, so sehe er seinerseits sich veranlaßt, alle durch die Geschäftsordnung gebotenen Mittel gegen ein solches Verfahren aufzubieten. Er gehe damit ganz offen voran: er wolle nicht, daß man ihnen so das Wort abschneide. Er beantrage namentliche Abstimmung über den Schluß, und wenn er das nicht durchsetzen könne, werde er namentliche Abstimmung über § 4 beantragen. Nun aber entspann sich eine lange Debatte, in die Windthorst, Bennigsen, Graf Wintzigerode ihrerseits noch eingriffen. Es war bis dahin der Fall noch nie vorgekommen, daß der zeitraubende Proceß einer namentlichen Abstimmung bei einem Schlußantrag zur Anwendung gekommen wäre. Doch stand von seiten der Geschäftsordnung nichts im Wege. Mallinckrodt selbst vertheidigte seinen Antrag in längerer Rede.

„Es handelt sich hier", so schloß er, „um eine Frage, die über das Wohl und Wehe des Landes auf Jahre hinaus entscheidet, und derartige Fragen entscheidet man nicht, indem man die Minorität einfach unter die Füße zwingt, man läßt erst discutiren und nachher votiren."

Nun brachte der erste Vicepräsident (v. Köller) die Frage zur Abstimmung, und die Mehrheit entschied, daß über einen Schlußantrag die namentliche Abstimmung nicht stattfinden sollte. Aber das hatte Mallinckrodt

doch erreicht, daß der Antrag auf Schluß der Debatte zurückgezogen wurde und der conservative Abgeordnete Strosser noch gegen den fraglichen Paragraphen zu Wort kam.

In den folgenden Tagen, 10. und 11. März, war Mallinckrodt beständig auf dem Plan und griff sehr häufig in die Debatte ein. An beiden Tagen hielt er große Reden zu Gunsten der Convicte und Knabenseminare. Der Regierungscommissarius Dr. Achenbach spielte ihm gegenüber eine nicht eben glänzende Rolle. Wiederholt konnte Mallinckrodt auf die völlige Unkenntniß über das Wesen der Convicte und Seminarien hinweisen, welche die Staatsregierung kundgebe, ebenso auf das Unklare und Verschwommene in der Fassung der Vorlagen. Dem Cultusminister selbst hatte er scharfen Tadel gegeben, weil dieser bei einer so wichtigen Berathung dem Hause fernbleibe. Aber auf die Bemerkung, daß derselbe an diesem Tage im Herrenhaus sein müsse, zog er „aus Loyalität gegen die Personen der Regierung" diesen Vorwurf alsbald zurück. Doch an diesen einen hatte sich noch ein anderer Vorwurf geknüpft:

„Ich klage auch darüber, daß der Herr Cultusminister, der in seiner nächsten Umgebung nicht die Organe besitzt — wie ich beweisen werde —, welche geeignet sind, ihn über die wirklichen Zustände aufzuklären, über die er Gesetze gibt, — daß dieser Cultusminister bei den ganzen langwierigen Berathungen dieser vier Gesetzentwürfe in der Commission dieses Hauses ein einziges Mal, vielleicht eine halbe Stunde, anwesend gewesen ist. Das bezeichne ich als eine in meinen Augen sehr bedauerliche Thatsache."

Seine zweite große Rede über die Convicte endete mit einem glänzenden Lob auf die bischöflich Münster'sche Studienanstalt Gaesdonck, wo eben sein Neffe und Pathenkind Hermann v. Mallinckrodt noch studirt hatte. Waren diese Reden nur eine Reihe sachlicher Belege, authentischer Zeugnisse und offenkundiger Thatsachen gewesen, so wollte er nicht schließen, ohne einen ernsten Blick auch nach einer andern Seite zu werfen:

„Durch die Aufhebung derartiger Anstalten," bemerkte er zu Ende seiner Darlegungen, „die die Liebe und Verehrung nicht bloß einzelner Jünglinge, die ihnen angehört haben, nein, ganzer Landestheile, in denen sie wirken, im vollsten Maße besitzen, dadurch treiben Sie keine Politik, die geeignet wäre, die Herzen des Landes der Regierung zuzuwenden, sondern Sie müssen besorgen, daß das gerade Gegentheil der Fall ist. Glauben Sie, wenn das Land den Baum an seinen Früchten erkannt hat, wenn es sich überzeugt hat: die Ergebnisse des Unterrichts und der Erziehung in solchen Anstalten sind derart, daß sie kaum etwas zu wünschen übrig lassen, und das Land sieht nun, daß mit rauher Hand in diese mit Liebe gepflegten, vielfach aus den freiwilligen Beiträgen der betreffenden Landestheile ins Leben gerufenen Anstalten hineingegriffen wird — das muß einen Eindruck hervorrufen, der nachhaltig in der nachtheiligsten Weise auf diejenigen zurückfällt, die es sich erlauben, derartige Anstalten in ihrer Fortentwicklung zu hindern, indem man ver-

bietet, neue Schüler aufzunehmen, oder gar ihre Existenz zu vernichten, indem man sie auf den Aussterbe-Etat setzt. Wollen Sie das thun, meine Herren, ich kann es nicht hindern, aber die Folgen, die fallen auf Sie und nicht auf diejenigen, die sich Ihnen entgegenstellen."

Mitten in diese Berathungen hinein fiel 12. März die Eröffnung des Reichstages. Zum Glück standen hier keine neuen kirchenpolitischen Vorlagen zu erwarten, oder, wie Bischof Ketteler 1871 in einem Briefe sich ausgedrückt hatte: „im Reichstag selbst schien man für diese Saison keine Skandale veranlassen zu wollen".

Die kleinen Plänklergefechte, in die zuweilen das Centrum hineingezogen wurde, wollten im ganzen wenig sagen im Vergleich zu den vorhergegangenen Sessionen, wo ein Kampf auf Leben und Tod auf der ganzen Linie entbrannt zu sein schien.

Mallinckrodt trat denn auch, namentlich für die erste Zeit, im Reichstag völlig zurück, wo stets Windthorst als Wortführer des Centrums erschien. Aber bei der angestrengten Thätigkeit, die er im Abgeordnetenhaus entwickelte, begreift sich doch, wie schwer ihm das Vertheilen von Kraft und Zeit zwischen den beiden Parlamenten wurde, und man versteht seine Klage im Abgeordnetenhaus (14. März):

„Ich wollte mir nur erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß heute Abend 6½ Uhr eine Reichstagssitzung ist, resp. die Abtheilungen sich versammeln, und constatire, daß diese Art von Cumulirung von Arbeiten — den Morgen, bis man athemlos ist, hier, und den Abend im Reichstag — eine Art von Geschäftsbehandlung ist, wo doch wirklich das Latein aufhört."

Aber trotzdem wollte man die Verhandlung nicht vertagen. Erst spät, 5¼ Uhr, gelang es ihm mit vieler Mühe, die Vertagung durchzusetzen. Auch 18. März bat er abermals um Vertagung der Debatte, da schon nach 20 Minuten die Sitzung des Reichstags beginne, und wies hin auf die dadurch herbeigeführte beengende „Collision der Pflichten".

Glücklicherweise wurde mit der Sitzung vom 21. März das Abgeordnetenhaus bis auf weiteres vertagt, um endlich für den Reichstag freies Feld zu gewinnen. Bis zum 19. März hatte die zweite Lesung der neuen Kirchengesetze gedauert, und bis dahin stand Tag für Tag Mallinckrodt in der Bresche. Man wußte es im Centrum gar wohl und sprach die Erkenntniß auch offen aus, daß man einer „eisernen Majorität" gegenüberstehe, die entschlossen war, sich weder durch Gründe belehren noch durch Reden bewegen zu lassen. Aber trotzdem glaubten die Sprecher der Fraction und Mallinckrodt an ihrer Spitze immer wieder hinweisen zu sollen auf das System der Ministerwillkür, das in diesen Gesetzen geschaffen werde, und zwar gerade von den sich „liberal" nennenden Parteien; auf den flagranten

Eingriff in die inneren Verhältnisse der Kirche, dessen man sich schuldig mache, und auf das Unmoralische und Verderbliche dieser ganzen Gesetzgebung.

„Sehen Sie," rief er 15. März den Gegnern zu, „das sind die Gesetze, die Sie machen. Sie schaffen Gerichtshöfe, damit allen Anforderungen des formalen Rechtes Folge geleistet werden könne, damit die Besorgniß nicht Platz greife, es könne Polizeiwillkür sich bei den Entscheidungen geltend machen, — und nachdem Sie den Apparat eines außergewöhnlichen Gerichtshofes geschaffen haben, nachdem der Gerichtshof erkannt hat, kann das Erkenntniß nicht ausgeführt werden, wenn der Oberpräsident es nicht will. — Meine Herren! die vollendete Willkür trotz Ihres Gerichtshofes!"

„Es ist immer nützlich, wenn die Dinge möglichst klargestellt werden," erwiederte er Dr. Gneist 15. März; „der Herr Berichterstatter hat uns gesagt: Fehderecht und Faustrecht, darauf liefen die Situationen schließlich hinaus. Nun bin ich allerdings bei dem Herrn Berichterstatter die Consequenz eigentlich nicht gewohnt, deshalb habe ich mich auch gar nicht darüber gewundert, daß das Ende seiner Aeußerungen im directen Gegensatze mit dem Anfange stand, wenigstens nach seiner Auffassung. Er sagte (am Ende), es müsse erst die Rechtsfrage zu Gunsten des Staates entschieden sein, dann würde das Recht mit Gewalt durchgeführt. Das ist doch nun begrifflich das directe Gegentheil von Faustrecht! Aber die letzte Aeußerung ist in Wirklichkeit eine unbegründete, denn dieses Gesetz gibt durchaus nicht Mittel und Wege an, um zuerst die Rechtsfrage zu entscheiden. Nichts weniger als das! Die Sachlage ist vielmehr die, daß die eine Seite, die eine Partei sich ein Organ schafft (den kirchlichen Gerichtshof), was nun die einseitige Auffassung zum Ausdruck bringt. Aber nun und nimmer ist ein Organ geschaffen, das zwischen dem Staat und der Kirche richtet, sondern der Staat richtet lediglich in eigener Sache."

„Es sieht aus diesen Bestimmungen", äußerte er 14. März, „immer und immer die Tendenz heraus, die Kirche in Belagerungszustand zu erklären und zu erhalten, rundum umstellt mit allen möglichen Vorsichtsmaßregeln und allen möglichen Wächtern, damit sie ja keine freie Bewegung habe, damit sie ja in all ihren Lebensäußerungen gebunden und gefesselt sei durch die Omnipotenz des Staates."

13. März machte er dem Hause die „Zwickmühle" klar, welche im § 17 des Gesetzes über Anstellung der Geistlichen die Regierung angelegt habe. Ist binnen Jahresfrist die Anstellung nicht erfolgt, so kann der Oberpräsident mit Geldstrafen bis zu 1000 Thaler die Anstellung erzwingen. Andererseits kann aber der Oberpräsident auch jede Anstellung von seiten der geistlichen Behörde binnen Jahresfrist verhindern, indem die Anstellung von seinem Einspruch abhängt.

„Sie sehen, meine Herren," schloß Mallinckrodt seine Beschreibung von dem „Mühlchenspiel", „die Regierung hat sich die Sache so eingerichtet, daß sie schließlich bei den Stellen, wo es ihr darauf ankommt, immer bei der Regierung genehme Persönlichkeiten hineinforciren kann."

Eine noch ernstere Vorhaltung machte er den Gegnern etwas später in der gleichen Sitzung, im Hinblick auf das Berufungsrecht an die Staatsgewalt gegenüber der geistlichen Behörde.

„Denken Sie sich jemand, der gerade nicht ein Muster von Untergebenem wäre und dem es nicht sonderlich gefiele, einer ihn betreffenden Anordnung zu folgen, dem das Amt nicht zusagt. Wie viele Handhaben bieten Sie einem solchen Manne, um nun seinerseits Schwierigkeiten gegen Uebernahme eines solchen Amtes zu machen! Sehen Sie, in solche Gesetzgebung sind wir hineingerathen! Wir machen förmlich Gesetze, um den Ungehorsam zu organisiren, wir bahnen die Wege zur Widersetzlichkeit gegen die geordneten Vorgesetzten.

„Glauben Sie, wenn Sie derartige Bestimmungen für die Kirche geben, das würde nicht über kurz oder lang zurückwirken auch auf die Verhältnisse des Staates? Sehen Sie denn nicht ein, daß die ganze Staatsordnung auf solche Weise unterminirt wird? Glauben Sie nicht, was wir Ihnen schon öfter gesagt haben, daß die Saat, die Sie jetzt säen, für das kirchliche Gebiet vervielfältigt aufgehen wird auf dem staatlichen Gebiet? . . .“

Als man durch § 27 des Gesetzes über Vorbildung der Geistlichen eine Bestimmung eingeschoben hatte, welche dasselbe für die protestantischen Confessionen unschädlich machen sollte, konnte sich Mallinckrodt, so wenig er der Bestimmung entgegen war, doch nicht versagen, „zur Würdigung der Parität“ darauf hinzuweisen. Denn während der Paragraph die evangelischen Kirchen als exempt hinstellte, war er für die katholische ohne jede praktische Bedeutung. Dem hielt nun Mallinckrodt die mehrfach geäußerte Behauptung der Gegner wie der Staatsregierung gegenüber, daß „diese Gesetzesvorlage ganz paritätisch beide Kirchen treffe“. Als nun aber der Berichterstatter Dr. Gneist sich nicht entblödete, zu erwiedern: die katholische Kirche dürfe sich ja nur so wie die evangelische gestalten, dann käme ihr diese Bestimmung auch zu gut, da konnte auch Mallinckrodt diese „brillante Widerlegung“ nicht unerwiedert lassen. Er meinte: „Ich weiß nicht, ob man sagen darf, daß das so aussieht, als wenn zum Schaden auch noch der Spott hinzugefügt werden solle.“

Schon in seiner Rede vom 30. Januar hatte Mallinckrodt ausgeführt, man könne, wolle man in kleinen Zügen die gegenwärtige Situation kennzeichnen, dieselbe „einen Krieg nennen, den die Professoren gegen die Kirche führten“. Der 14. März führte ihn auf diesen Gedanken zurück, als er unter anderen Fehlern der Vorlagen nachgewiesen hatte, daß in zwei unmittelbar aufeinander folgenden Paragraphen derselbe Ausdruck „Suspension“ in ganz verschiedener Bedeutung: einmal im staatsrechtlichen und einmal im canonischen Sinne, gebraucht sei. Er bemerkte dazu:

„Es ist immer wieder das merkwürdige Resultat, an das man gar nicht glauben möchte, wenn man nicht ein dutzendmal darauf gestoßen wird, daß diese

Gesetze gearbeitet sind ohne irgend eine Kenntniß, ohne Einsicht in die durch die realen Thatsachen gegebenen Verhältnisse, lediglich aus Büchern heraus. Sehen Sie, meine Herren, was man unter Professorenarbeit versteht, das sind diese Gesetze, aber nun und nimmer die Arbeit von gewiegten, mit dem wirklichen Leben vertrauten Praktikern. Daher kann es auch nicht fehlen, daß solche gesetzgeberische Versuche, wenn sie Rechts- und Gesetzeskraft erlangen, eine wahre Finanzgrube von Unklarheit, von Unsicherheit in der demnächstigen Anwendung des Gesetzes werden müssen. Sie wollen solche Gesetze, wie es scheint, — ich kann es nicht hindern.“

Und auf des Cultusministers matte Antwort fügte er sofort hinzu:

„Wenn das eine harmonische Arbeit ist, dann freilich habe ich Unrecht; wenn aber die Disharmonie zu Tage liegt, dann, meine ich, hätte ich Recht.“

Am wenigsten hatte das Centrum einzuwenden gegen das vierte der berüchtigten Gesetze, welches den Austritt aus der Kirche betraf. Nur erklärte Mallinckrodt offen, und seine Parteigenossen thaten das Gleiche, er werde für alles stimmen, was den Austritt erleichtere, und gegen alles, was denselben erschwere. Aber es war ihm und anderen unerfindlich, welches Bedürfniß denn in aller Welt für ein solches Gesetz vorliege und was denn an praktischem Erfolge dadurch erzielt werden sollte.

„Ich habe den Eindruck,“ bemerkte er, „als wenn dieses Gesetz eigentlich ausgearbeitet wäre so aus dem gesetzgeberischen Drange heraus, einmal das Verhältniß von Kirche und Staat in einer möglichst erschöpfenden und ästhetisch völlig befriedigenden Weise gesetzlich festzustellen. . . . Da ich nicht die Absicht haben kann, ohne alles Bedürfniß, bloß aus Vergnügen an der Gesetzmacherei neue Gesetze zu geben, so bin ich schließlich nicht in der Lage, für das Gesetz zu stimmen.“

Aber nebenbei kam es Mallinckrodt darauf an, die Verfahrungsweise der das Haus und die Situation unumschränkt beherrschenden Majorität wie auch die der Regierungsorgane vor dem ganzen Lande in das wahre Licht zu setzen. Er war in jenen Tagen wahrhaft der Schrecken der Regierungscommissare, die daher auch so viel als nur eben möglich sich in Stillschweigen einhüllten. Bezeichnend ist dafür die Anekdote, die man sich damals in Abgeordnetenkreisen erzählte, wenn sie auch auf ihre Wahrheit nicht zu prüfen ist. Der Cultusminister Falk, so erzählte man, habe sich einmal vertraulich geäußert, daß die Sitzungen des Abgeordnetenhauses jetzt doch gar so langweilig seien, da nur von der einen Seite noch, und das ganz aussichtslos, geredet werde. Es gebe nur etwas Spaß, wenn Mallinckrodt seine Commissare zerzause.

Als es sich 18. März um einen Paragraphen handelte, der für die gegebenen Verhältnisse keinerlei Anwendbarkeit hatte und demnach auf zukünftige Schritte der Regierung berechnet schien, machte Mallinckrodt die ernste Bemerkung:

„Ich habe nun gemeint, daß, wenn die Regierung derartige Pläne hätte, dann die Loyalität erfordere, daß der eine Factor der Gesetzgebung, durch den die Regierung vertreten wird, dem andern Factor der Gesetzgebung, den wir vertreten, offen sagte, was denn nun die Absicht wäre bei Erlaß derartiger Gesetze, und habe deshalb die sehr bestimmte positive Aufforderung an den Herrn Regierungscommissar gerichtet, sich darüber auszusprechen. Aber, meine Herren, die Regierung hat geschwiegen wie das Grab, es war schlechterdings keine Antwort herauszubekommen."

Namentlich der eine der Commissare, Dr. Hübler, hatte schon in der Commission consequent die stumme Person gespielt. Als es nun 15. März im Hause Mallinckrodt gelang, ihm einmal eine Erklärung abzulocken, so war dies schon ein Ereigniß. Mallinckrodt benutzte es sofort:

„Es freut mich," bemerkte er, „daß ich den Herrn Regierungscommissar doch eben zu einer Aeußerung provocirt habe. Ich hoffe, er wird auch die Güte haben, mir auf das, was ich jetzt im Begriffe bin zu sagen, zu erwiedern."

Aber der Commissar schwieg. Leichter war der andere Commissar, Dr. Achenbach, zum Sprechen zu bewegen, aber seine Bemerkungen waren meistens nicht glücklich, und Mallinckrodt hatte ihm manchmal[1] zu zeigen, daß er nichts beweise oder auf die eigentliche Frage gar keine Antwort gegeben habe. Am 13. März machte er ihm überdies noch eine andere Bemerkung:

„Der Herr Regierungscommissarius, ebenso wie der Herr Berichterstatter, genießt eines kleinen taktischen Vortheils bei der Discussion. Er wartet nämlich ab, bis zwei Gegner gesprochen haben, ohne seinerseits Gelegenheit zu nehmen, den ersten sofort, nachdem er sich geäußert hat, zu widerlegen. Dann spricht er, und wenn demnächst der Versuch einer Replik gemacht wird, greift der Herr Präsident nach dem eisernen Schlußantrag, und die Möglichkeit der Erwiederung ist beseitigt. In diesem (vorliegenden) Falle hat nun aber doch die Commission dafür gesorgt, daß der Vortheil nicht auf seiten des Herrn Commissarius bleibt; denn § 19 verweist und nimmt ganz ausdrücklich Bezug auf die Bestimmungen des § 18. Deshalb darf ich diesmal ein paar Worte repliciren."

Aber nicht nur einer stillschweigenden Regierung sah sich das Centrum gegenüber, sondern auch einer stillschweigenden Parlamentsmajorität, die Paragraph um Paragraph annahm, wie die Commission ihn zugeschnitten hatte, ohne es für der Mühe werth zu halten, den Gegnern des Entwurfs zu antworten. Das Hauptbestreben ging dahin, durch Schlußanträge die Debatten möglichst zu kürzen und nur hie und da mitten hinein gegen die katholische Kirche einen Hieb zu führen. Beschlossen war alles schon, bevor man auch nur ins Haus eintrat.

[1] Z. B. 11. März.

„Das Centrum hat heute im Abgeordnetenhause einen Triumph zu verzeichnen gehabt," schrieb die „Germania" über die Sitzung vom 20. März; „alle Redner desselben sprachen mit einer Wärme und Ueberzeugung, daß selbst die Gegner stutzig wurden. Aber stimmen konnten sie nicht anders als früher, — war doch eben alles schon längst abgemacht."

Selbst als zuletzt 19. März das vierte der neuen Gesetze zur zweiten Berathung kam, gegen das innerhalb der Commission gerade aus den Reihen der Majorität heraus verschiedene Bedenken geltend gemacht worden waren, erhob sich niemand, zu reden, so daß Mallinckrodt sein Erstaunen darüber nicht unterdrücken konnte.

„Ich habe mir schon öfters die Frage vorgelegt," bemerkte er 15. März, „woher es sich wohl erkläre, daß aus der Majorität heraus so selten das Wort über die Vorlage genommen wird, und es ist mir eben recht interessant gewesen, darüber aufgeklärt zu werden. Ein geehrtes Mitglied der Majorität bemerkte nämlich, er betrachte sich in dieser Sache als gemeinen Soldaten, und wies darauf hin, daß die Verantwortlichkeit für die ganze Vorlage eben an einem andern Orte ruhe. Wenn das wahr wäre, dann würde allerdings das bekannte militärische Gesetz Platz greifen, daß man in Reihe und Glied nicht zu reden hat. . . ."

„Meine Freunde und ich," äußerte er ein anderes Mal, „wir haben eigentlich eine verhältnißmäßig unterhaltende Arbeit. Wir sind in Thätigkeit, wir sind in der Vertheidigung begriffen, aber die Majorität, die thut mir eigentlich leid. Sie werden gequält, müssen so lange sitzen und so viele Paragraphen votiren und kommen damit eigentlich nicht weiter, als wie Sie mit einem Paragraphen kommen würden."

Manchmal wagte er noch einen verzweifelten Versuch, um wenigstens in irgend einem Punkte die „eiserne Majorität" zu durchbrechen. Als er bei einem einzelnen Fall 13. März darauf aufmerksam gemacht hatte, daß man die Einschaltung ganz desselben Wortes in die Regierungsvorlage, in demselben Zusammenhang und mit derselben Tragweite, in dem einen Falle angenommen, in dem andern Falle abgelehnt habe, nur weil es in dem einen Falle auch in der Commission angenommen, im andern Falle aber von der Commission zufällig übersehen worden war, fuhr er fort mit bitterer Ironie:

„Sehen Sie, so straff stimmt die Mehrheit in diesem Hause für den Wortlaut der Vorlage, und es ist also meine Hoffnung, daß Sie sich in diesem jetzigen Falle mal von dem Vorschlage Ihrer Commission entfernen könnten, eine außerordentlich schwache. Gleichwohl halte ich mich verpflichtet, Sie recht dringend zu bitten, doch dem Ernste der Sache sein volles Recht angedeihen zu lassen und einmal die Vorschläge Ihrer Commission abzulehnen und dadurch den Beweis zu führen, daß Sie doch auch die Möglichkeit zugeben, daß eine so vortreffliche Commission sich einmal geirrt haben könne."

„Ich dächte, das (eine offene Erklärung der Regierung über ihre weiteren Absichten) wäre der Würde des Hauses weit entsprechender," meinte er 18. März,

„als wenn Sie jetzt einer stillschweigenden Regierung gegenüber aus lauter übergroßer Hingebung Paragraphen votiren, die zunächst noch schlechterdings gar keine Bedeutung haben, sondern deren Bedeutung erst möglicherweise in der Zukunft sich herausstellen wird. Ich dächte, die Herren hätten aus den beiden von mir hervorgehobenen Momenten alle Veranlassung, ihrerseits einmal zu diesem Paragraphen ein ‚Nein' zu sagen."

Natürlich wurde der Paragraph trotzdem angenommen. Es war in derselben Sitzung, daß ausnahmsweise wieder einmal ein Mitglied der Majorität zu einer Rede gegen das Centrum sich erschwungen hatte. Der Abgeordnete Hammacher hatte aus der in Bochum erscheinenden „Westfälischen Volkszeitung" vorgelesen und gegen ihre Ausführungen gekämpft. Mallinckrodt bemerkte in seiner Gegenrede:

„... Ich meine nun im allgemeinen, wir hätten den Herren hier aus der Mitte unseres Hauses heraus schon so viele Gründe und Ausführungen geboten, daß Sie heute, wo Sie endlich nach dem langtägigen Fasten, das die Herren sich auferlegt hatten, mal diese Abstinenz brechen und selber das Wort nehmen, nun doch auch Ihre Gegenrede gegen unsere Gründe richten möchten. Wenn die Herren aber in solcher Situation nach Zeitungsartikeln greifen, die Sie irgendwo außerhalb des Hauses aufgefunden haben, um gegen diese zu polemisiren, dann, meine ich, könnte man gar kein stärkeres und günstigeres Zeugniß für das Gewicht und die Unwiderleglichkeit unserer hier ausgesprochenen Gründe geben, und dafür danke ich dem Herrn Vorredner. Der geehrte Herr hat denn ein wirklich sehr großes Wort mit ziemlicher Gelassenheit ausgesprochen. Er hat die Möglichkeit bezeichnet, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses mal durch Gründe überwunden werden könnte aus unserer Mitte heraus. Meine Hoffnung, daß ein solcher Augenblick je eintreten könnte, ist seit Ihren Beschlüssen in Angelegenheiten der Schulschwestern, seit dem Jesuitengesetze verschwindend klein, und Sie müssen erst sehr stringente Beweise dafür erbringen, daß der Herr Abgeordnete wirklich etwas in Aussicht gestellt hat, dessen Erfüllung auch nur entfernt möglich gedacht werden kann."

Noch einmal bei der dritten Lesung der Gesetze, 20. März, kam Mallinckrodt in ausführlicher Darlegung auf die Knabenseminare und Convicte zurück mit der Vorbemerkung, es lade ihn heute insbesondere die Anwesenheit des Herrn Unterrichtsministers dazu ein, „den wir ja bei der zweiten Lesung zu sehen nicht die Ehre hatten". Mit dem 21. März war dann der Kampf zu Ende, Mallinckrodt konnte nach Mittenheim abreisen. Am 4. April begann auch der Reichstag seine Osterferien, um erst 21. April wieder zusammenzutreten.

Am 4. April hatte unterdessen nach langem Widerstande auch das Herrenhaus über die Verfassungsänderung sich schlüssig gemacht. Nach den Osterferien 24. April begann es die Verhandlungen über die im Abgeordnetenhause zu Ende berathenen neuen kirchlichen Gesetzesvorlagen. Aber auch hier stieß die Regierung auf ernsten, wenn auch nicht siegreichen Widerspruch.

Der frühere langjährige Ministerpräsident v. Manteuffel, ehedem Bismarcks Vorgesetzter, sprach über dessen ganze Kirchenpolitik ein unbedingtes Verwerfungsurtheil aus. Dr. v. Gruner aber, ehemals Unterstaatssecretär im Auswärtigen Amte, stellte sogar dem vielgeschmähten Centrum und seinen Führern ein Ehrenzeugniß aus. Die Opposition des Centrums, hob er hervor, sei keine Opposition gegen die Regierung an sich, es sei eine Opposition, die auf festen Principien, die auf einer festen Ueberzeugung beruhe, und eine solche Opposition müsse in jedem Staate bestehen, eine solche Opposition dürfe man nicht unterdrücken. Dieselbe beruhe auf dem festen Boden der preußischen Verfassung.

„Sie werden mir vielleicht einwenden," fuhr er fort: „Opposition — ja wohl im allgemeinen, ja, aber eine confessionelle Opposition ist ganz etwas anderes; die ist unerlaubt. Ich muß hier an das Gedächtniß der älteren Mitglieder des Hauses appelliren: die sogen. ‚katholische Fraction' hat bestanden vom Jahre 1851 bis in die sechziger Jahre; diese katholische Fraction war während der sogen. Reactionsperiode ein Theil der verfassungstreuen Opposition des Abgeordnetenhauses. Ich selbst habe acht Jahre lang mit diesen Herren Schulter an Schulter zusammen gefochten; wir waren zwar nicht in derselben Fraction, aber die altliberale Partei war doch während jener Periode eng mit derselben verbunden. Nun lassen Sie mich Sie, meine Herren, an eins erinnern. Damals stand das Ministerium Manteuffel an der Spitze der Geschäfte, der Minister v. Manteuffel stützte sich auf die Conservativen. Meine Herren! Dem Ministerium Manteuffel war diese Opposition gewiß sehr unangenehm, sehr lästig; aber nie hat es daran gedacht, der Landesvertretung eine solche Vorlage zu machen und der conservativen Partei zuzumuthen, so tief eingreifende Vorlagen wie die gegenwärtigen anzunehmen, um die Grundlage der katholischen Opposition zu brechen. Wie sehr die damalige Fraction mit der jetzigen Centrumspartei zusammenfällt, das mögen Sie daraus entnehmen, daß die Führer heute wie damals dieselben sind: die Gebrüder Reichensperger und Herr v. Mallinckrodt stehen auch heute noch an der Spitze."

Trotz des mannhaften Widerstandes, den die Minderheit auch hier leistete, wurden 1. Mai die vier neuen Kirchengesetze im Herrenhause angenommen. Zwei derselben hatten hier unbedeutende Aenderungen erfahren und mußten deshalb zu einer letzten Abstimmung noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurück. Nach den Osterferien hatte sich Mallinckrodt zum Beginn der Reichstagssitzungen wieder eingefunden; schon 23. April sprach er über das von Dr. Völk und Hinschius beantragte Civilehegesetz. Am Ende der Sitzung vom 3. Mai aber erging er sich unter allgemeiner Zustimmung über den Mißstand, daß jetzt schon mehrmals, und dieses Jahr wieder, Reichstag und Landtag nebeneinander tagen müßten. Zu der etwas hitzigen Debatte hatte Windthorst den Anstoß gegeben, indem er den Präsidenten ersuchte, dafür zu sorgen, daß an den Tagen, an welchen Reichstagssitzung sei, nicht auch Landtagssitzung gehalten werde, und umgekehrt. Auf

die zahmen Gegenreden einiger „Freunde“ der Regierung hin ergriff Mallinckrodt das Wort und führte Beschwerde über die „Rücksichtslosigkeit“, in welcher von einer gewissen Seite her mit dem Reichstag verfahren werde:

„Das Abgeordnetenhaus ist eine Viertelstunde entfernt von hier, und es sind meines Wissens über 60 Mitglieder dieses Hauses, die gleichzeitig dem Abgeordnetenhause angehören, (Zuruf) oder gar 90. Dann handelt es sich nicht um einige wenige Tage, nein, wir haben kürzlich gelesen, es würde das Abgeordnetenhaus voraussichtlich bis zu Pfingsten zu tagen haben, und dann haben wir eine Zeit von drei Wochen, wo wir uns im Rennen befinden vom Leipziger Thore bis zum Dönhofsplatze und zurück, und wo wir freilich hinreichend Athem behalten, um zu stimmen, aber nicht so viel Ruhe und so viel Muße des Geistes, um die Gegenstände wirklich durchdringen zu können, über die wir stimmen sollen, und das ist der Kern der Sache! Meine Herren! Wir sind durch dieses gleichzeitige Verhandeln der allerverschiedensten Sachen derart in Anspruch genommen, daß der Geist gar nicht in der Lage ist, mit der nöthigen Ruhe die Dinge zu prüfen. Daraus entwickelt sich mehr und mehr ein Getriebe und ein Parteigejage, wie es durchaus nicht statthaft ist. Es hört auf, Parlaments*ordnung* zu sein, es gibt Parlaments*unordnung*, um keinen stärkern Ausdruck zu gebrauchen, und ich unterstütze deshalb den Antrag und die Bitte, daß unser Herr Präsident es sich aufs nachdrücklichste angelegen sein lasse, daß ein derartiges gleichzeitiges Tagen vermieden wird. Der Reichstag ist versammelt, der Reichstag hat das Recht, den *Vorzug* für sich zu beanspruchen, aber die andere Vertretung muß nachstehen und warten, bis der Reichstag fertig ist. Das wäre Ordnung! . . .

„Die Sache kommt darauf hinaus, daß der Fehler auf seiten der Reichsverwaltung liegt. Die Reichsverwaltung hat den Reichstag berufen zu einem Zeitpunkt, wo sie mit den Vorarbeitungen noch nicht so weit war, uns zu beschäftigen. Das ist in *diesem* Jahre der Fall gewesen, das ist im *vorigen* Jahre der Fall gewesen. Und das ist es, worauf es eigentlich ankommt.“

Es bekam Lasker übel, als er es versuchte, durch nörgelnde Gegenbemerkungen den Eindruck von Mallinckrodts Aeußerungen abzuschwächen. Letzterer sagte ihm geradezu, er hätte besser gethan, seine Polemik zu sparen, dieselbe sei keineswegs eine glückliche gewesen:

„Was das Staunen des Herrn Abgeordneten beim Beginn seiner Aeußerung darüber anlangt, daß ich dem Reiche den Vorzug gewahrt habe vor den einzelnen Staaten,“ bemerkte Mallinckrodt nach kurzer Widerlegung, „so ist das wieder eine ganz müßige Betrachtung gewesen. Er möge mir doch ein einziges Beispiel nachweisen, wo ich Veranlassung zu der entgegengesetzten Erwartung gegeben hätte. Seit das Deutsche Reich existirt, nehme ich für das Deutsche Reich den Vorrang vor allen anderen Staaten stets in Anspruch und fordere nur, daß das Deutsche Reich innerhalb der Schranken seines *Rechts* bleibt und nicht gar zu *begehrlich* ist — es gibt eine Begehrlichkeit, die zu den verbotenen Neigungen gehört.“

Endlich am 9. Mai kamen diejenigen zwei der neuen kirchenpolitischen Gesetze, an denen das Herrenhaus Abänderungen vorgenommen hatte, noch-

mals vor das seit dem 5. dieses Monats wieder tagende Abgeordnetenhaus. Es war eigentlich keine Debatte mehr, denn die „liberale" Seite des Hauses betheiligte sich nur durch — Schweigen und allerlei Störungen und Unterbrechungen der Redner. Der Cultusminister Falk sprach einmal einige Worte, eine Gegenbemerkung auf die Schlußworte des zweiten Redners: Er sei nicht im Stande, etwas zu erwiedern, da er zu spät gekommen sei und deshalb von der ersten Rede gar nichts, von der zweiten nur Bruchstücke vernommen habe.

Für das Centrum handelte es sich nur um einen letzten feierlichen Protest. P. Reichensperger lag eben krank danieder; es sprachen Schorlemer-Alst, Gerlach, Windthorst, A. Reichensperger und als der erste von allen Mallinckrodt.

Während der Märztage hatte er gegenüber der für alle Gründe unempfänglichen Majorität vielfach zu den Waffen der Ironie und des Sarkasmus seine Zuflucht genommen und hatte die ganze überkluge Gesetzesmache mit den „pyramidalen Gedanken", die sie berge, und der grenzenlosen Unkenntniß der katholischen Kirche der verdienten Lächerlichkeit preisgegeben. Die letzten Worte aber, die er in dieser Sache sprach, waren tiefernste:

„Es fehlen nur noch ein-paar Abstimmungen," begann er, „dann sind die Waffen geschliffen, und die Regierung kann zu ihrem Werke schreiten." Er ging dann dazu über, einen allgemeinen Blick auf diejenigen zu werfen, die in diesem Kampfe mit der Regierung gingen. Da war der „Liberalismus", am consequentesten dargestellt durch den Abgeordneten Virchow und die oft von ihm entwickelten Anschauungen, der „die jetzige Gelegenheit bereitwillig benutzt, um die Quellen des frischen Lebens für den kirchlichen Organismus abzugraben und zum Austrocknen zu bringen, um dann schließlich die Kirche selbst hinsterben zu lassen". Aber seine Auffassungen richten sich nicht allein gegen die Kirche, sondern in gleicher Weise auch gegen den Staat, gegen das Königthum von Gottes Gnaden. Sein Princip ist das des Revolutionsrechts. An zweiter Stelle kommt die Regierung mit einer Reaction schlimmster Art, einer Reaction bis ins 18. Jahrhundert zurück, dem Princip der Bevormundung gegenüber der Kirche.

Mit, aber neben der Regierung marschirte auch der damalige „Minister der auswärtigen Angelegenheiten", Fürst Bismarck, der, ungeachtet dies seiner amtlichen Stellung hätte fern liegen müssen[1], mit diesen Gesetzen sich identificirt und sie, im Herrenhause wenigstens, persönlich vertreten hatte. In ihm zeigte der Redner das Princip des „nackten Absolutismus".

„So, wenn Sie nun die drei gezeichneten Standpunkte zusammenfassen," fuhr er fort, „so sehen Sie den Liberalismus und den Absolutismus in brüderlicher Vereinigung. Sie sehen die Negation der Kirche, Sie sehen die Bevormundung der Kirche, Sie sehen den Anspruch auf unbedingte, widerspruchslose Dienst-

[1] Bismarck war damals für Preußen nur Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

leistung seitens der Kirche. Das sind die drei Factoren, die nebeneinander marschiren und deren Fahne die Inschrift führt: Staatsomnipotenz, d. h. das alte heidnische Staatsprincip. . . . Und wir, meine Herren, . . . wir vertheidigen das christliche Staatsprincip gegen das heidnische Staatsprincip, wir vertheidigen die kirchliche Freiheit gegen die Uebergriffe der weltlichen Staatsmacht, wir vertheidigen das historische Recht gegen revolutionäres Unrecht, und, meine Herren, es ist nicht zu viel, wenn ich sage: wir vertheidigen die Krone von Gottes Gnaden gegen die eigenen Rathgeber der Krone.

„Meine Herren! In diesem Kampfe stehen, Gott sei Dank, die Katholiken nicht allein, neben uns stehen gerade die treuesten Söhne der evangelischen Kirche. Wir sind uns der confessionellen Unterschiede sehr wohl bewußt. Indes, wir achten wechselseitig die Freiheit der Ueberzeugung und stehen gemeinsam ein für die gemeinsame Freiheit. Aber, meine Herren, wir sind uns auch vollständig bewußt der Solidarität der christlichen Interessen gegenüber der Zeitströmung, die sie mit Vernichtung bedroht. Nun, unsere nächste Aufgabe ist sehr bald erfüllt, es wird dann die Reihe an die Kirchen selbst kommen. . . . Eins, das weiß ich gewiß: daß die Bischöfe sich als pflichtgetreue Hirten der Kirche bewähren werden, und daß das gläubige Volk fest auf ihrer Seite stehen wird. . . . Die Alternative für uns ist kurz gegeben: Entweder ist die Kirche heute selbständig berechtigt und der Staat ist nicht omnipotent, oder der Staat ist auch vor 1800 Jahren omnipotent gewesen, und Christus hat die Kirche zu Unrecht gestiftet, und die Blutzeugen sind nicht Heilige, sondern Verbrecher gewesen. . . .

„Wir wissen es sehr gut, daß wir schweren Tagen entgegengehen. Es mag leicht kommen, daß unsere Bischofsstühle verwaist sind, es mag leicht kommen, daß gar viele Gemeinden vergeblich nach einem Seelsorger sich umsehen und danach verlangen. Aber, meine Herren, — die Würfel sind geworfen. Wir können gegen Gewissen und gegen Ueberzeugung nicht das verläugnen, was für uns das Heiligste ist, und wir rechnen darauf, daß der höchste Herr auf unserer Seite steht, und wenn die Noth am größten, dann ist die Hilfe am nächsten."

Am 1. Mai hatte das Herrenhaus die Gesetze angenommen, am 9. Mai das Abgeordnetenhaus auch noch die angebrachten Aenderungen, und bereits am 14. Mai erhielten sie die königliche Sanction. Mit ungewohnter Schnelligkeit wurden sie bereits am 15. Mai publicirt und tragen seitdem den Namen der „Maigesetze".

Damit war Mallinckrodts Aufgabe für diese Session des Landtages gelöst. Sein Auftreten am folgenden Tage, 10. Mai, war nur insofern von Interesse, als er da in einem kleinen Widerstreite zu Windthorst sich befand, der jedoch zuletzt den Sieg davontrug. Am 20. Mai wurde der Landtag geschlossen, am gleichen Tage unterschrieb Mallinckrodt mit den übrigen sechs Vorstandsmitgliedern den kurzen kräftigen Wahlaufruf, den für die bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage das Centrum erließ.

---

9. Rast- und Rüsttage (1873).

Der Reichstag dauerte einstweilen noch fort. Am 16. Mai hatte sich dort ein heißer Kampf entsponnen, zunächst zwar zwischen Bismarck und Windthorst, aber Mallinckrodt konnte demselben nicht lange fern bleiben. Bismarck liebte es, die kirchenpolitischen wie andere gewaltsame Maßregeln durch die ungeheuerlichsten und unwahrsten Angriffe auf das Centrum als die „staatszerstörende“ Partei zu rechtfertigen. Auch bei den Verhandlungen im Herrenhause hatte er es kürzlich wieder gethan, und Mallinckrodt hatte in seiner Rede vom 9. Mai Veranlassung genommen, einzelne dieser Aeußerungen etwas zu beleuchten. Ganz unabhängig davon kritisirte Windthorst am 16. Mai die Jahresübersicht über den Gang der Verwaltung in Elsaß-Lothringen und tadelte es, daß dort noch immer statt gesetzlich fester Verhältnisse die Dictatur[1] herrsche und auf deren Ende noch keine Aussicht zu sein schien.

Bismarck beantwortete diese Kritik hauptsächlich durch einen Angriff auf die „Ultramontanen“ und „ultramontane Agitation“ unter Verlesung eines diplomatischen Actenstückes über ultramontane Agitationen in England. Bei der Fortsetzung der Debatte in der folgenden Sitzung griff auch Mallinckrodt ein und ging dem damals allmächtigen Staatsmann kräftig zu Leibe. Er begann mit der Bemerkung, „wenn er auch die Zustände in Elsaß-Lothringen aus persönlicher Anschauung nicht genau kenne“, so scheine ihm doch, daß dem Vorredner die Vertheidigung der dortigen Zustände nicht geglückt sei. Schon nach kurzen, aber scharf zugemessenen Bemerkungen ging er über auf eine Beleuchtung der Aeußerungen des Reichskanzlers vom vorhergehenden Tage, und vor allem wandte er sich gegen den „stereotypen Ausfall gegen die Ultramontanen“.

„Wenn Feinde gegen Feinde offen im Felde stehen, dann gilt bei allen civilisirten Völkern ein gewisses Kriegsrecht, es soll nur mit ehrlichen, offenen Waffen gekämpft werden, und wo das nicht geschehen ist, so wird es von der ganzen Welt laut verurtheilt. Nun legen Sie hier den Maßstab an die Art und Weise, wie meine Freunde bekämpft zu werden pflegen. Wir haben seit Monaten die schärfsten Anklagen und Angriffe in endloser Wiederholung gehört, aber Thatsachen und den Beweis von Thatsachen ist man uns schuldig geblieben. Die Verdächtigungen des Reichskanzlers von gestern sind wiederholt von uns zurückgewiesen, wir haben den Beweis für diese Anklagen gefordert, aber nicht erhalten. Und wenn derartige Anklagen nun laut und öffentlich vor dem Reichstag und dem ganzen Land wiederholt werden ohne Beweise, — sind das kriegsgerechte Waffen auf dem parlamentarischen Gebiete? Ich weise besonders eine Anklage entschieden als unwahr zurück,

[1] Die gesammte Verwaltung war mit dictatorischer Vollmacht in die Hände Bismarcks gelegt.

als wenn für uns Katholiken das Moment entscheidend wäre, ob die Regierung eine katholische oder akatholische ist. Wir deutsche Katholiken haben stets die Treue gegen unsern Kaiser gewahrt, wir haben sie bewahrt in Preußen wie in Württemberg und Baden gegen den Landesherrn, und nun frage ich, was den Kanzler des Reiches jetzt berechtigt, derartige objectiv unwahre Verleumdungen uns vorzuwerfen?" —

Mallinckrodt hatte die letzten Worte mit starker Betonung und gehobener Stimme gesprochen. Er hielt einen Augenblick inne. Es war ihm, als wolle ein Ordnungsruf des Präsidenten folgen. Allein diesmal schwieg der Präsident. Der Redner fuhr fort:

„Vor zwei Jahren hat der Reichskanzler uns in seiner einmal beliebten Manier ebenfalls ein solches anonymes diplomatisches Actenstück vorgelesen. Ich zweifle nicht daran, daß es Leute genug in der Welt gibt, die im guten Glauben bereit sind, solche Berichte, den Intentionen der Regierung gemäß, zu machen, aber wie solche Berichte als Beweismittel, als Ausgangspunkt für politische Handlungen dienen können, ist mir unerklärlich. Das Allereigenthümlichste dabei ist, daß der Reichskanzler, nachdem er sich die allergrößten Excurse auf fremdes Gebiet erlaubt hat, schließlich erklärt, um auf die Sache einzugehen, dazu sei jetzt keine Zeit. Wozu ist denn der Reichskanzler hier, wenn er nicht zur Sache sprechen will und kann? Wozu nützt dann überhaupt die Denkschrift (über die Verwaltung Elsaß-Lothringens)? Auf alle Punkte, die der Abgeordnete Windthorst angeregt, hat er nichts Greifbares erwiedert. . . ."

Bismarck erwiederte, gereizt durch den „sehr accentuirten Ton", mit welchem der Redner ihn einer „objectiven Verleumdung" geziehen. Im übrigen wich er aus mit der Phrase, die Redner einer Partei, die dem Vaterlande kein Wohlwollen entgegentragen, könnten für ihn keine Instanz sein und eine Widerlegung von ihm nicht verlangen. Windthorst konnte sich noch gegen die persönlichen Angriffe vertheidigen, die der Reichskanzler gegen ihn gerichtet hatte; Mallinckrodt wurde aber jede Erwiederung dadurch abgeschnitten, daß trotz der Gegenbemühung von Centrum und Fortschrittspartei durch Stimmenmehrheit der Schluß der Discussion herbeigeführt wurde. Im Foyer des Reichstages aber wurde noch lange mit Lebhaftigkeit darüber discutirt, ob Mallinckrodt hätte zur Ordnung gerufen werden müssen. Im Centrum wunderte man sich, daß dieses nicht geschehen war.

Der Reichskanzler war nicht als Sieger aus der Schlacht hervorgegangen; selbst bei seinen geschworenen Anhängern im Hause war der Beifall keineswegs ungetheilt, die ihm ergebene oder dienstbare Presse suchte nur in gezwungenen Wendungen die Schlappe zu decken. „Bismarck sprach mit mehr Schwerfälligkeit als gewöhnlich", bemerkte selbst der entschiedene Lobredner des Fürsten in der „Augsb. Allgem. Zeitung", wie derselbe andererseits die „formell vollendete Polemik" Mallinckrodts anerkannte. „Mallinckrodt", berichtet er, „führte seine Toledo-Klinge — er erinnert bekanntlich

in seinem Auftreten wie in seinem Glaubenseifer an einen spanischen Hidalgo — mit großem Geschick, jede vermeintliche Blöße in der Deckung des Reichskanzlers mit Hieb und Stich attaquirend."

Wenige Tage zuvor hatte Mallinckrodt einem andern ehemaligen Minister, dem er mit dem Schwert seines Wortes gleichfalls wiederholt entgegengetreten war, die letzte Ehre erwiesen. Am Mittag des 13. Mai fand in der Matthäikirche die Trauerfeierlichkeit für den ehemaligen Finanzminister v. Bodelschwingh statt. Ihm hatte es Mallinckrodt einst zugeschrieben, daß seine Berufung in die katholische Abtheilung des Cultusministeriums vereitelt wurde. Der Hof, der sonst alte Diener der Krone bei solchen Anlässen zu ehren pflegt, war bei der Feier gar nicht vertreten. Nur zwei der activen Minister und der Präsident des Abgeordnetenhauses waren erschienen. Bodelschwingh hatte 1866 das Portefeuille niedergelegt, weil er ein Gegner des deutschen Krieges war. Unter den wenigen Theilnehmenden fanden sich jetzt Gerlach, Windthorst, Reichensperger und Mallinckrodt. Auch ein anderer alter Bekannter hatte sich eingefunden, dessen Anblick bei dieser Gelegenheit eigenthümliche Gedanken in ihnen wecken mußte. Es war der ehemalige Minister des Innern aus der „Reactionszeit", der Urheber der Jesuitenerlasse von 1852, der Minister a. D. v. Westphalen. Wie hatten sich die Zeiten geändert!

Als am 20. Mai der Landtag zu Ende ging und durch die Fahrt des Bundesrathes und Reichstages nach Bremen und Wilhelmshaven am 21. bis 23. Mai eine kleine Pause in den Verhandlungen eingetreten war, eilte Mallinckrodt nach Borchen, wo Tante Hartmann, einsam, altersschwach und krank, seines Beistandes sehr bedurfte. Am Nachmittag des 25. Mai ließ er sie mit den heiligen Sterbesacramenten versehen und durchwachte bei ihr die Nacht auf den 26. Auch in den nächsten Tagen erlaubte er sich nicht einmal einen Besuch in dem wenig entfernten Böddeken, um jeden Augenblick an ihrer Seite sein zu können. „Ich kann einstweilen über mich nicht disponiren," schrieb er am 27. Mai dem Bruder, „komme aber — wenn thunlich — jedenfalls in den nächsten Tagen." In diesen selben Tagen, am Feste Christi Himmelfahrt, 22. Mai, empfing sein Aeltester fern im Pensionat in Feldkirch die erste heilige Communion. Auch im Drang der Reichs- und Landtagsgeschäfte und unmittelbar vor der letzten großen Schlacht gegen die Maigesetze konnte Mallinckrodt dieses Tages nicht vergessen. 4. Mai schrieb er nach München, daß dort eine silberne Uhr für seinen Sohn gekauft werde, die der Vater zum Andenken an den heiligen Tag ihm schenken wollte, aber, schrieb er dazu, „silbern kann und muß das Ding sein, weil ich kein Pathenonkel bin, und weil ich selbst eine silberne habe, und weil es der Bescheidenheit zuträglich ist".

Darüber war Pfingsten herangekommen, aber auch nach den Feiertagen war an eine Rückkehr nach Berlin nicht zu denken. „Das Befinden meiner

Tante zeigt keine wesentliche Veränderung", meldet er noch am 10. Juni von Borchen; „für das Wahrscheinliche halte ich, daß sie schließlich an Entkräftigung resp. Altersschwäche stirbt."

Bei mancher bedeutenden Debatte, vorzüglich bei der großen Bismarckschlacht des 16. Juni, bei der die persönliche Gereiztheit der Kämpfer einen ungewöhnlichen Höhegrad erreichte, wurde Mallinckrodts „Toledo-Klinge" vermißt. Erst am 19. Juni sprach er wieder in der Kammer, um wegen Zurücksetzung der Officiers-Aspiranten bürgerlicher Herkunft und katholischen Bekenntnisses dem Kriegsminister etwas warm zu machen. Am folgenden Tage äußerte er sich in bemerkenswerther Weise über die Aufhebung der Eisenzölle, die er, obgleich sonst Vertheidiger des Schutzzolls, entschieden befürwortete im Hinblick namentlich auf die rückgängigen Verhältnisse der Landwirthschaft. Er halte es für unbillig, die in großartigster Blüte befindliche Eisenindustrie noch mehr zu bereichern, und wünschte dagegen weitere Unterstützung der Landwirthschaft.

Am 25. Juni war endlich der Reichstag an seinem Schluß angelangt, nachdem er schon längst ein klägliches Bild dargeboten hatte und ein Mal über das andere Beschlußunfähigkeit aufwies. Mehrere der wichtigsten Vorlagen waren nicht erledigt worden. Am Tag vor der Auflösung erließ auch der Vorstand der Centrumsfraction des Reichstages unter Berufung auf ihr Programm von 1871 einen Wahlaufruf. Unter den acht Namen der Unterzeichner stand an vierter Stelle der v. Mallinckrodts.

Der Schluß des Reichstags führte Mallinckrodt alsbald nach Borchen zurück. Er traf die Tante bei besserem Befinden und konnte einige Tage seiner „Jungens" sich freuen. Aber schon am 2. Juli war er wieder auf dem Wege nach Köln, wo der Erzbischof zum Zweck einer Berathung seine Anwesenheit gewünscht hatte. Von da zurückgekehrt, erhielt er die Nachricht, daß die katholische Universität Löwen ihn nebst seinen alten Freunden Jos. Lingens und A. Reichensperger zum Ehrendoctor erwählt habe.

Vor allen Dingen mußte jetzt an die Vorbereitung der Wahlen gedacht werden. Man tagte wieder in Soest, und am 17. Juli wurden hier Wahlaufruf und Programm für die Centrumspartei in Westfalen vereinbart, im October erschienen sie in den öffentlichen Blättern. Die Versammlung war von mehr als 170 Vertrauensmännern besucht. Unter den Namen, die den Aufruf begleiteten, standen die Brüder Mallinckrodt und ihr gleichgesinnter Freund, der edle Wilderich v. Ketteler. Zwölf Tage später machte ein Schlaganfall dem Leben dieses Braven ein Ende. Plötzlich während eines Familienfestes hatte ihn der Tod ereilt. Sein Bruder, der Bischof Wilh. Emmanuel von Mainz, hatte ihm gerade noch die letzte Oelung spenden können. Als am 2. August auf Thüle die Leiche beigesetzt wurde, wo gleichfalls der Bruder des Verstorbenen die Feierlichkeiten vollzog, strömten von nah und fern

Männer aller Stände, besonders die Vertreter des rheinisch-westfälischen Adels, herbei, dem Hochverdienten ein letztes Zeichen ihrer Verehrung zu geben. Unter ihnen war Hermann v. Mallinckrodt. Dieser Tod hatte ihn tief erschüttert. Nebst seinem Bruder Georg und seinem Schwager Alfred war vielleicht kein Mann im Leben ihm dauernd so nahe gestanden. Den Weg nach Thüle hatte Mallinckrodt über Münster genommen, wo, wie alljährlich, am 31. Juli der Verein katholischer Edelleute seine Versammlung hielt. Nachmittags 5 Uhr des gleichen Tages aber fand die Haupt-Wanderversammlung des Vereins der deutschen Katholiken statt. Sie war diesmal von besonderer Bedeutung, schon deshalb, weil kurz zuvor der Cultusminister Falk die Oberpräsidenten zu besonderer Ueberwachung der Bestrebungen des Mainzer Katholikenvereins und namentlich der „Wanderversammlungen" aufgefordert hatte und das entsprechende Rundschreiben des Oberpräsidiums der Rheinprovinz an die Bezirksregierungen eben bekannt geworden war. Um so mehr hielt es Mallinckrodt für seine Pflicht, diesmal der Versammlung beizuwohnen und ihren Verhandlungen und Reden mit Aufmerksamkeit zu folgen.

Hatten die braven Münsteraner es sich nicht nehmen lassen, zu Ehren des Katholikentages ihre Häuser festlich zu beflaggen, so daß es deshalb selbst zu einem Zusammenstoß zwischen der Regierung und dem städtischen Magistrate kam, so wollte auch die westfälische Schwesterstadt Paderborn in dem offenen Bekenntniß ihrer Grundsätze nicht nachstehen. „Eine große Anzahl Bewohner des Paderborner Landes" hatte sich geeinigt, um aus Anlaß einer gelegentlichen Anwesenheit Windthorsts in dieser Stadt eine glänzende Festfeier zu Ehren des Centrums zu veranstalten. Schon am 11. Juli hatten sie in den öffentlichen Blättern einen Aufruf zur Theilnahme erlassen. Es war eine glänzende Versammlung, die sich am 5. August im „Preußischen Hofe" zum Festmahle vereinigte. Ueber 300 Personen hatten sich betheiligt, darunter die Mehrzahl der westfälischen Centrumsabgeordneten und von den Führern Windthorst, v. Savigny und Hermann v. Mallinckrodt. Auch Gerlach war persönlich eingeladen worden, doch erreichte ihn die Einladung erst am 3. August auf dem Wege zu einer Schweizerreise. Das schöne Schreiben, durch welches er seinen Dank aussprach, wurde aber alsbald durch das „Westf. Volksblatt" veröffentlicht. Bischof Konrad Martin war zu der Feier erschienen, und er war es auch, der zuerst zu einem Toast auf Papst und Kaiser sich erhob. Nach ihm stand Hermann v. Mallinckrodt auf. Sein Trinkspruch galt der Ehre des preußischen und deutschen Episkopates.

Ausgehend von der Frage über das Verhältniß zwischen Kirche und Staat, für welche unsere Zeit bei der herrschenden Verwirrung der Begriffe kein Verständniß und keine Lösung mehr habe, wies er hin auf die deutschen

Bischöfe als die zuverlässigen Führer auf dem rechten Wege. Zwar habe es an Versuchen, auch sie irre zu leiten, nicht gefehlt. Der Versucher sei im Gewande des Liberalismus an den Episkopat herangetreten und habe ihm irdische Ehre in Fülle angeboten, wenn er niederfalle und anbete. Aber von Fulda, vom Grabe des hl. Bonifatius, sei ihm das vernichtende „Apage!" erwiedert worden.

„Das ist", so schloß Mallinckrodt unter dem begeisterten Beifall der Versammlung, „das wunderbar große, der Welt unverständliche Geheimniß der Glaubenskraft, daß unser Episkopat, unbeirrt durch lockende Versprechungen, ungeschreckt von ausgestoßenen Drohungen, den Weg geht, den der Herr der Kirche ihr vorgezeichnet hat. An uns ist es, diesen treuen Hirten unsern Dank, unsere Ehrfurcht, unsere Ergebenheit auszusprechen. Wir weihen dem deutschen und dem preußischen Episkopat und in besonderer Verehrung dem hochwürdigsten Bischof dieser Diöcese mit diesem Glase das Versprechen, daß wir ohne Wanken und Zagen um sie geschaart bleiben, daß wir ihnen folgen wollen, wohin ihr leuchtendes Vorbild uns führt."

Die Paderborner Centrumsfeier nahm den erhebendsten Verlauf. Nach Mallinckrodts Rede gedachte noch der Weihbischof Dr. Freusberg des eben hingeschiedenen, hochverdienten Wilderich v. Ketteler, Dr. Schulte feierte das „Centrum", und Windthorst schloß seine Rede über die politische Situation der Gegenwart mit einem Hoch auf die „große, heilige Sache unserer Kirche".

Den 6. August verbrachten die Gefeierten des Tages, Windthorst und Savigny, nebst dem Abgeordneten Evers aus Büren bei Mallinckrodt auf Borchen. Denn am 7. war auf Böddeken die Hochzeit Marie v. Mallinckrodts, Windthorsts alter Freundin, mit Freiherrn Clemens v. Droste-Hülshoff, Landrath des Kreises Büren, und da sollten alle theilnehmen. Auch andere Mitglieder der Centrumsfraction waren zu der glanzvollen Feier nach Böddeken geladen. Noch am Abend nach der Hochzeit kehrte Mallinckrodt mit seinen Gästen Windthorst und v. Savigny nach Borchen zurück, wo es ihm gelang, Windthorst noch bis zur nächsten Woche festzuhalten. „Mallinckrodt richtet jetzt hier alles so behaglich ein," meinte die kleine Excellenz bei Besichtigung des Gutes; „ich fürchte wirklich, er wird uns am Ende gar nicht mehr nach Berlin kommen." Sonntag 10. August, am Laurentiustag, war wie alljährlich feierliche Procession in Nordborchen. Es verstand sich für Mallinckrodt von selbst, daß er als Pfarrangehöriger daran theilnahm und auch seinen verehrten, hochgefeierten Gast, Dr. Windthorst, dazu mitbrachte. Nach der Procession fuhren sie gemeinsam nach Wewer zum Diner, das Freiherr v. Brenken ihnen zu Ehren veranstaltete. Von der ganzen Familie v. Brenken und dem Freiherrn v. Schorlemer-Overhagen begleitet, kehrte man am Abend nach Borchen zurück; denn auch hier wartete ihrer noch eine große Festfeier. Dieselbe war veranstaltet von den Bewohnern Nordborchens, welche ihren großen Mitbürger und dessen Gast ehren wollten. Von Pader-

born war die Domkapelle und ein Sängerchor dazu geladen worden, aus der ganzen Umgegend hatten Festtheilnehmer sich eingefunden. Unter Musik und Gesangsvorträgen verfloß der Abend. Eine Begrüßung der Centrumsführer seitens der Gemeinde war vorausgegangen, dann sprach Mallinckrodt sowohl als Windthorst in längerer Rede. Mallinckrodt betonte die Pflicht der Laien zu engem Anschluß an den Clerus, vor allem an die Pfarrgeistlichkeit als die geistigen Führer in dieser schweren, gefahrvollen Zeit.

Um die Mitte September weilte Mallinckrodt vorübergehend in Driburg (A.-G. Brakel), vielleicht in Angelegenheiten der verwickelten Wahlcampagne im dortigen Wahlkreise. Schon bei der Ersatzwahl für den Wahlkreis Höxter-Warburg (15. Januar 1872) war das unerwartet günstige Resultat nur nach langer unerquicklicher Uneinigkeit erzielt und durch den freiwilligen Rücktritt von zwei Wahlcandidaten möglich gemacht worden. Jetzt, da neue Landtagswahlen bevorstanden, brach die alte Uneinigkeit neuerdings hervor. Auch diesmal gelang es nach längerem Bemühen, diese zu beseitigen, indem der bisherige Abgeordnete, Kreisrichter Engels in Warburg, einer weitern Candidatur entsagte. Mallinckrodt übernahm es 3. October, die entsprechende Erklärung zu veröffentlichen, wozu ihm Engels bei einer jüngst stattgehabten Unterhaltung die Vollmacht gegeben hatte, ermunterte zugleich zu einträchtigem Zusammenwirken und stellte der Pflichttreue und Entschiedenheit des abtretenden Collegen ein anerkennendes Zeugniß aus. Er veröffentliche diese Aeußerungen, schreibt er, in der Ueberzeugung, daß sie „seinen Freund ehren".

Als er dies schrieb, war er schon wieder nach Borchen zurückgekehrt, wo er sich, soweit nicht Wahlangelegenheiten ihn in Anspruch nahmen, jetzt einige Ruhe und die Freude an seinen fünf Kindern gönnen durfte. „Vorhin habe ich mit den Blagen auf der Erde gelegen und Zigeuner gespielt", schreibt der Vater 7. October. Aber schon die Woche später war er in Münster, wo eben die Damen vom Sacré Coeur dem Ausweisungsgesetze weichen mußten; der 20. October war ihr letzter Termin. Die beiden Damen, die als Oberinnen des Hauses (13. October) ihren Protest an den Oberpräsidenten v. Kühlwetter einreichten, stammten aus Familien, mit denen er von früher Jugend an befreundet war; es war Auguste v. Sartorius aus Aachen und Elisabeth von und zur Mühlen aus Berlin. Vorzüglich dürfte aber sein Aufenthalt in Münster durch Wahlangelegenheiten veranlaßt worden sein. Am 28. October fanden die Urwahlen statt, und unter dem Datum „Münster und Paderborn, 30. October 1873" erklärte das Provinzialwahlcomité der Centrumspartei in Westfalen seine von der Soester Versammlung ihm aufgetragene Thätigkeit für beendet. Elf Namen waren unterschrieben, an erster Stelle Freiherr v. Schorlemer-Alst, dann Hermann v. Mallinckrodt.

---

10. Hermann v. Mallinckrodt als Redner und Fractionsmitglied.

Am 4. November waren die Wahlen zum Landtag; am gleichen Tage wurde dieser auf den 12. ds. Mts. eingerufen. Das Ergebniß der Wahl war ein glänzendes. Statt der 60 Mitglieder, mit denen das Centrum den Kampfplatz verlassen, kehrte es mit 89 dahin zurück. Nur mußte es beklagen, daß einer der alten Führer, Mallinckrodts Freund A. Reichensperger, aus Gesundheitsrücksichten die Wiederannahme eines Mandates für den Landtag abgelehnt hatte. Die „Nordd. Allg. Zeitung" aber meinte dazu:

„Da Herr A. Reichensperger aus Gesundheitsrücksichten nicht wieder im Abgeordnetenhause erscheinen wird, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Centrumsfraction jetzt ganz dem unheilvollen Einflusse Herrn v. Mallinckrodts anheimfallen wird."

Das Centrum sollte bald daran erinnert werden, daß es einer feindlichen Mehrheit gegenüberstand. Obwohl es die zweitstärkste Fraction des Hauses bildete, waren die Mehrheitsparteien übereingekommen, ihm keine Stelle im Präsidium einzuräumen. Präsident sollte ein Nationalliberaler, erster Vicepräsident ein Fortschrittsmann, zweiter Vicepräsident ein Freiconservativer werden. Das Centrum, auf diese Weise von der Wahlaction ausgeschlossen, stellte nun seine eigenen Candidaten auf, natürlich ohne Erfolg und nur im Sinne des Protestes. P. Reichensperger erhielt 82 Stimmen bei der Präsidentenwahl, Mallinckrodt 79 Stimmen als erster Vicepräsident, eine als Präsident und eine als zweiter Vicepräsident; für Graf Praschma als zweiten Vicepräsidenten wurden 77 Stimmen abgegeben. Auch innerhalb der Fraction war eine Neuwahl des Vorstandes zu vollziehen; unter den neun gewählten stand Mallinckrodt an zweiter Stelle. „Die Fractionsverhältnisse lassen sich gut an," schrieb er 18. November, „es herrscht volle Harmonie und genügende Entschiedenheit." Dasselbe Urtheil konnte er auch von der Centrumsfraction des Reichstags abgeben, und er that es mit gerechtem Stolz in öffentlicher Sitzung am letzten Tage der nun folgenden Session[1] bei der dritten Berathung über das „Kirchendienergesetz", wo er sich äußerte:

„Ich knüpfe an eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Hänel, der uns auf die Gefahr aufmerksam macht, die unsere Isolirung böte. Mir hat das Veranlassung gegeben, mit doppelter Aufmerksamkeit die Gegner zu mustern und ihren Aeußerungen zu folgen. Das Ergebniß war doch einigermaßen beruhigend. Ich finde nämlich, daß wir zwar der Zahl nach die Schwächeren sind, aber getragen und fest geeinigt durch volle Uebereinstimmung der Ueberzeugungen und Gesinnungen; auf der andern Seite dagegen habe ich eine sehr bunt gemischte Reichsarmee wahrgenommen, für die eine dreijährige Dienstzeit (wenige Tage zuvor war das Militär-

[1] 25. April 1874.

gesetz und auch die Frage der Dienstzeit berathen worden) noch viel zu kurz sein würde, um sie einigermaßen für die Dauer felddienstfähig zu machen."

Es war in der That das Heldenzeitalter des Centrums. Keine andere Partei hatte damals eine solche Zahl nicht nur redetüchtiger Mitglieder, sondern geradezu hervorragender Männer aufzuweisen, die mit außergewöhnlichen Fähigkeiten ausgerüstet und durch eine ereignißvolle und glänzende Laufbahn für ihre Aufgabe vorgebildet waren. Da war P. Reichensperger, der als vortrefflicher und allseitig gebildeter Redner schon an der Wiege des deutschen Parlamentarismus gestanden, der in stürmischen Zeiten ebenso die Treue für die Kirche wie die Hingebung für das Vaterland bewährt hatte, überzeugungstreuer Katholik, pflichteifriger Beamter, gelehrter und scharfblickender Jurist. Ihm zur Seite stand, wenigstens noch in der Fraction für den Reichstag, sein älterer Bruder August, als bahnbrechender Kunstschriftsteller bekannt, aber mehr noch als parlamentarische Größe seit der Frankfurter Nationalversammlung, wo er noch bei der letzten Präsidentenwahl, bevor die Versammlung revolutionär wurde, von der großdeutschen Partei als Candidat gegen Dr. Simson aufgestellt worden war. In den fünfziger Jahren war er anerkannter Führer der katholischen Fraction und mehrmals erster Vicepräsident des Abgeordnetenhauses gewesen; von der Vielseitigkeit und Gewandtheit seines Geistes und dem Reichthum seiner Kenntnisse auf den verschiedensten Gebieten hatte er in den parlamentarischen Kämpfen zahlreiche und glänzende Beweise gegeben. Da war Windthorst, alter Minister und alter Parlamentarier, dereinst längere Zeit Präsident der Hannover'schen Zweiten Kammer, erfahrener Regierungsmann, weitblickender Staatsmann, unübertrefflich schlagfertig in der Debatte, hervorragend als Parlamentsredner. Da war Herr v. Savigny, der mit seiner persönlichen Liebenswürdigkeit und Feinheit seinen Einfluß, seine seltene Gabe, zu gewinnen, seine reiche Erfahrung in der diplomatischen Laufbahn, seine klare Kenntniß der preußischen Staatsverhältnisse und seine aufopfernde Hingabe für die gute Sache ins Centrum mitgebracht hatte. Neben ihm fand sich in dem ausgezeichnet tüchtigen und frommen Dr. Krätzig die Erfahrung und Schulung des höhern preußischen Verwaltungsbeamten verkörpert. Ihnen sehr ungleich in der frühern Laufbahn, aber ebenbürtig an geistiger Bedeutung war der ehemalige Ulanenofficier Freiherr v. Schorlemer-Alst, der „Bauernkönig", schon seit den sechziger Jahren angesehenes Mitglied des obersten Landesökonomie-Collegiums und längst der populärste Mann seiner Heimatprovinz, wiewohl noch jünger im parlamentarischen Leben, doch schon damals gefeierter Redner und einflußreicher, weithin beliebter Parteimann. In der Person des alten v. Gerlach war ein gutes Stück preußischer Geschichte dargestellt, zugleich aber auch ein gutes Stück der besten Fähigkeiten und Charakteranlagen des märkischen Stammes. In den Freiheitskriegen

hatte er auf dem Schlachtfelde fürs Vaterland geblutet, im preußischen Richterstande eine hervorragende Stellung bekleidet, hatte sich als Parteiführer im Parlament, als Publicist in den Rundschauen der „Kreuzzeitung" einen großen Namen erworben. Wohl hatte er als Führer und Vorkämpfer der strengconservativen Partei viele Gegner gehabt, sein Name hatte fast allegorische Bedeutung erlangt im Lande für die aristokratisch-ständischen Bestrebungen, oder wie man damals sagte, die „feudalen" und „reactionären" Tendenzen. Man sprach von ihm als dem „wunderbaren, mit mittelalterlicher Phantasie und modernem Berliner Witz ausgestatteten Mann", der „halb Pathos sei, halb Schalkheit — ganz Phrase", aber die Angriffe in Presse und Parlament ohne Maß und Zahl, wie sie waren, blieben doch machtlos gegenüber der Unantastbarkeit seines Charakters und seinen wirklich hervorragenden Fähigkeiten. Auf weiten Umwegen war auch er jetzt zum Anschluß an das Centrum gekommen, weil er sich überzeugt hatte, daß für die wahrhaft conservativen Grundsätze hier allein noch eine Heimstätte oder doch eine Vertretung geblieben sei. Und er war nicht der einzige Protestant von Bedeutung, den das Centrum in seinen Reihen zählte. Der Geheime Regierungsrath Dr. Ludwig August Brüel hatte als Unterstaatssecretär im Hannover'schen Cultusministerium, dann als fungirender Director des Cultusdepartements bei der Hannover'schen Civiladministration einem wichtigen und ausgedehnten Wirkungskreise vorgestanden. Noch jetzt, nachdem er 1868 aus principiellen Rücksichten seinen Abschied aus dem activen Dienste genommen hatte, war er Vorsitzender des Hannover'schen Landessynodal-Ausschusses. Sein Gerechtigkeitsgefühl, sein vorurtheilsfreier Blick, sein scharfer juristischer Verstand und seine feine, in der Redaction von Anträgen ungemein glückliche Feder machten ihn schon damals zu einem ebenso hochgeachteten wie nützlichen Mitgliede der Fraction.

Aber da waren noch viele andere, die mit Ehren an der Seite solcher Männer stehen konnten. Wie in der Vergangenheit der einzelnen, so war auch in der Art der Begabung, des Charakters, der Kenntnisse und Erfahrungen unter all diesen Männern ein überaus großer Unterschied; aber da das Bewußtsein, heilige und große Interessen zu vertreten, sie fest geeinigt hielt, gereichte gerade diese Verschiedenheit der hervorragenden Mitglieder und Führer dem Ganzen zur Zierde wie zur Wohlfahrt.

Mallinckrodts Laufbahn war im Vergleich zu den Genannten eine bescheidene gewesen. „In der That haben wir", schrieb noch ganz kurz vor dem Kampf um die Maigesetze sehr bezeichnend ein Mitarbeiter der „Kreuzzeitung" [1], „zu der Person des Herrn v. Mallinckrodt mehr Vertrauen,

[1] Das Verhältniß der Conservativen zu den Katholiken. Berlin, G. van Muyden, 1873. S. 9.

als zu dem „preußischen Regierungsrath' (über welche Stellung dieser höchst bedeutende Mann auffallenderweise niemals hinausgekommen ist)." Ein „höchst bedeutender Mann" mußte er allerdings genannt werden und war als solcher anerkannt von Freund und Feind, beim Volk wie innerhalb der Fraction, im Parlament wie bei den Leitern der Staatsregierung. Fürst Bismarck, der bei aller Menschenverachtung die Bedeutung seiner Gegner abzuwägen verstand, hat für die Mallinckrodts ein merkwürdiges Zeugniß abgelegt, als er November 1870 bei Gelegenheit einer seiner „Tischreden", die Möglichkeit erwähnend, daß der Papst in Deutschland Aufenthalt und Zuflucht finden würde, hinzusetzte: „Für die Opposition der Ultramontanen hörte jeder Vorwand auf ... Mallinckrodt träte auf die Seite der Regierung."[1] Nach Mallinckrodts Tod wurde vom damaligen Reichskanzler die Aeußerung berichtet: „Das Rennen zwischen der ultramontanen und der nationalen Partei steht jetzt; bisher war das Centrum gerade um die Länge Mallinckrodts voraus."[2]

Mallinckrodt war von Natur glücklich und vielseitig begabt, nicht mit der spielenden Leichtigkeit des Genies, aber mit der Kraft des schweren ergiebigen Erdreiches, dem Blüte und Frucht in Fülle abgerungen wird durch ausdauernde Arbeit. Vorherrschend war ein klarer, nüchterner Verstand von seltener Folgerichtigkeit; die Phantasie trat zurück. Von Kindheit an an strenge Arbeit gewöhnt, hatte er sich mit guten Kenntnissen auf den verschiedensten Gebieten bereichert. Wo immer seine Thätigkeit in Anspruch genommen wurde, als Jurist, als Soldat, Landwirth und Finanzmann, überall ging ernstes theoretisches Studium seiner Thätigkeit zur Seite. Auch für die Kenntniß seiner Religion hatte er sich nicht mit der Predigt begnügt, der er mit musterhafter Regelmäßigkeit allsonntäglich beizuwohnen pflegte. Man findet ihn beim eifervollen Studium dogmatischer, kirchengeschichtlicher, selbst bei der Lesung ascetischer Werke. Uebung und Studium der neueren Sprachen und Vertrautheit mit der Literatur der verschiedenen Länder waren dem allem zur Seite gegangen. Auch seine vielen, oft weiten Reisen waren durch Studium vorbereitet und von Studien begleitet, und, verbunden mit dem ihm eigenen offenen Blick, mußte dies eine allseitige und bedeutende geistige Ausbildung wesentlich fördern.

Die 30 Jahre seiner Dienstzeit als Beamter waren zu fast gleichen Hälften auf die östlichen und die westlichen Provinzen vertheilt gewesen. Rheinland und Westfalen kannte er wie seine Heimat; im Osten hatte er in den verschiedensten Provinzen und Regierungsbezirken gearbeitet, überall

[1] Soweit die Berichte glaubwürdig sind, bei Busch, „Graf Bismarck und seine Leute". I. S. 337.

[2] „Tribüne", 4. Juni 1874.

mit offenem Blick für Volk und Regierung. Alles hatte er gesehen, überall war er gewesen, überall hatte er gearbeitet: auf der Bürgermeisterei wie im Amtszimmer des Landraths, an der Seite des Präsidenten wie der des Ministers. Auch dem Volk war er darüber nicht fremd geworden, bei gemeinnützigen Bestrebungen der verschiedensten Art — mochte es Förderung der Religion gelten oder der Wohlthätigkeit, der schönen Kunst oder der materiellen Wohlfahrt des Landes — hatte er gern anderen die Hände gereicht und seine Kraft und seinen Eifer miteingesetzt. Das Parlament selbst, in das er all diese reichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen mitbrachte, ward ihm zur Schule, nicht nur durch die Uebung der geistigen Fähigkeiten, welche es naturgemäß für den mit sich bringt, der selbstthätig in die Verhandlungen eingreift, sondern durch den immer neuen Anstoß, welchen es ihm gab zu ernstem Studium wie zur eigenen Ausbildung als Sprecher.

Es war ihm Ernst damit, wenn er einmal in den ersten Zeiten seiner parlamentarischen Thätigkeit in Bezug auf seine Kammerreden das Scherzwort anwendete: „Es wird kein Fresser geboren." Einer der erfahrensten deutschen Parlamentarier, A. Reichensperger, sagte von ihm nach einer parlamentarischen Erfahrung von nahezu 40 Jahren, er habe keinen gekannt, weder in Frankfurt noch in Erfurt noch in Berlin, der es mit der Vorbereitung seiner Reden so ernst und fast ängstlich gewissenhaft genommen habe wie Mallinckrodt. Die ungewöhnliche Bedächtigkeit in Bezug auf das Reden sei in eigenthümlichem Gegensatz gestanden zu seiner sonstigen Gewandtheit und Entschlossenheit, daher aber hätten seine Reden auch stets den Ausdruck der Ueberzeugung und des Ueberdachten an sich getragen. Mallinckrodt war doch schon durch eine lange Schule gegangen, als 5. December 1870 seine Gattin über ihn an den Bruder schrieb: „Grüße von Hermann, der an einer Rede brütet und dem man deshalb nicht viel näher kommen darf als dem ‚Jupiter tonans'." — „Es wird ausdrücklich berichtet," schrieb nach seinem Tode eine protestantische Zeitschrift[1] über ihn, „daß er sich gewissenhaft auf die parlamentarischen Debatten vorbereitet und, um die betreffenden Gegenstände mit klarem Auge übersehen und beherrschen zu können, sogar Nächte hindurch studirt habe." Gewiß ist, daß, solange er zum Parlament in Berlin war, er kaum jemals vor 1—2 Uhr nachts sich zur Ruhe legte. Namentlich in der Session von 1873 mußte sein Schwager oft tief in der Nacht ihn drängen, sich doch Ruhe zu gönnen und endlich sich schlafen zu legen. Es war meistens vergebens. Schweigend und regungslos lag er da auf der Chaiselongue und ließ seine Gedanken an sich vorüberziehen. Das war seine Vorbereitung auch auf die größten Staatsreden; denn memoriren konnte er nie.

[1] „Daheim", Januar 1875.

Er stand jetzt auf der Höhe seines Ruhmes und galt nicht nur bei seinen Parteigenossen, sondern bei aller Welt als einer der gewaltigsten Redner wie der fähigsten Parteiführer, welche der deutsche Parlamentarismus bis dahin hervorgebracht hatte. Schon seine äußere Erscheinung war die des vollendeten männlichen Charakters, der, über sich selbst unter allen Umständen gebietend, den Beruf, anderen zu gebieten, zu belehren und zu führen, gleichsam an der Stirne trug, — ungemein vornehme Haltung, ein schöner Kopf mit durchgeistigtem Ausdruck. Seine Stimme, wenn auch scharf, hatte gleichwohl etwas Sympathisches, jedenfalls etwas unwiderstehlich Gebieterisches.

Was seiner Rede Kraft verlieh, war nicht das Feuer der Volksberedsamkeit, nicht das Hinreißende großartiger Bilder, nicht der geschickte Gebrauch hochtönender Schlagwörter. Er hatte weder Windthorsts sprühenden Witz noch P. Reichenspergers ciceronianischen Schwung, weder die unerschöpfliche Redegewandtheit eines Georg v. Vincke noch das Angenehme und Gewinnende, das anderen der damaligen Redner eignete. Völlige Beherrschung des Stoffes, Klarheit der Anlage und streng logischer Gedankengang waren die ihm eigenthümlichen Vorzüge, die Macht einer großen Persönlichkeit, die in seinen Reden treu zum Ausdruck kam, die ihm eigenthümliche Kraft. So sehr hielt er auf eine feste, klare Disposition, daß er es selbst bei der Replik auf eben gehörte gegnerische Reden selten unterließ, sich auf seinem Blättchen unter a) b) c) die Gedanken zu gruppiren.

„Immer stand ihm", schreibt ganz richtig der ‚Hamburger Correspondent'[1], „eine klare, epigrammatisch packende Form zu Gebote, wie sie nur demjenigen eigen ist, der fertig und gerüstet in die Debatte tritt, während derselben nur sagt, was er hundertmal vorher durchdacht hat, und die Inspiration des Augenblickes nur, aber auch völlig, über die Ausdrucksweise, nie über den Inhalt seiner Reden bestimmen läßt."

Doch hatte er auch in Bezug auf die Ausdrucksweise, sei es durch glückliche Begabung, sei es durch das beständige ernste Ringen nach Vervollkommnung, eine Sicherheit und Eleganz sich angeeignet, wie sie selbst bei geübten Parlamentsrednern nicht gewöhnlich sind.

„Mallinckrodt war ein sehr geschickter und namentlich formell bedeutender Redner", schreibt die gleichfalls gegnerische ‚Schlesische Zeitung'[2]. „Im Gegensatze zu selbst geistig hervorragenderen ‚Debaters', zu Bismarck, Lasker u. a., deren Reden, so wie sie gesprochen worden, meistens nichts weniger als stilgerecht sind, konnten Mallinckrodts Reden gewöhnlich, ohne alle Feile gedruckt, als gut geschriebene Aufsätze gelten."

Aber es war nicht bloß das Fließende und Abgerundete des Ausdrucks, das ihm nachgerühmt wurde, es war ebenso sehr „das würdevolle

[1] 28. Mai 1874. [2] 27. Mai 1874.

Maßhalten inmitten der höchsten parlamentarischen Erregungen". Ein besonderes Geheimniß der Macht seiner Rede hat Lasker hervorgehoben, als er bei seinem heftigen Angriff auf Mallinckrodt[1] äußerte, daß er demselben „außerordentlich viel Gewandtheit auch in der Abwägung der Worte zutraue", daß derselbe trotz des großen Eifers und des sittlichen Ernstes, mit dem er zu sprechen verstehe, doch „die Worte scharf zuzuwägen pflege". „Jedes Wort wie abgewogen", urtheilt in gleicher Weise ein Fractionsgenosse in der „Deutschen Reichszeitung". Es war dabei eine ihm eigene Meisterschaft, nicht nur schön und maßvoll, sondern inhaltreich zu sprechen, so daß manchmal ein einziger Satz ganz gesättigt war mit geistreichen Anspielungen zum Schaden des Gegners, mit Beweismomenten für die Sache und mit Beweggründen, ihr beizustimmen; er war Meister der „prägnanten" Rede.

„Ich habe nie einen Mann gekannt," bemerkt daher auch ein guter Beurtheiler[2], „von dem sich in wenigen Stunden so viel lernen ließ, niemals auch einen, der mit wenigen Worten — sei's in vertraulicher Unterhaltung, sei's auf der Tribüne — so viel wie er sagte."

Nur der wird jetzt noch auch seine gefeiertsten Reden voll und ganz zu würdigen verstehen, der nicht nur den strittigen Gegenstand nach seiner ganzen Tragweite, sondern auch die ganze politische Situation, die Stellung der Parteien, die handelnden Persönlichkeiten mit ihrer Vergangenheit und Eigenart, die Ereignisse des Tages und manchmal selbst die 20 vorausgegangenen Jahre parlamentarischer Kämpfe in Preußen zu überblicken vermag. Und doch war Mallinckrodt nicht gewohnt, fremdartige Dinge herbeizuziehen, er hielt sich so streng an die Sache, wie wenige andere thaten, aber Wort für Wort, Satz für Satz gab zu denken und war ein wohlgezielter Streich. Freund und Feind rühmten seine besondere Gewandtheit in der Replik.

„Wenn er nach einer langen und heißen Debatte", so schilderte ihn der keineswegs für ihn voreingenommene ‚Hamburger Correspondent'[3], „sich zum letzten Wort erhob, um eine ganze Reihe gegnerischer Gründe zu bekämpfen, war er ein Meister, dem jede Versammlung mit Spannung und häufig nicht ohne Erschütterung zuhören mußte. Er hatte die seltene Geschicklichkeit, im Wortkampf jede Blöße im Argumentiren der Gegner raschen Auges zu entdecken und sie mit der ganzen Kaltblütigkeit eines geübten Fechters mit spielender Leichtigkeit zu benutzen. Keine Uebertreibung von der andern Seite, für welche er nicht die Persiflage bei der Hand hatte; kein hinkender Grund, dessen Krüppelhaftigkeit er nicht mit raschen, energischen Strichen malte; kein Defect in der sittlichen Höhe der gegnerischen Motive, den er ungegeißelt vorübergehen ließ."

---

[1] 26. November 1873.

[2] Literarischer Handweiser 1874. S. 193.

[3] 28. Mai 1874.

Er sprach sehr langsam, meist mit eisiger Ruhe, als wenn er seine Worte in Stein meißeln wollte. Aber innerlich war er so erregt, daß er oft krampfhaft sich an der Lehne vor seinem Platze festhielt, um das heftige Zittern zu verbergen, und wenn er sich niedersetzte, bebte er vor Erregung und Ermüdung.

„Er sprach“, schrieb ganz treffend die gegnerische ‚Weimarer Zeitung‘ [1], „mit absoluter Verachtung aller äußerlichen, kleinen oratorischen Hilfsmittel. Weder in den Bewegungen noch in den Accenten machte sich jemals ein falsches Pathos bemerklich, nichts verrieth äußerlich die innere Bewegung des Redners, der gerade dadurch die höchste Wirkung erzielte, daß das äußere Gleichmaß in seinem Vortrage so schneidend contrastirte mit der Leidenschaft (?), die in jedem Worte condensirt war . . .“

Es wäre von Interesse, zu wissen, ob und inwieweit er sich durch Studium mit den Regeln rhetorischer Kunst bekannt gemacht habe. Es liegt keinerlei Anhaltspunkt hierfür vor; sicher ist nur, daß er sich als Redner weiterzubilden und zu vervollkommnen strebte und bei seinen Reden nicht nur wohl überlegte, was er sagen wollte, sondern auch die Art, wie, und die Anordnung, in der er es sagen wollte. Alles, was bloß auf Glanz und augenblicklichen Effect abzielte, verschmähte er, nie suchte er zu „brilliren“; geistreiche Geschwätzigkeit war ihm völlig fremd. Aber für das, worauf er abzielte: Belehrung, Ueberführung, Beschämung, Bewegung, fehlten ihm nie die machtvollsten Hilfsmittel des geborenen Redners. Ebenso überwältigend wie die streng logische Beweisführung handhabte er die malerische Schilderung, so daß R. Baumstark [2] in ihm vor allem den „wahrhaft malerischen Redner“ erkannt hat. Er vermochte ebenso die ernste Ergriffenheit des sittlichen Gefühls zum Ausdruck zu bringen wie durch Sarkasmus, Witz und Ironie den Gegner zu vernichten, ebenso in kühlster, nüchternster Weise Vernunftgründe zu entwickeln als die mächtigsten Empfindungen im Menschenherzen wachzurufen. Aber nicht, daß er spielend in dem einen oder andern der Laune des Genies oder der Selbstgefälligkeit bewußter Kunst gefolgt wäre, alles dies war eingegliedert, streng untergeordnet dem einen Ziel der Rede, der einen alles beherrschenden Sache. „Nichts von anziehenden Einzelheiten, aber das Ganze von fascinirender Gewalt“, urtheilte deshalb nach dem unmittelbaren Eindruck des Zuhörers ein Berliner Correspondent der „Frankfurter Zeitung“ [3].

Daß wirklich etwas wie eine überlegene Gewalt aus ihm sprach, verräth sich gar oft in den Gegenreden derer, die unmittelbar nach ihm sprechen mußten, die sich dann Mühe gaben, erst gegen diesen Eindruck in sich und

[1] 28. Mai 1874.

[2] Der erste deutsche Reichstag. Freiburg 1871. S. 31.

[3] 29. Mai 1874.

anderen anzukämpfen. Es kam diese Gewalt von der tiefinnern Ueberzeugung, mit welcher er sprach, und von dem Feuereifer, der vollen Hingabe für das, was er als recht und gut und wahr erkannt, zugleich von der sittlichen Hoheit seines Charakters und der Lauterkeit seiner Gesinnung. Das alte Wort hat sich an ihm bewahrheitet: „Pectus est, quod disertum facit." „Das Haus knirschte unter der Wucht seiner Argumente, die keiner zu widerlegen vermochte, jeder überzeugt, daß jedes Wort aus Ueberzeugung gesprochen", so schildert den Eindruck seiner Reden einer seiner Fractionsgenossen, selbst ein angesehener und erfahrener Parlamentarier. „Nach jeder der großen Reden Mallinckrodts", erzählt derselbe weiter, „meinte man, jetzt habe er sich selbst übertroffen, das sei die beste und schönste von allen gewesen, Besseres könne auch er nicht mehr leisten; aber wenn die nächste kam, schien alles schon wieder überboten." Einen ganz gleichen Eindruck spiegeln die Aeußerungen von Beobachtern der Gegenseite, wie die im „Hamburger Correspondent"[1]: „Gerade seine letzten großen Reden zeigten ihn als Debattirer auf einer solchen Höhe rednerischer Kunstvollendung, daß er schwerlich jemals Größeres in dieser Art hätte leisten können", oder die der „Frankfurter Zeitung": „Seine letzte große Rede über das Bischofsgesetz war, wie Freund und Feind bekannte, die bedeutendste parlamentarische Leistung seit Beginn des Conflictes."

Eine der besten zusammenfassenden Schilderungen seiner Eigenthümlichkeit als Redner aus gegnerischem Lager brachte die „Magdeburger Zeitung"[2], die ihn noch kurz zuvor heftig befeindet hatte:

„Nicht daß das Centrum an parlamentanischen Capacitäten arm wäre — im Gegentheil, es hat an tüchtigen Rednern und geschickten Parteitaktikern keinen Mangel und übertrifft hierin manche andere Fraction. Aber gerade eine Persönlichkeit wie Mallinckrodt, der aus vollster Ueberzeugung und mit dem tiefsten sittlichen Ernste, ganz und gar der Sache, für die er eintrat, hingegeben, eben diesen Ernst der Ueberzeugung auch in jeder seiner wuchtigen Reden, in seiner ganzen äußern Haltung, in Betonung und Mienenspiel ohne alle Affectation zur Erscheinung brachte, findet sich unter den jetzigen Mitgliedern der Fraction schwerlich. Mallinckrodt mit seiner strammen Haltung, seinem schön geformten Kopfe mit den eisernen Gesichtszügen und den blitzenden Augen war auch äußerlich eine männliche Erscheinung von zusammengehaltener Kraft, die den Ausbruch der Leidenschaft, wenn auch mit äußerster Anstrengung, im richtigen Augenblicke immer noch zu verhindern weiß, ein Parteihaupt, das den Genossen im schwersten Kampfe Muth und Vertrauen einzuflößen versteht, das feststeht wie eine Säule, an der alle Angriffe zerschellen."

„Wohl selten gelingt es einem Redner," schrieb daher auch ein Fractionsgenosse[3], „sich so die ungetheilte Aufmerksamkeit des ganzen Hauses zu verschaffen,

[1] 28. Mai 1874. [2] 28. Mai 1874.
[3] In der „Deutschen Reichszeitung", 1. Juni 1874.

wie es v. Mallinckrodt verstand. Wenn er das Wort hatte, horchte alles mit einer Aufmerksamkeit, daß in den entferntesten Winkeln jeder Laut verstanden wurde."

Dabei fiel aber noch ein anderer Umstand ins Gewicht: die Klarheit, Sicherheit und unwandelbare Correctheit, mit welcher er sich auch auf dem theologischen und canonistischen Gebiete bewegte. Selbst die Gegner waren sicher, daß was Mallinckrodt sagte, die wirkliche, klar präcisirte Ueberzeugung der Katholiken, die wirkliche, klar gefaßte Lehre der katholischen Kirche sei. Ein Abgeordneter, der protestantische Prediger Richter (Sangerhausen), sprach es 5. Februar 1874 offen aus, für ihn sei in katholischen Angelegenheiten „der Mund des Herrn v. Mallinckrodt competent".

„Ich freue mich," erwiederte er auf einen Widerspruch Windthorsts, „daß mein Freund, der Abgeordnete für Meppen, anderer Meinung ist. Indessen wir erfahren die Differenzen, die unter Ihnen bestehen, nicht, da wir nur Ihre geschlossene Einheit sehen: was Herr v. Mallinckrodt sagt, wird von Ihnen allen angenommen."

So mußte er denn auch, wie er sich selbst scherzhaft ausdrückte, immer „Kirchenvater" sein im Plenum wie in der Commission.

Eugen Richter, selbst ein so fähiger und angesehener Parlamentsredner, obgleich politisch durch eine sehr weite Kluft von Mallinckrodt getrennt, hat über ihn das Urtheil niedergeschrieben: „Mallinckrodt war in seiner Art — scharfe, concise, ausschließlich den Verstand erfassende Darstellung — der erste Redner unserer Parlamente. An Ruhe und Gewandtheit der Replik übertraf ihn keiner." In einem Wort hat Dr. Jörg, der im Reichstag wie im Zollparlament Mallinckrodt gehört hatte, alles zum Ausdruck gebracht, was sich zur Kennzeichnung seiner Beredsamkeit sagen läßt. Er hat von Mallinckrodts „strahlenden Reden" gesprochen[1].

Und doch mit seiner Bedeutung als Kammerredner, als Parlamentsstratege und politische Capacität war sein Werth für die öffentliche Sache, vor allem auch die Sache der Kirche, noch nicht erschöpft, ein Werth, der seinen Verlust bis heute zu einem unersetzlichen gemacht hat. Eine nicht minder große Bedeutung als im Geisteskampf vor dem versammelten Hause der Volksvertreter hatte er innerhalb der eigenen Fraction in den brüderlichen Reihen der Kampfgenossen. Auch hier suchte er nur die Sache, aber sie auch mit derselben Hingabe, demselben ernsten Eifer, mit vollendeter Selbstlosigkeit. Er hielt sehr auf regelmäßige Fractionssitzungen und war selbst stets einer der ersten, der dabei erschien, und er wollte, daß jeder frei und offen sich dabei ausspreche. Jeden einzelnen suchte er kennen zu lernen, sprach mit jedem, hatte Aufmerksamkeit für jeden, respectirte die Meinung eines jeden. Wurde noch während der Sitzung im Plenum die Taktik ge-

[1] Histor.-polit. Blätter. Bd. LXXI, S. 402.

ändert, so pflegte er einzelne Gruppen zusammenzurufen, machte ihnen Mittheilung oder fragte sie wohl auch: „Was ist Ihre Ansicht, meine Herren? Was meinen Sie?“ Er suchte sie dann auch passend zu vertheilen, um ihre Kräfte zu verwerthen, die einen für Bearbeitung des Budgets, die anderen zum Sprechen im Plenum. Er selbst trat gerne zurück, denn es galt ihm nur die Sache, und deshalb sorgte er nicht bloß für den Augenblick, sondern es lag ihm überaus viel daran, gute Kräfte für die Zukunft heranzuziehen. Als z. B. Pfarrer Dautzenberg seine erste Rede im Plenum gehalten hatte und man allgemein unter dem Eindruck stand, daß in ihm eine tüchtige Kraft fürs Parlament gewonnen sei, suchte Mallinckrodt ihn auf, sprach ihm seine Anerkennung aus, machte ihn aber auch auf manche Punkte aufmerksam, die er nicht außer Acht lassen dürfe, und gab ihm in der wohlwollenden Weise eines Freundes Rathschläge und Verhaltungsmaßregeln für die Zukunft, und so des öftern. Dankbar und gern hat später dieser Abgeordnete vor seinen Freunden anerkannt, es sei Mallinckrodt gewesen, der ihn zum Redner gemacht habe.

Was seinen Freunden und Parteigenossen den tiefsten Eindruck hinterlassen und ihnen Mallinckrodt im Leben so ehrwürdig gemacht hat, war nicht allein die schöne Verbindung von Talent und Charakter in seiner Person, sondern vielleicht mehr noch die Vereinigung einer seltenen geistigen Bedeutung mit einer noch seltenern Demuth und Selbstlosigkeit.

Ein langjähriger, ihm schon aus der Zeit der „katholischen Fraction“ wohlbefreundeter Kampfgenosse meinte auch, er erinnere sich nicht, daß, wie es sonst wohl geschieht, jemand zu Mallinckrodt gekommen wäre, ihn wegen einer Rede zu complimentiren und ihm Schmeichelhaftes zu sagen; es schien, als ob das Tactgefühl es den Leuten gesagt hätte, daß dies bei Mallinckrodt nicht angebracht und ihm nicht angenehm sei. Dagegen erzählte der Geistliche Rath Müller in Berlin, gleichfalls sein Fractionsgenosse, wie Mallinckrodt nach seiner großartigen Rede vom 7. Februar 1874 unmittelbar von der Rednertribüne zum Platze dieses seines geistlichen Freundes hingeschritten sei und ihm die Hand entgegengestreckt hätte mit den Worten: „Sie haben gut gebetet.“

Natürlich ging auch für ihn das Fractionsleben nicht ohne mancherlei Opfer und Selbstüberwindung ab. „Einmal, schon zu Culturkampfs Zeiten,“ so erzählte Dr. A. Reichensperger noch aus lebhafter Erinnerung, „hatte er sich in der Ausschußsitzung der Fraction mit den übrigen nicht einigen können in einer Sache, in welcher er selbst zum Redner bestimmt war. Etwas verdrossen erklärte er, er werde jetzt überhaupt nicht sprechen, und es blieb nichts übrig, als daß A. Reichensperger an seiner Stelle eintrat. Aber da schon am nächsten Tage die betreffende Debatte stattfand, und Reichensperger für die Aufgabe nicht vorbereitet war, so konnte diese Aenderung für den

letztern nur unangenehm sein. Auf dem Heimweg von der Sitzung begleitete er Mallinckrodt noch durch die ganze Leipziger Straße und machte den Versuch, durch freundschaftliches Zureden ihn umzustimmen, indem er ihm seine Verlegenheit vorstellte. Aber Mallinckrodt, noch immer etwas ärgerlich, blieb dabei: ‚Ich hab's jetzt einmal gesagt, ich werde nicht sprechen, und dabei bleibt's.'"

Am andern Morgen begab sich Reichensperger früh zur Sitzung, um sich als Redner zu melden. Aber vor ihm schon war Mallinckrodt zur Stelle gewesen, der ihm jetzt entgegenkam und ihm sagte, er habe sich's noch einmal überlegt, er habe Unrecht gehabt, so eigensinnig zu sein und so den Kopf aufzusetzen; man solle nicht so eigensinnig sein, er werde die ihm ursprünglich zugedachte Rolle jedenfalls übernehmen.

Eine andere Seite seines Wirkens in der Fraction schildert ein Bekannter und Augenzeuge[1]:

„Wie ganz anders (als im parlamentarischen Kampfe) war er dagegen im Kreise seiner parlamentarischen Freunde, sowohl in den Fractionssitzungen wie ganz besonders bei den gemüthlichen Zusammenkünften. In ersteren war er es, der die abweichenden Ansichten zu vereinigen wußte. Wenn Windthorst manchmal seine Ansicht etwas zu schroff vertheidigte, da war es v. Mallinckrodt, welcher der kleinen Excellenz erklärte, das gehe denn doch nicht. ‚Ich meine, so würde sich die Sache wohl anders gestalten', und dann waren alle ohne Ausnahme einstimmig seiner Ansicht. ‚Ja, v. Mallinckrodt hat Recht', hieß es dann allgemein. In den Fractionssitzungen gehen die Wogen manchmal ebenso hoch wie da unten im Sitzungssaale. Da macht jeder seine Ansicht geltend, und keine Fraction läßt ihren Mitgliedern freiern Spielraum, als gerade das Centrum, und niemals wird da der Schluß der Discussion beantragt.

„Besonders aber war v. Mallinckrodt der Jovialste und Gemüthlichste, wenn es galt, Feste zu feiern, und die Beschreibung des letzten Festes der Centrumsfraction liegt gewiß noch in aller Erinnerung."

„Was war Mallinckrodt für seine Partei?" fragt ein anderer, der ihn wohl gekannt. „Nicht nur Führer und Held, nicht nur der Stolz und die Wonne der Seinen. Es gibt in dem großen, öffentlichen Kampfesleben eine Gnade, welche wohl die größte unter allen sein mag, die aber auch nur wenigen beschieden ist. Wir meinen die Gnade, Vermittler zu sein gegenüber den widerstrebenden Elementen, welche nicht nur außerhalb der Partei, sondern gar oft auch innerhalb derselben sich finden. . . . Auch dann, wenn man innerhalb der Partei über die Principien einig ist, bedarf es eines Mannes, der die Gnade hat, Vermittler zu sein, und desselben Mannes bedarf es gegenüber jenen Parteien, mit denen man in den Principien nicht übereinstimmt. . . . Was die gegnerischen Blätter zu verschiedenen Zeiten über den Zwiespalt innerhalb des Centrums brachten, war falsch. Aber

[1] In der „Deutschen Reichszeitung", 1. Juni 1874.

dennoch war es von Anfang an klar, daß es eine große Aufgabe war, die Einheit des Centrums in allen Fragen zu bewahren; man braucht nur an das eine zu erinnern, daß im Centrum Nord- und Süddeutsche sich befanden, die in so vielen politischen Fragen verschiedener Ansicht sein konnten. Da bedurfte es gegenüber der geschlossenen Macht der Gegner eines großen Vermittlers, und ein solcher war Mallinckrodt."

All diese großen Eigenschaften zusammen bewirkten, daß nicht nur das katholische Volk weithin im deutschen Vaterlande mit Freude und Stolz auf ihn hinblickte als ihren „Judas Maccabäus", sondern auch seine Fractionsgenossen mit unbegrenztem Vertrauen, meist mit einer auf Hochachtung gegründeten Begeisterung ihm zugethan waren. Blickte er mit Verehrung und uneingeschränktem Vertrauen auf Windthorst hin und anerkannte er vollauf dessen großen staatsmännischen Geist, so hat man zu Mallinckrodts Lebzeiten Windthorst selbst oft mit Wärme sich aussprechen hören: „Wir haben nur einen Mallinckrodt!" Noch jetzt erinnern sich die Veteranen des Centrums, wie oft bei verwickelten und heftigen Debatten, wenn Windthorst schon gesprochen hatte und die Schwierigkeit der Situation in ihrem Höhepunkt war, die kleine Excellenz sich vom Platz erhob und langsam die Reihen der Freunde durchschreitend halblaut vor sich hinsprach: „Jetzt muß Mallinckrodt kommen, jetzt muß Mallinckrodt kommen." Viele Jahre ruhte Mallinckrodt im Grabe, und bereits war mit der Sprengung des Cartells eine neue und freundlichere Zeit für das Centrum angebrochen, als der greise Centrumsführer, einmal lebhafter als sonst an den todten Freund erinnert, unwillkürlich in die Worte ausbrach: „Lebte Mallinckrodt noch, wir stünden stärker da."

„Windthorst hat die Führerschaft im Centrum nicht immer in gleichem Maße geübt, wie im letzten Jahrzehnt", schrieb nach Windthorsts Tod ein Centrumsmann [1]. „Solange Mallinckrodt lebte, theilte er sie mit diesem. An der Bekämpfung der ersten Maigesetze hat der westfälische Freiherr sogar einen hervorragendern Antheil, und die kirchenpolitische Frage beherrschte damals alles. Als Mallinckrodt im besten Mannesalter erlegen war, . . . trat letzterer mehr in die erste Reihe."

Aber es erklärt sich auch, weshalb gerade auf Mallinckrodt die Gegner der Kirche mit einer Art unheimlicher Scheu hinblickten, weil sie im innersten Innern die Anerkennung ihm nicht versagen konnten, und weshalb die culturkämpferische Presse ihn schmähte und beschimpfte, um ihn nicht bewundern zu müssen. Wie Dr. Gneist im Parlament ihm gegenüber von „bornirtem Fanatismus" gesprochen, so war die Presse bemüht, ihn als blinden Fanatiker, als Mann voll Leidenschaft und Haß dem Volke zu malen. Man sah in ihm etwas von den „fanatischen Puritanern zu Cromwells Zeiten",

[1] Histor.-polit. Blätter. Bd. CVII, S. 529.

man sprach von seiner „an den Herzog Alba erinnernden Erscheinung", von dem tiefsinnigen Blick seines „Albagesichts", man sprach von seinem „leidenschaftlichen Glaubenseifer und dem verzweiflungsvollen Gefühle, Vertreter einer ohnmächtigen Minorität zu sein". Man nannte ihn einen „ränkevollen Parteigänger", „fanatisch durch und durch", „einen fanatischen Reactionär vom Wirbel bis zur Zehe, den unversöhnlichsten Feind unserer besten geistigen Habe". Es war auch nur wohl ein Angstschrei dieser von ihm bedrohten geistigen Habe, wenn[1] die „Berliner Bürgerzeitung" ihn bezeichnete als den „römisch-katholischen, jesuitischen, vaticanischen Scheiterhaufen-Director v. Mallinckrodt, den Oberbefehlshaber der päpstlichen Mameluken", dem im Abgeordnetenhause[2] der Reichskanzler mit seiner geharnischten Philippika gründlich heimgeleuchtet habe. — So spricht eine feindliche Presse nur von dem, den sie fürchten und achten muß zugleich.

Dies war der Mann, der jetzt Mitte November 1873 neugekräftigt aus der Heimat zurückkehrte, um an der Spitze seiner beträchtlich gemehrten und festgeeinten Gesinnungsgenossen neuen schweren Kämpfen entgegenzugehen.

---

11. Die ersten Waffenthaten im verstärkten Centrum.

(November und December 1873.)

Im vorhergegangenen Jahre war der neuen Epoche des Landtages, welche den preußischen Unterthanen Schulaufsichtsgesetz und Maigesetze bringen sollte, eine bedeutende Ministerkrisis vorangegangen, die damit endete, daß v. Roon das Präsidium des Ministeriums übernahm und v. Selchow aus demselben ausschied, während nach wie vor der entscheidende Einfluß in den Händen des von Berlin abwesenden Ministers des Aeußern, Fürsten Bismarck, blieb. Etwas Aehnliches erfolgte auch in diesem Jahre, wenn auch in veränderter Gestalt. Roon schied aus dem Ministerium völlig aus, Bismarck übernahm wieder das Präsidium, aber der Finanzminister v. Camphausen sollte als Minister-Vicepräsident die Geschäfte führen. Damit aber war die Landesvertretung in eine sehr unklare Stellung zum Ministerium gebracht. Da einmal nach der Verfassung die Verantwortung auf dem Leiter des Ministeriums ruht, so fragte es sich, wer von beiden künftig die Verantwortung der Maßregeln der Regierung tragen sollte, der Vicepräsident, der in persönlicher Anwesenheit die Staatsgeschäfte leitete, oder der Präsident des Ministeriums, mit dessen Amt sie untrennbar verbunden zu sein schien. Wie überall, wo es galt, der um sich greifenden Minister-Willkür und „All-

---

[1] Januar 1874. [2] 16. Januar 1874.

macht entgegenzutreten, wollten die Führer des Centrums wenigstens Klarheit in die Lage bringen, und Windthorst richtete eine von 64 Fractionsgenossen, Mallinckrodt an der Spitze, unterschriebene Interpellation an die Staatsregierung um Aufklärung über die sachliche Bedeutung dieser Ministerveränderung. Diese Interpellation kam am 22. November zur Debatte. Man hat sich bemüht, dieselbe als einen Zug meisterhafter Taktik darzustellen, mit dem Windthorst seinen wohldurchdachten Feldzugsplan für die neue Legislaturperiode eröffnet habe.

„Es läßt sich nicht läugnen," schrieb man von Berlin 23. November der „Augsburger Allgem. Zeitung", „daß die Taktik des Centrums im Abgeordnetenhause eine geschickte ist. Es gelingt demselben nicht bloß, die liberalen Fractionen, welche sich scheuen, aus schwarzer Hand eine freiheitliche Gabe anzunehmen, in Verlegenheit zu bringen, sondern auch das Interesse des außerhalb des Parlamentes stehenden Publikums zu erwecken. Mit Grausen hatte jedermann erwartet, daß die Herren Windthorst und Mallinckrodt von neuem ihre Klagen gegen die moderne Christenverfolgung beginnen würden, aber siehe da, nichts von dem geschieht, sondern das Centrum beeilt sich, diejenigen Anträge sich zu eigen zu machen, welche außerdem sicherlich von der Fortschrittspartei angeregt worden wären."

Es handelte sich jedoch keineswegs um bloße Taktik, sondern auch um eine weittragende Principienfrage.

Windthorst hatte seine Interpellation begründet, der Minister-Vicepräsident hatte darauf geantwortet. Die Antwort umging den Kern der Frage, das Verhältniß des Ministerpräsidenten zum Vicepräsidenten und den übrigen Ministern, und stellte sich nebenbei in offenen Widerspruch zu den acht Tage vorher erfolgten Aeußerungen der „Prov.-Correspondenz", eines Organs, das noch vor kurzem vom Minister des Innern selbst als officiös erklärt worden war. Gleichwohl, obschon das Ungenügende der Antwort nicht verkannt werden konnte, beeilten sich, als Windthorst die Besprechung seiner Interpellation durchgesetzt hatte, die Sprecher der Mehrheit, sich ganz auf Seite der Regierung zu stellen. Schon zum zweitenmal war ein Schlußantrag eingebracht, als eben Mallinckrodt zum Worte kommen sollte. Diesmal wollte man ihn reden hören, der Schluß wurde noch einmal abgelehnt. Da er im Treffen die Nachhut bildete, so hatte er erst den verschiedenen regierungsfreundlichen Vorrednern zu erwiedern. Unnachahmlich würdevoll war die Art, wie er die frivolen Witze zurückwies, die der Abgeordnete Dr. Braun über den Glauben an die Vorsehung sich gestattet hatte. Dann kam er zu seiner eigenen Anschauung der Sache. Nachdem er dieselbe von verschiedenen Seiten beleuchtet hatte, fuhr er fort:

„Nun vergegenwärtigen Sie sich die Cumulation der Aemter und der Verantwortlichkeit in der einen Person des Fürsten Ministerpräsidenten: er ist Kanzler des Reiches, der neben sich keinen verantwortlichen Minister hat, der persönlich die

ganze Verantwortlichkeit der deutschen Reichsverwaltung trägt, der verantwortlich ist für die deutsche Armee, der verantwortlich ist für die deutsche Justiz, der verantwortlich ist für die Politik und die Entwicklung der inneren staatlichen Verhältnisse. Derselbe Mann ist deutscher Reichsvicekönig von Elsaß-Lothringen; außer ihm ist niemand da, der eine Verantwortlichkeit trüge. Demungeachtet wohnt er gar nicht in jenem Lande; er ist vielmehr der in Pommern residirende, allein verantwortliche Träger der Regierungsgewalt des Reichslandes. Und zu jenen beiden Aemtern kommt endlich hinzu, daß er gleichzeitig Ministerpräsident des preußischen Staates ist, der mehr und mehr die Fäden der Verwaltung in seine Hand hineinzuziehen sucht. Und wenn dann der Fall eintritt, meine Herren, wo aus der Mitte eines der repräsentativen Körper heraus Verantwortung gefordert wird, dann erleben wir, daß der einzige verantwortliche Mann uns antwortet: Meine Herren, ich habe so viel zu thun, daß ich unmöglich mich um alle Kleinigkeiten kümmern kann. . . .

„Sie sehen, der Weg, auf dem wir uns befinden und der, nebenbei gesagt, auch die Stellung, die bisher die Krone selbst der Staatsverwaltung gegenüber gehabt hat, wesentlich abschwächt und sie, ich möchte sagen, in der Richtung nach dem englischen Schattenkönigthum hinschiebt, dieser Weg, der führt mehr und mehr, wenn Sie sich das ungeheure Bereich der dreifachen Reichs- und Staatsverwaltung vor Augen führen, zu chaotischen Zuständen in den Regierungsorganismen. Sie haben nichts wie den einen Mann, von dem man schon gesagt hat, die Reichsverfassung sei ihm auf den Leib gemessen. . . . Im ganzen kommt es mir mehr und mehr so vor, als handle es sich um drei Röcke für dieselbe Person. Sollen sie zugleich getragen werden, so führt das ganz bestimmt zu Collisionen und zu Unzuträglichkeiten. Die Stellung zwischen Preußen und dem Reich, zwischen den einzelnen Ministern und dem Ministerpräsidenten, selbst die zur Krone — sie alle sind mehr oder weniger in Nebel gestellt, und alles trägt die eine Person, und nach dem Wegfall der einen Person bleibt die Verwirrung übrig."

Konnten auch wirkliche Aufschlüsse von der Regierung nicht weiter erlangt werden, so zwang Mallinckrodts Rede doch Camphausen gegen seinen ursprünglichen Vorsatz, noch einmal des längern zu sprechen.

„Die Rede des Herrn v. Mallinckrodt," urtheilte 28. November die „Germania", „der mit gewohnter schneidiger Präcision und umfassender Gründlichkeit sprach, war so durchschlagend, daß sie sogar den Vice-Ministerpräsidenten aus der wohleinstudirten Rolle des Schweigers herausriß und ihn, da er nichts Neues sagen wollte und durfte, zu ‚Wiederholungen' zwang."

Das Centrum konnte mit Befriedigung auf diese erste Waffenthat der neuen Session hinblicken. Namentlich die Stellung der Parteien hatte sich dabei etwas geklärt, und jeder mußte zugestehen, eigentlich Recht hatte das Centrum doch.

Von jetzt ab blieb Mallinckrodt bei den Verhandlungen rege betheiligt. Schon der 26. November brachte wieder eine große Action. Windthorst hatte gegenüber dem bei den Wahlen bisher geltenden Dreiklassensystem den Antrag auf allgemeines directes Wahlrecht eingebracht, eine Forderung, die,

wenn auch aus ganz anderer Rücksicht, früher von den Liberalen und besonders vom Fortschritt mit Begeisterung war verfochten worden. Jetzt glaubte man sie aber bekämpfen zu müssen, weil sie vom Centrum ausging und möglicherweise der katholischen Sache zum Vortheil gereiche. Lasker, als Sprecher der Nationalliberalen, hatte denn auch „eine ziemlich lange Entschuldigungsrede“ gehalten, wie Mallinckrodt sich ausdrückte, aus der „die Neigung stark hervorzugehen schien, die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Gegenstande möglichst geschickt abzulenken“. Als Mittel diente wie gewöhnlich die Vorgeschichte des Centrums und der Popanz von dessen antinationaler Gesinnung, diesmal nur gewürzt durch den Angriff auf die Stellung, die Mallinckrodt persönlich seit 1866 der preußischen Politik gegenüber eingenommen habe. Der Angegriffene erwiederte mit derselben entschlossenen Festigkeit, wie er es unmittelbar nach der Neugestaltung der Dinge schon 1867 ausgesprochen hatte:

„Wenn der Herr Abgeordnete einen historischen Rückblick versuchte und bei dem Jahre 1866 einsetzte, namentlich Bezug nahm auf Aeußerungen, die ich im constituirenden Reichstag gethan habe, dann legt er mir dadurch die Pflicht auf und gibt mir das Recht, an dieser Stelle mit einigen Worten zu antworten. Und da gebe ich ihm die Versicherung, daß ich von alledem, was ich im constituirenden Reichstag gesagt habe, heute bis auf einen Punkt nichts widerrufe. Der Standpunkt, den ich damals eingenommen habe, das war der Standpunkt des ehrlichen Mannes, der für alle seine Handlungen sowohl auf dem Gebiete der hohen Politik als auf dem Gebiete des Privatlebens als erste Richtschnur Recht und Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit erkennt.

„Ich bin damals von der Ueberzeugung ausgegangen, die seither, namentlich in den jüngsten Publicationen eines auswärtigen Diplomaten, vollste Bestätigung gefunden hat, daß der Krieg von 1866 von niemand anders entzündet ist als von dem Manne, der unsere eigenen politischen Geschicke leitet. Ich bin von der Ansicht ausgegangen, die jetzt durch die gedachten Publicationen bestätigt wird, daß man um den Casus belli verlegen gewesen, daß man den Italienern gute Worte gegeben hat, ‚die Lunte an das Pulverfaß zu legen‘. Also mein Standpunkt war nicht so verkehrt, es war die Auffassung, daß es dem ehrlich denkenden Bundesgenossen zieme, daß er in dem Bundesverhältnisse mit seiner Sympathie sich für den Bundesgenossen erklärt, der in seiner Rechtsstellung rechtswidrig von dem Verbündeten angegriffen wird. Ich bin ferner von dem Standpunkte ausgegangen, daß wir den Krieg gegen Dänemark begonnen haben zur Geltendmachung Schleswig-Holstein'schen Rechtes, daß wir dem Fürsten, den wir selbst als den rechtmäßigen Herzog bezeichneten und für den wir ins Feld gerückt sind, um die Dänen zu schlagen, — daß wir dem auch sein Recht demnächst einräumen mußten, und daß wir nicht als Befreier eines Landes auftreten konnten, um das Land selbst zu annectiren. Ich habe endlich auf dem Standpunkte gestanden, daß es an jedem Rechtstitel fehlte, um dem König von Hannover sein angestammtes Land ohne weiteres zu nehmen.

„Die Standpunkte bekenne ich auch heute noch als die meinigen, und gebe der Himmel, daß ich sie nie verläugne! Denn die Principien, auf denen diese Anschauungen ruhen, das sind die, die das Recht auf ewige Geltung haben.

„Worin ich mich aber geirrt habe, meine Herren, das ist die von mir ausgesprochene Ueberzeugung, daß aus der Gestaltung der neuen Verhältnisse keinerlei Gefährdung hervorgehen werde für die kirchliche und Gewissensfreiheit. Ich habe zur Ehre unserer Regierung angenommen, daß derartige Angriffe unmöglich wären. Seither bin ich darüber allerdings eines andern belehrt worden. Und wenn der Herr Abgeordnete Lasker so leichthin den Vorwurf gegen uns schleudert, wir hätten den Conflict vom Zaune gebrochen, so befindet er sich im vollsten Widerspruch mit der Wahrheit der Thatsachen."

Aehnlich wie in seiner großartigen Rede vom 30. Januar 1873 schilderte er den Vorwürfen Laskers gegenüber nochmals die Ereignisse, die zur Bildung des Centrums und zu dem ganzen kirchenpolitischen Streite führten, nur daß er diesmal ganz direct Bismarck als den bezeichnete, von dem nach seiner Ueberzeugung der Kampf in Fluß gebracht worden sei. Auch diesmal charakterisirte er den Kampf als den Vernichtungskrieg gegen die Kirche.

„Wer die Freiheit respectirt," rief er im Hinblick auf den Klostersturm den Liberalen zu, „der soll sie auch achten beim andern. Lassen wir es uns beigehen, die Institutionen anzugreifen, die Ihnen werth sind? Nennen Sie den Fall, wo wir Ihnen in die Quere gekommen sind! Was berechtigt Sie in aller Welt, unsere Institutionen anzugreifen, wovon Sie gar nichts verstehen?...

„Wir behaupten, daß Ihr Vorgehen in seiner nothwendigen Consequenz die Vernichtung unserer Gewissensfreiheit in sich schließt, daß Ihr Vorgehen die Vernichtung des Katholicismus in diesem Lande in sich schließt — das behaupten wir. Sie sagen: ‚Nein.' Mir kommt es nur darauf an, an dieser Stelle den Gegensatz klarzustellen ... Die Forderung, die Sie an uns stellen, geht dahin: wir sollen die von Ihnen dictirten Gesetze anerkennen. Das ist eine Forderung, die uns zumuthet, wir sollen unsern kirchlichen Glauben aufgeben und verrathen, und das ist eine Forderung, die wir abweisen auf die Gefahr der Vernichtung hin."

Nun ging er darauf über, im Hinblick auf den eben in Verhandlung befindlichen Antrag Windthorst seine Stellung zu dem bestehenden Wahlsystem darzulegen. Zur Beurtheilung seiner politischen Anschauung sind seine Worte um so wichtiger, als er schon im Verlauf der fünfziger Jahre wiederholt über den Gegenstand gesprochen und das Dreiklassensystem einigermaßen in Schutz genommen hatte und man gerade wegen dieses Antrages dem Centrum ein Aufgeben des conservativen Princips und eine Schwenkung nach Links zum Vorwurf machte.

„Es mögen etwa 20 Jahre her sein," sprach er, „daß aus der Mitte meiner Freunde heraus bei Berathung der Gemeindeordnung Anträge gestellt sind, welche im Gegensatz zu dem Dreiklassensystem dahin zielten, den Gemeinden die statutarische Befugniß beizulegen, die Mängel des Wahlsystems dadurch zu corrigiren, daß man

den einzelnen Berufsständen und -Klassen eine feste, in sich gesicherte Vertretung einräume. Diese Vorschläge sind damals gescheitert an dem Widerspruch der liberalen Seite. Wir bekennen uns auch heute noch zu derselben Anschauung wie damals, ähnlich wie wir eine Reichsverfassung, die die Tendenz der Centralisation, der Uniformirung verfolgt, für weniger gut halten als eine solche, die auf dem Föderativprincip steht; ganz ähnlich halten wir auch dasjenige Wahlsystem für das beste, das die in jeder bürgerlichen Gesellschaft mehr oder weniger ausgeprägt vorhandenen gesellschaftlichen Gliederungen nicht ignorirt, sondern von denselben seinen Ausgang nimmt. Solche Verwandtschaft der Lebensstellungen, der Bildung, der Interessen, der Berufsthätigkeit, die eine gewisse Gruppe formiren und die sich von anderen Gruppen wieder in gleicher Beziehung wesentlich unterscheiden, die gibt es auch heute noch überall, und es wäre gewiß das an sich Wünschenswertheste, diese Auffassung zu realisiren. Aber, meine Herren, ich will Ihnen sagen, weshalb wir mit einem solchen Antrag jetzt nicht kommen. Wir sind der Meinung, daß man da zunächst im Gemeindeleben anzuknüpfen habe; wir sind aber außerdem der Ueberzeugung, daß jede gesunde Gesetzgebung vor allen Dingen auf das Volksbewußtsein Rücksicht nehmen muß, daß es der echten Freiheit durchaus widerspricht, Gesetze dem Volksbewußtsein aufzuzwingen, auch wenn sie an sich gut sind . . ."

Dagegen schilderte er die Uebelstände und wahrhaft haarsträubenden Mißverhältnisse, die sich zur Zeit beim Dreiklassensystem fühlbar machten, und begründete und empfahl von diesem Gesichtspunkte aus den Antrag Windthorst. Allein die liberalen Parteien waren schon vorher übereingekommen, nicht mit dem Centrum zu stimmen, und so wurde der Antrag mit 271 gegen 96 Stimmen durch „Vertagung auf sechs Monate" aus dem Wege geräumt.

Der 3. December brachte dafür dem Centrum einen Sieg, indem der Antrag Bernards auf Abschaffung der Stempelsteuer mit allen gegen nur 6 Stimmen zur Annahme gelangte. Gerade vor Beginn dieser siegreichen Verhandlung machte der Präsident dem Hause die Anzeige, daß zwei neue Anträge eingereicht worden seien: der eine von P. Reichensperger auf Annahme einer Resolution, welche die Rückkehr zu der frühern bewährten Kirchenpolitik empfahl; der andere von Mallinckrodt auf Aufhebung der Maigesetze. Die Anzeige wurde mit Hohngelächter beantwortet.

Noch 4. December sprach Mallinckrodt im Abgeordnetenhause, merkwürdigerweise einmal in voller Uebereinstimmung mit Lasker und Miquel. In den folgenden Tagen fühlte er sich krank, und zwar so ernstlich, daß es ihm unmöglich war, die Sitzungen zu besuchen. Auch bei der Interpellation Biesenbach, die 9. December von den Mitgliedern des Centrums unterschrieben wurde, fehlt sein Name. Leider war er auch außer stande, an der hochwichtigen, für das Centrum ruhmreichen Debatte vom 10. December theilzunehmen. Ganz am Ende dieser langen und ermüdenden Berathung sollte auch sein Antrag auf Abschaffung der Maigesetze zur Erledigung

kommen. Der Präsident zeigte an, daß der Antragsteller seit mehreren Tagen ernstlich unwohl und deshalb im Hause nicht anwesend, und daß überdies ein Vertagungsantrag eingebracht sei. Aber die Mehrheit von damals war nicht gesonnen, auf ein Centrumsmitglied Rücksicht zu nehmen. Als man die Vertagung ablehnte, erklärte Freiherr v. Schorlemer-Alst, der von Mallinckrodt mit der Führung seiner Sache beauftragt war, daß er in Rücksicht auf die Krankheit des Antragstellers und die weit vorgerückte Zeit im Namen Mallinckrodts und aller Mitantragsteller den Antrag für jetzt zurückziehe.

Am 15. December kündigte die „Germania" an, daß Mallinckrodt so weit hergestellt sei, daß er folgenden Tages das Abgeordnetenhaus wieder zu besuchen gedenke. Aber auch da kam er noch nicht, sondern erst am 17. fand er sich ein zu der großen Action, welche die Berathung des Gesetzes über die Civilstandesregister veranlaßte. Erst bei der Fortsetzung dieser Berathung 18., 19. und 20. December ergriff er wieder das Wort, wo bald mit Lasker oder Miquel, bald mit Falk ein Strauß auszufechten, bald ein zusagendes Amendement zu unterstützen war. Wie genau er „seine Pappenheimer kannte", zeigt ein kleiner Vorfall während dieser letzten Sitzungen. Freiherr v. d. Goltz hatte einen Aenderungsantrag eingebracht, welcher die Amtmänner und Amtsvorsteher, die ihre Stellung als Ehrenamt, also ohne jede Vergütung verwalteten, von der Last, zugleich die Functionen des Standesbeamten übernehmen zu müssen, freihalten wollte. Windthorst hatte den Antrag befürwortet, Miquel als Wortführer der Nationalliberalen dagegen gesprochen. Da stellte sich Mallinckrodt auf Seite der Nationalliberalen.

„Diese Argumentation", meinte er hinsichtlich der für den Antrag geltend gemachten Gründe, „hätte etwas für sich in der einen Voraussetzung: die geehrten Herren müßten uns nämlich zuerst die Ueberzeugung geben, daß sie bei dem Beschluß, den sie einmal gefaßt haben, nun auch für alle Zukunft stehen bleiben[1].

„Die Ueberzeugung aber, meine Herren, habe ich nicht", fuhr er daher fort. „Im Gegentheil — es gilt eine Wette: Sie stimmen in der dritten Lesung, oder wenn die Sache vom Herrenhaus zurückkommt, Ihre eigenen Beschlüsse wieder um, und damit fällt also die Grundlage der Argumentation. Ich fühle mich deshalb völlig frei in Beziehung auf meinen Entschluß gegenüber der jetzt zu entscheidenden Frage, und da bedauere ich, den Auffassungen meines verehrten Herrn Collegen Windthorst (Meppen) meinerseits nicht vollständig zustimmen zu können. Ich werde deshalb gegen das Amendement stimmen."

---

[1] Er meinte damit den zu § 2 des Gesetzes über Standesbeamte angenommenen und auch von ihm verfochtenen Antrag Richter, daß Geistlichen nur für die Zeit bis zum 1. Januar 1877 das Standesamt übertragen werden könne. In dem Falle allerdings, daß dieses Amendement Richter aufrecht erhalten blieb, konnten Gründe für den neuen Antrag vorgebracht werden, im andern Falle schien er Mallinckrodt vom Uebel. Er glaubte aber nicht, daß es bei dem frühern Beschlusse bleiben werde.

Daraufhin erklärte sich Lasker in diesem „Schlußresultat" mit dem Redner auch einverstanden, und das Amendement wurde abgelehnt. Bevor man am folgenden Tage in der Berathung des Gesetzes fortfuhr, mußte über den Antrag Richter noch einmal abgestimmt werden, und siehe! — im Widerspruch mit dem Beschluß des gestrigen Tages stimmten jetzt Nationalliberale, Conservative und Freiconservative geschlossen gegen den Antrag. Vergebens hatten Centrum und Fortschritt auf namentliche Abstimmung angetragen. Die Mehrheit entschied, daß namentliche Abstimmung über einen Antrag ohne vorherige Discussion unzulässig sein solle. Am Ende der Abstimmung erhob sich Mallinckrodt zur Geschäftsordnung:

„Die Herren werden mir gestatten, zu constatiren, daß ich meine Wette viel früher gewonnen habe, als wie zu hoffen." (Heiterkeit.)

Präsident: „Ich erlaube mir zunächst dem Abgeordneten v. Mallinckrodt zu bemerken, daß das Gesagte keine Bemerkung zur Geschäftsordnung war." (Heiterkeit.)

Dr. Miquel zur Geschäftsordnung: „Ich erlaube mir, zur Geschäftsordnung zu bemerken, daß niemand die Wette des Herrn v. Mallinckrodt angenommen hat." (Heiterkeit.)

Präsident: „Diese Bemerkung gehört ebenso wenig zur Geschäftsordnung." (Heiterkeit.)

Bevor mit der letzten Sitzung vom 20. December die Centrumsfraction für die Weihnachtsferien sich trennte, hatte sie noch einmal am Mittag des 18. December eines ihrer gemüthlichen Fractionsfeste, das wie gewöhnlich durch ungetrübte, harmlose Fröhlichkeit ausgezeichnet war. Savigny ließ die bewährten Führer und schlagfertigen Redner des Centrums hochleben, P. Reichensperger gedachte des wackern katholischen Volkes, Schorlemer-Alst feierte den ehemaligen langjährigen Kampfgenossen A. Reichensperger unter lautem Beifall. Auch der alte Gerlach, dem Baudri einen begeisterten Trinkspruch gebracht hatte, erhob sich zu schöner, ernster Anrede, Graf Schmising-Kerssenbrock (A. Reichenspergers Nachfolger für den Koblenzer Wahlbezirk) brachte ein Hoch auf die noch wahrhaft gläubigen Protestanten. Noch viele andere sprachen. Auch Mallinckrodt war anwesend, sprach aber nicht, ganz gegen seine sonstige Gewohnheit, sei es, daß er sich noch unwohl fühlte, sei es unter dem Eindrucke ernster Stimmung. Dafür konnte er sich an dem launigen Gedichte erheitern, das sein Schwager Hüffer vortrug auf die „Patres Reichensperger, Mallinckrodt und Windthorst" und die „geheimen Statuten" des Centrums.

12. Der Zweikampf mit Bismarck.

(Januar 1874.)

Die Weihnachtsferien fielen dieses Jahr zusammen mit der nächsten Vorbereitung für die Reichstagswahlen, die 10. Januar 1874 stattfinden sollten. Mallinckrodt wartete das Ergebniß in Borchen ab. Er war als Candidat aufgestellt in seinem alten sichern Wahlkreis Tecklenburg-Ahaus-Steinfurt, überdies aber auch in Iserlohn-Altena, wo die Katholiken mit sehr schüchternen Hoffnungen zum erstenmal einen eigenen Candidaten aufzustellen wagten, und an dritter Stelle in dem ganz überwiegend protestantischen Wahlkreis Osnabrück-Iburg. Auch aus Erfurt schrieb man 6. Januar der „Germania“: „Candidat der Katholiken bei der bevorstehenden Reichstagswahl wird unser Ehrenbürger, der Herr Regierungsrath Dr. v. Mallinckrodt sein, Mischmasch-Candidat ist der bisherige Vertreter Dr. Lucius.“ Hier war freilich an Erfolg nicht zu denken. Dagegen war das Wahlresultat in Iserlohn-Altena ein über alles Erwarten glänzendes, wenn auch das Mandat nicht errungen wurde. In Osnabrück kam Mallinckrodt selbst in die engere Wahl, unterlag aber um 450 Stimmen bei einer Gesammtstimmenzahl von 24 300, von denen fast 12 000 ihm zugefallen waren.

Im ganzen hatte die Reichstagswahl für das Centrum ein überaus günstiges Resultat ergeben, da diesmal auch die Bayern sich wacker gehalten hatten. Statt der früheren 60 ergab schon der Wahltag selbst 91 Sitze, außerdem 10 engere Wahlen, von denen 6 völlig gesichert schienen. Die Zahl der für das Centrum abgegebenen Stimmen hatte sich seit der letzten Wahl verdoppelt. Mit schlecht verhülltem Aerger über die „clericalen Wahlsiege“ ereiferte sich die „Augsb. Allgem. Zeitung“ (Nr. 73) über die „triumphirende Musterung der so sehr verstärkten schwarzen Schaaren durch die Herren Windthorst, Mallinckrodt und Reichensperger, welche mehr als einen Fortschrittsmann stutzig mache und zum Nachdenken veranlasse“.

Aber auch in diesen Weihnachtsferien war Mallinckrodt wieder von einer stärkern Erkältung heimgesucht worden, die ihn mehrere Tage ans Zimmer gefesselt hielt. Noch war er nicht wieder ganz fest, als er 11. Januar nach Berlin zum Landtag zurückkehrte, der folgenden Tages seine Sitzungen aufnahm.

Schon 13. Januar griff er in die Debatte ein, um mit Erfolg den Wunsch der Polen zu unterstützen, daß zur Berathung der Kreisordnung für die Provinz Posen noch einige Tage Zeit gegönnt würden. Die folgende Sitzung gab ihm wieder einmal Gelegenheit zu einer ernsten Mahnung für die in ihrem Siegestaumel sich überstürzende liberale Mehrheit. Es handelte sich um eine Petition der Berliner Stadtverordneten um Vermehrung der Berliner Wahlkreise. Einfache Tagesordnung war von der

Commission vorgeschlagen, allein unter dem Schlachtruf nach Reformen hatte der Abgeordnete v. Saucken-Tarputschen dem gegenüber einen eigenen Antrag eingebracht. Mallinckrodt hielt ihm entgegen:

„Meine Herren! Wenn man immer ans Reorganisiren denkt, immer von zukünftiger Reorganisation redet, so liefert man dadurch den schlagendsten Beweis, daß man nicht organisiren kann. Merken Sie sich das! und lassen Sie uns nicht immer von allgemeinen Reformen und Reorganisationen reden. Fassen wir die Verhältnisse ins Auge, so wie sie liegen, und da, wo Mängel hervortreten, wo es der Besserung bedarf, da mögen wir Hand anlegen, zu bessern, aber nicht immer die ganze Welt mit einem Male ins Auge fassen, sie corrigiren und verbessern wollen. Dabei kommt niemals etwas Vernünftiges heraus, sondern man corrigirt stets wieder so viel neue Fehler mit hinein, daß man mit den Reorganisationen gar nicht ans Ende kommt."

Es war seine alte Warnung gegen das ewige Umstoßen des Vorhandenen, die ewige Sucht nach neuen Gesetzen und neuen Ordnungen, bevor auch nur die alten recht erprobt werden konnten.

Bei der dritten Berathung des Gesetzes über die Civilstandesregister (15. Januar) betheiligte sich Mallinckrodt nicht. Dagegen hielt Schorlemer-Alst eine einschneidende Rede, in welcher er ausführlich auf die Anklagen gegen das Centrum und die katholischen Bischöfe zurückkam, mit denen in der denkwürdigen Sitzung vom 17. December v. Js. der leitende Staatsmann Herrn v. Gerlach überfallen hatte. Schorlemer stellte diesen Anklagen entsprechende Momente aus der politischen Laufbahn des allmächtigen Staatsmannes selbst gegenüber: sein Verhalten zur alten Bundesverfassung, Lamarmora's Enthüllungen über 1866, die versuchte Revolutionirung Ungarns im Jahre 1866, die Freundschaft mit Garibaldi — auch die Duellforderung gegenüber dem Abgeordneten Dr. Virchow. Daraufhin sollte aber bereits der folgende Tag zwei große Staatsactionen bringen.

Als 9. December 1873 der Abgeordnete Biesenbach seine Interpellation eingereicht hatte über die von der Regierung in Düsseldorf hinsichtlich der Lehrer geübte Wahlbeeinflussung, hatte der Minister erklärt, aus Mangel an Information für jetzt die Interpellation nicht beantworten zu können, hatte aber weder einen Termin der Beantwortung in Aussicht gestellt, noch später Miene gemacht, eine Antwort zu geben. Biesenbach wiederholte jetzt seine Interpellation, und der Cultusminister erwiederte unverfroren, daß es mit jener Verfügung der Düsseldorfer Regierung seine Richtigkeit habe, daß er aber eine Verkümmerung des Wahlrechtes darin nicht sehen könne. Um die ihr durch die gegenwärtige ernste Bewegung gestellte Aufgabe zu erfüllen, brauche die Staatsregierung Organe, auf die sie sich verlassen könne; sie müsse die Ueberzeugung haben, daß die betreffenden Beamten ihr Geschäft mit der nöthigen Bestimmtheit und Energie zum Wohle des Landes im

Sinne der Regierung ausführten. Diese Gewißheit müsse die Regierung um so mehr haben, als sich die Wahlbewegung fast gänzlich zugespitzt hätte auf die Frage: Centrum oder gegen Centrum. Seien ultramontane Beamte zur Pensionirung gebracht worden, so müßten sie wohl reif dazu gewesen sein.

Es lag hier ein Fall vor ganz ähnlich wie 1856. Damals wie jetzt war es ein ehemaliger Polizeipräsident, der, zum Regierungspräsidium befördert, die Maßregeln des Zwanges auf das neue Gebiet mit hinüber genommen und namentlich in Bezug auf die Wahlen in geradezu verwerflicher Weise in Anwendung gebracht hatte. Damals war es Graf Schwerin an der Spitze der liberalen Partei, welcher die Regierung darüber interpellirte, und Mallinckrodt, wenngleich durch und durch conservativ, nicht ohne persönliche Sympathie für den Minister v. Westphalen und ausgesprochener Gegner der Partei Schwerins, hatte kein Bedenken getragen, auf Kosten seiner Beamtenlaufbahn die Interpellation zu unterstützen. Und doch war damals der Zwang geübt worden zu Gunsten der Conservativen. Was in jener Zeit der „Reaction" der Regierungspräsident Peters gethan, war jetzt übertroffen durch den Regierungspräsidenten v. Ende von Düsseldorf. Jetzt aber standen die „liberalen Parteien" auf seiten des Zwanges und der Wahlmache durch die Regierung; denn es galt die Unterdrückung der Katholiken.

Mallinckrodt beantragte und entschied die Besprechung der Interpellation und nahm selbst sogleich das Wort, um dem Cultusminister zu antworten. In gar manchem Satze seiner Rede spiegelten sich Erinnerungen aus seinem eigenen Beamtenleben. So gedachte er ehrend und ritterlich des seinerzeit so schroff zur Disposition gestellten Regierungspräsidenten v. Massenbach und führte die Vertheidigung des eben jetzt verabschiedeten Landrathes Grafen Spee.

„Der Herr Minister bestreitet," führte er aus, „daß im Vorgehen des Regierungspräsidenten (v. Ende) eine Verkümmerung des Wahlrechtes liege. Nun, meine Herren, ich appellire namentlich an die ‚liberale' Seite dieses Hauses. Ich rufe in ihr Gedächtniß zurück ihre ganze Vergangenheit. Zum Theil die Herren, die heute noch auf diesen Bänken sitzen, zum Theil ihre Vorgänger in der gleichen Gesinnung habe ich in diesem Hause gar oft gewaltig die Lärmtrommel rühren hören, wenn es sich um Beeinflussung seitens der Regierung handelte, die auch nicht entfernt so weit reichte als die hier vorliegende ... Wollen Sie nicht den Vorwurf verdienen, daß Sie mit völlig ungleichem Maße messen, daß Sie in dem Augenblicke, wo Sie in die Majorität gekommen sind, alle Ihre Traditionen der Vergangenheit verläugnen, daß Sie nicht mehr die Freiheit der Wahl vertheidigen, sondern die Unterdrückung der Wahlfreiheit — dann dürfen Sie künftig nicht mehr in der Weise sich ausdrücken, wie Sie es vorhin gethan haben, so daß der Herr Minister sich auf Ihr Zeugniß berufen darf zu seiner Vertheidigung ...

„Nun hat der Herr Minister geltend gemacht, so wie die Dinge heute liegen, thue es noth, daß die Regierung Organe habe, auf die sie sich verlassen könnte, Organe, die aus eigener Ueberzeugung ganz im Sinne der Regierung handeln. Meine Herren, eine solche Anforderung in heutigen Zeiten ist dazu angethan, die Beamtenwelt zu einer wahren Desperation zu bringen. Wie oft hat die Regierung ihre Rich-

tung gewechselt seit dem letzten Lebensalter! Wie viele Beamte gibt es — die brauchen noch gar keine lange Dienstzeit zu haben —, welche Regierungen haben dienen müssen, die die ganz entgegengesetzte Richtung verfolgten. Und nun bitte ich Sie, so ein armer Beamter, der soll jedesmal nicht bloß gehorchen, sondern er soll jedesmal seine Ueberzeugung wechseln! Wenn heute ein Ministerium gestürzt wird, dann sollen morgen alle Beamten des Landes überzeugt sein, daß das Ministerium von morgen das Rechte thut! Denken Sie sich diese — ja diese wahnsinnige Zumuthung, die man dem ganzen Beamtenstande macht! Und nun führen Sie diese Betrachtung weiter auf den concreten Fall. Die Regierung hat sich in Kriegszustand erklärt gegenüber der katholischen Kirche (Zuruf), — gegenüber der römischen Kirche (Zuruf), — dann wiederhole ich es noch einmal: gegenüber der römisch-katholischen, vaticanischen Kirche hat die Regierung sich in Kriegszustand erklärt, und nun, meine Herren, fordert sie von den katholischen Schullehrern, daß sie ihrer Ueberzeugung nach in diesem Kampfe auf seiten der Regierung stehen müssen gegenüber der Kirche, welcher sie angehören. Nun, meine Herren, wollen Sie das anerkennen oder nicht? . . .

„Der Auffassung, die für die Regierung leitend gewesen ist und der der Herr Minister Ausdruck gegeben hat, steht auf der andern Seite im Volke, in der großen Masse des katholischen Volkes eine positive Ueberzeugung gegenüber, die ihrer Natur nach eine ganz andere ist, die die Staatsauffassung als eine Unwahrheit auf das bestimmteste und klarste erkennt. Wenn das der Fall ist, meine Herren, welche Folge muß es dann haben, wenn eine Regierung gegenüber den Beamten, namentlich gegenüber den Lehrern eine Forderung stellt, die nach der Ueberzeugung des Volkes entweder eine völlig in der Luft schwebende, auf eine falsche Voraussetzung gebaute Forderung ist — und in dem Falle kommt der Verstand der Regierung in Frage beim Volke —, oder aber, die den Charakter einer tyrannischen Unterdrückung der dem Volke heiligen Ueberzeugung an sich trägt? Ich will die Frage, welchen Eindruck das auf das Volk machen muß und wie das Volk eine Regierung, die so handelt, ansieht, hier nicht specieller beantworten, aber so viel ist gewiß: den Zweck, den die Regierung erstrebt, den erreicht sie auf dem Wege ebenso wenig, als wie sie ihren Zweck erreicht hat durch die Zurdispositionsstellung des einen Präsidenten und die Ernennung des andern . . .

„Und nun, meine Herren, noch ein Wort. Sie haben, wie der Herr Interpellant von dem rheinischen Patriotismus redete und von den Beziehungen zu Frankreich, sich etwas sehr laut und spottend vernehmen lassen. Meine Herren! In meinen Augen steht's mit dem Patriotismus der Rheinländer ganz außerordentlich günstig. Die Rheinländer haben namentlich an dem Krieg mit Frankreich mit der größten Entschiedenheit und Hingabe sich betheiligt aus dem sehr praktischen Grunde, weil sie absolut nicht französisch werden wollten. Aber, meine Herren, läugnen Sie etwa, daß der Mann, der an der Spitze unserer Regierung steht, erklärt hat, er wäre viel weniger deutsch als wie preußisch, und ihm würde es so schwer gar nicht werden, einen Theil des linken Rheinufers an Frankreich abzutreten — den Theil des linken Rheinlandes, den die bayerische Pfalz und den der preußische Regierungsbezirk Koblenz und Trier auf der rechten Moselseite bildet, ja oder nein, meine Herren? (Nein! links.) Schön, sind Sie bei der Unterredung zwischen dem General Govone und dem Ministerpräsidenten dabei gewesen? (Nein! — Sie?) Ich auch nicht (Heiterkeit), ich auch nicht, aber ich habe in amtlichen Actenstücken die fragliche Anführung gelesen und ich habe vergeblich nach einem Widerspruche mich bisher umgesehen. Wer hat nun am meisten deutschen Patriotismus, meine Herren?"

Nach einer kurzen Gegenbemerkung Falks in Bezug auf den Landrath Grafen Spee und einer nationalliberalen Gegenrede wurde die Discussion geschlossen und damit die Interpellation für beendigt erklärt. Ruhig wurde in der Berathung des eben vorliegenden Gesetzentwurfes fortgefahren, als Fürst Bismarck eintrat und zwischen den persönlichen Bemerkungen, gerade vor der Abstimmung über den verhandelten Paragraphen, gleichfalls „zu einer persönlichen Bemerkung" das Wort ergriff:

„Ich habe gehört, daß in der heutigen Sitzung von dem Abgeordneten v. Mallinckrodt behauptet worden ist — bitte mich zu berichtigen, wenn ich meinerseits irrthümlich erfahren habe —, also behauptet worden ist, ich hätte bei früheren Verhandlungen dem italienischen General Govone die Abtretung eines preußischen Bezirks — ich weiß nicht genau wo, an der Mosel oder an der Saar — in Aussicht gestellt. Ich bin genöthigt, dies mit den stärksten Ausdrücken für eine dreiste, lügenhafte Erfindung zu erklären, die natürlich der Herr Abgeordnete nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht ist. Aber der Herr Abgeordnete sollte doch vorsichtiger sein im Wiedererzählen solcher Behauptungen, die diese scharfe Kritik verdienen. Die Sache ist in lügenhafter, gehässiger Absicht erfunden worden, es ist auch nicht eine Silbe davon wahr. Ich habe niemals irgend jemandem die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt. Alles, was darüber circulirt und behauptet wird, erkläre ich in seinem ganzen Umfange für das, was ich vorhin sagte, für eine dreiste tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden worden ist."

Abgeordneter Dr. Windthorst (Meppen): „Ich bitte um das Wort."

Ministerpräsident: „Ich bin noch nicht fertig. (Heiterkeit.) Ich bin zugleich, da ich einmal zur persönlichen Bemerkung das Wort genommen habe, genöthigt, nun auch einen andern Fall, der gestern vorgekommen ist, in ähnlicher Weise zurückzuweisen. Ich möchte aber alle Herren, die dabei betheiligt sind, und namentlich, wenn sie so vorzugsweise ihrer Behauptung, ihrer gewiß ehrlichen Behauptung nach, die Sache des Christenthums, der Religion der Wahrheit, vertreten, bitten, doch in Beziehung auf die Wahrheit ihrerseits etwas vorsichtiger zu sein und nicht alles ohne Prüfung als Wahrheit anzunehmen, was ihnen aus unlauterer Quelle beigebracht wird . . ."

Ohne sich jetzt weiter an Mallinckrodt zu wenden, ließ der Ministerpräsident eine umfangreiche, ganz im elegischen Tone der verkannten Unschuld gehaltene Rede gegen Freiherrn v. Schorlemer-Alst folgen, indem er der Reihe nach einzelne Punkte aus dessen Rede vom vorhergehenden Tage herausgriff. Das Eigenthümliche der Situation war nun aber, daß der Ministerpräsident mit dem ganzen langen, pathetischen Erguß mitten in eine Specialdebatte über einen grundverschiedenen Gegenstand hineingeplatzt kam. Mit keinem Worte war in der Discussion dieses Gesetzes sein Name, sein Titel oder seine Person erwähnt worden, nichts von dem, was er sagte, stand auch nur in entfernter Beziehung zu dem verhandelten Gesetz. Dazu kam,

daß Schorlemer, nachdem die Interpellation Biesenbach erledigt war, Geschäfte halber das Haus verlassen hatte, da der folgende Gegenstand der Tagesordnung für ihn von geringem Belang, und auf seine ausdrücklichen Erkundigungen auch Mallinckrodt die Ueberzeugung ausgesprochen hatte, daß er nichts versäume, da nichts von Wichtigkeit mehr zur Erörterung kommen werde. In geschickter Weise benützte sofort Windthorst diese Umstände, indem er „zur Geschäftsordnung" die Frage stellte, ob die Discussion von gestern, die wiederholt geschlossen worden, oder ob etwa die Generaldiscussion über das gegenwärtige Gesetz, die auch schon geschlossen worden, wieder eröffnet sei. Lasker eilte dem Ministerpräsidenten mit Entschuldigungen zu Hilfe, und Bismarck selbst begann sich zu entschuldigen und herauszureden. Aber Windthorst ließ sie nicht ohne Antwort.

„Ich glaube," schloß er seine wohl zugespitzten Bemerkungen, „es ist das eine Verkehrung der Geschäftsordnung, und ich muß gegen eine solche Verkehrung der Geschäftsordnung im Interesse der Freiheit des Parlaments und im Interesse der Vertheidigung des einzelnen entschieden Verwahrung einlegen."

Bismarck und Lasker antworteten. Bismarck meinte, Schorlemer habe ihn auch angegriffen, während er abwesend war. Er könne nicht 36 Stunden hingehen lassen, damit alle Unwahrheiten telegraphisch unwiderlegt in die Welt gehen.

Nun erhob sich auch Mallinckrodt, aber für jetzt nur zur Geschäftsordnung:

„Der geehrte Herr Vorredner (Lasker) betont und das Haus applaudirt dazu, daß der Minister des Landes nicht eine Stunde hingehen läßt, ohne eine Verleumdung abzuweisen, und doch hat er viele Monate hingehen lassen, ohne genau demselben Vorwurfe irgend ein Wort entgegenzustellen. Das antworte ich zunächst dem Herrn Abgeordneten Lasker. Ich behalte mir die Bitte um Ertheilung des Wortes zu einer persönlichen Bemerkung vor und behandle in diesem Augenblick nur die Geschäftsfrage.

„Ich erkenne an, daß nach der Verfassung die Minister das Recht haben, jederzeit das Wort zu nehmen. Das hindert aber nicht, daß der Präsident ebenso wohl das Recht und den Beruf hat, die Ordnung dieses Hauses zu schützen und aufrecht zu erhalten. Dieses Recht haben bisher die Präsidenten dieses Hauses auch stets für sich in Anspruch genommen. Es ist aber gegen die Ordnung dieses Hauses, daß man Discussionen, die einen bestimmten Gegenstand der Tagesordnung betreffen, unterbricht, um in ganz willkürlicher Weise andere Gegenstände zur Erörterung zu ziehen. Es ist das so sehr gegen die Ordnung des Hauses, daß geschäftsordnungsmäßig die Erwiederung auf eine derartige Aeußerung eigentlich ganz unzulässig sein würde, und daß es eines Hinwegsetzens über unsere Geschäftsordnungsvorschriften bedarf, um überhaupt eine Erwiederung zu ermöglichen. Das haben allerdings die Präsidenten früher gethan, und ich erinnere mich eines Falles, wo auch der Herr Ministerpräsident Gelegenheit genommen hatte, in Form einer persönlichen Bemerkung einen sehr weitgehenden Angriff gegen den Abgeordneten Windt-

horſt zu machen. Damals nahm der Präſident v. Forckenbeck Veranlaſſung, durch einen der Herren Schriftführer den angegriffenen Abgeordneten wiſſen zu laſſen, daß er bei ſeiner Erwiederung ſich keinerlei Schranken zu ziehen brauche, er, der Präſident, würde ihn nicht unterbrechen. In der Weiſe hat damals der Präſident v. Forckenbeck wenigſtens die Intereſſen der Abgeordneten einigermaßen zu ſchützen ſich bemüht, und ich vertraue dem Herrn Präſidenten, daß er demnächſt bei meiner perſönlichen Bemerkung den gleichen Geſichtspunkt feſthalten wird."

Er ging nun darauf über, daß Schorlemer abweſend ſei, und daß der Angriff gegen denſelben in einem Augenblick gemacht worden, da niemand einen ſolchen irgendwie vorausſehen, noch der Angegriffene vernünftigerweiſe darauf gefaßt ſein konnte.

„Wenn der Herr Miniſterpräſident nun aber ſpeciell in Beziehung auf die Abweſenheit des Abgeordneten geſagt hat, es geſchehe demſelben nichts anderes, als was dem Herrn Miniſterpräſidenten ſelbſt geſtern geſchehen ſei, ſo iſt dabei doch ein Umſtand vollſtändig außer Acht geblieben. Geſtern war der Gegenſtand auf der Tagesordnung, und geſtern war der Herr Miniſterpräſident berufen, hier im Hauſe zu erſcheinen. (Zurufe.) War denn die Generaldiscuſſion über das Civilſtandesgeſetz etwa nicht geſtern? Und wenn der Herr Miniſterpräſident daran theilnehmen wollte, dann mochte er erſcheinen. Wie macht es überdem denn der Herr Miniſterpräſident bei Dritten? Als er Behauptungen ausſprach, die in den Augen anderer als Verleumdungen ſich charakteriſiren, ſoweit es ſich um die Inſurrectionsgelüſte unſerer Biſchöfe handelt, hat er da gewartet, bis die Biſchöfe anweſend waren? . . . Das krampfhafte Lachen, womit die Herren derartige Discuſſionen zu eliminiren ſuchen (man hatte ihn fortwährend durch Zurufe und Widerſpruch unterbrochen und zum Schweigen zu bringen geſucht), das macht auf mich ſchlechterdings keinen Eindruck. Es bleibt dabei, es iſt ein gewaltiger Unterſchied, ob ich hier im Hauſe einen abweſenden Miniſter angreife, der anweſend zu ſein den Beruf hat, oder ob ich hier im Hauſe Biſchöfe angreife, die hier nicht erſcheinen dürfen."

Der Präſident v. Bennigſen befand ſich in einer peinlichen Lage. Auf der einen Seite war er eingefleiſchter Anhänger Bismarcks und bitterer Gegner des Centrums, auf der andern Seite aber konnte er ſich doch nicht verhehlen, daß der Eingriff Bismarcks in die Geſchäftsordnung ein völlig willkürlicher und nicht zu rechtfertigender ſei. Er hatte bisher Mallinckrodt nur einmal unterbrochen, um ihn zu bitten, die Geſchäftsordnungsfrage nicht mit anderen Erörterungen zu verknüpfen. Als nun Bismarck ſofort antworten wollte, bat er auch dieſen, zuerſt die Geſchäftsordnungsfrage erledigen zu laſſen. Daraufhin gab er ſeine eigene künſtlich vermittelnde Auffaſſung des Vorfalles: Es ſtehe den Miniſtern zu, in den Debatten „Sachen von allgemeiner Politik" zu erörtern. Er faſſe daher den jetzigen Vorfall ſo auf, daß der Miniſterpräſident gegenwärtig eine „Darlegung ſeiner Politik" gegeben habe, auf welche die ſpäteren Redner ſich beziehen dürften. Eine Aufnahme der Discuſſion über den vorher behandelten Geſetzesparagraphen

sei zwar nicht mehr möglich, da man bereits in der Abstimmung stehe. Dagegen glaubte er, daß mit Rücksicht auf die persönliche Bemerkung des Regierungsvertreters den Angegriffenen auch Gelegenheit gegeben werden müsse, sich darüber zu erklären, und daß er, der Präsident, sich wohl hüten werde, wenn sie auch tiefer in die Sache hineingehen, ihnen das Wort zu beschränken. So hatte er sich klug aus der Sache gezogen.

Jetzt war die Reihe an Mallinckrodt. Er bemerkte zunächst, daß Bismarck nicht genau berichtet worden sei; denn er habe keineswegs von einer „Zusicherung" gesprochen, die Bismarck gemacht habe. Er verlas dann nach dem stenographischen Bericht die von ihm gethanen Aeußerungen. Zufällig war durch ein Versehen des Bureaus gerade das letzte Sätzlein im Druck ausgefallen, wie später der Präsident constatirte. Als nun Mallinckrodt es nicht vorlas, weil es nicht auf dem Papiere stand, so erregte Lasker darüber laute Unterbrechung und Störung, und es kam eben deshalb auch später noch zu mehrfachem Hin- und Herreden. Bismarck gegenüber behauptete Mallinckrodt die größte Ruhe und berief sich für seine Aeußerung einfach auf das Buch des Generals Lamarmora, das schon vor Monaten erschienen und in den öffentlichen Blättern lebhaft besprochen worden war. Die „Germania" hatte vom 9. September bis 7. October 1873 eine zusammenhängende Reihe von Leitartikeln über das Buch gebracht und dessen wesentlichen Inhalt mitgetheilt.

„Das Buch", sprach der Redner, „enthält eine ganze Reihe von Actenstücken, Actenstücke, die ich meinerseits keineswegs von vornherein als unbedingt richtig anzuerkennen geneigt bin und geneigt gewesen bin, aber immerhin amtliche Schriftstücke, und in diesen Schriftstücken ist vielfach referirt über die Unterhaltungen mit dem Herrn Ministerpräsidenten. Die referirenden Personen waren offenbar wohl in der Lage, die Wahrheit berichten zu können; denn sie berichteten aus unmittelbar eigenster Wahrnehmung. Dieses Buch ist seit einer ziemlich langen Reihe von Monaten in der Oeffentlichkeit bekannt, die italienische Urschrift ist längst ins Deutsche übertragen, das Buch ist in vieler Leute Hand, es war also Gelegenheit in Masse geboten, Berichtigungen der etwa darin enthaltenen falschen Behauptungen eintreten zu lassen. Vergegenwärtigen Sie sich die Neigung zum Dementiren, die man sonst vielfach zu beobachten Gelegenheit gehabt hat, sei es in officiösen oder officiellen Aeußerungen, so muß der Umstand, daß einer so bedeutenden Quellensammlung gegenüber unser leitender Staatsmann keine Veranlassung gegeben hat zu einer bestimmten, deutlichen, überzeugenden Erklärung, die Vermuthung begründen, es beruhten die Anführungen in diesen öffentlichen Correspondenzen allerdings in der Wahrheit. Gleichwohl habe ich meinerseits die Thatsachen, um die es sich handelt, nicht als unbedingt wahr hingestellt; aber ich mache gar kein Geheimniß daraus: ich habe daran geglaubt, und nachdem die Dementis vergeblich haben auf sich warten lassen in Bezug auf manche Anführungen in diesem Buche, die ich besser zu controliren in der Lage bin, so hat mir dieser Umstand die Glaub-

würdigkeit der Anführungen noch näher gebracht. Wenn nun der Herr Ministerpräsident erklärt, die Anführungen, die in diesem Buche enthalten sind, seien unwahr und seien lügenhaft, dann bin ich meinerseits durchaus nicht in der Lage und fühle mich nicht im mindesten berufen, einer solchen von maßgebender Stelle ausgehenden Erklärung gegenüber meine bisherige Auffassung als berechtigtere zur Geltung zu bringen. Ich indossire dann einfach den Vorwurf der Lüge, der ja, wie der Herr Ministerpräsident ausdrücklich sagte, auf mich persönlich gar nicht gemünzt sein sollte, an die richtige Adresse, und die richtige Adresse ist: der Ministerpräsident General Lamarmora. Warten wir also ab, ob der etwa in der Lage ist, den Beweis für seine Anschauungen anzutreten oder gar zu erbringen."

Bismarck antwortete unverzüglich:

„Der Herr Vorredner hat eine eigenthümliche, in der Politik der ganzen Partei begründete Art, sich aus der Affaire zu ziehen, sowie er sieht, daß die Schußlinie unangenehm wird, und den Vorwurf zu indossiren an jemand, der übrigens weder Ministerpräsident noch General mehr ist, sondern einfacher Privatmann, der in unerlaubter Weise Actenstücke veröffentlicht hat, die in seinem frühern amtlichen Verhältniß zu seiner Kenntniß gekommen sind — ein Verfahren, gegen das, wie mir von italienischer Seite auf meine vertraulichen Erkundigungen mitgetheilt ist, ein Strafgesetz in Italien nicht giltig ist . . . Daß der Herr Vorredner lieber das Zeugniß eines Feindes als das der Thatsachen herbeizieht, wundert mich nicht; ein solcher aber ist der General Lamarmora nach seinem ganzen Verhalten und nach seiner ganzen Politik, und ich könnte über seine Politik weit mehr und viel angenehmere Bücher schreiben als über die meinige, wenn ich nicht eine Abneigung hätte, andere Potenzen und Mächte in solche Erörterungen hineinzuziehen. Insofern steht aber der Herr Vorredner viel freier da, er braucht auf die Interessen und die Ehre des eigenen Landes und auf dessen Beziehungen zu fremden Mächten viel weniger Rücksicht zu nehmen, als ich dazu gezwungen bin. Der Herr Vorredner sagt, er hätte seinerseits an die Echtheit geglaubt. Ja, meine Herren, wenn ich alles öffentlich sagen wollte, was ich glaube über manche Leute, so könnten wir leicht in eine üble Lage kommen . . . Der Herr Vorredner begründet eine Art von Recht, an die Sache zu glauben, darauf, daß monatelang diese, wie gesagt, von einem Privatmanne publicirte Sammlung zu Unrecht entwendeter Actenstücke, d. h. subjectiver Actenstücke — es sind ja doch immer nur einseitige Berichte einzelner Personen, die darin die Eindrücke von vertraulichen Unterredungen veröffentlichen — er hält sich für berechtigt, daran zu glauben, weil Monate verflossen waren ohne eine Widerlegung. Ja, meine Herren, wenn ich mich auf die Widerlegung alles dessen einlassen wollte, was gegen mich gedruckt wird . . ., da reichte kein Preßbureau und kein Welfenfonds. Da müßte ein besonderes Ministerium dazu eingerichtet werden, um bloß lesen zu lassen. Und ich rechne es mir zur Ehre! In meinem ganzen unter verschiedenen Gestaltungen der europäischen Politik stets mit entschlossener Vertretung der Interessen meines Königs und meines Landes durchgeführten politischen Leben ist mir die Ehre zu theil geworden, sehr viele Feinde zu haben: Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gascogne anzufangen, bis zur Weichsel, vom Belt bis zur Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen der

Oder und des Rheines umher, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten, und ich behaupte stolz, die am besten gehaßte Persönlichkeit in diesem Lande bin. Ich freue mich, daß der Herr Vorredner durch ein Kopfnicken mir das bestätigt, sein Gerechtigkeitsgefühl gesteht mir das zu . . . Wenn nun der Herr Vorredner mir vorwirft, daß ich bei der gestrigen Tagesordnung nicht erschienen sei, so ist es ja nicht meine Aufgabe, in die Materie des Gesetzes einzugehen. Der Herr Vorredner kann aber sicher sein, daß wenn auf der Tagesordnung nicht die Civilehe, sondern die Verbreitung falscher Thatsachen gegen den Ministerpräsidenten gestanden hätte, ich gewiß erschienen wäre."

Die Entgegnung war unläugbar geschickt und in ihrer Art bewunderungswerth; nur verrieth sie sich bei genauerem Zusehen zu sehr als Ablenkung vom Kernpunkt der Frage und stand durch ihre Ausführungen in nicht undeutlichem Widerspruch zu dem vorher so nachdrücklich gegebenen Dementi. Ueberdies war der Effect vom „bestgehaßten Mann" bereits verbraucht worden in der Conflictsperiode, und damals waren die „Hasser" die Liberalen. Die Antwort sollte nicht ausbleiben.

„Der Herr Ministerpräsident meint," begann Mallinckrodt, „ich hätte mich aus der Schußlinie zu ziehen beabsichtigt. Das ist gerade meine Art nicht. Ich meine, es hätte der Herr Ministerpräsident sich die Sache etwas kürzer machen können. Er hätte uns bestimmtere Erklärung geben können in Beziehung auf den Inhalt und Nichtinhalt der Actenstücke, um die es sich handelt, anstatt eine Reihe von anderen Dingen zu erwähnen, ja uns sogar bis an die Ufer der Tiber und Garonne zu führen, was mich etwas poetisch an die Zeit der Troubadours erinnert. (Große Heiterkeit.) Er hat sich dann über den Autor des fraglichen Buches dahin geäußert, daß er nicht General und Ministerpräsident sei. Jedenfalls ist er es gewesen und war in der Lage, authentische Actenstücke zu besitzen. Das erkennt auch der Herr Ministerpräsident an; denn er betont die unerlaubte Veröffentlichung von Actenstücken und erwähnt, die italienische Regierung habe ihr Bedauern ausgesprochen — solche Courtoisie war ja zu erwarten —, daß es kein Strafgesetz gebe, das erlaubte, dem entgegenzutreten. Immerhin handelt es sich also um die Publication von Actenstücken, und es bleibt die Frage, ob in den Actenstücken Wahrheit enthalten ist oder Unwahrheit, wieviel Wahrheit oder wieviel Unwahrheit, und das näher zu erfahren, wäre gewiß für uns alle recht interessant.

„Wenn die Bemerkung gefallen ist, ich legte Gewicht auf das Zeugniß des Feindes, so trifft das den Fall nicht. Bei der Erörterung der Wahrheit kommt es nicht darauf an, welche politische Stellung der Zeuge hat, sondern es kommt nur darauf an, ob und inwieweit der Zeuge glaubwürdig ist. Und wenn der Ministerpräsident meinte, die Ehre des eigenen Landes liege ihm mehr und mir weniger am Herzen, dann räume ich eine Berechtigung zu einer derartigen Behauptung schlechterdings nicht ein; denn die Ehre des Landes soll jedem Bürger des Landes, einerlei in welcher Stellung er sich befindet, gleich heilig sein und gleich nahe am Herzen liegen. Aber, meine Herren, die Auffassung über das, was

die Ehre des Landes erheischt, die kann variiren. Und ich bin stets der Meinung gewesen und bekenne mich ganz offen dazu, daß die höchste Ehre des Landes fordert, daß das Land auch in der ehrenhaftesten Weise seine Politik führt, und wenn die Regierung des Landes sich Handlungen zu Schulden kommen ließe (Zurufe: ‚ließe'), ließe, wie die, welche ihr hier zum Vorwurfe gemacht worden sind, dann wäre es ja wohl der Beruf der Vertreter dieses Landes, der Regierung zu sagen, daß wir eine solche Handlungsweise verwerfen. Dadurch werden wir die Ehre des Landes vor dem Auslande sicherstellen, nicht dadurch, daß wir Fehler verdecken."

Noch einmal antwortete Bismarck, noch mehr gereizt als vorher. Namentlich zeigte er sich empfindlich, daß Mallinckrodt trotz des vom Ministerpräsidenten so bestimmt gegebenen Dementi doch noch die Tendenz durchblicken lasse, als möchte er den Glauben an Lamarmora's Enthüllungen aufrecht erhalten. Er fuhr fort:

„Den Herrn Vorredner zu überzeugen fällt mir gar nicht ein, das auch nur im entferntesten zu versuchen; ich weiß ja, daß das ganz fruchtlos ist. Ich lasse auch ganz unentschieden, ob es mir gelingen wird, die Ueberzeugung, die der Herr Vorredner eigentlich hat, überhaupt richtig zu ermitteln und aufzufinden — ich getraue es mir nicht. Im übrigen möchte ich ihn aber darauf aufmerksam machen, wenn er sich so hartnäckig auf ein apokryphisches Zeugniß beruft, das im Auslande geboren ist, und auf solche Actenstücke, die Berichte eines Gesandten geben, der mit mir Unterredungen gehabt hat, daß der Herr Vorredner mich noch genauer beschuldigt als das Buch, indem er mehrmals Conjunctive gestrichen und Indicative dafür gesetzt hat. Wenn mir der Herr etwas vorwerfen will, so hat er wohl das Recht, sich auf Thatsachen zu berufen, alle apokryphischen Zeugnisse muß er aber refusiren. Habe ich denn etwas abgetreten? . . . Ich finde gar nicht das Recht, in dieser Weise durch den Mißbrauch der Tribüne den Vertreter der Regierung zu nöthigen, sich gegen solche Vorwürfe zu verantworten, für die mir jeder parlamentarische Ausdruck fehlt. Aber die Presse wird ihn schon finden!"

Nachdem der Ministerpräsident mit dieser Drohung geendet, wurde von mehreren Seiten nach „Schluß" der Discussion gerufen, und der Abgeordnete Miquel befleißigte sich, seinen Eifer zu bethätigen, indem er zur Geschäftsordnung die Bitte stellte, die Discussion zu schließen. Allein noch einmal erhob sich Mallinckrodt:

„Ich konnte nicht dem Herrn Abgeordneten Miquel einräumen, daß er zur Geschäftsordnung mir das Wort abschneidet; und was das Schlußrufen der Herren angeht, so werden Sie gefälligst berücksichtigen, daß der Herr Ministerpräsident zuerst das Wort zur persönlichen Bemerkung genommen hat, daß es also nicht ganz unbillig ist, wenn ich es zuletzt nehme. Aber ich habe, wie gesagt, sehr wenig zu bemerken. Nur ist die eigenthümliche Art, wie der Herr Ministerpräsident es liebt, die Sache zu behandeln, nämlich sie mit persönlichen kleinen Angriffen so recht voll zu spicken, wenn er es auch vermeidet, die Angriffe ganz direct an die Adresse der betreffenden Person zu richten, — diese Art macht es kaum möglich, so

ohne Widerrede seine Bemerkungen hinzunehmen. Der Herr Ministerpräsident betont jetzt, das seien apokryphische Schriftstücke. Nach meiner Meinung sind sie das nicht, wenn ich den Begriff apokryphisch richtig verstehe; denn sie werden gebracht unter Bezeichnung der Namen und des Datums. Es würde also der Beweis, daß sie falsch seien, daß sie nicht mit dem Original stimmten, erst zu erbringen sein."

Große Unruhe unterbrach hier den Redner, es mehrten sich die Rufe: „Schluß!" Mallinckrodt aber fuhr ruhig weiter, mit der trockenen Bemerkung: „Im übrigen, meine Herren — mit den Rufen bringen Sie mich doch nicht aus der Contenance", und brachte noch seine Ausführungen gegen Lasker zu Ende. Auch Windthorst griff noch einmal ein, wenn auch nur kurz, und versprach, das eben verhandelte Thema, auf das er, wiewohl berechtigt, doch jetzt nicht eingehen wolle, im Reichstag noch gründlich zu erörtern. Damit war das interessante Intermezzo erledigt.

Im offenen Kampfe pflegen diejenigen als Sieger betrachtet zu werden, welche vor dem zurückweichenden Gegner den Kampfplatz behaupten. Bismarck, durch den Gegner in die Enge getrieben, hatte beständig die Position gewechselt. Erst erklärte er die Angaben Lamarmora's für unwahr und erlogen; dann für Actenstücke, die in unerlaubter Weise veröffentlicht seien; auf seine vertraulichen Erkundigungen hin war ihm mitgetheilt worden, daß gegen Mittheilung von Actenstücken, deren Kenntniß man in amtlichem Verhältnisse erlangt habe, in Italien ein Strafgesetz nicht bestehe; dann, als ob er alles vergessen habe, was er vorher gesagt, erklärte er die Actenstücke für „apokryph"; dann machte er Mallinckrodt zum Vorwurf, daß er die Conjunctivformen der Actenstücke in den Indicativ verwandelt und dadurch den Sinn verschlimmert habe. Als Mallinckrodt Klarheit darüber verlangte, was an der Sache wahr und was nicht wahr sei, wurde ihm als letztes Wort, das sei ein Mißbrauch der Tribüne, und die Drohung: die „Presse" werde ihm antworten.

Am Morgen des 19. Januar nahm vor der Tagesordnung Freiherr von Schorlemer-Alst das Wort „zu einer thatsächlichen Berichtigung", um auf Bismarcks Rede zu erwiedern. Er wies namentlich darauf hin, daß der Ministerpräsident sich bemüht habe zu widerlegen, was gar nicht behauptet worden war, während er auf den materiellen Inhalt der wirklich erhobenen Beschuldigungen nicht eingegangen sei. Am 29. Januar veröffentlichte die „Opinione" einen Brief des Generals Lamarmora vom 26. d. M., worin er die Glaubwürdigkeit des Generals Govone, „Verfassers des Documentes, welches den Angriffen des Herrn Mallinckrodt als Text gedient hat", aufs entschiedenste in Schutz nimmt, außerdem für die Echtheit der von ihm veröffentlichten Actenstücke aus den Depeschen des preußischen Gesandten v. Usedom selbst den Beweis antritt.

Am 18. Januar schrieb man von Berlin aus der „Augsb. Allgem. Zeitung":

„In Abgeordnetenkreisen ist der Vorschlag gemacht worden, daß, im Falle die persönlichen Angriffe gegen den Fürsten Bismarck seitens der Ultramontanen, wie die neulichen der Herren Schorlemer, Mallinckrodt u. s. w., sich wiederholen, die Abgeordneten der Mehrheit en masse den Sitzungssaal verlassen sollten, um ihre Verachtung gegen diese Art von parlamentarischer Taktik an den Tag zu legen."

Es war dies nicht eben ein Zeichen von Siegesbewußtsein, ebenso wenig wie die Sprache, welche jetzt die „liberale" Presse anschlug, um Mallinckrodt die angedrohte Antwort zu geben, die Bismarck im Parlamente nicht gefunden hatte. So schrieb die „Hamb. Börsen-Zeitung":

„Wir erinnern uns des guten deutschen Sprüchworts: ‚Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil', und nehmen keinen Anstand, das Wort, das unser Reichskanzler aus Höflichkeit nicht finden wollte, deutlich vor aller Welt auszusprechen. Die Insinuationen des Herrn v. Mallinckrodt gegen einen Mann, dem die Schuhriemen zu lösen er nicht werth ist, fassen einen Grad von Unverschämtheit und Erbärmlichkeit in sich, wie sie nur ein unverfrorener Jünger Loyola's, der als willenloser Leichnam die Befehle seiner Vorgesetzten ausführt, und dem es einerlei sein muß, ob er für seine Person sich lächerlich macht und den Stempel alberner Blamage mit sich trägt, besitzen kann. Es scheint, als ob dem Centrum der blinde Gehorsam gegen clericale Befehle höher steht als persönliche Ehre — anders wäre es nicht zu begreifen, daß ein Mann wie Mallinckrodt nach den zerschmetternden Keulenschlägen der Entgegnung des Fürsten Bismarck sich noch öffentlich zeigen mag, daß ein Mann, dem man allgemein Verstand zuschreibt, überhaupt der clericalen ultramontanen Partei angehören kann; — von einem Dummkopf können wir uns solches erklären, nicht von einem Manne, der gewohnt ist, seinen Verstand zu gebrauchen, der noch nicht auf jede Menschenwürde verzichtet hat, noch nicht Leichnam in den Händen seiner Vorgesetzten sein will. Fürst Bismarck hat wohl mit Recht erwähnt, daß er der am stärksten und besten gehaßte Mann aller Länder Europa's sei. Aber dieser Haß, den ihm Aberglaube, Zelotismus und Dummheit entgegentragen, wird bei weitem ausgeglichen durch die Liebe und Verehrung, die ihm die gesammte urtheilsfähige deutsche Nation nicht nur, sondern auch das unparteiische civilisirte Ausland zollen."

Das volle Verständniß dieser Auslassungen ermöglicht eine Berliner Correspondenz der „Magdeb. Zeitung", eines angesehenen, von der officiösen Preßleitung damals mit Vorliebe benutzten Blattes.

„Nicht unbemerkt ist es geblieben, daß der Obertribunalsrath Reichensperger in stolzer Vornehmheit solchen Debatten, die nur auf Skandal berechnet sind, fern bleibt. Die demagogischen Wühler des Centrums gehören der Klasse der Beamten außer Dienst an oder sind wohlhabende Gutsbesitzer. Zu letzterer Kategorie zählt Schorlemer-Alst, zu jener gehört der Minister a. D. v. Mallinckrodt. Letzterer trat aus dem Staatsdienst, um ausschließlich der römischen Sache dienen zu können. Innerhalb des Jesuitenordens nimmt er, wie erzählt wird, eine hohe

Stelle ein. Er correspondirt mit der Curie und erhält von Antonelli wie vom Jesuitengeneral directe Weisungen. Wenn die ‚Germania' von Rom aus prompt bedient wird, so verdankt sie dies dem einflußreichen Agenten v. Mallinckrodt, der von dem, was ihm anvertraut wird, so viel an die Presse abgibt, als gerade für erforderlich geachtet wird."

Etwas feiner gehalten, aber auch etwas deutlicher das Mißbehagen über den Verlauf des großen Zweikampfes verrathend ist die Besprechung desselben durch die „Spen. Zeitung":

„Die nationalen Parteien sind von dem ganzen Gebahren der Centrumsfraction, die systematisch die Arbeiten des Hauses hemmt und aufhält, die fortwährend Spaltung und Streit hervorzurufen strebt und die gehässigsten Diatriben in die Tagesordnung einschmuggelt, mit tiefem Ekel erfüllt. Die nationalen Parteien, so hoch sie jede parlamentarische Meinungsäußerung oder Mittheilung des Ministerpräsidenten zu schätzen wissen, können gleichwohl das Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß Fürst Bismarck, was allerdings im vorliegenden Fall am wenigsten zu vermeiden gewesen sein mag, die ultramontanen Kläffer einer Antwort würdigt . . . Wir haben aber zu dem Wunsche, daß Fürst Bismarck den Schwarzen nicht sobald wieder die Ehre erweisen, vielmehr das von ihm bezeichnete ‚Gebiet' der Geringschätzung [1] auf die Giftpflanzung des Centrums ausdehnen wolle, noch einen ganz besondern Grund. Es ist uns auf das bestimmteste versichert, und wir trauen den Jüngern Loyola's natürlich auch dies zu, daß unter den Ultramontanen förmlich verabredet ist, den Reichskanzler durch gehässige Angriffe zu reizen, wobei auf nervöse Erregung und Aufwallung des thätigsten Arbeiters im Reiche speculirt und eine aufreibende Wirkung stetig wiederkehrender Gehässigkeiten vorausgesetzt wird. Wenn der Ministerpräsident in diese Behauptung Zweifel setzen und den schlimmsten Feinden immer nicht das Schlimmste zutrauen mag, nun so möchte der Gedanke bestimmenden Einfluß auf ihn üben, der den großen Friedrich erfaßte, als er nach der Zorndorfer Schlacht die zerlumpten, unansehnlichen Gefangenen inspicirte: ‚Und mit dem Gesindel sollen wir uns herumschlagen!'"

Eine noch feinere Absicht als die, den Fürsten Bismarck durch wiederholte Aufregungen umzubringen, wollte ein Berliner Correspondent der „Augsb. Allgem. Zeitung" im Vorgehen Mallinckrodts entdeckt haben. Er schrieb:

„Man möchte fast glauben, daß Herr v. Mallinckrodt mit seiner Anklage auf Mangel an Patriotismus gegen den Fürsten Bismarck einen andern Zweck verfolgte als den, den Reichskanzler bei der deutschen Nation zu discreditiren. Dem

[1] In seiner zweiten Rede gegen Mallinckrodt (16. Januar) hatte Bismarck die Worte gebraucht: „Ich habe mir nachgerade eine ziemlich hochmüthige Verachtung gegen diese Elaborate (die gegen Bismarcks Politik polemisiren) angewöhnt, und die Herren (vom Centrum) sind auf dem besten Wege, mich dahin zu bringen, daß ich das Gebiet, was davon betroffen wird, noch weiter ausdehne." Allerdings hinderte diese Verachtung nicht zahlreiche eben damals erfolgende Confiscationen, Verfolgungen und Verurtheilungen der katholischen Blätter wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck.

Gründer des Reiches Verrath am Reiche vorzuwerfen, das war ja geradezu lächerlich; Mallinckrodt hat sicherlich auch gar nicht darauf gerechnet, Glauben zu finden. Allein wer die Hartnäckigkeit beobachtete, mit welcher die ultramontanen Blätter den ganzen Sommer hindurch das Lamarmora'sche Buch besprochen haben, dem mußte sich die Vermuthung aufdrängen, daß sich die Partei mit der Hoffnung schmeichelte: es könne jene unglückselige Publication noch einmal Veranlassung zu Differenzen zwischen Deutschland, Italien und Oesterreich geben, wenn man es nur verstünde, zur rechten Zeit die Discussion auf dasselbe zu lenken. Herr v. Mallinckrodt hat nun wenigstens das eine zu stande gebracht: in die guten Beziehungen zwischen der deutschen und der italienischen Regierung einen Mißton zu bringen."

Für Mallinckrodt vermehrten sich von jetzt an nicht nur die Zahl der beschimpfenden anonymen Zuschriften, sondern auch der persönlichen Angriffe und Verdächtigungen in der Presse. Bismarck hingegen veröffentlichte im „Reichsanzeiger" vom 24. Januar folgende Erklärung:

„Die Zahl der mir betreffs der jüngsten Debatten im Abgeordnetenhause telegraphisch und schriftlich zugegangenen Zustimmungen und wohlwollenden Kundgebungen ist so erheblich geworden, daß die anfängliche Absicht der besondern Beantwortung einer jeden nicht möglich ist. Ich beehre mich daher, auf diesem Wege für die bei jenem Anlaß aus allen Theilen des Reiches und des Auslandes mir gewordenen Beweise der Anerkennung und des Vertrauens den verbindlichsten Dank auszusprechen."

Allein schon bald bezeichnete die „Kreuzzeitung" und mit ihr viele Bismarck sehr ergebene Politiker dessen schroffes Abläugnen der den Berichten Govone's zu Grunde liegenden Aeußerungen als einen „Fehler". Es brauche keineswegs verschwiegen zu werden, daß des Fürsten deutscher Patriotismus im Kern ein durchaus preußischer sei. Sollte daher General Govone die Aeußerung des Fürsten Bismarck: „er sei viel weniger Deutscher als Preuße", in diesem Zusammenhange mit der besprochenen Frage erfunden haben, so hätte er darin eine feine Personen- und Sachkenntniß in betreff der deutschen Verhältnisse gezeigt, wie sie für einen nationalitätsschwärmenden Italiener geradezu erstaunlich wäre. Es sei eben damals Bismarcks Gedanken gewesen, „Deutschland in Preußen aufgehen zu lassen". Der „Reichs- und Staatsanzeiger" hätte den Fehler in der Vertheidigung Bismarcks durch ein zeitiges Einlenken wieder gutmachen sollen. Mallinckrodt stand also nicht allein, wenn er die Angaben in Lamarmora's Buch für wahr gehalten hatte.

Der nächste Sturm, der gegen Mallinckrodt in eben diesen Tagen losbrach, war sehr geheimnißvollen Ursprungs. Ein Telegramm von Wien vom 21. Januar, das alsbald in der Presse die Runde machte und üppig glossirt und commentirt wurde, besagte:

„Der preußische Landtagsabgeordnete Herr v. Mallinckrodt hat an seinen oberösterreichischen Gesinnungsgenossen Weiß v. Starkenfels ein Schreiben gerichtet, in

welchem er demselben die preußische Parteiorganisation als Muster empfiehlt und dringend zur Vereinigung aller österreichischen Katholiken zu einer ‚fertigen Partei‘ auffordert.“

Daraufhin brachte die „Germania“ vom 28. Januar die Erklärung Mallinckrodts:

„Die Zeitungen beschäftigen sich seit einigen Tagen recht fleißig mit einem ‚Schreiben des Herrn v. Mallinckrodt an den österreichischen Abgeordneten Herrn Weiß v. Starkenfels‘. Ich habe indessen nicht die Ehre, diesen Herrn zu kennen, und habe demselben niemals einen Brief geschrieben.

Berlin, den 27. Januar 1874.

v. Mallinckrodt,
Mitglied des Abgeordnetenhauses.“

Als Mallinckrodt diese Worte niederschrieb, hatte er selbst noch nicht den Schlüssel zur Lösung für dieses merkwürdige Zeitungsgerücht. Erst unter dem 26. Januar wandte sich von Wien aus Legationsrath Weiß v. Starkenfels selbst, weil mit Mallinckrodt völlig unbekannt, an einen dem preußischen Abgeordnetenhause angehörigen deutschen Grafen seiner Bekanntschaft, um durch dessen Vermittlung den so plötzlich Angegriffenen aufzuklären.

Bei einer Versammlung im katholischen Casino in Linz hatte ein Redner die Lage der Dinge in Preußen besprochen und bei rühmender Erwähnung Mallinckrodts Weiß v. Starkenfels mit ihm in Vergleich gebracht. Dieser hatte gegen den Vergleich Protest erhoben, da er nicht werth sei, einem solchen Manne die Schuhriemen aufzulösen, und hatte bei dieser Gelegenheit der Versammlung versprochen, ihr einen Beleg zu erbringen von der Geisteshöhe dieses großen Mannes. Er löste sein Versprechen, als er vor seiner Abreise nach Wien noch einmal in demselben katholischen Casino die Gründe darlegte, die ihn und seine Gesinnungsgenossen zum Eintritt in den Reichsrath bewogen hätten, und den Gedanken ausführte, daß dort die katholische Sache die Grundlage und der Angelpunkt aller Bestrebungen der Partei und ihrer Führer sein und bleiben müsse. Er gestand bei dieser Gelegenheit, einer der Hauptgründe, die ihn zum Eintritt in den Reichsrath bestimmten, sei der Eindruck gewesen, den ein Brief Hermann v. Mallinckrodts an P. Greuter[1] auf ihn gemacht habe. Er hatte von diesem Briefe Abschrift genommen und las ihn jetzt der Versammlung stellenweise vor. Der Redner ahnte nicht, welche Wirkung dies alsbald auf die liberale Presse üben sollte. Er beschreibt dieselbe in folgender Weise:

[1] Der bekannte Parlamentsredner und Priester Joseph Greuter, gewöhnlich „Pater Greuter“ genannt, Professor am Gymnasium zu Innsbruck, Führer der ultramontanen Majorität im tiroler Landtag und seit 1864 deren Vertreter im Abgeordnetenhaus des Wiener Reichsraths.

„Der Bericht in unseren Blättern über meine Rede erschien vorigen Mittwoch (21. Januar) in höchst allgemeinen Ausdrücken gefaßt; vom Briefe war nicht gesagt, wann und an wen er geschrieben worden war; keine Stelle war citirt, sondern nur gesagt, daß ich erklärte, was von einer ‚fertigen Partei', von welcher der Brief sprach, zu verstehen sei. — Es zündete: Telegramme flogen an die liberalen Blätter; Leitartikel über die Brutstätten, welche Herr v. Mallinckrodt in aller Herren Länder anlege, füllten die Spalten derselben, und es wurde um so mysteriöser, je weniger die Leute von der Sache selbst wußten und erfahren konnten."

„Da ich die Ehre nicht habe, Herrn v. Mallinckrodt zu kennen," fährt v. Starkenfels fort, „so bitte ich Sie, hochgeborener Graf, demselben die obigen Aufklärungen über den Sachverhalt zu ertheilen, damit er nicht etwa glaube, daß irgendwie eine Indiscretion eingelaufen sei. Angesichts der Wirkung, welche die Sache im gegnerischen Lager gemacht und die sich mehrt, je weniger man dort Bestimmtes erfahren hat und erfahren kann, angesichts auch des Umstandes, daß wir in den nächsten Tagen den Mallinckrodt'schen Spuren zu folgen haben, unterließ ich jedwede Berichtigung, bin aber gerne bereit, falls Herr v. Mallinckrodt es wünscht, der ‚Augsb. Allgem. Zeitung' eine Berichtigung einzusenden . . ."

Wirklich richtete er unter dem 30. Januar an die „Nordd. Allgem. Zeitung" die Erklärung, daß er „niemals durch ein Schreiben des hochverehrten Hermann v. Mallinckrodt ausgezeichnet worden sei".

Es war übrigens nicht mehr wie natürlich, wenn zwischen den Vertretern des katholischen Volkes, die in Oesterreich wie in Deutschland dem gleichen Feinde gegenüberstanden, Zeichen der Sympathie und des Interesses ausgetauscht wurden. So hatte am 5. Mai 1873 der „katholisch-patriotische Verein in Niederösterreich" an die deutsche Centrumsfraction eine Zustimmungsadresse gerichtet, und in einem Schreiben, gezeichnet von Windthorst, Savigny, den beiden Reichensperger und Mallinckrodt als Vorstandsmitgliedern, war von seiten des Centrums am 17. Mai geantwortet worden.

„Wir leben der Hoffnung," hieß es in dem Antwortschreiben, „daß das, was wir in dem harten Kampfe unter dem Beistande Gottes erstreben, heute in jedem katholischen Volke, wo der zerstörende, widerchristliche Zeitgeist den Kampf gegen die Kirche zu Gunsten der Staatsomnipotenz erheben mag, dieselbe energische Vertretung wie im preußischen Landtage finden werde. Das ist es eben, was uns in dieser schweren Zeit mit so großer Zuversicht erfüllt, daß der mächtige Widerstand, welcher sich gegen die letzten Anstrengungen des von Gott verlassenen falschen Liberalismus erhebt, nicht das künstliche Werk einer kleinen Zahl von Parteigenossen ist, sondern in der immer herrlicher erwachenden kirchlichen Gesinnung unseres braven Volkes beruht. Uns war es nur vergönnt, von dieser Gesinnung des hinter uns stehenden Volkes offenes und lautes Zeugniß abzulegen, und wenn wir auch nach ehrlichem Kampfe einer erdrückenden Majorität erlagen, so verlassen wir dennoch den Kampfplatz nichtsdestoweniger mit der Siegesgewißheit, daß die parlamentarischen Errungenschaften unserer Gegner an der unerschütterlichen Glaubensfestigkeit des um seine ausgezeichneten Oberhirten geschaarten Volkes gründlich scheitern werden

und daß der Staat sich bald genug in seinem eigenen Interesse genöthigt sehen wird, die Fesseln wieder zu lösen, die man der Kirche in diesen Tagen angelegt hat."

Seit seinem Aufenthalte in Wien, Ende Mai 1867, und der damit in Verbindung stehenden Reise durch Oesterreich war Mallinckrodt auch nicht ohne persönliche Bekanntschaften daselbst geblieben. Bis dahin war es nur sein alter Lehrer, der ehemalige Director von Hohenheim, H. W. Pabst, gewesen, eben 1867 als Ministerialrath pensionirt, durch den er mit Wien Verbindungen hatte. Dessen Schwiegersohn Fr. Krauß sollte einer der ersten sein, den er bei seiner Reise in Wien aufsuchen wollte. Daß er aber damals auch in specifisch-katholischen Kreisen dort Bekanntschaften anknüpfte, zeigt eine Zuschrift des Professors Dr. jur. Tewes in Graz[1].

„Im Frühjahr dieses Jahres", schreibt derselbe, „bat ich Mallinckrodt, der mir, als freudigste Errungenschaft für mein ganzes Leben, seit 1867 Gönner geworden, in Angelegenheit einer Arbeit über den passiven Widerstand gegen Gesetz und Obrigkeit um Rath und Beihilfe, die der edle Mann bei der Ueberfülle seiner Pflichten mir in reicher Weise zu theil werden ließ. Daran anknüpfend schrieb er zum Schluß seines Briefes: ‚Gebe Gott, daß Ihr Episkopat in die Linie des unserigen eintritt! Dann wird sich der katholische Geist auch in Oesterreich frisch beleben und innerlich vertiefen, und dann werden Sie mit dem „Liberalismus" rascher fertig werden als wir, weil er bei uns in dem confessionellen Gegensatz und Vorurtheil, sowie in dem Abfall der meisten Protestanten von allem positiven Glauben eine Stütze findet, die nicht über Nacht zusammenbricht.'"

Die Brief-Affaire hatte der Presse so gute Dienste gethan, daß man bald den Versuch machte, sie zu erneuern. Am 6. Februar 1874 tagte zu London das große Meeting der englischen Katholiken, das bestimmt war, den Glaubensgenossen in Deutschland bei der über sie hereingebrochenen Verfolgung die Theilnahme und Achtung ihrer Brüder in England auszusprechen. So groß war der Zudrang, daß drei Versammlungen gleichzeitig in verschiedenen großen Räumen abgehalten werden mußten. Zahlreiche Beistimmungstelegramme waren aus den verschiedensten Städten Deutschlands, Oesterreichs und Italiens in St. James' Hall eingetroffen. Einer der Redner, der Earl of Denbigh, hatte in längerer Rede die Resolution begründet:

„daß die Unterdrückung und Vertreibung religiöser Genossenschaften, gegen die kein Beweis von Vergehen oder Illoyalität vorgebracht werden konnte, ein tyrannischer Mißbrauch der Gewalt sei von seiten der gesetzgebenden Körperschaften und der Regierung Deutschlands".

Zum Schluß seiner Rede las er der Versammlung ein Stück aus einem Briefe vor, den er „von einem deutschen Edelmann", der inmitten dieser

[1] „Vaterland", 15. Juni 1874.

kirchlichen Verfolgungen lebe, vor kurzem erhalten habe. Den Namen des Edelmannes nannte er nicht. Er sei überzeugt, dieser Brief werde aller Herzen erwärmen. Der Brief drückt die Freude aus über das Meeting, fordert auf zu gemeinsamem Gebet, auch zu einer öffentlichen Anerkennung der heldenmüthigen Haltung des eben schwer bedrängten Erzbischofs Ledochowski und lobt den echt katholischen Sinn, den in so schwerer Zeit die Glaubensbrüder in England bethätigen.

Am folgenden Morgen, 7. Februar, stand in der Wiener „Neuen Freien Presse“ das Telegramm: „Man verlas Briefe des Abgeordneten v. Mallinckrodt und des Erzbischofs Ledochowski.“

Die Nachricht machte dann die Runde; Mallinckrodt hielt es nicht für der Mühe werth, zu dementiren. Sowohl die Gewandtheit des englischen Ausdrucks wie die nähere persönliche Bekanntschaft mit Lord Denbigh, welche der Wortlaut des Briefes voraussetzte, machten es unmöglich, daß er der Schreiber des Briefes war. Thatsächlich war der Brief vom Grafen Paul v. Hoensbroech.

---

13. Auf der Höhe des Culturkampfes.

(Januar und Februar 1874.)

Unbeirrt durch alle Angriffe der Presse fuhr einstweilen Mallinckrodt fort, seine Kräfte im Parlament zum Wohl des Landes einzusetzen, und noch bevor man an die eigentlich kirchlichen Fragen aufs neue herangetreten war, hatte er oft Gelegenheit gefunden, der Regierung und der herrschenden Mehrheit die Wahrheit zu sagen.

„Meine Herren! Ich möchte darauf aufmerksam machen,“ bemerkte er treffend zur Ehegesetzdebatte am 19. Januar 1874, „daß Sie im Begriffe sind, eine wirkliche Grausamkeit zu begehen durch die Annahme dieses Paragraphen, so wie er von der Regierung Ihnen vorgeschlagen ist. Sie werden nämlich erreichen, daß wir mit der Publication des Gesetzes einen Zeitraum von einigen Wochen im Lande fixiren, in dem die armen Brautleute gar nicht mehr getraut werden können. Es gibt ein vollständiges Vacuum für die Eheschließungen . . .“

Nun zeigte er, wie mit der Publication des Gesetzes die Aufgebote nach der frühern kirchlichen Ordnung nicht mehr gelten, die neuen durch die Civilbehörde noch nicht vorgenommen werden könnten, ohne Aufgebote aber auch die Trauung nicht stattfinden dürfe und wie selbst gegenüber der klaren Bestimmung des Gesetzes die Minister außer stande seien, durch eine Instruction an die Unterbehörden der Sache abzuhelfen. Er schloß:

„Immerhin ist es nützlich, darauf aufmerksam gemacht zu haben, und ich möchte insbesondere auch noch hervorheben, daß dies wiederum ein Beitrag ist zu der Beweisführung, daß heutzutage die Gesetze ganz außerordentlich leichtfertig gearbeitet werden. Das kommt von den Tendenzgesetzen, wenn man nicht das wirkliche Bedürfniß mit ruhigem Auge sachgemäß prüft, sondern immer nur mit Hast arbeitet, um einem bestimmten politischen Tageszweck dadurch zu dienen."

Vergebens suchte der Justizminister, Dr. Leonhardt, die Brautleute im Lande damit zu trösten, daß durch königliche Dispens ihnen geholfen werden könne, und daß sie ja nur ihre Hochzeit um 14 Tage vor oder 14 Tage nach der Publication des Gesetzes zu verlegen hätten. Mallinckrodt blieb dabei, daß die Sache verkehrt angefaßt sei, und daß „so etwas auf das Publikum einen ganz eigenthümlichen Eindruck machen müsse in Beziehung auf unsere Legislatur", und daß es gar nicht praktisch sei, die Leute, wenn auch nur zeitweise, in unangenehme Verlegenheit zu bringen.

Einen wichtigern Punkt, der mehr noch die Schäden der modernen Legislatur ins Licht stellte, betraf eine Bemerkung (27. Januar), als Mallinckrodt eine vom Minister des Innern verfochtene Ansicht unterstützte, obgleich er dabei die Befürchtung aussprach, es möchte dem Minister diese Unterstützung vielleicht gar nicht angenehm sein.

„Das alles sind Gesichtspunkte," äußerte er über die Rede des Ministers, „die mir an sich durchaus richtig erscheinen; aber ich kann der Conclusion nicht folgen, daß man, um derartigen Bedürfnissen abzuhelfen, nun eine neue Städteordnung für die ganze Monarchie geben müsse. Meine Herren! Werfen sie doch nur einmal einen Blick auf die Reihe von Städteordnungen, die wir im Laufe dieses Jahrhunderts in Preußen bekommen haben! Wenn sie ganz unbefangen prüfen, dann, glaube ich, werden Sie anerkennen müssen, daß die beste und die freisinnigste Städteordnung, die wir überhaupt gehabt haben, die allererste von 1808 gewesen ist. Mit jeder neuen Städteordnung haben wir einen Rückschritt gemacht. Ich glaube deshalb, die Befürchtung ist gar nicht ungerechtfertigt, daß, wenn wir jetzt über Hals und Kopf eine neue Städteordnung für das ganze Land machen, wir eine noch schlechtere kriegen, als die wir haben. Es ist mit den Landgemeindeordnungen ganz ähnlich gegangen, meine Herren; z. B. in Westfalen ist ganz entschieden die älteste Gemeindeordnung von 1841 die beste, und was wir seitdem erhalten haben, ist allemal weniger gut gewesen."

Schon das Civilstandesgesetz, welches so lange Zeit das Haus der Abgeordneten beschäftigt hielt, war eigentlich gegen die Kirche gerichtet gewesen. Es war nothwendig gemacht worden durch die Maigesetze, indem der Staat die von maigesetzwidrig functionirenden Priestern eingesegneten Ehen und vollzogenen Taufen und Beerdigungen nicht in ihren bürgerlichen Wirkungen anerkennen wollte. Allein da hier kein wesentliches Gut der Kirche auf dem Spiele stand, hatten die Redner des Centrums nach Kräften zu der Besserung des Gesetzes beigetragen und im übrigen den Dingen ihren Lauf

gelassen. Aber es standen auch außerdem noch für diese Session schwere kirchliche Kämpfe bevor. Es waren schon 19. Januar zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, in welchen die Maigesetze des vorigen Jahres beträchtlich verschärft wurden. Der eine, „das Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer", sollte die Zustände in jenen Diöcesen ordnen, in welchen die Bischöfe voraussichtlich von der Absetzung durch den Staat betroffen werden würden. Das andere, „Declaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen", sollte den Bischöfen die letzte Möglichkeit nehmen, die Seelsorgestellen zu besetzen, ohne dadurch mit den Maigesetzen in Conflict zu kommen. Mehrfach hatten sich nämlich die betreffenden Priester auf Grund eines mit Pfarrern getroffenen Privatabkommens als „Hilfsgeistliche" verwenden lassen. In diesem Falle aber brauchte die Anstellung durch den Bischof und die Anzeige beim Oberpräsidenten nicht zu erfolgen, und so konnten die Schwierigkeiten des „Gesetzes" umgangen werden.

Ein kleines Vorspiel zu den schweren Kämpfen, welche die neuen Gesetzesvorlagen in Aussicht stellten, bot die Interpellation des Freiherrn v. Loë (24. Januar) wegen der Maßregeln gegen den „Verein der deutschen Katholiken" und der Auflösung und Untersagung von vielen katholischen Versammlungen ohne gesetzlichen Grund. Unter den Abgeordneten, die 22. Januar die Interpellation unterschrieben hatten, stand Mallinckrodts Name an erster Stelle. Er und Windthorst bemühten sich auch, für die Interpellation Zeit zu schaffen. Auf 3 Uhr war sie angesagt, und erst $3^1/_2$ Uhr geruhte man, damit zu beginnen, nachdem $11^1/_2$ Uhr die Sitzung ihren Anfang genommen hatte. Mallinckrodt verlangte Versetzung der Interpellation auf eine andere Tagesordnung, damit sie, wie sie es verdiente, zu eingehender Würdigung kommen könnte. Windthorst machte die Billigkeitsgründe dafür geltend, aber für solche Gründe war man damals nicht zugänglich. Auf diese Weise wurde eine Besprechung der Interpellation unmöglich, die Begründung durch Freiherrn v. Loë und die Antwort des Ministers hielten ohnehin schon die Abgeordneten bis $5^1/_2$ Uhr im Hause fest.

Mit dem 29. Januar begann die Berathung des Etats für das Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten. Gleich anfangs wies Mallinckrodt im Namen des Centrums die Bewilligung der 11 800 Thaler für den „Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten" mit der kurzen Erklärung zurück, daß „die Errichtung des fraglichen Gerichtshofes ein rechtswidriger Eingriff der Staatsgewalt in die kirchliche Freiheit", und daß sie „nicht in der Lage seien, dem Erkenntnisse eines solchen Gerichtshofes irgend welche für die kirchlichen Beziehungen maßgebende Bedeutung beizulegen".

Noch dieselbe Sitzung brachte eine seiner bedeutendsten und vielleicht die schärfste von all seinen Reden, — eine der wenigen, wenn nicht die einzige,

bei der seine Fractionsgenossen ihn in wirklicher Erregung gesehen haben. Es stand auf dem Etat „Kapitel 120, ‚Katholische Geistliche und Kirchen‘, Titel 2. Bedürfnißzuschüsse . . . insbesondere für einen neuen katholischen Bischof 16 000 Thaler". Bereits hatte P. Reichensperger in seiner überlegenen Weise den katholischen und rechtlichen Standpunkt dem Berichte Miquels gegenüber dargelegt. Mit einer leidenschaftlichen, von theologisch-polemischen Excursen vollgepfropften langen Rede hatte der Altkatholik Dr. Petri geantwortet. Daraufhin erklärte der Cultusminister Falk „die Gesichtspunkte durch die betheiligten Parteien erschöpft" und gab dann seine eigene Auffassung von der Sache, indem er erklärte:

„Es ist auch wahr, es ist in der altkatholischen Bewegung — ich weiß ja nicht, wie sie sich weiter entwickeln wird — ein Moment enthalten, welches mit den Intentionen der Regierung übereinstimmt: das ist allerdings der Kampf gegen Rom, und wenn sie von diesem Gesichtspunkt aus sagen, die Regierung habe sich mit diesem Antrag eine Waffe schaffen wollen in ihrem Kampfe, nun, in der Weise kann ich den Satz acceptiren . . ."

Auf diese offene Kriegserklärung hatte Mallinckrodt hauptsächlich zu antworten. Dem Abgeordneten Dr. Petri, der einen ganz isolirten Standpunkt einnahm, sich bei seiner Rede „in ein gar weites Netz von Widersprüchen eingewickelt", sich überdies gar zu weit auf das Gebiet kirchlich-religiöser Streitfragen eingelassen und sich dadurch auf ein für das Abgeordnetenhaus „völlig falsches Gebiet begeben" hatte, antwortete er nur kurz, aber überwältigend in einigen Punkten, indem er schloß:

„Was auf dem Staatsgebiete des revolutionären Volkes Souveränitätsprincip ist, das ist das Auftreten der ‚Altkatholiken‘ in der katholischen Kirche. Daß sie Gesinnungsgenossen finden, die dazu Beifall klatschen, nun, das ist ja keine an sich sehr verwunderliche Erscheinung. Daß es aber Staatsregierungen gibt, die es sich zur förmlichen Staatsaufgabe machen, die Revolution aufzupäppeln, auf alle mögliche Weise sie heranzuziehen und zu entwickeln, daß ist allerdings eine etwas erstaunliche Erscheinung."

Damit wandte er sich den Vertretern der Regierung und der staatskirchenrechtlichen Frage zu und begann damit, die vorliegende Position des Etats und die dazu gegebenen Erklärungen dem Fluche der Lächerlichkeit anheimzugeben: Die Regierung hat sich dabei gedreht und gewunden wie „ein Aal in der Reuse", sie wußte ihre Maßnahmen schlechterdings mit der Logik nicht in Einklang zu bringen. Der Regierungscommissar erklärt, die Regierung stelle sich „vollständig neutral", der Minister dagegen, sie wolle den „Kampf gegen Rom". In früheren Phasen des Kampfes wurde stets geläugnet, daß die Kirche bedroht sei, jetzt wird die Maske gelüftet. In einem und demselben Satze spricht die Regierung von einem „katholischen Bischof" und einer „altkatholischen Gemeinschaft", der dieser Bischof vorsteht. Ueber-

dies hatte der Abgeordnete Petri seine ganze lange Rede darauf verwendet, zu beweisen, daß sich hier zwei getrennte Gemeinschaften mit völlig divergirenden religiösen Ueberzeugungen gegenüberstehen, und doch sollte man eine Position bewilligen für einen „katholischen Bischof". Nachdem so die ganze Vorlage der Regierung moralisch gerichtet war, da wurde Mallinckrodt ernst:

„Aber das ist kein anerkennenswerthes Verfahren für eine Staatsregierung," fuhr er fort, „wenn sie sich in solche Zweideutigkeiten einläßt in dem schlecht versteckten Vorhaben, die katholische Kirche, wie sie in der ungeheuern Mehrzahl des Volkes und ihrer geschichtlichen Vergangenheit und Entwicklung vor ihr steht, durch eine Begünstigung einer vom politischen Gesichtspunkte aus revolutionären kirchlichen Bewegung allmählich zu vernichten, sie mehr und mehr zu vergiften, um sie so allmählich der Vernichtung entgegenzuführen. Das ist die Tendenz! Dieser Vergiftungsproceß kennzeichnet sich in der ganzen Gesetzgebung, wie wir sie in den Maigesetzen erhalten haben. Es ist der geheime Gedanke, der lediglich darauf hinausgeht, durch eine Beeinflussung der Kirche in all ihren Organen und all ihren Lebensäußerungen ihr einen andern Geist zu infiltriren als den, der ihr eigen ist, und sie dadurch ihrem Wesen nach umzugestalten zu dem Dinge, das der Abgeordnete Petri als das Wünschenswertheste hingestellt hat, zu einer Nationalkirche und als weitere Instanz zu der unsichtbaren Kirche für alle. Wenn Sie an dem Ziel der unsichtbaren Kirche für alle angekommen sind, dann wird wohl niemand mehr behaupten, daß es sich noch um die katholische Kirche handelt. Denn daß die katholische Kirche eine unsichtbare ihrer Begriffsbestimmung nach wäre, habe ich noch in keinem Kirchenrecht gelesen, und Sie werden es ebenso wenig gelesen haben. Nun behaupte ich aber — und daraus mache ich der Regierung einen sehr ernsthaften Vorwurf —, ja ich klage den Herrn Cultusminister an vor der Landesvertretung und vor dem ganzen Lande, ihn, der immer darauf zurückkommt, daß die Gesetze des Staates beobachtet werden müssen, ihn klage ich des **Gesetzesbruches** an . . ."

„Nur einmal habe ich ihn wirklich aufgeregt gefunden," schrieb bald nachher ein Fractionsgenosse über Mallinckrodt [1], „sein katholisches Blut wallte ob all der Unbilden, mit denen man unsere Kirche zu schlagen sich bemüht und gleichwohl die Hände waschend ausruft: ‚Wir wollen ja der katholischen Kirche nichts!' Es war in jener denkwürdigen Sitzung am 29. Januar d. J. im Abgeordnetenhause, wo er mit fast erstickender Stimme dem Cultusminister ‚Gesetzesbruch' entgegenschleuderte."

Den streng juristischen Beweis für seine Anklage blieb der Redner nicht schuldig, und keine Zwischenrufe vermochten ihn daran zu stören; sie waren nur dazu angethan, die Ueberlegenheit seines Geistes und seines Wissens in glänzenderem Lichte erscheinen zu lassen. Dann aber folgte er dem Cultusminister noch auf ein anderes Gebiet, zu den Anklagen, welche dieser gegen den Bischof von Ermland erhoben.

[1] „Deutsche Reichszeitung", 1. Juni 1874.

„Der Herr Cultusminister . . . hat gemeint," bemerkte er in Bezug auf die Angelegenheiten des so schwer bedrängten Bischofs, „das hätte man sich denn doch unmöglich bieten lassen können, daß der gesagt habe, bei einem Zwiespalt zwischen dem canonischen Recht und dem Staatsgesetz müsse er in kirchlichen Dingen zunächst den kirchlichen Gesetzen Folge leisten und müsse erwarten, daß von den maßgebenden höheren Instanzen, der Staatsregierung auf der einen Seite und der römischen Curie auf der andern Seite, eine etwaige Collision beseitigt würde. Ich denke, es ist nie ein correcterer Satz ausgesprochen worden. Das muß jeder anerkennen, der überhaupt zugibt, daß die christlichen Kirchen irgend welche kirchliche Selbständigkeit haben. Haben sie eine kirchliche Selbständigkeit, dann sind für sie in kirchlichen Dingen die Kirchengesetze das Maßgebende, und wer diese Selbständigkeit läugnet, der etablirt dadurch nichts anderes als die Staatsomnipotenz über die Gewissen. Wenn Sie das wollen, meine Herren, gut, dann helfen Sie der Regierung auf ihrem Wege. Wir wollen es nicht, und deshalb leisten wir der Regierung Widerstand."

Schon in den Sitzungen vom 31. Januar und 4. Februar stand er wieder in der Bresche für eine Sache, die ihm von jeher sehr am Herzen gelegen hatte, für die confessionelle Schule. In der erstern Sitzung handelte es sich um die Etatsbewilligung für die Schullehrer-Seminarien, und die Budgetcommission hatte dabei den Vorschlag gemacht, die „confessionellen Bezeichnungen der Seminarien und Präparandenanstalten wegfallen zu lassen". Man versuchte, dies als eine ganz unschuldige, durch rein praktische Gründe gerathene Maßregel erscheinen zu lassen. Mallinckrodt widerstand lebhaft.

„Ich glaube, daß es sich um wesentlich weitergreifende Gesichtspunkte handelte," bemerkte er gegen den Berichterstatter, „und möchte nicht, daß das Publikum darüber im Unklaren bliebe. Ich möchte das um so weniger, als es nach meiner Beobachtung auch die Methode des Cultusministeriums ist, über die Dinge, die im Werden begriffen sind und die man anstrebt, möglichst Stillschweigen zu beobachten, damit sie schon Wirklichkeit erlangt haben, ehe eigentlich die Welt eine Ahnung davon hat, was werden soll; nachher kommen dann mitunter die Geständnisse freilich an den Tag. Ich bin nun der Meinung, die Tendenz des dem Hause gemachten Vorschlags geht darauf hinaus, die confessionelle Verschiedenheit der Seminarien und in weiterer Consequenz der Elementarschulen überhaupt schlechtweg zu beseitigen. Daß man das nicht mit einem Sprunge realisiren will, das ist sehr richtig, aber die kleine, als ganz unwesentlich hingestellte Maßnahme ist nichts anderes als wie eine Etappe auf diesem Wege, und da, meine ich, ist es nothwendig, von vornherein die Sache zu signalisiren als das, was sie ist, und ihr Widerspruch entgegenzusetzen . . . Wer einmal im Princip nachgegeben hat, ist gegenüber unserer Schulleitung ganz sicher über die Richtung, in der weiter gearbeitet wird. Ihre protestantischen Schullehrerseminarien sind ganz sicher nicht in Gefahr, daß sie überflutet würden durch den katholischen Geist, den der katholische Lehrer hineinbrächte. Da sind Sie ganz sicher, ebenso wie die ganze Bureaukratie sicher dagegen ist, daß nicht etwa durch ein Uebermaß von katholischen Beamten in maß-

gebenden Stellungen der vorhandene Geist irgendwie beeinträchtigt werde. Aber umgekehrt liegt die Sache ganz anders. Wo nur eine kleine Oeffnung ist, wo man nur einen andern Geist infiltriren kann, da seien Sie gewiß, daß man die Gelegenheit mit Wonne ergreift; und wenn einmal erst festgestellt ist, es existirt in Beziehung auf die Schullehrerseminarien kein confessioneller Unterschied, dann dauert es nicht lange, und wir haben kein Schullehrerseminar mehr im ganzen Lande, das auch nur eine Majorität von katholischen Lehrern hätte, geradeso wenig wie wir jetzt im ganzen Lande irgend ein anderes bedeutenderes Collegium haben, wo noch eine Majorität von katholischen Mitgliedern existirte, und wenn es auch in rein katholischen Gegenden wäre. Es ist gerade die Tendenz darauf gerichtet, den katholischen Geist auf dem Wege der Schule aus dem Volke herauszubringen, und deshalb fängt man damit an, daß man zuerst das Lehrerpersonal in den Schullehrerseminarien sich so zurechtsucht, daß der Geist der künftigen Schullehrer möglichst auf die staatskatholische Fährte gelenkt wird, und so arbeitet man mit diesen Candidaten dann in die Elementarschulen hinein.“

Eine spätere Debatte derselben Sitzung gab ihm noch einmal Gelegenheit, „zur Beurtheilung der Pädagogik in Preußen“ durch eine längere Rede die Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen. Mit Anfang Februar standen dann die eigentlich kirchlichen Kämpfe bezw. die Verhandlung der neuen kirchenpolitischen Gesetze in Aussicht. Man hatte es damit so eilig, daß 3. Februar der Abgeordnete Rickert sogar beantragte, die folgende Sitzung, den „Schwerinstag“, statt wie üblich und wie auch jetzt vom Präsidenten beabsichtigt, mit der Erledigung von Petitionen, diesmal mit Berathung der Kirchengesetze auszufüllen. Aber Mallinckrodt, gestützt auf seine vorzügliche Kenntniß aller Schlupfwinkel der Geschäftsordnung und secundirt von Windthorst, leistete so entschiedenen Widerstand, daß Rickert seinen Antrag zurückzog. Doch sollte auch dieser Schwerinstag (4. Februar) nicht müßig für Mallinckrodt verlaufen. Es handelte sich um eine Petition des protestantischen Magistrats von Guben in Schlesien, der sich sträubte, den kleinen Beitrag zu gewähren, welchen die katholische Gemeinde für ihre confessionelle Schule von seiten der Stadt in Anspruch nahm, und um eine ähnliche Petition der Stadt Sommerfeld. Mallinckrodt nahm, abgesehen von persönlichen Bemerkungen, dreimal das Wort zu ausführlicher Rede. Es brachte ihn diese Frage auf eine bittere Erfahrung seiner frühern Beamtenlaufbahn, und er nahm keinen Anstand, seine Eindrücke, wie er mehrmals schon früher[1] gethan, auch jetzt wieder offen auszusprechen. Er beschrieb den gewöhnlichen Hergang, wie confessionelle Minoritäten ihre Privatschulen zu errichten pflegen, und wie dann, wenn diese Schulen zahlreich genug besucht seien, die Regierung der Billigkeit und selbst Gerechtigkeit entsprechend meist fordere, daß solche Schulen als öffentliche einklassige Schulen anerkannt und unterstützt würden.

[1] Vgl. S. 186 und 335.

„Dieser an sich durchaus billige Gesichtspunkt", fuhr er fort, „ist in Preußen keineswegs etwa vorzüglich zu Gunsten der Katholiken zur Geltung gekommen, sondern ebenso sehr und mehr zu Gunsten der Protestanten. Sie finden in den überwiegend katholischen Gegenden verhältnißmäßig viel mehr protestantische Confessionsschulen, die als öffentliche Schulen anerkannt sind, bei einer verhältnißmäßig geringen Kinderzahl, als das umgekehrt in den überwiegend protestantischen Gegenden der Fall ist. Dagegen besteht ein Unterschied, ein Unterschied, der nicht stark genug betont werden kann. In den katholischen Gegenden finden die katholischen Stadtbehörden es ganz in der Ordnung, daß die Gemeindemittel auch zu Gunsten der Minoritäten in Anspruch genommen werden; aber in den überwiegend protestantischen Gemeinden, da macht sich die Intoleranz so breit, wie sie sich nur machen kann, und dort bäumt man sich hoch auf, und wenn man bei dem Ministerium nicht durchdringt, so wendet man sich in so und so viel Petitionen noch an die Häuser des Landtags, um den billigsten Anforderungen einer katholischen Minorität nicht zu entsprechen, und selbst wenn die Dinge seit einem Dutzend von Jahren geordnet sind, dann wird jeder Umschlag des politischen Wetters sofort benutzt, um abermals mit Petitionen heranzustürmen. Daß diese meine Behauptung der Toleranz auf der katholischen Seite und der Intoleranz auf der protestantischen Seite eine vollständig begründete ist, dafür will ich Ihnen ein Beispiel anführen. Unter den großen Städten ist die allerultramontanste Stadt bekanntlich die Stadt Aachen. Wissen Sie nun, was diese Stadt aus freiem Beschlusse des so ausschließlich mit Ultramontanen besetzten Stadtraths für die Confessionsschule thut? Ich kann Ihnen sagen, daß pro Kopf der katholischen Bevölkerung der Aufwand für die Schulen 4 Thaler 26 Sgr. 4 Pf. beträgt, pro Kopf der evangelischen Bevölkerung zahlt dagegen die Stadt 5 Thlr. 13 Sgr. 10 Pf., und pro Kopf der jüdischen Bevölkerung zahlt die Stadt Aachen 6 Thlr. 15 Sgr. Sehen Sie, meine Herren, so verstehen die Magistrate in den überwiegend katholischen Orten Recht und Billigkeit. Sie markten nicht ängstlich und kleinlich, ob man für eine andere Confession ein paar Groschen mehr ausgibt; nein, auch dazu ist man gern bereit, und dann geht man nicht hin und brüstet sich vor der ganzen Welt mit ungeheurer Toleranz, wie wir es alle Tage von seiten der protestantischen Confession hören, sondern man *thut* es, während die anderen *sprechen*, aber in ihren Handlungen das Gegentheil thun . . . Das Motiv (bei den Magistraten der katholischen Städte) liegt darin, daß die Behörden eine viel bessere Auffassung von Recht und namentlich von *Freiheit* haben. Wir erkennen die Freiheit nicht darin, daß wir gewaltsam denen, die anderer Ansicht sind, unsere Auffassung aufzwingen, sondern darin, daß wir auch den abweichenden Auffassungen freie Bewegung lassen. Wir erkennen die Parität nicht darin, daß man die Leute verschiedenster Bekenntnisse in ein Chaos zusammenwirft, sondern darin, daß man jedem Bekenntniß die freie Bewegung einräumt, die es zu seiner Entwicklung zu bedürfen glaubt, und von diesem Begriffe der Parität aus handeln unsere Städte, und ich glaube, daß sie da auf dem durchaus richtigen Boden stehen. Vergleichen Sie damit die Basis, auf die die beiden Herren Vorredner (Graf Bethusy-Huc und Dr. Wehrenpfennig) sich gestellt haben: sie wollen umgekehrt alle Confessionen in eine Schule hineinbringen. Zu welchem Zwecke? Etwa um im Interesse aller dieser Confessionen und jeder ein-

zelnen die confessionelle Auffassung zu pflegen und zu entwickeln? O nein! Lediglich zu dem Zwecke, alle allmählich aufzulösen in das, was gar nicht mehr greifbar ist."

Aber auch der Regierung glaubte er bei dieser Gelegenheit einige Vorhaltungen nicht ersparen zu sollen. Er wies auf den Unterschied hin, der bei Entstehung der Schulen für protestantische Minoritäten einerseits und für katholische andererseits beobachtet werde:

„Der Unterschied ist nur der, daß, wenn es sich um eine kleine entstehende Gemeinde evangelischen Bekenntnisses handelt, die Staatsfonds gerne zu Diensten sind, wenn es sich aber um eine kleine entstehende katholische Kirchengemeinde handelt, wir aus unseren Beuteln bezahlen müssen."

Damit nicht zufrieden, wollte er auch dem Cultusminister in dieser Verhandlung einen Denkzettel geben, der es wohl diesmal nicht erwartet hatte. Falk war nicht selbst erschienen, hatte aber als seinen Vertreter den Geheimen Oberregierungsrath Linhoff gesendet, der als ausgezeichneter Katholik bekannt und dabei einer der ältesten und bewährtesten persönlichen Freunde Mallinckrodts war, den Katholiken schon deshalb ehrwürdig, weil er das einzige der Mitglieder der einstigen „katholischen Abtheilung" war, das sich noch im Staatsdienste befand. Schon in der Petitionscommission hatte Linhoff einen günstigen, für die Katholiken beruhigenden Bescheid gegeben, welcher auch gegenüber einer für die katholische Gemeinde von Guben ungünstigen Abstimmung des Hauses aufrecht erhalten werden sollte. Er dachte daher auch nichts weniger, als daß gerade in dieser Sache ein Angriff auf das Cultusministerium erfolgen würde, das er vertrat. Allein der Krieg war von seiten des Cultusministeriums einmal erklärt, und gegenüber dem Recht des Krieges galt bei Mallinckrodt kein Recht der Freundschaft und gegenüber der Sache kein Ansehen der Person. Er hatte eben darauf hingewiesen, daß auf protestantischer Seite sehr viel von Toleranz gesprochen werde, in den Handlungen aber das Gegentheil geschehe; dann fuhr er mit absichtlicher Ignorirung der officiellen Stellung seines Freundes fort:

„Wollen Sie nun ein glänzendes Zeugniß für die Richtigkeit meiner Behauptung geben, dann nehmen Sie den Antrag der Commission an, und dann berufen Sie sich, wenn Sie wollen, darauf, daß bei Verhandlung dieser Sache, wo es sich um die Vertretung des Rechtes einer von der Regierung seit Jahren anerkannten katholischen Anstalt handelt, unser jetziger Herr Cultusminister in diesem Hause fehlt!"

Am 7. Februar begann die Berathung der neuen Kirchengesetze, zunächst des Entwurfes über „die Verwaltung erledigter Bisthümer". Wenige Tage zuvor, 2. Februar früh zwischen 3 und 4 Uhr, war der Erzbischof von Gnesen-Posen, Graf Ledochowski, verhaftet, polizeilich weiterescortirt und am 3. Februar in Ostrowo eingekerkert worden. Mit Geldstrafen und

Pfändung war man bereits auch gegen den Erzbischof von Köln, den Fürstbischof von Breslau und die Mehrzahl der Bischöfe vorgegangen. Es verlieh dies der Verhandlung einen außergewöhnlich ernsten Hintergrund. Sechzehn Redner hatten sich gemeldet, Mallinckrodt erhielt zuerst das Wort.

„In dem preußischen Staate", begann er, „hat sich im Laufe einer langen Reihe von Jahren ein sehr werthvolles Kapital von Volksvertrauen angesammelt. In den alten Landestheilen reichen die Wurzeln dieses Vertrauens in die Jahrhunderte zurück, aber auch in den neueren Landestheilen haben die Wurzeln sich ausgebreitet. Es ist dies zu danken den Eigenschaften des Herrscherhauses sowohl wie des Volkes und hat seine hohe Anerkennung gefunden in dem großen, ich darf sagen, europäischen Rufe, dessen sich das preußische Beamtenthum, sowohl in der Verwaltung wie in der Justiz, zu erfreuen hatte. Die gegenwärtige Regierung lebt theils von den militärischen Erfolgen, theils von diesem Kapital des Volksvertrauens, aber sie zehrt auch an dem Kapital, und ich vermuthe, die Stunde wird nicht gar so ferne sein, wo sie es ziemlich aufgezehrt hat . . . Das Vertrauen in die dermalige preußische Staatsregierung ist in den katholischen Landestheilen so tief erschüttert, daß man sehr nahe an der vollen Wahrheit ist, wenn man sagt, es existirt nicht mehr."

Er ging nun dazu über, die dem Gesetzentwurf beigegebenen Motive, Moment für Moment, auf ihre Stichhaltigkeit und Wahrheit zu prüfen. Er zeigte, daß man im Begriffe stehe, etwas schlechterdings Unmögliches erzwingen zu wollen, hielt dem Gesetze, mit dem man katholisch-kirchliche Verhältnisse regeln zu wollen vorgab, die klaren Aussprüche des tridentinischen Concils an die Seite.

„Da können Sie so lange spielen ‚Schau dich um, der Fuchs geht herum' —, es ist keine Stelle, wo Sie in den festen Ring hinein können. Es ist das, als wenn jemand immer mit dem Kopfe gegen eine Wand läuft, da kann er viel Unheil anrichten, sowohl auf dem Terrain, auf dem er herumläuft, dann aber auch an seinem eigenen Kopfe; aber die Wand pflegt stehen zu bleiben. So geht es auch hier."

Es gab sich von selbst, daß im Augenblick, da von seiten der Regierung ein neuer Vorstoß im Kampf gegen die Kirche geführt wurde, nicht nur das eingebrachte Gesetz selbst, sondern auch die Haltung, welche die obersten Regierungsorgane bei diesen Vorgängen einnahmen, von der Kritik berührt werden mußten. Mallinckrodt that es in der ihm eigenen geistreichen, aber einschneidenden Weise. Er hatte eben wieder die unwahre Behauptung, daß „der zehn Jahre alte Syllabus" die Ursache dieses kirchlichen Conflictes sei, zurückgewiesen und daran erinnert, wie P. Reichensperger in dieser Frage den Collegen Virchow „vollständig an die Wand gedrückt" habe, so daß derselbe erklärte, er habe eingeräumt, daß der vom Syllabus verworfene Satz ein unsinniger Satz sei. Dann habe Reichensperger in seiner letzten Rede in Bezug auf diese immer wieder vorgebrachte Behauptung wiederholt nach Beweisen gefragt.

„Der Herr Cultusminister", fuhr Mallinckrodt fort, „hat es vorgezogen, mit Schweigen zu antworten. Mir macht das den Eindruck, als wenn das eine ganz verständige, eines vernünftigen Mannes sehr würdige Methode sei — aber, meine Herren, nur unter einer Voraussetzung, daß man nämlich nichts Treffendes zu antworten weiß."

Die Frage nach den weiteren Wirkungen dieser Gesetze, welche den zweiten Haupttheil seiner Rede beherrschte bezw. den Schluß einleitete, führte Mallinckrodt naturgemäß auf den Leiter der ganzen damaligen Politik, mit dessen Individualität gleichsam die Regierung völlig zusammenfiel. Wahrheitsgetreu hatte er im voraus die Wirkungen geschildert, welche sich aus der neuen kirchenfeindlichen Gesetzgebung unmittelbar ergeben mußten. Aber er gedachte auch der weiteren Folgen, welche sie für das Leben und die Zukunft des Staates im großen mit Nothwendigkeit nach sich ziehen würde. Daß man an maßgebender Stelle diese Folgen nicht vorauszusehen und zu würdigen verstehe, das schien ihm auffallend und kaum begreiflich.

„Welches werden nun die weiteren Folgen sein?" fragte er nachdrücklich. „Mich erinnert diese Frage an eine neuliche Sitzung, in der der Herr Ministerpräsident anwesend war. Da traf ich unmittelbar nachher jemand, der auf der Tribüne gesessen und phrenologische Beobachtungen gemacht hatte. Der fragte mich: ‚Was halten Sie von der Phrenologie?‘ — ‚O,‘ sagte ich, ‚ziemlich viel.‘ — ‚Es ist mir‘, hieß es ferner, ‚höchst interessant gewesen, die Physiognomien und die Köpfe zu beobachten, und besonders frappant, wie entwickelt die Organe des Eigenwillens und der Gewaltthätigkeit an dem Kopfe des Herrn Ministerpräsidenten erscheinen. Aber‘, wurde hinzugefügt, ‚ebenso auffällig ist die mangelnde Entwicklung eines andern Organs, nämlich des Organs für die richtige Würdigung und Abwägung der Wirkungen, die aus gewissen Ursachen hervorgehen.‘"

Auch außerdem wußte er die große Rede, wie er auch sonst wohl that, durch einige humoristische Züge fesselnder zu machen. Gewöhnlich waren es ebenso drastisch geschilderte wie genau zutreffende Analogien; so diesmal die Fabel vom Wolf und vom Lamm und die vom Reineke Fuchs, der bei den Enten Ordnung schaffen muß, angewandt auf den Kampf der Regierung gegen die Kirche, oder der Beschluß des Parlamentes, daß ein Feldhuhn ein Hausthier sei, angewandt auf die vom Staate vorgenommene Absetzung der Bischöfe.

Und doch bezeichnete er selbst die Sache als „außerordentlich ernst", und war die ganze Rede danach angethan, den Ernst der Lage überwältigend zum Bewußtsein zu bringen.

„Der Grund, weshalb den Anforderungen der preußischen Regierung so entschiedener Widerspruch von kirchlicher Seite entgegengestellt wird, liegt darin, daß die Staatsgewalt das selbständige Recht der Kirche schlechthin negirt und die Forderung stellt, die Kirche soll vor allen Dingen anerkennen, daß sie dem Staate gegenüber rechtlos sei, daß sie zur unbedingten Unterwürfigkeit verpflichtet sei, und dann stellt der Herr Cultusminister hie und da eine gewisse Großmuth in der Ausübung

der staatlichen Machtfülle in Aussicht. Darauf, meine Herren, kann freilich eine Kirche, deren Alter nach Tausenden von Jahren zählt, die älter ist als irgend ein bestehender Staat der Welt, sich nicht einlassen; sie kann sich darauf nicht einlassen, ohne sich selbst und ihre Existenzberechtigung principiell zu vernichten, und diesen Selbstmord wird die Regierung der katholischen Kirche vergeblich zumuthen, und wenn sie noch so scharfe Maßregeln ergreift, das wird sie nicht erleben . . . Bei uns . . ., da handelt es sich nicht darum, das kleinere Uebel hinzunehmen, um ein größeres zu vermeiden, dafür haben es die Maigesetze gar zu gut mit der Kirche gemeint, meine Herren; die Maigesetze sind nach der Seite hin so hübsch und fein gedacht und überlegt, daß, wenn sie zur vollen Ausführung gelangten, von der katholischen Kirche, die bisher bei uns bestanden hat, in gar kurzer Zeit nichts mehr übrig geblieben wäre als vielleicht einige äußere Formen; aber der Kern der Sache, der Geist, der lebendig macht, der wäre verflüchtigt, und deshalb wäre die Nachgiebigkeit gegen diese Gesetze die Hinnahme des allergrößten Uebels gewesen, das man uns zufügen kann; denn es ist für uns oder für die Kirche ein größeres Uebel, wenn sie selbst dazu beitrüge, sich geistig vergiften zu lassen, als wenn sie äußerlich unterdrückt wird. Denn wenn sie zeitweise ganz verschwindet von unserem vaterländischen Boden, dann bleibt ihr die Möglichkeit, daß sie zur rechten Zeit im weißen Gewande wieder einzieht in das Land. Aber wenn sie sich selbst erst schänden ließe, dann wäre die Aussicht für immer dahin . . . Aber wie deutlich es auch ist, daß es sich bei diesen Gesetzen sowie bei den Maigesetzen um tiefe Eingriffe in das innerste Leben, in das Wesen der Kirche handelt, so bleibt gleichwohl und um so mehr die Frage zu beantworten: Wohin wird das führen? Und glauben Sie nicht, daß wir in dieser Beziehung die Zukunft für so heiter ansehen, oder daß wir glauben, es handle sich um eine ephemere, rasch vorübergehende Erscheinung. Nein, wir sehen mit offenen Augen die Folgen vor uns . . . Welche werden nun die weiteren Folgen sein? . . . Glauben Sie, das katholische Volk, wenn nun ein solcher Bischof, dem der Cultusminister den Mantel umgehangen und den die Bajonette begleiten, bei ihm einzieht, werde auf die Kniee sinken und um seinen Segen bitten? Das ist vergebliches Hoffen! Oder denken Sie etwa, das katholische Volk werde, wenn es seiner Seelsorge beraubt ist, nun so allmählich in das protestantische Lager sich hinüberziehen lassen? Nein, meine Herren, das geht auch nicht! Ist doch schon die Schwierigkeit zu groß, die protestantische Kirche zu finden, selbst wenn man die Laterne des Diogenes ansteckt und auf die Suche geht; dann sind so viele, die sich melden: der eine ruft ‚hier', und der andere ruft ‚hier', und alle divergiren so gewaltig, daß man verzweifelnd wieder umkehren und sagen müßte, man habe sie nicht finden können. Also die Hoffnung können Sie auch nicht hegen! Was bleibt übrig? Es beibt nichts übrig als die religiöse Verwilderung. Ein Theil wird sich sammeln und wird seine religiöse Ueberzeugung festhalten, wird sie pflegen noch eifriger, noch sorgfältiger als bisher; aber ein anderer Theil wird verwildern und wird wahrlich nicht unter den Einfluß der Mächte der Ordnung und der Autorität gerathen, nein, meine Herren! Also bedenken Sie es wohl, was Sie sich großziehen! Sie ziehen sich, wenn Sie auf dem Wege weitergehen, eine Bevölkerung groß, deren gewaltsame Umwälzungen solche Wogen aufthürmen, daß Sie darunter ganz gewiß begraben werden.

„Man kann fragen danach, meine Herren, was ist denn unsere Hoffnung? Nun, ich sage, vom gewöhnlich menschlichen Standpunkte aus gesprochen, da wäre die Aussicht, mit Ehren zu fallen, und das ist besser, als mit Schande den Nacken der Tyrannei beugen! Vom christlichen Standpunkte aus aber sage ich: Wir beten und wir rechnen fest auf den allmächtigen Gott!"

Der Cultusminister Falk antwortete, das seien Dinge, die „einer Antwort nicht würdig", „Betrachtungen ganz abstracter Art", „Wiederholungen von Erörterungen, die man schon oft genug gehört habe", es seien „Schreckbilder" und — „Räubergeschichten".

Damit war für einige Zeit Mallinckrodts Arbeit für das Abgeordnetenhaus gethan. In den Sitzungen vom 10. und 11. Februar war er nicht zugegen, vom 11. bis 24. wurden die Sitzungen unterbrochen. Dafür war aber 5. Februar der Reichstag wieder eröffnet worden, in den das Centrum mit bedeutend verstärkter Macht seinen Einzug hielt.

Eine besondere Freude mußte es für ihn sein, daß in eben diesen Tagen (17. Februar) Graf Brühl im Herrenhause den Antrag aufgriff, den Mallinckrodt selbst im December im Abgeordnetenhause eingebracht, aber infolge seiner Erkrankung nicht hatte vertreten können. Als nämlich im Herrenhause der Commissionsbericht über das Civilehegesetz zur Berathung kam, verlangte der Graf die Ablehnung des Gesetzes unter Aufforderung an die Regierung, dem Landtage schleunigst eine Vorlage über die Aufhebung der vier Maigesetze zu machen. 20. Februar unterlag zwar der Antrag mit 15 gegen 129 Stimmen, aber der Antragsteller hatte den schönen Ruhm und das katholische Volk den Trost, daß auch im Herrenhause, als der höchsten Körperschaft des Staates, mannhaft und edel die Sache der Kirche und des Christenthums geführt worden war. Um so größer war die Erbitterung darüber im „liberalen" Lager. Das damalige Leiborgan des Fürsten Bismarck, die „Nordd. Allgem. Zeitung", schrieb dazu 20. Februar:

„Der Antrag ist ein ‚alter', obschon kein ‚conservativer' (Anspielung auf die ‚Altconservativen'). Er ist ja wörtlich das Attentat der Ultramontanen im Hause der Abgeordneten auf die Staatsgesetze vom Mai v. J. Was dort der Trias Mallinckrodt-Windthorst-Reichensperger recht war, das ist den Hochconservativen des Herrenhauses nicht mehr wie billig. Ein umgekehrter ‚Wolf im Schafspelz!' ... An der wünschenswerthen Klärung der Verhältnisse fehlt es nicht: Herr v. Mallinckrodt und Herr v. Le Coq, Herr Windthorst und Graf zur Lippe, Herr Reichensperger und Herr v. Uhden sind einander vorgestellt. Die Verhandlungen im Hause der Abgeordneten haben den betreffenden Antrag der Römlinge zur Genüge illustrirt, und nun setzt die Elite des preußischen Herrenhauses ihre Namen darunter. Damit ist die Notorietät erlangt für die Handlangerdienste, welche die preußischen Feudalen der römischen Tonsurpartei leisten.

„Es ist gut, daß die Spreu sich selbst absondert. Aber es hat nichts Ueberraschendes. In dem alten Kampf der Welfen und Ghibellinen, der Hohenstaufen und der Päpste stand der richtige Junker immer als Widerpart des deutschen Königthums. Er hat die gehörige Ahnenreihe: in directer Abkunft stammt er von jenem Heinrich dem Löwen, dem gewaltigen Mitglied des deutschen Herrenhauses, dessen Prätensionen an dem Felsen der Autorität seines Königs und Herrn zerschellten.

„Dieses große Junkerthum entartete mit den Jahrhunderten zu der Gestalt eines Quitzow [1]. Der Epigone des Quitzow ist aber heutzutage eine komische Figur, die auf das Theater gehört, nicht auf die Weltbühne. ‚Mallinckrodt' ist sein Stichwort: dann tritt er aus den Coulissen hervor mit Nr. 64 (Antrag Brühl) der Drucksachen des Herrenhauses."

Tags darauf ging von „hochgeschätzter Hand" der Redaction die Berichtigung zu, daß weder Herr v. Le Coq, noch Graf zur Lippe, noch Herr v. Uhden für den Antrag Brühl gestimmt, daß sie nur aus Höflichkeit bei der Einbringung formell unterstützt hätten, ohne materiell mit demselben einverstanden zu sein.

14. Aussicht auf bessere Tage.

(Februar bis April 1874.)

Wenn Mallinckrodt wieder und wieder auf Monate hinaus durch die parlamentarischen Pflichten vom eigenen Heim ferngehalten war, so mußte dies naturgemäß eine üble Rückwirkung äußern auf Hauswesen und Kinderzucht. Die Tante auf Borchen war alt und krank und nahm weit mehr die Pflege anderer in Anspruch, als daß sie selbst irgendwie helfend oder überwachend eingreifen konnte. Es geschah mit schwerem Herzen, so oft Mallinckrodt von dem neuen Wohnsitze sich trennte. Auch mit den Dienstboten hatte er nicht viel Glück: die eine trat gerade Ostern 1873 aus dem Dienst, um zu heiraten; die Wirthschafterin war der Verwaltung des Hauswesens nicht gewachsen, so daß er, wie sehr er auch jede Härte gegen seine braven Leute zu vermeiden suchte, doch im Winter 1872 noch ihr erklären mußte, auf die Dauer werde es mit ihr nicht gehen. Aber der guten Person hatte das nicht einleuchten wollen. Sie hatte dem Hausherrn geantwortet: „wenn im nächsten Sommer das gnädige Fräulein wieder käme, dann werde es gewiß gehen".

Das gnädige Fräulein war Thekla, Freiin v. Bernhard, Elsens jüngere Schwester, die schon früher, besonders aber seit 1869, fast jedes Jahr mehrere Monate im Hause der Schwester zugebracht und sich um die Haushaltung wie um die Kinder große Verdienste erworben hatte. Schon 1862 geschieht ihrer in Hermanns Briefen sehr freundliche Erwähnung. „Thekla war seit einigen Tagen dort," berichtet er 29. April 1862 über seinen

[1] Dietrich und Johann v. Quitzow aus alter märkischer Adelsfamilie, die Hauptgegner des ersten hohenzollerischen Kurfürsten von Brandenburg, 1414 als treubrüchige Vasallen in offenem Kampfe besiegt.

Aufenthalt in München, „sie hat sich ganz nett entwickelt und wird gegen Spätsommer oder Herbst wohl in Riedenburg ins Noviciat treten." Seitdem gehörte sie eigentlich mit zur Familie. „Schwester Thekla ist hier," schreibt Mallinckrodt 27. Juli 1869 von Merseburg aus an seinen Neffen; „wenn diese einen Brei rührt, stehen die Buben herum, rühren mit und lecken." „Thekla ist uns hier von großem Werthe," heißt es in einem Briefe an Frau v. Laßberg aus dem gleichen Jahre; „wir haben alle Ursache, ihr recht dankbar zu sein, und wenn sie mal ein gutes Zeugniß braucht, dann soll sie von mir ein brillantes haben." Auch beim Geschwisterpaar auf Böddeken war Fräulein v. Bernhard lieb und wohl angesehen, und wiederholt weilte sie dort für längere Zeit. Juli 1869 wollte man sie wieder dort haben, aber Hermann meinte: „Thekla können wir euch schwerlich gleich mitgeben; sie macht sich zu nützlich"; und noch einen Monat später bemerkt er zu einem Bericht über allerhand Familienkreuz: „Thekla ist übrigens eine sehr nützliche Stütze." Auch nach Borchen war sie gleich nach dem Einzug der Familie gekommen, um ihre Schwester bei der Einrichtung zu unterstützen und in der Haushaltung zu helfen, und sie weilte da über zwei Monate. Sie stand ihr bei in den letzten schweren Tagen, und als die Schwester vollendet hatte, betteten Thekla und Hermann v. Mallinckrodt gemeinsam die theure Leiche in den Sarg. Else selbst hatte noch auf dem Sterbebette in den innigsten Worten ihrer Liebe zu Thekla Ausdruck gegeben und so die Sorge für sie Hermann ans Herz gelegt. Bis alles im Hause dann wieder seine Bahnen gefunden hatte, blieb Fräulein v. Bernhard noch für einige Wochen auf Borchen, um an den verwaisten Kleinen Mutterstelle zu vertreten. Auch Mallinckrodt selbst war sie in seinem tiefen Schmerze trostreich zur Seite gestanden. So kam es, daß in seinen Gedanken die beiden Schwestern fast zu einer Persönlichkeit verschmolzen und Thekla ihm wie ein theures Andenken an seine Else erschien. Von jetzt an blieb er auch mit ihr in brieflichem Verkehr, gerade wie mit Dine, als der andern der „beiden ihm angetrauten Schwestern".

Zu der Verlassenheit seines Hausstandes und der Sprengung des Familienbandes durch die nothgedrungene Vertheilung seiner Kinder trat bald noch ein anderer ernster Gedanke, der ihn für deren Zukunft mit schwerer Besorgniß erfüllte. Die Gewaltthätigkeit, mit welcher im Culturkampf der Leiter der preußischen Regierung voranging, die Dienstfertigkeit, mit der sowohl die sich „conservativ" wie besonders die sich „liberal" nennenden Parteien dabei die Handlangerdienste leisteten, hatten Mallinckrodts Vertrauen in die damalige Staatsregierung in furchtbarem Grade erschüttert. Nicht nur die Bischöfe und Priester sahen bereits der Gefängnißhaft entgegen, auch die Vertreter des katholischen Volkes in der Kammer sahen sich als „staatsgefährlich" und „staatsfeindlich" in der bedenklichsten Weise verdächtigt.

Mit Verletzung des Briefgeheimnisses war ein Privatbrief Windthorsts bei einer Haussuchung in Posen von der Polizei mit Beschlag belegt und dann in der Zeitung veröffentlicht worden. Stimmen waren bereits dafür laut geworden, die Redefreiheit der katholischen Abgeordneten in der Kammer zu beschränken. Wohin die Dinge führen sollten, war unberechenbar wie der gewaltige Mann, der an der Spitze stand und von dessen Wink und Laune alles abhing. Mallinckrodt seinerseits war jetzt, nachdem er so vieles erlebt, was ihm früher in Preußen unglaublich und unmöglich erschienen, von seiten Bismarcks auf das Schlimmste gefaßt. Er rechnete mit der Möglichkeit einer Einkerkerung oder Ausweisung der entschiedenen katholischen Abgeordneten oder selbst noch radikalerer und allgemeinerer Gewaltacte. Jedenfalls hielt er Zwangsmaßregeln für nichts weniger als ausgeschlossen gegenüber solchen, die, wie er, den besondern Zorn der Machthaber gereizt hatten. Er hat sich hierüber nur sehr vertrauten und zuverlässigen Personen ausgesprochen, aber es war mit ein Grund, der den Entschluß in ihm reifte, seinen Kindern wieder eine Mutter zu geben, damit sie, im Falle das Aeußerste eintrete, doch nicht ganz verlassen seien. Dazu kam, daß er in der Schwester seiner verstorbenen Gattin alle die Eigenschaften und Vorzüge fand, die er werthschätzte, und eine aufrichtige Herzensneigung ihn zu ihr hinzog. Nach vielem Gebet, langem und ernstem Ueberlegen und nach Berathung mit Leuten seines unbedingten Vertrauens stellte er an „Schwester Thekla“ die Bitte, die schwere Pflicht auf sich zu nehmen. „Es kann ja sein,“ schrieb er ihr 14. November 1873, „daß der liebe Gott uns und insbesondere Dich auf rauhe, schwere Bahnen führen wird; das müssen wir abwarten.“

„So geschah es,“ schreibt ein frommer Priester, der damals Mallinckrodt nahe gestanden, „daß die Schwester auf Erden ihm gleichsam an der Hand der im Himmel zugeführt wurde, wie auch fort und fort später der Gedanke beider nur den Begriff *einer* Liebe und *einer* Treue für ihn hatte.“

„Hermann als Vater“, berichtet der kurze Lebensabriß, der aus der Hand seiner Schwester Pauline selbst hervorgegangen, „fühlte lebhaft das Bedürfniß, den kleinen Kindern eine Mutter und dem Hauswesen eine Hausfrau wiederzugeben, was bei seinen längeren Abwesenheiten infolge der parlamentarischen Thätigkeit doppelt nothwendig erschien, und so fiel seine Wahl auf die Stiefschwester seiner seligen Frau, an welcher die Kinder von jeher mit vieler Liebe hingen, und die durch ihre gediegene Tugend, durch ihre Frömmigkeit, Liebenswürdigkeit und Häuslichkeit durchaus geeignet schien, der Trost, die Freude und Zierde seines Hauses zu werden.“

Die nöthigen Vorbereitungen waren bald getroffen. Die Trauung wurde mit Rücksicht auf die bevorstehende „geschlossene Zeit“ und die nach Ostern noch zu erwartende längere Session des Landtages auf Mitte Februar angesetzt.

30. Januar bat Mallinckrodt seinen Bruder Georg, „nun auch den Herren Söhnen die nöthigen und geeigneten Eröffnungen zu machen und insbesondere zu veranlassen, daß sie den Tag der Trauung als einen für sie wichtigen und ernsten Tag erkennen und dem Gottesdienst mit besonderer Intention für Eltern und Geschwister andächtig beiwohnen".

Am 1. Februar feierte in Berlin das Centrum wieder eines seiner gemüthlichen Fractionsfeste. Es war diesmal wieder ein solennes Diner zu Ehren der Excellenz Windthorst, der vor 25 Jahren an diesem Tage seine parlamentarische Wirksamkeit (in der hannöverischen Zweiten Kammer) begonnen hatte. Bei dieser Gelegenheit wurde dann auch von den Fractionsgenossen und den befreundeten Festgästen ein feierliches Hoch auf Mallinckrodts Braut ausgebracht und derselben sofort telegraphisch nach München berichtet. Am 2. Februar war in München und Borchen das letzte Aufgebot. Mallinckrodt hatte beabsichtigt, noch für 1 oder $1^{1}/_{2}$ Tage behufs Revision nach Mittenheim zu fahren, um von da am Nachmittag des 10. Februar in München einzutreffen. Er hatte noch Sonnabend (7. Februar) an den Debatten großen Antheil genommen, war aber dann im Abgeordnetenhause völlig frei. Allein der kleine Sieg, mit dem Windthorst die Reichstagssession in der ersten Sitzung (5. Februar) eröffnete, hielt Mallinckrodt auch jetzt noch in Berlin zurück. Windthorst hatte es nämlich durchgesetzt, daß mit der Präsidentenwahl für den Reichstag bis Montag den 9. Februar gewartet werde, da sonst die, etwas später gewählten, Abgeordneten für Elsaß-Lothringen nicht wohl zur Stelle sein konnten. Die Präsidentenwahl glaubte aber Mallinckrodt nicht versäumen zu dürfen, und so reiste er erst am Abend des 9. Februar zunächst nach Mittenheim, wo er am Nachmittag des 10. eintraf. Mittwoch Vormittag (11. Februar) sollte die Trauung stattfinden. Die Kürze der Zeit hinderte Mallinckrodt nicht, noch einmal in München durch den Empfang der heiligen Sacramente sich vorzubereiten. Er habe zwar erst vor einigen Tagen gebeichtet (Sonnabend 7. Februar), meinte er gegenüber seiner Braut, aber, wenn es auch nicht nothwendig, er wolle doch noch einmal beichten, denn wenn ein Gefäß auch noch so rein sei, es werde nur immer noch schöner, je mehr man es scheuere.

Die Trauung sollte „in voller Stille und Einfachheit" vor sich gehen, so entsprach es Mallinckrodts Wünschen, und „die Münchener drängten wegen der Cholera auf möglichst kurzen Proceß". Von seinen Verwandten wohnte niemand bei; aber, schrieb er 9. Februar nach Böddeken, „ich setze voraus, daß Ihr unserer Trauung mit einem Vaterunser assistirt". Außerhalb der Kirche war keinerlei Feierlichkeit, doch ganz ohne Sang und Klang sollte es nicht abgehen. Trotz der herrschenden Epidemie wollte sich's das katholische Centralcasino von München nicht nehmen lassen, durch seinen Sängerchor die Trauungsfeierlichkeit zu verherrlichen. Das Centrum ließ ein pracht-

volles Brautbouquet überreichen, wie es auch dem neuvermählten Paar einen goldenen Pokal als Ehrengabe widmete. Auch die Gemeinde Borchen sandte telegraphisch ihre Glückwünsche.

„Die Trauung am Hochaltar von St. Bonifaz und die folgende kleine heilige Messe mit Gesang des katholischen Casino war ebenso würdig wie einfach," berichtete Mallinckrodt selbst einige Tage später; „außerhalb der Kirche war gar keinerlei Festivität, und deshalb war es gerade in der kurzen Zeit des Beisammenseins bei Ida Laßberg recht behaglich."

Wie vorher bestimmt, war Mallinckrodt Sonntag den 15. Februar wieder in Berlin, um in der Sitzung des folgenden Tages der ersten Berathung des Reichsmilitärgesetzes anwohnen zu können. Er wurde auch sogleich wieder für diesen wichtigen Gesetzentwurf von seiten des Centrums in die Achtundzwanziger-Commission gewählt, zugleich mit Freiherrn v. Franckenstein, Freiherrn v. Wendt u. a. Es begann nun für ihn zunächst wieder die Parlamentsarbeit im Plenum und in der Commission. Am 24. Februar hielt auch das Abgeordnetenhaus wieder eine Sitzung, in welcher er zur Geschäftsordnung sprach, dann aber vertagte sich dieses bis 13. April. So blieb nur noch der Reichstag. Hier war 22. Februar Mallinckrodt einer der ersten, der unter den Antrag der elsässischen Abgeordneten (Guerber, Winterer und Genossen) auf Aufhebung der dem Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen noch beiwohnenden exorbitanten Machtbefugnisse seinen Namen setzte.

Während einstweilen die Arbeit weniger drängte, schien es einen Augenblick, als sollten ihm wieder freundlichere Tage beschieden sein. Seine Gattin war in Berlin von allen Seiten mit Auszeichnung empfangen worden. Er selbst fühlte sich glücklich in ihrem Besitz. „Wir fühlen uns ganz behaglich in dem Gefühl," meinte er, „daß wir wirklich wohl zusammenpassen müssen; denn sonst hätten wir uns in den paar Tagen nicht so leicht und vollständig miteinander einleben können, als es der Fall war." Dabei freuten ihn die netten Briefe, welche die Kinder an die Eltern sandten. Noch vor Anbruch der Osterferien, etwa gegen Palmsonntag oder 1—2 Wochen früher, wollte Frau v. Mallinckrodt nach Borchen reisen, um bis zur Ankunft des Gatten in Haus und Haushaltung alles in geordneten Stand zu setzen. Allein noch war sie nicht 14 Tage in Berlin, als die Nachricht eintraf, Mallinckrodts jüngstes Kind sei an einem Anfall von Bräune erkrankt. Unverzüglich machte sie sich auf den Weg nach Borchen, Mallinckrodt blieb allein zurück. Erst als der Kleine wiederhergestellt war, sahen sich die Gatten wieder und blieben jetzt in Berlin bis zum Beginn der Osterferien.

Als 10. März die Centrumsfraction des Reichstags mit 94 Mitgliedern sich neu constituirte, wurden die alten Führer in den Zehner-Ausschuß gewählt, neben ihnen Männer wie Freiherr v. Franckenstein, Dr. Jörg, Graf Ballestrem. Seitdem die kirchenpolitischen Kämpfe aus dem Reichstag in

den Landtag verpflanzt worden waren, pflegte Mallinckrodt seine Hauptkraft auf jenem Kampfplatze zu entfalten. Auch jetzt hatte er nicht Veranlassung, in den Verhandlungen des Reichstags so viel hervorzutreten, wie Dr. Windthorst; aber doch wurde er bald hier, bald dort in die Debatte hineingerissen. Das eine Mal machte er das Project des „Reichs-Gesundheitsamtes" lächerlich [1], eine neue Behörde, die doch wieder nicht dem Reichstag verantwortlich, sondern ein Werkzeug sein werde in der Hand des Fürsten Bismarck. Dieser aber werde im gegebenen Falle erklären, er habe keine Zeit, sich darum zu kümmern. Dann wieder bekämpfte er den Impfzwang [2], als grundsätzlicher Gegner alles Zwanges. Er sprach dabei voll Humor, recht aus dem täglichen Leben heraus. Wirklich erkämpfte er einen Sieg; mit 141 gegen 140 Stimmen brachte er den Zwang zum Falle. Die „Liberalen", die sich damit gar nicht aussöhnen konnten, mußten große Anstrengungen machen, um entgegen seinen erneuten Vorstellungen den Zwang wenigstens für jene Länder zu retten, wo er bereits bestand. Dann wieder sprach er zum Preßgesetz [3], dann wieder sehr ausführlich zum Civilehegesetz [4], wobei er indessen vermied, auf die kirchliche und kirchenstaatsrechtliche Seite der Frage noch einmal einzugehen. Nur suchte er dem Abgeordneten Völk begreiflich zu machen, „daß zwei Menschen, die sich nun einmal heiraten, sich doch nur ein einziges Mal heiraten könnten, daß es mit einem Worte nicht zwei Ehen gebe, sondern nur eine". Die Aeußerungen eines andern Abgeordneten, meinte er, seien „mit solcher Lebhaftigkeit vorgetragen worden, daß er dadurch mehr ernüchtert, als erregt worden sei". Er fand auch, daß die Abgeordneten, die in der Sache gesprochen, die Eigenschaften, die sie außer dem Hause bekleideten, nicht so ganz draußen gelassen haben, seien sie nun Pfarrer oder seien sie Professoren. Eben deshalb wolle er ihren gelehrten Excursen nicht folgen. Uebrigens, obgleich principieller Gegner der Civilehe, sei er gar nicht sonderlich böse, daß dieses alte Postulat des „Liberalismus" nun einmal seine Erfüllung finde. „Es geht damit, glaube ich, dem Liberalismus, wie es dem Schmetterlinge geht: in dem Augenblick, wo er sein Haus verläßt und in seiner ganzen Farbenpracht erscheint, da weiß jedermann, daß sein Ende gar nicht mehr fern ist." Aber der anfängliche Humor verwandelte sich sehr bald in Ernst und zwar in eine tüchtige Lection für die bayerische Regierung, die bei diesem Gesetze hauptsächlich die Hände im Spiel hatte.

Er hatte nachgewiesen, daß das neue Reichsgesetz thatsächlich dasselbe enthalte, wie das für Preußen bereits bestehende Landesgesetz, ja vielfach wörtlich aus demselben abgeschrieben sei, daß dann trotzdem in diesem Reichsgesetze noch erklärt werde, dasselbe solle mit Ausnahme von 3—4 Para-

---

[1] 9. März. [2] 14. März.
[3] 19. und 24. März. [4] 27. März.

graphen für Preußen keine Geltung haben, daß aber auch diese Paragraphen in dem preußischen Gesetze bereits enthalten seien. Er hatte das Vernunftwidrige eines solchen Vorangehens und die nothwendig daraus entstehende Verwirrung anschaulich geschildert: das bunte Durcheinander von Reichsgesetz, Landesgesetz, Verordnung des Bundesrathes, Verordnung der Landesbehörde. Auch den Antragstellern könnten diese sehr einfachen Betrachtungen kaum entgangen sein, es müsse also für sie ein anderes treibendes Motiv vorhanden gewesen sein, und Dr. Völk, als Antragsteller, habe diesem Ausdruck gegeben, indem er sagte: „Wir fordern Reichshilfe von Euch."

„Er kommt also", fuhr der Redner fort, „aus der vermeintlichen Nothlage seiner Heimat und fordert von uns ein Reichsgesetz, um diesem lokalen Bedürfniß abzuhelfen. Und weil man sich doch sagt: ‚Es ist doch gar eigen, wenn das Reich, statt Reichsgesetze zu geben, neue Landesgesetze geben wollte, ein Gesetz für Bayern, ein Gesetz für Mecklenburg, für Sachsen, für Bückeburg — das würde doch jedermann als etwas durchaus Sachwidriges einleuchten' —; deshalb hüllt man sich in das Gewand eines für das ganze Reich geltenden Gesetzes, thut man, als wenn das ein richtiges, echtes Reichsgesetz wäre, und hinten wird die Thüre weit aufgemacht, wo dann das ganze preußische Gesetz und einige andere mit Bequemlichkeit herausmarschiren . . . Nun begreife ich, daß eine Minorität in einem einzelnen Lande denkt: Ja, du kannst deinen Kopf nicht durchsetzen gegenüber der heimischen Majorität; sieh dich einmal nach Bundesgenossen im Reichstage um; da ist deine Partei vielleicht in der Mehrheit, und die hilft dir durch. Ich halte das zwar für ein durchaus nicht lobenswerthes Verfahren, auch nicht für ein weises Verfahren, denn der Weg führt sicher über lang oder kurz zu allgemeiner Verwirrung im Reich und hetzt die Parteien in den einzelnen Ländern und im ganzen Vaterlande in ungewohnter Weise heftig aneinander. Deshalb hätten wir alle Veranlassung, in dieser Beziehung vorsichtig zu sein. Aber, wie gesagt, ich begreife es doch, wenn eine Minorität in einem Lande dies thut. Wenn aber eine Landes*regierung* denselben Weg einschlägt, dann wird das Bedenken unendlich viel größer. Wenn die Regierung eines Einzelstaates gegen ihr eigenes Land, gegen ihre eigene Landesvertretung die Reichshilfe stillschweigend angeht, dann sind das gar bedenkliche Zustände, vor allen Dingen sind es Zustände, die beweisen, daß eine solche Regierung den Boden in ihrem eigenen Lande nicht hat, auf dem constitutionelle Regierungen allein lebensfähig sind. Nun mache ich die Nutzanwendung auf die *bayerische* Regierung . . . Hat denn die Regierung in Bayern ihrerseits auch nur den Versuch gemacht, im Wege der Landesgesetzgebung das Ziel zu erreichen, das sie für das wünschenswerthe hält? Antwort: Nein. Warum nicht? Weil die Regierung von vornherein sich sagte: Du kommst mit einem solchen Versuche gar nicht durch, du hast nicht die Mehrheit des Landes hinter dir, du hast nicht das Vertrauen des Landes! . . . Aber daß eine solche Regierung, statt dann den Forderungen der Mehrheit im Lande und den Anschauungen der Majorität zu weichen, sich gegen ihr eigenes Land an die *Reichs*regierung lehnt, das ist nach meiner Auffassung nun und nimmer ein gesunder Zustand."

Auch darauf hatte der Redner nachdrücklich hingewiesen, wie schlimm mit dem neuen Gesetze der preußischen Landesvertretung mitgespielt werde. Eben habe sie mit Mühe ihr eigenes Gesetz fertig gemacht, da ertheile § 50 des neuen Reichsgesetzes der Regierung plein pouvoir, so bald es ihr beliebe, ohne alle Rücksicht auf ihre Landesvertretung, dieses neue Gesetz statt des eigenen als preußisches Gesetz einzuführen.

„Das sind meine Betrachtungen," so schloß er seine erste Rede in dieser Debatte, „zu denen mich der § 49 veranlaßt hat. Hätten sie einigen Eindruck auf die verehrte Versammlung gemacht, dann würde es nahe liegen, für die dritte Lesung einschneidende Veränderungen dieser Gesetzesvorlage, wo nicht die Ablehnung des Gesetzes zu begründen. Ich bin zu derartigen Amendirungen nicht in der Lage, weil ich weiß, daß ich in der Minorität bin."

Allein mit einer ganz kleinen Aenderung wurde auch in der dritten Lesung (28. März) dieser Paragraph, wie das ganze Gesetz, angenommen.

Weitaus die merkwürdigste Rede Mallinckrodts aus dieser Zeit war indessen die vom 12. März in Sachen der Socialdemokraten. Die Abgeordneten Vahlteich und Hasenclever hatten den Antrag gestellt, die ihre Gefängnißhaft verbüßenden Abgeordneten Bebel und Liebknecht für die Dauer des Reichstags in Freiheit zu setzen. Schon im Vorjahre war am 19. März dieselbe Angelegenheit zur Debatte gekommen; Mallinckrodt hatte gegen die Antragsteller sein Votum abgegeben, weil er das, was sie verlangten, mit dem Gesetze nicht in Einklang fand, hatte aber seinerseits den Wunsch geäußert, Bebel und Liebknecht im Hause zu sehen. Dies benützte der diesjährige Vertreter des Antrages zu einem persönlichen Appell an Mallinckrodt, der „hoffentlich infolge des Culturkampfes, der so uncultivirt geführt wird, seine Ansicht geändert haben werde".

„Der Herr Antragsteller", erwiederte Mallinckrodt, „hat gegenüber den Aeußerungen, die ich in der vorigen Session bei dem gleichen Antrage gethan habe, gemeint, es möge sich meine Auffassung vielleicht seitdem geändert haben und der ‚famose Culturkampf, der in sehr uncultivirter Weise geführt' werde, der könne dazu beitragen, meine Auffassung zu berichtigen. Auch das muß ich ablehnen. Ich lehne ab, daß mein Urtheil sich durch irgend welche Rücksicht dieser Art beeinflussen lassen dürfe und beeinflussen lasse. Ich stehe auch heute auf dem Standpunkte, zu bedauern, daß die Herren Abgeordneten Bebel und Liebknecht nicht in unserer Mitte sind. Es sind zwar heute eine ziemliche Zahl ihrer Gesinnungsgenossen hier, die wir in der vorigen Session entbehrten, aber nach meiner Auffassung noch lange nicht genug; denn die Zahl von Staatsangehörigen, die hinter den Herren steht, ist eine so große, daß man nicht sagen kann, dieser Theil des Volkes sei in einer genügenden Weise in der Volksvertretung repräsentirt, und ich halte es unter allen Umständen für nothwendig, daß eine gesunde Volksvertretung ein Spiegelbild des gesammten Volkes gibt. Ich halte es aber auch noch aus einem andern speciellen Grunde für wünschenswerth, daß wir diese Partei in unserer Mitte ausreichend

vertreten sehen, und dabei leitet mich besondere Rücksicht auf die ‚liberale‘ Seite dieses Hauses. Ich halte es nämlich für äußerst wichtig, die Gelegenheit in ausreichendem Maße zu bieten, um den Beweis zu führen, daß die ‚liberalen‘ Parteien und die socialdemokratische Partei schließlich auf einem und demselben Boden stehen und gewachsen sind. Es ist von äußerster Bedeutung, daß die Gelegenheit nicht versäumt wird, dem gesammten Volke zur immer klarern Erkenntniß zu bringen, daß die Herren von der socialdemokratischen Seite wenig anderes thun, als die Consequenzen zu ziehen aus den Vordersätzen und Principien des ‚Liberalismus‘. Wo die Gelegenheit zu solcher Belehrung des Volkes versäumt wird, da ist die Gefahr groß, daß im Laufe der Zeit es zu mehr oder weniger gewaltsamen Explosionen kommt, und daß dann schließlich die Wahrheit erst kund wird in einem Augenblicke, wo es nicht mehr Zeit genug ist, um den bösen Folgen vorzubeugen."

Der socialdemokratische Redner hatte aber auch den preußischen Richterstand angegriffen und den Proceß Bebel-Liebknecht als Tendenzproceß bezeichnet. Wenn nun damals irgend eine Partei war, für welche die Versuchung zu ähnlichen Anklagen nahe lag, so war es die katholische. Als acht Jahre früher die „liberalen" Parteien dem Bismarck'schen Regiment entgegenstanden und von ihm, wenn auch in weit gelinderer Weise, wie jetzt die Katholiken, als „Staatsfeinde" behandelt wurden und deshalb zuweilen auch mit der Staatsanwaltschaft in Berührung kamen, da wiederhallte das Abgeordnetenhaus von leidenschaftlichen Anklagen.

„Die Wirksamkeit der Staatsanwälte, namentlich in Bezug auf Presse und politische Processe, ist neuerdings eine solche geworden," hatte am 20. Mai 1865 der Abgeordnete v. Hennig ausgerufen, „daß man nicht anders sagen kann als: Die Staatsanwaltschaft vertritt nicht, wie sie soll, das öffentliche Recht und das öffentliche Interesse, sie vertritt heute weiter nichts als eine bestimmte politische Partei."

Noch heftiger hatte der Abgeordnete Twesten sich geäußert, während Dr. Gneist ausdrücklich seine Zustimmung zu dessen Urtheil aussprach.

„Wo ein politisches Interesse der Regierung in Betracht kommt," äußerte er, „da wird jetzt nicht mehr nach der stricten Auslegung der Gesetze erkannt, sondern nach politischen Rücksichten, nach den Interessen und Tendenzen der regierenden Partei. Meine Herren! Der erste Grundsatz der Sittlichkeit, den ich von dem Richter verlange, das: nach dem Gesetze richten — diese Sitte kommt dem preußischen Richterstand abhanden ... Meine Herren! Ich glaube, wir können das Wort wiederholen: Das Unrecht hat alle Scham verloren."

Unvergleichlich Härteres erfuhr eben jetzt die Partei, die in dem Centrum ihre parlamentarische Vertretung sah. Aber als der socialdemokratische Abgeordnete diesen Punkt berührte, vermochte dies nicht, Mallinckrodt zu irgend einer leidenschaftlichen Aeußerung hinzureißen. Auch jetzt, da die Hitze des Kampfes ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging ihm strenge Gerechtigkeit gegen alle über seine und seiner Gesinnungsgenossen persönliche Empfindung.

„Der Herr Antragsteller sprach davon," äußerte er, „daß es heute an der Unabhängigkeit der Richter gebräche. Dem stimme ich nicht zu; ich glaube aber, es liegt seiner Aeußerung eine Verwechslung zu Grunde. Es kann sehr wohl die einzelne Person jedes Richters in voller Unabhängigkeit ihres Berufes warten, und gleichwohl kann die Unabhängigkeit der Gerichte starke Bedenken erregen. Es kommt da in erster Linie z. B. darauf an, wie die Gerichte zusammengesetzt werden, und die Bemerkung des Herrn Meyer (Thorn), daß für die Unabhängigkeit der Gerichte nichts zu besorgen sei, so lange die juristische Laufbahn jedermann zugänglich sei, schlägt keineswegs durch, solange es in der Hand der Regierung liegt, die einzelnen Richtercollegien so zusammenzusetzen, daß die Tendenzen sich zur Tendenz finden, und wenn das geschieht, ist die Unabhängigkeit der Rechtsprechung gefährdet, und darüber ließe sich vielleicht bei passenderer Gelegenheit etwas ausführlicher reden."

Auch sein conservativer Zorn flammte wieder einmal auf bei dieser Gelegenheit, erregt durch die radikale Phrase des nationalliberalen Sprechers, „jedes Privilegium sei ein Rechtsbruch".

„Das ist eine Auffassung," erwiederte er, „bei welcher die Herren von der socialdemokratischen Seite ihm (dem Vorredner) wahrscheinlich ganz beistimmen. Ich meinerseits, und ich denke jeder, der auf conservativem Boden steht, muß sich aber gegen eine solche Anschauung auf das allerbestimmteste verwahren. Die Privilegien sind mit nichten ein Rechtsbruch, sondern sie sind eben nur eine besondere Ausgestaltung des Rechtes nach einer bestimmten Seite hin; ja, meine Herren, Sie kommen sonst dazu, daß Sie Privilegien, die Sie heutzutage noch mit der allergrößten Devotion anerkennen, sehr bald als Rechtsbruch construiren möchten. Wo gibt es ein höheres Privilegium als das Privilegium der Krone, und von da herunter construiren sich eine ganze Reihe von Privilegien, die aber sehr rechtsbeständig sind."

Endlich waren nach all diesen Debatten mit dem Schluß der Sitzung vom 28. März die Osterferien herangekommen, und Mallinckrodt eilte nach Hause zum Wiedersehen der Seinen in Borchen und Böddeken. 3. April sandte er als „Ohm Graubart" Einladungen an die ganze Familie, den Ostersonntag mit ihm auf Borchen zu feiern. Der Ostermontag rief ihn dann nach Paderborn zur Erfüllung einer andern höheren Pflicht.

Das schonungslose Vorangehen der staatlichen Behörden gegen die katholischen Bischöfe, um von ihnen durch Geldstrafen und Pfändung und Androhung selbst von Kerkerhaft und Absetzung die Befolgung von Gesetzen zu erzwingen, deren Anerkennung gegen ihr Gewissen war, hatte allenthalben im katholischen Volke lebhafte Theilnahme und Aeußerungen der Ergebenheit und Anhänglichkeit gegen die geliebten Oberhirten hervorgerufen. In Köln, Münster, Breslau u. s. w. trat der echt katholische Sinn des Volkes glänzend zu Tage, und der katholische Adel, eingedenk seines idealen Berufes, stand allenthalben bei diesen Kundgebungen mannhaft und ritterlich an der Spitze. Auch Bischof Konrad Martin von Paderborn war am 10. März die Ver-

urtheilung zu einer Geldstrafe von 2000 Thalern vom Oberpräsidenten angezeigt und deren Verdoppelung in Aussicht gestellt, falls nicht binnen vier Wochen die in Frage stehenden Pfarreien nach der durch die Maigesetze vorgeschriebenen Weise dauernd besetzt würden. Kurz darauf wurde er unter Androhung einer neuen Geldstrafe von 500 Thalern und weiterer Executionsstrafen vom Oberpräsidenten aufgefordert, die über einen abgefallenen Priester verhängte Suspension zurückzunehmen. Von da an mehrten sich täglich die Kundgebungen der begeistertsten Theilnahme von seiten der einzelnen Dekanate, Gemeinden und Adelsfamilien. Am 25. März hielten 6000 Männer des Regierungsbezirkes Arnsberg ihren Einzug in die festlich geschmückte Stadt Paderborn, ihrem Bischof mit dem Ausdruck herzlicher Theilnahme das Gelöbniß unwandelbarer Treue darzubringen. Viele dieser Männer waren von weitem hergekommen und waren zwei bis drei Tage unterwegs gewesen. An der Spitze stand zahlreich vertreten die katholische Ritterschaft. Sprecher war Freiherr v. Schorlemer-Oberhagen, die von 40 000 Männern des Bezirkes Arnsberg unterzeichnete Adresse verlas Freiherr v. Ketteler. Schon am 1. April folgten 3500 Männer aus dem Kreise Höxter unter Anführung des Grafen v. Bocholz-Asseburg. Die gesammte katholische Ritterschaft des Kreises war dabei anwesend; der einzige, der wegen Krankheit hatte fern bleiben müssen, hatte ausdrücklich sein Bedauern darüber ausgesprochen.

Aber ein noch großartigeres Schauspiel sollte sich Ostermontag, 6. April, in der alten Bischofstadt entfalten, wo die drei Kreise und Dekanate Paderborn, Warburg und Büren zu einer großen Monstredeputation sich vereinigten. Auch hier schloß, wie die „Germania“ schrieb, die gesammte katholische Ritterschaft dieser Kreise sich an, „besonders das par nobile fratrum Dr. v. Mallinckrodt-Nordborchen und -Böddeken“. Von früh 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr dauerte fast ununterbrochen der Einzug der etwa 12 000 Männer, die theils zu Eisenbahn, theils zu Fuß, theils zu Wagen von allen Seiten eingetroffen waren, bei prachtvollstem Wetter in die im Fahnenschmucke prangende Stadt. In drei verschiedenen Abtheilungen erschien die Deputation vor dem Bischof. Schon um 2 Uhr wurde die aus den Kreisen Warburg und Büren empfangen, sie zählte etwa 7000 Männer; als Sprecher stand an ihrer Spitze Georg v. Mallinckrodt-Böddeken. Der Garten beim bischöflichen Palais war mit Männern dicht angefüllt, die angrenzenden Straßen und die Fenster der benachbarten Häuser mit Zuhörern dicht besetzt. Zuerst sprach Justizrath Grüter aus Warburg, dann kurz und martig Georg v. Mallinckrodt:

„Bischöfliche Gnaden!

Aus der Stadt Büren und den Gemeinden des Amtes sind wir gekommen, um unsern Bischof zu sehen und unsere hohe Verehrung ihm auszusprechen. Wir thun dies in einem Zeitpunkt, wo eine schwere Verfolgung der Kirche in drohender Nähe vor uns steht.

„Nach dem Vorgange unseres Episkopates und Clerus sagen auch wir: ‚Wir sind bereit!‘ Denn wenn dem Volk der richtige Weg in leuchtendem Beispiel gezeigt wird, kann es nicht irre gehen noch auch zurückbleiben. Bei den zunächst zu erwartenden traurigen Tagen mag ich nicht verweilen.

„Kein Mensch auf Erden weiß, wie weit zu gehen den Widersachern gestattet sein wird' — ich zeige hin auf die Tage unseres gewissen Sieges, des Sieges der Wahrheit, der Freiheit und des Rechtes, des Sieges unserer heiligen Kirche.

„Möge es uns bald vergönnt sein, alsdann unter Jubel unserem geliebten Oberhirten entgegenzurufen:

Es lebe unser hochwürdigster Bischof Konrad! Hoch!"

Ergreifend waren die Erwiederungsworte des Oberhirten, und als er an die lautlos horchende Menge die Frage richtete: „Wollt Ihr stets festhalten an dem Felsen Petri und stets unerschütterlich treu bleiben dem Glauben Eurer Väter und Vorväter?" da erscholl als Antwort ein siebentausendfaches stürmisches „Ja!" aus Männerbrust.

Eine Stunde später erschien die zweite Massendeputation, 5000 Mann hoch, unter ihnen Hermann v. Mallinckrodt. Vor dem Westernthor hatte er sich seiner Pfarrgemeinde beigesellt und war mitgezogen bis zum bischöflichen Palais. Als er die Treppe hinanstieg, richteten sich die Blicke der Menge auf die hohe edle Gestalt. „Seht, das ist Hermann v. Mallinckrodt," rief einer dem andern zu, und als er bald darauf oben am Fenster sichtbar wurde, begrüßte ihn das stürmische Hochrufen der unten Harrenden. Er nahm zuerst das Wort im Namen der Gemeinden Nordborchen, Kirchborchen, Alfen und vieler anderer, die ihn beauftragt hatten. Auch er wies hin auf die Gewißheit des endlichen Sieges. „Groß sei der Kampf unserer Tage, groß die Leiden der Kirche, aber der Sieg sei an die Fahne des Kreuzes geheftet. Wie am gestrigen Ostertage die Osterfeuer auf den heimatlichen Bergen geleuchtet, so würden dann Freudenfeuer auf den Waldeshöhen den Sieg der Kirche verkünden."[1] Nachdem auch noch Kaufmann L. Brenken aus Delbrück gesprochen, und der Oberhirte nach herzlichen Dankesworten die Anwesenden gesegnet hatte, erschien gegen 5 Uhr auch die Deputation der katholischen Männer von Paderborn, 4000 an der Zahl. Am gleichen Tage waren noch aus 12 Gemeinden Ergebenheitsadressen mit mehreren tausend Unterschriften beim Bischof eingelaufen.

Tiefbewegt über das außerordentliche Schauspiel dieses Tages, wo 16 000 opfermuthige Männer erschienen waren, ein Zeugniß ihres Glaubens abzulegen, kehrte Mallinckrodt am Abend nach Borchen zurück. Allein so sehr war damals sein Name mit der Sache der Kirche verknüpft, daß der

[1] Um dieselbe Stunde, da er diese Worte sprach, fand in Potsdam in aller Stille die Todtenfeier für den ehemaligen Cultusminister v. Mühler statt, der 2. April aus dem Leben geschieden war.

Tag der Huldigung für den Bekenner-Bischof zugleich ein Tag der Anerkennung für den muthigen Glaubensvertheidiger im Parlamente werden sollte. Schon frühmorgens waren über 20 Wagen aus Wünnenberg, Haaren und anderen benachbarten Orten mit Laub und Blumen bekränzt und mit Fahnen geschmückt auf ihrer Fahrt zur Bischofsstadt durch Nordborchen gekommen. Alle waren abgestiegen und, die Fahnen voraus, zum Hofe Mallinckrodts gezogen, um den großen Kämpfer für die katholische Sache zu ehren. Abends bei der Heimkehr wiederholte sich dasselbe Schauspiel mit den Abgesandten der Gemeinden Hegensdorf und Umgegend, während von den vorüberziehenden Wagen derer, die schon am Morgen zur Stelle gewesen, lautes Hochrufen zum Haus herüberklang. „Haltet aus,“ rief Mallinckrodt seinen biederen Westfalen zu, „steht fest in Eurem Glauben Schulter an Schulter und vertraut auf Gott, Er wird helfen.“

Acht Tage später, 14. April, erschienen unter Führung der Freifrau v. Brenken-Wewer 20 edle Frauen des Paderborner Adels vor dem Bischof, um ihm die Ergebenheitsadresse ihrer Standesgenossinnen zu überreichen; unter ihnen war Thekla v. Mallinckrodt, unter den 74 Unterschriften auch die von Bernhardine v. Mallinckrodt und deren Tochter Marie, Freifrau v. Droste-Hülshoff.

---

15. Das erste „deutsche Septennat“ (1874).

Schon Donnerstag nach Ostern, 9. April, nahm der Reichstag seine Sitzungen wieder auf, 10. April griff Mallinckrodt in die Wahlprüfungsdebatte ein, vom 11. datirt sein erster Brief nach Borchen. Der Wiederzusammentritt des preußischen Abgeordnetenhauses am 13. April währte nur wenige Minuten, die erforderlich waren, um mit Rücksicht auf die Geschäfte des Reichstages die Sitzungen bis auf weiteres zu vertagen. Dagegen begann mit demselben Tage die Hauptaction in dem diesjährigen Reichstag, der Kampf um das „deutsche Septennat“, in dem Mallinckrodt mit eine hervorragende Rolle zu spielen berufen war.

Am 21. Februar war die Commission in ihre Berathungen eingetreten. Von seiten des Centrums waren dabei die Hauptsprecher Mallinckrodt, der schon in den Jahren 1860—1863 einen in den äußeren Zügen ähnlichen Kampf um die Heeresorganisation mit durchgekämpft, und Baron v. Adelebsen, einer der wackeren Hospitanten aus Hannover, als ehemaliger Hauptmann und Compagniechef im hannöverischen Garderegiment, Soldat von Profession. Der Schwerpunkt des Gesetzes, um den auch der ganze Kampf sich drehte, lag in § 1. Derselbe bildete ein in sich abgeschlossenes Con-

tingents-Gesetz, in welchem, unabhängig von der durch die übrigen Artikel geregelten Organisation, der Präsenzstand der Armee bestimmt und der Verwaltung die gesetzliche Ermächtigung ertheilt wurde, eine bestimmte Zahl von Mannschaften unter den Waffen zu halten. Als Minimal-Friedens-präsenzstärke wurden an Unterofficieren und Mannschaften 401 659 Mann verlangt (ohne die Einjährig-Freiwilligen) und die Bewilligung der hierfür nothwendigen jährlichen Ausgaben auf unbestimmte Zeit, „bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung". Es bedeutete dies vor allem eine sehr namhafte Erhöhung der Steuern — man berechnete diese auf sechs Millionen Mark für Bayern allein —, dann aber, was noch weit mehr und entscheidend ins Gewicht fiel, ein Aufgeben des Budgetrechtes von seiten des Reichstags.

Der eigentliche Kern der Frage war, ob bei Bemessung des für die jeweiligen Verhältnisse erforderlichen Militäraufwandes und des Umfangs zulässiger Beurlaubungen die deutsche Volksvertretung künftig noch ein wirksames Wort mitzusprechen habe oder nicht. Es konnte kein Zweifel sein, daß die Majorität des Reichstages, die Nationalliberalen und Conservativen, bereit waren, an Truppen und Geld alles zuzugestehen, was die Regierung wünschte, und selbst die widerspänstig gewordene Fortschrittspartei war nicht abgeneigt, auf eine längere Reihe von Jahren das Geforderte zu bewilligen. Also in Bezug auf die Wehrkraft nach außen, die Kostenfrage, die Präsenz- und die Recrutirungsziffer hatte die Regierung bereits klare Bahn. Das Centrum, das sich auch gegen die neue Belastung des Volkes sträubte, stand hier in entschiedener Minorität. Aber das, worauf es der Regierung jetzt ankam, war eine Frage der innern Politik und des Staatsrechtes, ob künftig ein Parlament mit vollem Budgetrecht fortbestehen solle oder nicht, und hier drohte der Regierung eine Niederlage. Die Zusammensetzung des Reichstags war eine solche, daß die vereinigten Nationalliberalen und Conservativen nur um weniges den Stimmen von Centrum, Fortschritt, Polen und Elsässern überlegen waren. Nun machte aber in dieser Frage nicht nur der Fortschritt entschieden Front gegen die Zumuthung der Vorlage, sondern auch der unabhängigere Theil, der sogen. „linke Flügel" der Nationalliberalen. Gelang es nicht, diesen gefügig zu machen, so mußte das ganze Gesetz fallen, indem die Regierung aus politischen und agitatorischen Rücksichten das in der Vorlage enthaltene Organisationsgesetz als von dem Contingentsgesetz (dem § 1) untrennbar erklärt hatte.

An Agitation für die Vorlage wurde das Menschenmögliche geleistet, in der officiösen Presse der Stand der Frage möglichst verdreht, die Gefahren von außen in dunkelsten Farben geschildert, alle Gegner des Gesetzes als Reichsfeinde gebrandmarkt, das Gerücht von einer bevorstehenden Aussöhnung der Regierung mit den „Ultramontanen" um den Preis der Zu-

stimmung zu diesem Gesetze immer wieder aufrecht erhalten. Französische und russische Blätter mußten zu Hilfe kommen und schienen plötzlich in Deutschland an Ansehen zu steigen. Bei der ersten Berathung, 16. Februar, hatte Graf Moltke im Reichstag erscheinen und die Nothwendigkeit des Gesetzes begründen müssen mit einer Rede, welche einer Bankrotterklärung der deutschen Politik gleich kam, welche Deutschland schilderte im dauernden Kriegszustand, rings von Feinden umgeben.

Durch die Zeitungen gingen beunruhigende Gerüchte von einer schweren Krankheit des Fürsten Bismarck. Gleichwohl wurden zwei Mitglieder der nationalliberalen Partei vor ihn beschieden, denen er in einer für diese Partei unmißverständlichen Weise seine Stellung zum Gesetze darlegte. Er verwies auf das Volk, das die nationalliberalen Abgeordneten auf seinen (Bismarcks) Namen gewählt habe, und von denen die Wähler wünschten, daß sie die „deutsche Reichspolitik“ unterstützen sollten; er drohte mit seinem Rücktritt oder Auflösung des Reichstages. Gleichzeitig wurde auch die „Pression von unten“ angewendet: Volksversammlungen und Zuschriften an die Abgeordneten, welche zur Annahme des Gesetzes aufforderten.

Leider wurde auch die Person des Monarchen wieder in die Frage hineingezogen. Beim Gratulationsempfang an Kaisers Geburtstag, 22. März, sprach der Kaiser gegenüber dem Generalfeldmarschall v. Wrangel und der übrigen Generalität in bedeutungsvollen Worten von „einer Krisis, die abermals über der Armee zu schweben scheine“, unter Hindeutung darauf, daß er, wie einst in den vier Jahren der Conflictszeit, aus Pflichtgefühl und Ueberzeugung auch jetzt mit „Muth und Ausdauer“ bei den gestellten Forderungen beharren werde. Die Rede wurde im „Reichsanzeiger“ abgedruckt. 29. März wurde der Präsident des Reichstages, v. Forckenbeck, zu längerer Unterredung über die Militärvorlage zum Kaiser beschieden. Das Reichsmilitärgesetz war mit einemmal die alles beherrschende Frage geworden; das neue Culturkampfgesetz, das nach demselben im Reichstag zur Verhandlung kommen sollte, fand einstweilen so wenig Beachtung, daß der darauf bezügliche Theil von Bismarcks „Krankenbettrede“ erst nach geraumer Zeit überhaupt an die Oeffentlichkeit kam.

Die Commission trat fürs erste sehr behutsam auf. Man rechnete, daß mindestens 15 von den 28 Mitgliedern auf eine Bewilligung über das Jahr 1875 hinaus sich nicht einlassen würden; aber niemand wollte mit der Sprache heraus. Auf Antrag der Conservativen wurde die Berathung über den Hauptpunkt, § 1, bis zur nächsten Woche verschoben, bis das nothwendige Material gedruckt sei, und man verlegte sich aufs Abwarten. Zum großen Aerger der Liberalen schwieg namentlich das Centrum in den zwei ersten Commissionssitzungen vollständig. „Sie halten sich offenbar zurück und rechnen auf einen Zwist zwischen Regierung und Commission“, schrieb

die „Nationalzeitung" nach der zweiten Sitzung. Die Gerüchte über Verhandlungen des Centrums hinter den Coulissen mehrten sich. Aber wenigstens die Generaldiscussion über den ersten und wichtigsten Theil der Vorlage mußte zuletzt begonnen werden. Fünf Redner hatten sich darüber geäußert, als endlich in der fünften Sitzung Mallinckrodt den Bann löste. Vor ihm hatte Major Blume als Vertreter der Militärverwaltung in umfangreichem Vortrage gesprochen, aus welchem hervorging, daß die bisherigen Beurlaubungen der im dritten Jahre Dienenden beträchtlich eingeschränkt und die thatsächliche Dienstzeit der Leute der dreijährigen gesetzlichen Dienstzeit für die Zukunft mehr und mehr nahe gebracht werden sollte. Dagegen trat nun zunächst Mallinckrodt auf.

Während es sich für die anderen in der Commission vertretenen Richtungen lediglich um die Art der Bewilligung handelte: ob durch jährliche Festsetzung des Etats, ob für eine bestimmte Zeit von längerer Dauer, oder einfach für immer nach Gutbefinden der Regierung, fand der Sprecher des Centrums auch an dem, was gefordert wurde, schwerwiegende Bedenken.

Zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen machte Mallinckrodt die Forderung einer bloß zweijährigen Dienstzeit, die wenigstens für die Infanterie völlig ausreichend sei. Er berief sich auf das Urtheil des Grafen Roon, daß unter Umständen die Feststellung einer zweijährigen Dienstzeit möglich sei. Er wies hin auf das unverhältnißmäßig große Privilegium des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes für die besitzenden Klassen, im Falle, daß der Mann aus dem Volke factisch drei volle Jahre unter der Waffe stehen müsse. Von dieser Grundlage aus kam er auch zu einer bedeutend geringern Veranschlagung der nothwendigen Friedenspräsenzstärke (ca. 320 000), und auch die Reduction der Cadres behielt er sich vor. Auf das stetige Schreckgespenst des französischen Revanchekrieges bemerkte er ruhig, daß der Ausbruch eines solchen Krieges oder dessen Verhütung auf Jahre hinaus von Preußen allein abhänge.

Nach diesem kräftigen Vorstoß des Centrums begann auch die Fortschrittspartei mit materiellen Bedenken hervorzutreten. Aber die Specialdebatte über § 1 wurde noch immer von Woche zu Woche hinausgeschoben.

Mallinckrodt ging es jetzt wie anfangs der sechziger Jahre. Schon damals hatte er auf zweijährige Dienstzeit und Beschränkung der Friedenspräsenzstärke gedrungen, aber weil er im übrigen der Regierungsvorlage günstig war, hatte man ihn dem Volke verschrieen als einen, welcher die dreijährige Dienstzeit dem Volke aufzwingen wolle. Dieselbe liberale Presse fiel jetzt über ihn her, er wolle das Einjährig-Freiwilligen-Jahr abgeschafft wissen, weise ein deutsches Militärorganisationsgesetz überhaupt zurück, wolle das Deutsche Reich Frankreich gegenüber möglichst geschwächt sehen. Es war um so leichter, diese Entstellungen aufrecht zu erhalten, da kein einziges

der über die Sitzungen geführten Protokolle in der Commission selbst zur Verlesung, Feststellung und Mitvollziehung durch den Vorsitzenden gelangte. Die abgefaßten Protokolle spiegelten nur die Auffassung des jeweiligen Schriftführers von dem Gang der Verhandlung. Das Protokoll über die Sitzung vom 27. Februar war von dem conservativen Abgeordneten v. Minnigerode abgefaßt, und Mallinckrodt hatte alsbald nach dessen Vertheilung sich dagegen verwahren zu müssen geglaubt, daß das Protokoll seinen leitenden Gedanken richtig wiedergebe. Schon da hatte er Mißbrauch der entstellten Aeußerungen durch die liberale Presse vorhergesehen, und wirklich ließ derselbe nicht auf sich warten. 3. März trat die „Germania“ der Darstellung der „Nationalzeitung“ mit Berichtigungen entgegen, 19. März sah Mallinckrodt selbst sich veranlaßt, der „Spen. Zeitung“ eine Berichtigung zugehen zu lassen. Aber auch jetzt kam der Lärm noch nicht zur Ruhe. Die Spener'sche antwortete mit einem Artikel: „Herr v. Mallinckrodt und die Einjährig-Freiwilligen“, in welchem sie unter verstümmelter Wiedergabe des an sich schon mangelhaften Protokolls ihre Behauptung aufrecht hielt, bis 23. März Mallinckrodt mit einem neuen, noch kräftigern Dementi ihr begegnete.

Erst 13. März wagte sich die Commission an den fatalen § 1. Herr v. Adelebsen stellte im Sinne Mallinckrodts den Antrag auf zweijährige Dienstzeit für die Infanterie und jährliche Bewilligung der Präsenzstärke. Als man 17. März in der Commission die zweite Lesung begann, hatte zwar für die Gesammtorganisation des Heeres sich eine Majorität gebildet, aber in Bezug auf die Hauptfragen war es zu keinem Beschlusse gekommen. Mit der Sitzung vom 20. März waren die Commissionsberathungen beendet, der Antrag der Vertreter des Centrums war zum zweitenmal abgelehnt, aber auch § 1 aus der Vorlage gestrichen. Der preußische Bundesbevollmächtigte, Kriegsminister v. Kameke, aber erklärte, daß, wenn nicht dieser in irgend einer annehmbaren Form beibehalten würde, das ganze Gesetz für die Reichsregierung keinen Werth habe. Mit diesem Ergebniß ging man in die Osterferien.

Es mehrten sich jetzt die großartigsten Agitationen und Manöver. Bereits nach der Audienz v. Forckenbecks beim Kaiser erwartete man eine Verständigung der Regierung mit der Mehrheit, und als 13. April das Gesetz im Reichstag in die zweite Berathung kam, wußte man, daß die Nationalliberalen sich „unterworfen“ hatten. Es war zu einem Compromiß gekommen, demzufolge alles von der Regierung Geforderte auf sieben Jahre, also bis 31. December 1881, bewilligt werden sollte. Selbst 14 Mitglieder der Fortschrittspartei stimmten dem Compromiß zu, 7 derselben unter der Führung Löwe-Calbe's schieden sogar infolgedessen aus ihrer bisherigen Fraction aus. v. Bennigsen brachte die Abmachung nun als Antrag vor das Haus,

man wußte aber, daß die Regierung dieselbe schon genehmigt hatte und die Majorität gesichert war. Mallinckrodt-Adelebsen stellten trotzdem ihren Antrag entgegen, und auch die Fortschrittspartei brachte einen Antrag ein auf jährliche Bewilligung. Die Socialdemokraten hatten einen eigenen Antrag gestellt auf Organisation einer „Volkswehr" statt der Armee.

Dies war die Lage der Dinge, um welche 13. bis 15. April mit ungewöhnlicher Erregtheit der parlamentarische Kampf wogte. Auch in dieser Debatte wurde die kirchliche Frage als Waffe benutzt, und die Sprecher des Centrums mußten gegenüber den gehässigen Angriffen beständig in Kriegsbereitschaft stehen. Von ihrer Seite hatte P. Reichensperger 13. April die Action eröffnet. Als 14. Mai auch Mallinckrodt zu längerer Rede das Wort ergreifen wollte, beantragte man von der rechten Seite den Schluß der Debatte. Aber der Antrag blieb in der Minderheit. Mallinckrodt sprach mit der gewohnten Ruhe und Klarheit, doch so einschneidend, daß, was man im Reichstag bis dahin kaum erlebt hatte, vier Herren vom Bundesrathstische einer nach dem andern zur Vertheidigung des Regierungsstandpunktes sich getrieben fühlten. Leider wurde Mallinckrodt durch den baldigen Schluß der Discussion die Möglichkeit einer ausführlichen Erwiederung genommen, wie auch seinen Freunden Dr. Jörg, v. Adelebsen und Windthorst das Wort abgeschnitten wurde.

Der schönste Zug in der meisterhaften Rede ist die Liebe und der Sinn für das Volk und das Leben der Familie, die sich darin kundgeben. In ihrem Interesse hauptsächlich bekämpfte der Redner das dritte Dienstjahr unter Hinweis auch auf die sittlichen Gefahren, welchen gerade in diesem Jahre erfahrungsgemäß die Soldaten besonders ausgesetzt seien. Naturgemäß konnte die so eingreifende Gesetzesvorlage nicht gründlich besprochen werden, ohne daß auf die innerpolitischen Zustände überhaupt Streiflichter fielen. Zwei Stellen verdienen eine besondere Beachtung.

Nachdem Mallinckrodt in großen Zügen anschaulich gemacht, wie, entgegen allen früher gehegten Hoffnungen, das geeinigte Deutschland sich jetzt in einen Militärstaat umwandle, fuhr er fort:

„Der Militarismus in dem geeinigten Deutschland nimmt nun aber auch in Beziehung auf die bürgerlichen und politischen Verhältnisse, eben weil er alle Verhältnisse durchdringt, ein eigenes Gepräge an. Wir befinden uns auf dem Wege zu einer Entwicklung deutscher Verhältnisse, wie Deutschland sie nie gekannt hat, solange ein deutsches Reich bestand. Wir sind in der Entwicklung begriffen von dem deutschen Fürstenthum, dem deutschen Königthum zu einem Imperatorenthum, wie wir es als näheres Beispiel in dem Napoleonismus in Frankreich gehabt haben, wie wir es auf der andern Seite in dem Czarenthum in Rußland haben, und wie es geschichtlich hinter uns liegt bei dem Volke, auf das Herr v. Bennigsen sich mit Vorliebe berufen hat. Wir haben in diesem Augenblick noch keinen Im-

perator auf dem Throne, und ich hoffe, es werden die Verhältnisse in der Beziehung auch in andere Bahnen einlenken, aber doch, meine Herren, einen Imperator auf dem Ministerstuhl, den haben wir heute schon, und vor dem beugt sich alles, was sich so gern mit nationalen Worten schmückt, sei es hoch, sei es niedrig. Wir haben nicht nur im Reich eine Verfassung, nach der es neben diesem allein maßgebenden Manne keinen Minister gibt, — heutzutage gibt es überhaupt in Deutschland keine Minister mehr, es gibt nur Wirkliche Geheime Räthe mit dem Titel Excellenz, aber Minister — der Begriff ist thatsächlich nicht mehr da. Und was das Allerbedenklichste ist, das ist die Zeitströmung. Ich habe nie in diesem Hause so vergnügte Gesichter gesehen, als vor wenigen Tagen in unserem Foyer nach der Parteiversammlung, wo man sich mit der Regierung verständigt hatte. Man sah es den Herren (Nationalliberalen) an, sie fühlten sich förmlich erlöst und befreit von dem Alpdruck. Und, was das beste, in dem Augenblick, wo die Volksvertretung im Begriff stand, eines ihrer wichtigsten Rechte auf eine ziemlich lange Reihe von Jahren zu opfern, in demselben Augenblicke versicherten die Herren, es wäre ihnen von der Regierung eine große Concession gemacht worden, eine Concession, die durchaus eines Gegendienstes bedurft hätte . . .

„Es ist von seiten des Herrn Generals v. Voigt-Rhetz die Aeußerung gefallen, man sei so discret gewesen, die Frage der Dienstzeit nicht zu berühren. Ich kann dieser Andeutung nicht folgen, weil ich absolut nicht einmal ahne, worin die Discretion oder Indiscretion in Beziehung auf die Behandlung dieser Frage gefunden werden könnte. Ich halte für durchaus loyal und in der Ordnung, mit den Ansichten nicht hinter dem Berge zu halten, sondern offen zu sagen, wie man zu den Dingen steht. Oder ziehen Sie es vielleicht vor, daß man es so macht, wie wir gestern das kleine Schauspiel erlebten? Nachdem alle Welt weiß, es ist eine Verständigung getroffen, da spricht der Führer der liberalen Seite (v. Bennigsen) die Worte aus: ‚Ich hoffe, daß es der Regierung gelingt, eine Verständigung herbeizuführen‘, und kaum sind diese Worte gesprochen, so steht der Herr Kriegsminister auf — wie zwei liebende Seelen, die gar nicht erwarten können, wo sie sich in die Arme sinken — und verliest den Beschluß des Bundesrathes, wonach die Vereinigung wirklich schon gelungen ist. Und als Begleitung dazu sagt ein verehrtes Mitglied aus der nationalliberalen Partei ganz ärgerlich: ‚Wenn die Sache innerlich lächerlich ist, dann braucht man doch nicht hier zu lachen.‘ — Also, meine Herren, so mache ich es nicht, sondern ich schenke lieber reinen Wein ein.“

Bennigsen hatte aber in seiner Rede über das Militärgesetz auch wieder einmal von dem Kampf gesprochen, welcher „der Regierung aufgedrängt worden sei von der Curie und den deutschen Bischöfen“, den die Regierung „gewiß nach sehr schwerem Entschlusse aufgenommen und durchgeführt“ habe, und welcher es nothwendig mache, „im Hinblick auf die Gegensätze, die niederzuhalten seien“, daß alles, was an nationalen Kräften in Deutschland ist, zusammenstehe. Dieser zum hundertstenmal gegen die Kirche erhobenen Anschuldigung wollte Mallinckrodt einmal mit allem Nachdruck entgegentreten. Eben von der auswärtigen Politik sprechend, hatte er die Ueberzeugung

geäußert, daß es von Preußen abhänge, den Frieden aufrecht zu halten, und beigefügt: „Ich will den Frieden." Nun fuhr er fort:

„Bei dieser Gelegenheit muß ich auch noch einer Bemerkung des Herrn Abgeordneten v. Bennigsen gedenken. Der hat nicht nur von einem großen Theile im Lande und im Reichstag gesprochen, der die Fundamente des Reichs seit 1866 nicht anerkenne, sondern er hat das auch in Verbindung gesetzt mit dem Kirchenstreite und davon gesagt: das sei nur ein Kampf, welcher der Regierung aufgedrungen sei durch die römische Curie und die deutschen Bischöfe. Was die Fundamente des Reiches angeht, meine Herren, wo ist der unter meinen Freunden, der bisher das Recht der Verträge, das Recht der Friedensschlüsse, wie ungünstig sie lauten mögen, je in Abrede stellte? Wo ist der, der die Rechtsgiltigkeit der Reichsverfassung je bestritten hätte? Es ist ein gewaltiger Unterschied, das nicht zu billigen, wodurch etwas wird, oder die Rechtsbeständigkeit des Gewordenen bestreiten. Ich lasse mir nun und nimmer mit Erfolg die Zumuthung machen, daß ich heute Recht nenne, was ich vor einer Reihe von Jahren Unrecht genannt habe, und was heute nach meiner Ueberzeugung genau unter denselben Gesichtspunkt fällt als wie früher. Aber ganz etwas anderes ist es, ob ich rechtsgiltige Verhältnisse bekämpfe; das thue ich nicht. Und was nun den kirchlichen Streit angeht, das Aufdrängen des Kampfes durch die Curie und deutschen Bischöfe, so ist das eine Aeußerung, die nicht in erster Linie vom Herrn v. Bennigsen stammt. Er reproducirt nur, was man schon öfter gehört und öfter gelesen. Ich habe es hier mit der Sache zu thun, und es gibt Dinge, für die muß man auch den geeigneten wahren Ausdruck nicht scheuen, und deshalb brauche ich ihn hier. Die Behauptung von älterem Datum ist auf gut deutsch eine bewußte Unwahrheit, es ist eine L ü g e, und um ..."

(Hier unterbrach ihn die Glocke des Präsidenten, der ihn fragte, ob diese Worte sich auf ein Mitglied des Hauses bezögen.)

„Ich denke, ich habe genug vorgebaut, um jede falsche Deutung auszuschließen (große Heiterkeit), — ja, vorsichtiger kann man wirklich nicht gut sein (Heiterkeit und Zustimmung), und es liegt mir durchaus fern — welches Interesse könnte ich dabei haben? —, eine Person in diesem Hause zu verletzen. Im Gegentheil habe ich das allerlebhafteste Interesse, das nicht zu thun, und ich behandle die Sache lediglich objectiv. Ich zweifle auch nicht, daß viele Personen hier im Hause sind, die an die Wahrheit des Satzes glauben, und denen mache ich daraus keinen Vorwurf. Höchstens werfe ich ihnen die culpa vor, denn sie hätten sich eines Bessern belehren können, und sie haben es nicht gethan, d e n Vorwurf mache ich ihnen; aber nicht den Vorwurf eines dolus.

„Aber die Sache selbst ist erfunden, und eine erfundene Unwahrheit, die heißt auf deutsch eine L ü g e, und es ist nothwendig, daß man derartige Dinge recht prägnant bezeichnet. Das thue ich nicht zu meinem Vergnügen, sondern ich thue es, weil ich das als eine nicht abzuweisende Pflicht betrachte. Es ist das ein Gegenstand von der allergrößten Tragweite in seinen Wirkungen. G l a u b t das Volk, welches nicht zu unseren Ueberzeugungen neigt, daß bei dem Streite die Veranlassung von unserer Seite ausgegangen sei — dann ist es ganz natürlich, daß

es sich mit größerer Leidenschaftlichkeit, mit größerer Heftigkeit auf die Seite der Regierung stellt, und daß es dadurch gegen sein besseres Wollen diejenigen unterstützt, von denen der Streit gerade vom Zaune gebrochen ist. Ich habe das dringendste Interesse, und nicht ich allein, nicht meine Freunde allein, sondern das ganze Land, soweit es überhaupt die Wahrheit will, soweit es das Recht will — das hat ein dringendes Interesse dabei, daß auch in diesen Dingen die Wahrheit sich kundgibt . . ."

Noch am Ende dieser Sitzung kam sein Antrag auf zweijährige Dienstzeit und jährliche Bewilligung zur Abstimmung, wurde aber, wie zu erwarten stand, mit 256 gegen 114 Stimmen (Centrum, Polen, Elsässer) abgelehnt. Schon mit diesem Tage war eigentlich die Angelegenheit abgemacht, aber die Verhandlungen über das Gesetz währten noch bis zum Abend des 17. April. Besonders bewegt war die $6^1/_2$stündige Sitzung des 15. April, wo Windthorst sich in seiner schlagenden Weise mit Bennigsen auseinandersetzte und Mallinckrodt als letzter Redner von seiten des Centrums ihm die Nachhut deckte. Auch hier war die Militärdebatte zur Culturkampfdebatte gemacht worden, und hatte Mallinckrodt auch jetzt wieder manche schwere Beschuldigung zurückzuweisen.

„Wenn endlich der Herr Abgeordnete Lasker", äußerte er gegen diesen, „doch auch seinerseits nicht umhin konnte, einen Blick auf den sogenannten Culturkampf zu werfen und meinen Freunden vorzuhalten, wie bedenklich es auf die gesammte Entwicklung der Staatsverhältnisse einwirken müsse, wenn im Lande der Widerstand gegen die Gesetze des Landes proclamirt werde, so erkenne ich das bereitwillig an, daß ein Verhältniß, wo von einem großen Theil der Landesangehörigen erklärt wird, sie seien nicht in der Lage, den Landesgesetzen Folge zu leisten, ein überaus bedauerlicher Zustand ist, ein Zustand, der überhaupt auch in Bezug auf andere Gesetze die Autorität des Gesetzes im allgemeinen schwächt. Aber die Grundfrage ist dadurch noch nicht berührt. Der Kern liegt in der weitern Erörterung, ob dieser Widerstand gegen die Gesetze ein berechtigter, ob er ein erzwungener, ob und von wem er erzwungen ist. Wenn nun ein großer Theil der Bevölkerung sehr gegen seinen Wunsch in die traurige Zwangslage gesetzt ist, um seines Glaubens und seines Gewissens willen den Gehorsam gegen bestimmte Landesgesetze abzulehnen, obgleich derselbe Theil der Bevölkerung gern proclamirt, daß im allgemeinen und mit Ausnahme dieses einen Grenzpunktes die Pflicht besteht, den Gesetzen vollständigen Gehorsam zu leisten, dann trifft der Vorwurf denjenigen, der das Land mit solchen Gesetzen beglückt. Das, meine Herren, ist auf der einen Seite freilich die Regierung, auf der andern Seite ist es die Partei, die in ihrer bei weitem größten Zahl einem andern Glauben angehört, und die verfolgt und knechtet den katholischen Theil."

Doch bot dieselbe Debatte Mallinckrodt noch Gelegenheit, wie er es, wo nur möglich, stets gerne that, eine rühmende Anerkennung auszusprechen, wenn er sie auch von einzelnen trübenden Bemerkungen nicht freihalten konnte.

„Wenn der Herr Abgeordnete" (der Vorredner v. Bonin), bemerkte er, „dann weiter noch meinte, es sei (gestern) eines confessionellen Gegensatzes erwähnt worden auch in der Armee, so ist er zu dieser Aeußerung wohl durch einen andern der Herren Redner veranlaßt worden. Ich meinerseits bedauere es tief, wenn und soweit ein derartiger Gegensatz hervortreten sollte. Bis dahin gereichte es gerade unserer Armee vor anderen Kreisen im Lande zum besondern Ruhm, daß sie die confessionellen Verhältnisse der Regel nach mit der größten Unbefangenheit, mit der größten gegenseitigen Achtung aufgefaßt hat, und ich möchte, indem ich das mit voller Ueberzeugung und aus vollem Herzen anerkenne, nur wünschen, daß es immer so bliebe. Leider sind hie und da in neuester Zeit Thatsachen hervorgetreten, die zeigen, daß die allgemeine Regel doch auch noch Ausnahmen erleidet. Die Herren werden sich erinnern des Falles, der im vorigen Jahre hier im Hause schon zur Erwähnung gekommen ist [1], und ich habe mich damals der Erwartung hingegeben, es bedürfe nur der Hinweisung darauf, um ein für allemal derartige Dinge abzustellen. Ich will heute einen andern Gegenstand hier öffentlich erwähnen, bei dem es sich wieder um das Verhalten eines Regimentscommandeurs handelt, welches ganz gewiß nicht im Sinn des Herkommens und der Anschauungen unserer Armee ist. Es ist ganz gewiß nicht die Auffassung der Armee, daß der Beruf des Commandeurs es mit sich bringe, darüber zu wachen, ob seine Untergebenen, wenn sie eine gemischte Ehe eingehen, von diesem oder jenem Pfarrer getraut werden; es ist ganz gewiß nicht die Absicht der höheren Behörden, daß Unterofficiere gemaßregelt resp. aus dem Dienst entlassen werden, weil sie dem Wunsche des Commandeurs entgegen, aber in dem Bestreben, nach beiden confessionellen Seiten hin das Nöthige zu thun, sich von einem katholischen und von einem protestantischen Pfarrer haben trauen lassen. Derartige Fälle sind vorgekommen, einer, zwei, drei, und ich bin bereit, die Namen zu nennen, wenn es gewünscht wird . . ."

An der ganzen Verhandlung hatte Mallinckrodt sich sehr fleißig betheiligt, wiederholt auch einzelne Beschlüsse der Commission vertheidigt, eigene Abänderungsvorschläge eingebracht oder die seiner Freunde unterstützt. Die kurze Pause zwischen den entscheidenden Tagen der zweiten Berathung bis zur endgiltigen dritten Lesung (20. April) benützte er zu einem kleinen Besuch auf Borchen, wo dieses Jahr die Osterferien so sehr kurz zu bemessen waren. Am 20. April war er wieder zur Stelle, griff aber nicht mehr in die Debatte ein. Das Gesetz wurde an diesem Tage mit 214 gegen 123 Stimmen angenommen. Neun Centrumsmitglieder waren abwesend, wie auch zehn Abgeordnete für Elsaß-Lothringen, ein Centrumsmann enthielt sich der Abstimmung, einer stimmte mit der Majorität.

[1] Vgl. S. 473.

16. Die „neuen Maigesetze".

(April und Mai 1874.)

Bei der Eröffnung des Reichstags, 5. Februar, war in der Thronrede der kirchlichen Streitigkeiten nicht gedacht und kein neues Kampfgesetz in Aussicht gestellt worden. Aber schon in der Plenarsitzung des Bundesraths vom 28. Februar unter Vorsitz des Staatsministers v. Delbrück wurde der Antrag Preußens betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die aus dem Amte entlassenen oder wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen bestraften Kirchendiener vorgelegt und dem Justizausschuß überwiesen.

Es war dieses Gesetz nur eine weitere, allerdings exorbitante Consequenz der Maigesetze, ein weiterer Schritt in dem Vernichtungskampf gegen Rom. Während über die Ausführung dieser kirchenfeindlichen Gesetze bei höheren wie niederen Beamten mit unerbittlicher Strenge gewacht wurde, hatten die preußischen Bischöfe und Priester, ungeschreckt und unbekümmert um Drohungen und Strafen, wie bisher fortgefahren, zu thun, was ihre Pflicht und was ihres Amtes war. Auch ein neuer zu verschärftem Vorgehen mahnender Erlaß des Ministers Falk vom 24. October 1873 blieb wirkungslos. Da Pfändung und Kerkerhaft nicht verfingen, sah man sich genöthigt, gegen das Gewissen des katholischen Priesters mit der schärfsten Strafe voranzugehen, die nächst der Todesstrafe gefunden werden konnte. Der Entwurf, damals das „Kirchendienergesetz" oder auch „Ausweisungsgesetz" genannt, ging dahin, diejenigen Diener einer Religionsgesellschaft (natürlich nur der katholischen), die nach ihrer Amtsentlassung oder nach einem gerichtlichen Urtheilsspruch, welcher die Nichtanerkennung ihrer amtlichen Eigenschaft aussprach, dennoch Handlungen ihres Amtes ausübten, durch Verfügung der Landespolizeibehörde entweder von dem Aufenthalt an bestimmten Orten oder Bezirken auszuschließen oder aus dem deutschen Bundesgebiete auszuweisen. Das Verbot des Aufenthaltes an bestimmten Orten sollte auch schon während der Dauer der gerichtlichen Untersuchung verhängt werden können.

Mit Ausnahme der Geistlichen, die vor den Maigesetzen angestellt und somit staatlich anerkannt waren, blieb nunmehr kein Geistlicher vor Ausweisung oder Internirung sicher, am wenigsten die Bischöfe, sobald einmal vom kirchlichen Gerichtshof die Absetzung über sie ausgesprochen war. Es übertraf das Gesetz an Strenge noch beträchtlich das spätere Socialistengesetz, das in der Absicht erlassen wurde, den Socialismus zu vernichten; denn bis zur Entziehung des Heimatsrechtes ging dasselbe nicht. Da man nämlich das Gehässige einer offenen „Verbannung" scheute, sollte den bebetroffenen Geistlichen die Reichs- und Staatsangehörigkeit entzogen werden. Damit trat für sie der Verlust aller staatsbürgerlichen und der mit dem

Indigenat verbundenen bürgerlichen Rechte ein, sie waren in die precäre Lage eines Fremden versetzt und konnten nach Gutbefinden durch polizeiliche Verfügung ausgewiesen werden. Nun stand aber solchem Verfahren das Reichsgesetz über Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 und das Reichsgesetz über Freizügigkeit vom 1. November 1867 entgegen. Deshalb sah man sich gezwungen, den „Culturkampf", der 1871 im Reichstag begonnen, 1873 aber aus wohlbewußten Gründen von da in das preußische Abgeordnetenhaus allein verlegt worden war, wieder auf die anfängliche Bühne zurückzuversetzen.

Die Fassung des Entwurfes, wie er vorlag, fand gleich anfangs auch außerhalb der Centrumspartei starken Tadel; es gewann den Anschein, als wolle die Fortschrittspartei sich dagegen erklären, man hoffte auf Widerstand im Bundesrath, namentlich von seiten Bayerns, dessen Reservatrechte hier mit in Frage kamen. Wirklich wandten sich die bayerischen Mitglieder der Centrumsfraction am 4. März in einer Eingabe an ihren König als den angesehensten katholischen Fürsten Deutschlands, um ihn zum Widerstande zu bewegen.

Allein sie wurden abschlägig beschieden. Nur eine Stimme im Bundesrathe, Reuß ä. L., wurde gegen das gehässige Gesetz abgegeben. Auch die liberalen Parteien, Fortschritt und Nationalliberale, die in besonderen Commissionen und Subcommissionen die Vorlage für sich berathen hatten, waren unter sich über ihre Stellung zu dem Entwurf eins geworden, und die Annahme war schon entschieden, bevor, 21. April, das Gesetz zur ersten Berathung kam. Das Centrum hatte nur die Genugthuung, die Sache der Kirche in glänzender Weise vertreten zu haben gegenüber meist sehr unebenbürtigen Verfechtern der neuen Polizeimaßregel.

In der ersten Berathung sprachen die beiden Veteranen, zuerst P. Reichensperger mit der ganzen Kraft und rednerischen Abrundung, die seine großen Parlamentsreden auszeichnen und zu den vollendetsten Erzeugnissen der deutschen Parlamentsberedsamkeit machen. An zweiter Stelle sprach von katholischer Seite der alte Hofrath v. Buß, der schon die Kämpfe von Frankfurt und Erfurt miterlebt und als echter Ultramontaner in Erfurt und Breslau Mallinckrodt schon nahe gekommen war. Er sprach zum zweitenmal in dieser Session. Bereits 32 Mal hatte er sich zum Wort gemeldet, aber 30 Mal war ihm durch Schluß der Discussion das Wort entzogen worden. Diesen Rednern wie dem wackern württembergischen Katholiken Bayrhammer traten bei der zweiten Lesung die großen Reden Windthorsts und Dr. Jörgs wieder an die Seite, und trotz Miquels fähiger und gewandter Gegenrede gestanden selbst kirchenfeindliche Organe für diesen Tag dem Centrum den Triumph zu. Noch den größten Theil der Sitzung vom 24. füllte diese Lesung aus, wo der badische Abgeordnete Lender und der

Abgeordnete Schüttinger aus Bayern, letzterer vom Standpunkte des bayerischen Reservatrechtes aus, die Gesetzesvorlage bekämpften.

Erst bei der dritten Lesung am 25. April, nachdem schon so viel Wissen, Erfahrung und Beredsamkeit gegen das neue Zwangsgesetz aufgeboten worden war, kam auch Mallinckrodt zum Wort. Dr. Ewald, der unmittelbar vor ihm gegen das Gesetz gesprochen hatte, war, ungeachtet des wiederholten Eingreifens des Präsidenten, von der linken Seite her buchstäblich niedergeschrieen und wider Willen zum Schluß seiner Rede gezwungen worden, so sehr war man der Sache überdrüssig. Mallinckrodt hatte dies nicht zu fürchten. Und doch war er genöthigt, in überaus langer Rede zu sprechen. Denn seine Aufgabe bestand darin, die verschiedenen Momente, die im Laufe der letzten drei Sitzungen für das Gesetz geltend gemacht worden waren, nochmals zurückzuweisen und den einzelnen Gegnern ihre Abfertigung zu geben.

Mit der dominirenden Sicherheit, der kraftbewußten Ungezwungenheit, die ihm eigen war und die Gegner an ihm so verdroß[1], charakterisirte und vernichtete er, scheinbar spielend, einen nach dem andern von den Rednern, die für das Gesetz in die Schranken getreten waren. Schon der Ton selbst, mit denen er die einzelnen behandelte, bei jedem verschieden, enthielt ein gutes Stück seines Urtheils und seiner Widerlegung. Unmittelbar vor ihm hatte der bayerische Abgeordnete Dr. Völk in der an ihm gewohnten leidenschaftlichen und haßerfüllten Weise die katholische Kirche, welcher er selbst der Taufe nach zugehörte, angegriffen. Mallinckrodt meinte von ihm, er habe „mit einer Apostrophe an die Liebe geendigt, aber vorher mehr wie einen Liter Galle von sich gegeben“, die „ganze Rede von A bis Z sei ein Erguß langverhaltener Galle“ gewesen. Um daher nicht selbst etwa zu heftigerem Tone fortgerissen zu werden, verschob er Völks Widerlegung bis ganz zuletzt, bis er alle anderen Gegner durchgesprochen hatte. Ueberall wahrte er Maß und Gerechtigkeit. Von dem fortschrittlichen Abgeordneten v. Saucken-Tarputschen sagte er trotz dessen feindlicher Stellung ganz offen, daß er ihn „als einen Mann achte, der den Muth der Consequenz habe, und der seinen Auffassungen offenen Ausdruck gebe“. Dem Abgeordneten Miquel, der von der Gegenseite die sachlichste und bedeutendste Rede gehalten hatte, widmete er eine eingehende und in ihrer Weise anerkennende Auseinandersetzung.

---

[1] „Man vergleiche einmal die trotz aller angeblichen (?) Unterdrückung und Mißhandlung so heitere, ungezwungene und keineswegs an übermäßiger Bescheidenheit leidende Handlung der Herren Windthorst und Mallinckrodt . . . Sie sind in Berlin wie im Reichstagssaale selbst förmlich zu Hause. . . .“ (Augsb. Allgem. Zeitung 1874, Nr. 73, „Die politischen Aussichten des Ultramontanismus“.)

„Der einzige unter allen Rednern, die gesprochen haben von der Gegenseite," bemerkte er, „der mit einem gewissen unverkennbaren Wohlwollen, mit der Absicht einer ruhigen, parteilosen Behandlung an den Gegenstand herantritt, das war der Herr Abgeordnete Miquel. Der Herr Abgeordnete hat manche Sätze ausgesprochen, die ich ihm bereitwillig zugeben kann; er hat andere ausgesprochen, die nur eine halbe Wahrheit enthalten. Es ist für die ‚liberale' Seite schon eine sehr seltene Erscheinung, wenn jemand anerkennt, daß das Vaticanum nur ein consequenter Ausgang einer langen Entwicklung gewesen, wenn er die Unterwerfung der deutschen Bischöfe unter die Aussprüche der Kirche als ganz natürlich hinstellt."

„Gewissermaßen als Zeichen des Entgegenkommens" suchte nun auch Mallinckrodt sich in Miquels Gesichtspunkte und in den Standpunkt des Staates hineinzudenken und gestand dessen Aeußerungen Berechtigung zu, soweit es nur irgendwie möglich war. Zuletzt, nachdem die Gegner alle einzeln, jeder nach seiner Art abgewandelt waren, erhob sich der Redner, wie zufällig anknüpfend an eine der zuletzt (von Dr. Völk) gehörten Aeußerungen, zu einer mehr allgemeinen, aber ergreifend ernsten Betrachtung, die dieser Rede vor anderen Berühmtheit verschafft und ihr Andenken mit dem Andenken Mallinckrodts untrennbar verbunden hat.

„Mir scheint, es herrscht eine gewaltige Verwechslung vor, meine Herren! Sie verwechseln den Beginn des Streites mit dem, was eigentlich für Sie Motiv des Streites ist. Die Kirche hat nicht angefangen. Nennen Sie die Thaten, die geschehen sind, sei es von dem Papste, sei es von den Bischöfen, sei es von den Angehörigen der Kirche, die den Beginn des Streites andeuten! Nennen Sie die Thaten von seiten der Centrumspartei!

„Aber, meine Herren, fragen wir nach den Motiven des Streites — und das führt mich auf den Punkt, den der Herr Abgeordnete Miquel auch schon berührt hat und dessen ich (bei der Erwiederung) erwähnte —, es liegt etwas von dem Streite seit lange in der Luft: das ist aber die Entwicklung des ‚Liberalismus'. Der ist nichts anderes als wie die rationalistische Entwicklung aus dem Protestantismus heraus. Der bildet allerdings einen Gegensatz gegen die Anschauungen der katholischen Kirche, aber auch nicht bloß der katholischen Kirche, sondern gegen die positive Anschauung innerhalb der protestantischen Kirche ebenso wohl. Das haben Sie vorhin aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Ewald schon gehört. Danach gruppiren sich für die Zukunft die Schlachtreihen in dem Kampfe.

„Wenn der ‚Liberalismus' jetzt einen Bundesgenossen gefunden hat in dem Fürsten Bismarck, dann fallen die Motive von den beiden Alliirten keineswegs in eines zusammen. Die Motive des Fürsten Bismarck finden weit mehr den Ausdruck in dem, was die Herren von der Reichspartei uns gewöhnlich zu hören geben, da ist der böse Störenfried dann das Centrum und dergleichen. Das sind politische Erwägungen, die für den Fürsten weit mehr maßgebend sind als wie sein Interesse an irgend einer innern kirchlichen, im allgemeinen geistigen Frage. Aber die Frage bleibt: Wie stellt sich schließlich die Rechnung, wenn die Alliirten einmal untereinander abrechnen? Ich bin der Meinung, daß der, der jetzt die Leitung übernommen hat, gewaltig zu kurz kommen wird; denn die politischen Momente, die äußeren Machtverhältnisse, die ihm in diesem Augenblicke zur Seite stehen und zu gute kommen, sind weit vorübergehenderer Art als wie der treibende Geist und das geistige Moment,

was in diesem Kampfe das Treibende ist. Meine Herren, das liegt auf der linken Seite des Hauses, und die Rechte täuscht sich sehr. Die denkt, heute wäre es nur conservativ, mit dem Leiter der Regierung zu gehen; sie glaubt heute nicht, daß hinter der Entwicklung die vollständige Zersetzung des Bodens liegt, auf dem die conservativen Parteien bisher gestanden haben und überhaupt stehen können. Es ist die Zersetzung, die Auflockerung aller festen Fundamente der menschlichen Gesellschaft in Frage

„Das ist das Bild auf der einen Seite dieses Zersetzungsprocesses in allen den Landestheilen, die von unseren Gegnern vertreten sind, und auf der andern Seite — was sehen Sie da? Sie sehen trotz aller Maßnahmen der Staatsgewalt, trotz der Anfeindung der Parteien eine immer festere und engere Einigung zwischen allen Elementen positiven christlichen Glaubens. Sie haben gemeint, Sie bekämpften nur Bischöfe, wankelmüthige, schwache Bischöfe, Sie haben gerechnet auf den Zulauf des Clerus in hellen Haufen. Sie haben sich verrechnet, meine Herren! Die Erfahrung hat es schon heute constatirt, daß der Clerus feststeht zu seinen Führern. Sie haben ferner gesagt und gedacht, Sie hätten es nur mit Geistlichen zu thun — nein, meine Herren, Sie haben es genau ebenso sehr mit den Laien zu thun, und wer Augen haben will und will sie brauchen, um zu sehen, der hätte heute schon Gelegenheit genug, sich davon zu überzeugen. Sie sehen in unseren westlichen Gegenden die Entschlossenheit, die ruhige Haltung, den festen Willen, mit dem viele Tausende von Menschen auf die leiseste Anregung sich in Bewegung setzen, um angesichts des Kerkers, der ihres geistlichen Hirten erwartet, ihm ein Lebewohl zu sagen, ihm die beruhigende Versicherung zu geben, daß er auch, wenn er seinen Hirtenstab nicht mehr in der Hand halten kann, beruhigt sein kann, daß selbst, wenn der Zeitpunkt, den wir vorhersehen, wo die Consequenz der Schritte, welche die Staatsregierung gethan hat, sie dahin führt, zahllose Gemeinden jeder Seelsorge zu berauben, eingetreten sein wird, die Bischöfe fest rechnen können auf die kirchliche Treue des gesammten Volkes. Meine Herren, wenn Sie dies zu beobachten Gelegenheit hätten, — ich glaube, es würde doch die Ueberzeugung bei Ihnen anfangen, daß es sich nicht um den Kampf mit einzelnen handelt, sondern daß es sich handelt um geistiges Princip gegenüber einem geistigen Princip. Es ist schließlich der Kampf des christlichen Glaubens gegen die Philosophie, die sich losgelöst hat und soweit sie sich losgelöst hat von dem Boden christlichen Glaubens; und die Zwischenerscheinung — so mächtig auch die Erscheinung eines Fürsten Bismarck ist — ist eine vorübergehende Erscheinung. Das ist zwar eine mächtige Erscheinung, aber schwach wie ein Rohr gegenüber dem weltbewegenden Kampfe solcher Gegensätze. Und wenn Sie glauben, einen solchen Kampf brächten Sie zum Austrag durch derartige armselige Verbannungsgesetze, so rechnen Sie völlig falsch und Sie kennen nicht die Wirkung der christlichen Ueberzeugung.

„Das ist das Eigenthümliche, daß Leiden die Bereitwilligkeit zum Leiden erzeugen, und wenn Sie sehen, daß unsere Hirten in Kerker und Banden oder in der Verbannung sind, glauben Sie, es fehle an Bereitwilligkeit, diesem Schicksal sich ebenfalls auszusetzen? Und wenn die Geistlichen diesem Beispiele gefolgt sind und folgen, die Laien lehnen es auch nicht ab, und die Mittel, meine Herren, die verfangen nicht mit dem Ausweisen! Sie werden zu noch schärferen Waffen greifen müssen! Bedenken Sie sich, welche Waffen Sie schaffen wollen! — Wir aber denken inzwischen: Per crucem ad lucem (Durch Kreuz zur Freud').“

In derselben Sitzung noch wurde das Gesetz mit 214 gegen 108 Stimmen angenommen. Das Jesuitengesetz, das hier nur nachgeahmt wurde, war mit 183 gegen 101 Stimmen zur Annahme gelangt, man hatte also

Fortschritte gemacht in der Kampfeslust. Am gleichen Tage hatte Mallinckrodt mit 34 anderen Centrumsmännern unter den Antrag der Polen auf Schutz ihrer Nationalität und Sprache seinen Namen gesetzt. Folgenden Tages, Sonntag, 26. April, wurde der Reichstag geschlossen, aber schon Tags darauf begannen wieder die Sitzungen des Abgeordnetenhauses.

Seit 12. November war jetzt Mallinckrodt, einige kurze Unterbrechungen abgerechnet, unausgesetzt durch seine parlamentarischen Pflichten in Anspruch genommen gewesen. In den letzten 14 Tagen war das Haus tagtäglich zu sechs- bis siebenstündigen Sitzungen versammelt; neben den Plenarsitzungen her liefen unaufhörlich die Fractionsversammlungen, früher auch die Commissionssitzungen, später noch die besonderen Berathungen. „So werden denn," schrieb damals ein liberales Blatt, „die Mitglieder des Reichstags nicht ohne tiefe Erschöpfung den in letzter Zeit recht schwül gewordenen Räumen in der Leipziger Straße den Rücken kehren." „Fast drei volle Monate", meinte auch die „Germania", „haben die Reichsboten getagt und wenn auch gerade nicht im Schweiße ihres Angesichts, so aber doch bei ganz empfindlicher Abspannung ihrer Nerven gearbeitet." Mallinckrodt, der nahezu an allen wichtigen Fragen des Landtages wie des Reichstages sich hervorragend betheiligt hatte, war nicht der letzte, diese Erschöpfung zu fühlen.

„Seine Freunde hatten bemerkt," erzählt ein ihm nahestehender Fractionsgenosse, der Geistliche Rath Müller, „daß seine Studien der Zeitverhältnisse ihm das Herz durchschnitten, wobei er sich keine Erleichterung gönnte in Aeußerungen des Unmuths über Persönlichkeiten, die wider ihn standen. Körperlich wurde er dabei, wie durch rücksichtslose Hingabe an die Pflichten der Volksvertretung, so angestrengt, daß seine Freunde sich sagten: ‚Dem Herrn v. Mallinckrodt wünschten wir's, daß er bald wieder einmal in die Ruhe und Ordnung seiner Häuslichkeit käme!'"

Und doch stand gerade jetzt, nach fast sechsmonatlicher, angestrengter Thätigkeit, noch eine Riesenaufgabe für das Abgeordnetenhaus in Aussicht. Noch 56 Vorlagen waren zu erledigen, allein 32 Regierungsvorlagen, zum Theil Dinge von der größten Wichtigkeit, darunter neben der Provinzialordnung und Synodalordnung die beiden Kirchengesetze, betreffend die Ergänzung des Gesetzes über Vorbildung und Anstellung von Geistlichen und die Verwaltung der erledigten katholischen Bisthümer, die neuen „Maigesetze". Neben den Regierungsvorlagen sollten noch verhandelt werden: 11 Berichte der verschiedenen Commissionen über Petitionen und 13 Anträge von Mitgliedern des Hauses (darunter die Kreisordnung für Posen und die für Rheinland und Westfalen). Zu allem Ueberfluß ging auf Grund königlicher Ermächtigung vom 28. März noch 8. April dem Herrenhaus ein weiterer Gesetzentwurf zu, betreffend die Ergänzung des Gesetzes vom 6. Mai 1869 über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höhern Justiz-

dienst. Auch noch mehrere weitere Entwürfe wurden um diese Zeit dem Abgeordnetenhaus in Aussicht gestellt.

„Zu einer gründlichen Durchberathung dieser Gesetze und Berichte in wenigen Monaten“, schrieb schon am 28. März, noch ehe von den neuesten Vorlagen verlautete, die „Germania“, „reicht die angespornteste Leistungsfähigkeit der Landesvertretung nicht hin. Es bleibt also als das traurige Ergebniß der übermäßigen Gesetzesfabrikation nichts übrig, als die Vorlagen über das Knie zu brechen auf die Gefahr hin, ihnen mit so viel Lücken und Widersprüchen, wie es bei den Maigesetzen geschehen ist, die Genehmigung zu ertheilen.“

Mit solchen Aussichten trat man 27. April wieder in die Berathungen des Abgeordnetenhauses ein, und das erste, was geschah, war abermals die Einbringung eines weitern neuen Gesetzentwurfes durch den Justizminister, und abermals eines neuen durch den Finanzminister (28. April), und eines andern durch den Handelsminister (2. Mai).

Da die ersten Sitzungen im Abgeordnetenhause meist untergeordnete Dinge behandelten, an den Berathungen über die Synodalordnung die katholischen Centrumsmänner sich grundsätzlich nicht betheiligten, so benutzte sowohl Windthorst wie Mallinckrodt diese Tage zu einem kurzen Besuche zu Hause. Alsbald ging die Nachricht durch die Blätter:

„Wie in parlamentarischen Kreisen erzählt wird, hätten sich die Führer der preußischen Ultramontanen, die Abgeordneten Windthorst, v. Mallinckrodt, Reichensperger und Genossen, mit ihren süddeutschen Collegen dieser Tage zu einem gemeinsamen Concil in München vereinigt, um über die gegenseitig zu beobachtende Taktik in Berathung zu treten.“

Thatsächlich war Windthorst, um wieder etwas aufathmen zu können, in Hannover, Mallinckrodt auf Borchen bei den Seinen. Aber schon Sonnabend (2. Mai) wohnte letzterer wieder der Sitzung des Abgeordnetenhauses bei. Als er bei der Rückkehr eben von der Bahn in sein Quartier in der Köthener Straße kam, fand er auf seiner Treppe zwei arme Kinder, die dort eingeschlafen waren. Er schenkte jedem ein Brödchen und ein Fünfgroschenstück und freute sich selbst über den guten Gedanken. „Das war ziemlich nett von mir,“ meinte er; „besieht man aber die Sache beim richtigen Lichte, so leuchtet ein, daß wir in einer ganz miserablen Welt existiren, weil solch eine Kleinigkeit als ‚nett‘ erscheinen kann.“

Schon bei Wiederaufnahme der Sitzungen des Abgeordnetenhauses hatte verlautet, daß trotz des massenhaften Materials die Session bis zum 22. Mai werde geschlossen werden können, wenn nicht das Herrenhaus die Berathung über die Synodalordnung oder das neue Kirchengesetz in die Länge ziehe. Am 2. Mai konnte Mallinckrodt der Gattin melden: „Zum Trost betone ich meine Präsumtion, daß wir nicht bis zum 22. hier zu bleiben brauchen.“ Trotzdem spiegelt der Brief eine etwas gedrückte und wehmüthige Stimmung,

die sonst bei ihm nicht gewöhnlich war. „Gruß an Tante und Kinder", schließt er; „Gott gebe und erhalte Dir frischen Sinn und conservire Dir das treue Gewächs, welches die Ehre hat, sich Deinen Mann zu nennen, alias auch Hermann."

Montag den 4. Mai begann die zweite Berathung der neuen kirchenpolitischen Vorlagen, zunächst die dreitägige erregte Debatte über die Verwaltung der erledigten Bisthümer. Den ersten Stoß führte wieder der alte P. Reichensperger mit ungeschwächter Kraft, mit ihm eines der jüngeren, aber bereits angesehenen Mitglieder der Fraction, Dr. Lieber. Erst am zweiten Tage kamen Windthorst und Mallinckrodt ins Feuer, so daß letzterer sechsmal das Wort ergriff, zweimal zu ganz ausführlicher Rede. Der Cultusminister Falk hatte sich bis dahin in allen Commissionsberathungen über dies Gesetz wie auch in der gestrigen Tagesdebatte beharrlich in das tiefste Schweigen gehüllt. Erst an diesem zweiten Berathungstag (5. Mai) hatte Windthorsts scharf gewürzte Beredsamkeit ihn „zum Nießen gebracht". Er sprach, wie er zu thun pflegte, im Tone des gekränkten Ehrenmannes, der aber seiner Sache und der hinter ihm stehenden ungeheuern Mehrheit sicher ist, während er in geheimnißvollen Anspielungen Anklagen schleuderte gegen Kirche, Episkopat, Centrum und katholische Presse. Bis dahin hatte Mallinckrodt die Person des Cultusministers mit einer manchmal auffallenden Schonung behandelt. Hatte er auch zuweilen sein Schweigen oder seine Abwesenheit bei sehr wichtigen Fragen getadelt, so hatte er doch wiederholt Absichten auf seiten des Ministers anerkannt oder vorausgesetzt, die nicht ganz so übelwollend seien, als in der Consequenz der neuen Kirchengesetze ausgedrückt schien. Diesmal aber faßte er den Cultusminister selbst in unsanfter Weise an, und wie er 1873 unbarmherzig die Commissare zerzaust hatte, so zerzauste er jetzt die glatte, hochtönende Rede des Ministers selbst. Falk hatte sich u. a. darauf berufen, daß die Mehrheit hinter ihm stehe. Mallinckrodt erwiederte:

„Dann wird gewaltiger Werth auf die Mehrheit im Lande Preußen und im Reiche gelegt. Wenn Sie nun die Dinge auf ihren wahren Werth zurückführen, wie stellt es sich denn mit diesen gewaltigen Mehrheiten? Ziemlich genau quadrirt die Stimmung mit dem Confessionsverhältnisse: die große Mehrzahl der Protestanten und was sich dahin rechnet, ist auf seiten der Regierung, und die ungeheure Mehrzahl der Katholiken mit verschwindend wenig Ausnahmen klagt über Religionsverfolgung von seiten der Regierung und der protestantischen Mehrheit. Das ist das einfache Sachverhältniß, und wenn der Herr Minister glücklich ist, daß er es im neuen Deutschen Reiche dahin gebracht hat, daß sich, wie vor fernen Jahren, jetzt die Glaubensbekenntnisse einander feindselig gegenüberstehen, daß man in die Lage kommt, nicht mehr in dem Protestanten den deutschen Bruder zu erkennen, der einem mit Wohlwollen begegnet, sondern den Gegner, der einen unterdrückt, dann ist das eine Freude, die ich dem Herrn Minister durchaus nicht mißgönne, die ich aber meinerseits durchaus nicht theile und die ich als ein schweres Leid beklage."

Aber auch gegen andere Gegner, die nach Falk gesprochen hatten, mußte er sich wenden:

„Was die Aeußerung des Herrn Abgeordneten Petri angeht, so bin ich ihm recht dankbar dafür, daß er in seiner kurzen Rede doch wieder einen recht bedeutsamen Gedanken uns vorgeführt hat, der auch schon in der Commission einen Ausdruck gefunden hat. Das ist der Gedanke, daß der Staat vor dogmatischen Bestimmungen nicht stille zu stehen habe. Den Gedanken oder dessen Richtigkeit könnte man ja unter gewissen Verhältnissen und Umständen zugeben. Wenn heute eine neue Secte sich etablirt, wenn beispielsweise, um concret zu sein, die Mormonen nach Preußen kämen und dort die volle Freiheit des Cultus für sich beanspruchen wollten, dann würde freilich der Staat wohl in der Lage sein, ihnen zu antworten, man wolle sie nur unter gewissen Bedingungen hier im Lande recipiren. Aber, meine Herren, die Sache steht sehr viel anders, wenn man es mit einer Religionsgesellschaft zu thun hat, die von sehr altem Datum ist, die ihre garantirten Rechte hatte in den Landestheilen, die heute zur Krone Preußen gehören, lange bevor die Krone Preußen daran dachte, diese Länder zu erwerben, wenn es sich um Landestheile handelt, denen gegenüber das Wort der Dynastie, das Wort des Staates verpfändet ist, daß ihre Religion geachtet werden soll, daß ihr volle Freiheit gewährt werden soll, zu existiren, wie sie nach ihren dogmatischen Grundlagen berechtigt ist, zu existiren. Wenn die Dinge so liegen, meine Herren, und wenn man dann sagt, der Staat brauche mit der neuen Gesetzgebung vor den dogmatischen Bestimmungen der Kirche nicht Halt zu machen, dann verkennt man gar sehr die Rechtsverhältnisse, so wie sie liegen; dann bin ich der Meinung, der Staat, der dann nicht Halt macht, der bricht die Treue, die er gelobt hat. Ein Staat, der so umspringt mit Treue und rechtlichen Verpflichtungen, der baut wahrhaftig nicht an den festen Fundamenten des Staates und des Reiches, sondern der untergräbt gerade die festesten Fundamente, auf denen die Staaten ruhen, das Fundament des Rechtes und der Gerechtigkeit."

Der fortschrittliche Abgeordnete Hänel hatte die Gesetze, die sonst zu den Grundsätzen seiner Partei schnurstracks im Widerspruch standen, zu rechtfertigen gesucht durch die Gefahr, in welcher der Staat schwebe. Aber auch er hatte keine andere Gefahr namhaft machen können als „Infallibilität" und „Centrum". Demgegenüber verlangte Mallinckrodt energisch die Beweise für eine solche Gefahr.

„Und nun die Nummer 2", fuhr er, zum „Centrum" übergehend, fort. „Sind Sie denn so ängstliche Leute, daß Sie trotz der Majorität, die Sie in den Landtagen haben, die Sie im Reiche haben — eine recht stattliche Zweidrittelmajorität und darüber —, daß Sie trotzdem eine solche Heidenangst vor der Minorität haben, die ‚Centrum' heißt, daß Sie behaupten, es wäre nothwendig, außergewöhnliche Maßregeln zu ergreifen, um sich der Gefahr zu erwehren? Meine Herren, wo wird man denn öffentlich am hellen Tage sich selbst ein solches Armuthszeugniß ausstellen? Wie sieht es denn mit den Grundsätzen aus, auf denen Ihre Programme beruhen, wenn Sie sich trotz der Majorität, die Sie haben,

nicht einmal zutrauen, den Kampf gegen eine Minorität aufzunehmen, die nichts hat als einzig die Wahrheit der Grundsätze, zu denen sie sich bekennt und auf die sie vertraut! Ich sollte denken, wenn Sie auch nur das mindeste Selbstvertrauen besäßen — wie ich es gern voraussetze, wie es jeder Mann besitzen muß —, dann kämen Sie uns mit der Behauptung nicht wieder, daß Sie sich aus Noth und Angst vor dem Centrum zu solchen außergewöhnlichen, mit den Auffassungen der Fortschrittspartei schlechthin unverträglichen Maßnahmen gedrungen fühlen."

Hänel hatte den Grundsatz proclamirt von der „freien Kirche im freien Staate"; Mallinckrodt zeigte ihm, daß ja in der fortschrittlichen Auffassung eine „Kirche" gar nicht mehr übrig bleibe, also auch im freien Staate kein Platz für sie, und demnach die so „pathetisch hingestellten Sätze" inhaltlose Phrasen seien. Dann fügte er feierlich bei:

„Er (Hänel) wolle eine Freiheit einräumen, verlangt aber vorher Freiheit der Gemeinde und Gewissensfreiheit in der Gemeinde. Nun, und wenn wir, die wir zu der katholischen Gemeinde und zur katholischen Gesammtgemeinde gehören, ihm einmüthig feierlich versichern, daß wir uns in dem Besitze vollster Gewissensfreiheit innerhalb der Kirche fühlen, — daß wir kraft des Princips der persönlichen Freiheit des Gewissens die Freiheit für die gesammte Kirche fordern, die Freiheit für die Bewegung und Geltendmachung der Autorität in der Kirche, — was wird dann der Herr Abgeordnete antworten? — Er kann nichts anderes darauf antworten als: Ihr wißt gar nicht, was Gewissensfreiheit ist ..., er muß antworten: Ja, ihr seid noch Kinder, ihr wißt noch gar nicht, was eigentlich Freiheit heißt!

„Aber was würden die verehrten Herren sagen, wenn wir nun einmal umgekehrt in der Lage wären, die Majorität zu haben, am Ruder des Staates zu sitzen und einer protestantischen Minorität gegenüber zu stehen, und wenn wir dann den Spieß umdrehten und sagten: Liebe Freunde, ihr verlangt kirchliche Freiheit, ihr wißt ja gar nicht, was eine Kirche ist. Das laßt euch erst von uns erzählen, und für die Kirche, die wir als wahre Kirche anerkennen, dafür wollen wir Freiheit geben, aber für eure Hirngespinnste nicht?"

Eine Aeußerung des Referenten, des bekannten Kirchenfeindes Dr. Gneist, vom vorhergehenden Tage bot dem Redner Anlaß zu dem ebenso kraftvollen als ergreifenden Schlußwort:

„Er (der Referent) sprach aus: Der Staat müsse freilich die Dogmen, die kirchliche Verfassung respectiren, soweit das vom protestantischen Standpunkte aus zum Glauben gehöre ... Nun, meine Herren, denken Sie sich aber auch einmal gefälligst von Ihrem protestantischen Standpunkte hinüber auf den katholischen Standpunkt. Sie sagen immer, der Staat ist es, der mit euch zu thun hat; wir sagen: Nein, der Staat ist nicht bloß ein philosophischer Begriff, der Staat hat Fleisch und Bein, und die concreten Verhältnisse liegen so, daß das, was heute als Staat handelnd auftritt, in Wirklichkeit eine Gesammtheit darstellt: von einem

protestantischen Fürsten, so und so viel protestantischen Räthen, von so und so viel protestantischen Mitgliedern, die die Majorität in den Landesvertretungen bilden. — Wenn wir das sagen, dann heißt es: Das ist sehr unrecht, so etwas behaupten zu wollen; wir haben es lediglich hier mit dem Staate als solchem zu thun.

„Nun, meine Herren, was sollen wir denken, wenn uns der Herr Referent die Probe macht auf das Exempel, wenn wir von ihm hören: Ja, der Staat handelt nach dem, was ihm die protestantische Auffassung als das Angemessene, als das Statthafte zeigt; sobald er aber an einen Punkt kommt, wo die katholische Auffassung in Betracht kommen müßte, da heißt es: Es ist für den Staat gegenüber dem Dogma keine Grenze. Nun, Sie reden doch von einem paritätischen Staate, das soll Preußen sein. Worin besteht denn die Parität? Besteht denn die Parität darin, daß die Katholiken die Erlaubniß haben, sich so behandeln zu lassen, als wenn sie Protestanten wären, oder besteht die Parität darin, daß der Staat Rücksicht darauf nimmt, daß er acht Millionen Katholiken im Lande hat? Und haben Sie denn Recht, sich zu berufen, wie der Herr Abgeordnete Hänel in seinen Deductionen gethan hat, einfach darauf: Es ist das Staatsgesetz, und das Staatsgesetz muß jetzt coûte que coûte durchgeführt werden? Oder haben Sie nicht vor allen Dingen die moralische Verpflichtung, sich zu fragen, ob das Staatsgesetz, das Sie selbst mit zu verantworten haben — Sie selbst haben es mitvotirt, Sie sind schuld daran, daß wir es haben —, ob dieses Staatsgesetz verträglich ist mit den ernsten Anforderungen, die wir dem Lande gegenüber an uns machen müssen — jeder an sich selbst —, daß wir mit Gerechtigkeit und mit Wohlwollen den verschiedenen religiösen Bekenntnissen im Lande begegnen?

„Beantworten Sie sich, meine Herren, erst die Frage, ob Sie uns verletzt haben in unseren religiösen Ueberzeugungen, oder bestätigen Sie eventuell in Uebereinstimmung mit dem Bekenntnisse der Mehrheit der Commission, wie es sich in dem Bericht findet, daß Sie es gethan haben. Die Commission erkennt es an, daß die Bischöfe kraft dogmatischer Auffassung der Katholiken unabsetzbar sind; wie maßen Sie sich denn an, sie abzusetzen und dabei zu sagen, Sie verletzten nicht das katholische Gewissen?! Ueberlegen Sie das, meine Herren, und machen Sie es mit sich aus, wie Sie es der Zukunft gegenüber vertreten wollen, daß Sie ein solches unabsehbares Unheil über das Vaterland bringen. Wenn Sie glauben, wir beugten uns vor Ihrer protestantischen Auffassung, die Sie in den Mantel des Staates kleiden, dann irren Sie sich gewaltig. Sie können uns unter die Füße treten, Sie können uns vernichten, aber die Freiheit bewahren wir uns, daß wir unserer Ueberzeugung nicht untreu werden. Dieselbe Freiheit, kraft deren wir uns bekennen zu dem Autoritätsprincip in der katholischen Kirche, dieselbe Freiheit hindert uns, uns solchen Gesetzen zu unterwerfen.“

Falk fühlte, daß mit dieser Rede der Eindruck seiner eigenen glatten und selbstbewußten Worte von vorhin doppelt vernichtet sei, und erhob sich sofort, um durch Anklagen gegen die Kirche, das Centrum und den Vorredner die Stimmung wieder zu seinen Gunsten zu neigen. Er beschwerte sich über „die Liebenswürdigkeiten, die ihm eben zu theil geworden seien“, meinte, das Gefühl der „Empfindlichkeit“, das Mallinckrodt (wegen des

Ministers gereizter Aeußerungen gegen Windthorst) ihm vorgeworfen, hätten ihm die geehrten Herren vom Centrum und ihre Presse bereits vollständig genommen. Die katholische Kirche, statt sich in ihrer Gestalt als Corporation innerhalb der Grenzen der Staatsgesetze zu bewegen, mache sich gegenwärtig „einen Beruf daraus, sich gegen die Staatsgesetze aufzulehnen", weshalb man sich auch auf die vom Staate gegebenen Zusagen nicht berufen dürfe.

„Ich habe," sagte er unter anderem, „wenn auch im Augenblicke es scheint, als ob die große Mehrzahl der preußischen Katholiken einverstanden sei mit dem Abgeordneten v. Mallinckrodt, doch die Ueberzeugung, daß, wenn wir einmal dahin kommen, daß solche Reden, wie die eben gehörte, nicht mehr gehalten werden, und wenn wir weiter dahin kommen, daß solche Reden kein Ohr mehr im Lande finden, daß dann der Friede kommen wird. Will etwa nach solchen Reden über diejenigen, welche die Pflicht haben, die Interessen des Staates zu vertreten und seinen Gesetzen Geltung zu verschaffen, wirklich der Herr Abgeordnete für sich noch ein besonderes Wohlwollen in Anspruch nehmen, er, der wohl wahrlich keinen kleinen Theil daran hat, daß die Gemüther im Lande verwirrt worden sind . . ."

Die liberale Majorität unterstützte die allerdings klug berechnete Rede des Ministers mit lebhaften Bravos, und auch der Berichterstatter Dr. Gneist eilte dem Vertheidiger des Staatswohles mit der Erklärung zu Hilfe, Mallinckrodt sei in seinen Aeußerungen bis zu einer Grenze gegangen, die wohl schwerlich ihresgleichen finden würde. Aber dem Manne, der die Stirne hatte, diese Aeußerung zu thun, antwortete der Angegriffene schneidend kurz mit dem Hinweis auf dessen eigene Reden aus der Conflictszeit, durch die er sich „weit übertroffen fühle". Schon zu einem der nächsten Paragraphen nahm Mallinckrodt wieder das Wort zu einer längern Auseinandersetzung und legte in derselben durch seine klare und zwingende Beweisführung den Grund zu dem ersten Erfolge, den bei einer der kirchenpolitischen Vorlagen das Centrum bis dahin zu verzeichnen hatte. Zuerst sprach er gegenüber den Aeußerungen, welche der Regierungscommissar in der Commission gethan, die Gesammtanschauung seiner Freunde über die neuen Gesetze aus:

„Die Ansicht, daß alle die Bestimmungen, die die Regierung bis dahin getroffen hat, nur die Tendenz haben, eine feste Rechtsordnung zu schaffen, innerhalb deren die Kirche sich demnächst frei bewegen könne, steht in dem schroffsten Widerspruch oder Gegensatz mit dem Urtheil, was von seiten meiner Freunde und mir über die Gesetze gehegt wird. Ich bin nämlich der Auffassung, daß es sich beim ganzen Gesetzeswerke gerade darum handelt, die Freiheit der Bewegung der Kirche im Innern zu unterbinden. Wäre das nicht der Fall, dann hätten viele der Bestimmungen eine wesentlich andere Beleuchtung von unserer Seite finden dürfen. Aber die Regierung muß sich doch darüber klar sein, welchen Zweck sie verfolgt, und der letzte Zweck kann nicht darin liegen, bloß eine äußere formale Rechtsordnung zu schaffen, innerhalb deren die Kirche sich frei zu bewegen hätte, sondern hinter dieser Rechtsordnung muß ein Zweck stecken. Und da sind wir der Meinung,

die Regierung hat von Hause aus mit vollem Bewußtsein das Ziel im Auge gehabt, zuerst die Kirche einzukreisen durch ihre Gesetze, so daß sie sich schlechthin in dem Geleise bewegen mußte, das ihr durch die Staatsgewalt dadurch vorgezeichnet werden konnte. Und das ist gerade das Moment, was den äußersten Widerstand der Kirche herausfordert. Es läßt sich kein Mensch von jemandem, der das Messer in der Hand hat und ein ganz bedrohliches Gesicht macht, erst ganz ruhig Hände und Füße binden, so daß er dann ganz widerstandslos der Willkür des Gegners preisgegeben wäre.“

Nun ging Mallinckrodt dazu über, den in Rede stehenden Paragraphen (§ 7) der Vorlage mit den thatsächlichen Verhältnissen wie mit den übrigen Bestimmungen des Entwurfes, besonders dem § 13, in Zusammenhang zu bringen. Es ist gerade diese Auseinandersetzung eines der klarsten Muster seiner Art, zu argumentiren, wie überhaupt der Eigenart seiner Beredsamkeit, und sie verdient wegen ihrer rednerischen Kraft wie wegen des Erfolges, den sie erzielte, unverkürzte Wiedergabe:

„Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers doch auf ein Gebiet hinzulenken, auf dem diese Paragraphen recht breit gebettet sind. Es ist dies ein Gebiet, was nicht mehr ausschließlich dem Rechtsgebiete angehört, sondern weit mehr dem Gebiete der Sitte. Ich bitte, sich die Stellung der Domherren, um die es sich handelt, zu vergegenwärtigen. Das sind zur vollen Hälfte, da die Regierung ja das Vorschlagsrecht in Beziehung auf die Hälfte der Kapitularstellen hat, Personen des Vertrauens seitens der Staatsgewalt, ausgesucht aus dem Clerus, also gerade diejenigen Mitglieder des Clerus, denen die Regierung am meisten Zutrauen schenken darf und schenken muß.

„Diese, auf den Vorschlag der Regierung in die Stellung von Domkapitularen eingetretenen Personen haben bei Uebernahme der Stelle sich ausdrücklich eidlich verpflichten müssen, ihr Amt wahrzunehmen in vollem Einklang mit den bezüglichen Bestimmungen des canonischen Rechtes. Das weiß die Regierung, dazu hat die Regierung dieselben Personen bezeichnet.

„Ferner wird es anerkannt, in der Commission auch von der Regierung nicht bestritten, daß die canonischen Bestimmungen dem Domkapitular schlechterdings verbieten, einen Bisthumsverweser zu wählen, solange das Bisthum nicht nach Maßgabe des canonischen Rechts wirklich zur Erledigung gekommen ist. Das wußte die Regierung. Zum Ueberfluß ist es der Regierung und ist es uns von sämmtlichen Domkapiteln des Landes in der uns gedruckt mitgetheilten Zuschrift ausgesprochen und nachgewiesen worden. Genug, es kann nicht der leiseste Zweifel darüber obwalten, daß die Domkapitularen amtlich und eidlich verhindert sind, nach Entsetzung des Bischofs durch den Staatsgerichtshof zur Wahl eines Bisthumsverwesers oder eines andern Bischofs zu schreiten, das bitte ich festzuhalten.

„Sodann, die Domherren sind im Genuß von Competenzen, welche, wie seitens der Regierungscommissarien anerkannt wird — sie haben es ausdrücklich in der Commission zugegeben —, keineswegs den Charakter eines Staatsgehaltes haben, sondern den Charakter von Dotationen, womit die Stellen vertragsmäßig dotirt sind, Dotationen, die eigentlich nach den betreffenden Verträgen radicirt sein müßten auf fiscalische Waldungen, so daß also die Dotationen eigentlich in vollem freien Eigenthum des betreffenden Stiftes vorhanden sein müßten. Genug, es handelt sich keineswegs um ein ‚Gehalt‘.

„Nun ziehen die Herren gefälligst weiter in Betracht, daß die Regierung das Ziel, worauf die Paragraphen 6 und 7 hinsteuern, nämlich die Einsetzung eines Staatscommissarius zur Verwaltung des Diöcesanvermögens, sehr wohl direct erreichen konnte. Sie brauchte nur zu sagen: ‚Nach Entsetzung des Bischofs wird ein Staatscommissarius die Verwaltung des Vermögens übernehmen bis dahin, daß ein anderer Bischof da ist.' Das thut sie aber nicht, sondern sie schlägt einen Weg ein, von dem sie weiß — auch das ist laut genug betont worden —, von dem sie weiß, daß es lediglich eine leere Form bleibt, und der Weg ist: die Domkapitulare von Staats wegen aufzufordern, die Wahl vorzunehmen, das heißt die Handlung zu begehen, die zu begehen sie kraft ihres Amtes und Eides gehindert sind; es ist die Aufforderung durch den Oberpräsidenten an die Domkapitulare, eine eidbrüchige Handlung zu begehen.

„Das ist eine an sich völlig überflüssige Aufforderung, um die Regierung an das Ziel gelangen zu lassen, zu dem sie hinstrebt. Sie werden finden in einem der späteren Paragraphen, wie § 13, daß die Regierung sich keineswegs darauf beschränkt hat, diese Herren aufzufordern zu einer solchen pflichtwidrigen Handlung, sondern daß die Herren dazu gezwungen werden sollen durch die Androhung eines Vermögensnachtheiles. Und Sie werden weiter finden, daß diese Androhung eine durchaus qualificirte Androhung insofern ist, als die Regierung ihnen nicht etwa eine Wohlthat entzieht, deren Ertheilung von dem guten Willen der Regierung abhängt, sondern die Regierung fügt ihnen einen Vermögensnachtheil zu dadurch, daß sie selbst eine rechtliche Verpflichtung bricht.

„Die Regierung bricht ihre rechtliche Verpflichtung, um den Betreffenden einen Vermögensnachtheil zuzufügen, und das thut sie, um sie zu zwingen zu einer pflichtwidrigen, eidwidrigen Handlung — das ist eine streng logische Entwicklung der vor uns liegenden Thatsachen. Ich werde erwarten, ob jemand in der Lage ist, den Gegenbeweis zu führen.

„Sie werden mir sagen: Ja, man muß aber das Staatsgesetz ausführen. Das ist aber alles, was Sie mir sagen können. Weitere Gründe — die sind rasend theuer, meine Herren, gegenüber dieser einfachen logischen Schlußfolgerung. Und da sage ich: Schön, zugegeben, daß Sie von Ihrem Standpunkte aus das Staatsgesetz zur Durchführung bringen müssen; dann folgt aber mit nichten, daß es wohlgethan wäre, solche Mittel anzuwenden, die an und für sich als durchaus unsittliche Mittel sich qualificiren. Denn Sie werden mir nicht bestreiten: wenn ich einen andern zum Bruch seiner Pflichten zu zwingen suche, so ist das unter allen Umständen unsittlich, ganz einerlei, welchen Zweck ich dabei befolge. Wenn der Zweck der heiligste und beste ist, das Mittel bleibt schlecht, und das Mittel ist um so weniger zu billigen, als es gar nicht einmal das unumgänglich nothwendige ist, um zu dem Ziele zu kommen, wozu man steuert, und das, meine ich, verletzt ein anderes Gebiet als wie das Rechtsgebiet.

„Vergegenwärtigen Sie sich, wie ein solches Vorgehen von seiten einer Staatsregierung, die die Aufgabe hat, dem ganzen Lande vorzuleuchten durch das Beispiel edler Sitte, streng rechtlichen Handelns, — wie das wirken muß, wenn man im Lande solche Musterhandlung sieht; und vergegenwärtigen Sie sich, meine Herren, die Verantwortung, die auch auf Sie mit zurückfällt, wenn Sie theilnehmen, wenn Sie das Eisen schmieden helfen zu solchen Thaten. Das sind Dinge, die man gar nicht wieder gutmachen kann, meine Herren! Der Eindruck, den solches Beispiel, solche thatsächliche Hintansetzung der Rücksicht auf Recht und auf die Forderung der Moral auf das Land ausübt, wird dadurch, daß man nachher auf die Handlung selbst verzichtet,

keineswegs ausgelöscht, sondern es bleibt der nachtheilige Eindruck. Welche Wirkung hat es auf die Achtung, in der eine Regierung im Lande steht, und vor allen Dingen stehen muß, wenn sie auf die Dauer feststehen will? Ich glaube mich nicht zu täuschen, von wie schwerer Bedeutung derartige Betrachtungen sind. Ich möchte nur wünschen, daß Sie Ihren Empfindungen auch so weit Rechnung tragen, um Ihre Handlungen nach Ihrem Gefühle einzurichten, — dann werden Sie die Paragraphen nicht genehmigen.“

Wirklich ward am folgenden Tage, nachdem noch der Abgeordnete Schröder (Lippstadt) sehr entschieden gesprochen hatte, der § 13 abgelehnt.

„Gestern hat das Centrum im Abgeordnetenhaus einen kleinen Erfolg errungen,“ meldete man am 7. Mai der „Augsb. Allgem. Zeitung“, „indem auf sein Betreiben, trotz aller Anstrengung des Cultusministers, der von der Temporaliensperre der Domherren handelnde § 13 des sogenannten Bischofsgesetzes gestrichen wurde.“

Die „Germania“ aber meinte, wo sie die Annahme des Gesetzes im ganzen nach der von der Commission vorgeschlagenen Fassung meldete:

„Nur an einer Stelle hat das Haus, von dem kärglichen Reste des ihm gebliebenen Schamgefühls getrieben, eine anerkennenswerthe Aenderung getroffen. Mit Recht hatten die Redner des Centrums den § 13, der durch Einhaltung der Gehälter die Domherren zu einer bedeutungslosen Wahlcomödie veranlassen wollte, als unsittlich bezeichnet ... Das Haus schien, trotz der Rabulisterei des Herrn Gneist, über diesen Vorwurf nicht recht hinwegzukönnen und strich also den Paragraphen.“

Niemand war mehr bereit, das Wenige an Milderung, was mitten im zugefügten Unrecht noch gewährt wurde, dankbar anzuerkennen, als Mallinckrodt.

„Meine Herren!“ sprach er, „in einem langen Streit ist es wirklich ein wohlthuender Augenblick, wenn man — auch nur auf eine kurze Spanne Zeit — sich einmal freundlich begegnet. Das ist der Fall gewesen bei unserer Abstimmung über den § 13. Und ich meinerseits danke dem Hause dafür, daß dieser Paragraph abgelehnt worden ist. Ich bin weit entfernt, das hier als einen Sieg von unserer Seite erkennen zu wollen. Mir genügt es, darin den Beweis zu sehen, daß wir wenigstens noch nicht bis zu dem Grade der Gegnerschaft gelangt sind, daß schließlich die Möglichkeit jedes Verständnisses, auch über den einen oder andern Punkt, ausgeschlossen wäre. In dieser Empfindung lasse ich auch Behauptungen, die mir sonst zu einer Gegenrede leicht Veranlassung bieten könnten, für jetzt dahingestellt ...“

Die erregte Debatte dieser zwei letzten Tage brachte Mallinckrodt auch wieder einige interessante persönliche Begegnungen mit den Hauptkämpfern in dem Kirchenstreite, mit Dr. Gneist, Dr. Falk und seinem Commissar. Auf Mallinckrodts große Rede über die in den §§ 6, 7 und 13 für die Domherren geplante Falle, welche er bei der Discussion zu § 7 hielt, antwortete der Vertreter der Regierung mit Schweigen und stützte dies nachher

darauf, daß die gemachten Bemerkungen erst zu § 13 am Platze gewesen wären. Mallinckrodt zeigte, wie nichtssagend diese Ausrede sei. Der § 12 bestimmte, daß im staatlich erledigten Bisthum auch für den Fall, daß das Kapitel die Verwaltung des kirchlichen Vermögens bereits übernommen oder dafür einen eigenen bevollmächtigten Verwalter bestellt habe, dennoch der von seiten des Staates ernannte Commissar die ganze Verwaltung des Diöcesanvermögens an sich nehmen sollte. Als dann hierzu derselbe Commissar die Begründung wiederholte, die in den Motiven des Gesetzes schon gedruckt vorlag, nämlich, das geschehe aus Fürsorge, im Interesse des Kapitels, damit das Vermögen keinen Schaden litte, meinte Mallinckrodt:

„Meine Herren, wenn Sie darin eine Begründung erkennen, dann geht Ihr Fassungsvermögen doch noch ein gut Stück weiter als das meinige. Ich finde darin Worte, aber Gründe finde ich nicht."

Alsbald eilte Dr. Falk dem bedrängten Commissar zu Hilfe mit der Erklärung, es handle sich in dem Paragraphen „um die Executionsmittel". Das war einmal ein offenes Wort und kam dem Redner gerade gelegen; denn es stand im directen Widerspruch mit den unwahren Behauptungen der gedruckten Motive und des unglücklichen Commissars.

„Meine Herren," erwiederte er sofort, „ich wollte dem Herrn Minister meinen Dank aussprechen; das thue ich auch nicht alle Tage. Ich bin ihm sehr dankbar dafür, daß er mir einen Grund angegeben hat für den § 12. Er sagte nämlich, es sei ein Executionsmittel. Nun bitte ich, diesen Grund mit den Gründen zu vergleichen, die uns der Herr Regierungscommissar im allgemeinen für diesen Paragraphen mitgetheilt hat. Derselbe wies uns auf das Interesse des Kapitels, der Diöcese hin. Nun bringen Sie sich einmal die Harmonie zwischen diesen beiden Gründen recht zu Gemüthe! Also, im Interesse des Kapitels wird als Executivmittel dem Kapitel, das im Besitz der Vermögensverwaltung ist, die Vermögensverwaltung entzogen. Das ist eine schöne Harmonie, nicht wahr, meine Herren!"

Was er übrigens von der vorgeschützten zarten Fürsorge des Staates für das Domkapitel und das Diöcesanvermögen dachte, hatte er schon vorher dem Commissar sehr deutlich auseinandergesetzt:

„Nun, meine Herren, wir danken gehorsamst für diese völlig unberufene Wahrnehmung kirchlicher Interessen; es kehre jeder vor seiner Thüre. Die Kirche hat den Staat noch gar nicht gebeten, statt ihrer ihre Vermögensobjecte zu verwalten, und solange das nicht der Fall ist, wird der Staat wohlthun, wenn er seine Maßregeln aus dem Staatsinteresse heraus motivirt. Aber behaupten: das geschieht im Interesse derer, die in ihrem Rechte beeinträchtigt werden, das heißt denn doch dem Glauben des Publikums wahrhaftig zu viel zumuthen. Ich weiß nicht, wie leichtgläubig das Publikum ist, das hinter Ihnen steht. Ja, meine Herren, Sie halten es ja sonst immer mehr mit dem Wissen und Verstehen

als mit dem Glauben, aber hier scheinen Sie wirklich doch ganz übermüthig sich auf den Standpunkt des Glaubens versetzen zu wollen. Das Publikum, welches wir vertreten, wird sich durch derartige Aeußerungen von dem Regierungstische wahrlich nicht an der gesunden Auffassung der Dinge, wie sie liegen und leibhaftig vor Augen stehen, irre machen lassen. Wir erkennen darin keineswegs eine Wahrnehmung der kirchlichen Interessen, sondern wir erkennen darin einen widerrechtlichen und unberufenen Eingriff in die kirchlichen Interessen. Der Staat soll seine Hände davon lassen, dann wird das Vermögen schon verwaltet werden, dafür werden die Kapitel schon sorgen.“

Seine letzte große Rede in dieser Debatte, die vom 6. Mai, gab ihm dann Gelegenheit, die entgegengesetzte Begründung des Ministers, „das Executionsmittel“, gleichfalls eingehender zu beleuchten, aber so, daß es mit seinem düstern Lichte noch einmal den ganzen Kampf in seinen Hauptumrissen und Zielen dem Blick erscheinen ließ:

„Ich meine nun,“ bemerkte er gegenüber einer Rede des Abgeordneten Richter in Bezug auf einen andern Gesetzesparagraphen, „ich befinde mich in voller Consequenz der Anschauung mit dem Herrn Cultusminister, wenn ich sage: Erstens ist dieser große Nothstand der Gemeinde vom Staate durch seine Gesetzgebung selbst geschaffen, und zweitens, diese Gesetzgebung und speciell auch diese Herbeiführung des Nothstandes für die Gemeinde ist ein Executivmittel von seiten des Staates zur Erreichung seiner Zwecke, und da ist es sehr bedenklich, wenn derjenige, der erst den Nothstand als Executionsmittel schafft, dann meint, er thäte ein gutes Werk, wenn er versuchte, dem Nothstand in der hier proponirten Weise abzuhelfen. Denn, was die Abhilfe angeht, so bietet die Vorlage in der That kein Mittel, was die Abhilfe schaffen kann. Sie setzt immer voraus, daß von irgend einem, sei es vom Patron, sei es von den Gemeinden, der kirchliche Boden, auf dem sie pflichtmäßig stehen müßten, verläugnet werden würde, und das dürfen uns die Herren nicht zumuthen, daß wir diese Voraussetzung unsererseits auch machen, und daher kommt es, daß die Bestimmung für uns in ihrer Wirksamkeit eigentlich pro non scripta zu halten ist. Sie können eben ja nur dann eine Wirkung haben, wenn diejenigen, die sie anwenden sollen, sich von dem kirchlichen Boden entfernen, wenn sie sich eo ipso außerhalb ihres kirchlichen Bekenntnisses stellen würden, und da liegt wieder die eine Seite dieser Vorschläge, wodurch sie in den Augen des katholischen Publikums so außerordentlich bedenklich erscheinen.

„Man fragt ja bei allen derartigen Dingen mit Recht nach dem letzten Zweck. Wenn man sich nun sagt, daß dieses vorgeschlagene Mittel, welches also angeblich zur Beseitigung des auf der Hand liegenden Nothstandes dienen soll, in Wirklichkeit nach der katholischen Auffassung den Nothstand nicht beseitigen wird, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Regierung darüber auch keineswegs Zweifel haben kann — sie weiß das, sie muß es wissen —, dann bietet sich die weitere Frage: Welcher Zweck liegt denn nun dahinter? Sie werden mir zugeben, das ist eine ganz berechtigte Frage.

„Auf diese Frage ist seitens der Regierung bis dahin eine Antwort nicht gegeben worden. Es ist also ganz in der Ordnung, wenn wir selbst uns die Antwort suchen und sie herleiten aus den gegebenen Thatsachen. Die Antwort aus diesen Thatsachen geht aber dahin: Die Regierung drängt sich selbst auf den Weg, um die

katholischen Gemeinden von dem nach unserer Ueberzeugung allein katholischen Boden herabzudrängen und sie in das Verhältniß des ‚Altkatholicismus‘ hineinzuzwingen. Nach unserer Auffassung — ich bin ziemlich aufrichtiger Natur —, nach unserer Auffassung ist das der letzte und eigentliche Zweck. Er ist der Zweck, der in der Consequenz aller dieser Maßnahmen liegt, und wenn mir vom Regierungstisch gesagt wird: Nein, die Absicht liegt uns durchaus fern, dann werde ich antworten: Verehrte Herren, dann wißt ihr nicht, was ihr thut, aber in der Sache selbst liegt diese Consequenz.

„Das ist nun wieder ein Zweck, der nicht erreicht werden kann, höchstens in dem einen oder andern vereinzelten Falle — darüber kann ich ja nichts sagen —, aber im großen und ganzen ist er unerreichbar nach der Stimmung, nach den Ueberzeugungen, wie sie zur Zeit vollständig bewußt und klar im Kopf und Herz der großen Mehrzahl der katholischen Bevölkerung des Landes vorhanden sind. Also auch dieser allein denkbare letzte Gedanke, um den Willen des Staates durchzusetzen, wird auf dem Wege nicht erreicht.

„Aber die Herren werden nicht läugnen können, das Durchmachen dieser Wege muß zu einer unendlichen Zerrüttung und Verwirrung der Verhältnisse an sich und des Denkens und Empfindens der Staatsangehörigen führen, und der letzte Gesichtspunkt ist der allerschlimmste und der allerirreparabelste, und deshalb komme ich immer wieder darauf zurück: Ueberlegen die Herren, was sie thun und was sie beschließen, und sehen Sie doch klar und bestimmt zu, wie weit das Ziel erreichbar ist und welche unabweisbaren Folgen auf der andern Seite liegen.“

Schon am folgenden Tage begann die zweite Berathung eines andern kirchenfeindlichen Gesetzentwurfes, der bestimmt war, die Lücken der Maigesetze auszufüllen, die „Declaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen“. Freiherr v. Schorlemer-Alst eröffnete an diesem Tage den Kampf, in den von seiten des Centrums noch Menken und Windthorst eingriffen. Der folgende Tag, 8. Mai, brachte auch Mallinckrodt wieder ins Gefecht. Es handelte sich um die von Dr. Wehrenpfennig zu dem Regierungsentwurf noch hinzugefügten verschärften acht Zuschlagsartikel. Die eben gehörten Reden Sybels und Falks wie die kurz zuvor gegebenen Darstellungen Dr. Gneists gaben ihm so viel zu widerlegen, daß diese Rede zu einer der längsten von allen anwuchs, die er je gehalten. Hier war es auch, daß er mit großer Entschiedenheit gegen Sybel für Gregor VII. eine Lanze brach, an dessen Grab er einst in Salerno gebetet. Die Rede, ausgezeichnet wie immer durch eine schlagende, mit Kenntniß und Geist gewürzte Replik, hat ihre Hauptbedeutung dadurch, daß in ihr Mallinckrodt, im Höhepunkt des Kampfes selbst, Kern und Wesen desselben deutlich gezeigt und seine eigene Auffassung über denselben niedergelegt hat. Der Cultusminister Dr. Falk hatte geäußert, „die positiven, erbauenden Elemente der Maigesetze könnten erst nach Jahren wirken“. Mallinckrodt griff diese Aeußerung auf:

„Mir will es scheinen, als wenn der Herr Minister da den eigentlichen Kernpunkt, den wichtigsten Punkt in der ganzen Streitfrage berührt hätte — berührt, aber

nicht geklärt. (Abgeordneter Windthorst-Meppen: Sehr richtig!) All das Reden, wie wir es bis dahin gehört haben, ob die Gesetze mit diesem oder mit jenem Dogma im Widerspruch stehen, ob z. B. das Recht der Einsprache, ob die Pflicht zur Anzeige dogmatisch möglich sei oder nicht, das hilft wenig weiter. Es ist von uns von vornherein gar nicht die Behauptung aufgestellt, daß es beispielsweise dogmatisch unmöglich wäre, daß ein Bischof einem Regierungsorgan eine Anzeige machte: Ich habe den und den Geistlichen berufen. Es ist auch gar nicht behauptet, daß es schlechthin unthunlich wäre, unter gewissen Verhältnissen sogar die Berufung abhängig zu machen von der Zustimmung des Staates . . . Was wir aber behaupten, ist: in dem Augenblicke werden alle derartigen Bestimmungen unstatthaft, wo sie von einem gar nicht Berechtigten octroyirt und als Gesetz der Kirche gegenüber statuirt werden sollen. Denn in dem Augenblicke, wo das geschieht, da wird die Freiheit der Kirche negirt, und die Freiheit der Kirche ist eminent dogmatisch. Das ist, wenn Sie wollen, das höchste Dogma von allen, daß die Kirche als göttliche Stiftung unabhängig und souverän dasteht, keiner andern Vollmacht bedürftig als der Vollmacht ihres göttlichen Stifters. Jeder, der diese Vollmacht, diese Souveränität läugnet, setzt sich in Widerspruch mit dem Dogma der Kirche.

„Nun ist es möglich, daß der die Souveränität der Kirche kränkende Staat Bestimmungen trifft, die diese dogmatische Auffassung wirklich beeinträchtigen; es kann aber die Beeinträchtigung eine so wenig das Leben der Kirche berührende sein, daß es völlig gerechtfertigt ist, dieses Unrecht zu tragen, es zu dulden, selbst in dem Falle, wenn keine Verständigung stattgefunden hätte. Aber in dem Augenblicke, wo die beeinträchtigenden Bestimmungen eine Gestalt gewinnen, die dem Staat völlig die Möglichkeit gewährt, die ganze Bewegung der Kirche in ihrer Freiheit zu unterbinden, die die Möglichkeit gewährt, den innern kirchlichen Geist in ein ganz anderes, der Kirche fremdes Bett hinüberzuleiten, — in dem Augenblicke liegen die Dinge so, daß für die Kirche das passive Geschehenlassen schlechthin unthunlich wird. Sie muß dem entgegen ihre Freiheit sich bewahren, und das ist im allerhöchsten Maße der Fall, wenn sie einer Regierung gegenübersteht, von der sie weiß, die Regierung will — bewußt oder unbewußt, aber den von ihr angewandten Mitteln nach — den allein kirchlichen Geist aus der Kirche heraustreiben. Diese Consequenz ist in dem Auftreten der preußischen Regierung für unsere Auffassung ganz unabweisbar gegeben. Die Regierung hat sich der katholischen Kirche in einer Art gegenübergestellt, die die Negation der katholischen Kirche in ihren wesentlichsten Principien in sich schließt; sie hat sich ihr gegenübergestellt in einer Handlungsweise, die das erste Princip der katholischen Kirche, die Unfehlbarkeit des Concils in seinen Lehrentscheidungen, negirt.

„Die Negation liegt darin, daß die Regierung sagt: Ich weiß es nicht, ob diejenigen, die in Anerkennung dieses ersten Princips des Katholicismus sich den Beschlüssen des Vaticanums fügen, ob die katholisch sind, oder diejenigen, welche dieses erste Grundprincip negiren und bekämpfen. Eine Regierung, welche diese Stellung nimmt, hat sich dadurch innerlich feindselig der katholischen Kirche als solcher gegenübergestellt. Wenn dazu nun Gesetze kommen, die durch Beherrschung des ganzen Entwicklungs- und Bildungsganges aller künftigen Organe der Kirche, die durch die Beherrschung der hierarchischen Gewalt die ganze Leitung indirect in ihre Hand bringen, — dann ist man in einer Lage, wo man einer solchen Staatsregierung gegenüber gar nicht zweifelhaft darüber sein kann, daß die Beugung vor dem Gesetze dieser Staatsgewalt der Verzicht auf die Selbständigkeit und Freiheit der Kirche und damit der Verzicht auf den Katholicismus selber ist.

So liegen die Dinge! Deshalb behaupten wir immer von neuem: Es ist der Kampf, der von der Regierung angefacht ist, ein Existenzkampf für den Katholicismus, und darin liegt für uns die Unmöglichkeit, diesen unsern principiellen Standpunkt aufzugeben . . .

„Greifen Sie eine einzelne Bestimmung heraus, dann antworte ich Ihnen: Ja, die einzelne Bestimmung ist keine Lebensfrage, aber die Gesammtheit, das System, um das es sich handelt, die Tendenz, das sind die Lebensfragen. Und da lassen wir uns den Blick nicht blenden dadurch, daß Sie disputiren über das einzelne Detail, und wir lassen uns am wenigsten dadurch beruhigen, daß der Herr Minister sagt, es würden die positiven erbauenden Elemente erst nach einigen Jahren wirken. Wir sagen: Gerade was der Herr Minister unter einem positiven Element versteht, das ist uns gegenüber das positiv vernichtende Element, und wenn das nach der Erklärung vom Ministertisch nach Jahren wirksam werden soll, dann dürfen Sie es uns nicht verübeln, wenn wir nicht erst warten, bis die Jahre vorüber sind, sondern schon jetzt unsern Widerspruch geltend machen, indem wir sagen: Wir verstehen recht gut, worauf die Dinge gemünzt sind, und wenn die Wirkungen heute noch nicht handgreiflich vor uns liegen, dann beweist das durchaus nicht, daß man die Wirkungen nicht will und daß sie nicht in der Zukunft eintreten werden. Und weil das der Fall ist, deshalb haben wir die Verpflichtung, rechtzeitig unsere Verwahrung einzulegen und unsere Vertheidigungsmaßregeln zu treffen. Und das, meine Herren, haben wir denn auch Schritt für Schritt gethan; und in demselben Maße, wie die Angriffsmaßregeln stärker einsetzen und sich vermehren, in demselben Maße wächst, Gott sei Dank, die Widerstandsfähigkeit der Katholiken. Der Kampf stählt; — und wenn man uns vom Ministertische gesagt hat: Wer hätte vor einem Jahre geglaubt, daß solche Gesetze über Patrone und Gemeinden und dergleichen möglich wären? dann antworte ich: Vor einem Jahre lagen die Dinge freilich noch anders. Aber in dem Jahre haben wir auch sehr gewonnen an innerer Kraft und an klarer Erkenntniß des Gegensatzes und der Gefahr, und der Widerstand ist heute auch ein sehr viel nachhaltigerer, entschiedenerer, bewußterer, als wie er vor jener Zeit gewesen sein würde. Wir haben jetzt die Leute und die Gegner kennen gelernt, und danach richten wir uns . . .

„Der Herr Minister sagte dann am Schlusse seiner Argumentation: Also sei doch durchaus keine Absicht der Regierung vorhanden, die katholische Kirche zu zerstören . . . Aber wie harmonirt das mit der Wahrnehmung, daß, sowie die Regierung merkt, daß noch irgend eine Lücke vorhanden ist, sie sofort mit einem neuen Gesetz als Heilmittel, um die Lücke auszustopfen und so die Freiheit, mit der sie sich jetzt gewissermaßen noch großthut, sofort wieder von neuem zu inhibiren, zur Hand ist? Das ganze Unterstützen des Amendements Wehrenpfennig läuft schließlich auf dasselbe hinaus. Es ist ja bloß das ängstliche Bestreben, jeden Ausweg, den Gemeinden doch eine Seelsorge zu verschaffen, unmöglich zu machen.

„Dann macht es mir einen ganz fatalen Eindruck, wenn man darauf hinweist, die Störung der Seelsorge wäre ja eine sehr schlimme Sache, das wäre ein Nothstand, die Regierung müsse da Abhilfe schaffen, und wenn da immer solche Aushilfemittel kommen, die den Nothstand noch verschärfen und die gar keine andere Tendenz haben, als immer die schärfsten Executivmittel anzuwenden, um die Kirche dahin zu bringen, daß sie sich schließlich den Strick selbst um den Hals lege. Das wird die Regierung aber nicht erleben!"

Auf diese Rede folgten so viele geharnischte Attaquen, daß die persönlichen Bemerkungen, in denen der Redner sich vertheidigen mußte, wieder zu

einer ganzen ziemlich langen Rede anwuchsen. Schön erwiederte er dem Abgeordneten Wehrenpfennig, der seine Aeußerung angegriffen hatte, daß in gewissem Sinne die Freiheit und Souveränität der Kirche als einer göttlichen Stiftung für den Katholiken das Grunddogma sei:

„Dem Herrn Dr. Wehrenpfennig habe ich“, erwiederte er, „in Beziehung auf eine irrthümliche Auffassung einer Aeußerung, die ich gethan habe, kurz zu sagen: Das Höchste bei jeder Religion ist die Wahrheit ihrer Lehre. Das Dogma, was die Wahrheit ihrer Gesammtlehre verbürgt, das ist das höchste, das Grunddogma.“

Die kräftigste Auseinandersetzung gab es aber mit Dr. Gneist. Mallinckrodt hatte diesem „perennirenden Referenten bei allen auf Kirchengesetze bezüglichen Berichterstattungen“ vorgeworfen und nachgewiesen, daß dieser in einer Rede 4. Mai „actenwidrig referirt“ habe. Ein actenwidriges Referat sei aber in jedem Collegium der größte Vorwurf, den man einem Mitgliede machen könne. Das hatte aber Dr. Gneist in heftige Erregung gesetzt; der Präsident gestattete ihm, über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinaus sich auszusprechen, er ging aber auch über andere Grenzen noch hinaus, indem er seinem Gegner vorwarf, „der Abgeordnete v. Mallinckrodt habe studirterweise einen Passus (aus Gneists Rede) herausgegriffen, aber das punctum saliens wohlüberlegt weggelassen“; er müsse den gemachten Vorwurf entschieden zurückweisen.

Mallinckrodt antwortete ganz ruhig:

„Meine Herren! Ich bin doch etwas objectiver gegenüber dem geehrten Collegen Gneist, als er mir gegenüber war. Ich habe nicht von einem falschen Referat gesprochen, sondern von einem actenwidrigen Referat. Meine Herren! das ist ein sehr großer Unterschied, denn das eine schließt die bona fides aus, während das andere die bona fides durchaus nicht in Zweifel zieht. Ich meinerseits bin auch nicht in der Lage, die bona fides des Herrn Abgeordneten irgendwie in Frage zu stellen, und zeichne mich insofern durch eine etwas größere Courtoisie aus, als die ist, die in seinen Worten lag, als er sagte, ich hätte ‚studirterweise‘ die und die Citate gemacht und angebracht.“

Nun begann Mallinckrodt, Punkt für Punkt seinen Beweis zu führen, das punctum saliens klarzustellen und von dem „Beiwerk“, hinsichtlich dessen er Gneists unrichtige Angaben sogar übergangen hatte, zu scheiden. Der Beweis war vollgiltig, und Professor Gneist schwieg.

Die folgende Sitzung, 9. Mai, brachte die dritte Lesung für die beiden neuen Kirchengesetze. Zum Bischofsgesetz sprachen nochmals Reichensperger und Baudri, zur Ergänzung des Gesetzes über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen in sehr umfassender Rede Dr. Lieber. Umsonst war das Bemühen Windthorsts, die beiden Entwürfe noch einmal einer Commissionsuntersuchung zu überweisen, in Anbetracht, daß selbst auf seiten der Gegner Zweifel beständen, ob die Gesetze nicht nochmals eine Aenderung der Ver-

fassung in sich schlössen. Beide Gesetze wurden definitiv mit großer Mehrheit angenommen, das Bischofsgesetz mit 257 gegen 95 Stimmen. Mallinckrodt hatte nicht beabsichtigt, zu sprechen, und wurde nur durch eine große Rede des freiconservativen Grafen Bethusy-Huc, welche gegen ihn persönlich sich richtete, dazu genöthigt.

„Bei uns entbrannte der Kampf (zwischen Staat und Kirche) von neuem," hatte der freiconservative Sprecher dem Centrum vorgehalten, „als sich ein großes, mächtiges Staatsleben entfaltete, dem Sie und besonders Herr v. Mallinckrodt mit Entschiedenheit entgegentraten, wo und wie es immer geschehen konnte. . . Herr v. Mallinckrodt und seine politischen Freunde strebten dem Kampfe von 1866 entgegen, und erst vor kurzem erklärte der Herr Abgeordnete öffentlich, er habe es für eine Rechtswidrigkeit gehalten, den österreichischen Krieg zu provociren, die süddeutschen Staaten zu Verträgen zu bewegen, welche ein großer Theil der Bevölkerung zu schließen nicht beabsichtigte, und die Staaten zu annectiren, welche in offenem Kampfe gegen uns standen. Trotzdem behauptet der Herr Abgeordnete, er sei nicht reichsfeindlich, sondern reichsfreundlich."

Dann folgten Tiraden und Apostrophen an das Centrum, die allerdings geeignet gewesen wären, die Satire herauszufordern. Mallinckrodt antwortete ihm sehr gelassen innerhalb des Rahmens einer persönlichen Bemerkung, indem er eine falsche Behauptung des Grafen nach der andern in Kürze richtigstellte:

„Der Herr Abgeordnete hat sich ganz speciell auf mich berufen", bemerkte er an dritter Stelle, „und mich aufgefordert, ich möge widersprechen, wenn es etwa nicht wahr sei, daß ich und meine Freunde der Bildung eines festen Staatswesens in Norddeutschland vom ersten Augenblicke an immer entgegengetreten seien. Ich antworte darauf, daß der Herr Abgeordnete sowohl meinen Freunden wie mir durchaus Unrecht gethan hat. Er kann sich davon leicht überzeugen, wenn er einen Blick zurückwirft auf das Jahr 1867. Das Bild, was er da sieht, wird ihm die Antwort geben, daß es sich damals schlechterdings nicht um irgend welche kirchliche Frage handelte. Denn damals waren der Herr Abgeordnete Hänel [jetzt Fortschrittsmann] und ich Fractionsgenossen, und ein großer Theil derer, die heute meine Freunde sind, die waren Fractionsgenossen des Abgeordneten Grafen Bethusy. Er scheint ein sehr kurzes Gedächtniß zu haben. Ich bedauere, daß er jene Freunde, die damals die Mehrzahl der freiconservativen Partei ausmachten, so rasch aus seinem Gedächtniß verloren hat."

Der Graf, durch diese Antwort aus dem Felde geschlagen, suchte sich durch die Bemerkung zu helfen, seine früheren politischen Freunde, die jetzt die Stellung des Herrn v. Mallinckrodt einnähmen, „hätten vielleicht ihre Ansicht geändert, was er sehr bedauern müsse".

„Ich habe dem Herrn Grafen Bethusy", antwortete Mallinckrodt, „auf sein Bedauern nur eine sehr kurze Antwort zu geben; also, verehrte Herren: Hinc illae lacrymae!"

17. Ein letzter Sieg.

(Mai 1874.)

Die rege Betheiligung Mallinckrodts an den großen kirchenpolitischen Fragen hinderte ihn nicht, ein offenes Auge zu bewahren für alles, was sonst im Hause verhandelt wurde. 11. Mai sprach er z. B. über die Abschaffung des Chausseegeldes und erwarb sich die Zustimmung und den Beifall seines sonstigen liberalen Gegners Miquel; 13. Mai über die landwirthschaftlichen Schulen, 16. Mai über die Erweiterung des Eisenbahnnetzes. Es waren zum Theil ausgezeichnete und beherzigenswerthe Bemerkungen, die er dabei einstreute.

„Was das Amendement des Herrn Abgeordneten Löwe angeht," bemerkte er z. B. am 13. Mai, „so vermag ich auch dafür, vom Standpunkt der Landwirthschaft aus, mich durchaus nicht zu interessiren. Es wird sich da schließlich darum handeln, die jungen Leute vom Lande wirklich ihre Zeit verlieren zu machen durch das Studium von fremden Sprachen, die für die jungen Leute schlechterdings kein Interesse bieten. Unsere Oekonomen brauchen weder Lateinisch noch Griechisch, noch Englisch oder Französisch; das sind für sie sehr wenig interessante Fächer, und sie thun wohl, ihre Zeit anderen Gegenständen zu widmen, wie das zur Zeit auf den landwirthschaftlichen Schulen geschieht. Diese vagen Redensarten von ‚allgemeiner Bildung' führen nach meiner Auffassung praktisch zu einer vollständigen geistigen Verflachung, aber keineswegs zu einer wahren Bildung. Denn die wahre Bildung wurzelt darin, daß jeder concret mit Rücksicht auf die Lebensstellung, auf den Lebensberuf, den er hat, recht eigentlich gründlich gebildet ist. Heutzutage läuft alles auf eine sehr oberflächliche und keineswegs gründliche Bildung hinaus."

Hinsichtlich der 50 Millionen, die neuerdings für Erweiterung des Eisenbahnnetzes verlangt wurden, meinte er, er habe nichts gegen die einzelnen Bahnen, er wolle aber doch aufmerksam machen auf den ungesunden Eifer, die Ueberstürzung, mit denen man vorgehe. Eine Anleihe von 50 Millionen werde jetzt nicht so sorgfältig geprüft, wie unter der alten preußischen Finanzverwaltung etwa die Ausgabe für eine Chaussee. Das sei äußerst bedenklich. Auch müsse die Ueberstürzung auf diesem Gebiet nothwendig schädlichen Rückschlag üben für die Volkswirthschaft. Eine richtige Finanzpolitik müßte langsam dem Bedürfnisse folgen, nicht stoßweise vorgehen. Er finde in dem jetzigen Gang der Dinge „unverkennbare Aehnlichkeit mit der leichtfertigen, raschen Behandlung der Dinge, wie wir sie bei den bisherigen Speculationsunternehmungen ja so vielfach zu bedauern Gelegenheit hatten"...

Am Abend des 13. Mai fanden sich die Mitglieder des Centrums auch wieder einmal zu mehr friedlicher Sitzung zusammen. Es war das Geburtsfest Pius' IX., das von der Fraction durch ein solennes Souper

im Spiegelsaale des Vereinshauses (Niederwallstraße 11) begangen wurde. Wie oftmals in jener Heldenzeit des Centrums, hatten begeisterte Wähler von der Mosel und von der Ahr den muthigen und opferwilligen Vertretern im Abgeordnetenhause kostbare Spenden der heimischen Rebe zugehen lassen. Diesmal nahm Mallinckrodt den Ehrenplatz ein, und trotz des Ernstes der Zeit fehlte die gewohnte Gemüthlichkeit und harmlose Fröhlichkeit auch jetzt nicht.

„In gebundener und ungebundener Rede“, erzählt ein Theilnehmer in der „Germania“, „kam manches langverhaltene Wort zum Vorschein, so daß, wenn man das Facit des Abends bezüglich der Toaste ziehen wollte, man sagen müßte: ‚Es lebte alles, was wir lieben.‘ Das katholische Volk und die katholische Presse, die Berliner Gemeinde und die katholischen Frauen, das freie Wort und die Spender des Weines — dies alles und noch mehr lebte hoch, bis der Herr Ehrenpräses um Mitternacht die Discussion in officieller Weise schloß.“

Er hatte sie auch in officieller Weise eröffnet durch eine Rede, eine Art Familiensprache, die allen, die sie hörten, unvergeßlich geblieben ist.

„Er warf einen kurzen Rückblick“, erzählt derselbe Gewährsmann, „auf den Verlauf der letzten parlamentarischen Arbeiten und constatirte, daß trotz allen ungünstigen Anscheines die Fraction hinreichende Ursache habe, mit dem Erfolge ihrer Thätigkeit zufrieden zu sein. Es war von nicht geringem Interesse, aus dem Munde eines so scharf untersuchenden, so klar denkenden und so ruhig erwägenden Mannes, wie der Herr v. Mallinckrodt nach dem Urtheile aller, der Freunde sowohl wie der Gegner, ist, zu vernehmen, daß die Zukunft sich bereits in einem für die Katholiken günstigern Lichte zeige. Die Verlegenheit im gegnerischen Lager steige beständig, und es fehle dort schon nicht mehr an Leuten, welche unbefangen zugäben, daß sie sich in ihren Voraussetzungen geirrt hätten und am Ende ihrer politischen Weisheit angekommen seien.“

„Er sprach aufmunternde Worte zu seinen Fractionsgenossen“, berichtet ein anderer Festtheilnehmer [1], „und mahnte sie, den Kopf hoch zu halten, da die Stunde der Erlösung nahe sei.“ — „Er bereitete unsere Herzen zur Hoffnung“, sagt ein anderer Zeuge, der Geistliche Rath Müller, „und hob unter anderen Momenten hervor, wie versöhnlich der persönliche Verkehr mit den Gegnern geworden und wie sichtlich ein gemeinsamer Boden gefunden sei auf dem Gebiete des Anstandsgefühles.“ — „Redner ermahnte zum unentwegten Festhalten an dem bisherigen Standpunkte“, setzt der Gewährsmann der „Germania“ seinen Bericht fort, „und wies auf das große Beispiel echter Principientreue und Standhaftigkeit, auf Pius IX. hin. Er schloß mit einem Hoch auf den Papst.“

Indessen, als man zu dieser friedlichen Feier sich zusammenfand, waren die Tage des Kampfes noch nicht vorüber. Es standen auf der Tages-

[1] „Deutsche Reichszeitung“, 28. Mai 1874.

ordnung für den 19. Mai zwei Interpellationen. Die eine, vom Abgeordneten Dr. Respondek und der polnischen Fraction gestellt in betreff der Pfarrei Parchanie im Großherzogthum Posen, die nach dem Tode des bisherigen Inhabers sammt Gebäuden und Vermögen vom Districtscommissarius eigenmächtig in Besitz genommen war, hatte Mallinckrodt 2. Mai sofort nach seiner Rückkehr von Borchen als der erste vom Centrum unterschrieben. Die andere wurde 16. Mai von ihm selbst eingebracht, sie betraf den Fall des gesperrten Pfarrers Wehn. Schon 14. April hatte man von Koblenz aus an die „Germania" berichtet:

„Vor einigen Wochen ist bereits in der ‚Germania' des ‚gesperrten' Pfarrers Wehn von Niederberg am Rhein kurz Erwähnung geschehen. Früher Pfarrer zu Limburg im Saarbrücker Revier, übernahm er auf den Wunsch seiner Behörde die erledigte Pfarrei Niederberg, verließ somit eine gesicherte Stellung und ging mit echt priesterlichem Opfermuth der bedrängnißreichen Zukunft entgegen. Nach kurzer Zeit wurde seitens der Polizeibehörde an ihn die Aufforderung gerichtet, die Kirchenbücher herauszugeben. Pfarrer Wehn entsprach diesem Befehl, indem er die in deutscher Sprache geführten Civilstandsregister, deren Besorgung jedem rechtsrheinischen Pfarrer bisher obgelegen hat, aushändigte, erhielt aber unmittelbar darauf eine im kategorischen Imperativ gehaltene Weisung, die lateinischen Kirchenbücher folgen zu lassen, welche für die weltliche Behörde absolut gar kein Interesse haben, zumal da sich Pfarrer Wehn bereit erklärt, die etwa vorhandenen Lücken in den deutschen Büchern durch die respectiven Auszüge zu ergänzen. Der Forderung wurde nicht entsprochen, weil ihre Ausführung mit dem priesterlichen Gewissen collidirt. Was Eigenthum der Kirche ist, gehört nicht dem Pfarrer an, es soll ihr Eigenthum bleiben.

„Nun decretirte die Polizeibehörde, resp. ihr Chef, Landrath Freiherr v. Frentz, welcher ‚auch' katholisch ist, für die erste Contravention eine Gefängnißhaft von 14 Tagen, nach deren Verlauf Pfarrer Wehn entlassen wurde und in seiner Gemeinde, die ihm einen rührenden Empfang bereitete, einige Tage verblieb, bis dieselbe Forderung wiederum gestellt, aber gleichfalls abgelehnt wurde, woraufhin eine weitere 14tägige Einkerkerung erfolgte. Ein großer Theil der Gemeinde, welche meist aus Arbeitern besteht, die sich im Tagesverdienst ihr Brod erwerben, folgte unter lautem Weinen ihrem Seelsorger von Niederberg über den Rhein nach Koblenz vor das Gefängniß, bis sie mit Gewalt zurückgedrängt wurden und sich in die Kirchen der Stadt zum Gebete vertheilten.

„Pfarrer Wehn hatte mittlerweile an den Oberpräsidenten und weiterhin an das Cultusministerium einen Protest gegen das landräthliche Verfahren gerichtet und davon Herrn v. Frentz benachrichtigt, welcher jedoch hierüber einfach zur Tagesordnung überging und ‚infolge höherer Weisung' ein ‚exemplarisches Beispiel' statuirte, indem er den renitenten Pfarrer nach 40stündiger Freiheit durch die Gendarmerie festnehmen und auf weitere vier Wochen gefangen setzen ließ. Diese vierwöchentliche Haft erreichte mit dem Montag nach dem Weißen Sonntag (13. April) ihr Ende. Pfarrer Wehn gedachte, an diesem Tage die Kinder seiner Gemeinde

zur ersten heiligen Communion zu führen, als er im Gefängniß die Aufforderung erhielt, den Ort, an welchem die Bücher verborgen seien, anzugeben, widrigenfalls eine weitere Gefängnißstrafe von vier Wochen unmittelbar angetreten werden müsse. Zugleich wurde auch sein Signalement bis ins Detail aufgenommen. Und so wird nun der Priester, der um seines Gewissens willen bereits acht lange Wochen in der Kerkerzelle zubringen mußte, in einer Haft gehalten, deren Ende gar nicht abzusehen ist, und zwar infolge einer polizeilichen Verfügung ohne allen und jeden richterlichen Spruch. Gegen Landrath v. Frentz ist durch Pfarrer Wehn die gerichtliche Klage eingeleitet."

Aber damit war die Sache nicht zu Ende. Beim Gericht, wo der Pfarrer die Sache anhängig gemacht hatte, wurde der Competenzconflict erhoben, von seiten des Ministeriums kam auf die Beschwerde der Entscheid, „daß das Verfahren ganz in der Ordnung" wäre, und als 11. Mai zum zweitenmal vier Wochen abgebüßt waren, wurde dem standhaften Priester eine abermalige vierwöchentliche Gefängnißhaft dictirt.

Dieser Vorfall hatte Mallinckrodts Gerechtigkeitsgefühl aufs äußerste empört; selbst unter der Voraussetzung der Maigesetze als bindenden Rechtes war solches Verfahren von der Makel offenbarer Ungesetzlichkeit nicht freizusprechen. Mallinckrodt war entschlossen, im Abgeordnetenhause den Fall zur Sprache zu bringen. Die Interpellation lautete:

„In der Pfarrei Niederberg — im rechtsrheinischen Theile des Kreises Koblenz — findet herkömmlich eine doppelte Buchung der kirchlichen Acte statt, indem dieselben einerseits in die ‚deutschen Standesbücher' und andererseits in die ‚lateinischen Kirchenbücher' eingetragen werden.

Der derzeitige Pfarrer Friedrich Wehn ist ‚gesperrt' und hat auf Erfordern, und im Einverständnisse mit dem Generalvikariat zu Trier, die deutschen Bücher der Standesbehörde ausgeliefert, dahingegen die Herausgabe der lateinischen Bücher und des Kirchensiegels verweigert.

Der königliche Landrath Freiherr v. Frentz hat darauf, um Herausgabe auch dieser Gegenstände zu erzwingen, zunächst Geldbußen und sodann Executivhaft angedroht und verfügt. Es sind vollstreckt worden:

a) 14tägige Haft vom 9.—23. Februar d. J.,
b) 14tägige Haft vom 26. Februar bis 12. März d. J.,
c) 4wöchentliche Haft vom 16. März bis 13. April 9 Uhr morgens,
d) 4wöchentliche Haft vom 13. April 9 Uhr morgens bis 11. Mai d. J.

Sa.: 3 Monate.

Dieses Verfahren des königlichen Landraths, gegen welches der Betroffene ohne Erfolg Beschwerde geführt hat, ist nach Ueberzeugung des Unterzeichneten ungesetzlich. Denn erstens entbehrt die Forderung der Polizeibehörde der gesetzlichen Begründung, und zweitens überschreitet die Dauer der verfügten Executivhaft das gesetzliche Maximum von vier Wochen um das Dreifache.

Der Unterzeichnete beehrt sich, an die königliche Staatsregierung, zu deren Kenntniß der Vorgang bereits gelangt ist, die Frage zu richten:

Ob dieselbe gesonnen ist, den Herrn Wehn gegen fernere Beeinträchtigung der bürgerlichen Freiheit zu schützen?

Berlin, den 16. Mai 1874.

v. Mallinckrodt
(unterstützt durch 56 Mitglieder des Centrums)."

Es war nicht der einzige Fall dieser Art, der Mallinckrodt vorlag und von ihm jetzt zur Besprechung gebracht wurde. Pfarrer Kemper in Eggerode (Rgb. Münster) war, als er die Herausgabe der Kirchenbücher verweigerte, von seiten der Staatsanwaltschaft wegen „Unterschlagung und Beseitigung öffentlicher Urkunden" in Anklagezustand versetzt und zur gleichen Zeit durch die Verwaltungsbehörde bezw. den Landrath „von Aufsichts wegen" erst zur Auslieferung aufgefordert, dann 10 Wochen lang und bis auf weiteres im Gefängniß gehalten worden. Ein anderer Fall lag in Balduinstein, im Herzogthum Nassau, vor, wo gleichfalls, trotz der Auslieferung der deutschen Standesbücher, der Landrath durch Geldstrafen auch die Auslieferung der lateinischen Kirchenbücher erzwingen wollte, wo aber das Executivverfahren plötzlich eingestellt wurde und zwar, wie man am Ort sich erzählte, auf telegraphische Weisung von Berlin her.

Bei der Besprechung der Posen'schen Interpellation hatte vom Centrum Windthorst allein sich betheiligen können; weiteres war durch Schluß der Discussion abgeschnitten worden. Nun ergriff Mallinckrodt zur Begründung seiner eigenen Interpellation das Wort, ruhig und sachlich, wie immer. Er begann:

„Meine Herren! Ich knüpfe an den Gedanken an, mit dem der Herr Abgeordnete Windthorst seine Bemerkungen eben schloß. Seitens der Regierung ist die Parole ausgegeben: ‚Ansehen dem Gesetze!' Ich meine, wenn eine Staatsregierung den Satz hinstellt und zum Angelpunkte ihrer Action macht, dann gebührt es sich vor allen Dingen, daß sie selbst mit dem guten Beispiele strenger Gesetzlichkeit vorgehe. Ist das nicht der Fall, dann schwächt sie ihre eigene Position augenscheinlich in der ärgsten Weise; denn eine Regierung, die immer darauf hinweist: ‚Dem Gesetze muß gehorcht werden!' die aber selbst mit dem Gesetze sich in Conflict bringt, schädigt nothwendig ihr eigenes Ansehen und damit alle Erfolge ihrer Bestrebungen."

In klarer juristischer Deduction, mit Beiseitelassung untergeordneter Punkte, die gleichfalls zu Ungunsten der Regierung sprachen, beantwortete er nun die zwei Fragen: Hat in diesen Fällen die Regierung von ihrer Executionsbefugniß Gebrauch gemacht, um gesetzliche Bestimmungen zur Geltung zu bringen? und hat sie die ihr zustehenden Mittel wirklich nach Maßgabe der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen gebraucht?

Ueberzeugend wies der Redner nach, daß die Kirchenbücher zweifelloses Eigenthum der Kirche seien, daß keinerlei rechtliche Befugniß der Regierungsbehörde zur Seite gestanden habe, dieser fremden Eigenthumsobjecte sich zu bemächtigen, daß der betreffende Pfarrer in Verweigerung der Herausgabe lediglich seine Pflicht gethan, „weil er als Mandatar des Eigenthümers verpflichtet war, diese zweifellos im Eigenthum der Kirchengemeinde liegenden Gegenstände nicht zu extradiren". Des betheiligten Landraths, dem nachher auch der Minister das Zeugniß ausstellte, daß er „nur im Auftrag und als Werkzeug der Regierung gehandelt habe", gedachte Mallinckrodt in möglichst schonender Weise, wenn er auch der Rolle, die demselben zugefallen war, zu erwähnen nicht unterlassen konnte.

„Nun fing der Landrath von Koblenz," erzählte er im Laufe der Darstellung, „der sonst — ich habe die Ehre, ihn zu kennen — ein ganz ruhiger und achtbarer Mann ist — an, gegen diesen unglücklichen Pfarrer förmlich zu wüthen."

Weit bedenklicher noch für den Minister, der einst dem Centrum gegenüber mit Selbstbewußtsein darauf hingewiesen hatte, daß er „als Jurist" aus der hohen Justiz von Sr. Majestät zur Leitung des Cultusministeriums berufen worden sei, wurde die Beantwortung der zweiten Frage. Die ganze preußische Gesetzgebung, von der Allgemeinen Gerichtsordnung an bis zu den Maigesetzen 1873, durch alle Phasen verfolgend, erbrachte der Redner den Beweis, daß die vom Minister in einem Rescript vom 16. April versuchte Rechtfertigung des Verfahrens völlig unzutreffend sei und auf einer offenkundigen Mißdeutung des (wie überdies Windthorst nachwies, völlig antiquirten, mit der Verfassung im Widerspruch stehenden) Gesetzes von 1808 beruhe. Er zeigte, daß nach der vom Minister beliebten Auslegung für die Regierung die Möglichkeit statuirt sei und die Regierung im Princip das Recht in Anspruch nehmen könne, einen solchen Mann lebenslänglich einzukerkern.

Der Minister, um nicht mit sich selbst in offenen Widerspruch zu gerathen, mußte zugeben, daß dies im Theorem richtig sei. Dagegen wies aber Mallinckrodt auf das bestimmteste nach, daß nach der einzig wahren und einzig möglichen Auslegung des vom Minister angerufenen Gesetzesparagraphen über ein Strafmaximum von höchstens vier Wochen nicht hinausgegangen werden dürfe, und daß auch das neue Reichsstrafgesetzbuch für analoge Fälle verbiete, über eine Gefängnißstrafe von drei Monaten hinauszugehen. Die Beweisführung war überwältigend. Mallinckrodt wies aber außerdem noch darauf hin, wie die Regierung, bei derartigem ungesetzlichen Verfahren, nach allen Seiten hin in der Lage sei, „sich die unliebsamen Controleurs vom Leibe zu halten", wie sie, statt die Gerichte entscheiden zu lassen, was Rechtens sei, jeder Klage bei Gericht mit Erhebung des Competenzconflictes begegne.

„Nun sollte man denken," fuhr er fort, „wer in einer so eminent günstigen Situation sich befindet, daß er von keiner Seite mit Erfolg angefochten werden kann, der erkennt es doch als seine höchste Ehrenpflicht, daß er nun strenge, viel lieber zu strenge sich an die Vorschriften des Gesetzes hielte, und daß er nicht die Möglichkeit des willkürlichen Mißbrauchs, die ihm seine Stellung gewährt, wirklich zu einem solchen Mißbrauche ausnutzt . . . Nun, meine Herren, was fällen Sie nun für ein Gesammturtheil über die Haltung der Regierung gegenüber diesen Fragen? — Ich meine, es geht zunächst eine außerordentliche Unsicherheit daraus hervor. Der Staatsanwalt wird zu Hilfe gerufen; man beruft sich daneben auf das dienstliche Aufsichtsrecht, stellt sich also auf den Boden disciplinarischer Beziehungen. Weil das aber auch nicht ganz klar erscheint, kommt die Polizeibehörde und beruft sich in anderem, aber ganz gleichartigem Falle auf polizeiliche Befugnisse. Und zu solchem Mittel greift man in dem Augenblicke, wo man die volle Möglichkeit hat, alle Gesetze zu machen und durchzubringen, die man nur durchbringen will, vorausgesetzt, daß man ‚Kirchengesetze' darüber schreibt — es steht das ganz baumfest, die kommen alle durch. In dem Augenblicke kann man es gar nicht erwarten, daß man ein gesetzliches Mittel schafft, sondern in der Hast stürzt man auch auf ungesetzliche Mittel los. Meine Herren, wie muß der Eindruck einer solchen Handlungsweise auf das Publikum sein! Wenn jemand, der hochgestellt ist, in einer so leidenschaftlich getrübten Weise seine Maßregeln wählt, daß man sagen möchte, der könne sich selbst nicht regieren, wie sollen dann solche Personen als die geeigneten erscheinen, um andere zu regieren? Und liegt es nicht sehr nahe, daß das Publikum sagt: wenn wir die Gesetze halten sollen, dann müssen sie doch von der Regierung selbst vor allen Dingen auch gehalten werden. Warum denn gibt die uns das Beispiel der Mißachtung?"

Diesmal verhallten seine beredten Worte nicht ganz ungehört; die brüske Erwiederung des Ministers verfehlte den gewohnten Eindruck, kein Beifall wurde laut. Falk blieb bei seiner noch eben schlagend widerlegten Gesetzesinterpretation stehen und rechtfertigte deren so weitgehende Anwendung daraus, daß es sich hier „nicht um einen einzelnen Act des Ungehorsams, sondern um einen allgemein verbreiteten Widerstand handle". Uebrigens werde die Regierung von übermorgen an in der Lage sein, andere Mittel als die der Haft gegen derartige Geistliche anzuwenden, da bis dorthin das neue Reichsgesetz vom 4. Mai in Kraft trete, das solche andere Mittel an die Hand gebe.

Windthorst beantragte nun Besprechung der Interpellation, und aus der Mitte der „Nationalliberalen" erhob sich Mallinckrodts unermüdlicher Gegner, der Abgeordnete Lasker, um im Namen der liberalen Partei das Vorgehen der Regierung auf das entschiedenste zu verurtheilen. Er sei der Meinung, daß bei einer Auslegung des Gesetzes, wie der Minister sie gegeben und wie sie in den vorliegenden Fällen thatsächlich ausgeübt worden sei, „eine bürgerliche Freiheit und ein Recht überhaupt nicht bestehe", daß so Strafgesetz und alles, was in Beziehung auf Strafverfahren so sorgfältig angeordnet sei, der Polizei gegenüber zur völligen Bedeutungslosigkeit herab-

sinke, daß „ein solcher Zustand eines Rechtsstaates unwürdig sei". Eingehend kritisirte er die Verfahrungsweise der Regierung in dem Koblenzer Vorfall und knüpfte daran den Schluß:

„Ich möchte die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses darauf richten, daß hier ein Fall vorliegt, in dem wir alle verbunden sind, die gemeinsame Freiheit, die gemeinsame Ehre des Bürgers zu vertheidigen, daß ich hier einen Unterschied zwischen der einen und der andern Seite des Hauses gar nicht anerkennen kann."

Nachdem Lasker unter großem Beifall des Hauses geendet, rückte auch Windthorst in den Kampf ein, um von den Aeußerungen des Ministers das noch zurückzuweisen, was Lasker geschont hatte. Gegenüber der Vertröstung des Ministers auf das am 21. Mai in Kraft tretende neue Gesetz schloß er mit der Bemerkung:

„Das hätte ich mindestens erwartet und hoffe ich noch jetzt, daß, nachdem auch die liberale Seite dieses Hauses erkannt hat, wie weit die Dinge getrieben sind, daß wir aufgehört haben, in einem Rechtsstaate uns zu befinden, daß die reinste Willkür anstatt des Gesetzes waltet, ein Telegramm die Entlassung aller dieser Leute anordnen sollte."

Die Niederlage des sonst so absprechenden und selbstbewußten Ministers war die denkbar vollständigste. Keine Stimme hatte sich erhoben, keine seiner eigenen Aeußerungen hatte sich als haltbar erwiesen, auch nicht ein Schein von Recht stand auf seiner Seite. Die „liberale" „Vossische Zeitung", welche am 20. Mai dem Vorgang einen Leitartikel widmete, bemerkte darüber:

„Unter den vielen Reden, Interpellationen und anderen Acten der Centrumspartei sind wenige so glückliche gewesen, als die Interpellation des Abgeordneten v. Mallinckrodt wegen des Pfarrers Wehn . . . Der Interpellant hatte eine brillante Gelegenheit, den schwächsten Punkt in den preußischen Rechtszuständen zu beleuchten, und benutzte sie bestens. Dazu rang er dem Cultusminister das Zugeständniß ab, daß die Behörden selbst in ihren weiten Befugnissen über die Freiheit der Person nicht correct verfahren und ihre Maßregeln einer Remedur bedürftig seien. Dem Redner aus dem Centrum kam der Wortführer der Nationalliberalen zu Hilfe . . ."

Was aber diesem großen und glänzenden Siege, mit dem Mallinckrodt die gewaltige Thätigkeit abschloß, die er auch in dieser Session wieder im Dienste des Rechts und der Wahrheit entfaltet hatte, für seine Person eine besondere Bedeutung gab, das war ein directer Zusammenstoß mit dem Cultusminister Falk. Nachdem er nämlich in seiner Rede klargelegt hatte, daß weder eine rechtliche Begründung, noch irgend ein unmittelbar praktisches Bedürfniß für das Vorgehen der Regierung geltend gemacht werden könne, suchte er den eigentlich leitenden Gesichtspunkt bei diesen Zwangsmaßregeln nachzuweisen und der Würdigung durch das hohe Haus anheimzustellen. Er fand denselben in einer frühern Aeußerung des Cultusministers klar ausgesprochen und hob hervor:

„Nun hat der Herr Minister vor einigen Wochen eine Erklärung gegeben, allerdings sehr allgemeiner Natur. Ich meine die Antwort am 6. Mai, die sich auf den § 13 des Bisthümergesetzes bezog. Da sagte der Herr Minister nach dem Stenogramme folgende Worte:

„‚Zunächst allerdings wird es wohl meine Pflicht sein, auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten v. Mallinckrodt eine Entgegnung zu geben, der in der gestrigen Sitzung mit besonderer Lebhaftigkeit und Eindringlichkeit den „unsittlichen Standpunkt der Staatsregierung“ betonte, welchen dieselbe bei den Vorschlägen des § 13 eingenommen habe. Bei seiner Argumentation scheint er mir aber nur das Eine vergessen zu haben, was doch das Entscheidende in der Sache ist, nämlich daß wir in einem ernsten Conflict stehen, von dem die Personen ergriffen werden. Seine Deduction wäre im großen und ganzen für friedliche Zustände gewiß zutreffend, für die Verhältnisse der Gegenwart ist sie es in der That nicht.‘

„Es scheint für die Verhältnisse der Gegenwart nach dem damaligen Ausspruche des Herrn Ministers in der That nicht ‚zutreffend‘, wenn man darüber wacht, daß die Staatsregierung in ihren Maßregeln gegen die einzelnen Landesangehörigen keinen ‚unsittlichen Standpunkt‘ einnimmt. Meine Herren! Ein Standpunkt wie der, um den es sich heute handelt, von einer Regierung eingenommen, gibt zu viel zu denken, und ein Minister, der so öffentlich sprach, darf sich nicht beklagen, wenn das öffentliche Urtheil bei Vorgängen, wie die von mir zur Sprache gebrachten, auch dahin geht: wenn's Friede wäre, dann würde die Regierung wohl die Gesetze beobachten wollen, aber da es sich um einen ernsten Conflict handelt, da hält die Regierung sich gar nicht zur Beachtung der Gesetze verpflichtet!“

Diese im Augenblick ganz unerwartete Zurechtsetzung wegen einer frühern, allerdings im Munde eines hohen Staatsbeamten unverantwortlichen Aeußerung hatte den Minister entweder heftig erregt oder stark in Verlegenheit gebracht. Schon am 7. Februar desselben Jahres, als Mallinckrodt das tiefe Schweigen des Cultusministers bei den wichtigsten Berathungen seines Etats gegeißelt hatte, war ihm von diesem die Entgegnung zu theil geworden: „Er (der Minister) schweigt, wenn er Dinge hört, die einer Antwort gar nicht würdig sind. Können Sie das wirklich von einem Theil dieser Rede (Mallinckrodts), die Sie eben hörten, bestreiten?“ Heftiger und verletzender noch fuhr diesmal der Minister gegen ihn los:

„Ein Abgeordneter,“ begann er seine Rede, „der aus früheren Reden eines Ministers einzelne Stellen herausreißt, die unter ganz anderen Voraussetzungen gesprochen wurden, und solche Wendungen daran knüpft, der verdient darauf keine Antwort. — Die Interpellation werde ich beantworten.“

Aber schon Windthorst, der vom Centrum zunächst zum Worte kam, ließ das nicht ruhig hingehen, um so weniger, als der Minister denselben Grundsatz, den ihm Mallinckrodt vorgehalten und den Fall als Verdrehung und Mißdeutung zurückweisen wollte, am Ende der gleichen Rede in etwas anderer Wendung selbst abermals ausgesprochen hatte.

„Zunächst hat der Herr Minister es abgelehnt," war Windthorsts erste Bemerkung, „dem Collegen v. Mallinckrodt auf seine allgemeinen Betrachtungen zu antworten, und hat gesagt, es seien ihm Worte aus dem Zusammenhang gerissen und dann interpretirt in einer unzulässigen Weise. Auf solche Art zu sprechen gebe er keine Antwort. Dasselbe ist in einem frühern Fall auch mir gegenüber geschehen. Es ist das außerordentlich bequem. Ich kann nur erwiedern, daß der Herr Abgeordnete v. Mallinckrodt nichts aus dem Zusammenhang gerissen, sondern die Sache vollständig und klar dargelegt hat. Außerdem aber war ja der vorliegende Fall nach den eigenen Schlußbemerkungen des Herrn Ministers wieder eine Illustration desselben Gedankens. Der Herr Minister sagte, daß man bei verständiger Handhabung und Auslegung der von ihm interpretirten Bestimmung vom Jahre 1808 nicht zu extremer Anwendung kommen werde, und daß im gewöhnlichen Gange der Dinge — also im Frieden — so etwas, wie hier in Frage, nicht vorkommen werde, daß aber bei der außerordentlichen Form des Falles [weil ‚allgemein verbreiteter Widerstand'] mit Rücksicht auf alle hier concurrirenden Umstände allerdings diese sonst nothwendige Rücksicht nicht habe genommen werden können: meine Herren, das ist eine Uebersetzung des allgemeinen Satzes in Anwendung — auf diesen Fall."

Der Minister vermied es in der kurzen Antwort, die er Windthorst gab, auf diesen Punkt zurückzukommen; aber Mallinckrodt war auch noch da, seine Sache zu vertreten. Er verlas die Rede des Ministers vom 6. Mai von Anfang an nebst der von ihm citirten Stelle und dem Abschnitt, der darauf folgte, und schloß unter dem lauten Beifall seiner Freunde: „Ich habe also nichts aus dem Zusammenhange gerissen, sondern die allgemeine Bemerkung in ihrer Vollständigkeit mitgetheilt." — Der Minister schwieg.

Bedeutungsvoller aber waren für Mallinckrodt persönlich die Worte, mit denen er diese Rechtfertigung einleitete:

„Der Herr Minister bemerkte im Eingange seiner Aeußerung, ich hätte Worte, die er bei früherer Gelegenheit gesprochen hat, aus dem Zusammenhang gerissen und so vorgetragen; ein solches Verfahren verdiene keine Antwort.

„Ich bin mir bewußt, in der Vergangenheit nie mit illoyalen Waffen gefochten zu haben, und denke das auch in der Zukunft nie zu thun. Um den Beweis zu liefern, daß es auch heute nicht geschehen ist, nehme ich das Recht in Anspruch, die Sätze zu verlesen."

Mit diesem persönlichen Triumphe, der an den Sieg in gerechter Sache sich anschloß, verließ Mallinckrodt für dieses Jahr den Kampfplatz. Zwar folgten noch zwei unbedeutende Sitzungen, und er nahm am 20. Mai nochmals kurz das Wort zu einer Geschäftsordnungsfrage; aber schon am Nachmittag des 21. Mai wurde der Landtag geschlossen.

Sechstes Buch.

Die Vollendung.

1. Nach dem Kampfe.

(Mai 1874.)

„Die Fraction des Centrums konnte sich", schrieb zwei Jahre später ein verdientes Mitglied derselben [1], „als ihre Mitglieder sich zur Abreise von Berlin anschickten, das Zeugniß geben, daß sie ungebeugten Muthes die bekannten erhabenen Grundsätze, welche sie auf ihre Fahne geschrieben, überall, sei es nun im Plenum des Hauses oder in den nicht minder wichtigen Commissionssitzungen, sowohl in bürgerlichen und allgemein freiheitlichen wie besonders in kirchlichen und religiösen Fragen nicht ohne Geschick und mannhaft vertreten hatte. Dies war auch das Gefühl, welches alle beseelte, als sich die Fraction an einem der letzten Abende nochmals gemeinsam im geselligen Kreise zum Abschied versammelte, wo im Saale des katholischen Vereinshauses in der Niederwallstraße 11 der Abgeordnete v. Mallinckrodt in ergreifender Rede . . . eine Umschau über unsere Lage und einen Rückblick auf die Resultate der eben zu Ende gehenden Session hielt. Dann nochmals den Stand der Dinge überschauend, forderte er zum treuen Ausharren auf der beschrittenen Bahn auf, und siegesbewußt im Hinblick auf das Kreuz nahm er Abschied von seinen Kampfgenossen."

„Gott sei Dank! geht die Geschichte hier in dieser Woche zu Ende," berichtete Mallinckrodt 17. Mai an Frau v. Laßberg, „und werde ich Freitag den 22. Mai, spätestens Sonnabend, wieder zu Hause sein, wohin mich die Sehnsucht stark zieht." In auffallender Weise, wie es dieser ernste, sich selbst beherrschende Mann nie an sich erfahren, hatte wirklich eine Art von heftigem Heimweh ihn erfaßt. „Er konnte den Schluß der Sitzungen kaum erwarten. Ein wachsendes Heimweh hatte sich seiner in den letzten

[1] Dr. W. Birnich, Die Fraction des Centrums in der 12. Legislaturperiode des preußischen Landtags. Münster 1876. S. 20 und 21.

Wochen bemächtigt." [1] Alle Tage sandte er Briefe nach Borchen, die nur ein Ausdruck seiner Sehnsucht nach der Heimat waren.

Er war nicht wenig stolz auf seine kleine Welt, sein „Reich an der Alme". Noch während der Weihnachtsferien hatte er mit großer Sorgfalt, selbst um alles einzelne sich kümmernd, die häusliche Einrichtung vollendet. „Ich hoffe," schrieb er im Februar an den Prälaten Dr. Hülskamp, der ihm als Bekannter zu seiner Vermählung Glückwünsche gesandt hatte, „Sie benutzen nächsten Sommer irgend welche Mußezeit, um meinen Mikrokosmus an Ort und Stelle einer Prüfung zu unterziehen. Ich denke, er wird die Probe bestehen." Sein neues häusliches Glück war ungetrübt, seine nächststehenden Freunde sahen in dieser zweiten Ehe einen besondern Lohn, den die Vorsehung ihm beschieden habe. „Wenn die kleine Thekla", schrieb er selbst an deren Tante, Frau v. Laßberg, „mir ein annähernd gutes Zeugniß ausstellen mag, wie ich ihr, dann stimmt's so gut zusammen, daß Ihr Euch mitfreuen dürft. Ich weiß zwar nicht, ob sie Euch bisher traurige oder lustige Briefe geschrieben hat, jedenfalls will ich mir aber Mühe geben, ihr den Sommer zu versüßen."

Aber nicht bloß die Freude am Familienkreis und dem trauten Heim war es, was jener heftigen Sehnsucht zu Grunde lag, es war auch das Gefühl der äußersten Erschöpfung und Uebermüdung. Als er 19. Mai im Abgeordnetenhause seinen großen Sieg erkämpft hatte, da sagte er den Freunden, die ihre Freude darüber aussprachen: „Nun — ich konnte nicht anders, aber ich kann nicht mehr weiter, und wenn ich aufs Schafott steigen muß." „In letzterer Zeit", erzählt kurz darauf ein Bekannter [2], „hat seine Blutleere sehr nachtheilig auf das Nervensystem eingewirkt, und manche, die ihn nach gehaltener Rede betrachteten, erkannten in der Vibration seiner Glieder den Vorboten . . . einer Krankheit." „Solche, die ihn im Reichstag gesehen und gehört", versichert ein anderer, „wundern sich, daß er nicht früher zusammengebrochen." Er selbst empfand längst die Ueberanspannung seiner Kräfte. „Im Sommer werde ich mich dann auch vielleicht in der Correspondenz mit anderen Menschen bessern," schrieb er 17. Mai an Frau v. Laßberg, „hier konnte davon kaum die Rede sein, wie Dir ohne weiteres einleuchten wird. Ich habe mich ja auch durch gütige Vermittlung der Zeitungen in ziemlich regem, geistigem Rapport mit Euch gehalten, wie ich denke."

Uebrigens war ihm bei alledem der gute Humor doch noch nicht ganz abhanden gekommen. „Verehrtes, liebes Tantchen", hatte er denselben Brief begonnen, „es ist doch, als sollte ich Dir gar nicht schreiben; denn eben

[1] Dr. Mertens, Hermann v. Mallinckrodt. Paderborn 1874. S. 24.

[2] H. Geiger in München, „Volksfreund", 31. Mai 1874.

setze ich mich hin, um zu schreiben, — da ist das Briefpapier alle und muß ich mir erst einen Briefbogen zurechtschnippeln. Eigensinnige Leute denken aber in solchen Fällen: ‚Nun erst recht!'"

Am Tage vor dem Landtagsschlusse, Mittwoch 20. Mai, speiste er mit Windthorst, Freiherr v. Schorlemer-Alst, Freiherr v. Heeremann, Graf Schmising-Kerssenbroick, Graf Praschma, Schröder und anderen Fractionsgenossen im Hotel „de Russie" zu Mittag, und es herrschte dabei die heiterste Stimmung. Da er bereits auf Donnerstag den 21. Mai die Ankunft in Borchen angekündigt und den Wagen zum Bahnhof bestellt hatte, so galt es, noch rasch die Abschiedsbesuche in Berlin abzumachen. Gleich nach dem Essen fuhr er daher mit Windthorst in offener Droschke bei den gemeinsamen Freunden vor, andere Besuche machte er allein zu Fuß ab, und dann wurde am Abend der Koffer gepackt. In dieser Beschäftigung fand ihn sein Schwager Hüffer, als er abends 10 Uhr von einer in Geschäftsangelegenheiten unternommenen Fahrt nach Potsdam zurückkehrte; denn beide hatten wie früher ihr Quartier gemeinsam, für dieses Mal seit Ostern in der Köthener Straße 6. Mallinckrodt klagte dem Schwager, daß ihm seit Abend plötzlich unwohl geworden, er müsse sich wohl bei der Fahrt in der offenen Kutsche erkältet haben. Er fühlte einen Druck auf der linken Brustseite, hatte Neigung zur Uebelkeit, und es meldete sich Frösteln. Beide hielten es für „eine neue Auflage seines alten Rheumatismus"; der Schwager rieth ihm, Gichtpapier aufzulegen und sich ins Bett zu legen, was er denn auch befolgte. Aber als gegen 11½ Uhr Hüffer sich nach ihm umsah, fand er ihn noch hell wach; er klagte über Schmerz in den Gliedern. Die Nacht war schlecht, mehrmals mußte er sich erbrechen; doch verlangte er, daß der Schwager das Licht wieder auslöschen möchte, da er schlafen wolle. Am Morgen dauerte das Unwohlsein noch an, er fieberte leicht, der Schmerz in der Seite war nicht gehoben, er sah ein, daß er nicht reisen könne. Hüffer telegraphirte nach Borchen, „wegen Rheumatismus könne Hermann seine Heimreise heute nicht unternehmen". Dann ging er, um im Abgeordnetenhause ihren gemeinsamen Collegen Dr. Fakeldey zu suchen, den er nach mehreren vergeblichen Kreuz- und Querfahrten endlich im Sitzungssaale fand. „Die Nachricht von der Erkrankung Hermanns", erzählt Hüffer selbst, „erregte im Hause unter den Freunden Bestürzung." Während Dr. Fakeldey sofort zum Kranken fuhr, eilte der besorgte treue Schwager zur Wohnung des mit Mallinckrodt befreundeten Sanitätsrathes Dr. Volmer, um auch diesen zum Kranken zu bringen, zumal bei dem bevorstehenden Landtagsschluß Dr. Fakeldey's Abreise in naher Aussicht stand. Dr. Volmer hatte schon 1869 bei einem ernstern Unwohlsein Mallinckrodt behandelt. Als sie gegen 11½ Uhr das Krankenzimmer betraten, fanden sie den Patienten bereits mit Arznei versehen, und es entspann sich zunächst eine heitere Conversation zwischen Mal-

linckrodt und dem alten Freunde. Dr. Volmer erinnerte ihn scherzend an die bösen Aeußerungen, die er 14. März im Reichstag über die moderne Wissenschaft der Medicin gemacht. Damals hatte Mallinckrodt, als er den Impfzwang bekämpfte und den großen Lärm, den man damit machte, u. a. geäußert:

„Was ist denn eigentlich die medicinische Wissenschaft? (Ruf: Ah!) Ja, meine Herren, Sie sagen: ‚ah‘; es würde vielleicht sonst jemand geneigt sein, zu antworten, das sei eine Summe von sehr verschiedenen, durcheinander spielenden und sich bekriegenden Ansichten; ich möchte sagen, es sei ein Topf voll Mäuse. Sie sehen da die hervorragendsten Grundsätze einander gegenüber, Allopathie und Homöopathie; heute heißt es: alle Fenster zumachen, jeden Zug abhalten, — morgen kann man bei derselben Krankheit nicht Fenster genug öffnen. Heute heißt es: nur ja schmale Diät, Wasser trinken und immer Wasser; morgen heißt es: eine Flasche alten Madeira, schweren Burgunders, das ist viel nützlicher. Solche Gegensätze in den Kurmethoden liegen sehr nahe nebeneinander. Gegenwärtig nun haben wir vor Augen die widersprechendsten Auffassungen über den Werth des Impfens ...“

„Ja“, meinte er jetzt, als Dr. Volmer diese geringschätzige Aeußerung ihm vorhielt, „das ist cum grano salis zu verstehen; übrigens machen die Aerzte auch wirklich sonderbare Sachen.“ Und dann erzählte er von der Lungenentzündung, die sein Bruder Georg kurz zuvor durchgemacht, wo durch Anwendung eines fehlerhaften Thermometers die Fieberhöhe falsch bemessen wurde.

Dr. Volmers nähere Untersuchung des Kranken ergab ein heftiges Fieber, die Brust war frei, die Mittel, die Dr. Fakelbey zur Dämpfung des Fiebers angeordnet, konnte er nur billigen. Nun schrieb Hüffer an Frau Thekla v. Mallinckrodt, ihr anheimzustellen, ob sie zu ihrer eigenen Beruhigung und zur Uebernahme der Pflege von Borchen herüberkommen wolle. Gefahr sei zur Zeit nicht vorhanden, und die gute Pflege der alten Frau Steinecke, der Hauswirthin, sei völlig ausreichend. Auf des Kranken ausdrücklichen Wunsch mußte er „die gute Pflege“ unterstreichen. „Die Doctores konnten (an diesem Tage) noch nicht ins reine kommen“, schrieb Mallinckrodt mit eigener Hand 23. Mai, „deshalb konnte Hüffer auch nichts Näheres (angeben). Fest stand nur starkes Fieber und sehr unbehagliches Befinden.“ Noch einmal kam an diesem Tage Dr. Volmer, in der Nacht blieb Frau Steinecke zur Hand, um dem Kranken regelmäßig die Arznei zu reichen.

Am Morgen des 22. war das Fieber und der ganze Zustand unverändert derselbe; ein bestimmter Sitz der Krankheit war auch jetzt nicht zu entdecken. Dr. Volmer wünschte sehr, den Kranken nach dem St.-Hedwigs-Krankenhause zu bringen, dessen dirigirender Arzt er war; allein die gute Hauswirthin wehrte sich dagegen, so viel sie konnte; sie wollte sich die Pflege

nicht nehmen lassen. So hatte es vorläufig damit sein Bewenden. Unter vier Augen hatte der Kranke es seinem Arzte auf die Seele gebunden und ihn dafür verantwortlich gemacht, daß er „zur rechten Zeit“ mit den heiligen Sterbesacramenten versehen werde. Volmer hatte erwiedert, das sei zur Zeit nicht nöthig; allein als er gemeinsam mit Hüffer von der Wohnung des Kranken zu der nahe befreundeten Familie Linhoff ging, um dort von dem Stand der Krankheit Bericht zu erstatten, konnte er doch seine eigenen Besorgnisse nicht verhehlen: man könne zur Zeit nicht voraussehen, wie sich die Krankheit vielleicht in naher Zukunft gestalten werde. Vom Zimmer des Geheimen Ober-Regierungsrathes Linhoff aus schrieb daher Hüffer sofort an P. Ceslaus Maria O. P. (Graf Robiano), der Mallinckrodt erst vor einigen Tagen in der Wohnung aufgesucht, aber verfehlt hatte. Der Schwager benachrichtigte ihn jetzt von Mallinckrodts „nicht unerheblicher Erkrankung“ und bat ihn, wie von ungefähr seinen neulichen Besuch zu wiederholen, ohne der erhaltenen Aufforderung dabei Erwähnung zu thun. Als Hüffer zur Wohnung zurückkehrte, begegneten ihm Windthorst, Freiherr v. Heeremann und Graf Praschma, die eben dem Kranken einen Besuch abgestattet hatten; sie äußerten sich sehr besorgt. „Namentlich war Windthorst außer sich und sah das Schlimmste voraus und wollte durchaus nicht abreisen.“ Allein da es für ihn selbst nach den siebenmonatlichen Anstrengungen sehr noth that, die häusliche Ruhe wiederzufinden, riethen ihm die Freunde dringend zur Abreise, und Hüffer versprach, ihm täglich von dem Stande der Krankheit Nachricht zu geben.

Dr. Volmer kam noch zweimal an diesem Tage; er war mit dem Zustande seines Kranken sehr wenig zufrieden und fürchtete eine schlimme Nacht. Aber das Gegentheil trat ein. Die Nacht verlief ruhig, am Morgen war der Puls weniger erregt, der Kranke fühlte sich besser. Bald kam auch der Arzt, fand, daß das Fieber wesentlich nachgelassen, und ermittelte bei Untersuchung der Brust, daß sich jetzt endlich ein bestimmter Sitz der Krankheit feststellen lasse: an der linken Seite habe eine unbedeutende Rippenfellentzündung sich gebildet. Dr. Volmer war ganz glücklich, nunmehr einem bestimmten Feinde gegenüberzustehen, und traf gleich die entsprechenden Anordnungen. Alles schien auf dem besten Weg, und Mallinckrodt fühlte sich stark genug, jetzt selbst der Gattin einen brieflichen Bericht über seinen Zustand zu senden. Während er am Schreiben war, kam P. Ceslaus, der erst an diesem Tage (23. Mai) gegen 11 Uhr Hüffers Karte erhalten hatte. Hüffer empfing ihn gleich mit der Bemerkung, die anempfohlene Vorsicht könne wegfallen; denn bei der günstigen Wendung, welche der Zustand des Leidenden genommen, dürfe man dem Kranken schon eingestehen, daß er gestern den Priester zu ihm bestellt habe. Aber Mallinckrodt hatte diese Worte, die beim Hereintreten gesprochen wurden, gehört und meinte ein wenig unwillig:

„Das sind ja Kindereien! Du bist doch ein rechtes Kind! Glaubst Du denn, daß ich mich erschreckt haben würde, wenn Du mir dies gestern gesagt hättest?"

„An dem Tage schien jede Gefahr verschwunden", berichtet in einem Briefe vom 10. Juni 1874 P. Ceslaus selbst über die Eindrücke, die er erhielt, „... er (der Kranke) war relativ sehr wohl, Haut sehr gut, Gemüth ganz ruhig, Kopf ganz klar; saß im Bett und hielt eine Mappe zur Stütze eines Briefbogens, auf welchem er mit einem Bleistift schrieb." Der treue Schwager war voll Freude über die Besserung und äußerte seinen Dank gegen Gott. Hätte er den jetzigen Zustand gestern voraussehen können, meinte er gegen P. Ceslaus, so würde er ihm die Karte gar nicht geschickt haben; die Krankheit scheine durchaus überstanden, wenn nicht etwa verschlimmernde Umstände einträten. „Unter solchen Umständen", erzählt P. Ceslaus weiter, „schien mir die Spendung der heiligen Sacramente verfrüht. Er selbst (Mallinckrodt) sagte, er würde durchaus mein Urtheil annehmen. Wenn es denn aber so, wie wir meinten, mit seinem Zustande wäre, möchte es vielleicht mehr dem Sinn der Kirche entsprechen, noch zuzuwarten, bis das Uebel bedrohlicher würde."

Als Hüffer für einige Augenblicke das Zimmer verließ, glaubte auch P. Ceslaus im Hinblick auf die Schreibmappe, die er in den Händen des Kranken fand, in die Ermahnungen des Schwagers einstimmen zu müssen, daß der Kranke trotz der Besserung doch ja noch sich schonen und recht ruhig halten solle.

„Ich betonte," erzählt er, „— was ja für Mallinckrodt das allein entscheidende Moment tangirte —, wie es einzig darauf ankäme, den lieben Gott in seinen Fügungen so anzunehmen, wie Er in denselben an uns herantrete, und da schiene doch, bei allem und innigstem Danke für die so große Besserung, — Arbeit vorgegriffen. Das gab mir jener zu, sagte aber, es wären bloß ein paar Zeilen an seine Frau, die er sich zum Gewissen mache, an sie zu schreiben, weil zwischen Mann und Frau der eine auf den andern felsenfest und ohne Rückhalt und unter allen Verhältnissen rechnen und bauen müsse. Sein Schwager nun habe ihr über ihr Herkommen oder nicht geschrieben, und da er (Hüffer) dasselbe sehr wünsche, sei es fast unmöglich, daß, bei allem Willen gänzlicher Objectivität, seine Darlegung nicht einen gewissen subjectiven Gehalt führe. Nun könnte aber sowohl der Schwager als er zwar die Berliner Seite der Frage wohl beurtheilen, seine Frau aber allein, ob sie im Augenblick füglich in Borchen zu entbehren sei, und da wolle er ihr anempfehlen, nur nach eigenem Abwägen und Ermessen zu entscheiden."

Daß seine gänzliche Wiederherstellung und seine Rückkehr nach Borchen so bald nicht zu erwarten sei, sah er übrigens selbst mit voller Klarheit ein. „Und ich habe mich gerade diesmal so kindisch auf die Heimkehr gefreut!", äußerte er zu P. Ceslaus, doch ohne die leiseste Klage und mit vollster

Ergebung. Als der Pater, der von den Verhandlungen des gestrigen Tages zwischen Dr. Volmer und der treu besorgten Hauswirthin nichts wußte, sich erkundigte, ob ihm denn in seinem kleinen Quartier bei der Pflege nichts fehle, antwortete er, dieselbe sei ganz vortrefflich. Eine Mutter könne ihren einzigen Sohn nicht besser pflegen, als sein Schwager Hüffer es an ihm thue.

Völlig beruhigt verließ ihn nun der Priester mit dem Versprechen, in den nächsten Tagen den Besuch zu wiederholen, und Mallinckrodt setzte seinen Brief an die Gattin fort. Derselbe war noch mit ziemlich fester Hand geschrieben und in Anbetracht der Umstände von namhafter Länge, an drei Stellen war ein Wort ausgefallen.

„Ein schlechter Spaß!", begann das Schreiben, „man muß christliche Geduld haben!... Heute machte Volmer, der vorgestern zweimal und gestern dreimal hier war, ein sehr vergnügtes Gesicht. Denn erstens war das Fieber bedeutend ermäßigt (von 108 auf 80 Pulse), und zweitens excultirte er jetzt eine kleine Rippenfellausschwitzung heraus. Er war sehr froh, jetzt zu wissen, wie er daran (war), und sah diese Entwicklung als recht günstig an. Sofort wurden zehn Schröpfköpfe gesetzt. — So steht's. Ich fühle mich viel besser, aber noch nicht gut. Ich (habe) wieder etwas geschlafen und etwas genossen. Vor Ende nächster Woche bin ich nicht reisefertig. — Hüffer will bis Dienstag bleiben. Frau Steinecke pflegt ganz vortrefflich. Deshalb halte ich nicht für nöthig, daß Du kommst, und unter den Borchener Verhältnissen vielleicht kaum rathsam. Doch das kannst Du selbst am besten beantworten, und (ich) wünsche, daß Du es unbefangen thust.

„Morgen wird ein Telegramm anzeigen, ob die Ausschwitzung sich vermehrt oder vermindert hat. Ist letzteres der Fall, dann bin ich bald wieder in Ordnung.

„Die Freunde sind rührend theilnehmend. Gott mit Euch!

Hermann."

Hüffer mußte den Brief lesen. Denn, sagte Mallinckrodt, er fürchte von der Reise eine nachtheilige Einwirkung auf das Befinden seiner Gattin. Er wolle daher durchaus nicht durch Aussprechen eines Wunsches Einfluß auf sie üben, sondern die Entscheidung ganz in ihre Hände legen. Hüffer meinte nun doch, es sei sehr wünschenswerth, daß sie komme; er hege übrigens nicht den leisesten Zweifel, daß sie es thun und sich auch durch Mallinckrodts heutigen Brief nicht zurückhalten lassen werde.

Als am Abend der Arzt nochmals kam, war der Zustand unverändert; außer der Rippenfellentzündung lag keine Krankheitserscheinung vor. Aber die Nacht war eine sehr unruhige, und das zunehmende Schleimgerassel beängstigte die mit der Pflege Beschäftigten. So kam der folgende Morgen, Pfingstsonntag, 24. Mai. Schon früh erschien der Arzt, das Fieber war wieder heftig geworden, der Herd der Entzündung hatte sich sehr erweitert, zu der Rippenfellentzündung war eine Lungenentzündung hinzugetreten; der ganze linke Lungenflügel war davon ergriffen und mit Schleim angefüllt. Dr. Volmer war davon bestürzt und betrübt; er erklärte jetzt den Empfang der heiligen Sacramente für sehr rathsam. P. Ceslaus war wegen des

hohen Feiertages ungewöhnlich in Anspruch genommen, so daß es ihm schwer war, sich am Morgen persönlich nach dem Kranken umzusehen. Aber der P. Prior des kleinen, von Mallinckrodts Wohnung sehr entfernten Klösterchens sandte einen Boten, um anzufragen, wie es mit dem Befinden des Kranken stehe. P. Ceslaus erschrak, als Hüffer ihm sagen ließ, er möge doch baldmöglichst kommen. Mallinckrodt selbst hatte in der Frühe ein Telegramm an seine Gattin aufgesetzt in deutlichen und kräftigen Zügen, kaum anders als in gesunden Tagen. Es lautete:

„Frau v. Mallinckrodt, Adresse Hüffer, Paderborn.
Zweite Depesche. Brief erhalten. Fieber zwar stärker. Aber bleib ruhig da.
Hermann."

Aber bald kam die Antwort, daß die Gattin noch am nämlichen Abend in Berlin sein werde. Seine große Freude darüber unterdrückte er mit den Worten: „Wie Gott will!"

Unterdessen war am Pfingstmorgen eine Graue Schwester zur Pflege ans Krankenbett gerufen worden. „Schwester," sagte ihr Mallinckrodt, als sie ihr Amt an seiner Seite antrat, „nun machen Sie Ihre Autorität geltend, daß ich gut folge." Als er später ruhig geworden war, zog sich die Schwester etwas zurück, so daß sie durch das Kopfkissen seinen Blicken entzogen war, und begann ihre Tagzeiten zu beten. Aber er bemerkte es alsbald und meinte: „Können wir nicht zusammen den Rosenkranz beten?" „Sie dürfen aber nicht sprechen!", erwiederte die Schwester zustimmend. „Gut!", war seine Antwort, „dann bete ich still mit." Nach dem ersten Gesetzchen bestimmte die Schwester eine Pause, er behielt aber den Rosenkranz doch in den Händen und blieb noch länger damit beschäftigt, selbst dann noch, als bereits zeitweises Phantasiren eingetreten war. „Der Grauen Schwester, die ihn pflegte," erzählt der Geistliche Rath Müller, der sich aus dem Mund der pflegenden Schwester selbst die Einzelheiten berichten ließ, „deutete er das Räthsel, daß er in der ganzen Krankheit kein Wort der Sorge für zeitliche Angelegenheiten oder Familienverhältnisse zu sprechen hatte, indem er sagte: ‚Ich habe Gottvertrauen.'"

Am Abend kam P. Ceslaus. In aller Schonung, mit Hinweis auf die bei dieser Krankheit auch im günstigsten Verlaufe oft vorkommende zeitweise geistige Verwirrung legte er es ihm nahe, die heiligen Sacramente zu empfangen. Mit der größten Bereitwilligkeit und Ruhe ging Mallinckrodt darauf ein. „Ich sterbe gern!", hatte er schon tags zuvor gesagt, als seine Freunde ob der eingetretenen Besserung voll der Freude waren. Jetzt meinte er P. Ceslaus gegenüber: „Was Gott will, kann man natürlich nicht wissen; aber ich kann mir ganz gut zurechtlegen, daß Er gerade jetzt mich abberuft." Zur Beicht, „wie auf eine, die bei solcher Möglichkeit ein eifriger Christ abzulegen wünscht", hatte er ganz von selbst, ohne vom Arzt oder den anderen

auf die Vermehrung der Gefahr aufmerksam gemacht worden zu sein, schon lange vorher sich bereit gemacht. „Er sprach über die Angelegenheit seines Lebens und Sterbens“, berichtet P. Ceslaus im Hinblick auf die ganze Unterredung, „mit einem Ernst und zugleich einer Objectivität, wie er es von der wichtigsten Angelegenheit eines Dritten hätte thun können, und so einfach in Gottes Willen wie von selbst ergeben, daß er wohl kaum erst an Ergebung in denselben mag gedacht haben, sondern sich wie selbstverständlich gleichsam von vornherein mitten in demselben lebend befand.“

Als die Beicht beendet war, machte Mallinckrodt dem Beichtvater den Vorschlag, mit der heiligen Wegzehrung zu warten bis zur Frühe des andern Tages. Es war jetzt bereits zwischen 7 und 8 Uhr abends, die Kirche, von wo das heilige Sacrament geholt werden mußte, lag in beträchtlicher Entfernung, auf einen Wagen war am Pfingstabend kaum zu rechnen, und nach etwa $1^1/_4$ Stunde mußte mit dem Zug von Paderborn die Gattin eintreffen. Aber was für Mallinckrodt das Entscheidende war, er meinte, das stimme besser mit den Anordnungen der Kirche. „Sein Gemüth hatte den ausgesprochensten Zug,“ bemerkte dazu der Beichtvater, „die gewöhnlichen Satzungen der Kirche, als deren Geist besonders in sich tragend, zu beobachten.“ Doch P. Ceslaus erwiederte dem Kranken, sein Zustand gestatte den Empfang der heiligen Communion auch jetzt; am andern Morgen, dem zweiten Pfingstfeiertag, würden voraussichtlich, da jetzt im Delegaturbezirk die österliche Zeit zu Ende neige, manche Leute, die sonst schwer frei werden können, ihn im Beichtstuhl in Anspruch nehmen, und so rathe er ihm, lieber jetzt gleich die heilige Wegzehrung zu empfangen. Mallinckrodt war sofort vollkommen einverstanden, er hatte sich bereits „ganz wie auf den Fall des Todes vorbereitet“. Dagegen kamen beide miteinander überein, mit der Spendung der heiligen Oelung noch bis zum nächsten Morgen zu warten. Eine unmittelbare Nähe der höchsten Gefahr ahnte keiner, und Mallinckrodt fürchtete, seine Gattin, die unvorbereitet war, möchte gerade während der heiligen Handlung eintreten und so erschreckt werden. „Die heilige Wegzehrung empfing er zugleich mit der größten Innigkeit und Einfachheit“, und während sonst schon mehrfach Erschlaffung der geistigen Kräfte, Verwirrung im Verband der Ideen und selbst Geistesabwesenheit, wie es bei dieser Krankheit vorzukommen pflegt, sich geltend machte, blieb er während des Empfangs der Sacramente, der Beicht wie der heiligen Communion, ununterbrochen vollständig seiner mächtig. Er selbst sprach vor der heiligen Communion das „Confiteor“.

Sobald P. Ceslaus ihn verlassen hatte, ließ der Kranke das Crucifix und die Kerzen entfernen, die für die heilige Handlung aufgestellt waren, und ließ auch die Eisblase abnehmen, die auf seinem Kopfe lag. Er wollte nicht, daß die Gattin gleich bei ihrem ersten Eintreten erschreckt werde. Aus

ähnlicher Rücksicht hatte er es sich auch verboten, daß die „Germania“ von seiner Erkrankung irgend welche Meldung brachte.

„Ueber die Krankheit“, meldete diese am 27. Mai, „waren wir von Beginn derselben an sehr wohl unterrichtet; wir haben aber vor den Pfingsttagen jede Mittheilung darüber auf ausdrücklichen Wunsch unterlassen. Man hoffte . . . auf einen glücklichen Ausgang und suchte der Familie jede Beunruhigung möglichst zu ersparen.“

Mallinckrodt sehnte sich sehr, die Gattin wiederzusehen, und konnte die Zeit ihrer Ankunft kaum abwarten. „Jetzt kommt meine Frau!“ sagte er zur pflegenden Schwester, als es 9 Uhr war, „sehen Sie doch, Schwester, ob der Zug nahe ist, man kann zum Fenster hinaus den Bahnhof sehen.“ — „Der Zug scheint sich zu verspäten“, meinte er dann, als es immer noch dauerte. Endlich war sie da, es mochte $9^1/_2$ Uhr sein, und jetzt war er glücklich, sie in seiner Nähe zu wissen. Als sie ihm die Grüße der Kinder brachte, wollte er gleich hören, wie es jedem gehe. Mit großem Interesse erkundigte er sich nach dem Befinden derselben und des ganzen Hausstandes und stellte noch eine Reihe von Fragen. Die Gattin übernahm jetzt an Hüffers Stelle die Pflege und wich nicht mehr von der Seite des theuern Kranken. Aber in derselben Nacht noch steigerte sich das Fieber in rascher Zunahme. Er hatte viele Schmerzen, aber keine Klage kam über seine Lippen. Besonders gegen Mitternacht verschlimmerte sich der Zustand auffallend, das Röcheln nahm zu. Wenn es in der Brust recht rasselte und kämpfte, sagte er zur Begütigung der Umstehenden: „Es hört sich nur so schrecklich an, es ist schon zu ertragen.“ „O Gott! — o Gott!“ hörte ihn die aufmerksame Pflegerin zuweilen ganz leise seufzen. Sonst betete und wiederholte er am liebsten und fast ausschließlich während dieser Tage das kurze Gebetchen:

„Jesus, Maria und Joseph, Euch schenke ich meinen Leib und meine Seele!“

Als es während der Nacht so schlimm wurde, wollte ihm seine Gemahlin ihr Sterbekreuz reichen. Er aber verlangte sein eigenes und seinen Rosenkranz, beides liege im Pulte. Es wurde ihm gereicht, und er ließ dasselbe jetzt nicht mehr aus seiner Hand und küßte es öfters.

Am Morgen wurde es schlimm und schlimmer, und in aller Eile wurde gegen 8 Uhr der Pfarrer von St. Matthias herbeigerufen, dem Sterbenden die letzte Oelung zu spenden und den Sterbeablaß zu ertheilen. Von jetzt an bis gegen 2 Uhr nachmittags wechselten lautes Röcheln mit Fieberphantasien. Die beiden Aerzte Dr. Volmer und Dr. Traube glaubten das Ende nicht mehr fern, die Angehörigen erwarteten mit jedem Augenblick den letzten Athemzug, die Sterbekerze brannte. Um $11^1/_2$ Uhr telegraphirte Frau v. Mallinckrodt an Frau v. Laßberg: „Hermann liegt im Verscheiden.“ Einer der Aerzte,

der auf einige Stunden sich hatte entfernen müssen, war erstaunt, als er ihn bei der Rückkehr noch am Leben fand.

Während er so hoffnungslos dalag, kam seine Gattin auf den Gedanken, im Vertrauen auf die Hilfe von oben ihm vom Wasser von Lourdes zu sprechen. Sie schlug ihm vor, einige Tropfen zu nehmen, und er willigte gerne ein. Eine ungemeine Aenderung trat ein, es äußerte sich Appetit, und er konnte eine halbe Tasse Bouillon nehmen. Ein leiser Schimmer von Hoffnung erwachte in allen, auch den Aerzten. Um 6 Uhr konnte die Gattin nach München melden: „Seit Mittag Patient etwas besser." Doch noch immer phantasirte er viel und mit merkwürdig starker Stimme; man mußte sorgfältig darauf bedacht sein, jeden Grund zu Aufregung und zu neuen Phantasiegebilden fern zu halten.

In seinen Phantasien sprach er viel von München, mehrmals insbesondere von seiner Schwiegermutter, Frau v. Bernhard, für die er besondere Hochachtung hegte. Auch wenn er wieder bei Besinnung war, sprach er wiederholt von ihr zu seiner Gattin. „Deine Mama ist ein tüchtiger Charakter," sagte er einmal zu ihr, „sie hat viel an Dir gethan und", — fügte er mit besonderem Nachdruck hinzu, — „an der Else!" In der Phantasie sprach er dann immer von einem Brief, den er aus München von der Schwiegermutter erwarte. Warum der wohl so lange ausbleibe? „Was aus München kommt," sagte er dann, „muß ich alles zweimal lesen, damit ich es auch genau weiß." Auffallend oft auch sprach er von der Auswanderung nach Amerika. Ueberwiegend aber beschäftigte ihn auch in seinen Phantasien die Kammer, die Kirchengesetze und die Politik. „Es ist nun über die Fragen genug geredet," hörte man ihn mit besonderer Betonung sagen; „unter Christen kann über das Verständniß derselben kein Zweifel mehr sein. Ich trage deshalb ernstlich darauf an, daß die Discussion geschlossen werde. Gute Nacht!" Bei den Worten „gute Nacht!" wandte er den Blick zu seiner Gattin und reichte ihr die Hand. „Man sage mir doch die Gründe," hieß es dann wieder, „ich lasse mich doch belehren." Wie mit sich selbst streitend, rief er ein anderes Mal in der Fieberhitze: „Und ich wollte ja mit jedermann in Frieden leben, aber Gerechtigkeit muß doch gelten!"

Unterdessen wurden in allen katholischen Kirchen Berlins unter Nennung seines Namens Gebete für ihn dargebracht, ebenso in der Frauenkirche in München, wo das Allerheiligste ausgesetzt wurde. Die größte Theilnahme und auch das öffentliche Interesse bekundete sich von allen Seiten. Die Redactionen mehrerer Berliner Blätter ließen wiederholt Erkundigungen über sein Befinden einziehen. Pfingstmontag in der Frühe hatte Hüffer an die Oberin Pauline v. Mallinckrodt nach Paderborn telegraphirt: „Hermanns Zustand rasch verschlimmert, gestern versehen, Thekla gefaßt." Um 12 Uhr ant-

wortete die Schwester: „Ich reise 1 Uhr nach Berlin ab, hoffentlich mit Georg, wenn er den Zug erreicht." Hüffers ältester Sohn war sofort nach Böddeken gefahren, Georg v. Mallinckrodt zu benachrichtigen und gleich abzuholen. Als man gegen Abend dem Kranken mittheilte, Pauline werde kommen, bezeigte er große Freude.

Um diese Zeit kam auch P. Ceslaus, den die ernsten Seelsorgearbeiten, die unter den Berliner Verhältnissen ein solcher Festtag dem Priester zu bringen pflegt, bis dahin festgehalten hatten, um noch einmal nach seinem Kranken zu sehen. Eben war derselbe stark und laut am Phantasiren. Besonders seine Kinder waren es, die ihn gerade viel beschäftigten. „Absolut ging es sehr schlecht," schreibt P. Ceslaus, „und die Aerzte erklärten beide, an und für sich betrachtet scheine der Zustand hoffnungslos. Derselbe sei inzwischen so sehr viel besser als am Morgen, daß diese Besserung Hoffnung zulasse. Man habe einen ganz andern Kranken vor sich." Da er eben so viel phantasirte und mit so starker Stimme, trat der Pater nicht zu ihm ans Bett, um ihn nicht noch mehr zu erregen.

Abends $9^1/_2$ Uhr traf die Oberin Pauline ein, er erkannte sie und begrüßte sie herzlich. „Du könntest wohl für mich den Rosenkranz beten", meinte er dann. Er selbst schien öfter im stillen zu beten und äußerte auch den Wunsch, daß man ihm sein Gebetchen: „Jesus, Maria, Joseph! Euch schenke ich mein Herz und meine Seele", öfters vorspreche.

Die Phantasien, die sich mit Beginn der Nacht noch gemehrt hatten, hielten auch die Nacht hindurch an, unterbrochen durch zeitweises Röcheln. Zwischendurch waren aber immer einzelne lichte Augenblicke, und dann freute sich der Kranke sichtlich, seine Angehörigen um sich zu sehen, was er durch Blick und Händedruck zu erkennen gab. Namentlich seine Gattin kannte er meistens, konnte aber nur noch wenig mit ihr sprechen und nur ganz Gleichgiltiges. Abschied nahm er nicht von ihr.

So blieb der Zustand bis Dienstag Morgen (26. Mai). Dr. Volmer hatte, wie die vorige, so auch diese Nacht das Krankenbett nicht verlassen. Noch einmal hatte der Kranke, anscheinend mit Appetit, etwas zu sich genommen. Am Morgen gegen 9 Uhr kam P. Ceslaus wieder. „Der Zustand schien ungefähr derselbe," schreibt dieser, „doch war er bei ruhigem Bewußtsein, sehr schwach und mit jähem, sehr raschem Athem, wie derselbe bei heftiger Lungenentzündung so häufig auftritt." Der Pater machte ihm den Vorschlag, er wolle ein Gebet zu Ehren des hl. Dominikus über ihn beten, das vom hl. Vincenz Ferrerius stammend über Fieberkranke gebetet zu werden pflege und schon vielen Linderung und Genesung erfleht habe. Mit Freude ging der Kranke darauf ein, und da in dem Gebete mehrfache Segnungen vorkommen, machte er jedesmal das heilige Kreuzzeichen mit. An diesem Morgen war auch von Rom das Telegramm gekommen, daß Pius IX.

dem Sterbenden seinen Segen ertheile. „Nicht die geringste Klage," berichtet der Pater über seine Unterredung mit ihm, „nicht der geringste Ausdruck der Besorgniß, nicht der leiseste Wunsch, Gott möchte es so oder so wenden, kam über seine Lippen. Wie er von vornherein den heiligsten Willen Gottes ganz ausschließlich angenommen hatte, so auch dann. Zwischen Furcht und Hoffnung schwebten wir alle — andere Kranke und Obliegenheiten riefen mich ab ..."

Eben jetzt gegen 10 Uhr berichtete Frau v. Mallinckrodt nach München: „Nacht unruhig, Gefahr gleich groß, keine Krisis eingetreten." Noch war nicht alle Hoffnung aufgegeben. Kurz nachher, es mochte über 10¼ Uhr sein, verlangte der Kranke seine Brille, welche die Gattin ihm reichte, dann wünschte er Bleistift und Papier. Man reichte ihm, was zunächst zur Hand war, das rosafarbene Telegramm, in welchem kurz zuvor Thekla's Bruder Heinrich v. Bernhard angezeigt hatte, daß ihm zur Reise nach Berlin der Urlaub abgeschlagen, daß aber Dietrich v. Laßberg bereits auf dem Wege dahin sei. Der Kranke fing an, mehrere Zeilen darauf zu schreiben. Die Züge sind bereits unsicher, zum Theil kaum entwirrbar. Aber mehrmals ist zu demselben Worte daneben oder darunter ein neuer Ansatz gemacht, so daß es scheint, es waren ganz bestimmte Worte und Sätze, die der Sterbende im Sinn hatte und die er sich anstrengte niederzuschreiben. Die Ueberschrift (zu der zwei- bis dreimal der Ansatz sich zu wiederholen scheint) lautet: „Für die Germania"; dann folgen die Worte: Freiheit, Wahrheit und ein unentzifferbares Wort, dann nochmals „Gerech ...", wie es scheint, „Gerechtigkeit", darunter die Klammer (Eine Betr Betrachtung (?) aus der Centrumsfraction). Als Anfang, wie es scheint, zu einem neuen Satze steht weiter unten deutlicher und kräftiger als das übrige noch das eine Wort: „Allgem (ein)". Das kleine, gefaltete Blatt war jetzt bis unten beschrieben, und nun ruhte er etwas. Als die Gattin mit rothgeweinten Augen wieder an sein Bett trat, blickte er sie an und fragte: „Hast Du Kopfweh?" Ungefähr 5 Minuten darauf verlangte er abermals seine Brille. Thekla reichte sie ihm. Das Auge hatte sich bereits verfinstert, er legte sich auf die rechte Seite. Es dauerte noch etwa 2 Minuten, noch einige tiefe Athemzüge, und — Hermann v. Mallinckrodt hatte sein reines, edles Leben geendet.

Ohne jeden Todeskampf war er gegen ½11 Uhr sanft entschlummert. Der Kopf war auf die rechte Schulter gesenkt, der Mund leicht geschlossen, die linke Hand mit dem Kreuz und dem Rosenkranz ruhte auf der Brust, die rechte in der Hand seiner treuen Gattin. Um sein Sterbebett knieten seine Schwester Pauline, sein Schwager Hüffer und die Graue Schwester. Eine Stunde später traf Dietrich v. Laßberg bei der Leiche ein. Tief ergreifend prägen Ernst und Hoheit sich auf dem Antlitz des Todten aus,

wie es durch die am Abend des Sterbetages abgenommene Todtenmaske für die Angehörigen erhalten wurde. Es war am 26. Mai 1874.

Am gleichen Tage war morgens 8 Uhr im Staatsgefängniß in Koblenz der Pfarrer Wehn von Niederberg, für dessen gekränkte bürgerliche Freiheit der jetzt Verstorbene mit seiner letzten Kraft noch eingetreten war, endlich in Freiheit gesetzt worden. Noch im Laufe desselben Tages wurde das elfte Stück der Gesetzsammlung ausgegeben; es enthielt unter Nr. 8190 das neue Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer, unter Nr. 8191 das Gesetz wegen Declaration und Ergänzung des Gesetzes über Vorbildung und Anstellung von Geistlichen. Wenige Tage zuvor, am 20. und 21. Mai, hatte der König sie unterschrieben. — Es war ein eigenthümliches Zusammentreffen.

Zwei der begeistertsten Freunde des Verstorbenen aus der Reihe seiner Fractionsgenossen, Dr. Krebs und Dr. Lieber, waren auch nach dem Schluß der Session in Berlin geblieben, um in Mallinckrodts Krankheit die Entscheidung abzuwarten. Mittwoch Morgen kam auch Windthorst von Hannover. Bereits bevor er eintraf, hatten die neun in Berlin anwesenden Mitglieder des Centrums im Namen der Fraction die erste Todesanzeige veröffentlicht. Windthorst wich von seinem Eintreffen an kaum mehr von der Seite der trauernden Wittwe, der er voll innigster Theilnahme und edler Ritterlichkeit beistand, bis alles vorüber war. Hüffer und Freiherr v. Laßberg besorgten inzwischen die Erledigung der Geschäfte. „Im Laufe des Nachmittags ging ich mit einem der Herren" (aus Mallinckrodts nächstbefreundeten Fractionsgenossen), schreibt Freiherr v. Laßberg, „in den Straßen Berlins, als Lasker, ein Hauptgegner Mallinckrodts, daherkam. Jener Herr theilte ihm den vor wenigen Stunden erfolgten Tod Mallinckrodts mit. Lasker trat einen Schritt zurück, erblaßte förmlich und war so betroffen, daß er anfangs kein Wort der Entgegnung finden konnte. Dann reichte er dem Freunde Mallinckrodts die Hand und sprach mit bebender Stimme seine Theilnahme aus und setzte ungefähr dazu: ‚Das war ein edler Mann!'"

Donnerstag 28. Mai fand morgens 9 Uhr in der St.-Hedwigs-Kirche ein feierlicher Trauergottesdienst statt unter ungeheurer Betheiligung aller Schichten der katholischen Gemeinde. Selbstverständlich waren alle in Berlin anwesenden Mitglieder des Centrums erschienen: Windthorst, P. Reichensperger, v. Kehler, Kochann, Dr. Krebs, Dr. Lieber, Forcade de Biaix; von auswärts waren Graf Ballestrem, Graf Henckel v. Donnersmark und Otto Freiherr v. Loë herbeigeeilt. Die Berliner Gemeinde vertraten Fürst Ferdinand Radziwill und Mallinckrodts alter Freund, der Geh. Oberregierungsrath Linhoff. Vom Bundesrathe war, wenn auch nur in privater Eigenschaft, erschienen der bayerische Gesandte Freiherr v. Perglas; das Herrenhaus war repräsentirt durch seinen Vicepräsidenten, den Minister a. D.



Das Sterbezimmer Hermanns von Mallinckrodt.

v. Bernuth. Auch viele der bisherigen parlamentarischen Gegner Mallinckrodts waren gekommen, dem großen Todten ein letztes Zeichen ihrer Achtung zu geben, voran der Vicepräsident des Abgeordnetenhauses Dr. Löwe (Calbe), Duncker, Lasker, Dr. Wehrenpfennig, Dr. Aegidi, Herr v. Kardorff, Graf Limburg-Styrum u. a. Mehreren dieser Männer war der Verstorbene noch vor ganz kurzem in scharfer Fehde gegenübergestanden.

Die Regierung war durch niemand vertreten, weder hier noch bei der spätern Leichenfeier. Die Zeiten waren vorüber, daß ein preußischer Cultusminister theilnahmsvoll niederkniete an der Leiche eines Führers der „katholischen Fraction“, und daß die Vertreter des katholischen Volkes in der Kammer eine Dankesdeputation beschließen konnten an einen Minister, der in der ernsten Stunde plötzlich hereingebrochener Trauer hochherzig der parlamentarischen Opposition gegen ihn hatte vergessen können, die nur aus Pflichttreue und Ueberzeugung hervorgegangen war. Die Zeiten waren andere geworden seit dem Cultusministerium v. Raumer, und am Sarge eines ihrer größten Führer sollte den Katholiken der Verlust noch fühlbarer werden durch die Erinnerung daran, daß sie selbst von der Regierung des Landes als „Feinde“ geachtet seien. Doch, wenn der Bericht der „Neißer Zeitung“ vom 6. Juni 1874 auf Wahrheit beruht, so gereicht es dem Cultusminister Dr. Falk zur Ehre, daß er wenigstens in Worten seinem Bedauern und seiner Achtung für den Todten Ausdruck gab. „Hier“ (in Fürstenstein, Kreis Waldenburg, Mittwoch 27. Mai), schreibt das Blatt, „erfuhr Falk durch die Zeitung den Tod Mallinckrodts, den er sehr bedauert und geäußert haben soll, es sei ihm dies der Ehrenwertheste des Centrums gewesen, der nur für seine Ueberzeugung gelebt und gekämpft habe.“

Ein verdienter Fractionsgenosse Mallinckrodts, der Geistliche Rath Müller, hielt das Todtenamt und sprach die ergreifende Gedächtnißrede. Was er „von der Ueberzeugungstreue, der Aufopferungsfreudigkeit und Selbstlosigkeit des Verewigten rühmte, war allen aus der Seele gesprochen“, bemerkte dazu die in Berlin erscheinende „Nationalliberale Correspondenz“.

Abends $7^1/_2$ Uhr vollzog in aller Stille und Einfachheit in Gegenwart nur der nächsten Freunde und Angehörigen der Propst Herzog von St. Hedwig die Einsegnung der Leiche. Brennende Kerzen und grüne Gewächse umgaben den schlichten, mit einem Kreuze geschmückten Sarg. Befreundete Damen, darunter die verwittwete Fürstin (Boguslaus) Radziwill, schmückten ihn mit Kränzen. Nach der Einsegnung sprach auch der Propst noch Worte der Erbauung und des Trostes an die Versammelten. Er gedachte der hervorragenden Stellung des Verblichenen im gegenwärtigen Kampfe, seiner Abberufung gerade in einem Augenblicke, da sein mächtiges Wort und mannhaftes Wirken für die heilige Sache unentbehrlich schien. Moses sei es vergönnt gewesen, nach langer und beschwerlicher Wanderung

vom Berge herab das Land der Verheißung zu schauen, — solcher Trost sei dem Verstorbenen nicht beschieden gewesen, dafür schaue er jetzt das Land der Verheißung im Jenseits, das des ewigen Friedens.

Mit einem Gebete für die Seelenruhe des Dahingeschiedenen hatte der Propst die Feier geschlossen. Der Sarg, der noch in derselben Nacht nach Paderborn übergeführt werden sollte, wurde jetzt verlöthet. Als einer der Angehörigen dem Schutzmann, der vorschriftsgemäß dabei zugegen war, wie üblich einen Thaler in die Hand drücken wollte, wies dieser es mit Entschiedenheit zurück. Bei der Leiche eines solchen Mannes nehme er nichts. Auch die Träger, welche den schweren Sarg — der Zinksarg mit der Leiche ruhte nochmals in einem Sarg von Eichenholz und dieser in einer Kiste — die enge Treppe hinabbrachten, auf den Wagen luden und dann am Bahnhof in den Waggon brachten, weigerten sich gleichermaßen, irgend eine Vergütung anzunehmen. Einer von ihnen sagte, sie müßten sich ja schämen, wenn sie etwas nehmen würden für diesen Dienst, den sie dem verstorbenen Herrn v. Mallinckrodt erweisen dürften.

Die Ueberführung zum Bahnhof war in aller Stille vor sich gegangen, 11 Uhr verließ der Zug mit der Leiche den Potsdamer Bahnhof, Hüffer und Freiherr v. Laßberg geleiteten die theuern Ueberreste. Mallinckrodts früh verwittwete Gattin war schon am Morgen nach dem Trauergottesdienst, von Windthorst geleitet, nach Hannover abgereist, um von da folgenden Tages zur Beerdigungsfeier in Paderborn einzutreffen. Der Sarg, vormittags 10½ Uhr in Paderborn angekommen, wurde in der dem Bahnhof nahegelegenen „römischen Kapelle“ aufbewahrt. Die angesehensten Bürger Paderborns hatten sich die Ehre erbeten, ihn vom Bahnhof selbst dahin zu tragen. Paulinens Ordensschwestern, die Schwestern der christlichen Liebe, beteten bei der Leiche. Nachmittags 4 Uhr begann die Trauerfeier in der römischen Kapelle. Die Einsegnung der Leiche vollzog Domkapitular Klein, ein langjähriger Freund der beiden Brüder Mallinckrodt, als „Pastor Klein“ lange ein Bewohner Böddekens. Die Wittwe mit den Kindern, Georg v. Mallinckrodt-Böddeken, die Oberin Pauline v. Mallinckrodt, die ganze Familie war hier anwesend.

Langsam setzte sich dann der ungeheure Leichenzug in Bewegung, es war ein Triumphzug, wie ihn das Paderborner Land wohl noch nie gesehen. Als man am sogen. Hoppenkreuze, eine halbe Stunde vor Paderborn, anlangte, war das Ende des Zuges noch dicht bei der Stadt, die ganze Breite der Landstraße vom Hoppenkreuz bis zur Stadt war mit Leidtragenden angefüllt. Dort übernahm nun die Borchener Kirchengemeinde unter Anführung des Pfarrers von Kirchborchen die theure Leiche, die unter den Trauerklängen der Musik, unter Gebet und Gesang nach Mallinckrodts Haus in Borchen gebracht wurde. Als Leiche wenigstens sollte er noch

einmal in sein liebes Heim kommen, nach dem er sich so sehr gesehnt. Kurze Zeit verweilte man hier in stillem Gebet, dann ging der Zug weiter bis zur Galluskapelle. Hier, eine Viertelstunde vor Nordborchen, unter dem Schatten einer uralten Linde, war vor zwei Jahren mit Elsens Leiche stillegehalten worden, hier hatte der Priester ihr den letzten Scheidegruß gesprochen. Hier hielt auch Hermanns Leiche. Der Gemeindevorstand von Nordborchen, dessen Mitglied Mallinckrodt gewesen war, hatte sich vom Hoppenkreuz an leidtragend dem Sarge angeschlossen. Jetzt sprach der gemeinsame Seelsorger, Pfarrer Petri von Kirchborchen, über die Verdienste des Verstorbenen als Christ, auch im kleinen Kreise der Gemeinde. Er hob hervor, was derselbe gewirkt habe schon durch sein Beispiel, wie er dadurch gleichsam ein „zweiter Seelsorger" in der Pfarrgemeinde gewesen sei.

Von hier gaben dann die Nachbargemeinden der Leiche das Ehrengeleite, fortwährend unter Gebet und Gesang. Es war nachts 10 Uhr, als man den Sarg in der St.-Meinulphs-Kapelle niedersetzte. Wohl 2000 Menschen füllten das Waldthal. Erst nach nochmaligem gemeinsamen Gebet trennte sich die Menge.

Am folgenden Tage, Sonnabend 30. Mai, fand auf der kleinen Familienbegräbnißstätte, die sich unmittelbar an die Kapelle anschließt, die feierliche Beisetzung der Leiche statt. Zahlreiche Vertreter des rheinisch-westfälischen Adels, viele und hervorragende Mitglieder des Centrums, an der Spitze Windthorst, v. Savigny, A. Reichensperger, Freiherr v. Schorlemer-Alst, Dr. Lingens, waren von nah und fern zusammengekommen, dem Hingeschiedenen die letzte Ehre zu erweisen. Die patriotische Partei des bayerischen Abgeordnetenhauses hatte gleichfalls mehrere angesehene Mitglieder zur Stellvertretung geschickt. Aus Münster, Köln, Paderborn waren Freunde und Verehrer erschienen. Viele Städte und Corporationen hatten aus der Ferne Blumenspenden gesandt. In feierlichem Zuge bewegten sich die Leidtragenden von Böddeken, dem Gute Georgs v. Mallinckrodt, nach der nahen Kapelle, wo nochmals ein Todtenamt gefeiert wurde. Dann hielt P. Ignatius Jeiler O. S. Fr., weithin bekannt und verehrt im Paderborner Land und schon damals in ganz Deutschland wohl gekannt, echt christlich und priesterlich die Leichenrede. Es war die sinnreiche und erhebende Anwendung des Wortes der Heiligen Schrift auf den Verstorbenen:

„Den guten Kampf hab' ich gekämpft, den Lauf vollendet, den Glauben bewahrt. Im übrigen ist mir hinterlegt die Krone der Gerechtigkeit, welche mir zutheilen wird an jenem Tage der Herr, der gerechte Richter" (2 Tim. 4, 7. 8).

Unterdessen hatte sich die Nachricht vom Hinscheiden Mallinckrodts mit Blitzesschnelle durch ganz Deutschland, man darf sagen, durch die ganze Welt verbreitet. Es lag etwas Erschütterndes und Hochtragisches in dem fast plötzlichen Tode eines der hervorragendsten Führer in dem eben heftig

entbrannten großen Geisteskampfe. Im besten Mannesalter stehend, ausgestattet mit dem vollen, ganzen Rüstzeug des echten Ritters, bewundert und angestaunt von Freund und Feind, eben noch mit Heldenmuth kämpfend und mächtig hervorleuchtend im heißesten Ringkampfe, war er hinweggerafft worden. Er starb auf der Höhe seines Ruhmes.

Aber es war nicht das allein, es waren vor allem die makellose Lauterkeit seines Charakters, die Hoheit seiner Gesinnung, die Kraft in Geist und Wort, die Glut heiligster Ueberzeugung und Begeisterung, die bei der unerwarteten Nachricht seines Todes lebhafter zum Bewußtsein kam und selbst die schroffsten seiner Gegner mit einer Art Ehrfurcht und Scheu erfüllte. Die öffentlichen Blätter aller Richtungen und Parteien, selbst solche, die ihn noch vor kurzem persönlich befehdet hatten, brachten die ehrendsten und anerkennendsten Nachrufe in seltsamem Wetteifer. Alles schien beherrscht von dem Eindruck, daß der so plötzlich Dahingeschiedene mehr war als nur ein großer Parteimann. „Selbst die Gegner, Fürst Bismarck an der Spitze," schreibt der gut unterrichtete Dr. Majunke[1], „gaben in ihren Bekanntenkreisen ihrer Bewunderung und persönlichen Verehrung für den Verewigten Ausdruck. Auch die Presse des Auslandes der verschiedensten Richtung meldete seinen Tod und anerkannte seine großen Eigenschaften in ehrenvollster Weise."

Vor allem aber waren es die Katholiken im ganzen weiten deutschen Vaterland, die schmerzbewegt und erschüttert ihren Heldenführer ins Grab sinken sahen im Augenblick, da er unentbehrlich, unersetzlich schien. Die sonst so freudige, hochfeierliche Frohnleichnamswoche sah das ganze katholische Volk Deutschlands in so aufrichtig tiefe Trauer versenkt und in so großartig ernstem Trauergepränge seinem Schmerze Ausdruck verleihen, wie es wohl Deutschland bis dahin noch nie gesehen hatte. In Nord und Süd, in Stadt und Land, an den Ufern des Rheines wie der Donau, der Isar wie der Weser, der Mosel wie der Elbe und Oder drängte sich das katholische Volk in seine Kirchen, um für den großen Führer, das große Vorbild im Kampfe, den bewunderten Liebling aller Herzen, seine Gebete darzubringen. Es füllten sich auch die Säle der katholischen Vereinslokale, nochmals des großen Todten zu gedenken, seine Verdienste zu feiern und die, so ihn persönlich gekannt, nochmals von ihm erzählen zu hören. Die Berichte davon haben allein ein ganzes Buch gefüllt[2], und doch auch dieses

[1] Geschichte des Culturkampfes. 1886. S. 416.

[2] Konrad Mertens, Die Todtenklage um Hermann v. Mallinckrodt. Paderborn, Schöningh 1880. 4°. VI u. 424 S. „Aber wohl nur der zehnte Theil der Trauerfeierlichkeiten, welche für den Vollendeten abgehalten, nur der tausendste Theil der Gebete, die für ihn gesprochen wurden, konnten in dieser Sammlung erwähnt werden." Majunke, Geschichte des Culturkampfes. S. 416.

Buch sagt nichts im Vergleich mit der Wirklichkeit. Man hat die Trauer um Hermann v. Mallinckrodt verglichen mit der der Kreuzfahrer um Gottfried von Bouillon, mit der des christlichen Spanien um seinen Cid, mit der Frankreichs um Turenne, mit der Irlands um den großen Daniel O'Connell, mit der Deutschlands um Joseph v. Görres. Es ist dies bezeichnend für die Allgemeinheit und Großartigkeit, mit welcher das Gefühl der Trauer und Verehrung sich kundgab. Aber gerade das Eigenthümliche in der Trauer um Hermann v. Mallinckrodt ist wohl nur einmal ganz richtig getroffen und erschöpfend gezeichnet worden. Es war, als der ehrwürdige Priestergreis, der angesichts der noch frischen Leiche zu den weinenden Freunden sprach, auf seinen Vorspruch: „Was Gott thut, das ist wohlgethan", mit der Klage erwiederte: „‚Wohlgethan' soll's sein, daß der Judas Maccabäus unseres Israel als Opfer gefallen mitten in der Hitze des Kampfes?!"

Aber auch außerhalb Deutschlands, fern und nah, wurden die Katholiken von der gleichen Bewegung ergriffen.

„In nationaler und vaterländischer Beziehung so fremd, wie ein Mann, der nicht unseres Stammes und Vaterlandes ist, nur sein kann," schrieb damals ein in Preßburg erscheinendes Blatt, „schlagen die Herzen sämmtlicher treuen Katholiken für denjenigen, dessen Panier der Glaube, dessen Worte die Vertheidigung der göttlichen Wahrheit, dessen Begehren die Rechte der Kirche, der Katholiken sind, der als Heerführer mit einer selten dagewesenen Unerschrockenheit den Muthigsten voranging."

Denselben Gedanken verlieh der Legationsrath Weiß von Starkenfels in einer Gedächtnißrede im katholischen Casino in Linz (Oesterreich) markanten Ausdruck, in welcher er den großen Todten als den „Schöpfer des Laienapostolates" feierte.

„Der Preuße v. Mallinckrodt", sagte er, „hat auf dem preußischen Landtage und auf dem Reichstage von Preußen-Deutschland unsere Sache geführt, unsern Glauben und unsere Kirche vertheidigt. Für unser Recht trat er ein, wenn er gegen diejenigen sich wandte, die in den confessionellen Gesetzen unsere Kirche bedrängten ... Wir haben zu zeigen, daß katholischer Glaube keine Ländergrenzen kennt ... indem wir der Theilnahme uns anschließen, welche der Tod Hermann v. Mallinckrodts fand, nicht in Preußen allein — in der ganzen katholischen Welt."

Hermann v. Mallinckrodt hatte stets eine besondere Vorliebe für das Frohnleichnamsfest. Es „verkläre seinen Lebensweg", sagte er, „durch das überall hineinscheinende Licht der imposanten katholischen Einheit" [1]. Die Frohnleichnamswoche des Jahres 1874 war noch in anderem Sinne eine

[1] Brief an Georg v. Mallinckrodt, 8. Juni 1871.

schöne Kundgabe katholischer Einheit — sie war die große Trauerwoche um den eben hingeschiedenen Hermann v. Mallinckrodt, sie verklärte jetzt auch noch seinen Tod „durch das überall hineinscheinende Licht der imposanten katholischen Einheit".

Auch beim Wiederzusammentritt der parlamentarischen Körperschaften, denen Mallinckrodt angehört hatte, wurde noch einmal ehrenvoll seiner gedacht.

„Ich glaube dem Gefühle aller Theile des Reichstags zu entsprechen," erklärte am 2. November 1874 der Präsident des Reichstags v. Forckenbeck, „wenn ich jetzt nach der Constituirung des Hauses und bevor wir in die eigentlichen Geschäfte eintreten, derjenigen Mitglieder besonders gedenke, welche seit dem Schluß des letzten Reichstags durch den Tod von uns geschieden worden sind."

Es waren Mallinckrodt und sein Fractionsgenosse F. Baudri.

„Wir betrauern den Verlust", fuhr der Präsident fort, „und werden ihr Andenken stets und dauernd in Ehren halten und bewahren."

Oefter und schärfer als v. Forckenbeck war der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Bennigsen als Gegner Mallinckrodt gegenübergestanden und von ihm bekämpft worden. Jetzt ehrte er sich selbst durch den ehrenden Nachruf, den er dem Gegner zu theil werden ließ.

„Meine Herren!" sprach er am 18. Januar 1875, nachdem er der „schmerzlichen Verluste" Erwähnung gethan, die seit dem Schluß der letzten Session das Haus erlitten, „Herr v. Mallinckrodt hat diese Jahre hindurch an den Geschäften des Hauses und seiner Commissionen in sehr hervorragender Weise theilgenommen. Er hat trotz ausgesprochenster Parteistellung sich nicht allein das Vertrauen seiner politischen Freunde, sondern auch die Hochachtung seiner politischen Gegner zu erwerben und zu bewahren gewußt."

---

2. Rückblick und Einblick.

„Noch niemals waren auch bei einem Parlamentarier", urtheilt ein mehrjähriger Fractionsgenosse des großen Todten, „so viel Kraft und Würde, Energie und Wissenschaft, Charakterfestigkeit und Klugheit, Frömmigkeit und Thatkraft in einer Person vereinigt gewesen, als bei Hermann v. Mallinckrodt." Aber was ihn als Parlamentarier so groß machte, war die Größe, die Hoheit, die er sich errungen hatte als Mensch. „Die Gegner wußten," fügt derselbe Berichterstatter, wie zur Erklärung, bei, „daß der Redner mit jeder Silbe sich selber gab", oder, wie gleich nach seinem Tod ein feindliches Blatt es ausdrückte: er „ließ den Gegner nie vergessen, daß er einen ganzen Mann vor sich hatte".

Eine vornehme, imposante Erscheinung, ebenso gewandt als gewinnend im Verkehr, lauter im Denken, nobel im Handeln, mit fleckenlosem Ehrenschild, dabei ein kräftig angelegter, hochgebildeter Geist, ein „Fürst des Wortes", schien er berufen, schon durch seine vielseitige und gereifte Erfahrung wie seine nie ermüdende Arbeitslust in jedem Wirkungskreis und jeder Körperschaft eine hervorragende Stellung einzunehmen. Vertrauenerweckend und begeisternd für solche, die in ihren Ueberzeugungen mit ihm übereinstimmten, konnte seine Persönlichkeit auch auf die Gegner ihren Eindruck nicht verfehlen. „Keinem politischen Manne vielleicht", schrieb damals die feindlich-gesinnte „Breslauer Zeitung", „ist es in Deutschland wie ihm gelungen, so spät und so vollständig und gerade in der wachsenden Erbitterung des Kampfes die höchste Achtung der Gegner zu erwerben . . . Er trat — mag es noch so paradox klingen, so ist es doch wahr — mit jedem fernern Stadium des erbitterten Kampfes seinen Gegnern menschlich näher. Diese kümmerten sich mit der wachsenden Hochachtung, die ihnen der politische Gegner einflößte, auch mehr darum, über den Menschen in seinen privaten Beziehungen Näheres zu erfahren, und waren befriedigt, aus protestantischen Orten, in denen er lange gelebt, zu vernehmen, daß Mallinckrodt stets im Verkehr mit Collegen und Hausgenossen den Ruf eines guten und bei aller Strenge im Aeußern doch innerlich milden Mannes genossen habe."

Die Schilderungen von ihm aus seinen letzten Jahren entwerfen das Bild eines ausnehmend ernsten und strengen Mannes. Er wird dargestellt als der „steinerne, kalt erscheinende Mann", der Mann der „vornehmen, marmornen Ruhe". „Was den Mann vor allen anderen auszeichnete," schreibt ein Bekannter[1], „war die eisige Ruhe. Da saß er wie eine Bildsäule, keine Muskel verrieth, was in seinem Innern vorging. Höchstens ein Lächeln glitt über sein ehernes Antlitz, wenn die Gegner sich abmühten, ihm und dem Centrum die bekannten Liebenswürdigkeiten anzubieten." „Ja, wenn er lächelte," erzählt ein anderer, „war doch über das Gesicht die überlegene Ruhe ausgebreitet, die ihn niemals aus der Fassung kommen ließ." Man erzählt, daß er schon in viel früherer Zeit in der „katholischen Fraction" wegen seines Ernstes der „Cato" des Centrums genannt worden sei. Sein Fractionsgenosse im spätern Centrum, der Abgeordnete Dr. Virnich, der mit lebhafter Begeisterung ihm ergeben war, behauptete wiederholt, daß er ihn niemals habe lachen sehen. Ein anderer, viel älterer Freund wußte sich zu erinnern, wie er einst bei einem Fractionsfest, wo man im Augenblicke gehobenster Stimmung eine Narrenkappe umgehen ließ, damit einer nach dem andern, mit derselben angethan, zu einigen scherzhaften Worten sich erhebe, dieselbe von sich warf, da sie ihm gereicht wurde, und zu Boden fallen ließ

[1] In der „Deutschen Reichszeitung", 1. Juni 1874.

und sich dem Scherz entzog. Ein andermal war er in einer westfälischen Stadt zu einer Gesellschaft junger Männer als Ehrengast geladen worden, die ihm und anderen Besuchern zu Ehren ein Theater improvisirt und ein kleines Lustspiel vorbereitet hatten. Ein reicher Vorrath von Witz und Laune, große Erfindungsgabe in Scene und Costüm und alle jugendliche Lebhaftigkeit waren aufgeboten worden, die Gäste zu erheitern. Aber während alles lachte ringsumher, saß wirklich „steinern kalt", ohne eine Miene zu verziehen, im tiefsten Ernste am Ehrenplatz der hochgefeierte Centrumsführer.

In der That war die Grundrichtung seines Charakters eine ernste, der Grundton war das Bewußtsein von Pflicht und Verantwortung. Er verhehlte sich nicht, daß das Menschenleben ein Kampf, eine Stätte der Prüfung und Läuterung sei. „Das Angenehme ist dem Menschen nie so förderlich wie das Unangenehme," schreibt er z. B. am 2. Januar 1869 an Freiherr Dietrich v. Laßberg, „Kampf und Selbstüberwindung bleibt einmal unsere Lebensaufgabe. Wer sie erfüllt, fürchtet sich nicht vor dem Tode, sondern freut sich aufs Sterben."

„Eine Erholung, ein Spiel, ein Vergnügen soll kein Beruf sein," heißt es in einem Brief an einen jungen Mann, März 1870, „sondern jeder bietet Arbeit und Mühe, und das ist gut; denn dazu sind wir auf der Welt." Besonders schön sprechen sich diese Anschauungen aus in den Briefen, die er gelegentlich der Feier der ersten heiligen Communion an seine beiden Pathenjungen geschrieben hat. So lautet sein Brief an seinen Neffen, Hermann v. Mallinckrodt, von Gastein aus am 26. August 1867:

„Wenn ich an dem Tage, wo Du zum erstenmal in Deinem Leben so glücklich bist, den heiligen Leib unseres Herrn und Erlösers zu empfangen, leider nicht persönlich anwesend sein kann, so will ich, Dein Oheim und Pathe, wenigstens im Geiste dabei sein, und während Ihr — Du und Hans[1] — Euren Taufbund erneuert und den Vorsatz bekräftigt, in Gottesfurcht und Tugend zu Jünglingen und Männern heranzuwachsen, da will ich, vereinigt im Gebet mit Euch und Euren Angehörigen in Böddeken und Mittenheim, hier oben zwischen den grünen Matten und dunkeln Felsen der Alpen recht innig zu Gott bitten, daß er Euch die Gnade der Ausdauer in Euren guten Vorsätzen verleihen wolle.

„Damit aber solche Gnade wirke, müßt Ihr mitwirken; das laßt Euch noch einmal gesagt sein, wenn Ihr es auch schon längst wißt. Und was ein tüchtiger Christ, — so ein Eichbaum von einem Christen werden will, der in Sturm und Wetter so fest steht wie im Sonnenschein, der muß es machen wie St. Christophorus, der nur dem mächtigsten Herrn dienen wollte und eben deshalb auch bald dahin kam, in Demuth dem Christkindchen zu dienen, wie Ihr in jeder Domkirche in Stein oder auch in Farbe sehen könnt.

„Der weise Allerweltsfreund Thomas von Kempen sagt: ‚Nur soviel wirst du im Guten vorankommen, als du dir selbst Gewalt anthust,' und das ist ein

[1] Freiherr Hans v. Laßberg, damals auf Böddeken.



Büste Hermanns von Mallinckrodt.
(Nach der von der Leiche abgenommenen Maske.)



wahres Wort. So oft Euch also etwas schwer ankommt, nur immer frisch angepackt, nur immer Gewalt gebraucht gegen Euch selbst, gegen Eure Faulheit und Euren verkehrten Sinn; dann reißt Ihr sicherlich das Himmelreich an Euch."

Nun folgt die Ankündigung einer Schreibmappe, die er dem Neffen zum Geschenk bestimmt hat, und die denselben bei seiner Uebersiedelung an die Studienanstalt in Gaesdonck begleiten solle; aber gleich knüpft sich daran die Bemerkung:

„So oft Du sie aber gebrauchst, möge sie Dir zugleich eine Erinnerung sein an den wichtigen Tag Deiner ersten heiligen Communion und an die guten Vorsätze dieses Tages. Und wenn Du je gegen letztere fehlst, möge sie Dir ins Gewissen brennen und in die Rippen stoßen, auf daß Du Dich ermannst und einen frischen Anlauf nimmst auf dem schmalen Pfade der Tugend."

Aehnlich schrieb er 5 Jahre später (21. April 1872) an Freiherrn Franz v. Laßberg, ein anderes Pathenkind:

„. . . Zur Erinnerung an den wichtigen und glücklichen Tag Deiner ersten heiligen Communion schenke ich Dir die beikommende Uhr. Möge sie Dich aber auch in der Zukunft recht oft an die Vorsätze erinnern, welche Du an diesem Tage gefaßt hast! Möge sie, indem sie die vorübereilenden Stunden anzeigt, Dir dabei auch eindringlich zurufen, daß Du die Zeit eifrig benutzen mußt, um Dir die Seligkeit im Jenseits zu erwerben, wo es der Ewigkeit wegen keine Zeit mehr gibt und man keine Uhr mehr brauchen kann!"

Aber schon vorher hatte er ihn ernst ermahnt:

„Ein guter und treuer, charakterfester Mann wird nur derjenige, welcher früh lernt, sich zu bezwingen, sich Gewalt anzuthun. Dazu findest Du oft Gelegenheit, wenn es sich darum handelt, gehorsam zu sein gegen Mutter und Lehrer, verträglich und freundlich mit den Geschwistern, aufmerksam und andächtig beim Gebet, fleißig in der Schule, tapfer und ausdauernd im Kampfe gegen alle bösen Neigungen."

Von diesen ernsten Anschauungen war sein eigenes Leben ganz durchdrungen[1]; selbst seine Erholungen pflegten hingerichtet zu sein auf einen ernsten Zweck. Suchte er seine Kegelpartie, so war es mit Rücksicht auf seine Gesundheit; ging er auf Wanderung, so war es, um zu lernen und zu erfahren; durchstreifte er Feld und Flur, so war es, um die Verhältnisse des Landes von Grund aus zu studiren. Er geizte daher auch mit seiner Zeit, weder in Borchen noch in Mittenheim konnte man ihn einen Augenblick müßig sehen, in Berlin aber behielt er oft bei seinen Ausgängen die Uhr in der Hand, entweder um nicht zu spät zur heiligen Messe zu kommen oder sich nicht zu lange vom Hause und der Arbeit fern zu halten. Und doch hatte dieser Ernst der Lebensanschauung nichts Weltscheues, er hat ihn

[1] Vgl. den Brief vom 3. Januar 1847, den er 26jährig an seine Schwester schreibt. S. 40.

niemals finster und herb gemacht. Im Gegentheil, man rühmt die „unwandelbare Freundlichkeit und Feinheit“ [1] seines persönlichen Begegnens. Ein heftiger politischer Gegner, der Abgeordnete Professor v. Rönne [2], hat ihm öffentlich im Abgeordnetenhause das Zeugniß ausgestellt, er habe stets geglaubt, daß Mallinckrodt ein „recht geistreicher“ Mann sei, und er habe ihn stets für einen „höflichen“ Mann gehalten. „Man fühlte in seiner Nähe,“ schreibt übereinstimmend die antikirchliche „Danziger Zeitung“ [3], „daß man es mit einem feinen und hochgebildeten Manne zu thun hatte.“ Ueberdies aber war er thatsächlich eine kindlich heitere Natur. „Er war der heiterste Mensch, den man treffen konnte“, bezeugt ein Mann, der ihm lange Jahre als Freund und Fractionsgenosse nahe gekommen war wie wenige, und es ist das Zeugniß eines Rheinländers, der wohl etwas von Heiterkeit verstand. In Düsseldorf erinnern sich die ehemaligen Bekannten noch jetzt seiner Scherze und originellen Einfälle. Seine Briefe sind oft voll von sprudelndem Humor, manchmal fangen die Witze schon bei der Ueberschrift an. Bald nennt er die Schwägerin Dine als Frau des senior familiae „Meine liebe Seniora“, bald beginnt die Antwort auf einen trübseligen Brief seines Bruders mit „Lieber Pessimist“. An Frau v. Laßberg schreibt er einmal am 17. März 1867: „Liebe Ida, gute Tante, verehrte Cousine und alte Großmutter!“ Bei Familienfesten wie bei Fractionsfesten ging er mit dem Beispiel der Heiterkeit wohl noch anderen voran; seine Freunde wissen zu erzählen, wie kräftig er die Studentenlieder anstimmte, wie er wohl auch einmal einen alten Rapier von der Wand nahm, der dort zum Schmuck aufgehängt war, um im Scherz damit in der Luft zu fechten. Er freute sich schon im voraus darauf, wieder einmal mit seinem Bruder und seinen Freunden „schnodderige Bemerkungen“ zu machen, und wo es das allgemeine Wohl zu fördern schien, trat er in Berlin wie in Böddeken [4] auch im Schauspiel und selbst in der Oper auf. Es war nicht bloß eine vorübergehende Anwandlung von Laune, es war eine Art Lebensmaxime, wenn er im Mai 1854 von Stralsund aus an seinen Bruder schrieb: „Ich verspüre immer eine gewisse Neigung, den Leuten zu zeigen, daß die Ultramontanen lustige Gesellen sind.“

Auch war er durchaus nicht der, welcher anderen Weltflucht oder einsiedlerisches Wesen predigte. Er freute sich herzlich, wenn die „Hüffer'schen

---

[1] So ein „alter Demokrat“ (Temme), Protestant und entschiedener Gegner Mallinckrodts. (Vgl. dessen Brief im „Deutschen Hausschatz“ 1874/75, Nr. 19, S. 298.)

[2] Im Abgeordnetenhaus 28. November 1872 (vgl. S. 428).

[3] 27. Mai 1874.

[4] Die Familientheater spielten bei den Zusammenkünften in Böddeken eine große Rolle, und Hermann v. Mallinckrodt entzog sich den Pflichten eines Familiengliedes niemals.

Jungens" in den Ferien miteinander auf die Jagd zogen und den Hasen nachstellten, und gar, wenn einer einen solchen geschossen hatte, nicht minder, wenn die Nichten einmal zum Tanz geführt wurden. Er selbst war stolz, in Düsseldorf als Ballvater aufzutreten und seiner Nichte Marie und der jungen Gräfin Taufkirchen das Geleite zu geben. Selbst an den Toiletten nahm er Interesse.

Aehnlich dachte er aber auch in Bezug auf andere junge Leute. „Philipp N. kömmt öfters zu uns," schreibt er von Berlin 1863, „er hat sich recht gut herausgemacht und benutzt die Zeit auf das fleißigste, um sich im Theater, auf Bällen und Soiréen auszubilden. Auch Julian X. ist hier, ergibt sich aber weniger dem socialen Verkehr. Im allgemeinen bin ich indessen auch mit seiner Entwicklung zufrieden." „Philipp macht ab und zu bei Wettrennen", erzählte er 5 Jahre später, wie es scheint in ganz beifälligem Sinne. Wenn bei der Kirchweihe in Mittenheim das Gesinde tüchtig tanzte oder die Bauernburschen in Borchen einen vergnügten Tag hatten, so war das ihm selbst ein Vergnügen. In seinem lautern Sinn, seiner vollständigen Herrschaft über sich selbst, der Leichtigkeit, mit der er selbst auch in Vergnügen und Erholung über sich Gewalt übte, sah er in diesen Dingen nur das Gute und Fördernde, während auch nur der Gedanke an die weniger lichte Seite solcher Dinge sich seinem Blick zu entziehen schien.

Wie die Gastfreundschaft im eigenen Hause, so liebte er die Geselligkeit. Wohl nirgends hat er länger verweilt, ohne zahlreiche Freunde und Gönner sich zu erwerben. In seinen jungen Jahren in Erfurt machte er sich's selbst zum Vorwurf, daß, wenn er einmal anfange, er im Aufsuchen der Geselligkeit das (in seinen Augen) rechte Maß nicht immer finde. Noch in späterer Zeit in Frankfurt tritt dies hervor. „Heute Nachmittag", schreibt er am 14. Juni 1857, „war ich auf einem kleinen Diner, nachher muß ich mit Familie ins Sommertheater, und dann bin ich wieder zu Abend invitirt — würdiger Sonntag-Nachmittag!" Auch später, als Else an seine Seite getreten war, haben beide den Pflichten wie den Freuden der Geselligkeit sich nicht entzogen.

In strahlendem Gegensatz zu dem Weltschmerz und der Zerrissenheit des angekränkelten modernen Culturmenschen herrschte in seinem Innern die vollste Harmonie, der Friede wie im Herzen eines Kindes, und er hatte wohl Recht, bei sich von dem „gewöhnlichen Niveau heiterer Stimmung" zu sprechen. Nur einmal während einiger Monate — als er 1859 als Hilfsarbeiter im Ministerium in Berlin arbeitete —, daß er sich unbefriedigt und vereinsamt fühlte. Es lag zumeist am vollen Mangel entsprechenden Umgangs und an verstimmenden äußeren Eindrücken, die neben der Ueberladung mit Arbeit hergingen. Mit seiner Verlobung und Vermählung schien

der alte Humor und die alte Lebenslust wieder aufzuwachen. Die Briefe lauten wieder, als wäre er um zehn Jahre jünger geworden, und auch Krankheit und anderes widriges Schicksal vermochte dies nicht zu hindern. Erst seit 1866, mehr noch seit 1869 beginnt der Ernst zu überwiegen, und er muß mühsam danach ringen, die Frische und den Lebensmuth zu bewahren. Sehr richtig bemerkt der mit ihm persönlich wohlbekannte Prälat Dr. Hülskamp: „Sein streng conservativer Sinn war durch die Ereignisse des Jahres 1866 tief verletzt, sein warm katholisches Herz durch die Vorgänge seit 1870 noch schwerer verwundet.“ Je fester und begeisterter er am heimischen Staatswesen gehangen, je mehr er sich dessen Vorzüge vor anderen Staaten klar gemacht zu haben glaubte, je mehr Vertrauen er früher in die Ehrenhaftigkeit und Principientreue der leitenden Staatsmänner, eines v. Manteuffel, Fürst Hohenzollern, v. Roon und anderer, gesetzt hatte, desto erschütternder wirkte es auf ihn ein, als jetzt eine Enttäuschung auf [illegible] andere folgte. Was er mit aller Energie seines Geistes stets bekämpft [illegible] als Revolution, als ein Rütteln an den Grundlagen des Staatswohl[illegible] einen Frevel am Rechte, das sah er zur Herrschaft gelangen, erst [illegible] unter Preußens Connivenz, dann in Deutschland.

Nachdem er sein ganzes Leben lang eingetreten war für [illegible] Ordnung, für das Recht der Krone und die Gesetze des [illegible] er alles dafür gewagt und in der Zeit des „Conflictes“ [illegible] seine Popularität als Parlamentarier wirklich dafür [illegible] er plötzlich denselben Staat gemeinsame Sache mach[illegible] die er bis dahin als revolutionär bekämpft, sich [illegible] Freunde mit bewußter Unwahrhaftigkeit als Feind[illegible] und verdächtigt. Die Kraft seiner besten Mann[illegible] Verein mit edlen und hochgesinnten Männern [illegible] Verfassung gewährleistete Parität vom bloßen [illegible] in die Wirklichkeit überzuführen, und mit Fr[illegible] Vaterland erkannte er es an, daß trotz manc[illegible] schwerde doch im ganzen nirgendwo in De[illegible] so frei und ungehindert sich bewegen könn[illegible] Preußen. Noch 1867 ahnte er nicht die M[illegible] kommen könne, und doch stand man berei[illegible] verfolgung. Die Epigonen derselben „liberal[illegible] „katholische Fraction“ und mit ihr M[illegible] die Schärfe ihres Wortes geliehen, um [illegible] recht zu halten und zur Wahrheit zu ma[illegible] mit den einstigen Gegnern das abbrech[illegible] den Katholiken Schutz und Freiheit ge[illegible] Enttäuschungen leichten Sinnes vorüberz[illegible]

wenn auch,
ten Jahren".
kleinen An=
ch Vorchen ge=

cht früh genug in
diese Tugend hervor=
das Recht und dabei
der Jugend die Keime
rdlung sich darstellt.
t für das Recht, so ist es
ammen ist keiner, welcher so
nnt es, daß kein Stamm so
enland. Wir sind reicher an
. Stamm an Juristen, und das
Rechtssinn, welcher das ganze

in, auf die Jugend einen wesentlichen
echtssinn und den Sinn der Treue
e Ehreneigenschaften der Westfälinger für

amit stand sein ehrliches und offenes Wesen
die auch von den Gegnern anerkannt wurde.
gründete Fraction des Centrums unwahren
egentreten wollte, ließ sie ein doppeltes Dementi
llein veröffentlichen, obgleich er weder der Vor=
erer, sondern nur eines der sieben Mitglieder des
Sommer 1872 konnte Dr. Jörg[2], um eine That=
ten, ungestraft sich darauf berufen, daß „der Ab=
dt, auf dessen strenge Wahrhaftigkeit sicher=
Feind gleichmäßig vertraut", die betreffende
ibe.

wo Recht und Wahrheit in Frage kam, unerschütterlich
m Wahlspruch: „Etsi omnes, ego non." Schon im
cht er von diesem Spruch als seiner Devise, an welcher er
versammlung festgehalten habe, und noch 20 Jahre später,
Canonicus Grafen Spee seine Photographie zum Geschenk
er diesen Spruch als Denkspruch darunter geschrieben. Daß

[1] J. Berger, Hermann v. Mallinckrodt. S. 39 (nach stenographischer

[2] tor.-polit. Blätter. 1872. Bd. LXX, S. 137.

duftige Röschen, und ich neige dazu, mich mehr mit diesen als mit jenen zu befassen: das ist ein Mittel, sich frisch zu erhalten." — „Ich werde mich bemühen, Deinem Gottvertrauen nachzueifern," versichert er Frau v. Laßberg Januar 1872, „und sehe deshalb frischen Sinnes in die Zukunft." — Auch der eigenen jungen Gattin schrieb er noch drei Wochen vor seinem Tode: „Gott gebe und erhalte Dir frischen Sinn!"

Neben diesem Frieden seines Innern und dem heitern Grundton seines Wesens bei allem äußern Ernst sind drei Hauptcharakterzüge an ihm vorzüglich klar und schön hervorgetreten. Das erste war sein tiefeingewurzelter Rechtssinn.

Wenn etwas sein ganzes Sinnen und Denken, sein Gefühl wie seinen Geist ganz durchdrang und beherrschte, so war es der Sinn für Recht. Bezeichnend für sein ganzes inneres Leben ist eine vertrauliche Unterredung, die er einmal mit seiner Gattin führte.

„Da ich die heiligen Sacramente erwähne," erzählt darüber P. Ceslaus, „kann ich nicht umhin, eines Wortes von ihm zu gedenken, welches seine Frau mir erzählte und welches bei seiner staunenswerthen Einfachheit ein vollkommeneres Bild von ihm gibt, als weitläufige Beschreibungen es vielleicht vor die Augen treten lassen könnten. Es war die Rede von der Beicht, und Mallinckrodt erwähnte die Schwierigkeit derselben. Diese aber lag ihm darin, den Stoff zur Anklage zu finden. ‚Denn', sprach er, ‚wenn man weiß, daß etwas unrecht ist, dann wird man es doch nicht thun!'"

Aber nicht nur recht zu thun, sondern auch Recht zu schützen, betrachtete er als die Aufgabe jedes biedern Mannes. Wenn man seinen Kammerreden seit 1852 aufmerksam folgt, muß es auffallen, daß er in den weitaus meisten Fällen, sei es bei Gesetzesvorlagen, sei es bei Wahlprüfungen, das Wort ergriff, um irgend ein bedrohtes oder verkanntes Recht in Schutz zu nehmen, irgend einer unbilligen Vertheilung der Lasten, einer Schwächung der rechtmäßigen Autorität u. dgl. entgegenzutreten. „Justitia fundamentum regnorum" war bei ihm nicht eine Phrase, sondern ein Kernspruch, der ihm in Fleisch und Blut übergegangen war. Das wurde nach seinem Tode auch von der gegnerischen Seite anerkannt. „Persönlich habe ich Herrn v. Mallinckrodt nicht gekannt," schrieb bei dessen Tode ein Protestant, Freiherr v. O.-F., an Windthorst, „aber unter allen hervorragenden öffentlichen Charakteren und politischen Capacitäten wüßte ich niemanden, der höher zu stellen wäre für Integrität, Rechtsgefühl, Ueberzeugungstreue . . Mannesmuth." Die liberale „Breslauer Zeitung"[1] stellt ihm das Zeugniß aus: „die Ueberzeugung, daß . . . in ihm ein strenges Gerechtigkeitsgefühl gegen Andersdenkende wohne", habe sich auch

[1] 31. Mai 1874.

bei den „liberalen Collegen“ im Parlamente Bahn gebrochen, wenn auch, wie dasselbe Blatt behauptet, „bei den meisten erst in den letzten Jahren“.

Mallinckrodts eigene Anschauung spricht sich aus in der kleinen Anrede, die er August 1872 an die zu einem Erholungstag nach Borchen gekommenen Paderborner Theologie-Studirenden richtete[1]:

„Halten Sie fest an Recht und Treue. Man kann nicht früh genug in die Herzen der Kinder die Empfindungen einpflanzen, welche diese Tugend hervorrufen. Wollen Sie Männer erziehen, welche einstehen für das Recht und dabei eingedenk sind ihrer Pflicht, müssen Sie früh anfangen, bei der Jugend die Keime zu legen, damit beim Alter die Tugend in voller Entwicklung sich darstellt.

„Wenn ein Stamm im deutschen Lande Sinn hat für das Recht, so ist es der Stamm der Westfalen. Unter allen deutschen Stämmen ist keiner, welcher so fest und unverbrüchlich zum Rechte steht. Daher kommt es, daß kein Stamm so viele Jünger des Rechtes erzeugt wie das Westfalenland. Wir sind reicher an Männern des Rechtes als irgend ein anderer Stamm an Juristen, und das ist nur die Blüte, welche hervorwächst aus dem Rechtssinn, welcher das ganze Volk erfüllt hat.

„Sie, meine Herren, werden berufen sein, auf die Jugend einen wesentlichen Einfluß auszuüben. Ich bitte Sie, den Rechtssinn und den Sinn der Treue bei den Kindern zu pflegen, damit sich diese Ehreneigenschaften der Westfälinger für die ferne Zukunft halten . . .“

Im engen Zusammenhang damit stand sein ehrliches und offenes Wesen und seine strenge Wahrheitsliebe, die auch von den Gegnern anerkannt wurde. Als daher 1871 die kaum gegründete Fraction des Centrums unwahren Gerüchten recht energisch entgegentreten wollte, ließ sie ein doppeltes Dementi gerade durch Mallinckrodt allein veröffentlichen, obgleich er weder der Vorsitzende noch der Schriftführer, sondern nur eines der sieben Mitglieder des Vorstandes war. Und Sommer 1872 konnte Dr. Jörg[2], um eine Thatsache zweifellos festzustellen, ungestraft sich darauf berufen, daß „der Abgeordnete v. Mallinckrodt, auf dessen strenge Wahrhaftigkeit sicherlich Freund und Feind gleichmäßig vertraut“, die betreffende Aeußerung gethan habe.

Dabei war er, wo Recht und Wahrheit in Frage kam, unerschütterlich fest. Da war sein Wahlspruch: „Etsi omnes, ego non.“ Schon im Jahre 1853 spricht er von diesem Spruch als seiner Devise, an welcher er bei der Westfalenversammlung festgehalten habe, und noch 20 Jahre später, als er dem Canonicus Grafen Spee seine Photographie zum Geschenk machte, hatte er diesen Spruch als Denkspruch darunter geschrieben. Daß

[1] Dr. W. T. Berger, Hermann v. Mallinckrodt. S. 39 (nach stenographischer Aufzeichnung).

[2] Histor.-polit. Blätter. 1872. Bd. LXX, S. 137.

ihm dieser Spruch mehr war als ein stolzes Wort, das hatte sein Auftreten in den Stürmen von 1848, in der Conflictszeit 1863 und im norddeutschen Reichstag 1867 längst bewiesen, bevor der Culturkampf den Wahlspruch erst recht zur Wahrheit machte.

Oft pflegt solchen Männern des eisernen Rechtssinnes, der Geradheit und strengsten Wahrhaftigkeit etwas Schroffes, Hartes und in anderen Beziehungen des Lebens gleichsam Gefühlloses eigen zu sein, so daß sie meistens geachtet und gefürchtet, selten geliebt werden. Es kann nicht geläugnet werden, daß auch er von Natur zu dieser Schroffheit und einer Art ehrlicher Derbheit geneigt war; aber es gelang ihm nicht nur, mit den Jahren dieser Naturanlage mehr und mehr Herr zu werden, sondern es verband sich auch mit seinem so stark ausgeprägten Rechtsgefühle, mit seiner energischen, kraftvollen Natur ein echt deutsches Gemüth und eine überaus große, geradezu seltene Herzensgüte. Auch Gegner haben ganz richtig hervorgehoben, daß in ihm „mit kaltem juristischem Verstande" eine „starke Empfindung" gepaart gewesen sei; man hat ihn eine „sinnige", eine „tiefgründige Westfalennatur" genannt. Es verräth sich gerade diese Seite seines Wesens am schönsten in dem Verhältniß zu seinen Angehörigen und Freunden und in seinen vertrauten Briefen.

„Die meisten Menschen", schreibt er einmal an eines seiner Lieben, „können Briefe nicht schnell genug aufmachen und durchfliegen, und ich habe öfter Schelte bekommen, daß ich es gerade umgekehrt mache. Allein die Weisheit ist dabei auf meiner Seite; denn ein Brief, der nichts enthält als die geschriebenen Worte, wäre ein magerer Brief; um aber den Gang der tieferen Gedanken und Empfindungen herauszusaugen, bedarf man der Muße, wie die Biene in der Blume . . ."

„Erschien er zuweilen rauh in der äußern Schale und jeder Weichlichkeit des Gefühles abhold," schreibt der Bestunterrichtete unter allen, die über ihn geschrieben haben, „so war doch der Kern seines Wesens ein tiefes Gemüth, ein Herz voll warmer, thätiger Menschenliebe, vor allem hilfreich in Armuth und Unglück." — „Er hatte etwas Naturwüchsiges und liebte Kraftausdrücke," erzählt ein anderer naher Bekannter, „dabei aber ein überaus gutes und weiches Herz." Schön und wahr schildert dies Prälat Dr. Hülskamp[1], wenn er schreibt:

„Ein Charakter — wie aus Erz gegossen, furchtlos und unverzagt, mitten im Sturme ruhig und unerschüttert, verband er damit das weichste Gemüth, das mit der Noth und dem Leid des geringsten seiner Mitmenschen, ja selbst des kleinsten Thieres Mitleid empfand. So war er auch der kindlichste Sohn, der zärtlichste Gatte, der sorgendste Vater; und so war es auch die beglückende und beglückte kleine Welt seiner Familie, welche ihm unter all den Beschwerden und Mühen, Kämpfen und Leiden auf der großen Weltbühne die reichsten und süßesten Erdenfreuden spendete."

[1] Literarischer Handweiser 1874. S. 194.

Keiner von denen, die in den Maitagen 1874 Zeuge waren, wie er mit seiner wuchtigen Rede die Gegner niederschmetterte und zu Schanden machte, hätte sich wohl beifallen lassen, daß, während er es that, Wehmuth und Schmerz darüber ihn erfüllten, daß er gezwungen sei, so zu thun.

„Der in den urwichtigen Kämpfen dieser Zeiten diese doppelte Session hindurch noch vorzüglich im vordersten Treffen befindliche Mann", erzählt P. Ceslaus, „schrieb noch ganz kurz vor seinem Tode und etwa acht Tage nach jener Rede, in welcher er die Kampfesweise einiger Gegner beleuchten zu müssen geglaubt hatte . . ., an seine Frau, wie wehe es ihm noch immer thäte um das Peinliche, womit er dadurch wohl die Person des einen oder andern Gegners berührt habe."

Und dies, obgleich er aufs sorgfältigste darauf bedacht war — wie es auch offen anerkannt wurde —, alles persönlich Verletzende zu vermeiden! So rühmt noch nach seinem Tode (31. Mai) die gegnerische „Breslauer Zeitung" seine „große Kunst, sachlich in seinen Angriffen bis an die äußerste Grenze des parlamentarisch Gestatteten zu gehen und dabei jedes Wort zu vermeiden, welches auch nur im entferntesten eine Absicht, zu verletzen, andeuten konnte". Aber auch so noch konnte sein Schwager aus dem vertraulichen Umgang mit ihm bezeugen: „Auch mitten im Kampfe war sein Herz frei von jeder persönlichen Feindseligkeit und deshalb jedesmal schmerzlich ergriffen, wenn er um der Sache willen der Person des Gegners nicht schonen durfte." So kraftvoll daher auch gewöhnlich Mallinckrodts Darlegungen auf der Rednerbühne und so schlagend dort seine Widerlegungen waren, so pflegten seine „persönlichen Bemerkungen" und Erwiederungen am Schluß der Debatte auffallend milde zu sein. Bezeichnend ist unter vielen Beispielen dieser Art die Antwort, welche er im Reichstag des Norddeutschen Bundes 3. November 1869 einem sehr heftigen Gegner, dem Abgeordneten Grumbrecht, gab, der vorher drohend erklärt hatte, Mallinckrodts Aeußerungen „bedürften einer Abfertigung, und die werde er dem Herrn Abgeordneten zu theil werden lassen". Mallinckrodt antwortete, nachdem die „Abfertigung" erfolgt war, ganz freundlich:

„Meine Herren! Die Abfertigung, die der Herr Abgeordnete Grumbrecht mir in Aussicht gestellt hat, ist doch viel besser ausgefallen, als ich gefürchtet hatte. Wir werden uns am Ende versöhnen und verständigen können. Es wird nur darauf ankommen, daß ich in Form einer Privatunterredung dem Herrn Abgeordneten den Nachweis liefere, daß der Ultramontanismus nicht existirt, an den er glaubt."

Einmal, da 1859 der damalige Führer der Polen, Graf Cieskowski, in einer verletzenden und herausfordernden Weise Mallinckrodt als „Ultramontanen" von den richtigen Katholiken unterschieden hatte und für den Grafen eine tüchtige Lection zu erwarten stand, antwortete Mallinckrodt gar nicht.

Auch im Privatverkehr war Mallinckrodt ungemein versöhnlich, und wenn er sich einmal einen Augenblick hatte fortreißen lassen, emsig darauf bedacht, es wieder gutzumachen. War es mit guten Freunden zu einem kleinen Wortwechsel gekommen und eine sachliche Discussion von ihm mit größerer Lebhaftigkeit und Schärfe geführt worden, so that er bei nächster Gelegenheit förmlich Abbitte. Ein Fractionsgenosse und Publicist, der in späterer Zeit häufig in seinem Hause vorsprach, erinnerte sich noch, wie Mallinckrodt zu ihm kam, ihn um Verzeihung zu bitten nur wegen einer etwas heftigern Discussion, und „zur Genugthuung", wie er sagte, ihm etwas für seine Zeitungen gab, d. h. einen von Mallinckrodt verfaßten kleinen Artikel.

„Das war die Frucht des Ernstes, mit dem er an sich ging mit der Gnade Gottes," schreibt 1874 kurz nach seinem Tode über eben diese Eigenschaft ein anderer Bekannter. „Hiervon ein kleines Beispiel, dessen Zeuge in beiden Theilen just eben ich war. In einem sehr kleinen, von ihm zu Tisch geladenen Kreise hatte er über eine wichtige und brennende Frage eine Discussion, die lebhaft geführt wurde. Sein Gegner wurde recht ausfällig, und seine eigene Weise hatte vielleicht auch etwas von dem Schneidigen angenommen, das bei theuern Ueberzeugungen Wärme des Herzens, Energie und logische Strenge leicht verleihen. Mehrere Tage darauf begegnete er demselben Gegner bei einem Feste im katholischen Unionshause, wo natürlich unvergleichlich mehr Menschen zugegen waren. Er aber ging gleich zu jenem hin und that ihm unbehindert Abbitte für alles, wodurch er ihn möchte damals gekränkt haben."

Dabei aber gab sich Mallinckrodt redliche Mühe, Derbes und Verletzendes zu vermeiden und ans Burschikose streifende Kraftausdrücke, die ihm von früher her eigen waren, abzulegen. Es gelang ihm in solchem Maße, daß dies seinen Bekannten besonders auffiel. „Während seine Geradheit, seine Energie und sein tiefer Rechtssinn bei Gesprächen über wichtige Fragen seinen Worten früher mitunter eine gewisse Schroffheit in der Ausdrucksweise verliehen," schreibt z. B. P. Ceslaus, „hatte mit jenen Eigenschaften auch die äußere Milde — jedoch mit Ausschluß jeder Weichlichkeit — sich nun (in den letzten Jahren) durchaus geltend gemacht." Auch Domkapitular v. Oberkamp, der in München und Mittenheim viel mit ihm verkehrte, hat es besonders an ihm bewundert, wie er bei aller Schärfe, mit der er in jeder Unterredung oder Disputation den entscheidenden Punkt wahrzunehmen und die Schwäche des Gegners auszunützen wußte, doch immer sich selbst so ganz beherrschte. „So hörte ich ihn z. B. niemals, auch im lebhaftesten Streite," schreibt er, „Ausdrücke gebrauchen wie: Das ist falsch, das ist erlogen u. s. w., sondern stets nur: Diese Behauptung, dies Urtheil ist nicht richtig."

Eine hübsche Begebenheit aus der Zeit, wo ihm wohl mitunter noch derbere Kraftausdrücke entschlüpften, erzählt ein langjähriger Bekannter. Der-

selbe kam eines Tages in das Dominikanerklösterchen in Moabit, wo er Mallinckrodt antraf, den er mit einem der Patres, einem wegen Tugend und Frömmigkeit vorzüglich geachteten Manne, und noch einem andern Herrn eben in Unterhaltung über einen hochtheologischen Gegenstand begriffen fand. Der Priester vertheidigte eine Ansicht, die Mallinckrodt nicht gefiel und von ihm mit Einwürfen energisch bestritten wurde; aber der Pater blieb bei seiner Ansicht, die er als die sichere und richtige hinzustellen wußte. „Wenn das so ist," rief da Mallinckrodt, halb im Unmuth, „dann pfeif' ich Ihnen auf ...." — er nannte den in Rede stehenden hochtheologischen Gegenstand. Der Priester schien peinlich berührt und wurde sehr ernst, „die Gesellschaft war", wie Mallinckrodt bei einer andern Gelegenheit sich ausdrückte, wo er auch losgeplatzt war, „aufs Maul geschlagen", und nach einiger Zeit trennte man sich. Als der Bekannte wie gewöhnlich gegen Abend zu Mallinckrodt kam, machte er ihm Vorstellungen, daß er dem Pater, einem so kindlich frommen Manne, heute doch eine gar so starke Pille zu schlucken gegeben habe; er fürchte, der Pater sei verletzt gewesen. Mallinckrodt meinte, das könne gar nicht sein, das sei ja nicht ernst gemeint gewesen, und vertheidigte sich, auch als seine Gattin, die zugegen war, der Befürchtung des Bekannten beistimmte. Aber allmählich wurde er schweigsam. Der Besucher ging fort, ohne der Sache nochmals zu erwähnen. Aber noch am selben Abend zwischen 7 und 8 Uhr bei schneidender Winterkälte ging Mallinckrodt trotz seiner Empfindlichkeit gegen kalte Luft den über eine Stunde weiten Weg von der Matthäikirchstraße zum Dominikanerkloster in Moabit, um bei dem Priester Abbitte zu thun. Der weite Weg zu solcher Zeit sollte die Buße sein, die er sich selbst für seinen Fehler auferlegen wollte. Einige Tage nachher erfuhr es jener Bekannte, nicht von ihm, aber von zuverlässigster Seite.

Mallinckrodt hielt auch darauf, daß in seiner Gegenwart nicht Uebles von anderen geredet werde. Von den Seinigen wagte es niemand, vor ihm die Fehler anderer ins Gespräch zu bringen. Man wußte, daß ihm dies geradezu verhaßt war, und wenn es einmal geschah, scheute er sich nicht, eine tüchtige Rüge zu ertheilen. Er selbst ging aber mit dem guten Beispiel voran. Nicht einmal gegen diejenigen, die in den großen Fragen des öffentlichen Lebens und Fragen, welche Recht und Freiheit ebenso wie Religion und Kirche betrafen, wider ihn standen, gestattete er sich Aeußerungen des Unmuthes. „Er faßte alles sachlich auf", bemerkt dazu der Geistliche Rath Müller, „und legte lieber den größten Theil der Schuld auf den frühern Mangel an Wachsamkeit der Katholiken bei dem sichtbaren Herannahen von Gefahren unserer Kirche."

So schön nun diese Vereinigung von Rechtssinn und Herzensgüte, es war weit mehr noch etwas anderes, was an ihm so anzog und so sehr

bewundert wurde. Sein Fractionsgenosse, der Abgeordnete v. Grandry, hat es richtig herausgefühlt, wenn er unter dem unmittelbaren Eindruck der Todesnachricht 27. Mai 1874 an Hüffer schrieb: „In Bewunderung seiner so hohen Geistesgaben, vor allem aber seiner Selbstlosigkeit vermag ich die Größe des Verlustes nicht zu begrenzen." Alle, die aus näherer Bekanntschaft über ihn schrieben oder sprachen, hoben es als die schönste und bewundernswertheste seiner Eigenschaften hervor, daß er so demüthig, so ganz selbstlos war. „Er wollte nichts gelten," erzählt ein alter Freund, „nie daß er auch nur wohlgefällig von dem sprach, was er gethan." — „Selbstlos wie er war, liebte er das Wort des Apostels: ‚Gratia Dei sum id, quod sum',“ so schildert ihn der Geistliche Rath Müller in seiner Leichenrede. „Darum konnten Menschenurtheile ihn nicht berühren, Tadel nicht betrüben, Lobeserhebungen ihm nur ein abweisendes Lächeln entlocken." — „Gerade diejenigen, die ihm am nächsten standen . . .," schildert ihn gleicherweise ein anderer Leichenredner, P. Ignatius Zeiler, der ihn ebenfalls wohl gekannt hatte, „sie wissen, daß dem Hingeschiedenen nichts ferner lag, als sich in ein günstiges Licht zu setzen, daß er nur eines wollte: gut sein, nicht gut scheinen." — „Er hatte alle Tugenden," sagte gerührt von ihm ein alter Fractionsgenosse, „aber vor allem, er war so demüthig!"

Es wäre indes eine Täuschung, anzunehmen, daß alle diese Eigenschaften ihm angeboren, nur die Mitgift einer besonders edel begabten Natur waren. Die meisten, wenn nicht alle, waren errungen in hartem Kampf gegen sich selbst, und man hätte ebenso Recht, von ihm zu rühmen, daß er ein „abgetödteter" Mann war. „Der Christ hatte in ihm", bezeugt sein Schwager, „mehr und mehr den Menschen geläutert und veredelt. Sein Wahl- und Lieblingsspruch war das Wort des gottseligen Thomas von Kempen: ‚So viel wirst du im Guten vorankommen, als du dir selbst Gewalt anthust.'" [1]

Die strenge Controle, die er über sich selbst geübt, die Bereitwilligkeit, aus höheren Rücksichten sich etwas zu versagen, Schweres und Unbequemes auf sich zu nehmen, tritt in seinem Leben hundertmal hervor. Schon 1849, da er in Minden einen unangenehmen Vorgesetzten und rücksichtslose Behandlung findet, ist die Nutzanwendung des 28jährigen jungen Mannes: „Es wird eine Geduld- und Selbstbeherrschungsprobe für mich werden." Noch in den fünfziger Jahren pflegte er auch während der für ihn so sehr anstrengenden Sessionen des Landtages bei all seinem Reden und Arbeiten in Commissionen und Volldebatten die kirchlichen Fasten, auch die vierzig-

[1] Verwandt ist damit die andere Stelle (L. I. c. 3 n. 3), die P. Ceslaus als Mallinckrodts liebste Lebensregel kannte: Et hoc deberet esse negotium nostrum: vincere videlicet seipsum, et quotidie seipso fortiorem fieri atque in melius aliquid proficere.

tägige Fastenzeit streng zu beobachten. Es war ihm dies selbstverständlich, und es ist ganz zufällig, wenn er einmal mitten in einer scherzhaften Wendung des Briefes daran erinnert, daß er „seit Aschermittwoch am Fasten" sei. Später gestattete dies seine erschütterte Gesundheit nicht mehr; dafür versagte er sich für die Zeit der Fasten das Rauchen, während er sonst viel auf eine Cigarre hielt und gerne rauchte. Ein berufener Zeuge in dieser Sache, P. Ceslaus, faßt dies alles in die Worte zusammen: „In der That hatte er seine Seele in der Gewalt, in Gott, — hatte sie durch treuen und wohlgemuthen Kampf immer mehr in seine Gewalt bekommen . . . er haßte seine Seele in dieser Welt, und hat sie so bewahrt hier schon ins ewige Leben hinein." Und P. Ignatius, ein erfahrener Geistesmann, hat ihm am Grabe das Zeugniß ausgestellt, daß er auf dem Kampfplatz des Herzens nicht minder heldenmüthig und glorreich gekämpft habe als auf der Schaubühne des öffentlichen Lebens. „Sie (die ihm am nächsten gestanden) wissen es," betheuerte er, „daß er nicht bloß nach außen hin für Wahrheit, Recht und Freiheit kämpfte, sondern nach innen mit der Energie eines starken Willens und der Demuth eines Kindes Gottes die höchsten Güter der Seele erstrebte."

Hier liegt der tiefste Grund zu seiner Größe als Mensch und Held und Gottesstreiter: er war groß, weil er stark war gegen sich selbst, und diese Kraft ward ihm, weil er tief durchdrungen war von Religion und festgewurzelt stand in seinem Glauben. Diese Ueberzeugung hat auch sein Schwager ausgesprochen in dem Nachruf, den er ihm gewidmet hat: „Selbstlos, wahr und ohne Falsch, gerecht und rein in seinen Absichten, freimüthig und hochherzig — das waren die Eigenschaften seines in strenger Selbstbeherrschung entwickelten Charakters, die ihre höhere Weihe in einer tiefen christlichen Frömmigkeit fanden."

„Der Ueberzeugung, die ihn aus den Jahren der Kindheit durch das Leben begleitet hatte," berichtet derselbe, „ihr war er auch als Mann von ganzem Herzen treu geblieben. Es war die Ueberzeugung, daß die Kirche Gottes Werk und Stiftung, daß sie von dem menschgewordenen Gottessohn gegründet sei, um die Menschheit kraft seiner Erlösung durch irdische Vorbereitung zu himmlischer Herrlichkeit — per crucem ad lucem — zu führen." In der That bildete Hermann v. Mallinckrodt einen vollendeten Gegensatz zu der großen Zahl derer, welche, wie es der Zeitgeist mit sich bringt, „schmähen, was sie nicht kennen". Er liebte seine Religion und achtete sie als sein höchstes Kleinod, weil er sie so gut kannte. Was er einst als Kind in frommem Glauben in seine fleckenlose Seele aufgenommen, das ist durch Studium und Gebet, durch nachdenkendes Lesen und Anhören und Betrachten der göttlichen Wahrheit zum geistigen Eigenthum, zur vollen, heiligen Ueberzeugung des Mannes geworden. „Er hatte, ich weiß es," bezeugt von ihm P. Ignatius Zeiler, „im Innern die festeste, entschiedenste Glaubensüberzeugung. Er hatte

noch mehr, er hat den Glauben offen und muthig vor aller Welt bekannt." Freund und Feind haben das auch niemals angezweifelt, sein Leben, seine vertrauten Briefe wie seine öffentlichen Kammerreden legen das bestimmteste Zeugniß dafür ab, seine bittersten Feinde haben ihn einen „ehrlichen Ultramontanen" genannt.

Gerade dies war eigentlich der einzige Vorwurf, den man gegen ihn erhoben hat. Man sah in ihm den wiedererwachten „Herzog Alba", den „Cromwell" aus der Blüte des Puritanismus, den „Großinquisitor", den „religiösen Fanatiker ersten Ranges", natürlich auch den „Affiliirten der Gesellschaft Jesu". „Ein klarer, lichter Kopf, und doch ein finsterer Fanatiker!" schrieb die „Frankfurter Zeitung" [1]. Man sprach von seinem „heißen, leidenschaftlichen Herzen", von der „unheimlichen Glut", der „verzehrenden Leidenschaft", den „stürmenden Gewalten seines Innern". „Unter der eisigen Hülle, welch loderndes Feuer fanatischer Ueberzeugung!" heißt es in demselben, sonst nicht geistlosen Berichte.

Mallinckrodt selbst hat noch Gelegenheit gehabt, auf diesen Vorwurf des „Fanatismus" zu erwiedern. Dr. Gneist suchte in der Debatte über das Bischofsgesetz, 6. Mai 1874, die Rede zu entkräften, mit der Mallinckrodt den ganzen Entwurf, vorzüglich aber den § 13 als verwerflich und unsittlich hingestellt hatte. Er hatte bereits in directer Bekämpfung von Mallinckrodts Argumentation ziemlich weitgehende Aeußerungen gebraucht wie:

„Der Staat steht nicht auf dem Standpunkte des bornirten Fanatismus, der wegen einer Pflicht, die er zu erfüllen hat, alle anderen Pflichten als nicht vorhanden ansieht. Der fanatischste Welfe des Mittelalters würde nicht gewagt haben, in der Weise zu argumentiren, in der hier argumentirt wird."

Bald aber wandte er sich noch ausdrücklicher gegen die Person des bekämpften Redners:

„Nun, mehr Vertrauen als Herr v. Mallinckrodt habe ich auf das Verhalten des Heiligen Vaters. Nicht das Centrum, sondern die Curie kann diese Frage lösen. Der Staat hat diese Frage von einem andern Standpunkte als dem eines bornirten Fanatikers anzusehen."

Große Unruhe entstand bei diesen Worten, die jedermann auf Mallinckrodt persönlich bezog, und aus dem Centrum ertönten Rufe: „Zur Ordnung!" Der Präsident aber erklärte, daß zum Ordnungsruf keine Veranlassung vorliege. Als nun nach Ablehnung des § 13 Mallinckrodt darüber seine Freude aussprach und seine versöhnlichen Gesinnungen kundgab, bemerkte er auch in Bezug auf Gneists Aeußerung:

„Ich bin weit entfernt davon, die Aeußerung des Herrn Referenten von dem ‚bornirten Fanatismus', die ganz zweifellos auf meine Wenigkeit mit gerichtet war,

[1] 29. Mai 1874.

besonders zu urgiren. (Der Präsident bemerkte, ihn unterbrechend, eine persönliche Spitze der Aeußerung sei aus dem Zusammenhang der Rede nicht ersichtlich gewesen.) Der Herr Präsident möge gar nicht glauben, daß ich diese Bemerkung mache, um etwa sein früheres Urtheil in Frage zu stellen. Damit bin ich ganz einverstanden. Der Herr Präsident sagt von seinem Standpunkte aus ganz richtig: Die Aeußerung war so, daß man nicht gezwungen ist, sie in der und der Beziehung zu deuten. Diese Auffassung schließt aber nicht aus, daß ich sie in ganz harmloser Weise auf mich beziehen zu dürfen glaube. (Große und allgemeine Heiterkeit bezeugte, daß man ihm beistimme.) Mir ist schon öfter der Vorwurf eines gewissen ‚Fanatismus' begegnet, und wenn der nun von dem Herrn Referenten etwas näher qualificirt ist, dann erkläre ich mich ganz mit ihm dahin einverstanden, daß es eigentlich gar keinen Fanatismus gibt, der nicht zugleich sehr bornirt wäre. Man kann gar nicht fanatisch sein, ohne bornirt zu sein. Die Herren müssen mir nur zugestehen, daß ich mich nicht für fanatisch halte."

Daß wirklich Mallinckrodt nichts ferner lag als Lieblosigkeit oder Ungerechtigkeit, oder auch nur Rücksichtslosigkeit gegen Andersgläubige oder Andersdenkende, dafür zeugt sein ganzes öffentliches wie privates Leben. Vor der Vertretung des gesammten deutschen Volkes aus Nord und Süd konnte er sich ohne Furcht darauf berufen. Es war seine berühmte Rede über das Jesuitengesetz (14. Juni 1872), wo er sprach:

„Da denn die Presse in so naher Verwandtschaft mit den politischen Körperschaften steht, so möge es mir erlaubt sein, als Dritten im Bunde der Falschcitirenden (er hatte vorher den Abgeordneten Wagener und Gneist falsche Citate nachgewiesen) die ‚Nationalzeitung' anzuführen, die mir eben heute morgen in die Hand gegeben ist und die sich bemüßigt gesehen hat, mich in ihren Leitartikel zu ziehen und mir in den Mund zu legen, ich hätte eine rücksichtslose Bekämpfung der Protestanten angekündigt, und zwar gerade einem verehrten politischen Freunde, dem Herrn v. Gerlach, gegenüber, dem hätte ich jede Verbindung, jede Allianz verweigert.

„Nun, meine Herren, mit mir steht es so: Ich bin den längsten Theil meines Lebens als Beamter in überwiegend evangelischen Landestheilen beschäftigt gewesen, in einer Reihe von verschiedenen Provinzen, und wenn es einmal einem von den Gelehrten der ‚Nationalzeitung' gelingen sollte, mit irgend welcher Hilfe den Nachweis zu erbringen, daß ich in einem einzigen Falle die Rechte der evangelischen Confession weniger in Schutz genommen hätte als die der katholischen, daß ich irgendwie eine feindliche Stellung gegen deren Rechtsstellung eingenommen hätte, — dann bin ich geschlagen. Meine Herren! Solange das aber nicht geschieht, so lange berufe ich mich auf den Satz des Programms der ganzen Centrumspartei. Meine Herren! Wir sind solidarisch für die Rechtsstellung jedes kirchlichen Bekenntnisses, wir sind solidarisch für die Rechte der protestantischen Kirche genau wie für die Rechte der katholischen. Machen Sie die Probe darauf, und Sie werden sehen, daß wir sie bestehen."

Im Laufe seiner Lebensgeschichte ist es schon hervorgetreten, wie er nicht bloß mit protestantischen Collegen und in hochgeachteten protestantischen Familienkreisen aufs freundschaftlichste und harmloseste verkehrte, sondern wie

er auch den Häuptern der protestantischen Orthodoxie, ausgesprochenen Trägern des „protestantischen Gedankens", mit Freundlichkeit, Rücksicht und Achtung begegnete. Für Dr. Wantrup ist er öffentlich in der Kammer in die Schranken getreten, für Dr. Wichern hat er öffentlich seiner Hochachtung Ausdruck gegeben und ist ihm mit großer Rücksicht begegnet, mit dem Berliner Pastor Dr. Windel stand er in freundschaftlichen Beziehungen. 1868 wurden ihm in der Kammer (14. December) vom Abgeordneten Grumbrecht sein gutes Verhältniß und seine häufige Uebereinstimmung mit den Häuptern der protestantischen Orthodoxie zum Vorwurf gemacht. Als Stahl und Gerlach noch für die Führer der gläubigen Protestanten in Deutschland galten, hat Mallinckrodt aus seiner Achtung für sie kein Hehl gemacht. Im Centrum selbst verband ihn eine besonders nahe und herzliche Freundschaft mit Dr. Brüel, obgleich dieser an seinem protestantischen Standpunkte stets offen und unverbrüchlich festgehalten hat. 10. Februar 1872 sprach er selbst in der Kammer den lebhaften Wunsch aus, es möchten „christgläubige Protestanten auf Grund des bekannten Programms dem Centrum sich anschließen; man würde sie herzlich willkommen heißen". Er beklagte ausdrücklich die Zurückhaltung und Aengstlichkeit, die in dieser Beziehung auf protestantischer Seite bestehe.

Es erstreckte sich diese achtungsvolle und entgegenkommende Behandlung von seiner Seite jedoch keineswegs bloß auf die orthodoxe und positive Richtung innerhalb des protestantischen Lagers. Pastor Richter, Abgeordneter für Sangerhausen, war nicht nur ein entschiedener und selbst bitterer Gegner der katholischen Kirche, er gehörte auch ganz und gar der protestantenvereinlichen Richtung an und ging in der Negation ziemlich weit. Und doch ist gerade ihm Mallinckrodt mit unwandelbarer Höflichkeit und Rücksicht begegnet. So z. B. bei einem persönlichen Zusammenstoß 10. und 13. Februar 1872, als Mallinckrodt dessen „zweifellos allerloyalste Absicht" bei einer von seiner Seite bestrittenen Aeußerung anerkannte, sich vorbehielt, in persönlicher Besprechung mit ihm den fraglichen Punkt zu bereinigen, endlich öffentlich vor dem Hause Widerruf leistete, da er dem Abgeordneten Richter mit einer Aeußerung aus Mißverständniß Unrecht gethan zu haben glaubte. Ein anderes Mal freut er sich, anzuerkennen, daß Richter troß ausgesprochener Feindseligkeit doch mit „ruhiger, würdiger Objectivität den Gegenstand behandelt" habe[1]. In der Debatte 7. Februar 1874 gesteht Richter selbst, er habe erwartet, Mallinckrodt würde ihn angreifen. Aber dieser habe es gethan in einer so milden Weise, daß er nach seinem persönlichen Gefühle nicht zu einer persönlichen Bemerkung das Wort nehmen würde, wenn es nicht mit Rücksicht auf die Sache geschähe. Mallinckrodt erwiederte:

[1] Deutscher Reichstag, 28. November 1871.

„Ich glaubte, es würde für mich etwas zu widerlegen geben, sehe aber zu meiner Befriedigung, daß ich nur in der Lage bin, dem Herrn Abgeordneten Richter dafür zu danken, daß er die freundschaftlichen Beziehungen betont hat, in denen wir stehen."

Niemand wußte besser als er, wie entschuldbar viele ehrliche Protestanten in ihrer Feindseligkeit gegen die katholische Kirche sind, indem die Vorurtheile, die ihnen von Kindheit an eingepflanzt sind, vielfach ihren Blick umdüstern. Er hat dies auch wiederholt ausgesprochen, so z. B., als er 28. November 1871 im Reichstag, von den Altkatholiken sprechend, äußerte:

„Da die Herren im eigenen engern Vaterlande die nöthige Kraft nicht fanden, um ihre Absichten mit Erfolg durchzuführen, so pilgerten sie jüngst gemeinsam nach der Reichshauptstadt und versuchten, was sich mit Hilfe des Reiches und — gestatten Sie mir, das zu sagen, meine Herren! — mit Hilfe der protestantischen Vorurtheile in Beziehung auf katholische Dinge und insbesondere auf das Papstthum machen ließe. Ich meinerseits bin gar nicht geneigt, den Herren protestantischen Bekenntnisses darüber einen sonderlichen Vorwurf zu machen. Ich finde es unendlich natürlich, daß bei der Stellung, welche die Reformation von Hause aus gegenüber dem Papstthum eingenommen hat, sich durch die Jahrhunderte hindurch eine Menge von Vorurtheilen angesammelt hat, und daß es ihnen heute, ich möchte fast sagen, beim besten Willen kaum möglich ist, sich von solchen Anschauungen so ohne weiteres frei zu machen ..."

Dieselbe wohlwollende Rücksichtnahme zeigte er auch, wenn in der Kammer specifisch protestantische Interessen zur Verhandlung kamen. Es trat dies namentlich hervor bei den Verhandlungen über den Antrag Biek, betreffend die Herstellung von Provinzialsynoden, 14. December 1868.

„Ich habe meinerseits nur noch hinzuzufügen," bemerkte er zu seinem Antrag, in welchem er den damals noch nicht veränderten Artikel 15 der Verfassungsurkunde in seiner Consequenz für alle Confessionen zum Ausdruck bringen wollte, „daß nach meiner Auffassung es wünschenswerth ist, wenn ... der evangelischen Kirche durch die Schaffung der von ihr noch als nothwendig erkannten Organisation zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten möglichst bald die Mittel geboten werden. Das liegt nach meiner Auffassung gleich sehr im Interesse der evangelischen Kirche wie der katholischen und nicht minder jeder andern Religionsgesellschaft, die im Staate besteht, und es ist eine Forderung der allseitigen Gerechtigkeit, daß der Staat von seinem Verhältniß zu dieser Kirche auch in finanzieller Beziehung, soweit nicht eben rechtliche Verpflichtungen zu Grunde liegen, sich löst ... Ich gebe vollständig zu — einerlei ob als Rechtspflicht oder Pflicht der Billigkeit —, daß dem Staate die Verpflichtung obliegt, aus seiner Kasse die Mittel zu gewähren, die nöthig sind für die Herstellung derjenigen Organe, deren die evangelische Kirche zu ihrer Selbständigkeit noch bedürfen mag ... Es scheint mir inzwischen nicht unbedenklich, daß über die Frage, ob die Provinzialsynode das geeignete Organ sei, hier in diesem Hause discutirt wird. Es ist namentlich für die Mitglieder des Hauses, die nicht der fraglichen Kirche angehören, eine äußerst mißliche Lage, wenn

sie zu einem Votum aufgefordert werden über rein innerliche Angelegenheiten der Kirche. Würde mir die Gewähr gegeben, daß alle evangelischen Mitglieder des Hauses übereinstimmend der Ansicht sind, es bedürfe der Provinzialsynode, dann würde ich meinerseits nicht einen Augenblick Bedenken tragen, für den Biek'schen Antrag zu stimmen, so wie er jetzt lautet. Weichen aber die Ansichten über diesen Punkt voneinander ab, dann mag ich nicht als Richter eintreten zwischen den verschiedenen Ansichten . . ."

Als dann im November des folgenden Jahres über die Aufhebung der Provinzialconsistorien in Hannover debattirt wurde und die Zerrissenheit und Unsicherheit innerhalb der protestantischen Namensgemeinschaft recht klar zu Tage getreten war, konnte sich (30. November) Mallinckrodt die Bemerkung nicht versagen:

„Meine Herren! Als Sie am letzten Sonnabend über einen Gegenstand discutirten, der mich persönlich nicht berührte — über die Frage der Synoden —, da hat die Discussion gleichwohl auf mich einen wehmüthigen Eindruck gemacht."

Bei derselben Gelegenheit rief er dem Abgeordneten Miquel, der die protestantischen Consistorien in Hannover der Verbrüderung mit der welfischen Partei und des Widerstandes gegen die Union angeklagt hatte, in Bezug auf die orthodoxen Protestanten Hannovers entgegen:

„Wie können Sie sich darüber verwundern, daß gerade diejenigen, die mit besonderer Entschiedenheit und Treue an dem ererbten Glauben ihrer Vorfahren hängen, auch gleichzeitig eine besonders treue Gesinnung gegen das angestammte Herrscherhaus haben und daß sie diese Gesinnung nicht so ohne weiteres bei dem Eintritt eines politischen Schlages sich aus dem Herzen reißen können?!"

Selbst auf dem Höhepunkt des Culturkampfes, nachdem auch die protestantischen Conservativen mit den „liberalen" Kirchenstürmern gegen die katholische Kirche gemeinsame Sache gemacht hatten, einige Tage bevor auch die „Kreuzzeitung" dem Culturkampf das Wort reden und die „evangelischen Conservativen" vor „falschen und gefährlichen Bundesgenossen" warnen zu müssen glaubte, drei Wochen nur vor seinem Tode[1] legte Mallinckrodt in derselben wohlwollenden und rücksichtsvollen Weise in Bezug auf die protestantischen Kirchenangelegenheiten seinen Standpunkt dar. Auf der Tagesordnung stand der Entwurf über evangelische Kirchengemeinde- und Synodalordnung (in zweiter Lesung), und Mallinckrodt bemerkte, daß es sich hierbei allerdings nicht um einen Eingriff in die Rechte der protestantischen Kirche handle vom protestantischen Standpunkte aus, da ja „das berufene höchste Kirchenoberhaupt" die Ordnung erlasse. Er fuhr fort:

„Ich würde deshalb, wenn ich mich verpflichtet erachtete, theilzunehmen an der Votirung des Gesetzes — eine Verpflichtung, die ich mir sehr wohl denken

[1] 1. Mai 1874.

könnte unter Verhältnissen, wo überhaupt das Zustandekommen eines solchen Gesetzes von meiner Mitwirkung abhängig wäre —, für das Gesetz votiren. Wenn ich es aber unter den heute gegebenen Verhältnissen vorziehe, der Abstimmung mich zu enthalten, so liegen dieselben Erwägungen zu Grunde, die meine Freunde bestimmt haben, schon bei den Commissionsberathungen sich nicht zu betheiligen. Es dürfte den Mitgliedern der protestantischen Kirche auch an und für sich sachgemäßer erscheinen, wenn die Katholiken in einer Angelegenheit, die ausschließlich die evangelische Kirche berührt, ihrerseits den Mitgliedern dieser Kirche möglichst vollständig freie Hand lassen. Thäten wir das nicht, meine Herren, dann kämen wir in die Lage, auch an einer Discussion über die Amendements theilzunehmen. Wir würden sogar sehr leicht in die Lage kommen, bei der Abstimmung über diese Amendements uns mit der Mehrheit der Angehörigen der evangelischen Kirche in einen Widerspruch setzen zu müssen, und gerade das ist unserer Empfindung hier nicht entsprechend. Wir glauben daher, es ist delicater, wenn wir diese Angelegenheit als eine häusliche Angelegenheit der evangelischen Kirche betrachten."

Dem Manne, der immer und überall in seinem Leben mit dieser Rechtlichkeit und diesem Wohlwollen auch seinen protestantischen Mitbürgern und selbst ihrer Religionsgemeinschaft gegenüber aufgetreten war, hat daher auch wenigstens ein protestantisches Organ, die in Hannover erscheinende „Deutsche Volkszeitung", ein anderes Zeugniß als das des „bornirten Fanatismus" ausgestellt.

„Wir wissen von einem Protestanten, der dem Verewigten während seines Aufenthaltes in Merseburg näher gestanden hat," schreibt dieses Blatt[1], „daß v. Mallinckrodt auch ein Herz für die gläubigen Christen in anderen Kirchengemeinschaften gehabt hat, wie er denn wohl mit zu den ersten gehörte, die da erkannten, daß der tiefe Gegensatz, welcher die Katholiken von den Protestanten seit der Reformation geschieden hat, in der Gegenwart mehr zurücktreten müsse, weil der Gegensatz, welcher heute die Christen in Europa bewegt und treibt, im Grunde nur der zwischen Christenthum und Heidenthum ist."

Demselben Manne hatte 10. Januar 1873 der jüdische Abgeordnete Lasker, während er ihn den „begabtesten Mann des Centrums" nannte, „haßerfüllte" Gesinnung vorgeworfen; es war bei Mallinckrodts Interpellation wegen des Verbotes der päpstlichen Weihnachtsallocution. Mallinckrodt erwiederte ruhig in einer persönlichen Bemerkung:

„. . . Ich werde zu dem Herrn Abgeordneten Lasker übergehen, der doch sicherlich mich persönlich berührte, als er mir und der päpstlichen Ansprache eine haßerfüllte Auffassung imputirte. Er möge mir die kurze Erwiederung gestatten: So wenig ich irgend welchen Haß ihm gegenüber empfinde, ebenso wenig Haß steckt überhaupt in der ganzen Ansprache . . ."

Die schöne Duldsamkeit, die Mallinckrodt sein ganzes Leben hindurch bewährte, gründete sich nun aber freilich auf Rechtlichkeit und Nächstenliebe,

[1] 31. Mai 1874.

weshalb sie auch eine consequente und allgemeine war; aber sie gründete sich **nicht** auf dogmatische Verschwommenheit oder auf Gleichgiltigkeit gegen sein eigenes Bekenntniß. Es war ihm im Gegentheil völlig klar, daß eine Religion ohne festbegrenztes Dogma aufhöre, eine Religion zu sein. So äußerte er im Reichstag 25. April 1874 gegenüber dem bayerischen Abgeordneten Völk:

„Am deutlichsten tritt das (gänzliche Fehlen von Beweismomenten) hervor in dem Schlußaccord seiner Rede, wo er von dem Apostolat der Liebe sprach, von einer Regeneration von innen heraus, und uns einlud, daran theilzunehmen. Er wollte aber die festen Grenzen und dergleichen nicht haben, er nannte das ‚Zauberformeln', glaube ich. Ich frage ihn: ob er Dogmen will bei einer Religion, oder ob er eine Religion ohne Dogmen will? Ich vermuthe, er zieht die Religion ohne Dogmen vor, und in der Beziehung differiren wir dann freilich ganz außerordentlich. Denn ich behaupte, eine Religion ohne Dogmen ist gar keine Religion mehr, sondern das ist ein System, eine Theorie, eine Lebensanschauung, ist alles Mögliche — nur keine Religion. Also diese gütige Einladung wird wohl unbeachtet bleiben."

Als daher 31. Januar 1872 der Abgeordnete Virchow den Vertretern des katholischen Volkes höhnend vorwarf, daß sie selbst nicht an die Lehre der katholischen Kirche glaubten, legte Mallinckrodt ruhig und muthig sein Glaubensbekenntniß ab:

„Ich antworte ihm, daß ich mich zu der Encyklika, zu dem Syllabus, zu den Concilsdecreten — natürlich so verstanden, wie sie verstanden sein wollen —, also in dem Sinne, wie jene Rundschreiben und Erklärungen geschrieben und gesprochen sind, bekenne ich mich zu ihnen **vollständig von A bis Z**."

Es war nicht das einzige feierliche Glaubensbekenntniß, das er laut vor der ganzen Welt ablegte, und es war aus seinem innersten Innern gesprochen, wenn er 4. Februar 1874 äußerte:

„Wir wollen und vertheidigen die confessionellen Ueberzeugungen, insbesondere die unsrige, weil wir der Ueberzeugung sind, auf unserer Seite ist die Wahrheit und die volle Wahrheit. Wenn ich meine Confession nicht für wahr hielte, dann würde ich mir gewaltig elend vorkommen, meine Herren, wenn ich mich noch dazu bekennte, und für jeden ist es ein ganz schlechtes Zeugniß, das er sich selbst ausstellt, wenn er in demselben Athem sagt: Ich gehöre zu **dem** Bekenntniß, aber die Wahrheit hat es nicht."

Dieses Durchdrungensein, diese feste Ueberzeugung von der Wahrheit seines Glaubens war es auch, was seiner Rede solche Kraft und solchen Eindruck verlieh. „Seine Behauptungen", schreibt nicht ganz unzutreffend der „Hamburger Correspondent" [1], „waren daher mit der **Selbstgewißheit eines Erleuchteten** vorgetragene Botschaften, die alle hörten, zu

[1] 28. Mai 1874.

welchen aber der Majorität der Glauben fehlte. Aber auf dieser Festigkeit seiner Glaubensüberzeugung gründete noch ein anderer Zug seines menschenfreundlichen Herzens, und ihn gerade, weil Mallinckrodt gar kein Hehl daraus machte, hat man ihm besonders gern als „Fanatismus" ausgelegt. Die „Frankfurter Zeitung"[1] hat es ausgesprochen:

„Er war ein fanatischer Reactionär vom Wirbel bis zur Zehe und der unversöhnlichste Feind unserer besten geistigen Habe. Wie schrumpfte vor den grandiosen Plänen dieses Geistes — er träumte gelegentlich von einer Wiedereroberung der protestantischen Welt durch den Katholicismus — das Krautjunkerthum zusammen, welches wir conservative Partei zu nennen pflegen!"

In der That, wie jeder, der von der Wahrheit seiner Religion ganz durchdrungen ist und wahres Wohlwollen für seinen Nächsten hat, wünschte auch er, alle Menschen, vor allem seine deutschen Mitbürger, wieder in der einen beglückenden Wahrheit und in einem heiligen Bunde geeint zu sehen. Es war dies ein Lieblingsgedanke von ihm, und vor Protestanten wie vor Katholiken sprach er ihn öffentlich und unverhohlen aus.

„In den Ostmarken, wo ich wohne," sprach er z. B. auf der Katholikenversammlung zu Paderborn 1867, „gibt es der Katholiken nur wenige; aber zahlreich sind die Denkmale der Vorzeit, die sich bis auf uns erhalten haben, und die uns zurufen, daß der Tag einmal wiederkehren werde, wo ein Hirt und eine Heerde sein wird."

Als 30. Januar 1872 der von jeher von ihm besonders geachtete Herr v. Gerlach der Centrumsfraction seinen Besuch abstattete und auf die Begrüßung P. Reichenspergers sehr freundlich erwiedert hatte, ergriff auch Mallinckrodt das Wort, wie er sagte, zugleich zu einer Freundschaftserklärung und einer Kriegserklärung. Zu jeder Allianz sei nämlich ein unentbehrlicher Factor das Vertrauen, dessen unersetzliche Voraussetzung aber rückhaltlose gegenseitige Aufrichtigkeit. Deshalb verbinde er von vornherein mit der Freundschaftserklärung auch die Kriegserklärung. Nun fuhr er fort:

„Ich acceptire nicht nur den Fehderuf des verehrten Gastes: ‚aber treffen wir uns draußen im Freien!' — so hatte Gerlach halb im Ernst, halb im Scherz gedroht —, sondern ich sage ihm ganz offen und ehrlich, daß unsere besten Wünsche es sogar darauf abgesehen haben, in geistigem Kampfe ihn sammt allen seinen Genossen erbarmungslos zurückzuerobern."

Aber er fügte sogleich auch bei:

„Allein was thut das jetzt zur Sache? Wer von uns die volle Wahrheit hat, das mag sich finden: und es wird um so gründlicher gefunden werden, je

[1] 29. Mai 1874.

freier und selbständiger die Confessionen nebeneinander stehen. Für jetzt handelt es sich in erster Linie um gemeinsame Vertheidigung des positiven Christenthums gegenüber der mehr und mehr sich demaskirenden Abläugnung aller christlichen Wahrheit . . ."

Doch es war im Reichstag des Norddeutschen Bundes, einem Freidenker und Führer der „liberalen" Partei, dem Abgeordneten Miquel, gegenüber (30. November 1869), wo er am eingehendsten und am feierlichsten zugleich seine Gedanken und Wünsche ausgesprochen hat.

„Es ist fast mit dürren Worten ausgesprochen worden," bemerkte er in Bezug auf Miquels Rede, „daß es sich für die Bestrebungen dieser Partei nicht bloß um eine nationalpolitische, sondern auch um eine national kirchliche Einigung Deutschlands handle. Diese kirchliche Einigung wird offenbar angestrebt auf der Basis der Union, freilich nicht mit der Verfassung, wie sie heute noch besteht, sondern mit einer Verfassung, wie solche erst entwickelt werden müßte gemäß den Anschauungen, die in der Synodaldebatte der vorigen Woche auf der linken Seite des Hauses, geltend hervortraten . . . Aus solchem Keime hätte sich dann die deutsche Nationalkirche zu entwickeln, in welche, wie ich voraussetze, die Herren dann auch gerne bereit sein würden, die katholischen deutschen Brüder aufzunehmen.

„Ich nehme Ihnen derartige Wünsche nicht im mindesten übel; im Gegentheil ich fühle den Wunsch einer solchen Vereinigung ungemein berechtigt, und ich und meine Gesinnungsgenossen, wir hegen ganz ähnliche Wünsche. Es würde uns kaum eine angenehmere Gabe bereitet werden können, als wenn die Herren eines schönen Tages alle zu unserer allgemeinen Mutterkirche zurückkehrten. — Gewiß! und wir wünschen nicht bloß, meine Herren, nein, wir thun noch mehr, wir beten sogar darum.

„Ich weiß nicht, ob Sie das auch so machen; wenn Sie es aber thun, so würde ich Ihnen dankbar sein für Ihre freundliche Absicht. Indessen was speciell die Richtung nach einer nationalen Kirche anlangt, so treten der von meinem Standpunkte aus zwei wichtige Bedenken entgegen. Das erste liegt in dem Begriff einer Nationalkirche. Die kann ich mir eigentlich nicht gut denken, ohne daß ich mir zugleich auch nationale Götter dazu denke, etwa wie die alten deutschen, römischen, griechischen Gottheiten . . . Solange wir aber alle an Einen Schöpfer und Herrn der ganzen Welt und der verschiedenen Völker denken, ist in meinen Augen noch nichts berechtigt als eine Universalkirche. Der Gedanke an eine Nationalkirche, die selbständig dastünde ohne organische Verbindung mit den anderen Nationen, ist in meinen Augen eine geistige Mißgeburt. — Das zweite Bedenken, meine Herren, liegt in den eigenthümlichen Bekehrungsmitteln, die Sie anwenden. Da ist von freier Ueberzeugung sehr wenig die Rede, sondern Sie machen es auch da wieder parallel, wie in Ihrer Politik . . ."

Mallinckrodt wünschte sehnlich die Einheit und betete dafür; aber er wollte sie herbeigeführt sehen durch „freie Ueberzeugung" und in „geistigem Kampfe".

Fest durchdrungen, wie er war, von der göttlichen Wahrheit seines Glaubens, fand er in ihm auch, wie die unversiegbare Quelle sittlicher Läuterung und Erhebung, so auch seine Stärke, seinen Muth und seinen Herzensfrieden. „Kraft und Trost", schreibt sein Biograph in der „Germania", „fand er allein im täglichen Gebet, im Besuch des heiligen Meßopfers und in dem Empfang der heiligen Sacramente." Wie er sein Leben lang fest und treu an den Satzungen der Kirche hielt, so war er ein regelmäßiger und eifriger Gast an ihrem sacramentalen Tische. Schon als junger Referendar that er so, und er that es nicht minder als hochgefeierter Parlamentarier. Wiederholt stärkte er sich vor großen parlamentarischen Actionen durch den Empfang der heiligen Communion. Es ist bestimmt bekannt, daß er sich so auf seine Rede über das Jesuitengesetz vorbereitet hat. Wenn er die Nacht hindurch von Berlin nach Borchen reiste, kam es vor, daß er sorgfältig darauf achtete, das Fasten nicht zu brechen, um nach seiner Ankunft in Paderborn am Morgen noch die heiligen Sacramente empfangen zu können. Wenn er vor Festtagen an späten Abendgesellschaften theilnehmen mußte, wie z. B. am Sylvesterabend, wurde von Mitternacht an kein Tropfen mehr genommen, und ohne alle Scheu bemerkte er, er dürfe nichts mehr nehmen, er wolle folgenden Tages zur heiligen Communion gehen.

Gerade seine vertrauten Briefe zeigen es, wie alle seine Beziehungen im Leben, selbst seine Liebe zu Gattin und Geschwistern, verklärt und geheiligt waren durch seinen Glauben und seine tiefe Religiosität. Seine ganze Lebensanschauung im großen wie im kleinen war eine übernatürliche, durch den Glauben beherrschte. Seine Briefe an die nächsten Angehörigen sind reich an Zügen rührender Frömmigkeit.

„Georg schreibt mir," heißt es in dem Briefe vom 7. December 1871, in dem er der alten Tante auf Borchen wegen des Verlustes ihres einzigen Sohnes seine Theilnahme ausspricht, „daß Dein Hermann sehr wohlvorbereitet, sanft entschlafen ist. Erlaube mir zu sagen, daß darin der größte und der einzig wahre und echte Trost liegt, ein Trost, der den Schmerz verklärt und das Gebet erleichtert: ‚Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gebenedeit.' Solchem Gebete, solcher aufrichtigen Hingabe an den Willen Gottes fehlt dann auch der Segen von oben nicht."

Sein ganzes frommes Gemüth spricht sich aus in folgenden Zeilen an seine damals in Bayern weilende Gattin:

Merseburg, Samstag 9. September 1871.

Meine Elsbeth!

Da las ich eben etwas von Deiner Namenspatronin, das mich gerührt hat. Nachdem sie verstoßen mit ihren drei Kleinen in der Stadt umhergeirrt und schließlich in einem Stall gebettet war, läutete es in dem von ihr gegründeten Franziskaner-

kloster zur Mitternachtsmette; sie ging hin, wohnte dem Gottesdienste bei und bat dann — um das Te Deum als Lob und Danksagung in ihrer Trübsal . . . In te, Domine, speravi: non confundar in aeternum; so schließt es.

Vielleicht fallen diese Zeilen gerade zur rechten Zeit in Deine Hände. Dann mach' einmal den Versuch im kleinen, ob es Dir wohl gelingt, dem erhabenen Vorbilde in Gottvertrauen und sittlicher Kraft ein wenig nachzuahmen.

Ich müßte mich in meiner Elsbeth nicht recht auskennen, oder aber, es kann und wird Ihr gelingen. Gott zum Gruß!

Hermann [1].

Derselbe tiefreligiöse Ton klang auch in allen Ansprachen wieder, die er bei so vielen Gelegenheiten zu halten sich veranlaßt sah. „So wandte er sich einst", erzählt einer seiner Lebensbeschreiber wohl als Augenzeuge [2], „bei einer Primizfeier zu Nordborchen an die Frauen und wies sie auf die Wagenburg der alten Deutschen hin. Von dieser Wagenburg aus hätten die Frauen ihre Männer in der Schlacht angefeuert und dieselbe selbst gegen die Feinde vertheidigt. Es gelte auch in heutiger Zeit für die Frauen, eine Wagenburg zu schützen, das sei: der christliche Sinn in der Familie und die christliche Kindererziehung."

Pflegen sonst hochgefeierte Menschen um so mehr von ihrer Größe zu verlieren, je näher man ihnen tritt und neben der leuchtenden Flamme auch die Schatten gewahrt, so war bei Mallinckrodt das gerade Gegentheil der Fall. Die Bewunderung und Verehrung wuchs in dem Maße, in welchem man ihm nähertrat. „Makellos stand sein Leben vor den Augen aller," konnte daher auch mit Recht der welterfahrene Ordensmann sagen, der ihm ins offene Grab den letzten Gruß nachrufen durfte, „und gerade diejenigen, die ihm am nächsten standen, sagen um so zuversichtlicher: Er hat den guten Kampf gekämpft. . . . In seinem Herzen herrschte Wahrheit und Glauben, Recht und Billigkeit, Religion und Liebe. Nicht zu prunken mit diesen edlen Namen, sondern dienend sich denselben hinzugeben, das war sein unabläßiges Ringen."

---

[1] Dieser Brief mag durch Mißverständniß Anlaß geworden sein zu der Erzählung, die bei Mallinckrodts Tod verbreitet war und auch in Druckwerken Aufnahme fand, er habe im Sterben die junge Gattin mit dem Beispiel der hl. Elisabeth getröstet. So schrieb auch die Dichterin Luise Hensel, die, damals bei den Schwestern der christlichen Liebe in Paderborn wohnend, gut unterrichtet sein konnte, 16. Juni 1874 (an P. Johann Baptist Diel S. J.): „Gott sei Dank für alles, was er uns in diesem Manne gegeben hatte, und was durch seinen schönen Tod besiegelt wird. Sie beten gewiß auch treu für die arme junge Wittwe, die eine schwere Aufgabe hat und von schwacher Gesundheit zu sein scheint. Er hat sie noch selbst auf seinen Tod vorbereitet, ihr sagend: ‚auch die hl. Elisabeth sei so jung Wittwe geworden und — eine Heilige'." Die Erzählung ist in dieser Form bestimmt unrichtig.

[2] Mertens, Hermann v. Mallinckrodt. S. 18.



Die Grabstätte Hermanns von Mallinckrodt.
(Nach einer Photographie aus dem Verlage von H. Zickermann in Hamburg.)



2. Rückblick und Einblick.

In einem handschriftlichen Abriß seines Lebens, datirt Paderborn 9. Juni 1874, der von der Oberin Pauline v. Mallinckrodt herrührt, der echten Schwester des großen Todten, lautet das Gesammturtheil:

„Sein Streben nach eigener Vervollkommnung, nach Tugend und Gerechtigkeit war ein ununterbrochenes, und all seine Pflichten hat er stets mit der größten Treue und Pünktlichkeit erfüllt, weshalb ihm alle, welche ihm nahe standen, die aufrichtigste Hochachtung zollten, und er von seiner ganzen nähern Umgebung geliebt war. Er hat ein wahrhaft christliches, ein tugendhaftes Leben, ein Leben voll von guten, edlen Werken vollbracht. Er hatte ein vortrefflich gutes Herz und Gemüth, war äußerst angenehm im täglichen und geselligen Umgang, war stets gerecht, rücksichtsvoll und milde gegen andere. Er war männlich stark im Ertragen von Leiden, hatte eine große, auf wahrer Tugend beruhende Herrschaft über sich selbst. Sein Muth und sein Gottvertrauen waren unerschütterlich."

Nicht anders lautet das Urtheil derer, die im Kampf und bei der Arbeit ihm an der Seite gestanden und ihn jahrelang beobachtet haben. Der Abgeordnete Dr. Lieber hat es bei seiner Rede zu Trier 7. Juni 1874 in seiner herzhaft katholischen Weise so ausgesprochen, daß er versucht gewesen sei, an Mallinckrodts Todtenbahre zu ihm statt für ihn zu beten, daß er zu Gottes Gerechtigkeit die feste Zuversicht hege, daß der gute und getreue Knecht schon seinen Einzug ins Paradies gehalten, unmittelbar nach dem „Fegfeuer des Parlamentes", daß er schon zu der ewigen Herrlichkeit berufen sei, die er sich verdient habe. Der Abgeordnete Dr. Krebs, seit 1859 mit Mallinckrodt befreundet, hat mit großem Nachdruck und mit ebenso viel Ueberlegung das Urtheil ausgesprochen und wiederholt: „In Mallinckrodt war vereint ein heiligmäßiges Leben, männlicher Edelsinn, dabei ein Verzicht auf die Geltendmachung des Selbst, wie ich es nie bei einem Menschen gefunden, so viele ich deren kennen gelernt habe." Der Geistliche Rath Müller, gleichfalls vom Beginn des „Centrums" sein Fractionsgenosse, sieht in ihm den „nunmehr vollendeten Martyrer des Culturkampfes", der „hingegangen wie Abel der Gerechte", das „Ideal eines neuen Ritterthums", dem „Gottes Wille der Maßstab all seines Thuns und Lassens blieb", bei dem „das Persönliche vollständig im Leben der Kirche aufgegangen war".

„Ich kann über Mallinckrodt kein richtigeres Urtheil denken," schreibt daher auch sein frommer Beichtvater P. Ceslaus Maria Robiano, „als daß er ein Mann ist, der seine Seele in Gott gegeben hatte, der dieselbe in Gott besaß und in dem deshalb Gott durch seine Gnade gleichsam freies Leben hatte. Er suchte sich in nichts, sondern nur Gott mehr."

Dem deutschen Mann mag beim Hinblick auf die heldenhafte, markige Gestalt eines Hermann v. Mallinckrodt das Herz höher schlagen. Er sieht

in ihm — wie ein Vermächtniß besserer Zeiten unseres Volkes — noch einmal den vollendeten Charakter, den Edlen echter deutscher Art. Der katholische Christ, der in dieses lautere, Gott geeinte Leben sich vertieft und diesen Mann in der ganzen Größe seiner hochbegnadeten Seele vor sich sieht, möchte geneigt sein, mehr in ihm zu sehen: Hermann v. Mallinckrodt möchte ihm erscheinen fast wie der schöne Typus eines deutschen Heiligen.

Wollte man ihn ehren, wie die Welt ihre großen Todten zu ehren pflegt, in Stein und Meißel, — der Marmor müßte noch gefunden werden, rein genug, um ihm als Denkmal zu dienen!

Personen-Register.



